

**Michael Horlacher**

**Ein Agrarfunktionär  
in der Weimarer Republik**

Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde  
der Philosophischen Fakultät III (Geschichte, Gesellschaft und Geographie)  
der Universität Regensburg,

vorgelegt von

Johann Kirchinger  
aus Mallersdorf-Pfaffenberg.

Regensburg 2008

Die Arbeit entstand in gemeinsamer Betreuung durch die Philosophische  
Fakultät III der Universität Regensburg und die Katholisch-Theologische  
Fakultät der Universität Regensburg.

Erstgutachter: Prof. Dr. Peter Schmid

Zweitgutachter: Prof. Dr. Karl Hausberger

**Michael Horlacher**

**Ein Agrarfunktionär in der Weimarer Republik**

**Von Johann Kirchinger**



## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2008/2009 von der Philosophischen Fakultät III (Geschichte, Gesellschaft und Geographie) der Universität Regensburg als Dissertation angenommen und für die Veröffentlichung überarbeitet.

Allen, die am Zustandekommen dieser Arbeit beteiligt waren, möchte ich an dieser Stelle herzlich danken. An erster Stelle gilt mein Dank meinem Doktorvater Prof. Dr. Peter Schmid, der die Arbeit mit zahlreichen wertvollen Ratschlägen betreute. Prof. Dr. Karl Hausberger gebührt nicht nur mein Dank für die Übernahme des Zweitgutachtens, sondern auch für die günstigen Arbeitsbedingungen, die er mir als wissenschaftlichem Mitarbeiter an seinem Lehrstuhl einräumte und die die Fertigstellung der Arbeit entscheidend förderten.

Stellvertretend für die kompetente und zuvorkommende Behandlung, die mir in den benutzten Archiven und Bibliotheken stets zuteil wurde, möchte ich insbesondere Frau Dr. Caroline Gigl vom Bayerischen Hauptstaatsarchiv erwähnen. Ihre Sachkenntnis war durch meine Fragen niemals in Verlegenheit zu bringen. Der Familie Haushofer (Hartschimmelhof) möchte ich für den bereitwillig gewährten Zugang zu dem einzigen erhaltenen Exemplar der Stenographischen Berichte über die Verhandlungen der Bayerischen Landesbauernkammer danken. Nicht zuletzt möchte ich den Nachkommen Michael Horlachers Dank sagen: Herrn Dr. Hellmut Horlacher für die aufschlussreichen und humorvollen Gespräche über seinen Vater und Herrn Michael Wittmann für die Überlassung von persönlichem Schriftgut, das ihm sein Großvater hinterlassen hat.

Für Anregungen und kritische Nachfragen bin ich Herrn Dr. Oliver Braun, Herrn Dr. Paul Hoser, Herrn Prof. Dr. Ludwig Hüttl und Herrn Dr. Peter Jakob Kock dankbar. Für die zeitraubende Aufgabe des Korrekturlesens danke ich meinen Freunden, Bekannten und Kollegen.

Der Konrad-Adenauer-Stiftung gebührt mein Dank für die finanzielle Unterstützung meines Studiums, der Hanns-Seidel Stiftung für das Promotionsstipendium, mit dem diese Studie zu Beginn finanziert werden konnte. Vor allem aber danke ich meinen Eltern, die mich während der Zeit meines Studiums und der Promotion in unermüdlicher Tatkraft bei der Bewirtschaftung unseres landwirtschaftlichen Betriebes unterstützten, sodass es mir möglich war, gleichzeitig als Doktorand, wissenschaftlicher Mitarbeiter und aktiver Landwirt tätig zu sein.



# Inhaltsverzeichnis

<b>I. Einleitung: Fragestellung – Forschungsstand – Quellenlage .....</b>	<b>9</b>
<b>II. Jugend in der Großstadt (1888–1913) .....</b>	<b>21</b>
1. Familiäres Umfeld.....	21
2. Schüler am Alten Gymnasium in Nürnberg.....	25
3. Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in München.....	30
4. Promotion bei Lujo Brentano.....	35
<b>III. Eine Kriegskarriere an der Heimatfront (1914–1918).....</b>	<b>41</b>
1. Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Statistischen Landesamt .....	41
2. Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Bayerischen Lebensmittelstelle .....	49
3. Wirtschaftsredakteur bei der München-Augsburger Abendzeitung.....	55
4. Wechsel in das landwirtschaftliche Organisationswesen.....	60
5. Vom Weltkrieg zum Wirtschaftskrieg .....	67
6. Eine Dolchstoßlegende für den Wirtschaftskrieg.....	73
<b>IV. Als Protagonist der Ordnungszelle Bayern (1919–1924).....</b>	<b>79</b>
1. Konfrontation mit den revolutionären Bauernräten .....	79
2. Agrarpolitik im Dienst der Ordnungszelle .....	96
3. Propaganda für die Einwohnerwehren .....	104
4. Im Netzwerk der Revisionisten .....	108
5. Am rechten Rand der BVP .....	114
6. Bruch des antirevolutionären Konsenses im landwirtschaftlichen Organisationswesen.....	120
7. Im Kampf gegen das bayerische Landwirtschaftsministerium .....	125
8. Horlachers Beitrag zur Radikalisierung der politischen Stimmung im Sommer und Herbst 1923 .....	136
9. Desinteresse an den Verfassungsrevisionsplänen der BVP .....	140
10. Monarchist aus Opportunismus.....	145
11. Die Konjunktur des Antisemitismus .....	148

<b>V. Bausteine einer Funktionärskarriere –</b>	
<b>Horlacher als Angehöriger der Agrarelite Bayerns</b> .....	152
1. Der „geschäftsführende Direktor“ – Horlacher in seiner Funktion als Büroleiter.....	152
2. Der „Bauerndoktor“ – Horlacher als Angehöriger der Führungsspitze des Bayerischen Christlichen Bauernvereins .....	165
3. Der „junge Mann des Dr. Heim“ – Horlacher als Protegé Heims.....	179
4. Der „Bauernführer“ – Horlachers soziales Selbstverständnis.....	183
5. Den „werktätigen Bauern die Leitung“ – Im Konflikt mit den Verbandshonoratioren .....	188
6. Der „geborene Feind des Sozialismus“ – Horlachers Haltung zur SPD .....	195
7. Der „frühere Liberale“ – Wandel und Stetigkeit in Horlachers handelspolitischen Konzepten.....	205
8. Der „grundsätzliche Freund der Rationalisierung“ – Horlachers Agrarideologie zwischen irrationalistischer Agrarromantik und bürokratischem Rationalismus .....	220
9. „Ich stamme aus der Landwirtschaft ...“ – Horlachers Selbstinszenierung als bäuerlicher Politiker .....	239
<b>VI. Als Verbindungsmann des Bauernvereins in Berlin (1925–1928)</b> .....	245
1. Auf Distanz zum rechten Rand des politischen Spektrums .....	245
2. Wechsel in den Reichstag .....	247
3. Chaos in der Landesbauernkammer nach dem Sturz Heims .....	250
4. Im Kampf für die Wiedereinführung der Agrarzölle .....	264
5. Annäherung an das Zentrum von rechts.....	272
6. Die Mitte-Rechts-Koalition als parlamentarische Zielvorstellung.....	280
7. Höhepunkt der Karriere: Ausschussvorsitzender im Reichstag.....	288
8. Heims Rückkehr auf die politische Bühne .....	291
<b>VII. Auf dem Weg in die politische Mitte (1928–1930)</b> .....	301
1. Der missglückte Reichstagswahlkampf .....	301
2. Von der Krise der Landwirtschaft zur Krise der Interessenverbände .....	305
3. Die Notkundgebung vom 18. Januar 1929.....	312
4. Die unterdrückte Rebellion der Bauern.....	317
5. Die offene Resignation der Funktionäre .....	326
6. Unterstützung für den sozialdemokratischen Reichskanzler .....	331
7. Vom Protektionismus zum Interventionismus .....	337



8.	Der Übergang zum Hochschutzzoll .....	340
9.	Das ungewollte Scheitern der Großen Koalition.....	345
10.	Horlachers Verständnis von politischer Mitte: „Unpolitische“ Effizienzorientierung statt demokratischer Gesinnung .....	351
<b>VIII.</b>	<b>Horlacher und die Präsidialregime – Zwischen bürokratischem Kompetenzgewinn und parlamentarischem Einflussverlust (1930–1933)</b> .....	363
1.	Unterstützung für Brüning .....	363
2.	Vom Interventionismus zur Produktionsplanung.....	369
3.	Die Landesbauernkammer: Einflussverlust des Plenums und Kompetenzgewinn des Büros.....	375
4.	Zunehmende Distanz zu den Parteigremien der BVP .....	383
5.	Die Krise der Grünen Front.....	392
6.	Der Untersuchungsausschuss zur Roggenstützungsaktion der Reichsregierung .....	395
7.	Schwindender Einfluss als Reichstagsabgeordneter .....	400
8.	Von abwartender Distanz zu verhaltener Zustimmung gegenüber Papen .....	415
9.	Zwischen Enttäuschung und Zuversicht gegenüber Schleicher .....	429
<b>IX.</b>	<b>Im Dritten Reich (1933–1945)</b> .....	437
1.	Die Entdeckung der Religion als Mittel zum Kampf gegen den Nationalsozialismus .....	437
2.	Der letzte Wahlkampf .....	441
3.	Politische und berufliche Ausschaltung .....	446
4.	Ein Ruhestandsleben im Dritten Reich .....	461
<b>X.</b>	<b>Das Ende einer Agrarelite</b> .....	469
1.	„... eine Diskriminierung von Agrarpolitikern, die keine ausübenden Bauern sind“ – Der Sieg der Honoratioren über die Funktionäre.....	471
2.	Der Mensch „mit seiner übermäßigen Klugheit und Weisheit“ – Die Entstehung einer neuen Agrarideologie .....	490
3.	„Diese Führungsschicht war einmalig und kommt nicht mehr.“ – Das neue Erscheinungsbild der landwirtschaftlichen Interessenvertretung .....	495

<b>XI. Fazit</b> .....	498
<b>XII. Anhang</b> .....	509
1. Abkürzungen .....	509
2. Portraitphotos von Michael Horlacher .....	510
3. Lebensbilder über Michael Horlacher .....	513
4. Veröffentlichungen von Michael Horlacher .....	519
<b>XIII. Quellen- und Literaturverzeichnis</b> .....	546
1. Archivalische Quellen .....	546
2. Mündliche Auskünfte .....	551
3. Stenographische Berichte .....	552
4. Periodika .....	554
5. Gedruckte Quellen und Literatur .....	556

## I. Einleitung: Fragestellung – Forschungsstand – Quellenlage

Dr. Michael Horlacher (1888–1957) gehörte zu den maßgeblichen Agrarpolitikern Bayerns in der Zeit der Weimarer Republik. Er fungierte als Direktor der Bayerischen Landesbauernkammer – einer gesetzlich fundierten Selbstverwaltungskörperschaft –, war Vorstandsmitglied des Bayerischen Christlichen Bauernvereins – einer dem politischen Katholizismus zuzurechnenden landwirtschaftlichen Interessenvertretung – und galt als Agrarexperte der Landtags- und Reichstagsfraktionen der Bayerischen Volkspartei.

Der von seinen politischen Weggefährten zum „Bauernvereinsführer“<sup>1</sup> stilisierte Agrarpolitiker bürgerlicher Herkunft und akademischer Sozialisation war einer jener Funktionäre, die – nach der Definition Hans Peter Ullmanns – von dem Interesse, das sie vertraten, existentiell nicht betroffen waren<sup>2</sup>. Agrarpolitische Erfolge, die Horlacher in den Parlamenten erringen konnte, brachten ihm selbst in seiner bürgerlichen Existenz keine unmittelbaren ökonomischen Vorteile. Sein Lebensstandard hing nicht vom Weizenpreis ab. Im Rahmen der üblicherweise dual strukturierten landwirtschaftlichen Interessenvertretungen Bayerns – neben einer hauptamtlichen Führungskraft als Büroleiter mit administrativen Funktionen und dem Titel Direktor oder Generalsekretär eine ehrenamtliche Führungsperson mit repräsentativen Aufgaben und dem Titel Präsident oder Vorsitzender an der Spitze der Vorstandschaft – stand Horlacher in einem strukturbedingten sozialen Spannungsverhältnis zu den Mitgliedern der von ihm geführten Organisationen und den aus ihrer Mitte hervorgegangenen ehrenamtlichen Verbandshonoratioren. Denn diese waren als aktive Landwirte von der Agrarpolitik existentiell betroffen<sup>3</sup>.

Das soziale Spannungsverhältnis zwischen hauptamtlichen Funktionären und nebenamtlichen Honoratioren lässt es notwendig erscheinen, das soziale Selbstbewusstsein eines agrarischen Spitzenfunktionärs im Hinblick auf die Gestalt und die ideologischen Begründungszusammenhänge<sup>4</sup> der von ihm propagierten agrarpolitischen Konzepte zu untersuchen. Es stellt sich also die Frage, inwieweit Horlachers agrarpolitische Konzepte überhaupt von den Forderungen und Wünschen der Landwirtschaft geprägt waren und inwiefern gesellschafts- und wirtschaftspolitische Anforderungen auf sie wirkten, die von

---

<sup>1</sup> Bayerisches Bauernblatt vom 13. Mai 1930.

<sup>2</sup> Vgl. ULLMANN, Interessenverbände, 118. Dabei entspricht die Benennung Horlachers als Funktionär dem Sprachgebrauch der Zeit für die Angestellten im landwirtschaftlichen Organisationswesen. Heim selbst sprach von den Angestellten des BV als „Funktionären“ (StadtA Regensburg, NL Heim 1227, Heim an Hundhammer, 17. Januar 1929).

<sup>3</sup> Für die politische Biographie Horlachers stellte sich deshalb ein Funktionärsbegriff, der auf eine Unterscheidung zwischen Haupt- und Ehrenamt verzichtet und stattdessen alle verbandlichen Funktionsträger als Funktionäre kennzeichnet (vgl. KÖSSLER – STADTLAND, Organisationsmenschen, 15–19), als ungeeignet heraus.

<sup>4</sup> Der zwischen wissenschaftlichem Gebrauch und politischem Missbrauch schillernde Begriff der „Ideologie“ wird in dieser Studie in Anlehnung an den deutschen Soziologen Heinz Otto Ziegler stets im Sinne einer zweckgebundenen Verabsolutierung von historisch bedingten Interessen verstanden. Zum ideengeschichtlichen Gehalt des Ideologiebegriffes vgl. DIERSE – ROMBERG, Ideologie, 158–186.

außerhalb der Landwirtschaft an diese herangetragen wurden. Deshalb dient diese Studie der Beantwortung der Frage, inwiefern die strukturellen Bedingungen eines parteipolitisch und konfessionell gespaltenen landwirtschaftlichen Organisationswesens<sup>5</sup>, wie es sich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts herausgebildet hatte, auf die Karriere, den politisch-taktischen Handlungsspielraum und die Gestalt der agrarpolitischen Konzepte eines Agrarfunktionärs wirkten. Nur so kann es gelingen, die innerorganisatorischen Willensbildungsprozesse im landwirtschaftlichen Organisationswesen der Weimarer Republik zu beleuchten. Denn können biographische Bedingungen von agrarpolitischen Entscheidungen sichtbar gemacht werden, um insgesamt einen Beitrag zum besseren Verständnis der instabilen politischen Lage der Weimarer Republik zu leisten, wofür die protektionistischen und interventionistischen Forderungen des Großteils der landwirtschaftlichen Organisationen seit Karl Dietrich Brachers bahnbrechendem Werk *Die Auflösung der Weimarer Republik* maßgeblich verantwortlich gemacht werden<sup>6</sup>.

Während der wissenschaftliche Erkenntnisgewinn der biographischen Methode mittlerweile nicht mehr ernsthaft in Frage gestellt wird, steht im Mittelpunkt des methodischen Interesses mittlerweile die Frage nach der Art des wissenschaftlichen Ertrages<sup>7</sup>. Es soll deshalb in dieser biographischen Studie Horlachers Zugehörigkeit zur bayerischen Agrarelite, näherhin seine Karriere als Agrarfunktionär in der Zeit der Weimarer Republik vor dem Hintergrund des beschriebenen innerorganisatorischen Spannungsverhältnisses untersucht werden. Damit soll auch die von Till Kössler und Helke Stadland 2004 beklagte allgemein „unterentwickelte Historiographie“ des „Funktionärs als soziale Figur“<sup>8</sup> einen neuen Anstoß erhalten. Dabei erscheint die Form einer biographischen Studie als chronologische und detaillierte Darstellung der Ämterfolge der politischen Karriere als die adäquate Form für diese verbandsgeschichtliche Fragestellung. Die chronologische Darstellung von Horlachers Lebensweg soll dabei als „Kristallisationspunkt und Spiegelbild gruppen- oder klassenspezifischer Sozialisationen und Lebens- bzw. Karriereläufe“ analysiert werden, um „auf sinnvolle Weise Individuum und Gesellschaft“ in Verbindung zu bringen<sup>9</sup>. Unter diesen Prämissen kann diese biographische Studie als ein Korrektiv betrachtet werden, um nicht – mit den Worten Hagen Schulzes gesprochen – in einen „Geschichtsmechanismus“

---

<sup>5</sup> Neben dem Bayerischen Christlichen Bauernverein, der der BVP nahe stand und in das Verbandswesen des politischen Katholizismus integriert war, existierte der Bund der Landwirte in Bayern (ab 1924: Bayerischer Landbund), der der DNVP nahe stand und faktisch die Interessenvertretung der evangelischen Bauern in Franken übernahm, sowie der konfessionell indifferente und antiklerikale Bayerische Bauernbund (ab 1922: Bayerischer Bauern- und Mittelstandsbund), der selbst als Partei agierte. Zur Entstehung dieses differenzierten Verbandssystems vgl. Kapitel V.2.

<sup>6</sup> Vgl. BRACHER, *Auflösung*, 179–204; PUHLE, *Agrarbewegungen*, 91–94; PETZINA, *Ausgaben*, 59–105; GESSNER, *Agrardepression*, 219–263; FELDENKIRCHEN, *Kontinuität*, 212–216; KOLB, *Weimarer Republik*, 197–199; KLUGE, *Agrarwirtschaft*, 88.

<sup>7</sup> Zur Geschichte der biographischen Methode in der Geschichtswissenschaft vgl. HÄHNER, *Biographik*; HIRSCHER, *Biographie*.

<sup>8</sup> Vgl. KÖSSLER – STADTLAND, *Organisationsmenschen*, 7–36.

<sup>9</sup> Vgl. RÖCKELEIN, *Beitrag*, 21.

zu verfallen und die „zentrale Frage nach der Freiheit und Verantwortlichkeit der handelnden Kräfte“ zu verfehlen<sup>10</sup>.

Während sich die auf eine Person zugespitzte biographische Methode zur Untersuchung des organisationspolitisch und ideengeschichtlich erkennbaren sozialen Spannungsverhältnisses innerhalb des landwirtschaftlichen Organisationswesens anbietet, um der Gefahr allzu pauschalierender Aussagen über dieses Spannungsverhältnis zu entgehen und zu zuverlässigen Aussagen über innerverbandliche Willensbildungsprozesse zu gelangen, zeigt die deutsche agrar- und politikgeschichtliche Forschung ein auffallendes Desinteresse an der biographischen Untersuchung von Agrarreliten des 20. Jahrhunderts. Dieser Mangel wirkte sich vor allem auf die Kenntnis des innerverbandlichen Willensbildungsprozesses negativ aus. Als Martin Schumacher im Jahr 1978 eine Untersuchung über das Verhältnis von agrarischen Interessen und politischen Parteien im Zeitraum von 1914 bis 1923 vorlegte, beklagte er deshalb, dass biographische Vorarbeiten zu seinem Thema fast völlig fehlten, und dass die agrarischen Führungsschichten „merkwürdigerweise auch im Rahmen der landes- und regionalgeschichtlichen Serien kein sonderliches Interesse fanden“<sup>11</sup>. An diesem Befund hat sich bis heute nichts geändert. Neuere biographische Untersuchungen über Agrarpolitiker der Weimarer Republik fehlen<sup>12</sup>. Die Geschichte der deutschen Agrarpolitik im 20. Jahrhundert ist nach wie vor eine Domäne der strukturgeschichtlichen Betrachtungsweise. Dabei standen allzu lange die ostelbischen Junker als politisch reaktionäre ökonomische Klasse und deutsche Agrarrelite schlechthin im Fokus des agrargeschichtlichen Interesses. Die These von der agrarpolitischen Dominanz der in der Weimarer Republik im Reichslandbund organisierten ostelbischen Junker wurde am nachhaltigsten von Hans-Jürgen Puhle in seiner 1975 erschienenen Arbeit über politische Agrarbewegungen in kapitalistischen Ländern vertreten. Diesen Junkern sei es gelungen, mit Hilfe der „Behauptung einer fiktiven Interessenidentität aller landwirtschaftlichen Produzenten“ eine modernisierungsfeindliche „Koalition der Besitzenden“ zwischen Großgrundbesitzern und Bauern zu schmieden, die primär dem Erhalt der sozialen Stellung jener gedient habe<sup>13</sup>. Puhles sozialgeschichtliche Perspektive auf die

<sup>10</sup> Vgl. SCHULZE, Biographie, 517.

<sup>11</sup> Vgl. SCHUMACHER, Land, 29.

<sup>12</sup> In den wissenschaftlichen Biographien, die sich den bayerischen Agrarfunktionären Alois Hundhammer (vgl. BRAUN, Existenz), Jakob Fischbacher (vgl. WALTHER, Fischbacher) und Sebastian Schlittenbauer (vgl. FRIEMBERGER, Schlittenbauer) widmen, steht jeweils das parteipolitische Wirken im Mittelpunkt des Interesses. Agrarpolitik und Verbandstätigkeit werden stets nur am Rande problematisiert. Ebenso verhält es sich bei der Biographie des deutschen Bundespräsidenten Heinrich Lübke, vor 1933 Geschäftsführer der Deutschen Bauernschaft (vgl. MORSEY, Lübke), der westfälischen Bauernvereinsführer Engelbert Reichsfreiherr von Kerckerinck zur Borg (vgl. KRATZSCH, Kerckerinck zur Borg) und Ferdinand von Lüninck (vgl. KLAUSA, Bündnispartner) sowie Otto Kleppers, des Präsidenten der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse (vgl. PUFENDORF, Klepper). Ausnahmen stellen die älteren Biographien des bayerischen Agrarfunktionärs Georg Heim (vgl. RENNER, Heim) aus dem Jahr 1957 sowie der Reichsminister Andreas Hermes aus dem Jahr 1971 (vgl. BARMAYER, Hermes), Hermann Dietrich aus dem Jahr 1966 (vgl. SALDERN, Dietrich) und Hans Schlange-Schöningen aus dem Jahr 1987 (vgl. TRITTEL, Schlange-Schöningen) dar.

<sup>13</sup> Vgl. PUHLE, Agrarbewegungen, 69–78; vgl. dazu auch FLEMMING, Interessen; zur langjährigen Dominanz dieser These in der deutschen Geschichtswissenschaft vgl. ALDENHOFF, Interessen, 392f.

preußischen Großgrundbesitzer als die eigentliche Agrarelite des Kaiserreiches und der Weimarer Republik ist bereits ein Ausdruck jener von Hans-Ulrich Wehler 1971 konstatierten „Krise der politischen Biographie“<sup>14</sup>, welche zusammen mit der wachsenden Kritik an der Einseitigkeit von Puhles These dazu führte, dass die Agrarelite auch als angenommene homogene Klasse ganz aus dem Blickwinkel der Agrargeschichtsforschung verschwanden. Da Ian Farr das eigenständige Interesse der bäuerlichen Landwirtschaft an einer protektionistischen Agrarpolitik erkannte, forderte er 1986, die Perspektive der agrarpolitischen Forschung von den Agrariten abzuwenden und sich dem tatsächlichen ökonomischen Verhalten der Bauern zu widmen<sup>15</sup>. Der Spielraum, den insbesondere die süddeutschen Bauern zur Anpassung an die Industriegesellschaft nutzten, wurde nun von der Forschung erkannt und Puhles Stereotyp vom modernisierungsfeindlichen Bauern deutlich relativiert<sup>16</sup>. Allerdings blieb von Puhles These die Behauptung von der politisch reaktionären und modernisierungsfeindlichen Agrarelite übrig, welche die staatliche Agrarpolitik zu ihren Gunsten beeinflusst habe<sup>17</sup>.

So sehr das Verdienst dieser Umorientierung agrargeschichtlicher Forschung darin besteht, die bäuerliche Landwirtschaft als eigenständigen ökonomischen Faktor der wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklung erkannt zu haben, wird die Agrarpolitik doch zu sehr als das bloße Ergebnis ökonomischer Prozesse gewertet. Ideengeschichtlich zu wertende weltanschauliche Faktoren agrarpolitischer Entwicklungen wurden deshalb ebenso wie die Analyse der nicht nur von wirtschaftlichen Interessen bestimmten innerverbandlichen Willensbildungsprozesse vernachlässigt. David Blackbourn hatte deshalb bereits 1984 gefordert, dass die Agrarpolitik als das Ergebnis einer Interaktion zwischen ländlicher Bevölkerung einerseits und politischen Führern andererseits zu betrachten sei<sup>18</sup>. Hannsjörg Bergmann entsprach in seiner 1986 erschienenen Untersuchung über die Geschichte von Bayerischem Bauernbund und Bayerischem Christlichem Bauernverein zwischen 1918 und 1928 dieser Forderung. Trotzdem erklärte er geradezu entschuldigend, dass es eigentlich die Frage nach dem „politischen Bewußtsein der bäuerlichen Bevölkerung“ war, welche ihn zu seiner Forschungsarbeit bewegte und welche ihn wegen der Quellenlage nur „auf einem Umweg“ zur Geschichte der landwirtschaftlichen Organisationen – und ihrer Führungspersonen – führte<sup>19</sup>. Dabei gelang es ihm, die Kenntnis über die Struktur des

<sup>14</sup> Vgl. WEHLER, Verhältnis, 10f., der diese Krise auf die geschichtliche Erfahrung mit den Massenbewegungen des Nationalsozialismus und Kommunismus zurückführt, wodurch dem vom Historismus „oft geradezu dogmatisierten Individualitätsprinzip“ der Boden entzogen worden sei.

<sup>15</sup> Vgl. FARR, Protest, 113f.; zu diesem Perspektivenwechsel agrargeschichtlicher Forschung vgl. ferner MOELLER, Locating, 7–13; ALDENHOFF, Interessen, 392f.

<sup>16</sup> Vgl. THEINE, Landwirtschaft; ERKER, Abschied, 327–360; ZIMMERMANN, Gesellschaft, 137–163; KOPSIDIS, Agrarentwicklung.

<sup>17</sup> Vgl. zu dieser Perspektive vor allem ERKER, Abschied; ferner KOPSIDIS, Agrarentwicklung.

<sup>18</sup> Vgl. BLACKBOURN, Peasants, 68–70.

<sup>19</sup> BERGMANN, Bauernbund, 1f. sah sich zur Untersuchung von Bauernbund und Bauernverein gezwungen, da es „Quellenmaterial, das die politischen Vorstellungen der Bauern unmittelbar (etwa in Form statistisch

landwirtschaftlichen Organisationswesens in Bayern erheblich zu erweitern. Er kam zu dem Ergebnis, dass sich der BBB im Betrachtungszeitraum 1918 bis 1928 „immer mehr auf die Artikulation bäuerlicher Wirtschaftsinteressen“ beschränkt habe, während die Mitglieder des BV „gegen das Versprechen ökonomischer Interessenbefriedigung für eine ‚staatstragende‘ Politik“ mobilisiert worden seien, obwohl „deren Inhalte keineswegs immer aus den unmittelbaren Bedürfnissen der Adressaten erwachsen waren“<sup>20</sup>. Da Bergmann jedoch einen Funktionärsbegriff verwendet, der zwischen Haupt- und Ehrenamt nicht unterscheidet<sup>21</sup>, bleibt die Stellung der Hauptamtlichen im Willensbildungsprozess des BV unscharf. Trotzdem stellt Bergmanns Monographie eine beachtenswerte Einzelleistung zur Erforschung der Bauernvereine und ihrer Agrarelitens dar. Denn während der Reichslandbund die Aufmerksamkeit der Forschung mittlerweile wieder mehr auf sich zieht<sup>22</sup>, wofür dessen starkes Engagement für die NSDAP im Vorfeld der nationalsozialistischen Machtübernahme verantwortlich zu machen ist, leidet die Erforschung der süd- und westdeutschen Agrarelitens und damit der in Süd- und Westdeutschland dominierenden Bauernvereine unter dem von den angelsächsischen Forschung angeregten Perspektivenwechsel. Dies zeigt sich daran, dass eine Geschichte der Vereinigung der deutschen Bauernvereine trotz hervorragender Quellenlage<sup>23</sup> fehlt. Die Anregungen der Büdinger Vorträge von 1971 und 1972, die sich im Rahmen der von der Ranke-Gesellschaft und dem Institut zur Erforschung historischer Führungsschichten initiierten Veranstaltungsreihe „Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit“ den Agrarelitens widmete, blieben ohne Nachfolge. Das gilt sowohl für Leonhard Lenks Anstoß, bei der sozialgeschichtlichen Betrachtung der Agrarelitens zwischen Interessenvertretern bäuerlicher und nichtlandwirtschaftlicher Abstammung zu unterscheiden<sup>24</sup>, als auch für Heinrich Muths Anregung, die organisationspolitische Wirksamkeit dieser Unterscheidung in den Bauernvereinen zu betrachten<sup>25</sup>, und für Heinz Haushofers Vorschlag, die Mitglieder der agrarischen Führungsschichten Bayerns in eine Liste einzutragen, um damit die Grundlage für eine soziologische Analyse zu schaffen<sup>26</sup>. Auch Puhles Erkenntnis von der Orientierung der Agrarfunktionäre am Vorbild des deutschen Berufsbeamten und der damit zusammenhängenden Bürokratisierung des landwirtschaftlichen Organisationswesens entsprechend der „Staatsbezogenheit der Gesellschaft“ im Deutschen Reich<sup>27</sup> fand keine

---

repräsentativen Umfragen) erfassen würde und damit nach strengen sozialgeschichtlichen Maßstäben unanfechtbar wäre“, nicht gebe.

<sup>20</sup> Vgl. BERGMANN, Bauernbund, 154f.

<sup>21</sup> Vgl. BERGMANN, Bauernbund, 35–38.

<sup>22</sup> 1998: MERKENICH, Front; 2001: MÜLLER, Bauern- und Landvolkpartei; 2003: MÜLLER, Bauer.

<sup>23</sup> Die Registratur der Vereinigung der deutschen Bauernvereine wird beim Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverband in Münster aufbewahrt, der Nachlass von Andreas Hermes, der seit 1928 das Amt des Präsidenten dieser Vereinigung bekleidete, befindet sich im ACDP.

<sup>24</sup> Vgl. LENK, Bauern, 262.

<sup>25</sup> Vgl. MUTH, Führungsschichten, 305–307.

<sup>26</sup> Vgl. HAUSHOFER, Führungsschichten, 44.

<sup>27</sup> Vgl. PUHLE, Innovation, 26f.

Vertiefung in biographischen Studien. Dabei verweist Puhles Hinweis auf die Staatsbezogenheit von Agrarfunktionären auf das bereits eingangs monierte wissenschaftliche Desiderat, welches die innerverbandlichen Willensbildungsprozesse im landwirtschaftlichen Organisationswesens immer noch darstellen: Durchweg auf ältere Literatur angewiesen, kam der Agrarhistoriker Ulrich Kluge in seinem Forschungsüberblick zur deutschen Agrargeschichte des 20. Jahrhunderts im Jahr 2005 zu dem Schluss: „Die wissenschaftliche Verbandsforschung lässt im Allgemeinen den innerorganisatorischen Willensbildungsprozess und die Kooperation mit staatlichen Stellen weitgehend im Dunkeln.“<sup>28</sup> Obwohl Kluge an anderer Stelle die „Mängel der agrarhistorischen Forschung“ bis in die 80er Jahre gerade in einer „starken personellen“ Orientierung erblicken will<sup>29</sup>, ist die Analyse der innerorganisatorischen Willensbildungsprozesse und des Verhältnisses der Agrarverbände zur staatlichen Bürokratie ohne diese personelle Perspektive auf die Agrarreliten nicht denkbar. Die vorliegende biographische Studie über Michael Horlachers politische Karriere als Agrarfunktionär in der Weimarer Republik soll einen Beitrag dazu leisten, diesem Desiderat der agrarpolitischen Verbandsforschung der Weimarer Republik abzuhelpfen.

Eine biographische Annäherung an Michael Horlacher gibt es bisher nicht<sup>30</sup>. Während er durch sein spektakuläres politisch-taktisches Verhalten in den Flügelkämpfen der CSU nach 1945 die Aufmerksamkeit der Geschichtswissenschaft auf sich zog, ist seine politische Karriere vor 1933 ebenso wie sein verbands- und agrarpolitisches Wirken nach 1945 weitgehend unbekannt. Ein zuverlässiger Gradmesser für die Bedeutung, die einem Politiker der Zeitgeschichte in der Bayerischen Landesgeschichte zugemessen wird, stellt das *Handbuch der Bayerischen Geschichte* dar. In der ersten Auflage dieses Standardwerkes zur bayerischen Geschichte wird Michael Horlachers Tätigkeit in der Weimarer Republik nicht erwähnt. Lediglich seine Rolle als Protagonist der Flügelkämpfe in der CSU nach dem Zweiten Weltkrieg findet Beachtung<sup>31</sup>. In der zweiten Auflage hat sich daran nichts geändert. Horlacher findet als Führungspersönlichkeit der CSU und Teilnehmer an den Verfassungsberatungen im Jahr 1946 Aufnahme<sup>32</sup>. Dabei wurde er von Alf Mintzel, dem Nestor der Parteienforschung zur Geschichte der CSU, zu einem „der alten Charakterdarsteller im ‚Bayerischen Welttheater‘“ stilisiert<sup>33</sup>. Damit trug Mintzel wesentlich dazu bei, dass sich ein Bild von Horlacher verfestigte, das ihn als bayerisch-bäuerliches

<sup>28</sup> Vgl. KLUGE, Agrarwirtschaft, 86–88.

<sup>29</sup> Vgl. KLUGE, Agrarwirtschaft, 75.

<sup>30</sup> Stattdessen verfasste Friedrich Hettler einen populärwissenschaftlichen Lebensabriss (vgl. HETTLER, Horlacher) und die Parlamentsjournalistin Hilde Balke ein publizistisches Lebensbild. Da sich Balke noch auf persönliche Gespräche mit und auf persönliche Erinnerungen an Horlacher stützen konnte, besitzt ihr Lebensbild einigen Quellenwert, der jedoch an der durchwegs unreflektierten Darstellung leidet, die Vermutungen nicht scharf genug von gesicherten Daten trennt (vgl. BALKE, Präsidenten, 10–87).

<sup>31</sup> Vgl. DEUERLEIN – GRUNER, Entwicklung, 562, 580, 584, 616 und 620.

<sup>32</sup> Vgl. GELBERG, Kriegsende, 686 und 707–725.

<sup>33</sup> Vgl. MINTZEL, CSU-Hegemonie, 94.



Original darstellte. Denn von Mintzel übernahmen die nachfolgenden Untersuchungen zur Geschichte der CSU die Vorstellung von einem derb-bäuerlichen Horlacher, der unberechenbar, emotional und impulsiv den so genannten „Bauernflügel“ der CSU ab 1945 nach seinem Willen dirigierte und wankelmütig zwischen den verschiedenen Flügeln der CSU lavierte<sup>34</sup>. Dabei folgte die Forschung bedenkenlos der Selbstinszenierung Horlachers als bayerisch-derbes Polit-Original. Mit markanten Aussprüchen wie: „Als Einzelne wirkt die Frau wie eine Blume im Parlament, aber in der Masse wie Unkraut“<sup>35</sup>, übernahm Horlacher die Kontrolle über das Bild, das sich die Öffentlichkeit über ihn machen sollte. Der Parlamentsjournalist Walter Henkels sorgte für die Popularisierung dieser Vorstellung durch einen biographischen Lebensabriss Horlachers, der unter der Überschrift „Koan Krampf net hermachen“ weite Verbreitung in westdeutschen Tageszeitungen fand<sup>36</sup>. Horlacher galt seither als einer „der letzten Repräsentanten altbayrisch-bäuerlicher Politik, den Freund und Feind als humorvollen Taktiker, als intimen Kenner des politischen Metiers und aller parlamentarischen Schliche hoch schätzten“<sup>37</sup>. Die SZ bezeichnete ihn als „echte und liebenswerte Ludwig-Thoma-Figur“<sup>38</sup>. Horlacher trug also letztlich selbst dazu bei, den wissenschaftlichen Blick auf diejenige Dimension seiner politischen Tätigkeit zu verschleiern, die ihn als professionellen Interessenvertreter sowie karriere- und machtbewussten Politiker ausweist, der seine Handlungen dem rationalen Kalkül unterwarf. Deshalb zeigte Thomas Schlemmer in seiner großen Untersuchung der ersten zehn Jahre der CSU einiges Unbehagen an Michael Horlacher, den er für einen der „undurchsichtigsten“ Politiker der CSU erklärte<sup>39</sup>.

Zu diesem konnte Horlacher werden, da seine verbandspolitische Karriere und sein agrarpolitisches Wirken im Ersten Weltkrieg und in der Weimarer Republik nahezu unbekannt sind. Dabei stieg Horlacher in die agrarpolitische Diskussion bereits vor dem Ersten Weltkrieg mit seiner Doktorarbeit ein und verließ die agrarpolitische Bühne des Reichstages nach einigen beruflichen Umwegen erst nach zwanzig Jahren. Statt diese Zeit seines Wirkens zu untersuchen, wurde das Bild, das sich von Horlacher in der CSU-Forschung verfestigt hatte, auf den Horlacher der Weimarer Republik rückprojiziert. In Klaus Schönhovens grundlegender Arbeit über die Geschichte der BVP erscheint Horlacher als bayerisch-patriotischer Polterer gegen die Biersteuererhöhung<sup>40</sup>. In Christian Magas Biographie von Johann Leicht, dem Fraktionsführer der BVP im Deutschen Reichstag, wird

<sup>34</sup> Vgl. HETTLER, Müller; FAIT, Anfänge; FAIT, Erneuerung; SCHLEMMER, Aufbruch.

<sup>35</sup> Dieser Spruch avancierte zum Motto einer feministisch orientierten soziologischen Untersuchung zur Parlamentstätigkeit von Frauen. Vgl. MABRY, Unkraut, 183.

<sup>36</sup> Essener Tageblatt vom 25. Juni 1950; Oberhausener Tageblatt vom 24. Juni 1950; General-Anzeiger der Stadt Wuppertal vom 27. Juli 1951; Kölner Stadtanzeiger vom 7. August 1951.

<sup>37</sup> Vgl. BELL, Höcherl, 37.

<sup>38</sup> SZ vom 7. Februar 1950.

<sup>39</sup> Vgl. SCHLEMMER, Aufbruch, 108.

<sup>40</sup> Vgl. SCHÖNHOVEN, Bayerische Volkspartei, 246; ALTENDORFER, Schäffer, 556.

Horlacher als einer jener von Leicht zu bändigenden bayerischen Partikularisten dargestellt<sup>41</sup>. In seiner Untersuchung über die bis 1933 existierenden bayerischen Bauernkammern behauptete Wolfgang Ratjen, dass Horlacher als „Personifizierung bayerischen Wesens und bayerischer Lebensart“ zu bezeichnen sei, der „in seiner urwüchsigen Person das Festhalten an bewährten Traditionen“ symbolisiert habe<sup>42</sup>. Die sprachliche Farbigkeit dieser stereotypen Charakterisierungen kann über ihre tatsächliche Inhaltsleere nicht hinwegtäuschen, was besonders daran deutlich wird, dass Horlacher gleichzeitig als farblose Figur im Umfeld des berühmt-berüchtigten Bauernvereinspolitikers Georg Heim dargestellt wird. Horlacher erscheint als Angehöriger des „mächtigen Bauernflügels der BVP“ im Gefolge Heims<sup>43</sup>, als Verbindungsmann Heims zur Vereinigung der deutschen Bauernvereine in Berlin<sup>44</sup>, als Förderer der Einwohnerwehren im Auftrag Heims<sup>45</sup>, als Monarchist ebenfalls im Gefolge Heims<sup>46</sup> und schließlich als Unterstützer von Hindenburgs Präsidentschaftskandidatur im Jahr 1925 wieder im Umkreis Heims<sup>47</sup>. Aus dieser Perspektive ist es nur selbstverständlich, dass er als eine der jüngeren „Nachwuchskräfte“ der BVP dem „rechten Parteiflügel“ um Heim zugeordnet wird<sup>48</sup>. Solche Zuordnungen blieben unhinterfragt. Mit der Verortung Horlachers im Gefolge Heims schien alles über Horlachers politisches Weltbild gesagt – so wenig tatsächlich auch über Heims politisches Wirken in der Weimarer Republik bekannt ist. Deshalb ist es Aufgabe dieser biographischen Untersuchung, hinter Horlachers Selbstinszenierung zu blicken und die Motivationen seines politischen Handelns offen zu legen.

Um die Karriere eines Agrarfunktionärs der Weimarer Zeit zu untersuchen, ist es notwendig, sich auf die Suche nach den Archiven der Verbände zu begeben, für die er tätig war. Nun stellt für diese Bestände 1933 das Schicksalsjahr dar. Das Archiv des Bayerischen Christlichen Bauernvereins wurde von den nationalsozialistischen Machthabern zerstört<sup>49</sup>. Von diesem hat sich im Besitz des Bayerischen Bauernverbandes das Protokollbuch des oberpfälzischen BV erhalten, da es der 1933 amtierende Direktor Gregor Klier sicherstellte. Angesichts des Verlusts der archivalischen Überlieferung des bayerischen BV stellt die Registratur der Vereinigung der deutschen Bauernvereine, die beim Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverband in Münster aufbewahrt wird, einen wertvollen Bestand zur Erforschung auch des bayerischen BV dar. Sie enthält geschäftliches Schriftgut und

---

<sup>41</sup> Vgl. MAGA, Leicht, 169–174.

<sup>42</sup> Vgl. RATJEN, Bauernkammern, 166.

<sup>43</sup> Vgl. WIESEMANN, Vorgeschichte, 219.

<sup>44</sup> Vgl. GESSNER, Agrarverbände, 124.

<sup>45</sup> Vgl. NUSSER, Wehrverbände, 92f. und 99.

<sup>46</sup> Vgl. WEIß, Geschichte, 23; ARETIN, Regierung, 71–85; ENDRES, Heimat- und Königsbund, 421f.

<sup>47</sup> Vgl. WIESEMANN, Vorgeschichte, 43; HAUSS, Volkswahl, 105–109; BERGMANN, Bauernbund, 302.

<sup>48</sup> Vgl. ALTENDORFER, Schäffer, 169.

<sup>49</sup> Zum Schicksal des Archivs des bayerischen BV vgl. WEICHSLGARTNER, Dorf, 109; SCHUMACHER, Quellen, 125f.

Sitzungsmitschriften und gibt Zeugnis über das außerbayerische Wirken der bayerischen Bauernvereinspolitiker<sup>50</sup>. Von den Archiven der mit den Bauernvereinen konkurrierenden Verbände haben sich Bruchstücke der archivalischen Überlieferung des Bayerischen Landbundes im Privatbesitz erhalten, worunter vor allem die Vorstandsprotokolle als wichtige und aussagekräftige Quelle hervorstechen<sup>51</sup>. Insofern der Bayerische Bauernbund aufgrund seiner mangelhaften Organisationsstruktur überhaupt in der Lage war, ein Archiv zu führen, so muss dieses ebenfalls als verloren gelten.

Den wichtigsten archivalischen Bestand für die Untersuchung der Karriere Michael Horlachers als Agrarfunktionär in der Zeit der Weimarer Republik stellt das Archiv der Bayerischen Landesbauernkammer dar, für die er als geschäftsführender Direktor fungierte und die seinen beruflichen Mittelpunkt zwischen 1920 und 1933 darstellte. Im Rahmen der Recherchen für diese biographische Studie ist es gelungen, dieses bisher als verloren geltende Archiv in seinen beachtlichen Resten weitgehend zu rekonstruieren<sup>52</sup>. Im Gegensatz zu den Archiven der freiwilligen agrarpolitischen Interessenvertretungen hat es sich trotz bzw. gerade wegen der Gleichschaltung durch die Nationalsozialisten wenigstens teilweise erhalten. Allerdings wurde es auf drei verschiedene Orte verstreut. Zwei Akten mit dienstlichem Schriftgut, das aus der Endphase der Landesbauernkammer zwischen November 1932 und Mai 1933 stammt, werden als Nachlass Michael Horlachers im Archiv für Christlich-Demokratische Politik in Sankt Augustin aufbewahrt. Der größere Rest des Archivs der Landesbauernkammer wird vom Bayerischen Bauernverband gemeinsam mit dem Archiv des 1933 ebenfalls gleichgeschalteten Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern aufbewahrt. Dieser Rest enthält geschäftliches Schriftgut der Bayerischen Landesbauernkammer sowie der Kreisbauernkammern Schwaben und Unterfranken. Darin enthaltene eigenhändige Aktennotizen Horlachers beweisen, dass es sich dabei eindeutig um die Reste des Archivs der Landesbauernkammer handelt und nicht um einen im Büro des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern angelegten Bestand zur Landesbauernkammer. Der BBV übernahm diese beiden Bestände offenbar im Zuge der Auflösung des nationalsozialistischen Reichsnährstandes<sup>53</sup>.

---

<sup>50</sup> Zum so genannten Schorlemer-Archiv vgl. TRUMPP – KÖHNE, Archivbestände, 102.

<sup>51</sup> Diese Sitzungsmitschriften befinden sich als Kopie im Privatbesitz von Dr. Paul Hoser (München), dem an dieser Stelle für die Erlaubnis zur Einsichtnahme herzlich gedankt sein soll. Ihm wurden sie von der Familie des Landbundpolitikers Adam Sühler (Lindau in Oberfranken) zur Verfügung gestellt.

<sup>52</sup> Martin Schumacher kam 1979 nach einer Umfrage unter den staatlichen Archiven der BRD und der DDR zu dem Ergebnis, dass die Archive der süddeutschen Landwirtschaftskammern als verloren gelten müssen. Einschlägige Aktenbestände befanden sich weder im Besitz der Nachfolgeorganisationen, noch im Besitz der heute zuständigen Staatsarchive. Vgl. SCHUMACHER, Quellen, 138f.

<sup>53</sup> Die Archive der von Horlacher vor seiner Zeit bei der Bayerischen Landesbauernkammer geleiteten Organisationen „Handelspolitische Vereinigung der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns einschließlich Müllerei und Mälzerei“, „Wirtschaftspolitische Vereinigung der Landwirtschaft und Agrarindustrie Bayerns“ und „Zweckverband der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns“ haben sich nicht erhalten. Da deren Büros in dasjenige der Landesbauernkammer überführt wurden, hätten sich deren Archive in dem Bestand Bauernkammern beim Bayerischen Bauernverband in Herrsching erhalten müssen. Für die Geschichte dieser Organisationen besitzen jedoch eine Reihe zeitgenössischer geschichtswissenschaftlicher bzw.

Den dritten und bedeutendsten Teil des Archivs der Landesbauernkammer stellen die Niederschriften der Plenarsitzungen der Landesbauernkammer aus der Zeit von 1920 bis 1933 dar. Es existiert nur ein einziges lückenloses Exemplar, das der Nachwelt erhalten ist, weil es der damalige persönliche Referent Horlachers und spätere Agrarhistoriker Heinz Haushofer bei der Überführung der Landesbauernkammer in den nationalsozialistischen Reichsnährstand sicherstellte und mit nach Hause nahm<sup>54</sup>. Nach einem Urteil Haushofers aus dem Jahr 1934 spiegelt sich in ihnen das „Ganze der bayerischen Agrarpolitik von 1920 bis 1932“ wider<sup>55</sup>. Diese zur Erforschung der bayerischen Agrargeschichte in der Zwischenkriegszeit unverzichtbare Quelle konnte für diese Arbeit erstmals gründlich ausgewertet werden. Eine wertvolle Ergänzung des Archivs der Landesbauernkammer stellen darüber hinaus die im bayerischen Landwirtschaftsministerium angelegten und im Bayerischen Hauptstaatsarchiv aufbewahrten Akten zur Landesbauernkammer dar<sup>56</sup>.

Die parlamentarische Tätigkeit Horlachers als bayerischer Landtagsabgeordneter (1920–1925) und Reichstagsabgeordneter (1924–1933) der BVP lässt sich aufgrund der gedruckten stenographischen Verhandlungsberichte der Plenardebatten, der in den *Akten der Reichskanzlei* veröffentlichten Schriftstücke sowie der archivalischen Überlieferung der Ausschussmitschriften und Fraktionsprotokolle darstellen. Die Ausschussprotokolle des bayerischen Landtages werden im Bayerischen Hauptstaatsarchiv aufbewahrt<sup>57</sup>. Während die Ausschussprotokolle des bayerischen Landtages als stenographische Berichte vorliegen<sup>58</sup>, wurden von den Sitzungen der Reichstagsausschüsse nur Ergebnisprotokolle angefertigt – die Untersuchungsausschüsse ausgenommen. Da das Archiv der BVP im Jahr 1933 weitestgehend der vorsorglichen Vernichtung durch die eigenen Parteigremien zum Opfer fiel<sup>59</sup>, stellen die Protokolle der Landtagsfraktion der BVP im Archiv für Christlich-soziale Politik in München eine nicht zu überschätzende Quelle zur Darstellung der politischen Karriere Horlachers dar. Protokolle der Reichstagsfraktion der BVP haben sich nicht erhalten. Wichtige Aufschlüsse über Horlachers parlamentarische Tätigkeit geben die Lebenserinnerungen des bayerischen Ministerpräsidenten Gustav von Kahr im BayHStA<sup>60</sup> und ebenfalls dort aufbewahrte, Horlacher betreffende Schriftstücke im Nachlass des bayerischen Ministerpräsidenten Heinrich Held<sup>61</sup>.

---

volkswirtschaftlicher Dissertationen (BAUER, Organisation; BICHL, Untersuchung; HUNDHAMMER, Berufsvertretung; LAUERBACH, Landwirtschaft; PIX, Organisation) einen hohen Quellenwert.

<sup>54</sup> Dieses Exemplar befindet sich heute im Privatbesitz der Familie Heinz Haushofers. Durch die Bayerische Staatsbibliothek wurde es digitalisiert und online zur Verfügung gestellt. Vgl. KIRCHINGER, Stenographische Berichte, 263–277.

<sup>55</sup> Bibliothek der Familie Haushofer, *Georgica bavarica* Bd. 1, Nr. 153.

<sup>56</sup> BayHStA, ML 116, 120–123, 1888, 1951, 1952, 3491–3498.

<sup>57</sup> Vgl. BUSLEY, Inventar, 269–316.

<sup>58</sup> Zur Vorgehensweise bei der Erstellung von Ausschussmitschriften im bayerischen Landtag vgl. WIESEND, Ausschußwesen, 122f.

<sup>59</sup> Vgl. SCHÖNHOFEN, Bayerische Volkspartei, 10; KOCK, SPD und BVP, 178–180.

<sup>60</sup> Zum Nachlass Kahr vgl. KRAUB, Nachlässe, 146.

<sup>61</sup> Zum Nachlass Held vgl. KRAUB, Nachlässe, 130.

Als wenig ergiebig erwies sich aber die Suche nach politischer Korrespondenz in den Nachlässen von politischen Weggefährten und Gegnern Horlachers. Der für die Erforschung der politischen Karriere Michael Horlachers relevante Quellenbestand ist von einem eklatanten Missverhältnis zwischen seinen zahlreichen öffentlichen Reden und seinen reichlich vorhandenen Publikationen einerseits sowie einer sehr schmalen politischen Korrespondenz andererseits gekennzeichnet. Eine ausgiebigere politische Korrespondenz scheint er nur geführt zu haben mit seinem politischen Mentor Georg Heim (dessen Nachlass im Stadtarchiv Regensburg aufbewahrt wird) und Joseph Baumgartner, den er als seinen politischen Zögling betrachtete<sup>62</sup> und dessen Nachlass sich im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte in München befindet. Dementsprechend enthalten auch Horlachers drei Teilnachlässe überwiegend keine politische Korrespondenz. Während der Teilnachlass im ACDP geschäftliches Schriftgut aus der Endphase der Bayerischen Landesbauernkammer umfasst, finden sich in den beiden Teilnachlässen, die sich im Besitz der Familie seiner Tochter Annemarie Wittmann in Cham sowie im BayHStA befinden<sup>63</sup>, ausschließlich private Korrespondenz, Zeitungsausschnitte und familiäre Schriftstücke. Politisch motivierte Vernichtungsaktionen und Kriegsverluste können für dieses auffällige Fehlen politischer Korrespondenz allein nicht verantwortlich gemacht werden. Vielmehr ist dafür Horlachers „Philosophie des Papierkorbs“ als Grund anzuführen, über die der Bundestagsabgeordnete Hermann Höcherl (1912–1989) anekdotisch berichtete. Höcherl teilte sich mit Horlacher ein Abgeordnetenbüro in Bonn. Als dieser ihn beim Briefeschreiben beobachtete, soll er gesagt haben: „Du Rindviech. Laß doch das Briefeschreiben sein. Das haltens Dir alles einmal vor.“<sup>64</sup> Daran zeigt sich, dass Horlacher jenseits aller zur Schau getragenen jovialen Derbheit ein vorsichtiger und manchmal geradezu misstrauischer Politiker war, der mit der Veröffentlichung seiner eigenen politischen Ansichten zurückhaltend umging. Dies ist bei der quellenkritischen Auswertung seiner reichlich vorhandenen Publikationen zu würdigen.

Mit diesen quellenkritischen Einschränkungen versehen, stellen Horlachers Publikationen jedoch eine herausragende Quelle zur Erforschung seiner Karriere dar. Bereits als Angestellter des Bayerischen Statistischen Landesamtes und der Bayerischen Lebensmittelstelle verfasste er zahlreiche Monographien und Aufsätze über die Kriegswirtschaft. Am 1. April 1917 wechselte er als Wirtschaftsredakteur zur *München-Augsburger Abendzeitung*, wo er sich journalistisches Rüstzeug zulegte. Als Geschäftsführer im bayerischen landwirtschaftlichen Organisationswesen seit April 1918 hatte Horlacher die Verantwortung für zahlreiche Publikationsorgane, die er auch sehr intensiv zur

---

<sup>62</sup> Mündliche Auskunft von Hellmut Horlacher.

<sup>63</sup> Zu Horlachers Teilnachlass im BayHStA vgl. KRAUß, Nachlässe, 140.

<sup>64</sup> BELL, Höcherl, 38, 90.

Veröffentlichung eigener Aufsätze nutzte<sup>65</sup>. Als Mitglied des Bayrischen Christlichen Bauernvereins schrieb er für dessen Publikationsorgane (v.a. das *Bayerische Bauernblatt*), als Parlamentarier der BVP auch für deren Blätter (v.a. den *Bayerischen Kurier*). In Zeiten der verbandspolitischen Entspannung konnte er auch die Blätter der konkurrierenden Organisationen BBB, Bayerischer Landbund und Landwirtschaftlicher Verein in Bayern nutzen. Eine Bibliographie seiner Monographien, Zeitschriften- und Zeitungsaufsätze befindet sich im Anhang der vorliegenden Arbeit. Sie erhebt jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

---

<sup>65</sup> Seit 5. Juli 1918 erschienen die *Mitteilungen der Handelspolitischen Vereinigung der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns einschließlich Müllerei und Mälzerei*, diese wurden am 31. Oktober 1918 in *Mitteilungen der Wirtschaftspolitischen Vereinigung der Landwirtschaft und Agrarindustrie Bayerns* umbenannt, um ab 7. April 1919 als *Mitteilungen des Zweckverbandes der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns* zu erscheinen, ab 30. November 1920 als *Mitteilungen der Bayerischen Landesbauernkammer* zu firmieren und ab 1. Januar 1927 unter dem Namen *Bayerische Agrarpolitische Rundschau* bis nach der Gleichschaltung der Landesbauernkammer im Jahr 1933 veröffentlicht zu werden.

## II. Jugend in der Großstadt (1888–1913)

### 1. Familiäres Umfeld

Eine agrarpolitische Karriere war Horlacher nicht in die Wiege gelegt. Am 18. Januar 1888 brachte Anna Zitzmann (1867–1925)<sup>1</sup> im oberfränkischen Pottenstein (Bezirksamt Pegnitz) ihren unehelichen Sohn Michael zur Welt<sup>2</sup>. Anna Zitzmann war eine katholische Dienstmagd aus Pottenstein. Aber sie arbeitete schon seit ihrer Kindheit als Dienstmädchen in Nürnberg<sup>3</sup>. Dort lernte sie den Vater ihres Sohnes, den jungen lutherischen Bauingenieur Karl Adalbert Horlacher (1854–1893) aus Feuchtwangen kennen, der gerade begonnen hatte, sich mit einem Baugeschäft in Nürnberg selbständig zu machen<sup>4</sup>. Zur Geburt ihres Sohnes kehrte sie aus Nürnberg zu ihren Eltern nach Pottenstein zurück<sup>5</sup>, wo sie ihren Sohn katholisch auf den Namen Michael Christoph taufen ließ<sup>6</sup>.

Anna Zitzmanns Eltern hießen Johann (1828–1897) und Katharina Zitzmann (1842–1898), geborene Riegel<sup>7</sup>. Katharina Riegel brachte ein kleinbäuerliches Anwesen mit in die Ehe<sup>8</sup>. Das junge Ehepaar befand sich damit im Besitz einer bescheidenen selbständigen Existenz. Vier Jahre nach der Hochzeit mussten Michael Horlachers Großeltern das Anwesen jedoch verkaufen<sup>9</sup>. Die Familie verlegte ihren Wohnsitz nach Pottenstein, wo die Eltern fortan ohne eigene Wohnung als „Inwohner“ lebten und sich als Tagelöhner verdingten<sup>10</sup>. Die Großeltern Michael Horlachers waren in die unterbäuerliche Schicht abgestiegen – ohne

---

<sup>1</sup> Anna Zitzmann war am 15. September 1867 geboren worden (PfarrA Pottenstein, Trauungsmatrikel 1876–1914, 136). Sie starb am 15. Mai 1925 nach „langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenen Leiden“ im 58. Lebensjahr und wurde in Nürnberg begraben (Fränkischer Kurier vom 16. Mai 1925).

<sup>2</sup> PfarrA Pottenstein, Geburtsregister 1876–1910, 102. Dort findet sich als Geburtsdatum der 16. Januar 1888. Horlacher selbst gab dagegen als Geburtsdatum den 18. Januar 1888 an (StadtA München, PMB Michael Horlacher).

<sup>3</sup> StadtA Nürnberg, C 18/II Nr. 5427, Stadtmagistrat Nürnberg an Stadtmagistrat Pottenstein, 22. Juni 1894.

<sup>4</sup> Karl Adalberts Bauunternehmen erscheint erstmals 1887 im Nürnberger Adressbuch.

<sup>5</sup> Als Horlachers Geburtshaus wird im pfarramtlichen Geburtsregister das Haus Pottenstein Nr. 153 angegeben (PfarrA Pottenstein, Geburtsregister 1876–1910, 102). Dies ist das Haus, in dem Anna Zitzmanns Bruder Michael am 30. März 1889 im Alter von 15 Jahren an Wassersucht starb (PfarrA Pottenstein, Sterberegister 1884–1929, 31). Deshalb ist davon auszugehen, dass sich in diesem Haus die Wohnung von Annas Eltern befand.

<sup>6</sup> PfarrA Pottenstein, Geburtsregister 1876–1910, 102.

<sup>7</sup> Anna Zitzmann war am 15. September 1867 selbst unehelich geboren worden. Ihre Eltern heirateten erst 1869 (StA Bamberg, Grundsteuerkataster des Finanzamtes Waischenfeld K229 Kat, Nr. 116).

<sup>8</sup> Das Anwesen befand sich in Freiahorn bei Pottenstein und bestand aus einem „Tropfhaus“, Stadel, Stall, Keller, Backofen sowie 16,52 Tagwerk Äckern und Wiesen (StA Bamberg, Grundsteuerkataster des Finanzamtes Waischenfeld K229 Kat, Nr. 116).

<sup>9</sup> StA Bamberg, Grundsteuerkataster des Finanzamtes Waischenfeld K229 Kat, Nr. 116.

<sup>10</sup> Anna Zitzmann wurde vom Standesamt Pottenstein als „Inwohnerstochter“ und „Tagelöhnerstochter“ bezeichnet (PrivatA Wittmann, NL Annemarie Wittmann, Beglaubigte Abschrift aus dem Geburtsregister des Standesamts Pottenstein, 3. Mai 1944). Vom Standesamt Pottenstein wurde Anna Zitzmann als Tochter der „früheren Ökonomenseheleute“ Johann und Katharina Zitzmann bezeichnet (PrivatA Wittmann, NL Annemarie Wittmann, Beglaubigte Abschrift aus dem Heiratsregister des Standesamts Pottenstein, 3. Mai 1944). Annas Vater Johann Zitzmann starb am 5. Februar 1897 im Alter von 69 Jahren, Annas Mutter Katharina am 21. Oktober 1898 im Alter von 56 Jahren (PfarrA Pottenstein, Sterberegister 1884–1929, 72 und 79).

eigene Behausung, ohne Grundbesitz, nur mit der eigenen Arbeitskraft als Sicherheit für den Lebensunterhalt<sup>11</sup>. Sie schickten deshalb ihre Tochter Anna schon als Kind nach Nürnberg, um sie dort als Dienstmagd ihren eigenen Lebensunterhalt verdienen zu lassen<sup>12</sup>.

Nürnberg war am Ende des 19. Jahrhunderts eine dynamische Industriestadt. Die dort ansässigen Maschinenbau- und Textilfabriken, die florierende chemische und elektrotechnische Industrie boten vielen Menschen Arbeitsplätze. Dies führte zu einem rapiden Bevölkerungswachstum vor allem durch Zuwanderung und zog massive soziale Probleme nach sich<sup>13</sup>. Hatte die Stadt um 1881 noch 100.000 Einwohner, zählte sie um 1900 bereits 260.000 und war damit die neuntgrößte Stadt im Deutschen Reich<sup>14</sup>. Dort traf die aus einer sozial abgesunkenen Familie stammende Anna Zitzmann auf den wohlhabenden Karl Adalbert Horlacher, der ebenso wie Anna von den beruflichen Möglichkeiten der industriellen Entwicklung in Nürnberg angezogen war. Der Vater Michael Horlachers war am 27. Juli 1854 in Feuchtwangen als Sohn des dortigen Spezereihändlers und Bürgermeisters Carl Friedrich Horlacher geboren worden<sup>15</sup>. Karl Adalbert Horlacher stammte aus einer lutherischen Beamten- und Ärztfamilie, die hauptsächlich im mittelfränkischen Raum beheimatet war. Manches Familienmitglied war geadelt<sup>16</sup>. Der Vater Michael Horlachers wuchs im Gegensatz zur arbeitsreichen Kindheit seiner Mutter in kleinstädtisch-bürgerlicher Beschaulichkeit auf. Seine Familie sorgte für eine gediegene höhere Ausbildung. Nach dem frühen Tod der Mutter wurde der zwölfjährige Karl Adalbert im Herbst 1866 zu seiner Großmutter nach Stuttgart gebracht und „seinen in dieser Stadt wohnenden nächsten Anverwandten zur weiteren Erziehung übergeben“. Dort besuchte er die Oberrealschule, die ihn auf ein technisches Studium vorbereitete. Dann wechselte er auf die Ingenieurfachschule in Stuttgart. Im Oktober 1876 bestand er die „I. theoretische Staatsprüfung im Ingenieurfache“ in Stuttgart mit „genügendem Erfolg“. Dem „höchsten Wunsch“ seines Vaters folgend, bewarb er sich nach dreijähriger Baupraxis um eine Anstellung im bayerischen Staatsbaudienst<sup>17</sup>. Allerdings wollte die Oberste Baubehörde in München seinem Gesuch nicht nachkommen, da er kein Gymnasium besucht hatte und sich auch nicht „dem für die Hochbau- und Ingenieurwissenschaften vorgeschriebenen Unterrichte“ an der technischen Hochschule in München

---

<sup>11</sup> Im Grundsteuerkataster des Finanzamtes Pottenstein (StA Bamberg) konnte kein Grundeigentum der Familie in Pottenstein festgestellt werden.

<sup>12</sup> In PfarrA Pottenstein, Geburtsregister 1876–1910, 102 wird Anna Zitzmann als „Dienstmagd“ bezeichnet.

<sup>13</sup> Zum Zusammenhang zwischen industrieller Entwicklung und Bevölkerungswachstum in Nürnberg vgl. GÖMMEL, Wachstum, 21–60.

<sup>14</sup> Vgl. ENDRES, Bevölkerungsentwicklung, 142.

<sup>15</sup> Karl Adalberts Mutter Karoline Margarethe war eine geborene Hezel. Zu den Eltern Karl Adalbert Horlachers vgl. HÖRBER, Häuserbuch, 453 und 660; PrivatA Wittmann, NL Annemarie Wittmann, Geburts- und Taufzeugnis für Karl Adalbert Horlacher, 29. April 1944. Karl Adalbert Horlacher hatte noch eine Schwester namens Sophie (StA Nürnberg, Akten betreffend die Verlassenschaft des Albert Karl Horlacher, Inventur der Verlassenschaft Albert Horlachers, 7. Dezember 1893).

<sup>16</sup> PrivatA Wittmann, NL Annemarie Wittmann, Stammbaum der Familie Horlacher.

<sup>17</sup> BayHStA, OBB 9651, Gesuch Albert Horlachers um Zulassung zum Staatsbauconcurs, Januar 1879.



unterzogen hatte<sup>18</sup>. Deshalb machte er sich als Bauunternehmer selbständig. Das Unternehmen nannte sich: „Horlacher & Co., Wasserleitungs-Installationsgeschäft, Bergstr. 8“<sup>19</sup>.

Zwischen der Geburt Michael Horlachers und der in der katholischen Pfarrkirche von Pottenstein stattfindenden Hochzeit von Anna Zitzmann und Karl Adalbert Horlacher am 30. August 1891 vergingen noch dreieinhalb Jahre<sup>20</sup>, obwohl das Recht auf Verehelichung seit 1868 nicht mehr an die polizeiliche oder gemeindliche Genehmigung gebunden war<sup>21</sup>. Weit entfernt von der sozialen Kontrolle in ihren Heimatorten fühlten sich die Eltern Michael Horlachers offenbar nicht an die dort herrschenden kleinbürgerlichen bzw. bäuerlichen Konventionen gebunden. Gemeinsam mit ihrem Sohn lebten sie an ihrem Wohnort Nürnberg<sup>22</sup> in einer stabilen eheähnlichen Beziehung ohne Trauschein<sup>23</sup>. Karl Adalbert Horlacher erkannte seine Alimentationspflicht an<sup>24</sup>, d.h. Michael Horlacher wuchs in geordneten finanziellen Verhältnissen auf. Obwohl Michael Horlacher damit zu der beachtlichen Schar unehelicher Kinder gehörte, die es damals in Bayern gab<sup>25</sup>, haftete Michael Horlacher dadurch der „soziale Makel“<sup>26</sup> der unehelichen Geburt nicht in dem Ausmaß an wie unehelichen Kindern aus „Geschlechtsausschweifungen“<sup>27</sup>. Schließlich wirkte die Legitimation Michael Horlachers durch die Eheschließung seiner Eltern als „Rehabilitationsakt“<sup>28</sup>. Als sich Anna nach dem Tode ihres Mannes mit einem Nürnberger Stadtbeamten verheirateten wollte, erkundigte sich der Stadtmagistrat über ihren Leumund und brachte dabei in Erfahrung, „daß sie in jeder Beziehung Anspruch auf Rechtschaffenheit besitzt“<sup>29</sup>.

---

<sup>18</sup> BayHStA, OBB 9651, Konzept eines Schreibens der OBB an Albert Horlacher, 17. März 1879.

<sup>19</sup> Adreßbuch von Nürnberg 1890, 145. Albert Horlachers Geschäftspartner war Friedrich Horlacher, wohl ein Verwandter (Adreßbuch von Nürnberg 1891, 135).

<sup>20</sup> AEB, Kath. Pfarrei Nürnberg/Unsere Liebe Frau Bd. 36, 36; PfarrA Pottenstein, Trauungsmatrikel 1876–1914, 136.

<sup>21</sup> Vgl. LINDNER, Geburten, 38f.

<sup>22</sup> In den Trauungsmatrikeln des Pfarramtes Pottenstein wurde als Aufenthaltsort des Paares die Stadt Nürnberg angegeben (PfarrA Pottenstein, Trauungsmatrikel 1876–1914, 136).

<sup>23</sup> Darauf deutet hin, dass dem Paar im Jahr 1890 noch ein weiteres uneheliches Kind geboren wurde, das jedoch bereits nach fünf Wochen starb (PfarrA Pottenstein, Sterberegister 1884–1929, 38).

<sup>24</sup> Karl Adalbert Horlacher erkannte die Vaterschaft bereits am 29. März 1888 vor dem Amtsgericht Pottenstein an (PrivatA Wittmann, NL Annemarie Wittmann, Beglaubigte Abschrift aus dem Geburtsregister des Standesamts Pottenstein, 3. Mai 1944). Zur obligatorischen Alimentationspflicht für unehelich Geborene in Bayern rechts des Rheins vgl. LINDNER, Geburten, 74–80.

<sup>25</sup> Als Michael Horlacher geboren wurde, waren 14,01 Prozent der lebend geborenen Kinder in Bayern unehelich (LINDNER, Geburten, 1). Im Zeitraum 1879/1888 waren im Bezirksamt Pegnitz, zu dem Horlachers Geburtsort Pottenstein gehörte, 15,9 Prozent der Geborenen unehelich (LINDNER, Geburten, 229).

<sup>26</sup> LINDNER, Geburten, 179.

<sup>27</sup> Vgl. LINDNER, Geburten, 211. LINDNER, Geburten, 189 schätzte, dass rund 60 Prozent der Unehelichen, die das Säuglingsalter überlebten, damals in Bayern durch die Hochzeit ihrer Eltern legitimiert wurden.

<sup>28</sup> LINDNER, Geburten, 212f.

<sup>29</sup> StadtA Nürnberg, C 18/II Nr. 5427, Auskunft des Stadtmagistrats Nürnberg über Anna Horlacher, 28. Juni 1894.

Im Rahmen der dynamischen Entwicklung der Industriestadt Nürnberg war es Anna Zitzmann gelungen, die statischen sozialen Grenzen ihres mehr ländlich als bürgerlich geprägten sozioökonomischen Umfeldes ihres Heimatortes Pottenstein hinter sich zu lassen und von einer Tagelöhnerstocher und Dienstmagd zur Ehefrau eines wohlhabenden Bauunternehmers aufzusteigen. Das Bauunternehmen Karl Adalbert Horlachers florierte. Es profitierte von der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einsetzenden zunehmenden Staatstätigkeit im Gesundheitswesen<sup>30</sup>. Er bekam die lukrativen Aufträge, die Wasserleitungen in Mindelheim, Wartenfels und Riedenburg zu bauen<sup>31</sup>. Bereits drei Jahre nach Gründung seines Unternehmens konnte er sich im vornehmen Nürnberger Stadtteil „Gärten hinter der Veste“<sup>32</sup> ein Grundstück erwerben<sup>33</sup>. Da traf die Familie ein schwerer Schicksalsschlag. Am 8. April 1893 starb Karl Adalbert Horlacher im Alter von 38 Jahren an Lungentuberkulose<sup>34</sup>. Michael Horlacher war damals gerade fünf Jahre alt. An der finanziellen Sicherheit änderte sich aber aufgrund des Vermögens, das Karl Adalbert in den wenigen Jahren seiner Unternehmertätigkeit geschaffen hatte, nichts. Das Erbe ging je zur Hälfte an Anna und ihren Sohn Michael<sup>35</sup>. Der fünfjährige Michael war nun Besitzer der Hälfte eines zweistöckigen Hauses. Insgesamt ergab sich nach Abzug der Passiva ein Vermögen von 47.299,14 Mark, mit dem die Restfamilie disponieren konnte<sup>36</sup>.

Aufgrund der Erbschaft war Anna Horlacher nicht darauf angewiesen, selbst Geld zu verdienen<sup>37</sup>. Das Geschäft führte sie nicht weiter. Sie fasste aber bald das Vorhaben, sich wieder zu verheiraten<sup>38</sup>. Für den städtischen Baubeamten Wilhelm Ramminger (1858–1936) war die junge wohlhabende Witwe durchaus eine interessante Partie. Dieser war wohl ein Bekannter Karl Adalbert Horlachers aus gemeinsamen Schuljahren an der Baugewerkschule

<sup>30</sup> Vgl. BLESSING, Verwaltung, 62.

<sup>31</sup> StA Nürnberg, Akten betreffend die Verlassenschaft des Albert Karl Horlacher, Bekanntgabe der Witwe Anna Horlacher über die Ausstände ihres Mannes, 19. August 1893.

<sup>32</sup> Zur Bewertung dieses Stadtteils vgl. BENCKER – FISCHER-PACHE, Gärten hinter der Veste, 321f.

<sup>33</sup> Das Grundstück lag in der Bucherstraße 9a (StA Nürnberg, Akten betreffend die Verlassenschaft des Albert Karl Horlacher, Inventur der Verlassenschaft Albert Horlachers, 7. Dezember 1893).

<sup>34</sup> StA Nürnberg, Akten betreffend die Verlassenschaft des Albert Karl Horlacher, Todesanzeige des Stadtmagistrats für das Amtsgericht Nürnberg, 9. April 1893. Zur Todesursache vgl. Archiv des Ev.-luth. Pfarramtes St. Johannis in Nürnberg, Sterbebuch 1889–1898. Er wurde auf dem „St. Johannis-Kirchhof“ in Nürnberg beerdigt (Fränkischer Kurier vom 10. April 1893 (Vormittagsblatt)).

<sup>35</sup> StA Nürnberg, Akten betreffend die Verlassenschaft des Albert Karl Horlacher, Protokoll der Nachlassverhandlung beim Amtsgericht Nürnberg, 21. April 1893.

<sup>36</sup> StA Nürnberg, Akten betreffend die Verlassenschaft des Albert Karl Horlacher, Inventur der Verlassenschaft Albert Horlachers, 7. Dezember 1893. Die Vormundschaft für Michael übernahm auf Vorschlag Anna Horlachers der Forchheimer Stadtkämmerer Wilhelm Leo (StA Nürnberg, Akten betreffend die Verlassenschaft des Albert Karl Horlacher, Protokoll über die Vereidigung von Wilhelm Leo, 28. April 1893). Leo war ein Freund der Familie, denn er war bereits Trauzeugen von Anna und Karl Adalbert Horlacher gewesen (PfarrA Pottenstein, Trauungsmatrikel 1876–1914, 136). Den einzig lebenden Verwandten ihres Mannes lehnte Anna Horlacher als Vormund ab. Dieser schuldete ihrem Mann noch Geld, weshalb die „Familienbeziehungen desselben zu uns nicht die freundschaftlichsten sind“ (StA Nürnberg, Akten betreffend die Verlassenschaft des Albert Karl Horlacher, Protokoll der Nachlassverhandlung beim Amtsgericht Nürnberg, 21. April 1893).

<sup>37</sup> StadtA Nürnberg, C 18/II Nr. 5427, Gutachten des Stadtmagistrats Nürnberg über Anna Horlacher, 28. Juni 1894.

<sup>38</sup> StadtA Nürnberg, C 18/II Nr. 5427, Stadtmagistrat Nürnberg an Stadtmagistrat Pottenstein, 22. Juni 1894.

in Stuttgart<sup>39</sup>. Er war am 2. Oktober 1858 als Sohn eines Bildhauers und Stuckateurs im württembergischen Reichenbach im Amt Geislingen geboren worden<sup>40</sup>. Der kinderlose Ramminger heiratete Anna Horlacher am 23. Oktober 1894 in Nürnberg<sup>41</sup>. Bald kam Nachwuchs. Am 6. Mai 1896 wurde mit Frieda Cäcilie (1896–1924) das einzige Kind dieser Ehe geboren<sup>42</sup>. Rammingers regelmäßiges Beamtengehalt besserte das Familienvermögen nicht unerheblich auf<sup>43</sup>. Finanzielle Sorgen waren der Familie unbekannt. Ramminger galt als Experte für Schlachthofbauten und war als solcher sehr erfolgreich<sup>44</sup>. Michael Horlachers Verhältnis zu seinem Stiefvater war jedoch gespannt<sup>45</sup>. Dieser besaß einen schwierigen Charakter, der mit seiner beruflichen Situation stets unzufrieden war und sich gegenüber Kollegen oftmals zurückgesetzt fühlte<sup>46</sup>.

## 2. Schüler am Alten Gymnasium in Nürnberg

Als Michael Horlacher zehn Jahre alt war, wurde er im Alten Gymnasium am Nürnberger Egidienplatz angemeldet<sup>47</sup>. Vorher hatte er die Vorschule besucht<sup>48</sup>, die diesem Gymnasium angeschlossen war<sup>49</sup>. Damit besuchte Horlacher nicht eine der in Bayern üblichen konfessionellen Volksschulen, sondern eine überkonfessionelle, dafür aber sozial exklusive Vorschule<sup>50</sup>. Um „Klassenmischung“ zu vermeiden und dem bürgerlichen Schüler das „Gepräge seines Standes“ zu geben, wurden „fast nur die Söhne der besten Familien, der

<sup>39</sup> StadtA Nürnberg, C 18/II Nr. 5427, Besoldungsbogen für Wilhelm Ramminger für das Jahr 1920.

<sup>40</sup> Zur Biographie Rammingers vgl. StadtA Nürnberg, C 21/III Nr. 785 (Einwohnermeldekarte Wilhelm Ramminger); StadtA Nürnberg, C 18/II Nr. 5427, Protokoll der Vereidigung Rammingers, 24. April 1893; StadtA Nürnberg, C 18/II Nr. 5427, Vermerk des Städtischen Personalamtes, 13. März 1926.

<sup>41</sup> StadtA Nürnberg, C 21/III Nr. 785 (Einwohnermeldekarte Wilhelm Ramminger).

<sup>42</sup> Sie heiratete den Medizinalrat Dr. Karl Heuner, hatte mit diesem einen am 22. Oktober 1921 geborenen Sohn und starb am 17. August 1924 in Würzburg (StadtA Nürnberg, C 18/II Nr. 5427, Familienstandsbogen für Wilhelm Ramminger, 17. August 1936).

<sup>43</sup> Seit 1. April 1893 verdiente Ramminger 2.370 Mark, seit 1. Januar 1900 wurden ihm 3.120 Mark jährlich bezahlt (StadtA Nürnberg, C 18/II Nr. 5427, Besoldungsbogen für Wilhelm Ramminger für die Jahre 1890/1900). Ab 1907 wurde sein Gehalt auf 3.900 Mark angehoben (StadtA Nürnberg, C 18/II Nr. 5427, Beschluss des Gesamtmagistrats Nürnberg, 20. Juli 1906).

<sup>44</sup> Ramminger war ausschließlich mit Arbeiten für den Schlachthof in Nürnberg beschäftigt (StadtA Nürnberg, C 18/II Nr. 5427, Beschluss des Gesamtmagistrats Nürnberg, 20. Juli 1906). Bald galt er als ausgemachter Experte für Schlachthofbauten (StadtA Nürnberg, C 18/II Nr. 5427, Städtisches Baubureau Augsburg an den Nürnberger Stadtbaurat Weber, 13. August 1896). Deshalb wurde Ramminger 1906 auf Lebenszeit von der Stadt Nürnberg angestellt (StadtA Nürnberg, C 18/II Nr. 5427, Vermerk vom 7. März 1906).

<sup>45</sup> Mündliche Auskunft von Hellmut Horlacher.

<sup>46</sup> StadtA Nürnberg, C 18/II Nr. 5427, Ramminger an den Stadtmagistrat Nürnberg, 3. November 1892; Ramminger an den Stadtmagistrat Nürnberg, 3. März 1894; Ramminger an den Stadtmagistrat Nürnberg, 17. September 1896; Beförderungsgesuch Rammingers, 2. Oktober 1917.

<sup>47</sup> Jahresbericht des Kgl. Alten Gymnasiums 1898/1899, 16. Zur Geschichte des Alten Gymnasiums in Nürnberg – des späteren Melanchthon-Gymnasiums – in der Zeit zwischen 1884 und 1914 vgl. STEIGER, Melanchthon-Gymnasium, 160–172; BREITWIESER, Gymnasialanstalt, 81–93.

<sup>48</sup> StA Nürnberg, Melanchthon-Gymnasium Nürnberg 57, Inskriptionsmatrikel 1898/1899.

<sup>49</sup> Zur Vorschule des Alten Gymnasiums in Nürnberg vgl. STEIGER, Melanchthongymnasium, 192.

<sup>50</sup> Außerhalb Nürnbergs gab es in Bayern kaum Vorschulen, in der ehemaligen Reichsstadt habe sich „der Rest der alten Standesschule am zähesten erhalten“. Vgl. KRIEBEL, Volksschule, 12–14.

gebildeten, der einflussreichen Kreise“ aufgenommen. Da ein hohes Schulgeld verlangt wurde, entschied über die Aufnahme nicht die Begabung, sondern der Geldbeutel, um die Gymnasien der überkommenen sozialen Elite vorzubehalten<sup>51</sup>. Das Alte Gymnasium, auf dessen Besuch die Vorschule vorbereitete, war eines jener humanistischen Gymnasien, die als Elitenschulen das höchste soziale Ansehen genossen<sup>52</sup> und allein zum Besuch der Universitäten berechtigten<sup>53</sup>. Bevorzugten Angehörige der technischen Eliten für ihre Söhne das Realgymnasium oder die Oberrealschule, welche utilitaristische, berufsvorbereitende Bildung versprachen, schickte das Bildungsbürgertum seine Söhne vornehmlich auf das dem überkommenen deutschen Bildungsideal des Idealismus verpflichtete humanistische Gymnasium<sup>54</sup>. Wenn Horlacher nicht auf das in Nürnberg bereits bestehende Realgymnasium geschickt wurde, spiegelt sich darin der soziale Ehrgeiz seiner Mutter wider – gehörten doch sowohl sein Vater, als auch sein Stiefvater als Bauingenieure der sich im sozialen Aufstieg befindlichen technischen Elite der Industriestadt Nürnberg an, die vom Bildungsbürgertum nicht als gleichrangig betrachtet wurde<sup>55</sup>.

Obwohl die utilitaristische Kritik am neuhumanistischen Bildungsideal mit der Schulordnung von 1891/1892 bereits zur stärkeren Berücksichtigung der berufsbildenden Realienfächer geführt hatte<sup>56</sup>, war Horlachers Lehrplan vom Übergewicht der Alten Sprachen Latein und Griechisch bestimmt<sup>57</sup>. Horlacher las Caesars Gallischen Krieg und übersetzte Ovids Metamorphosen. Über Livius, Cicero und Vergil hatte er sich bis zu Tacitus vorzuarbeiten. In Griechisch wurde er mit den Epen Homers, den Dramen von Sophokles, den Reden von Demosthenes und der Philosophie von Plato vertraut gemacht. Entsprechend dem idealistischen Bildungsideal des Neuhumanismus sollte Horlacher dadurch eine „höhere allgemeine Bildung“ vermittelt und so auf das selbständige wissenschaftliche Studium vorbereitet werden<sup>58</sup>. Der Geschichtsunterricht sollte Horlacher zu vaterländischer Gesinnung erziehen, wobei in dem protestantisch geprägten bürgerlichen Milieu Nürnbergs weniger Wert

<sup>51</sup> Vgl. RIES, Gefahren, 18–25.

<sup>52</sup> Vgl. VONDUNG, Lage, 28.

<sup>53</sup> Vgl. REBLE, Schulwesen, 975f.; KRAUL, Gymnasium, 100–126.

<sup>54</sup> Vgl. KRAUL, Gymnasium, 117–119.

<sup>55</sup> Vgl. VONDUNG, Lage, 25f.; BIEBER, Bürgertum, 16–18.

<sup>56</sup> Vgl. BOCK, Schulwesen, 426.

<sup>57</sup> Die Alten Sprachen beanspruchten mit je 14 Stunden in der vierten und fünften Gymnasialklasse mindestens die Hälfte der zur Verfügung stehenden Stunden. Die Realienfächer bewegten sich zwischen mindestens fünf Stunden in der vierten Gymnasialklasse und höchstens acht Stunden in der zweiten und siebten Gymnasialklasse (Jahresbericht des Kgl. Alten Gymnasiums 1898/1899, 35f.; Jahresbericht über das Kgl. Alte Gymnasium 1899/1900, 37–39; Jahresbericht über das Kgl. Alte Gymnasium 1900/1901, 37–39; Jahresbericht für das Kgl. Alte Gymnasium 1901/1902, 14–17; Jahresbericht für das Kgl. Alte Gymnasium 1902/1903, 13–15; Jahresbericht über das Kgl. Alte Gymnasium 1903/1904, 13f.; Jahresbericht über das Kgl. Alte Gymnasium 1904/1905, 11–13; Jahresbericht über das Kgl. Alte Gymnasium 1905/1906, 8–10; Jahresbericht über das Kgl. Alte Gymnasium 1906/1907, 5–7).

<sup>58</sup> Entwurf einer Ordnung der gelehrten Mittelschulen (Studienanstalten) in Bayern, auf Grund der Beschlüsse der am 30. Oktober 1869 im königlichen Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten zusammengetretenen Berathungs-Commission zit. nach BOCK, Schulwesen, 422. Zur Umsetzung des neuhumanistischen Bildungsideals am Alten Gymnasium vgl. MEYERHÖFER, Humboldt, 73–76.

auf bayerischen Landespatriotismus als auf nationalistische Reichstreue und Hohenzollernverehrung gelegt wurde<sup>59</sup>. Er könnte Augenzeuge der mit einigem nationalistischen Gepränge gefeierten Enthüllung eines Denkmals für Kaiser Wilhelm I. (1797–1888) im November 1905 auf dem Platz vor dem Alten Gymnasiums gewesen sein, bei der Kaiser Wilhelm II. (1859–1942) persönlich anwesend war<sup>60</sup>. Im Schulalltag dienten die auch am Alten Gymnasium feierlich begangenen Namenstags- und Geburtstagsfeste der bayerischen königlichen Familie<sup>61</sup> weniger der Festigung spezifisch bayerisch-patriotischer als allgemein monarchischer Gesinnung. Revolutionen wurden in Horlachers Geschichtslehrbüchern als Auflehnung gegen die legitime Herrschaft dargestellt<sup>62</sup>. Darin wurden dem jungen Horlacher die Taten der „republikanischen Schreckensmänner“<sup>63</sup> deutlich vor Augen geführt wie auch die Notwendigkeit, Revolutionen zu verhindern. Der grundlegende Fehler der Revolutionäre bestand nach dem gängigen und von Horlacher verwendeten Geschichtslehrbuch von Hans Stich darin, dass sie die „verschiedene Begabung der Menschen mit sittlichen und intellektuellen Kräften und die daraus entspringende Verschiedenheit des Lebensstellungen“ verkannt hätten<sup>64</sup>. Diesem elitären bildungsbürgerlichen Selbstverständnis entsprach die soziale Homogenität von Horlachers Mitschülern. Ihre Väter entstammten durchweg der gehobenen Mittel- und Oberschicht. Sie waren meist höhere Beamte, Ärzte und Offiziere, auch Unternehmer und Kaufleute fanden sich darunter, jedoch nur wenige Handwerker<sup>65</sup>. Als Katholik befand sich Horlacher am Alten Gymnasium jedoch in der Minderheit<sup>66</sup>. Gemeinsam mit jüdischen und überzähligen protestantischen Schülern bildeten die Katholiken eigene nichtprotestantische Klassen<sup>67</sup>. Zusätzlich zum quantitativen Übergewicht der Protestanten wurde am Alten Gymnasium die große Tradition als protestantische Bildungsanstalt der ehemaligen Reichsstadt Nürnberg besonders gepflegt<sup>68</sup>. Die religiös-sittliche Erziehung, die neben der neuhumanistischen Bildung und der Festigung der patriotisch-monarchischen Gesinnung das schulische Leben

<sup>59</sup> Die Bemühungen, bayerischen Patriotismus in den höheren Schulen Neubayerns zu wecken, blieben überhaupt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts recht erfolglos (vgl. WEYMAR, Selbstverständnis, 188–190), obwohl im Lehrplan die Vermittlung der bayerischen Geschichte besondere Berücksichtigung fand (Jahresbericht für das Kgl. Alte Gymnasium 1901/1902, 14–17). Zum Geschichtsbild der Schulbücher der Wilhelminischen Ära vgl. SCHALLENBERGER, Untersuchungen, 127–140.

<sup>60</sup> Jahresbericht über das Kgl. Alte Gymnasium 1905/1906, 48.

<sup>61</sup> Jahresbericht des Kgl. Alten Gymnasiums 1898/1899, 38; Jahresbericht über das Kgl. Alte Gymnasium 1900/1901, 46.

<sup>62</sup> STICH, Lehrbuch, 138. Horlacher benutzte als Schüler die Lehrbücher von Hans Stich, Wilhelm Preger (PREGER, Lehrbuch) und Michael Doeberl (DOEBERL, Lehrbuch) (Jahresbericht über das Kgl. Alte Gymnasium 1905/1906, 8–10; Jahresbericht über das Kgl. Alte Gymnasium 1906/1907, 5–7).

<sup>63</sup> STICH, Lehrbuch, 136.

<sup>64</sup> STICH, Lehrbuch, 187.

<sup>65</sup> Jahresbericht des Kgl. Alten Gymnasiums 1898/1899, 16f.; ferner BREITWIESER, Gymnasialanstalt, 90.

<sup>66</sup> Im Schuljahr 1898/1899 befanden sich unter den insgesamt 438 Schülern des Alten Gymnasiums nur 68 Katholiken (Jahresbericht des Kgl. Alten Gymnasiums 1898/1899, 37).

<sup>67</sup> Jahresbericht des Kgl. Alten Gymnasiums 1898/1899, 37.

<sup>68</sup> Vgl. REIMANN, Müller-Meiningen, 2f. Der liberale bayerische Parlamentarier Ernst Müller-Meiningen (1866–1944) war ebenfalls Absolvent des Alten Gymnasiums in Nürnberg.

Horlachers auch über den Lehrplan hinaus beherrschte<sup>69</sup>, fand deshalb in einem weitgehend protestantisch geprägten schulischen Umfeld statt, das im Falle katholischer Schüler von der Idealvorstellung von der konfessionellen Identität zwischen Lehrern und Schülern weit entfernt war. Neben Horlachers Abstammung aus einer gemischtkonfessionellen Beziehung und seiner Jugend in der katholischen Diaspora, was den Kontakt mit Christen anderer Konfession ohnehin bereits herausforderte, kann in seiner schulischen Sozialisation an einer protestantisch geprägten Schule der Grund gesehen werden, warum Horlachers Selbstverständnis als katholischer Christ nie von ausgeprägter Kirchentreu und dogmatischer Bestimmtheit geprägt war<sup>70</sup>.

Horlacher zeigte sich stets als unauffälliger Schüler mit konstanten durchschnittlichen Leistungen, wobei diese nach den Beurteilungen der Lehrer hinter seinem Fleiß zurückblieben<sup>71</sup>. Wenn Horlacher auch nur mittelmäßige Noten erzielen konnte, ist seine Leistung jedoch nicht gering zu veranschlagen. Denn Horlachers Lehrer waren fachlich hoch qualifiziert<sup>72</sup> und stellten hohe Ansprüche. Das besonders elitäre Selbstverständnis des Alten Gymnasiums als Seminarschule und eines der traditionsreichsten Gymnasien im Deutschen Reich<sup>73</sup> äußerte sich zudem in einer besonderen pädagogischen Strenge an der Schule. Persönliche Beleidigungen, Arrest- und Kollektivstrafen waren als pädagogische Mittel bis in die Oberstufe hinein gebräuchlich<sup>74</sup>. Aber Horlacher blieb unauffällig und ordnete sich der Autorität der Lehrer unter<sup>75</sup>. Stets war er „redlich bemüht, den Anforderungen der Schule gerecht zu werden, und betätigte immer eine wohlstandige Haltung“, wie ihm Schulleiter Dr. Philipp Thielmann (gest. 1919)<sup>76</sup> im Absolutoriumszeugnis bescheinigte<sup>77</sup>. Im

<sup>69</sup> Am Alten Gymnasium wurde der außerschulische Kirchenbesuch am Sonntag mit Strafwang durchgesetzt. Vgl. BREITWIESER, *Gymnasialanstalt*, 93.

<sup>70</sup> Nach der mündlichen Auskunft von Michael Horlachers Sohn Hellmut bezeichnete er die katholische Amtskirche als „Heuchelhierarchie“.

<sup>71</sup> In seinem ersten Schuljahr bekam er in Religion, Deutsch, Latein, Arithmetik, Geographie und Turnen jeweils die Note zwei, in Naturkunde die Note eins. Damit lag er im Mittelfeld seiner Klasse (StA Nürnberg, Melanchthon-Gymnasium Nürnberg 164, Zeugnisse und Censuren 1898/1899). Neben diesen und den Noten aus dem Abiturzeugnis sind nur seine Noten aus dem Berechtigungszeugnis zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst aus dem Jahr 1904 erhalten. Er bekam damals für „Schulbesuch und Betragen“ das beste Prädikat „sehr lobenswert“, ebenfalls für „Aufmerksamkeit und Fleiß“ eine Eins, für das „Maß der erreichten Kenntnisse“ bekam er eine Zwei (StA Nürnberg, Melanchthon-Gymnasium Nürnberg 281, Noten für die Berechtigungszeugnisse zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst 1904).

<sup>72</sup> Dr. Philipp Thielmann, Rektor und Horlachers Klassenlehrer der Abschlussklasse etwa war als Kenner der lateinischen Sprache bekannt (STEIGER, *Melanchthon-Gymnasium*, 171f.). Er veröffentlichte eine sprachwissenschaftliche Untersuchung der Vulgata (THIELMANN, *Beiträge*). Auch Dr. Hermann Braun, Horlachers Klassenlehrer in der dritten Klasse, war in der Wissenschaft als Altphilologe bekannt (BRAUN, *Nachahmung*). Konrektor Ludwig Krauß, Horlachers Deutschlehrer in der Abschlussklasse, verfasste einen materialreichen Leitfaden der deutschen Poetik (KRAUß, *Leitfaden*).

<sup>73</sup> Es war das erste Gymnasium im deutschen Sprachraum, in dem die pädagogischen Grundsätze des lutherischen Reformators Philipp Melanchthon umgesetzt wurden. Vgl. STEIGER, *Melanchthon-Gymnasium*, 20–47.

<sup>74</sup> Vgl. BREITWIESER, *Gymnasialanstalt*, 93.

<sup>75</sup> Zur Autorität der Lehrer und ihrer Rolle bei der schulischen Sozialisation vgl. ULICH, *Schulische Sozialisation*, 385–388.

<sup>76</sup> Dr. phil., Altphilologe, protestantisch, 1901 bis 1918 Rektor am Alten Gymnasium in Nürnberg, gestorben am 7. September 1919. Zu Thielmann vgl. STEIGER, *Melanchthon-Gymnasium*, 171f.

Zeichenunterricht jedoch konnte er sich Freiraum verschaffen und seine Kreativität auf der Grundlage eines beachtlichen zeichnerischen Talents ausleben<sup>78</sup>.

Im Sommer 1907 legte Horlacher seine Abschlussprüfungen ab. Sein Aufsatz aus dem Deutschen stellt seine erste erhaltene schriftliche Ausarbeitung dar. Die Aufgabenstellung ist ein Beispiel für die Durchdringung des gesamten Lehrplanes mit geschichtlichen Themen nach Art heroischer Geschichtsauffassung: „Buttlars Wort in Schillers ‚Piccolomini‘: ‚Nichts ist so hoch, wonach der Starke nicht Befugnis hat die Leiter anzulegen‘ ist an der Hand geschichtlicher Beispiele zu betrachten.“ Horlacher reihte die Taten berühmter Herrschergestalten aneinander. Dadurch versuchte er zu zeigen, welche staatspolitischen Leistungen durch „Willenskraft und zähe Ausdauer“ erreicht werden könne. Dabei kam der 19jährige Horlacher doch zu einem eher banalen Ergebnis: „Also geht daraus hervor, daß der Wunsch nicht die natürlichen Kräfte seines Willens übersteigen darf, sondern daß er nur soweit streben kann und soll, als es das Maß seiner Kräfte und Fähigkeiten zuläßt.“ Damit war Horlacher Korrektor nicht zufrieden: „Da H. sich nirgends die Mühe nimmt, das Thema genauer anzufassen, so kann nichts herauskommen als nur öde und ziemlich planlose Rederei. Der Ausdruck steht unter dem Zeichen der Phrase.“<sup>79</sup> Tatsächlich bleibt Horlachers stilistische Leistung hinter seinem geschichtlichen Wissen zurück. Der Themenstellung wurde er nicht gerecht und bekam dafür die Note Drei. Eine Drei bekam er auch in Griechisch und Mathematik, eine Zwei in Latein und Deutsch. Nur in Religion bekam er die Note Eins, was Schulleiter Thielmann als „sehr tüchtige Leistung“ ansah<sup>80</sup>.

Mit dem Festgesang der „Iphigenie in Aulis“ wurde Horlacher am 13. Juli 1907 in das außerschulische Leben entlassen<sup>81</sup>. Die Geschichte der Iphigenie, die sich in der von Friedrich Schiller übersetzten Tragödie des griechischen Dichters Euripides zum freiwilligen Opfertod für die Interessen ihres Volkes entscheidet, wies die jungen Erwachsenen nicht besonders subtil auf die Notwendigkeit hin, sich Autoritäten unterzuordnen und sich im Dienst am Gemeinwohl aufzuopfern, dessen Inhalte von der Obrigkeit definiert wurden. Wenn Horlacher nun nur leidlich griechisch und lateinisch konnte und auch in den Realienfächern nur mittelmäßige Leistungen erbracht hatte, so ließ er aber durch seinen bewiesenen Fleiß und durch sein untadeliges Betragen hoffen, dass er sich zu einem funktionierenden Glied der Gesellschaft entwickeln werde.

---

<sup>77</sup> Melanchthon-Gymnasium Nürnberg, Absolutoriumszeugnis für Michael Horlacher, 13. Juli 1907.

<sup>78</sup> Mehrere Gemälde, die Horlacher während seiner Schulzeit malte, befinden sich im Besitz von Michael Wittmann, Sohn von Michael Horlachers Tochter Annemarie Wittmann.

<sup>79</sup> Horlacher hatte die schriftliche Absolutoriumsprüfung in Religion, Deutsch, Latein, Griechisch und Mathematik abzulegen. Die Aufgaben und die Lösungen sind im Archiv des Melanchthon-Gymnasiums erhalten (Melanchthon-Gymnasium Nürnberg, Absolutoriumsaufgaben für das Jahr 1907).

<sup>80</sup> Melanchthon-Gymnasium Nürnberg, Absolutoriumszeugnis für Michael Horlacher, 13. Juli 1907. Um auf diese Gesamtnoten zu kommen, wurden die Noten der schriftlichen und mündlichen Prüfung mit den Jahresfortgangsnoten verrechnet.

<sup>81</sup> Vgl. den Bericht über die Abschlussfeier in: Fränkischer Kurier vom 14. Juli 1907.

### 3. Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in München

Aber Horlacher rebellierte. Während er anlässlich seiner Schulentlassung angab, neuere Sprachen studieren zu wollen<sup>82</sup>, weiß die Familientradition, dass er viel lieber Maler werden wollte, statt ein Brotstudium aufzunehmen. Talent dazu besaß er. Als Schuljunge konnte er sich als Postkartenmaler von Nürnberger Altstadtmotiven sein Taschengeld aufbessern. Er glaubte nun, sein Talent zum Beruf machen zu können. Damit stieß er aber auf den Widerstand seiner Mutter<sup>83</sup>. Das in den gesellschaftlichen Aufstieg ihres Sohnes investierte Geld war gefährdet. Anna Horlacher war offenbar eine dominante Persönlichkeit, die nach dem Tode des leiblichen Vaters zu Michael Horlachers hauptsächlicher familiärer Bezugsperson geworden war. Als solche besaß sie einigen Einfluss auf ihren Sohn, weshalb sich Horlacher ihren Wünschen fügte und ein Brotstudium aufnahm. Aber sein Verhältnis zu seiner Mutter war fortan gespannt<sup>84</sup>.

Im Wintersemester 1907/1908 schrieb sich Horlacher an der Ludwig-Maximilians-Universität in München für das Studium der Rechts- und Staatswissenschaften ein<sup>85</sup>. Nach einem erfolgreichen Abschluss dieses Studiums war die Übernahme in den königlich-bayerischen Justiz- oder Verwaltungsdienst zu erwarten<sup>86</sup>. Wenigstens die Wahl des weit von der Familie entfernten Studienortes deutet aber darauf hin, dass Horlacher sich von seiner dominanten Mutter zu emanzipieren versuchte. Das Erbe seines Vaters, über das er nach dem Erreichen der Volljährigkeit selbständig verfügen konnte, ermöglichte ihm ein von seiner Mutter unabhängiges Leben<sup>87</sup>. Auf den 19jährigen Studenten aus der geschäftigen Industriestadt Nürnberg musste die Hauptstadt des Königreichs Bayern mit ihren breiten Prachtstraßen und Vergnügungslökalen sowie dem hoch stehenden kulturellen und geistigen Leben eine große Anziehungskraft ausgeübt haben – und Michael Horlacher suchte sich seine Bleibe in Schwabing im Brennpunkt der künstlerischen und geistigen Aktivitäten in München<sup>88</sup>.

In München schloss sich Horlacher der katholischen Studentenverbindung Langobardia an<sup>89</sup>. Dort fand er emotionalen Halt, Schutz gegen die Einsamkeit und

---

<sup>82</sup> Jahresbericht über das Kgl. Alte Gymnasium 1906/1907, 49.

<sup>83</sup> Mündliche Auskunft von Hellmut Horlacher.

<sup>84</sup> Dies äußerte sich vor allem daran, dass Michael Horlacher mit seinen eigenen Kindern kaum über seine Eltern sprach (mündliche Auskunft von Hellmut Horlacher).

<sup>85</sup> UAM, Stud-BB-277, Inskriptionslisten Wintersemester 1907/1908.

<sup>86</sup> Zum Studium der Rechts- und Staatswissenschaften als Voraussetzung für die Übernahme in den bayerischen Staatsdienst vgl. KÜHN, Reform, 130.

<sup>87</sup> Mündliche Auskunft von Hellmut Horlacher.

<sup>88</sup> StadtA München, PMB Michael Horlacher.

<sup>89</sup> Im Wintersemester 1907/1908 war er als „Fux“ Anwärter auf die Mitgliedschaft (Academia vom 15. November 1907). Horlacher wurde im Sommersemester 1908 „geburscht“, d.h. vollwertiges Mitglied (Academia vom 15. Juli 1908). Zur Geschichte der Langobardia vgl. SCHIEWECK-MAUK, Lexikon, 428–433. Die Langobardia war im so genannten „Cartellverband“ (CV) mit anderen katholischen Studentenverbindungen



Hilfeleistungen in der fremden Umgebung. Dafür musste Horlacher bereit sein, sich in die Gemeinschaft einzugliedern und den gewählten Autoritäten unterzuordnen<sup>90</sup>. Horlacher selbst wurde zum Protagonisten der disziplinierenden und erziehenden Funktion der Studentenverbindungen. Er internalisierte die Werte seiner Verbindung, war bereit sich für sie zu engagieren und propagierte sie nach außen. Im Wintersemester 1908/1909 war er als Fuxmajor dafür verantwortlich, neue Mitglieder zu werben und die neuen Anwärter auf teilweise sehr derbe Art und Weise mit den Gebräuchen der Langobardia vertraut zu machen<sup>91</sup>. Im Wintersemester 1909/1910 bekleidete er das Amt des Conseniors<sup>92</sup>. Er rief seine Mitstudenten in der Langobardia auf, soziale Verantwortung zu übernehmen und dem katholischen caritativen Vinzenzvereinen beizutreten<sup>93</sup>. Da Horlachers Beitritt zur Langobardia noch in die Zeit des so genannten Akademischen Kulturkampfes fällt, währenddessen die so genannten Schlagenden Verbindungen die als national nicht zuverlässig diffamierten katholischen Studentenverbindungen auch in München aus dem akademischen Leben zu verdrängen suchten<sup>94</sup>, ist sein Eintritt in eine katholische Studentenverbindung durchaus als bewusste Entscheidung für den politischen Katholizismus zu werten. Wie sehr er die patriarchalischen und autoritären Werte seiner Studentenverbindung internalisiert hatte, zeigte sich, als er 1927 das Amt des Philister-Seniors der Langobardia übernahm und in seiner Antrittsrede besonderen Wert darauf legte, daß die Tradition der Studentenverbindung von deren aktiven Mitgliedern „mit Rücksicht auf die Grundsätze der Verbindung gewahrt wird“<sup>95</sup>.

Trotz der zeitlichen Beanspruchung durch die ritualisierte Geselligkeit der Studentenverbindungen absolvierte Horlacher sein Studium diszipliniert und zügig. Er achtete sehr genau darauf, die Anordnungen zu erfüllen, die der bayerische Staat an das Studium seiner zukünftigen Staatsdiener im höheren Dienst setzte<sup>96</sup>. Zunächst hatte Horlacher im Rahmen eines philosophischen Propädeutikums acht Vorlesungen zu besuchen, die ihn entsprechend dem neuhumanistischen Bildungsideal über das eigentliche Studienfach hinaus geistig-sittlich bilden und zur Übernahme eines staatlichen Amtes besonders befähigen

---

zusammengeschlossen. Zur Geschichte des CV vgl. SCHIEWECK-MAUK, Lexikon, 11–18; HARTMANN, Verbände, 289–311; MÖLLER, Bier, 38–40.

<sup>90</sup> Zur Sozialgeschichte der wilhelminischen Studentenverbindungen vgl. JARAUSCH, Korporationen, 69–75; DOERRY, Übergangsmenschen, 99 und 180f.

<sup>91</sup> Academia vom 15. November 1908. Zum Amt des Fuxmajors vgl. PASCHKE, Lexikon, 113–119.

<sup>92</sup> Academia vom 15. Dezember 1909.

<sup>93</sup> Academia vom 15. August 1909. Die Vinzenzvereine katholischer Studenten widmeten sich der caritativen Unterstützung von Studenten (vgl. DOWE, Bildungsbürger, 52–54 und 135–139).

<sup>94</sup> Zum Akademischen Kulturkampf zwischen 1903 und 1908 vgl. grundlegend STITZ, Kulturkampf, 8–118; ferner DOWE, Bildungsbürger, 39–44.

<sup>95</sup> Archiv der KDStV Langobardia, Korrespondenzblatt des Philistervereins Langobardia, Oktober 1927.

<sup>96</sup> Zu diesen Anforderungen vgl. Ministerialbekanntmachung vom 6. Juli 1899, in: Vorschriften über die Prüfungen für den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst in Bayern, 25–146; UAM, Satzungen für die Studierenden an den Königlich Bayerischen Universitäten in der Fassung vom 24. April 1906.

sollten<sup>97</sup>. Horlacher bevorzugte im Rahmen dieses Propädeutikums theologische Veranstaltungen<sup>98</sup>. Daneben konnte er sich aber bereits seinen eigentlichen rechts- und staatswissenschaftlichen Studienfächern widmen<sup>99</sup>. Dabei bildete die enge Verbindung zwischen juristischen und volkswirtschaftlichen Inhalten eine spezifisch bayerische Anforderung an die zukünftigen Staatsdiener<sup>100</sup>.

Die Münchner juristische Fakultät hatte einen hervorragenden Ruf<sup>101</sup>. Während die Rechtsgeschichte entsprechend der Auffassung, dass das Recht nur aus seiner Geschichte her verstanden werden könne, einen zentralen Stellenwert im Studienplan Horlachers einnahm<sup>102</sup>, verlegte er den Schwerpunkt seiner juristischen Studien baldmöglichst auf Vorlesungen, die stärker auf die volkswirtschaftlichen Studien verwiesen<sup>103</sup>. So hörte er neben den obligatorischen zivil- und strafrechtlichen Fächern Versicherungsrecht, Familien- und Erbrecht, Sachen- und Urheberrecht, Handelsrecht sowie Gewerbe- und Arbeitsversicherungsrecht, Konkursrecht und Verwaltungsrecht<sup>104</sup>. Jura interessierte ihn nicht als historische, sondern als soziale Wissenschaft<sup>105</sup>. Schließlich ließ er am Ende seines Studiums sein eigentliches Vorhaben, in den bayerischen Staatsdienst überzutreten, offenbar fallen. Denn er legte nach der Zwischenprüfung keine juristischen Prüfungen mehr ab<sup>106</sup>, weshalb er wegen des herrschenden Juristenmonopols als Kandidat für den höheren Verwaltungs- und Justizdienst in Bayern ausschied.

Horlacher scheint immer mehr in den Bann des berühmten liberalen Nationalökonomen Lujo Brentano (1844–1931)<sup>107</sup> geraten zu sein. Bei ihm hörte Horlacher

<sup>97</sup> Zur kontroversen Diskussion über den Zweck des Propädeutikums im Jurastudium vgl. KÜHN, Reform, 119, 162f. und 166.

<sup>98</sup> So hörte Horlacher drei Vorlesungen bei dem Apologetiker Johann Nepomuk Espenberger – u.a. über den modernistischen Theologen Hermann Schell –, eine bei dem Dogmatiker Philipp Friedrich und eine kirchengeschichtliche Vorlesung bei dem Historiker Hermann Grauert (UAM, Stud-BB-277; Stud-BB-289; Stud-BB-317).

<sup>99</sup> Horlacher war in den Inskriptionslisten der LMU während der ersten beiden Jahren seiner fünfjährigen Studienzeit als „Kand. der Cameralia“, in den letzten drei Jahren als „Kand. der Rechtswissenschaften“ eingeschrieben (UAM, Stud-BB-277; Stud-BB-289; Stud-BB-317; Stud-BB-333; Stud-BB-349; Stud-BB-365; Stud-BB-382; Stud-BB-399; Stud-BB-416).

<sup>100</sup> Vgl. KÜHN, Reform, 130.

<sup>101</sup> Vgl. WEIS, Beitrag, 1053.

<sup>102</sup> Vgl. KÜHN, Reform, 75–78.

<sup>103</sup> Die wirtschaftswissenschaftlichen Fächer bildeten den Kern des staatswissenschaftlichen Studiums. Zum Inhalt des staatswissenschaftlichen Studiums vgl. MAYR, Staatswissenschaften.

<sup>104</sup> Zu Horlachers juristischem Studienplan vgl. UAM, Stud-BB-277; Stud-BB-289; Stud-BB-317; Stud-BB-333; Stud-BB-349; Stud-BB-382; Stud-BB-399.

<sup>105</sup> Zur zeitgenössischen Diskussion um den historischen oder sozialen Charakter der Rechtswissenschaft vgl. KÜHN, Reform, 75–81.

<sup>106</sup> BayHStA, Statistisches Landesamt 111, Lebenslauf Michael Horlachers, undatiert.

<sup>107</sup> Geboren am 18. Dezember 1844 in Aschaffenburg als Angehöriger der bedeutenden Gelehrten- und Intellektuellenfamilie Brentano, Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, Promotion zum Dr. jur. in Heidelberg, Promotion zum Dr. rer. pol. in Göttingen, 1871 Habilitation in Staatswissenschaften in Berlin, Professor für Nationalökonomie in Breslau, Straßburg, Wien und Leipzig, zuletzt von 1891 bis 1914 in München, er war ein bedeutender Vertreter der so genannten „jüngeren historischen Schule“ der deutschen Nationalökonomie, Gründungsmitglied des Vereins für Socialpolitik, als Sozialreformer und akademischer

vom ersten Semester an regelmäßig<sup>108</sup>. Seit Brentano nach München berufen worden war, hatte die dortige Nationalökonomie einen Aufschwung erlebt und sich zu einem eigenständigen Studiengang entwickelt<sup>109</sup>. Sein soziales Verantwortungsgefühl trug ihm die despektierliche Bezeichnung „Kathedersozialist“ ein<sup>110</sup>. Als Horlacher am 14. Mai 1909 in der Langobardia – nach dem Urteil des Organs der Studentenverbindung in „gewohnter erschöpfender und anschaulicher Weise“ – über das „Arbeiterwohnungsproblem in der Großstadt“ sprach<sup>111</sup>, tat er dies bereits unter dem Eindruck Brentanos. Dieser animierte seine Schüler ausdrücklich zu sozialpolitischem Engagement<sup>112</sup>. Er war berühmt für seine Fähigkeit, seine Zuhörer zu begeistern<sup>113</sup>. Horlacher war noch Jahrzehnte später stolz darauf, sich als „Schüler“ Brentanos betrachten zu können. Die „glänzenden Darstellungen der volkswirtschaftlichen Grundlehren durch Herrn Geheimrat sind für mich unvergesslich und haben mir während meines ganzen späteren Lebens die hervorragenden Dienste geleistet“<sup>114</sup>, schrieb Horlacher 1929 an Brentano.

Neben Brentano war der Statistiker und Nationalökonom Georg von Mayr (1841–1925)<sup>115</sup> der zweite prägende akademische Lehrer Horlachers<sup>116</sup>. Brentano und Mayr gehörten beide der so genannten „jüngeren historischen Schule“ der deutschen Nationalökonomie an, deren Ziel darin bestand, wirtschaftliche Zusammenhänge induktiv aus der Beschreibung konkreter historischer Vorgänge herzuleiten. Im so genannten „Methodenstreit“<sup>117</sup> zwischen den Verfechtern induktiver und deduktiver Methodik bestritten

---

Lehrer war sein Einfluss bedeutend, gestorben am 9. September 1931 in München. Zu Brentano vgl. SHEEHAN, Brentano.

<sup>108</sup> Von Horlacher besuchte Vorlesungen bei Brentano sind nachgewiesen in: UAM, Stud-BB-277; Stud-BB-289; Stud-BB-333; Stud-BB-349; Stud-BB-365; Stud-BB-399.

<sup>109</sup> Zur Geschichte der Staatswirtschaftlichen Fakultät der LMU vgl. PECHMANN, Geschichte, 153–160; ZORN, Wirtschaftsgeschichte, 461–472.

<sup>110</sup> Zum „Kathedersozialismus“ vgl. SCHIEDER, Sozialismus, 982–985.

<sup>111</sup> Academia vom 15. Juni 1909.

<sup>112</sup> Daran erinnerte sich der ebenfalls bei Brentano hörende spätere jüdische Rechtsanwalt Philipp Loewenfeld. Vgl. Recht und Politik in Bayern, 80f.

<sup>113</sup> Karl Alexander von Müller schwärmte geradezu von Lujo Brentano, dem es aufgrund der „Klarheit des Aufbaus und der bestechenden Logik seiner Schlußfolgerungen“ gelungen sei zu begeistern (MÜLLER, Gärten, 265).

<sup>114</sup> Stadt- und StiftsA Aschaffenburg, Familienarchiv Brentano Kasten 22, Horlacher an Lujo Brentano, 23. Dezember 1929.

<sup>115</sup> Nationalökonom, katholisch, geboren am 12. Februar 1841 in Würzburg, Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in München, 1865 Habilitation, 1868 Ernennung zum außerordentlichen Professor, 1869 Ernennung zum Leiter des Statistischen Bureaus in München, als solcher Gründer der *Zeitschrift des bayrischen Statistischen Bureaus*, in der er zahlreiche, meist auf Bevölkerungsstatistik bezügliche Arbeiten veröffentlichte, im September 1879 als kaiserlicher Unterstaatssekretär in das Ministerium für Elsaß-Lothringen nach Straßburg berufen, 1887 Rücktritt, 1891 Privatdozent an der Universität Straßburg, 1898 Berufung zum Professor für Statistik, Finanzwissenschaft und Nationalökonomie an der Universität München, gestorben am 6. Oktober 1925 in Tutzing. Zu Mayr vgl. PECHMANN, Geschichte, 155; KLEINDINST, Geschichte, 120f.

<sup>116</sup> Horlacher hörte bei Mayr ebenfalls seit seinem ersten Semester regelmäßig (UAM, Stud-BB-277; Stud-BB-289; Stud-BB-317; Stud-BB-349; Stud-BB-399).

<sup>117</sup> Zum „Methodenstreit“ in der deutschen Nationalökonomie vgl. EISERMANN, Grundlagen; WINKEL, Nationalökonomie; KRÜGER, Nationalökonomien.

sie die Existenz allgemeingültiger, d.h. ahistorischer ökonomischer Gesetzmäßigkeiten<sup>118</sup>. Trotz dieser Gemeinsamkeiten waren Brentano und Mayr zerstritten<sup>119</sup>. Mayr gehörte der konservativen ethischen Richtung an, welche von der Notwendigkeit ethischer Normen als Grundlage aller Nationalökonomie ausging, was Brentano als Vertreter der liberalen Richtung ablehnte<sup>120</sup>. Während sich Mayr aufgrund der Annahme von der ethischen Pflicht zur Bearbeitung des heimischen Bodens zu einer protektionistischen Agrar- und Handelspolitik bekannte<sup>121</sup>, war Brentano ein Verfechter des Freihandels<sup>122</sup>. Wenngleich Mayrs Ruf als Nationalökonom unter der Kritik Brentanos litt, wurde er trotzdem – auch von Brentano – als hervorragender Statistiker anerkannt<sup>123</sup>. Er war 1869 zum Leiter des neu eingerichteten Königlich Bayerischen Statistischen Bureaus ernannt worden, woraufhin die Statistik in Bayern einen starken Aufschwung erlebte. Unter seiner Leitung „warf die Statistik in Bayern ihr Netz in alle Tiefen der volkswirtschaftlichen, administrativen und kulturellen Verhältnisse“<sup>124</sup>. Mayr kam damit den methodischen Vorgaben der „jüngeren historischen Schule“ nach, die ihre Forschungsergebnisse in Form von umfangreichen deskriptiven statistischen Monographien veröffentlichte. Eine Statistik, die in Anlehnung an die Ansprüche naturwissenschaftlicher Methodologie unabwendbare Gesetzmäßigkeiten abbilden zu können glaubte, galt als mechanistisch, französisch-rationalistisch und undeutsch<sup>125</sup>. Die historisch-deskriptive Wirtschaftswissenschaft der „jüngeren historischen Schule“ wurde deshalb im Unterschied zu mathematisierten Wirtschaftstheorien als „geisteswissenschaftlich“ bezeichnet<sup>126</sup>. Mit diesem statistischen Rüstzeug, das Horlacher nach eigener Aussage Mayr verdankte<sup>127</sup>, ging Horlacher an die Erstellung seiner Dissertation.

---

<sup>118</sup> Zur Methodenlehre Mayrs vgl. MAYR, Statistik; zur Methodenlehre Brentanos vgl. BRENTANO, Nationalökonomie. Zur „jüngeren historischen Schule“ vgl. WINKEL, Nationalökonomie, 101–116; EISERMANN, Grundlagen, 238–242.

<sup>119</sup> HEUSS, Erinnerungen, 23f. Der spätere deutsche Bundespräsident Theodor Heuss (1884–1963) studierte ebenfalls bei Brentano und Mayr.

<sup>120</sup> Zur ablehnenden Haltung Brentanos gegenüber dem Einfluss ethischer Normen in der Nationalökonomie vgl. BRENTANO, Ethik. Zur Gegenposition Mayrs vgl. MAYR, Pflicht. Zu diesem so genannten „Werturteilsstreit“ in der deutschen Nationalökonomie vgl. WINKEL, Nationalökonomie, 151–158; KRÜGER, Nationalökonomie, 15–19.

<sup>121</sup> MAYR, Pflicht, 23: „Das Erste und Bedeutendste, was in einer nationalen Wirtschaft erstrebt werden muß, ist volle intensive Nutzbarmachung der Kräfte und Schätze des Bodens. Die heimische Bodenbebauung und der heimische Bergbau nehmen deshalb im Wirtschaftsgetriebe eine hervorragende Stelle ein, und wenn äußere Verhältnisse diese Produktion ungünstig beeinflussen, erscheint es geboten, die moralische Verpflichtung zur heimischen Bodenkultur durch angemessene Zoll- und Handelsgesetzgebung zu kräftigen.“

<sup>122</sup> BRENTANO, Freihandelsargument.

<sup>123</sup> BRENTANO, Leben, 205f.

<sup>124</sup> KLEINDINST, Geschichte, 130. Zur Tätigkeit Mayrs als Leiter des Statistischen Bureaus in München vgl. KLEINDINST, Geschichte, 118–139.

<sup>125</sup> Vgl. DESROSIÈRES, Politik, 209f.

<sup>126</sup> DESROSIÈRES, Politik, 315. Bis in die 1930er Jahre „waren die Verbindungen zwischen Wirtschaftstheorie und statistischen Aufzeichnungen nur geringfügig, da beide Methoden konträr zueinander ausgerichtet waren“ (DESROSIÈRES, Politik, 337).

<sup>127</sup> HORLACHER, Feststellung (1914), 3f.

#### 4. Promotion bei Lujo Brentano

Nachdem sich Horlacher gegen eine Laufbahn im Justiz- bzw. Verwaltungsdienst entschieden hatte, war er geradezu auf eine Promotion angewiesen<sup>128</sup>. Durch sein Promotionsvorhaben kam er erstmals mit einem agrarpolitischen Thema in Berührung. Denn er beteiligte sich 1910 an einer von Brentano gestellten Preisaufgabe über die Bewegung der landwirtschaftlichen Güterpreise in Bayern seit dem Jahr 1900<sup>129</sup>. Damit wollte dieser als Vertreter einer liberalen Handelspolitik gegen die meist dem konservativen politischen Lager zuzurechnenden Protektionisten nachweisen, dass die 1902 verabschiedeten agrarischen Schutzzölle für die gestiegenen Bodenpreise in der Landwirtschaft verantwortlich seien<sup>130</sup>. Dadurch wurde nach Ansicht Brentanos derjenige Anteil der landwirtschaftlichen Produktionskosten gesteigert, aufgrund dessen die deutsche Landwirtschaft mit dem Ausland ohnehin schon nicht konkurrieren könne<sup>131</sup>. Ausgehend von der Annahme, dass die Entwicklung des Deutschen Reiches zu einem Industriestaat unausweichlich sei, hatte sich Brentano bisher auf den Nachweis der volkswirtschaftlichen Schädlichkeit der Agrarzölle beschränkt. Dabei wies er darauf hin, dass diese sowohl die Interessen der Industrie am Export<sup>132</sup>, als auch die Interessen der Arbeiter an billigen Nahrungsmittelimporten schädigten<sup>133</sup>. Mit dem Nachweis der steigernden Wirkung der Agrarzölle auf die Bodenpreise wollte er deren nachteilige Wirkung auf die Landwirtschaft selbst beweisen.

Horlachers Aufgabe bestand darin, in seiner Dissertation die Güterpreisentwicklung in den niederbayerischen Bezirksämtern Griesbach, Pfarrkirchen und Eggenfelden zu untersuchen und Brentanos These vom Zusammenhang zwischen Güterpreisen und Agrarzöllen zu beweisen. Er unternahm den „Versuch einer Bodenpreisstatistik in Verbindung mit Besitzwechsel- und Verschuldungsstatistik“<sup>134</sup>. Entsprechend den methodischen Vorgaben der „jüngeren historischen Schule“ suchte Horlacher objektive Gewissheit darüber mit Hilfe von umfangreichen statistischen Erhebungen zu gewinnen, da die Wahrscheinlichkeitsrechnung auf der Grundlage von Stichproben als unzulässige Deduktion aus theoretischen Hypothesen galt<sup>135</sup>. Auf der Grundlage dieses umfangreichen statistischen Zahlenmaterials stellte Horlacher zunächst ein starkes Anziehen der Güterpreise im Zeitraum zwischen 1907 und 1910 fest<sup>136</sup>. Wie es Brentano von ihm erwartete, machte

---

<sup>128</sup> Einen anderen Abschluss sah die Staatswissenschaftliche Fakultät in München nicht vor. Vgl. MAYR, Staatswissenschaften, 25.

<sup>129</sup> BRENTANO, Einleitung, V.

<sup>130</sup> BRENTANO, Einleitung, V.

<sup>131</sup> BRENTANO, Freihandelsargument, 35f.

<sup>132</sup> BRENTANO, Freihandelsargument, 16–19.

<sup>133</sup> BRENTANO, Freihandelsargument, 8f.

<sup>134</sup> HORLACHER, Bodenpreisstatistik (1914), 237f.

<sup>135</sup> Vgl. DESROSIÈRES, Politik, 194 und 337f.

<sup>136</sup> HORLACHER, Feststellung (1914), 59.

Horlacher die Erhöhung der Getreide- und Viehpreise seit der Wiedereinführung der Schutzzölle dafür und für die daraus resultierende Verschuldung der Landwirtschaft verantwortlich<sup>137</sup>. Entsprechend der These Brentanos schloss Horlacher, dass die Rentabilität der Landwirtschaft durch die Schutzzölle nicht erhalten, sondern geschädigt werde. Der Vorteil, den sich der Landwirt aus dem Schutzzoll verspreche, werde „bereits durch die Verteuerung seines Hauptproduktionsmittels aufgesogen und dazu eine vermehrte Schuldenlast ihm aufgebürdet“<sup>138</sup>. Mit seiner Doktorarbeit stellte sich Horlacher in dem Streit um die Nützlichkeit von Agrarzöllen nicht nur gegen die Vertreter eines handelspolitischen Protektionismus auf die Seite liberaler Nationalökonomien wie Brentano. Er legte auch ein Beispiel für die deskriptiven statistischen Monographien der „jüngeren historischen Schule“ vor, die über die Untersuchung der konkreten Einflüsse der Agrarzölle in einer historisch kontingenten Situation nicht hinausgehen sollten.

Angesichts dieses Ergebnisses überrascht es nicht, wenn Brentano mit Horlachers Arbeit sehr zufrieden war, weshalb er über seinen Schüler im Promotionsgutachten schrieb: „Zu meinem großen Bedauern ist er verhindert worden, seine Arbeit im Frühjahr dieses Jahres rechtzeitig einzureichen. [...] Hätte er seine Arbeit rechtzeitig eingereicht, so würde ich beantragt haben, ihm den Preis zu erteilen. Seine Arbeit ist äußerst sorgfältig durchgeführt und erscheint mir in vielen Beziehungen noch besser, als die des preisgekrönten Herrn Jürgen Hansen.“<sup>139</sup> Brentano bewertete Horlachers Dissertation mit dem höchsten Prädikat „egregia“<sup>140</sup>. Nachdem er das Rigorosum mit „Magna cum laude“ bestanden hatte<sup>141</sup>, durfte er sich fortan Dr. oec. publ. nennen<sup>142</sup>.

Horlacher machte sich nun auf die Suche nach einer Arbeitsstelle als Statistiker. Er bat deshalb Brentano um ein Empfehlungsschreiben für das Statistische Amt der Stadt Stuttgart. Gleichzeitig teilte er Brentano mit, dass er mit der Beantwortung der von der „Fürstlich Jablonowsky'schen Gesellschaft der Wissenschaften zu Leipzig“ gestellten Preisaufgabe über die Bülow'schen Agrarzölle von 1902<sup>143</sup> befasst sei. Da er sich nicht sicher über die wirtschaftspolitische Ausrichtung dieser Gesellschaft war, bat er Brentano um Auskunft, „in welchem wirtschaftspolitischen Fahrwasser sich obige Gesellschaft bewegt“<sup>144</sup>. Daneben wurde er von Brentano mit der Redaktion der Preisschriften über die Bodenpreisentwicklung

<sup>137</sup> HORLACHER, Feststellung (1914), 72–121.

<sup>138</sup> HORLACHER, Feststellung (1914), 121.

<sup>139</sup> Brentanos Gutachten zit. nach UAM, M-II-36p, Promotionsgesuch Horlachers, 9. Dezember 1912.

<sup>140</sup> UAM, M-II-36p, Promotionsgesuch Horlachers, 9. Dezember 1912.

<sup>141</sup> UAM, M-II-36p, Promotionsurkunde für Michael Horlacher, 20. Januar 1913. Horlacher wurde von Brentano in Nationalökonomie geprüft, von dem Brentano-Schüler Walther Lotz in Finanzwissenschaft, von Mayr in Statistik und Sozialpolitik (UAM, M-II-36p, Protokoll über das Examen Rigorosum Horlachers am 20. Januar 1913).

<sup>142</sup> UAM, M-II-36p, Promotionsurkunde für Michael Horlacher, 20. Januar 1913.

<sup>143</sup> Unter Reichskanzler Bernhard von Bülow (1849–1929), der sich selbst als Vertreter landwirtschaftlicher Interessen verstand, wurden die deutschen Agrarzölle auf ein protektionistisches Niveau angehoben. Zur Diskussion um diese Anhebung vgl. STEINKÜHLER, Agrar- oder Industriestaat.

<sup>144</sup> BA Koblenz, NL Lujo Brentano N1001/25, Horlacher an Brentano, 28. März 1913.

beauftragt, die gemeinsam in Band 148 der renommierten *Schriften des Vereins für Socialpolitik* aufgenommen werden sollten<sup>145</sup>. Da Brentano mit der Dissertation des Preisträgers Hansen nicht zufrieden war<sup>146</sup>, sollte sie von Horlacher für die Drucklegung überarbeitet werden. Horlacher nutzte die Gelegenheit, um die Arbeit Hansens gegenüber Brentano einer vernichtenden Kritik zu unterziehen. Diesem sei ein „mathematischer Radikalfehler“ unterlaufen, schrieb er selbstsicher an Brentano. Die Zahl der von Hansen untersuchten Fälle sei eine „so geringe, daß Prozentberechnungen ein statistisches Unding sind“<sup>147</sup>. Im Konkurrenzkampf um die Gunst Brentanos warf Hansen nun seinerseits Horlacher vor, „bezüglich der Erklärung der Ursachen der Preisbewegung“ versagt zu haben<sup>148</sup>. Daraufhin unterzog Horlacher die anderen Lösungen der Preisaufgabe in einer Sammelrezension im *Allgemeinen Statistischen Archiv* einer vernichtenden Kritik. Johann Stechele, der als einziger Bearbeiter der Preisaufgabe eine positive Haltung zu den Schutzzöllen zeigte<sup>149</sup>, lasse in seiner Untersuchung über die Bodenpreisentwicklung in der Oberpfalz „statistische Sachkenntnis völlig vermissen“. Auf einer zu schmalen Basis von untersuchten Besitzwechselfällen sei das Ergebnis seiner Untersuchung „keineswegs rechnerisch einwandfrei“. Da Stechele im Gegensatz zu ihm selbst auf eine Unterscheidung zwischen landwirtschaftlichen Gütern mit und ohne Nebenbetrieb sowie zwischen Parzellen unterschiedlicher Größe verzichtet habe, sei er zu einem „völligen Trugschluß“ gekommen<sup>150</sup>. An der Arbeit von Franz Hörenz über die Bodenpreisentwicklung im nördlichen Oberbayern kritisierte er ebenfalls die ungenaue Unterscheidung zwischen Gütern mit und ohne Nebenbetrieb<sup>151</sup>. Valentin Fröhlich (1888–1964)<sup>152</sup>, dessen Untersuchung über die Bodenpreisentwicklung in Oberfranken ohnehin nur in einer von Horlacher stark

---

<sup>145</sup> BA Koblenz, NL Lujo Brentano N1001/25, Horlacher an Brentano, 20. Juni 1913. Horlacher selbst behauptete, Brentanos Assistent gewesen zu sein (Verh. d. Dt. Bundestages. Sten. Ber. Bd. 24, Sitzung am 31. März 1955, 4240).

<sup>146</sup> BRENTANO, Einleitung, VI.

<sup>147</sup> BA Koblenz, NL Lujo Brentano N1001/25, Horlacher an Brentano, 20. Juni 1913.

<sup>148</sup> BA Koblenz, NL Lujo Brentano N1001/25, Horlacher an Brentano, 20. Juni 1913.

<sup>149</sup> Vgl. STECHELE, Bewegung. Brentano nahm die Dissertation Stecheles wegen „dieser, ihm unangenehmen Ergebnisse“ nicht an, weshalb sie dieser selbständig veröffentlichte, wie Heinz Haushofer in seinem handschriftlichen Bibliothekskatalog notierte (Bibliothek der Familie Haushofer, *Georgica bavarica* Bd. 4, Nr. 457).

<sup>150</sup> HORLACHER, Bodenpreisstatistik (1914), 233–235.

<sup>151</sup> HORLACHER, Bodenpreisstatistik (1914), 235f.

<sup>152</sup> Praktischer Landwirt und Bauernvereinsfunktionär, katholisch, geboren am 20. März 1888 in Herzogenaurach, Neffe des mit Georg Heim befreundeten Kapuziners Cyprian Fröhlich (Gründer des Seraphischen Liebeswerkes), Besuch des humanistischen Gymnasiums Darmstadt, Studium der Rechts- und Staatswissenschaften an der LMU, Promotion zum Dr. oec. publ. bei Lujo Brentano, Teilnehmer am Ersten Weltkrieg, Zweiter Vorsitzender des oberfränkischen BV, Herausgeber der Bauernvereinszeitung *Der fränkische Bauer*, Mitglied der Gesamtvorstandschafft des Bayerischen Christlichen Bauernvereins, 1928 bis 1933 MdL für den Stimmkreis Forchheim/Ebermannstadt (BVP), vor 1933 Stellvertretender Präsident der Kreisbauernkammer Oberfranken und Mitglied der Bayerischen Landesbauernkammer, 1932 Wahl zum Bürgermeister von Herzogenaurach, 1933 Schutzhaft, 1945 bis 1948 Landrat von Höchstadt/Aisch, 1947 bis 1949 MdS, 1949 bis 1951 Direktor des BBV in Oberfranken, Mitglied des Aufsichtsrates von BayWa und Bayerischer Raiffeisen-Zentralkasse, gestorben am 3. Mai 1965. Zu Fröhlich vgl. FRÖHLICH, Reislaufen; BERGMANN, Bauernbund, 380f.; SCHMÖGER, Senat, 170.

überarbeiteten Version veröffentlicht wurde<sup>153</sup>, warf er rechnerische Fehler vor<sup>154</sup>. Nur die Studie von Jürgen Hansen, dem er ebenfalls eklatante Rechenfehler vorhielt<sup>155</sup>, und seine eigene hätten zum „ersten Male den Versuch einer Bodenpreisstatistik in Verbindung mit Besitzwechsel- und Verschuldungsstatistik gebracht“<sup>156</sup>. Er konnte sich nicht zurückhalten, seine eigene Untersuchung als die gründlichste und beste darzustellen, vor allem was die Anzahl der untersuchten Fälle betraf. Selbstsicher schloss er: „Meine Untersuchung, der auch Hansen gefolgt ist, wurde nach dieser Richtung eingehender und gründlicher gestaltet.“<sup>157</sup>

Dafür musste sich Horlacher die Kritik der Verfechter der Agrarzölle gefallen lassen. Indem er den Einfluss der Agrarzölle auf die Bodenpreisentwicklung propagierte und eine ausschlaggebende Bedeutung des Güterhandels für die Steigerung der Bodenpreise ablehnte<sup>158</sup>, stellte er sich gegen die regierungsamtlich propagierte These vom Einfluss des Güterhandels<sup>159</sup>. Da Horlacher am 3. Juni 1914 im *Wochenblatt des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern* die Wirksamkeit des den Güterhandel einschränkenden Güterzertrümmerungsgesetzes von 1910 in Zweifel gezogen hatte<sup>160</sup>, brach er damit am Vorabend des Ersten Weltkrieges einen kleinen Zeitungskrieg mit Vertretern der bayerischen Staatsregierung vom Zaun. Dabei wurde Horlacher von Hans Schmelzle (1874–1955)<sup>161</sup>, Mitarbeiter des Bayerischen Statistischen Landesamtes, am 24. Juni ebenfalls im *Wochenblatt des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern* lächerlich gemacht und stellvertretend für Brentano angegriffen. Horlachers Beweisführung gleiche „einem circulus vitiosus wie ein Ei dem anderen“. Es sei ihm ein „einfacher Denkfehler“ unterlaufen. Horlacher habe Händler- und Nichthändlerpreise isoliert voneinander betrachtet und aus der geringen Spanne dazwischen geschlossen, dass der Güterhandel kaum Einfluss auf die Bodenpreise habe. Dabei habe er übersehen, dass auch die Nichthändlerpreise von den Händlerpreisen in ihrer Höhe beeinflusst wurden<sup>162</sup>.

---

<sup>153</sup> HORLACHER, *Bewegung* (1914). Fröhlich selbst war sich über die methodischen Mängel seiner Arbeit bewusst, denn er „arbeitete nach eigener Methode und nach dem gesunden Menschenverstand“. Er sah ein, dass er deshalb von Brentano nicht so hoch bewertet wurde „wie mein leider schon verstorbener Freund Dr. Michael Horlacher, der als eifriger Besucher des Seminars des Geheimrats Prof. Lujo von Brentano natürlich mehr nach wissenschaftlichen Methoden gearbeitet hatte als ich“ (FRÖHLICH, *Reislaufen*, 13f.).

<sup>154</sup> HORLACHER, *Bodenpreisstatistik* (1914), 236f.

<sup>155</sup> HORLACHER, *Bodenpreisstatistik* (1914), 237–239, 255.

<sup>156</sup> HORLACHER, *Bodenpreisstatistik* (1914), 237f.

<sup>157</sup> HORLACHER, *Bodenpreisstatistik* (1914), 251.

<sup>158</sup> HORLACHER, *Feststellung* (1914), 99–110.

<sup>159</sup> STECHELE, *Wirkungen*, 476–480.

<sup>160</sup> Horlacher hatte beobachtet, dass die Güterpreise auch nach dem Erlass dieses Gesetzes, das den Güterhandel Einschränkungen unterwarf, nicht gesunken waren (HORLACHER, *Einfluß* (3. Juni 1914), 259–261).

<sup>161</sup> Dr. oec. publ., katholisch, geboren am 1. Oktober 1874, Studium der Rechts- und Staatswissenschaften u.a. bei Brentano, Promotion bei Brentano, anschließend im Statistischen Bureau und im bayerischen Verwaltungsdienst tätig, als Agrarexperte bezog er mehrmals Stellung gegen seinen akademischen Lehrer Brentano, 1919 bis 1921 Erster Direktor der Bayerischen Landwirtschaftsbank, 1921 bis 1927 Staatsrat im bayerischen Staatsministerium des Äußern, 1927 bis zu seinem Rücktritt 1930 bayerischer Finanzminister, anschließend Präsident des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes, 1939 Pensionierung, gestorben am 7. März 1955. Zu Schmelzle vgl. MENGES, Schmelzle.

<sup>162</sup> SCHMELZLE, *Einfluß*, 259f.



Nun ergriff auch Stechele die Gelegenheit, sich für Horlachers Rezension seiner Dissertation zu rächen. Noch deutlicher als Schmelzle kritisierte er am 1. Juli 1914 ebenfalls im *Wochenblatt des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern* Horlachers Schlussfolgerungen. Er behauptete, dass der Güterhandel sehr wohl Einfluss auf die Bodenpreise habe, und zwar einen „nachhaltigeren, als Horlacher und die ganze Brentano-Schule annehmen wollen“. Deutlich von verletztem Stolz getrieben versuchte er Horlachers Sachkenntnis in Zweifel zu ziehen, indem er darauf hinwies, dass Horlacher kein „ausübender Landwirt und sachkundiger Beurteiler landwirtschaftlicher Fragen“ sei. Deshalb glaubte er, „daß man Horlachers Behauptung oder richtiger die von ihm wiederholten Behauptungen Brentanos nunmehr auf sich beruhen lassen kann“<sup>163</sup>. Horlacher antwortete aber am 29. Juli 1914 angriffslustig wieder im *Wochenblatt des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern*. Schmelzle und Stechele hätten schlichtweg den „Kernpunkt seiner Argumentation übersehen“. Die im Vergleich zu den Nichthändlerpreisen etwas höheren Händlerpreise wollte er nicht auf den ungezügelter Güterhandel zurückführen, sondern auf die größere Nachfrage nach kleineren Grundstückseinheiten, die aus Güterzertrümmerungen durch Händler entstanden. Dabei war sich Horlacher bewusst, dass nicht er selbst es war, der durch diese Kritik getroffen werden sollte. Deshalb erklärte er sich rückhaltlos für Brentano: „Im übrigen begnüge ich mich, festzustellen, daß ich im Interesse wahrer, d.h. objektiv forschender Wissenschaft es mit aller Entschiedenheit ablehne, daß meine Ausführungen in das Licht ‚willenloser Andachtskultur, in verba magistri‘ gebracht wurden. Wenn ich mich auch freudig als Schüler Brentanos bekenne, so vertrete ich doch das Ergebnis meiner exakten statistischen Untersuchungen mit selbstgewonnener Ueberzeugung, unabhängig von jedermann und erwarte das gleiche auch von meinen Gegnern.“<sup>164</sup>

Einen Sieger konnte es in dieser Auseinandersetzung nicht geben. Wie der Agrarhistoriker Sigmund von Frauendorfer zutreffend urteilte, standen doch „Fragen auf dem Spiele, die nur Anlaß zu vagen Spekulationen geben konnten und deren Beantwortung stark von der empfindungsmäßigen, weltanschaulichen und philosophisch beeinflussten Anschauungswelt des betreffenden Gelehrten abhängig war“<sup>165</sup>. Hinter der Auseinandersetzung um die Agrarzölle stand die über die Wirtschaftspolitik hinaus auch gesellschaftsphilosophisch intensiv diskutierte Frage, ob das Deutsche Reich als Industriestaat oder Agrarstaat zu betrachten sei. Die Befürworter der Agrarzölle stammten aus dem konservativen politischen Spektrum. Sie hofften, durch eine ökonomische Stabilisierung der Landwirtschaft dem durch die Industrialisierung hervorgerufenen sozioökonomischen Wandel begegnen zu können. Die liberalen und sozialistischen Gegner der Agrarzölle sahen in diesen

<sup>163</sup> STECHELE, Güterzertrümmerung, 309–311.

<sup>164</sup> HORLACHER, Einfluß (29. Juli 1914), 350.

<sup>165</sup> FRAUENDORFER, Ideengeschichte, 374.

nur ein Instrument zur Konservierung überholter wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Verhältnisse, wobei die Schädigung der Volkswirtschaft in Kauf genommen wurde<sup>166</sup>.

So unterblieb die von Horlacher am 29. Juli 1914 angekündigte umfangreiche Auseinandersetzung mit den „gegnerischen Ausführungen“<sup>167</sup> nicht nur wegen des gerade begonnenen Ersten Weltkrieges, sondern auch deshalb, weil sich Horlacher während dessen Verlauf von den liberalen wirtschaftspolitischen Ansichten seines Lehrers abwandte und unter dem Eindruck der Handelsblockade zum Verfechter der protektionistischen handelspolitischen Forderungen seiner bisherigen Gegner wurde, wie im folgenden Kapitel gezeigt werden soll.

---

<sup>166</sup> Zu dieser Debatte vgl. STEINKÜHLER, Agrar- oder Industriestaat, 35–55; FLEMMING, Interessen, 18–75; ACHILLES, Agrargeschichte, 347–354.

<sup>167</sup> HORLACHER, Einfluß (29. Juli 1914), 350.

### III. Eine Kriegskarriere an der Heimatfront (1914–1918)

#### 1. Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Statistischen Landesamt

Obwohl Horlacher ohne juristisches Staatsexamen keine Aussichten hatte, als Beamter in den bayerischen Verwaltungsdienst aufgenommen zu werden, galten seine Karrierehoffnungen nach wie vor dem Staatsdienst. Noch während Horlacher im Auftrag Brentanos mit Redaktionsarbeiten für die *Schriften des Vereins für Socialpolitik* beschäftigt war, trat er am 1. Juni 1913 eine Stelle als „wissenschaftlicher Hilfsarbeiter“ beim Statistischen Landesamt in München an<sup>1</sup>. Für diese Aufgabe sah er sich nach Beendigung seiner statistischen Dissertation hinreichend qualifiziert<sup>2</sup>. Das Statistische Landesamt wurde seit 1907 von Friedrich von Zahn (1869–1946)<sup>3</sup> geleitet. Zahn war als hervorragender Statistiker bekannt<sup>4</sup> und unter seiner Leitung nahm der Umfang der statistischen Erhebungen als Folge der zunehmenden sozial- und wirtschaftspolitischen Staatstätigkeit erheblich zu<sup>5</sup>. Zahn stand sowohl mit Brentano, dessen Schüler er einst gewesen war<sup>6</sup>, als auch mit dessen Rivalen Mayr in gutem Kontakt<sup>7</sup>, weshalb dem Übertritt Horlachers in den statistischen Dienst keine persönlichen Loyalitäten entgegenstanden. Bei Zahn konnte Horlacher seine statistischen Kenntnisse vervollkommen.

Zuvor wurde er am 1. August 1914 anlässlich der Mobilmachung zum Heer einberufen, weshalb er aus dem Dienst des Statistischen Landesamtes ausscheiden musste<sup>8</sup>. Horlachers Einheit war das 6. Bayerische Feldartillerieregiment in Fürth<sup>9</sup>. Im Unterschied zur

<sup>1</sup> BayHStA, Statistisches Landesamt 111, Zahn an Minn, 25. Juni 1913.

<sup>2</sup> BayHStA, Statistisches Landesamt 111, Lebenslauf Michael Horlachers, undatiert.

<sup>3</sup> Jurist (Dr. jur.) und Nationalökonom (Dr. phil.), geboren am 8. Januar 1869 in Wunsiedel, 1896–1905 wirtschaftsstatistischer Referent am Kaiserlichen Statistischen Amt in Berlin, Mitglied des Vereins für Socialpolitik, 1902 Ernennung zum außerordentlichen Professor der Staatswissenschaften an der Universität Berlin, am 1. November 1907 zum Leiter des Statistischen Bureaus in München (ab 1. Januar 1909: Statistisches Landesamt) berufen, 1913 Ernennung zum Honorarprofessor für Statistik und Sozialpolitik an der LMU, während des Ersten Weltkrieges Vorstand der dem Statistischen Landesamt angegliederten Landespreisprüfungsstelle und Landesgetreidestelle, 1926 zum Vorstand der Deutschen Statistischen Gesellschaft gewählt, 1931 zum Präsidenten des Internationalen Statistischen Instituts gewählt, gestorben am 12. Februar 1946. Zu Zahn vgl. MAAZ vom 7. Januar 1919; BSZ vom 2. November 1927; Münchener Zeitung vom 21. Februar 1928; BSZ vom 4. Januar 1929; MAAZ vom 6. Januar 1929; SZ vom 12. Februar 1946.

<sup>4</sup> BSZ vom 2. November 1927.

<sup>5</sup> Zur Geschichte des Statistischen Landesamtes unter Zahns Leitung bis 1914 vgl. ZAHN, Statistik, 162–204.

<sup>6</sup> HEIM, Studium, 3.

<sup>7</sup> Zum Verhältnis zwischen Zahn und Mayr vgl. ZAHN, Statistik, 202. Auf ein gutes Verhältnis zwischen Zahn und Brentano deutet hin, dass Horlacher in seinem Bewerbungsschreiben für das Statistische Landesamt Brentano als Referenz anführte (BayHStA, Statistisches Landesamt 111, Bewerbung Horlachers beim Statistischen Landesamt, 13. Mai 1913).

<sup>8</sup> BayHStA, Statistisches Landesamt 111, Zahn an Minn, 5. Januar 1915; BayHStA, Statistisches Landesamt 111, Zahn an Minn, 8. August 1914.

<sup>9</sup> PrivatA Wittmann, Familienaufzeichnungen, undatiert. In dem Vernehmungprotokoll, das anlässlich von Horlachers Festsetzung in Schutzhaft durch die nationalsozialistischen Machthaber am 26. Juni 1933 aufgenommen wurde, behauptete er ebenfalls, in dieser Einheit gedient zu haben (StA München, Polizeidirektion München 15563, Vorführungs-Note vom 26. Juni 1933). In den Kriegsstammrollen dieses Regiments fand sich

weit verbreiteten Kriegsbegeisterung<sup>10</sup> zeigte Horlacher keine Enttäuschung, als er Zahn bereits am 25. November 1914 mitteilen konnte, dass seine Entlassung wegen „Herz- und Halsleidens“<sup>11</sup> in den allernächsten Tagen bevorsteht“ und er deshalb seine Freude ausdrückte, „unter der tatkräftigen, bewährten Leitung des Herrn Ministerialrats meine Ausbildung fortsetzen zu können“<sup>12</sup>. Während er es mit der Rückkehr aus dem Militärdienst ziemlich eilig hatte, teilte er Zahn vier Tage später enttäuscht mit, dass sich diese wegen des noch nicht abgeschlossenen „Dienstunbrauchbarkeitsverfahrens“ verzögere<sup>13</sup>. Schließlich trat er seinen Dienst beim Statistischen Landesamt nach einem Erholungsurlaub am 1. Januar 1915 wieder an<sup>14</sup>. Die kurze Episode bei der Armee war beendet. Horlacher blieb die emotionale Erfahrung des Tötens und der Gefahr des eigenen Todes erspart. Stattdessen konnte Horlacher seine berufliche Karriere an der Heimatfront fortsetzen. Ernst Delbrück (1858–1933)<sup>15</sup>, der Präsident des Kaiserlichen Statistischen Amtes, wandte sich im April 1915 mit der Bitte an Zahn, ihm einen geeigneten Mitarbeiter zur vorübergehenden Beschäftigung zu überlassen. Zahn empfahl Horlacher<sup>16</sup>. Er reiste am 1. Mai 1915 nach Berlin ab<sup>17</sup>. Er wäre gerne dort geblieben, weshalb er sich um die Stelle eines ständigen Mitarbeiters beim Kaiserlichen Statistischen Amt bewarb. Allerdings wurde ihm ein einheimischer Berliner vorgezogen, wie er Ende September 1915 enttäuscht an Zahn berichtete<sup>18</sup>. Mittlerweile drohte Horlacher wieder die Einberufung. Am 29. September wurde er in Berlin gemustert. Beruhigt schrieb er jedoch an Zahn, dass er nur als „büroverwendungsfähig in Garnison“ eingestuft worden sei und deshalb keine baldige Einberufung drohe<sup>19</sup>.

Nachdem sich seine Pläne zerschlagen hatten, dauerhaft in Berlin zu bleiben, kehrte Horlacher am 18. Oktober 1915 an das Statistische Landesamt zurück<sup>20</sup>. Planmäßige

---

jedoch kein Hinweis auf einen Dienst Horlachers (BayHStA-KriegsA, Kriegsstammrollen 12979–12997 und 12999–13001).

<sup>10</sup> Vgl. dazu ROHKRÄMER, Kriegsmentalität, 759–761.

<sup>11</sup> Horlacher litt an einer angeborenen Herzmuskelschwäche (BayHStA, NL Horlacher 1.2, Ärztliches Gutachten von Dr. med. Karl Senger, 23. Mai 1933).

<sup>12</sup> BayHStA, Statistisches Landesamt 111, Horlacher an Zahn, 25. November 1914.

<sup>13</sup> BayHStA, Statistisches Landesamt 111, Horlacher an Zahn, 29. November 1914.

<sup>14</sup> BayHStA, Statistisches Landesamt 111, Zahn an Horlacher, 1. Dezember 1914.

<sup>15</sup> Jurist, protestantisch, geboren am 4. Juni 1858 in Bergen auf Rügen, Studium in Tübingen, Leipzig und Berlin, 1887 bis 1889 Professor an der Deutschen Rechtsschule in Tokio, 1891 Ernennung zum Regierungsrat, 1904 Ernennung zum Vortragenden Rat im Reichsamt des Innern, 1912 Ernennung zum Präsidenten des Kaiserlichen Statistischen Amtes, 1916/1917 Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligungen, gestorben 1933. Zu Delbrück vgl. Wer ist's (1922), 265.

<sup>16</sup> BayHStA, Statistisches Landesamt 111, Delbrück an Zahn, 27. April 1915.

<sup>17</sup> StadtA München, PMB Michael Horlacher.

<sup>18</sup> BayHStA, Statistisches Landesamt 111, Horlacher an Zahn, 29. September 1915.

<sup>19</sup> BayHStA, Statistisches Landesamt 111, Horlacher an Zahn, 29. September 1915. In dem biographischen Handbuch *Das katholische Deutschland* aus dem Jahr 1933 wird dagegen fälschlicherweise behauptet, dass Horlacher „im Felde“ gestanden sei (*Das katholische Deutschland*, 1738). Der Verdacht, dass dies auf eine bewusste Fehlinformation von Horlacher zurückgehe, um seine unimilitärische Vergangenheit zu verdecken, ist zwar nicht zu beweisen, jedoch auch nicht von der Hand zu weisen.

<sup>20</sup> BayHStA, Statistisches Landesamt 111, Zahn an die Regieverwaltung, 30. Oktober 1915.

Gehaltserhöhungen folgten<sup>21</sup>. Horlacher erledigte beim Statistischen Landesamt Arbeiten auf den Gebieten der Gewerbe-, Verkehrs-, Arbeiter- und Unterrichtsstistik<sup>22</sup>. Seine Aufgabe bestand in der Beschreibung der in Bayern herrschenden sozialen und wirtschaftlichen Zustände. Besonders eindringliche Beispiele für die deskriptive Methodologie der „jüngeren historischen Schule“ stellen Horlachers Untersuchungen zur bayerischen Alkoholstatistik dar<sup>23</sup>. Die Grenze zur Ethnographie überschreitend, behauptete er in seiner ersten Untersuchung zu dieser Thematik, „wie sehr die geographisch-statistische Methode sich eignet, wichtige Einblicke in Volkscharakter und Volkssitten zu gewinnen“<sup>24</sup>. So erkannte er „die ‚bierfriedliche‘, wenig zu Radau neigende Stimmung des echten Münchners“ als Ursache der paradoxen Erscheinung, dass sich in München überdurchschnittlicher Alkoholkonsum mit unterdurchschnittlicher Alkohol kriminalität verband<sup>25</sup>. Als er ein Jahr darauf eine weitere Untersuchung zur bayerischen Alkohol kriminalität vorlegte, hatte er beobachtet, dass „die böse Zunge bei dem betrunkenen Pfälzer eine Hauptrolle“ spielt, während die betrunkene „Bevölkerung der großstädtischen Bezirke München und Nürnberg besonderes Vergnügen“ an Widersetzlichkeiten gegen die Staatsgewalt finde. Das Gebiet „mit starker Neigung zu gefährlicher Körperverletzung“ im Trunk decke sich dagegen mit dem altbayerischen Siedlungsgebiet<sup>26</sup>. Deshalb lag ihm der Schluss nahe, dass sich die Alkoholdelikte „nach der besonderen Eigenart des Gebietes und des Volkstammes“ verteilen<sup>27</sup>.

Während Horlacher der deskriptiven Methodik seines akademischen Lehrers treu blieb, wandte er sich bereits zu Beginn des Ersten Weltkrieges vom Wirtschaftsliberalismus Brentanos ab<sup>28</sup>. Bezeichnenderweise widmete er seine 1916 publizierte Untersuchung zur bayerischen Alkoholstatistik alleine den handelspolitischen Protektionisten Mayr als seinem „verehrten Lehrer“<sup>29</sup> und „Altmeister der Statistik“<sup>30</sup>. Da der Schutz der deutschen Produktion vor Auslandskonkurrenz aufgrund der Beseitigung der deutschen Zollschranken seit Beginn des Ersten Weltkrieges aber kein Gegenstand wirtschaftspolitischer Diskussion mehr war, kann die konservative Wende in der wirtschaftspolitischen Orientierung Horlachers nicht an zollpolitischen Diskussionen festgemacht werden. Zur Kennzeichnung seiner

---

<sup>21</sup> Horlacher bekam ab 1. April 1915 jährlich 1.800 Mark, zuvor waren es 1.400 Mark (BayHStA, Statistisches Landesamt 111, Zahn an die Regieverwaltung, 20. April 1916; BayHStA, Statistisches Landesamt 111, Zahn an die Regieverwaltung, 12. Mai 1916).

<sup>22</sup> BayHStA, Statistisches Landesamt 111, Zeugnis für Michael Horlacher, 31. August 1916.

<sup>23</sup> HORLACHER, Alkohol kriminalität (1915) und HORLACHER, Alkoholstatistik (1916).

<sup>24</sup> HORLACHER, Alkohol kriminalität (1915), 17.

<sup>25</sup> HORLACHER, Alkohol kriminalität (1915), 17.

<sup>26</sup> HORLACHER, Alkoholstatistik (1916), 170.

<sup>27</sup> HORLACHER, Alkoholstatistik (1916), 172.

<sup>28</sup> Vgl. dagegen HAUSHOFER, Jahrhundert, 4 und RATJEN, Bauernkammern, 160, welche erst in dem im Sommer 1917 bekannt gewordenen Plan eines Wirtschaftsbündnisses zwischen dem Deutschen Reich und der Donaumonarchie das „entscheidende agrar- und handelspolitische Erlebnis“ Horlachers sahen. Vgl. dazu Kapitel II.4.

<sup>29</sup> HORLACHER, Alkoholstatistik (1916), 193.

<sup>30</sup> HORLACHER, Alkoholstatistik (1916), 154.

wirtschaftspolitischen Umorientierung bietet sich aber das von Horlacher nun kolportierte Englandbild an – denn während England für liberale Nationalökonomien wie Brentano als wirtschaftspolitisches Vorbild diente<sup>31</sup>, galt es den konservativen Protektionisten bereits seit dem 19. Jahrhundert wegen seiner liberalen Handelspolitik als Schreckbild. Sie sahen die wirtschafts- und außenpolitische Geltung des Deutschen Reiches von der Wirtschaftskraft vor allem Großbritanniens bedroht, woraus sich die Vorstellung von der Notwendigkeit einer durch Schutzzölle abzusichernden wirtschaftlichen Autarkie gegen die als aggressiv empfundene liberale Weltwirtschaftspolitik Englands entwickelt hatte<sup>32</sup>. Dieses negative Englandbild übernahm Horlacher von den Protagonisten einer protektionistischen Handelspolitik. Als Horlacher im Auftrag des Statistischen Landesamtes eine Monographie über die bayerischen Interessen am Überseehandel erstellen sollte, bestand seine Aufgabe darin, vom „Standpunkt der Kriegsziele der deutschen Industrie“ aus, die Annexion Belgiens mit dem „Verlangen nach einem uneingeschränkten Ausfallstore des deutschen Handels über Belgien“ zu rechtfertigen. Dabei kam er zu dem Ergebnis, dass Belgien als „Stützpunkt der Wiedereroberung deutscher Seegeltung und damit der Sicherung deutscher Machtstellung“ angesichts der „wirtschaftlichen Bedrückungsmaßnahmen“ durch Großbritannien einen ganz außerordentlichen Wert besitze<sup>33</sup>. Im *Haus- und Landwirtschaftskalender des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern* beklagte sich Horlacher, dass England als „erbitterterster Gegner“ des Deutschen Reiches zum „verruchtesten und feigsten Mittel“ greife, indem es versuche, das Deutsche Reich mit Hilfe einer Wirtschaftsblockade auszuhungern. Darin erkannte Horlacher eine wirtschaftspolitische Kontinuität: „Schon seit Jahren war durch eine zielbewusste Einkreisungspolitik Deutschlands und Österreich-Ungarns diesem Plane vorgearbeitet worden.“<sup>34</sup> Mit diesem Argumentationsmuster gelang es ihm, Großbritannien die Schuld am Kriegsausbruch zuweisen. Er behauptete, dass der Krieg „in blindem Hass gegen den nichtgeahnten industriellen Aufschwung Deutschlands und gegen seine Seegeltung geboren“ worden sei<sup>35</sup>. Brentanos Forderung nach einer arbeitsteilig organisierten und auf Freihandel basierten Weltwirtschaft im Anschluss an Großbritannien erschien unter dem Eindruck der Blockade der Entente endgültig diskreditiert und die Notwendigkeit ernährungswirtschaftlicher Autarkie evident<sup>36</sup>. Wenn Horlachers Englandhass auch der Beschäftigung mit der Wirtschaftspolitik Großbritanniens entsprang, so gab es im Interesse seines beruflichen Fortkommens doch keine Alternative dazu. Horlachers Vorgesetzter Zahn war ein Protagonist der so genannten „Kanzlersturzbewegung“, die ihr Zentrum in München

<sup>31</sup> Vgl. SHEEHAN, Brentano, 27f.

<sup>32</sup> Zum Zusammenhang zwischen Englandhass und protektionistischer Wirtschaftspolitik vgl. KRÜGER, Nationalökonomien, 177–180; BECHTOLD, Antikapitalismus, 87; KEHR, Englandhaß, 149–175.

<sup>33</sup> HORLACHER, Überseeinteressen (1917), 99.

<sup>34</sup> HORLACHER, Landwirtschaft (1917), 33.

<sup>35</sup> HORLACHER, Kriegswirtschaft (1917), 7f.

<sup>36</sup> MAAZ vom 15. Juni 1917 (Abendblatt).

hatte und sich im „Volksausschuß für die rasche Niederkämpfung Englands“ eine Organisation gab. Der Sturz des Reichskanzlers Theobald von Bethmann-Hollweg (1856–1921) sollte den uneingeschränkten U-Bootkrieg ermöglichen, um Großbritannien zu besiegen, bevor die USA eingreifen konnten<sup>37</sup>. Wenn sich Horlacher auch nicht für die „Kanzlersturzbewegung“ exponierte, so machte Horlacher in seinen statistischen Monographien zur Lebensmittelversorgung der feindlichen Staaten doch Werbung für die Ausdehnung des U-Bootkrieges gegen britische Handelsschiffe, in dem er bereits in seiner eingeschränkten Form den wesentlichen Grund für den Lebensmittelmangel in England sah<sup>38</sup>.

Horlacher hatte sich zum funktionierenden Rädchen in der Maschinerie der Kriegspropaganda entwickelt. Am 10. Juli 1916 stellte Horlacher eine statistische Untersuchung über die „Lebensmittelteuerung im Ausland“ fertig<sup>39</sup>, die in der *Zeitschrift des Statistischen Landesamtes* veröffentlicht wurde. Darin kam er nach der Auswertung feindlicher Presseorgane und amtlicher Nachrichten zu dem Ergebnis, dass die Lebensmittelteuerung im Ausland teilweise eine Höhe erreicht habe, „wie sie in Deutschland bisher noch nicht zu verzeichnen ist“<sup>40</sup>. In England seien die Preise seit Kriegsbeginn um 80 Prozent gestiegen. Die Mehl- und Brotpreise seien dort höher als im Deutschen Reich<sup>41</sup>. Auch in Frankreich lägen die Preise über den deutschen, nur die Brot- und Mehlpreise bewegten sich auf dem deutschen Niveau<sup>42</sup>. Besonders drastisch schilderte er die „Lebensmittelnot“ in Russland<sup>43</sup>. Lebensmittelteuerung stellte er auch in den neutralen Staaten fest, die unter den „Gewaltmaßnahmen“ Englands zu leiden hätten<sup>44</sup>. In strahlendes Licht stellte er dagegen die Situation im Deutschen Reich, wo es der öffentlichen Lebensmittelbewirtschaftung gelungen sei, „trotz der nahezu völligen Abschließung mit dem Verkehr mit anderen Staaten zum Teil die Lebensmittelpreise auf niedrigerer Höhe zu halten als im Ausland“<sup>45</sup>. Neben der Lebensmittelbewirtschaftung machte er dafür die Produktivität der deutschen Landwirtschaft verantwortlich. Im Sommer und Herbst 1916 hatte er sich deshalb im Auftrag des Statistischen Landesamtes der Untersuchung der „Leistungsfähigkeit Deutschlands und seiner Hauptgegner auf dem Gebiete der Landwirtschaft“ zu widmen. Die Ergebnisse wurden im *Weltwirtschaftlichen Archiv* veröffentlicht<sup>46</sup>. Horlacher stellte in der Vorkriegszeit eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität im Deutschen Reich fest, welche diejenige der gegnerischen Staaten bei weitem übertraf<sup>47</sup>. Horlachers Fazit lautete deshalb: „Die

<sup>37</sup> Zur Kanzlersturzbewegung in Bayern vgl. ALBRECHT, Landtag, 157–178.

<sup>38</sup> HORLACHER, Lebensmittelteuerung (1916), 256.

<sup>39</sup> HORLACHER, Lebensmittelteuerung (1916), 256.

<sup>40</sup> HORLACHER, Lebensmittelteuerung (1916), 241.

<sup>41</sup> HORLACHER, Lebensmittelteuerung (1916), 241–248.

<sup>42</sup> HORLACHER, Lebensmittelteuerung (1916), 248–251.

<sup>43</sup> HORLACHER, Lebensmittelteuerung (1916), 251–254.

<sup>44</sup> HORLACHER, Lebensmittelteuerung (1916), 255f.

<sup>45</sup> HORLACHER, Lebensmittelteuerung (1916), 256.

<sup>46</sup> HORLACHER, Leistungsfähigkeit (1917), 158.

<sup>47</sup> HORLACHER, Leistungsfähigkeit (1917), 159–169.

deutsche Landwirtschaft hat nach allem, im Vergleich zur Landwirtschaft seiner Gegner, weitaus am intensivsten gewirtschaftet.“<sup>48</sup> Etwas voreilig bezeichnete er die gelungene Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion als „wirtschaftlichen Sieg“<sup>49</sup>. Sogar die Natur ließ er sich im Deutschen Reich auf Sieg einstellen: „Der Vergleich der Anbauzahlen Deutschlands mit denjenigen der Gegner zeigt, wie energisch in Deutschland die von der Natur gegebenen Verhältnisse auf die Volksernährung eingestellt sind“<sup>50</sup>. Deshalb konnte er in der *Zeitschrift des Statistischen Landesamtes* behaupten, dass ernährungswirtschaftliche Autarkie bei einer entsprechenden Umgestaltung der Ernährungsgewohnheiten möglich sei: „Wären die Vorräte an Brotgetreide und Kartoffeln im wesentlichen der menschlichen Ernährung vorbehalten und würde keine Ausfuhr von Getreide stattfinden, so würde der Bedarf für den Unterhalt der Bevölkerung bei Mehrverzehr von Roggenbrot und Kartoffeln und bei geringerem Genusse von Weizen in den letzten Jahren regelmäßig aus dem Inland zu decken gewesen sein.“<sup>51</sup> Er gab sich deshalb optimistisch, „bei weiterhin gut durchgeführten Verbrauchsregelungen, insbesondere auch hinsichtlich des Fleischverbrauches, mit Rücksichtnahme auf die Erhaltung eines festen Viehstammes, vollständig durchhalten zu können“<sup>52</sup>.

Damit stellte er sich offen gegen Brentano, der die volkswirtschaftlichen Kosten der landwirtschaftlichen Produktionssteigerung mit dem Ziel der Autarkie auch während des Krieges und trotz der Blockade für wirtschaftspolitischen Unfug hielt<sup>53</sup>. Aber Horlacher wurde unter dem Eindruck des „teuflischen englischen Aushungerungsplanes“<sup>54</sup> zum Protagonisten einer autarkistischen Utopie. Während Brentano die Produktivitätssteigerungen der geschützten deutschen Landwirtschaft vor Kriegsbeginn bezweifelte<sup>55</sup>, und sogar von einer Stagnation der landwirtschaftlichen Produktion als Folge der Agrarzölle ausging<sup>56</sup>, stellte Horlacher einen impliziten Zusammenhang zwischen den Agrarzöllen der Vorkriegszeit und den damaligen landwirtschaftlichen Ertragssteigerungen her, wenn er die „gewaltigen Friedensleistungen der deutschen Landwirtschaft“ lobte<sup>57</sup>. Damit hatte er die Argumentation der Protagonisten protektionistischer Agrarpolitik übernommen<sup>58</sup>, ohne dass

---

<sup>48</sup> HORLACHER, *Leistungsfähigkeit* (1917), 169.

<sup>49</sup> HORLACHER, *Leistungsfähigkeit* (1917), 159.

<sup>50</sup> HORLACHER, *Leistungsfähigkeit* (1917), 163.

<sup>51</sup> HORLACHER, *Lebensmittelteuerung* (1917), 183.

<sup>52</sup> HORLACHER, *Landwirtschaft* (1917), 37.

<sup>53</sup> BRENTANO, *System*, 40–50.

<sup>54</sup> HORLACHER, *Landwirtschaft* (5. Januar 1916), 2.

<sup>55</sup> BRENTANO, *System*, 42.

<sup>56</sup> Denn durch die Einführung der Agrarzölle lasse sich eine Erhöhung der Rente ohne Erhöhung der Produktion allein durch die besseren Preise erzielen (BRENTANO, *Agrarpolitik*, 144f.).

<sup>57</sup> HORLACHER, *Landwirtschaft* (1917), 37. Im Gegensatz zu Brentano bestätigte die neuere wirtschaftsgeschichtliche Forschung, dass die deutsche Landwirtschaft vor dem Ersten Weltkrieg die höchsten Flächenerträge weltweit aufweisen konnte. Als wesentlicher Grund hierfür wird – wieder im Gegensatz zu Brentano – der Agrarprotektionismus genannt. Vgl. PETZINA, *Ausgaben*, 91.

<sup>58</sup> Zu dieser Argumentation vgl. SCHUMACHER, *Land*, 36.



die ausdrückliche Forderung nach Agrarschutz während des Ersten Weltkrieges nötig gewesen wäre. Dafür wurde er aber nun von den Agrariern akzeptiert. Johann Stechele – der Horlachers Dissertation im *Wochenblatt des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern* kurz vor Beginn des Ersten Weltkrieges einer vernichtenden Kritik unterzogen hatte<sup>59</sup> – rezensierte deshalb Horlachers Schrift „Kriegswirtschaft und Lebensmittelteuerung im In- und Ausland“ in der von den Bauernvereinsfunktionären Georg Heim (1865–1938)<sup>60</sup> und Sebastian Schlittenbauer (1874–1936)<sup>61</sup> herausgegebenen *Kriegswirtschaftlichen Beilage* des Bayerischen Kurier wohlwollend<sup>62</sup>.

Horlachers Wende zum konservativen Protektionismus verlief gleichzeitig mit seiner immer ausschließlicheren Beschäftigung mit ernährungspolitischen Problemen der öffentlichen Lebensmittelbewirtschaftung. Seit 23. Dezember 1915 war er bei der Landespreisprüfungsstelle tätig<sup>63</sup>, die beim Statistischen Landesamt eingerichtet wurde, um die zunehmende Teuerung der Lebensmittel zu bekämpfen<sup>64</sup>. Die Preisentwicklung hatte im Oktober 1915 einen Höchststand erreicht<sup>65</sup>. Die bisherigen amtlich überwachten Höchstpreise, denen bis Mitte März 1916 fast alle Lebens- und Futtermittel unterworfen wurden, hatten sich aufgrund des Lebensmittel mangels und ihrer Orientierung an den

<sup>59</sup> Vgl. Kapitel II.4.

<sup>60</sup> Realschullehrer und Bauernvereinsfunktionär, katholisch geboren am 24. April 1865 in Aschaffenburg, Besuch des humanistischen Gymnasiums in Würzburg, Studium der neueren Sprachen in Würzburg und München, ab 1889 Realschullehrer in Freising und Wunsiedel, 1893 Promotion zum Dr. rer. pol. bei Lujo Brentano, 1894 Gründung der landwirtschaftlichen Fichtelgebirgsverkaufsgenossenschaft, 1898 Gründungsmitglied des Bayerischen Christlichen Bauernvereins, dessen maßgebliche Führungsgestalt, ab 1899 Leiter der Zentralstelle der bayerischen Bauernvereine, Gründer zahlreicher Bauernvereinsgenossenschaften, 1897 bis 1911 Mitglied der Kammer der Abgeordneten des Bayerischen Landtages für die Bayerische Zentrumspartei, 1897 bis 1912 MdR für die Bayerische Zentrumspartei, 1907 auf eigenen Wunsch als Lehrer pensioniert, Direktor der LZG in Regensburg, gemeinsam mit Sebastian Schlittenbauer Initiator der Gründung der BVP, 1919 bis 1920 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung, 1920 bis 1924 MdR für die BVP, 1920 bis 1925 Präsident der Bayerischen Landesbauernkammer, seither weitgehender Rückzug aus dem politischen Leben wegen Krankheit, 1933 Verlust aller verbliebenen Ämter, gestorben am 17. August 1938. Zu Heim vgl. LENK, Heim, 347–382; MÜNCH, Tätigkeit, 301–344; RENNER, Heim (1957); RENNER, Heim (1961); BERGMANN, Bauernbund, 32f.

<sup>61</sup> Gymnasiallehrer und Bauernvereinsfunktionär, katholisch, geboren am 21. Januar 1874 in Wolnzach, 1887 bis 1895 Besuch des humanistischen Gymnasiums in Metten und Regensburg, Studium der Philologie an der LMU, 1901 Promotion im Fach klassische Philologie, anschließend Lehrer an verschiedenen Gymnasien in München und Bamberg, ab 1913 ehrenamtlicher Generalsekretär des Bayerischen Christlichen Bauernvereins, 1912 bis 1918 Mitglied der Kammer der Abgeordneten des Bayerischen Landtages für die Bayerische Zentrumspartei, ab 1914 Fraktionsvorsitzender, 1916 bis 1920 als Stellvertretender Direktor der LZG vom Staatsdienst freigestellt, im November 1918 gemeinsam mit Heim Initiator der Gründung der BVP, 1919 bis 1933 MdL für die BVP, maßgeblicher Gestalter des Gesetzes über die bayerischen Bauernkammern, 1920 bis 1933 Mitglied der Bayerischen Landesbauernkammer, November 1927 Ernennung zum Oberstudienrat, 1929 Ernennung zum Sachverständigen bei den deutsch-tschechischen Handelsvertragsverhandlungen, vor 1933 ehrenamtlicher Leiter des Landesverbands Bayerischer Wasser- und Ödlandgenossenschaften, Mitglied des zollpolitischen Ausschusses des Deutschen Landwirtschaftsrates und des Bayerischen Landeseisenbahnrats, 1930 bis 1932 MdR für die BVP, 1933 Schutzhaft und Versetzung in den Ruhestand, gestorben am 6. November 1936. Zu Schlittenbauer vgl. FRIEMBERGER, Schlittenbauer; BERGMANN, Bauernbund, 386.

<sup>62</sup> Kriegswirtschaftliche Beilage vom 8. April 1917.

<sup>63</sup> BayHStA, Statistisches Landesamt 111, Zeugnis für Michael Horlacher, 31. August 1916.

<sup>64</sup> Zur Preisprüfungsstelle vgl. EGGER, Statistisches Landesamt, 59–65; MERZ, Landespreisstelle, 244–297; SOLLEDER, Kriegsstellen, 170f.

<sup>65</sup> SKALWEIT, Kriegsernährungswirtschaft, 133f.

Produktionskosten zu inoffiziellen Mindestpreisen entwickelt<sup>66</sup>. Um zur Lösung dieses Problems beizutragen, sollte die Landespreisprüfungsstelle die Entwicklung der Preise beobachten und die Behörden bei der Bekämpfung der Teuerung beraten. Eine Möglichkeit, selbst unmittelbar in die Preisbildung einzugreifen, hatte sie nicht. Da sie zur Erfüllung ihrer Aufgabe umfangreiches Datenmaterial sammeln musste, wurde sie an das Statistische Landesamt angegliedert<sup>67</sup>. Obwohl die Landespreisprüfungsstelle also nur eine stumpfe Waffe gegen die Lebensmitteleuerung war und ihr Handlungsspielraum durch Kompetenzstreitigkeiten mit dem Kriegswucheramt<sup>68</sup> des Kriegsministeriums eingeschränkt war, soll es der Landespreisprüfungsstelle trotzdem gelungen sein, mäßigend auf die Teuerung gewirkt zu haben<sup>69</sup>. Den Vorsitz der Landespreisprüfungsstelle hatte Zahn übernommen. Neben diesem und dem Verwaltungsjuristen Friedrich Merz, der die tatsächliche Leitung übernommen hatte, war Horlacher die einzige wissenschaftlich ausgebildete Kraft<sup>70</sup>. Als „Hilfsreferent“ hatte Horlacher statistische Monographien zu veröffentlichen, an der Erstellung der Jahresberichte der neuen Behörde mitzuwirken<sup>71</sup> und die Sitzungen des Beirats der Preisprüfungsstelle zu protokollieren. Dieser Beirat bestand aus Vertretern von Landwirtschaft, Industrie, Handel, Gewerbe und Verbraucherschaft<sup>72</sup>. In diesem Beirat bekam Horlacher deshalb einen unmittelbaren Eindruck von den verschiedenen Interessenlagen der Erzeuger, Händler und Verbraucher. Erstmals hatte Horlacher dabei Gelegenheit, mit den führenden Bauernvereinsfunktionären Heim und Schlittenbauer persönlich Kontakt aufzunehmen<sup>73</sup>. Deshalb dürfte Horlachers Tätigkeit im Beirat der Preisprüfungsstelle im Hinblick auf seine spätere verbands- und parteipolitische Förderung durch Heim und Schlittenbauer<sup>74</sup> entscheidende Bedeutung für seine Karriere zukommen.

---

<sup>66</sup> Das Höchstpreissystem hatte nach SKALWEIT, Kriegsernährungswirtschaft, 134f. die Tendenz, „aus sich heraus das allgemeine Preisniveau zu erhöhen“. Denn mit zu niedrigen Höchstpreisen ausgezeichnete Waren verschwanden vom Markt und gingen in den Schwarzmarkt. Daraufhin versuchte man das Problem dadurch zu lösen, dass man die Höchstpreise an hob, woraus sich nach Skalweit eine Spirale der Steigerung der Lebenshaltungskosten ergeben habe. Zur Wirksamkeit der Höchstpreispolitik vgl. SKALWEIT, Kriegsernährungswirtschaft, 115–145; FLEMMING, Interessen, 95–105; BRÜNKER, Selbstversorgung, 73f; MÄRZ, Weltkrieg, 80–82.

<sup>67</sup> BSZ vom 28. Dezember 1915.

<sup>68</sup> Zum Kriegswucheramt vgl. MERZ, Landespreisstelle, 254–258.

<sup>69</sup> SKALWEIT, Kriegsernährungswirtschaft, 131–134 kommt zu einem positiven Urteil über die Wirksamkeit der Preisprüfungsstellen, da diese mit ihrem statistischen Material die Grundlage für die Höchstpreis- und Preiswucherverordnungen zur Verfügung stellten.

<sup>70</sup> Vgl. EGGER, Statistisches Landesamt, 59–65.

<sup>71</sup> BayHStA, MInn 72623, 5. Bericht der Landespreisprüfungsstelle (6. August 1916 bis 31. Dezember 1916).

<sup>72</sup> BayHStA, MInn 72623, Adressenverzeichnis der Mitglieder des Beirats der Landespreisprüfungsstelle, undatiert.

<sup>73</sup> Schlittenbauer war Mitglied des Beirates, Heim wurde oft als Sachverständiger geladen (BayHStA, MInn 72623, Vollsitzung des Beirates der Landespreisprüfungsstelle am 8. Februar 1916; Sitzung des Ausschusses I der Landespreisprüfungsstelle am 16. Februar 1916; Sitzung des Ausschusses II der Landespreisprüfungsstelle am 27. März 1916; Sitzung des Ausschusses III der Landespreisprüfungsstelle am 25. Februar 1916).

<sup>74</sup> Vgl. Kapitel III.4.

## 2. Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Bayerischen Lebensmittelstelle

Zunächst bot aber nicht die im Krieg eingeschränkte Tätigkeit der landwirtschaftlichen Interessenvertretungen, sondern die sich immer weiter ausdehnende Kriegsernährungswirtschaft gute Karriereaussichten für einen faktisch kriegsdienstuntauglichen Volkswirt und Statistiker. Am 1. September 1916 trat Horlacher als „wissenschaftlicher Hilfsarbeiter“ in den Dienst der im Januar 1916 eingerichteten Bayerischen Lebensmittelstelle über<sup>75</sup>. Bisher wurde der offen zu Tage tretende Nahrungsmittelmangel lediglich als preispolitisch zu lösendes Problem betrachtet, was zur Errichtung der Landespreisprüfungsstelle geführt hatte. Ausgehend von der auch von Horlacher propagierten Möglichkeit zur ernährungswirtschaftlichen Autarkie wurden Preise festgesetzt, welche Produktionsanreize für die Erzeuger schaffen sollten, ohne die Interessen der Verbraucher zu belasten. Mittlerweile hatte sich jedoch die Einsicht durchgesetzt, dass die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln nicht durch preispolitische Maßnahmen allein zu sichern war, da es sich dabei nicht nur um ein Verteilungsproblem, sondern um einen echten Mangel handelte. Im Frühsommer 1916 war es bereits zu Ernährungsunruhen in München gekommen<sup>76</sup>. Bereits seit 1915 waren deshalb in Bayern so genannte Kriegswirtschaftsstellen (Landesgetreidestelle, Fleischversorgungsstelle, Landesfuttermittelstelle, Fettstelle)<sup>77</sup> errichtet worden, welche zur Verwaltung des Mangels die Verteilung der Nahrungsmittel innerhalb Bayerns und die Regelung der Ausfuhr von Nahrungsmitteln aus Bayern durchzuführen hatten. Zur Bewirtschaftung der von diesen Kriegswirtschaftsstellen noch nicht erfassten Nahrungsmittel wurde die Bayerische Lebensmittelstelle geschaffen<sup>78</sup>. Damit wollte das bayerische Innenministerium den direkten Kontakt zwischen den Kommunalverbänden als der untersten Stufe der Ernährungsverwaltung<sup>79</sup> und den Reichszentralstellen der Kriegswirtschaft unterbinden und über die ernährungswirtschaftliche Kompetenz Bayerns wachen<sup>80</sup>. Horlacher zählte zum juristischen Personal der Verwaltungsabteilung der Bayerischen Lebensmittelstelle. Diese verstand sich als administrative „staatliche Zentralstelle für Lebensmittelversorgung für das ganze Königreich“. Sie hatte die Verteilung der von der kaufmännisch geleiteten Geschäftsabteilung der Bayerischen Lebensmittelstelle beschafften „Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs“ zu kontrollieren, sobald diese aufgrund ihrer Knappheit nicht mehr dem freien Handel überlassen werden sollten. Im Gegensatz zur

<sup>75</sup> BayHStA, Statistisches Landesamt 111, Statistisches Landesamt an MInn, 12. September 1916.

<sup>76</sup> StadtA München, Ernährungsamt 138, Stadtmagistrat München an MInn, 28. Juni 1916.

<sup>77</sup> Zu den bayerischen Kriegswirtschaftsstellen vgl. SOLLEDER, Kriegsstellen, 153–188; VOLKERT, Ernährung, 278–282; ferner SCHUMACHER, Land, 33–84; SKALWEIT, Kriegsernährungswirtschaft, 135.

<sup>78</sup> Zur Bayerischen Lebensmittelstelle vgl. SOLLEDER, Kriegsstellen, 178–181.

<sup>79</sup> Zu den Kommunalverbänden vgl. SKALWEIT, Kriegsernährungswirtschaft, 146–163.

<sup>80</sup> SOLLEDER, Kriegsstellen, 155 und 157f.

Landespreisprüfungsstelle konnte die Bayerische Lebensmittelstelle Vorschriften über die Preisgestaltung machen und war auch befugt, Vorräte zu enteignen. Dadurch sollte der schlecht funktionierende Ausgleich zwischen ländlichen Überschuss- und städtischen Mangelgebieten verbessert und ein „Wettbewerb aller gegen alle“ verhindert werden<sup>81</sup>.

Bevor Horlacher in den Dienst der Bayerischen Lebensmittelstelle wechselte, hatte sich deren Leiter – der landwirtschaftlich stark interessierte Verwaltungsjurist Dr. Emil Tischer (1873–1938)<sup>82</sup> – im Sommer 1916 darüber beklagt, dass „gewandtes, ohne weiteres verwendbares Personal“ wegen der zahlreichen Einberufungen kaum zu erhalten sei<sup>83</sup>. In dieser Situation musste ihm der kriegsuntaugliche Horlacher, der sich während seiner Tätigkeit für die Landespreisprüfungsstelle zum ernährungswirtschaftlichen Experten entwickelt hatte, sehr gelegen kommen. Horlacher wurde von Zahn im Abgangszeugnis bescheinigt, dass er die ihm übertragenen Arbeiten „mit aner kennenswerter Gründlichkeit, Zuverlässigkeit und Raschheit erledigte“ sowie „ein reiches Maß an Wissen und einen scharfen gesunden Blick für die einschlägigen volkswirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse“ bekundet habe<sup>84</sup>. Dabei erfüllte er mit seinen Untersuchungen im autarkistischen Geiste die propagandistischen Erwartungen, die von regierungsamtlicher Seite in ihn gesetzt wurden. Horlachers Veröffentlichungen wurden von der offiziellen Kriegspublizistik deshalb wohlwollend aufgenommen<sup>85</sup>. Wie begehrt Horlachers Dienste bei der Bayerischen Lebensmittelstelle waren, drückte sich darin aus, dass er einer der bestbezahlten Mitarbeiter war<sup>86</sup>. Abgesehen von der Bezahlung wurde Horlachers berufliche Stellung noch dadurch aufgewertet, dass er die Bayerische Lebensmittelstelle im Beirat der Landespreisprüfungsstelle vertrat<sup>87</sup>, in dem er bisher der Protokollführer war. Horlachers Einsatz für die staatliche Lebensmittelverwaltung hatte mittlerweile auch öffentliche

---

<sup>81</sup> StadtA München, Ernährungsamt 138, Bericht des Vorstandes der Verwaltungsabteilung der Bayerischen Lebensmittelstelle, 9. Juli 1916.

<sup>82</sup> Bayerischer Staatsbeamter, geboren am 9. März 1873, Promotion zum Dr. oec. publ., am 9. März 1896 Eintritt in die bayerische Staatsverwaltung, am 1. Oktober 1902 Bezirksamtsassessor in Viechtach, als tüchtiger Beamter bewertet, 1. Mai 1911 Bezirksamtmann von Ingolstadt, entwickelte bereits vor dem Ersten Weltkrieg Interesse an der Landwirtschaft, 1. Februar 1916 Vorstand der Verwaltungsabteilung der bayerischen Lebensmittelstelle, 1. Mai 1916 Regierungsrat im bayerischen Innenministerium, 1. März 1918 Oberregierungsrat im Innenministerium, 1. September 1919 Wechsel ins bayerische Landwirtschaftsministerium, 1. April 1920 Ministerialrat im Landwirtschaftsministerium, später bayerischer Gesandter in Stuttgart, Versetzung in den Ruhestand nach der Auflösung der bayerischen Gesandtschaft in Stuttgart am 1. Juni 1933, gestorben 1938. Zu Tischer vgl. BayHStA, ML 2972, Personalakt Emil Tischer; BayHStA, RStH 9363, Entwurf der Entlassungsurkunde für Dr. Emil Tischer, undatiert.

<sup>83</sup> StadtA München, Ernährungsamt 138, Bericht des Vorstandes der Verwaltungsabteilung der Bayerischen Lebensmittelstelle, 9. Juli 1916.

<sup>84</sup> BayHStA, Statistisches Landesamt 111, Zeugnis für Michael Horlacher, 31. August 1916.

<sup>85</sup> Eine wohlwollende Rezension von Horlachers Studie *Die Lebensmittelteuerung im Ausland* erschien im Reichs-Arbeitsblatt 14 (1916), 655–659, das von der Abteilung für Arbeiterstatistik des Kaiserlichen Statistischen Amtes herausgegeben wurde.

<sup>86</sup> Horlacher verdiente 3.000 Mark jährlich. Sein Nachfolger als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter bekam nur 1.800 Mark (BayHStA, Bayerische Lebensmittelstelle 2, Personalverzeichnis der Verwaltungsabteilung der Bayerischen Lebensmittelstelle, undatiert).

<sup>87</sup> BayHStA, MInn 72623, Sitzung des Beirats der Landespreisprüfungsstelle am 16. September 1916.

Anerkennung gefunden. Am 22. August 1916 hatte ihm König Ludwig III. von Bayern (1845–1921) das König-Ludwig-Kreuz<sup>88</sup> verliehen. Der kriegsdienstuntaugliche Horlacher hatte bewiesen, dass er sich „während dieses Krieges durch dienstliche oder freiwillige Tätigkeit in der Heimat besondere Verdienste um das Heer oder um die allgemeine Wohlfahrt des Landes erworben“ hatte, wie es in der standardisierten Verleihungsurkunde hieß<sup>89</sup>. Der Wert dieser Auszeichnung ist zwar nicht allzu hoch anzuschlagen, da das König-Ludwig-Kreuz als „Massendekoration“<sup>90</sup> galt. Gerade deshalb ist es jedoch geeignet, Horlachers subalterne Funktion in der Durchhalteparolen produzierenden Maschinerie der offiziellen Kriegspublizistik zu veranschaulichen.

Horlachers Aufgabe bestand auch in der Bayerischen Lebensmittelstelle wieder darin, statistische Erhebungen durchzuführen und deren Ergebnisse zu publizieren. Gegenüber in- und ausländischen Kritikern sollte Horlacher die Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft nachweisen und eine funktionierende deutsche Lebensmittelverwaltung vorstellen. Dabei stützte sich Horlacher etwa in seiner Untersuchung *Die Leistungsfähigkeit Deutschlands und seiner Hauptgegner auf dem Gebiete der Landwirtschaft* auf Erntestatistiken, deren überhöhte Schätzungen bereits von Zeitgenossen kritisiert wurden<sup>91</sup>. Dadurch kam Horlacher zu dem gewünschten Bild einer besonders leistungsfähigen Landwirtschaft als Grundlage einer autarkistischen Ernährungspolitik. Das Deutsche Reich war bei Kriegsbeginn trotz der nicht zu leugnenden enormen Produktionssteigerungen aber weit von der ernährungswirtschaftlichen Autarkie entfernt<sup>92</sup>. Im Gegensatz zur Vorkriegszeit hatte die Landwirtschaft während des Ersten Weltkrieges aber zusätzlich mit einem zunehmenden Mangel an Arbeitskräften, Zugtieren, Arbeitsgeräten und Düngemitteln fertig zu werden<sup>93</sup>. Die Folge war eine sinkende Produktivität. Während des Krieges betrug der energetische Selbstversorgungsgrad tatsächlich nur 72 Prozent<sup>94</sup>. Während die Kriegsernährungswirtschaft lediglich in der Lage war, den Mangel zu verwalten, täuschte sich Horlacher selbst und wiegte sich im „schönen Traum einer hinlänglichen

---

<sup>88</sup> Das Ordenszeichen war ein schwarzes Kreuz aus Bronze, das ovale Mittelstück zeigte auf der Vorderseite das Bildnis von König Ludwig III., auf der Rückseite ein Rautenschild mit Angabe des Stiftungstages 7. Januar 1916. Es wurde auf der linken Brust an einem weiß und blau gerippten, mit blauen Bordstreifen eingefassten Band getragen. Vorschlagsberechtigt waren die Ministerien. Zum König-Ludwig-Kreuz vgl. GVBl vom 7. Januar 1916, 1f.

<sup>89</sup> BayHStA, Statistisches Landesamt 111, Aktenvermerk, undatiert. Horlachers Stiefvater Wilhelm Ramminger hatte das König-Ludwig-Kreuz einen Tag vor Horlacher verliehen bekommen (StadtA Nürnberg, C 21/III Nr. 785, Einwohnermeldekarte Wilhelm Ramminger).

<sup>90</sup> Fränkische Tagespost vom 8. Januar 1916. Seit der Stiftung des Ordens waren bis März 1918 rund 73.000 König-Ludwig-Kreuze verliehen worden (BayHStA, MA Ordensakten 1077, MA an MKr, 9. April 1918).

<sup>91</sup> Zur Problematik der überhöhten Ernteschätzungen vor und im Ersten Weltkrieg vgl. SKALWEIT, Kriegsernährungswirtschaft, 5–25; BRÜNKER, Selbstversorgung, 25–51; BERTHOLD, Entwicklung, 92f.

<sup>92</sup> Tatsächlich war bereits bei Kriegsbeginn ein Fünftel des Kalorienbedarfes in das Deutsche Reich eingeführt worden. Zum Stand der Selbstversorgung 1914 vgl. BRÜNKER, Selbstversorgung, 25–51; FLEMMING, Interessen, 80–95; SKALWEIT, Kriegsernährungswirtschaft, 1f.; BOELCKE, Wandlungen, 500–502.

<sup>93</sup> HEIM – SCHLITTENBAUER, Hilferuf, 5–19; vgl. dazu BOELCKE, Wandlungen, 503–505.

<sup>94</sup> BRÜNKER, Selbstversorgung, 54–88.

Nahrungsmittelversorgung“<sup>95</sup>. Dabei ging der Kieler Volkswirt August Skalweit, der die deutsche Kriegsernährungswirtschaft im Jahr 1927 erstmals einer umfassenden wissenschaftlichen Würdigung unterzog, aufgrund eigener Beobachtung davon aus, dass die Nationalökonomien in ihrer überwiegenden Mehrheit – geblendet von dem Wunsch nach nationaler Größe – von der Möglichkeit der Selbsternährung der deutschen Bevölkerung tatsächlich überzeugt gewesen seien<sup>96</sup>.

Differenzierter ist das Bild, das Horlacher von der deutschen Lebensmittelverwaltung zeichnet. Die Mängel der Lebensmittelbewirtschaftung waren offenkundig. Es gelang kaum mehr, die Versorgung der Bevölkerung mit ausreichenden Nahrungsmitteln zu bezahlbaren Preisen sicherzustellen. Horlacher musste sich der Kritik stellen. Dabei machte Horlacher menschliches Versagen für die mangelhafte Umsetzung eines an sich als effektiv vorgestellten Bewirtschaftungssystems verantwortlich. Er kritisierte den Egoismus der Kommunalverbände<sup>97</sup>, machte Fehler der Reichsstellen geltend<sup>98</sup> und prangerte das selbstsüchtige Verhalten mancher Landwirte an<sup>99</sup>. Darüber hinaus beklagte er sich über die Bevölkerung, die den behördlichen Maßnahmen nicht die genügende Aufmerksamkeit schenkte<sup>100</sup>, und bedauerte die „Kriegspsychose“, welche dazu geführt habe, dass Vorräte und Ernteergebnisse unter dem tatsächlichen Stand angegeben wurden<sup>101</sup>. Insgesamt sprach er jedoch von einem „Erfolg der deutschen Kriegswirtschaft“, der es bisher gelungen sei, „ein Volk von fast 70 Millionen Bevölkerung mit einer sehr fortgeschrittenen Lebenshaltung ausreichend zu versorgen und zwar im wesentlichen aus eigener Kraft und trotz der schlechten Ernte des Vorjahres“<sup>102</sup>. Horlacher hatte seine wissenschaftliche Qualifikation mittlerweile ganz in den Dienst der Politik gestellt, worunter die Objektivität – wenn auch vielleicht in Anlehnung an die Behauptung August Skalweits unbewusst – litt. Er musste sich deshalb in einer nach Kriegsende erschienenen Rezension seiner Studie *Die Leistungsfähigkeit Deutschlands und seiner Hauptgegner auf dem Gebiete der Landwirtschaft* vorwerfen lassen, unbegründet von einem zu intensiven Stand der deutschen Landwirtschaft vor Kriegsbeginn ausgegangen zu sein. Außerdem wurde ihm vorgeworfen „Tendenzmeldungen des feindlichen Auslandes“ nicht als solche erkannt zu haben. Insgesamt, so der Rezensent der *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, beruhe

---

<sup>95</sup> SKALWEIT, Kriegsernährungswirtschaft, 7.

<sup>96</sup> SKALWEIT, Kriegsernährungswirtschaft, 7.

<sup>97</sup> HORLACHER, Kriegswirtschaft (1917), 10.

<sup>98</sup> Er warf ihnen vor allem Fehler im Zusammenhang mit der Kartoffelversorgung vor (HORLACHER, Kriegswirtschaft (1917), 11f.). Die Kartoffelversorgung funktionierte deshalb nicht, da Kartoffeln im Gegensatz zu Getreide nicht so leicht gelagert werden können (vgl. SKALWEIT, Kriegsernährungswirtschaft, 189–192).

<sup>99</sup> HORLACHER, Kriegswirtschaft (1917), 14.

<sup>100</sup> HORLACHER, Leistungsfähigkeit (1917), 170f.

<sup>101</sup> HORLACHER, Leistungsfähigkeit (1917), 181–183.

<sup>102</sup> HORLACHER, Leistungsfähigkeit (1917), 170f.

Horlachers Arbeit auf „unzureichenden Grundlagen und kann einen höheren Wert als den eines augenblicklichen Stimmungsbildes nicht beanspruchen“<sup>103</sup>.

Im Februar 1917 zog Horlacher die Synthese seiner bisherigen Untersuchungen zur Kriegsernährungswirtschaft in einer materialreichen Schrift mit dem Titel *Kriegswirtschaft und Lebensmittelteuerung im In- und Ausland*<sup>104</sup>. Sie wurde in der renommierten Reihe *Finanz- und Volkswirtschaftliche Zeitfragen* veröffentlicht<sup>105</sup>. Er musste zwar zugeben, dass sich die Nahrungsmittelpreise im Deutschen Reich seit Kriegsbeginn verdoppelt hatten<sup>106</sup>, in den gegnerischen Staaten stellte er jedoch noch weit höhere Teuerungsraten bei den Hauptnahrungsmitteln fest<sup>107</sup>. Dabei relativierte er die Teuerung im Deutschen Reich noch zusätzlich, indem er behauptete, dass diese aufgrund einer Umstellung der Ernährung auf billigere Lebensmittel nur 75 Prozent betrage<sup>108</sup>. Trotzdem musste Horlacher das Bestehen eines Versorgungsproblems zugeben: „Während also die wirtschaftliche Lage Deutschlands im Lichte der Lebensmittelteuerung verhältnismäßig günstig sich gestaltet, kann man dies in gleicher Weise von der Versorgung mit Lebensmitteln nicht behaupten.“<sup>109</sup> Deshalb appellierte er an den Durchhaltewillen der Bevölkerung. Während er für Großbritannien die Einführung des Rationierungssystems als Folge des im Januar angeordneten unbeschränkten U-Bootkrieges erwartete<sup>110</sup>, prognostizierte er, dass das Deutsche Reich „bei einem einigermaßen erträglichen Erntergebnis seinerseits den Vorsprung durch die weitaus intensivste Entwicklung seiner Landwirtschaft“ halten werde<sup>111</sup>. Deshalb schloss Horlacher mit einer Durchhalteparole: „Zu weiterem wirtschaftlichen Durchhalten soll uns indes der Gedanke anspornen, daß die Lage unserer Gegner von nun an sich täglich verschlechtern muß.“<sup>112</sup> Die Zensurstelle des bayerischen Kriegsministeriums war mit Horlacher zufrieden. Sie empfahl seine Schrift *Kriegswirtschaft und Lebensmittelteuerung im In- und Ausland* zur Lektüre, „da er berichtet, daß die Teuerungsverhältnisse in Deutschland gegenüber den Ententeländern noch recht mäßige sind. Daß Mangel an Nahrungsmitteln bei uns besteht, ist dem Gegner aus den täglichen Erörterungen der Presse bekannt. In dieser Hinsicht wirkt aber gerade das Schlußkapitel der Arbeit, das in erhebender Weise vom Geiste des Durchhaltens getragen ist, aufklärend.“<sup>113</sup> Damit war Horlacher ein Teil jener regierungsamtlichen Publizistik, die nach dem Urteil Skalweits „bei jeder sich bietenden Gelegenheit betont, daß

<sup>103</sup> Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 115 (1920), 91f.

<sup>104</sup> Zum Fertigstellungsdatum vgl. HORLACHER, *Kriegswirtschaft* (1917), 5.

<sup>105</sup> Dort publizierte auch der Zentrumspolitiker Matthias Erzberger (ERZBERGER, *Rüstungsausgaben*).

<sup>106</sup> HORLACHER, *Kriegswirtschaft* (1917), 31–34.

<sup>107</sup> HORLACHER, *Kriegswirtschaft* (1917), 66.

<sup>108</sup> HORLACHER, *Kriegswirtschaft* (1917), 31–34.

<sup>109</sup> HORLACHER, *Kriegswirtschaft* (1917), 67.

<sup>110</sup> HORLACHER, *Kriegswirtschaft* (1917), 67–69.

<sup>111</sup> HORLACHER, *Kriegswirtschaft* (1917), 9.

<sup>112</sup> HORLACHER, *Kriegswirtschaft* (1917), 69.

<sup>113</sup> BayHStA-KriegsA, MKr 13888, Statistisches Landesamt an MKr, 17. Februar 1917.

die deutschen Brot- und Getreidepreise niedriger wären als in allen kriegführenden und neutralen Ländern Europas“<sup>114</sup>.

Indes hatte sich die Ernährungslage dramatisch verschlechtert<sup>115</sup>. Durch die Zwangsbewirtschaftung landwirtschaftlicher Produkte zu festgesetzten Preisen wurde der Anreiz zur Produktion geschwächt. Je schärfer die Lebensmittel erfasst wurden, umso stärker wurde der Drang der Bauern auf den Schwarzmarkt<sup>116</sup>. Zunehmend wurden die Landwirte deshalb für die Nahrungsmittelversorgung zu überhöhten Preisen verantwortlich gemacht, was Georg Heim lautstark mit dem Hinweis auf die mangelhafte Versorgung der Landwirtschaft mit Betriebsmitteln und Arbeitskräften zurückwies<sup>117</sup>. Nach Ansicht Heims war jedoch hauptsächlich die verfehlte Höchstpreispolitik für den Nahrungsmittelmangel verantwortlich. Da landwirtschaftliche Rohprodukte Höchstpreisen unterworfen waren, nicht jedoch die daraus erzeugten Verarbeitungsprodukte, füllten sich die Schwarzmärkte mit landwirtschaftlichen Rohprodukten<sup>118</sup>. Vor allem die Bayerische Lebensmittelstelle verschonte Heim nicht mit seiner Kritik<sup>119</sup>. Da Heim kostendeckende Preise für die Landwirte zum Produktionsanreiz für unbedingt erforderlich hielt, konnte sich Heim einen Ausweg aus dem Nahrungsmittelmangel nur durch die weitgehende Unterbindung des freien Land- und Lebensmittelhandels bei planmäßiger Lenkung von landwirtschaftlicher Produktion, Betriebsmittelversorgung und Arbeitskräftebeschaffung vorstellen<sup>120</sup>. Von dem Konflikt, der sich vor dem Hintergrund des Nahrungsmittelmangels zwischen Erzeugern und Verbrauchern entwickelte und der aufgrund der Agitation Heims zum Rücktritt zweier Minister führte<sup>121</sup>, finden sich in Horlachers Publikationen keine Spuren. Er wich ihm aus. Er wollte zur „Abwehr der übertriebenen Angriffe auf die Nahrungsmittelorganisation“<sup>122</sup> vor allem durch eine beschönigende und harmonisierende Betrachtungsweise beitragen, konnte aber dem Autoritätsverlust der Herrschaftsträger, der nicht zuletzt von der Unfähigkeit zur Behebung des Nahrungsmittelmangels verursacht worden war<sup>123</sup>, dadurch nicht begegnen. Die

<sup>114</sup> Vgl. SKALWEIT, Kriegsernährungswirtschaft, 140–142.

<sup>115</sup> Zum Zusammenhang von Volksstimmung und Ernährungslage während des Ersten Weltkrieges vgl. ALBRECHT, Landtag, 111.

<sup>116</sup> Vgl. SKALWEIT, Kriegsernährungswirtschaft, 3.

<sup>117</sup> Vgl. MÜNCH, Tätigkeit, 317–321; ALBRECHT, Ende, 277–282.

<sup>118</sup> HEIM – SCHLITTENBAUER, Hilferuf, 46–53. Zur Agitation Heims gegen die staatliche Ernährungspolitik während des Ersten Weltkrieges vgl. MÜNCH, Tätigkeit, 301–344; ferner RENNER, Heim (1957), 216–258.

<sup>119</sup> Vgl. MÜNCH, Tätigkeit, 335.

<sup>120</sup> HEIM – SCHLITTENBAUER, Hilferuf, 61–67.

<sup>121</sup> Der als erzeugerfreundlich geltende Innenminister Maximilian Graf von Soden-Fraunhofen (1844–1922) wies im Ernährungsbeirat des Innenministeriums am 22. November 1916 Vorwürfe Heims gegen die angeblich zu verbraucherfreundliche Zensurpolitik des Kriegsministers Otto Kreß von Kressenstein (1850–1929) nicht zurück. Die daraus sich entwickelnde Ministerkrise endete mit dem Rücktritt beider Minister. Vgl. dazu ALBRECHT, Landtag, 192–196; MÜNCH, Tätigkeit, 336–338.

<sup>122</sup> HORLACHER, Kriegswirtschaft (1917), 9.

<sup>123</sup> Vgl. ALBRECHT, Ende, 277–282. Die Kriegsernährungswirtschaft stand jedoch nach SKALWEIT, Kriegsernährungswirtschaft, 1 vor der unlösbaren Aufgabe, die Ernährungsversorgung sicherzustellen, ohne über die dafür erforderlichen Mittel zu verfügen, da nicht nur Mangel an Nahrung, sondern auch an Arbeitskräften und landwirtschaftlichen Produktionsmitteln herrschte.



Auswirkungen der englischen Seeblockade und die Missernten der Jahre 1915 und 1916 wurden von ihm unterschätzt, die Wirkungen des U-Bootkrieges überschätzt.

### 3. Wirtschaftsredakteur bei der München-Augsburger Abendzeitung

Am 1. April 1917 wechselte Horlacher als volkswirtschaftlicher Redakteur zu der in der bayerischen Landeshauptstadt erscheinenden *München-Augsburger Abendzeitung*<sup>124</sup>. Die *MAAZ* war ein traditionsreiches Organ, das seit 1904 im Kunstverlag F. Bruckmann AG erschien. Bis zur Gründung der *Bayerischen Staatszeitung* im Jahr 1913 hatte sie als offizielles Regierungsorgan gegolten<sup>125</sup>. Ihre Leserschaft bestand hauptsächlich aus Angehörigen der Beamtschaft und des gehobenen Bürgertums<sup>126</sup>. Ihr Hauptverbreitungsgebiet hatte die *MAAZ* in Oberbayern und Schwaben, in Franken war sie nahezu bedeutungslos<sup>127</sup>.

Horlachers Schritt aus dem Staatsdienst in den Journalismus erscheint plötzlich und unvermittelt<sup>128</sup>. Aber Horlacher wechselte wohl im Auftrag seiner Vorgesetzten. Denn unter ihrem Chefredakteur Cajetan Freund war die *MAAZ* in den Bannkreis des annexionistischen und antisemitischen Alldeutschen Verbandes geraten und hatte ein nationalistisch übersteigertes Erscheinungsbild angenommen. Allzu lautstark war sie für die Kanzlersturzbewegung eingetreten. Diese alldeutsche Agitation kam dem mit der Pressezensur beauftragten Kriegsministerium im Interesse einer ruhigen Zusammenarbeit mit der Reichsregierung nicht gelegen<sup>129</sup>. Das bayerische Kriegsministerium hatte solange Druck auf den Verlag ausgeübt, bis Freund als Chefredakteur abgelöst wurde. Anfang 1917 wurde er durch den Brentano-Schüler Friedrich Möhl (1875–1957)<sup>130</sup> ersetzt, der als bisheriger Sekretär im Pressereferat des Kriegsministeriums die Zeitung auf Regierungskurs halten sollte<sup>131</sup>. Trotzdem beschwerte sich das bayerische Innenministerium – das bis zur Errichtung des bayerischen Landwirtschaftsministeriums im Frühjahr 1919 für Landwirtschaft zuständig war – im März 1917 über die Kritik, die in der *MAAZ* an der Durchführung der

<sup>124</sup> *MAAZ* vom 1. April 1917 (Abendausgabe).

<sup>125</sup> Zur Geschichte der *MAAZ* vor 1914 vgl. HOSER, *Münchner Tagespresse*, 50 und 977f.

<sup>126</sup> HOSER, *Münchner Tagespresse*, 989.

<sup>127</sup> HOSER, *Münchner Tagespresse*, 987. Die *MAAZ* hatte eine Auflage von etwa 60.000 (HOSER, *Münchner Tagespresse*, 981).

<sup>128</sup> In den die Presse betreffenden Akten des für die Kriegszensur zuständigen Kriegsministeriums finden sich keine Informationen über den Wechsel Horlachers zur *MAAZ* (BayHStA-KriegsA, MKr 13888–13890).

<sup>129</sup> Vgl. HOSER, *Münchner Tagespresse*, 43–55; FISCHER, *Zensurstelle*, 142–155.

<sup>130</sup> Journalist, geboren am 10. Oktober 1875 in München, Studium der Rechts- und Staatswissenschaften an der LMU, 1903 Promotion zum Dr. oec. publ. bei Lujo Brentano, 1905 Redakteur der liberalen *Münchner Neuesten Nachrichten*, im Ersten Weltkrieg Sekretär im Pressereferat des bayerischen Kriegsministeriums, seit 1917 Chefredakteur der *MAAZ*, gestorben am 9. Dezember 1957. Zu Möhl vgl. HOSER, *Münchner Tagespresse*, 1097.

<sup>131</sup> HOSER, *Münchner Tagespresse*, 53; FISCHER, *Zensurstelle*, 91.

Lebensmittelversorgung geübt wurde<sup>132</sup>. Es reagierte sensibel auf jede Kritik. Die schlechte Versorgungslage war öfter Hauptthema in der Presse als die Ereignisse an der Front<sup>133</sup>. Gerade im Frühjahr 1917 intensivierte das Innenministerium seine Bemühungen zur Pressebeeinflussung<sup>134</sup>. Es liegt deshalb nahe, in Horlachers Wechsel in die Redaktion der *MAAZ* einen Coup des Innenministeriums zu sehen, um eine Berichterstattung über die Lebensmittelbewirtschaftung im Sinne der Regierung zu gewährleisten. Horlacher hatte sich auch bisher stets als zuverlässiger Publizist im Dienste der Verteidigung der Kriegsernährungswirtschaft erwiesen. Dass die bayerische Staatsregierung imstande war, Druck auf die personelle Zusammensetzung der Redaktion auszuüben, hatte sie im Falle Freundts ja bereits bewiesen. Aber auch die *MAAZ* musste Interesse an Horlacher haben, war die Redaktion der *MAAZ* doch durch Einberufungen empfindlich dezimiert worden<sup>135</sup>. Bei dem zweimal als dienstuntauglich befundenen Horlacher bestand einige Sicherheit gegenüber der Gefahr einer Einberufung. Aber auch für Horlacher konnte der Wechsel in die Redaktion der *MAAZ* interessant sein. Seine beachtliche bisherige Karriere im Staatsdienst war an einem toten Punkt angelangt. Trotz anerkannter fachlicher Leistungen und politischer Zuverlässigkeit war ihm der Weg in den höheren bayerischen Verwaltungsdienst ohne juristisches Staatsexamen schlichtweg verwehrt. Wie unbefriedigend diese Situation für ihn gewesen sein muss, zeigte sich, als er in der *MAAZ* dreieinhalb Monate nach seiner Aufnahme in die Redaktion die Stellung der volkswirtschaftlich gebildeten „sogen. wissenschaftlichen Mitarbeiter oder Hilfsarbeiter“ beklagte, denen aufgrund des Juristenmonopols in der Regel alle Aufstiegsmöglichkeiten in den höheren Dienst verbaut seien. Er verlangte „Gleichberechtigung mit ihren juristischen Kollegen, wenn man sich überhaupt diese Bezeichnung erlauben darf“. Denn der „Kreis der Verwaltungstätigkeit im modernen Staatsleben hat sich so erweitert, eine ganze Reihe von Sonderaufgaben, die ein außerordentlich umfangreiches Spezialwissen erfordern, hat sich entwickelt, so daß in vielen Dingen die ‚umfassende‘ juristische Bildung nicht mehr ausreicht“. Selbstbewusst erblickte er darin keine „unbillige Forderung, zumal ein guter Teil der wertvollen volkswirtschaftlichen Arbeiten der reichs- und landesstatistischen Ämter von Volkswirtschaftlern herrührt“<sup>136</sup>.

In der Redaktion der *MAAZ* wurde er zeitlich sehr in Anspruch genommen. Die *MAAZ* erschien zweimal täglich, auch sonntags. Eine Arbeitszeit von über zehn Stunden sowie Nacht- und Sonntagsarbeit waren die Regel<sup>137</sup>. Ohne jemals eine besondere journalistische

<sup>132</sup> BayHStA, MInn 66327, Aufzeichnung über die Haltung der Münchner Presse zur Lebensmittelversorgung im Februar und März 1917, undatiert.

<sup>133</sup> MÜNCH, Tätigkeit, 302.

<sup>134</sup> BayHStA, MInn 66327, Aufzeichnung über die Haltung der Münchner Presse zur Lebensmittelversorgung im Februar und März 1917, undatiert; zur Pressebeeinflussung der bayerischen Regierung während des Ersten Weltkriegs vgl. HOSER, Münchner Tagespresse, 377–385; ALBRECHT, Landtag, 198–208 und 251f.

<sup>135</sup> Vgl. HOSER, Münchner Tagespresse, 822f.

<sup>136</sup> HORLACHER, Industrieförderung (14. Juli 1917), 4.

<sup>137</sup> HOSER, Münchner Tagespresse, 822f.

Ausbildung genossen zu haben, machte sich Horlacher umgehend an die Aufwertung des Wirtschaftsteils der *MAAZ*, der dann seit dem 29. April 1917 unter der Überschrift „Volkswirtschaftliche Zeitung“ firmierte<sup>138</sup>. Dabei stellte die Verteidigung der öffentlichen Lebensmittelbewirtschaftung einen wesentlichen Teil seiner Tätigkeit dar<sup>139</sup>. Als er sich am 26. März 1917 mit den Ursachen der Februarrevolution in Russland beschäftigte, führte er diese auf die „russische Mißwirtschaft“ zurück, der es nicht gelungen sei, die Industriegebiete mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Die mangelhafte Lebensmittelbewirtschaftung habe dort eine Situation entstehen lassen, „wie wir sie in Deutschland bisher nicht zu verzeichnen haben und wohl auch nicht erleben werden“<sup>140</sup>. Dieser skeptische Blick in die Zukunft zeigt sehr deutlich, dass Horlachers Siegesgewissheit einer nicht mehr zu unterdrückenden Unsicherheit über die Leistungsfähigkeit der deutschen Ernährungswirtschaft gewichen war. In der offenen Sprache gegenüber den Problemen der Kriegsernährungswirtschaft zeigt sich aber auch nicht zuletzt seine unabhängigere Stellung gegenüber den Behörden, die er als Zeitungsredakteur trotz aller Regierungsnähe der *MAAZ* nun im Unterschied zu seiner ehemaligen Beschäftigung als Angestellter im öffentlichen Dienst einzunehmen in der Lage war. Als sich Horlacher am 8. Juli 1917 in der *MAAZ* mit den wirtschaftlichen Wirkungen des uneingeschränkten U-Bootkrieges auseinandersetzte, musste er sich eingestehen, dass die Produktivität der englischen Industrie dadurch zwar beeinträchtigt wurde, nicht aber die Lebensmittelversorgung. Selbst wenn Großbritannien zur Lebensmittelrationierung schreiten würde, gab er nun zu bedenken, dass England trotzdem immer noch mit Einfuhren rechnen könne, „während bei uns erst die notwendigsten Lebensmittel aus der Landwirtschaft mit viel Mühe herausgezogen werden müssen“. Trotzdem propagierte er den uneingeschränkten U-Bootkrieg gegen Großbritannien, um die dortige Kriegsindustrie zu schädigen, der „im Falle der Absperrung vom Ausland gerade in England engere Grenzen gesteckt sind und ihr deshalb nicht minder bedeutsame Krisenkeime innewohnen“. Er hoffte, dass das „Wirtschaftsleben Englands bis in die Grundfesten erschüttert wird, wenn die verkehrswirtschaftliche Isolierung in nennenswertem Umfang eintritt“<sup>141</sup>. Da alle Artikel über den U-Bootkrieg der Zensur vorzulegen waren<sup>142</sup>, war die derart in Zustimmung verpackte Kritik das Äußerste, was sich Horlacher erlauben konnte.

Während sich Horlacher der Verteidigung der Kriegsernährungswirtschaft immer zurückhaltender widmete, verlegte er den Schwerpunkt seiner Publikationstätigkeit auf Themen aus dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft. In einer Artikelserie machte er sich für die „Industrieförderung in Bayern“ stark. Ohne zu den freihändlerischen Thesen seines

---

<sup>138</sup> *MAAZ* vom 29. April 1917 (Morgenausgabe).

<sup>139</sup> *MAAZ* vom 3. Mai 1917 (Abendausgabe); *MAAZ* vom 19. Juni 1917 (Mittagsausgabe).

<sup>140</sup> HORLACHER, Mißwirtschaft (26. März 1917), 1.

<sup>141</sup> HORLACHER, Wirkung (8. Juli 1917), 3.

<sup>142</sup> FISCHER, Zensurstelle, 266–268.

akademischen Lehrers Brentano zurückzukehren, trat Horlacher nun wieder als Verteidiger einer industriestaatlichen Entwicklung Bayerns auf. Nun stand nicht mehr die These von der besonders herausragenden Produktivität der deutschen Landwirtschaft im Zentrum von Horlachers wirtschaftspolitischer Argumentation, sondern die Notwendigkeit zur Stärkung der Industrie. „Deutschlands Macht- und Weltstellung“ habe sich erst nach dem „Übergang vom überwiegenden Agrar- zum überwiegenden Industriestaat“ eingestellt, schrieb Horlacher in der *MAAZ* vom 3. Juni 1917. Im Gegensatz zur Landwirtschaft, deren Produktivität vom „Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag“ begrenzt sei, sah er in der Industrie „unausschöpfbare Kapital- und Einkommensquellen“, da in der Industrie das „Gesetz der progressiven Ertragssteigerung“ gelte. Er forderte deshalb: „Ein überwiegender Industriestaat werden wir bleiben müssen, um zu leben und vorwärtszustreben, nicht bloß um künftige finanzielle Lasten zu tragen, sondern gleichzeitig die Möglichkeiten einer gesunden Weiterentwicklung unserer Bevölkerung zu bieten.“<sup>143</sup> Deshalb sah er in einer verstärkten Förderung der industriellen Entwicklung ein Gebot zur Erhaltung der Selbständigkeit Bayerns. Bayerns wirtschaftliche Zukunft „weist auf die Industrie. Eine solche Förderung des Erwerbslebens bringt zugleich eine Steigerung der Leistungsfähigkeit des Staatsganzen, damit schaffen wir uns auch das wirksamste Mittel zur Erhaltung unserer Selbstbehauptung, unserer politischen Geltung im Gesamtraum des Reiches und gewährleisten endlich eine befriedigende Entwicklung unseres Wohlstandes und damit zugleich unserer Finanz- und Steuerkraft.“<sup>144</sup> Deshalb plädierte er für die Errichtung eines eigenen Handelsministeriums<sup>145</sup>. Dabei forderte er, dass sich dessen Personal hauptsächlich aus „hervorragenden volkswirtschaftlichen Praktikern der Industrie- und Handelswelt“ zusammensetzen sollte. Da den Juristen „Statistik und Volkswirtschaft keine Freude bereiten“, sollten dem zu errichtenden Handelsministerium Volkswirte „den so notwendigen Rückhalt in einer gesunden Tradition geben, die durch den raschen Wechsel der Verwaltungsjuristen auf solchen Durchgangsposten nur in geringem Maße gewährleistet wird.“<sup>146</sup> Offenbar wollte sich Horlacher mit dieser Artikelserie für eine Beschäftigung in dem damals viel diskutierten Handelsministerium empfehlen<sup>147</sup>.

Horlacher plädierte am 19. Januar 1918 in der *MAAZ* für eine bevorzugte Förderung der Exportindustrie. Dies tat er aus der Sorge um die gestiegenen Lebenshaltungskosten, deren Senkung nach dem Krieg er sich aus der Steigerung des industriellen Exports erhoffte<sup>148</sup>. Die eher verbraucherfreundliche als agrarische *MAAZ*<sup>149</sup> hatte die

<sup>143</sup> HORLACHER, Industrieförderung (3. Juni 1917), 4.

<sup>144</sup> HORLACHER, Industrieförderung (7. Juni 1917), 5f.

<sup>145</sup> HORLACHER, Industrieförderung (13. Juli 1917), 3.

<sup>146</sup> HORLACHER, Industrieförderung (14. Juli 1917), 4.

<sup>147</sup> Zu den Plänen zur Errichtung eines Handelsministeriums vgl. BORCHARDT, Geschichte, 24–26; SPERL, Wirtschaft, 110–129.

<sup>148</sup> HORLACHER, Grundlinien (19. Januar 1918), 4.

<sup>149</sup> Vgl. HOSER, Münchner Tagespresse, 788.

Industrieförderung in Bayern am 13. Dezember 1917 schon im bisher „allzu sehr zurückgesetzten Interesse des Konsumenten“ zur Notwendigkeit erklärt<sup>150</sup>. In dieser Haltung drückte sich nicht zuletzt eine zunehmende Besorgnis um die sich immer mehr radikalisierende Stimmung in der Bevölkerung aus, die nach Ansicht Horlachers auch von den vermeintlich staaterhaltenden Kräften des Bürgertums nicht mehr Halt machte – wobei sich bei Horlacher Revolutionsfurcht und Angst um den eigenen sozialen Status verbanden, wie er am 26. Januar 1918 in der *MAAZ* deutlich machte. Die durch die Kriegswirtschaft geförderte Zusammenballung wirtschaftlicher Macht betrachtete er als zunehmende Gefährdung für das Bürgertum. In der *MAAZ* prognostizierte er deshalb am 26. Januar, dass es „zu allmählichem Untergang bestimmt“ sei. Die „Vermögensumschichtung“ während des Krieges sei auf Kosten des Mittelstandes erfolgt. Deshalb forderte er einen organisatorischen Zusammenschluss des Bürgertums, um damit einen „mächtigen Schutzwall gegen die kräftig emporgeschossene sozialistische Flut durch die Sammlung aller staaterhaltenden mittleren Kräfte noch rechtzeitig zu schaffen, bevor die Flut auch in diese Kreise Bresche legen kann“<sup>151</sup>.

Aufgrund seiner nun offensiv zur Schau getragenen industriefreundlichen Einstellung beurteilte er die von der Reichsregierung verfolgten Zollunionspläne mit Österreich-Ungarn<sup>152</sup> am 10. September 1917 positiv: „Das im Blute gefestigte Bündnis der mitteleuropäischen Staaten soll im Frieden zu einem fest gefügten Wirtschaftsblock werden, der die Pläne des englischen Wirtschaftskrieges nach dem Kriege zunichte macht und uns von der gesicherten Linie eines weiten inneren Absatz- und Bezugsmarktes aus stetig und sicher unsere frühere Welt- und Seegeltung wieder erringen läßt.“<sup>153</sup> Mit dieser positiven Bewertung der Zollunionspläne befand sich Horlacher in Übereinstimmung mit der bayerischen Regierung<sup>154</sup>, die dafür aber von landwirtschaftlicher Seite heftig kritisiert wurde. Die Agrarier sahen in den Zollverhandlungen mit dem agrarischen Österreich-Ungarn eine Gefährdung der bayerischen Landwirtschaft.

---

<sup>150</sup> *MAAZ* vom 13. Dezember 1917 (Abendausgabe).

<sup>151</sup> HORLACHER, *Entwicklungslinien* (26. Januar 1918), 5.

<sup>152</sup> Zur geplanten Zollunion mit Österreich-Ungarn vgl. BRANDT, *Bruck*, 332–352; FLEMMING, *Interessen*, 113–116.

<sup>153</sup> HORLACHER, *Wirtschaftsprogramm* (10. September 1917), 1.

<sup>154</sup> Zur Haltung der bayerischen Regierung gegenüber den Zollunionsplänen vgl. MENGES, *Schmelzle*, 26–28.

#### 4. Wechsel in das landwirtschaftliche Organisationswesen

Anders als seine industriefreundlichen Artikel erwarten ließen, trat Horlacher im April 1918<sup>155</sup> als Geschäftsführer in den Dienst der „Handelspolitischen Vereinigung der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns einschließlich Müllerei und Mälzerei“<sup>156</sup>. Erst durch die Übernahme der Geschäftsführung der Handelspolitischen Vereinigung bekommt Horlachers Karriere jene agrarische Ausrichtung, welche sie seit seiner Doktorarbeit zu haben schien, die sie bisher jedoch nicht besessen hatte. Horlachers agrarpolitische Dissertation hatte ihren Ursprung in dem Bestreben Brentanos, eine liberale Handelspolitik zu rechtfertigen. Seine Beschäftigung mit ernährungspolitischen Problemen als Angestellter im statistischen Dienst war dem immer übermächtiger werdenden Problem der Nahrungsmittelversorgung geschuldet. Seine Rufe nach einer verstärkten Förderung der industriellen Entwicklung Bayerns zeigen deutlich, dass er bisher keineswegs auf eine agrarische Karriere festgelegt war.

Die Handelspolitische Vereinigung sollte einen Beitrag leisten, die deutsch-österreichischen Zollunionspläne zu verhindern. Seit Sommer 1917 beunruhigten derartige Pläne die bayerische Landwirtschaft. In einem offenen Brandbrief beschwor Heim am 11. Dezember 1917 die Folgen der geplanten Aufhebung der Agrarzölle gegenüber der Donaumonarchie, um der deutschen Exportindustrie den dortigen Absatzmarkt zu sichern. Zugunsten der „norddeutschen Großindustrie“ würden die Interessen der süddeutschen Landwirtschaft „kaltlächelnd verraten“. Um diese Gefahr abzuwenden, wollte Heim die organisatorische Zusammenfassung der bayerischen Landwirtschaft über Partei- und Konfessionsgrenzen hinweg bewerkstelligen<sup>157</sup>. Eine derartige Organisation hatte es in Bayern bisher noch nicht gegeben. Am 9. Januar 1918 trafen die Vertreter der einzelnen

<sup>155</sup> Das genaue Datum ist unbekannt. Dass Horlacher am 15. April 1918 letztmals im Impressum der *MAAZ* als wirtschaftspolitischer Redakteur erschien, bietet jedoch einen Anhaltspunkt für diese Datierung.

<sup>156</sup> Zur Geschichte der „Handelspolitischen Vereinigung der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns einschließlich Müllerei und Mälzerei“ vgl. PIX, *Organisation*, 51–64; HUNDHAMMER, *Berufsvertretung*, 118–122. Angesichts des Verlustes des Archivs der Handelspolitischen Vereinigung besitzt vor allem die Doktorarbeit von Pix hohen Quellenwert, da er offenbar deren Registratur benutzte. Bei der Erstellung seiner Doktorarbeit wurde Pix wohl von Horlacher gefördert. Denn beide gehörten einer Studentenverbindung des CV an. Pix war Journalist, katholisch, geboren am 30. Januar 1900 in Greding/Mittelfranken als Sohn eines Polizisten, 1911 bis 1916 Besuch der Oberrealschule in Regensburg, 1917/1918 im Rahmen des Vaterländischen Hilfsdienstes in der Industrie, der Post und im Staatsforst beschäftigt, 1920 Abitur an der Oberrealschule in Nürnberg, Studium der Nationalökonomie in Erlangen, seit 1920 Mitglied der KdStV Gothia Erlangen (CV), 1923 Promotion mit seiner Studie über die Organisation der Landwirtschaft in Bayern, 1924 Syndikus der BVP in Regensburg, 1924 bis 1928 Referent in der bayerischen amtlichen Pressestelle in München, 1928 bis 1933 Redakteur des *Bayerischen Kurier* (BVP), 1933 Verlust seiner beruflichen Stellung, seither Tätigkeit in der praktischen Landwirtschaft, 1943 bis 1945 Kriegsteilnehmer, 1945 Gründungsmitglied der CSU in Landshut, seit 1946 Lizenzträger, Herausgeber und Chefredakteur der *Isar-Post* in Landshut, Vorsitzender des Bayerischen Journalistenverbandes, Mitglied der Vorstandschaft des Kreisverbandes Niederbayern des BBV, gemeinsam mit Horlacher Mitglied der Landesvorstandschaft des BBV. Zu Pix vgl. PIX, *Organisation*, 148; BLW vom 16. November 1946; Gesamtverzeichnis des CV, 519; Die CSU 1945–1948, 1915; HOSER, *Münchner Tagespresse*, 1108.

<sup>157</sup> HEIM, *Botschaft*, 1f.

landwirtschaftlichen Organisationen auf Einladung Heims in München zusammen. Seine Pläne stießen auf offene Ohren, wenn auch nicht auf euphorische Zustimmung. Dies deutet darauf hin, dass die Bereitschaft zur Mitarbeit mehr im Misstrauen gegen Heim begründet war, dem der Widerstand gegen die Zollunionspläne nicht ohne Kontrolle und Einspruchsmöglichkeit anvertraut werden sollte. Ein geschäftsführender Ausschuss zur Vorbereitung der Errichtung dieser Organisation bestand aus je einem Vertreter des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern (der offiziellen Vertretung der bayerischen Landwirtschaft), des Bayerischen Christlichen Bauernvereins (der zentrumsnahen landwirtschaftlichen Organisation des politischen Katholizismus), des konfessionell indifferenten Bayerischen Bauernbundes (einer eigenständigen Bauernpartei) sowie des Bundes der Landwirte und des Mittelfränkischen Bauernvereins (zwei konservativ-agrarische Organisationen mit Schwerpunkt im protestantischen Teil Frankens)<sup>158</sup>. Erstmals saßen damit Vertreter der bedeutendsten miteinander rivalisierenden wirtschaftspolitischen landwirtschaftlichen Organisationen in Bayern an einem Tisch, um die Errichtung einer gemeinsamen agrarpolitischen Plattform zu beraten.

Obwohl sich Horlacher in der *MAAZ* für die Zollunion mit der Donaumonarchie ausgesprochen hatte, erschien er Georg Heim und Sebastian Schlittenbauer aufgrund seiner volkswirtschaftlichen Ausbildung und journalistischen Erfahrung offenbar als geeigneter Kandidat für die Übernahme der Geschäftsführung der neuen Organisation, die für den Zweck der Agitation gegen die geplante Zollunion gegründet worden war. Sie hatten ihn als Schriftführer im Beirat der Landespreisprüfungsstelle kennen gelernt. Für Horlacher sprach auch, dass er dauerhaft zur Verfügung stand, da er für den Kriegsdienst faktisch untauglich war. Letztlich entscheidend war aber wohl nicht zuletzt die Tatsache, dass Horlacher bisher nicht durch eine besondere Nähe zu einer der rivalisierenden landwirtschaftlichen Organisationen aufgefallen und somit ein verbandspolitisch noch unbeschriebenes Blatt war, was ihm eine breite Akzeptanz sicherte<sup>159</sup>. Über Horlachers Gründe für den Wechsel in das landwirtschaftliche Organisationswesen können wegen des Mangels an persönlichen Äußerungen ebenfalls nur Vermutungen aufgestellt werden. Jedenfalls war er seit einiger Zeit um eine berufliche Verwendung außerhalb der Redaktion der *MAAZ* bemüht, wie seine Artikelserie zur Industrieförderung in Bayern bezeugt. Entscheidend könnte für den 30jährigen promovierten Volkswirt ohne Aussichten auf eine weitere Karriere im Staatsdienst gewesen sein, dass sich ihm mit dem Wechsel ins landwirtschaftliche Organisationswesen ein

---

<sup>158</sup> PIX, Organisation, 51–64.

<sup>159</sup> Dies ist wohl der Grund, warum der ebenfalls nicht im Kriegsdienst stehende promovierte Volkswirt und Journalist Johann Stechele, der bereits als Promotionsstudent bei Brentano in einem gewissen Konkurrenzverhältnis zu Horlacher gestanden war (Kapital I.4), und nun als Redakteur des zentrumsnahen *Bayerischen Kurier* mit Heim in engem Kontakt stand, nicht für das Amt des Geschäftsführers zur Debatte stand. Denn Stecheles Nähe zu Heim war allzu offensichtlich. Zur Zusammenarbeit zwischen Stechele und Heim vgl. StadtA Regensburg, NL Heim 1415, Heim an Stechele, 28. Dezember 1916.

neues Betätigungsfeld mit reichhaltigen Karrieremöglichkeiten bot. Ein attraktives Angebot und der Einfluss von Horlachers ehemaligem Vorgesetzten beim Statistischen Landesamt, der ein Studienfreund Heims war<sup>160</sup>, könnten die Entscheidung Horlachers beschleunigt haben.

Wegen der Übernahme der Geschäftsführung verhandelte Schlittenbauer mit Horlacher, und Heim ließ sich darüber genau informieren<sup>161</sup>. Um den Erfolg des Zusammenschlusses nicht zu gefährden, hielt sich Heim als ein zu exponierter Vertreter des BV bei der Vorbereitung der Handelspolitischen Vereinigung zurück und überlies den Vorsitz des geschäftsführenden Ausschusses Carl Freiherr von Cetto-Reichertshausen (1841–1928)<sup>162</sup>, dem Präsidenten des Bayerischen Landwirtschaftsrates (der Vorstandschaft des Landwirtschaftlichen Vereins). Trotzdem ist eine Anstellung Horlachers ohne Wissen oder gar gegen den Willen Heims schlichtweg nicht denkbar<sup>163</sup>. Immerhin verhandelte mit Schlittenbauer ein enger Vertrauter Heims mit Horlacher. Nachdem sich Schlittenbauer und Horlacher Anfang März 1918 wegen der Anstellungsbedingungen geeinigt hatten<sup>164</sup>, fand am 1. April 1918 die Gründungsversammlung der Handelspolitischen Vereinigung statt. Damit war erstmals ein Spitzenverband der landwirtschaftlichen Körperschaften in Bayern geschaffen. Dessen Aufgabe bestand nach dem Willen der Gründungsversammlung darin, Regierung und Öffentlichkeit über die Interessen der Landwirtschaft zu informieren. Den Vorsitz übernahm Cetto. Horlacher hatte sich um die Organisation des neuen Büros und – entsprechend dem hauptsächlichen Verbandszweck – die Pressearbeit zu kümmern<sup>165</sup>. Entsprechend dem Auftrag der Gründungsversammlung erschienen die *Mitteilungen der Handelspolitischen Vereinigung der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns einschließlich Müllerei und Mälzerei* ab 5. Juli 1918 im wöchentlichen Rhythmus<sup>166</sup>. Im Büro wurde Horlacher von dem wissenschaftlichen Mitarbeiter Benno Hafen (geb. 1888)<sup>167</sup> unterstützt, mit dem Horlacher befreundet war<sup>168</sup>.

---

<sup>160</sup> HEIM, Studium, 3.

<sup>161</sup> StadtA Regensburg, NL Heim 903, Schlittenbauer an Heim, 4. März 1918.

<sup>162</sup> Gutsbesitzer, katholisch, geboren 1841, Dr. ing. h.c., ab 1896 erster Direktor der Bayerischen Landwirtschaftsbank, 1913 Niederlegung des Amtes nach der Wahl zum Präsidenten des Bayerischen Landwirtschaftsrates und zum Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden des Deutschen Landwirtschaftsrates, gestorben 1928. Zu Cetto-Reichertshausen vgl. CETTO-REICHERTSHAUSEN, Erinnerungen.

<sup>163</sup> Auch RATJEN, Bauernkammern, 161 äußert die Ansicht, Horlacher hätte die Geschäftsführung der Handelspolitischen Vereinigung „ohne Zustimmung und Protektion des BVP-Gründers Georg Heim und des mit der BVP eng verbundenen Christlichen Bauernvereins nicht erreichen können“.

<sup>164</sup> StadtA Regensburg, NL Heim 903, Schlittenbauer an Heim, 4. März 1918.

<sup>165</sup> Zur Organisationsstruktur der Handelspolitischen Vereinigung vgl. PIX, Organisation, 51–64.

<sup>166</sup> Mitteilungen der Handelspolitischen Vereinigung vom 5. Juli 1918.

<sup>167</sup> Verbandsfunktionär, geboren am 23. Mai 1888 in Speyer, seit 1. April 1918 wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Handelspolitischen Vereinigung, ab 1. April 1919 wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Zweckverband der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns, ab 9. April 1920 Geschäftsführer des Landesverbandes land- und forstwirtschaftlicher Arbeitgebervereinigungen Bayerns, seit 1. Oktober 1920 Hauptgeschäftsführer des Landesarbeitgeberverbandes, gleichzeitig Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen Bayerns. Zu Benno Hafen vgl. BayHStA, ML 2435, Mittermeier an ML, 27. November 1928.

<sup>168</sup> HORLACHER, Wert (1920), 5.



Die *MAAZ* vermutete, dass es Heim bei der Errichtung der Handelspolitischen Vereinigung um die „Vorherrschaft“ im landwirtschaftlichen Organisationswesen gehe, um auf die erwartete Errichtung einer gesetzlichen Berufsvertretung mit Pflichtmitgliedschaft – einer Landwirtschaftskammer – vorbereitet zu sein. Einstweilen sei es Heim jedenfalls gelungen, sämtliche „mit der Landwirtschaft in Beziehungen stehenden Vereinigungen aus Anlass der österreichischen Zollfrage vor seinen Wagen zu spannen“<sup>169</sup>. Eine von Horlachers ersten Aufgaben in seinem neuen Tätigkeitsbereich bestand darin, diese Meldung seines ehemaligen Arbeitgebers zu dementieren, da er darin eine „mittelbar gegen die Handelspolitische Vereinigung und ihre Zentralstelle“ gerichtete Tendenz erkannte. Er wies die Behauptung, dass die Handelspolitische Vereinigung „ein politischer Vorspann für die Zwecke des Bauernvereins“ sei, als Unterstellung zurück<sup>170</sup>. Tatsächlich war jedoch der BV der größte Geldgeber<sup>171</sup>, was Horlacher tatsächlich von diesem abhängig machte und nicht so sehr von seinem eigentlichen Dienstvorgesetzten Cetto. Wenn er als Geschäftsführer der Handelspolitischen Vereinigung eine „außerordentliche Rührigkeit“<sup>172</sup> entfaltete, weshalb sie ihren ursprünglichen Charakter als „literarisches Institut“<sup>173</sup> zur Unterstützung der Propaganda gegen die Zollunion mit Österreich-Ungarn verlor, und Horlacher begann, sie zu einer dauerhaften wirtschaftspolitischen Interessenvertretung auszubauen, dann geschah dies sicher nicht ohne die wohlwollende Unterstützung Heims. Bald entstanden regionale Untergliederungen<sup>174</sup>, die zum ursprünglichen Konzept des Zusammenschlusses zur Verfolgung eines vorübergehenden Zieles nicht mehr recht passen wollten und der Prognose der *MAAZ* Recht gaben – zumal sich Horlacher der Rückendeckung Heims sicher sein konnte, als er sich inhaltlich nicht auf die Abwehr der Zollunion mit Österreich-Ungarn beschränken wollte<sup>175</sup>. Horlacher verstand die Handelspolitische Vereinigung als umfassendes „wirtschafts- und handelspolitisches Schutz- und Trutzbündnis“<sup>176</sup>.

So vertrat er im Frühjahr und Sommer 1918 immer wieder die Forderungen des bayerischen Braugewerbes gegen die Berliner Pläne zur Erhöhung des Malzaufschlages. Am 25. April schrieb er in der *MAAZ* gegen einen Biersteuergesetzentwurf, der eine Erhöhung des bayerischen Malzaufschlages auf die Höhe der norddeutschen Biersteuer vorsah. Deshalb warnte er: „Haben sich die Berliner Steuerpolitiker bei der Ansetzung der für sie überaus bequemen Verbrauchssteuerschraube die möglichen schädlichen Folgen für unser

<sup>169</sup> *MAAZ* vom 2. Juni 1918 (Abendausgabe).

<sup>170</sup> *MAAZ* vom 13. Juni 1918 (Morgenausgabe).

<sup>171</sup> PIX, Organisation, 68–70, 114f.

<sup>172</sup> PIX, Organisation, 56.

<sup>173</sup> BBV-Oberpfalz, Protokollbuch 1914–1948, Rundschreiben Kliens, undatiert.

<sup>174</sup> Mitteilungen der Handelspolitischen Vereinigung vom 5. Juli 1918.

<sup>175</sup> Heim selbst plädierte für die Ausdehnung des Aufgabenbereiches der Handelspolitischen Vereinigung auf sämtliche wirtschaftspolitischen Forderungen der bayerischen Landwirtschaft. Vgl. PIX, Organisation, 66f.

<sup>176</sup> *MAAZ* vom 13. Juni 1918 (Morgenausgabe).

innerstaatliches Leben in politischer und sozialer Hinsicht wohl genugsam überlegt?“<sup>177</sup> Überhaupt war Horlacher wegen des überdurchschnittlich hohen Bierverbrauchs und des Braugersten- und Hopfenanbaus von der hohen sozioökonomischen Bedeutung des Braugewerbes für Bayern überzeugt<sup>178</sup>. Gleichzeitig musste er jedoch die dem Braugewerbe entgegenstehenden Interessen der Malzindustrie verteidigen. Deshalb kritisierte er die Beschlagnahme des gesamten Gerstenkontingents zugunsten der Brauereien, da die Mälzereien dadurch ihre Selbständigkeit verloren. Vorbeugend erklärte er deshalb, „daß die vorstehenden Darlegungen natürlich in keiner Weise gegen die Brauindustrie ausgelegt werden können; es müßte denn sein, daß gewisse Kreise der Brauindustrie für die gerechte Abgrenzung der Interessensphären zwischen der Brau- und Malzindustrie kein Verständnis haben“<sup>179</sup>. Eine Konfrontation war jedoch unvermeidlich. Da die Brauereien nun ihrerseits den Mälzereien überzogene Preisforderungen vorwarfen, drohte Horlacher zwischen alle Stühle zu geraten. Schließlich weigerte er sich, die Debatte mit der Brauindustrie öffentlich weiterzuführen<sup>180</sup>, und demonstrierte damit, dass er sich als 30jähriger Neuling im landwirtschaftlichen Organisationswesen dem unvermittelten Aufeinanderprallen konträrer Interessen letztlich noch nicht gewachsen fühlte.

Mittlerweile beanspruchte jedoch die am 8. Juli 1918 in Salzburg eröffnete deutsch-österreichische Wirtschaftskonferenz Horlachers ganze Aufmerksamkeit. Entsprechend dem eigentlichen Gründungsauftrag der Handelspolitischen Vereinigung verfolgte er die dortigen Verhandlungen aufmerksam. In den *Mitteilungen der Handelspolitischen Vereinigung der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns einschließlich Müllerei und Mälzerei* ließ er vor der „mitteleuropäischen Hysterie“ warnen, der von „Phantasten“ und „Ideologen“ Ausdruck verliehen werde. Aber „wirtschaftliche Praktiker“, die „um die Erhaltung vordem blühender heimischer Wirtschaftszweige“ besorgt seien, würden die Zollunion ablehnen. In der Donaumonarchie denke man nur an ein „Geschäft auf Kosten der deutschen und süddeutschen Landwirtschaft, Müllerei und Mälzerei“, während im Gegenzug „großkapitalistische Konzerne“ aus Norddeutschland nach Österreich-Ungarn vordringen wollten. Deshalb wurde gewarnt: „Einem unsicheren politischen Gebilde, als das sich insbesondere Österreich nach seiner völkischen Zusammensetzung immer mehr erweist, sollte man den erreichten Hochstand deutscher landwirtschaftlicher Arbeit nie und nimmermehr zum Opfer bringen.“<sup>181</sup> Auf einer Kundgebung drohte die Handelspolitische Vereinigung am 30. Juli 1918 mit der Separation Bayerns vom Deutschen Reich, falls die Reichsregierung die Zollunionspläne weiter verfolgen wolle<sup>182</sup>. Voll des Eigenlobes behauptete die Schriftleitung der *Mitteilungen*

<sup>177</sup> HORLACHER, Schlag (25. April 1918), 2f.

<sup>178</sup> HORLACHER, Brauindustrie (19. Mai 1918), 3.

<sup>179</sup> HORLACHER, Lebensinteressen (29. Juni 1918), 4.

<sup>180</sup> HORLACHER, Lebensinteressen (25. Juli 1918), 4.

<sup>181</sup> Mitteilungen der Handelspolitischen Vereinigung vom 25. Juli 1918.

<sup>182</sup> Mitteilungen der Handelspolitischen Vereinigung vom 2. August 1918.

der Handelspolitischen Vereinigung der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns einschließlich Müllerei und Mälzerei, dass diese Kundgebung in der Presse „weitgehendste Verbreitung“ gefunden habe<sup>183</sup>. Um gegen die geplante Zollunion vorzugehen, war die Handelspolitische Vereinigung auf derartige publizistische Aktionen beschränkt, denn sie war wie alle den Zollunionsplänen ablehnend gegenüberstehenden Organisationen zu den Verhandlungen nicht zugelassen<sup>184</sup>. Aus den Salzburger Verhandlungen drang aber kaum etwas nach außen<sup>185</sup>. Horlacher ging deshalb einstweilen in Urlaub<sup>186</sup>. Als er zurückkehrte, legte er seine Argumente gegen die Zollunion am 22. September 1918 in der offiziellen *Bayerischen Staatszeitung* dar. Die bayerische Regierung beurteilte die wirtschaftlichen Möglichkeiten einer Zollunion mit der Donaumonarchie mittlerweile immer skeptischer, worüber sich Horlacher erfreut zeigte<sup>187</sup>. Aber das Vorhaben scheiterte nicht am konzertierten agrarischen und regierungsamtlichen Widerstand aus Bayern. Noch bevor die Donaumonarchie zerfiel, waren die Verhandlungen am wachsenden Widerstand der österreichisch-ungarischen Industrie gescheitert<sup>188</sup>.

Damit hatte sich der Zweck der Handelspolitischen Vereinigung erledigt. Mit ihr geriet Horlachers Büro in eine kritische Phase. Aber die Abschaffung einer existierenden Organisation mit hauptamtlichen Mitarbeitern, die durch Dienstverträge abgesichert sind, ist ohne personalpolitische Turbulenzen schlechterdings nicht denkbar. An der Forderung Heims, die Handelspolitische Vereinigung in eine umfassende wirtschaftspolitische Interessenvertretung umzubilden<sup>189</sup>, zeigte sich nicht nur, wie zutreffend die in der MAAZ angestellten Vermutungen über die hegemonialen Absichten Heims trotz des Dementis Horlachers waren – es zeigte sich in der unterlassenen Auflösung der Handelspolitischen Vereinigung auch die organisatorische Stärke einmal errichteter bürokratischer Apparate. Die beteiligten Organisationen erklärten sich mit Heims Vorschlag einverstanden. Nachdem Cetto am 24. Oktober 1918 im Ausschuss der Handelspolitischen Vereinigung seine Zufriedenheit mit der bisherigen Arbeit des von Horlacher geleiteten Büros ausgedrückt hatte, wurde auf Antrag Heims einstimmig die Umbenennung in Wirtschaftspolitische Vereinigung der Landwirtschaft und Agrarindustrie Bayerns<sup>190</sup> vollzogen<sup>191</sup>. Die organisatorischen Strukturen blieben erhalten, jedoch wurde das landwirtschaftliche Organisationswesen Bayerns nun noch

---

<sup>183</sup> Mitteilungen der Handelspolitischen Vereinigung vom 9. August 1918.

<sup>184</sup> Mitteilungen der Handelspolitischen Vereinigung vom 9. August 1918.

<sup>185</sup> Mitteilungen der Handelspolitischen Vereinigung vom 9. August 1918; Mitteilungen der Handelspolitischen Vereinigung vom 30. August 1918.

<sup>186</sup> Mitteilungen der Handelspolitischen Vereinigung vom 16. August 1918.

<sup>187</sup> HORLACHER, Bayern (22. September 1918), 1f.

<sup>188</sup> Mitteilungen der Handelspolitischen Vereinigung vom 27. September 1918.

<sup>189</sup> PIX, Organisation, 66f.

<sup>190</sup> Zur Geschichte der Wirtschaftspolitischen Vereinigung vgl. PIX, Organisation, 64–76; HUNDHAMMER, Berufsvertretung, 121f.

<sup>191</sup> Mitteilungen der Wirtschaftspolitischen Vereinigung vom 31. Oktober 1918.

lückenloser erfasst<sup>192</sup>. Wenn es Heim und Horlacher gelungen war, die seit einem halben Jahr existierende Organisation zu stabilisieren, so stellte die satzungsgemäße Bindung der Beschlüsse an die Einstimmigkeit doch ein Moment der Instabilität und des gegenseitigen Misstrauens der angeschlossenen Verbände dar<sup>193</sup>. Demgegenüber stellte das von Horlacher geleitete Büro den wesentlichen Faktor der Stabilität und der Dauerhaftigkeit der Wirtschaftspolitischen Vereinigung dar. Die zu erwartenden verfassungspolitischen Umbrüche – am 3. Oktober war eine parlamentarische Reichsregierung gebildet worden, Verhandlungen zur Regierungsbildung auf parlamentarischer Basis fanden auch bereits in Bayern statt<sup>194</sup> – hatten zu einem völligen Erliegen der Rivalitäten innerhalb des landwirtschaftlichen Organisationswesens geführt, die angesichts der Unsicherheit über die zukünftige Stellung der Landwirtschaft in einem parlamentarischeren Regierungssystem der Ruhe vor dem Sturm glich. Horlachers Aufgabe bestand nun offenbar darin, die von Heim und Schlittenbauer initiierte Organisation aufrechtzuerhalten, bevor die Rivalitäten innerhalb des landwirtschaftlichen Organisationswesens nach der Parlamentarisierung des bayerischen Regierungssystems wieder einsetzten. Denn es stand zu erwarten, dass die seit 1917 wieder intensiver erhobene Forderung nach Einführung einer gesetzlichen landwirtschaftlichen Berufsvertretung mit Pflichtmitgliedschaft<sup>195</sup> zu einem erneuten Ausbruch der organisationspolitischen Konkurrenzkämpfe führen werde. Die öffentlich zur Schau getragene Harmonie der in der Wirtschaftspolitischen Vereinigung zusammengeschlossenen Organisationen darf nicht über das tatsächlich vorhandene Misstrauen hinwegtäuschen – keiner der Verbandsvertreter wollte abseits des Heim'schen Dachverbandes stehen. Es war der unsichere Blick in die Zukunft des landwirtschaftlichen Organisationswesens in Bayern, welcher die Zustimmung zu der von Heim geforderten Umgestaltung der Handelspolitischen Vereinigung zur Wirtschaftspolitischen Vereinigung erklärte, während sich die gleichen rivalisierenden Verbände bereits durch die Bindung der Beschlüsse an das Erfordernis der Einstimmigkeit gegen eine Majorisierung absicherten. Der Keim des Streites war also trotz aller öffentlich zur Schau getragenen Harmonie gelegt, während – so Georg Pix als erster Historiker der Wirtschaftspolitischen Vereinigung – „naturgemäß entsprechend den damals herrschenden Verhältnissen eine positiv aufbauende und fortbildende Tätigkeit nicht im Rahmen des möglichen war“<sup>196</sup>.

---

<sup>192</sup> Mitgliedsverbände waren wirtschaftspolitische Interessenvertretungen (Bayerischer Christlicher Bauernverein, Bayerischer Bauernbund, Bund der Landwirte in Bayern, Deutscher Bauernbund, Mittelfränkischer Bauernverein, Pfälzischer Bauernverein, Landwirtschaftlicher Verein in Bayern) und Organisationen des Agrargewerbes (Bayerischer Mühlenverband, Bayerischer Müllerbund, Südbayerische Müllervereinigung, Bayerischer Mälzerbund). Vgl. PIX, Organisation, 68–70.

<sup>193</sup> Zur Satzung der Wirtschaftspolitischen Vereinigung vgl. PIX, Organisation, 64–76.

<sup>194</sup> Vgl. ALBRECHT, Ende, 290–295.

<sup>195</sup> Die Forderung nach Einführung einer gesetzlichen Berufsvertretung der bayerischen Landwirtschaft mit Pflichtmitgliedschaft war seit 1917 wieder vehementer erhoben worden. Vgl. RATJEN, Bauernkammern, 18.

<sup>196</sup> PIX, Organisation, 75.

## 5. Vom Weltkrieg zum Wirtschaftskrieg

Als sich die rivalisierenden bayerischen Agrarverbände gleichsam in Lauerstellung auf das Ende des Krieges und die zu erwartenden politischen Umbrüche vorbereiteten, hatte sich Horlacher als Wirtschaftsredakteur der *MAAZ* bereits seit Ende des Jahres 1917 Gedanken über die Wirtschaftsordnung der Nachkriegszeit gemacht. In der Weihnachtsausgabe der *MAAZ* drückte er die Hoffnung aus, dass es gelingen werde, durch die Friedensgespräche mit dem bolschewistischen Russland „eine gewaltige Bresche in das anglo-amerikanische System des Wirtschaftskrieges nach dem Kriege zu legen“. Berührungsängste mit dem revolutionären Regime in Russland zeigte er nicht. Horlacher war vielmehr der Meinung, dass sich das Deutsche Reich als Industriestaat und Russland als Agrarstaat handelspolitisch hervorragend ergänzten. Die Wiederaufnahme der deutsch-russischen Handelsbeziehungen sah er als die Voraussetzung für den „Wirtschaftsfrieden“ nach dem erhofften Sieg im „Wirtschaftskrieg“ gegen England. Wie diese wirtschaftspolitische Friedensordnung aussehen sollte, konnte aber auch Horlacher nicht sagen. An den protektionistischen handelspolitischen Positionen der Protagonisten eines Siegfriedens störte ihn die „Überspannung übertrieben alldeutscher Forderungen“ und die Vorstellung „eines sich selbst genügsamen und mächtigen nationalen Staatslebens“. Die freihändlerischen Verfechter eines Verständigungsfriedens kritisierte er, da sie immer noch der „spekulativen wirtschaftspolitischen Denkungsart von der Fortbildung ‚weltwirtschaftlicher Beziehungen‘“ anhängen, während er ihnen die „grundverschiedene Denkungsweise einer ‚historisch-politischen‘ einzelstaatlichen Auffassung“ gegenüberstellte. Darunter verstand Horlacher die Orientierung an der „Politik des ‚Möglichen‘, des ‚Erreichbaren‘“. Schließlich drückte er die Hoffnung aus, „daß die praktische Auffassung der weltwirtschaftlichen Notwendigkeiten im Leben der Völker allmählich zur herrschenden wird“<sup>197</sup>. Indem er die „Politik des ‚Möglichen‘“ im Rahmen einer „historisch-politischen“ Staatsauffassung propagierte, wandelte er wissenschaftspolitische Kampfbegriffe, welche er dem Begriffsarsenal der „jüngeren historischen Schule“ zur Verteidigung der induktiven Methodik im „Methodenstreit“ entnahm, ab, um die herrschenden sozioökonomischen Verhältnisse zu verteidigen und dadurch zu ideologisieren.

Als Horlacher am 19. Januar 1918 seine Vorstellungen über die Nachkriegswirtschaft unter der Überschrift „Grundlinien der Übergangswirtschaft“ in der *MAAZ* präzierte, zeigte sich, wie stark seine Wende zum Protektionisten vom Erlebnis der wirtschaftspolitischen Implikationen des Weltkrieges verursacht worden war. Denn angesichts des erwarteten Kriegsendes neigte er wieder mehr freihändlerischen Positionen zu. Er forderte nun eine stärkere Förderung der Exportindustrie, wobei er ganz selbstverständlich von einer gleichberechtigten Einbindung des Deutschen Reiches in die Weltwirtschaft nach dem Kriege

---

<sup>197</sup> HORLACHER, Wirtschaftsfriede (25. Dezember 1917), 7.

ausging<sup>198</sup>. Diese ansatzweise Rückkehr zu wirtschaftsliberalen Positionen fand ihr Ende, als Horlacher die Geschäftsführung der „Handelspolitischen Vereinigung der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns einschließlich Müllerei und Mälzerei“ übernahm. In der Propaganda gegen die Zollunion mit Österreich-Ungarn war es seine Aufgabe, agrarprotektionistische Positionen zu vertreten. Die letztlich zutreffende Prognose des jüdischen Volkswirts Julius Wolf (1862–1937), wonach die Landwirtschaft nach dem Ersten Weltkrieg wegen einer zu erwartenden Inflation ohnehin geschützt sei, Lebensmitteleinfuhren aber aus Gründen des Mangels notwendig sein würden, wies er als „grundsätzlichen Fehler“ zurück. Angesichts der nicht mehr zu übersehenden Produktionsprobleme der Landwirtschaft handelte es sich deshalb entweder um Selbsttäuschung oder bewusste Fehlinformation der Öffentlichkeit, wenn Horlacher die These von der unvergleichlichen Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft nun im Hinblick auf das Kriegsende wieder nachdrücklicher vertrat und Ende September 1918 von einem zu erwartenden Überfluss an Nahrungsmitteln nach dem Krieg ausging, weshalb er an der Wiedereinführung der Schutzzölle festhalten wollte<sup>199</sup>.

Während der Misserfolg des uneingeschränkten U-Bootkrieges bereits abzusehen war<sup>200</sup> und die erstaunten deutschen Soldaten in der erfolgreichen Frühjahrsoffensive die gefüllten Speisekammern der feindlichen Schützengräben eroberten<sup>201</sup>, wollte Horlacher am ernährungspolitischen Horizont geradezu verzweifelt den Schimmer eines durch den U-Bootkrieg verursachten „europäisch-nordamerikanischen Nahrungsmittelnotgebietes“ erkennen – wie er am 24. Juli 1918 in der *Norddeutschen Allgemeinen Zeitung* schrieb. Beschwörend behauptete er, es „kann und muß einmal unerwartet jener Zeitpunkt eintreten, mit dem eine rapid sich entwickelnde Katastrophe in den Ententeländern eingeleitet wird“. Er hielt mehr hoffend als analysierend an der These fest, dass „die deutsche Landwirtschaft als die weitaus intensivste Landwirtschaft der ganzen Welt den Sieg über ihre Gegner erringen muß“. Da Horlacher jedoch zugeben musste, dass die Lage im Deutschen Reich „infolge der außerordentlichen Anspannung unserer heimischen Nahrungsmittelerzeuger nunmehr schon vier Kriegsjahre hindurch naturgemäß keine günstige sein“ könne, flüchtete er sich angesichts der drohenden militärischen Niederlage in die Hoffnung auf den Durchhaltewillen der deutschen Bevölkerung. Sollte es zu weiteren Einschränkungen in der Nahrungsmittelversorgung kommen, „so wird dies unsere Bevölkerung mit eiserner Willensstärke schon um deswillen ertragen müssen, weil ein anderer Weg zur Überwindung solcher Schwierigkeiten bei der Lage der Dinge nicht zur Verfügung steht“. Die Propagierung

---

<sup>198</sup> HORLACHER, Grundlinien (19. Januar 1918), 4.

<sup>199</sup> HORLACHER, Wirtschaftsbandnis (22. September 1918), 1f.

<sup>200</sup> Vgl. MÄRZ, Weltkrieg, 123–125.

<sup>201</sup> Vgl. MÄRZ, Weltkrieg, 214–218.

nationalistischer Stereotype und irrationaler Hoffnungen war nun vollends an die Stelle wissenschaftlicher Analyse getreten<sup>202</sup>.

Erst nach Kriegsende rang sich Horlacher zu einer nüchternen Betrachtung der deutschen Kriegswirtschaft durch, als er sich im Auftrag der Wirtschaftspolitischen Vereinigung der Landwirtschaft und Agrarindustrie Bayerns in einer statistischen Monographie mit dem Titel *Der Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft* mit den Folgen von Krieg und Revolution beschäftigte<sup>203</sup>. Nun erkannte er, dass der Weltkrieg eine „weltwirtschaftliche Krisis von ungeheurer Tragweite für Deutschland“ heraufbeschworen hatte. Denn er hatte die Verschärfung des Handelskrieges durch den uneingeschränkten U-Bootkrieg erkannt<sup>204</sup>. Es war den Vereinigten Staaten und Japan während des Ausbleibens deutscher Waren gelungen, eine eigene „Fertigfabrikateindustrie“ aufzubauen<sup>205</sup>. Die deutsche Volkswirtschaft aber sei durch den Krieg erschöpft, die Friedensvorräte aufgebraucht oder vernichtet, die Währung durch die kriegsbedingte Steigerung des Notenumlaufs, die Lohnforderungen der Arbeitnehmer und die Reparationen entwertet<sup>206</sup>. Da Horlacher den Weltkrieg stets als Defensivkrieg des Deutschen Reiches gegen die weltwirtschaftliche Aggression der Ententestaaten betrachtet hatte, interpretierte er die Friedensbedingungen der Entente als Fortsetzung des Wirtschaftskrieges gegen das Deutsche Reich. Während die „englische Einkreisungspolitik“ die wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands auch nach dem Krieg zum Ziel habe<sup>207</sup>, sei der „rachedürstige französische Imperialismus“ für die Gebietsabtretungen und die Reparationen verantwortlich<sup>208</sup>. Bedroht sah Horlacher das Deutsche Reich auch durch ein „großes slavisches Wirtschaftsgebiet“ im Osten des Deutschen Reiches, welches die „kontinentale Abschnürung“ des deutschen Wirtschaftsgebietes zu vervollständigen drohte<sup>209</sup>. In dieser Situation hoffte Horlacher auf die wirtschaftspolitische Einsicht der Vereinigten Staaten in die Notwendigkeit eines deutschen Absatzmarktes, denn „letzten Endes dürfte der Vernichtungswille eines Volkes gegenüber einem anderen Volke an der Stelle Halt machen, wo der Vorteil des Siegers Schaden nehmen kann“<sup>210</sup>. Dabei stützte Horlacher seine Hoffnungen auf das vierzehn Punkte umfassende Programm, das der amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson (1856–1924) als Grundlage für einen Friedensschluss am 8. Januar 1918 vorgestellt hatte und in dem auch die zukünftige weltwirtschaftliche Gleichheit der Handelsbeziehungen gefordert worden war<sup>211</sup>. Dabei

<sup>202</sup> HORLACHER, Nahrungsmittelbilanz (24. Juli 1918), 3, und HORLACHER, Nahrungsmittelbilanz (25. Juli 1918), 3.

<sup>203</sup> Er stellte sie im März 1919 fertig (HORLACHER, Wiederaufbau (1919), 3).

<sup>204</sup> HORLACHER, Wiederaufbau (1919), 30.

<sup>205</sup> HORLACHER, Wiederaufbau (1919), 37–49.

<sup>206</sup> HORLACHER, Wiederaufbau (1919), 8–15.

<sup>207</sup> HORLACHER, Wiederaufbau (1919), 8.

<sup>208</sup> HORLACHER, Wiederaufbau (1919), 21–26.

<sup>209</sup> HORLACHER, Wiederaufbau (1919), 33–36.

<sup>210</sup> HORLACHER, Wiederaufbau (1919), 49.

<sup>211</sup> HORLACHER, Wiederaufbau (1919), 49–51.

definierte es Horlacher als Ziel zukünftiger deutscher Wirtschaftspolitik, dass sich das Deutsche Reich „den ihm gebührenden Platz in der Welt“<sup>212</sup> zurückerobere, den sich „unermüdlicher deutscher Unternehmergeist“ vor dem Weltkrieg erobert habe<sup>213</sup>.

Während dieses Werk Horlachers in der von Heim herausgegebenen *Volkswirtschaftlichen Beilage* des Bayerischen Kurier als „zuverlässiges Gemälde unserer wirtschaftspolitischen Lage nach der Revolution“<sup>214</sup> gelobt wurde, war es bald nach seinem Erscheinen überholt – als der Entwurf des Friedensvertrages der Entente bekannt geworden war<sup>215</sup>. Horlacher war bestürzt. Der Versailler Friedensvertrag wirkte als Schock, der ihn aus dem „Traumland der Waffenstillstandsperiode“<sup>216</sup> herausriss. In der dem Deutschen Reich einseitig auferlegten Forderung nach handelspolitischer Meistbegünstigung sah er eine Umkehrung von Wilsons Forderung und eine „feindselige Ausnahmebehandlung des Deutschen Reiches auf dem Gebiete der inneren und äußeren Handels- und Wirtschaftspolitik, wie man sich dies nicht denken kann“. Dadurch werde versucht, das Deutsche Reich „nach dem Willen des Auslandes zu dirigieren“<sup>217</sup>. In den Gebietsabtretungen im Osten und Westen und den von Frankreich geforderten Viehlieferungen – allein 90.000 Milchkühe innerhalb drei Monaten – erblickte er den Versuch, das Deutsche Reich von ausländischen Lebensmittelimporten abhängig zu machen<sup>218</sup>. Horlacher urteilte deshalb, dass der Vertragsentwurf der „letzte und entscheidende Generalangriff der Entente gegen alle Glieder unseres Volkes und gegen alle Zweige unserer Volkswirtschaft“<sup>219</sup> sei. Der Versailler Vertrag galt ihm deshalb als Fortsetzung des „schärfsten Wirtschaftskrieges“, da die Entente das Deutsche Reich als „Erzeugerland“ ausschalten und als „Verbraucherland“ ausbeuten wolle<sup>220</sup>. Als Hauptredner auf dem Verbandstag der bayerischen Raiffeisengenossenschaften kritisierte er am 29. Oktober 1919 den „Machtfrieden von Versailles“<sup>221</sup>, in dem er ein „bis ins kleinste ausgedachtes System der wirtschaftlichen Erpressung“<sup>222</sup> und einen „Vernichtungsplan unserer Feinde“<sup>223</sup> sah. Das Ziel des Versailler Vertrages bestand für

---

<sup>212</sup> HORLACHER, Wiederaufbau (1919), 118.

<sup>213</sup> HORLACHER, Wiederaufbau (1919), 55–72.

<sup>214</sup> Volkswirtschaftliche Beilage vom 13. Juli 1919.

<sup>215</sup> Wirtschaftspolitische Relevanz besaßen in den Friedensbedingungen die umfangreichen Gebietsabtretungen im Osten und Westen, die Kontrolle des Verkehrs- und Nachrichtenwesens durch die Entente, die wirtschaftliche Angliederung des Saargebietes an Frankreich für einen Zeitraum von 15 Jahren, die militärische Besetzung des Rheinlandes, die Verkleinerung der Handelsflotte, umfangreiche finanzielle und materielle Reparationen und die vom Deutschen Reich abverlangte Einführung der Meistbegünstigung auf fünf Jahre. Vgl. MÄRZ, Weltkrieg, 253–283.

<sup>216</sup> Ernst Troeltsch (1865–1923, evangelischer Theologe und liberaler Politiker) zit. nach BIBER, Bürgertum, 232.

<sup>217</sup> HORLACHER, Landwirtschaft (6. Juni 1919), 7f.

<sup>218</sup> HORLACHER, Landwirtschaft (6. Juni 1919), 2–6.

<sup>219</sup> HORLACHER, Landwirtschaft (6. Juni 1919), 8.

<sup>220</sup> HORLACHER, Volksernährung (26. Juni 1919), 258.

<sup>221</sup> HORLACHER, Zukunft (1919), 7.

<sup>222</sup> HORLACHER, Zukunft (1919), 10f.

<sup>223</sup> HORLACHER, Zukunft (1919), 16.



Horlacher darin, die „Hungerblockade“ fortzusetzen. Die wirtschaftspolitischen Restriktionen des Versailler Vertrages bedeuteten für ihn eine „gewaltige Verteuerung der Lebenshaltung, weil wir dann bei dem schlechten Stand der Valuta die hohen Weltmarktpreise für diese Zuschusslieferungen anlegen müssen“<sup>224</sup>. Nach dem Urteil Horlachers waren die Ausgangsbedingungen des Deutschen Reiches für die Weiterführung des Wirtschaftskrieges nach der Einstellung der Kampfhandlungen denkbar ungünstig: „Das angelsächsische Element ist zum Beherrscher Europas und der ganzen Welt geworden, der Deutsche kann und muß in Arbeit und Dienstknechtschaft sein Diener sein. Diese Ausblicke in unsere politische und wirtschaftliche Zukunft lassen einem die Ergebnisse von noch so vielen Hunderten von Untersuchungskommissionen über die Schuld am Weltkriege gleichgültiger werden.“<sup>225</sup>

War Horlacher im März 1919 noch in der Lage gewesen, eine deutsche Schuld zumindest an der Verschärfung des Handelskrieges einzugestehen, so führten die Friedensbedingungen zur Verhärtung seiner Überzeugung von der Unschuld des Deutschen Reiches am Weltkrieg. Horlacher war überzeugt, dass „englischer Handelsneid, französische Rachsucht und russisches Machtstreben“ es gewesen waren, die dem Deutschen Reich den Krieg aufgedrängt hätten, da es durch „seine geistige Führerrolle auf vielen Gebieten der Technik und der Wissenschaft sich ein naturgemäßes Anrecht auf erhöhte weltwirtschaftliche und koloniale Bedeutung erworben“ habe<sup>226</sup>. Empört wies er deshalb am 26. April 1923 im bayerischen Landtag den Kriegsschuldparagraphen des Versailler Friedensvertrages zurück. Denn aus ihm „erwachsen die Zahlungsumultaten, daraus erwachsen die Reparationszahlungen und daraus erwachsen naturgemäß die imperialistischen Bestrebungen Frankreichs, die wir heute in der Ruhrbesetzung vor uns sehen. Die Zerstörungswut unserer Feinde gegenüber dem deutschen Wirtschaftskörper ist eine systematische, eine geschlossene, ist ein wohldurchdachtes Ganzes.“<sup>227</sup> Horlacher fällt mit dieser Argumentation nicht aus dem Rahmen des zeitgenössischen politischen Diskurses im Deutschen Reich. In der Weimarer Republik war die Ablehnung des Versailler Friedensvertrages „der dauerhafteste Kitt dieses Staatswesens“<sup>228</sup>, dem ein politischer und sozialer Grundkonsens ansonsten fehlte. Der Versailler Friedensvertrag einte die zerstrittenen politischen Lager in der Negation. Über die Parteigrenzen hinweg fühlte sich die deutsche Bevölkerung in ihrer überwiegenden Mehrheit von den Friedensbedingungen bestraft<sup>229</sup>. Die Revision des Versailler Vertrages war deshalb auch für Horlacher unumgänglich: „Beseitigung, Reinigung des Weltgewissens von der elenden Lüge der Alleinschuld Deutschlands am Kriege und damit Sturz des Versailler Diktates, das auf dieser Lüge aufgebaut ist, sind die Grundvoraussetzungen für ein

<sup>224</sup> HORLACHER, Zukunft (1919), 14–16.

<sup>225</sup> HORLACHER, Zukunft (1919), 21f.

<sup>226</sup> HORLACHER, Wirtschaftslage (20. September 1919).

<sup>227</sup> Verh. d. Bay. Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 8, Sitzung am 26. April 1923, 212.

<sup>228</sup> SALEWSKI, Revisionssyndrom, 15.

<sup>229</sup> Vgl. SALEWSKI, Revisionssyndrom, 19; KRUMEICH, Aspekte, 915f.

Wiedergesunden des gesamten deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft.“<sup>230</sup> Horlacher war ein Gegner jeder „Erfüllungspolitik“, jener Taktik, die Unerfüllbarkeit der Friedensbedingungen durch größtmögliche Anstrengungen um genaue Befolgung zu beweisen. Als das Ruhrgebiet durch Frankreich und Belgien im Januar 1923 besetzt wurde, nachdem das Deutsche Reich mit der Zahlung der Reparationen in Rückstand geraten war, bezeichnete es Horlacher als Fehler, durch „größtmögliche Leistungen unsere Gegner zur Nachsicht gegen uns zu bringen, ohne die politischen Ziele des rachedürstigen Feindes im Westen irgendwie aufzuhalten“. Horlacher stellte sich deshalb hinter den von der Reichsregierung propagierten passiven Widerstand der dortigen Bevölkerung. In der Landesbauernkammer äußerte Horlacher am 14. Februar 1923 die Ansicht, dass das Deutsche Reich nun einen „Abwehrkampf“ gegen Frankreich führen müsse<sup>231</sup>. Er war der Meinung, „daß heute die wichtigste Frage in unserem Vaterlande ist, ob es gelingt, gemeinsam durch Verantwortungsgefühl und Opfersinn in der Etappe die Front im Westen aufrechtzuerhalten“<sup>232</sup>.

Horlacher war einer derjenigen, welche den Versailler Friedensvertrag als solchen nicht akzeptierten, und für die der Kriegszustand weiter bestand<sup>233</sup>. Horlacher interpretierte den Weltmarkt als permanenten Wirtschaftskrieg, auf dem sich das Deutsche Reich aufgrund seiner Schwächung durch Krieg und Friedensvertrag defensiv verhalten müsse. Das Deutsche Reich sollte deshalb den Industriexport nicht forcieren, da dies „neue politische Verwicklungen mit dem Ausland bringen würde, das sich naturgemäß gegen eine solche Entwicklung zur Wehr setzen würde“<sup>234</sup>. Stattdessen sollte die deutsche Wirtschaft durch eine protektionistische Außenhandelspolitik geschützt werden: „Das deutsche Volk muß sich auch in seiner Wirtschaftspolitik von allen internationalen Einflüssen freimachen, wenn es wieder zu seiner alten Größe zurückkehren will.“<sup>235</sup> So defensiv diese Vorschläge auch erscheinen, so drückt sich darin doch die latente Bereitschaft zu aggressiveren handelspolitischen Maßnahmen aus – wie Horlacher im Oktober 1919 hintergründig deutlich machte: „Nunmehr haben wir den Kampf um den Platz an der Sonne zunächst verloren.“<sup>236</sup> Dagegen sprach Sebastian Schlittenbauer den Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen Interessen und militärischer Macht offen aus, als er am 22. September 1927 in der Bayerischen Landesbauernkammer äußerte: „[...] wenn wir Deutsche noch 22 Armeekorps hätten, dann

<sup>230</sup> HORLACHER, Bedeutung (1923), XXVII.

<sup>231</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 14. Februar 1923, 188.

<sup>232</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 14. Februar 1923, 195.

<sup>233</sup> Nach der Einschätzung Gottfried Niedharts endete die Nachkriegszeit vor allem für die Gegner der Republik erst 1932, als dem Deutschen Reich die prinzipielle Gleichberechtigung in Rüstungsfragen zugestanden wurde. Vgl. NIEDHART, Anfang, 35.

<sup>234</sup> Horlacher zit. nach Mitteilungen der Bay. Landesbauernkammer vom 2. März 1925.

<sup>235</sup> HORLACHER, Erhaltung (1924), 5.

<sup>236</sup> HORLACHER, Zukunft (1919), 22.

würden wir schnell mit dem Käsezoll fertig sein.“<sup>237</sup> Da Horlacher den Kriegszustand nicht als beendet betrachtete, ist auch seine Sprache bis zum Ende der Weimarer Republik von einer starken Militarisierung geprägt. Als er 1925 seine Unzufriedenheit mit der Höhe der wieder eingeführten Agrarzölle ausdrücken wollte, mahnte er die „bei der Landwirtschaft fehlende Rüstung gegenüber dem Auslande“<sup>238</sup> an. Dabei warnte er: „Wer durch eine falsche Wirtschaftspolitik dem deutschen Volke die wirtschaftliche Wehrhaftigkeit raubt, begeht Verrat am Vaterland und vernichtet Millionen von Existenzen, insbesondere auch aus den Reihen der Arbeiterschaft. Deutschlands Lage in Europa – meist umgeben von Feinden – erfordert die Erhaltung einer starken binnenländischen deutschen Volkswirtschaft.“<sup>239</sup>

## 6. Eine Dolchstoßlegende für den Wirtschaftskrieg

Da der Kriegszustand für Horlacher auch nach dem Friedensvertrag von Versailles nicht beendet war und der Krieg auf wirtschaftspolitischem Gebiet seiner Ansicht nach weitergeführt wurde, verglich er die wirtschaftliche und politische Lage im Deutschen Reich der Nachkriegszeit stets in einer verklärenden Rückschau mit der „glänzenden Friedenszeit“<sup>240</sup>. Zum Reichshaushaltsplan von 1926 meinte er vor dem Plenum des Reichstages: „Der Friedensetat war ein Etat zum weiteren Fortschritt Deutschlands, war ein Etat der Sicherung und Erhaltung der deutschen Kraft, war ein Etat zur Sicherung der deutschen Weltgeltung. [...] Der jetzige Etat ist ein Etat der Verwaltung, ist ein Etat, der nur das Notwendigste noch zuläßt, ist ein Etat der gewaltigen Belastung des deutschen Volkes infolge der Kriegs- und der Reparationslasten.“<sup>241</sup> Der Sturz von der berauschten Siegesgewissheit zur unerträglichen Gegenwart der Niederlage war auch für Horlacher groß. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum, das in den sechs Jahrzehnten vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges ein vorher nie erreichtes Ausmaß angenommen und dem Deutschen Reich tatsächlich eine Spitzenposition in der Weltwirtschaft gesichert hatte<sup>242</sup>, schuf ein wirtschaftliches Überlegenheitsgefühl, welches Horlacher als Propagandist der deutschen Kriegsernährungswirtschaft stets selbst gepflegt hatte<sup>243</sup> und welches er mit zunehmender zeitlicher Distanz zur Niederlage im Krieg nach einer ersten Zerknirschung angesichts des Schocks dieser Niederlage<sup>244</sup> unter selbsttäuscherischer Ausblendung des Zusammenbruches der deutschen Kriegsernährungswirtschaft wieder nachdrücklicher verbreitete: „Die schönste Großtat des deutschen Volkes“ – so Horlacher in seiner 1924 erschienenen Denkschrift *Die*

<sup>237</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 22. September 1927, 116f.

<sup>238</sup> HORLACHER, Lage (1925), 25.

<sup>239</sup> Horlacher zit. nach Mitteilungen der Bay. Landesbauernkammer vom 2. März 1925.

<sup>240</sup> HORLACHER, Veränderungen (6. Dezember 1919), 592.

<sup>241</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 388, Sitzung am 12. Februar 1926, 5477.

<sup>242</sup> Vgl. FELDENKIRCHEN, Wirtschaftswachstum, 77–155.

<sup>243</sup> Vgl. Kapitel III.2.

<sup>244</sup> Vgl. Kapitel III.5.

*Erhaltung der Landwirtschaft. Eine Lebensfrage für das deutsche Volk* – „war es aber, daß es mit einer starken deutschen Landwirtschaft 4½ Jahre hindurch gegen eine Welt von Feinden trotzen konnte“<sup>245</sup>.

Als er am 17. August 1919 das Hauptreferat auf der Generalversammlung des Bayerischen Müllerbundes erstattete, erkannte er letztlich zwar im Krieg die Ursache der sich in einer zunehmenden Teuerung äußernden wirtschaftspolitischen Probleme des Deutschen Reiches: „Die Krankheitserreger sind zweifellos der schamlose Kriegswucher, das jahrelange Durchhungern, die wahre Dividendenwut, die sich seit dem Hindenburgprogramm und seit der ersten Erhöhung der Eisenpreise über die deutsche Industrie ergossen hat, die Mißstände in den Kriegsgesellschaften, die Ungewißheit über deren finanzielle Erträge, das Verschleiern der Gewinne dieser Kriegsgesellschaft vor der Öffentlichkeit.“ Diese Analyse wurde jedoch nach der Revolution immer mehr von der Kritik an den „maßlosen Forderungen der Arbeiterschaft seit der Revolution“ verdrängt<sup>246</sup>. Für die Teuerung machte er in einer „Denkschrift über Deutschlands finanzielle und wirtschaftliche Not“ die seit der Revolution erhöhten Löhne bei gleichzeitiger Arbeitszeitverminderung durch Einführung des Achtsturentages und den „Mangel an Arbeitswillen der revolutionären Massen“ verantwortlich<sup>247</sup>. In seiner Erstlingsrede als Landtagsabgeordneter erklärte er am 27. Juli 1920: „Die Revolution war der Anfang zum neuen Revolutionswucher, zum Emporblühen des Revolutionsgewinns. In diesem autoritätslosen Zustande war die Geburtsstätte des erbärmlichen Revolutionsgewinns, das kann von ernstesten Vaterlandsfreunden nie bestritten werden. Alle Mißstände während des Krieges müssen verbleichen gegenüber den Umwälzungen, die die Revolution auf wirtschaftlichem Gebiete gebracht hat.“<sup>248</sup> Dabei empfand er die sozialpolitischen Forderungen der Gewerkschaften als krassen Wirtschaftsegoismus, über den er sich empörte: „Die Arbeiterkreise sind vielfach bestrebt, aus der Revolution für sich ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Erhaltung ihrer Produktionsstätten rücksichtslos Gewinn zu ziehen.“<sup>249</sup> Deshalb stellte Horlacher die Arbeiterschaft in eine feindliche Reihe mit den „maßlosen französischen Annexionsgelüsten“ und der „englischen Einkreisungspolitik“<sup>250</sup>. Die sozialpolitischen Forderungen der Arbeitnehmer bezeichnete Horlacher als „inneren Wirtschaftskrieg“, der in bewusster Verbindung mit dem „Wirtschaftskrieg seitens des Auslandes“ stehe<sup>251</sup>.

Die sozialpolitischen Forderungen der Gewerkschaften erschienen ihm als Teil einer geplanten internationalen sozialistischen Verschwörung, worauf er eine antisozialistische und

<sup>245</sup> HORLACHER, *Erhaltung* (1924), 6.

<sup>246</sup> HORLACHER, *Wirtschaftslage* (20. September 1919).

<sup>247</sup> HORLACHER, *Wiederaufbau* (1919), 91–97.

<sup>248</sup> *Verh. d. Bay. Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 1, Sitzung am 27. Juli 1920*, 212.

<sup>249</sup> HORLACHER, *Wiederaufbau* (1919), 7.

<sup>250</sup> HORLACHER, *Wiederaufbau* (1919), 8.

<sup>251</sup> HORLACHER, *Wiederaufbau* (1919), 89–98.

antisemitische Verschwörungstheorie konstruierte, die er im Oktober 1919 den Raiffeisengenossenschaften vorstellte: „Der Traum des Sozialismus ist ja letzten Endes die staatlich und international organisierte Werteverchiebung. Die Agenten eines solchen sozialistischen Staates würden dann weitaus in der Überzahl der Rasse entnommen werden, die in den letzten Revolutionen die ausschlaggebende Rolle spielte.“<sup>252</sup> Deshalb war er davon überzeugt, dass die Einberufung einer verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung vom revolutionären Rat der Volksbeauftragten in Berlin bewusst verzögert werde: „Wohin die sozialistische Reise gehen soll, das hat die Sitzung der sozialistischen Gewalthaber des Reiches und der Bundesstaaten jüngst in Berlin zur Genüge bewiesen. Man will dem ganzen Volk die ‚Wohltaten des Sozialismus‘ ohne Zutun einer Nationalversammlung von vornherein gewaltsam aufdrängen, man will möglichst Zeit gewinnen, um ohne zu starkes Gegengewicht bürgerlicher Kreise das Land sozialistisch zu bearbeiten.“<sup>253</sup> Das „Hauptmerkmal des Bolschewismus“ aber sei „die Zerstörung der Produktivkräfte und die allmähliche Auflösung alles sittlichen Pflichtbewusstseins für ein geordnetes Zusammenarbeiten in jeder größeren oder kleineren Gemeinschaft. Mögen nun Maßnahmen von Rechts-, Mittel- oder Linkssozialisten, sei es gewollt oder ungewollt, jedoch in der Praxis einen solchen Zustand herbeiführen, in jedem Fall sind solche Vorgänge als bolschewistische Auswüchse zu bekämpfen.“<sup>254</sup>

Damit konstruierte sich Horlacher eine wirtschaftspolitische Dolchstoßlegende, die ihm fortan in der als Wirtschaftskrieg empfundenen weltwirtschaftlichen Situation nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrages als Erklärungsmodell für sozialpolitische Forderungen diente, denen er verständnislos gegenüberstand. Von einem sozialdemokratischen Abgeordneten provoziert, der der Landwirtschaft wegen ihres wirtschaftsegoistischen Marktverhaltens während der Inflation einen „Dolchstoß“ gegen die hungernde Bevölkerung vorwarf, bestand Horlacher im Landtag am 26. April 1923 darauf, „daß man diese Dolchstoßgeschichte nicht gegen die Landwirtschaft zur Anwendung bringen kann, sondern daß man doch so freundlich sein möge, an die eigene Brust zu schlagen, wo damals der Dolchstoß geführt wurde und wie er damals ausreichte, um dazu zu führen, bei der zusammengebrochenen deutschen Front den Waffenstillstandsvertrag abschließen zu müssen, der die Ursache unseres heutigen Elends ist“<sup>255</sup>. Mit der Dolchstoßlegende verfügten alle republikfeindlichen Kräfte auf der rechten Seite des politischen Spektrums im Deutschen Reich über ein Interpretationsmuster der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg. Dadurch war es möglich, von den Fehlern der deutschen Kriegsführung abzulenken und sich die militärische und wirtschaftliche Übermacht der Ententestaaten nicht eingestehen zu müssen.

<sup>252</sup> HORLACHER, Zukunft (1919), 22–27.

<sup>253</sup> HORLACHER, Wiederaufbau (1. Dezember 1918), 5.

<sup>254</sup> HORLACHER, Wiederaufbau (1. Dezember 1918), 5.

<sup>255</sup> Verh. d. Bay. Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 8, Sitzung am 26. April 1923, 213f.

Die Streiks und die Antikriegspropaganda wurden als Versuche zur Destabilisierung der Front gewertet, welche in der Revolution gipfelten und einen akzeptablen Frieden verhinderten. Diese Geschichtsfälschung diente zur Propaganda gegen die Weimarer Verfassung und die sozialpolitischen Errungenschaften als Folgen der Novemberrevolution. Dadurch wurde die Dolchstoßlegende zum Ausgangspunkt aller republikfeindlichen und revisionistischen Aktivitäten<sup>256</sup>.

Wenn Horlacher die Revolution als wirtschaftspolitischen Dolchstoß betrachtete, dann diente ihm dies nicht zuletzt dazu, die Landwirtschaft vor dem Verdacht zu schützen, die deutsche Niederlage an der Heimatfront mitverschuldet zu haben – ein Verdacht, der wegen der Revolutionsbeteiligung des Bauernbundsführers und niederbayerischen Großbauern Karl Gandorfer (1875–1932)<sup>257</sup> nahe lag. In der Bayerischen Landesbauernkammer erklärte er deshalb am 14. Februar 1923 angesichts des Ruhrkampfes geradezu beschwörend, „daß die Landwirtschaft, die bisher in den revolutionären Erschütterungen des Staatswesens Stand gehalten hat, auch in dem jetzigen schweren Kampfe ihre Pflicht erfüllen wird; denn aus der Landwirtschaft kommt in urwüchsiger Kraft die Liebe zur Scholle, die Heimatliebe“<sup>258</sup>. Dabei idealisierte er die ökonomische Tätigkeit der Landwirtschaft während des Weltkrieges und der Revolution zur pflichtgemäßen Selbstaufopferung im Dienste des Gemeinwohls: „Wäre der deutsche Bauer von diesem Gift der Arbeitsunlust und von der Sehnsucht nach dem Achtstundentag ergriffen worden, so wäre unsere deutsche Volkswirtschaft und damit unser deutsches Volk schon längst zugrunde gegangen. Der Bauer, der die harte Feldarbeit verrichtet und nicht nach einer Begrenzung der Arbeitszeit fragt und auch nicht fragen kann, weil er der Natur folgen muß, muß unter allen Umständen verlangen, daß auch in den Städten, für deren Ernährung er sorgt, gearbeitet wird, und zwar nicht nach dem Trägheitsprinzip, das viele Menschen heute beherrscht.“<sup>259</sup> Die Landwirtschaft galt ihm deshalb nach dem militärischen Ende des Krieges als „Fundament für jede wirtschaftliche Betätigung“<sup>260</sup>. Denn Horlacher war der Ansicht, dass sich der wirtschaftliche Wiederaufbau wegen der Zerstörungen in der Industrie und wegen der Handelsrestriktionen des Versailler

<sup>256</sup> Zur Dolchstoßlegende vgl. BARTH, Dolchstoßlegenden, 55–92.

<sup>257</sup> Landwirt und Bauernbundpolitiker, katholisch, geboren am 23. Februar 1875 in Pfaffenberg, Bürgermeister von Pfaffenberg, 1913 bis 1924 MdL für den BBB, Bruder des Revolutionärs Ludwig Gandorfer (USPD), dessen Hof er nach dessen Tod übernahm (320 Tagwerk), Mitwirkung an der Novemberrevolution in München, 1918/1919 Mitglied im Präsidium des Provisorischen Nationalrates, 1918 bis 1920 Vorsitzender des bayerischen Landesbauernrates, 1919/1920 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung, nach dem Ende der Revolution Zustimmung des Landtages zur Einleitung eines Strafverfahrens wegen eines Verbrechens des Hochverrats und eines Vergehens wider die öffentliche Ordnung, Einwilligung des Landtages zur Strafverfolgung wegen verbotener Wareneinfuhr aus der Schweiz, 1920 Einwilligung des Landtags zur Strafverfolgung wegen des Verdachts der Untreue, 1922 Zustimmung des Landtages zur Strafverfolgung wegen eines Verbrechens des Meineids, 1925 bis 1932 Mitglied der Bayerischen Landesbauernkammer, 1928 bis 1932 MdR, gestorben am 21. August 1932. Zu Gandorfer vgl. BERGMANN, Bauernbund, 20f.; HUNDHAMMER, Geschichte; HOCHBERGER, Bauernbund; RATJEN, Bauernkammern, 181f.

<sup>258</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 14. Februar 1923, 195.

<sup>259</sup> HORLACHER, Zukunft (1919), 17f.

<sup>260</sup> HORLACHER, Zukunft (1919), 5f.

Friedensvertrages „in der Hauptsache nur auf der Grundlage einer allmählich wieder erstarkenden deutschen Landwirtschaft vollziehen“ könne<sup>261</sup>.

Wenn für Horlacher die zentrale Bedeutung der Landwirtschaft in einem nur defensiv zu bestehenden Wirtschaftskrieg eine unbestreitbare Tatsache war, dann verband sich in dieser Einschätzung wirtschaftspolitische Analyse mit einer Sehnsucht nach der Harmonie des Landlebens in der Tradition bürgerlicher Agrarromantik, wie er es als Hauptredner auf der Generalversammlung des Bayerischen Müllerbundes am 17. August 1919 deutlich machte: „Es dürfte wohl niemand mehr in Deutschland geben, der nicht wüsste, daß in erster Linie nur die gesunde Luft des Landlebens eine wirtschaftliche und moralische Wiedergeburt bringen kann.“<sup>262</sup> Wirtschaftliche Zerrüttung und moralische Verwilderung galten Horlacher als selbstverständliche Folgen von Revolutionen<sup>263</sup>. Zur Überwindung der Revolutionsfolgen auf wirtschaftlichem Gebiet forderte er eine Politik der „Erhöhung der Produktion, der Arbeitslust, der Arbeitsleistung, der Wiederaufnahme geregelter Handelsbeziehungen, der Herstellung von staatlicher Autorität und Ordnung, der Reinigung unseres Deutschtums von allen undeutschen Einflüssen, der sittlichen Erneuerung jedes einzelnen, der Einschaltung des christlichen Gewissens in die Wirtschaft“<sup>264</sup>. Um dieses Ziel zu erreichen, hoffte er auf die Strahlkraft der moralischen Qualitäten, die die Landwirtschaft seiner Meinung nach besaß: „Die Wurzeln der Demokratisierung müssen ausgerissen werden. Die Entartungen, wie sie das Streben nach Geld seit der Revolution gebracht haben, müssen beseitigt werden, und da habe ich das Zutrauen zu unserem Bauernstande, der auf christlichem Boden steht, daß er hier den Grundstein für den Wiederaufbau des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft abgibt.“<sup>265</sup> Nur eine agrarische Wirtschaftspolitik sei deshalb eine „staatserhaltende Politik und bewahrt unser Volk immer mehr vor der Gefahr, daß es von einigen tausend verrückten Leuten der großen Städte terrorisiert wird“<sup>266</sup>. Dabei war seine Vorstellung von den landwirtschaftlichen Arbeitsbeziehungen harmonisierend überzeichnet<sup>267</sup>, weshalb er in „Pflichterfüllung, Opfergeist und Gemeinsinn“ besonders bäuerliche Tugenden erblickte, deren Erfüllung er zur Überwindung des Klassenkampfes empfahl<sup>268</sup>. Unschwer sind diese Tugenden jedoch als die vor allem im bürgerlichen Diskurs zur Legitimation des Krieges

<sup>261</sup> HORLACHER, Landwirtschaft (6. Juni 1919), 9.

<sup>262</sup> HORLACHER, Wirtschaftslage (20. September 1919).

<sup>263</sup> Im Landtag meinte Horlacher deshalb am 27. Juli 1920: „Wer die wirtschaftlichen Wirkungen der Revolutionen in der Revolutionsgeschichte aller Jahrhunderte studiert hat, der weiß, daß Revolutionen Zerrüttung wirtschaftlichen Lebens, sittliche Verwahrlosung und im Zusammenhang damit [...] eine zügellose Preissteigerung auf allen Gebieten wirtschaftlicher Betätigung mit sich bringen“ (Verh. d. Bay. Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 1, Sitzung am 27. Juli 1920, 212).

<sup>264</sup> HORLACHER, Bauernkammern (30. August 1920), 1–3.

<sup>265</sup> HORLACHER, Zukunft (20. April 1921), 66.

<sup>266</sup> HORLACHER, Zukunft (1919), 24.

<sup>267</sup> HORLACHER, Wiederaufbau (1919), 98: „Die große Mehrzahl der ländlichen Dienstboten lebt ja in inniger Familiengemeinschaft mit dem Bauer und der Bäuerin, es sind also hier die Verhältnisse grundverschieden gegenüber den Arbeitermassen in den einzelnen Großbetrieben.“

<sup>268</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 14. Februar 1923, 195f.

entstandenen „Ideen von 1914“ zu identifizieren, welche den Ersten Weltkrieg als Kampf zur Verteidigung als besonders deutsch empfundener Tugenden gegen französischen Materialismus und Individualismus deuteten<sup>269</sup>. An der Übertragung der „Ideen von 1914“ auf die vermeintliche Wirtschaftsethik der praktischen Landwirtschaft zeigt sich, wie sehr Horlacher sich diese im Rahmen außerlandwirtschaftlicher Denkmuster verständlich zu machen versuchte.

Seit seiner Schulzeit vertraut mit der Idee von der besonderen nationalen Aufgabe des Deutschen Reiches, schlug das von Horlacher auch an der Heimatfront als identitätsstiftend und sinngebend empfundene Weltkriegserlebnis durch die Niederlage in eine persönliche Katastrophe um, die er dadurch bewältigte, dass er an den „Ideen von 1914“ festhielt und sie mit den sozial- und verfassungspolitischen Errungenschaften der Revolution kontrastierte. Deshalb verband er die Forderung nach Revision der Weimarer Verfassung mit der Forderung nach Revision des Versailler Vertrages. Dadurch konnte er zu einem der subalternen Protagonisten der Ordnungszelle Bayern werden, zu deren zentralen Gestalten sein politischer Mentor Heim gehörte<sup>270</sup>. Nach dem Schock, den die Räterepublik und ihre blutige Niederschlagung in Bayern vor allem beim Bürgertum hinterlassen hatten, wurde Bayern mit dem Zentrum in München zum Sammelbecken nationalistischer, völkischer und monarchistischer Kräfte, deren gemeinsamer Nenner in der Ablehnung der republikanischen Staatsform bestand. Von Bayern aus sollte die Revolution rasch und vollständig liquidiert werden<sup>271</sup>.

---

<sup>269</sup> Zu den „Ideen von 1914“ vgl. VERHEY, Ideen, 568f.

<sup>270</sup> Heim propagierte etwa eine bayerische „Gesundungszelle“ (MAAZ vom 7. Mai 1920 (Morgenausgabe)).

<sup>271</sup> Hans Fenske deutete die Entstehung der Ordnungszelle Bayern als psychologischen Kompensationsversuch dafür, dass ausgerechnet das agrarische und konservative Bayern zum Schauplatz einer Räterepublik geworden war. Vgl. FENSKE, Konservativismus, 63f. Zum Programm der Ordnungszelle Bayern vgl. KEBLER, Held, 390f.; SCHWARZ, Zeit, 458f.



## IV. Als Protagonist der Ordnungszelle Bayern (1919–1924)

### 1. Konfrontation mit den revolutionären Bauernräten

Wie sehr Horlacher von der Berechtigung seiner Durchhalteparolen überzeugt war, zeigte sich an der Überraschung, mit der auf die Novemberrevolution reagierte. Am 6. November 1918 hatte Horlacher in der *MAAZ* noch die Errichtung eines bayerischen Wirtschaftsministeriums gefordert, um im Rahmen der in allen Staaten des Deutschen Reiches nun voranschreitenden Parlamentarisierungsprozesse eine „zielbewusste bayerische Wirtschaftspolitik“ gegenüber dem Berliner Wirtschaftszentrismus zu betreiben<sup>1</sup>. Am 7. November 1918 war Horlacher mit Redaktionsarbeiten beschäftigt, da am 8. November 1918 eine Nummer der *Mitteilungen der Wirtschaftspolitischen Vereinigung der Landwirtschaft und Agrarindustrie Bayerns* erscheinen sollte. Die Nummer erschien auch wie geplant<sup>2</sup>, aber die politischen Rahmenbedingungen der Tätigkeit von Horlachers Büro hatten sich durch den Sturz der Monarchie in der Nacht vom 7. auf den 8. November radikal verändert. Cetto erklärte „infolge des Umsturzes der Verhältnisse in Bayern“ seinen Rücktritt vom Vorsitz der Wirtschaftspolitischen Vereinigung<sup>3</sup>. Deren hauptamtlicher Apparat war nun ohne Dienstvorgesetzten. Desorientierung kennzeichnete die Stimmung im Büro der Wirtschaftspolitischen Vereinigung. Erst am 22. November sah sich Horlacher in der Lage, seinen Unmut über die Revolution kund zu tun. Er gab zu bedenken, „daß die Vermeidung eines Bürgerkrieges auf das Konto des sich selbst verleugnenden Bürger- und Beamtentums gesetzt werden muß und daß gerade diese Selbstbeherrschung zum Wohle des ganzen nicht zuletzt dem alten Regime und der von ihm anerzogenen Pflichtauffassung zu danken ist“. Damit demonstrierte Horlacher, wie wirkmächtig die autoritären Erziehungsinhalte seiner Schulzeit im Gegensatz zur Vermittlung einer monarchischen Gesinnung waren. Deshalb sah er die „Erfüllung der Berufsaufgaben nach wie vor als die vornehmste Pflicht“ an, während er den Sturz der gekrönten Häupter als gegebene Tatsache akzeptierte. Deshalb plädierte er für die baldige Schaffung einer neuen Verfassung, um „Ruhe und Ordnung“ gegenüber dem „bolschewistischen Chaos“ zu verteidigen<sup>4</sup>. Das Büro der Wirtschaftspolitischen Vereinigung rief deshalb alle nichtsozialistischen Kräfte auf, „für eine wirkliche Demokratie die Sorge zu tragen“, und zwar „gleichviel, ob sie auf dem monarchischen oder republikanischen Standpunkt stehen“<sup>5</sup>.

<sup>1</sup> HORLACHER, Wirtschaftsministerium (6. November 1918), 2.

<sup>2</sup> *Mitteilungen der Wirtschaftspolitischen Vereinigung* vom 8. November 1918.

<sup>3</sup> *Mitteilungen der Wirtschaftspolitischen Vereinigung* vom 22. November 1918.

<sup>4</sup> *Mitteilungen der Wirtschaftspolitischen Vereinigung* vom 22. November 1918. Obwohl diese Stellungnahme zur Revolution ungezeichnet ist, spiegelt sie die Haltung Horlachers wider, der nach dem Rücktritt Cettos die alleinige Verantwortung für die Wirtschaftspolitische Vereinigung hatte.

<sup>5</sup> *Mitteilungen der Wirtschaftspolitischen Vereinigung* vom 14. Dezember 1918.

Mit der Revolution hatte die vordergründige organisationspolitische Harmonie der in der Wirtschaftspolitischen Vereinigung zusammengeschlossenen Agrarverbände ihr Ende genommen. Die Rivalitäten waren wieder offen ausgebrochen, als sich der Bayerische Bauernbund unter der Führung Gandorfers an der Revolution beteiligte. Gandorfer ergriff die Gelegenheit und schuf mit dem revolutionären Parlamentarischen Bauernrat eine vom Bauernbund dominierte Organisation, die die Vertretung der Bauern im revolutionären Provisorischen Nationalrat übernahm und als offizielles landwirtschaftliches Beratungsorgan der revolutionären Regierung mit dem Anspruch auf die Selbstverwaltung der Landwirtschaft fungierte sowie als Zentral- bzw. Landesbauernrat die Spitzenorganisation der lokalen und regionalen – allerdings in der Mehrheit keinesfalls revolutionären – Bauernräte darstellte<sup>6</sup>. Horlacher wehrte sich zwar publizistisch dagegen, im Parlamentarischen Bauernrat Gandorfers die „berufsmäßige parlamentarische Vertretung der bayerischen Landwirtschaft“ zu sehen<sup>7</sup>, die Vorbereitung der organisatorischen Maßnahmen zur Abwehr der Ansprüche des BBB liefen jedoch zunächst an Horlacher und seiner Wirtschaftspolitischen Vereinigung vorbei.

Um den organisationspolitischen Vorsprung zu kompensieren, den sich der BBB durch die Errichtung der zentralen Bauernratsgremien während der Revolution, aber doch ganz deutlich innerhalb des Rahmens der herkömmlichen politischen Rivalitäten zwischen dem BV und dem BBB verschaffen konnte<sup>8</sup>, war der Bayerische Christliche Bauernverein um einen engeren Zusammenschluss der nichtrevolutionären landwirtschaftlichen Organisationen gegenüber den revolutionären Teilen des BBB bemüht. Schlittenbauer machte deshalb als Generalsekretär des BV dem Generalsekretär des Landwirtschaftlichen Vereins – Hubert

---

<sup>6</sup> Für die zentrale landwirtschaftliche Räteorganisation in Bayern waren mehrere Bezeichnungen üblich, was zu einiger Begriffverwirrung führte. Der Begriff Zentralbauernrat sollte den Dachverband der lokalen und regionalen Bauernräte bezeichnen, der aus Wahlen hervorgehen sollte. Da dies weitgehend unterblieb, bildete der von Gandorfer in seiner Zusammensetzung bestimmte Parlamentarische Bauernrat (als Teil des Provisorischen Nationalrates) während der Regierungszeit Eisners faktisch die Spitzenorganisation der bayerischen Bauernräte. Für dieses Gremium bevorzugte Gandorfer hingegen die Bezeichnung Landesbauernrat. Zu den revolutionären Bauernräten vgl. KÖGLMEIER, Rätegremien, 205–218; ferner immer noch grundlegend die bei Max Weber entstandene soziologische Dissertation MATTES, Bauernräte; ferner einseitig antirevolutionär HUNDHAMMER, Geschichte, 119–138 und PIX, Organisation, 76–101, der zugibt, sich nur widerstrebend mit den Bauernräten beschäftigt zu haben, weshalb denjenigen Teilen seiner Doktorarbeit, die sich mit den Bauernräten beschäftigen, die analytische Schärfe von Mattes fehlt.

<sup>7</sup> Mitteilungen der Wirtschaftspolitischen Vereinigung vom 22. November 1918.

<sup>8</sup> Im Gegensatz dazu betrachtet Jonathan Osmond die Errichtung der revolutionären Bauernräte als Bruch in der Entwicklung des landwirtschaftlichen Organisationswesens in Bayern. Zusammen mit der vom BV ausgehenden Gründung der BVP im Herbst 1919 und der Ausbreitung der Freien Bauernschaft im Sommer 1922 (als Reaktion auf die Weiterführung der Zwangswirtschaft) sieht er eine zweite agrarische Mobilisierung nach der Errichtung von BBB, BV und Bund der Landwirte in den 1890er Jahren (OSMOND, Mobilization, 183–186). Dabei betont Osmond diesen durch Krieg, Revolution und Zwangswirtschaft verursachten Bruch innerhalb des landwirtschaftlichen Organisationswesens in Bayern gegenüber der Kontinuität der seit den 1890er Jahren zwischen dem Funktionärsverband BV und dem Honoratiorenverband BBB ausgetragenen organisationsstrukturellen Richtungskämpfe zu sehr. Denn er übersieht, dass die starke innerorganisatorische Stellung der Funktionäre im BV durch Revolution und Zwangswirtschaft nicht beeinträchtigt wurde.

Luschka (1870–1927)<sup>9</sup> – am 8. Dezember 1918 den Vorschlag, diese beiden Organisationen unter dem gemeinsamen Präsidium von Matthäus Mittermeier (1864–1939)<sup>10</sup>, der als Präsident des Bayerischen Landwirtschaftsrates an der Spitze des Landwirtschaftlichen Vereins stand, und Georg Heim, dem führenden Politiker des BV, organisatorisch zu verschmelzen. Denn es könne „nach meiner Anschauung nur ein ideales Ziel geben, eine grosse, freie, alle bayerischen Bauern umfassende Organisation, die neben der Staatsregierung und neben den etwa von ihr gewählten landwirtschaftlichen Beratern eine respektable Macht darstellt“<sup>11</sup>. Schlittenbauers Vorschlag traf jedoch im Landwirtschaftlichen Verein auf großes Misstrauen<sup>12</sup>. Bereits am 21. November 1918 war im Bayerischen Landwirtschaftsrat die Schaffung einer „landwirtschaftlichen Einheitsfront innerhalb der landwirtschaftlichen Körperschaften im Volksstaat Bayern“ als Dachverband diskutiert worden<sup>13</sup>. Dieser lockere Zusammenschluss war der kleinste gemeinsame Nenner, auf den sich die beiden Organisationen einigen konnten. Am 1. Februar 1919 gründeten die Delegierten dieser beiden Organisationen, der ihnen nahe stehenden genossenschaftlichen Organisationen und des Landesverbandes bayerischer Ackerbauvereine den Zweckverband der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns. Mitglieder der vorläufigen Vorstandschaft waren Mittermeier für

---

<sup>9</sup> Funktionär, katholisch, geboren am 27. November 1870 in Tübingen als Sohn des bekannten Anatomieprofessors Hubert von Luschka, 1893 bis 1895 Studium der Landwirtschaft an der Akademie Hohenheim, anschließend Verwalter auf dem Universitätsgut Gieshügel bei Würzburg, anschließend Assistent im Generalsekretariat der Oldenburgischen Landwirtschaftsgesellschaft, seit 1898 Vorstand der landwirtschaftlichen Winterschule Kaufbeuren, seit 1904 technischer Hilfsarbeiter im Generalsekretariat des Bayerischen Landwirtschaftsrates, 1909 bis 1927 Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Landwirtschaftsrates und Hauptschriftleiter des *Wochenblattes des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern*, Ernennung zum Landesökonomierat, gestorben am 30. Oktober 1927 in Konstanz. Zu Luschka vgl. BSZ vom 2. November 1927; *Wochenblatt des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern* vom 9. November 1927.

<sup>10</sup> Guts- und Brauereibesitzer, katholisch, geboren am 27. September 1864 in Haunersdorf/Niederbayern, Besuch der Realschule, 1887 Übernahme des elterlichen Betriebes (520 Tagwerk), Präsident des Bayerischen Landwirtschaftsrates als Nachfolger Cettos, 1900 bis 1933 Bürgermeister von Haunersdorf, 1903 bis 1907 MdR für den Bayerischen Bauernbund, führender Politiker des gemäßigten Bauernbundsflügels, 1920 bis 1933 Stellvertretender Präsident der Bayerischen Landesbauernkammer, gleichzeitig Präsident der Kreisbauernkammer Niederbayern, 1920 bis 1933 Erster Stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Landwirtschaftsrates, seit 1920 Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates, 1933 Verlust aller Ehrenämter, 1936 Verkauf des Hofes durch den ledig gebliebenen Mittermeier an eine Siedlungsgenossenschaft, gestorben am 22. März 1939. Zu Mittermeier vgl. RATJEN, *Bauernkammern*, 182; GOTTWALD, *Deutscher Landwirtschaftsrat*, 167; SCHWARZ, *MdR*, 404; GBBE, 1325.

<sup>11</sup> BBV-Herrsching, *Landwirtschaftlicher Verein GC/652*, Schlittenbauer an Luschka, 8. Dezember 1918.

<sup>12</sup> BBV-Herrsching, *Landwirtschaftlicher Verein GC/652*, Paul Pausinger an den Bayerischen Landwirtschaftsrat, 17. Dezember 1918. Pausinger war Guts- und Brauereibesitzer in Herrngiersdorf/Niederbayern, katholisch, geboren 1861, seit 1892 im landwirtschaftlichen Organisationswesen tätig, Mitglied des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern, Aufsichts- bzw. Verwaltungsratsvorsitzender des Bayerischen Landesverbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften e.V., der Bayerischen Zentral-Darlehenskasse e.G.m.b.H. und der BayWa, 1907 Ernennung zum Ökonomierat, 1914 Verleihung des bayerischen Verdienstordens vom hl. Michael IV. Klasse, 1913 bis 1931 Kreisanwalt des niederbayerischen Kreisverbandes des Bayerischen Landesverbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften, seit 1919 Landesvorsitzender dieses Verbandes, seit 1920 Mitglied der Kreisbauernkammer Niederbayern und der Bayerischen Landesbauernkammer, gestorben 1941. Zu Pausinger vgl. BayHStA, ML 2433, Aktenvermerk des ML, 17. Dezember 1923; BayHStA, ML 2435, Bayerischer Landesverband landwirtschaftlicher Genossenschaften an Fehr, 3. Dezember 1927; HOHENEGG, *Raiffeisen*, 270f.

<sup>13</sup> BBV-Herrsching, *Landwirtschaftlicher Verein GC/652*, Rundschreiben des Bayerischen Landwirtschaftsrates, 4. Februar 1919.

den Landwirtschaftlichen Verein, Karl Freiherr von Freyberg-Eisenberg (1866–1940)<sup>14</sup> als Vertreter des diesem nahe stehenden Bayerischen Landesverbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften und Schlittenbauer als Vertreter des BV. Die vorläufige Geschäftsführung übernahm Luschka<sup>15</sup>. Die Aufgabe des neuen Dachverbandes bestand in der „einheitlichen und gemeinsamen Wahrnehmung und Vertretung derjenigen landwirtschaftlichen Interessen, die bislang schon von den verschieden gearteten landw. Körperschaften, oftmals ohne gegenseitige Fühlungnahme nebeneinander, vertreten worden sind“<sup>16</sup>. An eine Weiterführung von Horlachers Wirtschaftspolitischer Vereinigung der Landwirtschaft und Agrarindustrie Bayerns war nun nicht mehr zu denken. Horlacher hatte deshalb versucht, zu den Verhandlungen hinzugezogen zu werden, was jedoch am Widerstand des Landwirtschaftlichen Vereins scheiterte. Dessen Vertreter sahen in Horlacher eine Konkurrenz für ihren eigenen Führungsanspruch. Sie waren ihm gegenüber sehr misstrauisch. Da sie sich jedoch nicht in der Lage sahen, ihn dauerhaft fernzuhalten, wollten sie ihn deshalb so lange wie möglich aus dem Gründungsprozess des Zweckverbandes der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns ausschalten, um ihn dann vor vollendete Tatsachen zu stellen<sup>17</sup>. Die Verhandlungsführer des BV gingen auf diese Bedingung ein und ließen Horlacher im Unklaren über seine berufliche Zukunft. Die Integration des Landwirtschaftlichen Vereins in den neuen Dachverband und damit dessen Bindung an den BV war Schlittenbauer wichtiger als die Berücksichtigung Horlachers. Letztlich gab es aber keine Alternative zur Übernahme der Geschäftsführung durch Horlacher, da für diesen als einen durch Dienstvertrag abgesicherten Funktionär eine neue Wirkungsstätte gesucht werden

---

<sup>14</sup> Gutsbesitzer, katholisch, geboren am 15. November 1866 in Jetzendorf, entstammte dem bayerischen Uradel, 1884 bis 1887 Jurastudium an der LMU, 1889 Übernahme der Verwaltung des elterlichen Gutes, seit 1893 Mitglied des Bayerischen Landwirtschaftsrates, 1898 Präsident der Deutschen Katholikenversammlung in Krefeld, 1905 bis 1918 Mitglied der Kammer der Abgeordneten des Bayerischen Landtages für das Zentrum, 1907 bis 1912 MdR, ab 1917 Direktor des Bayerischen Landesverbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften, 1919/1920 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung für die BVP, 1919 bis 1924 MdL für die BVP, 31. Mai 1919 bis zu seinem Rücktritt am 14. März 1920 bayerischer Landwirtschaftsminister, ab Januar 1920 bis 14. März 1920 Stellvertretender Ministerpräsident, gestorben am 10. Januar 1940. Zu Freyberg vgl. STINGLWAGNER, Chronik, 73f.; HAUSHOFER, Freyberg, 420f.

<sup>15</sup> BBV-Herrsching, Landwirtschaftlicher Verein GC/652, Rundschreiben des Bayerischen Landwirtschaftsrates, 4. Februar 1919. Zur Gründung des Zweckverbandes der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns vgl. PIX, Organisation, 102–131; HUNDHAMMER, Berufsvertretung, 126–136; BAUER, Organisation, 156–159; BERGMANN, Bauernbund, 55–58.

<sup>16</sup> BBV-Herrsching, Landwirtschaftlicher Verein GC/652, Rundschreiben des Bayerischen Landwirtschaftsrates, 4. Februar 1919.

<sup>17</sup> Ludwig Kießling (1875–1942, promovierter Agrarwissenschaftler, seit 1910 Professor für Pflanzenzucht an der Akademie für Landwirtschaft und Brauerei in Weißenstephan und Leiter der dortigen Bayerischen Saatzuchtanstalt, zu Kießling vgl. GBBE, 1013f.) schrieb am 29. Januar 1919 an Luschka: „Ich bitte dringend, es bei der getroffenen Abmachung zu lassen und Dr. Hr. nicht zu der Besprechung einzuladen. Wir dürfen vor dem Herrn keine Angst haben, sonst sind wir von vornherein ins Hintertreffen gedrängt. Seine Gegenagitation fürchte ich nicht, solange wir selbst einig sind. Wenn unser Verband fertig gegründet ist, dann wird er vor die Wahl gestellt sein, entweder mitzutun oder weg zu gehen. Die wirtschaftspolitische Vereinigung aufrecht zu erhalten nach der Verbandsgründung ist unmöglich. Das Heft haben wir ja in der Hand, indem wir unseren Austritt anmelden können“ (BBV-Herrsching, Landwirtschaftlicher Verein GC/652, Ludwig Kießling an Luschka, 29. Januar 1919).

musste, nachdem die Wirtschaftspolitische Vereinigung überflüssig geworden war. Deshalb wurde die Geschäftsführung des neuen Dachverbandes doch Horlachers Büro übertragen und die Wirtschaftspolitische Vereinigung aufgelöst<sup>18</sup>.

„Ein ungünstiger Zufall“ – so Horlacher anlässlich der Erstattung seines ersten Jahresberichtes als Geschäftsführer des Zweckverbandes der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns – „wollte es, daß die konstituierende Generalversammlung gerade an dem Tage stattfand, wo in München die Räterepublik ausgerufen wurde.“<sup>19</sup> Am 7. April 1919 versammelten sich die Vertreter von 26 landwirtschaftlichen Interessenvertretungen, Genossenschaften und technischen Verbänden in München zur Gründungsversammlung des dezidiert antirevolutionären neuen Agrardachverbandes. Nur der am politischen Umsturz beteiligte Bayerische Bauernbund fehlte als Organisation, während sich revolutionsskeptische Bauernbundsmitglieder als Einzelpersonen sehr wohl beteiligten<sup>20</sup>. Ausdrücklich erhob Schlittenbauer in der Gründungsversammlung die Forderung, den Zweckverband der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns zu einer Landwirtschaftskammer als Selbstverwaltungskörperschaft mit Pflichtmitgliedschaft auszubauen<sup>21</sup>. Indem sich der Zweckverband der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns auch mit der produktionstechnischen Förderung und Beratung der Landwirtschaft beschäftigte und dazu eine eigene Abteilung einrichtete<sup>22</sup>, demonstrierte Horlachers Büro, diese Forderung auch tatkräftig verfolgen zu wollen und damit den Anspruch der revolutionären Bauernräte auf die Kompetenzen einer Selbstverwaltungskörperschaft<sup>23</sup> abzuwehren. Bisher hatte es bereits zahlreiche Versuche gegeben, eine Landwirtschaftskammer in Bayern zu errichten<sup>24</sup>, die jedoch hauptsächlich am Widerstand des Landwirtschaftlichen Vereins gescheitert waren, der

<sup>18</sup> BBV-Herrsching, Landwirtschaftlicher Verein GC/652, Luschka an einen Bewerber um die Geschäftsführerstelle beim Zweckverband der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns, 17. Februar 1919.

<sup>19</sup> BBV-Herrsching, Landwirtschaftlicher Verein KC/Unterfranken 1.667, Generalversammlung des Zweckverbandes der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns am 13. April 1920.

<sup>20</sup> Zahlreiche Bauernbundsmitglieder waren als Vertreter von Genossenschaften oder technischen Verbänden anwesend. Zur Gründungsversammlung des Zweckverbandes der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns vgl. MAAZ vom 13. Mai 1919 (Abendausgabe); Wochenblatt des Landwirtschaftlichen Vereins vom 14. Mai 1919; Mitteilungen des ZIK vom 16. Mai 1919; PIX, Organisation, 103–106.

<sup>21</sup> MAAZ vom 13. Mai 1919 (Abendausgabe). PIX, Organisation, 109f. und HUNDHAMMER, Berufsvertretung, 132 sahen deshalb im Zweckverband der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns einen wesentlichen Schritt zur Errichtung der Bayerischen Landesbauernkammer.

<sup>22</sup> HUNDHAMMER, Berufsvertretung, 127f.; PIX, Organisation, 116f.

<sup>23</sup> Zu den Selbstverwaltungskompetenzen der Bauernräte vgl. Vorläufige Richtlinien für die Bauernräte vom 26. November 1918, in: MATTES, Bauernräte, 67–71. Ausdrücklich erblickte der revolutionäre bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner (1867–1919) in den Räten eine Verbindung von beruflicher Selbstverwaltung, politischer Interessenvertretung und Mittel zur Erziehung zur Demokratie (vgl. KÖGLMEIER, Rätegremien, 62–65). Für HETZER, Bauernräte, 45 sind die Bauernräte deshalb zu Recht ein „flüchtiger Ausdruck für einen Bedarf an ständischer Interessenvertretung im nicht mehr agrarisch fundierten pluralen Parteienstaat“. Zum beruflichen Selbstverwaltungscharakter der revolutionären Räte im Allgemeinen vgl. SCHULZ, Räte, 355–366.

<sup>24</sup> Vgl. ZAHNBRECHER, Landwirtschaftliche Vereine, 32–102; BAUER, Organisation, 160–167; LAUERBACH, Landwirtschaft, 18–20; HUNDHAMMER, Berufsvertretung, 102–117; RATJEN, Bauernkammern, 12–22.

seine offiziöse Stellung dadurch gefährdet sah<sup>25</sup>. Die Errichtung einer Landwirtschaftskammer erschien nun als antirevolutionäre Notwendigkeit, um dem Zentral- bzw. Landesbauernrat das Feld der landwirtschaftlichen Selbstverwaltung nicht zu überlassen<sup>26</sup>. Um den Einfluss auf die Ausgestaltung einer zukünftigen Selbstverwaltungskörperschaft nicht zu verlieren, war der Landwirtschaftliche Verein gezwungen, mit dem BV zusammenzuarbeiten. Die antirevolutionäre Rhetorik, die der BV nun im Kampf gegen die Bauernräte anschlug, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass damit nur die herkömmlichen Rivalitäten zum BBB mit einer an die veränderten politischen Verhältnisse angepassten Phraseologie weitergeführt wurden<sup>27</sup>. Dabei gelang es dem BV durch seine dezidiert antirevolutionäre Frontstellung, den ihm gegenüber misstrauischen Landwirtschaftlichen Verein – wenn auch zögerlich – an sich zu binden und zur Mitarbeit im Zweckverband der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns zu bewegen.

Da die Bauernräte jedoch mit dem Makel der Revolutionsgeburt behaftet waren und durch ihre einseitige Zusammensetzung aus Mitgliedern des Bayerischen Bauernbundes auch nicht die für eine Landwirtschaftskammer notwendige Voraussetzung der parteipolitischen Neutralität mitbrachte, besaß der Zweckverband der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns schon aufgrund seiner Organisationsform als Dachverband einen organisationspolitischen Vorsprung vor dem in München tagenden zentralen Bauernratsgremium. Dabei war es im Hinblick auf die Legitimation als Interessenvertretung der gesamten bayerischen Landwirtschaft eine kluge Entscheidung, mit Mittermeier einen Bauernbündler des gemäßigten Flügels zum Vorsitzenden des Zweckverbandes der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns zu wählen – während sich der BV mit der Übernahme des Stellvertretenden Vorsizes durch Schlittenbauer begnügte. Die übrigen Sitze in der Vorstandschaft wurden gleichmäßig auf die übrigen Mitgliedsorganisationen verteilt<sup>28</sup>. Der Einfluss des BV hing also vom Durchsetzungsvermögen Schlittenbauers und Horlachers an. Deshalb wurde der Zweckverband der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns

---

<sup>25</sup> Vgl. RATJEN, Bauernkammern, 12–22. Vgl. dagegen BERGMANN, Bauernbund, 84 der den BV vor der Novemberrevolution als Hauptgegner der Errichtung einer Landwirtschaftskammer betrachtet, da eine solche den Einfluss des Adels und des Großgrundbesitzes geschmälert hätte.

<sup>26</sup> Nach Horlachers eigener Darstellung habe die Revolution mit ihren „willkürlichen“ Bauernräten stimulierend auf die 1920 erfolgte Errichtung der Bayerischen Landesbauernkammer als gesetzliche Selbstverwaltungskörperschaft gewirkt (HORLACHER, Bauernkammern (30. August 1920), 1–3).

<sup>27</sup> Vgl. dagegen BERGMANN, Bauernbund, 55–58 und HETZER, Bauernräte, 27, die den Zweckverband der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns als bloße Organisation zur Eindämmung der Revolution betrachten. Dabei hatte bereits ein vordergründig antirevolutionärer Beschluss der Wirtschaftspolitischen Vereinigung vom 14. Dezember 1918 – „Ein Bauer oder gar eine bäuerliche Organisation, die mit Sozialisten Hand in Hand arbeitet, begeht Verrat am eigenen Stand und leistet sozialistischen Agitatoren auf dem platten Lande nur Vorspanndienste.“ (Mitteilungen der Wirtschaftspolitischen Vereinigung vom 5. Januar 1919) – seiner Wirkung nach nicht den primären Zweck, den BBB von der Unterstützung der Revolution abzubringen, sondern dessen Austritt aus der Wirtschaftspolitischen Vereinigung zu provozieren – womit der Beschluss letztlich auch erfolgreich war (Mitteilungen der Wirtschaftspolitischen Vereinigung vom 5. Januar 1919).

<sup>28</sup> Vgl. PIX, Organisation, 113.

zunächst auch von Bauernvereinsfunktionären misstrauisch betrachtet, vor allem wenn sie in dessen Errichtung nicht unmittelbar eingebunden waren<sup>29</sup>.

Während Horlacher im Büro des Zweckverbandes der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns bis zur Niederkämpfung der Räterepublik innerhalb der nächsten Wochen zu organisatorischer Untätigkeit bestimmt war<sup>30</sup>, hatte Gandorfer mit seinem Parlamentarischen Bauernrat während dieser Zeit seine revolutionäre Legitimation zur Vertretung der bayerischen Landwirtschaft eingebüßt. Gandorfers Anhang, der in den regionalen Bauernräten außerhalb Niederbayerns ohnehin nicht stark war<sup>31</sup>, verminderte sich seither rapide<sup>32</sup>. Diejenigen Bauern, die sich aus Kriegsmüdigkeit zu Beginn an der Revolution beteiligt hatten, hatten an weitergehenden gesellschaftlichen Umstrukturierungen meist ohnehin kein Interesse<sup>33</sup>. Das Trauma, das die gewaltsame Geschichte der Räterepublik und ihrer Niederschlagung in der bayerischen Bevölkerung hinterlassen hatte<sup>34</sup>, wirkte sich ebenfalls in einer Minderung von Gandorfers Einfluss aus. Im BBB hatten nun die gemäßigten Kräfte um den niederbayerischen Großbauern Mittermeier und den Ruhpoldinger Waldbauernführer Georg Eisenberger (1863–1945)<sup>35</sup> die Oberhand gewonnen<sup>36</sup>.

Nach der Niederschlagung der Räterepublik nahm das zentrale landwirtschaftliche Rätegremium in München unter der üblich gewordenen Bezeichnung Landesbauernrat im Mai 1919 seine Tätigkeit wieder auf. Dabei bemühte sich dieser nach dem Verlust der revolutionären Legitimation um eine beschleunigte Umwandlung in eine Landwirtschaftskammer<sup>37</sup>. Dagegen arbeiteten der altbayerisch-katholische Bayerische Christliche Bauernverein und der fränkisch-protestantische Bund der Landwirte an einer konzertierten Aktion zur Liquidierung der Bauernräte. Die fränkischen Bauernräte – die in

<sup>29</sup> BBV-Oberpfalz, Protokollbuch 1914–1948, Vorstandsschaftssitzung des Oberpfälzischen Christlichen Bauernvereins am 1. Februar 1919. Vgl. dagegen BERGMANN, Bauernbund, 90, der behauptet, dass der Zweckverband der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns und der BV „weitgehend identisch“ gewesen seien.

<sup>30</sup> „Infolge der Bolschewistenherrschaft“ – so Horlacher in seinem ersten Geschäftsbericht – „wurde so von vornherein die äußere Geschäftstätigkeit des Zweckverbandes auf fast vier Wochen unmöglich gemacht“ (BBV-Herrsching, Landwirtschaftlicher Verein KC/Unterfranken 1.667, Generalversammlung des Zweckverbandes der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns am 13. April 1920).

<sup>31</sup> Die Bauernräte Mittelfrankens, Schwabens, der Oberpfalz und Oberbayerns standen ohnehin nicht auf der Seite Gandorfers. Ein von ihnen verhängter Lieferstreik sollte zum Ende der Räterepublik beitragen. Vgl. HUNDHAMMER, Geschichte, 160–162.

<sup>32</sup> MATTES, Bauernräte, 61–64.

<sup>33</sup> Vgl. ZIEMANN, Front, 329–375; BLESSING, Erfahrung, 989f.

<sup>34</sup> Vgl. HENNIG, Hoffmann, 285–291.

<sup>35</sup> Landwirt und Bauernbundspolitiker, katholisch, geboren am 28. März 1863 in Hutzenau (Gemeinde Ruhpolding), Übernahme des elterlichen Anwesens, 1893 eine der maßgeblichen Führungspersönlichkeiten bei der Entstehung des BBB, 1900 bis 1931 Vorsitzender des BBB, 1905 bis 1911 Bürgermeister von Ruhpolding, 1905 bis 1918 Mitglied der Kammer der Abgeordneten des Bayerischen Landtages, 1919/1920 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung, 1920 bis 1932 MdR, dort Fraktionsvorsitzender des BBB, noch vor der Machtergreifung Rückzug aus dem politischen Leben, gestorben am 1. Mai 1945. Zu Eisenberger vgl. EISENBERGER, Eisenberger; BERGMANN, Bauernbund, 23.

<sup>36</sup> Vgl. BERGMANN, Bauernbund, 63–69; HUNDHAMMER, Geschichte, 160–162.

<sup>37</sup> Vgl. MATTES, Bauernräte, 199f.

den katholischen Gebieten fest in der Hand des BV waren, in den evangelischen aber vom Bund der Landwirte dominiert waren – beriefen deshalb am 16. und 17. Juli 1919 einen Bauern- und Landarbeitertag nach Bamberg ein, wo sich der Sitz der bayerischen Staatsregierung unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann (1867–1930) befand. Nachdem Gandorfers Weggefährte Konrad Kübler (1884–1974)<sup>38</sup> erfolglos versucht hatte, die Veranstaltung zu sprengen, gelang es dem Bauernvereinsgeneralsekretär Schlittenbauer und Wolfgang Brügel (1883–1945)<sup>39</sup>, dem Direktor des Bundes der Landwirte, gemeinsam, einen Zentralen Bauern- und Landarbeiterrat als Konkurrenz zu Gandorfers Landesbauernrat zu errichten. Neben Brügel und Schlittenbauer wurde die Versammlung vor allem von Horlacher getragen, dessen zehn Punkte umfassender agrarpolitischer Forderungskatalog am zweiten Tag der Veranstaltung angenommen wurde<sup>40</sup>. Die eigentliche Führungsrolle aber hatte Brügel übernommen<sup>41</sup>, in dem der Bund der Landwirte einen besonders „energischen und wortgewandten“ Sprecher hatte<sup>42</sup>. Der „Bamberger Landarbeiter- und Bauerntag“ erfüllte seinen Zweck insofern, als die Gründung des Zentralen Bauern- und Landarbeiterrat Gandorfers Landesbauernrat in erheblichem Ausmaß destabilisierte. Im Interesse seiner beruflichen Zukunft war der

---

<sup>38</sup> Redakteur und Bauernbundspolitiker, protestantisch, geboren am 15. Mai 1884 in Simbach/Inn, Herausgeber des *Landauer Volksblattes*, Präsident des Verbands der Bauernbundpresse, 1918/1919 Mitglied des Provisorischen Nationalrates und des Aktionsausschusses des Rätekongresses als Vertreter des Parlamentarischen Bauernrates, Mitglied im Revolutionären Zentralrat als Volksbeauftragter, 1926 bis 1933 Mitglied des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und der Eisernen Front, Mitglied der Landesleitung des BBB, 1933 aller seiner Ämter enthoben, 1933/1934 und 1944 in KZ-Haft, nach dem Zweiten Weltkrieg Mitglied der CSU, 1946 bis 1949 niederbayerischer Bezirksvorsitzender der CSU, 1946 Mitglied der Bayerischen Verfassungsgebenden Landesversammlung, 1946 bis 1950 MdL, 1949 Mitglied der Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten, gestorben am 30. Oktober 1974 in Ruhpolding. Zu Kübler vgl. SCHMOLZE, *Bauernbündler*, 38–40; SCHUMACHER, *M.d.L.*, 696; LILLA, *Landtag*, 413f.

<sup>39</sup> Direktor des Bundes der Landwirte in Bayern, protestantisch, geboren am 25. Juni 1893 in Gereuth/Unterfranken, Besuch landwirtschaftlicher Fachschulen, anschließend Gutsbeamter, seit 1911 hauptamtlich beim Bund der Landwirte in Bayern beschäftigt, im Ersten Weltkrieg Leutnant der Landwehr, 1919 Mitglied des Landesausschusses der Bayerischen Mittelpartei (des bayerischen Landesverbandes der DNVP), 1920 bis 1933 Mitglied der Bayerischen Landesbauernkammer, 1924 Ernennung zum Ökonomierat, 1924 bis 1933 MdL für die DNVP, 1933 Verlust der beruflichen Stellung und aller Ehrenämter, Flucht nach Meran, gestorben am 23. September 1945. Zu Brügel vgl. StadtA Nürnberg, C21/III Nr. 595 (Einwohnermeldekarte Wolfgang Brügel); BayHStA-KriegsA, OP 63840 (Offizierspersonalakt Wolfgang Brügel); KIISKINEN, *Deutschnationale Volkspartei*, 600.

<sup>40</sup> Zum Bauern- und Landarbeitertag in Bamberg vgl. *Fränkischer Kurier* vom 18. Juli 1919 (Morgenausgabe); *Fränkischer Kurier* vom 18. Juli 1919 (Abendausgabe); *BSZ* vom 20. Juli 1919; *Mitteilungen des ZIK* vom 12. August 1919. Zu Horlachers Zehnpunkteprogramm vgl. HORLACHER, *Volksernährung* (26. Juni 1919), 258f.

<sup>41</sup> HETZER, *Bauernräte*, 42 bezeichnet Brügel als „Spiritus Rector“ der Bamberger Tagung.

<sup>42</sup> Vgl. RATJEN, *Bauernkammern*, 180f.



Geschäftsführer des Landesbauernrates – Josef Reisinger (geb. 1880)<sup>43</sup> – bereit, die Bamberger Beschlüsse zu akzeptieren, wofür er von Gandorfer scharf getadelt wurde<sup>44</sup>.

Unter dem Eindruck seiner antirevolutionären Positionierung in der Umgebung des BV wurde Horlacher in der Öffentlichkeit mittlerweile als Angehöriger der Bayerischen Volkspartei betrachtet, die die Nachfolge der Bayerischen Zentrumspartei angetreten hatte. In dem in Nürnberg erscheinenden liberalen *Fränkischen Kurier*<sup>45</sup> wurde er deshalb am 19. August 1919 als „Zentrumsmann“ bezeichnet<sup>46</sup>. Da er sich gerne als objektiver Sachpolitiker jenseits der parteipolitischen Streitigkeiten inszenierte<sup>47</sup>, empörte ihn dies sehr. Er reagierte dementsprechend scharf. Die Behauptung des *Fränkischen Kurier* galt ihm geradezu als Symptom dafür, „wie vergiftet unser öffentliches Leben durch die Parteipolitik ist“. Schließlich weigerte er sich, „über meine Zugehörigkeit zu einer Partei dem ‚Fränkischen Kurier‘ Rechenschaft zu geben“<sup>48</sup>. Nun war dies aber auch nicht nötig, da er seine Replik äußerst ungeschickt im *Bayerischen Kurier* – dem Organ der von den Bauernvereinsfunktionären Heim und Schlittenbauer gegründeten BVP<sup>49</sup> – veröffentlichte und damit für jeden sichtbar seine Nähe zu dieser Partei des bayerischen politischen Katholizismus demonstrierte. Obwohl er damit selbst die parteipolitische Neutralität des Zweckverbandes der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns als Trugbild entlarvte<sup>50</sup>, bestand er weiterhin auf dessen parteipolitischer Neutralität nach der von ihm ausgegebenen Parole: „Im Zweckverband gibt es keine Parteien und keine Richtungen mehr, hier gibt es nur noch Bauern.“<sup>51</sup>

Um als Geschäftsführer eines Dachverbandes, der landwirtschaftliche Interessenvertretungen mit unterschiedlicher parteipolitischer Orientierung umfasste, glaubwürdig zu wirken, war Horlacher darauf angewiesen, dass er als parteipolitisch neutral wahrgenommen wurde. Denn der Gedanke der Überwindung der parteipolitischen Spaltung der bayerischen Landwirtschaft durch eine überparteiliche organisatorische

<sup>43</sup> Nebenamtlicher Geschäftsführer des Landesbauernrates und hauptamtlicher Angestellter der Städtischen Elektrizitätswerke München, katholisch, wohnhaft in Feldmoching, gewählter Bauernrat, seit 1920 Geschäftsführer der Kreisbauernkammer Oberbayern, 1926 Ernennung zum Ökonomierat, stand am Ende der Weimarer Republik der NSDAP nahe. Zu Reisinger vgl. BayHStA, MInn 54196, Landesbauernrat an die Direktion der Städtischen Elektrizitätswerke München, 23. September 1919; BayHStA, ML 2434, Josef Schilcher an Fehr, 7. Dezember 1926; Kampf um Heimat und Scholle vom 15. Oktober 1932; LILLA, Landtag, 184.

<sup>44</sup> BayHStA, MInn 54196, Bericht über den am 15. August 1919 in der Residenz in München abgehaltenen Kongress der Delegierten zum Landesbauernrat, undatiert.

<sup>45</sup> Zum politischen Profil des *Fränkischen Kurier* vgl. KITTEL, Fundamentalismus, 859.

<sup>46</sup> *Fränkischer Kurier* vom 19. August 1919 (Abendausgabe).

<sup>47</sup> HORLACHER, Zukunft (1919), 43f.

<sup>48</sup> HORLACHER, Wirtschaftspolitik (21. September 1919), 2f.

<sup>49</sup> Zur Rolle Heims bei der Gründung der BVP vgl. FRIEMBERGER, Schlittenbauer, 46–64; SCHÖNHOFEN, Bayerische Volkspartei, 17–34.

<sup>50</sup> Vgl. dagegen PIX, Organisation, 103, der sich dem von Horlacher propagierten Mythos der parteipolitischen Neutralität des Zweckverbandes der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns unkritisch anschloss.

<sup>51</sup> Horlacher zit. nach MAAZ vom 13. Mai 1919 (Abendausgabe).

Zusammenfassung aller bayerischen Landwirte war unter dem Eindruck der sozialpolitischen Erfolge, die die Revolution für die Arbeitnehmer gebracht hatte, populärer denn je<sup>52</sup>. Im Bezirk Aichach konnte sich kurzzeitig eine Organisation etablieren, welche dem Bestreben Horlachers und Heims, die landwirtschaftlichen Organisationen von der Landesebene her zusammenzuschließen, misstraute und eine Einigung von der lokalen Ebene her propagierte. Die Initiative zu diesem „Wirtschaftsbund der bayerischen Landwirte“ ging von dem katholischen Pfarrer Dr. Johann Evangelist Bumüller (1873–1936)<sup>53</sup> und dem Vorsitzenden des Aichacher Bezirksbauernrates aus. Es sollen sich ihnen sofort 4.000 Anhänger angeschlossen haben<sup>54</sup>. Im Unterschied zum Zweckverband der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns wollten sie keinen Dachverband aus Repräsentanten bestehender Organisationen, sondern „eine Vereinigung auf wahrhaft demokratischer Grundlage, bei der jeder einzelne mitzureden und mitzuarbeiten, nicht bloß zu hören und aufzuhorchen hat“. Der Zweckverband der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns wurde dagegen als „Steigerung einer gewissen bürokratischen Grünen Tisch-Leistung“ betrachtet. Deshalb verlangte der katholische Theologe Bumüller, die Konsequenzen aus der Revolution für eine Demokratisierung des landwirtschaftlichen Organisationswesens Bayerns zu ziehen: „Die Bauern wollen nicht die alten bürokratischen Vereine mit ihren Leitern aus den obersten Schichten des Standes, sie wollen eine demokratische Vereinigung Gleichberechtigter und wollen vor allem auch nicht erst ihre Pläne ‚genehmigen‘ oder verwerfen lassen. Möchten sich das doch einmal auch jene merken, die aus unseren Zeiten immer noch nichts gelernt haben.“<sup>55</sup> Bumüllers Initiative stellte also die organisatorischen Prinzipien des Zweckverbandes der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns in Frage. Entsprechend empfindlich reagierte Horlacher. Er nannte die Arbeit Bumüllers deshalb in der *MAAZ* eine „überflüssige Kräftevergeudung“<sup>56</sup>, in der *Volkswirtschaftlichen Beilage* des Bayerischen Kurier verbat er sich die „agrarpolitische Nebenarbeit aus Aichach“<sup>57</sup>.

<sup>52</sup> LAUERBACH, Landwirtschaft, 198 urteilte deshalb in seiner 1924 abgeschlossenen Dissertation: „Die landw. Organisationen bekämpfen sich sämtlich in der wildesten Weise und vergeuden in diesem Kampfe auf Kosten der Landwirtschaft ihre besten Kräfte.“

<sup>53</sup> Katholischer Pfarrer und Publizist, geb. am 22. Februar 1873 in Ravensburg, nach der Priesterweihe im Jahr 1899 Promotion mit einem naturwissenschaftlichen Thema, im März 1901 Mitgründer und Verleger (bis März 1902 und von November 1902 bis November 1903) der *Freien deutschen Blätter. Wochenschrift für Politik, Wissenschaft und Kunst*, einer der einflussreichsten reformkatholischen („modernistischen“) Zeitschriften in Europa, seit 1903/1904 auf Druck der Münchner Nuntiatur Distanzierung von der Zeitschrift, 1906 Übernahme der Pfarrei Aufhausen bei Schiltberg, nach dem Ersten Weltkrieg Erster Vorsitzender des Bezirksackerbauverbandes Aichach und Mitglied der BVP, 1924 Übernahme der Pfarrei Großaitingen, gestorben am 31. Oktober 1936. Zu Bumüller vgl. *MAAZ* vom 16. Juni 1919; BERGMANN, Bauernbund, 56; HAUSBERGER, Engert, 69f. und 92f.; WEIB, Modernismus, 230–238.

<sup>54</sup> Zum „Wirtschaftsbund der bayerischen Landwirte“ vgl. *MAAZ* vom 27. Mai 1919 (Abendausgabe); *MAAZ* vom 16. Juni 1919; BBV-Herrsching, Landwirtschaftlicher Verein KC/Unterfranken 1.664, Luschka an den Landwirtschaftlichen Kreisausschuß für Unterfranken, 11. Juni 1919; BERGMANN, Bauernbund, 56f.

<sup>55</sup> *MAAZ* vom 16. Juni 1919.

<sup>56</sup> Horlacher zit. nach *MAAZ* vom 30. Mai 1919.

<sup>57</sup> HORLACHER, Wirtschaftsbund (1. Juni 1919), 4.

Da Bumüller selbst Mitglied der BVP war, zeigt sich an seiner Kritik sehr deutlich, dass es bei den organisationspolitischen Auseinandersetzungen innerhalb des landwirtschaftlichen Organisationswesens im Jahr 1919 um die Durchsetzung verschiedenartiger organisationspolitischer Konzepte für eine Landwirtschaftskammer ging – nach den Vorstellungen der Protagonisten des BV als echte Selbstverwaltungskörperschaft entsprechend dem organisationspolitischen Leitbild der als Funktionärsverbände organisierten Bauernvereine mit einem hauptamtlich besetzten Büro zur Durchführung administrativer Aufgaben oder nach dem Vorbild von Gandorfers Bauernräten und den organisationspolitischen Prämissen des BBB als ein ehrenamtlich besetztes Beratungsorgan für die staatliche Landwirtschaftsverwaltung<sup>58</sup>. Der BBB hatte die Notwendigkeit der landwirtschaftlichen Interessenvertretung durch aktive Landwirte zur organisationspolitisch wirksamen Ideologie erhoben und misstraute dem Einfluss der Funktionäre<sup>59</sup>. Unschwer waren deshalb Horlacher und Schlittenbauer als Objekte der Kritik zu erkennen, als das Bauernbundsblatt „Der Bündler“ am 26. Juli 1919 über den Zweckverband der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns schrieb: „Aber wenn immer wieder dieselben Männer bei allen erdenklichen Gelegenheiten im Vordergrund stehen, weil sie es verstanden haben, sich möglichst ‚unentbehrlich‘ zu machen, so ist dies namentlich im Zeichen der Selbstverwaltung eine weniger erfreuliche Tatsache. Je mehr Männer aus dem Volke zur unmittelbaren Mitarbeit herangezogen werden und je weniger geistige Vorarbeit den Stempel der Geheimkunst trägt, desto weniger krankt das organisatorische Leben an der ‚Unentbehrlichkeit‘ mancher Leute.“<sup>60</sup> Es waren deshalb vor allem die eigenen bürokratie- und funktionärsfeindlichen organisatorischen Prämissen des BBB, welche verhinderten, dass die Bauernräte ihren Anspruch auf die Selbstverwaltung der Landwirtschaft einlösen konnten<sup>61</sup>. Während der Landesbauernrat in Josef Reisinger einen nebenamtlichen Geschäftsführer besaß, der hauptamtlich im Münchner Elektrizitätswerk beschäftigt und für seine Aufgabe kaum qualifiziert war<sup>62</sup>, besaß der Zweckverband der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns einen professionellen bürokratischen Apparat, wodurch der BV seine Organisationsprinzipien auf diesen übertrug. Mit Horlacher war ein promovierter Volkswirt Büroleiter. Der Volkswirt Fritz Riemerschmid (geb. 1888)<sup>63</sup> betreute als Redakteur die

<sup>58</sup> Zu den unterschiedlichen Organisationsprinzipien von BV und BBB vgl. Kapitel V.2 und V.5.

<sup>59</sup> Seit seiner Gründung herrschte im BBB eine Abneigung dagegen, sich von hauptamtlichen Funktionären vertreten zu lassen (vgl. HAUSHOFER, Bauernbund, 179).

<sup>60</sup> Der Bündler vom 26. Juli 1919.

<sup>61</sup> BayHStA, MInn 54196, Reisinger an MInn, 22. Januar 1920.

<sup>62</sup> Nachdem Reisinger Direktor der Kreisbauernkammer Oberbayern geworden war, urteilte ein Mitglied dieser Kreisbauernkammer, dass er „fleißig und pflichtbewusst“ sei und sich in Steuersachen „sehr viel Mühe“ gibt – was nicht darauf hindeutet, dass Reisinger als besonders kompetent eingeschätzt wurde (BayHStA, ML 2434, Schilcher an Fehr, 7. Dezember 1926).

<sup>63</sup> Volkswirt, katholisch, geboren am 30. April 1888 in Holzolling (Bezirksamt Miesbach) als Sohn eines Lehrers, Besuch des humanistischen Gymnasiums in Günzburg, 1910 bis 1913 Studium der Handelswissenschaften und der Volkswirtschaftslehre auf der Handelshochschule München, der LMU und der Universität Erlangen, Kriegsfreiwilliger beim 1. Bayerischen Fußartillerieregiment, nach Beendigung des

*Mitteilungen des Zweckverbandes der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns.* Der vom Landwirtschaftlichen Verein übernommene Diplomlandwirt Karl Kugler<sup>64</sup> war landwirtschaftlich-technischer Geschäftsführer. Benno Hafen war als „wissenschaftlicher Mitarbeiter“ unmittelbar Horlacher zugeordnet<sup>65</sup>. Horlachers hauptamtlich geführter Zweckverband der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns war dem von Reisinger nebenamtlich verwalteten Landesbauernrat organisatorisch überlegen<sup>66</sup>. Während der Zweckverband der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns durch die kontinuierlich fließenden Beiträge seiner Mitgliedsverbände auf einer soliden finanziellen Basis stand und auf staatliche Zuschüsse nicht angewiesen war<sup>67</sup>, befanden sich die Finanzen des Landesbauernrates in einer katastrophalen Lage<sup>68</sup>. Einerseits schreckte der Landesbauernrat davor zurück, Mitgliedsbeiträge zu erheben, andererseits weigerten sich die nachrevolutionären Kabinette, zu seiner Finanzierung beizutragen<sup>69</sup>. Während die lokalen und regionalen Bauernräte ihre Tätigkeit im Laufe des Sommers 1919 schrittweise einstellten<sup>70</sup>, forcierte Horlacher die Gründung von Bezirks- und Kreisverbanden. Mit Ausnahme der Bauernbundshochburg Niederbayern gelang es überall Kreisverbände zu etablieren. Horlachers Büro war in der Lage, eine kontinuierliche Pressearbeit zu leisten und die Informationen, die dazu nötig waren, in einem Wirtschaftsarchiv systematisch zu sammeln<sup>71</sup>. Während der Landesbauernrat von der bayerischen Staatsregierung zunehmend ignoriert

---

Krieges wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Wirtschaftspolitischen Vereinigung, 1920 bis 1933 Presseverantwortlicher der Bayerischen Landesbauernkammer, 1924 Promotion in Volkswirtschaft, 1933 Übernahme in den Reichsnährstand, seit 1945 Angestellter beim Bayerischen Landesamt für Ernährung und Landwirtschaft bzw. beim bayerischen Landwirtschaftsministerium, am 26. Februar 1950 Ernennung zum Regierungsrat unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit, am 1. Mai 1953 Versetzung in den Ruhestand. Zu Riemerschmid vgl. RIEMERSCHMID, Jugendpflege; Ministerratssitzung am 6. November 1948, in: Protokolle des Bayerischen Ministerrats. Kabinett Ehard II, 724–731, hier: 729f.

<sup>64</sup> Kugler war vor seiner Tätigkeit beim Zweckverband der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns land- und volkswirtschaftlicher Hilfsarbeiter beim Bayerischen Landwirtschaftsrat. Mit dessen Einverständnis wurde er als landwirtschaftlich-technischer Geschäftsführer in Horlachers Büro angestellt (BBV-Herrsching, Landwirtschaftlicher Verein KC/Unterfranken 1.667, Horlacher an den Landwirtschaftlichen Kreisausschuß für Unterfranken, 13. Mai 1919).

<sup>65</sup> Zur Zusammensetzung des Büros des Zweckverbandes der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns vgl. PIX, Organisation, 114.

<sup>66</sup> Vgl. dazu SCHULZ, Räte, 355–366 wonach die Räteorganisationen nach der Revolution schon deshalb an Einfluss verloren, da die „geschulten und geübten Funktionäre der Verbände und Kammern das Heft in die Hand nahmen und schließlich mit den Beamten der zuständigen Ministerien das Ergebnis aushandelten“.

<sup>67</sup> Vgl. den ersten Kassenbericht von Horlachers Kanzleileiter, in: BBV-Herrsching, Landwirtschaftlicher Verein KC/Unterfranken 1.667, Generalversammlung des Zweckverbandes der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns am 13. April 1920.

<sup>68</sup> BayHStA, MInn 54196, Reisinger an MInn, 22. Januar 1920.

<sup>69</sup> Darin stimmte der Sozialdemokrat Hoffmann mit seinem konservativen Nachfolger Kahr überein (BayHStA, MInn 54196, MF an MInn, 9. Oktober 1919; BayHStA, MInn 54196, MInn an den Bezirksbauernrat Neumarkt/Oberpfalz, 20. Oktober 1920).

<sup>70</sup> Vgl. BERGMANN, Bauernbund, 63–69.

<sup>71</sup> Vgl. Horlachers ersten Geschäftsbericht (BBV-Herrsching, Landwirtschaftlicher Verein KC/Unterfranken 1.667, Generalversammlung des Zweckverbandes der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns am 13. April 1920).

wurde, entwickelte sich der Zweckverband der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns zu deren begutachtendem Organ<sup>72</sup>.

Gandorfer kompensierte diesen Einflussverlust durch eine gesteigerte agitatorische Aktivität. Eine Bauernversammlung, die der radikale Bauernbundsflügel am 3. August 1919 in Burgweinting bei Regensburg veranstaltete, erregte einiges Aufsehen. Dort wurde die Forderung nach der restlosen Aufhebung der aus dem Krieg überkommenen Zwangswirtschaft mit der Androhung eines Lieferstreiks untermauert. Die Versammlung wurde von Gandorfers engem Weggefährten Kübler geleitet<sup>73</sup>. In der *MAAZ* wurde Horlacher die erste Seite für eine Replik auf die Burgweintinger Versammlung eingeräumt. Unter der Überschrift „Wahnsinn statt Vernunft. Ein offenes Wort an alle Bauern“ ging Horlacher mit den Burgweintinger Forderungen, in denen er das Werk von „Volksverhetzern“ erblickte, ins Gericht. Die unvermeidlichen Preissteigerungen als Folge der Aufhebung der Zwangswirtschaft bedeuteten „den Kampf der Straße um das Brot mittels Streik und Unruhen, bedeutet Staatsbankrott, bedeutet den Sieg des Bolschewismus, bedeutet Mord und Totschlag, bedeutet Sengen und Brennen im ganzen Land“. Er erinnerte die Bauern daran, „daß die Großstädte schon jahrelang gehungert haben, daß ihr, die ihr an der Quelle der Nahrungsmittel sitzt, immer noch besser gelebt habt, als die Massen in den Städten“<sup>74</sup>. Aber Horlachers „offenes Wort an alle Bauern“ war nicht an diese gerichtet. Denn sie zählten nicht zum Leserkreis der *MAAZ*, die eine Zeitung der Beamten und des Bürgertums war<sup>75</sup>. Horlacher nutzte vielmehr die Gelegenheit, um sich im Licht altruistischer Gemeinwohlorientierung zu inszenieren und sich als Gesprächspartner für die Ministerialbürokratie anzubieten, während er wissen musste, dass Gandorfer mit seiner Forderung nach Aufhebung der Zwangswirtschaft die Mehrheit der Bauern hinter sich hatte<sup>76</sup>. Während sich Gandorfer aber mit derartigen Forderungen als Gesprächspartner der Staatsregierung vollends diskreditierte, nutzte Horlacher die Gelegenheit, um die Bauern im ganzen Land persönlich zur Ablieferung ihrer Lebensmittel aufzurufen<sup>77</sup> und dadurch die Position des Zweckverbandes der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns als begutachtendes Organ der Staatsregierung zu festigen. Seit Burgweinting scheint

---

<sup>72</sup> Reisinger beklagte sich im Herbst 1919, dass sich die Bezirksamter dem Landesbauernrat gegenüber „fast durchwegs ablehnend verhalten“, während sie den Zweckverband der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns konsultierten (BayHStA, MIInn 54196, Landesbauernrat an MIInn, 4. Oktober 1919). Vgl. dazu ferner MATTES, Bauernräte, 201.

<sup>73</sup> Mitteilungen des ZIK vom 20. September 1919; zur Burgweintinger Versammlung vgl. BERGMANN, Bauernbund, 174f.; ferner ZIEMANN, Front, 333.

<sup>74</sup> HORLACHER, Wahnsinn (22. August 1919), 1.

<sup>75</sup> Vgl. Kapitel III.3.

<sup>76</sup> Vgl. MATTES, Bauernräte, 143–159.

<sup>77</sup> Vgl. Horlachers ersten Geschäftsbericht (BBV-Herrsching, Landwirtschaftlicher Verein KC/Unterfranken 1.667, Generalversammlung des Zweckverbandes der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns am 13. April 1920).

Ministerpräsident Hoffmann den Landesbauernrat in agrarpolitischen Angelegenheiten kaum mehr konsultiert zu haben<sup>78</sup>.

Horlachers Büro entwickelte sich immer mehr zum eigenständigen Faktor in den von der Revolution beschleunigten organisationspolitischen Auseinandersetzungen der rivalisierenden Verbände. Dabei konnte es sich von den ehrenamtlichen Strukturen immer unabhängiger zu machen<sup>79</sup>. Denn Horlacher war in der Lage, sein Büro zu einem agrarpolitischen Kompetenzzentrum auszubauen, womit es verschiedenen organisationspolitischen Zwecken dienstbar gemacht werden konnte. So bewältigte er die Umwandlung der Handelspolitischen Vereinigung der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns einschließlich Müllerei und Mälzerei in die Wirtschaftspolitische Vereinigung der Landwirtschaft und Agrarindustrie Bayerns reibungslos. Nachdem die Errichtung des Zweckverbandes der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns zunächst ohne Horlacher erfolgte und die Wirtschaftspolitische Vereinigung nach dem Rücktritt des Vorsitzenden ohne Repräsentanten war und durch den Zweckverband der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns überhaupt ersetzt werden sollte, bestand für einige Tage die paradoxe Situation eines funktionierenden Verbandsbüros ohne Verband.

Daran zeigt sich die organisationspolitische Stärke und Bedeutung einer einmal errichteten bürokratischen Organisation. Dabei war Horlacher bereit, seine agrar- und organisationspolitischen Einsichten auf der Grundlage seiner akademischen volkswirtschaftlichen Ausbildung auch gegen Widerstände der praktischen Landwirtschaft durchzusetzen, wie sich anlässlich der von ihm maßgeblich betriebenen Errichtung eines Landesverbandes land- und forstwirtschaftlicher Arbeitgebervereinigungen Bayerns zeigen lässt<sup>80</sup>. Dieser wurde am 18. November 1919 errichtet. Damit versuchte er von seinem Büro aus die korporative Integration der gesamten Landwirtschaft zu erreichen, die er aufgrund der sozial- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen, welche die Revolution vor allem durch das Koalitionsrecht für die Landarbeiter mit sich gebracht hatte, für unumgänglich hielt<sup>81</sup>. Angesichts der Agitation mitgliederstarker Landarbeitergewerkschaften plädierte Horlacher

---

<sup>78</sup> BayHStA, MInn 54196, Bericht über den am 15. August 1919 in der Residenz in München abgehaltenen Kongress der Delegierten zum Landesbauernrat, undatiert.

<sup>79</sup> Horlachers Unabhängigkeit gegenüber dem Vorsitzenden des Zweckverbandes der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns zeigte sich daran, dass er in der Lage war, in dessen Namen einen Aufruf zur Unterstützung der Einwohnerwehren im *Bayerischen Kurier* zu veröffentlichen, ohne den Vorsitzenden vorher gefragt zu haben (BBV-Hersching, Landwirtschaftlicher Verein KC/Unterfranken 1.667, Generalversammlung des Zweckverbandes der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns am 13. April 1920).

<sup>80</sup> Zum Landesverband land- und forstwirtschaftlicher Arbeitgebervereinigungen vgl. LAUERBACH, Landwirtschaft, 168–173.

<sup>81</sup> Gegenüber der bisherigen patriarchalischen Landarbeitsordnung brachte die Neuregelung der landwirtschaftlichen Arbeitsbeziehungen nach der Revolution für die Landarbeiter die unbeschränkte Koalitionsfreiheit, die Aufhebung der Gesindeordnung und der Ausnahmegesetze. Damit traten alle strafrechtlichen Bestimmungen gegen Vertragsbruch und Widersetzlichkeit außer Kraft. Eine Gesamtregelung erfuhr das Landarbeiterrecht durch die Landarbeitsverordnung vom 24. Januar 1919. Diese beinhaltete Bestimmungen über Lohnschutz, Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz, Wohnungsbeschaffenheit, Arbeitszeit und Ruhepausen. Vgl. BICHL, Untersuchung, 8–15.

auf der ersten Generalversammlung des Landesarbeitgeberverbandes am 9. April 1920 für die Integration der Landwirtschaft in einem Arbeitgeberverband, da er Wert darauf legte, dass diese „Fragen, die zugleich wirtschafts- und sozialpolitischer Natur sind, nach einheitlichen Grundsätzen behandelt werden“. Er war der Meinung, dass die Landwirtschaft „ohne vollkommene Einigkeit und ohne eine starke zentrale Leitung auf den jetzt für sie ausschlaggebenden Gebieten der Wirtschafts- und Sozialpolitik dem furchtbaren Ansturm der Arbeitnehmer und ihrer wirtschaftlichen und politischen Organisationen nicht gewachsen sein kann“. Horlacher sah in einem solchen Zusammenschluss die adäquate Antwort auf die sozialpolitischen Herausforderungen der Revolution, die er aber letztlich nur als unumgängliche Folge einer durch Krieg und Revolution lediglich beschleunigten Einbindung der Landwirtschaft in eine industrialisierte Gesellschaft betrachtete. Die Rückkehr zur vorrevolutionären patriarchalischen Landarbeitsordnung hielt er trotz zeitweiliger anders lautender Lippenbekenntnisse deshalb für utopisch. So sehr Horlachers Bemühungen um die landesweite Organisation der landwirtschaftlichen Arbeitgeber in einem bürokratisch organisierten Verband deshalb einerseits Ausdruck der Integration der Landwirtschaft in die Industriegesellschaft sind, so sehr hatte er andererseits mit der „Mißstimmung von Arbeitgebern“ gegen ihn zu rechnen, die notfalls mit gewaltsamen Mitteln die patriarchalische Regelung der ländlichen Arbeitsbeziehungen verteidigen wollten oder sich zumindest obstruktiv gegenüber dem Achtstundentag verhielten. Horlachers Landesarbeitgeberverband hatte deshalb mit Unverständnis und offener Ablehnung zu rechnen. In Oberfranken führte das Misstrauen gegen einheitliche Tarife zu einer fast geschlossenen Weigerung, Beiträge zum Landesarbeitgeberverband zu entrichten. Der unterfränkische Kreisverband hatte bereits vor der ersten Generalversammlung wieder seinen Austritt erklärt. In Niederbayern standen die Bauern fern, während immerhin die größeren Betriebe Mitglied waren. Deshalb musste Horlacher um die Finanzierung des Landesarbeitgeberverbandes besorgt sein. Horlacher hielt es für „ganz unmöglich, mit den Beträgen, wie sie bis jetzt an den Landesverband geleistet wurden, noch weiter den Unterhalt des Büros zu bestreiten“. Während die bäuerlichen Arbeitgeber an den überkommenen patriarchalischen Konfliktregelungsmechanismen festhalten wollten, propagierte Horlacher die Normierung der landwirtschaftlichen Arbeitsbeziehung mit Hilfe von einheitlichen und wissenschaftlich überprüfbaren Kriterien. Um sich die „einschlägigen wissenschaftlichen Unterlagen für eine gedeihliche Lohnpolitik“ zu verschaffen, benötigte er einen hauptamtlichen Apparat, dazu brauchte er Mitgliedsbeiträge. Da sich die Bauern gegenüber Horlachers Versuchen, den sozialpolitischen Normierungsversuchen der Arbeitnehmervertretungen gleichwertige Bemühungen von Arbeitgeberseite gegenüberzustellen, ablehnend oder zumindest ignorant verhielten, setzte Horlacher auf die Gutsbesitzer und Großbauern, denen er die Einsicht in die Notwendigkeit einer einheitlichen Arbeitgebervertretung zutraute. Er vertrat deshalb „nachdrücklichst seine

wiederholt kundgegebene Auffassung, daß der größere Besitz die Arbeitgeberorganisation finanzieren müsse“. Indem sich der Zweckverband der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns und der Landesarbeitgeberverband die Finanzierung von Horlachers Büro teilten, konnte das Finanzierungsproblem wenigstens vorläufig geregelt werden<sup>82</sup>.

Horlacher musste zur Umsetzung seiner agrar- und organisationspolitischen Konzepte nicht nur den Widerstand praktischer Landwirte, sondern auch denjenigen der mit dem BV um politischen Einfluss konkurrierenden Verbände überwinden. Im Landwirtschaftlichen Verein wurde der erfolgreiche Ausbau des Zweckverbandes der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns durch Horlacher mit zunehmendem Misstrauen beobachtet. Der Landwirtschaftliche Kreisausschuß der Oberpfalz und von Regensburg wertete die Gründung von Bezirks- und Kreisverbanden als Versuch, den Zweckverband der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns von den Mitgliedsorganisationen unabhängig zu machen<sup>83</sup>. Vor allem aber sah der Landwirtschaftliche Verein seine bisherige offiziöse Stellung als begutachtendes Organ der Regierung bedroht: „Die ganze Initiative und Verfolgung gerade der bedeutungsvollsten Maßnahmen und Anregungen ist in die Hände des Zweckverbandes übergegangen, was man am deutlichsten beim Verkehr mit diesem letzteren einerseits und mit dem Landwirtschaftsrat andererseits merkt. Alles Wichtige kommt vom Landesverband und geht wieder an diesen.“<sup>84</sup> Tatsächlich beanspruchte Horlacher für den Zweckverband der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns – erfolglos – das alleinige Begutachtungsrecht des „Gesetzentwurfes zur Errichtung einer gesetzlichen Berufsvertretung der Landwirtschaft in Bayern“<sup>85</sup>. Zuallererst erhob Horlacher die klare Forderung, den Landesbauernrat „von dem Augenblick an, wo die gesetzliche Berufsvertretung geschaffen ist, verschwinden zu lassen“<sup>86</sup>. Um die Erinnerung an die als verfassungspolitischen Unfall gewertete Revolution zu tilgen, war er nicht bereit, die vom BBB geforderte Bezeichnung „Bauernrat“ für die zukünftige Landwirtschaftskammer zu akzeptieren. Stattdessen schlug er im Namen des Zweckverbandes der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns die Bezeichnung „Bauernkammer“ vor<sup>87</sup>. Dabei zielten Horlachers Vorschläge zur Änderung des Gesetzentwurfes hauptsächlich darauf ab, die zukünftige Stellung der bestehenden landwirtschaftlichen Organisationen auf der bürokratischen Ebene

<sup>82</sup> BBV-Herrsching, Landwirtschaftlicher Verein KC/Unterfranken 1.667, Generalversammlung des Landesverbandes land- und forstwirtschaftlicher Arbeitgeber Bayerns am 9. April 1920.

<sup>83</sup> BBV-Herrsching, Landwirtschaftlicher Verein KC/Unterfranken 1.664, Rundschreiben des Landwirtschaftlichen Kreisausschusses der Oberpfalz und von Regensburg, 28. August 1919.

<sup>84</sup> BBV-Herrsching, Landwirtschaftlicher Verein KC/Unterfranken 1.664, Rundschreiben des Landwirtschaftlichen Kreisausschusses der Oberpfalz und von Regensburg, 28. August 1919.

<sup>85</sup> Bayerisches Bauernblatt vom 16. September 1919.

<sup>86</sup> BayHStA, ML 118, Horlacher an ML, 29. September 1919. Damit meinte Horlacher den so genannten Vereinigten Landesbauernrat, der sich am 20. September 1919 aus dem Zusammenschluss von Gandorfers Landesbauernrat mit dem am 16./17. Juli 1919 in Bamberg gegründeten antirevolutionären Zentralen Bauern- und Landarbeiterrat gebildet hatte. Zum Vereinigten Landesbauernrat vgl. MATTES, Bauernräte, 201.

<sup>87</sup> Die Bezeichnung „Bauernrat“ galt ihm als „üble“ Erinnerung an die Revolutionszeit (HORLACHER, Bauernkammern (30. August 1920), 1–3).



gegenüber dem Einfluss der Kammerangehörigen<sup>88</sup> zu stärken. Seine Forderung, auf Gemeindeebene aus Kostengründen keine Kammern zu errichten und die Bezirksbauernkammern als unterste Organisation der Selbstverwaltung einzurichten, war dazu angetan, eine breite Masse der Bauern vom Einfluss auf die Selbstverwaltung auszuschließen. Seine Forderung, den Bezirks- und Kreisbauernkammern im Gegensatz zum Gesetzentwurf die Möglichkeit zum selbständigen Zusammenschluss zu untersagen, war dazu angetan, die zentralen Landesorgane auf Kosten der unteren Selbstverwaltungsorgane zu stärken. Schließlich bot seine Forderung, den bestehenden wirtschaftspolitischen, genossenschaftlichen und technischen Organisationen der Landwirtschaft ein Drittel der Sitze in den Kammern einzuräumen, die Möglichkeit, unbequeme Wahlergebnisse von den Landesorganen aus zu korrigieren. Es fand deshalb auch der Vorschlag seinen Beifall, die Mitglieder der Landesversammlung indirekt durch die Kreisversammlungen wählen zu lassen. Um die Selbstverwaltungskörperschaften dem Einfluss des mittleren und größeren Besitzes vorzubehalten, bemühte er sich schließlich um Einschränkungen im Wahlrecht. Deshalb schlug er die Erhöhung der Steuerverhältniszahl als Grundlage der Wahlberechtigung von 40 auf 80 und den Ausschluss der Landarbeiter von der Wahlberechtigung vor<sup>89</sup>.

Am 18. März 1920 wurde das „Gesetz über die Bauernkammern“ vom bayerischen Landtag einstimmig angenommen<sup>90</sup>. Als Berichterstatter gab Schlittenbauer seiner Hoffnung Ausdruck, „daß die Vertretungen, die sich unter den Stürmen der Revolution so nach Zufall und Willkür gebildet haben, verschwinden und daß an die Stelle der Willkür nunmehr geordnete Verhältnisse in die amtliche Vertretung der Bauernschaft kommen“<sup>91</sup>. Die endgültige Gestalt der Bauernkammern stellte einen Kompromiss zwischen dem bürokratisch-hauptamtlichen Organisationsprinzip des Zweckverbandes der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns und dem ehrenamtlich-basisdemokratischen Organisationsprinzip des Landesbauernrates dar. Die von den Pflichtmitgliedern erhobenen Umlagen verschafften den Bauernkammern kontinuierliche Einnahmen zur Aufrechterhaltung einer bürokratischen Tätigkeit. Die Unabhängigkeit der Bezirks- und Kreisbauernkammern gegenüber der Landesbauernkammer war durch einen strengen Instanzenzug, der den direkten Kontakt der Bezirks- und Kreisbauernkammern mit staatlichen Behörden auf Landesebene verbot, stark eingeschränkt. Eine Möglichkeit zum korrigierenden Eingriff in die Zusammensetzung der

<sup>88</sup> Als Kammermitglieder werden die ehrenamtlichen Mitglieder der Plenarversammlungen auf den verschiedenen Verwaltungsebenen bezeichnet, Kammerangehörige sind dagegen alle diejenigen, die zur Wahl der Kammermitglieder berechtigt sind. Vgl. LANGKOPF, Landwirtschaftskammern.

<sup>89</sup> Zu den Vorschlägen des Zweckverbandes der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns vgl. BayHStA, ML 118, Horlacher an ML, 8. September 1919; BayHStA, ML 118, Horlacher an ML, 15. September 1919; Mitteilungen des ZIK vom 20. September 1919.

<sup>90</sup> Zur Entstehungsgeschichte des Gesetzes über die Bauernkammern vgl. SCHLITTENBAUER, Einleitung, 5–12; FRIEMBERGER, Schlittenbauer, 68–72. Zur Geschichte der bayerischen Bauernkammern vgl. BAUER, Organisation, 168–180; PIX, Organisation, 132–146; LAUERBACH, Landwirtschaft, 14–43; HUNDHAMMER, Berufsvertretung, 136–182; RATJEN, Bauernkammern.

<sup>91</sup> Verh. d. Bay. Landtags 1919–1920. Sten. Ber. Bd. 2, Sitzung am 18. März 1920, 564–581.

Landesbauernkammer bot das indirekte Wahlrecht und die Möglichkeit, ein Fünftel der Kammermitglieder nachträglich durch Zuwahl zu bestimmen. Dagegen war es ein Zugeständnis an BBB und SPD, dass die Steuermesszahl als Grundlage der Wahlberechtigung nicht angehoben wurde. Dem Interesse aller landwirtschaftlichen Organisationen entsprach es, dass das Wahlrecht der Landarbeiter und Dienstboten verhindert werden konnte. Stattdessen sollten die Bauernkammern Arbeitsgemeinschaften mit erst noch zu errichtenden Arbeitnehmerorganisationen bilden<sup>92</sup>. Obwohl das Gesetz einstimmig angenommen wurde, war die Etablierung einer Selbstverwaltungskörperschaft für die Landwirtschaft aber trotzdem weitgehend gescheitert. Die staatliche Landwirtschaftsverwaltung war nicht bereit, die administrativen Aufgaben an die Bauernkammern abzugeben. Im Unterschied zu den am Ende des 19. Jahrhunderts entstandenen Landwirtschaftskammern in den anderen deutschen Staaten mussten sich die bayerischen Bauernkammern mit unbestimmten Mitwirkungsrechten an der Landwirtschaftsverwaltung und der Ausübung der Gesamtinteressenvertretung begnügen<sup>93</sup>.

So war also ein Beratungsorgan entstanden, das eher den Vorstellungen des Bayerischen Bauernbundes entsprach, das jedoch den hauptamtlichen Apparat für die Ausbildung einer vollwertigen Selbstverwaltungskörperschaft nach den Wünschen des Bayerischen Christlichen Bauernvereins besaß. Darin lag der Keim neuer organisationspolitischer Auseinandersetzungen um die Bayerische Landesbauernkammer. Einstweilen hatte der BV jedoch in personalpolitischer Hinsicht den Sieg über den Bayerischen Bauernbund errungen. Horlacher wurde zum Direktor der Landesbauernkammer gewählt<sup>94</sup> und sein Büro in dasjenige der Landesbauernkammer überführt<sup>95</sup>, während der Geschäftsführer des Landesbauernrates auf den Posten des Direktors der Kreisbauernkammer Oberbayern abgeschoben und Horlacher damit unterstellt wurde<sup>96</sup>.

## 2. Agrarpolitik im Dienst der Ordnungszelle

Für die endgültige Gestalt der Bayerischen Landesbauernkammer waren die organisationspolitischen Rivalitäten zwischen den verschiedenen landwirtschaftlichen Interessenvertretungen maßgeblich. Dabei ist die Errichtung dieser

<sup>92</sup> Zum „Gesetz über die Bauernkammern“ vgl. Das bayerische Gesetz über die Bauernkammern vom 20. März 1920; BayHStA, ML 119, Beschlüsse des Räteausschusses zum Entwurf eines Gesetzes über die Bauernkammern, 5. März 1920; RATJEN, Bauernkammern, 22–30.

<sup>93</sup> Das bayerische Gesetz über die Bauernkammern vom 20. März 1920; SCHLÖGL, Agrargeschichte, 571–577; SAUER, Selbstverwaltung, 60f.; RATJEN, Bauernkammern, 185. Der Staatsrechtler Hans Nawiasky (1880–1961) urteilte deshalb im Jahr 1923 anlässlich eines Kommentars zum Gesetz über die Bauernkammern über die Landesbauernkammer: „Von irgendeinem entscheidenden Einfluß ist keine Rede“ (NAWIASKY, Verfassungsrecht, 87f.).

<sup>94</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 31. August 1920, 3–5.

<sup>95</sup> Mitteilungen der Bay. Landesbauernkammer vom 30. November 1920.

<sup>96</sup> BayHStA, MIInn 54196, Vormerkung vom 2. Februar 1926.

Selbstverwaltungskörperschaft als Reaktion auf die zunehmende Integration der Landwirtschaft in ein auf die Bedürfnisse der Industriegesellschaft orientiertes Wirtschaftssystem mit den Mitteln der bürokratischen Zwangswirtschaft zu sehen. Ihre Errichtung entspringt letztlich dem Bemühen, der als Vertretung von Verbraucherinteressen wahrgenommenen staatlichen Ernährungsverwaltung eine mit gleichwertigen administrativen Befugnissen ausgestattete landwirtschaftliche Selbstverwaltungskörperschaft als Interessenvertretung entgegenzustellen. Deshalb erreichte die Bürokratisierung der Agrarpolitik mit der Errichtung der Landesbauernkammer als gesetzliche Berufsvertretung öffentlich-rechtlichen Charakters eine neue Dimension. Denn die Lebensmittelbewirtschaftung war auch nach dem Ende der Kampfhandlungen zur Bekämpfung der Teuerung beibehalten worden<sup>97</sup>. Die Bruttoproduktion der Hauptgetreidearten war während des Krieges kontinuierlich um bis zu einem Drittel zurückgegangen und sank nach dem Krieg weiter. Der Fleischanfall war wegen der verringerten Futtermittelbasis zwischen 1914 und 1918 um 82 Prozent gesunken. Der Tiefstand der Schweine- und Rinderbestände war aber erst 1919 erreicht<sup>98</sup>. Der Landwirtschaft fehlten aufgrund der Kriegsverluste sowie der Reparationsbestimmungen und Handelsrestriktionen des Versailler Vertrages Arbeitskräfte, Zugtiere, Maschinen, tierischer und mineralischer Dünger<sup>99</sup>.

Nachdem Horlacher die Kriegsernährungswirtschaft während des Ersten Weltkrieges zu verteidigen hatte, kritisierte er nun deren Umsetzung durch die revolutionären Machthaber. Am 10. Juli 1919 schrieb er in den *Mitteilungen des Zweckverbandes der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns*: „Das straffe System der Zwangsbewirtschaftung, die bewusste Beibehaltung offensichtlicher Lügen in unserem Ernährungssystem, das Versagen berechtigter Preiserhöhungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse und zuletzt noch das Schwinden des Autoritätsbewusstseins haben nunmehr zu Verhältnissen geführt, die einer tatsächlichen Nichtgeltung der behördlichen Bewirtschaftung auf vielen Gebieten heute gleichkommen.“<sup>100</sup> Horlacher beabsichtige aber keineswegs die Aufhebung der Lebensmittelbewirtschaftung. Während er vor den Repräsentanten der Raiffeisengenossenschaften behauptete, dass „die „bureaukratische Bevormundung in der Landwirtschaft ein vollendeter Unsinn ist, die Landwirtschaft muß sich nach dem richten, was ihr durch die Natur vorgeschrieben ist“<sup>101</sup> – plädierte er gleichzeitig in der *Bayerischen Handelszeitung* für die Weiterführung der Zwangswirtschaft: „Die Binnenwirtschaftspolitik mit behördlicher Kontrolle im Preis wie Absatz bei den wichtigsten Produkten des

<sup>97</sup> Vgl. dazu SCHUMACHER, Land, 130–143.

<sup>98</sup> BERTHOLD, Entwicklung, 97–103.

<sup>99</sup> BERTHOLD, Entwicklung, 89–91; ACHTER, Einwirkung, 115–144.

<sup>100</sup> HORLACHER, Preispolitik (10. Juli 1919), 1f.

<sup>101</sup> HORLACHER, Zukunft (1919), 24.

industriellen und landwirtschaftlichen Bedarfes, eine scharfe Kontrolle der Ein- und Ausfuhr, ist eines der Hauptmittel, um uns vor der weiteren drohenden Verarmung zu retten.“ In der Inflation sah er die unausweichliche Folge der Aufhebung der Lebensmittelbewirtschaftung, weshalb er diese Forderung als Gefahr für den wirtschaftlichen Wiederaufbau betrachtete<sup>102</sup>. Horlacher forderte vielmehr, „die im Volke verhasste Zwangswirtschaft allmählich abzubauen und auf Selbstverwaltungskörpern die Lebensmittelversorgung aufzubauen“<sup>103</sup>. Nach den Erfahrungen mit der Nahrungsmittelnot im Weltkrieg erschien eine einfache Rückkehr zur Marktwirtschaft kaum mehr möglich<sup>104</sup>. Horlacher wollte deshalb keinen Abbau der bürokratischen Lebensmittelbewirtschaftung, von deren grundsätzlichem Funktionieren er immer noch überzeugt war, sondern die Übertragung derselben auf die Bauernkammern<sup>105</sup>.

Im Gegensatz zur Horlacher artikulierte vor allem der Bauernbundsflügel um Gandofer und Kübler die Hoffnung auf steigende Erzeugerpreise und ein Ende der als erniedrigend empfundenen Kontrollen nach dem geforderten Ende der Lebensmittelbewirtschaftung. Damit gelang es ihnen, die bäuerlichen Massen vor allem in Niederbayern gegen die Zwangswirtschaft zu mobilisieren<sup>106</sup>. Dies hatte bereits die Burgweintinger Versammlung des BBB am 3. August 1919 gezeigt, als die Aufhebung der Zwangswirtschaft nach einem längeren Referat Küblers mit einer Lieferstreikdrohung untermauert worden war. Horlacher hatte diese Drohung in der *MAAZ* am 22. August 1919 doppeldeutig als „Spiel mit dem Feuer“ bezeichnet, da es bereits zu Branddrohungen gegen Landwirte gekommen war<sup>107</sup>. Im Rheinland und in Westfalen war es bereits zu Übergriffen auf landwirtschaftliches Eigentum gekommen<sup>108</sup>. Horlacher glaubte deshalb im Interesse der Bauern zu handeln, wenn er ihren Forderungen nach Aufhebung der Zwangswirtschaft widersprach. Die mit zunehmender Dauer der Lebensmittelbewirtschaftung immer stärker zurückgehende Ablieferungsmoral empörte die Verbraucher immer mehr<sup>109</sup>. „Denn es gibt niemand“ – so stand in der Münchener Zeitung vom 19. Januar 1920 zu lesen – „der für die Not der Großstädte ein geringeres Verständnis besäße als die Bauern.“<sup>110</sup> Horlacher rief deshalb beschwichtigend zur Ablieferung auf: „So sehr wir verlangen, daß der Bauer

<sup>102</sup> HORLACHER, Veränderungen (13. Dezember 1919), 615.

<sup>103</sup> BBV-Herrsching, Landwirtschaftlicher Verein KC/Unterfranken 1.667, Generalversammlung des Zweckverbandes der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns am 13. April 1920.

<sup>104</sup> Vgl. SPERL, Wirtschaft, 218–231; KRÜGER, Kriegsozialismus, 506–529.

<sup>105</sup> Nach FLEMMING – KROHN – WITT, Sozialverhalten, 253 sei die Ablehnung, die die Lebensmittelbewirtschaftung bei den Landwirten erfuhr, von den Agrarverbänden bewusst zur Diskreditierung der Republik instrumentalisiert worden. Das Festhalten des Republikgegners Horlacher an der Lebensmittelbewirtschaftung zeigt, dass dieses Urteil der Revision durch BERGMANN, Bauernbund, 170–172 tatsächlich bedurfte, der das bedingte Festhalten der Bauernvereinsführung an der Zwangswirtschaft erkannte.

<sup>106</sup> Zur Haltung des BBB zur Lebensmittelbewirtschaftung vgl. BERGMANN, Bauernbund, 173–177. Zur Haltung der Bauern zur Lebensmittelbewirtschaftung vgl. MOELLER, Peasants, 43–74; ZIEMANN, Front, 318–325.

<sup>107</sup> HORLACHER, Wahnsinn (22. August 1919), 1.

<sup>108</sup> Vgl. MOELLER, Peasants, 71.

<sup>109</sup> Vgl. ZIEMANN, Front, 340–356; BERGMANN, Bauernbund, 177–181.

<sup>110</sup> Münchener Zeitung vom 19. Januar 1920.

bekommt, was recht und billig ist, so sehr müssen wir auch verlangen, daß der Städter von dem Bauern das bekommt, was er im Interesse des allgemeinen Wohles unbedingt fordern muß.“<sup>111</sup>

Aber um den Schwarzmarkt und die Inflation zu bekämpfen, war auch Horlacher von der Notwendigkeit kostendeckender Erzeugerpreise überzeugt, was er auf eine griffige Formel zu bringen verstand: „Zu geringe Erzeugerpreise bedeuten in der Praxis nichts anderes als eine gewaltige Verteuerung der städtischen Lebenshaltung.“<sup>112</sup> Damit machte er die lohnpolitischen Forderungen der Verbraucher selbst für die Teuerung verantwortlich, unter der sie litten: „Wenn der städtische Verbraucher die gewaltigen Preissteigerungen, insbesondere auch Lohnerhöhungen, die der Bauer heute zu tragen hat, genügend erwägt, dann würde allenthalben die Erkenntnis sich Bahn brechen, daß es die verfehlteste Preispolitik ist, bei den Erzeugerpreisen so drücken zu wollen, daß diese den Produktionskosten nicht mehr entsprechen.“<sup>113</sup> Deshalb plädierte Horlacher für die Senkung der Produktionskosten mit bürokratischen Instrumenten. Dadurch hoffte er den Landwirten den für nötig gehaltenen Produktionsanreiz durch höhere Preise zu geben, ohne die Teuerung zu forcieren. Im Landtag forderte er deshalb am 27. Juli 1920 einen „organischen Preisabbau“ und eine „sparsame Wirtschaft in allen Teilen des Volkes“, um den Landwirten einen Anreiz zur Produktionssteigerung über eine Senkung der Produktionskosten zu verschaffen. Dabei verstand er die Bekämpfung der Inflation auf diese Art und Weise als Selbstverwaltungsaufgabe. Er forderte deshalb eine „Zusammenarbeit aller Berufsgruppen, und da ist es notwendig, daß eben die einzelnen Stände, die einzelnen Berufsgruppen sich zusammenfinden und in gemeinsamer Arbeit die Regelung dieser Fragen eben auf dem Wege der eigenen Selbstverwaltung in Angriff nehmen“. Die staatlichen Behörden sollen sich dagegen auf die „Überwachung der allgemeinen Wirtschaft und die Kontrolle durch Verwaltungsmaßnahmen“ beschränken<sup>114</sup>.

Horlacher machte jedoch nicht nur die sozialpolitischen Forderungen der Arbeiter für die gestiegenen Produktionskosten und damit für die Inflation verantwortlich. Während die Sozialdemokraten die Habsucht der Landwirtschaft für Schwarzmarkt und Schleichhandel verantwortlich machten<sup>115</sup>, wies Horlacher auf die Geldgier des Handels hin, um von der Kritik an der Landwirtschaft abzulenken. Er forderte, dass „wir unbedingt bei dem jetzigen Stande der deutschen Volkswirtschaft den Grundsatz, der gemäß der liberalen Wirtschaftsauffassung gilt, des Strebens nach dem größtmöglichen Gewinn aufgeben müssen“<sup>116</sup>. Damit begründete er die für notwendig gehaltenen Zulassungsbeschränkungen

<sup>111</sup> HORLACHER, Zukunft (1919), 34f.

<sup>112</sup> HORLACHER, Zukunft (1919), 34.

<sup>113</sup> HORLACHER, Zukunft (1919), 33f.

<sup>114</sup> Verh. d. Bay. Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 1, Sitzung am 27. Juli 1920, 216–220.

<sup>115</sup> Vgl. BERGMANN, Bauernbund, 177–181.

<sup>116</sup> Verh. d. Bay. Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 1, Sitzung am 27. Juli 1920, 220.

zum Handel<sup>117</sup>. Deshalb unterstützte er auch die von Ministerpräsident Gustav von Kahr (1862–1934) zu verantwortenden Restriktionen gegen die in judenfeindlichen Kreisen wegen ihrer Fremdartigkeit besonders verhassten Ostjuden<sup>118</sup>, „denn ich bin überzeugt, daß sich unter diesen Zugewanderten viele Leute befinden, die von den Kreisen der Schieber und Wucherer nicht besonders weit entfernt sind“<sup>119</sup>. Am 30. Juli 1920 kündigte er gemeinsam mit Schlittenbauer und Mittermeier in den *Mitteilungen des Zweckverbandes der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns* die Ersetzung der Lebensmittelbewirtschaftung durch eine behördliche Kontrolle des Handels an. Damit beabsichtigen sie vor allem die Überwachung des Zwischenhandels, denn „eine unvermittelte völlige Freiheit des Handels würde die gegenseitige Überbietung und damit immer steigende Preise zur Folge haben, die weniger bemittelte Kreise nicht aufbringen könnten“<sup>120</sup>. Deshalb begrüßte er es im Landtag am 27. Juli 1920, dass die Viehausfuhr trotz der mittlerweile erfolgten Freigabe des Viehverkehrs noch an die Zustimmung der Bayerischen Viehverwertungsgesellschaft gebunden war<sup>121</sup>. Er plädierte deshalb für die staatliche „Monopolisierung des realen Viehhandels“, um die Ein- und Ausfuhr auch in Zukunft kontrollieren zu können<sup>122</sup>. Dabei artikuliert er die weit verbreitete Angst, dass Bayern als agrarisches Überschussgebiet von norddeutschen Händlern ausverkauft werden könnte<sup>123</sup>. In Horlachers ernährungspolitischen Vorschlägen spiegelt sich das ganze Konglomerat an Antiliberalismus, Judenhass, Preußenfeindschaft und Sozialistenphobie wider, das den weltanschaulichen Inhalt der Ordnungszelle Bayern ausmachte. Zur Umsetzung seiner autoritär-bürokratischen Vorschläge benötigte er eine „festgefügte Autorität in unserem Staate“<sup>124</sup> – die er in seiner Erstlingsrede als Landtagsabgeordneter am 27. Juli 1920 forderte und die Ministerpräsident Kahr zu gewähren schien.

Entsprechend Kahrs partikularistischer Konfrontationspolitik gegenüber Berlin betrieb die Landesbauernkammer einen Ernährungspartikularismus, in dem sich agrarpolitische und staatspolitische Ziele vermischten und der die parteipolitischen Konfliktlinien, die im Plenum der Landesbauernkammer herrschten, zeitweilig zurücktreten ließ. Durch die von der Landesbauernkammer geforderte und von Kahr verhängte Ausfuhrsperrung von bayerischen

<sup>117</sup> Verh. d. Bay. Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 7, Sitzung am 2. März 1923, 1031f.

<sup>118</sup> Ostjuden waren bereits während des Krieges als Rüstungsarbeiter oder auf der Flucht vor Verfolgung in ihrer Heimat in das Deutsche Reich geströmt. Die nach dem Ersten Weltkrieg aufflammende Fremdenfeindlichkeit richtete sich vor allem gegen die Ostjuden. Als Generalstaatskommissar ordnete Kahr am 13. Oktober 1923 deren Ausweisung an, die er mit dem pauschalen Vorwurf des wirtschaftsschädigenden Verhaltens begründete. Vgl. POMMERIN, Ausweisung, 311–340. Zum negativen Image der Ostjuden vgl. HEID, Antisemitismus, 320–326.

<sup>119</sup> Verh. d. Bay. Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 1, Sitzung am 27. Juli 1920, 220.

<sup>120</sup> Mitteilungen des ZIK vom 30. Juli 1920.

<sup>121</sup> Verh. d. Bay. Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 1, Sitzung am 27. Juli 1920, 219.

<sup>122</sup> HORLACHER, Zukunft (1919), 40f.

<sup>123</sup> Verh. d. Bay. Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 1, Sitzung am 27. Juli 1920, 217.

<sup>124</sup> Verh. d. Bay. Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 1, Sitzung am 27. Juli 1920, 220.

Milchprodukten konnte die Teuerung tatsächlich bekämpft werden<sup>125</sup>. Für Kahr war aber dieser Ernährungspartikularismus nur Mittel zum staatspolitischen Zweck. Denn als Kahr kurz nach der Getreideernte ein Getreideausfuhrverbot aus Bayern verlangte<sup>126</sup>, hatte dieser nicht berücksichtigt, dass Bayern bei Brotgetreide Zuschussgebiet war<sup>127</sup>, weshalb die Reichsregierung mit einer Ausfuhrsperr nach Bayern drohte<sup>128</sup>. Dementsprechend trug die Landesbauernkammer Kahrs ernährungspolitischen Partikularismus auch nur insofern mit, als er für die eigenen Ziele brauchbar war. Als die Ausfuhrsperr mit voranschreitender Inflation dafür Sorge, dass die Milchpreise in Bayern hinter der allgemeinen Teuerung zurückblieben, begrüßte die Landesbauernkammer die Aufhebung der Ausfuhrsperr bei Milchprodukten<sup>129</sup> und forderte von Kahr einstimmig die Aufhebung der geltenden Viehausfuhrbeschränkungen<sup>130</sup>.

Während sich in Bayern ein breiter parteiübergreifender Konsens zur Weiterführung der Lebensmittelbewirtschaftung zeigte, betrieb der neue Reichsernährungsminister Dr. Andreas Hermes (1878–1964)<sup>131</sup> seit Frühjahr 1920 die Abkehr von der Zwangswirtschaft, um der Landwirtschaft dadurch kostendeckende Preise als Produktionsanreiz zu bieten. Nur mehr Brotgetreide und Frischmilch blieben unter Bewirtschaftung. Erwartungsgemäß stiegen die Lebenshaltungskosten, wobei die Inflation noch zusätzlich angeheizt wurde durch die Lebensmittelsubventionen, die der SPD als Kompensation für die schrittweise Aufhebung der Lebensmittelbewirtschaftung zugestanden wurden<sup>132</sup>. Der katholische Arbeitersekretär und Landtagsabgeordnete Linus Funke (1877–1961) von der BVP sprach bereits von einem bevorstehenden „Vernichtungskampfe zwischen Verbraucher und Erzeuger“<sup>133</sup>. Um die Ernährungslage zu entspannen, fasste die Landesbauernkammer am 2. Oktober 1920 einen

<sup>125</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 25. November 1921, 321.

<sup>126</sup> MAAZ vom 17. August 1921 (Morgenausgabe).

<sup>127</sup> MAAZ vom 20. August 1921.

<sup>128</sup> Vgl. SCHUMACHER, Land, 165.

<sup>129</sup> Mitteilungen der Bay. Landesbauernkammer vom 7. Dezember 1922.

<sup>130</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 3. Juni 1921, 191.

<sup>131</sup> Diplomlandwirt, Zentrumspolitiker und Bauernvereinsfunktionär, katholisch, geboren am 16. Juli 1878 in Köln, 1896 Beginn des Landwirtschaftsstudiums in Bonn, Jena und Berlin, 1905 Promotion zum Dr. phil. mit einem Thema aus der Tierzucht, zunächst Tierzuchtinspektor und Landwirtschaftslehrer, während des Ersten Weltkrieges für die deutsche Kriegsernährungswirtschaft tätig, 1919 Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium, 27. März 1920 bis 10. März 1922 Reichsernährungsminister, Oktober 1921 bis August 1923 Reichsfinanzminister, 1924 bis 1928 MdL für das Zentrum in Preußen, 1928 bis 1933 MdR für das Zentrum, 1928 bis 1933 Präsident der Vereinigung der deutschen Bauernvereine, 1930 bis 1933 Präsident des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften - Raiffeisen, nach der Machtergreifung Inhaftierung, Verlust der beruflichen Stellung und aller Ehrenämter, aktive Beteiligung am Widerstand, am 11. Januar 1945 zum Tode verurteilt, 1945 maßgebliche Gründungspersönlichkeit der CDUD in der sowjetischen Besatzungszone, nach dem erzwungenen Rücktritt als Vorsitzender der CDUD Emigration in die britische Besatzungszone, 1946/1947 gemeinsam mit Horlacher maßgeblich an der Gründung des Deutschen Bauernverbandes und des Deutschen Raiffeisenverbandes beteiligt, 1946 bis 1954 Präsident des Deutschen Bauernverbandes, 1947 bis 1961 Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes, gestorben am 4. Januar 1964. Zu Hermes vgl. MORSEY, Hermes; BARMMEYER, Hermes.

<sup>132</sup> Zur Politik des Reichsernährungsministeriums unter Hermes vgl. SCHUMACHER, Land, 144–168.

<sup>133</sup> Verh. d. Bay. Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 1, Sitzung am 7. Oktober 1920, 410.

Beschluss, der die Bauern aufforderte, „die Kartoffeln zu einem für die Verbraucher erträglichen Preis abzugeben“<sup>134</sup>. Andererseits artikulierte vor allem der BBB die Proteste gegen die Reste der Zwangswirtschaft bei Getreide und Milch. Für die Bauern besaß der Milchpreis große Bedeutung. Er stellte eine Art festes Einkommen dar, für die Verbraucher war die Milch als Hauptfettlieferant ein besonders wichtiges Grundnahrungsmittel. Die Landesbauernkammer stand als quasi-behördliche, öffentlich-rechtliche Berufsvertretung der Landwirtschaft vor einem Dilemma. Es rief deshalb Empörung bei den Kammerangehörigen hervor, als der Direktor der Kreisbauernkammer Oberbayern von seinem Dienstvorgesetzten Horlacher „abgekanzelt“ wurde, da er den niedrigen Milchpreis kritisierte<sup>135</sup>. Die von mehreren Bezirks- und Kreisbauernkammern unter Führung der unter Gandorfers Einfluss stehenden niederbayerischen Kreisbauernkammer erhobene Forderung nach Aufhebung der Reste der Zwangswirtschaft konnte zwar im Plenum der Landesbauernkammer am 2. Oktober 1920 noch mehrheitlich verhindert werden<sup>136</sup>. Die zunehmenden Proteste der Kammerangehörigen drohten Horlachers marktordnerische Politik jedoch zu durchkreuzen. Als der Bund der Landwirte unter Führung Brügels nicht zuletzt unter dem organisationspolitischen Druck, den der BBB mit seiner erfolgreichen Agitation gegen die Lebensmittelbewirtschaftung auf den Bund der Landwirte auszuüben in der Lage war, in das Lager der Gegner der Lebensmittelbewirtschaftung wechselte<sup>137</sup>, verminderte sich der Handlungsspielraum der nach wie vor eher an der Weiterführung der Lebensmittelbewirtschaftung interessierten Vertreter des Bayerischen Christlichen Bauernvereins auf ein Minimum. Am 11. März 1921 gab das Plenum der Landesbauernkammer dem Druck von BBB und dem Bund der Landwirte nach. Einstimmig wurde die Aufhebung der Getreidebewirtschaftung gefordert, während sie von der Aufhebung der Milchbewirtschaftung noch abriet<sup>138</sup>. Dieser Entschluss wurde begünstigt durch die sinkenden Weltmarktpreise für Getreide. Dadurch wurden Getreideeinfuhren aus öffentlichen Mitteln ohne zusätzliche Anheizung der Inflation finanzierbar, wie Horlacher im Landtag zu bedenken gab<sup>139</sup>. Dabei wies er darauf hin, dass trotz Getreidebewirtschaftung niemand mehr mit den gesetzlichen Rationen auskomme und auf den Schwarzmarkt angewiesen sei. Er zog deshalb am 29. April 1921 im Landtag das Fazit: „Was heute noch an öffentlicher Wirtschaft vorhanden ist, das muß man klar erkennen, ist öffentliche Lüge!“<sup>140</sup> Keinesfalls darf darin eine Stellungnahme für eine liberale Wirtschaftsordnung gesehen werden. Denn am 3. Juni

<sup>134</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 2. Oktober 1920, 15f.

<sup>135</sup> StadtA Regensburg, NL Heim 607, Bernhard Stark an Heim, 11. März 1921. Nach RATJEN, Bauernkammern, 153f. sei es oft vorgekommen, dass sachlich extreme Anträge der Bezirks- und Kreisbauernkammern im Dienstweg abgeschwächt wurden.

<sup>136</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 2. Oktober 1920, 9–11.

<sup>137</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 15. Januar 1921, 67–69.

<sup>138</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 11. März 1921, 99f.

<sup>139</sup> Verh. d. Bay. Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 2, Sitzung am 29. April 1921, 910.

<sup>140</sup> Verh. d. Bay. Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 2, Sitzung am 29. April 1921, 909.



1921 machte Horlacher vor dem Plenum der Landesbauernkammer deutlich, dass er an der bürokratisch-autoritären Bewältigung der Agrarpolitik für ein „geordnetes Staatswesen“ festhalten wollte. Denn er hielt es für nötig, auch in Zukunft kontrollieren zu können, „ob die Produktion die richtigen Wege geht oder ob Fehler und Mängel in unserer Produktion vorhanden sind“<sup>141</sup>.

Unbeeinflusst von den Diskussionen in der Bayerischen Landesbauernkammer verfolgte Hermes seine Liberalisierungspolitik weiter. Während er die Milchbewirtschaftung im Sommer 1921 aufhob<sup>142</sup>, führte er die Getreidebewirtschaftung in Form eines Umlageverfahrens weiter. Nur ein Teil der Getreideernte – die so genannte Getreideumlage – sollte wie bisher zu behördlich festgelegten Preisen abgeliefert werden. Der Rest konnte zu Marktpreisen verkauft werden<sup>143</sup>. Horlacher lehnte das Umlageverfahren ab. Er sah darin eine „schlimme Botschaft für die gesamte süddeutsche Landwirtschaft“<sup>144</sup>. Im *Bayerischen Vaterland* bezeichnete er das Umlageverfahren im Mai 1921 als „absurde Idee“. Der bürokratische Aufwand erschien ihm unverhältnismäßig. Vor allem aber erkannte er darin eine Benachteiligung Bayerns. Denn bei dem vorgeschlagenen Verfahren konnten Betriebe zwischen fünf und zehn Hektar nur über 14,09 Prozent umlagefreien Getreides verfügen, während Betriebe zwischen 50 und 100 Hektar über 48,69 Prozent umlagenfreien Getreides verfügten. Aufgrund der klein- und mittelbäuerlichen Struktur der bayerischen Landwirtschaft sprach Horlacher deshalb von einer „Bestrafung der bayerischen Landwirtschaft“<sup>145</sup>. Da die Reichsregierung den sensiblen Bereich der Ernährungspolitik aufmerksam beobachtete, wurde Horlachers Artikel vom Vertreter des Reiches bei der bayerischen Staatsregierung unmittelbar nach seinem Erscheinen in Berlin bekannt gemacht<sup>146</sup>. Da es mittlerweile zu einer Senkung der bayerischen Lieferverpflichtungen gekommen war, plädierte Horlacher in der Landesbauernkammer am 6. Juli 1921 jedoch für die Erfüllung der Umlagepflicht<sup>147</sup>. Dabei kam er den Erwartungen seiner landwirtschaftlichen Zuhörer entgegen, als er dies mit der Drohung verband, „daß die Landwirtschaft am Ende ihrer Geduld angelangt ist. Die Behörde kann in Zukunft machen, was sie will, sie wird nicht mehr die Zustimmung der landwirtschaftlichen Kreise finden.“<sup>148</sup> Von der USPD wurde ihm diese Drohung prompt als Sabotage der Versorgung der Städte ausgelegt<sup>149</sup>. Obwohl Horlacher die Erfüllung der Getreideumlage in einem Aufruf als „Ehrenpflicht jedes bayerischen Landwirts“

<sup>141</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 3. Juni 1921, 131–139.

<sup>142</sup> Mitteilungen der Bay. Landesbauernkammer vom 7. Dezember 1922.

<sup>143</sup> Vgl. MOELLER, Peasants, 99f.; SCHUMACHER, Land, 161–168.

<sup>144</sup> HORLACHER, Botschaft (21. Mai 1921), 1.

<sup>145</sup> HORLACHER, Botschaft (21. Mai 1921), 1 und HORLACHER, Botschaft (23. Mai 1921), 1.

<sup>146</sup> BA Berlin, R707/67, Schreiben vom 4. Juni 1921.

<sup>147</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 6. Juli 1921, 199–202.

<sup>148</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 6. Juli 1921, 203.

<sup>149</sup> Verh. d. Bay Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 4, Sitzung am 31. Januar 1922, 680.

bezeichnete<sup>150</sup>, wurde ihm mit dieser Kritik nicht Unrecht getan. Denn er war kaum in der Lage, die Wirkung seiner unbestimmten Drohung auf die aufgeheizten Gemüter der mit dem Umlageverfahren unzufriedenen Landwirte zu kontrollieren.

Horlacher befand sich in einem Dilemma zwischen den lautstark erhobenen agrarpolitischen Forderungen nach höheren Preisen und dem zunehmenden bäuerlichen Unmut über die Reste der Zwangsbewirtschaftung einerseits sowie der eigenen staatspolitischen Einsicht in die Notwendigkeit einer ausreichenden Lebensmittelversorgung zur „Herstellung von staatlicher Autorität und Ordnung“<sup>151</sup> und dem Willen, dieses Problem bürokratisch-autoritär zu lösen, andererseits. Dieses Dilemma lässt sich besonders gut an der Geschichte der Allgäuer Butter- und Käsebörse<sup>152</sup> veranschaulichen. Horlacher begrüßte diese Einrichtung, da er das von ihr erhobene statistische Datenmaterial zur bürokratischen Kontrolle der Milchpreisbildung benötigte<sup>153</sup>. Allerdings wurde der von der Allgäuer Butter- und Käsebörse errechnete Durchschnittsmilchpreis auch von den Antiwucherbehörden als Grundlage zur Einleitung von Wucherverfahren verwendet. Da die Landesbauernkammer an der Errichtung der Allgäuer Butter- und Käsebörse maßgeblich beteiligt gewesen war, wurde sie selbst nun für die Verurteilung zahlreicher Bauern wegen Wuchers verantwortlich gemacht<sup>154</sup>. Letztlich trug deshalb Horlacher selbst dazu bei, den Unterschied zwischen Selbstverwaltung und staatlicher Verwaltung zu verwischen<sup>155</sup> und das Vertrauen der Bauern in die Bayerische Landesbauernkammer zu beeinträchtigen.

### 3. Propaganda für die Einwohnerwehren

Zur Bewältigung des Revolutionstraumas wurde die autoritäre Aufrechterhaltung innenpolitischer Stabilität zum obersten Ziel der gegen das linke politische Spektrum gerichteten „Ordnungszelle Bayern“ erklärt. Diesem Ziel sollte die von Forstrat Dr. Georg

<sup>150</sup> Bayerisches Bauernblatt vom 6. September 1921.

<sup>151</sup> HORLACHER, Bauernkammern (30. August 1920), 2.

<sup>152</sup> Zur Allgäuer Butter- und Käsebörse vgl. LEICHTLE, Butter- und Käsebörse, 353–409.

<sup>153</sup> Er hoffte, mit ihrer Hilfe die Abkehr von der Milchbewirtschaftung „in geordnete Bahnen zu lenken“ und Konjunkturgewinne des Handels vermeiden zu können (Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 23. Juni 1922, 127).

<sup>154</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 23. Juni 1922, 127.

<sup>155</sup> So meinte Balthasar Eichner (1871–1940) im April 1926, dass „große Irrtümer sich eingestellt haben, nämlich vielfach die Begriffsverquickung, daß Landwirtschaftsministerium und Bauernkammern ein und dasselbe wäre, nämlich eine Berufsvertretung“ (Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 24. April 1926, 5–8). Eichner war praktischer Landwirt in Jasberg und Bauernvereinspolitiker, katholisch, geboren am 25. November 1871 in Rettenbach (Bezirksamt Wasserburg), 1894 Übernahme des elterlichen Bauernhofes, 1906 Gründer des Vereins der Milchproduzenten des bayerischen Oberlandes, 1911 Gründer des Verbandes der Milchproduzentenvereinigungen von München und Umgebung, als „Milchbauernführer“ bezeichnet, 1919 bis 1924 MdL für die BVP, als Zweiter Schriftführer Mitglied der Landesvorstandschafft der BVP, 1920 bis 1933 Mitglied der Bayerischen Landesbauernkammer, Präsident der Kreisbauernkammer Oberbayern, 1933 Verlust aller Ehrenämter, gestorben am 2. Juni 1940. Zu Eichner vgl. LUIBLE, Vertretung, 28; BayHStA ML 2433, Melchner an Wutzlhofer, 15. März 1923.

Escherich (1870–1941)<sup>156</sup> angestoßene Errichtung von Einwohnerwehren dienen<sup>157</sup>, die nicht nur als ländliche Selbstschutzorganisationen dienen sollten. Vielmehr wollte sie Escherich auch außerhalb der Dörfer im politischen Kampf gegen sozialistische Organisationen einsetzen, um „die Großstädte auszumisten“<sup>158</sup>. Da es während der Räterepublik vereinzelt zu Übergriffen auf landwirtschaftliches Eigentum gekommen war, interessierte sich Heim für die Pläne Escherichs. Nachdem es diesem gelungen war, Heim zu gewinnen<sup>159</sup>, konnte auch der Präsident des mit Heims Bauernvereinen konkurrierenden Bundes der Landwirte in Bayern, Luitpold Weilnböck (1865–1944)<sup>160</sup>, nicht abseits stehen. Als weitere prominente Agrarpolitiker konnte er Horlacher als Repräsentant des Zweckverbandes der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns und Schlittenbauer als Repräsentant des BV zur Unterstützung der Einwohnerwehren gewinnen<sup>161</sup>. Dabei ermutigte Heim seine Mitarbeiter zum Engagement für die Einwohnerwehren<sup>162</sup>.

Horlacher wurde aktiv, als er im Namen des Zweckverbandes der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns die in Bamberg weilende Regierung in der politisch instabilen Lage nach der gewaltsamen Niederschlagung der Münchner Räterepublik am 16. Mai 1919 aufforderte, die Bauern zu bewaffnen<sup>163</sup>. Die Forderung nach Bauernwehren führte zu einer

---

<sup>156</sup> Forstexperte, katholisch, geboren am 4. Januar 1870 als Sohn eines Fabrikbesitzers in Schwandorf, humanistisches Gymnasium in Regensburg, Promotion im Fach Forstwissenschaft, Übertritt in den bayerischen Forstdienst, Leiter der Waldbauschule Kaufbeuren, 1915 Leiter der Militärforstverwaltung in Bielawicz, 1919 bis 1931 Leiter des Forstamtes Isen, 1919 Landeshauptmann der bayerischen Einwohnerwehren, Mitglied der BVP, 1920 Leiter der republikfeindlichen Orgesch (Organisation deutscher und österreichischer Einwohnerwehren zur Bekämpfung des Sozialismus), 1921 von der Bayerischen Staatsforstverwaltung in den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat delegiert, 1929 Leiter der monarchistisch-partikularistischen Wehrorganisation Bayerischer Heimatschutz, gestorben am 26. August 1941. Zu Escherich vgl. NUBER, Wehrverbände.

<sup>157</sup> Zur Entstehung der Einwohnerwehren vgl. NUBER, Wehrverbände, 77–85; BERGMANN, Bauernbund, 110–119; FENSKE, Konservatismus, 76–112; LARGE, Politics; SPECKNER, Ordnungszelle, 101–111; ZIEMANN, Front, 394–413.

<sup>158</sup> ESCHERICH, Bauer, 8f. Vgl. dazu auch NUBER, Wehrverbände, 91–95.

<sup>159</sup> BayHStA-KriegsA, HS 920–924, Kurt Schober, Geschichte des Landesverbandes der Einwohnerwehren Bayerns und seiner Landesleitung 1918/22 Bd. 1, 66a–66b. Der Quellenwert von Schobers maschinenschriftlichem Manuskript resultiert aus der Tatsache, dass er selbst Mitglied der Landesleitung der Einwohnerwehren war.

<sup>160</sup> Gutspächter, katholisch, geboren am 19. Februar 1865 in Vilshofen, mittlere landwirtschaftliche Ausbildung, anschließend Landwirtschaftsbeamter, dann Pächter des Rittergutes Hummendorf im Bezirksamt Stadtsteinach, 1893 Gründungsmitglied des Bundes der Landwirte in Bayern, 1905 bis 1911 MdL für den Bund der Landwirte, 1912 bis 1918 MdR für die Deutschkonservative Partei, 1919/1920 Mitglied der Nationalversammlung in Weimar für die Bayerische Mittelpartei bzw. DNVP, ab 1919 Mitglied des Reichsvorstandes der DNVP und des Landesvorstandes der Bayerischen Mittelpartei bzw. DNVP, 1920 bis 1928 und 1930 bis 1932 MdR, Mitglied der Kreisbauernkammer Oberfranken, Mitglied der Bayerischen Landesbauernkammer, 1918 bis 1928 und 1930 bis 1933 Vorsitzender des Bundes der Landwirte in Bayern bzw. des Bayerischen Landbundes, gestorben am 21. Dezember 1944 in Schillingsfürst. Zu Weilnböck vgl. LUIBLE, Vertretung, 68; KITTEL, Weimar, 181f.; LILLA, Landtag, 202.

<sup>161</sup> Eine Liste der von Escherich zur Unterstützung der Einwohnerwehren gewonnenen Persönlichkeiten findet sich in: BayHStA-KriegsA, HS 920–924, Kurt Schober, Geschichte des Landesverbandes der Einwohnerwehren Bayerns und seiner Landesleitung 1918/22 Bd. 1, 66b–66c.

<sup>162</sup> BayHStA-KriegsA, Einwohnerwehren Bd. 3/1a, Klier an Escherich, 17. Juli 1919.

<sup>163</sup> Mitteilungen des ZIK vom 16. Mai 1919.

engen Zusammenarbeit zwischen Horlacher und der Landesleitung der Einwohnerwehren<sup>164</sup>. Als Geschäftsführer des Dachverbandes sämtlicher maßgeblicher landwirtschaftlicher Organisationen in Bayern mit Ausnahme des BBB wurde ihm von Escherich eine große Bedeutung für den Erfolg der Einwohnerwehren beigemessen. Horlachers Aufgabe bestand darin, „gemeinsam für alle landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns“ die Werbung für die Einwohnerwehren zu übernehmen<sup>165</sup>. Dabei bewegte sich Horlacher in dem für die Ordnungszelle Bayern charakteristischen „Halbdunkel von Sitzungen“<sup>166</sup>, welche nur für die leitenden Personen der Einwohnerwehren zugänglich waren. Bei einem von Gustav von Kahr – damals noch oberbayerischer Regierungspräsident – geleiteten Zusammentreffen führender Personen der Einwohnerwehren wurde Horlacher am 9. Juli 1919 von Escherich nochmals um „weitgehendste Unterstützung vor allem durch Propaganda auf dem Lande und Vorbereitung des Bodens in Mittel- und Nordbayern“ gebeten, was er auch bereitwillig zusagte<sup>167</sup>. Nicht zuletzt aufgrund Horlachers Werbetätigkeit besaß der am 27. September 1919 gegründete Landesverband der Einwohnerwehren überwiegend ländlichen Charakter<sup>168</sup>. Anfang November 1919 wurde Schlittenbauer von Escherich informiert, dass die Organisation der Einwohnerwehren nun abgeschlossen sei und über 200.000 Mann in Bayern bewaffnet seien. Nun, so Escherich, habe „Spartakus sein Spiel in Bayern verloren“<sup>169</sup>.

Eine gefährliche Zuspitzung der angespannten innenpolitischen Lage brachte der am 17. März 1920 erfolglos beendete monarchistische Kapp-Putsch, in dessen Verlauf die Einwohnerwehren eine zwielichtige Rolle spielten. Daraufhin war die Entente nicht mehr bereit, die Umtriebe der paramilitärischen Einwohnerwehren, die den Bestimmungen des Versailler Vertrages widersprachen, länger hinzunehmen<sup>170</sup>. Bereits am 12. März 1920 war bei der Reichsregierung eine ultimative Note der Entente eingetroffen, in der die Entwaffnung und Auflösung der Einwohnerwehren bis zum 10. April 1920 gefordert wurde. Es begann nun eine über ein Jahr lang dauernde Auseinandersetzung um die Entwaffnung und Auflösung der Einwohnerwehren. Denn Kahr, der nach dem Rücktritt Hoffmanns am 16. März 1920 auf Betreiben Heims zum Ministerpräsident gewählt worden war<sup>171</sup>, stellte sich demonstrativ hinter die Einwohnerwehren. Um Maßnahmen gegen den Entwaffnungskommissar der Reichsregierung zu besprechen, traf sich die Landesleitung der Einwohnerwehren am 12.

<sup>164</sup> BBV-Herrsching, Landwirtschaftlicher Verein KC/Unterfranken 1.667, Generalversammlung des Zweckverbandes der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns am 13. April 1920; PIX, Organisation, 128.

<sup>165</sup> BayHStA-KriegsA, Einwohnerwehren Bd. 3/1a, Schlittenbauer an Escherich, 4. Juli 1919.

<sup>166</sup> Philipp Loewenfeld zit. nach Recht und Politik in Bayern, 385.

<sup>167</sup> BayHStA-KriegsA, Einwohnerwehren Bd. 3/1a, Sitzung der oberbayerischen Einwohnerwehren am 9. Juli 1919.

<sup>168</sup> Zum ländlichen Charakter der Einwohnerwehren vgl. NUBER, Wehrverbände, 106; BERGMANN, Bauernbund, 110–119.

<sup>169</sup> BayHStA-KriegsA, Einwohnerwehren Bd. 3/1a, Escherich an Schlittenbauer, 7. November 1919.

<sup>170</sup> Vgl. NUBER, Wehrverbände, 130–136.

<sup>171</sup> Hoffmann war zurückgetreten, da er die durch den Kapp-Putsch ausgelöste und von seinem Kabinett mehrheitlich akzeptierte Forderung nach Übertragung der vollziehenden Gewalt auf das Militär nicht akzeptieren wollte. Zur Regierungsübernahme durch Kahr vgl. KEBLER, Held, 384–388; SCHWARZ, Zeit, 454–457.

April 1920 mit den Repräsentanten der für zuverlässig gehaltenen Agrarverbände – es fehlte also der BBB. Vom Zweckverband der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns war Horlacher anwesend, vom Bund der Landwirte Weilnböck und vom Bayerischen Christlichen Bauernverein Schlittenbauer und Michael Melchner (geb. 1871)<sup>172</sup>. Um für den Fall eines Generalstreiks als Antwort der Gewerkschaften auf die Abwehrmaßnahmen gegen den Entwaffnungskommissar vorbereitet zu sein, wurden die Vorarbeiten zu einem Lieferstreik besprochen. Zwei Streikleitungen sollten die Lebensmittellieferungen in die Großstädte unterbinden. Für die Absperrung Münchens übernahm Horlacher die Vorbereitungen, für diejenige Nürnbergs war Brügel verantwortlich. Ein bewaffneter Schutz von Horlachers Büro durch die Einwohnerwehr wurde vorbereitet<sup>173</sup>. Noch am selben Tag rief der Zweckverband der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns die Öffentlichkeit auf, der Auflösung der Einwohnerwehren „mit allen Mitteln“ entgegenzutreten, wobei der antisozialistische Charakter der Einwohnerwehren klar angesprochen wurde: „Unsere Einwohnerwehren sind notwendig zum Schutz der Heimat und der Arbeit, zur Abwehr von Plünderung und Klassenherrschaft.“ Der Reichsregierung wurde bedeutet, dass die unterzeichneten Organisationen zum Lieferstreik fest entschlossen seien<sup>174</sup>. Da Horlacher die Einwohnerwehren zur Aufrechterhaltung der innenpolitischen Stabilität für notwendig hielt, war er bereit, ihren Erhalt mit dem Druckmittel des Lieferstreiks zu erpressen – während er sich gegen Küblers (BBB) wirtschaftlich motivierten Aufruf zum Lieferstreik vom August 1919<sup>175</sup> gewehrt hatte, da er darin keine staats Erhaltende Absicht erblickte, sondern eine innenpolitisch destabilisierende Wirkung befürchtete. Diese hätte sich aber auch jetzt eingestellt. Horlacher maß hier eindeutig mit zweierlei, parteipolitisch motiviertem Maß – wenn ihm dies auch selbst nicht bewusst gewesen sein dürfte. Schließlich wurde das Vorhaben des Lieferstreiks zur Unterstützung gewaltsamer Maßnahmen der Einwohnerwehren fallen gelassen<sup>176</sup>. Letztlich erwies es sich als zweckmäßiger, den Entwaffnungskommissar einfach zu täuschen, wodurch die Entwaffnungsaktion zu einer Farce wurde<sup>177</sup>.

---

<sup>172</sup> Bauernvereinsfunktionär, katholisch, geboren 1871, seit 1906 für den BV in Oberbayern tätig, 1907 bis 1933 Herausgeber des *Bayerischen Bauernblattes* – des Organs des Bayerischen Christlichen Bauernvereins, 1915 bis 1933 hauptamtlicher Kreissekretär des BV in Oberbayern, bis 1933 zusätzlich Dritter (ehrenamtlicher) Vorsitzender des BV, Ernennung zum Landesökonomierat, Verleihung des Ritterkreuzes des St. Silvesterordens durch Papst Pius XI., Ehrenmitglied sämtlicher Kreisvereine des Bayerischen Christlichen Bauernvereins, 1933 Verlust der beruflichen und ehrenamtlichen Stellung. Zu Melchner vgl. Bayerisches Bauernblatt vom 28. April 1931; BERGMANN, Bauernbund, 35–38; BRAUN, Existenz, 49.

<sup>173</sup> BayHStA-KriegsA, Einwohnerwehren Bd. 2/10, Besprechung bei der Landesleitung der Einwohnerwehren am 12. April 1920. Zu dieser Sitzung vgl. NUBER, Wehrverbände, 208.

<sup>174</sup> BK vom 12. April 1920.

<sup>175</sup> Vgl. Kapitel IV.1.

<sup>176</sup> Ob der Lieferstreik deshalb nur als leere Drohung zu sehen ist, kann angesichts der Quellenlage nicht entschieden werden. Vgl. die Diskussion bei ZIEMANN, Front, 410 und BERGMANN, Bauernbund, 115f.

<sup>177</sup> Vgl. NUBER, Wehrverbände, 136–139.

Nach dem Rechtsruck bei der Landtagswahl am 6. Juni 1920 war die BVP bereit, Kahrs „entschiedene Politik im Sinne der Erhaltung von Ruhe und Ordnung“<sup>178</sup> mit Hilfe der Einwohnerwehren fortzusetzen. Aber der Druck der Entente wuchs. Kahr lehnte jedoch die Auflösung der Einwohnerwehren kategorisch ab<sup>179</sup>. Unterstützung bekam er von der Landesbauernkammer. Diese fasste am 6. November 1920 auf Anregung Heims den einstimmigen Beschluss, an den Einwohnerwehren unbedingt festhalten zu wollen. Sie wurden als unerlässliche „Selbstschutz-Organisation gegen Umsturz und Gewalttätigkeit, Raub und Plünderung“ bezeichnet<sup>180</sup>. Damit entsprach die Landesbauernkammer einem echten Wunsch der Bauern, welche Plünderungen als Folge der Auflösung der Einwohnerwehren fürchteten<sup>181</sup>. Nachdem sich Kahr aber dem Druck der Entente nicht mehr entziehen konnte, legte Escherich am 27. Juni 1921 seine Ämter nieder. Nach wenigen Tagen erfolgte die offizielle Auflösung der Einwohnerwehren durch das Reich<sup>182</sup>. Für die politischen Zwecke Escherichs hatten sich die ländlichen Einwohnerwehren ohnehin nie geeignet, da sich die bäuerlichen Mitglieder zwar für den Schutz ihres Eigentums interessierten, sich jedoch für jeden überörtlichen Einsatz als ungeeignet erwiesen<sup>183</sup>.

#### 4. Im Netzwerk der Revisionisten

Wie sich bereits an Horlachers Engagement für die Einwohnerwehren zeigte, war Horlacher einer jener zahlreichen Akteure des revisionistischen Netzwerkes der Ordnungszelle Bayern, die zwar nicht im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit standen, die jedoch maßgeblich zur Stützung der Kahr'schen Ordnungspolitik beitrugen. Auf die Stellung Horlachers in diesem Netzwerk muss deshalb näher eingegangen werden. Der 31jährige Horlacher war während des Weltkrieges an der Heimatfront auf seiner Karriereleiter eine Sprosse nach der anderen vorangekommen. Mittlerweile gehörte er als Büroleiter des Zweckverbandes der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns zur politischen Elite im Freistaat. Als solcher wurde er eingeladen, neben dem nationalkonservativen Historiker Karl Alexander von Müller (1882–1964)<sup>184</sup> und dem partikularistischen Publizisten Karl Graf Bothmer (1881–1947)<sup>185</sup>,

<sup>178</sup> Karl Friedrich Speck (Vorsitzender der BVP) am 11. Juni 1920 zit. nach SCHÖNHOFEN, Bayerische Volkspartei, 40.

<sup>179</sup> BayHStA, NL Kahr 51, Lebenserinnerungen Gustavs von Kahr, 871.

<sup>180</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 6. November 1920, 1f.

<sup>181</sup> BayHStA, MA 102147, Halbmonatsbericht des Regierungspräsidenten von Neuburg und Schwaben, 17. Februar 1921.

<sup>182</sup> Zur Auflösung der Einwohnerwehren vgl. SPECKNER, Ordnungszelle, 153–197; NUBER, Wehrverbände, 207–210; LARGE, Politics, 66–76; KEBLER, Held, 423–427; vor allem auch SCHWEND, Bayern, 170, der die Rolle der BVP in seiner Geschichte der bayerischen Regierungspolitik zwischen 1918 und 1933 zwar stets zu beschönigen versucht, dessen Darstellung aufgrund des persönlichen Miterlebens jedoch einen – quellenkritisch zu würdigenden – hohen Informationswert besitzt.

<sup>183</sup> Vgl. NUBER, Wehrverbände, 103f.; ZIEMANN, Front, 394–413.

<sup>184</sup> Historiker, katholisch, geboren am 20. Dezember 1882 in München als Sohn des bayerischen Kultusministers Ludwig August von Müller, Studium der Geschichte und Rechtswissenschaften an der LMU, 1908 Promotion

als Dozent für die Aufklärungsabteilung des Bayerischen Reichswehrgruppenkommandos 4 tätig zu werden, um Vertrauensmänner zu schulen, welche die politischen Parteien überwachen und die Soldaten im antirevolutionären Sinne beeinflussen sollten<sup>186</sup>. Unter den von Hauptmann Karl Mayr (1883–1945)<sup>187</sup>, dem Leiter der Aufklärungsabteilung, ausgewählten Soldaten befand sich auch Adolf Hitler, der an dem ersten von zwei Kursen teilnahm, der vom 5. bis zum 12. Juni 1919 in den Räumen der Ludwig-Maximilians-Universität stattfand und die Vertrauensmänner auf ihre Aufgabe vorbereiten sollte<sup>188</sup>. Horlacher sprach während dieses Kurses am 10. und 11. Juni über „Unsere wirtschaftliche Lage und die Friedensbedingungen“<sup>189</sup>. Dabei hatte Horlacher den von Bothmer aufgestellten Richtlinien zu genügen. Er sollte „antibolschewistische Propaganda“ betreiben, um die Vertrauensmänner „im Dienste einer unpersönlichen Staatsordnung“ zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung gebrauchen zu können. Er sollte seinen Zuhörern die Bedeutung der wirtschaftspolitischen Autarkie für die außenpolitische Unabhängigkeit des Deutschen Reiches vermitteln und sie auf die Gefahren des Kapitalismus aufmerksam machen<sup>190</sup>. Horlacher war stolz darauf, von Mayr für diese Aufgabe ausgewählt worden zu sein, wie er auf der Generalversammlung des Zweckverbandes der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns deutlich machte: „Auf Veranlassung des Reichswehrgruppenkommandos hielt der

---

zum Dr. phil., seit Kriegsbeginn gemeinsam mit Paul Nikolaus Cossmann Herausgeber der *Süddeutschen Monatshefte*, 1917 Habilitation, Schwager des nationalsozialistischen Volkswirtes Gottfried Feder, der ihn mit Hitler bekannt machte, 1928 Berufung zum Ordinarius für bayerische Landesgeschichte an der LMU, Mai 1933 Beitritt zu NSDAP, als Herausgeber der *Historischen Zeitschrift* einer der einflussreichsten Historiker des Dritten Reiches, seit 1936 Präsident der Bayerischen Akademie der Wissenschaften nach der Gleichschaltung durch die Nationalsozialisten, 1945 Zwangsemeritierung und Entlassung aus allen außeruniversitären Ämtern, gestorben am 13. Dezember 1964. Zu Müller vgl. GOLLWITZER, Karl Alexander von Müller, 295–322.

<sup>185</sup> Journalist, geboren am 28. März 1881, Studium der Nationalökonomie in München, Schüler Lujo Brentanos, vor dem Krieg Anhänger liberaler Ideen, während des Ersten Weltkrieges Abwendung von Brentanos Liberalismus und Hinwendung zu alldeutschen Zielen, nach dem Ersten Weltkrieg Mitglied der rechtsradikalen und antisemitischen Thule-Gesellschaft und Redakteur der rechtspopulistischen *Münchener Zeitung*, im „Heimatsdienst Bayern für Wiederaufbau“ für die Erhaltung der Einwohnerwehren tätig, 1919/1920 enger Kontakt mit Georg Heim, Protagonist einer engen Annäherung an Frankreich zur Durchsetzung radikalpartikularistischer Absichten, Kontakt mit rheinischen Separatisten, 1920 Beitritt zur BVP, nach dem Bruch mit Heim Übertritt zur Bayerischen Königspartei, seither Annäherung an die NSDAP, gestorben am 15. April 1947. Zu Bothmer vgl. HOSER, Münchner Tagespresse, 40f. und 56–60; SCHWEND, Bayern, 66–68.

<sup>186</sup> Zur Funktion dieser Vertrauensmänner vgl. DEUERLEIN, Eintritt, 178f.

<sup>187</sup> Offizier, geboren am 5. Januar 1883 in Mindelheim, Besuch des humanistischen Gymnasiums, seit 1901 Fahnenjunker im 1. Bayerischen Infanterieregiment in München, 1903 Beförderung zum Leutnant, seit 1911 Oberleutnant, Kriegsteilnehmer an der Westfront, 1915 Beförderung zum Hauptmann, seit 30. Mai 1919 Leiter der Aufklärungsabteilung des Bayerischen Reichswehrgruppenkommandos 4, am 8. Juli 1920 wohl wegen seiner Verbindungen zu den Putschisten um Kapp Entlassung aus dem Militärdienst als Major, seit 1925 Mitglied der SPD, Redakteur beim Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, 1933 Emigration nach Frankreich, gestorben am 9. Februar 1945 im KZ Buchenwald. Zu Mayr vgl. ZIEMANN, Wanderer, 273–285.

<sup>188</sup> Die Zuweisung Hitlers zum ersten der beiden Kurse geht auf DEUERLEIN, Eintritt, 182 zurück. Danach ist die Teilnahme Hitlers an diesem Kurs zwar nicht eindeutig belegbar, da Teilnehmerlisten fehlen. Deuerlein stützt sich aber auf Karl Alexander von Müller, der sich an eine Begegnung mit Hitler anlässlich eines dieser Kurse erinnerte. Müller dozierte aber nur im ersten Kurs.

<sup>189</sup> Vgl. JOACHIMSTHALER, Hitler, 242. Von Horlachers Vortrag ist nur der Titel, nicht aber der Inhalt überliefert, der jedoch mit demjenigen seiner zeitgleichen Publikationen übereinstimmen dürfte.

<sup>190</sup> Erfahrungsbericht Bothmers vom 25. Juli 1919, in: JOACHIMSTHALER, Hitler, 235–240.

Hauptgeschäftsführer zur Instruktion der Mannschaften mit großem Beifall aufgenommene Vorträge über die derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse und die Landwirtschaft.“<sup>191</sup>

Glaubt man Hitlers *Mein Kampf*, so wirkte dieser Kurs nicht nachhaltig auf ihn<sup>192</sup>. Von den Dozenten wollte er sich allein an Gottfried Feder (1883–1941)<sup>193</sup> erinnern<sup>194</sup>. Obwohl die Bedeutung des Kurses für die Ausprägung des politischen Weltbildes Hitlers deshalb umstritten ist, betont Ian Kershaw die Tatsache, dass Hitler in diesem Kurs erstmals politische Bildung professionell vermittelt wurde – und zwar mit nationalkonservativer und antisemitischer Tendenz<sup>195</sup>. In diesem Sinne konnte auch Horlachers Vortrag auf Hitler wirken. Wenn Hitler mit Judenhass und Antimarxismus auch bereits vorher in Berührung gekommen war, so bildeten doch rassistischer Antisemitismus und Antimarxismus erst seither eine Konstante in Hitlers politischem Weltbild, der sich sämtliche Politikfelder unterzuordnen hatten<sup>196</sup>. Hitler war deshalb nicht zuletzt von der antiliberalen politischen Kultur im damaligen München als Zentrum der Ordnungszelle geprägt, die aus politischer Verunsicherung zu ideologischen Überreaktionen im antimarxistischen und antisemitischen Sinne führte<sup>197</sup> – und Horlacher war ein Teil dieser politischen Kultur, zu deren ideologischer Stabilisierung er mit seinen Publikationen beitrug, die in dieser Zeit von antimarxistischer Revolutionskritik, antisemitischen Phrasen und revisionistischer Verfassungspolemik geprägt waren<sup>198</sup>.

Horlacher war integriert in jenes sozial- und verfassungspolitisch revisionistische Netzwerk, in dessen Zentrum Georg Heim wie eine Spinne saß. Karl Alexander von Müller und Heim waren beide Mitglieder des Geheimbundes Gää, der sich unter der Führung des zum Katholizismus konvertierten Juden Paul Nikolaus Cossmann (1869–1942)<sup>199</sup> der

<sup>191</sup> BBV-Herrsching, Landwirtschaftlicher Verein KC/Unterfranken 1.667, Generalversammlung des Zweckverbandes der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns am 13. April 1920.

<sup>192</sup> HITLER, *Kampf*, 219. FEST, Hitler, 164f. gibt jedoch zu Bedenken, dass Hitler in seinem „durchgängigen Bestreben, alle bestimmenden Einflüsse zu leugnen oder doch abzuschwächen“ die Bedeutung der Veranstaltung bewusst heruntergespielt habe.

<sup>193</sup> Bauingenieur und nationalsozialistischer Wirtschaftstheoretiker, geboren am 27. Januar 1883 in Würzburg als Sohn eines Regierungsdirektors, Studium an den Technischen Hochschulen in München, Charlottenburg und Zürich, seit 1918/1919 Mitglied des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, der Thule-Gesellschaft, des Germanen-Ordens und der (NS)DAP, volkswirtschaftlicher Autodidakt, 1919 Veröffentlichung des antikapitalistischen und antisemitischen *Manifests zur Brechung der Zinsknechtschaft*, Mitverfasser des ersten Parteiprogramms der NSDAP, 1923 Teilnehmer am Hitlerputsch, 1924 bis 1936 MdR für die NSDAP bzw. den Völkischen Block, seither Mitglied der Reichsleitung der NSDAP als Wirtschaftsexperte, 1934 Reichskommissar für das Siedlungswesen, 1934 zur Aufgabe aller politischen Ämter gezwungen, gestorben am 24. September 1941. Zu Feder vgl. GBBE, 494f.

<sup>194</sup> Hitler behauptete in *Mein Kampf*, dass nur Feders *Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft* für seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen prägend gewesen sei. Durch dessen Lektüre sei ihm die Notwendigkeit des Kampfes gegen das „internationale Finanz- und Leihkapital“ bewusst geworden (HITLER, *Kampf*, 220–226).

<sup>195</sup> Vgl. KERSHAW, Hitler, 165–170; vgl. dazu auch JOACHIMSTHALER, Hitler, 240.

<sup>196</sup> Vgl. JÄCKEL, Weltanschauung, 86 und 93; TYRELL, Trommler; FEST, Hitler, 296.

<sup>197</sup> Zur politischen Kultur in der Ordnungszelle Bayern vgl. MENNEKES, Republik; NICHOLLS, Hitler, 99–128.

<sup>198</sup> HORLACHER, *Zukunft* (1919).

<sup>199</sup> Publizist, katholisch, geboren am 6. April 1869 als Sohn eines jüdischen Musikers, 1887 bis 1890 Studium der Naturwissenschaften, 1904 Begründer der *Süddeutschen Monatshefte*, 1905 Konversion zum katholischen Glauben, nach Kriegsende publizistisch hauptsächlich gegen den Kriegsschuldparagrafen tätig, propagierte die



Bekämpfung des Sozialismus und des Kriegsschuldparagraphen des Versailler Friedensvertrages widmete<sup>200</sup>. Cossmann gab gemeinsam mit Müller die verfassungs- und außenpolitisch revisionistischen *Süddeutschen Monatshefte* heraus<sup>201</sup>, die auch Horlacher als Publikationsorgan nutzte<sup>202</sup>. Müller war der Schwager des nationalsozialistischen Wirtschaftstheoretikers Gottfried Feder. Dessen antisemitisches sowie gleichermaßen antikapitalistisches wie antisozialistisches *Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft*, das auf die nationalsozialistische Wirtschaftsprogrammatische nachhaltigen Einfluss ausübte<sup>203</sup>, wurde im Josef C. Huber Verlag in Dießen am Ammersee veröffentlicht, in dem auch Horlacher publizierte<sup>204</sup>. Der Verlag bewarb Horlachers und Feders Publikationen mit einem gemeinsamen Werbeblatt<sup>205</sup>. In diesem Verlag publizierte auch der schillernde Bothmer<sup>206</sup>. Dieser hatte sich unter dem Eindruck des Kriegserlebnisses von seinem akademischen Lehrer Brentano abgewandt<sup>207</sup> und schwankte nun zwischen der Sympathie zum Nationalsozialismus und offenem bayerischen Separatismus. Von Heim wurde er benutzt, um Kontakte zu rheinischen Separatisten aufzunehmen und ein partikularistisches Netzwerk zu spannen<sup>208</sup>. Bothmer war mit dem Publizisten Fritz Gerlich (1883–1934)<sup>209</sup>, einem fanatischen wirtschaftsliberalen Gegner des Sozialismus, dessen antisozialistischen Publikationen von Horlacher sehr geschätzt wurden<sup>210</sup>, für den Heimatdienst Bayern für Wiederaufbau – einer Propagandazentrale gegen die Auflösung der Einwohnerwehren<sup>211</sup> – tätig. Diesen Heimatdienst unterstützte auch Horlacher als Geschäftsführer des Zweckverbandes der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns<sup>212</sup>.

---

Dolchstoßlegende, als nationalkonservativer Gegner Hitlers nach der nationalsozialistischen Machtübernahme verhaftet, gestorben am 19. Oktober 1942 im KZ Theresienstadt. Zu Cossmann vgl. SELIG, Cossmann.

<sup>200</sup> Zur Gäa vgl. SELIG, Cossmann, 46–58.

<sup>201</sup> Zu den *Süddeutschen Monatsheften* vgl. SELIG, Cossmann; SCHÄFER, Gerlich, 62–70.

<sup>202</sup> HORLACHER, Lage (1925), 19–27.

<sup>203</sup> Vgl. MASER, Frühgeschichte, 185–188.

<sup>204</sup> FEDER, Manifest; HORLACHER, Wiederaufbau (1919); HORLACHER, Wert (1920).

<sup>205</sup> BBV-Herrsching, Landwirtschaftlicher Verein KC/Unterfranken 1.667, Rundschreiben des Josef C. Huber Verlages, 2. Juni 1919.

<sup>206</sup> BOTHMER, Bayern.

<sup>207</sup> Vgl. HOSER, Münchner Tagespresse, 65.

<sup>208</sup> Vgl. RENNER, Heim (1961), 171–182; SCHWEND, Bayern, 66–68; FENSKE, Konservativismus, 117–123.

<sup>209</sup> Journalist, geboren am 15. Februar 1883 in Stettin, Studium der Naturwissenschaften und der Geschichte an der LMU, Kommilitone von Karl Alexander von Müller, Promotion zum Dr. phil. im Fach Geschichte, anschließend im bayerischen Archivdienst tätig, an der gewaltsamen Niederschlagung der Räterepublik beteiligt, seit 1920 auf Betreiben Cossmanns Chefredakteur der *MNV*, 1923 Angehöriger des engeren Kreises um Generalstaatskommissar Kahr, 1928 Rückkehr in den Archivdienst, trat 1931 unter dem Einfluss der stigmatisierten Therese Neumann aus Konnersreuth zum katholischen Glauben über, seither widmete er sich vor allem mit der Zeitschrift *Der gerade Weg* dem Kampf gegen Hitler, nach der Machtergreifung von der SA verhaftet und am 30. Juni 1934 ermordet. Zu Gerlich vgl. SCHÄFER, Gerlich.

<sup>210</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 11. März 1921, 103–105.

<sup>211</sup> Zum „Heimatdienst Bayern für Wiederaufbau“ vgl. HOSER, Münchner Tagespresse, 205–209; SCHÄFER, Gerlich, 91–97.

<sup>212</sup> BBV-Herrsching, Landwirtschaftlicher Verein KC/Unterfranken 1.667, Generalversammlung des Zweckverbandes der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns am 13. April 1920.

Gemeinsam mit Gerlich und Eugen Zentz (1870–1945)<sup>213</sup>, dem Vorsitzenden des „Heimatsdienstes Bayern für den Wiederaufbau“, war Horlacher Ende 1919 Mitglied des gegenrevolutionären Bürgerrates München<sup>214</sup>. Dieser war am 13. November 1918 von dem Rechtsanwalt Rudolf Meyer-Absberg (1877–1927)<sup>215</sup> gegründet worden, um eine bewaffnete Widerstandsorganisation gegen die Gefährdung des bürgerlichen Eigentums durch die Revolutionäre aufzubauen<sup>216</sup>. Meyer-Absberg vertrat ein Programm, das verfassungspolitisch revisionistisch und antisozialistisch war. Gegen das Streikrecht postulierte er die Pflicht zur Arbeit. Gegenüber dem Klassenbewusstsein der Arbeiter propagierte er die harmonisierende „Gleichberechtigung aller Volksgenossen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft“. Das Privateigentum galt ihm als unantastbar<sup>217</sup>. Nach der Revolution versuchte Meyer-Absberg in enger Zusammenarbeit mit Gerlich, den Bürgerrat München als überparteiliche und überkonfessionelle Sammlungsbewegung gegen die sozialpolitischen Forderungen der Gewerkschaften zu etablieren. Deshalb unterstützte der Bürgerrat München sowohl die Einwohnerwehren als auch die Technische Nothilfe, die der Streikabwehr diente<sup>218</sup>. Am 3. Dezember 1918 schloss sich der Bürgerrat München mit verschiedenen Wirtschaftsorganisationen zum Bayerischen Bürgerblock zusammen<sup>219</sup>. Als Gerlich und Meyer-Absberg am 8. Februar 1920 die Bürgerräte erstmals zu einer landesweiten Tagung zusammenriefen, um den Bayerischen Bürgerblock über München hinaus auszudehnen, waren auch Vertreter der bayerischen Ministerien und des Bayerischen Reichswehrgruppenkommandos 4 anwesend. Der Bayerische Bürgerblock sollte zu einem antisozialistischen Dachverband der bayerischen Wirtschaft umgestaltet werden – wobei sie sich intensiv um die landwirtschaftlichen Organisationen bemühten. Horlacher, der als Vertreter der Landwirtschaft anwesend war, brachte dem Vorhaben großes Interesse entgegen. Denn er hielt die „Bildung eines antisozialistischen Massenblocks“ für unbedingt

<sup>213</sup> Industrieller, geboren am 22. März 1870 in Mettingen in Elsaß-Lothringen, Inhaber mehrerer Zigarettenfabriken, 1917 Ernennung zum Geheimen Kommerzienrat, Freimaurer, Förderer der Einwohnerwehren, Vorsitzender des „Heimatsdienstes Bayern für Wiederaufbau“, er war „wohl eine der wichtigsten Hintergrundfiguren“ der Ordnungszelle Bayern (NUBER, Wehrverbände, 148), Vorstandsmitglied des Bayerischen Industriellen-Verbandes, 1925 Ehrenbürger der LMU und der Technischen Hochschule in München, gestorben 1945. Zu Zentz vgl. SCHWEND, Bayern, 589; HOSER, Münchner Tagespresse, 80; NUBER, Wehrverbände, 148.

<sup>214</sup> Zur Zusammensetzung der Vorstandschaft des Bürgerrates München vgl. BIEBER, Bürgertum, 252.

<sup>215</sup> Rechtsanwalt, katholisch, geboren am 1. Juli 1877 in München, Besuch der humanistischen Gymnasien in Regensburg, Hof und München, Studium der Rechtswissenschaften, anschließend Niederlassung als Rechtsanwalt in München, als Reaktion auf die Revolution Initiator des Bürgerrates München, Mitbegründer des Reichsbürgerrates, Erster Präsident des Bürgerrates München, Vizepräsident des Reichsbürgerrates, beteiligt an der gewaltsamen Niederwerfung der Münchner Räterepublik, gestorben am 8. November 1927. Zu Meyer-Absberg vgl. StadtA München, ZA Personen Rudolf Meyer-Absberg, Gedächtnisrede von Willy Hermann, 30. November 1927; StadtA München, ZA Personen Rudolf Meyer-Absberg, Gedächtnisrede von Bertrand Bühler OFM, Stadtpfarrer von St. Gabriel in München, 30. November 1927; MNN vom 10. November 1927.

<sup>216</sup> Zur Geschichte der Bürgerratsbewegung in Bayern vgl. KANZLER, Kampf, 69–72; HILLMAYR, Terror, 28–31; KEBLER, Held, 478; BIEBER, Bürgertum; SCHÄFER, Gerlich, 125–130.

<sup>217</sup> Vgl. das von Meyer-Absberg entworfene Reichsbürgerprogramm in: BSZ vom 10. Januar 1920.

<sup>218</sup> MAAZ vom 9. Januar 1920 (Abendausgabe). Zur Technischen Nothilfe vgl. KANZLER, Kampf, 76–78.

<sup>219</sup> Vgl. KANZLER, Kampf, 70.

notwendig. Seine Ausführungen wurden „sehr beifällig“ aufgenommen. Nach der einstimmigen Annahme einer Resolution, welche dagegen protestierte, den „politischen Verbrechern der räterepublikanischen Revolution“ Amnestie zu gewähren, wurde ein Landespräsidium des Bayerischen Bürgerblocks gewählt, in dem Horlacher als Beisitzer fungierte<sup>220</sup>. Wie sich Meyer-Absberg am 6. März 1920 beim Bund der Landwirte beklagte, war Horlacher jedoch der einzige der „führenden Männer der größten bürgerlichen Wirtschaftsverbände“, der sich zur Mitarbeit beim Bayerischen Bürgerblock entschließen konnte<sup>221</sup>. Erst der Kapp-Putsch und die ihm folgenden Unruhen führten zu einem reichsweiten Aufschwung der Bürgerratsbewegung zur Abwehr sozialistischer Streiks, weshalb diese nun auch für die landwirtschaftlichen Organisationen attraktiver wurde<sup>222</sup>. Seither bezeichnete sich der Bayerische Bürgerblock als „Einheitsblock der Bürger und Bauern“<sup>223</sup>. Mittlerweile war dem Bayerischen Bürgerblock jedoch im Bayerischen Ordnungsblock eine Konkurrenzorganisation entstanden, welche radikalere wirtschafts- und sozialpolitische Töne anschlug<sup>224</sup>. Nach heftigen publizistischen Auseinandersetzungen einigten sich die beiden konkurrierenden Organisationen in einem Abkommen zur Zusammenarbeit. Zur Kontrolle des Abkommens wurde ein „Zentralausschuß“ eingerichtet, dem neben Meyer-Absberg auch Horlacher angehörte<sup>225</sup>.

Durch vielfältige Fäden war Horlacher somit in das Netzwerk aus privaten und halböffentlichen Organisationen eingebunden, die sich dem außen- und verfassungspolitischen Revisionismus verschrieben hatten und die Ordnungszelle Bayern trugen. Während er als Vertreter des Zweckverbandes der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns in diesen revisionistischen Organisationen – Einwohnerwehren, „Zivilausschuß der Reichswehr“<sup>226</sup>, „Heimatdienst Bayern für Wiederaufbau“, Bürgerrat München, Bayerischer Bürgerblock – tätig und über ihre Aktivitäten informiert war, übernahm er jedoch nie eine derart exponierte Position, dass ihm ein Rückzug ohne Gesichtverlust unmöglich gemacht worden wäre. Ob diese Zurückhaltung in einem Ratschlag Heims begründet war – denn Heim zog es vor, die Fäden aus dem Hintergrund zu ziehen, und Strohmann vorzuschicken<sup>227</sup> – muss dahingestellt bleiben. Jedenfalls spricht es für die vorsichtige politisch-taktische Klugheit Horlachers.

<sup>220</sup> MAAZ vom 9. Februar 1920.

<sup>221</sup> BA Koblenz, NL Weilnböck N1327/33a, Meyer-Absberg an den Bund der Landwirte in Bayern, 6. März 1920.

<sup>222</sup> Vgl. BIEBER, Bürgertum, 327–342.

<sup>223</sup> MNN vom 22. April 1920.

<sup>224</sup> Zum Bayerischen Ordnungsblock vgl. KANZLER, Kampf, 72–75; FENSKE, Konservatismus, 166.

<sup>225</sup> MNN vom 20. April 1920.

<sup>226</sup> Zur Mitgliedschaft Horlachers im „Zivilausschuß der Reichswehr“ vgl. HUNDHAMMER, Berufsvertretung, 128.

<sup>227</sup> Vgl. SCHWEND, Bayern, 61–68.

## 5. Am rechten Rand der BVP

Am 6. Juni 1920 wurde Horlacher in den bayerischen Landtag gewählt. Er war in den oberpfälzischen Stimmkreisen Stadtamhof und Regensburg-Land/Roding aufgestellt worden<sup>228</sup>. Er erreichte den zweithöchsten Stimmenanteil der oberpfälzischen Kandidaten der BVP<sup>229</sup> und gehörte nun mit seinen 32 Jahren zu den jüngsten Abgeordneten der BVP im bayerischen Landtag<sup>230</sup>. Dass Horlacher als parteipolitischer Neuling, der nicht innerhalb seiner Stimmkreise wohnte, in diesen beiden sicheren Stimmkreisen aufgestellt wurde, verdankte er sicher der Protektion Heims, dessen Wohnort Regensburg war, und auch der Fürsprache des BV<sup>231</sup>. Heims Interesse an einem Verbindungsmann in die Landtagsfraktion der BVP war nicht unerheblich, da er zu dieser Zeit nicht Mitglied des bayerischen Landtages war. Als Vertrauensmann Heims trug Horlacher Kahrs autoritär-partikularistische Konfrontationspolitik gegen Berlin auch im Landtag mit. Nachdem die von Kahr geforderte Getreideausfuhrsperr aus Bayern gesetzlich untersagt worden war, schimpfte Horlacher deshalb über dieses Gesetz als „ein Produkt echter Berliner Zentralwirtschaft, für die die Rücksichtnahme auf die Länder grauer Dunst ist“<sup>232</sup>.

Seine erste Bewährungsprobe als Vertrauter Heims im Landtag hatte er aber zu bestehen, als es nach der Ermordung des Zentrumspolitikers Matthias Erzberger (1875–1921), der in bayerischen Regierungskreisen wegen seiner unitaristischen Finanzpolitik besonders verhasst war, zum Konflikt zwischen Kahr und der Reichsregierung kam. Kahr lehnte die aus Anlass der Ermordung Erzbergers erlassene „Reichsverordnung zum Schutz der Republik“ vom 26. August 1921 ab, da er in ihr einen unzulässigen Eingriff in die verfassungsmäßig abgesicherte Polizei- und Justizhoheit der Länder sah. Kahr wollte mit einer kompromisslosen Haltung die Niederlage in der Einwohnerwehrfrage ausgleichen und verweigerte die Durchführung der Republiksschutzverordnung<sup>233</sup>. Die Mehrheit der Landtagsfraktion der BVP zeigte unter ihrem Vorsitzenden Heinrich Held (1868–1938) in ihrer Sitzung am 10. September die Bereitschaft, sich mit Berlin zu verständigen, um eine Eskalation des Konfliktes zu verhindern. Kahr blieb jedoch kompromisslos und wurde dabei neben dem deutschnationalen Koalitionspartner vor allem von Heim unterstützt, der wegen der Brisanz der Angelegenheit zur Fraktionssitzung am 10. September eingeladen worden war und diese

<sup>228</sup> Regensburger Anzeiger vom 17. Mai 1920.

<sup>229</sup> Horlacher bekam 22.381 Stimmen. Vgl. BSZ vom 9. Juli 1920.

<sup>230</sup> LUIBLE, Vertretung, 19.

<sup>231</sup> Bei der Kandidatenaufstellung war die BVP in dieser Landtagswahl zur Hälfte an die Vorschläge der ihr angeschlossenen Berufsorganisationen gebunden. Zum Modus der Kandidatenaufstellung bei der BVP anlässlich der Landtagswahl 1920 vgl. Was ist und was will die Bayerische Volkspartei, 11.

<sup>232</sup> HORLACHER, Getreidewirtschaft (12. Juli 1921), 1f.

<sup>233</sup> Zur Haltung Kahrs in der Republiksschutzfrage vgl. KEßLER, Held, 427–438; SPECKNER, Ordnungszelle, 209–225; WINTER, Roth, 150–166; KIISKINEN, Deutschnationale Volkspartei, 143–148.

wutentbrannt verließ<sup>234</sup>. Noch am selben Tag beschloss der Ständige Ausschuß des bayerischen Landtages<sup>235</sup> in Abwesenheit Kahrs gegen die Stimmen der deutschnationalen Bayerischen Mittelpartei die Obstruktion aufgeben zu wollen, sobald die Reichsregierung auf den bayerischen Wunsch nach Wiederherstellung der Polizeihöhe der Länder eingehe<sup>236</sup>. Damit hatte sich die BVP offen gegen Kahr gestellt. Um den Bruch in letzter Minute zu vermeiden, erklärte sich Kahr mit dem Beschluss des Ständigen Ausschusses einverstanden, forderte jedoch den Zusatz „sobald es die Verhältnisse gestatten“. Um den Kompromiss mit dem Reich nicht zu gefährden, stimmte die BVP im Ständigen Ausschuß nahezu geschlossen gegen diesen Zusatz. Von der BVP stimmte nur Horlacher mit den vier deutschnationalen Abgeordneten für Kahrs Bedingung<sup>237</sup>. Unzufrieden mit der BVP, soll der Parteigründer Heim mit der Spaltung der BVP gedroht haben, wie sich Kahr erinnerte<sup>238</sup>.

Horlacher stand im Landtag zwischen der Fraktionsdisziplin und der Loyalität zu seinem politischen Mentor Heim, der als Präsident der Bayerischen Landesbauernkammer sein Dienstvorgesetzter war<sup>239</sup>. Deshalb demonstrierte Horlacher mit seinem Abstimmungsverhalten nicht nur ein Bekenntnis zu Kahrs Obstruktionspolitik gegenüber Berlin. Vielmehr postulierte er den Vorrang verbandspolitischer Rücksichtnahmen vor parteipolitischen Loyalitäten. Immerhin war Kahr bei den Bauern sehr populär, zeigte er doch stets ein großes Interesse für deren Sorgen und Nöte<sup>240</sup>. Horlacher war deshalb einer jener Vertreter außerparlamentarischer Organisationen, deren Einfluss auf die BVP Held am 10. September so heftig beklagt hatte<sup>241</sup>. Horlacher agierte als verlängerter Arm Heims. Die SPD verortete Horlacher aufgrund seines Abstimmungsverhaltens am 11. September 1921 am äußersten rechten Rand der BVP<sup>242</sup>. Dabei unterschied sie vier Flügel nach ihrer Haltung zu Kahr. Der linke Flügel um den Arbeitersekretär Karl Schirmer (1864–1942) lehnte Kahr ab.

<sup>234</sup> BayHStA, NL Kahr 51, Lebenserinnerungen Gustavs von Kahr, 928–935.

<sup>235</sup> Der Ständige Ausschuß des Landtages wurde einberufen, um während der sitzungsfreien Zeit des Landtages in der Sommerpause bzw. nach Auflösung des Landtages die Regierung kontrollieren zu können. Der Staatsrechtler Hans Nawiasky sah in ihm deshalb ein „Überbleibsel des alten Gegensatzes zwischen Volksvertretung und konstitutioneller Regierung“. Zum Ständigen Ausschuß vgl. NAWIASKY, Verfassungsrecht, 78f. und 136–138.

<sup>236</sup> Vgl. SPECKNER, Ordnungszelle, 217f.

<sup>237</sup> Horlacher war kein ordentliches Mitglied des Ständigen Ausschusses. Er befand sich nicht unter den am 9. August 1921 gewählten Mitgliedern (Verh. d. Bay. Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 3, Sitzung am 9. August 1921, 736). Erst seit 1922 war Horlacher Ersatzmann für den Ständigen Ausschuß (Verh. d. Bay. Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 6, Sitzung am 4. August 1922, 309; Sten. Ber. Bd. 8, Sitzung am 2. August 1923, 987; Sten. Ber. Bd. 9, Sitzung am 17. März 1924, 343). Dass Horlacher am 11. September 1921 als Vertretung anwesend war, ist jedoch durch die Anwesenheitsliste belegt. Obwohl keine namentliche Abstimmung erfolgte (Verh. d. Bay. Landtags 1920–1924. Beilagen Bd. 6, Beilage Nr. 1800), nannte die MAAZ vom 12. September 1921 den Namen Horlachers als des einzigen aus der Fraktionsdisziplin der BVP ausscherehenden Abgeordneten.

<sup>238</sup> BayHStA, NL Kahr 51, Lebenserinnerungen Gustavs von Kahr, 948.

<sup>239</sup> BayHStA, ML 122, Entwurf einer Geschäftsordnung für die bayerische Landesbauernkammer, undatiert.

<sup>240</sup> Vgl. SPECKNER, Ordnungszelle, 221. So war Kahr als Regierungspräsident Vorsitzender des landwirtschaftlichen Kreisvereins Oberbayern (BayHStA, NL Kahr 51, Lebenserinnerungen Gustavs von Kahr, 1069).

<sup>241</sup> KEBLER, Held, 431f.

<sup>242</sup> Von Kahr zu Lerchenfeld, 60.

Der Mitte um den Fraktionsführer Held und den Parteivorsitzenden Karl Friedrich Speck (1862–1939) fehlte ebenso wie der „Rechten der Koalitionsmehrheit“ um den Eichstätter Domkapitular Georg Wohlmuth (1865–1952) der Mut, Kahr bis zur letzten Konsequenz zu folgen. Allein die „Rechtsopposition unter der Führung von Zahnbrecher und Horlacher“ sei bis zuletzt zu Kahr gestanden<sup>243</sup>. Der Ausschussbeschluss vom 11. September wurde von Horlacher als in der anschließenden Fraktionssitzung als „Dummheit“ bezeichnet, da er den Rücktritt Kahrs vermeiden wollte. Er war jedoch zuversichtlich, diese mit „planvoller Politik wiedergutmachen“ zu können<sup>244</sup>. Während Horlacher das taktische Spiel zwischen öffentlichem Treubekennnis zu Kahr bei gleichzeitiger fraktionsinterner Distanzierung von dessen sinkendem Stern beherrschte, begann sein Fraktionskollege Franz Xaver Zahnbrecher (1882–1935)<sup>245</sup> wegen des Rücktritts Kahrs eine heftige und beleidigende Kampagne gegen die Landtagsfraktion der BVP<sup>246</sup>. Da sich der Agrarexperte und ehemalige Bauernvereinsfunktionär Zahnbrecher durch sein egomanisches Auftreten und sein übersteigertes Selbstbewusstsein im BV bereits vorher Feinde gemacht hatte<sup>247</sup>, war sein Ausschluss aus der Fraktion unvermeidlich. Zahnbrechers viel versprechende Karriere in der BVP und beim BV war zu Ende. Horlacher war es dagegen gelungen, sich in der schwierigen Stellung zwischen der von Held geführten Landtagsfraktion einerseits und den Bauernvereinen unter dem Einfluss Heims andererseits nicht nur zu halten, sondern seinen

<sup>243</sup> Von Kahr zu Lerchenfeld, 76f. Zur Flügelbildung innerhalb der BVP vgl. ferner KEBLER, Held, 448; ALTENDORFER, Schäffer, 169; REITTER, Gürtner, 97–107.

<sup>244</sup> ACSP, Fraktionssitzungen der BVP Bd. 1, Sitzung am 11. September 1921.

<sup>245</sup> Bauernvereinsfunktionär, katholisch, geboren am 23. November 1882 in Aich (Bezirksamt Laufen) als Sohn eines Bauern, Besuch des erzbischöflichen Knabenseminars in Scheyern, anschließend Gymnasium in Freising, das er 1902 absolvierte, 1902 bis 1906 Studium der Philosophie, Geschichte und Theologie an der LMU, Promotion zum Dr. phil. im Fach Geschichte über die Kolonisationstätigkeit des Hochstifts Freising in den Ostalpenländern, danach Tätigkeit für den Bayerischen Christlichen Bauernverein, 1906/1907 als Zentralsekretär des BV ein enger Mitarbeiter Heims, 1907/1908 Verbandssekretär des Bayerischen Landesverbandes landwirtschaftlicher Darlehenskassenvereine, 1908 bis 1910 Generalsekretär des Verbandes deutscher Lebensversicherungsgesellschaften, 1910 bis 1914 Syndikus des Verbandes bayerischer Metallindustrieller, seit September 1914 kriegsfreiwilliger Hilfsarbeiter beim Ersatzmagazin und der Intendantur des III. bayerischen Armeekorps in Nürnberg, 1915 Ernennung zum Stellvertretenden Proviantamtsinspektor beim Proviantamt München, 1917/1918 volkswirtschaftlicher Referent der bayerischen Alm- und Weidewirtschaftsstelle, durch seine „praktische Tätigkeit beim bayerischen Bauernverein wurde er auf staatswirtschaftliche Studien hingewiesen“ (ZAHNBRECHER, Landwirtschaftliche Vereine, 3), am 21. Februar 1921 Abschluss einer zweiten, staatswirtschaftlichen Dissertation über das landwirtschaftliche Organisationswesen in Bayern, 1919 bis 1924 MdL zunächst für die BVP, 1920 Wahl zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses des bayerischen Landtages, nach dem Rücktritt Kahrs Beginn von Zahnbrechers Agitation gegen die Landtagsfraktion der BVP, daraufhin Ausschluss aus der Landtagsfraktion der BVP, sympathisierte seither mit der NSDAP und führte seinen Kampf gegen die BVP weiter, gestorben am 25. September 1935. Zu Zahnbrecher vgl. BayHStA-KriegsA, OP 74379 (Personalakt Franz Xaver Zahnbrecher); HEIM – ZAHNBRECHER, Bauernverein; ZAHNBRECHER – LÖWENECK, Spar- und Darlehenskassenvereine; ZAHNBRECHER, Wirtschafts- und Sozialpolitik, 196; ZAHNBRECHER, Landwirtschaftliche Vereine, 3; ZAHNBRECHER, Bayerische Volkspartei; ZAHNBRECHER, Wahrheit; BVC vom 20. September 1921; Von Kahr zu Lerchenfeld, 86f.; LILLA, Landtag, 551f.

<sup>246</sup> Vgl. ZAHNBRECHER, Bayerische Volkspartei, 21–23; ZAHNBRECHER, Wahrheit.

<sup>247</sup> Schlittenbauer schrieb über Zahnbrecher anlässlich eines Zeitungsartikels, der aus dessen Feder stammte und voll des Eigenlobs war: „Bei dem Mann sind einige Schrauben los und diese Krankheit äußert sich im Größenwahn. [...] Ich halte es für notwendig, daß Du Zahnbrecher die Leviten liest“ (BayHStA, NL Heinrich Held 900, Schlittenbauer an Held, 27. August 1919).

Handlungsspielraum sogar noch zu erweitern. Zahnbrecher verschwand von der politischen Bühne und Horlacher trat seine Nachfolge als Stellvertretender Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses an<sup>248</sup>.

Während Held noch bemüht war, wenigstens in der Öffentlichkeit den Anschein zu erwecken, als bemühte er sich darum, den in nationalistischen und antirepublikanischen Kreisen äußerst populären Kahr<sup>249</sup> abermals mit der Ministerpräsidentenschaft zu beauftragen<sup>250</sup>, sprach sich die Fraktion einstimmig dagegen aus. „Horlacher“ – so das Protokoll der Fraktionssitzung am 20. September – „betrachtet Kahr für erledigt.“<sup>251</sup> Horlachers lapidare Stellungnahme ließ an Kompromisslosigkeit nicht zu wünschen übrig. Die Quellen geben keine Auskunft über seine Beweggründe dazu. Horlacher hatte wohl eingesehen, dass sich Kahr mittlerweile von einem Garant innenpolitischer Stabilität und Symbol der Ordnungszelle zum politischen Unruhefaktor entwickelt hatte. Denn mittlerweile hatte die inzwischen in deutschnationales Fahrwasser geratene MAAZ<sup>252</sup> gemeinsam mit dem *Miesbacher Anzeiger* wegen des Rücktritts Kahrs eine publizistische Kampagne gegen die BVP begonnen, welche in der Landtagsfraktion der BVP die Angst vor einem Rechtsputsch mit dem Ziel der Restitution Kahrs aufkommen ließ<sup>253</sup>. Deshalb stellte die Fraktion eine Delegation zusammen, die zu Kahr nach Berchtesgaden reisen sollte, um mäßigend auf ihn zu wirken. Neben dem Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Georg Stang (1868–1951) und dem ehemaligen bayerischen Kultusminister Eugen Ritter von Knilling (1865–1927) war Horlacher Mitglied der Delegation<sup>254</sup>. In seinen Lebenserinnerungen schilderte Kahr, wie ihn die Delegation „in großer Aufregung“ aufsuchte, um ihn zur Abgabe einer beruhigenden Erklärung wegen des befürchteten Rechtsputsches zu bewegen<sup>255</sup>. Tatsächlich war es wegen der zunehmenden Teuerung zu Unruhen gekommen, die durch Kahrs Rücktritt eine politische Komponente erhielten<sup>256</sup>. Da die Gewerkschaften wieder mit Generalstreik drohten, stand eine gewaltsame Konfrontation linker und rechter Gruppierungen zu erwarten. Kahr ließ sich überzeugen und nahm den Vaterländischen Verbänden als Nachfolgeorganisationen der Einwohnerwehren<sup>257</sup> am 21. September das Versprechen ab, keinen Gewaltakt gegen den Landtag durchzuführen<sup>258</sup>. Da sich die Putschgerüchte dadurch nicht ausräumen ließen, wurde Kahr abermals und „wieder in größter Aufregung“ von Horlacher, Knilling und Stang aufgesucht, wie Kahr in seinen Lebenserinnerungen festhielt. Dabei inszenierte er sich wenig

<sup>248</sup> ACSP, Fraktionssitzungen der BVP Bd. 1, Sitzung am 9. November 1921.

<sup>249</sup> Zur Popularität Kahrs in Bayern vgl. SCHWEND, Bayern, 179.

<sup>250</sup> Vgl. KEBLER, Held, 435f.; KIISKINEN, Deutschnationale Volkspartei, 148–151.

<sup>251</sup> ACSP, Fraktionssitzungen der BVP Bd. 1, Sitzung am 20. September 1921.

<sup>252</sup> Zur politischen Ausrichtung der MAAZ vgl. HOSER, Münchner Tagesprese, 69–78.

<sup>253</sup> Vgl. KEBLER, Held, 435–437.

<sup>254</sup> ACSP, Fraktionssitzungen der BVP Bd. 1, Sitzung am 20. September 1921.

<sup>255</sup> BayHStA, NL Kahr 51, Lebenserinnerungen Gustavs von Kahr, 948–950.

<sup>256</sup> MAAZ vom 15. September 1921 (Morgenausgabe).

<sup>257</sup> Zu den Vaterländischen Verbänden vgl. NUBER, Wehrverbände, 234–255.

<sup>258</sup> BayHStA, NL Kahr 51, Lebenserinnerungen Gustavs von Kahr, 951.

überzeugend als souveräner Herr der Lage, der die Münchner Herren gutmütig herablassend von der Unnötigkeit ihres Besuches überzeugte<sup>259</sup>.

Kahrs Nachfolger Hugo Graf von Lerchenfeld-Köfering (1871–1944) bildete ein bürgerliches Kabinett aus BVP, BBB und der liberalen Deutschen Demokratischen Partei ohne deutschnationale Beteiligung. Denn die Bayerische Mittelpartei hielt unbeirrt an Kahr und dessen an dessen Justizminister Christian Roth (1873–1934) – einer der hauptverantwortlichen der Kahr-Krise – fest<sup>260</sup>. Da die BVP aber trotz der Berufung des als gemäßigt geltenden Lerchenfeld keineswegs bereit war, ihren bisherigen Rechtskurs zu verlassen, bemühte sie sich bereits nach wenigen Wochen, die Bayerische Mittelpartei wieder in die Koalition zurückzuholen. Held wollte damit nicht zuletzt die Abhängigkeit der BVP von den verfassungs- und kulturpolitisch liberalen Koalitionspartnern BBB und DDP verringern<sup>261</sup>. Die koalitionspolitische Schwächung des BBB, der mit dem Landwirtschaftsministerium das agrarpolitische Schlüsselministerium besetzte, konnte aber auch nur im Interesse Horlachers sein. Deshalb befürwortete er die Gespräche Helds mit der Bayerischen Mittelpartei. Er war jedoch übereinstimmend mit Held nicht bereit, die Wiederaufnahme von Kahrs Justizminister Roth als *conditio sine qua non* der Bayerischen Mittelpartei zu akzeptieren<sup>262</sup>. Während Fritz Schäffer (1888–1967)<sup>263</sup> – der sich gerade anschickte, die Führung des rechten Fraktionsflügels zu übernehmen<sup>264</sup> –im Interesse der Beibehaltung des bisherigen Rechtskurses der bayerischen Staatsregierung bereit war, das Ausscheiden der DDP als Folge von Roths Wiederaufnahme in Kauf zu nehmen, wollte Held die Abhängigkeit von der DDP nicht durch eine Abhängigkeit von der Bayerischen Mittelpartei ersetzen<sup>265</sup>, zumal es die erklärte Absicht des BBB war, die Koalition mit der DDP zu verlassen<sup>266</sup>. Eine derartige Stärkung der Bayerischen Mittelpartei – und damit des

<sup>259</sup> BayHStA, NL Kahr 51, Lebenserinnerungen Gustavs von Kahr, 952.

<sup>260</sup> Vgl. KIISKINEN, Deutschnationale Volkspartei, 149–151.

<sup>261</sup> Vgl. KEBLER, Held, 444–447.

<sup>262</sup> ACSP, Fraktionssitzungen der BVP Bd. 1, Sitzung am 14. Dezember 1921.

<sup>263</sup> Politiker der BVP, katholisch, geboren am 12. Mai 1888 in München, Besuch des humanistischen Gymnasiums in Neuburg/Donau, 1907 bis 1911 Jurastudium an der LMU, 1915 Kriegsfreiwilliger, nach einer Verletzung seit 1917 Rechtspraktikant beim Bezirksamt München, 1917 Ernennung zum Bezirksamtsassessor in Kelheim, 1920 bis 1933 MdL für die BVP, ab 1920 Regierungsrat bzw. Oberregierungsrat im bayerischen Kultusministerium, 1929 bis 1933 Vorsitzender der BVP, 1931 bis 1933 geschäftsführender bayerischer Finanzminister im Rang eines Staatsrates, 1933 Verlust der beruflichen Stellung und der Ehrenämter, Verhaftung, während des Dritten Reiches als Rechtsanwalt tätig, 1944 KZ-Haft in Dachau, 28. Mai 1945 bis 28. September 1945 bayerischer Ministerpräsident, 1945 Mitbegründer der CSU, während der Flügelkämpfe in der Anfangsphase der CSU hauptsächlicher Gegner Horlachers, 1949 bis 1961 MdB für die CSU, 1949 bis 1953 Vorsitzender der Landesgruppe der CSU im Deutschen Bundestag, 1949 bis 1957 Bundesfinanzminister, 1957 bis 1961 Bundesjustizminister, 1961 Rückzug aus der Politik, gestorben am 29. März 1967. Zu Schäffer vgl. ALTENDORFER, Schäffer; HENZLER, Schäffer.

<sup>264</sup> Dies tat er, indem er die Verfassungsrevisionspläne der BVP zur Begrenzung des Parlamentseinflusses über eine zweite berufsständische Kammer und einen Staatspräsidenten maßgeblich ausarbeitete. Vgl. ALTENDORFER, Schäffer, 245–253.

<sup>265</sup> Zu den Koalitionsverhandlungen zwischen BVP und Bayerischer Mittelpartei im Dezember 1921 vgl. KEBLER, Held, 446–448; WINTER, Roth, 164; KIISKINEN, Deutschnationale Volkspartei, 161–165.

<sup>266</sup> ACSP, Fraktionssitzungen der BVP Bd. 1, Sitzung am 31. Januar 1922.



Bundes der Landwirte als deren maßgebliche vorgelagerte Organisation<sup>267</sup> – konnte aber ebenfalls nicht im Interesse Horlachers sein. Deshalb trat er wie Held für eine Verbreiterung der Koalitionsbasis ein und lehnte eine Politik ab, die einen bloßen Austausch der Koalitionspartner zur Folge gehabt hätte.

Erst als sich die Spannungen zwischen Bayern und dem Reich wegen der Ermordung des Reichsaußenministers Walther Rathenau (1867–1922) wieder verschärften, entstand ein politisches Klima, das der Wiederaufnahme der Deutschnationalen in die Koalition günstig war. Denn in dem am 21. Juli 1922 unter dem Zentrumskanzler Joseph Wirth (1879–1956) erlassenen „Republikschutzgesetz“ erblickten BVP und Bayerische Mittelpartei abermals einen inakzeptablen Eingriff in die Justiz- und Polizeihochheit Bayerns – die BVP eher aus Sorge um die bayerische Eigenstaatlichkeit, die Bayerische Mittelpartei aus Sorge um die Ordnungszellenpolitik. Gegen den Willen des um Ausgleich bemühten Ministerpräsidenten setzte die BVP eine eigene bayerische „Notverordnung zum Schutz der Verfassung der Republik“ durch<sup>268</sup>. Dies hatte das Ausscheiden der DDP aus der Regierung und die Rückkehr der Bayerischen Mittelpartei zur Folge<sup>269</sup>. Da die bayerische Verordnung nach Verhandlungen des um Ausgleich bemühten Lerchenfeld mit Vertretern der Reichsregierung am 24. August 1922 aufgehoben wurde, führten die Vaterländischen Verbände eine publizistische Kampagne gegen Lerchenfeld, die schließlich zu seinem Rücktritt am 2. November 1922 führte<sup>270</sup>.

Da die BVP die Ordnungszellenpolitik der Aufrechterhaltung innenpolitischer Stabilität mit Hilfe der paramilitärischen Vaterländischen Verbände beibehalten wollte, suchte sie nach einem Ministerpräsidenten, der diese wieder stärker in die Regierungspolitik integrieren konnte<sup>271</sup>. Held glaubte diesen in dem politisch kaum hervorgetretenen farblosen ehemaligen Kultusminister Knilling gefunden zu haben. Prophetisch warnte er davor, einen prominenten Politiker der BVP zu nominieren, „denn es sei doch wahrscheinlich, daß sich der kommende Ministerpräsident nicht werde behaupten können“<sup>272</sup>. Als Bedingung für die Wahl Knillings forderte die Bayerische Mittelpartei jedoch zusätzlich zum Justizressort das Handelsministerium. Horlacher war der Wortführer der Minderheit in der Landtagsfraktion, welche in der Sitzung am 8. November 1922 ihre Bereitschaft signalisierte, dieser Forderung

<sup>267</sup> Bund der Landwirte und Bayerische Mittelpartei waren voneinander unabhängige Organisationen. Allerdings war der Einfluss des Bundes der Landwirte auf die bayerische DNVP zeitweise so groß, dass von einer Hegemonialstellung des Bundes der Landwirte gesprochen werden kann. Zum Verhältnis zwischen deutschnationaler Bayerischer Mittelpartei und Bund der Landwirte vgl. KIISKINEN, Deutschnationale Volkspartei, 91–93; KITTEL, Weimar, 125–129.

<sup>268</sup> Zur bayerischen Notverordnung vom 24. Juli 1922 vgl. KEBLER, Held, 463–468; SCHWARZ, Zeit, 466–468; KIISKINEN, Deutschnationale Volkspartei, 166–171; ferner SCHWEND, Bayern, 186–194; zum Text der Verordnung vgl. Verordnung zum Schutz der Verfassung der Republik vom 24. Juli 1922, in: Dokumente zur Geschichte von Staat und Gesellschaft in Bayern Bd. III/2, 373f.

<sup>269</sup> ACSP, Fraktionssitzungen der BVP Bd. 1, Sitzung am 3. August 1922; ferner SCHWEND, Bayern, 192f.

<sup>270</sup> Zu den Umständen des Rücktritts Lerchenfelds vgl. KEBLER, Held, 466–472; ferner SCHWEND, Bayern, 197f.

<sup>271</sup> Vgl. KEBLER, Held, 471f.

<sup>272</sup> ACSP, Fraktionssitzungen der BVP Bd. 1, Sitzung am 26. Oktober 1922.

nachzugeben<sup>273</sup>. Horlachers Bereitschaft, den deutschnationalen Forderungen diesmal weiter entgegenzukommen als noch im Herbst 1921, gründete in der instabilen politischen Situation, die durch den Rücktritt des Ministerpräsidenten entstanden war. Schließlich begnügte sich die Bayerische Mittelpartei aber mit dem Justizressort, was der Fraktionsmehrheit der BVP die Zustimmung zur Koalition mit ihr erleichterte<sup>274</sup>.

## **6. Bruch des antirevolutionären Konsenses im landwirtschaftlichen Organisationswesen**

Koalitionspolitische Erwägungen und parteipolitische Rivalitäten mussten sich auch in der Politik der Bayerischen Landesbauernkammer widerspiegeln. Denn die Plenarversammlung der Landesbauernkammer setzte sich aus prominenten Politikern der Landtagsparteien zusammen. Der Bayerische Christliche Bauernverein war eng mit der BVP verbunden<sup>275</sup>, der Bayerische Bauernbund agierte als eigenständige Partei, und der Bund der Landwirte (seit 1924: Bayerischer Landbund) unterstützte die Bayerische Mittelpartei. Heim hielt die parteipolitische und weltanschauliche Bindung der Mitglieder einer gesetzlichen Selbstverwaltungskörperschaft angesichts der erwarteten gesellschaftspolitischen Entscheidungen kurz vor Ende des Ersten Weltkrieges für unabdingbar: „Nachdem wir es mit politischen Parteien zu tun haben, von denen jede auch ein Wirtschaftsprogramm und ein Kulturprogramm hat, wäre eine farblose, reine Berufsvertretung der Landwirtschaft durch einen freien Verein nichts anderes als ein Messerstiel ohne Klinge. Eine solche Berufsvertretung wäre wert, von den Bauern am ersten Tag schon zum Teufel gejagt zu werden. Selbst wenn es ihr noch gelänge, die materiellen Interessen der Landwirte zu wahren, was bei Farb- und Parteilosigkeit auf wirtschaftlichem Gebiete schon eine Wunderleistung wäre, was wäre dem Bauernstand damit gedient, wenn wir gleichzeitig die ethischen Grundlagen unseres deutschen Bauernstandes ohne Widerstand erschüttern und zertrümmern ließen.“<sup>276</sup> Trotzdem wurde die Bayerische Landesbauernkammer am Ende ihrer Ersten Wahlperiode vom bayerischen Landwirtschaftsminister Anton Fehr (1881–1954)<sup>277</sup> am 10.

<sup>273</sup> ACSP, Fraktionssitzungen der BVP Bd. 1, Sitzung am 8. November 1922.

<sup>274</sup> Zur Regierungsbildung Knilling vgl. KIISKINEN, Deutschnationale Volkspartei, 192–196.

<sup>275</sup> Zum Verhältnis zwischen BV und BVP vgl. BERGMANN, Bauernbund, 46–49.

<sup>276</sup> StadtA Regensburg, NL Heim 903, Heim an Schlittenbauer, 3. Juni 1918.

<sup>277</sup> Führender Bauernbundspolitiker und Agrarwissenschaftler, katholisch, geboren am 24. Dezember 1881 in Lindenberg/Allgäu als Sohn eines Hutfabrikanten, humanistisches Gymnasium in Kempten, 1901 bis 1904 Studium der Landwirtschaft an der TH München und an der Akademie für Landwirtschaft und Brauerei in Weihenstephan, anschließend Assistent am Milchwirtschaftlichen Institut in Weihenstephan, seit 1905 Wanderlehrer für den Milchwirtschaftlichen Verein im Allgäu, 1909 bis 1917 Kreismolkereiinspektor bei der Regierung von Oberbayern, 1916 bis 1922 Leiter der bayerischen Landesfettstelle, seit 1917 ordentlicher Professor in Weihenstephan, seit 1917 Mitglied des BBB, 1920 für den BBB in den Reichstag gewählt, 1921 Wahl zum Präsidenten des Milchwirtschaftlichen Landesverbandes Bayern, 31. März bis 21. November 1922 Reichsernährungsminister, 1924 bis 1930 bayerischer Landwirtschaftsminister, 1933 Eintritt in die NSDAP, 1935 Entlassung als Professor und Leiter des Milchwirtschaftlichen Instituts in Weihenstephan, 1936

Februar 1925 in bewusster Ignorierung der Realität wegen ihrer „unpolitischen Zusammensetzung“ gelobt<sup>278</sup>. Auch Horlacher vertrat die Ansicht, dass in der Landesbauernkammer „alle Meinungen und Schattierungen über parteipolitische und sonstige Fragen ausgeschlossen sein sollen“<sup>279</sup>. So sehr diese Behauptungen letztlich der parteienfeindlichen Phraseologie entsprachen, welche den Konservatismus der Weimarer Republik so stark prägte<sup>280</sup>, handelte es sich dabei tatsächlich um den stets wiederholten Gründungsmythos der gesetzlichen Selbstverwaltung der Landwirtschaft in Bayern, der gerade wegen der parteipolitischen Zerrissenheit der bayerischen Landwirtschaft zu deren Stabilisierung beitragen sollte<sup>281</sup>.

Trotzdem schien die Geschichte der Bayerischen Landesbauernkammer jedoch entsprechend diesem konservativen Ideal der unpolitischen Zweckabhängigkeit jeglicher wirtschaftspolitischer Tätigkeit zu beginnen. Der BBB war nach der Übertragung des Landwirtschaftsministeriums an den Bauernbundssympathisanten Johann Wutzlhofer (1871–1936)<sup>282</sup> saturiert und zeigte sich kooperationsbereit. Die Bayerische Mittelpartei – und damit der Bund der Landwirte – drängte in eine Koalition mit der BVP<sup>283</sup>. Er konnte deshalb mit Entgegenkommen rechnen, als er im Namen des Zweckverbandes der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns Einheitslisten für die Bauernkammerwahlen forderte: „Frei von parteipolitischen Gegensätzen muß die ganze Arbeit der Bauernkammern der Erhaltung eines kräftigen Bauernstandes, der Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung, dem Wiederaufbau unserer Landwirtschaft als der ersten Voraussetzung für unsere nationale, wirtschaftliche und moralische Wiedergesundung gelten.“<sup>284</sup> Tatsächlich war sein Vorstoß erfolgreich. Die Bauernkammerwahlen fanden mit Ausnahme von Gandorfers Hochburg

---

unfreiwilliger Rücktritt als Erster Vorsitzender des Milchwirtschaftlichen Reichsverbandes, Kontakte zum Widerstand, 1944 Inhaftierung im KZ Ravensbrück, 1945 Gründungsmitglied des BBV, 1946 bis zu seinem Tode Dritter Vorsitzender bzw. Präsident des BBV, gestorben am 2. April 1954. Zu Fehr vgl. SCHUMACHER, M.d.R., 360f.; STINGLWAGNER, Chronik, 75; GBBE, 496.

<sup>278</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 10. Februar 1925, 427.

<sup>279</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 3. Juni 1921, 131.

<sup>280</sup> Vgl. SONTHEIMER, Denken, 198–211.

<sup>281</sup> Dieser Gründungsmythos wirkte bis hinein in die historisch-kritische Forschung. Wolfgang Ratjen behauptet in seiner grundlegenden Untersuchung zur Geschichte der bayerischen Bauernkammern, dass diese „nach außen jede politische Parteinahme vermieden“ hätten (vgl. RATJEN, Bauernkammern, 139). In diesem Urteil ist wohl aber in erster Linie der Einfluss von Ratjens Doktorvater Heinz Haushofer zu spüren, der seine agrarpolitische Karriere im Büro der Landesbauernkammer begonnen hatte. Vgl. HAUSHOFER, Leben, 31–37.

<sup>282</sup> Lagerhausverwalter, katholisch, geboren am 17. Dezember 1871 in Obersunzing bei Straubing, seit 1900 Vorstandsmitglied des landwirtschaftlichen Bezirksvereins Straubing (Landwirtschaftlicher Verein), seit 1907 Genossenschaftsdirektor in Straubing, während des Ersten Weltkrieges in der Kommunalverbandswirtschaft tätig, vom 1. April 1919 bis 1. September 1919 Staatskommissar für Volksernährung, 1919/1920 MdL für den Bauernbund, ohne dessen Mitglied zu sein, vom 16. März 1920 bis 23. Dezember 1923 bayerischer Landwirtschaftsminister, gestorben am 22. Dezember 1936. Zu Wutzlhofer vgl. HUNDHAMMER, Geschichte, 148; LUIBLE, Vertretung 51; BERGMANN, Bauernbund, 78f.; STINGLWAGNER, Chronik, 73.

<sup>283</sup> Vgl. KIISKINEN, Deutschnationale Volkspartei, 80.

<sup>284</sup> BBV-Herrsching, Landwirtschaftlicher Verein KC/Unterfranken 1.667, Generalversammlung des Zweckverbandes der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns am 13. April 1920.

Niederbayern in allen Kreisen auf der Grundlage von Einheitslisten statt<sup>285</sup>. Außer Gandorfer wollte sich keiner der maßgeblichen Verbandsführer dem Vorwurf des Verbandsegoismus aussetzen.

Vor den Augen der Öffentlichkeit blieb es deshalb verborgen, dass der antirevolutionäre Konsens, der seit dem Bamberger Bauern- und Landarbeitertag im Juli 1919<sup>286</sup> zwischen BV und Bund der Landwirte herrschte, nach dem Ende der Bauernräte brüchig geworden war. Hinter den Kulissen zeichnete sich ein Konflikt dieser beiden Organisationen um das Amt des Direktors der Landesbauernkammer ab. Bereits im Sommer 1920 erwog Friedrich Beckh (1843–1927)<sup>287</sup>, der fränkische Nestor des Bundes der Landwirte, diesem den Austritt aus dem Zweckverband der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns zu raten, da ihm Horlacher als Garant für „Centrumspolitik“ galt. Beckh war deshalb immer weniger bereit, „daß wir Dr. Horlacher bezahlen helfen, der Mitglied der bayerischen Volkspartei ist und sein Landtagsmandat dieser Partei verdankt“<sup>288</sup>. Er machte sich deshalb im Sommer 1920 Gedanken, wie die Übernahme der Geschäftsführung der Landesbauernkammer durch Horlacher zu verhindern sei<sup>289</sup>. Nach den Bauernkammerwahlen war der BV mit seinen 21 Sitzen in der Landesbauernkammer gegenüber dem Bund der Landwirte (7), dem BBB (13) und einer neutralen Gruppe (17), die sich hauptsächlich um den Landwirtschaftlichen Verein gruppierte, in der Minderheit. Wolfgang Brügel (Bund der Landwirte) versuchte deshalb mit Matthäus Mittermeier (BBB) zunächst wegen des Amtes des Präsidenten der Landesbauernkammer ins Gespräch zu kommen. Dieser hatte sich aber bereits mit dem BV geeinigt. Mittermeier stimmte der Wahl Heims zu, wofür er den Posten des Stellvertretenden Präsidenten bekam. Brügel gab deshalb auf, Horlacher als Direktor zu verhindern. Stattdessen versuchte er nun, einen „uns nahe stehenden brauchbaren Beamten für die Landesbauernkammer“ in Horlachers Büro einzuschleusen und dadurch Einfluss auf die Geschäftsführung zu bekommen<sup>290</sup>. Deshalb bemühte sich die Vorstandschaft des Bundes der Landwirte um Horlachers Stellvertreter Dr. Max Wittwer (geb. 1889)<sup>291</sup>. Denn sie war „der Auffassung, daß nachdem auch die

<sup>285</sup> BayHStA, ML 120, Bekanntmachung über das Ergebnis der Wahl zur Kreisbauernkammer 1920, undatiert; Mitteilungen der Bay. Landesbauernkammer vom 30. November 1920.

<sup>286</sup> Vgl. Kapitel IV.1.

<sup>287</sup> Gutsbesitzer und führender Politiker des Bundes der Landwirte, protestantisch, geboren am 24. Oktober 1843 in Nürnberg, Gymnasialbesuch in Augsburg und Nürnberg, Studium der Rechts- und Naturwissenschaften in Erlangen, Heidelberg, Basel und Göttingen, in den Kriegen 1866 und 1870/1871 Offizier, 1875 Übernahme des elterlichen Gutes in Rathsberg bei Erlangen, 1887 bis 1918 Mitglied der Kammer der Abgeordneten des Bayerischen Landtages für den Bund der Landwirte, Mitglied der evangelisch-lutherischen Landessynode, Gründungsmitglied der deutschnationalen Bayerischen Mittelpartei, 1920 bis 1925 Mitglied der Bayerischen Landesbauernkammer, 1924 Ernennung zum Geheimen Landesökonomierat, gestorben am 10. April 1927. Zu Beckh vgl. BAR vom 18. April 1927; KIISKINEN, Deutschnationale Volkspartei, 598.

<sup>288</sup> BA Koblenz, NL Weilnböck N1327/14a, Beckh an Weilnböck, 10. Juli 1920.

<sup>289</sup> BA Koblenz, NL Weilnböck N1327/14a, Beckh an Weilnböck, 30. Juli 1920.

<sup>290</sup> BA Koblenz, NL Weilnböck N1327/14b, Brügel an Weilnböck, 31. Juli 1920.

<sup>291</sup> Verbandsfunktionär, katholisch, geboren am 28. Juli 1889 in Wertach im Allgäu, Besuch der humanistischen Gymnasien in Kempten und Neuburg/Donau, 1909 bis 1914 Studium der Germanistik und Nationalökonomie an

Bayerische Volkspartei in der Person des Direktors Horlacher einen Direktor der bayerischen Landesbauernkammer im Landtag habe, dasselbe Recht dem Bayerischen Landbund, bzw. einem Rechtsblock von der Landesbauernkammer zugestanden werden müßte<sup>292</sup>. Mit Schlittenbauer als Landtagsberichterstatter zum Bauernkammerngesetz, mit Heim als Präsident der Landesbauernkammer und Horlacher als Direktor erschien die Landesbauernkammer ohnehin manchem Zeitgenossen allzu sehr als „ein Kind der Bayr. Volkspartei“<sup>293</sup>. Aber letztlich scheiterte Brügel's Versuch, Horlacher's Stellvertreter für den Bund der Landwirte zu gewinnen, am Widerstand Heims. Dieser ließ Wittwer kurzerhand aus dem Büro entfernen, nachdem ihm bekannt geworden war, dass Brügel's Werben um Wittwer nicht ohne Erfolg geblieben war<sup>294</sup>.

Da die Stellung des Bundes der Landwirte innerhalb des landwirtschaftlichen Organisationswesens nicht zuletzt wegen der koalitionspolitischen Rücksichtnahmen zu schwach war, um die starke Stellung des BV in der Landesbauernkammer zu schwächen, konzentrierte sich Brügel nun darauf, Begrenzungen für Horlacher's Handlungsspielraum durchzusetzen. Als dieser als Vertreter der Bayerischen Landesbauernkammer beim Deutschen Landwirtschaftsrat<sup>295</sup> über die Zwangswirtschaft referieren sollte, forderte Brügel am 15. Januar 1921, „daß das Plenum der Landesbauernkammer über die Auffassung, die er dort vertreten soll, gewisse Richtlinien aufstellt, die bei der Beratung dort maßgebend sein sollen“. Denn Horlacher solle dort „nicht als Politiker, sondern als 1. Beamter unserer Körperschaft sprechen“. Heim gelang es zunächst noch, diesen Vorstoß abzuwehren, indem er eine Kommission zur Behandlung der Frage der Zwangswirtschaft anregte<sup>296</sup>. Am 3. Februar 1922 – die Bayerische Mittelpartei befand sich mittlerweile nicht mehr in der Koalition – gelang es Brügel dann durch ein schärferes Vorgehen im Plenum der Bayerischen Landesbauernkammer die parteipolitische Bindung des BV an die BVP bloßzustellen. Im Namen des Bundes der Landwirte stellte er den Antrag auf restlose Abschaffung der bei den

---

der LMU und in Halle, Promotion zum Dr. phil. mit einem Thema aus der Zeitungskunde, 1919 für die BVP hauptamtlich in Kempten tätig, mit Unterstützung Heims Redakteur bei der *Allgäuer Zeitung* in Kempten, seit Spätsommer 1920 mit Unterstützung Heims volkswirtschaftlicher Referent der Landesbauernkammer, 1925 auf Druck Heims Wechsel zum Milchwirtschaftlichen Verein im Allgäu, seither entwickelte er sich zum Milchexperten, Direktor der Milchwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft in Kempten, 1929 Leiter der Abteilung B für Milch und Milchprodukte der Zentralstelle der Bayerischen Landesbauernkammer für Marktbeobachtung und Absatzfragen, maßgebliche Beteiligung an der Vorbereitung des Reichsmilchgesetzes. Zu Wittwer vgl. StadtA Regensburg, NL Heim 2420, Bericht über die Wahl­tätigkeit der BVP im Allgäu, 6. Februar 1919; StadtA Regensburg, NL Heim 2420, Schlittenbauer an Wittwer, 22. September 1919; StadtA Regensburg, NL Heim 1225, Heim an Otto Weickmann, 14. Juni 1925; WITTWER, Zeitungswesen, 91; RATJEN, Bauernkammern, 183.

<sup>292</sup> BA Koblenz, NL Weilnböck N1327/5b, Vorstandssitzung des Bundes der Landwirte in Bayern am 29. Dezember 1923.

<sup>293</sup> LAUERBACH, Landwirtschaft, 42.

<sup>294</sup> StadtA Regensburg, NL Heim 1225, Heim an Otto Weickmann, 14. Juni 1925. Wittwer wechselte zum Milchwirtschaftlichen Verein im Allgäu (Mitteilungen der Bay. Landesbauernkammer vom 2. März 1925).

<sup>295</sup> Dachverband der deutschen Landwirtschaftskammern. Zum Deutschen Landwirtschaftsrat vgl. GOTTWALD, Deutscher Landwirtschaftsrat, 167–183.

<sup>296</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 15. Januar 1921, 67–72.

Bauern verhassten Zwangswirtschaft. Wie zu erwarten war, nahm Schlittenbauer als Sprecher des BV leidenschaftlich Stellung gegen diesen als reine Agitation empfundenen Vorstoß. Als Schlittenbauer zu bedenken gab, dass ein derartiger Beschluss Heims Verhandlungsposition als Reichstagsabgeordneter in Berlin schwäche, gab er Brügel einen Anlass, um Heims parteipolitische Tätigkeit für die BVP anzugreifen. Es würde, so Brügel, „zu unhaltbaren Konsequenzen führen, (sehr richtig!) wenn wir einen Herrn, der politisch in einer Partei tätig ist, immer berücksichtigen müßten, wenn wir wirtschaftliche Forderungen irgendwelcher Art beraten und annehmen wollen“. Geschickt erinnerte er dabei an Horlachers Diktum, wonach es die „heilige Pflicht“ der Landesbauernkammer sei, stets die landwirtschaftlichen Interessen „in den Vordergrund zu schieben“ und nicht die parteipolitischen. Horlacher reagierte schwächlich und ungeschickt. Angesichts der Übereinstimmung zwischen Brügels Agitationsantrag und dem auch von Horlacher kolportierten Gründungsmythos vom unpolitischen Charakter der Landesbauernkammer konnte Horlacher gegen dessen Inhalt nicht vorgehen. Stattdessen versuchte er ihn mit Hilfe der Geschäftsordnung für ungültig zu erklären und goss damit Öl in Brügels geschickt geschürtes Feuer gegen die BVP. Denn Horlacher behauptete, dass die Annahme des Antrages im volkswirtschaftlichen Ausschuss am Vortag deshalb ungültig sei, da die Abstimmung nicht getrennt nach den vier in der Landesbauernkammer vertretenen Gruppen erfolgt war. Durch diesen ungeschickten Hinweis lieferte Horlacher selbst den Beweis für Brügels Vorwurf der primär parteipolitischen Orientierung der Tätigkeit des BV und brachte damit auch noch den Stellvertretenden Präsidenten Mittermeier (BBB) gegen sich auf: „Wenn der Herr Direktor meinte, ich hätte gestern nicht objektiv gehandelt, so möchte ich entschieden Verwahrung dagegen einlegen. Was die Abstimmung nach Parteien anlangt, so müßte mir ein Verzeichnis vorgelegt werden. Ich habe ja gar nicht gewusst, wer alles vertreten ist, da mir kein Verzeichnis von den Korporationen vorlag.“ Schließlich wurde der Antrag des Bundes der Landwirte gegen die Stimmen des BV angenommen. Ein Gesichtsverlust des BV konnte dadurch verhindert werden, dass ein Antrag Schlittenbauers gleichen Inhalts, aber von gemäßigter Sprache, ebenfalls angenommen wurde<sup>297</sup>.

---

<sup>297</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 3. Februar 1922, 7–15. Aufgrund der geschilderten Auseinandersetzungen zwischen dem Bund der Landwirte und dem BV ist es nicht haltbar, wenn RATJEN, Bauernkammern, 140 behauptet, dass sich das Verhältnis zwischen dem BV und dem Bund der Landwirte während der ersten Wahlperiode der Landesbauernkammer in den Bahnen sachlicher Zusammenarbeit bewegt habe sowie harmonisch und ohne erkennbare Auseinandersetzungen verlaufen sei. Ratjens zutreffende Beobachtung, dass die Beschlüsse der Landesbauernkammer meist einstimmig gefasst wurden, ist nicht auf das Fehlen organisationspolitischer Auseinandersetzungen zurückzuführen, sondern auf den protektionistischen Konsens, der zwischen den maßgeblichen Wirtschaftsverbänden der bayerischen Landwirtschaft jenseits der parteipolitischen Rivalitäten herrschte.

## 7. Im Kampf gegen das bayerische Landwirtschaftsministerium

Hatte Horlacher seine Stellung als Geschäftsführer innerhalb der Bayerischen Landesbauernkammer gegen den Bund der Landwirte zu verteidigen, so musste er sich nach außen gegenüber dem bayerischen Landwirtschaftsministerium zur Wehr setzen. Dabei überlagerte sich der parteipolitisch motivierte Konflikt – mit dem von einem Bauernbundssympathisanten geführten Ministerium – mit einem organisationspolitischen Konflikt – da dessen Ministerialbürokratie eifersüchtig über ihre administrativen Kompetenzen gegenüber den Ansprüchen der Landesbauernkammer auf Selbstverwaltung wachte. Sowohl das 1919 errichtete Landwirtschaftsministerium<sup>298</sup> als auch die 1920 gegründete Landesbauernkammer erhoben für sich den Anspruch auf die Durchführung der Landwirtschaftsverwaltung. Das Verhältnis zwischen Horlacher und der staatlichen Landwirtschaftsverwaltung gestaltete sich deshalb entsprechend dem essayistisch formulierten Modell des Agrarwissenschaftlers Heinrich Niehaus: „Wie die ägyptische Priesterkaste das Bestreben hatte, die astronomischen und sonstigen Erkenntnisse geheim zu halten als Tempelwissenschaft, so gibt es auch eine bürokratische Tempelwissenschaft der Referenten. Auf der Seite der Verbände wächst dagegen die Neugier auf alles, was vorgeht, und die Arbeit setzt intensiver ein. Es müssen die geschicktesten Diplomaten aufgeboten werden, um herauszufinden, was nun eigentlich geplant ist.“<sup>299</sup> Dabei bestand Horlachers Strategie nicht darin, vorsichtig und umsichtig vorzugehen. Vielmehr erhob er seine administrativen Ansprüche gegenüber der staatlichen Landwirtschaftsverwaltung fordernd und ultimatив.

Gemeinsam mit Heim erhob Horlacher gegenüber den staatlichen Behörden den Führungsanspruch der Landesbauernkammer in Sachen Landwirtschaftsverwaltung<sup>300</sup>. Als Direktor der Landesbauernkammer wollte er deshalb dafür sorgen, dass die Landwirtschaftsbeamten „den Willen der bäuerlichen Vertretung kennen lernen und respektieren“. Insofern die Landesbauernkammer keine eigene Verwaltung beanspruche, müsse ihr zugestanden werden, „daß sie die Richtlinien, in der sich diese Verwaltungstätigkeit zu bewegen hat, entscheidend mitbestimmt“<sup>301</sup>. Zwei Jahre später beklagte Horlacher immer noch, dass Bayern „im Gegensatz zu den anderen Bundesstaaten das größte Maß an der Verstaatlichung des landwirtschaftlichen Dienstes“ habe. Er appellierte deshalb an die Staatsregierung, dass der Landesbauernkammer „jene Zweige überlassen werden, die sich

<sup>298</sup> Zur Entstehungsgeschichte des bayerischen Landwirtschaftsministeriums vgl. HAUSHOFER, Jahrhundert; VOLKERT, Ernährung, 262–263; STINGLWAGNER, Chronik, 43–50.

<sup>299</sup> NIEHAUS, Staats- und Verbandsmacht, 139.

<sup>300</sup> BayHStA, ML 122, Heim und Horlacher an ML, 24. März 1921. Vgl. dagegen RATJEN, Bauernkammern, 125–127, der behauptet, dass die Landesbauernkammer mit dem Landwirtschaftsministerium „stets harmonisch zusammengearbeitet“ habe.

<sup>301</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 3. Juni 1921, 144f.

unbedingt für eine Regelung durch die Berufsvertretung eignen“. Immerhin war er zufrieden, dass die Landesbauernkammer mittlerweile wenigstens vom bayerischen Landwirtschaftsministerium konsultiert wurde<sup>302</sup>. Das Verhältnis zwischen Landesbauernkammer und staatlicher Landwirtschaftsverwaltung war von gegenseitigem Misstrauen und gegenseitiger Missachtung geprägt. Während die Landwirtschaftsverwaltung die Landesbauernkammer bewusst zu umgehen versuchte, wandte sich diese unter bewusster Missachtung des ministeriumsinternen Dienstweges an Behörden, die dem Landwirtschaftsministerium unterstellt waren, worüber sich Wutzlhofer empörte<sup>303</sup>. Die sozialdemokratische *Fränkische Tagespost* urteilte deshalb scharfsinnig, dass es das Bestreben der Landesbauernkammer sei, „dem Landwirtschaftsministerium jede Direktion zu nehmen“. Sie wolle an die Stelle des Ministeriums treten und dann „bei seiner vollständigen Verantwortungslosigkeit schalten und walten, wie es den Bauern beliebt“<sup>304</sup>. Die Rivalität zwischen Bauernkammern und staatlichen Behörden ließ sich aber nicht zur Zufriedenheit Horlachers lösen. Die Bauernkammern blieben ein begutachtendes und beratendes Organ ohne wirkliche Kompetenz zur Selbstverwaltung<sup>305</sup>. Dabei besaß die staatliche Landwirtschaftsverwaltung aufgrund ihrer längeren bürokratischen Tradition und ihrer sicheren Finanzierung aus Steuermitteln die stärkere Position – zumal die Landesbauernkammer aufgrund ihrer mangelhaften Finanzausstattung stets von der wohlwollenden Behandlung ihrer Zuschussanträge durch das Landwirtschaftsministerium abhängig war<sup>306</sup>.

Verschärft wurde dieser organisationspolitische Konflikt durch die parteipolitisch motivierten Auseinandersetzungen zwischen BBB und BV. Während der BBB die Errichtung des Landwirtschaftsministeriums im Jahr 1919 als sein Verdienst ansah<sup>307</sup>, ging die Gestalt der Bauernkammern vor allem auf den Einfluss des BV zurück<sup>308</sup>. Damit standen sich zwei administrative Körperschaften gegenüber, wobei das Landwirtschaftsministerium in der Person des Ministers in der Hand des BBB war und die Landesbauernkammer in der Person des Direktors und des Präsidenten in der Hand des BV<sup>309</sup>. Als die BVP angesichts der

<sup>302</sup> Die anderen Ministerien verweigerten der Landesbauernkammer das für Kammern kennzeichnende „Recht des Immediatzugangs zur Exekutivgewalt“ (ABELSHAUSER, *Korporatismus*, 151). Vgl. dazu Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 14. Februar 1923, 188f.

<sup>303</sup> BayHStA, MA 100624, Wutzlhofer an Horlacher, 10. Januar 1922.

<sup>304</sup> *Fränkische Tagespost* vom 16. März 1923.

<sup>305</sup> Vgl. HUNDHAMMER, *Berufsvertretung*, 150f. und 175f.; RATJEN, *Bauernkammern*.

<sup>306</sup> Als es der Landesbauernkammer im Herbst 1923 nicht mehr möglich war, die Gehälter vollständig auszubezahlen, weigerte sich das Landwirtschaftsministerium im Gegensatz zum Finanzministerium, ihr die gewünschten 50 Billionen Mark vollständig zu bewilligen. Erst nachdem Mittermeier (BBB) bei dem bauernbundsnahen Wutzlhofer intervenierte, erklärte sich das Landwirtschaftsministerium dazu bereit, wenigstens einen Teil der Summe zu bewilligen (BayHStA, ML 122, Horlacher an ML, 29. Oktober 1923).

<sup>307</sup> Vgl. BERGMANN, *Bauernbund*, 74–80.

<sup>308</sup> Vgl. Kapitel IV.1.

<sup>309</sup> Trotzdem werden diese Auseinandersetzungen zwischen Landesbauernkammer und Landwirtschaftsministerium von BERGMANN, *Bauernbund*, 88 allzu stark als Ausdruck der parteipolitischen Differenzen zwischen BBB und BV gewertet, während er die organisationsimmanente Dynamik, die eine neu



Inflation die Staatsvereinfachung propagierte<sup>310</sup>, forderte Gandorfer die Abschaffung der Landesbauernkammer<sup>311</sup> und Horlacher im Gegenzug die Aufgabe des Landwirtschaftsministeriums. Am 15. Januar 1921 vertrat Horlacher im Plenum der Landesbauernkammer die Pläne der BVP zur Aufhebung des bauernbundsgeführten Landwirtschaftsministeriums. Angesichts der Brisanz dieses Vorhabens fand diese Plenarsitzung der Landesbauernkammer im Gegensatz zum üblichen Gebrauch nicht öffentlich statt. Horlacher hatte in der Landtagskommission, die mit der Staatsvereinfachung betraut worden war, für die Aufhebung des Landwirtschaftsministeriums gestimmt. Nun wollte er das Plenum der Landesbauernkammer überzeugen. Horlacher gab zu bedenken, dass, „ohne ein Opfer zu bringen“, nicht an die auch von den Agrarverbänden geforderte Staatsvereinfachung gedacht werden könne. Er warnte davor, unglaublich zu wirken und gab der Hoffnung Ausdruck, dass die Landesbauernkammer durch die Abschaffung des Agrarministeriums gestärkt werde. Er lockte sogar damit, den Umfang des „Beamten-Apparates“ der Landesbauernkammer als Gegenleistung für die Zustimmung des Plenums der Landesbauernkammer zur Aufhebung des Landwirtschaftsministeriums zu überprüfen. Aber das Plenum der Landesbauernkammer widerstand Horlachers Sirengesang. BBB, Bund der Landwirte und BV stimmten geschlossen gegen die Aufhebung des Landwirtschaftsministeriums<sup>312</sup>. Das Landwirtschaftsministerium war über die Parteigrenzen hinweg bei den Landwirten populär. Sie sahen in dessen Existenz mehr als in der öffentlich-rechtlichen Landesbauernkammer ein Zeichen der Anerkennung ihrer Bedeutung für das Gemeinwohl<sup>313</sup>. Während es Horlacher durch den Ausschluss der Öffentlichkeit diesmal noch gelungen war, sein Gesicht gegenüber der landwirtschaftlichen Öffentlichkeit zu wahren<sup>314</sup>, zog er es vor, fortan ein doppeltes Spiel zu spielen. In der Landesbauernkammer trat er für die Beibehaltung von Wutzlhofers Ministerium ein<sup>315</sup>, während er in der Landtagsfraktion der BVP weiterhin die Rückgliederung der Landwirtschaft in das Innenministerium verfolgte<sup>316</sup>.

Eine Gelegenheit, das Landwirtschaftsministerium anzugreifen, boten die noch bestehenden Reste der Lebensmittelbewirtschaftung, für deren Durchführung Wutzlhofer die Verantwortung hatte. Die Hilflosigkeit, mit der man in Bayern parteiübergreifend der Lebensmittelteuerung gegenüberstand, führte über den Weg gegenseitiger

---

errichtete Organisation (Landesbauernkammer) gegenüber einer auf dem gleichen Gebiet tätigen konkurrierenden herkömmlichen Organisation (staatliche Landwirtschaftsverwaltung) entfaltet, übersieht.

<sup>310</sup> Zu den Staatsvereinfachungsplänen der bayerischen Staatsregierung vgl. TROBMAN, Tätigkeit, 8.

<sup>311</sup> BayHStA, MA 102147, Halbmonatsbericht des Regierungspräsidenten von Neuburg und Schwaben, 18. April 1921.

<sup>312</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 15. Januar 1921, 61–64.

<sup>313</sup> Vgl. BERGMANN, Bauernbund, 74–80.

<sup>314</sup> Der Presse war Horlachers Propaganda zur Abschaffung des Landwirtschaftsministeriums nicht zu Ohren gekommen. In der MAAZ vom 18. Januar 1921 (Abendausgabe) hieß es sogar, dass Horlacher „über die Notwendigkeit der Beibehaltung des Landwirtschaftsministeriums“ gesprochen habe.

<sup>315</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 3. Juni 1921, 139.

<sup>316</sup> ACSP, Fraktionssitzungen der BVP Bd. 2, Sitzung am 16. Januar 1924.

Schuldzuweisungen zu einer parteipolitischen Instrumentalisierung der Inflation der Lebensmittelpreise – welche drohte, alle beteiligten Akteure zu diskreditieren. Dabei riskierte Horlacher in seinen Bemühungen zur Ausgrenzung des Koalitionspartners BBB auch die Destabilisierung der bürgerlichen Rechtsregierungen der Ordnungszelle. Dies zeigte sich besonders deutlich, als sich Wutzlhofer am 9. November 1921 die Hilflosigkeit der bayerischen Behörden gegenüber Lebensmittelmangel und Teuerung eingestand: „Das Volk glaubt uns allen miteinander nichts mehr, meine sehr geehrten Herren, nicht nur der Regierung allein; denn wie man es macht, ist es verkehrt, und was man sagt, geht letzten Endes wieder anders aus.“<sup>317</sup> Horlacher nutzte die naive Hilflosigkeit Wutzlhofers, um ihn gezielt anzugreifen. Am 21. Februar 1922 erkundigte er sich im Landtag im Rahmen einer Kurzen Anfrage bei Wutzlhofer, ob diesem bekannt sei, „daß unter den Landwirten, vor allem den kleineren und mittleren Landwirten vieler Bezirke Bayerns große Erbitterung über die ungerechte Aufbringung des Umlagengetreides herrscht?“ Da Horlacher wissen musste, dass Wutzlhofer für die neuerliche Getreideumlage der Reichsregierung überhaupt nicht verantwortlich war, bestand der Zweck von Horlachers Anfrage einzig darin, Wutzlhofer in die Enge zu treiben. Es entsprach deshalb wohl Horlachers Erwartungen, als der Sprecher Wutzlhofers die Verantwortung wahrheitsgemäß auf die Reichsregierung schob und damit die Einflusslosigkeit des bayerischen Landwirtschaftsministeriums eingestand, wodurch Horlacher den gewünschten Beweis für dessen Überflüssigkeit aus dem Munde eines von dessen Beamten selbst bekam<sup>318</sup>.

Nachdem der bayerische Bauernbundspolitiker Anton Fehr am 31. März 1922 das Reichsernährungsressort übernommen hatte, erfuhr die Getreideumlage eine verstärkte parteipolitische Instrumentalisierung in Bayern, da Fehr wegen der anhaltenden Inflation an der Getreideumlage festhielt<sup>319</sup>. Wutzlhofer konnte die Verantwortung für die Getreideumlage nun nicht mehr auf die Agrarpolitik der Reichsregierung schieben, was Horlacher rücksichtslos ausnutzte. Der biedere 53jährige Lagerhausverwalter Wutzlhofer aus Obersunzing, den koalitionspolitische Rücksichtnahmen auf den Stuhl des bayerischen Landwirtschaftsministers gebracht hatten, war dem 34jährigen, akademisch versierten und karrierebewussten Horlacher nicht gewachsen<sup>320</sup>. Im Plenum der Landesbauernkammer übte dieser am 30. Mai 1922 massiven Druck auf den anwesenden Wutzlhofer aus, sich eindeutig für oder gegen das Umlageverfahren zu erklären, wobei ihm Brügel bereitwillig sekundierte. Wutzlhofer vermied eine klare Stellungnahme und zeigte sich zunehmend verärgert über die andauernde Kritik an Maßnahmen, die er nicht angeordnet, aber zu vertreten hatte. Resigniert

<sup>317</sup> Verh. d. Bay. Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 4, Sitzung am 9. November 1921, 183.

<sup>318</sup> Verh. d. Bay. Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 4, Sitzung am 21. Februar 1922, 943f.

<sup>319</sup> Zur Agrarpolitik Fehrs vgl. SCHUMACHER, Land, 168–174.

<sup>320</sup> Vgl. dagegen die Lebenserinnerungen des bayerischen Ministerialbeamten Karl Sommer, der Wutzlhofer für einen gewandten und schlagfertigen Redner hielt (SOMMER, Beiträge, 104f.).

stellte er deshalb fest: „Es gibt angenehmere Dinge, als den Minister für Ernährung und Landwirtschaft zu spielen.“ Nicht ohne erkennbares Vergnügen holte Horlacher in seiner Antwort zum Schlag gegen Wutzlhofer aus. Dieser habe lediglich gesagt, was man „zu sagen pflegt, wenn sich dann und wann eine Organisation in einer schwierigen Lage befindet und die Vertreter dieser Organisation sich durch alle möglichen Komplimente aus dieser schwierigen Lage herausziehen wollen“. Belehrend wies er Wutzlhofer darauf hin, dass er die Antwort auf seine Frage schuldig geblieben sei. Nachdem der bayerische Agrarminister versucht hatte, von Fehr abzulenken, indem er die Verantwortung für das neuerliche Umlageverfahren auf den Reichstag abzuwälzen versuchte, gab Horlacher seiner gespielten Verwunderung Ausdruck, dass diese Behauptung doch den Gepflogenheiten zur Vorbereitung von Gesetzen durch die Referenten der Ministerien widerspreche. Derart müde gemacht, wollte der Agrarminister seine Haltung zum Umlageverfahren von der Stellungnahme der Landesbauernkammer abhängig machen. Damit hatte seine Karriere als Mitglied der bayerischen Staatsregierung den Tiefpunkt erreicht, während sich gleichzeitig eine erregte Debatte zwischen den Repräsentanten des BV und des Bundes der Landwirte um die Frage drehte, von welcher der beiden Organisationen das Umlageverfahren bisher nachdrücklicher bekämpft worden sei. In der erregten Stimmung kam dann ein Antrag zur Abstimmung, der als Misstrauensvotum gegen Wutzlhofer gedeutet werden konnte: „Die Stellungnahme und die Ausführungen des Herrn Staatsministers für Landwirtschaft in der Frage der Brotgetreidebewirtschaftung haben die Bayerische Landesbauernkammer in keiner Weise befriedigt.“ Der Beschluss fiel einstimmig aus. Auch Wutzlhofers Parteifreunde vom BBB hatten zugestimmt<sup>321</sup>.

Wenn es letztlich auch nicht zu entscheiden ist, auf wessen Anregung dieser Beschluss zustande kam, wurde Horlacher dafür in die Verantwortung genommen. In bewusster Übertreibung wurde der Beschluss von der sozialdemokratischen *Münchner Post* und den liberalen *Münchner Neuesten Nachrichten* zum Anlass genommen, den Beschluss als „Mißtrauensvotum“ zu werten<sup>322</sup> und eine Koalitionskrise zu beschwören<sup>323</sup>. Deshalb geriet die eigentlich so erniedrigend verlaufende Sitzung schließlich zu einer zweifelhaften Genugtuung für den geschmähten Agrarminister. Denn der bayerische Ministerrat fürchtete angesichts des Pressechos, das der Beschluss der Landesbauernkammer hervorrief, um sein Ansehen und stellte sich geschlossen hinter Wutzlhofer. Der Landesbauernkammer wurden Sanktionen angedroht, falls sie sich tatsächlich das „Recht zur Erteilung eines parlamentarischen Mißtrauensvotums“ beilegen wollte<sup>324</sup>. Um Schadensbegrenzung bemüht, entschuldigte sich Horlacher kleinlaut bei Wutzlhofer und lobte dessen verdienstvolle

<sup>321</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 30. Mai 1922, 107–118.

<sup>322</sup> MP vom 31. Mai 1922; MNN vom 1. Juni 1922 (Morgenausgabe).

<sup>323</sup> MNN vom 1. Juni 1922 (Morgenausgabe); MP vom 2. Juni 1922.

<sup>324</sup> BayHStA, MA 99517, Ministerratssitzung am 1. Juni 1922.

bisherige Arbeit<sup>325</sup>. Noch deutlich erkennbar von der Peinlichkeit dieses Vorfalles berührt, erklärte Horlacher im Plenum der Landesbauernkammer am 23. Juni 1922, dass er es „mit aller Entschiedenheit zurückweise, dass man eine wirtschaftliche Angelegenheit der Landesbauernkammer auf das politische Gebiet hinüberschieben will, so wie es ein Teil der großstädtischen Presse versucht hat“. An die Adresse des Landwirtschaftsministeriums richtete er die Warnung, dass die Geschäftsleitung und das Präsidium der Landesbauernkammer über die ihr zustehenden Rechte aus dem Bauernkammergesetz wachen werden<sup>326</sup>.

Horlachers zurückhaltende und peinlich berührte Reaktion ist letztlich aber auch darauf zurückzuführen, dass er erkannt hatte, dass sich die Getreideumlage schlichtweg nicht als Kampfmittel gegen den Einfluss des BBB im Landwirtschaftsministerium eignete, ohne die von ihm so vehement propagierte Wiederherstellung stabiler wirtschaftlicher und innenpolitischer Verhältnisse in der „Ordnungszelle“ zu gefährden. Eine Koalitionskrise hatte die Landesbauernkammer mit ihrem Beschluss vom 30. Mai 1922 ja bereits hervorgerufen – wobei es nicht von der Hand zu weisen ist, dass der deutschnationale Abgeordnete Brügel die Stimmung in der Plenarsitzung am 30. Mai bewusst anheizte, um dieses Ergebnis zu erzielen. Denn die Bayerische Mittelpartei befand sich bis August 1922 in Opposition und drängte in die Regierungsverantwortung. Rücksichtslos hatte der gewiefte Brügel die Gelegenheit ergriffen, die dem Bund der Landwirte daraus erwuchs, dass zwei Bauernbundsminister auf Landes- und Reichsebene die Verantwortung für die ungeliebte Getreideumlage übernommen hatten. Durch eine radikal-populistische Agitation gegen die Getreideumlage gelang es Brügel schließlich persönlich, dem BBB prominente Lokalpolitiker abzuwerben<sup>327</sup>. Die Getreideumlage war bei den Landwirten höchst unbeliebt. Sie erhofften sich nach der Abschaffung der Reste der Zwangswirtschaft eine Erhöhung der Preise und das Ende der als erniedrigend empfundenen Kontrollen. Verschärft wurde die Stimmung innerhalb der Landwirtschaft noch dadurch, dass die Bauern zur Ablieferung – also zur Produktion – gezwungen wurden, während die Landarbeiter und Dienstboten erstmals das Streikrecht zugestanden bekamen<sup>328</sup>. Insofern die Agrarfunktionäre in ihrer populistischen Agitation gegen die Getreideumlage der Stimmung der Bauern folgten und dazu eigene parteipolitische Zwecke verfolgten, so stachelten sie den Unmut der Bauern dadurch noch zusätzlich an. Dadurch war der Boden für die außerparlamentarische Freie Bauernschaft bereitet, die sich in ihrem populistischen Kampf gegen die Reste der Zwangswirtschaft bewusst an gewerkschaftliche Begrifflichkeit anlehnte und den Lieferstreik anders als die etablierten

<sup>325</sup> BayHStA, ML 122, Horlacher an Wutzlhofer, 3. Juni 1922.

<sup>326</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 23. Juni 1922, 124.

<sup>327</sup> Vgl. BERGMANN, Bauernbund, 192.

<sup>328</sup> Zur zunehmenden Ablehnung der Zwangswirtschaft durch die Bauern vgl. BERGMANN, Bauernbund, 181–202; ZIEMANN, Front, 308–328.

Organisationen BV, BBB und Bund der Landwirte nicht als – meist staatspolitisch, d.h. mit nichtagrarisches Argumenten motivierte – Notmaßnahme, sondern als legitimes Kampfmittel in einer als klassenkämpferisch empfundenen Auseinandersetzung auffasste<sup>329</sup>. Während es dem BV noch gelang, die kirchlich besonders gebundenen Bauern mit moralischem Druck vom Ausreizen der Schwarzmarktpreise abzuhalten<sup>330</sup>, brach die Freie Bauernschaft vor allem in Gandorfers niederbayerische Hochburgen ein. Sämtliche Bauern des niederbayerischen Bezirks Rottenburg entschlossen sich unter dem Einfluss der Freien Bauernschaft, einen Lieferstreik bis zur Umsetzung der Forderung nach Anhebung des Umlagenpreises durchzuführen. Im Herbst 1922 wurde dort kein Getreide abgeliefert<sup>331</sup>.

Horlacher war über den Erfolg, den die Freie Bauernschaft in den niederbayerischen Getreideanbaugebieten erzielen konnte, beunruhigt und über ihre Taktik empört. Am 26. April 1923 brachte er seinen Unmut über die „gewerkschaftliche Bewegung der Bauern“, die seinen Vorstellungen von der Landwirtschaft als Stand so gar nicht entsprechen wollte, zum Ausdruck: „Eine solche Gedanken- und Geistesverwirrung, daß man glauben könnte, man könnte gewerkschaftliche Methoden auf einen Stand der Besitzenden anwenden, ist überhaupt noch nie dagewesen.“ Statt der für Horlacher allzu sehr an sozialistische Begrifflichkeit erinnernden Verlautbarungen der Freien Bauernschaft plädierte er für „eine auf ausgleichender christlicher Gerechtigkeit beruhende systematische Agrarpolitik“. Horlacher appellierte daran, Agrarpolitik nur „unter dem Gesichtspunkte der staatspolitischen Einstellung, unter dem Gesichtspunkte, wie dem bayerischen und deutschen Bauernstand und damit der ganzen Nation am besten gedient werden kann“, zu betrachten. Dadurch demonstrierte Horlacher, wie sehr die Freie Bauernschaft seine Taktik, die Landwirtschaft als antisozialistische „Stütze der Staatsautorität“ in der Ordnungszelle Bayern zu etablieren, durchkreuzte, indem sie die wirtschaftsegoistischen Interessen der Landwirte unverhohlen und ohne weltanschauliche Bemäntelung zum Ausdruck brachte<sup>332</sup>.

Im Gegensatz zur Freien Bauernschaft war Horlacher bemüht, die Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit als uneigennützig und pflichterfüllt darzustellen und davon die Legitimation agrarpolitischer Forderungen herzuleiten – wie er es tat, um die Besteuerung der Landwirtschaft nach dem Verkehrswert von Grund und Boden abzuwehren: „Die deutsche Landwirtschaft wird der Reichsregierung ein Angebot zur Förderung der Produktion mit brauchbaren und greifbaren Mitteln machen, die auf rasche Sicht wirken, sie will dafür sorgen, daß Devisen erspart werden; die deutsche Landwirtschaft verlangt aber dann von der Reichsregierung die geeigneten Maßnahmen, sie verlangt insbesondere, daß alles von der

<sup>329</sup> Zur Freien Bauernschaft vgl. BERGMANN, Bauernbund, 187–193; OSMOND, Protest, 81–90.

<sup>330</sup> Vgl. ZIEMANN, Front, 326f.

<sup>331</sup> Vgl. OSMOND, Protest, 83.

<sup>332</sup> Verh. d. Bay. Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 8, Sitzung am 26. April 1923, 215f.

Landwirtschaft weggehalten wird, was einen Eingriff in das Betriebsvermögen bedeutet.“<sup>333</sup> Deshalb verknüpfte Horlacher das von den deutschen Landwirtschaftskammern initiierte „Hilfswerk der deutschen Landwirtschaft“ mit der Hoffnung, „daß der soziale Opfersinn, den die bayerische Landwirtschaft mit einer solchen Aktion bekundet, auch das vollste Anerkenntnis findet“<sup>334</sup>. Im Gegensatz zu Horlachers salbungsvollen Bemühungen, die Landwirtschaft als altruistische Wirtschaftsgruppe darzustellen, hielten viele Bauern ihre Vorräte zurück, da sie wegen der instabilen Währung mit einem weiteren Steigen der Preise rechneten<sup>335</sup>. Nach dem Urteil eines niederbayerischen Beamten vom Juni 1922 interessierten sich die Bauern in seinem Zuständigkeitsbereich weder für die Ernährungssituation in den Städten, noch für staatspolitische Angelegenheiten, sondern nur für den Preis ihrer Produkte<sup>336</sup>.

Gerade dieses wirtschaftsegoistische Verhalten machte die Abschaffung der Reste der Zwangswirtschaft fragwürdig. Die SPD, die an der Lebensmittelbewirtschaftung schon deshalb festhalten wollte, da sie darin einen notwendigen Schritt auf dem Weg zur sozialistischen Planwirtschaft sah<sup>337</sup>, sah sich in ihrem Festhalten an der Zwangswirtschaft durch die nachlassende Ablieferungsmoral der Bauern bestätigt<sup>338</sup>. Während Horlacher die Reste der Zwangswirtschaft für die Lebensmittelteuerung verantwortlich machte, da sie der Landwirtschaft den notwendigen Produktionsanreiz über steigende Preise vorenthielt, war Horlachers Argumentation für den führenden Politiker der bayerischen SPD, Erhard Auer (1874–1945), nur ein „ganz gewöhnlicher agrarischer Schwindel“, weshalb er sich mit Horlacher eine publizistische Auseinandersetzung lieferte<sup>339</sup>. Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Joseph Inhofer (1867–1934)<sup>340</sup> hatte wegen der mangelhaften Nahrungsmittelversorgung bereits wieder mit einer Revolution gedroht, „die noch nicht richtig dagewesen sei“<sup>341</sup>. Der soziale Frieden in der Ordnungszelle war also nicht zuletzt wegen der Landwirtschaft gestört und gefährdete deren Stabilität.

Um dem Druck der Landwirte nachzukommen, ohne die innenpolitische Stabilität zu gefährden, machte Horlacher im Wirtschaftsausschuss des Landtages den Vorschlag, den Umlagenpreis auf der Grundlage der Produktionskosten und eines angemessenen Gewinnes zu berechnen und dadurch an die inflationäre Entwicklung anzupassen, während er als

<sup>333</sup> Verh. d. Bay. Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 4, Sitzung am 26. Januar 1922, 631.

<sup>334</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 28./29. September 1921, 259–261.

<sup>335</sup> Vgl. BERGMANN, Bauernbund, 198f.

<sup>336</sup> Vgl. ZIEMANN, Front, 348–351.

<sup>337</sup> Vgl. FELDMAN, Kriegswirtschaft, 456–484.

<sup>338</sup> Verh. d. Bay. Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 2, Sitzung am 29. April 1921, 917–919.

<sup>339</sup> Während Horlacher behauptete, dass der Anteil der Landwirtschaft am Brotpreis nur 27,33 Prozent und der Anteil der Reichsgetreidestelle 40,44 Prozent ausmachten, behauptete Auer, dass der Anteil der Landwirtschaft 68,5 Prozent betrage (MP vom 4. Mai 1922).

<sup>340</sup> Käser und Konsumvereinsfunktionär, freireligiös, geboren am 1. November 1867, 1919 bis 1924 MdL für die SPD, gestorben am 2. November 1934. Zu Inhofer vgl. SCHRÖDER, Parlamentarier, 525; LILLA, Landtag, 394.

<sup>341</sup> Verh. d. Bay. Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 4, Sitzung am 9. November 1921, 168–175.

Ausgleich dafür „allgemeine Brotbeihilfen für die leistungsschwachen Teile des Volkes durch alle leistungsfähigeren Schichten des ganzen deutschen Volkes“ vorschlug<sup>342</sup>. Denn er betrachtete es als Mißstand, dass für einen Zentner Kleie 650 Mark gezahlt wurden, während ein Zentner Umlagegetreide nur 345 Mark kostete. Dadurch werde die Brotversorgung gefährdet, da die Bauern das Getreide dann lieber verfüttern. Horlacher ging es bei seinem Vorschlag aber nicht nur um die Entlastung der Landwirtschaft, sondern auch um die Etablierung eines bürokratischen Preisbildungsmechanismus, der auf der Grundlage der Produktionskosten und eines angemessenen Gewinnes am Konzept des Gerechten Preises der katholischen Sozialethik orientiert war<sup>343</sup>. Im Unterschied dazu ging es Gandorfer in seinem Gegenantrag um die bloße Erhöhung der Preise durch Anlehnung des Preises für das Umlagengetreide an den Marktpreis. Denn er schlug vor, den Umlagenpreis durch wöchentliche Feststellungen auf 80 Prozent des Marktpreises festzusetzen<sup>344</sup>.

Letztlich dienten aber beide Anträge rein agitatorischen Zwecken, da der Reichstag die Modalitäten der Weiterführung der Getreideumlage bereits beschlossen hatte. So wirkungslos die beiden Anträge deshalb tatsächlich waren, so sehr eigneten sie sich zur parteipolitischen Auseinandersetzung. Auf der Grundlage ihrer beider Ausschussanträge warfen sich Gandorfer und Horlacher gegenseitig agrarpolitische Unfähigkeit vor<sup>345</sup>. Dabei darf nicht übersehen werden, dass sich sowohl Gandorfer als auch Horlacher mit ihren Anträgen grundsätzlich für die einstweilige Weiterführung der Getreideumlage ausgesprochen hatten – Horlacher wie bisher aus der Furcht vor Unruhen, der ehemalige Umlagegegner Gandorfer aus parteipolitischer Rücksichtnahme auf Fehr, der ja immer noch Reichsernährungsminister war. Am 6. Oktober 1922 kam es im Plenum der Landesbauernkammer wegen der Getreideumlage zum Konflikt zwischen den Protagonisten des BV und des BBB einerseits und des Bundes der Landwirte – die überwiegend bei der Ablehnung der Getreideumlage verblieben waren – andererseits. Während Heim wegen der schlechten Ernte bei der Reichsregierung um eine Minderung des bayerischen Umlagesolls bitten wollte, bestand Weilnböck darauf, Unklarheiten im Gesetzestext auszunutzen, was die zur Umlage heranzuziehende Getreidefläche erheblich vermindert hätte. Heim hielt eine solche Obstruktionspolitik für „verbrecherisch gegenüber dem Verbraucher“. Er behauptete, dass „unsere Umlagepflicht zu Recht besteht und der Zuschuss, den wir zu Ernährung aus Reichsmitteln benötigen, aus Reichsmitteln uns nur auf dieser Grundlage zuteil wird“. Horlacher schloss sich Heim an und gab dessen Ausführungen eine antragsmäßige Form. Gegen vier Stimmen aus den Reihen des Bundes der Landwirte wurde im Plenum der Landesbauernkammer ein „Antrag Horlacher“

<sup>342</sup> BayHStA, Bayerischer Landtag, Ausschuß für Aufgaben wirtschaftlicher Art, Sitzung am 31. Juli 1922.

<sup>343</sup> Zum Gerechten Preis der katholischen Sozialethik vgl. Kapitel V.7.

<sup>344</sup> BayHStA, Bayerischer Landtag, Ausschuß für Aufgaben wirtschaftlicher Art, Sitzung am 31. Juli 1922.

<sup>345</sup> HORLACHER, Bauernhetze (9. August 1922), 3–5; Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 6. Oktober 1922, 177.

angenommen, welcher auf die Ungerechtigkeit der Umlage und ihre Gefahren für die „Produktivkraft“ der Landwirtschaft hinwies, aber die grundsätzliche Berechtigung der Umlage nicht in Zweifel zog<sup>346</sup>.

Nun war jedoch die Zusammenarbeit zwischen BV und BBB in Fragen der Getreideumlage sehr dauerhaft. Zwei Tage nach dieser Abstimmung wurde Horlacher im Mitteilungsblatt des Bundes der Landwirte angegriffen. Unter der Überschrift „Die niederbayerischen Bauern gegen Dr. Heim und Dr. Horlacher“ wurde über eine Versammlung des radikalen Bauernbundsflügels um Gandorfer und Kübler in Straubing berichtet. Gandorfer hatte die seiner Ansicht nach allzu verbraucherfreundliche Stellungnahme Heims und Horlachers im Plenum der Landesbauernkammer zum Anlass genommen, um von Fehrs Verantwortlichkeit für die Fortführung der Getreideumlage abzulenken. Die beiden Bauernvereinspolitiker wurden – nach einem Bericht des Bund der Landwirte in Bayern – „äußerst abfällig kritisiert“, es wurde ihnen das Misstrauen der Versammlung ausgesprochen und sie wurden zum Rücktritt aufgefordert<sup>347</sup>. Derart unter Druck gesetzt, überbot sich Horlacher im Wirtschaftsausschuss des bayerischen Landtages am 29. November 1922 mit den beiden Vertretern des Bundes der Landwirte, Brügel und Karl Prieger (1864–1942)<sup>348</sup>, bei der Forderung nach Herabsetzung des bayerischen Umlagesolls bei gleichzeitiger Anhebung des Umlagenpreises. Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, der sozialdemokratische Abgeordnete Karl Giermann (1872–1964) vermutete deutlich erbost, dass nun „ein gewisser Wettlauf der Interessentengruppen einzelner Parteien in Erscheinung trete“. Denn ihm war aufgefallen, dass die Anträge stellenweise wortwörtlich voneinander abgeschrieben waren. Deshalb war er froh, dass der BBB diesmal auf einen eigenen Antrag verzichtet hatte<sup>349</sup>. Mittlerweile hatten sich aber die politischen Rahmenbedingungen für alle Beteiligten geändert. Fehr hatte als Reichsernährungsminister mit der gesamten Reichsregierung am 21. November 1922 demissioniert und die erste rein bürgerliche Reichsregierung – das „Kabinett

<sup>346</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 6. Oktober 1922, 171–180.

<sup>347</sup> Bund der Landwirte in Bayern vom 8. Oktober 1922.

<sup>348</sup> Gutsbesitzer und deutschnationaler Parlamentarier, protestantisch, geboren am 26. August 1864 als Sohn eines Gutsbesitzers in Gereuth bei Ebern, Besuch des humanistischen Gymnasiums in Coburg und Münnerstadt, bis 1893 aktiver Offizier im 9. bayerischen Husarenregiment, seither an der Verwaltung des Familienbesitzes beteiligt (nach HAUSHOFER, *Leben*, 34 umfasste dieser 1000 Tagwerk Wald und 350 Tagwerk Ackerland), 1900 bis 1911 Mitglied der Kammer der Abgeordneten des Bayerischen Landtages für den BBB, 1911 Anschluss an den Bund der Landwirte, freiwilliger Kriegsteilnehmer im Ersten Weltkrieg, ab Dezember 1918 Zweiter Parteivorsitzender der Bayerischen Mittelpartei, 1920 bis 1928 MdL für die Bayerische Mittelpartei bzw. die DNVP, seit 1923 gemeinsam mit Weilnböck Vorsitzender des Bundes der Landwirte in Bayern, 1920 bis 1933 Mitglied der Bayerischen Landesbauernkammer, 1925 bis 1933 deren Präsident, Ernennung zum Geheimen Landesökonomierat, vor 1933 „scharfer Gegner der NSDAP“ (BA Berlin, R58/236, Reichsführer SS, Chef des Sicherheitshauptamtes: Erfassung führender Männer der Systemzeit: Konfessionelle Parteien; Rechtsopposition und Reaktion [...], Juni 1939), 1933 Verlust der Ehrenämter, Ablehnung seines Gesuches um Aufnahme in die NSDAP, gestorben am 9. Juli 1942. Zu Prieger vgl. LUIBLE, *Vertretung*, 42; RATJEN, *Bauernkammern*, 174–179; SCHUMACHER, *M.d.L.*, 122; KIISKINEN, *Deutschnationale Volkspartei*, 606f.

<sup>349</sup> BayHStA, Bayerischer Landtag, Ausschuß für Aufgaben wirtschaftlicher Art, Sitzung am 29. November 1922.



der Wirtschaft“ des neuen parteilosen Reichskanzlers Wilhelm Cuno (1876–1933) – wurde von der BVP nachdrücklich unterstützt<sup>350</sup>. Cuno hatte in seiner Regierungserklärung am 24. November den restlosen Abbau der Getreidebewirtschaftung angekündigt<sup>351</sup>. Derart vor vollendete Tatsachen gestellt, war der Weg zu einer gemeinsamen Stellungnahme der bayerischen landwirtschaftlichen Organisationen damit frei. Auf Bitten Wutzlhofers stimmte der Wirtschaftsausschuss des bayerischen Landtages am 30. November 1922 mit den Stimmen der SPD einem Antrag zu, der eine Verbindung aus den Forderungen von BV, BBB und Bund der Landwirte darstellte und die Forderung nach einer Brotverbilligungsaktion für minderbemittelte Bevölkerungsschichten mit derjenigen nach Minderung des Umlagesolls und Erhöhung des Umlagepreises entsprechend der Geldentwertung verband<sup>352</sup>.

An diesem Beschluss zeigt sich die Einflusslosigkeit der bayerischen Agrarverbände sehr deutlich. Sie waren weitgehend darauf beschränkt, auf Berliner Entscheidungen zu reagieren. Bereits die bisherigen Erhöhungen der Preise für das Umlagengetreide hatten dem Zweck gedient, den Reichshaushalt zu entlasten. Denn die Preise der Lebensmitteleinfuhren wurden mit staatlichen Subventionen vom Weltmarktniveau auf das im Deutschen Reich herrschende Preisniveau gesenkt<sup>353</sup>. Auch die Aufhebung der letzten Reste der Zwangswirtschaft ging nicht primär auf den Druck zurück, den die agrarischen Verbände aufzubauen in der Lage waren, sondern auf die Entscheidung des wirtschaftsliberalen neuen Reichsernährungsministers Hans Luther (1879–1962)<sup>354</sup>. Darüber war sich Horlacher sehr wohl im Klaren und scheute sich auch nicht, dies zuzugeben<sup>355</sup>. Dabei war es die Einflusslosigkeit der Landesbauernkammer auf die Ernährungspolitik der Reichsregierung, welche es Horlacher erst ermöglichte, die Getreideumlage im parteipolitischen Kampf gegen den Bund der Landwirte und den BBB zu instrumentalisieren. Bei Lichte betrachtet war es deshalb nicht so sehr der bäuerliche Protest vor allem in Gestalt der Freien Bauernschaft, welcher Horlachers Stellungnahmen zur Getreideumlage beeinflusste, sondern vornehmlich die koalitionspolitischen Rahmenbedingungen in Bayern und im Reich.

Die öffentlichen Auseinandersetzungen zwischen Wutzlhofer und Horlacher nahmen aber nun ein Ende. Am 14. Februar 1923 meinte dieser im Plenum der Landesbauernkammer geradezu entschuldigend zu Staatsrat Karl Lang (geb. 1864)<sup>356</sup>, dem Vertreter Wutzlhofers,

<sup>350</sup> Zur Stellung der BVP zu Cuno vgl. SCHWEND, Bayern, 204f.

<sup>351</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 357, Sitzung am 24. November 1922, 9103.

<sup>352</sup> BayHStA, Bayerischer Landtag, Ausschuß für Aufgaben wirtschaftlicher Art, Sitzung am 30. November 1922.

<sup>353</sup> Vgl. SCHUMACHER, Land, 165.

<sup>354</sup> Mit einem Reichsgesetz vom 23. Juni 1923 wurden die letzten Reste der Zwangswirtschaft abgeschafft. Stattdessen wurde eine Getreidereserve errichtet und eine Brotverbilligungsabgabe erhoben. Vgl. SCHUMACHER, Land, 176–186.

<sup>355</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 14. Februar 1923, 189f. Vgl. dagegen MOELLER, Peasants, 113, der dem obstruktiven bäuerlichen Verhalten im Gegensatz zu den Beschlüssen der Verbandsvertreter einen wesentlichen Einfluss auf den Abbau der Zwangswirtschaft zuweist.

<sup>356</sup> Höchster Beamter des bayerischen Landwirtschaftsministeriums, katholisch, geboren am 12. Mai 1864, Besuch eines humanistischen Gymnasiums, Jurastudium, 1890 bis 1906 Bezirksamtsassessor bzw. -amtmann in

gewandt: „Wenn der Kampf für die freie Getreidewirtschaftung die Landesbauernkammer gerade während des vorigen Jahres in eine gewisse Kampfstellung gegen das Bayerische Landwirtschaftsministerium geführt hat, dann mag das vom bayerischen Standpunkt aus bedauerlich sein, ändert aber nichts an der Tatsache, daß die landwirtschaftliche Berufsvertretung Bayerns ihre Pflicht versäumt hätte, wenn sie nicht mit allen Mitteln dem einmütigen Willen der bayerischen Landwirtschaft, die nichts mehr von einer irgendwie gearteten Zwangswirtschaft wissen will, Geltung zu verschaffen versucht hätte.“<sup>357</sup> Lang war zufrieden und lobte die „angenehmen und liebenswürdigen Formen“, die den Umgangston zwischen Landesbauernkammer und Landwirtschaftsministerium nun prägten<sup>358</sup>. Dies ist wohl nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass Horlacher erkannt hatte, dass sich die Landesbauernkammer als öffentlich-rechtliche Institution mit dem Anspruch auf Selbstverwaltung der Landwirtschaft nicht als Plattform zum parteipolitisch motivierten Kampf gegen das Landwirtschaftsministerium eignete, ohne die Legitimation der Landesbauernkammer zu schädigen und die innenpolitische Stabilität zu gefährden. Trotz aller gegenseitigen Treueschwüre gab Horlacher jedoch seinen Kampf gegen Wutzlhofer nicht auf. Er verlagerte den Ort seiner Kritik nun in die Landtagsfraktion der BVP. Dort gestaltete sich Horlachers Kritik an den mangelnden Fähigkeiten Wutzlhofers, die Ernährungsnot zu meistern, zu einem andauernden ‚ceterum censeo‘<sup>359</sup>.

## **8. Horlachers Beitrag zur Radikalisierung der politischen Stimmung im Sommer und Herbst 1923**

Während sich die öffentlichen Auseinandersetzungen zwischen Bayerischer Landesbauernkammer und bayerischem Landwirtschaftsministerium beruhigten, wurden die politischen Verhältnisse reichsweit durch den so genannten Ruhrkampf erschüttert. Nachdem französische und belgische Truppen zur Erzwingung der deutschen Reparationszahlungen seit Januar 1923 das Ruhrgebiet besetzt hatten, stellte sich Horlacher im Zeichen der dadurch hervorgerufenen nationalistischen Aufwallung voll und ganz hinter den von Reichskanzler Cuno ausgerufenen passiven Widerstand<sup>360</sup>. Die bäuerliche Bevölkerung Bayerns blieb indes

---

Füssen und Landau/Isar, 1906 Ernennung zum Regierungsrat bei der Regierung von Unterfranken, seit 1. Juni 1916 Staatskommissar bei der Bayerischen Bodenkreditanstalt in Würzburg, seit 1. Dezember 1916 Staatsanwalt beim bayerischen Verwaltungsgerichtshof, 1917 Übertritt in das bayerische Innenministerium, dort Leiter des Referates für Landwirtschaft und des Referates für Ernährungswesen im bayerischen Innenministerium, seit 1919 Mitglied des Bayerischen Landwirtschaftsrates als Vertreter der bayerischen Staatsregierung, nach der Errichtung des bayerischen Landwirtschaftsministeriums Ernennung zum Staatsrat (3. Januar 1920), 1. Oktober 1929 Versetzung in den Ruhestand. Zu Lang vgl. MNN vom 3. April 1920; Wochenblatt des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern vom 24. Oktober 1929; BayHStA, ML 3201, Fehr an Lang, 22. Juni 1929; STINGLWAGNER, Chronik, 75.

<sup>357</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 14. Februar 1923, 189f.

<sup>358</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 14. Februar 1923, 205.

<sup>359</sup> ACSP, Fraktionssitzungen der BVP Bd. 2, Sitzung am 11. Oktober 1923.

<sup>360</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 14. Februar 1923, 188.

weitgehend gleichgültig gegenüber den Vorgängen an der Ruhr<sup>361</sup>. Nationalistische Organisationen erhielten massiven Zulauf. Erstmals gelang es der NSDAP, durch ihre Auftritte von sich Reden zu machen. Unterstützt vom deutschnationalen Koalitionspartner und dem BV hielt Ministerpräsident Knilling die NSDAP für eine nützliche Kraft im Konflikt mit linken Organisationen. Dagegen plädierten Held und Innenminister Franz Schweyer (1868–1935) für eine klare Abgrenzung gegenüber der NSDAP, deren Umtriebe ihrer Meinung nach die Staatsautorität gefährdeten<sup>362</sup>. Angesichts des Risses, der wegen der Stellung zur NSDAP durch die BVP ging, gab Horlacher im Landtag am 26. April 1923 eine gewundene Stellungnahme zwischen Ablehnung und Zustimmung ab: „Ich bitte mich nicht mißzuverstehen. Ich sage ausdrücklich: Der vaterländische Gedanke als solcher, das Nationalbewußtsein verdient größtmögliche Unterstützung und überall, wo sich dieser nationale Gedanken selbstlos, neutral, unpolitisch, unparteiisch nur dem Wohle des Vaterlandes dienend, zeigt, ist er eine hochehrwürdige Erscheinung.“ In „solcher Form muß er weitestgehende Unterstützung finden“. Die sozialistischen Elemente im Wirtschaftsprogramm der NSDAP lehnte er jedoch ab, weshalb er sich zu einer Warnung vor der NSDAP als einer „innerlich sozialistischen Bewegung“ durchrang<sup>363</sup>.

Trotzdem erblickte Horlacher im Nationalsozialismus einen geeigneten Bündnispartner im Kampf gegen den Sozialismus, wie er im Herbst 1923 anlässlich einer Kundgebung der Landesbauernkammer gegen die Steuerpolitik der Reichsregierung bekannt gab: „Dem Nationalsozialismus stimme er zu, soweit er den Kampf gegen den Sozialismus führe, im übrigen müsse er seine verschwommenen Programmpunkte ablehnen.“<sup>364</sup> Horlacher war damit ein Anhänger jener verhängnisvollen „Politik der Wiedergewinnung der guten Kräfte“<sup>365</sup>, welche die Programmatik der NSDAP faktisch ausblendete und nicht mit dem revolutionären Charakter der NSDAP rechnete, sondern in ihr eine geeignete Organisation zur Unterstützung der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung gegen links erblickte. Denn Horlacher hatte seine Bedenken gegen den Nationalsozialismus zurückgestellt, als sich die innenpolitische Lage nach dem Rücktritt Cunos vom Amt des Reichskanzlers am 13. August 1923 verschärft hatte. Die Finanzierung des Ruhrkampfes hatte die Inflation angeheizt, da dessen Kosten nach dem Willen Cunos durch die Notenpresse gedeckt werden sollten. Steuerliche Mehrbelastungen für die Wirtschaft wollte er dagegen vermeiden. Aufgrund der finanzpolitischen Katastrophe, zu der sich der Ruhrkampf deshalb entwickelt hatte, trat Cuno zurück<sup>366</sup>. In Bayern rief die Bildung des neuen Reichskabinetts durch den nationalliberalen

<sup>361</sup> Vgl. ZIEMANN, *Front*, 412.

<sup>362</sup> Zur Haltung der BVP zur frühen NSDAP vgl. KEBLER, Held, 489–493; zur Haltung der Bayerischen Mittelpartei zur frühen NSDAP vgl. KIISKINEN, *Deutschnationale Volkspartei*, 212–216; zur Haltung des BV zur frühen NSDAP vgl. NICHOLLS, Hitler, 111.

<sup>363</sup> *Verh. d. Bay. Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 8, Sitzung am 26. April 1923*, 217f.

<sup>364</sup> MP vom 13. September 1923; ferner Bayerisches Bauernblatt vom 18. September 1923.

<sup>365</sup> Schweyer zit. nach SCHWEND, Bayern, 206.

<sup>366</sup> Zu den Folgen des Ruhrkampfes vgl. WINKLER, Weimar, 188–207.

Politiker Gustav Stresemann (1878–1929) von der DVP wegen der Rückkehr der SPD in das Kabinett größte innen- und wirtschaftspolitische Bedenken hervor<sup>367</sup>. Horlacher bezeichnete den Sturz Cunos als „Verbrechen“. Von dessen Nachfolger erwartete er sich „die Durchführung des sozialistischen Wirtschaftsprogrammes“<sup>368</sup>. Stresemann hatte die Folgen des Ruhrkampfes zu bewältigen. Er musste diesen beenden, die Reparationszahlungen wieder aufnehmen, den zerrütteten Haushalt sanieren und die Inflation bekämpfen. All diesen Zwecken sollte eine Steuerreform – die so genannte „Auguststeuergesetzgebung“ – dienen. Bisher war die bereits durch die Steuerreform Erzbergers drastisch erhöhte Steuerbelastung für die Landwirtschaft erträglich, da die Steuern in entwertetem Geld zu zahlen waren. Nunmehr sollten die erhöhten Einkommen-, Vermögen- und Umsatzsteuern und einer so genannten Landabgabe als Besitzsteuer in wertbeständiger Goldmark erstattet werden<sup>369</sup>. Damit der Landabgabe verfolgte die Reichsregierung nicht zuletzt das Ziel, die Landwirte zur Räumung ihrer Scheunen zu zwingen<sup>370</sup>. Denn Warenhortungen waren ein weit verbreitetes Mittel, mit der sich Landwirte vor der Geldentwertung zu schützen suchten<sup>371</sup>.

Der BV erhob die Steuerreform Stresemanns zur existentiellen Bedrohung und bereitete die Landwirtschaft auf den Entscheidungskampf vor: „Wir halten es für unsere Pflicht, den bayerischen Mittelstand und die bayerische Landwirtschaft darauf aufmerksam zu machen, daß der marxistische Vernichtungskampf gegen ihren Fortbestand eingesetzt hat; wir fordern sie auf, sich auf den Endkampf vorzubereiten.“<sup>372</sup> Schlittenbauer und Horlacher riefen auf einer „großen Protest-Bauernversammlung“ in München am 12. September 1923 zur Steuersabotage auf. Nach dem Versammlungsbericht der sozialdemokratischen *Münchner Post* prophezeite Schlittenbauer den Sturz Stresemanns und die Bildung einer rein sozialdemokratischen Regierung. Dann sah er den Zeitpunkt für ein eigenständiges Vorgehen Bayerns gegen Berlin für gekommen. Horlacher sekundierte ihm und forderte die Zusammenfassung aller „nationalgesinnten Kräfte“ einschließlich der Nationalsozialisten zu einer „geschlossenen Einheitsfront des deutschen Volkes, in die nie der Sozialismus einbegriffen sein könne“<sup>373</sup>.

In der Landtagsfraktion verlangte Schlittenbauer am 20. September 1923 die Einsetzung eines „Sicherheitskommissars“ und verknüpfte diese Forderung mit dem Appell an die bayerische Staatsregierung, die bayerische Landwirtschaft vor der Einhebung der Reichssteuern zu schützen<sup>374</sup>. Entsprechend groß waren die steuerpolitischen Hoffnungen des BV auf den am 26. September durch die bayerische Staatsregierung eingesetzten

<sup>367</sup> Vgl. SCHWEND, Bayern, 209f.; ferner KIISKINEN, Deutschnationale Volkspartei, 216f.

<sup>368</sup> ACSP, Fraktionssitzungen der BVP Bd. 2, Sitzung am 5. September 1923.

<sup>369</sup> Zur „Auguststeuergesetzgebung“ vgl. SCHUMACHER, Land, 276f.; BERGMANN, Bauernbund, 208–210.

<sup>370</sup> Vgl. SCHUMACHER, Land, 289–293.

<sup>371</sup> Vgl. SCHUMACHER, Land, 183; ZIEMANN, Front, 348.

<sup>372</sup> Bayerisches Bauernblatt vom 4. September 1923.

<sup>373</sup> MP vom 13. September 1923; ferner Bayerisches Bauernblatt vom 18. September 1923.

<sup>374</sup> ACSP, Fraktionssitzungen der BVP Bd. 2, Sitzung am 20. September 1923.

Generalstaatskommissar Kahr, der die von linken und rechten Gruppierungen gefährdete Staatsautorität aufrechterhalten sollte<sup>375</sup>. Am 2. Oktober 1923 drückte die Landtagsfraktion der BVP die Hoffnung auf eine „gerechtere und vernünftigeren Verteilung der steuerlichen Lasten“ aus, als sie Kahr und Ministerpräsident Knilling ihr Vertrauen aussprach. Gleichzeitig kündigte Schlittenbauer den passiven Widerstand der Landwirtschaft gegen die Reichssteuern an<sup>376</sup>. Horlacher wollte mit dem Steuerstreik den Zusammenbruch der Reichsfinanzverwaltung herbeiführen<sup>377</sup>. Um dafür vorbereitet zu sein, wurde eine Fraktionskommission eingesetzt, welche der Staatsregierung Vorschläge zur Errichtung einer eigenen, vom Reich unabhängigen Steuerverwaltung machen sollte, zu deren Mitgliedern Horlacher zählte<sup>378</sup>. – Horlacher unterstützte Kahrs partikularistischen Konfrontationskurs mit der Reichsregierung vorbehaltlos.

Als die Höhepunkte von Inflation und innenpolitischer Krise im Sommer 1923 zusammenfielen – die Kommunisten gewannen im Sommer 1923 zahlreiche Anhänger, Putschgerüchte von rechts wurden kolportiert<sup>379</sup> –, war es der verständliche Wirtschaftsegoismus der Bauern gemeinsam mit der antisozialistischen Phraseologie des BV, welche die krisenhafte Stimmung noch verschärfte<sup>380</sup>. Die politischen Repräsentanten der bayerischen Landwirtschaft hatten sich aufgrund ihrer Agitation gegen die Reichssteuern zu destabilisierenden Faktoren der innenpolitischen Lage entwickelt, als Kahr die Kontrolle über die nationalistischen Wehrverbände und rechtsradikalen Parteien verlor. Hatte sich Held durch die Ernennung Kahrs die Eindämmung der nationalsozialistischen Bewegung erhofft, da dieser als besonderer Vertrauensmann der nationalistischen Kampfverbände galt, wurden seine Hoffnungen nun jäh enttäuscht. Die von Kahr angeordnete Außerkraftsetzung des „Republiksschutzgesetzes“ vom 21. Juli 1922 hatte die Hoffnungen der NSDAP auf einen erfolgreichen Putsch noch genährt<sup>381</sup>, weshalb Kahrs Ordnungszellenpolitik eine wesentliche Voraussetzung für den Hitlerputsch vom 8. und 9. November 1923 darstellte.

---

<sup>375</sup> Zur Ernennung Kahrs zum Generalstaatskommissar vgl. KEBLER, Held, 493–599; KIISKINEN, Deutschnationale Volkspartei, 216–221. Vgl. auch den Aufruf der bayerischen Regierung anlässlich der Bestellung des Generalstaatskommissars vom 26. September 1923, in: Dokumente zur Geschichte von Staat und Gesellschaft in Bayern Bd. III/2, 210f.

<sup>376</sup> ACSP, Fraktionssitzungen der BVP Bd. 2, Sitzung am 2. Oktober 1923.

<sup>377</sup> ACSP, Fraktionssitzungen der BVP Bd. 2, Sitzung am 10. Oktober 1923.

<sup>378</sup> ACSP, Fraktionssitzungen der BVP Bd. 2, Sitzung am 19. Juli 1923.

<sup>379</sup> Zur angespannten innenpolitischen Lage in Bayern im Vorfeld des Hitlerputsches vgl. SCHWEND, Bayern, 205–214.

<sup>380</sup> Vgl. dazu BERGMANN, Bauernbund, 210f.

<sup>381</sup> Zum Generalstaatskommissariat Kahrs vgl. KEBLER, Held, 502–506; KIISKINEN, Deutschnationale Volkspartei, 216–235.

## 9. Desinteresse an den Verfassungsrevisionsplänen der BVP

Nach dem Hitlerputsch war Kahr als Generalstaatskommissar nicht mehr zu halten. Seine Absicht, die nationalistischen Wehrverbände in seine Ordnungszellenpolitik zu integrieren, war gescheitert. Es war offensichtlich geworden, dass diese Taktik nicht zur Stabilisierung der innenpolitischen Lage beitrug. Mit Ausnahme des deutschnationalen Justizministers Franz Gürtner (1881–1941) und Ministerpräsident Knilling stand der Ministerrat gegen Kahr. Um Kahr zu halten, drohte Gürtner mit dem Rückzug der Bayerischen Mittelpartei aus der Koalition, und Knilling forderte seinerseits offensiv die Abdankung der bei den Wehrverbänden besonders verhassten Minister Schweyer und Wutzlhofer. Horlacher unterstützte diese Forderung<sup>382</sup>. Wäre dies doch ein eleganter Weg gewesen, um Wutzlhofer ohne Involvierung der Landesbauernkammer endlich los zu werden und die Verantwortung dafür auf die Bayerische Mittelpartei zu schieben. Es bahnte sich eine Regierungskrise an, welche die Koalitionsparteien BVP, BBB und Bayerische Mittelpartei angesichts der instabilen innenpolitischen Lage nach dem Hitlerputsch jedoch nicht riskieren wollten. Deshalb einigten sich die Führer der Koalitionsparteien über die Köpfe des zerstrittenen Kabinetts hinweg auf einen Kompromiss. Da sowohl die Bayerische Mittelpartei als auch der BBB für den Bestand der Regierung eine Schlüsselposition innehatten, wurde von einer Änderung der Zusammensetzung des Kabinetts abgesehen und auch Kahr blieb zunächst im Amt<sup>383</sup>.

Wutzlhofer war jedoch nicht mehr zu halten, als er gemeinsam mit den anderen Abgeordneten des BBB und denjenigen der SPD am 19. Dezember 1923 im Landtag gegen ein von der BVP propagiertes Ermächtigungsgesetz stimmte, das der Staatsregierung erlauben sollte, zur Sanierung des Staatshaushaltes vom ordnungsgemäßen Weg der Gesetzgebung abzuweichen<sup>384</sup>. Der BBB hatte das Ermächtigungsgesetz als „Selbstentmannung“ des Landtages abqualifiziert. Vor allem wurde es aber von den Abgeordneten des BBB abgelehnt, da sie um den Bestand des Landwirtschaftsministeriums fürchteten. Denn es hätte die Abschaffung desselben erleichtert<sup>385</sup>. Nachdem das Ermächtigungsgesetz schließlich an der dafür notwendigen Zweidrittelmehrheit gescheitert war, erklärte Held umgehend die Koalition mit dem BBB für beendet<sup>386</sup>, wofür ihm die Zustimmung Horlachers sicher war<sup>387</sup>. Während der BBB die faktischen parlamentarischen Errungenschaften der Revolution –wenn auch nicht

<sup>382</sup> ACSP, Fraktionssitzungen der BVP Bd. 2, Sitzung am 6. Dezember 1923.

<sup>383</sup> Zur Koalitionskrise nach dem Hitlerputsch vgl. KEBLER, Held, 509f.; KIISKINEN, Deutschnationale Volkspartei, 232–235.

<sup>384</sup> Zum Vorhaben dieses Ermächtigungsgesetzes vgl. Die Tätigkeit der Bayerischen Volkspartei im Bayerischen Landtag von 1920–1924, 8f.; KEBLER, Held, 481; BERGMANN, Bauernbund, 150f.

<sup>385</sup> Der Bündler vom 24. Februar 1924.

<sup>386</sup> Verh. d. bay. Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 9, Sitzung am 19. Dezember 1923, 30.

<sup>387</sup> ACSP, Fraktionssitzungen der BVP Bd. 2, Sitzung am 19. Dezember 1923; vgl. dazu KEBLER, Held, 481.

aus unzweifelhafter republikanischer Überzeugung<sup>388</sup> – verteidigte, wurde dessen Abstimmungsverhalten von Horlacher als egoistisch und staatsgefährdend diffamiert. Horlacher maß die parlamentarischen Verfahrensregeln an ihrer Effektivität und war deshalb bereit, sie vermeintlichen oder tatsächlichen Nützlichkeitsabwägungen zu opfern. Er hatte deshalb davor gewarnt, dass das „Schlagwort vom ‚Parlamentarismus‘“ auch in der BVP in einer staatsgefährdenden Art und Weise vertreten werde<sup>389</sup>. Das Abstimmungsverhalten des BBB bestätigte ihn in seiner Ansicht, wonach der Parlamentarismus eine allzu weitgehende Einschränkung effizienten Regierungshandelns darstellte. Deshalb urteilte Horlacher, dass der bayerische Landtag am 19. Dezember „in noch nie dagewesener Weise versagt“ habe<sup>390</sup>.

Da eine regierungsfähige Mehrheit nicht mehr bestand, beschloss der Landesausschuss der BVP am 29. Dezember, ein Volksbegehren einzuleiten, um den Landtag vorzeitig aufzulösen. Gleichzeitig sollte der neue Landtag damit zur Umgestaltung der Bamberger Verfassung mit einfacher Mehrheit ermächtigt werden. Dabei gingen die Vorstellungen der BVP weit über den eben gescheiterten Plan eines finanzpolitischen Ermächtigungsgesetzes hinaus. Mit Hilfe eines Staatspräsidenten, einer zweiten Landtagskammer und des Mehrheitswahlrechts sollte das parlamentarische Prinzip der Bamberger Verfassung eingeschränkt werden<sup>391</sup>. Der Staatspräsident sollte nach dem Willen der BVP vornehmlich die Staatspersönlichkeit Bayerns unterstreichen und auch als Statthalter der Monarchie dienen<sup>392</sup>. Mit einer zweiten Landtagskammer, die als ein nach berufsständischen Kriterien zusammengesetztes Gremium aus Fachmännern gedacht war, sollten politische Entscheidungen dem pluralistischen Parteienwettbewerb entzogen werden. Denn dieser wurde von den Befürwortern berufsständischer Staatsordnungsvorstellungen für die Zerstörung der vermeintlichen gesellschaftlichen Harmonie der Vorkriegszeit verantwortlich gemacht<sup>393</sup>.

Horlacher hatte das parlamentarische Verhältniswahlrecht bereits im Plenum der Landesbauernkammer am 6. November 1920 als zu mechanistisch kritisiert und war für eine stärkere Berücksichtigung der wirtschaftlichen Eliten bei politischen Entscheidungen eingetreten: „Die Demokratie hat uns in Wahrheit nicht die Demokratie gebracht als solche im ganzen Deutschen Reich. Es ist heute – ich drücke mich drastisch aus – jeder Mensch nach dem Körperteil bemessen, der für jeden den gleichen Wert hat und dem gleichen Bedürfnis

<sup>388</sup> Vgl. BERGMANN, Bauernbund, 152.

<sup>389</sup> ACSP, Fraktionssitzungen der BVP Bd. 2, Sitzung am 10. Oktober 1923.

<sup>390</sup> Wendelstein vom 6. Februar 1924.

<sup>391</sup> Zu diesem Volksbegehren vgl. KEBLER, Held, 482f.; BERGMANN, Bauernbund, 150; ALTENDORFER, Schäffer, 254f.

<sup>392</sup> Zu den Plänen der BVP, einen Staatspräsidenten in Bayern einzuführen, vgl. Die Tätigkeit der Bayerischen Volkspartei im Bayerischen Landtag von 1920–1924, 4–6; KEBLER, Held, 473–483; WIESEMANN, Vorgeschichte, 29–38; BERGMANN, Bauernbund, 1458–155; FENSKE, Konservatismus, 299–312; ALTENDORFER, Schäffer, 245–268.

<sup>393</sup> Zu den während der Weimarer Republik virulenten berufsständischen Staatsordnungsvorstellungen vgl. SONTHEIMER, Denken, 249–252. Zu den berufsständischen Plänen der BVP vgl. PFEIFFER, Gedankenwelt, 66; MÖBLE, Senat, 1–13; BARES-RAUEN, Entwicklungsgeschichte, 173–194; FENSKE, Konservatismus, 299–312.

dient: dem Hinterteil (Heiterkeit) was in den Köpfen darinnen steckt, die Fähigkeiten der einzelnen Staatsbürger, sind unberücksichtigt gelassen. Es wurde nie gefragt, wer hat die Verantwortung zu tragen im Wirtschaftsleben und wer hat Träger der Produktion und des Fortschritts zu sein. Hier hätte auf den Kopf auch Rücksicht genommen werden müssen.“ Damit zielte Horlacher auf die direkte Übertragung legislativer Kompetenzen auf Wirtschaftsorganisationen ab, nicht jedoch auf die Errichtung einer zweiten, nach berufsständischen Kriterien zusammengesetzten Landtagskammer, wie er unmittelbar an diese Sätze anschließend deutlich machte: „Ich war anfangs ein bewusster Freund dieser berufsständischen Organisationen und dieses organischen Aufbaues und bin es bis zu einem gewissen Grade immer noch, aber wenn von Entpolitisierung des Wirtschaftslebens, von Entwirtschaftlichung der Politik gesprochen wird, so sind das ohne Zweifel Schlagworte.“ Horlacher konnte also – anders als sein akademischer Lehrer Brentano – nach der Erfahrung mit der Revolution nicht mehr an die Möglichkeit werturteilsfreier Wirtschaftspolitik glauben, denn in der „wirtschaftspolitischen Führung wird die Weltanschauung jedes einzelnen immer wieder die entscheidende Rolle spielen“. Darüber hinaus misstraute er aber auch der administrativen Zweckmäßigkeit einer Ständekammer. Aus seiner eigenen unbefriedigenden Erfahrung als Direktor der Landesbauernkammer wusste er, dass das „schöne Wort vom Selbstverwaltungskörper“ oftmals auf den Widerstand der staatlichen Behörden stieß. Er glaubte bereits nicht mehr daran, dass „die zuständigen Stellen, mögen es Ministerien oder Zentralstellen dieser Ministerien sein, sich bereit erklären, ihrerseits abzubauen“<sup>394</sup>. Horlacher ließ sich auch durch die Verfassungsrevisionspläne der BVP nicht von seiner ablehnenden Haltung gegenüber der Errichtung einer zweiten Landtagskammer abbringen. Als der Vorläufige Reichswirtschaftsrat zu einer echten zweiten Kammer neben dem Reichstag ausgebaut werden sollte<sup>395</sup>, machte er gegenüber dem Plenum der Landesbauernkammer am 26. November 1925 deutlich, dass er der Möglichkeit misstraute, die Zusammensetzung einer zweiten Kammer zur Zufriedenheit der Landwirtschaft gestalten zu können: „Ich selbst habe früher den Gedanken einer Berufsständekammer neben dem Parlament vertreten. Ich habe es bereut, ich lasse mich auch belehren und habe den Gedanken längst in die Rumpelkammer geworfen, weil mich die Erfahrung lehrte, daß diese Ständekammer weiter nichts ist, als ein parteipolitischer Abklatsch der sonstigen Zusammensetzung. Es käme darauf an, wie ein Gesetzentwurf einer solchen berufsständischen Kammer aussieht. Einen solchen Gesetzentwurf beraten nicht wir, sondern der deutsche Reichstag und warten Sie nur, wie er aussieht und wie die Parität zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gewahrt wird. Man wird ziffernmäßig den Einfluss der Landwirtschaft möglichst zurückschrauben.“ Da Horlacher deshalb die Majorisierung der Selbständigen und Arbeitgeber durch die Arbeitnehmer

<sup>394</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 6. November 1920, 37.

<sup>395</sup> Zum Reichswirtschaftsrat vgl. BARES-RAUEN, Entwicklungsgeschichte, 97–115.



befürchtete, wollte er von der Errichtung einer zweiten Kammer lieber Abstand nehmen: „Ja, wenn es gelänge, eine berufsständische gemeinsame Kammer aller Berufsstände zusammenzubringen, ohne Rücksicht auf die Verhältnisse, wie sie im einzelnen bei den Berufsständen liegen! Und wenn man nur von dem Gedanken ausginge, die tüchtigsten Leute der deutschen Wirtschaft dort hineinzubringen, dann wäre es etwas anderes, dann könnte man die Kammer mit erhöhten Befugnissen ausstatten.“<sup>396</sup> Schließlich erwies sich die Aufteilung der Sitze auf die Länder und die Vertreter von Arbeitnehmern und Arbeitgebern als unlösbares Problem, so dass es nie zu einer endgültigen Errichtung des Reichswirtschaftsrates kam<sup>397</sup>.

Im Herbst 1923 hatte sich Horlacher jedoch nicht so lautstark gegen die Errichtung einer zweiten Landtagskammer aussprechen können. Denn die Verfassungsrevision stellte ein Prestigeobjekt für die BVP dar und der Landesbauernkammer wurde eine zentrale Rolle bei der Umgestaltung der Bamberger Verfassung in berufsständischem Sinne zugesprochen. Gerade sie wurde von Heim als Vorstufe zur Errichtung einer zweiten Kammer betrachtet. Anlässlich der Eröffnung der Bayerischen Landesbauernkammer hatte Heim prophezeit, dass der „Ständeorganisation“ die Zukunft gehöre. Denn „berufliche Fragen sind da zu besprechen, wo die Fachleute sitzen, die vom Volke gewählten politischen Vertreter haben andere Aufgaben wie wir“<sup>398</sup>. Aus dem ganzen Deutschen Reich richteten sich deshalb revisionistische Hoffnungen auf die Bayerische Landesbauernkammer. Das rechtskonservative Berliner Blatt *Das Gewissen* hatte am 22. April 1922 behauptet, dass die Landesbauernkammer bereits ein „integrierender Bestandteil der bayerischen Staatsleitung“ sei und dass ihre „Bedeutung und Macht sichtbar von Woche zu Woche wächst“. Auf ihr aufbauend könne das bayerische Volk „aus seinen Berufsständen ein neues staatliches Knochengerüst herausentwickeln, um das sich die wiedererwachte Volksgemeinschaft als neue Staatlichkeit herumlegt“. Auf den „Schultern der Wirtschaftskammer“ werde sich dann der „Führer des bayerischen Volkes“ erheben<sup>399</sup>. Entsprechend diesen Erwartungen, den Vorgaben der Parteileitung der BVP und der eigenen Hoffnung, den BBB mit Hilfe der vermeintlichen Popularität der Verfassungsrevisionspläne bei der Wählerschaft zu diffamieren, machte Horlacher deshalb Propaganda für das Volksbegehren, so Anfang Februar 1924 als Hauptredner auf einer Versammlung der BVP: „Diesem eines Parlaments, das sich nicht selbst aufgeben wollte, unwürdigen Zustand ein Ende für alle Zeiten zu

<sup>396</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 26. November 1925, 127.

<sup>397</sup> Vgl. HUNDHAMMER, Berufsvertretung, 177–179. Nach ABELSHAUSER, Korporatismus, 152f. stellte das „bereits erreichte hohe Maß an selbstverwalteter Autonomie und an Verflechtung zwischen Staat und Wirtschaft“ – das sich gerade an der Errichtung der Bayerischen Landesbauernkammer als Körperschaft des öffentlichen Rechts deutlich machen lässt – den Grund für das abnehmende Interesse am Reichswirtschaftsrat dar.

<sup>398</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 9. August 1920, 3–5. Zu den Erwartungen, die in dieser Hinsicht in die Bayerische Landesbauernkammer gesetzt wurden, vgl. BERGMANN, Bauernbund, 94.

<sup>399</sup> *Das Gewissen* vom 10. April 1922.

bereiten, eine andere Zusammensetzung des Landtages und eine Revision der Revolutionsverfassung herbeizuführen um so dem Lande wieder geordnete Verhältnisse zu beschaffen, habe die Bayer. Volkspartei es unternommen, das Volk zu befragen.“<sup>400</sup>

Obwohl das Volksbegehren in beiden Teilen erfolgreich abgeschlossen werden konnte, verweigerte der Landtag am 17. März 1924 die Abschaffung der Zweidrittelmehrheit für die von der BVP geplante Verfassungsrevision, während er seiner Auflösung zustimmte<sup>401</sup>. Es wurde deshalb nach den Bestimmungen der Bamberger Verfassung wegen der verfassungsrechtlich relevanten Teile des Volksbegehrens ein Volksentscheid nötig, der gemeinsam mit der Landtagswahl stattfand. Im Landtagswahlkampf der BVP stand die Verfassungsrevision im Mittelpunkt<sup>402</sup>. Die Landtagswahl am 6. April 1924 stellte eine Niederlage für die BVP dar. Gegenüber 1920 verlor sie 186.548 Stimmen. Der Volksentscheid war gescheitert. Der Völkische Block als Nachfolgeorganisation der NSDAP ging gestärkt aus der Wahl hervor. Er erzielte auf Anhieb 512.271 Stimmen<sup>403</sup>. Die von führenden Politikern der BVP forcierte innen- und wirtschaftspolitische Radikalisierung des vergangenen Jahres hatte zu dem Erfolg der extremen Parteien geführt. Die BVP stand nun vor der Koalitionsfrage. Horlacher versuchte, den BBB von der Koalition und damit vom Landwirtschaftsministerium fernzuhalten<sup>404</sup>. Da jedoch eine Koalition mit der SPD ebenso wie mit dem Völkischen Block aus verfassungs- und kulturpolitischen Gründen für die BVP, nicht zuletzt wegen der gleichzeitig laufenden Konkordatsverhandlungen, undenkbar schien, verblieb nur die Neuauflage der bisherigen Bayerischen Koalition mit BBB und Bayerischer Mittelpartei. Das Amt des Ministerpräsidenten übernahm der bisherige Fraktionsführer Held, womit die Zeit der halbparlamentarischen Beamtenministerien in Bayern ihr Ende nahm. Das Landwirtschaftsministerium übernahm der ehemalige Reichsernährungsminister Fehr (BBB)<sup>405</sup>. Horlachers Bemühungen, den BBB mit Hilfe der Verfassungsrevisionspläne der BVP gegenüber den Wählern zu diffamieren und dadurch eine erneute Amtszeit eines bauernbündlerischen Landwirtschaftsministers zu verhindern, waren gescheitert.

Für Horlacher bedeutete das Scheitern der Verfassungsrevisionspläne der BVP nicht nur eine Niederlage gegenüber dem Bayerischen Bauernbund, sondern auch einen innerparteilichen Misserfolg. Während er sich gegenüber der von der BVP geplanten Verfassungsrevision – auch bezüglich der Einführung eines Staatspräsidenten<sup>406</sup> – zurückhaltend verhielt, gelang es dem gleichaltrigen Schäffer, sich gerade wegen seines

<sup>400</sup> Wendelstein vom 6. Februar 1924.

<sup>401</sup> Verh. d. bay. Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 9, Sitzung am 17. März 1924, 331f.

<sup>402</sup> Vgl. BERGMANN, Bauernbund, 309f.; KEBLER, Held, 512f.

<sup>403</sup> Zum Ergebnis der Landtagswahlen 1924 vgl. THRÄNHARDT, Wahlen, 349; SCHWARZ, Zeit, 484f.

<sup>404</sup> ACSP, Fraktionssitzungen der BVP Bd. 2, Sitzung am 24. Mai 1924.

<sup>405</sup> Zur Regierungsbildung nach der Landtagswahl 1924 vgl. KEBLER, Held, 513–519; KIISKINEN, Deutschnationale Volkspartei, 252–263; ferner SCHWEND, Bayern, 264–275.

<sup>406</sup> Dies, obwohl er als Vertrauter Heims Mitglied der Fraktionskommission war, welche die Einführung eines Staatspräsidenten vorbereiten sollte (ACSP, Fraktionssitzungen der BVP Bd. 1, Sitzung am 3. Dezember 1920).

Einsatzes für diese an die Spitze des rechten Flügels der BVP zu setzen<sup>407</sup>, als dessen Anführer Horlacher seit den Wirren um das Republikenschutzgesetz im Herbst 1921 gegolten hatte<sup>408</sup>. Horlacher war es nicht gelungen, den in der BVP herrschenden Mangel an Führungspersönlichkeiten<sup>409</sup> für eine parteipolitische Führungsposition auszunutzen – wohl nicht zuletzt aufgrund seiner zeitlichen Beanspruchung als Direktor der Landesbauernkammer. Es zeichnete sich deshalb eine Arbeitsteilung ab, die Schäffer 1929 auf Vorschlag Heims zum Parteivorsitzenden der BVP werden ließ<sup>410</sup>, während Horlacher seit seinem Wechsel in den Reichstag 1924/1925 die Rolle als Agrarexperte der Reichstagsfraktion der BVP ausfüllte.

## 10. Monarchist aus Opportunismus

Während in Bayern schon bald nach der Novemberrevolution Bemühungen zur Restauration der Wittelsbacher unternommen wurden<sup>411</sup>, führte der Schock, den die Revolution und ihre gewaltsamen Weiterungen in den bisherigen staatstragenden Kreisen hinterlassen hatten, bei Horlacher nicht zum Ruf nach der Rückkehr zur Monarchie. Ohne sich über die Frage der Staatsform auszulassen, drängte Horlacher bereits wenige Wochen nach dem Umsturz auf die Herstellung geordneter verfassungsrechtlicher Zustände mit Hilfe einer Nationalversammlung, denn „jeder Zeitverlust führt an den wirtschaftlichen Abgrund“<sup>412</sup>. Wenn ihn das *Landauer Volksblatt* Küblers (BBB) im August 1920 wegen seiner Propaganda gegen die Revolution als „monarchisch u. königlich angehauchten Volksparteiabgeordneten“ bezeichnete<sup>413</sup>, dann ist dies lediglich als parteipolitische Propaganda zu werten. Sein angeblicher Monarchismus wurde von seiner Nähe zur BVP abgeleitet. Denn Horlacher war zu diesem Zeitpunkt mit monarchistischen Stellungnahmen nicht hervorgetreten. Es ist denkbar, dieses mangelnde monarchistische Engagement auf die oberflächliche Vermittlung bayerisch-monarchischer Gesinnung während seiner Schulzeit in dem protestantisch-reichsorientierten Nürnberg zurückzuführen, vor allem aber standen bei der Beurteilung der Revolution durch Horlacher wirtschaftspolitische Überlegungen eines Angehörigen der bayerischen agrarpolitischen Funktionselite im Vordergrund. Die Revolution lehnte er

<sup>407</sup> Vgl. ALTENDORFER, Schäffer, 245–268; KEBLER, Held, 473–483.

<sup>408</sup> Vgl. Kapitel IV.5.

<sup>409</sup> In der BVP herrschte Führungsmangel, seitdem Heim die alten Eliten des Zentrums bei der Gründung der BVP ausgeschaltet hatte und prominente Parlamentarier wie Speck, Stang und Wohlmuth Führungsschwäche zeigten. Deshalb bot die Landtagsfraktion gute Profilierungsmöglichkeiten für junge, karrierebewusste Politiker. Vgl. KEBLER, Held, 360; ALTENDORFER, Schäffer, 169.

<sup>410</sup> Vgl. ALTENDORFER, Schäffer, 401–407.

<sup>411</sup> Zur Geschichte der monarchischen Bewegung in Bayern zwischen 1918 und 1933 vgl. ARETIN, Regierung, 65–93; ENDRES, Heimat- und Königsbund, 415–436; GARNETT, Lion; WEIß, Geschichte, 9–54; FÖRSTER, Harnier-Kreis, 57–122.

<sup>412</sup> HORLACHER, Wiederaufbau (1. Dezember 1918), 5.

<sup>413</sup> Landauer Volksblatt vom 15./16. August 1920.

aufgrund der durch sie hervorgerufenen wirtschaftspolitischen Turbulenzen ab<sup>414</sup>. Horlacher war Gegner der Revolution nicht als Monarchist, sondern als antisozialistischer Agrarpolitiker. Darin stimmte er mit seinem politischen Mentor Heim überein, der der Bayerischen Königspartei im Februar 1920 mitteilte, dass ihm die Integration republikanisch gesinnter Elemente in die als antisozialistische Sammlungspartei verstandene BVP vordringlicher erschien als die Frage der Staatsform<sup>415</sup>.

Wenn Heim seine Mitarbeiter aufforderte, dem Bayerischen Heimat- und Königsbund beizutreten<sup>416</sup>, dann ist dies vor dem Hintergrund seiner Bemühungen um die Herstellung dieser antisozialistischen Einheitsfront zu sehen; infolgedessen wurde auch Horlacher Mitglied des Bayerischen Heimat- und Königsbundes<sup>417</sup>. Horlacher blieb bloßes Mitglied, organisatorische Tätigkeit entfaltete er nicht<sup>418</sup>. Für Horlacher bestand der Zweck seiner Mitgliedschaft in der bloßen Demonstration seiner antirevolutionären Gesinnung, sie war seiner Zugehörigkeit zum Umfeld Heims geschuldet, die Monarchie als solche war für ihn bedeutungslos. Deshalb fiel es ihm auch leicht, sich zu ihr zu bekennen, wenn er glaubte, einer monarchistischen Gesinnung seiner Zuhörer nachgeben zu müssen. Während der Tod König Ludwig III. die Erwartungen auf eine baldige Restauration der Monarchie durch Kronprinz Rupprecht genährt hatte<sup>419</sup>, gedachte Horlacher auf der Jubiläumsveranstaltung des oberpfälzischen BV im Herbst 1921 nur am Rande und auf eine höchst unbestimmte Art und Weise „der Leichenfeierlichkeiten in München, die Momente zutage treten ließen, die nicht ohne weiteres geleugnet werden können“<sup>420</sup>.

Auf der Kundgebung des Bayerisch-Patriotischen Bauernvereins von Tuntenhausen im Herbst 1927 machte Horlacher aus seinem Desinteresse an der Wiedereinführung der Monarchie keinen Hehl: „Für die christliche und katholische Auffassung ist nicht die Staatsform das oberste, sondern die christliche Führung der Politik das Leitmotiv.“ Da er aber auf die monarchistische Gesinnung seiner Zuhörer eingehen zu müssen glaubte, betonte er dabei, ohne verfassungspolitische Forderungen zu erheben, „daß wir zwar dem neuen Staate

---

<sup>414</sup> Vgl. Kapitel III.6.

<sup>415</sup> StadtA Regensburg, NL Heim 2510, Heim an Joseph Mayer-Koy, 14. Februar 1920.

<sup>416</sup> Vgl. GENGLER, Monarchisten, 122.

<sup>417</sup> In Treue fest! vom 31. März 1924 und vom 26. April 1924.

<sup>418</sup> Horlacher nutzte den *Bayerischen Heimat- und Königsboten*, der zwischen 1920 und 1933 unter wechselnden Namen erschien, nicht als Publikationsorgan. Ebenso kann ein ehrenamtliches Engagement Horlachers im Bayerischen Heimat- und Königsbund ausgeschlossen werden. Weder in BayHStA, Einwohnerwehren 18, noch in StA München, AG München Registergericht 19184 – worin Dokumente über die Landesleitung des Bayerischen Heimat- und Königsbundes im Zeitraum zwischen September 1921 und August 1933 aufbewahrt werden – findet sich ein Hinweis auf eine ehrenamtliche Betätigung Horlachers im Bayerischen Heimat- und Königsbund. Die Zurückhaltung Horlachers als Monarchist passt zu dem dilatorischen Engagement des Bayerischen Heimat- und Königsbundes für die Unterstützung von Horlachers Landtagskandidatur 1924. Während der Bayerische Heimat- und Königsbund seine Mitglieder aufforderte, die Kandidatur von Ludwig Rieß „mit allen Kräften“ zu unterstützen, wurde Horlachers Name lediglich kommentarlos in einer Liste mit monarchistischen Abgeordneten geführt (In Treue fest! vom 31. März 1924).

<sup>419</sup> Vgl. WEIß, Kronprinz Rupprecht, 203f.

<sup>420</sup> Regensburger Anzeiger vom 21. November 1921.

dienen, daß wir uns aber auch das Andenken an das angestammte Haus Wittelsbach nicht aus dem Herzen reißen lassen sollen, so sehr wir Verständnis dafür haben, daß im Norden des Reiches republikanische Neigungen mehr Platz greifen, angesichts der liebenswürdigen Behandlung der Katholiken durch das Haus Hohenzollern“<sup>421</sup>. Nach der innenpolitischen Stabilisierung seit dem Hitlerputsch hatte die Frage der Staatsform für die BVP zugunsten der Behauptung der Länderrechte an Bedeutung verloren<sup>422</sup>. Die monarchistische Bewegung kann zu diesem Zeitpunkt für Horlacher nur ein Minimum an Attraktivität besessen haben. Horlacher ordnete die Frage der Staatsform eindeutig wirtschafts- und parteipolitischen Erwägungen unter. Während er als Reichstagsabgeordneter aus taktischen Erwägungen die Annäherung der BVP an das deutlich republikanischere Zentrum forcierte<sup>423</sup>, wurden diese Annäherungsversuche von Enoch Freiherr von Guttenberg (1893–1943), der 1927 die Führung des Bayerischen Heimat- und Königsbundes übernommen hatte und der DNVP nahe stand, misstrauisch beobachtet<sup>424</sup>. Deshalb ist es auch fraglich, ob Horlacher neben Schäffer und Alois Hundhammer (1900–1974)<sup>425</sup> tatsächlich zu den jüngeren Politikern der BVP gehörte, die nach Karl-Otmar von Aretins Darstellung seit 1930 die Annäherung an den Bayerischen Heimat- und Königsbund betrieben hatten<sup>426</sup> – zumal er dem Kreis um Schäffer, dessen Monarchismus zu dieser Zeit über jeden Zweifel erhaben schien<sup>427</sup>, distanziert

---

<sup>421</sup> BK vom 19. September 1927.

<sup>422</sup> Vgl. WIESEMANN, Vorgeschichte, 208f.; KRAUS, Umtriebe, 635–655; GARNETT, Lion, 137–148.

<sup>423</sup> BayHStA, NL Held 517, Merck an Schlittenbauer, 18. Oktober 1926.

<sup>424</sup> Vgl. ARETIN, Regierung, 67f.

<sup>425</sup> Bauernvereinsfunktionär und Abgeordneter der BVP, katholisch, geboren am 25. Februar 1900 in Forstinning als Sohn eines Bauern, Besuch des erzbischöflichen Knabenseminars in Scheyern, anschließend Besuch des humanistischen Gymnasiums in Freising, seit Sommer 1918 Kriegsteilnehmer, im Frühjahr 1919 als Mitglied eines Freikorps bei der Niederschlagung der Münchner Räterepublik beteiligt, seit 1919 Studium der Geschichte und Nationalökonomie an der LMU, 1923 Promotion zum Dr. phil. bei dem Historiker Karl Alexander von Müller (Thema der geschichtswissenschaftlichen Dissertation: *Die Geschichte des Bayerischen Bauernbundes*), 1926 Erwerb des volkswirtschaftlichen Dokortitels (Thema der volkswirtschaftlichen Dissertation: *Die landwirtschaftliche Berufsvertretung in Bayern*), 1923 bis 1927 Referent bei der Kreisbauernkammer Oberbayern, 1928 Berufung zum hauptamtlichen Stellvertretenden Generalsekretär des BV, seit 1932 MdL als jüngster Abgeordneter der BVP, Vorsitzender der Agrarpolitischen Studiengesellschaft München, im Frühjahr 1933 Mitglied der Reichsführgemeinschaft des deutschen Bauernstandes, welche die Gleichschaltung der Agrarorganisationen vorbereiten sollte, kurz vor der drohenden Gleichschaltung des BV Ernennung zu dessen Generalsekretär, 1933 Internierung im KZ Dachau und Verlust der beruflichen Stellung, seit 1939 Kriegsteilnehmer am Zweiten Weltkrieg, nach der Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft Mitglied der CSU, in den parteiinternen Flügelkämpfen auf Seiten Schäffers gegen den Bauernflügel um Michael Horlacher und den Flügel um Josef Müller, 1945 Übernahme des Landwirtschaftsministeriums durch Horlacher vereitelt, 1946 Mitglied der Bayerischen Verfassungsgebenden Landesversammlung, 1946 bis 1950 bayerischer Kultusminister, 1946 bis 1970 MdL für die CSU, 1946 bis 1951 Fraktionsvorsitzender der CSU, 1951 bis 1954 Landtagspräsident, 1957 bis 1969 bayerischer Landwirtschaftsminister, 1964 bis 1969 Stellvertretender Ministerpräsident, gestorben am 1. August 1974. Zu Hundhammer vgl. BRAUN, Existenz, 47–69.

<sup>426</sup> Aretin nennt jedoch keine Quellen für seine Information. Vgl. ARETIN, Regierung, 71; ferner WEIß, Geschichte, 23, ENDRES, Heimat- und Königsbund, 428 und FÖRSTER, Harnier-Kreis, 91f., die Horlacher unter Berufung auf Aretin zu den Protagonisten der Annäherung zwischen BVP und Bayerischem Heimat- und Königsbund zählen und Horlachers monarchistischen Ruf dadurch verfestigten.

<sup>427</sup> Vgl. ARETIN, Regierung, 67.

gegenüber stand<sup>428</sup>. Die Frage der Monarchie gewann für Horlacher erst wieder als Alternative zur nationalsozialistischen Diktatur an Bedeutung<sup>429</sup>.

Tatsächlich besaß Horlacher keine emotionale Bindung an das Haus Wittelsbach. Als er 1931 für eine Sonderausgabe der Zeitschrift *Das Bayerland* zur Erinnerung an den letzten bayerischen König über dessen Beziehungen zur Landwirtschaft schreiben sollte, kam er seiner Aufgabe pflichtgemäß nach. Er würdigte zwar dessen agrarpolitische und landwirtschaftlich-technische Verdienste, blieb jedoch distanziert und kühl. Stereotypisch schrieb er von der „Verbundenheit des bayerischen Volkes mit dem Wittelsbacher Herrscherhaus“, erinnerte daran, dass Ludwig als ausübender Landwirt „den Herzen unseres Bauernvolkes“ besonders nahe gestanden sei und erläuterte die Vorbildlichkeit des agrarpolitischen Wirkens Ludwigs. Nirgends ging sein Artikel über die monarchistische Phraseologie hinaus, die er seinen Lesern zu schulden glaubte<sup>430</sup>. Nach dem Zweiten Weltkrieg erblickte er in monarchistischen Plänen jedoch nicht nur eine politische Träumerei, sondern auch eine potentielle Gefährdung der innenpolitischen Stabilität. Nachdem er sich zunächst noch abwartend und zurückhaltend verhalten hatte, kam er schließlich zu einer eindeutig ablehnenden Haltung<sup>431</sup>. Horlacher stellte die Stabilität des Staates über die Frage der Staatsform – nur ein innenpolitisch stabiler Staat konnte die Gewähr für eine ruhige wirtschaftliche Entwicklung bieten.

## 11. Die Konjunktur des Antisemitismus

Nach der Novemberrevolution hatte der Antisemitismus Konjunktur. Das gehäufte Auftreten jüdischer Intellektueller unter den Protagonisten der Revolution ließ vor allem in revisionistischen Kreisen den Schluss nahe liegen, den Juden im Rahmen der Dolchstoßlegende die Schuld am verlorenen Krieg einzuräumen<sup>432</sup>. Diesem antirevolutionären Antisemitismus wollte sich auch Horlacher nicht entziehen. Erstmals bediente er sich als Hauptredner auf der Hauptversammlung des Bayerischen Müllerbundes am 17. August 1919 judenfeindlicher Thesen zur Erklärung der Revolution, für die er „die jüdische Pest, die von Moskau aus sich ausbreitet“, verantwortlich machte<sup>433</sup>. Auf dem

<sup>428</sup> Vgl. Kapitel VI.5.

<sup>429</sup> Aichacher Kurier vom 20. Februar 1933.

<sup>430</sup> HORLACHER, König (1931), 598–600.

<sup>431</sup> Während Horlacher 1946 noch die Möglichkeit eines Referendums über die Staatsform in die bayerische Verfassung einfügen wollte (Sitzung des Landesarbeitsausschusses der CSU am 1. Mai 1946, in: Die CSU 1945–1948, 193–209, hier: 207), behauptete die BLZ vom 20. Mai 1949, dass Horlacher als Landtagspräsident anlässlich des 80. Geburtstages des Kronprinzen Rupprecht eine „Brandrede gegen den monarchistischen Gedanken“ gehalten habe.

<sup>432</sup> Vgl. BRENNER, Novemberrevolution, 270–274; SEEBAB, Antijudaismus, 21–24. Nach GREIVE, Theologie, 34–43 habe der Antisemitismus nirgends in Deutschland das in Bayern in monarchistischen und antirepublikanischen Kreisen nach Zahl und Heftigkeit der Angriffe erreichte Ausmaß angenommen.

<sup>433</sup> HORLACHER, Wirtschaftsfrage (20. September 1919).

Verbandstag des „Verbandes ländlicher Genossenschaften Raiffeisenscher Organisation für das rechtsrheinische Bayern“ sprach er am 29. Oktober 1919 von der „jüdisch-russischen kommunistischen Republik“, welche die Arbeiter aufhetze<sup>434</sup>. Die radikalsten sozialistischen Gruppen standen für ihn „unter fast ausschließlich jüdischer Führung“<sup>435</sup>. Die Verwendung rassistischer Begrifflichkeit lag ihm nicht fern, als er darauf hinwies, dass die Führungsschichten sozialistischer Staaten „weitaus in der Überzahl der Rasse entnommen werden, die in den letzten Revolutionen die ausschlaggebende Rolle spielte“<sup>436</sup>. Dabei machte Horlacher die Juden gleichermaßen für den Sozialismus und die Auswüchse des Kapitalismus verantwortlich. Denn auch für den Wucher sei der „jüdische Geist mit all seinen Schattenseiten“ verantwortlich<sup>437</sup>. Der Hinweis auf vermeintlich jüdischen Einfluss diente Horlacher zur pauschalen Diffamierung aller wirtschaftlichen Gruppierungen, die seiner Konzeption einer bürokratisch geordneten, erzeugerorientierten Agrarpolitik entgegenstanden – seien es Sozialisten, Arbeiter, Händler oder schlicht Verbraucher. Deshalb bestand für ihn kein Zweifel, dass auch der Allgemeine Verbraucherbund München unter jüdischem Einfluss stand: „Die ‚Verbraucher‘ werden besonders in München nicht nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten, sondern nach politisch-radikalen Gesichtspunkten geführt, darüber gibt es gar keinen Zweifel, das mögen sich die Herren vom Allgemeinen Verbraucherbund in München gesagt sein lassen. Solche Herren sind wirtschaftspolitisch nicht anzuerkennen. Ich erinnere an den nichtbodenständigen Vertreter, Herrn Cassel. Welchen Gesichtserker er hat, brauche ich nicht auseinanderzusetzen.“<sup>438</sup>

Für Horlacher bestand der Zweck der von ihm angewandten antisemitischen Begrifflichkeit offenbar darin, der Erwartungshaltung seiner politischen Weggefährten und bäuerlichen Zuhörer nachzukommen<sup>439</sup>. Denn Horlachers judenfeindliche Äußerungen stellten in seinen volkswirtschaftlichen Ausführungen kein konstitutives Element dar, sondern besaßen eine akzidentielle Bedeutung, sie waren seinen Reden appliziert. Somit konnte er seine antisemitischen Ausfälle aus seinen wirtschaftspolitischen Ausführungen tilgen, als sich nach dem Hitlerputsch das politische Leben in Bayern beruhigte – so wie die BVP ihre judenfeindliche Positionierung ebenfalls revidierte<sup>440</sup>.

Wie sehr Horlacher mittlerweile vom Antisemitismus angewidert war, konnte er demonstrieren, als er im Wirtschaftsausschuss des bayerischen Landtages am 11. November 1924 als Berichterstatter zu einem Antrag des Völkischen Blockes „betreffend Schutz der

<sup>434</sup> HORLACHER, Zukunft (1919), 7.

<sup>435</sup> HORLACHER, Zukunft (1919), 18.

<sup>436</sup> HORLACHER, Zukunft (1919), 23.

<sup>437</sup> HORLACHER, Zukunft (20. April 1921), 63.

<sup>438</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 6. November 1920, 38.

<sup>439</sup> Vgl. dazu ZIEMANN, Front, 335–339, der der Ansicht ist, dass der BV mit seinen antisemitischen Äußerungen eher einer Stimmung an der bäuerlichen Basis folgte, als dass der Antisemitismus vom BV zur Mobilisierung der Massen instrumentalisiert worden sei.

<sup>440</sup> Vgl. GREIVE, Theologie, 88; MAZURA, Zentrumspartei, 158–166.

deutschen Wirtschaft vor jüdischer Ausbeutung“ fungierte. In dem Antrag wurde kriminelles Verhalten jüdischer Händler für die Teuerung verantwortlich gemacht, weshalb ihnen die Zulassung zum Handel pauschal verwehrt werden sollte. Horlacher erkannte darin einen bloßen Agitationsantrag, den er mit dem Hinweis auf seine Verfassungswidrigkeit abtun zu können glaubte. Seiner Meinung nach war der Antrag des Völkischen Blocks unzulässig, da nach Art. 109 der Reichsverfassung alle Deutschen vor dem Gesetz gleich seien. Nachdem die Völkischen diesem Argument mit dem rassistischen Hinweis entgegentraten, dass die Juden keine Deutschen seien, ließ sich Horlacher jedoch in eine Debatte hineinziehen, wobei er seinen Standpunkt sehr impulsiv vertrat. Die rassistische Argumentationsweise der Völkischen ignorierend wies Horlacher darauf hin, dass auch Christen an den Mißständen im Wirtschaftsleben Schuld seien: „Solange die Völkischen nicht nachweisen würden, daß alle Juden schlecht und alle sogenannten Christen gut seien, solange gehe er den blöden Weg des Antisemitismus nicht.“ Wer behaupte, „daß das Judentum allein das deutsche Volk mammonistisch verseucht habe, befinde sich in einem großen Irrtum, den er einmal hier ganz offen brandmarken wolle“. Nach Horlachers Plädoyer wurde der Antrag zwar gegen die Stimmen des Völkischen Blocks abgelehnt – trotzdem hatte er seinen agitatorischen Zweck erfüllt, wie der völkische Abgeordnete Adolf Wagner (1890–1944) befriedigt feststellte. Denn es seien die bürgerlichen Parteien „gezwungen worden, Farbe zu bekennen“: Wagner freute sich mitansehen zu können, wie die BVP gemeinsam mit der KPD stimmte, um den Antrag abzulehnen<sup>441</sup>.

Im Landtag bekam Horlacher als Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses am 16. Januar 1925 die Gelegenheit, gegen den Rassismus des völkischen Antrages vorzugehen: „Diesen sogenannten reinrassigen Antisemitismus machen wir nicht mit, weil er eine ungerechte, brutale Sache ist, die kein vernünftiger Mensch in dieser Form vertreten kann, wie Sie das machen.“<sup>442</sup> Obwohl Horlachers Landtagsrede dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus als lobeswürdig erschien<sup>443</sup>, darf jedoch nicht übersehen werden, dass Horlacher nach wie vor antijüdische Ressentiments pflegte. Weiterhin bezeichnete er unlautere Geschäftspraktiken stereotyp als „jüdisch“. So hatte er sich im Wirtschaftsausschuss von den Völkischen am 11. November 1924 trotz aller Ablehnung zu der Aussage

---

<sup>441</sup> BayHStA, Bayerischer Landtag, Ausschuß für Aufgaben wirtschaftlicher Art, Sitzung am 11. November 1924. Nach der eigenen Aussage des Fraktionsvorsitzenden des Völkischen Blockes war es das erklärte Ziel derartiger Anträge, die bürgerlichen Parteien dadurch zu zwingen, mit Sozialdemokraten und Kommunisten zu stimmen. Vgl. PROBST, Landtag, 47–49.

<sup>442</sup> Verh. d. Bay. Landtags 1924–1928. Sten. Ber. Bd. 1, Sitzung am 16. Januar 1925, 882–885.

<sup>443</sup> Abwehr-Blätter vom 15. Januar 1925. RÖSCH, NSDAP, 31 behauptet, dass Michael Horlacher für den Verein zur Abwehr des Antisemitismus tätig gewesen sei. Dabei stützt sich Rösch auf die Berichte, welche die Polizeidirektion München über diesen Verein erstellte und in denen von einem „Dr. Horlacher“ die Rede ist. Wie aus diesem Bericht klar hervorgeht, handelt es sich bei diesem „Dr. Horlacher“ jedoch um Dr. Richard Horlacher, den Geschäftsführer dieses Vereins (StA Bremen, P70, Lagebericht Nr. 92 der Nachrichtenstelle der Polizeidirektion München, 9. Juli 1930; StA Bremen, P70, Lagebericht Nr. 97 der Nachrichtenstelle der Polizeidirektion München, 26. Februar 1931).



provozieren lassen, dass zwar nicht die Juden als Menschen, sehr wohl aber „der jüdische Geist, wo er im staatlichen wie im wirtschaftlichen Leben auftrete, zu bekämpfen sei“<sup>444</sup>. Ausdrücklich nahm er auch die Ostjuden aus, als er am 16. Januar 1925 im Plenum des Landtages die Ablehnung des rassistischen Antrages der Völkischen begründete<sup>445</sup>. Horlachers Judenfeindlichkeit war dort offenbar unüberwindlich, wo er sich mit antikapitalistischen und fremdenfeindlichen Vorurteilen verband. Nach dem Hitlerputsch änderte sich nur die Intensität seiner antisemitischen Äußerungen, was blieb war ein antijüdischer Bodensatz, der in seinen Reden allerdings seither keine Rolle mehr spielen sollte.

Horlachers Haltung zu den Juden ist durchaus schillernd und weltanschaulich kaum gefestigt. Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Kapitalismuskritik verbanden sich bei ihm zu einem schwer entwirrbaren Knäuel antijüdischer Phrasen wechselnder Intensität – stets jedoch in wirtschaftspolitische Zusammenhänge eingebettet. Horlachers Haltung zu den Juden war weder rassistisch noch religiös begründet. Deshalb erscheint es müßig, Horlacher eher dem traditionell religiösen Antijudaismus zuordnen zu wollen oder eher dem ‚modernen‘ rassistischen Antisemitismus<sup>446</sup>. Die Behauptung eines pseudodarwinistischen rassistischen Unterschiedes zwischen Juden und Deutschen lag ihm fern, während er jedoch stets einen gewissen Antijudaismus auf der Basis von kulturellen und wirtschaftlichen Vorurteilen pflegte.

---

<sup>444</sup> BayHStA, Bayerischer Landtag, Ausschuß für Aufgaben wirtschaftlicher Art, Sitzung am 11. November 1924.

<sup>445</sup> Verh. d. Bay. Landtags 1924–1928. Sten. Ber. Bd. 1, Sitzung am 16. Januar 1925, 882–885.

<sup>446</sup> Zur heuristischen Unterscheidung von Antijudaismus und Antisemitismus vgl. SEEBAB, Antijudaismus, 9–25. Mittlerweile hat die Antisemitismusforschung erkannt, dass nicht trennscharf zwischen einem traditionellen, religiös motivierten Antijudaismus einerseits und einem modernen, rassistischen Antisemitismus andererseits unterschieden werden kann, sondern dass von einem breiten Spektrum von Zwischenstufen und Mischformen auszugehen ist. Vgl. KATZ, Kontinuität.

## V. Bausteine einer Funktionärskarriere – Horlacher als Angehöriger der Agrarelite Bayerns

Die Jahre 1924 und 1925 stellen einen Wendepunkt in Horlachers Karriere dar. Das Auslaufen der handelspolitischen Restriktionen des Versailler Vertrages Anfang 1925 warf seine Schatten voraus. Nach Lebensmittelbewirtschaftung und Inflation beanspruchte die Wiedereinführung der Agrarzölle Horlachers ganze Aufmerksamkeit. Er verlagerte den Schwerpunkt seiner parlamentarischen Tätigkeit vom bayerischen Landtag in den Berliner Reichstag. Dies bewirkte im Falle Horlachers seit der Stabilisierung der innenpolitischen Lage nach dem Hitlerputsch, dass er sich im Unterschied zu seiner bisherigen Positionierung als Politiker der Rechten immer mehr als Politiker der Mitte definierte<sup>1</sup>. Dabei hatten sich nach dem Sturz Heims als Präsident der Landesbauernkammer im Mai 1925 die verbandspolitischen Rahmenbedingungen von Horlachers agrarpolitischer Tätigkeit geändert<sup>2</sup>. Es ist deshalb hier der Ort, die chronologische Darstellung von Horlachers Karriere zu unterbrechen und innezuhalten, um den Versuch einer Charakterisierung von Horlachers eigentlicher beruflichen Tätigkeit als hauptamtlich besoldeter Funktionär zu unternehmen – also als Inhaber einer besoldeten Führungsposition im landwirtschaftlichen Organisationswesen, der von dem Interesse, das er zu vertreten hatte, selbst nicht existentiell betroffen war<sup>3</sup>. Deshalb sollen an dieser Stelle die Elemente seiner sozialen Stellung innerhalb des landwirtschaftlichen Organisationswesens und Ideologeme der von ihm vertretenen politischen Ideologie vorgestellt werden.

### 1. Der „geschäftsführende Direktor“ – Horlacher in seiner Funktion als Büroleiter

Bis zur Errichtung einer eigenen Geschäftsstelle für die Bayerische Landesbauernkammer hatte Horlacher vom Büro des Zweckverbandes der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns aus provisorisch die Geschäftsführung übernommen<sup>4</sup>. Die Selbständigkeit seines Büros gab er zunächst nicht auf. Er traf keine Vorkehrungen, es in die Zuständigkeit der Landesbauernkammer zu überführen und den Zweckverband der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns aufzulösen. Dabei lag *Der Bündler* sicher richtig, als er für die verzögerte Auflösung die Unsicherheit des BV angesichts der Zusammensetzung der Plenarversammlung der Bayerischen Landesbauernkammer verantwortlich machte: „Man dachte natürlich an Neben- und Gegenregierung, falls die Zusammensetzung der

---

<sup>1</sup> Vgl. Kapitel VII.

<sup>2</sup> Vgl. Kapitel VI.3.

<sup>3</sup> Zu dieser Definition eines Funktionärs vgl. ULLMANN, *Interessenverbände*, 118.

<sup>4</sup> MAAZ vom 10. August 1920.

Landesbauernkammer nicht nach Wunsch ausfallen sollte.“<sup>5</sup> Da der BV nach den Bauernkammerwahlen am 4. Juli 1920 im Plenum der Landesbauernkammer über keine Mehrheit verfügte, war die Frage der Geschäftsführung gemeinsam mit der Zusammensetzung des Präsidiums Gegenstand des verbandspolitischen Kompromisses zwischen BV, BBB, Bund der Landwirte und Landwirtschaftlichem Verein. Die Geschäftsführung Horlacher zu übertragen, dessen Büro durch die Errichtung der Landesbauernkammer überflüssig zu werden drohte, da diese den Zweckverband der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns als Dachverband ersetzte, lag nahe – trotzdem prüfte der Bund der Landwirte die Möglichkeiten, um Horlacher als Geschäftsführer zu verhindern<sup>6</sup>. Als sich die Mitglieder der Landesbauernkammer am 9. August 1920 zur konstituierenden Sitzung zusammenfanden, stand die Frage der Geschäftsführung nicht auf der Tagesordnung. Heim wurde entsprechend der Vorverhandlungen<sup>7</sup> zum Ersten Präsidenten, Mittermeier (BBB) zum Zweiten und Paul Balz (Bund der Landwirte, geb. 1878)<sup>8</sup> zum Dritten Präsidenten gewählt<sup>9</sup>. Horlacher wurde nach den gesetzlichen Bestimmungen als zusätzliches stimmberechtigtes Mitglied einstimmig in das Plenum der Landesbauernkammer aufgenommen<sup>10</sup>. Damit war eine wichtige Vorentscheidung über die Geschäftsführung der Landesbauernkammer getroffen. Die Konstituierung des Büros stand aber erst am 31. August 1920 auf der Tagesordnung der nächsten Plenarsitzung. Am Vortag lancierte Horlacher in den *Mitteilungen des Zweckverbandes der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns* einen programmatischen Artikel, mit dem er den Anspruch auf die Übernahme der Geschäftsführung erhob und diesen mit einem überschwänglichen Lob auf Heim verband, der mit „seiner unermüdlichen Arbeitskraft Programm genug“ sei<sup>11</sup>. Horlacher wurde dann einstimmig zum Hauptgeschäftsführer gewählt<sup>12</sup>. Sowohl die ehren- als auch die hauptamtliche Spitze der Landesbauernkammer befanden sich nun in den Händen des BV. Erst jetzt führte Horlacher die Überführung des Büros des Zweckverbandes der landwirtschaftlichen Körperschaften

<sup>5</sup> Der Bündler vom 12. Dezember 1920; vgl. dazu BERGMANN, Bauernbund, 55–58.

<sup>6</sup> BA Koblenz, NL Weilnböck N1327/14a, Beckh an Weilnböck, 30. Juli 1920.

<sup>7</sup> Vgl. Kapitel IV.6.

<sup>8</sup> Landwirt in Wittenfeld bei Eichstätt, geboren am 15. Oktober 1878, Saatzüchter, seit 1916 Vorsitzender des Bezirksackerbauverbandes Eichstätt, seit 1919 Erster Vorsitzender des Kreisackerbauverbandes Mittelfranken, seit 1919 Erster Vorsitzender der Arbeitgebervereinigung für Land- und Forstwirtschaft in Mittelfranken, 1919/1920 Vorsitzender des Zweckverbandes der landwirtschaftlichen Körperschaften in Mittelfranken, 1923 Ernennung zum Ökonomierat, Zweiter Vorsitzender des Landesverbandes bayerischer Ackerbauvereine. Zu Balz vgl. BayHStA, ML 2433, Horlacher an ML, 20. Dezember 1923; BayHStA, ML 2434, Bayerische Landessaatzuchtanstalt Weihenstephan an ML, 8. Dezember 1926.

<sup>9</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 9. August 1920, 3–5. Die Bezeichnung „Präsident“ für die Vorsitzenden der Landesbauernkammer wurde erst in der zweiten Plenarsitzung beschlossen (Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 31. August 1920, 41).

<sup>10</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 9. August 1920, 3–5.

<sup>11</sup> HORLACHER, Bauernkammern (30. August 1920), 1–3.

<sup>12</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 31. August 1920, 3–5.

Bayerns in die Landesbauernkammer durch. Dessen Organ firmierte seit dem 30. November 1920 als *Mitteilungen der Bayerischen Landesbauernkammer*<sup>13</sup>.

Die Zusammensetzung von Horlachers Büro zeigt eine auffallende Kontinuität als eigenständiger Faktor in den organisationspolitischen Auseinandersetzungen des bayerischen landwirtschaftlichen Organisationswesens seit der Errichtung als Büro der „Handelspolitischen Vereinigung der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns einschließlich Müllerei und Mälzerei“. Diese bürokratische Kontinuität ignorierte die seitherigen organisatorischen Brüche, die sich hauptsächlich in den ehrenamtlichen Strukturen manifestierten. Sein wissenschaftlicher Mitarbeiter Benno Hafen begleitete ihn bereits seit der Handelspolitischen Vereinigung, sein Pressereferent Fritz Riemerschmid seit deren Umwandlung in die Wirtschaftspolitische Vereinigung der Landwirtschaft und Agrarindustrie Bayerns. Mit beiden war Horlacher mittlerweile befreundet<sup>14</sup>. Aber das Büro Horlachers erfuhr entsprechend dem von der Landesbauernkammer erhobenen Anspruch, eine Selbstverwaltungskörperschaft zu sein, eine bedeutende personelle Erweiterung. Der Verwaltungsausschuss der Landesbauernkammer wünschte sich ein Büro, das nach „neuzeitlichen Gesichtspunkten“ organisiert sein sollte. Dazu sollte ein „Stab wissenschaftlich geschulter, volkswirtschaftlich und sodann landwirtschaftlich-technisch erfahrener Kräfte“ zusammengestellt werden<sup>15</sup>. Horlacher hatte diese Vorgaben umzusetzen. Er errichtete deshalb eine agrarpolitische Fachbibliothek, ein Wirtschaftsarchiv zur Sammlung einschlägiger agrarpolitischer Zeitungsartikel – nach seinem eigenem Urteil bald „in seiner Art mit eines der besten und reichhaltigsten Wirtschaftsarchive in München“<sup>16</sup> –, eine wirtschaftsstatistische Abteilung zur Preisbeobachtung landwirtschaftlicher Produkte und Betriebsmittel, eine Preisberichtsstelle und eine Frachtenprüfungsstelle zur Beobachtung der Eisenbahntarife<sup>17</sup>. 1929 kam eine Zentralstelle für Marktbeobachtung und Absatzfragen hinzu<sup>18</sup>. Die Landesbuchstelle zur Unterstützung der landwirtschaftlichen Buchführung existierte dagegen bereits seit Errichtung der Landesbauernkammer<sup>19</sup>.

Ein Jahr nach der Errichtung der Landesbauernkammer bestand Horlachers Büro aus je einem volkswirtschaftlichen und einem landwirtschaftlich-technischen Geschäftsführer sowie drei wissenschaftlichen Mitarbeitern für die Preisberichtsstelle, die Presseabteilung und

<sup>13</sup> Mitteilungen der Bay. Landesbauernkammer vom 30. November 1920.

<sup>14</sup> Hafen war Horlachers Trauzeuge (AEM, Matrikeln der Römisch-katholischen Pfarrei Sankt Anna in München, Trauungsbuch 1916–1923, 177). In HORLACHER, Wert (1920), 5 dankte er seinem „Pfälzer Freunde Benno Hafen“ für die Hilfe bei der Erstellung dieser Schrift. In der Wohnung von Riemerschmid wohnte Horlacher, als er nach Ende des Zweiten Weltkriegs seine politische Karriere wieder aufnahm (BayHStA, NL Horlacher 1.4, Antrag auf Vormerkung für eine Familienwohnung, 31. Oktober 1951).

<sup>15</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 31. August 1920, 3–5.

<sup>16</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 23. Juni 1922, 133.

<sup>17</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 14. Februar 1923, 193f.

<sup>18</sup> BayHStA, ML 3995, Bericht über die Tätigkeit der Bayerischen Landesbauernkammer in der Zeit vom 1. November 1930 bis 15. September 1931.

<sup>19</sup> Zur Landesbuchstelle der Landesbauernkammer vgl. LAUERBACH, Landwirtschaft, 34–37.

das Wirtschaftsarchiv<sup>20</sup>. Die landwirtschaftlich-technische Abteilung leitete der akademische Landwirt und Journalist Anton Schwamberger (geb. 1889)<sup>21</sup>. Volkswirtschaftlicher Referent war der promovierte Nationalökonom und Medienfachmann Max Wittwer (geb. 1889), der zeitgleich mit Horlacher bei Brentano studiert hatte<sup>22</sup>. Wittwer fungierte als Horlachers Stellvertreter<sup>23</sup>. Der Preisberichtsstelle stand der promovierte Volkswirt Stiegler<sup>24</sup> vor. Die Presseabteilung leitete der Volkswirt Fritz Riemerschmid (geb. 1888), der zeitgleich mit Horlacher bei Brentano gehört hatte und sich während seiner Tätigkeit für die Landesbauernkammer promovieren ließ<sup>25</sup>. Der promovierte Volkswirt Karl Schwab (geb. 1889) war Leiter des Wirtschaftsarchivs und der wirtschaftsstatistischen Abteilung. Schwab hatte ebenfalls zeitgleich mit Horlacher bei Brentano und Mayr studiert und war gemeinsam mit Horlacher „wissenschaftlicher Hilfsarbeiter“ beim Statistischen Landesamt gewesen<sup>26</sup>. Die Landesbuchstelle leitete der akademische Landwirt Siegfried Eccard<sup>27</sup>. Die Geschäftsführung der bei der Landesbauernkammer errichteten Landesarbeitsgemeinschaft der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen übernahm Benno Hafen (geb. 1888)<sup>28</sup>. Die juristische Betreuung der Landesbauernkammer erfolgte durch den Juristen Dr. Heinrich Marquart (geb. 1882), den Syndikus des Landesverbandes

<sup>20</sup> Zur anfänglichen Zusammensetzung des Büros der Landesbauernkammer vgl. Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 3. Juni 1921, 140f.

<sup>21</sup> Diplomlandwirt, geboren 1889, landwirtschaftliche Praxis, akademische landwirtschaftliche Ausbildung, als Soldat am Ersten Weltkrieg beteiligt, vor seiner Anstellung bei der Landesbauernkammer Assistent an der landwirtschaftlichen Winterschule in Hersbruck, Herausgeber einer landwirtschaftlichen Fachzeitschrift und Saatzuchtinspektor beim Nordbayerischen Saatzuchtverband Marktredwitz, in der Landesbauernkammer seit 1920 Leiter des landwirtschaftlich-technischen Referates, 1933 als Landwirtschaftsrat I. Klasse und Stellvertreter Horlachers in der Landesbauernkammer geführt. Zu Schwamberger vgl. Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 6. November 1920, 1; Haus- und Landwirtschafts-Kalender des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern 88 (1933), 56.

<sup>22</sup> WITWER, Zeitungswesen, 91.

<sup>23</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 23. Juni 1922, 136.

<sup>24</sup> Zu Stiegler vgl. Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 3. Juni 1921, 129; Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 2. Oktober 1920, 1; Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 23. Juni 1922, 134. Stiegler ist letztmals am 23. Oktober 1926 im Büro der Landesbauernkammer nachweisbar (Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 23. Oktober 1926, 37).

<sup>25</sup> RIEMERSCHMID, Jugendpflege.

<sup>26</sup> Volkswirt, katholisch, geboren am 3. Oktober 1889 in München, Besuch des humanistischen Luitpold-Gymnasiums in München, seit 1910 Studium der Staatswissenschaften an der LMU, im Wintersemester 1913/1914 Wechsel nach Erlangen, wo er bei Karl Theodor von Eheberg am 13. Juli 1914 mit einer wirtschaftsstatistischen Untersuchung promoviert wurde, anschließend wissenschaftlicher Hilfsarbeiter beim Statistischen Landesamt, am Ende des Ersten Weltkrieges als Referent in der Bayerischen Fleischversorgungsstelle tätig, seit 1920 bis zu deren Auflösung für die Landesbauernkammer tätig. Zu Schwab vgl. SCHWAB, Verschiebungen; SCHWAB, Verkehr; SCHWAB, Viehstand; Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 6. Juli 1921, 253; Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 23. Juni 1922, 133; Haus- und Landwirtschafts-Kalender des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern 88 (1933), 56.

<sup>27</sup> Eccard ist zwischen 1920 und 1926 als Leiter der Landesbuchstelle der Landesbauernkammer nachgewiesen. Zu Eccard vgl. Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 3. Juni 1921, 138; Wochenblatt des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern vom 24. Juni 1925; Wochenblatt des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern vom 13. Januar 1926.

<sup>28</sup> BayHStA ML 2435, Mittermeier an ML, 27. November 1928.

land- und forstwirtschaftlicher Arbeitgebervereinigungen<sup>29</sup>. Nach dem Weggang Wittwers übernahm der promovierte Volkswirt und Journalist Wilhelm Fehlhammer (geb. 1894) seit Frühjahr 1925 die Leitung der volkswirtschaftlichen Abteilung<sup>30</sup>. Der promovierte Volkswirt Hermann Lauerbach (geb. 1899) leitete seit 1927 die Landesbuchstelle<sup>31</sup>. Letztmals änderte sich die Zusammensetzung des Büros nach der Wiedereingliederung Wittwers als Leiter der neu geschaffenen „Abteilung B für Milch- und Milchprodukte der Zentralstelle der Landesbauernkammer für Marktbeobachtung und Absatzfragen“ im Jahr 1929<sup>32</sup>. Seither änderte sich die personelle Zusammensetzung der hauptamtlichen Führungsriege der Abteilungsleiter und Referenten der Landesbauernkammer nicht mehr<sup>33</sup>. Die Zusammensetzung des Büros der Landesbauernkammer zeigt die Handschrift Horlachers sehr deutlich. Er konnte die Referenten im Benehmen mit dem Präsidenten nach der Geschäftsordnung selbständig einstellen<sup>34</sup>. Die Auswertung der Biographien von Horlachers Mitarbeitern zeigt, dass Horlacher auf Bekannte und Freunde aus seiner Studienzeit bzw. seiner voragratischen beruflichen Laufbahn zurückgriff. Neben der volkswirtschaftlichen

<sup>29</sup> Jurist, geboren am 8. November 1882, nach Ablegung des juristischen Staatskonkurses 1909 Eintritt in den höheren Finanzdienst, 1912 einstimmige Wahl zum rechtskundigen Bürgermeister von Selb/Oberfranken, Rücktritt nach dem Entzug der Unwiderruflichkeit seiner Anstellung durch das Selbstverwaltungsgesetz vom 22. Mai 1919, seither Hauptgeschäftsführer des Landesverbandes der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigungen Bayerns. Zu Marquart vgl. BayHStA, ML 3145, Prieger an ML, 28. November 1929.

<sup>30</sup> Volkswirt, geboren am 31. März 1894 als Sohn eines Landwirtschaftsrates in Spesbach/Pfalz, humanistisches Gymnasium in Ingolstadt, 1914 Abitur, als Fahnenjunker Kriegsfreiwilliger im 4. Pionierbataillon in Ingolstadt, Ernennung zum Leutnant und Bataillonsadjutant, mehrmals verwundet und ausgezeichnet, nach der Revolution als Reichswehr-Werbeoffizier im Aufklärungs- und Pressedienst tätig, 31. März 1920 unfreiwilliger Abschied von der Reichswehr aufgrund der Demobilisierung, seit 1919 Studium der Volkswirtschaft an den Universitäten Erlangen und Frankfurt/Main, am 14. März 1922 mit einer volkswirtschaftlichen Dissertation zum Dr. phil. promoviert, nach der Beurlaubung Horlachers durch die Nationalsozialisten Ernennung zum kommissarischen Direktor der Landesbauernkammer, nach der Gleichschaltung der Landesbauernkammer Leiter der Hauptabteilung II (Betriebswirtschaft und technische Förderung) der Landesbauernschaft Bayern mit der Bezeichnung Stabsleiter. Zu Fehlhammer vgl. FEHLHAMMER, Preisbildung, 150; Wochenblatt des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern vom 15. Dezember 1926; Bayerischer Bauernkalender 90 (1935), 74; HAUSHOFER, Leben, 49f.

<sup>31</sup> Volkswirt, geboren am 25. Mai 1899 in Regensburg als Sohn eines fürstlich Thurn und Taxis'schen Rentkammerkassiers, humanistisches Gymnasium in Regensburg, 1917 Eintritt in die Reichswehr als Offiziersanwärter, unfreiwilliges Ausscheiden aus dem Militärdienst nach der Niederlage, anschließend Besuch der Handelshochschule in München, durch seine finanziellen Verhältnisse gezwungen, seit 1920 bei Heims LZG zu arbeiten, ab 1. Januar 1921 hauptamtlich für den Landwirtschaftlichen Kreisausschuß der Oberpfalz und von Regensburg tätig, um sich die finanziellen Mittel für das weitere Studium zu verschaffen, Studium der Nationalökonomie an der LMU und in Erlangen, 1924 Promotion zum Dr. rer. pol. mit einer Doktorarbeit über das landwirtschaftliche Organisationswesen in Bayern, vor der Übernahme in die Landesbauernkammer Stellvertretender Direktor der Kreisbauernkammer Oberpfalz, seit 1927 Leiter der Landesbuchstelle der Landesbauernkammer als Nachfolger Eccards, anlässlich der Gleichschaltung der Landesbauernkammer Übernahme in den Dienst des nationalsozialistischen Reichsnährstandes, Eintritt in die NSDAP, nach dem Zweiten Weltkrieg für den BBV tätig, danach als Ministerialrat im bayerischen Landwirtschaftsministerium tätig, 1955 bis 1965 Staatskommissar und Treuhänder bei der Bayerischen Landwirtschaftsbank eG, 1965 bis 1974 Treuhänder bei dieser Bank, ab 1959 Ministerialdirigent im bayerischen Landwirtschaftsministerium, 1965 Versetzung in den Ruhestand. Zu Lauerbach vgl. LAUERBACH, Landwirtschaft, 203; Mitteilungen der Bay. Landesbauernkammer vom 13. April 1925; RATJEN, Bauernkammern, 131–133; Bibliothek der Familie Haushofer, *Georgica bavarica* Bd. 4, Nr. 583; HÜTTL, Ursprung, 128f.; HAUSHOFER, Leben, 148f.

<sup>32</sup> Vgl. RATJEN, Bauernkammern, 183.

<sup>33</sup> Haus- und Landwirtschafts-Kalender des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern 88 (1933), 56.

<sup>34</sup> BayHStA, ML 122, Entwurf einer Geschäftsordnung für die bayerische Landesbauernkammer, undatiert.

Ausbildung – für Führungspositionen, die nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit landwirtschaftlich-technischen Aufgaben standen – legte Horlacher vor allem Wert auf journalistische Erfahrung seiner Mitarbeiter auch außerhalb der Pressestelle.

Diese Pressearbeit musste nicht zuletzt deshalb ein Kernanliegen Horlachers darstellen, da sich die Landesbauernkammer wegen der Konkurrenz mit der etablierten staatlichen Landwirtschaftsverwaltung nicht zu einer echten Selbstverwaltungskörperschaft entwickeln konnte und hauptsächlich auf die Gesamtinteressenvertretung der Landwirtschaft beschränkt blieb. Dabei publizierte Horlacher selbst auch häufig und regelmäßig. Er rühmte sich, „zahlreiche Veröffentlichungen in kulturhistorischen, wirtschaftspolitischen Werken in der Tagespresse und Zeitschriften“ vorweisen zu können<sup>35</sup>. Horlacher hatte sich deshalb einiges Ansehen als Agrarjournalist erworben<sup>36</sup>. Er wusste um die Notwendigkeit der Presse als Instrument zur Interessenvertretung in der pluralistischen Massendemokratie – zumal die landwirtschaftliche Bevölkerung auch in Bayern keine Mehrheit mehr darstellte<sup>37</sup>. Die Presse stellte seiner Meinung nach einen „Mittelpunkt für das geistige und kulturelle, für das wirtschaftliche und soziale Leben eines Volkes“ dar<sup>38</sup>. Um die sozialdemokratische Presse als „Giftquelle für die öffentliche Meinung“ zu neutralisieren, kündigte er den Ausbau der Pressestelle zu einer „Zentrale zur Verfolgung der Tatarennachrichten“ an<sup>39</sup>. Die Aufgabe der neuen Einrichtung bestand laut Horlacher darin, die „bauernhetzerischen Pressenotizen“ der sozialistischen „Lügenfabrik“ zu verfolgen<sup>40</sup>. Zusätzlich zu den *Mitteilungen der Bayerischen Landesbauernkammer* initiierte er mit der *Agrar-Korrespondenz der Landesbauernkammer* einen Pressedienst für die Tages- und die Fachpresse<sup>41</sup>, der von der bayerischen Tagespresse bereitwillig angenommen wurde<sup>42</sup>. Als erste Landwirtschaftskammer überhaupt brachte die Bayerische Landesbauernkammer unter Horlachers Regie einen Rundfunkdienst heraus<sup>43</sup>. Intensiv nutzte Horlacher das neue Medium des Rundfunks, um sich direkt an die Öffentlichkeit zu wenden<sup>44</sup>. Horlacher war neuer Technologie in der Organisations- und Öffentlichkeitsarbeit sehr aufgeschlossen<sup>45</sup> – damit, wie er meinte, sein Büro „modern arbeiten kann“<sup>46</sup>.

<sup>35</sup> Reichstags-Handbuch V. Wahlperiode 1930, 374f.

<sup>36</sup> Vgl. PIX, Organisation, 118–120; HUNDHAMMER, Berufsvertretung, 131.

<sup>37</sup> Im Jahr 1925 betrug der Anteil der Land- und Forstwirtschaft an allen Berufszugehörigen in Bayern 34,9 Prozent, im Deutschen Reich 23 Prozent (Volkszählung in Bayern 1925, 2).

<sup>38</sup> Verh. d. Bay. Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 4, Sitzung am 26. Januar 1922, 634.

<sup>39</sup> Verh. d. Bay. Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 4, Sitzung am 26. Januar 1922, 634.

<sup>40</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 23. Juni 1922, 134.

<sup>41</sup> Mitteilungen der Bay. Landesbauernkammer vom 15. Mai 1926.

<sup>42</sup> Vgl. HOSER, Münchner Tagespresse, 786.

<sup>43</sup> Mitteilungen der Bay. Landesbauernkammer vom 15. Mai 1926.

<sup>44</sup> ACDP, NL Horlacher I-129-002, Bayerischer Rundfunk an Horlacher, 2. November 1932.

<sup>45</sup> Zur Unterstützung seines Tätigkeitsberichtes für das Jahr 1923 verwendete Horlacher eine neuartige Lichtbildtechnologie, was einiges Aufsehen erregte (Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 30. Januar 1924, 328).

<sup>46</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 14. Februar 1923, 193f.

Die Einrichtungen der Landesbauernkammer waren für Horlacher „alles Dinge, die man als tägliches Rüstzeug unbedingt benötigt“<sup>47</sup>. Dabei dienten alle Einrichtungen der Landesbauernkammer nicht nur als Dienstleistungsangebot für die Kammerangehörigen, sondern nicht zuletzt als Unterstützung von Horlachers agrarpolitischer Karriere außerhalb des Büros der Landesbauernkammer – durch die Bereitstellung von Datenmaterial und Publikationsmöglichkeiten. So sollte etwa die Landesbuchstelle nach der Ansicht ihres Leiters Lauerbach nicht nur zur Verbreitung einer „privatwirtschaftlich zweckmäßigen Buchführung“ dienen, sondern sie sollte auch „exakte Unterlagen für die Beurteilung wirtschaftspolitischer Fragen“ als Grundlage zur agrarpolitischen Interessenvertretung der Landesbauernkammer bereitstellen können und zur „Erforschung des Bauernbetriebes durch systematische Sammlung und Bearbeitung der Buchführungsergebnisse“ beitragen<sup>48</sup>. Auch Horlacher konnte sich deshalb auf die „gewaltige Material-Fülle, die der statistikfreudige Apparat der Kammerbürokratie alltäglich ausspeit“, stützen, wie der Journalist Erwin Topf 1933 in polemischer Absicht schrieb<sup>49</sup>. Mit dem bürokratischen Apparat der Landesbauernkammer bekam Horlacher ein Instrument in die Hände, mit dem er Einfluss auf Regierung, Behörden, Parlament, Gerichte, Parteien, Verbände und Medien ausüben konnte. Dadurch, dass er für die Vorbereitung von Denkschriften, Kundgebungen und Ausschussanträgen der Landesbauernkammer verantwortlich war, konnte er schließlich einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Entscheidungen der ehrenamtlichen Mitglieder des Plenums der Landesbauernkammer nehmen.

Diese starke Stellung, die Horlacher im Organisationsgefüge der bayerischen Bauernkammern einnahm, war zunächst in der Geschäftsordnung begründet. Als Hauptgeschäftsführer hatte sich Horlacher um alle agrarpolitisch relevanten „volkswirtschaftlichen Fragen aus dem Gebiete der Wirtschafts-, Handels- und Steuerpolitik“ zu bemühen – eben um alle „grundsätzlichen Fragen der Ernährungswirtschaft“. Er war verantwortlich „für die Leitung der von allen Abteilungen der Landesbauernkammer einzuhaltenden agrarpolitischen und volkswirtschaftlichen Richtlinien“<sup>50</sup>. Nach der Geschäftsordnung stellte er aber auch das Scharnier zwischen ehrenamtlichem Präsidium und hauptamtlichem Verwaltungsapparat dar. Er war an die Weisungen des Präsidiums gebunden, während das Personal des Büros wiederum an seine Weisungen gebunden war. Die Geschäftsführer der Kreis- und Bezirksbauernkammern durften mit dem Präsidium nur über ihn dienstlichen Kontakt aufnehmen. Da sich die Kreis- und Bezirksbauernkammern entsprechend eines streng einzuhaltenden Dienstweges nicht an Landesbehörden wenden durften, konnten sie mit diesen nur über das Büro der Landesbauernkammer offiziell

<sup>47</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 14. Februar 1923, 193f.

<sup>48</sup> LAUERBACH, Buchführungsergebnisse, 7.

<sup>49</sup> TOPF, Front, 146f.

<sup>50</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 31. August 1920, 3–5.



korrespondieren<sup>51</sup>. Damit konnte Horlacher nicht nur die Kontrolle seiner hauptamtlichen Untergebenen beanspruchen, sondern auch die Kontrolle über die Aktivitäten der ehrenamtlichen Plenarversammlungen der Kreis- und Bezirksbauernkammern. Dadurch besaß Horlacher die zentrale Stellung im Organisationsgefüge der bayerischen Bauernkammern, die durchaus dazu angetan war, das ehrenamtliche Präsidium zu verdrängen<sup>52</sup>.

Da die Personalhierarchie der bayerischen Bauernkammern auf Horlacher zulief, gelang es ihm durch persönliche Auswahl seiner Mitarbeiter und einen kollegialen Führungsstil, einen loyalen Mitarbeiterstab aufzubauen, wodurch seine Stellung im Organisationsgefüge der bayerischen Bauernkammern noch zusätzlich gestärkt wurde. Entsprechend einer patriarchalischen Auffassung vom Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen sah er in seinen Mitarbeitern Menschen, denen seine Fürsorge zu gelten hatte. So war er der Ansicht, dass bei Beförderungen „neben den dienstlichen Gründen auch die sozialen Verhältnisse des zu befördernden Beamten berücksichtigt werden“ sollten<sup>53</sup>. Einen ehemaligen Mitarbeiter, der wegen Unterschlagungen entlassen werden musste, unterstützte er nach Verbüßung der Strafe bei der Arbeitssuche, damit dieser „nun doch endlich wieder in das bürgerliche Leben zurückgeführt wird“<sup>54</sup>. Von seinem persönlichen Referenten Heinz Haushofer (1906–1988)<sup>55</sup> wurde Horlacher nicht nur als „ein schnell auffassender und denkender, gut formulierender und auch mit Humor reagierender Mann“ geschätzt, sondern vor allem wegen der „viele[n] und mit leichter Hand“ gegebenen Ratschläge nicht nur agrarpolitischer Art, sondern auch in Fragen der Menschenführung und der Leitung von Organisationen geradezu bewundert<sup>56</sup>. Als Gegenleistung für seine fürsorgliche Dienstauffassung erwartete Horlacher Überstunden und Sonntagsarbeit von seinen

---

<sup>51</sup> BayHStA, ML 122, Entwurf einer Geschäftsordnung für die bayerische Landesbauernkammer, undatiert; zur Geschäftsordnung der Landesbauernkammer vgl. RATJEN, Bauernkammern, 24.

<sup>52</sup> Ratjen behauptet wohl nicht ohne sich bei seinem Doktorvater, Horlachers ehemaligem Mitarbeiter Heinz Haushofer, abgesichert zu haben, Horlacher sei „Ausgangspunkt fast aller bedeutenderen Unternehmungen der Berufsvertretung und ihr Rückgrat und Motor während der 13 Jahre ihres Bestehens“ gewesen (RATJEN, Bauernkammern, 186).

<sup>53</sup> ACDP, NL Horlacher I-129-001, Horlacher an das Reichsfinanzministerium, 23. Oktober 1929.

<sup>54</sup> ACDP, NL Horlacher I-129-001, Horlacher an Franz Demmel, 9. Dezember 1929.

<sup>55</sup> Promovierter Agrarwissenschaftler, katholisch, geboren am 1906 als Sohn des Generals, Universitätsprofessors und Geopolitikers Karl Haushofer, Studium der Landwirtschaft, seit 1929 für die Bayerische Landesbauernkammer tätig, 1933 in den Reichsnährstand übernommen, 1945 bis 1947 Bewirtschaftung des elterlichen Gutes Hartschimmelhof, 1947 Referent im Generalsekretariat des BBV, bei der Entnazifizierung als „Entlastet“ eingestuft, 1948 bis 1951 Geschäftsführer des Landesausschusses für landwirtschaftliche Beratung beim bayerischen Landwirtschaftsministerium, 1951 bis 1955 wieder im Generalsekretariat des BBV beschäftigt, seit 1955 für die Landmaschinenindustrie tätig, 1950 bis 1962 Kreisobmann des BBV für Weilheim, 1962 Übernahme des Grundsatzreferates Agrarpolitik im Bundeslandwirtschaftsministerium, 1964 Leiter der Zentralstelle für Landwirtschaft der Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer, seit 1968 Professor für Agrargeschichte und Agrarsoziologie an der TU München-Weihenstephan, als solcher regte er Wolfgang Ratjens Doktorarbeit über die bayerischen Bauernkammern an (1981), gestorben 1988. Zu Haushofer vgl. BBV-Generalsekretariat, Personalakt Heinz Haushofer; BBV-Generalsekretariat, Akt: Termine betr. Gesetz zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus; BLW vom 9. April 1955; JOHN, Bauernköpfe, 78–80; HAUSHOFER, Leben.

<sup>56</sup> HAUSHOFER, Leben, 33–35.

Mitarbeitern<sup>57</sup>. Er verlangte von ihnen, dass sie sich bei den Bauern am Land zeigten, damit sie „nicht in Bureauarbeit vergilben, sondern Gelegenheit nehmen, in die Kreise hinauszugehen, um mit der Praxis Fühlung zu nehmen“<sup>58</sup>. Die von ihnen abverlangte Arbeitsleistung schadete Horlachers Beliebtheit bei seinen Mitarbeitern jedoch nicht. Als im Zusammenhang mit den Bemühungen Brügels (Bund der Landwirte) und Gandorfers (BBB), dem BV die Führung in der Landesbauernkammer zu entreißen, das Gerücht kolportiert wurde, dass Horlacher seine Mitarbeiter „wegwerfend“ behandle, gaben diese am 20. Mai 1925 eine Ehrenerklärung ab, wonach sie ihn „wegen seiner vorbildlichen Gerechtigkeit nach wie vor hochschätzen“<sup>59</sup>.

Über die Geschäftsordnung und seinen loyalen Mitarbeiterstab hinaus wurde Horlachers Stellung im Organisationsgefüge der bayerischen Bauernkammern noch dadurch gestärkt, dass er zahlreiche ehrenamtliche Positionen im landwirtschaftlichen Organisationswesen außerhalb der Bayerischen Landesbauernkammer zum Großteil als deren Vertreter besetzte. An erster Stelle ist hier der BV als die größte landwirtschaftliche Interessenvertretung Bayerns zu nennen, in dessen Gesamtvorstandtschaft Horlacher als ehrenamtliches Mitglied seit 1924 nachzuweisen ist<sup>60</sup>. Als Vertreter der Landesbauernkammer war Horlacher Mitglied im Landeseisenbahnrat<sup>61</sup>, stellvertretendes Mitglied im Verwaltungsausschuss des Landesamtes für Arbeitsvermittlung und in der Preisnotierungskommission der Münchner Produktenbörse<sup>62</sup>, Mitglied bei der Arbeitsgemeinschaft der süddeutschen Landwirtschaftskammern<sup>63</sup>, Mitglied in der Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates<sup>64</sup>, Mitglied im Verwaltungsbeirat der Verbindungsstelle Frankfurt/Main des Deutschen Landwirtschaftsrates und Stellvertretender Vorsitzender des handelspolitischen Ausschusses des Deutschen Landwirtschaftsrates<sup>65</sup>, Mitglied des Steuerausschusses des Deutschen Landwirtschaftsrates<sup>66</sup>, Mitglied im Deutsch-Österreichischen Unterausschuß für Handelspolitik beim Deutschen Landwirtschaftsrat<sup>67</sup>,

<sup>57</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 14. Februar 1923, 195.

<sup>58</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 3. Juni 1921, 138.

<sup>59</sup> ACDP, NL Horlacher I-129-001, Erklärung der Mitarbeiter der Landesbauernkammer, 20. Mai 1925.

<sup>60</sup> Reichstags-Handbuch III. Wahlperiode 1924, 367f. und Reichstags-Handbuch VIII. Wahlperiode 1933, 164f.

<sup>61</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 30. Mai 1922, 118f.

<sup>62</sup> BayHStA, ML 3995, Bericht über die Tätigkeit der Bayerischen Landesbauernkammer in der Zeit vom 1. September 1929 bis 31. Oktober 1930.

<sup>63</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 23. Juni 1922, 136.

<sup>64</sup> Bis 1925 war Horlacher nur stellvertretendes Mitglied im Deutschen Landwirtschaftsrat. Seither war er ordentliches Mitglied (Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 19. Mai 1925, 9).

<sup>65</sup> BayHStA, ML 3995, Bericht über die Tätigkeit der Bayerischen Landesbauernkammer in der Zeit vom 1. November 1930 bis 15. September 1931; BayHStA, ML 3995, Bericht über die Tätigkeit der Bayerischen Landesbauernkammer in der Zeit vom 15. September 1931 bis 1. September 1932.

<sup>66</sup> BayHStA, ML 3995, Bericht über die Tätigkeit der Bayerischen Landesbauernkammer in der Zeit vom 1. November 1930 bis 15. September 1931.

<sup>67</sup> BayHStA, ML 3995, Bericht über die Tätigkeit der Bayerischen Landesbauernkammer in der Zeit vom 1. September 1929 bis 31. Oktober 1930.

Mitglied im Wirtschaftsbeirat des Landesverbandes bayerischer Landkrankenkassen<sup>68</sup>, Mitglied des Vorstandes des Bayerischen Krankenkassenverbandes<sup>69</sup>, Mitglied im Statistischen Beirat beim Statistischen Landesamt<sup>70</sup>, Mitglied im Verwaltungsrat der Zweigstellen des Auswärtigen Amtes für Außenhandel und der Reichsnachrichtenstellen<sup>71</sup> und Mitglied des Aufsichtsrates der Rhein-Main-Donau AG<sup>72</sup>. Daneben fungierte Horlacher als Berater des Bayerischen Mälzerbundes<sup>73</sup> und als Syndikus des die Klein- und Mittelmühlen vertretenden Bayerischen Müllerbundes<sup>74</sup>. Diese letzten beiden Funktionen waren ihm vom Aufgabenkreis der Wirtschaftspolitischen Vereinigung der Landwirtschaft und Agrarindustrie Bayerns verblieben, nachdem er die generelle Vertretung der Interessen der Agrarindustrie aufgrund der schwer zu vereinbarenden Interessen von Landwirtschaft und Agrarindustrie im Mai 1919 hatte abgeben müssen<sup>75</sup>.

Schließlich ist für Horlachers starke Stellung im Gefüge der bayerischen Bauernkammern neben den umfassenden Befugnissen des Geschäftsführers in der Geschäftsordnung, neben der effizienten Organisation des Büros, neben seinem loyalen Mitarbeiterstab und neben seiner Verflechtung mit dem landwirtschaftlichen Organisationswesen nicht zuletzt seine Legitimation durch Wahl und nicht durch Bestimmung anzuführen – wobei er dem Plenum, das ihn wählte, selbst angehörte<sup>76</sup>. Sein Selbstbewusstsein als Ausfluss dieser organisationspolitischen Stärke demonstrierte er, als er dem Plenum am 3. Juni 1921 seinen ersten Tätigkeitsbericht erstattete und zu einer großangelegten agrarpolitischen Rede anhub. Selbstbewusst behauptete er, „daß darüber kein Zweifel ist, daß die wirtschaftlich nüchterne Arbeit der Kammer lediglich von den sachlichen Erwägungen zum Wohle unseres gesamten bayerischen Bauernstandes und unserer bayerischen Volkswirtschaft, deren Hauptträger die Bauernschaft ist, geleitet wird“. Die Aufgabe der Landesbauernkammer sah er deshalb darin, der Landwirtschaft „die Geltung im gesamten Wirtschafts- und Staatsleben einzuräumen, die ihr als der Ernährungsquelle des deutschen Volkes zukommt“. Wiederholt erinnerte er seine Zuhörer daran, „daß die

<sup>68</sup> BayHStA, ML 3995, Bericht über die Tätigkeit der Bayerischen Landesbauernkammer in der Zeit vom 1. November 1930 bis 15. September 1931.

<sup>69</sup> Reichstags-Handbuch V. Wahlperiode 1930, 374f.

<sup>70</sup> Sten. Ber. Bay Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 6. Juli 1921, 253. Zum Statistischen Beirat vgl. ZAHN, Statistik, 167–169.

<sup>71</sup> BAR vom 15. Oktober 1928; BayHStA, ML 3995, Bericht über die Tätigkeit der Bayerischen Landesbauernkammer in der Zeit vom 1. November 1930 bis 15. September 1931.

<sup>72</sup> Deutscher Wirtschaftsführer (1929), 1010.

<sup>73</sup> Regensburger Anzeiger vom 11. September 1930.

<sup>74</sup> Süd- und Mitteldeutsche Müller-Zeitung vom 28. August 1919.

<sup>75</sup> Deshalb wurde ein eigener „Zweckverband der Agrarindustrie Bayerns“ errichtet, der jedoch mit dem „Zweckverband der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns“ in einer Arbeitsgemeinschaft verbunden war. Zu dieser Arbeitsgemeinschaft vgl. PIX, Organisation, 108f.; MAAZ vom 13. Mai 1919 (Abendausgabe).

<sup>76</sup> Deshalb war er auch stimmberechtigtes Mitglied des Verwaltungsausschusses, des volkswirtschaftlichen Ausschusses und des Ausschusses für Arbeiterfragen (BayHStA, MA 100624, Verzeichnis der Ausschüsse der Bayerischen Landesbauernkammer, undatiert; Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 11. März 1921, 125f.).

Grundlage für ein geordnetes Staatswesen sowohl in wirtschaftlicher wie staatspolitischer Beziehung der Ernährungsstand, die landwirtschaftliche Bevölkerung sein muß“. Denn in wirtschaftlicher Beziehung könne eine Stärkung der Kaufkraft nur durch eine Förderung der Landwirtschaft entstehen und in staatspolitischer Beziehung habe die Landwirtschaft den „festen Rückhalt gegeben bei den staatspolitischen Erschütterungen der Revolution“. Förderung der Landwirtschaft bedeute, „den Verbrauchern die Dienste zu erweisen, die erwiesen werden müssen, im Interesse der gesamten Volkswirtschaft“. Dabei kam es zu einer ersten Machtprobe zwischen Horlacher und dem Ehrenamt, als er von Vizepräsident Mittermeier dazu aufgefordert wurde, sich auf die Erstattung des administrativen Tätigkeitsberichtes zu beschränken und die Erörterung agrarpolitischer Angelegenheiten dem Plenum zu überlassen. Horlacher fuhr jedoch unbeeindruckt von dieser Kritik mit seinem Konzept fort<sup>77</sup>. Dass es dem Vizepräsidenten nicht gelang, Horlacher auf seine eigentliche Funktion als Verwaltungschef der Landesbauernkammer zu beschränken, wirft ein bezeichnendes Licht auf Horlachers eigentümliche Stellung zwischen Haupt- und Ehrenamt. Horlachers offen zur Schau getragenes Selbstbewusstsein war nicht nur persönliche Anlage, sondern auch Ausfluss der Geschäftsordnung der Landesbauernkammer<sup>78</sup>. Mittermeiers Verständnis einer nur subalternen Stellung der Hauptamtlichen ließ sich deshalb gegenüber Horlacher nicht behaupten.

Horlacher hatte sich in der Landesbauernkammer jedoch nicht nur gegenüber dem Argwohn mancher ehrenamtlicher Plenarmitglieder durchzusetzen, sondern auch gegen das Selbständigkeitsstreben der Bezirks- und Kreisbauernkammern, in denen sich stärker als in der Landesbauernkammer das ehrenamtliche Organisationsprinzip manifestierte<sup>79</sup>. Nach Ansicht Balthasar Eichners, eines Mitglieds des Plenums der Landesbauernkammer, sollten sich die Kreis- und Bezirksbauernkammern auf Maßnahmen zur Produktionsförderung sowie auf Vorschläge zum landwirtschaftlichen Unterrichts- und Versuchswesen beschränken, während es die Landesbauernkammer als ihre Aufgabe ansah, Gesetzentwürfe zu beeinflussen und Anträge an die bayerische Staatsregierung zu stellen<sup>80</sup>. Aus dieser subalternen Position versuchten die Kreisbauernkammern auszubrechen. Ende 1923 stellten sie in einer konzertierten Aktion den agrarpolitischen Führungsanspruch der Landesbauernkammer in Frage und tagten, ohne die Landesbauernkammer zu informieren. Die Gefahr, die durch solche landesweiten Konferenzen der Kreisbauernkammern für die agrarpolitische Legitimation der Landesbauernkammer entstand, ist nicht gering zu veranschlagen. Denn eine

<sup>77</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 3. Juni 1921, 131–139.

<sup>78</sup> RATJEN, Bauernkammern, 162 urteilte ohne Berücksichtigung dieser strukturellen Voraussetzungen über Horlachers Tätigkeit als Geschäftsführer: „Horlachers Auftreten in der Landesbauernkammer war von Anfang an zielsicher und selbstbewusst. Jede einmal für notwendig erkannte Zielsetzung verfolgte er unermüdlich.“

<sup>79</sup> Während für die Landesbauernkammer 1925 einschließlich der Landesbuchstelle 15 Hilfskräfte und „kaum mehr als ein Dutzend Beamte“ beschäftigt waren, verzichteten die meisten Bezirksbauernkammern auf hauptamtliche Geschäftsführer. Vgl. HUNDHAMMER, Berufsvertretung, 143–146.

<sup>80</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 4, Sitzung am 3. März 1932, 107–111.

solche Organisationsform wäre im Unterschied zur Landesbauernkammer durch direkte Wahl legitimiert gewesen<sup>81</sup>. Derartige Konferenzen musste Horlacher deshalb zu verhindern versuchen. Er betrachtete sie als „unerwünscht“, sie galten ihm als Anzeichen einer „Desorganisation, die besser vermieden würde“. Er erinnerte daran, dass die bayerischen Bauernkammern in „Über- und Unterordnung zu einander“ standen. Allein die Landesbauernkammer aber sei „die obere Spitze der landwirtschaftlichen Berufsvertretung in Bayern“. Den Kreisbauernkammern sprach er ein „selbständig abgegrenztes Zuständigkeitsgebiet“ unabhängig von der Landesbauernkammer überhaupt ab, da ein solches im Gesetz über die Bauernkammern nicht vorgesehen sei. Er warnte die Kreisbauernkammern vor einer Verselbständigung der Bezirksbauernkammern nach ihrem Vorbild – „und was da für Dinge herauswachsen können, das ist nicht abzusehen“. Als Kompromiss schlug er den Kreisbauernkammern vor, in Zukunft nur mehr gemeinsam mit der Landesbauernkammer zu tagen. In Horlachers Stellungnahme erblickte Dr. Hubert von Schilcher (gest. 1926)<sup>82</sup>, Präsident der Kreisbauernkammer Oberbayern, ein „Mißtrauensvotum gegen unsere Geschäftsführung“. Auf einen Vermittlungsvorschlag Brügels hin modifizierte Horlacher seine Vorschläge. Das Recht, selbständig zu gemeinsamen Tagungen zusammenzukommen, wurde den Kreisbauernkammern ausdrücklich konzidiert und mit der Bitte verbunden, Vertreter der Landesbauernkammer einzuladen. Jedoch fügte Horlacher kommentierend hinzu, dass die Konferenzen der Kreisbauernkammern auch in Zukunft keine Befugnis zur Fassung eigenständiger Beschlüsse hätten. Den Vertretern der Kreisbauernkammern erschien der modifizierte Antrag jedoch „sympathisch und annehmbar“. Er wurde schließlich einstimmig angenommen<sup>83</sup>. Die Spannungen zwischen der Landesbauernkammer einerseits sowie den Bezirks- und Kreisbauernkammern andererseits wurden dadurch nicht gelöst. Während der Agrarkrise am Ende der 20er Jahre entluden sie sich in einer Reihe von unkontrollierten Protestversammlungen der Bezirksbauernkammern gegen die vermeintliche agrarpolitische Untätigkeit bzw. Unfähigkeit des Büros der Landesbauernkammer<sup>84</sup>.

War bisher im Zusammenhang mit Horlachers Position als Büroleiter von der „Macht der Organisierer über die Organisierten“ die Rede, so darf nicht übersehen werden, dass seine Tätigkeit auch von der „Auslieferung der Organisierer an die Organisation“ geprägt war<sup>85</sup>. Als Direktor der Landesbauernkammer verlangte sich Horlacher eine erhebliche Arbeitsüberlastung ab. Horlacher war stets im Dienst. Er war getrieben durch die Arbeit und

<sup>81</sup> Zum Wahlrecht zu den Bauernkammern vgl. RATJEN, Bauernkammern, 26.

<sup>82</sup> Gutsbesitzer in Dietramszell, katholisch, Mitglied des Bayerischen Landwirtschaftsrates, Mitglied des Deutschen Landwirtschaftsrates, Ehrendoktor der Technischen Wissenschaften der TH München, Präsident der Kreisbauernkammer Oberbayern, Erster Vorsitzender des oberbayerischen Bezirkstages, Erster Vorsitzender des Zuchtverbandes für einfarbig graubraunes Gebirgsvieh in Oberbayern, befreundet mit Reichspräsident Hindenburg. Zu Schilcher vgl. ROEDER, Schilcher; BERGMANN, Bauernbund, 87.

<sup>83</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 12. Juli 1923, 258–262.

<sup>84</sup> Vgl. Kapitel VII.3–5.

<sup>85</sup> Vgl. MERGEL, Funktionär, 279.

sah sich als der „Untergebene meines Vorzimmers“<sup>86</sup>. Ganz selbstverständlich erteilte er seinem Büro Weisungen von seinem Aufenthaltsort im Urlaub aus<sup>87</sup> – den er für gewöhnlich zwischen Mitte Juli und Mitte August zu nehmen pflegte<sup>88</sup>. Er war ständig erreichbar und das wurde von ihm auch erwartet. Seine Arbeitsbelastung hatte sich noch verschärft, als er 1925 in den Reichstag einzog. Ein Reichstagsabgeordneter hatte etwa zwei Drittel des Jahres seinen parlamentarischen Verpflichtungen in Berlin nachzukommen<sup>89</sup>. Neben seiner parlamentarischen Tätigkeit hatte Horlacher aber weiterhin die volle Verantwortung für die Büroarbeit und die Vorbereitung der Ausschuss- und Plenarsitzungen der Landesbauernkammer zu tragen. Allein im Berichtsjahr 1929/1930 nahm Horlacher neben seiner parlamentarischen Tätigkeit und seiner Versammlungstätigkeit für den BV und die BVP als Bauernkammerdirektor an 202 Sitzungen teil, davon 98 bei der Milch- und Käsebörsen in Kempten. In 52 Versammlungen musste er Referate halten<sup>90</sup>. Da der Verwaltungsaufbau der Landesbauernkammer auf Horlachers Person konzentriert war, entstanden durch seine längeren Aufenthalte in Berlin Probleme für den Büroablauf. So konnte der volkswirtschaftliche Ausschuss im Juni 1929 aufgrund von Horlachers Abwesenheit nicht einberufen werden, obwohl dringende Fragen des Pachtrechts behandelt werden mussten<sup>91</sup>. Oft wurde er von Prieger – dem Nachfolger Heims im Amt des Präsidenten der Landesbauernkammer – bereits ungeduldig erwartet, während er noch in Berlin weilte<sup>92</sup>. Aber Prieger wusste verständnisvoll zu würdigen, „daß dem Herrn Direktor Dr. Horlacher der Tag nicht hinreichte, um seine Arbeiten zu erledigen; ich weiß persönlich, daß er vielfach auch Nächte gearbeitet hat“<sup>93</sup>. Dabei übertrug sich Horlachers Rastlosigkeit auf seine Untergebenen. Veröffentlichungen mussten deshalb bisweilen „während des Dienstbetriebes in teilweise großer Hetze und zwangsläufig ohne eigentliche wissenschaftliche Durchdringung“ abgefasst werden, wie sich Heinz Haushofer etwas enttäuscht erinnerte<sup>94</sup>.

Die Schattenseite der auf seine Person zentrierten Organisation der bayerischen Bauernkammern war eine permanente Überarbeitung. Ein Jahr nach der Übernahme der Geschäftsführung der Landesbauernkammer war Horlacher am Ende seiner Kräfte angekommen. An Heim schrieb er deshalb: „Ich selbst bin am Ende meiner

<sup>86</sup> Main-Echo vom 1. Dezember 1949.

<sup>87</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 6. Oktober 1922, 178.

<sup>88</sup> ACDP, NL Horlacher I-129-001, Horlacher an Prieger, 7. Juli 1926; ACDP, NL Horlacher I-129-001, Horlacher an Prieger, 17. Juli 1928.

<sup>89</sup> Vgl. LAMBACH, Abgeordnete, 19–23.

<sup>90</sup> BayHStA, ML 3995, Bericht über die Tätigkeit der Bayerischen Landesbauernkammer in der Zeit vom 1. September 1929 bis 31. Oktober 1930.

<sup>91</sup> ACDP, NL Horlacher I-129-001, Bay. Landesbauernkammer an Horlacher, 12. Juni 1929; ACDP, NL Horlacher I-129-001, Bay. Landesbauernkammer an Horlacher, 17. Juni 1929; ACDP, NL Horlacher I-129-001, Bay. Landesbauernkammer an Horlacher, 22. Juni 1929.

<sup>92</sup> ACDP, NL Horlacher I-129-001, Schwamberger an Prieger, 28. Juni 1930.

<sup>93</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 4, Sitzung am 24. September 1932, 134.

<sup>94</sup> Bibliothek der Familie Haushofer, Georgica bavarica Bd. 1, Nr. 119.

Leistungsfähigkeit durch die beträchtliche Inanspruchnahme dieses Jahres auch angelangt und bedarf dringend einer Erholung.“<sup>95</sup> Es konnte deshalb nicht ausbleiben, dass seine Konzentrationsfähigkeit durch seine Überarbeitung gemindert wurde. Am 6. Oktober 1922 entschuldigte sich Horlacher für eine ungenügende Bearbeitung einer Stellungnahme zur Preisfestsetzung des Umlagegetreides: „Ich muß gestehen, ich bin gestern im Ausschuß durch die lange Arbeit, durch Verfassung von Entschlüssen so abgearbeitet gewesen, daß ich die Dinge nicht mehr in diesem Umfange klarlegen konnte.“<sup>96</sup> Sein Hausarzt sah sich deshalb gezwungen, ihn „auf die unausbleibliche Folge seiner ständigen Überarbeitung hinzuweisen“<sup>97</sup>. Als zusätzliche Belastung kam nach seiner Wahl in den Reichstag die Entfernung von seiner Familie hinzu. So war er derart „mit Arbeit überhäuft“, so dass es ihm während des ganzen Advents 1929 nicht gelang, vor Weihnachten von Berlin zu seiner Familie nach München heimzukehren<sup>98</sup>. Er selbst griff wohl als Folge der Überarbeitung immer öfter zum Alkohol. Der unterfränkische Bauernvereinsfunktionär Georg Kropp (1882–1953)<sup>99</sup> äußerte deshalb als ehemaliges Mitglied der Bayerischen Landesbauernkammer in der Gründungsversammlung des BBV am 7. September 1945 über Horlacher, „daß er sich in letzter Zeit sehr gebessert hat. Er arbeitet mit [!] und Kopf mehr wie früher mit dem Maßkrug.“<sup>100</sup>

## 2. Der „Bauerndoktor“ – Horlacher als Angehöriger der Führungsspitze des Bayerischen Christlichen Bauernvereins

Horlachers geisteswissenschaftlich-nationalökonomisches Studium und seine hauptamtliche Anstellung als Agrarfunktionär bei gleichzeitigem Überschreiten der Grenze zwischen haupt- und ehrenamtlicher Betätigung sind – wie hier zu zeigen sein wird – Kennzeichen einer Agrarelite, die für den Bayerischen Christlichen Bauernverein charakteristisch war und deren

<sup>95</sup> StadtA Regensburg, NL Heim 1220, Horlacher an Heim, 23. Juli 1921.

<sup>96</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 6. Oktober 1922, 178.

<sup>97</sup> BayHStA, NL Horlacher 1.2, Gutachten von Dr. med. Karl Senger, 23. Mai 1933.

<sup>98</sup> ACDP, NL Horlacher I-129-001, Horlacher an Franz Demmel, 9. Dezember 1929.

<sup>99</sup> Bauernvereinsfunktionär und Journalist, katholisch, geboren am 2. Oktober 1882 als Sohn eines Kleinbauern in Prächting (Oberfranken), Besuch einer Mittelschule, Mitarbeiter Heims in der LZG in Ansbach bzw. Regensburg, seit 1904 Redakteur der Bauernvereinszeitung *Der fränkische Bauer*, 1905 bis 1933 Sekretär (bzw. ab 1918 Direktor) des unterfränkischen BV, bis 1931 Zweiter Schriftführer im Präsidium des BV, 1919 bis 1921 MdL für die BVP, 1920 bis 1933 Mitglied der Kreisbauernkammer Unterfranken und der Bayerischen Landesbauernkammer, Mitglied der Vorstandschaft der Vereinigung der deutschen Bauernvereine, 1928 Ernennung zum Landesökonomierat auf persönliches Einschreiten von Ministerpräsident Held (BayHStA, ML 2435, MA an Fehr, 7. Dezember 1928), 1933 Schutzhaft, Verlust der beruflichen Stellung und der Ehrenämter, 1945 Gründungsmitglied des BBV, 1945/1946 Direktor des BBV in Unterfranken, 1946 Übertritt in den Bayerischen Landwirtschaftsverlag, gestorben am 26. September 1953. Zu Kropp vgl. Bayerischer Bauernvereins-Kalender 26 (1931), 95f.; BLW vom 27. April 1946; BLW vom 4. Oktober 1952; SCHUMACHER, M.d.L., 697; RATJEN, Bauernkammern, 180; BERGMANN, Bauernbund, 383.

<sup>100</sup> BBV-Generalsekretariat, Akt Gründung, Entwurf zum Protokoll zur Gründungsversammlung des Bayerischen Bauernverbandes am 7. September 1945.

Angehörige von den Zeitgenossen als „Bauerndoktoren“ bezeichnet wurden. Das *Bayerische Landwirtschaftliche Wochenblatt* bezeichnete Horlacher am 19. Oktober 1957 kurz nach seinem Tod als einen „Mann aus der Reihe der Bauerndoktoren, die, ohne selbst Bauer zu sein, die Sorgen und Anliegen dieses Standes genau kannten und dafür nicht nur in den Parlamenten kämpften, sondern auch bei den anderen Ständen Verständnis hierfür zu wecken vermochten“<sup>101</sup>. Dabei bezeichnete sich Horlacher auch selbst als „gewachsener Bauerndoktor“<sup>102</sup>.

Um die Stellung der „Bauerndoktoren“ als Agrarelite innerhalb des vielgestaltigen und zersplitterten landwirtschaftlichen Organisationswesens in Bayern zu verstehen, ist ein Blick auf dessen Entwicklung unter dem Gesichtspunkt des Elitenwandels nötig. Der bis über die Mitte des 19. Jahrhunderts hinaus das landwirtschaftliche Organisationswesen beherrschende Landwirtschaftliche Verein in Bayern widmete sich vor allem der produktionstechnischen Förderung der Landwirtschaft. Er stützte sich überwiegend auf die ehrenamtliche Geschäftsführung durch staatliche Beamte, da er seine politische Legitimation im noch agrarischen Bayern aus der Identität der Interessen von Staat und Landwirtschaft bezog<sup>103</sup>. Als Reaktion auf den Kulturkampf entstanden dann so genannte Patriotische Bauernvereine, deren bekanntester und dauerhaftester der Bayerisch-Patriotische Bauernverein von Tuntenhausen war. Diese Bauernvereine hatten sich vor allem die Vertretung der kulturpolitischen Interessen des katholischen Landvolks verschrieben und wurden von Klerikern, dezidiert katholischen Adligen und Abgeordneten der Bayerischen Patriotenpartei ehrenamtlich geführt<sup>104</sup>. Zur gleichen Zeit löste sich die Interessenidentität zwischen agrarischen und staatlichen Interessen mit der zunehmenden Industrialisierung immer mehr auf. Es entstand die Notwendigkeit, landwirtschaftliche Interessen auch gegen den Staat vertreten zu müssen. Im Protest gegen die industriefreundliche Wirtschaftspolitik des Reichskanzlers Leo von Caprivi (1831–1899) wurde 1893 in Berlin der Bund der Landwirte als bürokratisch organisierte und stark zentralisierte Massenbewegung gegründet. Da sich der Bund der Landwirte als dauerhafte Interessenvertretung zur wirtschaftspolitischen Beeinflussung von Presse sowie staatlicher und kommunaler Verwaltung verstand, wurde die bisherige Honoratiorenverwaltung erstmals bei einer landwirtschaftlichen Interessenvertretung weitgehend durch bezahlte Berufsarbeit ersetzt. Neben die adeligen Honoratioren, die das Erscheinungsbild des Bundes der Landwirte nach außen prägten, trat

---

<sup>101</sup> BLW vom 19. Oktober 1957.

<sup>102</sup> BBV-Generalsekretariat, Akt Landesversammlungen 1956–1957, Landesversammlung am 10. November 1956.

<sup>103</sup> Zur Geschichte des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern vgl. BAUER, Organisation, 28–75; LAUERBACH, Landwirtschaft, 118; HARRECKER, Verein.

<sup>104</sup> Zu den Patriotischen Bauernvereinen vgl. HARTMANNGRUBER, Bayerische Patriotenpartei, 59–71; PUHLE, Agrarbewegungen, 58–60.



der Berufsfunktionär als neuer Typ des Interessenvertreters<sup>105</sup>. Trotz eines hohen bäuerlichen Mitgliederanteils stellte der Bund der Landwirte und der ihn in der Weimarer Republik beerbende Reichslandbund den „interessenpolitischen Zusammenschluss der unternehmerischen Großlandwirtschaft“<sup>106</sup> dar. In Bayern besaß der Bund der Landwirte entsprechend der landwirtschaftlichen Struktur Bayerns jedoch vorwiegend bäuerlichen Charakter und entwickelte sich aufgrund des dezidiert katholischen Charakters des Bayerischen Christlichen Bauernvereins zur Interessenvertretung der bäuerlichen Landwirtschaft im protestantischen Franken<sup>107</sup>.

Aufgrund der Skepsis gegen den großagrarischen Bund der Landwirte entstand mit dem ab 1893 sich ausbreitenden Bayerischen Bauernbund (ab 1922: Bayerischer Bauern- und Mittelstandsbund) in Altbayern eine eigenständige Protestbewegung gegen die expansive Sozialpolitik und industriefreundliche Handelspolitik des Reiches. Da diese Politik aus parteipolitischen Erwägungen vom Zentrum als der Partei des politischen Katholizismus unterstützt wurde, besaß der BBB seinen Schwerpunkt im katholischen Altbayern. Indem sich diese Protestbewegung von der Partei des politischen Katholizismus abwandte, wandte sie sich auch von deren klerikalen, adeligen und bürgerlichen Eliten ab. Die Organisationsstruktur des BBB war von dem Postulat geprägt, nur praktische Landwirte zur landwirtschaftlichen Interessenvertretung zuzulassen. Der BBB war deshalb ein von Honoratioren geführter Verband<sup>108</sup> – wie es Franz Wieland (1850–1901)<sup>109</sup> anlässlich der Gründung des Bundes niederbayerischer Landwirte am 10. April 1893 in Straubing gefordert hatte: „Wir wollen keine Grafen, Beamten, Doktoren und Professoren als Abgeordnete mehr, sondern Bauern.“<sup>110</sup> Um die Abwanderung bäuerlicher Wähler zum BBB aufzuhalten, forcierte die Bayerische Zentrumspartei die Errichtung von Christlichen Bauernvereinen. Während die führenden Personen im BBB das „Interesse des einzelnen bäuerlichen Unternehmers als letzte Motivationsebene für ihr politisches Handeln“<sup>111</sup> betrachteten, sahen sich die Christlichen Bauernvereine über die bloße wirtschaftspolitische Interessenvertretung hinaus auch als kultur- und gesellschaftspolitische Interessenvertretung des katholischen Landvolkes. Während der BBB als eigenständige Partei antrat, lehnten sich die Christlichen

<sup>105</sup> Zur Entstehung des Bundes der Landwirte vgl. WEBER, Wirtschaft (Teilband 4), 202; PUHLE, Agrarbewegungen, 63–68; ULLMANN, Interessenverbände, 85–94.

<sup>106</sup> KLUGE, Agrarwirtschaft, 87.

<sup>107</sup> Zum Bund der Landwirte in Bayern vgl. HELLER, Bund der Landwirte; BAUER, Organisation, 102–129; LAUERBACH, Landwirtschaft, 146–153; HUNDHAMMER, Berufsvertretung, 56–68.

<sup>108</sup> Zur Gründung des BBB vgl. BAUER, Organisation, 130–141; LAUERBACH, Landwirtschaft, 162–165; HUNDHAMMER, Geschichte; HAUSHOFER, Bauernbund, 166–171; HOCHBERGER, Bauernbund, 69–82.

<sup>109</sup> Landwirt und Güterhändler, geboren am 20. Oktober 1850 als Sohn eines Bauern, führender Politiker des niederbayerischen Bauernbundes, 1897 bis 1899 Mitglied der Kammer der Abgeordneten des Bayerischen Landtages, gestorben am 17. September 1901. Zu Wieland vgl. HOCHBERGER, Bauernbund, 50f.

<sup>110</sup> Wieland zit. nach Johann RIBLINGER, Radikalmittel, 48.

<sup>111</sup> BERGMANN, Bauernbund, 94.

Bauernvereine an die jeweilige Partei des politischen Katholizismus an<sup>112</sup>. Da sich die Christlichen Bauernvereine im Unterschied zum BBB nicht nur auf agrarpolitische Agitation beschränkten wollten, sondern die Integration der Landwirtschaft in ein zunehmend von der Industrie dominiertes Wirtschaftssystem über einen umfangreichen Steuer- und Betriebsberatungsapparat sowie die forcierte Gründung landwirtschaftlicher Genossenschaften zu bewerkstelligen suchten, war die Organisationsstruktur des Bayerischen Christlichen Bauernvereins durch eine hauptamtliche Führung gekennzeichnet<sup>113</sup>. Die Geschäftsführung der Christlichen Bauernvereine war hauptamtlichen Funktionären übertragen, während ehrenamtliche Honoratioren die Repräsentation übernahmen. Dabei bestand über diese Aufgabenverteilung im BV kein Zweifel: 1932 hieß es im *Bayerischen Bauernblatt*, dem Organ des BV, dass der geschäftsführende „Bezirksbeamte“ „für die Mitglieder des Bauernvereins die Führung hat“<sup>114</sup>. Und der Bauernvereinsmitarbeiter Alois Hundhammer hatte die „Verbürokratisierung“ der Landwirtschaft in seiner volkswirtschaftlichen Dissertation im Jahr 1926 als Notwendigkeit bezeichnet, denn es müsse den Bauern „vorgearbeitet werden von Leuten mit der erforderlichen Schulung“<sup>115</sup>.

Dagegen führte die Elitenrekrutierung des BBB zu einer dauerhaftern organisatorischen Unterlegenheit gegenüber dem BV. Das Postulat der ehrenamtlichen Führung entwickelte sich im BBB zu einer organisationspolitischen Ideologie und verhinderte die Errichtung eines effizienten bürokratischen Verbandsapparates<sup>116</sup>. Während im BBB erst seit dem 1. Februar 1919 ein Hauptgeschäftsführer als Spitzenfunktionär bestellt wurde<sup>117</sup>, besaß der BV seit 1898 ein Generalsekretariat<sup>118</sup>. Dem BBB gelang es deshalb im Gegensatz zum BV nicht, ein flächendeckendes Netz von Kreis- und Bezirkssekretariaten aufzubauen<sup>119</sup>. Den im BBB tonangebenden praktischen Landwirten fehlte es an der für die Ausübung von organisatorischen Führungsaufgaben notwendigen Zeit und Bildung<sup>120</sup> – nicht jedoch an

<sup>112</sup> Zur Errichtung der Christlichen Bauernvereine vgl. BAUER, Organisation, 76–101; LAUERBACH, Landwirtschaft, 131–145; HUNDHAMMER, Berufsvertretung, 34–56; HOCHBERGER, Bauernbund, 66f.; BERGMANN, Bauernbund, 30–32.

<sup>113</sup> Vgl. BERGMANN, Bauernbund, 162–166. Zum Dienstleistungsangebot des BV vgl. HEIM – ZAHNBRECHER, Bauernverein; ZAHNBRECHER, Landwirtschaftliche Vereine, 24–27; LAUERBACH, Landwirtschaft, 149–151.

<sup>114</sup> Bayerisches Bauernblatt vom 16. Februar 1932.

<sup>115</sup> HUNDHAMMER, Berufsvertretung, 104. Während der Inflation betonte der BV im Bayerischen Bauernblatt vom 29. August 1922: „Der Bauernverein hat Beamte, er muß sie haben, weil sie Euch Ratgeber sind und die Geschäfte des Vereins besorgen; wir müssen sie entsprechend der Teuerung bezahlen, damit sie nicht Hunger leiden müssen.“

<sup>116</sup> Der BBB bot deshalb sogar Rechtsberatung an, ohne Juristen anzustellen. Vgl. ZAHNBRECHER, Landwirtschaftliche Vereine, 27–29. Vor 1925 soll der Bauernbund nur einen einzigen hauptamtlichen Angestellten beschäftigt haben. Vgl. THRÄNHARDT, Wahlen, 144f.

<sup>117</sup> Zur hauptamtlichen Organisation des BBB vgl. BERGMANN, Bauernbund, 26f.

<sup>118</sup> Vgl. BERGMANN, Bauernbund, 34–38.

<sup>119</sup> Vgl. HOCHBERGER, Bauernbund, 131–163; BERGMANN, Bauernbund, 25–27.

<sup>120</sup> Der Bauernbundspolitiker Georg Eisenberger beklagte sich bereits in der Frühphase des BBB, dass ihm die verbandspolitische Arbeit neben seiner praktischen landwirtschaftlichen Tätigkeit über den Kopf zu wachsen begann (EISENBERGER, Eisenberger, 19). Der dem BV nahe stehende Alois Hundhammer urteilte deshalb in seiner Dissertation diffamierend überspitzt, aber im Kern zutreffend, dem BBB „mangelte es überhaupt an Persönlichkeiten von entsprechendem Weitblick und notwendiger Schulung“ (HUNDHAMMER, Geschichte, 216).

agitatorischem Talent, das zur Mitgliederbindung angesichts der mangelhaften Organisation umso notwendiger war. Werden die Organisationen von BV und BBB miteinander verglichen, so zeigt sich die von Max Weber konstatierte Überlegenheit einer bürokratischen Verwaltung über Honoratiorenverwaltungen: „Ein voll entwickelter bürokratischer Mechanismus verhält sich zu diesen genau wie eine Maschine zu den nicht mechanischen Arten der Gütererzeugung. Präzision, Schnelligkeit, Eindeutigkeit, Aktenkundigkeit, Kontinuierlichkeit, Diskretion, Einheitlichkeit, straffe Unterordnung, Ersparnisse an Reibungen, sachlichen und persönlichen Kosten sind bei streng bürokratischer, speziell: monokratischer Verwaltung durch geschulte Einzelbeamte gegenüber allen kollegialen oder ehren- und nebenamtlichen Formen auf das Optimum gesteigert.“<sup>121</sup>

Dabei wurde die Tendenz zur bürokratischen Führung im BV dadurch verstärkt, dass sich die Grenze zwischen hauptamtlichen Funktionen und ehrenamtlichen Repräsentationsaufgaben zunehmend verwischte, seit Hauptamtliche vermehrt ehrenamtliche Positionen übernahmen<sup>122</sup>. Neben der zeitlichen Beanspruchung durch die Betriebsführung war es wohl nicht zuletzt eine gewisse Einsicht in die beschränkten administrativen Organisations- und Führungsfähigkeiten der Bauern, die dazu führten, dass in dem sechsköpfigen Präsidium des Bayerischen Christlichen Bauernvereins im Jahr 1931 neben fünf Verbandsangestellten nur ein praktischer Landwirt vertreten war<sup>123</sup>. Diese Verschränkung zwischen ehren- und hauptamtlichen Positionen zeigt sich besonders deutlich bei Horlacher. Er stand als Funktionär der Bayerischen Landesbauernkammer außerhalb des BV, besetzte jedoch in diesem als Mitglied der Gesamtvorstandschaft einen ehrenamtlichen Posten<sup>124</sup>. Darüber hinaus war er noch Ehrenmitglied des schwäbischen BV und des oberbayerischen BV<sup>125</sup>. Horlacher publizierte regelmäßig im *Bayerischen Bauernblatt* und trat auf regionalen und zentralen Veranstaltungen der Bauernvereine in ganz Bayern als Hauptredner auf<sup>126</sup>. Für Horlacher stellte der BV eine notwendige Bühne für sein parteipolitisches und parlamentarisches Engagement dar. Aber seine Stellung als Kammerdirektor litt unter der dauerhaften Identifizierung mit dem BV. Neben Heim und Schlittenbauer wurde Horlacher zu den Führungspersönlichkeiten des BV gezählt. Das machte ihn zum Objekt der Kritik des BBB. Am 26. Januar 1926 beklagte sich das *Bayerische*

<sup>121</sup> WEBER, *Wirtschaft* (Teilband 4), 185.

<sup>122</sup> So war Michael Melchner hauptamtlicher Direktor des oberbayerischen BV und stellvertretender ehrenamtlicher Präsident des BV auf Landesebene (StA München, AG München Registergericht 19173, Tagung der Mitgliederversammlung des Bayerischen Christlichen Bauernvereins am 19. Mai 1933).

<sup>123</sup> Zur Zusammensetzung des Präsidiums im Jahr 1931 vgl. *Bayerischer Bauernvereins-Kalender* 26 (1931), 99.

<sup>124</sup> Horlacher ist seit 1924 als Mitglied der Gesamtvorstandschaft des BV nachzuweisen (*Reichstags-Handbuch* III. Wahlperiode 1924, 367f. und *Reichstags-Handbuch* VIII. Wahlperiode 1933, 164f.).

<sup>125</sup> BayHStA, Slg Personen 4839, Horlacher an Friedrich Josef Maria Rehse, 16. Juni 1926.

<sup>126</sup> *Bayerisches Bauernblatt* vom 2. Mai 1922; BSZ vom 1. Dezember 1922; BayHStA, ML 3638, Christlicher Bauernverein für Mittelfranken an ML, 10. Juni 1924; BayHStA, ML 3638, Jahresbericht des Oberbayerischen Christlichen Bauernvereins für 1926; BK vom 19. September 1927; MNN vom 1. Mai 1930; *Bayerisches Bauernblatt* vom 7. Oktober 1930; BK vom 1. Mai 1931; BayHStA, ML 3638, Jahresbericht des Oberbayerischen Christlichen Bauernvereins für 1931; BK vom 22. April 1932.

*Bauernblatt*: „Dr. Heim, Dr. Schlittenbauer, Dr. Horlacher, die zu den führenden Männern im Bauernverein gehören, werden fast in jeder Versammlung der Bauernbündler angegriffen.“<sup>127</sup> Und am 9. Dezember 1927 beklagte sich Schlittenbauer: „Tag für Tag fast werden die wirtschaftlichen Führer des Bauernvereins, Dr. Heim, Dr. Schlittenbauer, Dr. Horlacher, in der Presse und in der Agitation des Bayerischen Bauernbundes in der flegelhaftesten Weise persönlich angegriffen und heruntergerissen.“<sup>128</sup>

Die „Bauerndoktoren“ standen funktional zwischen Honoratiorenverwaltung und Funktionärsverwaltung. Sie verbanden die administrative Tätigkeit als Verbandsgeschäftsführer mit dem Anspruch auf die öffentliche Repräsentation der Verbandsinteressen und die parlamentarisch-politische Interessenvertretung. Dadurch unterschieden sie sich deutlich vom Idealtyp des anonymen Funktionärs, wie er von dem Sozialwissenschaftler Johannes Messner (1891–1984) beschrieben wurde<sup>129</sup>. Dabei wurde der Funktionärstyp des „Bauerndoktors“ von Georg Heim geprägt, der zunächst als Direktor der „Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft des Bayerischen Bauernvereins für Ein- und Verkauf e.G.m.b.H.“ fungierte, dann zum Geschäftsführer der Zentralstelle des BV berufen wurde und schließlich zwischen 1910 und 1913 als ehrenamtlicher Vorsitzender des BV amtierte<sup>130</sup>. Dabei stellt sich die Frage, wieso Heims Vorbild für einen ganzen Funktionärstyp prägend werden konnte? David Blackbourn erkannte, dass die bäuerliche Protestbewegung der 1890er Jahre einerseits den „Dorfkönig“ hervorbrachte, der seine Legitimation zur Interessenvertretung aus der eigenen landwirtschaftlichen Praxis zog, andererseits den akademisch gebildeten „politischen Außenseiter“, der nicht aus den überkommenen Honoratiorenstrukturen hervorging. Dazu zählte er neben dem Journalisten Dr. Johann Baptist Sigl (1839–1902) und dem katholischen Priester Dr. Georg Ratzinger (1844–1899) auch den Realschullehrer und promovierten Nationalökonom Heim<sup>131</sup>. Während sich Sigl und Ratzinger dauerhaft nicht in die landwirtschaftliche Protestbewegung der 1890er Jahre integrieren ließen<sup>132</sup>, gelang es Heim mit Hilfe seines außergewöhnlichen Organisationstalents, den Druck der bäuerlichen Protestbewegung für seine eigene politische Karriere im politischen Katholizismus zu nutzen. Mit ihm wurde Blackbourns „maverick political leader“ institutionalisiert<sup>133</sup>. Im Zuge von Heims organisatorischem Erfolg wurde sein eigenes Ausbildungsprofil zur Norm für die Besetzung der weiteren Spitzenpositionen im

<sup>127</sup> Bayerisches Bauernblatt vom 26. Januar 1926.

<sup>128</sup> BVC vom 9. Dezember 1927.

<sup>129</sup> MESSNER, Funktionär, 39 schreibt dazu: „Gewiß, die Namen der Funktionäre des ersten und vielleicht des zweiten Ranges sind innerhalb ihres Verbandes und in den gegnerischen Interessenverbänden bekannt. Aber in der Öffentlichkeit treten die Funktionäre kaum je als die Verantwortlichen hervor, wenn es um die Durchsetzung der Verbandsinteressen geht.“

<sup>130</sup> Zur Karriere Heims im BV vgl. RENNER, Heim (1957); RENNER, Heim (1961).

<sup>131</sup> Vgl. BLACKBOURN, Peasants, 59f.

<sup>132</sup> Vgl. HOCHBERGER, Bauernbund, 51–54.

<sup>133</sup> Vgl. BLACKBOURN, Peasants, 63–68.

BV. Auf diese Funktionäre wurde auch das erstmals 1897 im Zusammenhang mit Heim gebrauchte Attribut „Bauerndoktor“<sup>134</sup> übertragen. Im *Bayerischen Landwirtschaftlichen Wochenblatt* hieß es anlässlich von Horlachers 65. Geburtstag, dass sich dieser aufgrund seiner langjährigen agrarpolitischen Tätigkeit den „Ehrentitel ‚Bauerndoktor‘“ verdient habe – der „bei uns in Bayern seit Dr. Heim sehr begehrt ist“<sup>135</sup>. Dabei war das Attribut „Bauerndoktor“ keine Bezeichnung für Agrarfunktionäre im Allgemeinen, sondern war allein den Eliten des BV im Umfeld von Heim vorbehalten: „Ihr Dickköpfe, ihr Heimsklaven, ihr Bauerndoktoren, ihr Schwindler“, hieß es in einer niederbayerischen Bauernversammlung, auf der der BV im Sommer 1922 für die abermalige Erhebung der Getreideumlage verantwortlich gemacht wurde<sup>136</sup>.

Die hauptamtlichen Spitzenpositionen der bayerischen Bauernvereine waren 1931 vorwiegend mit Akademikern besetzt<sup>137</sup>. Der promovierte Altphilologe Sebastian Schlittenbauer übte das Amt des – ehrenamtlichen – Generalsekretärs des BV aus. Er hatte jedoch in der Person des promovierten Historikers und Volkswirts Alois Hundhammer einen hauptamtlichen ersten Stellvertreter und in dem promovierten Volkswirt Joseph Baumgartner (1904–1964)<sup>138</sup> einen hauptamtlichen zweiten Stellvertreter. – An die ehrenamtliche Spitze des BV trat seit 1932 überdies der Landwirt und promovierte Volkswirt Fridolin Rothermel (1895–1955)<sup>139</sup>. – Der promovierte Volkswirt Alois Schlögl (1893–1957)<sup>140</sup> war Direktor des

<sup>134</sup> Vgl. LENK, Heim, 364.

<sup>135</sup> RAGL, Ehrentag, 55.

<sup>136</sup> Zit. nach OSMOND, Protest, 82f.

<sup>137</sup> Zur Zusammensetzung der hauptamtlichen Spitzenpositionen im BV im Jahr 1931 vgl. Bayerischer Bauernvereins-Kalender 26 (1931), 99–101.

<sup>138</sup> Bauernvereinsfunktionär, katholisch, geboren am 16. November 1904 in Sulzemoos als Sohn eines Gütlers, 1925 bis 1929 Studium der Volkswirtschaft an der LMU, 1929 Promotion zum Dr. rer. pol., gleichzeitig Volontär beim oberbayerischen BV, 1929 bis 1933 Zweiter Stellvertretender Generalsekretär des BV, 1933 Verlust der beruflichen Stellung, seither im Versicherungswesen tätig, 1942 bis 1945 Soldat, 1945 Gründungsmitglied der CSU, Gründungsmitglied des BBV, 1946 Mitglied der Bayerischen Verfassunggebenden Landesversammlung, 1946 bis 1962 MdL, am 22. Oktober 1945 auf Betreiben Horlachers zum bayerischen Landwirtschaftsminister ernannt, nach seinem Rücktritt am 15. Januar 1948 Beitritt zur Bayernpartei, 1948 bis 1952 und 1953 bis 1959 Vorsitzender der Bayernpartei, 1949 bis 1951 MdB, 1950 bis 1959 Honorarprofessor für Agrarpolitik an der Landwirtschaftlichen Hochschule Weihenstephan, 1954 bis 1957 bayerischer Landwirtschaftsminister und Stellvertretender Ministerpräsident, gestorben am 21. Januar 1964. Zu Baumgartner vgl. VOSSEN, Baumgartner.

<sup>139</sup> Land-, Gast- und promovierter Volkswirt, katholisch, geboren am 26. November 1895 als Sohn eines Bauern in Oberrohr (Schwaben), 1907 bis 1914 Besuch des humanistischen Gymnasiums in Dillingen, Kriegsteilnehmer, 1919 bis 1921 Studium der Volkswirtschaft an der LMU, Promotion zum Dr. oec. publ. mit einer Arbeit über die Ursberger Wohltätigkeitsanstalt, 1921/1922 Besuch der landwirtschaftlichen Winterschule in St. Ottilien, seit 1923 Bewirtschaftung des erheirateten Bauernhofes in Bayersried bei Ursberg (27 Hektar), seit 1928 Mitglied des BV, seit 1932 MdL und MdR für die BVP, 1932/1933 Erster Vorsitzender des Bayerischen Christlichen Bauernvereins, 1933 Verlust aller Ehrenämter, Kriegsdienst im Zweiten Weltkrieg, nach dessen Ende Gründungsmitglied der CSU, 1946 bis 1955 Landrat des Landkreises Kulmbach, 1946 Mitglied der Bayerischen Verfassunggebenden Landesversammlung, 1946 bis 1955 Präsident des BBV, 1947 bis 1955 MdS für den BBV, 1954 Wahl zum Vizepräsidenten der Confédération Européenne de l'Agriculture, gestorben am 1. Oktober 1955. Zu Rothermel vgl. BLW vom 15. Oktober 1955; JOHN, Bauernköpfe, 134–136; SIMNACHER, Rothermel, 375–397; KREUZER, Nachlaß, 275–283.

<sup>140</sup> Bauernvereinsfunktionär und Journalist, katholisch, geboren am 4. April 1893 in Pleinting bei Vilshofen als Sohn eines Schuhmachers, 1904 bis 1913 humanistisches Gymnasium in Passau, 1913/1914 Studium an der Philosophisch-Theologischen Hochschule in Passau, seit Dezember 1914 Kriegsteilnehmer, 1919 Mitglied eines

niederbayerischen BV, der promovierte Volkswirt Karl Storm (geb. 1900)<sup>141</sup> war Direktor des schwäbischen BV. Über die Ausbildung Michael Melchners und Anton Dollingers, der Direktoren des oberbayerischen bzw. des mittelfränkischen BV, lassen sich keine Angaben machen. Melchner besaß jedoch in dem promovierten Volkswirt Jakob Fischbacher (1886–1972)<sup>142</sup> einen akademisch gebildeten Stellvertreter. Gregor Klier (1880–1954)<sup>143</sup>, der immerhin das humanistische Gymnasium besucht hatte, war Direktor des oberpfälzischen BV. Der unterfränkische Bauernvereinsdirektor Georg Kropp hatte „Mittelschulstudien“ aufzuweisen<sup>144</sup>. Andreas Neppig (1891–1954)<sup>145</sup> war zwar als Direktor des oberfränkischen BV kein Akademiker, aber an der ehrenamtlichen Spitze des oberfränkischen BV stand der als „Waldbauerndoktor“ bezeichnete Forstexperte und promovierte Volkswirt Valentin

---

Freikorps zur Niederschlagung der Räterepublik, nach Kriegsende Studium der Nationalökonomie an der LMU und in Erlangen, Promotion bei Karl Theodor von Eheberg im Fach Nationalökonomie, seit 1920 für den BV als Sekretär in Passau tätig, nach Ansicht des BBB „unstreitig der größte politische und wirtschaftliche Maulaufreißer“ in Niederbayern (Landauer Volksblatt vom 28. Mai 1925), seit 1925 Mitglied der Kreisbauernkammer Niederbayern, 1925 bis 1933 Direktor des niederbayerischen BV, 1932/1933 MdL für die BVP, 1933 von den Nationalsozialisten lebensgefährlich misshandelt, 1933 Verlust der beruflichen Stellung und der Ehrenämter, 1945 Initiator der Gründung des BBV, 1945 bis 1948 Generalsekretär des BBV, Gründungsmitglied der CSU, gemeinsam mit Horlacher an der Spitze des so genannten „Bauernflügels“ der CSU, 1946 Mitglied der Bayerischen Verfassungegebenden Landesversammlung, 1946 bis 1957 MdL für die CSU, 1948 bis 1954 bayerischer Landwirtschaftsminister, gestorben am 27. September 1957. Zu Schlögl vgl. SCHLÖGL, Siedlung; IfZ-Archiv, OMGUS 7/36-3/1–4, Weekly Report of Intelligence Analysis and Public Opinion, OMGB, prepared by Intelligence Division, Research and Analysis Branches, Week Ending 14 January 1949; Bayern-Kurier vom 17. April 1954; Bayern-Kurier vom 5. Oktober 1957; SCHUMACHER, M.d.L., 1104.

<sup>141</sup> Bauernvereinsfunktionär, katholisch, geboren am 7. Oktober 1900 in Venlo (Holland) als Sohn eines Gutsbesitzers, 1916 Übersiedlung in das Deutsche Reich, Besuch des Realgymnasiums in Düsseldorf, 1920 bis 1923 Studium der Volkswirtschaft an der LMU und in Erlangen, 21. Februar 1923 Promotion im Fach Nationalökonomie zum Dr. phil. bei Karl Theodor von Eheberg. Zu Storm vgl. STORM, Handelsbeziehungen, 69.

<sup>142</sup> Bauernvereinsfunktionär, katholisch, geboren am 28. Mai 1886 als Sohn eines Bauern in Tötzham bei Wasserburg, Besuch des humanistischen Gymnasiums in Freising, Beginn eines theologischen Studiums, anschließend Studium der Rechts- und Staatswissenschaften an der LMU und in Erlangen, 1913 Promotion zum Dr. phil. im Fach Nationalökonomie, 1913 Eintritt in den Dienst des oberbayerischen BV, 1914 bis 1917 Soldat, seit 1920 Geschäftsführer der Bezirksbauernkammer Rosenheim-Land, 1921 bis 1933 Stellvertretender Direktor des oberbayerischen BV, vor 1933 Mitglied der BVP, 1933 Verlust der beruflichen Stellung und der Ehrenämter, seither für eine Versicherung tätig, 1945 bis 1948 Direktor des oberbayerischen BBV, 1947 Gründungsmitglied der Bayernpartei, Mitglied der Landesleitung der Bayernpartei, 1952/1953 Parteivorsitzender, 1950 bis 1962 MdL für die Bayernpartei, gestorben am 16. Februar 1972. Zu Fischbacher vgl. WALTHER, Fischbacher.

<sup>143</sup> Bauernvereinsfunktionär und Journalist, katholisch, geboren 1880 in Neuhäusl in Böhmen, 1905 geschäftsführendes Vorstandsmitglied des oberpfälzischen BV, 1906 bis 1933 Sekretär (seit 1919 mit dem Titel Direktor) des oberpfälzischen BV, als solcher enger Mitarbeiter Heims, 1918 Gründungsmitglied der BVP, Gründungsmitglied des Zweigvereins des Bayerischen Heimat- und Königsbundes in Regensburg, vor 1933 Geschäftsführer der Kreisbauernkammer Oberpfalz, 1924 Ernennung zum Ökonomierat, 1929 Verleihung des päpstlichen Ordens Pro Ecclesia et Pontifice, Vorsitzender des Blattverbandes des BV, der die Herausgabe der Verbandszeitungen koordinierte, bis 1933 Erster Schriftführer des BV, 1933 Verlust der Ehrenämter und der beruflichen Stellung, 1945 Gründungsmitglied des BBV, 1945 bis 1954 Direktor des BBV in der Oberpfalz, gestorben 1954. Zu Klier vgl. KIRCHINGER, Gehilfe, 133–137.

<sup>144</sup> Bayerischer Bauernvereins-Kalender 26 (1931), 95f.

<sup>145</sup> Bauernvereinsfunktionär, katholisch, geboren 1891 in Kemmern bei Bamberg als Sohn eines Bauern, im Ersten Weltkrieg zu 80 Prozent kriegsbeschädigt, seit 1917 Sekretär im oberfränkischen BV, 1927 Ernennung zum Direktor des oberfränkischen BV, 1933 Verlust aller Ämter, während des Dritten Reiches Beschäftigung in der Finanzverwaltung des Erzbischöflichen Ordinariates Bamberg, 1945 Gründungsmitglied des BBV, 27. April 1949 bis 30. Januar 1951 Generalsekretär des BBV, vorher und nachher Direktor des oberfränkischen BBV, am 1. April 1952 aus gesundheitlichen Gründen aus dem Dienst des BBV ausgeschieden, gestorben 1954. Zu Neppig vgl. BLZ vom 20. Mai 1949; BLW vom 18. Juni 1949; BLW vom 18. Dezember 1954.

Fröhlich, der gemeinsam mit Horlacher bei Brentano promoviert worden war. Enge Mitarbeiter Heims in der „Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft des bayerischen Bauernvereins für Ein- und Verkauf“ waren der promovierte Nationalökonom Josef Singer (1888–1980)<sup>146</sup> und der promovierte Jurist Albert Herzog<sup>147</sup>.

Ein geisteswissenschaftliches Studium, vor allem aber ein Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, das in der Regel mit einem geisteswissenschaftlichen Propädeutikum verbunden war, stellte also die Voraussetzung für die Übernahme von hauptamtlichen Führungsaufgaben im BV dar. Dabei liest es sich wie eine Verteidigung des neuhumanistischen Ideals von der sittlichen Bildung des Menschen, wenn der BV forderte, ein „Bauernführer“ solle „von gründlicher, ausgebreiteter Allgemeinbildung, von genauer Kenntnis der Volkswirtschaft, ein vortrefflicher, schlagfertiger Redner, ein gewandter Journalist, ein unermüdlicher Organisator“ sein<sup>148</sup>. Dabei erschien die Verbindung aus rechts- und staatswissenschaftlichem Studium, wie sie als Voraussetzung für den Staatsdienst in Bayern typisch war<sup>149</sup>, mit ihrer Vermittlung juristischer und volkswirtschaftlicher Kenntnisse als adäquate Voraussetzung für die Übernahme einer organisatorischen Führungsposition. In der Aufbauphase der Christlichen Bauernvereine war eine Promotion offenbar noch keine zwingende Voraussetzung zur Übernahme führender Positionen im BV, weshalb die älteren Verbandsfunktionäre Melchner und Kropp noch 1931 ohne akademische Ausbildung an der Spitze der wichtigen Kreisverbände Oberbayern und Unterfranken stehen konnten. Mit der fortschreitenden Ausdehnung des Dienstleistungsangebotes und dem zunehmenden Ausbau der Verbandsorganisation wurde die Promotion aber immer mehr zu einer Voraussetzung für eine Verbandskarriere im BV<sup>150</sup>. Hauptamtliche Mitarbeiter wurden im BV dazu angehalten, eine volkswirtschaftliche Dissertation vorzulegen<sup>151</sup>.

---

<sup>146</sup> Genossenschaftsfunktionär, katholisch, geboren am 10. Oktober 1888 in Türkheim in Schwaben als Sohn eines Kleinbauern, Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, 1922 Promotion zum Dr. rer. pol. mit einer Arbeit über Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, seit 1923 Leitung von Heims Sekretariat in der LZG, 1926 bis 1933 als Direktor Mitglied in deren Vorstand, 1934 bis 1945 subalterne Position im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen Bayerns, 1946 bis 1962 Vorstandsvorsitzender der Bayerischen Raiffeisen-Zentralkasse und der BayWa, 1945 bis 1962 Direktor von Bayerischer Raiffeisen-Zentralkasse und BayWa, Rivale Horlachers bei der Führung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens in Bayern, MdS als Vertreter der landwirtschaftlichen Genossenschaften, 1947 bis 1962 Präsident des Bayerischen Senats, gestorben am 26. Januar 1980. Zu Singer vgl. HNILICKA, Singer; HOHENEGG, Raiffeisen, 272–274; REHM, Singer, 79–93.

<sup>147</sup> Jurist, katholisch, enger Mitarbeiter Heims in der LZG, 1933 Bruch mit Heim wegen persönlicher Angelegenheiten, nach 1945 persönlicher Referent Horlachers in dessen Funktion als Staatskommissar für das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen. Zu Herzog vgl. StadtA Regensburg, NL Heim 811; BBV-Oberpfalz, Akt Dir. Klier pers., Herzog an Klier, 26. März 1946; BBV-Oberpfalz, Akt Dir. Klier pers., Herzog an Klier, 7. März 1949.

<sup>148</sup> Bayerischer Bauernvereins-Kalender 26 (1931), 96.

<sup>149</sup> Vgl. KÜHN, Reform, 130.

<sup>150</sup> Heinrich Muth war in seiner Untersuchung über die Verbandseliten der deutschen Bauernvereine aufgefallen, „daß eine große Anzahl von ihnen eine doppelte Promotion besitzt, in den Anfangszeiten gern den Dr. phil. und den Dr. jur., später, nachdem man auch speziell in der Landwirtschaft und in den Wirtschaftswissenschaften promovieren konnte, meist den Dr. agr. und den Dr. rer. pol.“ (vgl. dazu MUTH, Führungsschichten, 305–307).

<sup>151</sup> Dies war der Fall bei Hundhammer (BRAUN, Existenz, 127), Jakob Fischbacher, der zur Fertigstellung seiner Doktorarbeit vom BV beurlaubt wurde (WALTHER, Fischbacher, 71f.) und Franz Xaver Zahnbrecher, der als

Die schulische und universitäre Sozialisation der führenden Bauernvereinspolitiker war gekennzeichnet durch eine humanistische Schulbildung als Voraussetzung für die Aufnahme eines Universitätsstudiums, ein allgemeinbildendes geisteswissenschaftliches Propädeutikum als Voraussetzung für die Aufnahme in den Staatsdienst und ein Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, das durch die bevorzugte historisch-kritische Methodologie des Historismus noch stark geisteswissenschaftlichen Charakter besaß<sup>152</sup>. Eine landwirtschaftliche Ausbildung wiesen die Spitzenfunktionäre des Bayerischen Christlichen Bauernvereins jedoch in keinem Fall auf. Im Gegensatz dazu spiegelten sich die dörfliche Sozialisation und die betriebsbezogene, auf den eigenen landwirtschaftlichen Betrieb als Lebens- und Arbeitsmittelpunkt bezogene Denkweise der im Bayerischen Bauernbund tonangebenden ehrenamtlichen Landwirte in der Zusammensetzung von dessen hauptamtlicher Mitarbeiterschaft wider. Deshalb setzte der BBB auf eine praktische landwirtschaftliche Ausbildung seiner wenigen Funktionäre<sup>153</sup>. Nur zwischen 1921 und 1923 war die Stelle des Hauptgeschäftsführers des BBB mit einem promovierten Nationalökonom besetzt<sup>154</sup>. Auch im hauptamtlichen Apparat des bayerischen Bundes der Landwirte scheinen Angehörige mittlerer landwirtschaftlicher Bildung dominiert zu haben<sup>155</sup>, was wohl an der stärkeren Abhängigkeit dieses Verbandes von der Berliner Zentrale liegt, die einige Führungsaufgaben für den bayerischen Landesverband erledigen konnte.

Die Bayerische Landesbauernkammer übernahm die Anforderungen, die im BV an die Ausbildung seiner Spitzenfunktionäre gestellt wurden, von diesem. Dies überrascht nicht, wenn man beachtet, dass sie gerade in ihrer Gründungsphase von den führenden Bauernvereinspolitikern Heim (Präsident), Schlittenbauer (parlamentarischer Berichterstatter des Bauernkammergesetzes) und Horlacher (Hauptgeschäftsführer) geprägt wurde. Absolventen eines landwirtschaftlichen Studiums gelangten deshalb in der

---

Begründung seiner zweiten volkswirtschaftlichen Dissertation anführt: „Durch seine praktische Tätigkeit beim bayerischen Bauernverein wurde er auf staatswirtschaftliche Studien hingewiesen“ (ZAHNBRECHER, Landwirtschaftliche Vereine, 3).

<sup>152</sup> Vgl. dazu Kapitel II.3.

<sup>153</sup> Der Regensburger Bauernbundssekretär Klement Ortloph hatte die landwirtschaftliche Schule in Triesdorf besucht. Zu Ortloph vgl. BayHStA, OMGB 9/63-3/19, Biographical Scetch: Klement Ortloph, undatiert. Der Landshuter Bauernbundssekretär Max Schnellhammer besuchte die landwirtschaftliche Mittelschule in Pfarrkirchen. Zu Schnellhammer vgl. BBV-Landshut, Personalakt Max Schnellhammer, Personalfragebogen, 12. August 1948. Zur hauptamtlichen Struktur des BBB vgl. BERGMANN, Bauernbund, 26f. Aufgrund des Verlustes des Bauernbundsarchivs können in diesem Zusammenhang jedoch nur tendenzielle Angaben gemacht werden. Eine systematische Betrachtung der Bauernbundsfunctionäre steht noch aus.

<sup>154</sup> Matthias Zellner, katholisch, geboren am 22. Januar 1884 in Massing bei Eggenfelden, 1896 bis 1905 Besuch der humanistischen Gymnasien in Burghausen und Passau, 1915 bis 1918 Wehrdienst, anschließend Studium der Altphilologie, danach Studium der Staatswissenschaften an der LMU, 1920 Promotion zum Dr. oec. publ. mit einer Arbeit über *Tabakbau und Tabakfabrikation im unteren Zusamtal 1666–1870*. Zu Zellner vgl. ZELLNER, Tabakbau.

<sup>155</sup> Dies gilt für Wolfgang Brügel, dem für ganz Bayern zuständigen Direktor des Bundes der Landwirte, der landwirtschaftliche Fachschulen besucht hatte (BayHStA-KriegsA, OP 63840, Lebenslauf von Wolfgang Brügel, undatiert), und für Edmund Fürholzer, den für Südbayern zuständigen Geschäftsführer des Bundes der Landwirte in München, der akademischer Landwirt war (BayHStA-KriegsA, OP 19483, Lebenslauf Edmund Fürholzers, 20. August 1916).



Landesbauernkammer genauso wie im BV nicht über die mittlere Ebene landwirtschaftlich-technischer Referenten hinaus<sup>156</sup>. Sie hatten nur untergeordnete Aufgaben zu übernehmen, wofür eine fachspezifische Qualifikation für nötig gehalten wurde<sup>157</sup>. Absolventen landwirtschaftlicher Studien hatten offenbar keine Aussicht auf Spitzenpositionen im BV. Führungsaufgaben wurden den Absolventen eines Universitätsstudiums überlassen – wobei hier wieder das neuhumanistische Bildungsideal von der sittlichen Wirksamkeit einer profunden Allgemeinbildung des Menschen als Voraussetzung für die Übernahme von gesellschaftlichen und politischen Führungspositionen durchscheint. Dementsprechend wurde ein technisches Fachstudium bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts hinein als minderwertig betrachtet<sup>158</sup>: Für das Studium der Landwirtschaft war der Nachweis der allgemeinen Hochschulreife nicht nötig<sup>159</sup>, es besaß überdies einen viel beklagten schlechten Ruf<sup>160</sup>.

Bei der Elitenrekrutierung wirkte im BV das von dem Soziologen Robert Michels beschriebene „eherne Gesetz der Oligarchie“, da sich die Spitzenfunktionäre als soziale Gruppe – bestimmt durch die Art der universitären Ausbildung – abgrenzten und durch Kooptation ergänzten<sup>161</sup>. So erfolgte auch Horlachers Aufnahme in das landwirtschaftliche Organisationswesen als Geschäftsführer der „Handelspolitischen Vereinigung der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns einschließlich Müllerei und Mälzerei“ zunächst nicht durch Wahl, sondern aufgrund der Auswahl durch Heim und Schlittenbauer – deren akademischer Ausbildungsgang dem seinen glich. Um ein vollständiges Bild der Elitenrekrutierung im Umfeld des BV zu bekommen, muss die personelle Zusammensetzung der staatlichen Landwirtschaftsverwaltung in die Analyse miteinbezogen werden. Die schulische und universitäre Sozialisation der Spitzenfunktionäre in BV und Landesbauernkammer glich derjenigen der Spitzenbeamten in der bayerischen Landwirtschaftsverwaltung<sup>162</sup>. Darin zeigt sich die für das gesamte deutsche Verbandswesen charakteristische „Orientierung des Verbandsfunktionärs am Leitbild des Staatsbeamten“<sup>163</sup>,

<sup>156</sup> Vgl. Haus- und Landwirtschafts-Kalender des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern 88 (1933), 56.

<sup>157</sup> Zum Unterschied zwischen den Führungsaufgaben der Spitzenfunktionäre und den fachlich-technischen Aufgaben der untergeordneten Chargen vgl. MESSNER, Funktionär, 37f.

<sup>158</sup> Vgl. VONDUNG, Lage, 28.

<sup>159</sup> Vgl. STAHLER, Weihenstephan, 95; HILZ, Weihenstephan, 146.

<sup>160</sup> Vgl. BÖHM, Geschichte; FRANZ, Geschichte; KLEMM, Agrarwissenschaften; STAHLER, Weihenstephan; HILZ, Weihenstephan.

<sup>161</sup> Vgl. MICHELS, Soziologie. Die Kooptation wirkt nach LOEWENSTEIN, Kooptation, 134 als „sozial-konservatives Element, dazu bestimmt, den bestehenden Gruppencharakter aufrechtzuerhalten und seine Fortdauer zu sichern“.

<sup>162</sup> Karl Lang, der erste Amtschef des bayerischen Landwirtschaftsministeriums war ein Verwaltungsjurist (STINGLWAGNER, Chronik, 75). Sein Nachfolger Albrecht Hänlein (seit 1. November 1929) war promovierter Nationalökonom (Wochenblatt des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern vom 24. Oktober 1929). Der Verwaltungsjurist Emil Tischer – Horlachers ehemaliger Vorgesetzter in der bayerischen Lebensmittelstelle – leitete die Ernährungsabteilung, der Tierarzt Dr. Johann Attinger stand an der Spitze der Tierzuchtabteilung, der Agrarwissenschaftler Prof. Dr. Josef Ahr leitete die landwirtschaftliche Fachabteilung. Zur Zusammensetzung der Ministerialbürokratie des bay. Landwirtschaftsministeriums vgl. MNN vom 3. April 1920.

<sup>163</sup> ABELSHAUSER, Korporatismus, 157.

worin Hans-Jürgen Puhle ein obrigkeitliches, sozial stabilisierendes und seiner Ansicht nach präfaschistisches Element in der deutschen Wirtschaftsstruktur erblickt<sup>164</sup>. Darin, dass sich Spitzenfunktionäre und Spitzenbeamte auf der gleichen kommunikativen Ebene begegnen und über ähnliche Lebenserfahrungen verfügen und in ähnlichen akademisch geprägten Kategorien denken, liegt eine wesentliche Voraussetzung erfolgreicher Interessenvertretung<sup>165</sup>. Denn um in der „Welt der Politik“ bestehen zu können, „muß man eine bestimmte Sprache beherrschen und über eine bestimmte Kultur verfügen“, so der Soziologe Pierre Bourdieu<sup>166</sup>. Max Weber hatte das „soziale Prestige auf Grund des Genusses einer bestimmten Erziehung und Bildung“ als Merkmal von Beamten bezeichnet<sup>167</sup> – von dem auch die Spitzenfunktionäre des BV geprägt waren, wollten sie Gleichrangigkeit mit einem ihrer hauptsächlichen Verhandlungspartner demonstrieren. Deshalb besaß das Juristenmonopol für den höheren Staatsdienst<sup>168</sup>, mit der für Bayern charakteristischen Verbindung aus rechts- und volkswirtschaftlichen Studieninhalten, normative Funktion für die Personalstruktur von BV und Landesbauernkammer. Durch Universitätsstudium und Promotion hatten sich die „Bauerndoktoren“ die „Mitgliedschaft in einer erlesenen und angesehenen Gruppe“ erworben, um mit Bourdieu zu sprechen<sup>169</sup> – der Gruppe der hauptamtlichen Agrarelite Bayerns. Gleichwertigkeit mit der staatlichen Landwirtschaftsverwaltung war nur durch die Demonstration bürgerlicher Bildungsstandards möglich, was ihnen als Gruppe gegenüber den bäuerlichen Mitgliedern elitären Charakter verlieh. Deshalb verlief eine soziale Differenzierungslinie innerhalb des bayerischen landwirtschaftlichen Organisationswesens zwischen staatlichen Spitzenbeamten und verbandlichen Spitzenfunktionären einerseits, sowie bäuerlichen Mitgliedern und Honoratioren andererseits.

Gerade aufgrund der übereinstimmenden Sozialstruktur zwischen Spitzenfunktionären von BV und Landesbauernkammer einerseits und staatlichen Spitzenbeamten andererseits kann die Geschichte der landwirtschaftlichen Interessenvertretung in Bayern nicht als Folge von Versuchen zur Beeinflussung der staatlichen Agrarpolitik beschrieben werden. Gerade in der Zusammensetzung der Agrarelite im Umfeld des BV zeigt sich der massive Einfluss, den die staatliche Landwirtschaftsverwaltung ihrerseits auf die Interessenverbände auszuüben in der Lage war. Ihren Höhe- und Endpunkt erreichte der Einfluss der staatlichen

<sup>164</sup> Vgl. PUHLE, Innovation, 26f. Deshalb ist die Organisationsstruktur von Interessenverbänden durch die Errichtung von Parallelstellen zur staatlichen Verwaltung gekennzeichnet. Vgl. WEBER, Interessengruppen, 283f.

<sup>165</sup> Vgl. WEHLING, Willensbildung, 237f. Auch dessen Vergleich der fest besoldeten Verbandsfunktionäre der Weinbauverbände von Rheinland-Pfalz mit den Beamten der dortigen staatlichen Weinbauverwaltung ergab, daß deren leitende Beamte sich „nach Herkunft, Ausbildung und Werdegang kaum von den Verbandsgeschäftsführern unterscheiden“.

<sup>166</sup> Vgl. BOURDIEU, Mechanismen, 13f.

<sup>167</sup> Vgl. WEBER, Wirtschaft (Teilband 4), 232f.

<sup>168</sup> Zum Juristenmonopol im höheren Staatsdienst vgl. HINTZE, Beamtenstand, 51f.; BRACHER, Auflösung, 157f.

<sup>169</sup> BOURDIEU, Mechanismen, 65.

Landwirtschaftsverwaltung als Vorbild für die personelle Ausgestaltung des landwirtschaftlichen Organisationswesens in Bayern deshalb in der Errichtung der Landesbauernkammer, die als gesetzliche Berufsvertretung öffentlich-rechtlichen Charakters besonders darum bemüht war, sich eines behördlichen Auftretens zu befleißigen<sup>170</sup>. Horlacher legte Wert darauf, sich als „öffentlich-rechtlicher Beamter“<sup>171</sup> bzw. „leitender Beamter“<sup>172</sup> zu bezeichnen. Das Bemühen der Landesbauernkammer, Gleichrangigkeit mit der Ministerialbürokratie zu demonstrieren, zeigte sich auch daran, dass sich Horlacher in der gleichen Gehaltsklasse befand, wie die Staatsräte Karl Lang und Albrecht Hänlein (1875–1964)<sup>173</sup> als Amtschefs des bayerischen Landwirtschaftsministeriums<sup>174</sup>. Am 11. März 1921 war Horlacher vom Plenum der Landesbauernkammer einstimmig auf zehn Jahre fest angestellt worden. Damit wurde die Lücke bis zu der nach zehn Jahren eintretenden gesetzlichen Unkündbarkeit des Arbeitsverhältnisses geschlossen<sup>175</sup>. Nun war Horlachers Dienstverhältnis auch in dieser Hinsicht an dasjenige staatlicher Beamter angeglichen.

Vom bayerischen Landwirtschaftsministerium wurden die Bemühungen der Landesbauernkammer, sich eines gleichrangigen behördlichen Auftretens zu befleißigen, misstrauisch beobachtet – trotz oder vielmehr gerade wegen der faktischen Vorbildfunktion der staatlichen Landwirtschaftsverwaltung auf die Personalpolitik der gesetzlichen Selbstverwaltungskörperschaft der bayerischen Landwirtschaft. Als die Landesbauernkammer im Frühjahr 1927 an das Landwirtschaftsministerium die Bitte richtete, ihren Angestellten den Titel „Landwirtschaftsrat“ bzw. „Volkswirtschaftsrat“ verleihen zu dürfen, reagierte Landwirtschaftsminister Fehr reserviert. Er befürchtete eine „Schädigung der entsprechenden Staatsbeamten“, da dadurch „in der Öffentlichkeit Personen gleichgestellt werden, die nicht

---

<sup>170</sup> Darin ist ein allgemeines Merkmal öffentlich-rechtlicher Selbstverwaltungskörperschaften zu sehen. Vgl. ULLMANN, Interessenverbände, 63f.; WEBER, Interessengruppen, 240–242.

<sup>171</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 17. Januar 1930, 243f. Um ihren Mitarbeitern den Status staatlicher Beamter zu verleihen, hätte die Landesbauernkammer die „Diensttherrenfähigkeit“ besitzen müssen. Diese geht aus ihrer Stellung als Körperschaft des öffentlichen Rechts allein jedoch noch nicht hervor. Vgl. LANGKOPF, Landwirtschaftskammern, 159–165.

<sup>172</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 12. Februar 1927, 98.

<sup>173</sup> Verwaltungsbeamter, geboren am 31. Mai 1875 in Benediktbeuern, Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, Promotion im Fach Jura, seit 1899 im bayerischen Staatsdienst als Bezirksamtmann in Dillingen und Starnberg, seit 1. September 1919 im bayerischen Landwirtschaftsministerium, seit 1. November 1929 Nachfolger Langs als Staatsrat und Amtschef, Mai 1933 in den Ruhestand versetzt, gestorben am 9. Februar 1964. Zu Hänlein vgl. Wochenblatt des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern vom 24. Oktober 1929; Wochenblatt des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern vom 1. Juni 1933; STINGLWAGNER, Chronik, 75.

<sup>174</sup> Die Besoldung der Angestellten der Bauernkammern wurde in Übereinstimmung mit dem Bayerischen Beamtenbesoldungsgesetz geregelt. Horlacher kam in die Klasse XII, die Referenten eine Klasse tiefer. Für die Pensionsversicherung sorgte die Landesbauernkammer (Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 31. August 1920, 3–5). Horlacher bekam demnach ein Gehalt von 25.000 Mark jährlich (Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 2. Oktober 1920, 4f.). Am 3. Juni 1921 wurde er in die Stufe 2 der Klasse XIII befördert und verdiente damit 34.315 Mark (Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 3. Juni 1921, 140f.).

<sup>175</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 11. März 1921, 125.

mit ihnen auf eine Stufe gestellt werden können“<sup>176</sup>. Drückt sich in dieser Stellungnahme die Konkurrenz zwischen Landwirtschaftsministerium und Landesbauernkammer aus, so hatte sich die gemeinsame kommunikative Ebene zwischen staatlichen Spitzenbeamten der Landwirtschaftsverwaltung und verbandlichen Spitzenfunktionären auf der Grundlage des neuhumanistischen Bildungsideals mit der Gründung des Landwirtschaftsministeriums im Jahr 1919 bereits verschoben. In der *MAAZ* wurde es am 23. März 1919 für dringend nötig gehalten, die Verwaltungsjuristen aus der staatlichen Landwirtschaftsverwaltung zu entfernen, damit „die Landwirtschaft aus dem juristisch-bürokratischen Fahrwasser herausgeleitet wird“. Es wurde die Forderung erhoben, „die Landwirtschaft jetzt in die Hände von Fachleuten, der vorgebildeten landwirtschaftlichen Beamten und der durch die Schule von Theorie und Praxis gegangenen Landwirte und Volkswirte selbst zu legen“<sup>177</sup>. Das Juristenmonopol wurde dann in der bayerischen Landwirtschaftsverwaltung im Jahr 1922 mit der Einführung einer Staatsprüfung für den höheren landwirtschaftlichen Dienst abgeschafft<sup>178</sup>. Wenn auch die Zusammensetzung der Ministerialbürokratie im Landwirtschaftsministerium noch lange von den aus dem Innenministerium übernommenen juristisch-staatswirtschaftlich gebildeten Beamten geprägt war<sup>179</sup>, so war doch der Anfang gemacht, sie aus den Spitzenpositionen zu verdrängen und durch akademische Landwirte zu ersetzen<sup>180</sup>. Immer mehr Agrarwissenschaftler fanden Verwendung in der staatlichen Verwaltung<sup>181</sup>. Diese Entwicklung wurde nicht zuletzt dadurch begünstigt, dass es gelungen war, dem Agrarstudium durch die Einführung der Allgemeinen Hochschulreife als Voraussetzung für die Aufnahme des Studiums ein höheres Ansehen zu verleihen<sup>182</sup>. Diese Entwicklung bewirkte entsprechend der oben beschriebenen normativen Vorbildfunktion der staatlichen Landwirtschaftsverwaltung einen Wandel in der personellen Zusammensetzung der

---

<sup>176</sup> BayHStA, ML 1952, Fehr an MInn, 3. März 1927. Schließlich wurde aber der Landesbauernkammer die Verleihung des Titels „Landwirtschaftsrat“ vom Landwirtschaftsministerium genehmigt, wenn die damit bedachten Personen die Voraussetzungen für den höheren landwirtschaftlichen Lehrdienst in Bayern erfüllten. Eine Genehmigung durch das Landwirtschaftsministerium war dabei auf jeden Fall einzuholen (BayHStA, ML 1952, ML an die Landesbauernkammer, 15. März 1928).

<sup>177</sup> *MAAZ* vom 23. März 1919.

<sup>178</sup> Als Voraussetzung für die Übernahme in den höheren landwirtschaftlichen Verwaltungsdienst wurden das Abitur und ein sechssemestriges Studium der Landwirtschaft vorausgesetzt (Verordnung über den Vorbereitungsdienst und die Staatsprüfung für den höheren landwirtschaftlichen Staatsdienst einschließlich des landwirtschaftlichen Lehramts vom 27. September 1921 in: *GVBl* vom 13. Oktober 1921, 513–519).

<sup>179</sup> Laut SCHLÖGL, *Agrargeschichte*, 534f. sei die Zahl der nach der Gründung des Landwirtschaftsministeriums eingesetzten landwirtschaftlichen Fachkräfte „bedenklich gering“ gewesen. Zur anfänglichen Zusammensetzung der Ministerialbeamtschaft im bay. Landwirtschaftsministerium vgl. HAUSHOFER, *Jahrhundert*, 21–23; STINGLWAGNER, *Chronik*, 50–53; BayHStA, ML 1779.

<sup>180</sup> Der Einbruch in das Juristenmonopol gelang im höheren Dienst zunächst nicht den Agrarwissenschaftlern, sondern den Tierärzten (BayHStA, ML 3200, Verzeichnis der etatmäßigen und der mit Titel und Rang ausgestatteten Ministerialräte, 27. November 1929).

<sup>181</sup> Von den 5.310 berufstätigen Diplomlandwirten im Deutschen Reich waren 1930 bereits über 72 Prozent in der Landwirtschaftsverwaltung beschäftigt. Vgl. FRANZ, *Geschichte*, 111.

<sup>182</sup> Vgl. BÖHM, *Geschichte*, 15–17; FRANZ, *Geschichte*, 110f. Für Bayern vgl. STAHLER, *Weihenstephan*, 96–99; HILZ, *Weihenstephan*, 148f.

Führungspositionen im landwirtschaftlichen Organisationswesen<sup>183</sup>. 1955 erschien es bereits bemerkenswert und erklärungsbedürftig, dass Horlacher und Hermes „Bauernführer geworden sind, ohne jemals Bauer gewesen zu sein“<sup>184</sup>. Es zeugt mehr von einem ständischen Verständnis der Landwirtschaft, wenn Heinrich Muth in seinem Büdinger Vortrag über „Die Führungsschichten der Bauernverbände“ 1971 einiges Unbehagen an der fehlenden landwirtschaftlichen Ausbildung der Agrarelite vor 1933 zeigte. Dies versuchte er zu beruhigen, indem er die unbegründete Behauptung von deren bäuerlicher Abstammung aufstellte: „Sie rekrutierten sich durchweg aus Bauernsöhnen, die das Gymnasium und die Universität besucht hatten und ihr Fachwissen mit den familiären Bindungen zum Bauerntum verbanden.“<sup>185</sup> Die geschichtliche Realität lehrt indes das Gegenteil: Dies war bei solch prominenten Agrarfunktionären wie Heim und Horlacher nicht der Fall.

### 3. Der „junge Mann des Dr. Heim“ – Horlacher als Protégé Heims

Als Horlacher zum „geschäftsführenden Direktor“ der Landesbauernkammer gewählt wurde, titulierte ihn die Bauernbundszeitung *Landauer Volksblatt* hämisch als den „auf dem Regensburger Himmel aufgehenden Stern“<sup>186</sup>. Damit wurde Horlacher als Angehöriger des engsten Kreises um Heim gekennzeichnet, dessen Wohnsitz sich in Regensburg befand. Als der bündlerische Landwirtschaftsminister Wutzlhofer von Horlacher und Schlittenbauer wegen der Fortführung der Getreideumlage scharf angegriffen wurde, wurden sie im *Landauer Volksblatt* mit beißendem Spott zur Übernahme des Landwirtschaftsministeriums aufgefordert, denn sie seien „als Schüler Dr. Heims jedenfalls doch Männer vom Fach, die die ganze Welt kennen dürften und noch sieben Dörfer dazu, immer genau wissen, wie die Geschichte zu machen gewesen sei“<sup>187</sup>. Dabei war das *Landauer Volksblatt* der Ansicht, dass Heim von diesen „drei Größen der Klügere“ sei<sup>188</sup>. Für die sozialdemokratische *Fränkische Tagespost* war Horlacher der „junge Mann des Dr. Heim, der nichts weiter zu tun hat, als die Geschäfte seines Herrn in München wahrzunehmen“<sup>189</sup>. Von Gandorfer wurde Horlacher als die „Grammophonplatte des Dr. Heim“ bezeichnet<sup>190</sup>. Die sozialdemokratische *Münchner Post* war der Ansicht, dass Heim in Horlacher einen „allzeit willigen Sachwalter“ besitze. Angesichts des Gesundheitszustandes des 57jährigen Georg Heim und der gegen Landwirtschaftsminister Wutzlhofer gerichteten agrarpolitischen Rührigkeit des 34jährigen

<sup>183</sup> Vgl. Kapitel X.

<sup>184</sup> PRITZKOLEIT, Hermes, 257.

<sup>185</sup> MUTH, Führungsschichten, 305f.

<sup>186</sup> *Landauer Volksblatt* vom 8. September 1920. Im *Landauer Volksblatt* vom 10. Juni 1922 wurde Horlacher abermals als „der aufgehende Stern von der Donau – (von Dr. Heims Gnaden)“ bezeichnet.

<sup>187</sup> *Landauer Volksblatt* vom 10. Juni 1922.

<sup>188</sup> *Landauer Volksblatt* vom 10. Juni 1922.

<sup>189</sup> *Fränkische Tagespost* vom 16. März 1923.

<sup>190</sup> Gandorfer im Wirtschaftsausschuss des bayerischen Landtages zit. nach MP vom 8./9. April 1922.

Horlacher stellte sie sich am 7. Juni 1922 die Frage: „Am Ende wird Horlacher noch Bauernkönig und Minister?“<sup>191</sup>

In der Auffassung der Zeitgenossen hing Horlachers politische Karriere von der Überfigur des von der liberalen *Frankfurter Zeitung* zum „ungekrönten König Bayerns“<sup>192</sup> erhobenen Heim ab. Dies entsprach der in der Öffentlichkeit kolportierten Vorstellung der Beziehung zwischen Heim und seinen Mitarbeitern. Selbst ein versierter Agrarpolitiker und erfolgreicher Organisator wie der Bauernvereinsgeneralsekretär Sebastian Schlittenbauer wurde von dem Landeshistoriker Karl Bosl als „schwacher Statthalter“ Heims bezeichnet<sup>193</sup>. Deshalb urteilte die *Frankfurter Zeitung* nach dem Ausscheiden Heims abschätzig über dessen Gefolge: „Was aber die Bayerische Volkspartei nach dem Ausscheiden der Alten bekam, das ist mittleres Material, das kaum über taktische Geschicklichkeit hinauskommt und weder den starken Willen noch die urwüchsige Kraft noch den umfassenden politischen Blick noch die rasche Entschlußfähigkeit Heims besitzt.“ Immerhin kam die *Frankfurter Zeitung* zu einem versöhnlichen Urteil, was die Entwicklungsfähigkeit der jüngeren Politiker der BVP betraf: „Mögen die heutigen Führer der Bayerischen Volkspartei kleineren Formats als Heim sein, sie sind jünger, geschmeidiger, die Vergangenheit bindet sie schwächer, und die Gegenwart predigt allzu eindringlich.“<sup>194</sup>

Heim war eine auffallende Erscheinung. Er wurde als jähzornig, empfindlich und nachtragend beschrieben<sup>195</sup>. Aufgrund seines Charismas und der in seinem Umfeld gebotenen Karrieremöglichkeiten übte er eine starke Anziehungskraft auf karrierebewusste junge Akademiker aus. Dabei führte er über seine Mitarbeiter ein patriarchalisches Regiment. Er konnte keinen Widerspruch dulden und besaß einen ausgeprägt autoritären Führungsstil<sup>196</sup>. Von seinen Mitarbeitern erwartete er die gleiche selbstzerstörerische Arbeitsleistung, die er sich selbst abverlangte<sup>197</sup>. Er war pedantisch darauf bestrebt, über alles informiert zu werden und wollte die letzte Entscheidung auch in Kleinigkeiten treffen<sup>198</sup>. Respektvoll wurde der „gestrenge Herr Chef und Direktor“ und „väterliche Freund seiner jungen Leute“ von seinem Mitarbeiter Georg Kropp „Vatter“ genannt<sup>199</sup>. Valentin Fröhlich bezeichnete ihn

<sup>191</sup> MP vom 7. Juni 1922.

<sup>192</sup> *Frankfurter Zeitung* vom 13. Oktober 1927.

<sup>193</sup> Karl Bosl zit. nach HÖPFINGER, *Gründung*, 195.

<sup>194</sup> *Frankfurter Zeitung* vom 13. Oktober 1927.

<sup>195</sup> Klier berichtet von zahlreichen Zornesausbrüchen Heims (KLIER, *Tagebuch*, 146–150). Zwischen Heim und Schlittenbauer kam es zu offenen Feindseligkeiten, als dieser den bayerischen Landwirtschaftsminister Fehr (BBB) zu dem vom Bayerischen Christlichen Bauernverein ausgerichteten Deutschen Bauerntag einlud. Vgl. KLIER, *Tagebuch*, 127–129; ferner FRIEMBERGER, *Schlittenbauer*, 77.

<sup>196</sup> Vgl. RENNER, Heim (1961), 169; KROPP, *Schilderungen*, 10–12.

<sup>197</sup> Nachdem sich Heim nach längerer Beobachtung entschieden hatte, Josef Singer in die LZG zu übernehmen, urteilte er: „Von Charakter und Können, wie ich glaube, ist er ein Mann, der Zukunft bietet. Er ist arbeiten gewöhnt“ (StadtA Regensburg, NL Heim 210, Heim an Angerpointner, 3. Juli 1922).

<sup>198</sup> Vgl. KLIER, *Tagebuch*, 57.

<sup>199</sup> KROPP, *Schilderungen*, 10–12.

schwärmerisch als einen der „Sterne an meinem Jugendhimmel“<sup>200</sup>. Auch Bauernvereinsfunktionäre, deren Karriere wie diejenige Hundhammers nicht unmittelbar auf der Förderung durch Heim gründeten<sup>201</sup>, verehrten ihn als Vorbild<sup>202</sup>. Durch Charisma, Karrierechancen und patriarchalischen Führungsstil wirkte Heim integrierend auf seine Mitarbeiter. Dies bewirkte, dass sich unter ihnen ein Zusammengehörigkeitsgefühl entwickelte, das auch von der Öffentlichkeit erkannt wurde. So wurden die Mitarbeiter, die er in seiner Ansbacher Zeit zur Unterstützung der Geschäftsführung der Bauernvereinsgenossenschaften um sich geschart hatte, von den Ansbachern als „Kompagnie Heim“ bezeichnet, selber nannten sich die erwachsenen jungen Männer im Alter zwischen 18 und 25 Jahren „Heims Buben“<sup>203</sup>. Stolz wies Schlögl lange nach dem Tode Heims im Jahr 1938 im Landesausschuss der CSU im Sommer 1955 darauf hin, Horlacher sei „genau so Schüler von Dr. Heim wie ich“<sup>204</sup>. Horlacher selbst sprach stets mit Respekt, Anerkennung und Bewunderung von Heim<sup>205</sup>.

Angesichts der dauerhaften Verehrung, die Heim von seinen Mitarbeitern auch noch nach seinem Tode entgegengebracht wurde, ist es unrichtig, wenn der *Miesbacher Anzeiger* nach Heims Sturz als Präsident der Landesbauernkammer behauptete, „daß Dr. Heim selbst alles verhindert hat, was einen geeigneten Nachfolger und Fortführer seiner Bauernpolitik hervorgebracht hätte. Denn jeder geistig befähigte Mensch, der irgendwann einmal in die Werkstatt Dr. Heim eingestellt wurde, hat über kurz oder lang wieder ausscheiden müssen und zwar fast immer in Formen, die ihn zu einem erbitterten und unversöhnlichen Feind des bayerischen Bauern doktors machten.“<sup>206</sup> So fürsorglich sich Heim aber seinen Mitarbeitern gegenüber zu verhalten bereit war, so sehr erwartete er, dass ihm Loyalität entgegengebracht wurde. Heim verlangte von seinen Mitarbeitern Gefolgschaftstreue. Als sich Wittwer, Horlachers Stellvertreter im Büro der Landesbauernkammer, gegenüber den Werbeversuchen des Bundes der Landwirte allzu entgegenkommend gezeigt hatte, reagierte Heim geradezu beleidigt. Empört wies Heim darauf hin, „daß Dr. Wittwer es mir verdankt, was er heute ist“. Ursprünglich ein „armes Redakteurchen“, sei er nur aufgrund seiner „damals wohl ausschlaggebenden Unterstützung“ in das Büro der Landesbauernkammer aufgenommen

<sup>200</sup> Fröhlich zit. nach Bayerischer Bauernvereins-Kalender 26 (1931), 105.

<sup>201</sup> Obwohl angesichts der Quellenlage nur ein vages Urteil über das Verhältnis zwischen Heim und Hundhammer möglich sei, vermutet BRAUN, Existenz, 137, dass die Beziehungen nicht so eng gewesen seien, wie gemeinhin angenommen, da bis 1929 kein Schriftwechsel zwischen Heim und Hundhammer nachweisbar ist. Nichtsdestotrotz wurde Hundhammer am 13. Oktober 1927 deswegen zum Stellvertretenden Generalsekretär des BV berufen, um einen Gefolgsmann Heims als Gegengewicht gegen den ehrenamtlichen Generalsekretär Schlittenbauer zu installieren, mit dem Heim aus persönlichen Eifersüchteleien damals zerstritten war (Vgl. BRAUN, Existenz, 51).

<sup>202</sup> Vgl. BRAUN, Existenz, 136.

<sup>203</sup> KROPP, Schilderungen, 10–12.

<sup>204</sup> ACSP, LGF-LA, Sitzung des Landesausschusses der CSU am 4./5. Juni 1955.

<sup>205</sup> Mündliche Auskunft von Hellmut Horlacher.

<sup>206</sup> Miesbacher Anzeiger vom 13. Juni 1925 zit. nach Landauer Volksblatt vom 17. Juni 1925.

worden. Er bestand deshalb darauf, Wittwer zu bestrafen, da er der Ansicht war, dass „empfangene Gefälligkeiten“ verpflichteten<sup>207</sup>.

Das Verhältnis, das Horlacher zu seinem Mentor Heim unterhielt, war zwar nicht frei von Konflikten<sup>208</sup>, aber Horlacher war klug genug, die Gefolgschaft zu leisten, die Heim von ihm erwartete. In Konfliktsituationen war er bereit, gegenüber Heim nachzugeben<sup>209</sup>. Zwischen Heim und dem 23 Jahre jüngeren Horlacher herrschte eine Art Symbiose. Horlacher fungierte als Heims Verbindungs- und Vertrauensmann in die Landtags- und die Reichstagsfraktion der BVP. Niemals waren Heim und Horlacher gleichzeitig Mitglied einer Fraktion. Heim bat Horlacher um Informationen<sup>210</sup>, gab ihm Ratschläge und seinerseits sachliche Informationen<sup>211</sup>, lobte ihn wegen einer Zollrede im Reichstag<sup>212</sup> oder kritisierte ihn wegen des mangelnden taktischen Geschicks in der Reichstagsfraktion: „Da fehlt es etwas an der Regie. Ihr meint immer, wenn Ihr es wisst, dann weiss es die ganze Welt, dann meinen die Bauern wir wären die Schuldigen und hätten nichts getan. Also mehr Beweglichkeit und mehr Regie. Vor allem ist auch notwendig, Anträge zu stellen, auch dann wenn sie keinen Erfolg haben. Dann haben wir wenigstens unsere Schuldigkeit getan.“<sup>213</sup> Dabei freute sich Heim über politische Erfolge seines Zöglings, dadurch sah er sich selbst bestätigt<sup>214</sup>. Insgesamt hatte er eine hohe Meinung von Horlachers agrarpolitischen Kenntnissen<sup>215</sup> und seinen organisatorischen Fähigkeiten als Kammerdirektor<sup>216</sup>. Ziemlich bald schon sah Heim in Horlacher einen „Kollegen“<sup>217</sup>. Trotzdem blieb in der inner- und außerverbandlichen Wahrnehmung stets ein Rangunterschied zwischen Heim und Horlacher bestehen, wie es Heims Sekretär Albert Herzog im Jahr 1931 deutlich machte: „Im Kampf um den Schutzzoll hat unser Vorstandsmitglied Dr. Heim mit an der Spitze den Weg zur Erreichung des Zieles gewiesen; der von unserem Verein gestellte Dr. Horlacher hat im Reichstag hervorragenden

<sup>207</sup> StadtA Regensburg, NL Heim 1225, Heim an Otto Weickmann, 14. Juni 1925.

<sup>208</sup> Am 23. Juni 1922 bekannte Heim vor dem Plenum der Landesbauernkammer, dass er mit Horlacher „wohl schon sehr viel gerauft habe, daß es aber in der letzten Zeit sehr gut gegangen ist, (Heiterkeit) und ich möchte nur bitten, daß es in der Weise weitergeht wie bisher“. Der Grund für die Auseinandersetzungen wird nicht genannt (Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 23. Juni 1922, 137).

<sup>209</sup> Am 23. Juni 1922 stellte Horlacher im Plenum der Landesbauernkammer den Antrag, Heims Versammlungsleitung gewissen Regeln zu unterwerfen. Nachdem Heim dagegen protestierte, noch bevor der Antrag überhaupt verlesen werden konnte, zog Horlacher seinen Antrag zurück (Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 23. Juni 1922, 149f.).

<sup>210</sup> StadtA Regensburg, NL Heim 2608, Heim an Horlacher, 7. November 1927.

<sup>211</sup> StadtA Regensburg, NL Heim 2608, Heim an Horlacher, 26. Januar 1925; StadtA Regensburg, NL Heim 2608, Horlacher an Heim, 7. Oktober 1930.

<sup>212</sup> StadtA Regensburg, NL Heim 2608, Heim an Horlacher, 30. Juni 1925.

<sup>213</sup> StadtA Regensburg, NL Heim 2608, Heim an Horlacher, 18. März 1925.

<sup>214</sup> Am 12. Juli 1923 meinte Heim in der Landesbauernkammer, Horlacher habe sich auf dem Gebiet der Steuerfrage „eine gewisse Autorität verschafft. Das freut mich von ganzem Herzen. Ich sehe aus der Publikation anderer landwirtschaftlicher Organisationen, daß auf die Mitteilungen unserer Literatur sehr häufig Bezug genommen wird“ (Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 12. Juli 1923, 239).

<sup>215</sup> StadtA Regensburg, NL Heim 908, Heim an Fröhlich, 21. Juni 1933.

<sup>216</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 3. Februar 1922, 43.

<sup>217</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 6. Oktober 1922, 175.



Anteil an diesen Erfolgen gehabt.“<sup>218</sup> Heim sollte nach außen derjenige sein, der die Richtung vorgab, für deren Umsetzung hatte Horlacher die Verantwortung zu übernehmen.

Aber mit wachsender politischer Erfahrung als Parlamentarier scheint Horlacher diese Rolle zu eng geworden zu sein. Nach Heims Sturz vom Präsidium der Landesbauernkammer und seiner fast völligen Erblindung ist zwischen 1925 und 1929 kein Briefwechsel zwischen Horlacher und Heim überliefert. Nachdem Heim nach seiner teilweisen Genesung ab 1928 wieder aktiver in das politische Geschehen eingriff<sup>219</sup>, war Horlacher nicht mehr bereit, sich Heim kritiklos unterzuordnen. Heims Anfragen besaßen für Horlacher nicht mehr oberste Priorität. Es kam vor, dass er dessen Anfragen mehrere Wochen liegen ließ, um drängendere Probleme zu bearbeiten<sup>220</sup>. Er scheint ihm auch aus dem Weg gegangen zu sein, worüber sich Heim in einem Brief an Horlacher am 10. September 1930 beklagte: „Lieber Horlacher! Du bist zwar fortgesetzt in meiner weiteren Umgebung, ich bekomme Dich aber nicht zu sehen.“<sup>221</sup> An dieser Klage zeigt sich, dass es sich bei der politischen Beziehung zwischen Heim und Horlacher tatsächlich um eine Symbiose handelte, von der beide profitierten und die beide nicht aufgeben wollten.

#### 4. Der „Bauernführer“ – Horlachers soziales Selbstverständnis

Horlacher fühlte sich den Bauern sozial überlegen. Seine beamtengleiche berufliche Stellung und vor allem seine akademische Ausbildung verhalfen Horlacher zu einem sozialen Selbstbewusstsein, das ihn in seiner Selbstsicht über die bäuerliche Mehrheit der Kammerangehörigen hinaushob. Kennzeichnend dafür ist ein kleiner fingierter Dialog, den sich Horlacher einfallen ließ, um die Mitglieder der Landesbauernkammer von der Einführung der Hagelzwangsversicherung zu überzeugen. Ein durch Hagel geschädigter, aber nicht versicherter Bauer habe sich hilfeschend an ihn gewandt: „Sorgen Sie dafür, daß ich etwas bekomme; ich bin ruiniert und gehe zugrunde.“ In seiner fingierten Antwort gab sich Horlacher jovial und herablassend: „Ich kann dir nicht helfen; du bist nicht versichert, du kannst höchstens billiges Holz usw. bekommen, aber auch das wird schwer halten.“<sup>222</sup> Besonders kennzeichnend für das akademische Selbstbewusstsein der Agrarfunktionäre im Umfeld des BV ist ein Konflikt zwischen Brügel und Schlittenbauer, der vor dem Plenum der Landesbauernkammer zur Entscheidung mit der „kommentmäßigen Waffe“ der Akademiker und Offiziere zu eskalieren drohte, wovon Heim warnte. Er selbst wollte dieser „kleinen Kaste deutscher Staatsbürger“ nicht mehr angehören: „Ich habe ihr einmal angehört, das kann ich

<sup>218</sup> HERZOG, Bauernverein, 20.

<sup>219</sup> StadtA Regensburg, NL Heim 2608, Heim an Horlacher, 12. November 1929.

<sup>220</sup> StadtA Regensburg, NL Heim 2608, Horlacher an Heim, 7. Oktober 1930.

<sup>221</sup> StadtA Regensburg, NL Heim 1013, Heim an Horlacher, 10. September 1930.

<sup>222</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 14. Februar 1923, 221f.

nicht leugnen, weil ich die Beweise davon in meinem Gesicht, auf meiner Brust und auf meinen Beinen trage. Aber unsere bäuerlichen Mitglieder sind nicht satisfaktionsfähig.“<sup>223</sup>

Auch Horlacher fühlte sich zeitlebens studentischen Traditionen verbunden, die er im Altherrenverband seiner Studentenverbindung KDSStV Langobardia pflegte. Als deren Philistersenior bemühte er sich, der Jugend die akademischen Bräuche zu vermitteln<sup>224</sup>. Die lebenslange Pflege studentischer Traditionen durch Horlacher stellte einen wesentlichen Aspekt seines großbürgerlichen und repräsentativen Lebensstils dar, für den seine Einkünfte kaum ausreichten<sup>225</sup>. Er gab Empfänge in seiner Privatwohnung, die entsprechend hochwertig ausgestattet war<sup>226</sup>. Ab April 1928 wohnte er in einem „vornehmen Hause“<sup>227</sup> in der Lamontstraße in Bogenhausen<sup>228</sup>. Horlacher demonstrierte Wohlstand, und man sah es ihm an. War er zu Beginn seiner Tätigkeit als Direktor der Bayerischen Landesbauernkammer noch sportlich und drahtig, zeigt ihn ein Familiengruppenbild anlässlich einer Sommerfrische in Bernau am Chiemsee zehn Jahre später neben seiner modisch gekleideten, hübschen Frau als außergewöhnlich dicken Mann mit weichen Gesichtszügen<sup>229</sup>. Nachdem sich seine berufliche Stellung durch die Berufung zum Direktor der Landesbauernkammer konsolidiert hatte, hatte er am 18. November 1920 die um zwölf Jahre jüngere Wirtstochter Elisabeth Rose aus dem Münchner Lehel geheiratet<sup>230</sup>. Die Aufgaben seiner Ehefrau konzentrierten sich auf die Überwachung der Kindererziehung und der Haushaltsführung. Für die tatsächliche Ausführung beider Aufgaben war Dienstpersonal vorhanden<sup>231</sup>. Horlachers bevorzugter Aufenthaltsraum in seinem Heim war sein Arbeitszimmer, wo er umgeben von Landschaftsbildern der Münchner Schule des 19. Jahrhunderts bei geschlossenen Fenstern Virginia-Zigarren rauchend über seinen Akten saß<sup>232</sup>. In regelmäßigen Sommerfrischen erholte er sich. Die Erinnerungsfotos wurden sorgfältig in repräsentativen Fotoalben aufbewahrt<sup>233</sup>.

<sup>223</sup> Sten. Ber. Bay, Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 26. November 1925, 94.

<sup>224</sup> Horlacher wollte als Philistersenior dafür sorgen, „daß eine bestimmte Tradition mit Rücksicht auf die Grundsätze der Verbindung gewahrt wird“ (Archiv der KDSStV Langobardia Bayreuth, Korrespondenzblatt des Philisterversains Langobardia vom Oktober 1927). Nach dem Zweiten Weltkrieg soll er seiner Verbindung jedoch „fremd“ geworden sein, meinte der Philistersenior der KDSStV Langobardia am Grabe Horlachers (BayHStA, NL Horlacher 1.9, Rede von Rechtsanwalt Dr. Ritter am Grab von Michael Horlacher, 15. Oktober 1957).

<sup>225</sup> Mündliche Auskunft von Hellmut Horlacher.

<sup>226</sup> Mündliche Auskunft von Hellmut Horlacher.

<sup>227</sup> StA München, Polizeidirektion München 15563, Dossier des Polizeibezirks Bogenhausen über Michael Horlacher vom 16. März 1935.

<sup>228</sup> StadtA München, PMB Michael Horlacher.

<sup>229</sup> PrivatA Wittmann, Fotoalben.

<sup>230</sup> AEM, Matrikeln der Römisch-katholischen Pfarrei Sankt Anna in München, Traungsbuch 1916–1923. Elisabeth Rose wurde am 21. Januar 1900 als viertes Kind von Ludwig und Maria Rose geboren. Ludwig Rose war ein lutherischer Schankkellner aus Sachsen, der in München wohl aufgrund des rasanten Aufschwungs des Hotel- und Gaststättengewerbes um die Jahrhundertwende Arbeit gefunden hatte und dort zum Katholizismus konvertiert war. Maria Rose war eine unehelich geborene Bauerntochter aus Parsberg/Oberbayern (StadtA München, PMB Ludwig Rose).

<sup>231</sup> Mündliche Auskunft von Hellmut Horlacher.

<sup>232</sup> Mündliche Auskunft von Hellmut Horlacher.

<sup>233</sup> PrivatA Wittmann, Fotoalben.

Damit unterschied sich Horlachers soziales Bewusstsein grundlegend von dem betriebsbezogenen Bewusstsein der Bauern, das in der Identität von Familie und Betrieb gründete. Privatsphäre gab es bei diesen kaum. Die Hausgemeinschaft war geprägt vom Zusammenleben mit Altenteilern, unverheirateten Geschwistern und Diensthöten. Die Bauern waren Familienoberhäupter und Betriebsleiter gleichermaßen. Freizeit vollzog sich im Rahmen kirchlich geprägter dörflicher Öffentlichkeit. Ein vom Besitz abgeleitetes Statusdenken wies den einzelnen Bauern ihren Platz in der dörflichen Gemeinschaft zu, deren Grenzen kaum überschritten wurden. Das soziale Bewusstsein der Bauern war deshalb geprägt von einer kaum vorhandenen Distanz zum Gegenstand ihrer beruflichen Tätigkeit. Es mangelte ihnen an der Fähigkeit, agrarpolitische Probleme von den eigenen Lebens- und Arbeitsverhältnissen zu abstrahieren. Dies ergab eine betriebsbezogene Denkstruktur, worin sich eher unternehmerisch-kapitalistisch denkende Landwirte von den Bauern kaum unterschieden<sup>234</sup>. Unfähig, die sozioökonomischen Grundlagen agrarpolitischer Probleme zu erkennen, tendierten die politischen Ansprüche der Landwirte deshalb dazu, sich in einer Fülle von teilweise kaum zusammenhängenden, konkreten Detailforderungen zu erschöpfen. Dies zeigte sich, als der Landwirt Balthasar Eichner in der Landtagsdebatte um den Landwirtschaftsetat am 23. April 1923 das Wort für die BVP ergriff. Er beklagte die hohen Diensthötenlöhne und die hohen Preise für Schmieröle und Kunstdünger, er mahnte die seiner Meinung nach zu niedrigen Kartoffelpreise an, er sprach über die Butterbörse und machte Vorschläge zur Verbesserung des Viehhandels. Eine minutiöse Aufzählung konkreter, noch der Lösung harrender Probleme ersetzte die wirtschaftspolitische Analyse. Er war nicht in der Lage, ein konzises Agrarprogramm aufzustellen. Eichner berichtete schlicht aus seiner praktischen Tätigkeit als Landwirt<sup>235</sup>. Horlacher dagegen hob am nächsten Tag zu einer groß angelegten agrarpolitischen Rede an. Er nutzte die Gelegenheit der Etatdebatte, um ein agrarpolitisches Programm zu entwerfen, welches die Notwendigkeit zur Ernährung der Bevölkerung zur Legitimation wirtschaftsegoistischer agrarischer Forderungen anführte, wobei er die Landwirtschaft ideologisch zur „Stütze der Staatsautorität“ erhob<sup>236</sup>.

Die soziale Distanz, die Horlacher trotz aller jovialen Rhetorik tatsächlich zu den Bauern hielt, gründete vor allem in seiner beamtengleichen beruflichen Stellung. Nach Max Weber war die soziale Stellung sowohl der staatlichen wie der privaten Beamten in der Selbst- und Fremdwahrnehmung durch die „gehobene, ‚ständische‘ soziale Schätzung“ geprägt, die ihnen nicht zuletzt aufgrund der „Kostspieligkeit der vorgeschriebenen

---

<sup>234</sup> Zum sozialen und ökonomischen Bewusstsein von Bauernfamilien vgl. HILDENBRAND, Bauernfamilien, 57–64; PLANCK, Bewusstseinslagen, 78–80; WALZ, Agrarpolitik, 141; NABMACHER – RUDZIO, Parteiensystem, 127–142; ANZENBERGER-MEYER, Bedingungen, 108–191; ZIEMANN, Front, 315f.; ZIMMERMANN, Dorf, 242; zur Stabilität dieser dörflichen sozialen Strukturen in Bayern trotz der zunehmenden Kontakte zwischen Stadt und Land über den Zweiten Weltkrieg hinaus vgl. EICHMÜLLER, Landwirtschaft, 34–39.

<sup>235</sup> Verh. d. Bay. Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 8, Sitzung am 25. April 1923, 168–174.

<sup>236</sup> Verh. d. Bay. Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 8, Sitzung am 26. April 1923, 210–219.

Fachbildung“ entgegengebracht wurde<sup>237</sup>. Damit ist die akademische Ausbildung als prägendes Element für Horlachers soziales Bewusstsein genannt. Denn die akademische Lehrzeit „initiiert den Neuling in Fühlweisen, genauso wie in Seh-, Verstehens- und Handlungsweisen“<sup>238</sup> einer durch die akademische Ausbildung definierten Gruppe – im Falle Horlachers der Angehörigen der „jüngeren historischen Schule“ der deutschen Nationalökonomie. Die soziale Distanz zur bäuerlichen Landwirtschaft konnte kaum größer sein. Er betrieb Agrarpolitik nicht aufgrund existentieller Betroffenheit, sie war für ihn Gegenstand intellektueller Betätigung – von einer gehobenen sozialen Stellung aus, die ihm durch akademische Bildung und beamtengleiche Stellung verliehen wurde.

Horlachers agrarpolitische Gesprächspartner saßen in den Amtsstuben der Ministerialbürokratie und in den Redaktionsstuben der Zeitungen, nicht jedoch in den Bauernhäusern auf den Dörfern. Die von Horlacher verantworteten *Mitteilungen der Bayerischen Landesbauernkammer* richteten sich ohnehin nicht an den gewöhnlichen Landwirt, sondern an die „maßgeblichen Persönlichkeiten der Landwirtschaft“<sup>239</sup>. Dementsprechend sind Horlachers Selbstbezeichnungen als „Bauernführer“<sup>240</sup> und „Führer des Landvolks“<sup>241</sup> wörtlich zu nehmen. Stets wehrte Horlacher Versuche ab, seine parlamentarische Tätigkeit einem imperativen Mandat der Kammermitglieder zu unterwerfen. Am 7. Oktober 1924 gab er deshalb gegenüber dem Plenum der Landesbauernkammer gereizt zu bedenken, „daß die deutsche Landwirtschaft die Taktik, mit der ihre politischen Vertreter zu operieren haben, diesen politischen Vertretern selbst zu überlassen hat“<sup>242</sup>. Aus seinem akademisch-bürokratischen Selbstbewusstsein heraus lehnte er bäuerliche Protestkundgebungen als ungehörige Einmischungsversuche ab. Als sich die Unzufriedenheit der Bauern mit den existenzbedrohenden Erzeugerpreisen in der seit 1928 währenden Agrarkrise auf die parlamentarischen Vertreter der Landwirtschaft übertrug und in mehreren Protestversammlungen entlud, stellte Horlacher im „Großen Wirtschaftsausschuß der bayerischen Landwirtschaft“ am 28. September 1929 empört fest, er sei „selber Träger des Willens der Bauernschaft und nicht bloß der Kritik draußen“<sup>243</sup>. Er „arbeite seit Jahrzehnten für die Landwirtschaft und auf Grund seiner persönlichen Erfahrungen müsse er sagen, – auch andere werden das an sich feststellen, – daß man sich in einem Zustande befinde, der mit der Zeit ermüdend oder lähmend wirken oder andererseits zu Entschlüssen hinreißen müsse, die man letzten Endes vielleicht selber nicht billige. Die Bauernschaft möge daraus den Schluß

<sup>237</sup> Vgl. WEBER, Wirtschaft (Teilband 4), 161.

<sup>238</sup> Vgl. DASTON, Wunder, 159.

<sup>239</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 3. Juni 1921, 131–139.

<sup>240</sup> HORLACHER, Augen (1946), 306.

<sup>241</sup> Sitzung des Landesausschusses der CSU am 3. Januar 1947, in: Die CSU 1945–1948, 973.

<sup>242</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 7. Oktober 1924, 385.

<sup>243</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung des Großen Wirtschaftsausschusses zur Einigung der Bayerischen Landwirtschaft vom 28. September 1929, 13.

ziehen, daß die Lage ihrer Führerschaft eine durchaus ernste ist.“<sup>244</sup> Deshalb stellte er resigniert fest: „Das, was verhindert worden sei, werde eben nicht anerkannt und das verleihe einem die Arbeit für die Landwirtschaft so sehr. Bei anderen Berufskreisen sei das ganz anders. Da werde auch bei großer Notlage wenigstens anerkannt, was verhindert wurde. Hier aber werde nur darnach gefragt, was nicht erreicht wurde. Wenn verhindert wurde, daß der Getreidepreis noch weiter herabglitt, so sei das immerhin etwas und verdiene Anerkennung.“<sup>245</sup> Die Bauern sollten Horlacher Gefolgschaft leisten, und sich der Kritik enthalten. So forderte er, dass „der Bauer [...] bei seiner Kritik Halt macht vor dem, was für ihn geschaffen wurde und was für ihn nützlich sein soll“<sup>246</sup>. Unzufriedenen Allgäuer Milchbauern riet er, „Vernunft zu wahren und das Maul zu halten, zusammenzustehen und nicht gegen ein gesundes Preissystem zu verstoßen“, wodurch er einen Tumult heraufbeschwor<sup>247</sup>. Dabei erwies er sich als gelehriger Schüler Heims, wenn er erklärte: „Wenn die Landwirtschaft einmal auf solche Leute angewiesen ist, die auf das ‚Draußen‘ Rücksicht nehmen, dann ist sie verloren. (Zustimmung.) Ich will Führer sein und nicht Geschobener, (bravo!) nach meinem Gewissen handeln und nach sonst nichts anderem.“<sup>248</sup>

Im Selbstbewusstsein seiner akademischen Bildung und seiner beamtenähnlichen Stellung trat er den Bauern gegenüber fürsorglich und erzieherisch auf. Am 26. November 1925 beklagte er sich im Plenum der Landesbauernkammer über die angebliche politische Gleichgültigkeit der Bauern, „daß ein großer Teil von ihnen in der furchtbar ernsten Lage, in der sie sich befinden, völlig apathisch und gleichgültig geworden ist. Sie haben gar kein Interesse mehr, den Selbstschutz ihrer Interessen in die Hand zu nehmen. Aber es ist unsere Pflicht, die Leute darauf hinzuweisen, daß sie das unter allen Umständen tun müssen. Ich weiß ja, der Bauer schreibt ungern. Hat er sich nun wiederholt mit Stundungs- und Nachlaßgesuchen an die Finanzbehörden gewendet und ist er schlecht behandelt worden, dann verliert er ganz den Mut.“<sup>249</sup> Dabei war Horlacher bereit, aus erzieherischen Gründen auf Zwang zu setzen. Im Wirtschaftsausschuss des Bayerischen Landtages am 24. Juli 1923 sprach sich Horlacher für die Einführung einer Baunotversicherung aus. Er betonte, „daß man eine Reihe von Versicherungsnehmern durch gelinden Druck dazu zwingen müsse, sich die Wohltaten dieser Einrichtung zu eigen zu machen“. Denn auch „für denjenigen, der schwer um seine Existenz ringt, sei es besser, das wenige, das er habe, entsprechend versichern zu lassen“<sup>250</sup>. Dementsprechend sprach er sich am 5. Februar 1924 gegen einen Antrag des BBB

<sup>244</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung des Großen Wirtschaftsausschusses zur Einigung der Bayerischen Landwirtschaft am 28. September 1929, 4.

<sup>245</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung des Großen Wirtschaftsausschusses zur Einigung der Bayerischen Landwirtschaft vom 28. September 1929, 13.

<sup>246</sup> HORLACHER, Einführung (1951), 169f.

<sup>247</sup> Der Allgäuer vom 31. August 1950.

<sup>248</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 6. Oktober 1922, 178f.

<sup>249</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 26. November 1925, 87–89.

<sup>250</sup> BayHStA, Bayerischer Landtag, Ausschuß für Aufgaben wirtschaftlicher Art, Sitzung am 24. Juli 1923.

auf Aufhebung der Schlachtviehwangsversicherung aus<sup>251</sup>. Obwohl sich die Mehrheit der Kreisbauernkammern gegen die Einführung einer Hagelzwangsversicherung ausgesprochen hatte, appellierte Horlacher am 14. Februar 1923 im Plenum der Landesbauernkammer dafür. Die Hagelzwangsversicherung sei eine Maßnahme, „die eigentlich nur den Namen ‚Zwang‘ hat, aber in der Sache nicht verdient“. Deshalb schlug er vor, den Begriff „Gemeinschaftsversicherung“ zu verwenden, ohne auf die Tatsache des Zwanges zu verzichten: „Heute stehen außerordentliche Werte auf dem Spiel und wenn da ein Mann aus Unklugheit nicht versichert ist, hat doch die bayerische Landwirtschaft die Verpflichtung, für diejenigen Kollegen, die das nicht einsehen, die Sorge mitzuübernehmen.“<sup>252</sup> Da jedoch nicht einmal der BV geschlossen für die Hagelzwangsversicherung eintrat, wurde sie mit 22 zu 14 Stimmen vom Plenum der Landesbauernkammer abgelehnt<sup>253</sup>. Die Vertreter der praktischen Landwirtschaft lehnten in ihrer Mehrheit die Zwangsversicherung ohne Rücksicht auf Verbandsloyalitäten ab.

## **5. Den „werktätigen Bauern die Leitung“ – Im Konflikt mit den Verbandshonoratioren**

Horlacher war eines der hauptsächlichen Objekte bauernbündlerischer Agitation. Dabei wurden die Angriffe vor allem von dem niederbayerischen Großbauern Gandorfer getragen. Zwischen Gandorfer und Horlacher herrschte ein besonders rüder Umgangston, wie das Aufeinanderprallen der beiden Kontrahenten in der Plenarsitzung der Landesbauernkammer am 25. September 1925 deutlich zeigt. Nachdem Gandorfer den Sitzungsverlauf bereits durch zahlreiche Agitationsanträge gestört hatte, wollte Horlacher einer Kommission, die im Auftrag des Reichsfinanzministeriums die Grundlagen für die Vermögensbesteuerung der Landwirtschaft ermittelte, raten, sie solle „gefälligst in das Gebiet des Hrn. Gandorfer gehen, vielleicht würden sie da totgeschlagen, die von oben herunterreisen“. Schlagfertig wurde er daraufhin von Gandorfer an seine eigene zwielichtige Rolle im Umfeld der Einwohnerwehren erinnert: „Mit dem Totschlagen sieht es bei uns noch nicht so aus und ich möchte bloß dem Direktor Horlacher anheimgeben, mit dem Totschlagen nicht soviel zu sagen. Sonst wäre ich gezwungen, anders zu sprechen; denn Herr Direktor Horlacher weiß genau, daß er Freunde hat, die es mit dem Totschlagen nicht so genau nehmen.“<sup>254</sup> Gandorfers Abneigung gegen

<sup>251</sup> BayHStA, Bayerischer Landtag, Ausschuß für Aufgaben wirtschaftlicher Art, Sitzung am 5. Februar 1924.

<sup>252</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 14. Februar 1923, 221f. Zur Hagelversicherung in Bayern vgl. BAUMANN, Hagelversicherung.

<sup>253</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 14. Februar 1923, 221–226. Vgl. dagegen RATJEN, Bauernkammern, 128–131, der zu pauschal und ohne Binnendifferenzierung zwischen den Interessen von Plenum und Büro behauptet, dass die Landesbauernkammer mit Ausnahme der Schlachtviehwangsversicherung jeglichen Versicherungszwang abgelehnt habe.

<sup>254</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 25. September 1925, 73f.

Horlacher steigerte sich geradezu zum irrationalen Hass<sup>255</sup>. Gandorfer war – wohl nicht zuletzt aufgrund mangelnder Bildung und einer emotionalen Persönlichkeitsstruktur – nicht in der Lage, die unterschiedlichen Organisationsprinzipien von BV und BBB – dieser ein Honoratiorenverband, jener ein Funktionärsverband – als Ursache seiner Auseinandersetzungen mit Horlacher zu reflektieren und darauf aufbauend eine rationale politische Strategie zu entwickeln<sup>256</sup>. Gandorfers Ausdrucksform für die mehr empfundenen als erkannten strukturellen Unterschiede zwischen BV und BBB war Hass gegen die Repräsentanten des BV, insbesondere gegen Horlacher.

Für den BBB stellte Horlacher wegen seiner Abhängigkeit von der BVP einerseits eine parteipolitische Provokation dar, andererseits verletzte er als hauptamtlich besoldeter, beamtenähnlich beschäftigter und akademisch gebildeter Funktionär ohne landwirtschaftliche Berufserfahrung die Idealvorstellung des BBB von landwirtschaftlicher Interessenvertretung durch aktive Landwirte – zumal die Anhänger des BBB aufgrund der Finanzierung des Büros der Landesbauernkammer durch eine Zwangsumlage<sup>257</sup> Horlachers agrarpolitische Tätigkeit mittragen mussten. Der BBB kritisierte deshalb die „Vorstandschafft der Doktoren und sonstiger städtischer Fachkundiger“ in der Landesbauernkammer<sup>258</sup>. Die Forderung des BBB nach Interessenvertretern, die von der Landwirtschaft existentiell betroffen waren, fand jedoch auch außerhalb des BBB Anhänger in der praktischen Landwirtschaft. Der Gutsbesitzer Benedikt Freiherr von Hermann auf Wain (1862–1932)<sup>259</sup> lehnte es 1926 ab, „einen Nichtfachmann aus parteipolitischen Gründen“ an der Spitze des bayerischen Landwirtschaftsministeriums zu sehen. Damit könne der Landwirtschaft „schwerlich in vollkommener Weise zum Gedeihen verholfen werden“<sup>260</sup>. Nach seiner Wahl zum ehrenamtlichen Kreisobmann des BBV musste sich der akademische Landwirt Heinz Haushofer 1950 sagen lassen: „A wirklicha Baua waar ins liaba gwen.“<sup>261</sup> Wer ohne praktische landwirtschaftliche Berufserfahrung in der Agrarpolitik tätig war, setzte sich

<sup>255</sup> In einem von Horlacher im *Regensburger Anzeiger* zum Abdruck gebrachten Brief vom 13. Juni 1927 behauptete Präsident Kirschner vom Brauerbund: „Herr Gandorfer hatte mir gelegentlich seiner Unterredung mit mir seinen ganzen inneren Haß gegen Dr. Horlacher geoffenbart.“ Gandorfer habe deshalb Kirschner zum „Kampf gegen Dr. Horlacher“ aufgefordert (HORLACHER, Biersteuererhöhung (16. Mai 1928), 1).

<sup>256</sup> Zur Charakterisierung Gandorfers vgl. HUNDHAMMER, Geschichte, 157: „Leicht entflammbare Begeisterung, politische Kurzsichtigkeit und gefühlsmäßige Impulse wurden zur verhängnisvollen Triebfeder seiner Handlungen.“ Dies ist der Grund, warum Gandorfer im Plenum der Landesbauernkammer deshalb letztlich nur eine Außenseiterrolle spielte und auch innerhalb der Gruppe des BBB isoliert war. Zur Stellung Gandorfers im Plenum der Landesbauernkammer vgl. RATJEN, Bauernkammern, 181f.

<sup>257</sup> Zur Finanzierung der bayerischen Bauernkammern vgl. RATJEN, Bauernkammern, 144–149.

<sup>258</sup> Viechtacher Zeitung vom 6. Oktober 1931.

<sup>259</sup> Gutsbesitzer, geboren 1862, als Vertreter des Großgrundbesitzes in Escherichs Notbund Bayerischer Wirtschaftsstände zur Vorbereitung eines monarchistischen Putsches tätig, Vorsitzender des land- und forstwirtschaftlichen Ausschusses der DNVP in Bayern, 1930 Übertritt zu deren gouvernementaler Abspaltung Konservative Volkspartei, Förderer der monarchistischen Wehrorganisation Bayerischer Heimatschutz, gestorben 1932. Zu Hermann auf Wain vgl. HOSER, Münchner Tagespresse, 262 und 682; NÜBER, Wehrverbände, 278f. und 320.

<sup>260</sup> Freiherr von Hermann auf Wain zit. nach HAUSHOFER, Jahrhundert, 46.

<sup>261</sup> HAUSHOFER, Leben, 166.

ständigem Rechtfertigungsdruck der Bauern aus<sup>262</sup>. Das Misstrauen der Bauern gegenüber Interessenvertretern, die von der Landwirtschaft nicht existentiell betroffen waren, stellt letztlich den Ausdruck eines spezifisch bäuerlichen Standesbewusstseins dar, dass in seiner Geringschätzung gegenüber unselbständiger Beschäftigung und der als weniger mühevoll empfundenen geistigen Arbeit<sup>263</sup> seinerseits nicht weniger elitär war, als das am sozialen Status des deutschen Berufsbeamten orientierte soziale Bewusstsein eines Agrarfunktionärs wie Horlacher. Geschickt nutzten die Nationalsozialisten dieses Standesbewusstsein aus, um nach der Ausschaltung der hauptamtlichen Agrarelite im Umfeld des BV für den neuen Landesbauernführer Georg Lubert (1893–1961)<sup>264</sup> zu werben: „Der bayerische Bauer kann das beruhigende Gefühl haben, daß sein Landesbauernführer kein Mann vom ‚grünen Tisch‘ ist, wie etwa die Agrarpolitiker unter der Herrschaft der Bayerischen Volkspartei, ein Oberstudiendirektor oder ähnliches, sondern ein Bauer wie er selbst, der alle Sorgen und alle Mühsale dieses Berufes kennt.“<sup>265</sup>

Den Ansatzpunkt, um dieses verbandsübergreifende Unbehagen praktischer Landwirte an der hauptamtlichen Führung der Bayerischen Landesbauernkammer parteipolitisch instrumentalisierbar zu machen, fand der BBB in deren Finanzierung. Deshalb verklammerte der BBB seine parteipolitisch motivierte Kritik an der Dominanz von Mitgliedern der BVP in der Führung der Landesbauernkammer und sein organisationspolitisches Unbehagen an der starken Stellung des hauptamtlichen Büros mit der auf die Person Horlachers konzentrierten Kritik an den Kosten der Landesbauernkammer. Dies zeigte sich bereits zu Beginn von deren Tätigkeit, als Horlacher am 8. September 1920 in Küblers *Landauer Volksblatt* wegen der Höhe seines Gehalts angegriffen wurde: „Ihr Bauern könnt also sehen, daß die Bauernarbeit in der Schreibstube, so etwa 2–3 Stunden täglich, etwas besser bezahlt ist, als die 12 bis 18stündige auf Hof und Acker.“ Ironisierend wurde hinzugefügt: „Weiter werden noch angestellt, damit sie dem Herrn Doktorbauern etwas von seiner schweren Arbeitsbürde abnehmen, ein literarisch-volkswirtschaftlicher Referent, zwei Fachreferenten, ein Kanzleivorstand und eine Reihe von sonstigen Hilfskräften.“ Zutreffend erblickte Kübler im bürokratischen Organisationsprinzip der Landesbauernkammer das Gegenteil des

---

<sup>262</sup> Der bundesrepublikanische Ernährungsstaatssekretär Theodor Sonnemann (1900–1987) von der CDU erinnerte sich 1975: „Meine persönliche Erfahrung geht also dahin, daß, wer für die Landwirtschaft wirken will, ohne selbst Landwirt zu sein, den Mut aufbringen muß, in der Minderheit und häufig genug allein dazustehen, belächelt auch von seinen Freunden“ (SONNEMANN, Gestalten, 12).

<sup>263</sup> Zum bäuerlichen Arbeitsethos vgl. ERKER, Abschied, 344; ZIEMANN, Front, 340–356.

<sup>264</sup> Diplom-Landwirt, protestantisch, geboren am 6. November 1893 in Nürnberg, nach dem Besuch des Gymnasiums Studium der Landwirtschaft, Kriegsfreiwilliger im Ersten Weltkrieg, danach Gutsverwalter in Schlesien und Thüringen, Mitglied der thüringischen Landwirtschaftskammer, 1929 Kauf des Gutes Stocka bei Abensberg, seit 1932 MdL für die NSDAP in Bayern, am 15. März 1933 Ernennung zum Staatskommissar für Landwirtschaft durch den nationalsozialistischen Reichsstatthalter Ritter von Epp, dann zum Staatssekretär für Landwirtschaft im Wirtschaftsministerium ernannt, am 6. Dezember 1933 auf Ersuchen von Ministerpräsident Siebert seines Amtes enthoben, gestorben am 6. Januar 1961. Zu Lubert vgl. Neue freie Volks-Zeitung vom 25. September 1933; STINGLWAGNER, Chronik, 64.

<sup>265</sup> Bayerischer Bauernkalender 89 (1934), 43.



ehrenamtlichen Organisationsprinzips des revolutionären Landesbauernrates, in dem „werkttätige Bauern die Leitung“ hatten und der deshalb nur ein Zehntel der Landesbauernkammer gekostet habe. Dabei wurde der Leser nicht im Unklaren darüber gelassen, dass sich in Küblers Kritik an der Landesbauernkammer organisationspolitisches Unbehagen am bürokratischen Organisationsprinzip mit parteipolitischer Motivation verbanden: „Der Zweck der Übung ist: ihr Bauern dürft Millionen aufbringen, damit volksparteiliche Stellenreiter angenehme und gut besoldete Stellen bekleiden können.“<sup>266</sup> Das Bauernbundsblatt *Der Bündler* empörte sich am 12. Dezember 1920 nicht nur darüber, dass in der als „Landes-Ökonomierätekammer“ diffamierten Bayerischen Landesbauernkammer zwölf Inhaber von „Funktionärsstellen als Direktoren oder Sekretäre bei landw. Genossenschaften oder sonstigen Organisationen“ saßen, während sich nur fünf Kammermitglieder als „Bauern“ bezeichneten. Besonders aufgebracht war *Der Bündler* über die Einstufung des „Herrn Doktorbauern“ Horlacher in die zweithöchste Gehaltsklasse, zumal er in Horlacher nur einen jener bloßen Karrieristen sah, „die in den Trägern der landwirtschaftlichen Produktion nur ein günstiges Organisationsspiel sehen“<sup>267</sup>. Im Herbst 1926 forderte der BBB in öffentlichen Versammlungen in Niederbayern die „Ausscheidung aller Dr.-Abgeordneten (Horlacher, Schlittenbauer), Ersatz durch bäuerliche Vertreter“. Insbesondere gegen Horlacher wurden „schwere Anklagen erhoben, weil er seinen [!] Beamtengehalt einstecke, dann die Abgeordnetendiäten und weitere Bezüge aus verschiedenen Unternehmungen“<sup>268</sup>. Wer im *Bündler* vom „Mann mit dem Gehalt eines Ministerialdirektors“ las<sup>269</sup>, wusste, dass Horlacher gemeint war.

Die Taktik, Horlachers starke Stellung als Büroleiter über den Umweg der Kritik an den Personalkosten zu attackieren, erschien deshalb so Erfolg versprechend zu sein, da die Kritik an den hohen Personalkosten der Landesbauernkammer – die immerhin rund ein Drittel der gesamten Ausgaben ausmachten<sup>270</sup> – auf die verbandsübergreifende Solidarität der ehrenamtlichen Plenarmitglieder bis hinein in die Reihen des BV zählen konnte<sup>271</sup>. Am 25. November 1925 wurden die Personalkosten des Büros der Landesbauernkammer von den praktischen Landwirten Karl Gandorfer (BBB), Friedrich Beckh jun. (Bayerischer Landbund) und Paul Baumann (BV) (1878–1950)<sup>272</sup> als zu hoch kritisiert. Beckh behauptete, er sei in

<sup>266</sup> Landauer Volksblatt vom 8. September 1920.

<sup>267</sup> *Der Bündler* vom 12. Dezember 1920. Dagegen kommt RATJEN, Bauernkammern, 184 zu dem Ergebnis, dass die „Angehörigen des Bauernstandes“ gegenüber „angesehenen Persönlichkeiten der traditionellen landwirtschaftlichen Führungsschicht“ des Adels und der Gutsbesitzer in der Landesbauernkammer überwogen hätten, da er „eine größere Anzahl Funktionäre der freien wirtschaftspolitischen Organisationen“ als Repräsentanten der Bauern wertet.

<sup>268</sup> BayHStA, MA 102141, Halbmonatsbericht des Regierungspräsidiums von Niederbayern, 4. Oktober 1926.

<sup>269</sup> *Der Bündler* vom 24. Februar 1924.

<sup>270</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 3. Juni 1921, 141f.

<sup>271</sup> Dementsprechend legten auch die Kammerangehörigen stets eine zögerliche Bereitschaft zur Zahlung der Bauernkammerumlage an den Tag (BayHStA, ML 122, Horlacher an ML, 7. Juli 1922).

<sup>272</sup> Landwirt, katholisch, geboren am 29. Oktober 1878 in Unteraich, 1906 Übernahme des elterlichen landwirtschaftlichen Betriebes (68,6 Hektar), seit 1906 Mitglied des BV, zwischen 1912 und 1933 MdL für die

seiner mittelfränkischen Heimat „angerempelt worden, dass gerade die Personalkosten der Landesbauernkammer so hoch seien, daß gerade der Aufwand, der für das Personal für die Beamten usw. in der Landesbauernkammer gemacht wird, doch etwas sehr hoch sei, und es wäre doch zu erwägen, ob wir den Apparat nicht zu groß aufgebaut haben“. Er befürchtete, „der Apparat wird immer größer, er wird immer teurer und für unsere Bauern draußen wird die Belastung immer größer“<sup>273</sup>. Vorgeblich aus Kostengründen verzichteten viele Bezirksbauernkammern deshalb auf die Anstellung hauptamtlicher Funktionäre. Dabei machte das Büro der Landesbauernkammer massiv Werbung für die Ersetzung der ehrenamtlichen Geschäftsführung bei den Bezirksbauernkammern durch das hauptamtliche Organisationsprinzip. In den *Mitteilungen der Bayerischen Landesbauernkammer* wurde am 15. April 1924 behauptet: „Um aber doch ihrer Bestimmung zu entsprechen, sind bereits mehrere Bezirksbauernkammern dazu übergegangen, einen Geschäftsführer mit der Durchführung oben geschilderter Aufgaben zu betrauen. Eine Persönlichkeit, die über eine entsprechende Vorbildung verfügt, wird in den betreffenden Bezirken äußerst segensreich wirken können.“<sup>274</sup> Trotzdem erschien es dem Plenum der Landesbauernkammer, in dem das ehrenamtliche Element dominierte, stets als probates Mittel, den Haushalt durch Einsparungen bei der Verwaltung auszugleichen. Am 18. Januar 1929 beschäftigten sich Präsidium und Verwaltungsausschuss in einer gemeinsamen Sitzung bis spät abends mit dem Etat der Landesbauernkammer. Der Verwaltungsausschuss hatte Einsparungen in Höhe von 34.100 Mark beschlossen. Diese Summe wurde von Horlacher nicht akzeptiert. Er weigerte sich im Plenum, diesem Etat zuzustimmen. Er fürchtete gar um die Funktionsfähigkeit der Kammer. Horlacher konnte sich jedoch nicht durchsetzen. Eine Mehrheit quer durch die ansonsten rivalisierenden Gruppierungen deckte das Sparsystem<sup>275</sup>.

Wenn es Horlacher schließlich gelang, etwa die Hälfte der Ausgaben der Landesbauernkammer aus den eigenen Einnahmen des Büros (Publikationen und Dienstleistungen der Einrichtungen der Landesbauernkammer) zu decken<sup>276</sup>, so ist dies deshalb als gelungener Versuch zu werten, das Büro der Landesbauernkammer von den ehrenamtlichen Plenarmitgliedern unabhängig zu machen. Dabei ordnen sich diese finanzpolitischen Bemühungen in Horlachers Anstrengungen ein, das Büro der

---

Bayerische Zentrumspartei bzw. BVP, seit 1919 Mitglied der Vorstandschaft des oberpfälzischen BV, 1920 bis 1933 Mitglied der Bayerischen Landesbauernkammer, vor 1933 Präsident der Kreisbauernkammer Oberpfalz und Vorsitzender der Bezirksbauernkammer Nabburg, seit 1924 Mitglied des Rinderzuchtverbandes, 1926 Ernennung zum Landesökonomierat, 1926 bis 1930 Stellvertretender Präsident der Bayerischen Landesbauernkammer, 1927 Stellvertretender Vorsitzender des oberpfälzischen BV, 1933 Schutzhaft, 1945 Gründungsmitglied des BBV, 1945 bis 1949 Vorsitzender des oberpfälzischen BBV, 1949 Rücktritt und Ernennung zum Ehrenpräsidenten, gestorben am 26. Juni 1950. Zu Baumann vgl. SCHUMACHER, M.d.L., 47; KIRCHINGER, Bauernvereinstradition, 222f.

<sup>273</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 26. November 1925, 110–113 und 120–122.

<sup>274</sup> Mitteilungen der Bay. Landesbauernkammer vom 15. April 1924.

<sup>275</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 19. Januar 1929, 194–197.

<sup>276</sup> BayHStA, ML 3995, Horlacher an ML, 22. August 1931.

Landesbauernkammer gegenüber dem Plenum so weit wie möglich zu stärken und dieses auf die Akklamation der vom Büro ausgearbeiteten Beschlüsse und Anträge zu beschränken. Denn Horlacher erblickte in den Plenardebatten eine Behinderung effizienter Büroarbeit. Als Friedrich Beckh jun. am 20. Januar 1928 im Plenum die Änderung der Tagesordnung beantragte, um die Konkurrenz der norddeutschen Großmühlen gegenüber den bayerischen Klein- und Mittelmühlen ausgiebig zur Sprache zu bringen, wehrte ihn Horlacher rüde ab. Er behauptete, dass es ihm nicht immer möglich sei, Plenarsitzungen abzuwarten, um auf agrarpolitisch relevante Entwicklungen zu reagieren: „Die Dinge werden dann in der Zwischenzeit im Büroweg ihre Erledigung finden und werden auch den zuständigen Stellen gegenüber vertreten.“ Das Plenum könne dann – in einer „schlichten Beratung“, wie er eigens betonte – diejenigen Probleme behandeln, „die momentan am vordringlichsten sind“<sup>277</sup>.

Eine erste Stärkung hatte das Büro der Landesbauernkammer gegenüber dem Plenum erfahren, als es Heim gelungen war, das Plenum von der Notwendigkeit zu überzeugen, die Zahl der Plenarsitzungen angesichts der „enormen Unkosten“ einzuschränken. Heim wollte die hauptsächliche Arbeit in die Ausschüsse, das Präsidium und das Büro verlagern. Das Plenum stimmte Heims Antrag schließlich einstimmig zu. Dies konnte ihm nur deshalb gelingen, da er das von den ehrenamtlichen Plenarmitgliedern so gern gegen den Einfluss des Büros geltend gemachte Kostenargument gegen diese selbst richtete<sup>278</sup>. Diese Taktik verfolgte auch Horlacher, als er die Höhe der Kosten für den hauptamtlichen Apparat der Landesbauernkammer mit den finanziellen Belastungen begründete, die dem Büro der Landesbauernkammer gerade durch die Ansprüche der Ehrenamtlichen dauernd entstanden – da „wir alle Anträge, die an uns herantreten, erst durch die Landesbauernkammer im gewissen Sinne ausstatten und ihnen die notwendige Begründung begeben müssen, damit sie die entsprechende Wirkung bei den Behörden erzielen“<sup>279</sup>. Dabei entsprach dem verbandsübergreifenden Misstrauen praktischer Landwirte gegenüber dem Einfluss der Funktionäre eine verbandsübergreifende Geringschätzung der Funktionäre gegenüber den taktischen Fähigkeiten und agrarpolitischen Kenntnissen der Verbandshonoratioren. So war Brügel als Geschäftsführer des Bundes der Landwirte in Bayern der Ansicht, das sich sein ehrenamtlicher Mitstreiter Beckh im Verwaltungsausschuss der Landesbauernkammer „mit den Herren Heim, Schlittenbauer und Horlacher sehr schwer tun“ werde. Deshalb wollte Brügel selbst einen Sitz im Verwaltungsausschuss einnehmen, zumal es Beckh als praktischem Landwirt überdies nicht möglich sein werde, die Sitzungen regelmäßig zu besuchen, wie Brügel zu bedenken gab<sup>280</sup>.

<sup>277</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 20. Januar 1928, 142f.

<sup>278</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 14. Februar 1923, 208f.

<sup>279</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 26. November 1925, 120–123.

<sup>280</sup> BA Koblenz, NL Weilnböck N1327/14a, Brügel an Weilnböck, 22. August 1920.

Mit dem unterschiedlichen organisationspolitischen Stellenwert, der dem Einfluss hauptamtlicher Apparate in BV und BBB zugesprochen wurde, war die unterschiedliche Radikalität der erhobenen agrarpolitischen Forderungen untrennbar verbunden, wobei jedoch betont werden muss, dass es keine konzeptionellen agrarpolitischen Differenzen zwischen den beiden Organisationen gab<sup>281</sup>. Der BBB war aufgrund des bewussten Verzichts auf eine effektive Organisation zur Mitglieder- bzw. Wählerbindung auf eine besonders populistische Agitation angewiesen. Da im Honoratiorenverband BBB die betriebsbezogene und von der existentiellen Betroffenheit von der Agrarpolitik geprägte Denkstruktur praktischer Landwirte dominierte, sollte sich der BBB nach Ansicht der führenden Politiker auf die Vertretung der bloßen ökonomischen Interessen der Landwirtschaft beschränken<sup>282</sup>. Die relative Mäßigung der agrarpolitischen Forderungen des BV wurde in der Forschung dagegen bisher sehr stark auf den Einfluss der katholischen Soziallehre auf den BV und dessen Orientierung an bayerischer Staatlichkeit zurückgeführt<sup>283</sup>. Sicher ist es deshalb zutreffend, in der Programmatik des BV den Versuch zu sehen, die Bauern „gegen das Versprechen ökonomischer Interessenbefriedigung“ für eine staatstragende Politik zu mobilisieren, „deren Inhalte keineswegs immer aus den unmittelbaren Bedürfnissen der Adressaten erwachsen waren“<sup>284</sup>. So zutreffend diese Differenzierung zwischen den beiden Agrarverbänden ist, verdeckt sie doch die verbandsübergreifende soziale Scheidelinie zwischen Funktionären einerseits, praktischen Landwirten und deren Repräsentanten in ehrenamtlichen Positionen andererseits, wie sie auch innerhalb des BV zu finden ist. Dabei ist das Rededuell, das im Plenum der Landesbauernkammer am 26. November 1925 zwischen Gandorfer (BBB) und Balthasar Eichner (BV) stattfand, kennzeichnend für die Probleme, die der Durchsetzung von agrarpolitischen Forderungen aus der Anbindung an die existentielle Betroffenheit von der Landwirtschaft erwachsen konnten. Als der Ackerbauer Gandorfer eine Erhöhung der Gerstenpreise forderte, wurde dies von dem Milchbauern Eichner mit dem Hinweis abgelehnt, dass er als Arbeitgeber zahlreicher Dienstboten kein Interesse an hohen Bierpreisen habe<sup>285</sup>. Beide Kontrahenten hatten die eigenen betrieblichen Erfahrungen auf eine Art und Weise zur Grundlage agrarpolitischer Forderungen erhoben, die auf beiden Seiten keine weltanschauliche Bindung erkennen lassen. Stärker als bisher muss deshalb für die relative Mäßigung von Programmatik und Taktik des BV nicht so sehr dessen weltanschauliche Bindungen berücksichtigt werden, sondern das soziale Bewusstsein der im BV tonangebenden Agrarfunktionäre. Dieses war bestimmt durch eine akademische Ausbildung und durch die Orientierung am Leitbild des dem Gemeinwohl verpflichteten Staatsbeamten und wies

<sup>281</sup> Vgl. HUNDHAMMER, Berufsvertretung, 186; BERGMANN, Bauernbund, 88.

<sup>282</sup> Zur Beschränkung des BBB auf wirtschaftspolitische Interessenvertretung vgl. BERGMANN, Bauernbund, 154f.

<sup>283</sup> Vgl. BERGMANN, Bauernbund, 162–166; BERGMANN – MEGERLE, Protest, 267–284.

<sup>284</sup> Vgl. BERGMANN, Bauernbund, 154f.

<sup>285</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 26. November 1925, 110.

deshalb über betriebsbezogenes Denken und existentielle Betroffenheit praktischer Landwirte hinaus. Die soziale Distanz der Funktionäre des BV zu den Bauern war größer als diejenige zur Ministerialbürokratie. Dies führte zu einer gouvernementalen Haltung, die – jedenfalls im Falle Horlachers – über die Verteidigung bayerischer Staatlichkeit deutlich hinauswies. Dabei war Horlacher schon durch seine Stellung als Geschäftsführer einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft besonders auf eine gouvernementale Haltung verpflichtet, weshalb er den Forderungen der praktischen Landwirte nicht allzu offen nachzugeben bereit war. Das wäre bei einer Vertretung der Interessen der Landwirtschaft, die wie diejenige Horlachers ihre Hauptadressaten in Behörden und Parlamenten fand, tatsächlich hinderlich gewesen. Deshalb wollte Horlacher dem Insistieren von Beckh jun. am 20. Januar 1928 nicht nachgeben und die Notlage der Landwirtschaft nicht „immer und immer wieder behandeln – das würde auch in der Öffentlichkeit seitens der amtlichen Berufsvertretung gerade das Gegenteil erreichen“<sup>286</sup>.

## **6. Der „geborene Feind des Sozialismus“ – Horlachers Haltung zur SPD**

Stand bisher die Analyse von Horlachers organisationspolitischer Stellung innerhalb des landwirtschaftlichen Organisationswesens im Mittelpunkt der Darstellung, so soll nun die von ihm propagierte integrative Verbandsideologie in ihren Teilen in Abhängigkeit von seiner Stellung innerhalb dieses Organisationsgefüges untersucht werden, an erster Stelle in Abgrenzung vom Sozialismus als dem hauptsächlichsten weltanschaulichen Gegner der etablierten Agrarverbände.

An die SPD gewandt appellierte Horlacher am 26. April 1923 im Landtagsplenum, „nicht ständig eine Zerklüftung zu betreiben, sondern gewissermaßen eine ständige Versöhnung der Volksklassen“ herbeizuführen<sup>287</sup>. Horlacher propagierte damit nichts anderes als den Ausgleich der ökonomischen und sozialen Gegensätze in einer nach Totalität strebenden deutschen Volksgemeinschaft, um die Auflösung der traditionellen sozialen und ökonomischen Strukturen in der Industriegesellschaft zu überwinden<sup>288</sup>. Horlacher vertrat damit ein Gesellschaftsideal, das weit in das 19. Jahrhundert zurückweist, das im Bürgertum um die Jahrhundertwende gepflegt worden und ihm während seiner schulischen und universitären Sozialisation vermittelt worden war – als in einer klar hierarchisch geordneten Gesellschaftsordnung der parteipolitische Hader in den Parlamenten als chaotisch und ineffizient empfunden worden und stattdessen Konfliktlosigkeit das erklärte Ziel aller gesellschaftlichen Beziehungen gewesen war<sup>289</sup>. Die während der Revolution aggressiv

<sup>286</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 20. Januar 1928, 142f.

<sup>287</sup> Verh. d. Bay. Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 8, Sitzung am 26. April 1923, 214.

<sup>288</sup> Zur Volksgemeinschaftsideologie als einer vorherrschenden Deutungsformel in den politischen und wirtschaftlichen Krisen der Weimarer Republik vgl. THAMER, Volksgemeinschaft, 367–386.

<sup>289</sup> Vgl. DOERRY, Übergangsmenschen, 19.

erhobenen und durch Kampfmaßnahmen wie Streiks unterstützten sozialpolitischen Forderungen der Arbeiter nach höheren Löhnen und Einführung des Achtstundentages sowie die Eingriffe in das Privateigentum an Produktionsmitteln stellten eine Störung dieses harmonisierenden Gesellschaftsideals dar und wurden von Horlacher vor dem Hintergrund der Reparationsforderungen der Entente als unverantwortlicher proletarischen Egoismus gewertet<sup>290</sup>. Den Achtstundentag bezeichnete er als „Parteidogma des Sozialismus“, dem das allgemeine Wohl unterworfen werde<sup>291</sup>. Dabei galt ihm der Achtstundentag als Chiffre für die sozialpolitischen Umwälzungen seit der Novemberrevolution, die das Ende der auf Besitz und Bildung basierenden bürgerlichen Selbstgewissheit brachten<sup>292</sup>. Horlacher reagierte darauf mit einer harmonisierenden Verklärung der Vorkriegsgesellschaft und der Missbilligung der Revolution und ihrer tatsächlichen oder vermeintlichen Träger<sup>293</sup>. Die sozialpolitischen Forderungen der Revolution und die Sozialisierungspläne bedrohten Horlachers bürgerliche Existenz nicht unmittelbar, aber sie zerstörten das gesellschaftliche Bezugssystem, von dem er geprägt worden war und auf dem sein soziales Selbstbewusstsein gründete. Daraus erklärt sich die schroffe Ablehnung aller sozialistischen Gruppierungen durch Horlacher<sup>294</sup> – und nicht in erster Linie aus seiner Stellung als agrarischer Interessenvertreter.

Die klassenkämpferische Ideologie des Marxismus gefährdete nach Horlachers Ansicht nicht nur die industrielle und landwirtschaftliche Produktion, sie verletzte auch das von ihm propagierte harmonisierende Gesellschaftsideal. Die Ablehnung, die der Streik als Mittel der wirtschaftlichen Auseinandersetzung durch ihn erfuhr, ist deshalb nicht nur pragmatischer, sondern grundsätzlich weltanschaulicher Natur. Horlacher wollte den Streik durch eine institutionalisierte Form der tariflichen Konfliktregelung ersetzen<sup>295</sup>. Als Voraussetzung dafür erkannte er die Notwendigkeit der seit der Revolution eingeführten Koalitionsfreiheit der Landarbeiter und Dienstboten ausdrücklich an<sup>296</sup>, und rief damit den Widerstand landwirtschaftlicher Arbeitgeber hervor, die das überkommene patriarchalische Arbeitsverhältnis nicht aufgeben wollten und selbst nicht bereit waren, sich einem

---

<sup>290</sup> HORLACHER, Wiederaufbau (1919).

<sup>291</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 25. November 1921, 329.

<sup>292</sup> MAI, Verteidigungskrieg, 594f.; BIEBER, Bürgertum, 21.

<sup>293</sup> Ein „beispielloser nationaler, politischer, wirtschaftlicher und moralischer Niedergang“ lasse das deutsche Volk vergessen, so Horlacher am 29. Oktober 1919 über die Folgen der Revolution, „daß es in jahrzehntelanger Friedenszeit eine glänzende Entwicklung durchgemacht hatte“ (HORLACHER, Zukunft (1919), 6).

<sup>294</sup> Nach Talcott Parsons' Modell der „fundamentalistischen Reaktion“ reagieren soziale Gruppen, die von traditionellen Werten besonders abhängig sind, in Gesellschaften extremen Wandels nicht mit Anpassung und Flexibilität, sondern mit aggressiver Bekämpfung jener sozialen Gruppen, die als Symbole dieses Wandels erscheinen. Vgl. PARSONS, Ursachen, 245–249.

<sup>295</sup> Gegenüber dem Plenum der Landesbauernkammer erklärte Horlacher deshalb am 11. März 1921: „Wir sind überhaupt Gegner des Streiks. Ich stehe auf dem Standpunkt: kein Streik ist berechtigt, es muß die Möglichkeit geben, in jedem Staate auf vertraglichem Wege durch Schiedsgerichte die Differenzen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber auszugleichen“ (Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 11. März 1921, 105f.).

<sup>296</sup> Verh. d. Bay. Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 1, Sitzung am 27. Juli 1920, 211–220.

Tarifverband anzuschließen<sup>297</sup>. Horlacher war jedoch im Plenum des Deutschen Landwirtschaftsrates der Ansicht, „was zur Hebung des Landarbeiterstandes, zur Besserung der Verhältnisse aufgeboten werden kann, muß im Interesse unserer landwirtschaftlichen Arbeiter restlos geschehen“<sup>298</sup>. Mit einem Teil der landwirtschaftlichen Arbeitgeber gelang Horlacher die Errichtung einer Landesarbeitsgemeinschaft zwischen den ländlichen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen, zu deren Aufgaben die landesweit einheitliche Regelung der Tarifangelegenheiten gehörte<sup>299</sup>. Die Geschäftsführung übernahm Horlacher<sup>300</sup>. Inwiefern diese Landesarbeitsgemeinschaft dazu beitrug, Arbeitskämpfe zwischen landwirtschaftlichen Arbeitnehmern und Arbeitgebern weitgehend zu verhindern, oder ob dafür nicht eher die traditionell wirtschaftsfriedliche Haltung der Landarbeiter und Dienstboten einerseits sowie der Bauern andererseits verantwortlich zu machen ist, muss dahingestellt bleiben<sup>301</sup>. Jedenfalls war die Tätigkeit der Landesarbeitsgemeinschaft trotz der paritätischen Besetzung vom faktischen Übergewicht der Arbeitgeberseite gekennzeichnet<sup>302</sup>.

Während den Landarbeitern und Dienstboten der Achtstundentag weiterhin vorenthalten blieb<sup>303</sup>, nutzte Horlacher die Einführung des Achtstundentages in der Industrie, um sein harmonisierendes Gesellschaftsideal in der verbandspolitischen Agitation mit dem Arbeitsethos der Bauern zu verbinden und zu dem Ideologem der bäuerlichen Arbeitsamkeit zu gestalten. Es sei „der deutsche Bauer“, so Horlacher am 29. Oktober 1919, nicht vom „Gift der Arbeitsunlust und von der Sehnsucht nach dem Achtstundentag“ ergriffen worden: „Der Bauer, der die harte Feldarbeit verrichtet und nicht nach einer Begrenzung der Arbeitszeit fragt und auch nicht fragen kann, weil er der Natur folgen muß, muß unter allen Umständen verlangen, daß auch in den Städten, für deren Ernährung er sorgt, gearbeitet wird, und zwar nicht nach dem Trägheitsprinzip, das viele Menschen heute beherrscht.“<sup>304</sup> So sehr diese Forderung bäuerlichen Ohren auch schmeicheln musste, wusste Horlacher sehr wohl um die Unumkehrbarkeit derart grundlegender sozialpolitischer Forderungen der Industriearbeiterschaft, wie sie der Achtstundentag darstellte. Deshalb dachte er auch nicht ernsthaft an die Revision des Achtstundentages, wie er gegenüber dem Plenum der Landesbauernkammer am 23. Juni 1922 zugab: „Ich bin sozial fühlend und sozial denkend.“

<sup>297</sup> BBV-Herrsching, Landwirtschaftlicher Verein KC/Unterfranken 1.667, Generalversammlung des Landesverbandes land- und forstwirtschaftlicher Arbeitgeber Bayerns am 9. April 1920.

<sup>298</sup> Referat Horlachers auf der 49. Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates am 21./22. Juni 1921, in: Archiv des Deutschen Landwirtschaftsrats 41 (1921), 87–101, hier: 97f.

<sup>299</sup> Zu dieser von der Landesbauernkammer offiziell unabhängigen Landesarbeitsgemeinschaft vgl. BICHL, Untersuchung, 156–165; SCHUMACHER, Land, 116–129; FLEMMING, Interessen, 253–266.

<sup>300</sup> Horlacher übergab die Geschäftsführung gemeinsam mit dem Amt des Hauptgeschäftsführers des Landesverbandes land- und forstwirtschaftlicher Arbeitgebervereinigungen am 1. Oktober 1920 an Benno Hafn (BayHStA, ML 2435, Mittermeier an ML, 27. November 1928).

<sup>301</sup> Zu dieser Diskussion vgl. ZIEMANN, Front, 362f.; BERGMANN, Bauernbund, 100–110.

<sup>302</sup> Vgl. SCHUMACHER, Land, 116–129.

<sup>303</sup> Zur vorläufigen Landarbeitsordnung vom 24. Januar 1919 vgl. BICHL, Untersuchung, 8–15; SCHUMACHER, Land, 105–116.

<sup>304</sup> HORLACHER, Zukunft (1919), 17f.

Darüber habe ich nie einen Zweifel gelassen. Ich erkenne an, daß der Arbeiterschaft gewisse Konzessionen gegenüber den früheren Zuständen gemacht werden müssen.“<sup>305</sup> Diese offensiv zur Schau getragene Akzeptanz des Achtstundentages für die Industrie stellte einen Versuch dar, einen Keil zwischen die industrielle und landwirtschaftliche Arbeiterschaft zu treiben und dadurch die Übertragung des Achtstundentages auf die Landwirtschaft zu verhindern. Dabei behauptete er, dass eine derartige Arbeitszeitregelung in der Landwirtschaft die Interessen der Industriearbeiter selbst schädige: „Alle Verbraucher und insbesondere die Industriearbeiter würden durch die zu weitgehend beschränkte Arbeitszeit und durch gesetzlich bestimmte zu hohe Löhne in der Landwirtschaft wohl am schwersten zu leiden haben. Eine ganz beträchtliche Verteuerung aller Lebensmittel wäre die Folge, die geforderte Normalisierung der Kriegspreise würde ernstlich bedroht, eine Stabilisierung unseres Geldwertes überhaupt unmöglich gemacht und unsere Aufkaufkraft im Ausland wäre völlig gelähmt.“<sup>306</sup> Wenn Horlacher zugab, dass es „unantastbare Rechte der Arbeiterschaft“ gab<sup>307</sup>, dann wollte er damit letztlich nur der weiteren Ausdehnung sozialpolitischer Forderungen auf die Landwirtschaft Grenzen setzen.

Letztlich erblickte Horlacher aber nicht im Achtstundentag, sondern in der marxistischen Wirtschaftstheorie von der Überlegenheit der landwirtschaftlichen Großbetriebe gegenüber den Klein- und Mittelbetrieben und der daraus folgenden Forderung nach Bodenreform die größere, von den sozialistischen Parteien ausgehende Gefahr für den Besitzstand der Landwirtschaft. Aus der marxistischen Perspektive hatte das privatkapitalistische Wirtschaftssystem notwendigerweise zu einer Konzentration der Produktionsmittel in den Händen von wenigen Konzernen und Großbanken zu führen. Die sich in diesen Großbetrieben bietenden Möglichkeiten zur Rationalisierung der Arbeitsabläufe mache sie Kleinbetrieben gegenüber überlegen. Die Gegenwehr der Klein- und Mittelbetriebe sei gegenüber dieser ökonomischen Macht aussichtslos. Alleiniges Mittel zur Abhilfe der Proletarisierung der Klein- und Mittelbauern sei deshalb die Sozialisierung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Maßnahmen zur Stützung des Eigentums der Klein- und Mittelbauern seien aussichtslos und verzögerten nur die Revolutionierung der Massen. Innerhalb der SPD wurde diese Theorie von dem orthodoxen Marxisten Karl Kautsky (1854–1938) vertreten, der landwirtschaftliche Großbetriebe über gezielte Sozialisierungen herstellen wollte<sup>308</sup>. Dagegen stellte sich der sozialdemokratische Agrarexperte Eduard David (1863–1930)<sup>309</sup>, der vor einer ungeprüften Übertragung der

<sup>305</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 23. Juni 1922, 123.

<sup>306</sup> HORLACHER, Wiederaufbau (1. Dezember 1918), 5.

<sup>307</sup> BayHStA, Bayerischer Landtag, Ausschuß für Aufgaben wirtschaftlicher Art, Sitzung am 7. Februar 1924.

<sup>308</sup> Kautsky war der Meinung: „Den Handwerkern und Bauern als Produzenten unter Beibehaltung ihrer rückständigen Betriebsweisen zu helfen, widerspricht dem Gang der Entwicklung und ist undurchführbar.“ Zur orthodoxen marxistischen Position gegenüber der Landwirtschaft vgl. LEHMANN, Agrarfrage, 30–40.

<sup>309</sup> Sozialdemokratischer Politiker und Journalist, protestantisch, geboren am 11. Juni 1863 als Sohn eines preußischen Beamten, Lehramtsstudium, 1891 Promotion zum Dr. phil. im Fach Germanistik, seit 1894 für die



marxistischen Wirtschaftstheorie auf die Landwirtschaft warnte. In bäuerlichen Klein- und Mittelbetrieben sah er vielmehr eine Betriebsform, die aufgrund ihrer höheren Arbeitsintensität den Großbetrieben überlegen sei. Deshalb wollte er durch eine Bodenreform kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe bewusst schaffen und Maßnahmen zur deren Besitzsicherung vorschlagen<sup>310</sup>. Als Vertreter bestehender agrarischer Besitzinteressen hatte Horlacher sowohl Kautskys orthodoxen Marxismus als auch Davids Revisionismus abzulehnen. Er war der Ansicht, dass die „gesunde Mischung der einzelnen Betriebsgrößenklassen das Wünschenswerte“ sei. Er behauptete, dass die Großbetriebe den Klein- und Mittelbetrieben bei der Pflanzenproduktion überlegen seien, diese jedoch in der arbeitsintensiven tierischen Veredelungsproduktion den Großbetrieben<sup>311</sup>. Deshalb sah Horlacher überhaupt keine Veranlassung für eine Änderung der landwirtschaftlichen Besitzstruktur in Bayern<sup>312</sup> – weder in die großbetriebliche, noch in die klein- und mittelbetriebliche Richtung.

Während Horlacher den „Eigentumsfanatismus, der in der deutschen Landwirtschaft lebt“<sup>313</sup>, propagierte und die revolutionären Sozialisierungspläne zu einem Popanz der „Vernichtung aller selbständigen Wirtschaftsexistenzen“ und der „Herabdrückung aller zur bloßen Lohnarbeitern der staatlichen Gemeinschaft“ stilisierte<sup>314</sup>, konnte er einer Bodenreform im David'schen Sinne in bevölkerungs- und gesellschaftspolitischer Hinsicht während der Revolutionstage – und sicher nicht zuletzt angesichts der Unsicherheit über die Ausrichtung der zukünftigen Wirtschaftspolitik – doch positive Aspekte abgewinnen, wie er sie in seinen „Richtlinien zur Agrarreform“ vom 7. April 1919 – dem ersten Tag der Münchner Räterepublik – niederlegte. Dabei betrachtete er eine Bodenreform unter nationalpolitischen und nicht sozialpolitischen Gesichtspunkten. Horlacher wollte die Bodenreform in den Dienst der Reagrarisierung der deutschen Volkswirtschaft stellen, die er nach der militärischen Niederlage für unumgänglich hielt. Mit einer Bodenreform hoffte Horlacher den von der Industrie nicht mehr zu beschäftigenden Arbeitskräften eine sichere

---

SPD tätig, seither um die Gewinnung von ländlichen Wählern für die SPD bemüht, weshalb er auf klassenkämpferische Begrifflichkeit verzichtete, ohne die Notwendigkeit des Klassenkampfes abzulehnen, Protagonist des revisionistischen Flügels der SPD, der zentrale wirtschaftstheoretische Vorstellungen von Karl Marx bezweifelte und statt des Revolutionstheorems eine bewusste Reformpolitik auf dem Boden der gegebenen Verfassungsordnung betrieb, 1903 bis 1918 MdR für die SPD, 1919 Präsident der Weimarer Nationalversammlung, 1919 Reichsinnenminister, 1923 Habilitation, 1923 bis 1927 Vertreter des Faches Politikwissenschaft an der Technischen Hochschule Darmstadt, gestorben am 24. Dezember 1930. Zu Eduard David vgl. ALBRECHT, David, 58.

<sup>310</sup> Vgl. LEHMANN, Agrarfrage, 164–174; FRAUENDORFER, Ideengeschichte, 409–411.

<sup>311</sup> HORLACHER, Wiederaufbau (1919), 75.

<sup>312</sup> HORLACHER, Wiederaufbau (1919), 79f. Es entspricht einem etwas zu sehr kategorisierenden Bemühen, wenn BERGMANN, Bauernbund, 94 behauptet, dass sich der BV wegen der Verteidigung der wenigen Großbetriebe in Bayern „ironischerweise“ eher in der ideologischen Nähe Kautskys befunden habe, während sich der BBB eher David angenähert habe.

<sup>313</sup> Referat Horlachers auf der 49. Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates am 21./22. Juni 1921, in: Archiv des Deutschen Landwirtschaftsrates 41 (1921), 87–101, hier: 100.

<sup>314</sup> HORLACHER, Wiederaufbau (1919), 52–55.

Existenz geben zu können. Dadurch versprach er sich, die befürchtete Auswanderung aus dem Deutschen Reich eindämmen zu können, damit „wir als Nation unsere Geltung nicht verlieren“. Die Schaffung von Kleinbauernstellen im deutschen Osten schien ihm auch zur „Schaffung eines deutschen Schutzwalles gegen Polen“ als zweckmäßige Maßnahme. Ganz entgegen der David'schen Absichten hatte Horlacher die Bodenreform als Mittel zur Festigung konservativer Gesinnung erkannt. Deshalb forderte er, unbedingt an der „Eigentumswirtschaft“ bei den Neusiedlerstellen festzuhalten, um „der Liebe zur engeren Heimat Rechnung zu tragen“. Dabei plädierte er aber für eine weitgehende Schonung von Großbetrieben, in denen er „wertvolle Mustergüter“ erblickte. Zur Bodenreform sollten solche Betriebe herangezogen werden, die sich nicht im landwirtschaftlichen Besitz befanden<sup>315</sup> – wie es dem von Horlacher vertretenen konservativen Ideologem von der Schollengebundenheit des Bauerntums entsprach.

Nun bestand aber die eigentliche Absicht dieser Vorschläge nicht zuletzt darin, zur Vermeidung jeglicher Bodenreform beizutragen. Denn eine Bodenreform im Sinne Horlachers hätte nur ein minimales Ausmaß annehmen können und wäre keinesfalls geeignet gewesen, seine eigenen bevölkerungs- und gesellschaftspolitischen Absichten zu erfüllen. Deshalb dürfte das Reichssiedlungsgesetz vom 11. August 1919 Horlachers Vorstellungen entsprochen haben, da es Enteignungen in Bayern weitgehend verhinderte<sup>316</sup>. Nach der Niederschlagung der Räterepublik war die Unsicherheit über die politische Entwicklung ohnehin einer neuen Selbstgewissheit gewichen. Wollte er die Bodenreform im Frühjahr 1919 „wirtschaftspolitischen Zweckmäßigkeitsgründen“ unterwerfen<sup>317</sup>, so erschien ihm die Möglichkeit zur „Umwandlung von Städtern in Bauern“ durch Ansiedlung im Herbst 1919 überhaupt fragwürdig<sup>318</sup>. Eingriffe in das landwirtschaftliche Eigentum wiegelte er seither kategorisch ab, wobei er insbesondere gegenüber der Arbeiterschaft auf die Gefährdung der landwirtschaftlichen Produktion hinwies<sup>319</sup>. Nachdem die Bodenreform in Bayern aufgrund des eng gesteckten gesetzlichen Rahmens als gescheitert bezeichnet werden kann<sup>320</sup>, wozu auch Horlacher als Beirat der Bayerischen Landessiedlung beitrug<sup>321</sup>, setzte sich Horlacher mit den bodenpolitischen Vorstellungen der Sozialdemokratie erst wieder auseinander, als sich die bisher stets gescheiterten Versuche der SPD zur Aufstellung eines Agrarprogramms im Frühjahr 1922 verdichteten. Der Deutsche Landwirtschaftsrat plante deshalb eine

---

<sup>315</sup> HORLACHER, Beweggründe (7. April 1919), 1f.

<sup>316</sup> Zur Bodenreform in Bayern vgl. FROST, Siedlung; BERGMANN, Bauernbund, 89–100; SCHUMACHER, Land, 189–235.

<sup>317</sup> HORLACHER, Wiederaufbau (1919), 75.

<sup>318</sup> HORLACHER, Zukunft (1919), 19.

<sup>319</sup> HORLACHER, Zukunft (1919), 20f.

<sup>320</sup> Zwischen 1919 und 1922 wurden lediglich 333 Neusiedlungen durchgeführt (FROST, Siedlung, 12f.).

<sup>321</sup> BayHStA, MInn 47470, Verzeichnis der Ausschüsse des Bayerischen Landtags und deren Mitglieder zum Stand vom 9. Juli 1924.

Stellungnahme gegen die agrarpolitischen Vorschläge der SPD<sup>322</sup>. Mit den Vorarbeiten wurde Horlacher betraut, der seine Aufgabe derart zufrieden stellend für die Auftraggeber erledigte, dass sein Konzept unverändert gedruckt wurde.

Horlacher setzte sich in dem 24 Seiten umfassenden Heftchen *Das Agrarprogramm der deutschen Sozialdemokratie* mit den philosophischen und volkswirtschaftlichen Ursprüngen der sozialistischen Agrartheorie auseinander und gab einen historischen Überblick über die Entwicklung der agrarpolitischen Konzepte der SPD: Erstmals habe Wilhelm Liebknecht (1826–1900) den Schaden erkannt, der der SPD aus dem marxistischen Theorem von der zwangsläufigen Entwicklung zum Großbetrieb bei der klein- und mittelbäuerlichen Bevölkerung entstanden sei. Seine Bemühungen, die SPD von der parteiamtlichen Theorie vom notwendigen Untergang der Klein- und Mittelbetriebe im revisionistischen Sinne abzubringen, seien jedoch erfolglos geblieben<sup>323</sup>. Nach Horlachers Ansicht wäre nur die revisionistische Agrarpolitik des bayerischen Sozialdemokraten Georg von Vollmar (1850–1922) geeignet gewesen, der SPD bei den Bauern Zuspruch zu verschaffen<sup>324</sup>. Im Erfurter Programm von 1891 seien die revisionistischen Ansätze in der SPD dann unter dem Einfluss Kautskys abgeblockt worden. Aufgrund der damals erfolgten Bestätigung der marxistischen Annahme von der zwangsläufigen Entwicklung zum Großbetrieb sei es diesem sinnlos erschienen, Maßnahmen zur Unterstützung der Kleinbauern in einem Agrarprogramm festzulegen<sup>325</sup>. Seither habe die SPD den Eindruck zu erwecken versucht, nur das „Eigentum der Großen“ sozialisieren zu wollen, während sie tatsächlich an der parteiamtlichen Theorie festgehalten habe<sup>326</sup>. Die SPD habe sich nun darauf verlegt, in der landwirtschaftlichen Bevölkerung „unter Verschweigung ihrer wirklichen Weltanschauungsgrundlage“ Wähler zu gewinnen<sup>327</sup>. Ein Indiz dafür erblickte er in der sozialistischen Forderung nach Einführung des Achtstundentages. Durch die „mechanische achtstündige Arbeitszeit in allen Betrieben“ solle nur der „Gang zum Großbetrieb“ gefördert werden<sup>328</sup>. Deshalb erblickte er auch in den erstmals auf dem Parteitag von Görlitz 1921 vorgeschlagenen Maßnahmen zur Förderung der klein- und mittelbäuerlichen Landwirtschaft durch genossenschaftlichen Zusammenschluss nur einen Vorwand, um die Sozialisierung der Landwirtschaft vorzubereiten<sup>329</sup>.

Horlacher warf der marxistischen Theorie den Fehler vor, von der Übereinstimmung von landwirtschaftlicher und industrieller Produktionsweise ausgegangen zu sein. Dabei diffamierte er den Sozialismus als mechanistisch und widernatürlich, da dieser auf organisch,

<sup>322</sup> Vgl. SCHUMACHER, Land, 350f.

<sup>323</sup> HORLACHER, Agrarprogramm (1923), 8.

<sup>324</sup> HORLACHER, Agrarprogramm (1923), 9f.; zu Vollmars Agrarpolitik vgl. LEHMANN, Agrarfrage, 64–76.

<sup>325</sup> HORLACHER, Agrarprogramm (1923), 9f.; zum Erfurter Programm vgl. LEHMANN, Agrarfrage, 30–40.

<sup>326</sup> HORLACHER, Agrarprogramm (1923), 10f.

<sup>327</sup> HORLACHER, Agrarprogramm (1923), 3.

<sup>328</sup> HORLACHER, Agrarprogramm (1923), 8.

<sup>329</sup> HORLACHER, Agrarprogramm (1923), 11f.

d.h. gleichsam natürlich gewachsene Strukturen keine Rücksicht nehmen. Die orthodoxen Marxisten mussten sich von Horlacher belehren lassen, dass die Landwirtschaft im Gegensatz zur „mechanischen Auffassung des Sozialismus“ an „die organische Entwicklung der Landwirtschaft vollständig gebunden“ sei, weshalb sich der arbeitsteilig organisierte Arbeitsprozess der Industrie nicht auf die Landwirtschaft übertragen lasse<sup>330</sup>. Landwirtschaftliche Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe seien durch „Naturgesetze aneinander gekettet“. Deshalb sei es nötig, dass sich all diejenigen, die „diesen Naturgesetzen dienen“, zu einem „festen Block“ gegen den Sozialismus zusammenschließen. Denn die gesamte landwirtschaftliche Bevölkerung habe „unter sich dasselbe Gefühl der Liebe zur heimatlichen Scholle, der Treue an das Vaterhaus, alle miteinander haben in sich, wenn auch teilweise unbewußt, von vorneherein eine ablehnende Haltung gegenüber den mechanischen Grundgesetzen des Sozialismus“<sup>331</sup>. Mit der Idealisierung der ökonomischen Grundlagen der Landwirtschaft schloss Horlacher den Kreis zur philosophischen Basis des Marxismus, die er einleitend zu seiner Schrift kritisiert hatte. Der grundsätzliche Fehler des Marxismus lag für Horlacher in der Hinwendung zu Hegels „neuer Philosophie“ und in der Abwendung von der „alten Philosophie“ des deutschen Idealismus – von den „ewigen und unabänderlichen Ideen und Grundsätzen [...], die dem Wechsel der Zeit und den Veränderungen nicht unterworfen sind“. Deshalb widerspreche der aus „dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung“ herausgewachsene Marxismus der „christlichen Lebensauffassung von der Umgrenzung der Rechte und Pflichten im wirtschaftlichen Leben“<sup>332</sup>. Horlacher ignorierte den pragmatischen Revisionismus, der sich in der Sozialdemokratie mittlerweile durchgesetzt hatte, und führte die Auseinandersetzung von einer weltanschaulichen Grundlage aus. Anstatt die vorhandenen Übereinstimmungen mit Davids sozialdemokratischer Agrarpolitik auszuloten, verfestigte Horlacher durch seine Schrift die ideologische Barriere zwischen Agrarverbänden und Sozialdemokratie. Gerade darum erfüllte aber Horlacher die Erwartungen seiner Auftraggeber. Einstimmig wurden Horlachers Ausführungen von der Jubiläumsgeneralversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates zu dessen 50jährigem Bestehen am 31. Mai 1922 gebilligt und der Sozialismus als „Erbfeind des freien landwirtschaftlichen Besitzes“ gebrandmarkt<sup>333</sup>. Horlacher hatte sich durch sein Büchlein über das Agrarprogramm der SPD einen Namen als Kenner der

---

<sup>330</sup> HORLACHER, Agrarprogramm (1923), 20f. Damit bewegte sich Horlacher im Rahmen der konservativen Begrifflichkeit der Zwischenkriegszeit, zu deren unentbehrlichen Bestandteilen der Begriff „organisch“ gehörte. ‚Organisch‘ und ‚mechanisch‘ waren Gegensatzpaare. ‚Organisch‘ bedeutete Leben, ‚mechanisch‘ Erstarrung und Tod. Als ‚mechanisch‘ wurden die sozialpolitischen (Achtstundentag) und verfassungspolitischen (Verhältniswahlrecht und Parlamentarismus) Errungenschaften der Revolution diffamiert. Die Verteidigung bzw. Wiederherstellung ‚organisch‘ gewachsener Gesellschaftsstrukturen gegen marxistische oder liberalistische Umgestaltungsversuche wurde von den Protagonisten des politischen Konservatismus zum politischen Ziel erhoben. Vgl. SONTHEIMER, Denken, 43–53 und 322–327.

<sup>331</sup> HORLACHER, Agrarprogramm (1923), 22.

<sup>332</sup> HORLACHER, Agrarprogramm (1923), 5f.

<sup>333</sup> HORLACHER, Agrarprogramm (1923), 23.

sozialdemokratischen Agrarpolitik gemacht. Von der BVP wurde es zur Wahlagitation empfohlen<sup>334</sup>. Im Jahr 1926 wurde er eingeladen, im renommierten katholischen *Staatslexikon der Görres-Gesellschaft* den Artikel über den *Agrarsozialismus* zu verfassen<sup>335</sup>.

Erst im Kieler Programm von 1927 war die SPD in der Lage, ihren pragmatischen agrarpolitischen Revisionismus auch parteiamtlich zu kodifizieren. Erstmals wurde die marxistische Wirtschaftstheorie einer Revision unterzogen. Die SPD nahm nun konkrete Vorschläge zur Förderung der klein- und mittelbäuerlichen Landwirtschaft in ihr Programm auf. Ohne ihre arbeiterfreundliche Haltung aufzugeben, machte sie strukturpolitische Vorschläge zur Senkung der Produktionskosten, wobei sie sich Vorschlägen zur Steigerung der Erzeugerpreise enthielt<sup>336</sup>. Die strukturpolitischen Vorschläge der SPD fanden die Zustimmung Horlachers. Horlacher fand es bemerkenswert, dass die SPD nun die „großbetriebliche Richtung“ preisgegeben habe. Die nach der Aufgabe der marxistischen Wirtschaftstheorie stattdessen umso nachdrücklicher erhobene Forderung nach Enteignung des Großgrundbesitzes konnte er jedoch nicht akzeptieren. Darum erschien ihm das Kieler Programm auch nicht konsequent und aufrichtig genug. Horlacher reagierte auf den Pragmatismus der SPD wieder mit weltanschaulichem Rigorismus: „Der sozialistischen Wirtschaftsordnung steht aber scharf die bürgerliche Wirtschaftsordnung gegenüber. Vom Standpunkt der bürgerlichen Wirtschaftsordnung aus kann das Privateigentum niemals als Kompromiß-Objekt dienen. Das Privateigentum ist entweder berechtigt oder es ist es nicht; mag es nun ein großes, kleines oder mittleres Eigentum sein.“ Horlacher fiel also wieder in den stereotypen Vorwurf des Klassenkampfes zurück: Die SPD, so Horlacher, spekuliere immer noch „auf die menschlichen Leidenschaften des Neides und auf die politischen Gegensätze“, was ihm vom „Standpunkt des Klassenkampfes aus in der Sozialdemokratie durchaus begreiflich“ erschien. Deswegen beurteilte er das Kieler Programm schließlich eindeutig negativ: „Das Entscheidende bringt das Programm dem Bauern in seiner jetzigen Notlage nicht, nämlich die durchschlagenden Maßnahmen zur Hebung der Rentabilität der Landwirtschaft.“ Und darunter verstand Horlacher den bedingungslosen Einsatz für die Schutzzölle<sup>337</sup>.

Horlacher führte tatsächlich nicht nur einen fachlichen Kampf gegen die agrarpolitischen Vorschläge der SPD, er führte einen weltanschaulichen Kampf gegen die philosophischen Grundlagen des Sozialismus<sup>338</sup>, wobei er die Landwirtschaft als „das festeste

<sup>334</sup> „Die billige Schrift gehört in die Hand jedes Mannes, der zu Bauern beruflich sprechen muß, gehört aber auch auf den Tisch jedes politisch aufgeklärten Landwirts“ (Die Tätigkeit der Bayerischen Volkspartei im Bayerischen Landtag von 1920–1924, 32).

<sup>335</sup> Vgl. HORLACHER, *Agrarsozialismus* (1926), 59–62.

<sup>336</sup> Zum Kieler Programm von 1927 vgl. LEUSCHEN-SEPPEL, *Budget- und Agrarpolitik*, 91f.; SCHUMACHER, *Land*, 351–353.

<sup>337</sup> HORLACHER, *Agrar-Programm* (5. Februar 1927), 39–41.

<sup>338</sup> Deshalb unterschied Horlacher auch nicht zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus (HORLACHER, *Agrarprogramm* (1923), 15f.).

Bollwerk gegen alle sozialistischen Pläne“ betrachten wollte<sup>339</sup>. Der Antisozialismus diene ihm als integrierende Verbandsideologie, welche die Besitzunterschiede innerhalb der Landwirtschaft verdecken sollte, denn es „gelte nur der Grundsatz: es gibt nur einen Bauernstand und die Forderung nach der freien Scholle besteht für den Kleinen wie für den Großen gleich zu recht“<sup>340</sup>. Deshalb rief Horlacher dazu auf, „daß alle landwirtschaftlichen Betriebe zur Verteidigung ihres Privateigentums zusammenstehen müssen und nicht aus abschüssigen Erwägungen der Zersplitterung und dem gegenseitigen Kampf verfallen dürfen“<sup>341</sup>. Dazu war er bereit, sich ganz öffentlich in die Niederungen der sonst so abschätzig beurteilten Parteipolitik zu begeben: „Aber die parteipolitische Grenze ist erreicht, wo der Sozialismus angeht, und ich konstatiere hier, dass der deutsche Agrarpolitiker, der ein Freund der Landwirtschaft ist, gleichzeitig der geborene Feind des Sozialismus ist und wir werden alle Sozialisierungsbestrebungen mit aller Entschiedenheit ablehnen.“<sup>342</sup> Auch der Bauer sei „wegen seiner Liebe zur Heimat und zur eigenen Scholle und zwecks Erhaltung seiner persönlichen Freiheit der geborene Feind aller sozialistischen Wirtschaftspolitik und muß dies für alle Zeiten auch sein“. Deshalb war für Horlacher der Antisozialismus der „erste Grundstein einer zielbewussten Agrarpolitik“<sup>343</sup>. Dabei diene ihm der Sozialismus als Sündenbock, dem er die Verantwortung für das Missverhältnis zwischen Produktionskosten und Erzeugerpreisen aufladen konnte, ohne sich seine eigene Einflusslosigkeit angesichts übermächtiger politischer bzw. wirtschaftsstruktureller Verhältnisse – etwa während der Lebensmittelbewirtschaftung bis Sommer 1923 – eingestehen zu müssen<sup>344</sup>.

Darum war Horlacher auch noch nicht in der Lage, die sich tatsächlich ergebenden agrarpolitischen Berührungspunkte mit der Sozialdemokratie in eine koalitionspolitische Zusammenarbeit fließen zu lassen<sup>345</sup>. Die Rededuelle, die sich Horlacher mit dem sozialdemokratischen Agrarexperten Max Walther (1875–1950)<sup>346</sup> im bayerischen Landtag lieferte, zeigen doch deutlich die Möglichkeit einer Einigung auf sachlicher Grundlage. Walther bekannte sich zu den agrarpolitischen Grundsätzen Davids. Im Unterschied zu Horlacher lehnte er zwar preiswirksame agrarpolitische Maßnahmen ab, und forderte stattdessen – in Vorwegnahme des Kieler Programms – strukturpolitische Maßnahmen zur

<sup>339</sup> Verh. d. Bay. Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 1, Sitzung am 27. Juli 1920, 211–220.

<sup>340</sup> Wasserburger Anzeiger vom 9. Dezember 1926.

<sup>341</sup> HORLACHER, Agrar-Programm (5. Februar 1927), 39–41.

<sup>342</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 3. Juni 1921, 139.

<sup>343</sup> HORLACHER, Zukunft (1919), 19.

<sup>344</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 25. November 1921, 329.

<sup>345</sup> Koalitionen mit der SPD lehnte Horlacher aus grundsätzlichen weltanschaulichen Erwägungen ab (ACSP, Fraktionssitzungen der BVP Bd. 1, Sitzung am 14. September 1921).

<sup>346</sup> Kaufmann und sozialdemokratischer Politiker, protestantisch, geboren am 6. April 1875, Volksschule in Bayreuth, 1906 bis 1918 Bezirkssekretär der SPD für den Gau Nordbayern in Nürnberg, 1913 bis 1917 Mitglied des zentralen Parteiausschusses der SPD, 1919 bis 1928 Vorstandsmitglied des sozialdemokratischen Freien Bauern- und Handwerkerbundes, 1924 bis 1929 Bürgermeister von Laufamholz bei Nürnberg, 1919 bis 1924 und 1932/1933 MdL für die SPD, gestorben am 25. Mai 1950. Zu Walther vgl. SCHRÖDER, Parlamentarier, 788; LILLA, Landtag, 539.

Senkung der Produktionskosten<sup>347</sup>. Trotzdem war er während der Inflation bereit, die zentrale agrarische Forderung nach kostendeckenden Preisen als entscheidende Voraussetzung für eine Produktionssteigerung anzuerkennen und zu verteidigen<sup>348</sup>. Da sich Walther damit in Widerspruch zur parteiamtlichen Haltung der SPD brachte, versuchte er, einen vermittelnden Standpunkt zwischen Erzeuger- und Verbraucherinteressen einzunehmen, was zu Widersprüchen und Inkonsequenzen führte, die diesen Versuch nicht überzeugend erscheinen ließen<sup>349</sup>. Walther war jedoch ebenso wenig wie Horlacher in der Lage, die ideologische Barriere zwischen SPD und Agrarverbänden zu überwinden. So hielt Walther zwar einen Antrag Horlachers auf Erhöhung des Preises für das Umlagengetreide für zweckmäßig, hielt sich aber ausdrücklich an die Fraktionsdisziplin und stimmte dagegen<sup>350</sup>. Dabei hatte Horlacher hinter seiner antisozialistischen Fassade bereits 1922 erkannt, dass eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie auf fachlicher und persönlicher Ebene durchaus möglich gewesen wäre, wie eine anrührende Anekdote aus dem bayerischen Landtag zeigt. Als der Sozialdemokrat Joseph Inhofer anstatt Walthers am 29. April 1922 zur Agrarpolitik sprach, sich auf einen dezidierten Verbraucherstandpunkt stellte und das angebliche Gewinnstreben der Bauern für die Teuerung verantwortlich machte, rief ihm Horlacher enttäuscht zu: „Warum spricht heute nicht Ihr Kollege Walther?“<sup>351</sup> Die Politik einer konstruktiven Zusammenarbeit mit der SPD, wie sie Horlacher dann in der Großen Koalition unter einem sozialdemokratischen Reichskanzler ab 1928 nicht ohne agrarpolitische Erfolge verfolgte, war – jenseits aller parteipolitischen Rhetorik – also doch bereits damals angelegt, stellte jedoch in der Ordnungszelle Bayern nie eine ernsthafte Option dar.

## 7. Der „frühere Liberale“ –

### Wandel und Stetigkeit in Horlachers handelspolitischen Konzepten

„Hier ruht eine ehrliche Überzeugung, die brotlos blieb. Herr, schenk ihr die ewige Ruh!“ – Mit diesem Vers kommentierte die sozialdemokratische *Münchner Post* am 7. Juni 1922 unter der Überschrift „Horlacher als Agrarier und Antiagrarier“ dessen Wandel vom Anhänger des liberalen Nationalökonomen Lujo Brentano zum agrarischen Protektionisten und erinnerte in diesem Zusammenhang genüsslich an Horlachers freihändlerische Dissertation. Nun aber gebärdete sich Horlacher nach Ansicht der *Münchner Post* „agrarischer“ als mancher „Berufsagrarier“. Dabei vermutete sie „Mandat und Posten und die Aussicht auf Ämter und

<sup>347</sup> Verh. d. Bay. Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 4, Sitzung am 25. Januar 1922, 606–612; BayHStA, Bayerischer Landtag, Ausschuß für Aufgaben wirtschaftlicher Art, Sitzung am 7. Februar 1924.

<sup>348</sup> BayHStA, Bayerischer Landtag, Ausschuß für Aufgaben wirtschaftlicher Art, Sitzung am 31. Juli 1922.

<sup>349</sup> Verh. d. Bay. Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 4, Sitzung am 25. Januar 1922, 606–612.

<sup>350</sup> BayHStA, Bayerischer Landtag, Ausschuß für Aufgaben wirtschaftlicher Art, Sitzung am 31. Juli 1922. Auch der bayerischen SPD gelang es vor dem Kieler Programm nicht, die Kluft zwischen revolutionärer Theorie und revisionistischer Praxis zu überbrücken. Vgl. KRITZER, Sozialdemokratie, 214.

<sup>351</sup> Verh. d. Bay. Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 2, Sitzung am 29. April 1922, 919.

Würden“ als Grund für Horlachers Sinneswandel<sup>352</sup>. In seiner Erwiderung – die er am 8. Juni 1922 in der *BVC* publizierte – sprach Horlacher von der „sterbenden Freihandelslehre“ als einer „Irrlehre“. Der Krieg habe „zu Genüge bewiesen, wie verhängnisvoll die Lehre Brentanos war. Wir dürfen Gott danken, daß uns der Schutzzoll, insbesondere der Zoll von 1906, eine starke Landwirtschaft und einen hochentwickelten Getreidebau gebracht hat, wovon wir im Kriege zehren konnten. Eine starke und, wenn notwendig, zollgeschützte Landwirtschaft ist für uns ein unumgängliches Lebensbedürfnis.“<sup>353</sup> Nach den Erfahrungen mit der Blockade der Entente schien es Horlacher nicht mehr möglich, eine liberale Handelspolitik zu vertreten. Ausdrücklich wollte er die Produktivität der Landwirtschaft über die Preispolitik – also über Schutzzölle – fördern, um den Folgen einer neuerlichen Blockade vorzubeugen. Damit wollte er verhindern, dass „die Entente die Nahrungsmittelnot Deutschlands dazu benutzen kann, unsere Sklavenketten zu verstärken“<sup>354</sup>. Eine liberale Handelspolitik bezeichnete er nun als „Selbstmordpolitik“. Denn wenn „ein Volk in seiner Nahrungsmittelerzeugung sehr stark von dem ausländischen Brotgeber abhängig ist, dann ist es zur politischen und wirtschaftlichen Ohnmacht verurteilt“<sup>355</sup>. Die „unerträgliche Abhängigkeit vom Brot des Auslandes bedeutet dauernde Knechtung der deutschen Nation“, so Horlacher<sup>356</sup>. Der Freihandel führe dazu, dass „jeder Stand, ob Landwirt, ob Gewerbetreibender oder Arbeiter, auf die Dauer der Lohnsklave im Dienste der internationalen Wirtschaft sein würde“<sup>357</sup>. Deshalb galt es ihm als vordringlich, die Erzeugerpreise als Produktionsanreiz zu erhöhen und nicht, die Landwirtschaft durch forcierte Umstellungsprozesse auf einen arbeitsteiligen Weltmarkt vorzubereiten. Konsequenterweise prognostizierte er den „Untergang“ des Deutschen Reiches ohne die Wiedereinführung von Agrarzöllen<sup>358</sup>. Im Unterschied zu seiner Doktorarbeit – in der er die handelspolitischen Ansichten Brentanos verteidigte – war er nun der Ansicht, dass die Steigerung der Bodenpreise als Folge der Agrarzölle nicht ein „Ausdruck schlechter Entwicklung der Landwirtschaft“ sei, sondern vielmehr ein „Ausdruck eines fortschreitenden Volkswohlstandes“<sup>359</sup>.

Tatsächlich war die Bedeutung der Landwirtschaft für die elementaren Lebensbedürfnisse während des Ersten Weltkrieges in einer Weise hervorgetreten, die ihr nach Brentano im Industriestaat nicht mehr hätte zukommen dürfen. Horlacher war deshalb nicht der einzige Schüler Brentanos, der sich unter dem Eindruck der Blockade der Entente

---

<sup>352</sup> MP vom 7. Juni 1922.

<sup>353</sup> HORLACHER, Haß (8. Juni 1922), 5f.

<sup>354</sup> Verh. d. Bay. Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 2, Sitzung am 29. April 1921, 909.

<sup>355</sup> BayHStA, Bayerischer Landtag, Ausschuß für Aufgaben wirtschaftlicher Art, Sitzung am 3. Juli 1924.

<sup>356</sup> HORLACHER, Haß (8. Juni 1922), 5f.

<sup>357</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 7. Oktober 1924, 379f.

<sup>358</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 22. Juli 1924, 331–338.

<sup>359</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 22. Juli 1924, 336.



von dessen freihändlerischen Lehren abgewandt hatte<sup>360</sup>. Wenn Horlacher aber gegen den Vorwurf des Postenstrebens glaubhaft machen wollte, dass er sich „frei und unabhängig von einer Lehrmeinung der Hochschule seine eigene Überzeugung mit eigenen geistigen Waffen“ gebildet habe<sup>361</sup>, dann war doch die Abwendung von Brentano eine der wesentlichsten Voraussetzung für eine Karriere im landwirtschaftlichen Organisationswesen. Brentano und seine Schüler waren wegen ihrer liberalen handelspolitischen Vorschläge vor dem Ersten Weltkrieg ein hauptsächliches Angriffsziel agrarischer Polemik gewesen<sup>362</sup>. Heim war zwar auch von Brentano promoviert worden<sup>363</sup>, was ihn jedoch nicht davor abhielt, sich heftige öffentliche Fehden mit Brentano zu liefern<sup>364</sup>. Nach dem Ersten Weltkrieg sah sich Horlacher deshalb als Angehöriger des politischen Umfeldes um Heim gezwungen, es brüsk zurückzuweisen, wenn er als Schüler Brentanos bezeichnet wurde<sup>365</sup>. Er behauptete nun, von Brentanos glänzender Rhetorik geblendet worden zu sein: „Ich war selbst einmal zu Füßen des Lujo Brentano gesessen und weiß, wie er seine Zuhörer mit der einseitigen Theorie der Wirkung des Zolles auf die Güterpreise fasziniert hat. Wer aber im praktischen Leben steht, der weiß, daß hier nur graue Theorie und fanatische Theorie, kann man sagen, weil sie mit Begeisterung vorgetragen wurde, der Lehrmeister gewesen ist.“<sup>366</sup> Im Plenum der Landesbauernkammer machte er deutlich, wie peinlich ihm mittlerweile seine Dissertation geworden war, „die ich in der Schule Brentanos machen mußte – denn irgendwo muß man in der Welt einmal studieren“<sup>367</sup>. Für die SPD blieb Horlacher aber der „frühere Liberale“<sup>368</sup>.

Im Gegensatz zur autarkistischen Argumentation Horlachers<sup>369</sup> behauptete Brentano, dass die Deckung des Lebensmittelbedarfes aus inländischer Produktion – also die durch Schutzzölle abgeschirmte landwirtschaftliche Produktion mit dem Ziel der ernährungswirtschaftliche Autarkie – nur bei steigenden Produktionskosten möglich sei, was den Hauptfeiler der deutschen Volkswirtschaft, die Industrie, in einer schädigenden Art und

<sup>360</sup> Augsburg Postzeitung vom 19. Dezember 1929.

<sup>361</sup> HORLACHER, Haß (8. Juni 1922), 5f.

<sup>362</sup> Vgl. KRÜGER, Nationalökonomien, 111f.

<sup>363</sup> Vgl. RENNER, Heim (1961), 33.

<sup>364</sup> MNN vom 8. Oktober 1901.

<sup>365</sup> HORLACHER, Haß (8. Juni 1922), 5f. Wegen dieser öffentlichen Distanzierung von Brentano ist es nahezu ausgeschlossen, dass es Brentano gewesen sein soll, der Horlacher im Jahr 1920 – nach dessen protektionistischer Wende – zu seiner Landtagskandidatur animierte, wie BALKE, Präsidenten, 16 behauptet.

<sup>366</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 22. Juli 1924, 336.

<sup>367</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 23. Juni 1922, 126.

<sup>368</sup> Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Hermann Hartmann (1870–1926) zit. nach Verh. d. Bay. Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 3, Sitzung am 26. Januar 1922, 636.

<sup>369</sup> Horlacher verstand darunter jedoch keine vollständige Abschottung vom Weltmarkt – es „müßten denn die Steppen von Sibirien und die Siedlungen einiger Negerstämme als Kulturvorbilder erachtet werden“ (HORLACHER, Wirtschaft (20. September 1927), 12f.). Denn er warnte davor, dass eine vollständige handelspolitische Abschottung handelspolitische „Kampfmaßnahmen auf anderen Gebieten nach sich ziehen“ würde: „Die Folge wäre dann eine Erschütterung des deutschen gesamtwirtschaftlichen Lebens, die die deutsche Wirtschaft u. auch in ihren Rückwirkungen die deutsche Landwirtschaft vollends erdrücken müßte“ (HORLACHER, Stellung (6. Mai 1929), 120). Wenn Horlacher trotzdem die „möglichste Selbsternährung“ des deutschen Volkes herzustellen forderte (BK vom 17. September 1929), dann auf der Basis einer defensiv kontrollierten und restriktiv gehandhabten handelspolitischen Öffnung gegenüber dem Weltmarkt.

Weise belaste<sup>370</sup>. Da der Entwicklungsstand der deutschen Volkswirtschaft in der Vorkriegszeit nach Brentano vor allem auf dem vermehrbaren Kapital (als dem hauptsächlich industriellen Produktionsmittel) beruhte und nicht auf dem grundsätzlich unvermehrten Grund und Boden (als dem hauptsächlich landwirtschaftlichen Produktionsmittel)<sup>371</sup>, hielt er es für schädlich, die Produktionskosten der Industrie durch Agrarzölle zu erhöhen, ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit dadurch einzuschränken und letztlich den inländischen Absatzmarkt für landwirtschaftliche Produkte zu schwächen<sup>372</sup>. Statt auf eine Erhöhung der Erzeugerpreise durch Agrarzölle zu dringen, riet Brentano deshalb zur Senkung der landwirtschaftlichen Produktionskosten durch Anpassung der Anbaustruktur an die Bedürfnisse des Weltmarktes<sup>373</sup>. Er riet zur „Minderung der Quantität zur Steigerung der Qualität“<sup>374</sup>.

Der Angelpunkt der handelspolitischen Diskussion über die Wiedereinführung der Agrarzölle lag also in der Frage, ob eine ausgeglichene Handelsbilanz – die zur Begleichung der Reparationsschuld unabdingbar war – über eine Förderung der Exportindustrie oder eine Stärkung des Binnenmarktes hergestellt werden sollte<sup>375</sup>. Horlachers Ansicht nach bestand keine weltwirtschaftliche, sondern eine binnenwirtschaftliche Arbeitsteilung zwischen Landwirtschaft und Industrie: „Unsere deutsche Landwirtschaft muß in den Stand gesetzt werden, gegenüber dem Ausland Devisen zu ersparen, unsere deutsche Industrie muß Devisen beschaffen.“<sup>376</sup> Statt einer liberalen Handelspolitik propagierte Horlacher im Vorfeld der Diskussion um die Wiedereinführung der Agrarzölle nach dem Auslaufen der handelspolitischen Restriktionen des Versailler Vertrages 1924/1925 deshalb die protektionistische „Binnenwirtschaft“. Für ihn war der Markt nicht der Ort wirtschaftlichen Konkurrenzkampfes um die Verbraucherschaft. Entsprechend der antiliberalen und harmonisierenden Deutungsformel von der Volksgemeinschaft sollten alle Marktteilnehmer einträchtig am Wiederaufbau der Volkswirtschaft zusammenwirken: „[...] aufgebaut auf der Landwirtschaft, weiterhin sich ausdehnend auf das gesunde Gewerbe, das mit der Landwirtschaft arbeitet, und dann auch sich ausdehnend auf eine gesunde, nicht treibhausmäßig entwickelte deutsche Industrie, mit anderen Worten, wir wollen, daß wir von einer gesunden Inlandswirtschaft aus in den Export hineinwachsen, so wie es früher der Fall war.“<sup>377</sup> Bei der Norddeutschen Rundfunk AG gab er am 18. Januar 1927 zu bedenken, „daß

<sup>370</sup> BRENTANO, Schrecken, 18–20.

<sup>371</sup> BRENTANO, Schrecken, 18–20.

<sup>372</sup> BRENTANO, Freihandelsargument, 8f. und 18f.; BRENTANO, Agrarpolitik, 59f.

<sup>373</sup> BRENTANO, System, 49f.

<sup>374</sup> BRENTANO, Schrecken, 51.

<sup>375</sup> Tatsächlich trug dann der Rückgang der Agrareinfuhren zur Aktivierung der Handelsbilanz nach 1929 bei. Vgl. BECKER, Handlungsspielräume, 43.

<sup>376</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 386, Sitzung am 24. Juni 1925, 2602–2606.

<sup>377</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 7. Oktober 1924, 379f. Zu dieser binnenwirtschaftlichen Konjunkturtheorie vgl. GESSNER, Agrardepression, 75.

die deutsche Industrie in erster Linie auch auf den Inlandsmarkt und auf eine kaufkräftige Landwirtschaft angewiesen ist“. Da er die Weltwirtschaft als Fortführung des Wirtschaftskrieges interpretierte, propagierte er eine defensive Wirtschaftspolitik, die „auf die möglichste Selbsterhaltung des deutschen Volkes auf der heimatlichen Scholle eingestellt sein“ müsse, denn: „Schon die geographische Lage Deutschlands im Herzen Europas, umringt von anderen Nationen, ohne Kolonien, ohne eine in der Weltwirtschaft bedeutende Flotte, muß aus wirtschaftspolitischen Gründen dazu zwingen, uns eine starke Landwirtschaft zu schaffen.“<sup>378</sup> Wegen der angenommenen Kriegssituation auf dem Weltmarkt durfte die deutsche Wirtschaftsstruktur nach Ansicht Horlachers nicht an die Bedürfnisse des Weltmarktes angepasst werden, sondern es sollte die deutsche Volkswirtschaft vor dem Weltmarkt geschützt werden: „Die Wirtschaftspolitik muß bestimmt werden durch die Rücksichtnahme auf die nationalen Produktionskosten aller für die heimische Wirtschaft wichtigen Erwerbszweige gegenüber dem Ausland, wobei selbstverständlich auf das gegenseitige Preisverhältnis bei der Ausgestaltung der Schutzzollpolitik Rücksicht genommen werden muß.“<sup>379</sup> Der Freihandel könne sich nur dort „günstig auswirken, wo die Erzeugungsbedingungen der Wirtschaft eines Volkes für dieses Volk günstig liegen, das heißt, wo dieses Volk in der Mehrheit seiner Produktionsstätten hinsichtlich der Produktionskosten gegenüber anderen Völkern im Vorteil ist, oder im internationalen Handelsverkehr infolge seiner Lage und der Entwicklung seiner Schifffahrt und seiner Kolonien eine beherrschende Rolle spielen kann“. In dieser Lage sah er aber insbesondere die deutsche Landwirtschaft nicht. Da diese durch die steuerlichen Eingriffe zur Stabilisierung der Währung, wegen der durch den Krieg verursachten Vermögensverluste und der Reparationslasten auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig sei, müsse sie geschützt werden, um „den Produktionsvorsprung der überseeischen Landwirtschaft und der einzelnen Staaten ausgleichen“ zu können<sup>380</sup>.

Brentano hatte im Rahmen seiner industriestaatlichen Prognose stets darauf hingewiesen, dass die Prosperität der Landwirtschaft auf den Absatz bei der Industrie angewiesen sei<sup>381</sup>. Im Unterschied dazu war es in Horlachers konjunkturpolitischem Konzept der Binnenwirtschaft die Industrie, die auf den Absatz bei der Landwirtschaft angewiesen war: „Wird durch eine angemessene Schutzzollpolitik die Landwirtschaft kaufkräftig gemacht und kaufkräftig erhalten, dann eröffnen sich auch gesicherte Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem Inlandsmarkt für das ganze übrige Volk.“<sup>382</sup> Gegenüber dem Plenum des Deutschen Landwirtschaftsrates erklärte er im April 1924 unter dem Beifall der Anwesenden: „Die

---

<sup>378</sup> HORLACHER, Bedeutung der Landwirtschaft (5. März 1927), 67f.

<sup>379</sup> HORLACHER, Lage (1925), 20.

<sup>380</sup> HORLACHER, Wirtschaft (20. September 1927), 12f.

<sup>381</sup> BRENTANO, Schrecken, 7–17.

<sup>382</sup> HORLACHER, Bedeutung und Aufgaben (1927), 172.

deutsche Landwirtschaft entzieht mit ihren grundsätzlichen Forderungen nach Ermöglichung der Aufrechterhaltung ihrer Betriebe dem Arbeiter nicht das Brot, wie oft in agitatorischer Weise behauptet wird, sondern sie schafft dem deutschen Volke das Brot.“ Deshalb erfülle die Landwirtschaft mit ihrer Forderung nach Zollschutz „eine vaterländische Pflicht auch gegenüber der großen deutschen Arbeiterschaft“<sup>383</sup>. Schon aufgrund der Deckung der elementaren Lebensbedürfnisse stellte die Landwirtschaft in Horlachers Konzept der Binnenwirtschaft die „Grundsäule“ der ganzen Volkswirtschaft dar, wie er im bayerischen Landtag am 27. Juli 1920 in drastischer Weise darzulegen verstand, als er erwähnte, dass die Landwirtschaft „auch während der Revolution in allen deutschen Ländern der Arbeit treu geblieben ist, und wenn diese Arbeitstreue nicht durchgehalten hätte, dann würde sämtlichen, die hier im Saale sitzen, die Zunge aus dem Halse heraushängen“<sup>384</sup>.

Die ernährungswirtschaftliche Autarkie stellte das Kernelement von Horlachers binnenwirtschaftlichem Konjunkturmodell und damit einen defensiven handelspolitischen Entwurf für ein wirtschaftlich geschwächtes Deutsches Reich auf dem ‚Kriegsschauplatz‘ des Weltmarktes dar. Dabei forderte er, dass die die solidarprotektionistische Handelspolitik der Vorkriegszeit, welche Landwirtschaft und Industrie gleichermaßen schützte<sup>385</sup> – als sich nach Ansicht Horlachers „das zwischen Industrie und Landwirtschaft ausgleichende Schutzzollsystem zum Nutzen des Gesamtvolks durchaus bewährt“ gehabt habe<sup>386</sup> – rekonstruiert werden sollte. Mit diesem Hinweis auf die Vorkriegszeit machte Horlacher deutlich, dass sein agrarpolitisches Konzept der Stärkung der Binnenwirtschaft Teil eines revisionistischen handelspolitischen Entwurfes war, welches die Wiederherstellung der deutschen außen- und wirtschaftspolitischen Machtposition vor dem Ersten Weltkrieg zum Ziel hatte: „Möge es dem deutschen Volk vergönnt sein, bei vorsichtiger Wirtschaftspolitik trotz unübersteiglicher Schwierigkeiten seine ehemalige Stellung zu erobern.“<sup>387</sup> Der „glänzende Aufstieg“, den das Deutsche Reich vor dem Ersten Weltkrieg auf landwirtschaftlichem und industriellem Gebiet genommen hatte, galt ihm dabei als zu rekonstruierendes Vorbild<sup>388</sup>. Ausdrücklich erblickte er in der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion bis auf Vorkriegsniveau eine wesentliche Voraussetzung, um das Ziel einer wirtschaftspolitischen Revision des Versailler Friedensvertrages zu erreichen, wie er in den *Süddeutschen Monatsheften* 1925 behauptete. Die in den Friedensbedingungen begründete Abhängigkeit des Deutschen Reiches von Rohstoff- und Lebensmitteleinfuhren könne nur durch eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion ersetzt werden, da diese

<sup>383</sup> Referat Horlachers auf der 53. Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates am 25./26. April 1924, in: Archiv des Deutschen Landwirtschaftsrates 42 (1925), 126–138, hier: 130.

<sup>384</sup> Verh. d. Bay. Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 1, Sitzung am 27. Juli 1920, 215.

<sup>385</sup> Zum Solidarprotektionismus in der deutschen Handelspolitik der Vorkriegszeit vgl. FLEMMING, Interessen, 18–75.

<sup>386</sup> HORLACHER, Getreide (1927), 682.

<sup>387</sup> HORLACHER, Wirtschaft (20. September 1927), 12f.

<sup>388</sup> HORLACHER, Lage (1925), 19.

nicht in dem Maß auf Rohstoffeinfuhren angewiesen sei, wie die Industrie<sup>389</sup>. Dabei ging er von der Möglichkeit der ernährungspolitischen Autarkie aus: „Die glänzende Entwicklung, die die deutsche Landwirtschaft bis vor dem Krieg gegenüber der Landwirtschaft der ganzen Welt genommen hat, sie bürgt dafür, daß die deutsche Landwirtschaft in der Lage ist, wieder in der Hauptsache das deutsche Volk zu ernähren.“<sup>390</sup> Während Brentano die Produktivität der deutschen Landwirtschaft in der Vorkriegszeit bereits während des Krieges anzweifelte<sup>391</sup>, propagierte Horlacher ein „idealisiertes Leitbild wirtschaftlicher Dauerprosperität der Vorkriegszeit“<sup>392</sup>, das durch handelspolitische Maßnahmen gegenüber dem Weltmarkt zu schützen und in dem der Besitzstand der Landwirtschaft zu wahren war.

Wenn Horlacher den Schutz der deutschen Landwirtschaft vor Auslandskonkurrenz forderte, so musste er sich klar machen, dass die Landwirtschaft bereits zu Beginn des Ersten Weltkrieges nicht mehr der dominierende Wirtschaftssektor im Deutschen Reich war<sup>393</sup>. Während des Ersten Weltkrieges wurde die Entwicklung des Deutschen Reiches zu einem Industriestaat beschleunigt<sup>394</sup>. Horlacher war sich dieser Entwicklung bewusst, wie er am 6. Mai 1929 in der *Bayerischen Agrarpolitischen Rundschau* der Landesbauernkammer deutlich machte: „Der zahlenmäßig bei Gründung des Deutschen Reiches vorhandene agrarische und ländliche Charakter hat sich umgewandelt, was die Zahl des Volkes anlangt, in einen mehr städtischen, gewerblichen und industriellen Charakter.“ Er hielt es jedoch für einen Irrtum, deshalb zu glauben, dass die „Bedeutung der Landwirtschaft für die Gesamtheit der Wirtschaft und für das ganze Volk“ gesunken sei. Denn bei „dem gewaltigen Produktionswert der deutschen Landwirtschaft und bei seiner Bedeutung für den inneren Markt dürfte m.E. die Streitfrage zwischen Agrar- und Industriestaat eine müßige sein. Deutschland muß seine Wirtschaft auf zwei festen Grundsäulen aufbauen, auf einer starken Landwirtschaft einerseits und einem kräftigen Gewerbe und einer starken Industrie andererseits.“<sup>395</sup> Gegen die mit Macht vorandrängende Industrialisierung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens, welche die volkswirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft und damit den Spielraum agrarischer Wirtschaftspolitik empfindlich zu verringern drohte, propagierte Horlacher das wirtschaftspolitische Leitbild vom „Agrar- und Industriestaat im gleichen Ausmaß“<sup>396</sup>.

Deshalb war Horlacher gezwungen, die Notwendigkeit des Schutzes eines in seiner volkswirtschaftlichen Bedeutung zurückgehenden Wirtschaftszweiges, wie ihn die

---

<sup>389</sup> HORLACHER, Lage (1925), 19–27.

<sup>390</sup> HORLACHER, Lage (1925), 20.

<sup>391</sup> BRENTANO, System, 42.

<sup>392</sup> PETZINA, Elemente, 128.

<sup>393</sup> Im Jahr 1914 waren 34 Prozent der Erwerbstätigen im primären Sektor beschäftigt, 38 im sekundären und 28 im tertiären Sektor. Vgl. HENNING, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 884–888.

<sup>394</sup> Vgl. ULLMANN, Kriegswirtschaft, 220–232.

<sup>395</sup> HORLACHER, Stellung (6. Mai 1929), 119–121.

<sup>396</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung des Großen Wirtschaftsausschusses zur Einigung der Bayerischen Landwirtschaft am 28. September 1929, 8.

Landwirtschaft darstellte, mit Argumenten zu begründen, die außerhalb der Wirtschaftspolitik lagen. Er fand diese in einer idealisierten und utopischen Vorstellung vom Bauernhof, den er zum Vorbild einer stabilen gesellschaftlichen Entwicklung ohne Klassenkampf stilisierte: „Und das Bauernhaus ist auch sozialpolitisch von Bedeutung, indem es eine Stätte des Arbeitsfriedens und der engsten Gemeinschaftsarbeit des Bauern mit seinen Angehörigen darstellt.“<sup>397</sup> Im Bauernhaus arbeite „der Bauer mit seinen Angehörigen und Dienstboten einträchtig zusammen, sie leben in einer Hausgemeinschaft. Der Bauer gibt an seine Dienstboten eine ganze Reihe freiwilliger Leistungen, die viel dazu beitragen, einen sozialen Unterschied zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, wie er in der Großindustrie bekannt ist, nicht aufkommen zu lassen.“<sup>398</sup> Horlacher erhoffte sich von der Landbevölkerung den Impuls für die Abkehr vom liberalen und marxistischen Materialismus: „Das Land war immer der Mutterboden einer gesunden konservativen Anschauung, einer warmen Liebe zur Scholle und zur Heimat, einer tiefen religiösen Überzeugung, alles Momente, die für die Erhaltung und den Aufbau eines gesunden Staates nicht zu entbehren sind. Denn nicht allein die Wirtschaft wird ein Volk glücklich machen, sondern auch der Geist, der dieses Volk beseelt; die gesunden Anschauungen unseres Landvolks sind notwendig als der Sauerteig, von dem die übrige nationaldenkende Bevölkerung und religiös eingestellte Bevölkerung ständig durchsäuert wird.“<sup>399</sup> In einer agrarromantisch verklärten Landwirtschaft sah er deshalb einen gesellschaftspolitisch stabilisierenden Faktor, den es unbedingt zu erhalten galt. Die „Auswirkung einer deutschen Agrarkrise muß so rasch wie nur möglich bekämpft werden, denn wenn der Stand, der dem Staat ein festes Rückgrat gibt, nicht aufrechterhalten werden kann, und wenn hier sozial ungesunde Verhältnisse einreißen, dann ist auch die weitere Entwicklung des deutschen Volkes unmöglich gemacht“<sup>400</sup>. Den Staat nahm er deshalb in die Pflicht, eine „große Zahl der selbständigen Betriebsinhaber“ zu erhalten, damit eine „Erneuerung der Volkskraft vom Lande her“ möglich werden könne<sup>401</sup>. Aufgrund der von der Landbevölkerung verkörperten Werte eines harmonischen Gesellschaftsideals stellte die Landwirtschaft für Horlacher einen über andere Wirtschaftszweige hinausgehobenen Sektor dar, dessen Erhaltung er als Aufgabe des Staates betrachtete.

Horlacher verfolgte mit seiner Agrarpolitik also nicht zuletzt revisionistische gesellschaftspolitische Ziele<sup>402</sup>, die er noch dadurch untermauerte, dass er die Bedeutung der Landwirtschaft sakral überhöhte. Die naturgebundene Wirtschaftsweise der Landwirtschaft

---

<sup>397</sup> HORLACHER, Stellung (6. Mai 1929), 119–121.

<sup>398</sup> Mitteilungen der Bay. Landesbauernkammer vom 2. März 1925.

<sup>399</sup> Mitteilungen der Bay. Landesbauernkammer vom 2. März 1925.

<sup>400</sup> Referat Horlachers auf der 53. Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates am 25./26. April 1924, in: Archiv des Deutschen Landwirtschaftsrats 42 (1925), 126–138, hier: 136.

<sup>401</sup> HORLACHER, Stellung (6. Mai 1929), 121.

<sup>402</sup> Nach dem Urteil Heinrich Beckers wurden die Agrarzölle überhaupt „weniger als eine wirksame Antwort auf näher analysierte, anstehende oder sich entwickelnde handelspolitische Probleme gefordert, denn als Signal für eine andere Ausrichtung der Gesellschaft“ (BECKER, Handlungsspielräume, 343).

nahm Horlacher zum Anlass, das Bauerntum zum „Mittler zwischen der Natur und den von Gott dem Allmächtigen gegebenen Naturgesetzen“ zu überhöhen und ihm eine sakrale Funktion zu verleihen. Denn in seiner Arbeit sei der Bauer „der nächste Diener dieser göttlichen Gesetze“. Um von diesem sakralisierenden Höhenflug auf den Boden der praktikablen politischen Forderungen zurückzukommen, leitete er daraus den Charakter der Landwirtschaft als Amt ab. Denn der Bauer habe „ein hohes Gut zu verwalten, für die Ernährung der Bevölkerung zu sorgen“<sup>403</sup>. Deshalb definierte es Horlacher am 23. Juni 1922 als Aufgabe der Landesbauernkammer, „auch die Pflichten des Bauernstandes gegen Volk und Allgemeinheit immer in den Vordergrund zu stellen“<sup>404</sup>. Dabei zeigte sich Horlacher deutlich beeinflusst von der katholischen Soziallehre, an deren zentralem deutschsprachigem Nachschlagewerk, dem *Staatslexikon der Görres-Gesellschaft*, er mit zwei Artikeln mitarbeitete<sup>405</sup>. Der katholische Wirtschafts- und Sozialethiker Oswald von Nell-Breuning (1890–1991)<sup>406</sup> erklärte im *Staatslexikon* in naturrechtlicher Manier, dass vor allem Grund und Boden den Eigentümern nur von Gott zur Verfügung gestellt worden seien, um „gottgewollten Zwecken“ zu dienen: „Da die vom Menschen am Boden zu erfüllenden Aufgaben nicht nur Individualzwecke, sondern in hervorragendem Maß Sozialzwecke sind, so wird das Bodenrecht nach dieser Auffassung auch in seinen privatrechtlichen Teilen einen starken öffentlich-rechtlichen Einschlag aufweisen.“<sup>407</sup> Aufgrund einer derartigen Auffassung vom Privateigentum an Grund und Boden war es nur konsequent, dass Horlacher für die Landwirtschaft nicht einen kapitalistischen Unternehmergewinn in Form der „Steigerung der Grundrente“ als Entgelt für die Nutzung von privatem Produktionseigentum, sondern einen „Lohn“ als Entschädigung für die Leistungen für die Allgemeinheit einforderte<sup>408</sup>. Während der Auseinandersetzung um die Wiedereinführung der Agrarzölle 1925 meinte er gegenüber dem Plenum der Landesbauernkammer: „Die ganze Frage dreht sich nicht darum, dem einen einen Gewinn auf Kosten des andern zu verschaffen, sondern die Frage geht bei der Landwirtschaft darum, dem deutschen Bauern, dem deutschen Landwirt für seine mühselige Arbeit unter erschwerten Bedingungen gegenüber dem Auslande, unter besonders verschärften Verhältnissen, unter Anspannung seiner Arbeitskraft – ohne Rücksicht auf Arbeitszeitverhältnisse – den verdienten Lohn zu verschaffen, genau so wie andere

---

<sup>403</sup> HORLACHER, Einführung (1951), 29.

<sup>404</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 23. Juni 1922, 122.

<sup>405</sup> HORLACHER, Agrarsozialismus (1926), 59–62; HORLACHER, Getreide (1927), 676–684. Zur Wirksamkeit der katholischen Soziallehre in der Weimarer Republik vgl. BAUMGARTNER, Sehnsucht.

<sup>406</sup> Katholischer Wirtschafts- und Sozialethiker, geboren am 8. März 1890, nach dem Studium der Naturwissenschaften Aufnahme eines Theologiestudiums, Eintritt in den Jesuitenorden, seit 1928 Professor für Moralthologie und Sozialwissenschaften an der Philosophisch-Theologischen Hochschule St. Georgen in Frankfurt, unermüdliche Tätigkeit als Redner und Schriftsteller, einer der bedeutendsten katholischen Sozialethiker des deutschen Sprachraums, gestorben am 21. August 1991. Zu Nell-Breuning vgl. KERBER, Nell-Breuning, 732f.

<sup>407</sup> NELL-BREUNING, Bodenrecht, 955.

<sup>408</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 22. Juli 1924, 333.

Bevölkerungsschichten in Deutschland darauf Anspruch haben.“<sup>409</sup> Deshalb lehnte er eine marktwertorientierte Produktion ab und propagierte eine gebrauchswertorientierte Bezahlung. Dazu übernahm Horlacher aus der katholischen Soziallehre das Konzept des Gerechten Preises, der nicht das Ergebnis des Ausgleichs von Angebot und Nachfrage auf dem freien Markt darstellt, sondern das sittliche Postulat der Preisgerechtigkeit erfüllt und die Produktionskosten decken sollte<sup>410</sup>. In den Agrarzöllen sah Horlacher die „Garantie eines gerechten Preises“<sup>411</sup>. Denn der „Lohn des Bauern“ bestehe darin, „daß er für seine Produkte die entsprechenden Preise bekommt“<sup>412</sup>. In Horlachers volkswirtschaftlichem Konzept der Binnenwirtschaft stellte der Gerechte Preis den Lohn für die Erfüllung der Pflicht der Produktionssteigerung zur Herstellung der ernährungspolitischen Autarkie dar. Damit war der von Horlacher ansonsten so vehement propagierte soziale Unterschied zwischen dem Landwirt als selbständigem Wirtschaftler und der unselbständigen Lohnarbeit der Arbeiter im ebenso völkisch wie katholisch-sozialethisch verstandenen Dienst an der Allgemeinheit aufgehoben.

Die Übernahme des Gerechten Preises in Horlachers agrarpolitische Konzepte zeigt, dass seine wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen nicht auf Gewinnmaximierung, sondern auf volks- und betriebswirtschaftliche Bedarfsbefriedigung orientiert waren. Deshalb forderte er im Wirtschaftsausschuss des bayerischen Landtages am 13. November 1924, „daß die Bevölkerung ohne übermäßigen Gewinn der dazwischenliegenden Wirtschaftsgruppen mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen versorgt werde“<sup>413</sup>. Im Untersuchungsausschuss des Reichstages zur Roggenstützungsaktion urteilte er am 26. Februar 1931, es sei „eine merkwürdige Auffassung des Zeugen Scheuer, daß er seinen Beruf als Kaufmann nur vom Standpunkt des Geldverdienens auffasse, was wohl auch eine moderne Erscheinung sei“<sup>414</sup>. Entsprechend der sozialethisch motivierten Kapitalismuskritik, die für den Konservatismus der Weimarer Zeit kennzeichnend war<sup>415</sup>, kritisierte auch Horlacher die als „Mammonismus“ diffamierten Auswüchse der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise<sup>416</sup>. Darunter verstand er

---

<sup>409</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 9. Juni 1925, 20.

<sup>410</sup> Zum Gerechten Preis der katholischen Soziallehre vgl. NELL-BREUNING, Preis, 363–368; FEHL, Frage, 249–267; GOEZ, Ringen, 21–32.

<sup>411</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 22. Juli 1924, 336.

<sup>412</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 395, 406. Sitzung am 21. März 1928, 13600.

<sup>413</sup> BayHStA, Bayerischer Landtag, Ausschuß für Aufgaben wirtschaftlicher Art, Sitzung am 13. November 1924.

<sup>414</sup> BA Berlin, R101/1650, Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Roggenstützung am 26. Februar 1931.

<sup>415</sup> Zur konservativen Kapitalismuskritik der Weimarer Republik vgl. MAI, Kapitalismuskritik, 244–248; BECHTOLD, Antikapitalismus, 79–99. Zum schillernden Begriff des Kapitalismus vgl. HILGER – HÖLSCHER, Kapital, 399–545.

<sup>416</sup> Die BVP kritisierte, dass der Kapitalismus „allzu sehr dem Geiste des Mammonismus und des schnödesten Materialismus“ huldige, wenn er das Eigentum an den Produktionsmitteln missbrauche (RINGELMANN, Bayerische Volkspartei, 121). Der Bündler vom 6. Juli 1919 verstand unter „Mammonismus“ die „Raubtieranschauung nach der soweit als möglich einem alles gehören soll“. Der nationalsozialistische Wirtschaftstheoretiker Gottfried Feder bezeichnete den „Mammonismus“ als „die unheimliche, unsichtbare, geheimnisvolle Herrschaft der großen internationalen Geldmächte“ (FEDER, Manifest, 11).



eine ökonomische Verhaltensweise, die „auf materialistischen Auffassungen, auf der verhängnisvoll gewordenen Gier nach dem Mammon unter Verletzung der sozialen Pflichten gegenüber der deutschen Arbeiterschaft“ gründete<sup>417</sup>. Er rief deshalb zur „rücksichtslosen Bekämpfung des wucherischen Leihkapitals und Börsenkapitals“ auf<sup>418</sup>, die ihm als Ausdruck unsittlicher und egoistischer Verantwortungslosigkeit im Wirtschaftsleben galten. Den Wirtschaftsliberalismus bezeichnete er als „verhängnisvolle Lehre des Strebens nach dem größtmöglichen Gewinn“. Stattdessen forderte Horlacher, „daß die Wirtschaft eines Volkes auf zwei Grundpfeilern beruhen muß, auf einem berechtigten Selbstinteresse, das allein einen Staat vorwärts zu treiben vermag, und dann aber auf einer allgemeinen sozialen Gesinnung, der Rücksichtnahme des einen Volksgenossen auf den andern“<sup>419</sup>. Deshalb drückte Horlacher auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise im Mai 1932 die Hoffnung aus, „daß aus den zusammenbrechenden großen Industriekonzernen wieder ein gesundes kleines und mittleres Unternehmertum herauswächst, wo der Direktor dem Unternehmen nicht als Person gegenübersteht, die sich vielleicht sogar auf Kosten des Unternehmens das schönste Leben bereiten will, sondern wo der kleine und mittlere Unternehmer da ist, der sich seiner Familie gegenüber und der Allgemeinheit verantwortlich fühlt“<sup>420</sup>. Horlacher zog die Konsequenzen aus dieser Kritik, indem er für eine bürokratische Reglementierung des Marktes auf der Grundlage einer eigentumsorientierten mittelständischen Wirtschaftsweise eintrat<sup>421</sup>.

Der späte und vergleichsweise rasche Industrialisierungsprozess im Deutschen Reich schuf Konflikte, die auch nach der Errichtung der Weimarer Republik nicht demokratisch ausgetragen, sondern ideologisch verbrämt wurden<sup>422</sup>, wie sich an Horlachers antikapitalistischer Agitation deutlich zeigen lässt. Darin stellte sich Horlacher gegen die Werte einer freien, individualistischen und demokratischen Gesellschaft. Individualismus interpretierte er als Egoismus, Freiheit musste zu Chaos führen<sup>423</sup>. Horlacher hielt stattdessen an den Ideen von 1914 fest. Er propagierte die ethischen Postulate ‚Gemeinsinn‘ und ‚Pflichterfüllung‘, um die freie Marktwirtschaft als wirtschaftspolitische Manifestation eines perhorreszierten Individualismus zu überwinden und sich im ‚Weltwirtschaftskrieg‘ in der – nach antiliberalen Grundsätzen bürokratisch organisierten – Binnenwirtschaft abschotten zu können. Aufgrund der ethischen Aufladung dieser besonderen konservativen Form der Kapitalismuskritik war jedoch der Weg zum Antikapitalismus der freihändlerisch orientierten

<sup>417</sup> BayHStA, Bayerischer Landtag, Ausschuß für Aufgaben wirtschaftlicher Art, Sitzung am 7. Februar 1924.

<sup>418</sup> HORLACHER, Zukunft (1919), 23.

<sup>419</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 25. November 1921, 328.

<sup>420</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 446, Sitzung am 11. Mai 1932, 2639.

<sup>421</sup> Vgl. Kapitel VII.7 und VIII.2.

<sup>422</sup> Vgl. BECHTOLD, Antikapitalismus, 88.

<sup>423</sup> Im Landtag erklärte er am 27. Juli 1920 im Rückblick auf die Novemberrevolution: „In diesem autoritätslosen Zustande war die Geburtsstätte des erbärmlichen Revolutionsgewinns, das kann von ernsten Vaterlandsfreunden nie bestritten werden. Alle Mißstände während des Krieges müssen verbleichen gegenüber den Umwälzungen, die die Revolution auf wirtschaftlichem Gebiete gebracht hat“ (Verh. d. Bay. Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 1, Sitzung am 27. Juli 1920, 212).

Sozialdemokratie verbaut<sup>424</sup>. Den Zusammenhang, der für Horlacher zwischen einer protektionistischen Handelspolitik und einer gesellschaftlichen Entwicklung auf der Grundlage von ethischen Postulaten bestand, brachte er selbst auf den Punkt: „Freihändlerisch denken heißt kosmopolitisch, international denken, heißt die Interessen der nationalen Wirtschaft unter internationalen Rentengesichtspunkten betrachten. Die Träger der Freihandelsidee sind in der Regel materialistisch eingestellt und zählen in der Regel nicht zu den Freunden der christlichen Staats- und Weltordnung.“<sup>425</sup>

Mit der Aufstellung ethischer Postulate zur Legitimation einer protektionistischen Handelspolitik hatte sich Horlacher von Brentanos Vorstellung des allein nach Gewinn strebenden – also des idealtypisch kapitalistischen – ökonomischen Subjekts abgewandt und eine zentrale methodische Forderung seines akademischen Lehrmeisters verletzt. Brentano hatte seine Studenten davor gewarnt, ihre Urteilsfähigkeit durch patriotische Gefühle, Klassenzugehörigkeit oder religiöse Empfindungen trüben zu lassen<sup>426</sup>. Entsprechend der induktiven Methodologie der „jüngeren historischen Schule“ war der Gegenstand der Nationalökonomie für Brentano „nicht das Seinsollende, sondern das Seiende und die Darlegung des ursächlichen Zusammenhangs, der die Tatsachen verbindet“<sup>427</sup>. Im ethisch fundierten Gerechten Preis der katholischen Soziallehre sah er das „Thor, durch welches thatsächlich die Berechtigung jedweden Gewinns ihren Einzug halten konnte“, womit er dessen Sittlichkeit letztlich ad absurdum zu führen suchte<sup>428</sup>. Entsprechend polemisch behauptete er, dass man „sogar von der Sittlichkeit des im Wirtshaus getrunkenen Biers und der Unsittlichkeit des Flaschenbiers“ gesprochen habe<sup>429</sup>. Er lehnte es deshalb ab, „die Aufgabe des sittlichen Daseins durch mechanische Eingriffe verwirklichen zu wollen“ und plädierte deshalb für die Autonomie der Wirtschaft von der Politik<sup>430</sup>. In seiner Erstlingsrede als bayerischer Landtagsabgeordneter forderte Horlacher im Gegensatz dazu am 27. Juli 1920, „daß auch wirtschaftliche Fragen letzten Endes nicht frei von der Weltanschauung gelöst werden können. (Sehr richtig! rechts.) Und da stehe ich auf dem Standpunkt, daß eine Besserung unserer gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse erst eintreten wird, wenn eine Besserung der Menschen auf der ganzen Linie wieder eingetreten ist, wenn man wieder dazu kommt, daß das Gewissen in unserem Wirtschaftsverkehre wieder eine ausschlaggebende

<sup>424</sup> Zu den Gemeinsamkeiten und Unterschieden von konservativer und sozialistischer Kapitalismuskritik vgl. BECHTOLD, Antikapitalismus, 90–96.

<sup>425</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 23. Juni 1922, 126.

<sup>426</sup> BRENTANO, Nationalökonomie, 30.

<sup>427</sup> BRENTANO, Nationalökonomie, 7.

<sup>428</sup> Diese Wirkung trat nach BRENTANO, Ethik, 14f. ein, da sich der Gerechte Preis an den Produktionskosten auch der ungünstigsten Produktionsverhältnisse orientiert.

<sup>429</sup> BRENTANO, Ethik, 37f.

<sup>430</sup> BRENTANO, Ethik, 39f.

Rolle spielt und ich bin überzeugt, daß eine Besserung nur kommen kann, wenn das christliche Gewissen wieder unser ganzes Volk beherrscht.“<sup>431</sup>

Damit erwies sich Horlacher eher als Schüler von Brentanos Konkurrenten Georg von Mayr, der zwar wie jener der induktiven Methodologie der „jüngeren historischen Schule“ propagierte, Brentanos materialistische Wirtschaftsauffassung jedoch ablehnte<sup>432</sup>. Mayr postulierte eine „sittliche Pflicht“ zur Produktion<sup>433</sup>, lehnte den Streik als „Auflehnung gegen die wirtschaftlich-sittliche Gesamtpflicht“ ab<sup>434</sup>, bezeichnete die Extensivierung der landwirtschaftlichen Produktion als „schlimmste Verfehlung gegen die wirtschaftliche Pflicht des Bodenbesitzers“ und verpflichtete den Staat auf den Schutz der Landwirtschaft, denn „wenn äußere Verhältnisse diese Produktion ungünstig beeinflussen, erscheint es geboten, die moralische Verpflichtung zur heimischen Bodenkultur durch angemessene Zoll- und Handelsgesetzgebung zu kräftigen“<sup>435</sup>. Allerdings stellt sich doch die Frage, ob Horlacher trotz aller inhaltlichen Abwendung nicht doch von Brentano beeinflusst wurde. Denn in seiner Erwiderung auf die Invektiven der sozialdemokratischen *Münchener Post* vom 7. Juni 1922 gab Horlacher zu: „Ich habe nicht abzuleugnen, daß ich an der Münchener Universität zu den Schülern Lujo Brentanos gehörte und als junger Student von einem großen Teil seiner Ideen eingenommen war, wie sovieler Tausende andere. Ich schätze an Brentano seine klare fesselnde Darstellung und verdanke ihm auch viel dadurch, daß er Grundbegriffe der Volkswirtschaftslehre mit seltener Klarheit einprägte.“<sup>436</sup> Je mehr die Erinnerung an Brentano im landwirtschaftlichen Organisationswesen verblasste, desto deutlicher konnte Horlacher seine wissenschaftliche Abhängigkeit von Brentano eingestehen. Am 1. Juni 1951 sprach er im deutschen Bundestag voller Anerkennung über Brentano, „bei dem ich einmal in die Schule gegangen bin, ohne daß ich seine Ideen angenommen habe, – (Lachen) – Ja, ich verehere ihn heute noch; bei dem habe ich etwas Gescheites gelernt. [...] Er hat mich immer ‚gut‘ genannt; ich war bei ihm immer gut angeschrieben, obwohl wir uns im Leben in den Auffassungen getrennt haben.“<sup>437</sup>

Die Wirkung Brentanos auf Horlacher ist deshalb im methodischen Bereich zu suchen. Als sich Horlacher während seines erzwungenen politischen Ruhestandes nach der Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur im *Allgemeinen Statistischen Archiv* Gedanken über den „Nutzen der Statistik für den Bauern“ machte, gab er sich ganz als Vertreter der „jüngeren historischen Schule“ der deutschen Nationalökonomie. So, als ob er gerade aus Brentanos Vorlesungsskript zitieren würde, behauptete er, dass die Statistik „mit ihrer Schilderung des

<sup>431</sup> Verh. d. Bay. Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 1, Sitzung am 27. Juli 1920, 220.

<sup>432</sup> MAYR, Pflicht, 8.

<sup>433</sup> MAYR, Pflicht, 15.

<sup>434</sup> MAYR, Pflicht, 40.

<sup>435</sup> MAYR, Pflicht, 23f.

<sup>436</sup> HORLACHER, Haß (8. Juni 1922), 5f.

<sup>437</sup> Verh. d. Dt. Bundestages. Sten. Ber. Bd. 7, Sitzung am 1. Juni 1951, 5830–5832.

geschichtlich Gewordenen auch einen großen Teilausschnitt aus der deutschen Kultur- und Wirtschaftsgeschichte wiedergibt“. Er bezeichnete die Statistik als „zahlenmäßige Beobachterin von Massenvorgängen des menschlichen und wirtschaftlichen Lebens“. Es verwundert deshalb kaum, dass er sich auf „weite theoretische Erörterungen“ nicht einlassen wollte<sup>438</sup>. Das Bemühen, entsprechend den methodologischen Postulaten der „jüngeren historischen Schule“ der deutschen Nationalökonomie mit Hilfe von deskriptiven statistischen Erhebungen zur Lösung jeweils historisch bedingter Probleme zu gelangen, zeichnet sowohl Horlachers liberale Doktorarbeit aus, als auch seine Versuche, als Direktor der Landesbauernkammer mit Hilfe von Buchführungsergebnissen zuverlässiges Datenmaterial zur Begründung seiner protektionistischen Agrarpolitik zu bekommen<sup>439</sup>. Der Vorwurf, dass die „jüngere historische Schule“ das statistisch erhobene Material nur unzureichend analysiert habe und zu keinen neuen theoretischen Einsichten in die Agrarkonjunktur gelangt sei<sup>440</sup>, trifft deshalb auch auf Horlacher zu.

In deutlicher Abgrenzung von der „jüngeren historischen Schule“ forderte deshalb der Agrarökonom Friedrich Aereboe (1865–1942)<sup>441</sup> eine Überwindung der reinen Deskription durch eine auf langfristiger Beobachtung basierende Konjunkturforschung, um daraus eine Theorie zur Vorhersage langfristiger Entwicklungen auf den Agrarmärkten ausarbeiten zu können<sup>442</sup>. Damit konnte er bei Horlacher nicht mit Verständnis rechnen. Wenn Horlacher am 4. Dezember 1928 im Reichstag behauptete, dass Aereboe wegen seiner freihändlerischen Postulate „die ganze Entwicklungsperiode der Veränderungen in der internationalen Landwirtschaft vollkommen verschlafen“ habe<sup>443</sup>, dann reihte er sich zwar in die gewöhnliche Agitation der protektionistischen Agrarverbände gegen den bekannten Agrarökonom ein, die nach Ausweis des Journalisten Erwin Topf als „Hetze gegen Aereboe zeitweise die widerlichsten Formen“ annahm<sup>444</sup>. Dabei darf aber nicht übersehen werden, dass Horlachers Polemik gegen Aereboe nicht nur inhaltliche Gründe hatte, sondern auf einem tiefsitzenden methodischen Dissens beruhte. Horlacher hatte gegen Aereboe nichts weniger als die

<sup>438</sup> HORLACHER, Nutzen (1934), 516–518.

<sup>439</sup> Zur Propagierung der landwirtschaftlichen Buchführung durch Horlacher vgl. LAUERBACH, Buchführungsergebnisse, 7.

<sup>440</sup> Zur methodologischen Kritik an der „jüngeren historischen Schule“ vgl. SCHMITT, Geschichte, 23 und 29f.

<sup>441</sup> Agrarökonom, protestantisch, geboren am 23. Juli 1865 als Sohn eines Lehrers in Horn bei Hamburg, nach dem Besuch des humanistischen Gymnasiums praktische landwirtschaftliche Lehre, 1889 bis 1892 Studium der Landwirtschaft in Jena, 1894 ohne Abitur mit einer pflanzenbaulichen Arbeit an der Universität Basel zum Dr. phil. promoviert, 1895 bis 1899 Leiter der Buchführungsabteilung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, 1899 bis 1904 Güterdirektor der Standesherrschaft Pforten in der Lausitz, 1904 Berufung zum Professor für Wirtschaftslehre des Landbaus an der Universität Breslau, 1906 Berufung an die Landwirtschaftliche Akademie Bonn-Poppelsdorf, 1909 Berufung an die Landwirtschaftliche Hochschule Berlin, 1913 Rückkehr nach Breslau, 1919 Berufung an die Landwirtschaftliche Hochschule Hohenheim, ab 1922 bis zu seiner Emeritierung 1931 erneut in Berlin, 1919/1920 Herausgabe des Standardwerks *Handbuch der Landwirtschaft*, gestorben am 2. August 1942. Zu Aereboe vgl. RIES, Geburtstag, 44–61.

<sup>442</sup> Zur Methodik Aereboes vgl. SCHMITT, Geschichte, 23 und 29f.; FRAUENDORFER, Ideengeschichte, 482f.

<sup>443</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 423, Sitzung am 4. Dezember 1928, 649.

<sup>444</sup> TOPF, Front, 238.

induktive Methodologie der „jüngeren historischen Schule“ zu verteidigen – was sich bei Horlacher üblicherweise hinter einer pauschalen Polemik gegen „die Professoren“ verbarg: „Ich will nicht ungerecht sein: ich sage, ein Teil der Professoren ist schwer zu belehren. Leichter bringe ich ein anderes größeres Tier durch ein Nadelöhr, als daß jeder Professor, der sich geirrt hat, seine Theorie rektifizierte.“<sup>445</sup> Auf der Grundlage der Theoriefeindschaft der „jüngeren historischen Schule“ der deutschen Nationalökonomie kam Horlacher zur Ablehnung jeglichen Erkenntniswertes volkswirtschaftlicher Entwicklungstheorien – im Vergleich zu Brentano jedoch in einer undifferenzierten und deshalb epigonenhaft erscheinenden Radikalität. Dabei scheute sich Horlacher nicht, die von Brentano propagierte induktive Methodologie der „jüngeren historischen Schule“ auch gegen diesen selbst auszuspielen. Es klang wie ein Lehrsatz von Brentano, als er am 27. Juli 1920 im bayerischen Landtag forderte, dass man die „ideologischen Gedankengänge und vielfach utopistischen Ideen gründlich verlassen“ müsse, um zu einer zutreffenden Beurteilung der wirtschaftlichen Situation zu kommen, womit er die „ideologischen Ideen der Freihandelslehre à la Brentano“ sogleich mitverurteilte<sup>446</sup>.

Die zu politischen Schlagworten degradierten methodischen Postulate Brentanos dienten für Horlacher genauso wie die Begrifflichkeit der katholischen Sozialethik, die er sich während der Zusammenarbeit mit Autoren des *Staatslexikons der Görres-Gesellschaft* angeeignet hatte, als variabel kombinierbares Begriffsarsenal im politischen Kampf um den Schutz der Landwirtschaft. Dementsprechend ist die Beurteilung, die Reichsernährungsminister Martin Schiele (1870–1939)<sup>447</sup> durch den Agrarjournalisten Erwin Topf im Jahr 1933 erfuhr, auch auf Horlacher zu übertragen: Wer „alle vierzehn Tage vor den Landbünden irgendeiner Provinz oder im Reichstag eine große Rede zu reden hat, der kann schwerlich Gedanken von besonderer Tiefe produzieren oder neue Ideen schaffen“<sup>448</sup>. Zurück blieb bei Horlacher nach seiner protektionistischen Wende aber eine tiefe methodische Verunsicherung. Nachdem er die Statistik 1917 noch zum „unentbehrlichen Faktor“ im Staatsleben erhoben<sup>449</sup> und die Ausbreitung von statistischen Kenntnissen in allen

<sup>445</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 390, Sitzung am 23. Juni 1926, 7546.

<sup>446</sup> Verh. d. Bay. Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 1, Sitzung am 27. Juli 1920, 214.

<sup>447</sup> Gutspächter und Agrarpolitiker, protestantisch, geboren am 17. Januar 1870 in Groß Schwarzlosen (Altmark) als Sohn eines Rittergutspächters, humanistisches Gymnasium in Stendal, praktische landwirtschaftliche Ausbildung, anschließend als Pächter des Rittergutes Neu Schollene, dort auch als Fabrikant tätig, 1914 bis 1918 MdR für die Deutschkonservative Partei, 1918 Gründungsmitglied der DNVP, 1919/1920 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung, 1920 bis 1930 MdR für die DNVP, Gegner der Republik, trotzdem Anführer der pragmatischen Gouvernentalisten in der DNVP, Januar bis Oktober 1925 Reichsinnenminister, 28. Januar 1927 bis 12. Juni 1928 und 30. März 1930 bis 30. Mai 1932 Reichsernährungsminister, August 1928 bis Oktober 1930 Geschäftsführender Präsident des Reichslandbundes, maßgeblicher Initiator der Grünen Front, 22. Juli 1930 Übertritt zur CNBLP, nach deren Wahlniederlage im September 1930 Rücktritt als Präsident des Reichslandbundes, gestorben am 16. Februar 1939. Zu Schiele vgl. KITTEL, Schiele, 741.

<sup>448</sup> TOPF, Front, 128.

<sup>449</sup> HORLACHER, Leistungsfähigkeit (1917), 158f.

Volksschichten propagiert hatte<sup>450</sup>, erklärte er 1950: „Statistik ist unter Umständen der größte Schwindel auf der Welt. Ich kann alles zusammenrechnen.“<sup>451</sup> Die Art und Weise, wie Horlacher an die Lösung agrarpolitischer Problemstellungen heranging, bewegte sich im Rahmen der methodologischen Auseinandersetzungen innerhalb der deutschen Volkswirtschaftslehre – Horlachers Agrarpolitik formierte sich angesichts des zu Ende gehenden „Methodenstreites“, der seit dem Ende des 19. Jahrhunderts zwischen den Anhängern der historisch-kritischen induktiven Methode und den Protagonisten einer theoretisierenden deduktiven Methodik ausgetragen worden war, und angesichts des Werturteilsstreits zwischen den Verfechtern ethischer Postulate im Wirtschaftsleben und den Verteidigern eines radikalen wirtschaftspolitischen Materialismus<sup>452</sup>. Dabei blieben Horlachers Vorstellungen von den Forderungen seiner landwirtschaftlichen Klientel – abgesehen von dem Wunsch nach höheren Erzeugerpreisen – unbeeinflusst.

## **8. Der „grundsätzliche Freund der Rationalisierung“ – Horlachers Agrarideologie zwischen irrationalistischer Agrarromantik und bürokratischem Rationalismus**

Horlacher verbrämte seine handelspolitischen Konzepte mit einer in sich inkonsistenten Agrarideologie, die geprägt war von dem Gegensatz zwischen der Rezeption agrarromantischer und großstadtfeindlicher Vorstellungen einerseits und der Einsicht in die Notwendigkeit einer mit bürokratisch-autoritären Mitteln durchzusetzenden betriebswirtschaftlichen und produktionstechnischen Rationalisierung der Landwirtschaft in einer von der Industrie geprägten Volkswirtschaft andererseits. Die Begrifflichkeit dieser Agrarideologie bewegte sich im Rahmen des zeitgenössischen politischen Gegensatzpaares von ‚mechanistischem‘ (westlichem) Rationalismus und ‚organischem‘ (spezifisch deutschem) Irrationalismus<sup>453</sup>.

Als Michael Horlacher im Jahr 1927 in dem Sammelband *Das Land Bayern. Seine kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung für das Reich* einen Aufsatz über *Bedeutung und Aufgaben der bayerischen Bauernkammern* verfasste, galt ihm der hohe bäuerliche Bevölkerungsanteil als besonderes Kennzeichen Bayerns: „Bayern ist noch überwiegend Bauernland und die landwirtschaftliche Grundlage gibt dem ganzen staatlichen und wirtschaftlichen Leben des Landes sein Gepräge.“ Darin sah er den Garanten für die besondere staats- und gesellschaftspolitische Stabilität Bayerns, die seit den Tagen der

<sup>450</sup> HORLACHER, Kriegswirtschaft (1917), 12–14.

<sup>451</sup> BBV-Generalsekretariat, Akt Erweiterter Vorstand 1948–1952, Sitzung des Erweiterten Vorstandes am 8. Juli 1950.

<sup>452</sup> Zu diesen methodischen Auseinandersetzungen vgl. EISERMANN, Grundlagen; WINKEL, Nationalökonomie; KRÜGER, Nationalökonomie.

<sup>453</sup> Zu diesem begrifflichen Gegensatzpaar, das die ideologischen Auseinandersetzungen während der Weimarer Republik kennzeichnete, vgl. Kapitel V.6.

Ordnungszelle Bayern geradezu zum Mythos geworden war: „Ein großer Teil der Bevölkerung wurzelt also in dem Grund und Boden. Diese Bodenständigkeit des bayerischen Volkes gibt auch dem staatlichen Leben einen inneren Halt, der auch durch vorübergehende Erschütterungen nicht beseitigt werden kann.“<sup>454</sup> Der „Bauer auf eigener Scholle“ war für Horlacher ein „konservatives Element, das hier gerade in unsicheren Zeiten einen wertvollen Stützpunkt für die rasch wachsende und auch fluktuierende Masse des übrigen Volkes darstellt. Die Bodenständigkeit des Bauerntums und seine Gesundheit auf seinem Grund und Boden sind mit ein sicherer Garant für eine gewisse stabile Grundlage des Staatslebens“ – wie er in seiner *Einführung in die Agrarpolitik* 1951 schrieb<sup>455</sup>. Horlacher konstruierte eine soziale Sonderstellung der bäuerlichen Landwirtschaft, der er die Dichotomie von gesundem Landleben und pathogenem Stadtleben zugrunde legte. Als Hauptredner auf der Hauptversammlung des Bayerischen Müllerbundes plädierte Horlacher am 17. August 1919 für die Erhaltung der bäuerlichen Landwirtschaft, „denn sonst würde der sittliche und wirtschaftliche Zusammenbruch vollständig gemacht, die großstädtische Bestie aus den finsternen Winkeln herausgeholt werden, der Kampf Aller gegen Alle würde beginnen und das ganze platte Land hätte den fürchterlichsten Schaden“. Er behauptete, „daß in erster Linie nur die gesunde Luft des Landlebens eine wirtschaftliche und moralische Wiedergeburt bringen kann“<sup>456</sup>. Die Landwirtschaft habe sich – so Horlacher wenige Monate nach Kriegsende – „als der Jungbrunnen deutscher Volkskraft erwiesen und zu einem bedeutenden Teil die verheerenden Krankheiten, die ihren Sitz in dem verweichlichenden Großstadtleben haben, eingedämmt“<sup>457</sup>. Deshalb müsse sich der Staat „einen festen Rückhalt in dem bäuerlichen und gewerblichen Mittelstand auf dem ganzen Lande verschaffen. Eine solche Wirtschaftspolitik ist auch staaterhaltende Politik und bewahrt unser Volk immer mehr vor der Gefahr, daß es von einigen tausend verrückten Leuten der großen Städte terrorisiert wird.“<sup>458</sup>

In der patriarchalischen Lebenswelt der bäuerlichen Familienwirtschaft sah Horlacher den Ausdruck einer erwünschten sozialen Stabilität, die er auf eine harmonisierende Art und Weise idealisierte. Deshalb erhob Horlacher die bäuerliche Familie vor dem Plenum des Deutschen Landwirtschaftsrates im Juni 1921 zur Grundlage „für den gesamten Aufbau unseres Staatswesens“, denn: „Der Familienangehörige, der in dem bäuerlichen Besitz arbeitet, fühlt sich unter der Leitung der häuslichen Arbeitsgemeinschaft wohl. Ihm erscheint dieses patriarchalische Verhältnis als etwas Selbstverständliches. Er fühlt sich nicht als fremde Arbeitskraft. Hier lebt alles einträchtig beisammen, ohne zu fragen: Wie ist die Arbeitszeit?“ Dabei sakralisierte er die Familie zum „Heiligtum, an dem wir im Interesse des

---

<sup>454</sup> HORLACHER, *Bedeutung und Aufgaben* (1927), 171f.

<sup>455</sup> HORLACHER, *Einführung* (1951), 29.

<sup>456</sup> Mitteilungen des ZIK vom 20. September 1919 (Beilage).

<sup>457</sup> HORLACHER, *Beweggründe* (7. April 1919), 2.

<sup>458</sup> HORLACHER, *Zukunft* (29. Oktober 1919), 24.

Staates und der gesamten Volkswirtschaft nicht rütteln lassen“<sup>459</sup>. Entgegen der sozialen Realität der Dienstboten- und Landarbeiterstreiks als Folge der 1918/1919 eingeführten Tariffreiheit<sup>460</sup> postulierte er die harmonisierende Vorstellung von der patriarchalischen Hausgemeinschaft zwischen Dienstboten und Bauernfamilie, wie er auf dem Verbandstag des „Verbandes ländlicher Genossenschaften Raiffeisenscher Organisation für das rechtsrheinische Bayern“ am 29. Oktober 1919 deutlich machte: „Der brave Dienstbote des platten Landes hat auch nicht das Bedürfnis aus sich heraus nach sozialistischer Weisheit, man muß ihn erst allmählich dazu verleiten.“<sup>461</sup> Denn in der Landwirtschaft „haben die Unterschiede zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht die Rolle gespielt wie im übrigen industriellen Leben. Hier ist der Gemeinschaftsgeist, das gemeinsame Zusammenarbeiten, das Teilen der Sitten und Lebensgewohnheiten viel zu eng, die Verbindung mit der Natur eine viel zu rege, als daß Klassengeist und Kampfgeist bei den in der Landwirtschaft Beschäftigten gegenseitig aufkommen könnte.“<sup>462</sup> Indem Horlacher diese harmonisierende Perspektive auf die bäuerlichen Lebens- und Arbeitsverhältnisse propagierte, ging es ihm nicht nur um die Abwehr der sozialpolitischen Forderungen der Landarbeiter und Dienstboten<sup>463</sup>, sondern um die Postulierung eines Vorbildes für eine harmonische Gesellschaftsordnung jenseits sozialistischer Klassenkampfpapieren.

Horlacher behauptete, der „landwirtschaftliche Betrieb ist kein Handelsobjekt, er ist Familiengut“<sup>464</sup>. Um die Besteuerung der Landwirtschaft nach dem Verkehrswert zu verhindern, postulierte er stattdessen den „Idealwert, der eben einem Eigenbesitz, der freien Arbeitsbetätigung und der Selbstversorgung beigelegt wird“<sup>465</sup>. Aufgrund der besonderen gesellschaftspolitisch stabilisierenden Funktion, welche die bäuerliche Familienwirtschaft in seinen Augen zu übernehmen hatte, forderte er, „daß der landwirtschaftliche Besitz unter allen Umständen Familiengut ist und bleibt“. Deshalb habe sich die deutsche Landwirtschaft „gegen eine ungesunde Mobilisierung des Grund und Bodens zu wehren, und es wäre m.E. angezeigt, wenn es auch eine schwere Verantwortung bedeutet, gegen ungesunde Besitzbewegung doch eine gewisse Hemmung eintreten zu lassen, damit die Landwirtschaft bei der Vertretung lebenswichtiger Belange für das deutsche Volk nicht durch ungesunde Erscheinungen geschädigt wird“<sup>466</sup>. Horlacher betrachtete die bäuerliche Familienwirtschaft als einen durch spezifische Lebensführung und davon abgeleitetem Standesbewusstsein

<sup>459</sup> Referat Horlachers auf der 49. Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates am 21./22. Juni 1921, in: Archiv des Deutschen Landwirtschaftsrats 41 (1921) 87–101, hier: 98f.

<sup>460</sup> Zu den Dienstboten- und Landarbeiterstreiks vgl. ZIEMANN, Front, 364–369; BERGMANN, Bauernbund, 100–110; SCHUMACHER, Land, 296–309.

<sup>461</sup> HORLACHER, Zukunft (29. Oktober 1919), 24.

<sup>462</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 9. Juni 1925, 18–22.

<sup>463</sup> Vgl. dazu Kapitel V.6.

<sup>464</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 3. Februar 1922, 3.

<sup>465</sup> HORLACHER, Fragen (17. Oktober 1927), 314.

<sup>466</sup> Referat Horlachers auf der 53. Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates am 25./26. April 1924, in: Archiv des Deutschen Landwirtschaftsrats 42 (1925), 126–138, hier: 134f.



gekennzeichneten „Stand“ im Sinne Max Webers<sup>467</sup>. Darin ist nach der Definition Webers bereits eine besondere soziale Stabilität enthalten. Denn Weber sah in der „Stabilität der Grundlagen von Gütererwerb und Güterverteilung“ ein allgemeines ökonomisches Kennzeichen ständischer Gliederungen, „während jede technisch-ökonomische Erschütterung und Umwälzung sie bedroht“<sup>468</sup>. Was die deskriptive Soziologie Webers hier beschreibt, wird von Horlachers Agrarpolitik normativ gefordert. Horlacher sah in einer ständisch verstandenen bäuerlichen Familienwirtschaft das auf Besitz an den Produktionsmitteln basierende Prinzip von Ordnung und Stabilität, wovon er die Klasse als dynamische sozioökonomische Erscheinungsform und als Manifestation von Chaos und unkontrollierbaren menschlichen Leidenschaften abgrenzte<sup>469</sup>.

Die sozioökonomische Sonderrolle der Landwirtschaft leitete Horlacher letztlich von der Naturabhängigkeit der Landwirtschaft ab. 1930 schrieb Horlacher in dem Sammelband *Der Weg der Bayern durch die Jahrhunderte. Ein Bekenntnis zu Bayern und zum Reich* über den Charakter „des bodenständigen Bauernvolkes, das die Wurzeln seiner Kraft aus der heimatlichen Erde zieht“. Seine Kraft komme „aus der täglichen Berührung mit der Natur und den dieser zugrunde liegenden göttlichen Gesetzen mit dem das Weltall umfassenden Sternenhimmel, zu dem der Bauer mit seiner Familie und seinem Gesinde in tiefer Ehrfurcht täglich aufblickt“. Er behauptete einen Zusammenhang zwischen der „Vielgestaltigkeit der bayerischen Heimaterde und der bayerischen Bauernwirtschaft“. Denn die „Vielgestaltigkeit des Grund und Bodens mit seinen Naturerzeugnissen gibt auch dem Volkscharakter sein Gepräge“<sup>470</sup>. Landschaft und Mensch verschmelzen bei Horlacher zu einem organischen Ganzen. Zum Bauern im Bayerischen Wald schrieb er: „Auf kärglichem Boden ringt er hart mit der Natur, der Winter ist lange, die Arbeit im Wald ist rau. So wie die Natur, ist hier der Menschenschlag und seine Behausung.“ Über die Oberpfalz schrieb er: „Die steinige Oberpfalz weist großenteils einen ruhigen, äußerst fleißigen und genügsamen Menschenschlag auf, der Oberpfälzer geht nur wenig aus sich heraus.“ Besondere Modernisierungsfeindlichkeit galt ihm als das Kennzeichen der Bauern in Oberbayern: „Der Eigenschaft des Bauernvolkes entspricht auch die Bauweise des Hofes, ein in sich im Geviert abgeschlossener Bau, gewissermaßen eine Bauernburg, die der Welt trotzt und sich gegen sie

<sup>467</sup> WEBER, *Wirtschaft* (Teilband 1), 268 unterschied zwischen ökonomisch bestimmten Klassen und sozial bestimmten Ständen: „Man könnte also, mit etwas zu starker Vereinfachung, sagen: ‚Klassen‘ gliedern sich nach den Beziehungen zur Produktion und zum Erwerb der Güter, ‚Stände‘ nach den Prinzipien ihres Güterkonsums in Gestalt spezifischer Arten von ‚Lebensführung‘. Auch ein ‚Berufsstand‘ ist ‚Stand‘, d.h. prätendiert mit Erfolg soziale ‚Ehre‘ normalerweise erst kraft der, eventuell durch den Beruf bedingten, spezifischen ‚Lebensführung‘.“ Zur ideengeschichtlichen Entwicklung des schillernden Begriffes „Stand“ vgl. vor allem OEXLE – CONZE – WALTHER, *Stand*, 155–284. Zur Diskussion, inwiefern die Betrachtung der bäuerlichen Landwirtschaft als „Stand“ gerechtfertigt erscheint, vgl. EICHMÜLLER, *Landwirtschaft*, 28–35.

<sup>468</sup> WEBER, *Wirtschaft* (Teilband 1), 269.

<sup>469</sup> Wenn das Programm der SPD – so HORLACHER, *Agrar-Programm* (5. Februar 1927), 41 – „auf die menschlichen Leidenschaften des Neides und auf die politischen Gegensätze spekuliert, so mag das vom Standpunkt des Klassenkampfes aus in der Sozialdemokratie durchaus begreiflich erscheinen.“

<sup>470</sup> HORLACHER, *Bauerntum* (1930), 235–237.

gerüstet hat.“ Anders die Franken, diese „sind lebhaft, entsprechend den andersgearteten Naturbedingungen nicht von der kraftstrotzenden Art, wie das Gebirgsvolk ist, dafür aber kritischer, stark abwägend, zäh, ausdauernd, an die harte Arbeit in den schlechten Gegenden gewöhnt, äußerst fleißig und sparsam“<sup>471</sup>.

Von dieser Naturverbundenheit der landwirtschaftlichen Struktur leitete Horlacher den ‚organischen‘ Charakter der landwirtschaftlichen Produktionsprozesse ab. Damit wollte er die Landwirtschaft von dem mechanischen Produktionsprozess in der Industrie abgrenzen, um den sozialen und ökonomischen Stellenwert der Landwirtschaft in einer sich zunehmenden industrialisierten sozioökonomischen Umwelt zu behaupten. Um die Einführung der progressiven Einkommensteuer für die Landwirtschaft abzuwehren, erklärte er in der Landesbauernkammer am 12. Juli 1923 den Unterschied zwischen dem „mechanischen“ Produktionsprozess in der Industrie und dem „biologischen“ Produktionsprozess in der Landwirtschaft: „In der Industrie sind die Dinge so, daß auf verhältnismäßig geringem Raum große Fabrikgebäude entstehen können, daß hier ein großer Maschinenpark untergebracht ist, daß in der Industrie etagenweise produziert werden kann, daß sie ihre Produktion beliebig vermehren kann, sich der Konjunktur ganz anders anzupassen in der Lage ist.“ Bei der Landwirtschaft aber „haben wir einen biologischen Prozess vor uns, der sich an die Natur und die Naturgesetze anschließt. Die Landwirtschaft mag groß, mittel oder klein sein, sie kann nur aus einem bestimmten Stückchen Grund und Boden einen gewissen Ertrag herauswirtschaften, aber nicht darüber hinaus“<sup>472</sup>. Dadurch waren der Anpassung der Nahrungsmittelproduktion an den Markt nach Ansicht Horlachers deutliche Grenzen gesetzt. Das Verbraucherverhalten hatte sich an die inländische Produktionsstruktur anzupassen, nicht umgekehrt. Als auf dem deutschen Markt Roggenbrot kaum mehr abzusetzen war, da sich die Verbrauchsgewohnheiten zunehmend auf schmackhafteres Weißbrot und Veredelungsprodukte umstellten, seitdem sich die wirtschaftliche Lage nach der Inflation gebessert hatte, forderte Horlacher, dass „unser deutsches Volk wieder dazu gebracht wird, in erster Linie einheimisches Getreide und besonders einheimischen Roggen zu verzehren“<sup>473</sup>. Dabei konnte er sich der Zustimmung der Mitglieder der Landesbauernkammer sicher sein. Als Schlittenbauer in der Landesbauernkammer am 25. September 1925 forderte, „beim Anbau des Weizens auf den Geschmack des Publikums umzustellen“ und qualitätvollen anstatt ertragreichen Weizen anzubauen, schlug ihm derart starker Widerstand der praktischen Landwirte entgegen, dass er beschwichtigend meinte: „Freilich, wo das Publikum ungebührliche Ansprüche macht, ist es unsere Pflicht, so weit wir sie für unberechtigt halten, diesen Ansprüchen entgegenzutreten“<sup>474</sup>. Dem Vorschlag liberaler Nationalökonomien und

<sup>471</sup> HORLACHER, Bauerntum (1930), 239–242.

<sup>472</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 12. Juli 1923, 235.

<sup>473</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 390, Sitzung am 23. Juni 1926, 7546.

<sup>474</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 25. September 1925, 75–77.

Agrarpolitiker, der Getreidepreismisere mit einer Anpassung an die veränderten Verbrauchsgewohnheiten durch Umstellung auf Veredelungsproduktion zu begegnen, erteilte Horlacher am 4. Dezember 1928 im Reichstag eine deutliche Absage: In der Schutzzollpolitik könne nicht ein „Trumm herausgerissen werden, und es kann nicht gesagt werden: den Getreidebau wollen wir vernachlässigen, und dafür die Viehwirtschaft ins Ungemessene aufblühen lassen!“<sup>475</sup> Stattdessen trat Horlacher für einen umfassenden, die landwirtschaftliche Produktionsstruktur erhaltenden und autoritär festzusetzenden Schutz aller landwirtschaftlichen Produkte ein: „Ob Getreidebauer, Viehbauer oder Milchbauer, alle müssen gemeinsam miteinander und gegeneinander geschützt werden als gemeinsames Ganzes.“<sup>475</sup> Der Propagierung der marktorientierten Umstellung auf Veredelungswirtschaft setzte Horlacher die Behauptung von der harmonischen „Verbundenheit sämtlicher landwirtschaftlicher Produktionszweige“ entgegen<sup>476</sup>. Als er in seiner 1951 erschienenen *Einführung in die Agrarpolitik* auf die landwirtschaftliche Struktur der Zwischenkriegszeit zurückblickte, glaubte er zu erkennen, dass „die Arbeitsteilung zwischen Getreide- und Hackfruchtbau einerseits und Veredelungswirtschaft andererseits durchaus eine gesunde war“. Denn während der arbeitsextensive Getreide- und Hackfruchtbau den ostdeutschen Großbetrieben vorbehalten gewesen sei, wo es „mehr Raum und weniger Menschen“ gegeben habe, sei die arbeitsintensive Veredelungswirtschaft auf die klein- und mittelbäuerlichen Betriebe mit ihren familieneigenen und daher relativ billigen Familienarbeitskräften konzentriert gewesen. Deshalb urteilte er nostalgisch: „Alles war zu einer gewissen Harmonie vereinigt.“<sup>477</sup> Besitz- und Anbaustruktur der Landwirtschaft waren bei Horlacher aufgrund der Naturabhängigkeit der Landwirtschaft unauflösbar verbunden und wurden von ihm sakralisiert. Denn er verwies auf die Evidenz der „von Gott gegebenen Naturverhältnisse“, um die Besitzunterschiede innerhalb der Landwirtschaft zu begründen und zu zementieren sowie daraus die „Fürsorge für das kleinste, mittlere und größere Bauertum“ abzuleiten<sup>478</sup>. Er stilisierte deshalb die sozialistischen Bodenreformpläne und die Umstellungspropaganda der wissenschaftlichen Nationalökonomie gleichermaßen zu einem ungehörigen Eingriff in Gottes Schöpfung. Seine Postulat, dass die Besitzerhaltung für einen „freien Bauernstand auf eigener Scholle“ und die „Verteidigung des landwirtschaftlichen Besitzes gegen alle Angriffe“ die hauptsächliche Aufgabe der Bayerischen Landesbauernkammer sei<sup>479</sup>, bekam dadurch eine sakrale Aura.

Durch das Postulat einer harmonischen Besitz- und Anbaustruktur erteilte Horlacher der Übertragung industrieller Arbeitsprozesse und kapitalistischer Wirtschaftsweisen auf die

<sup>475</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 423, Sitzung am 4. Dezember 1928, 649.

<sup>476</sup> Archiv des WLV, D 26, Sitzung des Ausschusses für Zoll- und Handelspolitik bei der Vereinigung der deutschen Bauernvereine am 25. Oktober 1928.

<sup>477</sup> HORLACHER, Einführung (1951), 169.

<sup>478</sup> HORLACHER, Einführung (1951), 30.

<sup>479</sup> HORLACHER, Bedeutung und Aufgaben (1927), 171f.

Landwirtschaft eine Absage. Denn die Propaganda zur Umstellung auf Veredelungswirtschaft zielte auf eine bodenunabhängige industrielle Produktionsweise ab, wie sie sich in Dänemark und den Niederlanden wegen der dort vorherrschenden Bodenknappheit bereits stark ausgedehnt hatte<sup>480</sup>. Diese industrielle Veredelungsproduktion dehnte sich in Küstennähe auch innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches immer stärker aus. Horlacher forderte jedoch, es müsse „Schluß gemacht werden mit industriellen Betrieben, die nicht auf natürlichen Grundlagen beruhen, sondern beispielsweise Schweinemast auf im wesentlichen zugekaufter, noch dazu ausländischer Futtermittelbasis aufbauen“<sup>481</sup>. In der bodenunabhängigen industriellen Veredelungswirtschaft sah er eine Verletzung der Naturabhängigkeit der Landwirtschaft. Nur diejenige Landwirtschaft „wird wieder segensbringend werden, die sich an die von Gott gegebenen Naturbedingungen anschliesst, die mit unnatürlichen Umstellungsprozessen Schluß macht und die in ihrer Gesamttendenz auf einen einheitlich geschlossenen und innerlich ausgeglichenen Schutz der gesamten Arbeit des Bauern hinausläuft“<sup>482</sup>. Vor allem aber sah er in der Ausdehnung industrialisierter Produktionsprozesse in der norddeutschen Landwirtschaft eine Schädigung der in Bayern vorherrschenden bäuerlichen Veredelungswirtschaft, die im Unterschied zu den industrialisierten Großmästereien in Küstennähe weitgehend mit eigenen Futtermitteln produzierte. Horlacher befürchtete eine Überproduktionskrise durch die Vermehrung derartiger Großbetriebe und forderte deshalb in der letzten Sitzung der Landesbauernkammer am 24. September 1932: „Dem Umstellungsprozeß muß Einhalt geboten werden. (Sehr richtig!) Wir befürchten einen Krisenkreislauf und stehen dabei heute vor einem entscheidenden Kampf um die Erhaltung der bäuerlichen Veredelungswirtschaft.“ Dabei übertrug er seine autarkistischen volkswirtschaftlichen Vorstellungen auf die betriebswirtschaftliche Ebene: „Nur dann kann die Produktion eine gesunde sein, wenn sie in erster Linie auf die eigenen Futtermittel durch die eigene Wirtschaft eingestellt ist. Alles andere ist ungesund und schädigt die übrigen Teile der Landwirtschaft.“<sup>483</sup> Entsprechend seinem volkswirtschaftlichen Konzept von der handelspolitisch geschützten Binnenwirtschaft, bestand Horlachers betriebswirtschaftliches Leitbild im Selbstversorgerbetrieb, der nur seine Überschüsse auf den Markt bringt: „Der Betrieb ist der beste nach dieser Richtung, der mit eigenen Arbeitskräften seinen Bedarf vollständig selber decken kann, und zwar auch so decken kann, daß er das, was er sonst für seinen Lebensbedarf braucht außer den Nahrungsmitteln, noch zukaufen und seinen Betrieb voll aufrecht erhalten kann.“<sup>484</sup>

<sup>480</sup> Zum industriellen Charakter bodenunabhängiger Nahrungsmittelproduktion vgl. KALKOFF, Veredelungswirtschaft, 164f.

<sup>481</sup> HORLACHER, Grundsätzliches (1933), 49.

<sup>482</sup> ACDP, NL Horlacher I-129-002, Michael Horlacher, Südhilfe für die Allgäuer Milchwirtschaft, undatiertes maschinenschriftliches Manuskript. Laut Allgäuer Bauernblatt vom 24. Dezember 1932 fand der Allgäuer Bauerntag, für den Horlacher dieses Manuskript erstellte, am 21. Dezember 1932 statt.

<sup>483</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 4, Sitzung am 24. September 1932, 131.

<sup>484</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 12. Juli 1923, 233.

Indem Horlacher seine Behauptung von der ökonomischen und sozialen Sonderrolle der Landwirtschaft mit christlich anmutenden Schlagworten und biologistischer Phraseologie untermauerte, und damit jeden Eingriff in die Anbau- und Besitzstruktur ablehnte, zeigt er sich als Vertreter der „Organismus-Theorie“. Die Protagonisten der „Organismus-Theorie“ sahen in der Übertragung der Prinzipien der rationalisierten und automatisierten Industrie auf die Landwirtschaft – so der Agrarhistoriker Heinz Haushofer – eine „Tendenz, die allem ‚gewachsenen‘, organischen, nach eigenen Gesetzen Lebenden verständnislos, oder sogar feindlich gegenübersteht und eine völlige Mechanisierung, Ent-Organisierung, ‚Versteinering‘ der Beziehung des Menschen zu seiner Umwelt anstrebt“. Die Protagonisten der „Organismus-Theorie“ gingen dabei davon aus, dass ein Organismus nicht künstlich hergestellt werden könne, da er sich der menschlichen Vernunft letztlich verschließe. Damit stellte sich die „Organismus-Theorie“ nicht zuletzt gegen die „mechanischen Lehren“ des Sozialismus und Liberalismus, deren agrarpolitische Vorschläge – sozialistische Bodenreform bzw. liberalistische Umstellungspropaganda – auf eine gezielte Veränderung der landwirtschaftlichen Boden- und Anbaustruktur abzielten. Deshalb postulierte die „Organismus-Theorie“ in den Worten Haushofers eine „Grenze zwischen Organischem und Mechanischem, also Gewachsenem und Gemachtem“<sup>485</sup>. Diese Theorie ist deshalb Ausdruck eines fortschrittsskeptischen und zivilisationskritischen Irrationalismus<sup>486</sup>. Dabei gehörte der Begriff „organisch“ nach Kurt Sontheimers grundlegendem Werk über *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik* zu den unentbehrlichen Bestandteilen des „antidemokratischen Begriffsarsenals“<sup>487</sup>. Die Bewahrung historisch gewachsener und damit mit Autorität ausgestatteter wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturen wurde den auf Veränderung orientierten und auf rationaler Analyse basierenden gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Vorschlägen sozialistischer und liberaler Denker gegenübergestellt. Deshalb verboten sich planerische Eingriffe zur Anpassung der landwirtschaftlichen Anbau- und Besitzstruktur an die Erfordernisse der Industriegesellschaft<sup>488</sup>. Da auch bei Horlacher intuitives und autoritatives ‚Anerkennen‘ an die Stelle von rationalem ‚Erkennen‘ tritt, sind seine agrarpolitischen Vorstellungen als ideologisch konservativ zu bezeichnen<sup>489</sup>. Die

---

<sup>485</sup> Vgl. HAUSHOFER, Ideengeschichte, 89–103.

<sup>486</sup> Zur zivilisationskritischen und irrationalistischen Orientierung des Konservatismus der Weimarer Republik vgl. SONTHEIMER, Denken, 43–53; GREIFFENHAGEN, Dilemma, 71–218; LENK, Konservatismus, 21–30; KUNTZ, Conservatives, 213.

<sup>487</sup> Vgl. SONTHEIMER, Denken, 322–327.

<sup>488</sup> Vgl. HAUSHOFER, Ideengeschichte, 95.

<sup>489</sup> Versuche, den Konservatismus als Weltanschauung auf inhaltliche Kernaussagen zu reduzieren und den Begriff so für den wissenschaftlichen Diskurs verwendbar zu machen, scheiterten bisher daran, dass es sich beim Konservatismus um eine reaktive Weltanschauung handelt, die der geschichtlichen Herkunft verpflichtet ist. Vgl. zu diesem Problem GREIFFENHAGEN, Dilemma, 27–36; LENK, Konservatismus, 13–29. Kurt Lenk unternahm deshalb den überzeugenden Versuch, jenseits inhaltlicher Definitionsversuche Strukturen konservativen Denkens offen zu legen. Als Prämisse konservativen Denkens erscheint ihm dabei das intuitive und letztlich irrationale „Anerkennen“ statt des rationalen „Erkennens“: „Die Frontstellung des Konservatismus für das Anerkennen und

Aufgabe der Agrarpolitik bestand für Horlacher darin, dass „durch entsprechende Maßnahmen dafür zu sorgen ist, daß das erhalten wird, was die geschichtliche Entwicklung uns gebracht hat“<sup>490</sup>. Dabei erteilte Horlacher jeglichen Ratschlägen zur Umstrukturierung der Besitz- und Anbaustruktur der Landwirtschaft und damit dem Sozialismus und Liberalismus eine klare Absage: „Man muß die Verhältnisse so hinnehmen wie sie sind und darf sie nicht so gestalten, wie man sie sich wünscht.“<sup>491</sup>

Diejenigen Historiker, die liberale oder sozialistische Modernisierungsparadigmen vertreten, sahen in der strukturkonservativen protektionistischen Agrarpolitik der Weimarer Republik eine schwere Belastung für die Entwicklung der ersten deutschen Demokratie. Die Erhaltung eines sozial, politisch und ökonomisch dominanten Großgrundbesitzes wurde seit Hans-Jürgen Puhles Studie über *Politische Agrarbewegungen in kapitalistischen Agrargesellschaften* aus dem Jahr 1975 als einer der zentralen Faktoren für die krisenhafte Entwicklung der deutschen Politik vor 1933 betrachtet. Denn dadurch seien die Interessen der Industrie als des zentralen sozioökonomischen Modernisierungsfaktors im Deutschen Reich verletzt worden<sup>492</sup>. Dabei habe diese protektionistische Agrarpolitik den Getreidebau im Interesse der „ostelbischen Großbesitzer“ – nach Puhle die „beherrschende Gruppe, die die Richtlinien agrarischer Organisation und Politik im Deutschen Reich wesentlich bestimmte“<sup>493</sup> – privilegiert und dadurch die Verteuerung der Futtermittel zum Schaden der bäuerlichen Veredelungswirtschaft in Kauf genommen<sup>494</sup>. Diese Politik habe ein Fallen der Bodenpreise als Voraussetzung für das Entstehen eines rational wirtschaftenden Unternehmertums behindert, da Kapital zu betriebswirtschaftlichen und produktionstechnischen Investitionen im Boden gebunden geblieben sei<sup>495</sup>. Die Bauern aber hätten diese Agrarpolitik zu ihrem eigenen Schaden mitgetragen, da es dem Bund der Landwirte bzw. dem Reichslandbund als der Interessenvertretung der Großagrarien Ostdeutschlands gelungen sei, die bäuerlichen Statusängste angesichts der Industrialisierung mit Hilfe einer antikapitalistischen und antisozialistischen Integrationsideologie zu instrumentalisieren<sup>496</sup>. Diese Perspektive geht vom „Gegensatz zwischen dem übermächtigen Gewicht vorindustriell geprägter Agrarreliten und den sozialen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten einer industriell-kapitalistischen Gesellschaft“ aus, wovon die

---

damit für die aller Reflexion vorausgehende Parteinahme für das gläubige Hinnehmen der Wirklichkeit – so wie sie ist –, darin liegt die eigentliche Intention des konservativen Denkens“ (LENK, Konservatismus, 45).

<sup>490</sup> HORLACHER, Einführung (1951), 5.

<sup>491</sup> HORLACHER, Aktionsprogramm (26. Februar 1949), 129–131.

<sup>492</sup> Vgl. PUHLE, Agrarbewegungen, 41; vgl. dazu auch WALZ, Agrarpolitik, 214f.

<sup>493</sup> PUHLE, Agrarbewegungen, 48.

<sup>494</sup> Vgl. PUHLE, Agrarbewegungen, 69–72.

<sup>495</sup> Vgl. PUHLE, Agrarbewegungen, 72.

<sup>496</sup> Vgl. PUHLE, Agrarbewegungen, 69–72. Ein damit konkurrierender Erklärungsversuch geht von einer mental tief verankerten bäuerlichen Resistenz gegenüber dem wirtschaftlichen und politischen Wandel aus, der aufgrund einer grundsätzlichen Fremdheit zwischen bäuerlicher und Industriegesellschaft zum freiwilligen Anschluss der Bauern an die antidemokratische Politik des ostdeutschen Großgrundbesitzes geführt habe. Vgl. dazu den Forschungsüberblick von ALDENHOFF, Interessen, 392f.

„verhängnisvolle Rolle des landwirtschaftlichen Lobbyismus“ abgeleitet wurde<sup>497</sup>. Mittlerweile wurde die Meinungsführerschaft des ostdeutschen Großgrundbesitzes bei der Durchsetzung einer besitzstandswahrenden und strukturkonservativen Agrarpolitik von der angelsächsischen Forschung in Frage gestellt<sup>498</sup>. Laut James Hunt handelt es sich bei dem Gegensatz zwischen getreidebauenden Großgrundbesitzern sowie klein- und mittelbäuerlichen Veredelungswirtschaften um ein Konstrukt liberaler Historiker<sup>499</sup> – ein „antipeasant bias of urban liberal historians“<sup>500</sup>. Denn es entspreche zwar der ökonomischen Rationalität einer Industriegesellschaft, dass sich die Landwirtschaft zugunsten des industriellen Exports auf Veredelungsproduktion auf der Grundlage billigen Importgetreides umzustellen habe. Aus bäuerlicher Sicht mache es dagegen sehr wohl Sinn, gegenüber den strukturpolitischen Umstellungsvorschlägen aufgrund des ungewissen Ausganges des wirtschaftlichen Wandels eine abwartende bis ablehnende Stellung einzunehmen – zumal der Getreideverkauf der bäuerlichen Veredelungsbetriebe nicht unerheblich war<sup>501</sup>. Deshalb betont Hunt – im Gegensatz zu Puhles These von der Manipulation der Bauern durch die großagrarisches Interessenvertretungen – das gemeinsame Interesse des getreidebauenden Großgrundbesitzes und der bäuerlichen Landwirtschaft an einer die Besitzunterschiede stabilisierenden Agrarpolitik<sup>502</sup>.

Mittlerweile hat sich auch in der deutschsprachigen Forschung eine differenziertere Betrachtung der Agrargeschichte des 20. Jahrhunderts durchgesetzt, die sich der geringen natürlichen Anpassungsmöglichkeiten der Landwirtschaft bewusst gemacht hat, wodurch einer Strukturanpassung – selbst bei einer entsprechenden Bereitschaft von Politik und Landwirtschaft – sehr enge Grenzen gesetzt waren<sup>503</sup>. Paul Erker kommt zu dem Ergebnis, dass die bäuerlich geprägte Landwirtschaft diesen Spielraum auf betriebswirtschaftlicher Ebene zu nutzen wusste, um sich den Anforderungen der Industriegesellschaft behutsam anzupassen. Übereinstimmend mit Hunt deutete Erker die vermeintliche Modernisierungsfeindlichkeit der Bauern in eine „spezifisch bäuerliche Rationalität“ um. Erker wertet die Folgen von „Hemmen, Bewahren und Wandel“ nun positiv, da der gesamtwirtschaftliche Strukturwandel dadurch stabilisiert worden sei<sup>504</sup>. Da Erker aber die protektionistische Agrarpolitik der Marktordnungen, Steuerprivilegien und Schutzzölle als

---

<sup>497</sup> Vgl. PETZINA, Ausgaben, 90.

<sup>498</sup> Vgl. MOELLER, Locating, 1–23.

<sup>499</sup> Vgl. HUNT, Peasants, 311–313.

<sup>500</sup> HUNT, Peasants, 331.

<sup>501</sup> Vgl. HUNT, Peasants, 311–327.

<sup>502</sup> Vgl. HUNT, Peasants, 327–329.

<sup>503</sup> Vgl. PETZINA, Ausgaben, 92.

<sup>504</sup> Als Beweis für den erfolgreichen Strukturwandel führt Erker an, dass sich die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe unter fünf Hektar in Bayern in der Zwischenkriegszeit um 45,8 Prozent verringert hatte. Vgl. ERKER, Abschied, 331–333.

Rückschritt gegenüber der bäuerlichen Anpassungsbereitschaft wertet<sup>505</sup>, kehrt er letztlich zu dem von Puhle behaupteten Gegensatz zwischen der politisch und wirtschaftlich reaktionären Agrarelite und den Interessen der bäuerlichen Landwirtschaft zurück. Über dieses Paradigma weist indes Heinrich Beckers wegweisende Untersuchung über *Handlungsspielräume der Agrarpolitik in der Weimarer Republik zwischen 1923 und 1929* hinaus. Becker beurteilt die staatliche Agrarpolitik nicht mehr nur als Ausfluss großagrarischer Interessenpolitik. Er betont vielmehr die breite gesellschaftliche Akzeptanz der protektionistischen und strukturkonservativen Agrarpolitik der Weimarer Republik aus der Hoffnung auf die gesellschaftspolitisch stabilisierende Funktion der Landwirtschaft heraus. Angesichts der ökonomisch immer noch beachtlichen Relevanz des Agrarsektors sei die Landwirtschaft als „Faktor des sozialen Ausgleichs“ zum allgemein anerkannten Leitbild geworden<sup>506</sup>.

Dadurch ist es nun möglich, vom ideologischen Charakter sämtlicher agrarpolitischer Konzepte – egal ob es sich um sozialistische Vorschläge zur Änderung der Besitzstruktur, liberale Entwürfe zur Änderung der Anbaustruktur oder protektionistisch-konservative Konzepte zur Erhaltung der Agrarstruktur handelt – auszugehen. Damit können alle diese agrarpolitischen Konzepte als Entwürfe charakterisiert werden, die außerhalb der tatsächlichen ökonomischen und sozialen Strukturen der bäuerlichen Landwirtschaft stehen. Dabei entsprach Horlachers strukturkonservative Agrarpolitik den bürgerlich und agrarromantisch bestimmten Hoffnungen auf die gesellschaftspolitisch stabilisierende Funktion der bäuerlichen Landwirtschaft wie sie ihren verbreiteten Ausdruck in der Bauerntumsideologie fand. Dabei orientierte er sich in seiner verklärenden Perspektive an der bürgerlichen Agrarromantik, die das bäuerliche Leben angesichts der sozialen Probleme in den Städten im Gefolge der Industrialisierung idealisierte, zum Element der irrationalistischen Zivilisationskritik machte und die Überlegenheit der bäuerlichen gegenüber den städtischen Lebensformen behauptete<sup>507</sup>. In diesem Sinne ist Horlachers Agrarideologie als persönlicher Versuch zu werten, sich die Landwirtschaft überhaupt verständlich zu machen. Insgesamt fügte Horlacher Versatzstücke aus der zivilisationskritischen und agrarromantischen

---

<sup>505</sup> Vgl. ERKER, Abschied, 335f. Vgl. dazu auch die entwicklungsökonomische Analyse bäuerlichen Marktverhaltens des Wirtschaftshistorikers Michael Kopsidis, der „den eher moderaten und im ungünstigsten Falle sogar bremsenden Effekt historischer Agrarreformen bezogen auf das landwirtschaftliche Wachstum“ betont (KOPSIDIS, Agrarentwicklung, 200).

<sup>506</sup> Vgl. BECKER, Handlungsspielräume, 49f.

<sup>507</sup> Zu den bürgerlichen Wurzeln der Bauerntumsideologie vgl. BERGMANN, Agrarromantik, 11–32; BAUSINGER, Dorf, 18–30; FENSKE, Konservatismus, 261–269; WIRSCHING, Arbeitsethos, 415–425; SIEFERLE, Fortschrittsfeinde, 155–160. Wie sehr Horlacher von dieser agrarromantischen Perspektive auf die Landwirtschaft geprägt war, zeigte sich, als er nach dem Ende des Dritten Reiches verklärend auf seine pseudo-landwirtschaftliche Tätigkeit während der erzwungenen politischen Untätigkeit hinwies: „Ich habe mich auch nicht geschämt, und bin mit meinem Wagen durch die Stadt gefahren und habe meine Wiesenflächen und meinen Garten bewirtschaftet, und habe auch nicht anders ausgeschaut wie ein gewöhnlicher Landarbeiter. Meine Kleintierzucht habe ich mir selbst mit samt den Stallungen aufgebaut“ (IfZ-Archiv, Sammlung Bayernpartei ED 719/156, Michael Horlacher, Unsere Aufgaben im Bayerischen Bauernverband, undatiertes maschinenschriftliches Manuskript).



Großstadtfeindschaft, der katholischen Soziallehre, den „Ideen von 1914“, und der Methodik der „jüngeren historischen Schule“ der deutschen Nationalökonomie zu einer Agrarideologie zusammen, die sich mit dem betriebs- und dorfbezogenen Denken der Bauern wenigstens teilweise deckte und sich deshalb durchaus als integrative Verbandsideologie eignete. Denn Horlachers agrarpolitische Konzepte entsprachen den betriebswirtschaftlichen Prämissen der bäuerlichen Landwirtschaft, die das kapitalistische Prinzip der Gewinnmaximierung gegenüber dem Erhalt des Hofes in Familienbesitz tatsächlich zurückstellte<sup>508</sup> und ein Standesbewusstsein entwickelte, in dem der Besitz an den Produktionsmitteln zum gemeinsamen Merkmal landwirtschaftlicher Lebensführung erhoben wurde und über die Besitzunterschiede hinweg harmonisierend wirkte<sup>509</sup>. Die von Horlacher propagierten Ideologeme vermittelten deshalb zwischen den bürokratisierten Agrarverbänden als den einer demokratischen Massengesellschaft angemessenen Organisationsform landwirtschaftlicher Interessenvertretung einerseits und den traditionellen, auf Honorarstrukturen basierenden dörflichen Organisationsformen andererseits<sup>510</sup>.

Der Unterschied zwischen dem von Horlacher propagierten organischen Charakter der landwirtschaftlichen Arbeitsprozesse einerseits sowie seiner eigenen Ausbildung im Rahmen des rationalistischen Paradigmas der wissenschaftlichen Statistik – er behauptete von sich, vom „Geist der Zahlenfreudigkeit“ beseelt zu sein<sup>511</sup> – und seiner gleichsam mechanistischen bürokratischen Tätigkeit andererseits konnte kaum größer sein. „Die Bürokratie“, so die Perspektive von Horlachers Zeitgenossen Max Weber, „ist ‚rationalen‘ Charakters: Regel, Zweck, Mittel, ‚sachliche‘ Unpersönlichkeit beherrschen ihr Gebaren.“<sup>512</sup> Der Charakter der Bürokratie war für Weber ein mechanischer<sup>513</sup>. Dies konnte nicht ohne Auswirkungen auf Horlachers agrarpolitische Konzepte bleiben. Tatsächlich waren es auch rational zu verstehende und mechanische Arbeitsprozesse, die Horlachers Agrarpolitik ebenso nachhaltig prägten, wie die von ihm propagierte bauerntümelnde und organologische Agrarideologie. Gegenüber der Dominanz der industriestaatlichen Entwicklung, die ihre Produktionsgrundsätze immer nachdrücklicher auf die Landwirtschaft zu übertragen suchte,

<sup>508</sup> Vgl. EICHMÜLLER, Landwirtschaft, 27; BLESSING, Umwelt, 1–42.

<sup>509</sup> Vgl. EICHMÜLLER, Landwirtschaft, 33.

<sup>510</sup> Die Voraussetzung für die Akzeptanz einer Innovation auf politischem Gebiet besteht nach APTER, Politics, 330–340 darin, ein reales oder mythisches traditionalistisches Gegengewicht zu finden, um die Modernisierung in traditionalistische Gewänder und bekannte Terminologien zu hüllen. Der Agrarsoziologe Joachim Ziche sah die Funktion dieser „Bauerntumsideologie“ als Verbandsideologie dagegen als Strategie der Verteidigung der überkommenen sozialen Systeme, die mit den Anforderungen der Industriegesellschaft nicht mehr übereinstimmen. Das gestörte Gleichgewicht zwischen Industrie und Landwirtschaft sollte wieder ins Gleichgewicht gebracht werden, indem auf die konservative Bedeutung der Landwirtschaft als Schutzwall gegenüber sozioökonomischen Umwälzungen hingewiesen wurde. Vgl. ZICHE, Kritik, 105f.

<sup>511</sup> HORLACHER, Industrieförderung (14. Juli 1917), 4.

<sup>512</sup> WEBER, Wirtschaft (Teilband 4), 234.

<sup>513</sup> WEBER, Wirtschaft (Teilband 4), 176: „Der rein ‚sachliche‘ Berufscharakter des Amtes mit seiner prinzipiellen Trennung der Privatsphäre des Beamten von derjenigen seiner Amtstätigkeit erleichtert die Eingliederung in die ein für allemal fest gegebenen sachlichen Bedingungen des auf Disziplin gegründeten Mechanismus.“

konnte sich Horlacher nicht auf einen rückwärtsgewandten Agrarromantizismus verlassen, wollte er erfolgreich landwirtschaftliche Interessenvertretung betreiben. Im Reichstag bezeichnete er sich am 24. Juni 1925 als „grundsätzlicher Freund der Rationalisierung“<sup>514</sup>. Dort beklagte er sich am 26. Juni 1929 darüber, „daß die deutsche Landwirtschaft noch nicht so modern wirtschaftet, wie es wünschenswert wäre“<sup>515</sup>. Im Landwirtschaftsfunk der Deutschen Welle propagierte Horlacher deshalb im Oktober 1927 die Rationalisierung der Produktionstechnik als „selbstverständliche Pflicht“ jedes Bauern<sup>516</sup>. Im konservativen Interesse der landwirtschaftlichen Besitzstandswahrung schwächte er den sonst so vehement propagierten grundlegenden Unterschied zwischen „mechanischer“ Industrie und „organischer“ Landwirtschaft zu einem nur mehr begrenzenden Faktor für die Rationalisierung der Landwirtschaft ab: „Der Bauer und der Landwirt“, so Horlacher am 18. Januar 1927 bei der Norddeutschen Rundfunk AG, „haben alles Interesse daran, ihren Betrieb möglichst rationell und intensiv zu gestalten. Man muß aber bedenken, daß die Rationalisierung, d.h. die ständige Betriebsverbesserung in der Landwirtschaft im Gegensatz zur Industrie ihre natürlichen Grenzen hat.“<sup>517</sup> Die agrarromantische Perspektive auf die Landwirtschaft betonte Horlacher, wenn es galt, die bäuerliche Landwirtschaft gegenüber den Ansprüchen der Industriegesellschaft zu verteidigen. Die Notwendigkeit rationalistischer Maßnahmen propagierte er, wenn es galt, die bäuerliche Landwirtschaft behutsam an die Anforderungen der Industriegesellschaft heranzuführen. In diesem Spannungsverhältnis spiegelt sich die Zerrissenheit zwischen zivilisationskritischer Verunsicherung über die gesellschaftlichen Folgen der Industrialisierung und dem Glauben an den unaufhaltsamen technischen Fortschritt wider, welche die politische Vorstellungswelt des Bürgertums vor dem Ersten Weltkrieg prägte<sup>518</sup> – und die Horlacher in lobbyistischem Pragmatismus auflöste.

Horlacher war sich bewusst, dass sich die ökonomischen Bedingungen der bäuerlichen Landwirtschaft bereits vor dem Ersten Weltkrieg gewandelt und die von ihm beschriebene Einheit von Arbeits- und Lebenswelt sich aufzulösen begonnen hatte. 1930 gab er zu bedenken, dass die „moderne Zeit auch schon gewisse Unsitten aufs Land getragen hat, die zu ernstem Denken und entsprechenden Abwehrmaßnahmen Anlass geben müssen“<sup>519</sup>. Die bäuerliche Landwirtschaft war massiven Kapitalisierungs-, Industrialisierungs- und Rationalisierungsprozessen unterworfen, sie war zunehmend vom Nahrungsmittelproduzenten zum Rohstofflieferanten für die Nahrungsmittelindustrie geworden, und war auf den Zukauf

<sup>514</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 386, Sitzung am 24. Juni 1925, 2602.

<sup>515</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 425, Sitzung am 26. Juni 1929, 2950.

<sup>516</sup> HORLACHER, Fragen (17. Oktober 1927), 313.

<sup>517</sup> HORLACHER, Bedeutung der Landwirtschaft (5. März 1927), 69.

<sup>518</sup> Zum Spannungsverhältnis zwischen Zivilisationskritik und Fortschrittsgläubigkeit innerhalb der politischen Vorstellungswelt des Bürgertums vgl. BERGMANN, Agrarromantik, 11–32; SIEFERLE, Fortschrittsfeinde, 155–160. Eine psychoanalytische Interpretation dieses Spannungsverhältnisses findet sich bei DOERRY, Übergangsmenschen, 24f.

<sup>519</sup> HORLACHER, Bauerntum (1930), 237.

industriell gefertigter Betriebsmittel angewiesen<sup>520</sup>. Die Mechanisierung der Landwirtschaft machte nach der Inflation große Fortschritte. Menge, Vielfalt und Leistung der Mechanisierung übertraf das Angebot der Vorkriegszeit und wurde auch für bäuerliche Betriebe immer erschwinglicher<sup>521</sup>. Das Jahr 1927 gilt als „Umkehrpunkt der Pferdehaltung“<sup>522</sup>. Die tierische Arbeitskraft wurde zunehmend durch Maschinen ersetzt. Horlacher war sich dieser Veränderungen bewusst: „Unsere Landwirtschaft ist, um mich kurz zu fassen, nicht mehr eine extensive, die Wirtschaft des Raubbaus und des Brachliegenlassens der Felder ist längst überwunden, die deutsche Landwirtschaft ist eine in dem höchsten Maße kapitalisierte Landwirtschaft.“<sup>523</sup> Darauf musste Horlacher gerade im Interesse der Erhaltung der landwirtschaftlichen Besitzstruktur Rücksicht nehmen.

Entsprechend der ihm zur Verfügung stehenden bürokratischen Mittel förderte Horlacher als Direktor der Bayerischen Landesbauernkammer die produktionstechnische und betriebswirtschaftliche Rationalisierung – verstanden als die Einführung industrieller Produktionsmethoden in der Landwirtschaft<sup>524</sup>. Kennzeichnend für dieses Bemühen sind die Richtlinien zur Umsetzung des Landwirtschaftlichen Notprogramms, welche von einem Reichstagsausschuss unter Vorsitz Horlachers im Frühsommer 1928 zur Förderung des Absatzes landwirtschaftlicher Produkte erarbeitet wurden. Damit sollte die Marktforschung initialisiert, die Qualitätsverbesserung landwirtschaftlicher Produkte vor allem über die Standardisierung vorangetrieben und die landwirtschaftliche Produktionstechnik etwa durch die Einführung von Brutkästen in der Geflügelhaltung oder durch Methoden zur gezielten Züchtung besonderen Magergeflügels gefördert werden<sup>525</sup>. In ihrer Gesamtheit stellten diese Maßnahmen entweder einen planerischen Eingriff auf der Grundlage rationaler Analyse dar, oder versorgten Horlachers Büro mit Datenmaterial für eine rationale Analyse und verletzten damit die irrationalistischen Postulate der „Organismus-Theorie“. Horlacher war sich dieses Widerspruchs durchaus bewusst und versuchte ihn durch organologische Phraseologie zu verbrämen. So erhoffte er sich mit Hilfe der bürokratischen Möglichkeiten des Landwirtschaftlichen Notprogramms eine „organische Entwicklung in der Besserung der

---

<sup>520</sup> Vgl. ZIMMERMANN, Gesellschaft, 138–145; KOPSIDIS, Agrarentwicklung; ZÖRNER – RUBIG, Bedeutung, 357–378 errechneten den Anteil von nicht selbst erzeugten Betriebsmitteln in der Landwirtschaft des Deutschen Reiches 1929/1930 auf ein Viertel bis ein Drittel der Produktionskosten, wobei die Werte für Bayern noch darüber liegen.

<sup>521</sup> Vgl. BLESSING, Erfahrung, 999–1005, der die Mechanisierung der bäuerlichen Landwirtschaft in der Zwischenkriegszeit am Beispiel der oberfränkischen Landwirtschaft untersuchte.

<sup>522</sup> KLUGE, Agrarwirtschaft, 21.

<sup>523</sup> HORLACHER, Zukunft (1919), 31–33.

<sup>524</sup> Dabei ist in der Rationalisierung nicht nur eine Maßnahme zur Optimierung des Verhältnisses zwischen Aufwand und Ertrag mit produktionstechnischen und betriebswirtschaftlichen Mitteln zu sehen, wie dies die landwirtschaftliche Betriebslehre tut (vgl. zu dieser Perspektive GERL, Rationalisierung, 141–143), sondern eine Ratio-nalisierung, d.h. die Einführung rationaler betriebswirtschaftlicher und produktionstechnischer Maßnahmen zur bewussten Umgestaltung und Planung von betrieblichen Vorgängen, wobei gewachsene Strukturen verletzt und tradiertes Erfahrungswissen kaum beachtet wird.

<sup>525</sup> Die Richtlinien sind abgedruckt in: BAR vom 7. Mai 1928.

Viehabsatzverhältnisse herbeizuführen“<sup>526</sup>. Dabei strebte Horlacher nicht zuletzt eine Ausdehnung der Kompetenzen der Landesbauernkammer an<sup>527</sup>.

Wie sehr Horlachers Ziel in einer bürokratisch kontrollierten und autoritativ gelenkten Anpassung der Landwirtschaft an eine industrialisierte Volkswirtschaft lag, zeigt die forcierte Behandlung, welche Buchführung und Flurbereinigung durch Horlacher trotz bäuerlichen Misstrauens erfuhren. Während vor allem die bäuerlichen Familienbetriebe eigenständige betriebswirtschaftliche und produktionstechnische Strategien entwickelten, durch Produktionsausweitung, -diversifizierung und -intensivierung auf die Veränderungen auf den landwirtschaftlichen Märkten zu reagieren – wie die agrargeschichtliche Forschung seit ihrer Umorientierung auf den Bauern als produktive Kraft erkannte<sup>528</sup> –, wurden diese Bemühungen von der zeitgenössischen Volkswirtschaftslehre nicht gewürdigt. Stereotyp beklagte diese vielmehr die ungenügenden – d.h. tatsächlich: nicht in wissenschaftlicher Methodologie gründenden und deshalb für sie kaum kommunizierbaren – Marktkenntnisse der praktischen Landwirte als agrarpolitisches Problem<sup>529</sup>. Auch Horlacher misstraute den Strategien der Landwirte, sich auf der Grundlage eigenen empirischen Wissens den Anforderungen des Marktes zu stellen. Im nicht zuletzt gesellschaftspolitisch motivierten Interesse der Erhaltung der landwirtschaftlichen Besitzstruktur verfolgte er das Ziel, das ökonomische Gebaren der Landwirte bürokratisch-autoritär im Büro der Landesbauernkammer zu kontrollieren. Die Landesbauernkammer errichtete eine wirtschaftsstatistische Abteilung zur Beobachtung der Preisbewegungen landwirtschaftlicher Produkte und Betriebsmittel, eine Preisberichtsstelle, eine Frachtenprüfungsstelle, eine Zentralstelle für Marktbeobachtung und Absatzfragen und eine Landesbuchstelle<sup>530</sup>. Die Landesbuchstelle, die nach den Worten ihres Leiters Hermann Lauerbach zur „Erforschung des Bauernbetriebes durch systematische Sammlung und Bearbeitung der Buchführungsergebnisse“<sup>531</sup> beitragen sollte, stellte in ihrem rationalistischen Anspruch eine Provokation für die Verfechter der organologischen Perspektive auf die Landwirtschaft dar. Sigmund von Frauendorfer war deshalb vom Erfolg der Übertragung „rationell-betriebskapitalistischer Methoden“ auf den bäuerlichen Familienbetrieb nicht überzeugt. Frauendorfer wies jedoch darauf hin, dass die Buchführungsergebnisse „der Produktionskostenberechnung dienen, die im wirtschaftspolitischen Kampf bekanntlich eine unentbehrliche Waffe darstellt“<sup>532</sup>. Um diese Waffe zu bekommen, begann Horlacher, ein mit rationalen Methoden abgesichertes betriebswirtschaftliches Bezugssystem über die bäuerliche

<sup>526</sup> HORLACHER, Notprogramm (7. Mai 1928), 112.

<sup>527</sup> Deshalb forderte er, „daß die bessere Marktbeobachtung insbesondere auch im Zusammenwirken mit den gesetzlichen Berufsvertretungen zu erfolgen hat“ (HORLACHER, Notprogramm (7. Mai 1928), 111–113).

<sup>528</sup> Vgl. ERKER, Abschied, 327–360; ZIMMERMANN, Gesellschaft, 138–145.

<sup>529</sup> Vgl. BECKMANN, Beziehungen, 139–158; SCHMITT, Geschichte, 31f.

<sup>530</sup> Zu diesen Einrichtungen der Landesbauernkammer vgl. RATJEN, Bauernkammern, 131–139.

<sup>531</sup> LAUERBACH, Buchführungsergebnisse, 7.

<sup>532</sup> Vgl. FRAUENDORFER, Ideengeschichte, 505.

Lebens- und Arbeitswelt zu legen. Damit demonstrierte Horlacher, wie gering das auf empirischer Grundlage von Generation zu Generation – gleichsam ‚organisch‘ – weiterentwickelte betriebswirtschaftliche und produktionstechnische Wissen der Bauern von ihm geschätzt wurde. Verständnislos stand er der bäuerlichen Resistenz gegen die Buchführung gegenüber. Er beklagte deshalb die geringe Bereitschaft der Bauern zum Abonnement des Preisberichtes der Bayerischen Landesbauernkammer, obwohl dies seiner Meinung nach für die Bauern durchaus ‚rentierlich‘ gewesen wäre<sup>533</sup>. Horlacher ermahnte deshalb die Bauern am 26. Januar 1922 ernstlich, zur Buchführung überzugehen, die er für eine gerechte Berechnung der Steuerbelastung für unumgänglich hielt<sup>534</sup>. Horlacher war mit seinem Appell jedoch nicht erfolgreich. Noch 1929 beklagte er sich, dass die Bauern zu wenig für die Buchführung eingenommen seien, die aus ‚betriebswirtschaftlichen Gründen‘ eingeführt werden sollte<sup>535</sup>. Horlacher gelang es nicht, das bäuerliche Misstrauen auszuräumen, das gegenüber den weitgehenden Einblicken bestand, die die Buchführung in die Betriebsführung erlaubte<sup>536</sup>.

Bäuerliche Widerstände hatte Horlacher auch bei der Flurbereinigung zu überwinden. Diese war ebenso wie die landwirtschaftliche Buchführung eine strukturpolitische Maßnahme auf der Grundlage akademischer Einsichten. Horlacher propagierte die Flurbereinigung als Voraussetzung für produktionstechnische Rationalisierungsmaßnahmen ‚nicht allein im Interesse der Landwirte, sondern auch im Interesse des Staats und des Fortschritts der Landeskultur‘<sup>537</sup>. Für Horlacher gab es 1921 ‚keine wichtigere und vordringlichere Aufgabe für die Landwirtschaft in Bayern‘ als eine Forcierung der Flurbereinigung<sup>538</sup>. Dabei war das Plenum der Landesbauernkammer in seiner Sitzung am 6. November 1920 einmütig bereit, die Flurbereinigung gegen den Widerstand der ‚meist konservativen Bauern‘ – wie sich der Saatzüchter Paul Balz ausdrückte – durchzusetzen<sup>539</sup>. Diese Stellungnahme zeigt, wie sehr die zentral geplante Flurbereinigung von unternehmerisch denkenden Landwirten als Voraussetzung kapitalintensiver Investitionen in Maschinen forciert wurde, während sie der von Paul Erker beschriebenen spezifisch bäuerlichen Rationalität von ‚Hemmen, Bewahren und Wandel‘<sup>540</sup> widersprach. Da Flurbereinigungen mit innerdörflichen Verteilungskämpfen verbunden waren, riefen sie das Misstrauen von ökonomisch weniger potenten Landbesitzern hervor<sup>541</sup>, aus denen von den Befürwortern der Flurbereinigung rückständige Landwirte

<sup>533</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 22. Juli 1924, 355f.

<sup>534</sup> Verh. d. Bay. Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 3, Sitzung am 26. Januar 1922, 625–636.

<sup>535</sup> ACDP, NL Horlacher I-129-001, Horlacher an die Redaktion der Steuerzeitung des Landwirts, 25. Mai 1929.

<sup>536</sup> Vgl. LAUERBACH, Wesen, 1–4. Buchführung und Marktbeobachtung setzten sich erst nach der Währungsreform 1948 im Zusammenhang mit einem Generationswechsel durch. Vgl. ERKER, Abschied, 346.

<sup>537</sup> BayHStA, Bayerischer Landtag, Ausschuß für Aufgaben wirtschaftlicher Art, Sitzung am 4. Mai 1922.

<sup>538</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 28./29. September 1921, 280.

<sup>539</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 6. November 1920, 50f.

<sup>540</sup> Vgl. Anm. 504 und 505.

<sup>541</sup> Vgl. EICHMÜLLER, Landwirtschaft, 189–197, der die Widerstände kleinerer landwirtschaftlicher Betriebe gegen die Flurbereinigung in den 50er und 60er Jahren des 20. Jahrhunderts beschreibt.

gemacht wurden. Um den Widerstand gegen die Flurbereinigung zu brechen, verschärfte das von Horlacher während des Frühjahres 1922 maßgeblich mitgestaltete<sup>542</sup> neue Flurbereinigungsgesetz den Zwang zur Teilnahme, wofür es von den Zeitgenossen gelobt wurde, da dies „im Interesse der Bekämpfung rückständiger Landwirte voll berechtigt erscheint“<sup>543</sup>. Entsprechend der Einführung der landwirtschaftlichen Buchführung ging es bei dieser produktionstechnischen Maßnahme um den planerischen Eingriff in eine gewachsene Struktur aufgrund rationaler Analyse. Wie sehr die Flurbereinigung damit der „Organismus-Theorie“ widersprach, zeigt die Begründung von planerischen Eingriffen in die Bodenstruktur durch Schlittenbauer, der sie mit dem Postulat verband, dass „die wichtigste Maschine des landwirtschaftlichen Betriebs, Grund und Boden, vollständig leistungsfähig ist“<sup>544</sup>.

Dabei stellte der Grund und Boden einen ideologisch besonders sensiblen Bereich dar, galt dieser bei agrarromantischen Autoren doch aufgrund seiner Dauerhaftigkeit als Garant von Tradition und Stabilität<sup>545</sup>. Kennzeichnend dafür ist eine publizistische Auseinandersetzung zwischen dem Schriftsteller Ludwig Thoma (1867–1921) und Horlachers akademischem Lehrer Lujo Brentano. Thoma hatte die von Brentano befürwortete verstärkte Einführung von Motorpflügen in der *MAAZ* vom 19. Juni 1917 abgelehnt, wobei er den Boden zum Sieger über die Maschine erklärte: „Der militärisch geleitete Motorpflug geht über alles weg, zerstört die Raine, reißt die Marksteine um und vernichtet alle ehrwürdigen Geheimnisse der Feldgeschworenen. Freilich, dort rumpelt er kreischend über unvermuteten Kiesboden, anderswo bleibt er im Sumpfe stecken und nach einer halben Stunde meldet der kommandierende Motor-Batteriechef, daß in dem echt altbayerischen eigensinnigen Boden die Maschine kaputt gegangen ist.“<sup>546</sup> Mit der Flurbereinigung opferte Horlacher dem technologischen Fortschritt sowohl die gewachsene Bodenstruktur als auch die dörfliche Gesellschaftsstruktur, da mit dem Flurbereinigungsgesetz auch gegen den Willen dörflicher Autoritäten in die Bodenverteilungsstruktur eingegriffen werden konnte<sup>547</sup>. In der Haltung Horlachers zu Flurbereinigung, Marktbeobachtung und Buchführung zeigt sich jenseits aller agrarromantischen Phraseologie die Wirkung seiner rationalistischen akademischen Ausbildung als Statistiker – ein Beruf, der das Bedürfnis des Staates zum Eingreifen in das

---

<sup>542</sup> Im Wirtschaftsausschuss des bayerischen Landtages war Horlacher Berichterstatter für die Reform der Flurbereinigung (BayHStA, Bayerischer Landtag, Ausschuß für Aufgaben wirtschaftlicher Art, Sitzung am 3. Mai 1922).

<sup>543</sup> Vgl. die Kommentierung des Flurbereinigungsgesetzes vom 5. August 1922 durch LAUERBACH, Landwirtschaft, 49–52. Zu diesem Gesetz vgl. Vierzig Jahre Bayerische Landwirtschaft, 40–42.

<sup>544</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 3. Oktober 1928, 179.

<sup>545</sup> Vgl. GREIFFENHAGEN, Dilemma, 148–152; SIEFERLE, Fortschrittsfeinde, 155–173.

<sup>546</sup> *MAAZ* vom 19. Juni 1917 (Vorabendblatt).

<sup>547</sup> Damit die Flurbereinigung auch „ohne Rücksicht auf Beschwerde in sofortigen Vollzug zu setzen“ sei, schlug Horlacher vor, in das Flurbereinigungsgesetz die Bestimmung einzufügen: „Ferner ist die Aufsichtsbehörde berechtigt, die zur Fortsetzung des Unternehmens absolut notwendigen Maßnahmen zu ergreifen“ (BayHStA, Bayerischer Landtag, Ausschuß für Aufgaben wirtschaftlicher Art, Sitzung am 4. Mai 1922).

Wirtschaftsleben befriedigen sollte<sup>548</sup>. Alain Desrosières, der Historiker der wissenschaftlichen Statistik, ist der Ansicht, man könne als Statistiker „universelle und wissenschaftliche Kenntnisse, die Bestandteil eines Erkenntnisprojekts sind, nicht mehr anderen Wissensformen gegenüberstellen, die als indigen, lokal, partiell, nicht systematisch und handlungsorientiert bezeichnet werden“<sup>549</sup>. Dementsprechend forderte Horlacher wenige Tage nach Thomas Artikel in Übereinstimmung mit seinem akademischen Lehrer, dass „mit der Wahrung idealer Gesichtspunkte zur Erhaltung von Naturschönheit nicht zu weit gegangen werden“ dürfe<sup>550</sup>.

Handelt es sich bei Horlachers Behauptung von der sozioökonomischen Sonderstellung der Landwirtschaft aufgrund ihres naturabhängigen organischen Charakters angesichts seiner positiven Einstellung zur Rationalisierung der Landwirtschaft nur um die Abwehr sozialistischer Bodenreform und liberaler Umstellungspropaganda? Folgt man dem Philosophiehistoriker Panajotis Kondylis, so kann Horlacher nicht als konservativer Politiker bezeichnet werden. Kondylis behauptet das Ende des Konservatismus als konkrete geschichtliche Erscheinung und dessen Aufgehen im Liberalismus, seitdem sich Adel, Landwirtschaft und Bürgertum mit zunehmender Industrialisierung zur „Koalition der Besitzenden“ gegen die sozialpolitischen Ansprüche des Proletariats zusammengeschlossen hatten<sup>551</sup>. Besteht die Grenze zum konservativen Denken jedoch zwischen intuitivem „Anerkennen“ und rationalem „Erkennen“, dann kann der technologische Fortschritt – verkürzt dargestellt – selbst den Stellenwert einer erhaltenswerten Tradition einnehmen, wenn ihre Einführung als irreversibel angenommen und ihre Notwendigkeit intuitiv anerkannt wird. In der deutschen ideengeschichtlichen Forschung wird dieser fortschrittsorientierte Konservatismus als Technokratischer Konservatismus bezeichnet<sup>552</sup>. Paul Noack bezeichnete diejenigen Autoren als „technokratische Konservative“, welche „die moderne Technik bejahen, gleichwohl auf dem Gewicht von sozialen Strukturen und Institutionen beharren, in denen der Mensch aufgehoben bleibt, und somit den modernen Individualismus ablehnen. Denn – und damit schließt sich der technokratische Konservative wieder an seine Vorgänger an – der Individualismus sei der eigentliche Sündenfall, in dem ungeschmälert zu verweilen der Mensch nicht aushält, ohne Schaden an seiner Seele zu nehmen.“<sup>553</sup>

<sup>548</sup> Die Statistik entstand als wissenschaftliches Fach in untrennbarer Verbindung mit den staatlichen Bemühungen, in das Wirtschaftsleben einzugreifen. Vgl. DESROSIÈRES, Politik, 278.

<sup>549</sup> DESROSIÈRES, Politik, 308.

<sup>550</sup> HORLACHER, Industrieförderung (24. Juni 1917), 5f.

<sup>551</sup> Vgl. KONDYLIS, Konservatismus, 417–432. Zur Kritik an Kondylis vgl. LENK, Konservatismus, 27–29.

<sup>552</sup> Nach NOACK, Fortschritt, 69 haben sich die „Vertreter dieses bisher letzten Kapitels in der noch nicht zweihundertjährigen Geschichte des Konservatismus [...] das Paradox zu eigen gemacht, daß sie den Fortschritt konservieren; ihre Kontinuität ist also die des geschichtlichen Bruches.“ Zum Begriff des Technokratischen Konservatismus vgl. NOACK, Fortschritt, 66–83; GREIFFENHAGEN, Dilemma, 316–346; LENK, Konservatismus, 231–244; SCHILDT, Konservatismus, 236f.

<sup>553</sup> NOACK, Fortschritt, 68f.

Obwohl mit dem Begriff des Technokratischen Konservatismus eine Denkrichtung bezeichnet wird, welche erst durch die ökonomischen Erfolge des ‚Wirtschaftswunders‘ nach dem Zweiten Weltkrieg möglich geworden und von der Diskreditierung politischer Ideologien nach dem Ende des Dritten Reiches geprägt war, sind deren Wurzeln in der Weimarer Republik doch unverkennbar<sup>554</sup>. Deshalb erscheint es legitim, auch Horlachers Konservatismus in der Zwischenkriegszeit mit Hilfe dieses Begriffs zu verstehen. Horlacher wollte die geschlossene ständische Qualität der Landwirtschaft als sozioökonomisch bestimmte, von idealistischen Prinzipien durchdrungene, von der Industriegesellschaft abgeschiedene und eigenständige Arbeits- und Lebensform mit eigenständiger Lebensführung – über die Zäsur des Dritten Reich hinaus – mit rationalistischen Methoden erhalten. 1950 drückte er die Hoffnung aus, „daß die fortschrittlichen Kräfte des Dorfes sich wieder zusammenfinden, um die geistigen Grundlagen des Dorfes und der Heimat zu erhalten“<sup>555</sup>. Der technologische Fortschritt sollte dazu dienen, um gesellschaftliche Veränderungen aufzuhalten. Gerade im Interesse der gesellschafts- und staatspolitisch stabilisierenden Funktion, die die Landwirtschaft seiner Meinung nach erfüllen sollte, trat er für die betriebswirtschaftliche und produktionstechnische Rationalisierung der Landwirtschaft ein: „Konservative Gesinnung ist – ich meine hier nicht etwa einen parteipolitischen Begriff – ist für den Staat von heute, der großen inneren Schwankungen ausgesetzt ist – ein Lebenselement, das die Staatskunst einschalten muß. Dies gibt dem Staate gewisse Festigkeit. Ehrfurcht vor dem Althergebrachten hat noch nie Schaden gestiftet, wenn es sich stets paarte mit einem gesunden kulturellen Fortschreiten.“<sup>556</sup> Während konservative Autoren wie Ernst Jünger (1895–1998) als Konsequenz der „Organismus-Theorie“ die Zerstörung der bäuerlichen Eigenart durch die Technik prognostizierten<sup>557</sup>, teilte Horlacher diese Furcht nicht. Letztlich forcierte Horlacher dadurch eine Entwicklung, welche den im Einklang mit der Natur wirtschaftenden Bauern zum rational handelnden Unternehmer machte, welcher die Natur nur mehr als Produktionsmittel verstand und dem planerische Eingriffe aufgrund rationaler Analyse zur Produktionssteigerung keine Probleme bereiten<sup>558</sup>.

Das Streben nach Fortschritt galt Horlacher im konservativen Sinn als Kennzeichen der nach den Maßgaben des göttlichen Naturrechts unveränderlichen Natur des Menschen: „Nach den göttlichen Grundgesetzen ist der Mensch der Herr der Natur. Alles was die Natur

---

<sup>554</sup> So zieht etwa LENK, *Konservatismus*, 231f. die Kontinuität des Technokratischen Konservatismus bis zu den Bemühungen konservativer Autoren nach der Novemberrevolution, neue erhaltenswerte Traditionen durch „organische Konstruktion“ herzustellen.

<sup>555</sup> HORLACHER, *Einführung* (1951), 45.

<sup>556</sup> HORLACHER, *Bauerntum* (1930), 237.

<sup>557</sup> Ernst Jünger zit. nach HAUSHOFER, *Ideengeschichte*, 95f: „Der Acker, der mit Maschinen bewirtschaftet und mit dem künstlichen Stickstoff der Fabriken gedüngt wird, ist nicht derselbe Acker mehr. Daher ist es auch nicht wahr, daß die Existenz des Bauern zeitlos ist und daß die großen Veränderungen wie Wind und Wolken über seine Scholle ziehen.“

<sup>558</sup> Zur Ablösung der Bauerntumsideologie von der Unternehmerideologie im Selbstbild der Landwirte vgl. KRAMMER, *Landleben*, 56–63. Auf diese Entwicklung wird in Kapitel X näher eingegangen.



bieten kann, soll für das Wohl der Menschheit mobilisiert werden. [...] Die Ausweitung der Bedürfnisse der Menschen und die Entstehung der geistigen und überhaupt der kulturellen Bedürfnisse führten zu einer ständigen Veränderung der Wirtschaft, die von dem Streben nach verbesserten Lebensverhältnissen begleitet war.<sup>559</sup> Am Ende seines Lebens thematisierte Horlacher jedoch selbst die Widersprüche, die in den zwei gegensätzlichen ideologischen Begründungszusammenhängen (Rationalismus und Irrationalismus) seiner Agrarpolitik lagen. In einem politisch unmotivierten Artikel riet er im Mai 1954 im *Bayerischen Landwirtschaftlichen Wochenblatt* dazu, bei der Flurbereinigung, von deren Notwendigkeit er nach wie vor überzeugt war, „auf den Naturschutz und die biologischen Notwendigkeiten“ Rücksicht zu nehmen. Wehmütig erinnerte er sich an „unseren herrlichen Wald“ seiner Jugendzeit, der durch reine Nadelholzwälder ersetzt worden sei. Die für die Schädlingsbekämpfung nützlichen Singvögel fänden dadurch keine Brutmöglichkeiten mehr. Bei der chemischen Schädlingsbekämpfung solle der Mensch aber das, „was von der Natur und von Gott bestätigt ist, nicht außer acht lassen“. Die Natur Sorge selber für „gewisse Schutzmaßnahmen“, die dann durch den Menschen lediglich ergänzt werden sollten. Er warnte deshalb vor einem zu bedenkenlosen rationalistischen Eingriff in die Natur. Er fragte sich, ob der Mensch „mit seiner übermäßigen Klugheit und Weisheit nicht an Dinge heranrührt, die auch zu besonderen Störungen in der gesamten atmosphärischen Lage der Welt führen können“. Er zog daraus den Schluss, dass die Wissenschaft lediglich „Förderer und Diener der von Gott gegebenen Naturgesetze“ sein müsse. Deshalb forderte er, dass sich „die moderne Wissenschaft im Einklang mit diesen Naturgesetzen bewegen muß“. Das tat sie aber in den Augen Horlachers offenbar nicht mehr<sup>560</sup>.

## 9. „Ich stamme aus der Landwirtschaft ...“ –

### Horlachers Selbstinszenierung als bäuerlicher Politiker

Die bisherige Darstellung von Horlachers Lebenslauf hat das Bild eines autoritären Agrarfunktionärs ergeben, dessen Agrarpolitik mehr von seiner bürgerlichen Herkunft, seiner akademischen Sozialisation und seiner beamtengleichen Stellung geprägt war als von den Vorstellungen der praktischen Landwirte. Im Gegensatz dazu sah sich Horlacher offenbar genötigt, sich eine bäuerliche Herkunft zu konstruieren, die er gar nicht hatte. Horlacher vermittelte in der Öffentlichkeit selbst den Eindruck, als sei ihm die Beschäftigung mit der Agrarpolitik in die Wiege gelegt worden<sup>561</sup>. Der Sohn eines wohlhabenden Nürnberger Bauunternehmers behauptete deshalb 1924: „Ich bin aus der Landwirtschaft, aus den kleinsten

<sup>559</sup> HORLACHER, Mensch (1950), 3.

<sup>560</sup> HORLACHER, Naturgesetze (15. Mai 1954), 763.

<sup>561</sup> Zum Konstruktions- und Inszenierungscharakter jeder Biographie vgl. RAULFF, Leben, 63–65; KLEIN, Biographik, 14; FISCHER – KOHLI, Biographieforschung, 43.

Verhältnissen herausgewachsen, und ich kann die Verhältnisse genau beurteilen.“<sup>562</sup> Auch im Jahr 1946 behauptete er zur Unterstreichung seiner Kompetenz in landwirtschaftlichen Fragen: „Ich stamme aus der Landwirtschaft in Franken und kenne die Bauern.“<sup>563</sup> Dabei zeugt die Aggressivität, die Horlacher bei der Betonung dieser biographischen Konstruktion bisweilen an den Tag legte, davon, dass er um deren Unhaltbarkeit wusste: „Ich bin ja jeden Sonn- und Feiertag draußen. Wenn einer behauptet, ich kenne die Seele des Landvolkes nicht, dann muß er sich geradezu in eine Irrenanstalt begeben. (Große Heiterkeit.)“<sup>564</sup> Trotzdem setzte sich Horlachers Selbstinszenierung in dem Bild, das die Journalistik von ihm zeichnete, durch. Von dem Parlamentsjournalisten Walter Henkels wurde er deshalb 1954 als „Bauernkind“ bezeichnet<sup>565</sup>.

Mit dieser biographischen Konstruktion bäuerlicher Herkunft demonstrierte Horlacher, dass er dem *Bauernstand* tatsächlich angehören wollte. Dabei entsprach die immer wieder geäußerte Verwunderung über Agrarfunktionäre nichtbäuerlicher Herkunft<sup>566</sup> sowohl der agrarromantisch-bürgerlichen Vorstellung als auch der bäuerlichen Selbstsicht vom abgeschlossenen ständischen Charakter der bäuerlichen Landwirtschaft<sup>567</sup>. Agrarfunktionäre und Agrarwissenschaftler wurden in diese ständische Gemeinschaft mit einbezogen, wie es der Agrarökonom Heinrich Niehaus in seinen Lebenserinnerungen 1976 beklagte: „Die landwirtschaftliche Interessenvertretung arbeitete vorwiegend mit ‚dörflichen‘ Denkkategorien. [...] Für viele agrare Politiker ist die ganze Landwirtschaft ein großes Dorf, das im Differenzaffekt zu den anderen sozialen Gruppen lebt und sich dauernd verteidigen muß. Zum großen Agrardorf werden auch die Agrarprofessoren gerechnet, die ja auch z.T. vom Lande stammen. Man meint, sie seien eigentlich verpflichtet, im wirtschaftspolitischen Streit die Rolle des Verteidigers zu spielen, mindestens aber den Mund zu halten, wenn die Interessenvertretung nach außen hin eine Legende verbreitet. Wer sich nicht daran hält, wird zum ‚Verräter‘ an der gemeinsamen Sache.“<sup>568</sup> Mit der Konstruktion einer bäuerlichen Abstammung versuchte Horlacher das sowohl auf bürgerlich-akademischer als auch von bäuerlicher Seite bemerkte Defizit nichtbäuerlicher Herkunft zu kompensieren. Dadurch trug Horlacher selbst zu der von Niehaus beklagten Übertragung ständischer Vorstellungen von der bäuerlichen Landwirtschaft in den politischen Raum bei. Dabei spielte er mit dem

<sup>562</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 386, 82. Sitzung am 24. Juni 1925, 2605.

<sup>563</sup> IfZ-Archiv, NL Baumgartner ED 132/5, Notiz über eine Besprechung des ML am 5. Februar 1946.

<sup>564</sup> Verh. d. Dt. Bundestages. Sten. Ber. Bd. 38, Sitzung am 3. Juli 1957, 13107f.

<sup>565</sup> HENKELS, *Zeitgenossen* (1954), 115; vgl. ferner HILLE, *Porträt*, 5. Auch der amerikanische Presseoffizier Ernst Langendorf glaubte, dass Horlacher „aus einem alten Bauerngeschlecht“ stamme (LANGENDORF – WULFFIUS, München, 66).

<sup>566</sup> So schrieb Alois J. Weichslgartner in seiner 1966 erschienenen Biographie des „Bauernpfarrers“ Joseph Weigert (WEICHSLGARTNER, Weigert, 114f.): „Es ist eigenartig, daß in Bayern die beiden profiliertesten Anwälte des Bauernstandes der Zeit zwischen dem ersten [!] Weltkrieg und der nationalsozialistischen Machtergreifung, Dr. Georg Heim auf dem politisch-wirtschaftlichen und Pfarrer Josef Weigert auf dem religiös-kulturellen Gebiet, nicht von Jugend auf mit der Bauernarbeit und dem Landleben vertraut waren.“

<sup>567</sup> Zur ständischen Selbstsicht der bäuerlichen Landwirtschaft vgl. ZICHE, *Selbstbild*, 109–113.

<sup>568</sup> NIEHAUS, *Gedächtnis*, 233f.

Minderwertigkeitsgefühl, das innerhalb der bäuerlichen Landwirtschaft gegenüber bürgerlicher Lebensführung vorherrschte<sup>569</sup>, um es auf seine eigene Positionierung als agrarischer Interessenvertreter gegenüber nichtlandwirtschaftlichen Parlamentariern zu übertragen. Denn er forderte, „daß nicht die allgemeinen Wald- und Wiesen-Politiker letzten Endes über das Schicksal der einzelnen Berufsstände entscheiden. Dagegen wende ich mit aller Schärfe. Die schauen einen sowieso an, wenn man z.B. für die Interessen des Bauerntums eintritt. Da hat man so einen üblen Geschmack bei denen! Ich fühle mich genau so gescheit und genau so intelligent wie diese hohen Herren auf dem Gebiet, das ich besonders zu pflegen habe.“<sup>570</sup>

Wie sehr die Vorstellung von der Notwendigkeit existentieller Betroffenheit von der Landwirtschaft bzw. ständiger Zugehörigkeit zur Landwirtschaft als Voraussetzung zur Vertretung agrarischer Interessen verbreitet war, zeigt sich daran, dass der Agrarpolitiker Schlittenbauer – selbst promovierter Altphilologe – auf einer Versammlung der BVP behauptete, es sei „lächerlich, wenn zum Beispiel über Landwirtschaft in einem Parlament verhandelt wird, wo die Mehrheit der Abgeordneten aus Advokaten besteht“<sup>571</sup>. Jeder der Agrarfunktionäre, die in ihrer beruflichen Tätigkeit per definitionem von der Landbewirtschaftung nicht existentiell betroffen sein konnten, entwickelte daher eine Strategie, um dieses Defizit in der Öffentlichkeit zu kompensieren. Der niederbayerische Bauernvereinsdirektor und promovierte Volkswirt Alois Schlögl griff zum Mittel der biographischen Konstruktion. Hatte er seine Eltern in seiner Dissertation noch als „Schuhmacherseheleute“ bezeichnet<sup>572</sup>, machte er aus ihnen im Laufe seiner agrarpolitischen Karriere ein Landwirtsehepaar<sup>573</sup>. Der promovierte Landwirt Heinz Haushofer betonte in seiner Autobiographie seine angebliche Liebe zur praktischen Landwirtschaft, als er behauptete, dass er die Bewirtschaftung des elterlichen Gutes einer Funktionärskarriere im Büro der Landesbauernkammer vorgezogen hätte<sup>574</sup>. Der spätere Bauernvereinsgeneralsekretär Alois Hundhammer widmete seine 1924 erschienene geschichtswissenschaftliche Doktorarbeit demonstrativ „meinem Vater einem Bauern“<sup>575</sup>. Das *Bayerische Landwirtschaftliche Wochenblatt* zeigte unter der Überschrift „Präsident Dr. Fridolin Rothermel ein Bauer unter Bauern“ Abbildungen, die den promovierten Volkswirt, praktischen Landwirt und Bauernverbandspräsidenten bei der Bauernarbeit zeigten<sup>576</sup>. Rothermel selbst behauptete: „Ja, ich bin ein Bauer. Das ist halt meine Lebenseinstellung.“<sup>577</sup>

<sup>569</sup> Vgl. ZICHE, Selbstbild, 111.

<sup>570</sup> HORLACHER, Einführung (1951), 166.

<sup>571</sup> Schlittenbauer am 7. Dezember 1919 zit. nach BARES-RAUEN, Entwicklungsgeschichte, 179.

<sup>572</sup> SCHLÖGL, Siedlung.

<sup>573</sup> Bayern-Kurier vom 17. April 1954.

<sup>574</sup> Vgl. HAUSHOFER, Leben, 31–37.

<sup>575</sup> HUNDHAMMER, Geschichte, III.

<sup>576</sup> BLW vom 15. Oktober 1955.

<sup>577</sup> Der Gerade Weg vom 12. Januar 1949.

Der aus einer Fabrikantenfamilie stammende habilitierte Agrarwissenschaftler, Milchexperte und Reichslandwirtschaftsminister Anton Fehr (BBB) kaufte sich einen Bauernhof<sup>578</sup>, weshalb er sich dann als „Milchbauer“ bezeichnete<sup>579</sup>. Auch der selbsternannte Forstexperte, Herausgeber des Bauernvereinsblattes *Der Fränkische Bauer* und promovierte Volkswirt Valentin Fröhlich besaß einen landwirtschaftlichen Betrieb<sup>580</sup>. Der aus einer Aschaffenburg-Bürgersfamilie stammende promovierte Volkswirt Georg Heim legte sich auch einen Bauernhof zu und gefiel sich in der Verrichtung von Bauernarbeit: „Dort hause ich im Hochsommer mit meiner Familie, und die Stadtkinder haben Gelegenheit, Landarbeit zu verrichten bei Heu- und Grummeternte, was ich für eine ungemein erzieherische Arbeit halte.“<sup>581</sup> Darüber hinaus legte Heim betont bäuerlich-derbe Umgangsformen an den Tag, wodurch er besonders bäuerlich wirken wollte, und die seinen Biographen tatsächlich an ein „Dorfwirtshaus“ erinnerten<sup>582</sup>. Auch Horlacher war schon bald durch seine „polternde Art“<sup>583</sup> aufgefallen, durch die es ihm gelang, seine Versammlungsreferate aufzulockern und interessant zu gestalten. 1927 riet er kommunistisch eingestellten Landwirten auf der Generalversammlung des oberbayerischen BV, sie sollten sich „bei den kräftigen Bauern des Oberlandes melden und sich die Hirnschale einschlagen lassen“, wofür er kräftigen Beifall erntete. Zur sozialdemokratischen Forderung nach Einführung des Achtstundentages merkte er an: „Die großstädtischen Weißwurstpolitiker hätten übersehen, daß die Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft und in der Industrie zwei ganz verschiedene Dinge seien.“<sup>584</sup> Den Verfechtern einer Erhöhung der Biersteuer riet er 1929: „Meine Herren! Wenn Sie Ihre Haltung zur Biersteuer beibehalten, dann empfehle ich Ihnen beim Besuch von Versammlungen in Bayern Ihren Hosenboden mit Blech auszuschlagen!“<sup>585</sup> Wegen derartiger rhetorischer Eskapaden war er für seine politischen Gegner „ein Klotz und ein Saubauer“<sup>586</sup> – was für den Erfolg seiner Bemühungen spricht, als bäuerlicher Politiker zu wirken. Dabei bemühte sich Horlacher bewusst um diese maniert-derbe Rhetorik. Denn er reflektierte sie. Er bewunderte die bäuerlichen Abgeordneten für ihre Fähigkeit, „das Kind beim rechten Namen zu nennen, das ganze Haus hört ihren Debatten zu, wie überhaupt die Volksvertreter aus dem Bauernstand vielfach über eine bemerkenswerte Gewandtheit verfügen. Freilich fehlt ihnen die vollendete Stilistik, aber dafür treffen sie mit ihrem derben Ausdruck oft den Nagel

<sup>578</sup> BayHStA, OMGB 13/42-1/2, Intelligence Review Bayerischer Bauernverband prepared by Office of Land Commissioner for Bavaria, 27. November 1950.

<sup>579</sup> BBV-Generalsekretariat, Akt Landesversammlungen 1952–1955, Sitzung des Landesauschusses am 30. Juni 1952.

<sup>580</sup> Im Archiv des Deutschen Landwirtschaftsrats 50 (1932), 139 ist bei Fröhlich vermerkt: „Gutsbesitzer, Herzogenaurach, Oberfranken“.

<sup>581</sup> Heim zit. nach RENNER, Heim (1961), 220.

<sup>582</sup> Vgl. RENNER, Heim (1961), 119.

<sup>583</sup> Neue freie Volks-Zeitung vom 30. April 1927.

<sup>584</sup> BK vom 29. April 1927.

<sup>585</sup> Der Donaubote vom 5. Februar 1929.

<sup>586</sup> Franz Heubl im Dienstag-Club der CSU am 2. April 1946, in: Lehrjahre der CSU, 37–41, hier: 41.

auf dem Kopf.“<sup>587</sup> Horlacher passte sich an die bereits im 19. Jahrhundert zum Klischee erstarrte bayerisch-bäuerliche Derbheit<sup>588</sup> an und ahmte die Sprache der Bauern, so wie er sie verstand, nach. Damit bemühte er sich bewusst darum, Vertrauen bei seinen bäuerlichen Zuhörern zu gewinnen: „Man redet nach schönen Konzepten vor einem geladenen Kreis, erhält seinen Beifall und weiß ganz genau, daß man damit zwar schön geredet, aber am Volk vorbeigeredet hat. Wir müssen uns allmählich angewöhnen, mit dem Volk zu leben und in das Volk hineinzureden oder in genauer Kenntnis der Volksseele mit dem Volk zu reden, aber nicht mit schönen stilistischen Phrasen vorbeireden. Auf die Wirkung kommt es an.“<sup>589</sup> Deshalb reicherte er seine Redebeiträge mit dialektalen Wendungen an, ohne selbst Dialekt zu sprechen<sup>590</sup>. Bereits 1933 war er für Erwin Topf deshalb „der höchst unbequeme (weil für rednerische Argumente völlig unempfindliche, echt bajuvarisch querköpfige) Abgeordnete Horlacher“<sup>591</sup>. Bei seinem Tod galt er als eine „jener barocken Gestalten, die weitgehend die Vorstellung der anderen deutschen Stämme vom bayerischen Menschen im guten Sinn geprägt haben“<sup>592</sup>.

Dabei identifizierte sich Horlacher so sehr mit der Landwirtschaft, der er sein Leben mit dem Voranschreiten seiner Karriere immer unumkehrbarer gewidmet hatte, dass er in seinen agrarpolitischen Reden keinen Unterschied mehr zwischen sich und den Bauern machte. Im November 1921 behauptete er bereits: „Wir sind gebunden an unsere Scholle. Unser Boden läßt sich nicht beliebig vermehren.“<sup>593</sup> Er behauptete, zu arbeiten, um „der Landwirtschaft mit zu dienen“<sup>594</sup>. Horlachers Bemühungen, Zugehörigkeit zur Landwirtschaft zu demonstrieren, führten schließlich dazu, dass er das vermeintliche Aussehen eines Bauern annahm. Der Landtagsjournalist Arnold Hille beschrieb Horlacher 1949 als „die Erscheinung eines Altbauern, breit, fast wuchtig, sein Gesicht umrahmt von lockiger tiefdunkler Haarfülle. Dieses meist freundliche, aber immer Spott und Überlegenheit spiegelnde Gesicht wirkt in allem beruhigend, fast väterlich, zeigt aber Züge hoher Intelligenz, die durch akademische Grade legitimiert sind.“<sup>595</sup> Horlacher identifizierte sich über seine Verbandsarbeit mit der Landwirtschaft<sup>596</sup>, über seine Verbandstätigkeit wollte er dem *Bauernstand* angehören – und

<sup>587</sup> Südost-Kurier vom 28. August 1948.

<sup>588</sup> Vgl. GOCKERELL, Bayernbild.

<sup>589</sup> HORLACHER, Nachschau (1951), 895.

<sup>590</sup> BR-Schallarchiv, O-Ton der Landtagsrede Horlachers anlässlich seines Rücktrittes als Landtagspräsident am 7. Februar 1950. Vgl. dazu auch Verh. d. Bay. Landtags 1946–1950. Sten. Ber. Bd. 5, Sitzung am 7. Februar 1950, 642–646.

<sup>591</sup> TOPF, Front, 104.

<sup>592</sup> Bayern-Kurier vom 19. Oktober 1957.

<sup>593</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 25. November 1921, 330.

<sup>594</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 23. Juni 1922, 129f.

<sup>595</sup> HILLE, Porträt, 5.

<sup>596</sup> „Der Verband“ – so der Soziologe Rupert Breitling über das soziale Bewusstsein der Funktionäre – „ist die Grundlage ihrer Lebensexistenz, die Verbandsarbeit ihr Beruf. Deshalb verstehen Funktionäre die Verbandsaufgabe nicht als begrenzten Zweck, sondern als etwas Großes, Vielfältiges, als ihre Lebensaufgabe“ (BREITLING, Verbände, 58).

gerade dadurch erweist er wieder seine tatsächliche soziale Distanzierung zu den Bauern. Seine Inszenierungen sind als bewusste Herablassung zu deuten<sup>597</sup>. Denn so sehr sich Horlacher mit den Bauern zu identifizieren suchte, er wurde keiner von ihnen. Sein bürgerlicher Lebensstil, seine statistisch-nationalökonomisch fundierte Agrarpolitik und seine hochsprachliche Ausdrucksweise unterschieden ihn nach wie vor von den Bauern. So sehr er um Akzeptanz bei den Bauern bemüht war, er entfernte sich in seinem Erscheinungsbild und in seiner Artikulation nicht zu sehr von den akademisch gebildeten Angehörigen der Parlamente und der Ministerialbürokratie als seinen eigentlichen agrarpolitischen Gesprächspartnern. Da innerhalb einer Gruppe ganz bestimmte Vorstellungen darüber bestehen, „welche Merkmale ein ‚ordentliches‘ Mitglied der entsprechenden Gruppe und Gesellschaft ausmachen“<sup>598</sup>, bewegte sich Horlacher sprachlich und im Erscheinungsbild auf dem schmalen Grat zwischen dem Habitus der Akademiker und demjenigen der Bauern.

In dem Spannungsfeld zwischen bewusster Identifizierung mit den Bauern und der aufgrund seiner Herkunft, seiner Ausbildung und seinem Lebensstil nicht zu überwindenden Distanz zu den Bauern zeigte Horlacher die drei Eigenschaften, die ein Politiker nach Max Weber besitzen sollte. Horlacher bewies „leidenschaftliche Hingabe an die Sache“, indem er die soziale Distanz zur Landwirtschaft durch seine Selbstinszenierung als bäuerlicher Politiker zu verringern suchte. Aufgrund seiner beruflichen Stellung als beamtengleicher Direktor der Bayerischen Landesbauernkammer bewies er Verantwortlichkeit gegenüber der Sache der Landwirtschaft. Durch seine akademische Bildung besaß er die Fähigkeit, „die Realitäten mit innerer Sammlung und Ruhe auf sich wirken zu lassen“ um die nötige Distanz zur Sache herzustellen. Denn Distanzlosigkeit verdamme die Politiker letztlich zu „politischer Unfähigkeit“<sup>599</sup>. Wie Horlacher mit diesen Anlagen umzugehen verstand, wird die weitere Darstellung seiner agrarpolitischen Tätigkeit – nun als Reichstagsabgeordneter – zeigen.

---

<sup>597</sup> Zur herrschaftssichernden Strategie der bewussten Herablassung vgl. BOURDIEU, *Ökonomie*, 91.

<sup>598</sup> HURRELMANN – Ulich, *Gegenstands- und Methodenfragen*, 12; vgl. auch BOURDIEU, *Ökonomie*, 21.

<sup>599</sup> Vgl. WEBER, *Beruf*, 533–535.

## VI. Als Verbindungsmann des Bauernvereins in Berlin (1925–1928)

### 1. Auf Distanz zum rechten Rand des politischen Spektrums

Der Hitlerputsch hatte den Misserfolg von Kahrs Ordnungszellenpolitik offensichtlich gemacht. Es war Kahr nicht gelungen, die nationalistischen Verbände für eine innenpolitische Beruhigungspolitik zu instrumentalisieren und zu bändigen. Nachdem Kahr deshalb die Unterstützung der BVP verloren hatte, erklärte er am 17. Februar 1924 seinen Rücktritt<sup>1</sup>. Sämtliche der antirevolutionären und revisionistischen Vaterländischen Verbände galten aufgrund ihrer zwielichtigen Haltung während des Hitlerputsches als diskreditiert, unabhängig davon, ob sie eher monarchistisch-partikularistisch oder eher völkisch-nationalistisch orientiert waren<sup>2</sup>. Auf Horlacher wirkte der Hitlerputsch wie ein Schock, der ihn aus dem Traumland der Ordnungszelle Bayern herausriss. War er bisher von der Möglichkeit ausgegangen, die NSDAP für die Sicherstellung von Ruhe und Ordnung heranzuziehen<sup>3</sup>, änderte er seine bisherige distanziert-positive Haltung zum Nationalsozialismus. Auf einer Versammlung, welche die BVP zur Unterstützung des Volksbegehrens zur Abschaffung der Zweidrittelmehrheit für die geplante Verfassungsänderung<sup>4</sup> im Februar 1924 in Rosenheim veranstaltete, erteilte Horlacher einer verfassungswidrigen Verfassungsrevision eine Absage – diese sollte nicht durch „radikalen Phrasendrusch in einer noch radikaleren Presse, auch nicht mit dem Gummiknüffel, sondern auf friedlichem Wege durch Befragung des Volkes und Wahl eines neuen, seiner Aufgaben und seiner Pflicht bewussten Landtages“ bewerkstelligt werden. Dem nationalsozialistischen Völkischen Block sprach er wahre nationale Gesinnung ab. Diese zeigte sich seiner Ansicht nach vielmehr in der Politik der BVP, die „sowohl in Bayern als auch im Reich wirklich nationale politische Arbeit und mit nicht schlechtem Erfolge geleistet habe“<sup>5</sup>.

Während Horlacher um Distanz zu dem außerparlamentarischen revisionistischen Netzwerk bemüht war, in dem er sich bisher bewegt hatte, versuchte Georg Escherich, als Organisator der Einwohnerwehren eine führende Figur der Ordnungszelle, mit einem so genannten Notbund Bayerischer Wirtschaftsstände wieder im politischen Leben Fuß zu fassen. Die politischen Ziele dieses Notbundes Bayerischer Wirtschaftsstände waren schillernd. Sie schwankten zwischen der öffentlich zum Ausdruck gebrachten

<sup>1</sup> Zum Rücktritt Kahrs vgl. KEBLER, Held, 509–512; FENSKE, Konservatismus, 320.

<sup>2</sup> Zur Haltung der Vaterländischen Verbände während des Hitlerputsches vgl. NUBER, Wehrverbände, 234–255.

<sup>3</sup> Vgl. Kapitel IV.8.

<sup>4</sup> Vgl. Kapitel IV.9.

<sup>5</sup> Wendelstein vom 6. Februar 1924.

Regierungstreue und Putschplänen<sup>6</sup>. Escherich, der sich an die Unterstützung der Einwohnerwehren durch das Büro der Landesbauernkammer stets dankbar erinnerte<sup>7</sup>, war sehr an einer Mitarbeit Horlachers gelegen<sup>8</sup>. Deshalb setzte Escherich Horlachers Namen neben demjenigen Schlittenbauers unter ein am 21. Dezember 1923 veröffentlichtes Aktionsprogramm<sup>9</sup>. Escherich hielt es jedoch nicht für nötig, Horlacher vorher um sein Einverständnis zu fragen. Horlacher war über dieses Vorgehen empört und reagierte abweisend. In Rosenheim distanzierte er sich auf einer Versammlung der BVP öffentlich von Escherichs Vorhaben. Er bedauerte, dass er mit dem Notbund Bayerischer Wirtschaftsstände in Verbindung gebracht wurde<sup>10</sup>. Da das Aktionsprogramm die Revision aller sozialpolitischen Errungenschaften seit der Revolution forderte<sup>11</sup>, kam es der BVP angesichts des anstehenden Landtagswahlkampfes höchst ungelegen<sup>12</sup>. Eine Verbindung aus taktischen Überlegungen und aufrichtigen sozialpolitischen Bedenken bewog Horlacher, Escherichs Vorhaben abzulehnen, wie er diesem in einem persönlichen Brief am 6. März 1924 mitteilte: „Ich gehöre zu den Vertretern der Wirtschaftspolitik, die eine ethisch-christliche Orientierung auch im Wirtschaftsleben verlangen und auf dieser Grundlage eine wirklich vaterländische Einstellung für alle Teile des Volkes, nicht bloß nationales Phrasengeplapper, sondern nationale Betätigung auch auf wirtschaftlichem Gebiete.“<sup>13</sup>

So sehr sich Horlacher in der Öffentlichkeit von Escherich distanzierte, wollte er doch über dessen wirtschaftspolitische Aktivitäten informiert sein und brach die Brücken nicht gänzlich ab. Er bot ihm deshalb an, die Überarbeitung der landwirtschaftlichen Teile des Aktionsprogramms zu übernehmen – „und zwar unter der ausdrücklichen Feststellung, daß ich dem übrigen Programm nicht voll zustimmen kann“. Denn er war der Auffassung, „daß die Landwirtschaft als solche von dem Programm nichts hat, wenn nicht eine andere

<sup>6</sup> Zum Notbund Bayerischer Wirtschaftsstände vgl. NUBER, Wehrverbände, 277–281; HOSER, Münchner Tagespresse, 257–262.

<sup>7</sup> ESCHERICH, Bauer, 8f.

<sup>8</sup> ACDP, NL Horlacher I-129-001, Escherich an Horlacher, 28. Februar 1924.

<sup>9</sup> BSZ vom 22. Dezember 1923.

<sup>10</sup> „Das Programm des Notbundes lehne ich in wesentlichen Punkten, insbesondere in der Einstellung zu den Arbeiterfragen ab, weil ich es überhaupt nie zu Gesicht bekommen habe und auch nicht um meine Genehmigung zur Unterschrift dieses ‚Programmes‘ befragt worden bin“ (Horlacher zit. nach Wendelstein vom 6. Februar 1924). Da sich Horlachers Name auf einem Mitgliederverzeichnis des Notbundes Bayerischer Wirtschaftsstände vom 12. Dezember 1923 findet (BayHStA-KriegsA, Einwohnerwehren Bd. 7/II/1), handelt es sich dabei offenbar um eine Wunschliste Escherichs. Vgl. dagegen NUBER, Wehrverbände, 278, der das „starke Interesse“ Horlachers am Notbund Bayerischer Wirtschaftsstände von seiner ungefragten Unterschrift unter das Aktionsprogramm herleitet.

<sup>11</sup> Der Notbund Bayerischer Wirtschaftsstände forderte die generelle Abschaffung des Achtstundentages, die Beseitigung des Tarifzwanges, die Beseitigung der Betriebsräte und des Kündigungsschutzes sowie die genaue Überprüfung sämtlicher sozialer Einrichtungen (BayHStA-KriegsA, Einwohnerwehren Bd. 7/II/1, Gemeinschaftsprogramm des Notbundes Bayerischer Wirtschaftsstände, undatiert).

<sup>12</sup> Schlittenbauer sah durch das Aktionsprogramm eine Gefahr für den sozialen Frieden und eine Gefährdung für den Wahlerfolg der BVP (BayHStA, Bayerischer Landtag, Ausschuß für Aufgaben wirtschaftlicher Art, Sitzung am 20. Februar 1924).

<sup>13</sup> ACDP, NL Horlacher I-129-001, Horlacher an Escherich, 6. März 1924.



Gesamteinstellung sich erzielen läßt“<sup>14</sup>. Escherich behauptete nun, „im Einvernehmen mit Dr. Horlacher“ zu handeln, als er bei den landwirtschaftlichen Organisationen auf Mitgliederwerbung für seinen Notbund Bayerischer Wirtschaftsstände ging<sup>15</sup>. Das Interesse in diesen Organisationen war jedoch gering<sup>16</sup>. Seither hielt sich Horlacher von Escherichs revisionistischen Projekten fern. Als Escherich am 2. Dezember 1928 die partikularistisch-monarchistische Wehrorganisation Bayerischer Heimatschutz errichtete, zeigte er kein Interesse mehr an Horlacher<sup>17</sup>. Die Agitation, die der Bayerische Heimatschutz gegen die Reichsregierungen betrieb<sup>18</sup>, passte nicht mehr zu Horlachers Taktik einer konstruktiven Zusammenarbeit mit den Berliner Regierungsstellen, die er seit seinem Wechsel in den Reichstag im Interesse agrarpolitischer Erfolge verfolgte.

## 2. Wechsel in den Reichstag

Bisher hatte sich Horlacher den von Heim aufgestellten Verhaltensregeln geschmeidig untergeordnet und sich damit dessen Rückendeckung gesichert. In Heims politischem Windschatten hatte er sich eine anerkannte Stellung als bayerischer Agrarpolitiker erkämpft und wartete nun selbstbewusst auf einen weiteren Karrieresprung. Seine Motivation war so hoch wie sein Selbstbewusstsein, weshalb der sozialdemokratische Agrarexperte Walther in ihm einen „Menschen von krankhafter Selbstüberhebung“ sah und ihn die sozialdemokratische *Fränkische Tagespost* am 16. März 1923 als „kleinen Mussolini“ bezeichnete<sup>19</sup>.

Schon bald nach seiner Wahl zum Direktor der Bayerischen Landesbauernkammer hatte Horlacher begonnen, Kontakte nach Berlin zu knüpfen. Am 3. Juni 1921 wurde er vom Plenum der Landesbauernkammer in den „Reichsausschuß der Deutschen Landwirtschaft“<sup>20</sup> geschickt<sup>21</sup>, am 12. Juli 1923 als Stellvertreter Heims in den Deutschen Landwirtschaftsrat<sup>22</sup>.

<sup>14</sup> ACDP, NL Horlacher I-129-001, Horlacher an Escherich, 6. März 1924.

<sup>15</sup> BA Koblenz, NL Weilnböck N1327/5c, Escherich an Weilnböck, 24. März 1924.

<sup>16</sup> Bis Anfang April 1924 hatten sich von der bayerischen Agrarprominenz erst Mittermeier und Melchner schriftlich zur Mitarbeit bereit erklärt (BayHStA-KriegsA, Einwohnerwehren Bd. 7/II/1, Zahn an Escherich, 5. April 1924).

<sup>17</sup> Nachweislich bemühte sich Escherich wiederholt und zunächst erfolgreich um Heim, dessen Assistenten Herzog sowie die Bauernvereinsdirektoren Melchner (Oberbayern), Neppig (Oberfranken), Klier (Oberpfalz) und Kropp (Unterfranken). Vgl. die Korrespondenz des Bayerischen Heimatschutzes in: BayHStA-KriegsA, Einwohnerwehren Bd. 7/I/1–6. Zum Bayerischen Heimatschutz vgl. NUBER, Wehrverbände, 297–353. Zum nicht ganz spannungsfreien Verhältnis des BV zum Bayerischen Heimatschutz vgl. BayHStA-KriegsA, Einwohnerwehren Bd. 7/I/3, Escherich an Heim, 28. Dezember 1930; BayHStA-KriegsA, Einwohnerwehren Bd. 7/I/5, Melchner an Escherich, 29. Januar 1932.

<sup>18</sup> Vgl. NUBER, Wehrverbände, 297–345.

<sup>19</sup> *Fränkische Tagespost* vom 16. März 1923.

<sup>20</sup> Der „Reichsausschuß der Deutschen Landwirtschaft“ fungierte als Dachverband sämtlicher landwirtschaftlicher Organisationen im Deutschen Reich. Vgl. GOTTWALD, Deutscher Landwirtschaftsrat, 174f. und 182; FLEMMING, Interessen, 139–143.

<sup>21</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 3. Juni 1921, 193f.

<sup>22</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 12. Juli 1923, 264.

Dadurch war sein Wechsel in den Reichstag vorbereitet. Horlacher hatte als Landtagsabgeordneter die tatsächliche Einflusslosigkeit des bayerischen Landtags auf die Agrarpolitik des Deutschen Reiches schmerzhaft spüren müssen, da die steuer- und handelspolitischen Angelegenheiten nach der Weimarer Verfassung ausschließlich Angelegenheit des Reiches waren<sup>23</sup>. Die Reichsbehörden ignorierten die Stellungnahmen der Bayerischen Landesbauernkammer zur Lebensmittelbewirtschaftung weitgehend, was den wütenden Protest Horlachers provozierte<sup>24</sup>. Darin darf ein wesentlicher Grund für den Wechsel Horlachers nach Berlin gesehen werden – seiner Meinung nach „geradezu der chronische Sitz des Unverstandes“<sup>25</sup>.

Andererseits hatte der BV ein Interesse daran, einen qualifizierten Verbindungsmann in Berlin zu besitzen, nachdem sich Heim wegen einer Augenoperation und einem Herzanfall seit Oktober 1923 für über ein Jahr aus der aktiven Politik verabschieden hatte müssen. Heim war deshalb bereits im Frühjahr 1924 aus dem Reichstag ausgeschieden und entschloss sich im Herbst 1924, nicht mehr für den Reichstag zu kandidieren<sup>26</sup>. Wegen der anstehenden Entscheidung über die Wiedereinführung der Agrarzölle wurde die für den 7. Dezember 1924 angesetzte Reichstagswahl von Heim zur Entscheidungswahl erhoben<sup>27</sup>. Es kann deshalb davon ausgegangen werden, dass der BV entsprechend seiner Möglichkeiten darauf drängte, Horlacher als Ersatz für Heim auf die Reichstagsliste der BVP zu setzen. Als präsumtiver Nachfolger Heims im Reichstag hatte Horlachers agrarpolitische Rede auf dem Parteitag der BVP im Herbst 1924 in Würzburg bereits das besondere Augenmerk des Vertreters des Reiches bei der bayerischen Staatsregierung gefunden<sup>28</sup>. Am 4. November 1924 wurde Horlacher im Regensburger Bischofshof auf dem vierten Platz der Reichstagsliste der BVP im Wahlkreis Niederbayern-Oberpfalz aufgestellt<sup>29</sup>. Vor ihm standen auf der Liste der niederbayerische Bauer Franz Gerauer (1869–1952)<sup>30</sup>, der Rechtsanwalt und Gutsbesitzer Franz Josef Pfleger (1872–1964)<sup>31</sup> sowie der Arbeitersekretär Franz Dauer (1873–1937)<sup>32</sup>.

<sup>23</sup> Held meinte deshalb, dass die Landtagsabgeordneten „eine recht traurige Rolle spielen, seitdem die Weimarer Verfassung gemacht worden ist“ (zit. nach KEBLER, Held, 418).

<sup>24</sup> Horlacher schrieb deshalb am 1. April 1921 an den Deutschen Landwirtschaftsrat: „Wir werden gegen das diktatorische Vorgehen der Berliner Reichsstellen noch schärfere Register als bisher ziehen. Wir lassen uns in Bayern und in Süddeutschland – die süddeutschen und südwestdeutschen Kammern haben hier die gleichen Klagen – nicht ständig als Aschenbrödel und Statisten behandeln, die nur mit dem Kopf zu nicken oder zu schütteln brauchen“ (Archiv des WLVB, B 15).

<sup>25</sup> HORLACHER, Zukunft (20. April 1921), 64.

<sup>26</sup> Vgl. RENNER, Heim (1961), 224f.

<sup>27</sup> Bayerisches Bauernblatt vom 2. Dezember 1924.

<sup>28</sup> BA Berlin, R707/31, Vertretung der Reichsregierung in München an die Reichskanzlei, 14. Oktober 1924.

<sup>29</sup> Regensburger Anzeiger vom 5. November 1924.

<sup>30</sup> Landwirt in Hartham/Rottal, katholisch, geboren am 20. Januar 1869, Träger der Verdienstmedaille der bayerischen Krone, 1920 bis Juli 1932 MdR für die BVP, Landesökonomierat, 1933 Verlust aller Ehrenämter, gestorben am 29. August 1952. Zu Gerauer vgl. BayHStA ML 2433, Horlacher an ML, 20. Dezember 1923; SCHWARZ, MdR, 653; SCHUMACHER, M.d.R., 232.

<sup>31</sup> Rechtsanwalt, katholisch, geboren am 31. August 1872 in Pressath (Oberpfalz), humanistisches Gymnasium, 1891 bis 1896 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften an der LMU, 1896 Promotion zum Dr. oec. publ., seit 1900 selbständiger Rechtsanwalt, 1912 bis 1918 MdR für die Bayerische Zentrumsparterie, 1924 bis 1928

Horlachers vierter Platz reichte gerade noch aus, um in den Reichstag einzuziehen<sup>33</sup>. Er hatte seinen Einzug dem guten Wahlergebnis der BVP zu verdanken, der es gelang, ihre Reichstagsfraktion um drei Abgeordnete zu vergrößern<sup>34</sup>. Am 5. Februar 1925 schied Horlacher aus dem bayerischen Landtag aus<sup>35</sup>.

Horlacher fungierte für den BV im Allgemeinen und Heim im Besonderen als Verbindungsmann in Berlin. Heim erteilte Horlacher deshalb schulmeisterlich taktische Ratschläge<sup>36</sup>. Schlittenbauer bemühte sich darum, Horlacher im neuen Gebäude der Vereinigung der deutschen Bauernvereine<sup>37</sup> ein Büro zu beschaffen, denn „Dr. Horlacher muß bei der Vereinigung in den großen Wirtschaftsfragen jetzt einen überragenden Einfluss ausüben“ – wie er am 19. Dezember 1924 an Heim schrieb<sup>38</sup>. In der Reichstagsfraktion der BVP fiel Horlacher die agrarpolitische Führungsrolle zu, denn er war unter den landwirtschaftlichen Abgeordneten, die stets etwa ein Drittel der Fraktion ausmachten, der einzige Akademiker<sup>39</sup>. In der Reichstagsfraktion der BVP war Horlacher ab 1925 Sachreferent für Steuer- und Zollfragen<sup>40</sup>. Im Reichstag gehörte er bis zum Ende der Weimarer Republik dem Steuerausschuss und mehreren von dessen Unterausschüssen an<sup>41</sup>.

MdL für die BVP, 1924 bis 1933 MdR für die BVP, 1933 Schutzhaft und Verlust aller Ehrenämter, 1944 KZ-Haft, 1945 kommissarischer Oberbürgermeister der Stadt Weiden, 1946 Mitglied der Bayerischen Verfassungsgebenden Landesversammlung für die CSU, gestorben am 4. Februar 1964. Zu Pflieger vgl. GBBE, 1493; LILLA, Landtag, 454f.

<sup>32</sup> Redakteur und Arbeitersekretär, katholisch, geboren am 8. August 1873 in Weinberg (Bezirksamt Feuchtwangen), zunächst als Landarbeiter tätig, seit 1895 als Eisenbahnarbeiter tätig, seit 1899 im zentrumsnahen Bayerischen Eisenbahnerverband beschäftigt, seit 1902 Verbandssekretär und Redakteur der Verbandszeitschrift *Der Eisenbahner*, 1907 bis 1911 Mitglied der Kammer der Abgeordneten des Bayerischen Landtages für die Bayerische Zentrumspartei, 1918/1919 Mitglied des Provisorischen Nationalrats, 1919 Staatsrat im bayerischen Verkehrsministerium, 1919/1920 MdL für die BVP, 1919/1920 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung, 1920 bis 1930 MdR für die BVP, gestorben am 13. August 1937. Zu Dauer vgl. GBBE, 332; LILLA, Landtag, 321.

<sup>33</sup> Reichstags-Handbuch III. Wahlperiode 1924, 185.

<sup>34</sup> Zur Reichstagswahl im Herbst 1924 vgl. STÜRMER, Koalition, 78f.; KIISKINEN, Deutschnationale Volkspartei, 288–291; MAGA, Leicht, 146f.

<sup>35</sup> Horlachers Stelle im Landtag nahm der Glasermeister Andreas Wagner, Präsident des Bayerischen Gewerbebundes, ein (BayHStA, MIInn 47352, Der Präsident des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs als Landeswahlleiter an MIInn, 5. Februar 1925).

<sup>36</sup> Heim kritisierte Horlacher dafür, dass es die Reichstagsfraktion der BVP unterlassen habe, den Reichsfinanzminister als Verantwortlichen für die Vermögensteuer öffentlich zu benennen (StadtA Regensburg, NL Heim 2608, Heim an Horlacher, 18. März 1925).

<sup>37</sup> Die Vereinigung der deutschen Bauernvereine war der lockere Dachverband der Bauernvereine der deutschen Länder. Vgl. FAHLBUSCH – HARTWIG, Vereinigung der deutschen Bauernvereine, 344–357.

<sup>38</sup> StadtA Regensburg, NL Heim 917, Schlittenbauer an Heim, 19. Dezember 1924.

<sup>39</sup> Zur Zusammensetzung der Reichstagsfraktion der BVP vgl. SCHÖNHOFEN, Bayerische Volkspartei, 75; BERGMANN, Bauernbund, 370f.

<sup>40</sup> BayHStA, Slg Personen 4839, Horlacher an Friedrich Josef Maria Rehse, 16. Juni 1926.

<sup>41</sup> BA Berlin, R101/1514, Liste der Mitglieder des Steuerausschusses des Reichstages, 15. Januar 1925; BA Berlin, R101/1517, Liste der Mitglieder des Steuerausschusses des Reichstages, 3. Juli 1928; BA Berlin, R101/1518, Liste der Mitglieder des Steuerausschusses des Reichstages, 12. Dezember 1930; BA Berlin, R101/1518, Liste der Mitglieder des Steuerausschusses des Reichstages, 31. August 1932; BA Berlin, R101/1518, Liste der Mitglieder des Steuerausschusses des Reichstages, 9. Dezember 1932; BA Berlin, R101/1518, Bekanntgabe der Fraktion der BVP, 22. März 1933. Horlacher war Mitglied im Unterausschuss, der sich am 22. Juni 1925 mit der Besteuerung öffentlicher Betriebe und Verwaltungen befasste (BA Berlin, R101/1514), im Unterausschuss, der sich zwischen dem 10. Februar 1925 und dem 7. Dezember 1927 mit der steuerlichen Begünstigung für Auslandsanleihen beschäftigte (BA Berlin, R101/1515 und R101/1516), des

Horlacher war dagegen weder in dem agrarpolitisch besonders relevanten volkswirtschaftlichen, noch in dem in dieser Hinsicht nicht weniger wichtigen handelspolitischen Ausschuss regelmäßiges ordentliches Mitglied<sup>42</sup>.

### 3. Chaos in der Landesbauernkammer nach dem Sturz Heims

Am 19. Mai 1925 füllte Horlachers Erstlingsrede als Reichstagsabgeordneter im *Bayerischen Bauernblatt* zwei eng bedruckte Zeitungsseiten. Allein das Buchstabenmeer musste beeindruckend auf die Bauern wirken. Wer sich durch die Rede kämpfte, konnte von der agrarpolitischen Kompetenz Horlachers überzeugt sein. Die Redaktion kommentierte die Rede zufrieden: „Seine Forderungen decken sich ganz mit denen des Bauernvereins.“<sup>43</sup> Nichts schien Horlachers Stellung als Landesbauernkammerdirektor, Reichstagsabgeordneter und Bauernvereinspolitiker nach seinem geglückten Wechsel in den Reichstag mehr anfechten zu können. Die Bayerische Landesbauernkammer schien durch Heim und Horlacher fest im Griff des BV – als Heim an diesem 19. Mai einer Intrige von BBB und Bayerischem Landbund zum Opfer fiel und sein Amt als Präsident der Landesbauernkammer verlor<sup>44</sup>.

Dass mit Heim und Horlacher sowohl die ehren- als auch die hauptamtliche Spitze der Bayerischen Landesbauernkammer mit Angehörigen des BV besetzt waren, musste für den Bayerischen Landbund schon an sich eine Provokation darstellen. Völlig inakzeptabel wurde diese Situation für Landbunddirektor Brügel, als Horlacher für die BVP in den Reichstag einzog. Brügel drängte deshalb auf eine Revision der starken Stellung des BV in der gesetzlichen Berufsvertretung der bayerischen Landwirtschaft. Besonders empörte ihn, dass Horlacher und Heim es offenbar nicht für nötig befunden hatten, das Präsidium der Landesbauernkammer von Horlachers Reichstagskandidatur zu informieren. Aufgrund von Informationen, die Brügel von Horlachers Stellvertreter Wittwer bekommen hatte, schrieb Brügel deshalb am 11. Dezember 1924 empört an Weilnböck: „Dieser Vorgang ist geradezu ungeheuerlich. Was würde in einer freien Organisation mit Recht einem Beamten geschehen, der sich in den Reichstag an sicherer Stelle aufstellen läßt, ohne vorher die zuständige verantwortliche Leitung überhaupt gefragt zu haben?“ Brügel wollte deshalb Horlacher im Verwaltungsausschuss zur Aufgabe seines Mandates zwingen, denn: „Meines Wissens gibt es

---

Unterausschusses Bier- und Tabaksteuer, der vom 8. bis 11. Februar 1926 tagte (BA Berlin, R101/1515), und im Unterausschuss, der im März 1928 die Anträge auf Befreiung der Zinsen der Auslandsanleihen von der beschränkten Steuerpflicht gemäß §115 des Einkommensteuergesetzes beriet (BA Berlin, R101/1516).

<sup>42</sup> Zur Anwesenheit Horlachers in diesen Ausschüssen vgl. die Kurzprotokolle dieser Ausschüsse (BA Berlin, R101/1532; R101/1533; R101/1534; R101/1535; R101/1536; R101/1537; R101/1538; R101/1539; R101/1540).

<sup>43</sup> Bayerisches Bauernblatt vom 19. Mai 1925; vgl. dazu Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 385, Sitzung am 5. Mai 1925, 1582–1589.

<sup>44</sup> Zum Sturz Heims als Präsident der Landesbauernkammer vgl. RATJEN, Bauernkammern, 140–143; BERGMANN, Bauernbund, 316–320.

keinen Direktor einer Landwirtschaftskammer, der zu gleicher Zeit im Parlament sitzt, weil eine solche Tätigkeit einer neutralen Berufsvertretung zu unerwünschten Reibungsflächen mit den freien Organisationen führen muß.“<sup>45</sup> Dabei stellte Horlachers Wechsel in den Reichstag den ausschlaggebenden Anstoß für den Sturz Heims dar. Damit wollte Brügel die durch das Reichstagsmandat Horlachers noch zusätzlich gestärkte Position des BV in der Landesbauernkammer wieder kompensieren<sup>46</sup>. Nichts könnte die starke organisationspolitische Stellung der Bürokratie besser aufzeigen, als der Sturz Heims. Während der hauptamtlich angestellte Horlacher aufgrund seines Dienstvertrages als Direktor der Landesbauernkammer nicht ohne weiteres zu entfernen war, konnte Heim als ehrenamtlicher Präsident durch eine einfache Plenarabstimmung gestürzt werden.

Die Bauernkammerwahlen von 1925 hatten an der Zusammensetzung des Plenums der Landesbauernkammer keine grundsätzlichen Änderungen gebracht. Nach wie vor stellte der BV den größten Teil der Mitglieder des Plenums, ohne über die absolute Mehrheit zu verfügen<sup>47</sup>. Als folgenreich erwies sich jedoch der Einzug des bisher nicht im Plenum vertretenen populistischen Bauernbundsflügels um Gandorfer. Diesem war es gelungen, im Wahlkampf die Unzufriedenheit der niederbayerischen Landwirte mit den staatlichen Hilfsmaßnahmen wegen des Donauhochwassers im Mai und Juni 1924 für die Agitation gegen den BV auszunutzen<sup>48</sup>. Der BV verlor in der niederbayerischen Kreisbauernkammer zehn Sitze und damit die absolute Mehrheit an den BBB. Entgegen der bisherigen Praxis, wonach alle in einer Kreisbauernkammer vertretenen Gruppierungen bei der Wahl der Delegierten zur Landesbauernkammer verhältnismäßig berücksichtigt worden waren, nutzte Gandorfer die Gelegenheit, die ihm die neuen Mehrheit bot, um nur Bauernbündler als Vertreter der Kreisbauernkammer Niederbayern in die Landesbauernkammer zu entsenden<sup>49</sup>. Es stand deshalb zu erwarten, dass Gandorfer auch im Plenum der Landesbauernkammer auf Konfrontation zum BV gehen werde. Mittlerweile herrschte auch im Landwirtschaftlichen Verein Empörung über die von Heim und Horlacher aggressiv betriebene Zurückdrängung der eigenen Organisation durch die Bauernkammern<sup>50</sup>. So fürchtete der Landwirtschaftliche

<sup>45</sup> BA Koblenz, NL Weilnböck 1327/5b, Brügel an Weilnböck, 11. Dezember 1924.

<sup>46</sup> Vgl. dagegen BERGMANN, Bauernbund, 316–320, der den Sturz Heims zu einseitig als alleinige Folge der Irritationen, die während der Bauernkammerwahlen zwischen BBB und BV entstanden waren, wertet.

<sup>47</sup> Zur Zusammensetzung der Landesbauernkammer nach den Wahlen von 1925 vgl. Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 19. Mai 1925, 1f.

<sup>48</sup> Während die regierende BVP angesichts der Finanznot des Staates lediglich finanzielle Beihilfen bereitstellen und neben Krediten Steuererleichterungen in Ausnahmefällen zugestehen hatte wollen, hatte Gandorfer neben der kostenlosen Bereitstellung von Heilmitteln gegen die Leberegelseuche als Folge des Hochwassers gänzliche Steuerfreiheit für die betroffenen Gebiete gefordert. Vgl. ALTENDORFER, Donauhochwasseragitation, 367–369.

<sup>49</sup> Vgl. BERGMANN, Bauernbund, 316f.; ALTENDORFER, Donauhochwasseragitation, 368f.

<sup>50</sup> Da die Bezirks- und Kreisbauernkammern das Personal des Landwirtschaftlichen Vereins für die eigene Geschäftsführung benutzten, befürchtete Luschka die gezielte personelle Ausblutung des Landwirtschaftlichen Vereins (BBV-Herrsching, Landwirtschaftlicher Verein KC/Unterfranken 1.664, Rundschreiben des Bayerischen Landwirtschaftsrates, 23. September 1920), zumal Heim und Horlacher als Verantwortliche der Landesbauernkammer jegliche formelle Übereinkunft darüber hinauszögerten (BBV-Herrsching,

Kreisausschuß der Oberpfalz und von Regensburg, „daß er mehr oder weniger durch die Bauernkammer erdrückt wird, der ja als gesetzliche Berufsvertretung noch dazu ganz andere Machtmittel zu Gebote stehen“<sup>51</sup>. Damit stand die gegen den BV gerichtete Koalition aus BBB, Bayerischem Landbund und Landwirtschaftlichem Verein, als das Plenum der Landesbauernkammer zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentrat.

Die Federführung beim Sturz Heims übernahm Brügel, dessen taktisches Geschick demjenigen des polternden Gandorfer weit überlegen war<sup>52</sup>. Zustatten kam ihm dabei die Krankheit Heims, der zum Zeitpunkt der konstituierenden Sitzung mit einer Lungenentzündung ans Bett gefesselt war<sup>53</sup>. Während Heim in der konstituierenden Sitzung des Plenums der Landesbauernkammer am 19. Mai 1925 von Schlittenbauer zur Wiederwahl vorgeschlagen wurde, nominierte Brügel den Landbundvorsitzenden Prieger als Gegenkandidaten. Prieger bekam eine deutliche Mehrheit von 30 Stimmen, während Heim nur die 15 Stimmen der anwesenden Bauernvereinsmitglieder auf sich vereinen konnte. Die Repräsentanten des BV werteten das Wahlergebnis als Affront. Sie weigerten sich deshalb, sich an der Wahl der Ausschussmitglieder und der übrigen Vorstandsmitglieder zu beteiligen. Ohne die Stimmen des BV wurde Mittermeier (BBB) in seinem Amt als Zweiter Präsident bestätigt und Max Freiherr von Pfetten (gest. 1929)<sup>54</sup> wurde als Gegenleistung für die Beteiligung des Landwirtschaftlichen Vereins an der Intrige zum Dritten Präsidenten gewählt. Die von Brügel vorgeschlagene Wahl Heims zum Ehrenpräsidenten lehnte Schlittenbauer in einem heftigen Wortgefecht mit Brügel erwartungsgemäß als „Begräbnis 1. Klasse“ ab<sup>55</sup>. Glaubt man Schlittenbauer, so habe darüber hinaus beim BBB der Plan bestanden, die Wahl Horlachers als stimmberechtigtes so genanntes „zusätzliches Mitglied“ in das Plenum der Landesbauernkammer zu vereiteln<sup>56</sup>. Tatsächlich wagte es jedoch niemand, dies zu tun. Die Wahl Horlachers – der sich während der Sitzung auffallend zurückhaltend verhielt – in das

---

Landwirtschaftlicher Verein KC/Unterfranken 1.664, Landwirtschaftlicher Kreisausschuß der Oberpfalz und von Regensburg an den Bayerischen Landwirtschaftsrat, 1. September 1921; BBV-Herrsching, Landwirtschaftlicher Verein KC/Unterfranken 1.664, Luschka an die Geschäftsstelle des Landwirtschaftlichen Kreisausschusses und der Kreisbauernkammer Unterfranken, 12. Oktober 1923).

<sup>51</sup> BBV-Herrsching, Landwirtschaftlicher Verein KC/Unterfranken 1.664, Landwirtschaftlicher Kreisausschuß der Oberpfalz und von Regensburg an den Bayerischen Landwirtschaftsrat, 1. September 1921.

<sup>52</sup> Bereits Schlittenbauer vermutete in dem Sturz Heims eine von Brügel vorbereitete und geplante Aktion (Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 19. Mai 1925, 6f.).

<sup>53</sup> Vgl. RENNER, Heim (1961), 227.

<sup>54</sup> Gutsbesitzer auf Ramspau bei Burglengelfeld, katholisch, seit 1893 oberpfälzischer Kreisanwalt des Bayerischen Landesverbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften, 1895 bis 1906 Kassier des oberpfälzischen BV, 1905 bis 1924 Vorsitzender der Vereinigung bayerischer landwirtschaftlicher Lagerhäuser, seit 1919 Mitglied des Aufsichtsrates der Bayerischen Zentraldarlehenskasse eGmbH, seit 1920 Mitglied des Bayerischen Landwirtschaftsrates, Präsident der Kreisbauernkammer Oberpfalz, Zweiter Vorsitzender des Landwirtschaftlichen Kreisausschusses der Oberpfalz und für Regensburg, 1923 Mitglied des Aufsichtsrates der BayWa, 1926 Ernennung zum Geheimen Landesökonomierat, gestorben am 23. September 1929. Zu Pfetten vgl. Haus- und Landwirtschaftskalender des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern 86 (1931), 30; HOHENEGG, Raiffeisen, 271.

<sup>55</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 19. Mai 1925, 1–10.

<sup>56</sup> Bayerisches Bauernblatt vom 9. Juni 1925.

Plenum erfolgte einstimmig und ohne Diskussion<sup>57</sup>. Da Horlacher auch ohne Sitz im Plenum eine starke Stellung als Direktors der Landesbauernkammer besaß, hätte eine Verhinderung von dessen Wahl als zusätzliche und bloß formale Demütigung des BV wirken müssen. Das konnte aber kaum im Interesse Brügels und des gouvernementalen Bauernbundsflügels um Mittermeier sein, die ihr Ziel mit dem Sturz Heims erreicht hatten und ansonsten mit den Repräsentanten des BV in der bayerischen Regierungskoalition zusammenarbeiten mussten. Für Horlacher hatten sich nun die Vorzeichen seiner Tätigkeit in der Landesbauernkammer ins Gegenteil verkehrt. Hatte er bisher mit dem Rückhalt an Heim als seinem Dienstvorgesetzten rechnen können, war er nun als Bauernvereinsangehöriger einem Mitglied des konkurrierenden Bayerischen Landbundes unterstellt. Da der BV aufgrund seiner Obstruktion nun weder im Präsidium, noch in den Ausschüssen der Landesbauernkammer vertreten war, war Horlacher der einzige Verbindungsmann des BV in den Organen der gesetzlichen Berufsvertretung der Landwirtschaft in Bayern<sup>58</sup>. Die Dominanz des BV schien sich in ihr Gegenteil verkehrt zu haben.

Die Repräsentanten des BV waren schockiert. Der bisher unumstrittene Anführer des größten bayerischen Agrarverbandes<sup>59</sup> war gestürzt. Der *Miesbacher Anzeiger* warf dem BBB den Bruch des „ungeschriebenen Abgrenzungsvertrages“ vor, der dem BBB das Landwirtschaftsministerium und der BVP die Landesbauernkammer zugewiesen habe<sup>60</sup>. Der *Bayerische Kurier* machte Gandorfer für den Coup verantwortlich und vermutete, dass es ihm dabei darum gegangen sei, die bayerische Regierungskoalition zu sprengen und seine eigene Position innerhalb des BBB gegenüber den gemäßigten Kräften um den bayerischen Landwirtschaftsminister Fehr zu stärken<sup>61</sup>. Das *Bayerische Vaterland* machte dagegen den Bayerischen Landbund in einem empörten Kommentar für die „Palastrevolution“ gegen Heim verantwortlich: „Es braucht gar keine Worte, um selbst dem vernageltsten Gmoadepp klar zu machen, was für ein Unterschied zwischen einem Dr. Heim und einem Prieger ist.“ Man könne zwar „an die Stelle einer Ziffer ein Halbdutzend Nullen setzen, aber alle Nullen zusammen ergeben nie eine Ziffer!“ Der Sturz Heims wurde der „Gerissenheit einiger kleinerer Parteibonzen“ zugeschrieben, womit hauptsächlich Brügel gemeint war<sup>62</sup>. Der BV sah in dem gemeinsamen Vorgehen von Bayerischem Landbund und BBB eine Verletzung der parteipolitischen Neutralität der Landesbauernkammer<sup>63</sup> – eine Neutralität, die die

<sup>57</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 19. Mai 1925, 3f.

<sup>58</sup> Der *Miesbacher Anzeiger* vom 13. Juni 1925 hatte deshalb nach dem Sturz Heims – den Groll des BV beschwichtigend – geschrieben: „Die persönliche Verbindung zwischen der Bauernvertretung und der Bayerischen Volkspartei ist durch Direktor Dr. Horlacher hinreichend gesichert.“

<sup>59</sup> Im Jahr 1925 hatte der BBB etwa 35.000 Mitglieder (BERGMANN, Bauernbund, 29f.), der Bayerische Landbund 57.322 (HELLER, Bund der Landwirte, 62f.) und der BV mindestens 120.000 (BERGMANN, Bauernbund, 43f.).

<sup>60</sup> *Miesbacher Anzeiger* vom 13. Juni 1925.

<sup>61</sup> BK vom 17. Oktober 1925.

<sup>62</sup> Das *Bayerische Vaterland* vom 20. Mai 1925.

<sup>63</sup> *Miesbacher Anzeiger* vom 13. Juni 1925.

Repräsentanten des BV in der Landesbauernkammer bisher gegenüber den bayerischen Landwirtschaftsministern aus den Reihen des BBB oft genug verletzt hatten. Dagegen schützte das *Landauer Volksblatt* von Gandorfers Mitstreiter Kübler zur Erklärung des Sturzes den Gesundheitszustand Heims vor und warf seinerseits den „Heim-Diadochen“ vor, die Parteipolitik in die Landesbauernkammer getragen zu haben, indem die „Nichtwahl Dr. Heims unter Verschweigen seines derzeitigen Gesundheitszustandes als koalitionswidrige Handlung von Bauernvertretern hingestellt wird, die zufällig der Deutschen Mittelpartei [!] angehören“<sup>64</sup>.

Um Druck auf BBB und Bayerischen Landbund auszuüben, setzte der BV für den 5. Juni 1925 eine Kundgebung im Münchner Löwenbräukeller an. Als Hauptredner auf der stark besuchten Versammlung forderte Schlittenbauer den Rücktritt des Präsidiums der Landesbauernkammer und drohte mit Konsequenzen für die Regierungskoalition in Bayern. Gegenüber dem BBB stellte er die nicht unberechtigte rhetorische Frage: „Wenn nun Dr. Heim, Dr. Horlacher, Dr. Schlittenbauer und noch einige von unserer Seite ausscheiden, mit welchen Köpfen wollte dann diese Kammer überhaupt noch arbeiten?“ Im Gegensatz zu Schlittenbauer übte Horlacher in seiner Stellungnahme Zurückhaltung und war um die Demonstration von Sachkompetenz bemüht. Nachdem er „einen längeren und sehr eingehenden temperamentvollen Vortrag über die dem Reichstag vorgelegten Steuerreformgesetze, über den Finanzausgleich mit den Ländern und die sozialistisch-kommunistische Gegnerschaft zu den Schutzzollgesetzen“ gehalten hatte, erklärte er, dass er seine Pflicht als Direktor der Landesbauernkammer ohne Rücksicht auf deren Zusammensetzung erfüllen werde – wobei er nicht vergaß hinzuzufügen, „daß er nach wie vor dem Christlichen Bauernverein unter allen Umständen die Treue halten werde“<sup>65</sup>.

Der BV verweigerte auch weiterhin jegliche konstruktive Mitarbeit im Plenum der Landesbauernkammer. In der ersten Sitzung nach der Wahl des Präsidiums (9. Juni 1925) fehlten sowohl Schlittenbauer als auch Heim. Der für seinen ausgleichenden und ruhigen Charakter bekannte neue Bauernkammerpräsident Prieger<sup>66</sup> bemühte sich redlich um eine versöhnliche Haltung gegenüber dem BV<sup>67</sup>. Er konnte es jedoch nicht verhindern, dass Gandorfer im Überschwang des Siegesgefühles versuchte, den BV noch weiter zu demütigen. Zunächst legte Gandorfer Protest gegen die Wahl des Landshuter Bauernvereinssekretärs Schlögl in die Kreisbauernkammer Niederbayern ein, was das Plenum der Landesbauernkammer jedoch gegen dessen alleinige Stimme zurückwies<sup>68</sup>. Anschließend

<sup>64</sup> Landauer Volksblatt vom 17. Juni 1925.

<sup>65</sup> Bayerisches Bauernblatt vom 9. Juni 1925. Berichte über diese Kundgebung finden sich auch in: BSZ vom 6. Juni 1925; Das Bayerische Vaterland vom 6. Juni 1925; MNN vom 6. Juni 1925.

<sup>66</sup> Nach dem Zeugnis des mit Prieger persönlich bekannten Agrarhistorikers Heinz Haushofer soll sich der neue Bauernkammerpräsident durch „Integrität seiner Persönlichkeit“ ausgezeichnet haben (HAUSHOFER, Leben, 34).

<sup>67</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 9. Juni 1925, 11.

<sup>68</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 9. Juni 1925, 14. Da Schlögl kein praktischer Landwirt war, wollte ihm Gandorfer das passive Wahlrecht absprechen. Nach Art. 12 des



warf er der von Heim geführten „Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft des Bayerischen Bauernvereins für Ein- und Verkauf e.G.m.b.H.“ vor, Auslandsgetreide eingeführt zu haben. Als Horlacher Gandorfer deshalb „Unrichtigkeiten und Entstellungen“ vorwarf, war der Siedepunkt der angespannten Stimmung erreicht. Gandorfer nutzte die sich ihm von Horlacher gebotene Gelegenheit zu einer Kraftprobe. Er versuchte, das Plenum der Landesbauernkammer gegen Horlacher aufzubringen und gab deshalb vor, sich als Plenarmitglied von Horlacher bevormundet zu fühlen: „Ja, dürfen wir hier noch sprechen oder dürfen wir hier nicht sprechen?“ Die Mehrheit der anwesenden Plenarmitglieder war jedoch im Unterschied zu Gandorfer um eine beschwichtigende Haltung zum BV bemüht, weshalb es Prieger zunächst gelang, Gandorfers Vorstoß gegen Horlacher abzuwehren<sup>69</sup>. Erst am Ende der Sitzung eskalierte der Streit um den BV wegen der Invektiven der Bauernvereinspresse gegen Brügel wieder. Obwohl Brügel in diesem Zusammenhang auch Horlacher angriff, hielt dieser sich aus diesem Streitgespräch völlig heraus<sup>70</sup>.

Die nächste Plenarsitzung der Landesbauernkammer fand am 25. September 1925 statt. Obwohl eigentlich nur die parteipolitisch unproblematische Revision des bayerischen Gemeinderechts auf der Tagesordnung stand, wurde die Öffentlichkeit wohlweislich ausgeschlossen. Der BV war unter der Führung Heims geschlossen aufmarschiert. Tatsächlich erreichten die Auseinandersetzungen nun eine neue Qualität, als Kropp erklärte, dass sich der BV weder an der Plenardebatte, noch an der Abstimmung beteiligen könne, da die dem BV angehörenden Plenarmitglieder an der Beratung des Gemeinderechts im volkswirtschaftlichen Ausschuss der Landesbauernkammer nicht beteiligt waren.<sup>71</sup> Damit hatte sich der BV in parlamentarischer Manier als Fraktion konstituiert, was weder im Bauernkammergesetz, noch in der Geschäftsordnung vorgesehen war<sup>72</sup>. Brügel warnte deshalb die Repräsentanten des BV: „Ich bedaure, daß sich die Oppositionsstellung heute so herausschält. Aber wir wollen vollständig klar sein über das, was die Gegenseite machen muß. Wenn die Herren absolut in der Oppositionsstellung verharren wollen, so haben sie die Vorteile der Opposition. Das ist das gute Recht aller derer, die in Opposition stehen. Andererseits sind diejenigen, die die Regierung bilden, gezwungen, von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, die etwa darin besteht, daß nicht Zeit sein wird, die in einer Sitzung gestellten Anträge plötzlich zur

---

Bauernkammergesetzes waren neben aktiven Landwirten jedoch auch Personen wählbar, die im Dienst der Landwirtschaft selbständig tätig waren. Zum Wahlrecht zu den Bauernkammern vgl. RATJEN, Bauernkammern, 25–27.

<sup>69</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 9. Juni 1925, 23f.

<sup>70</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 9. Juni 1925, 58–63.

<sup>71</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 25. September 1925, 6–8.

<sup>72</sup> Das bayerische Gesetz über die Bauernkammern vom 20. März 1920, 13–22; BayHStA, ML 122, Entwurf einer Geschäftsordnung für die bayerische Landesbauernkammer, undatiert. Erst die Satzung vom 23. April 1930 erkannte die Zusammensetzung des Plenums aus parteipolitisch gebundenen Gruppierungen an, als sie die „Zugehörigkeit der Mitglieder und Ersatzmänner zu Parteien, Körperschaften oder Gruppen“ feststellte (Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 4, Satzung der Landesbauernkammer (gem. Beschlüssen vom 9. August 1920, 23. Oktober 1926 und 23. April 1930), 12f.). Zur Parlamentarisierung der Geschäftsordnung der Landesbauernkammer vgl. KIRCHINGER, Stenographische Berichte, 263–277.

Beratung und zum Abschluß zu bringen.“ Trotzdem musste Prieger um eine Lösung der organisationspolitisch motivierten Spannungen bemüht sein, was zur Demonstration von Führungsstärke unumgänglich war. Er erklärte, dass es nicht seine Absicht sei, „die Herren vom Christlichen Bauernverein irgendwie vergewaltigen zu wollen“. Er war deshalb bereit, der Forderung des BV nachzukommen und die Beschlussfassung über die Revision des neuen Gemeinderechts zu vertagen, damit sich der BV über seine Stellungnahme klar werden könne. Er bat die Repräsentanten des BV nur, das Präsidium frühzeitig von den Beschlüssen des BV in Kenntnis zu setzen. Heim wies die Bitte jedoch ab und bestand darauf, die Beschlüsse des BV frühestens im nächsten Plenum bekannt zu geben. Damit zwang er Horlacher in ein Dilemma. Einerseits wollte dieser der Vertagung der Einzeldebatte aus parteipolitischer Loyalität zustimmen, andererseits gab er als Direktor die Kostspieligkeit einer weiteren Sitzung zu bedenken. Brügel wollte sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen und Horlacher auf diesen Widerspruch hinweisen, woraufhin ihm Horlacher ausweichend und hilflos antwortete: „Wenn die Verhältnisse in der Kammer Schwierigkeiten bereiten, daran bin ich nicht schuld. Das ist mein Standpunkt als Direktor der Kammer, daß ich gezwungen bin, wenn die Staatsregierung sagt, sie braucht rasche Erledigung, dem Präsidium Vorschläge zu machen und mitzuwirken, daß das geschaffen wird.“ Heim wollte jedoch auf seinem Konfrontationskurs beharren und lehnte jeglichen Vorschlag zur konstruktiven Lösung der Spannungen ab. Resigniert stellte Paul Pausinger fest: „Wenn unsere Bauernschaft wissen würde, wie wir es machen, würde sie flammenden Protest erheben gegen die Art und Weise, wie wir arbeiten.“<sup>73</sup>

In ihrer Sitzung am 26. November 1925 drohte das Plenum der Landesbauernkammer dann völlig im Chaos zu versinken. Nachdem Gandorfer zur Demonstration seiner agrarpolitischen Kompetenz 13 handels-, steuer- und kreditpolitische Anträge ohne Rücksicht auf deren Umsetzbarkeit formuliert hatte<sup>74</sup>, sollten diese als Grundlage für eine agrarpolitische Kundgebung der Landesbauernkammer dienen – nachdem sie vom volkswirtschaftlichen Ausschuss in eine konzisere Form gebracht worden waren. Nun sahen sich aber die Vertreter des BV ihrerseits genötigt, ihre eigene agrarpolitische Kompetenz durch Zusatzanträge zu demonstrieren. Da sich die Anträge jedoch kaum unterschieden, sah Pausinger „nahezu die gleichen Anträge“ vor sich liegen. Bei der Beratung der Anträge legte sich der Ackerbauer Gandorfer zunächst mit dem Bauernvereinspolitiker und Milchbauern Balthasar Eichner an. Gandorfer warf diesem vor, als Milchbauer gegen die Gerstenpreiserhöhungen gewesen zu sein – woraufhin ihm Eichner ein zu nachlässiges Engagement für die Milchwirtschaft vorwarf. Gleich anschließend wandte sich Gandorfer Horlacher zu. Er forderte diesen zum Rücktritt von seinem Amt als Syndikus des Bayerischen

<sup>73</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 25. September 1925, 10–13.

<sup>74</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 25. September 1925, 69–73.

Mälzerbundes auf, da diese Tätigkeit seiner Ansicht nach mit den Interessen der gerstebauenden Landwirte unvereinbar war. Horlacher erkannte sehr wohl die parteipolitische Motivation hinter Gandorfers Vorstoß und reagierte gereizt: „Ich lehne es ab, mich in meiner Tätigkeit durch Herrn Gandorfer irgendwie kontrollieren zu lassen. Ob ich Syndikus des Mälzerbundes heiße oder nicht, spielt keine Rolle. Das tut nichts zur Sache. Sie können das eine nicht verhindern, daß ich meine Tätigkeit im öffentlichen Leben so ausübe, wie es mir passt.“ Mit Ausnahme der Anträge Schlittenbauers, welche allein die Gegenstimme Gandorfers erdulden mussten, wurden alle Anträge einstimmig angenommen<sup>75</sup>. Daran zeigte sich der tatsächliche agrarpolitische Konsens zwischen BV, BBB und Bayerischem Landbund jenseits der organisations- und parteipolitischen Auseinandersetzungen. Diese kamen dann bei der anschließenden Debatte um den Haushaltsvoranschlag für das Geschäftsjahr 1926/1927 umso heftiger zum Ausbruch. Nachdem Beckh (Bayerischer Landbund) den bürokratischen Apparat der Landesbauernkammer kritisiert hatte und daran appellierte, „daß man bei uns in der Landesbauernkammer vielleicht etwas vorsichtiger ist, damit die Umlage geringer und nicht von Jahr zu Jahr größer wird“<sup>76</sup>, beschwerte sich der Oberpfälzer Klier (Bayerischer Christlicher Bauernverein) bei seinem Parteifreund Horlacher, dass die Kreisbauernkammern bei der Zusammenstellung der landwirtschaftlichen Vertreter für den Landeseisenbahnrat übergangen worden seien. Klier drohte sogar damit, die Zahlungen der fest in der Hand des BV befindlichen oberpfälzischen Kreisbauernkammer an die Landesbauernkammer einzustellen<sup>77</sup>. Nachdem Horlacher Kliers Forderung nachgekommen war, meldete sich Gandorfer wieder zu Wort, um Heims LZG zum wiederholten Male die Einfuhr von Auslandsgetreide vorzuwerfen. Das Plenum der Landesbauernkammer war jedoch nicht mehr bereit, Gandorfers Agitation länger zu ertragen. Rasch wurde ihm das Wort entzogen, wobei alle sonstigen Plenarmitglieder gegen ihn standen<sup>78</sup>. Unverzüglich wurde Gandorfer jedoch als Störenfried der Sitzung abgelöst – und zwar von Heim. Entsprechend seiner Ankündigung vom 25. September hatte Heim die Anträge des BV zur Revision des Gemeinderechts weder dem Präsidium, noch dem volkswirtschaftlichen Ausschuss vorgelegt. Dadurch hatte er das Plenum der Landesbauernkammer bewusst in zeitliche Bedrängnis gebracht, da die bayerische Staatsregierung bereits auf die Stellungnahme der Landesbauernkammer wartete. Diese Situation nutzte Heim für den Versuch, das Plenum in die Aporie zu zwingen, indem er im Plenum die sofortige Abstimmung über die Anträge des BV verlangte. Eine Debatte darüber erschien angesichts der fortgeschrittenen Zeit an diesem Tag nicht mehr möglich. Gegen Heims Forderung erhob sich nun Widerspruch im Plenum. Die Annahme der Anträge hätte eine Bestätigung von Heims obstruktiver Taktik bedeutet, die Ablehnung hätte der Agitation

<sup>75</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 26. November 1925, 110–116.

<sup>76</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 26. November 1925, 120–123.

<sup>77</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 26. November 1925, 133f.

<sup>78</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 26. November 1925, 140f.

Heims gegen die in der Landesbauernkammer nun tonangebenden Gruppierungen neuen Stoff geboten. Deshalb wurden nun Stimmen laut, die eine neuerliche Plenarsitzung zur Beratung der Bauernvereinsanträge forderten, was jedoch die Wirksamkeit der Stellungnahme der Landesbauernkammer aus zeitlichen Gründen gefährdete, zumal sich andere Interessengruppen bereits zu dem Gesetzentwurf geäußert hatten. Um dieses von Heim bewusst herbeigeführte Dilemma zu überwinden, schlug Prieger ungeduldig vor, die endgültige Beschlussfassung über die Revision des Gemeinderechts dem volkswirtschaftlichen Ausschuss zu übertragen, der zu diesem Zweck durch Vertreter des BV ergänzt werden sollte. Angesichts der Kosten einer neuerlichen Plenarsitzung appellierte Horlacher an den BV, das Angebot Prieigers anzunehmen und gemeinsam mit dem volkswirtschaftlichen Ausschuss an einer Stellungnahme zur Revision des Gemeinderechts zu arbeiten. Aber Heim lehnte ab. Er wollte nicht den Anschein konstruktiver Mitarbeit erwecken und übte Obstruktion um jeden Preis. Deshalb blieb er bei seiner Forderung nach einer sofortigen Abstimmung. Da sich das Plenum aber in seiner Mehrheit vom BV nicht überrumpeln lassen wollte, beschloss es gegen die Stimmen des BV, eine neuerliche Plenarsitzung wegen der Revision des Gemeinderechts einzuberufen. Daraufhin erklärte Horlacher angesichts der gegen die Personalkosten der Landesbauernkammer geführten Vorstöße ausdrücklich, die Verantwortung für die Kosten einer neuerlichen Plenarsitzung nicht übernehmen zu wollen<sup>79</sup>.

In aller Deutlichkeit war an diesem 26. November 1925 deutlich geworden, dass in der Plenarversammlung der Landesbauernkammer hinter der üblichen Einstimmigkeit bei agrarpolitischen Beschlüssen ein undurchdringliches Gewirr von organisationsstrukturell bedingten, parteipolitisch motivierten, von den unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder der Landesbauernkammer abhängigen und persönlich begründeten Gegensätzen herrschte: Getreidebauern gegen Milchbauern, Ehrenamtliche gegen Hauptamtliche, Kreisbauernkammern gegen Landesbauernkammer, BV gegen BBB und Bayerischen Landbund – und Gandorfer gegen alle. Während die Landesbauernkammer wegen dieser sich unüberschaubar überlagernden Querelen zum Gespött der sozialdemokratischen Presse wurde<sup>80</sup>, litt auch ihre Akzeptanz bei den Bauern. Josef Rudolph (gest. 1928)<sup>81</sup>, der Präsident der unterfränkischen Kreisbauernkammer, erklärte deshalb: „Es ist eine Schmach für die Zuhörer, wenn sie sehen, wie es eigentlich in einer Organisation, die

<sup>79</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 26. November 1925, 141–144.

<sup>80</sup> In der MP vom 23./24. Oktober 1926 wurde sie hämisch als „Dunkelkammer“ bezeichnet.

<sup>81</sup> Landwirt in Arnstein (Unterfranken), katholisch, seit 1920 Mitglied der Bezirksbauernkammer Karlstadt-Arnstein und der Kreisbauernkammer Unterfranken, seit 1922 Präsident der Kreisbauernkammer Unterfranken, Mitglied des Deutschen Landwirtschaftsrates, des Landwirtschaftlichen Kreisausschusses für Unterfranken, Erster Vorsitzender des Landwirtschaftlichen Bezirksvereins Arnstein, Obmann des BV für den Bezirk Arnstein, gestorben am 1. Januar 1928. Zu Rudolph vgl. Wochenblatt des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern vom 4. Januar 1928.

zu den höchsten des Landes zählt, zugeht. [...] Es ist schade um das Geld, das die Bauernschaft dafür aufbringen muß, und noch dazu in dieser Notlage.“<sup>82</sup>

In der ersten Wahlperiode war es Heim als Präsident der Landesbauernkammer gelungen, seine agrarpolitische Autorität in einen restriktiven Führungsstil umzusetzen und die divergierenden Interessen innerhalb der Landesbauernkammer zu einer geschlossenen Außenwirkung zusammenzubinden<sup>83</sup>. Nun drohte die Landesbauernkammer unter der Verhandlungsführung des biedereren Präsidenten Prieger ins Chaos zu versinken, zumal dessen betont zur Schau getragener Wille zur Beschwichtigung des BV angesichts der Umstände, unter denen er ins Amt gekommen war, nicht überzeugen konnte. Es war Heims Autorität, die sich nach seinem Sturz zum hauptsächlichen Unruhefaktor innerhalb der Landesbauernkammer verwandelte. Der als „ungekrönter König Bayerns“<sup>84</sup> gefeierte Heim konnte sich nicht mit einer Rolle als einfaches Kammermitglied abfinden. Schließlich erkannte er jedoch, dass es die ihm entgegengebrachte Loyalität der Bauernvereinsmitglieder war, welche eine Einigung in der Landesbauernkammer verhinderte. Er fasste deshalb das Vorhaben, aus dem Plenum der Landesbauernkammer auszuschneiden<sup>85</sup>. Mit einem Brief an Horlacher erklärte er am 8. Mai 1926 seinen Austritt aus dem Plenum<sup>86</sup>.

Nun war der Weg für eine Einigung frei. Umgehend wurde Prieger von Schlittenbauer um Neuwahlen zum Präsidium und zu den Ausschüssen der Landesbauernkammer gebeten. Die Vorstandschaft des Bayerischen Landbundes war bereit, dieser Bitte zu entsprechen. Eine Änderung der bisherigen Zusammensetzung des Präsidiums wurde zwar abgelehnt, dafür sollte für den BV das Amt eines vierten Präsidenten geschaffen werden<sup>87</sup>. Nach einer geheimen Besprechung unter Vermittlung von Landwirtschaftsminister Fehr vom BBB und Finanzminister Wilhelm Krausneck (1875–1927) von der BVP wurde in der Plenarsitzung der Landesbauernkammer am 23. Oktober 1926 die Einigung gefunden. Auf Verlangen der Repräsentanten des BV wurden drei gleichberechtigte Präsidentenstellvertreter und drei gleichberechtigte Schriftführer eingeführt. Für den BV wurden Paul Baumann als Stellvertretender Präsident und Balthasar Eichner als Schriftführer in das Präsidium der Landesbauernkammer einstimmig aufgenommen. Der BV fand nun auch wieder Aufnahme in sämtliche Ausschüsse, Horlacher wurde in den volkswirtschaftlichen Ausschuss gewählt – zweifellos der zentralste Ausschuss der Plenarversammlung, da in ihm mit Brügel und Weilnböck (Bayerischer Landbund), Schlittenbauer und Kropp (BV), sowie Gandorfer (BBB)

<sup>82</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 26. November 1925, 141.

<sup>83</sup> Zu Heims Führungsstil vgl. RATJEN, Bauernkammern, 168–171.

<sup>84</sup> Frankfurter Zeitung vom 13. Oktober 1927.

<sup>85</sup> StadtA Regensburg, NL Heim 226, Heim an Schlittenbauer, 13. April 1926.

<sup>86</sup> StadtA Regensburg, NL Heim 226, Heim an Horlacher, 8. Mai 1926.

<sup>87</sup> PrivatA Hoser, Vorstandssitzung des Bayerischen Landbundes am 13. Juli 1926.

die führenden Repräsentanten der in der Landesbauernkammer vertretenen Gruppierungen saßen<sup>88</sup>.

Offen war bei Bayerischem Landbund und BBB aber immer noch die Frage des richtigen Umgangs mit Horlacher. Mit Horlacher besaß immerhin ein führender Repräsentant des BV die zentrale administrative Position im Organisationsgefüge der bayerischen Bauernkammern. Während der Bayerische Landbund dem BV bei der Neubesetzung des Präsidiums entgegenzukommen bereit war, plante die Vorstandschaft des Bayerischen Landbundes gleichzeitig, Horlachers politischen Spielraum zu beschneiden und beschloss deshalb: „Die Frage der Zurückhaltung der Beamten der Bayer. Landesbauernkammer in der Politik sowie deren mehrfache Ämter sollen später nach der Neukonstituierung der Ausschüsse erörtert werden.“<sup>89</sup> Besonders das Reichstagsmandat Horlachers war es, das nach wie vor den Unwillen des Bayerischen Landbundes erregte. Denn Horlacher konnte seine agrarpolitische Tätigkeit im Reichstag zugunsten der BVP nicht zuletzt auf die Zuarbeit des Büros der Landesbauernkammer stützen. Horlacher tat deshalb gut daran, sich nach dem Sturz Heims parteipolitisch vorsichtig zurückzuhalten und die fachliche Seite seiner Tätigkeit zu betonen. Als er am 26. November 1925 von Gandorfer auf seine Tätigkeit als Syndikus des Bayerischen Mälzerbundes angesprochen worden war, hatte er deshalb ostentativ erklärt: „Ich vermeide schon aus einer Reihe von Gründen peinlich, in meinem Büro Dinge zu erledigen, die nicht zu den Büroangelegenheiten gehören.“<sup>90</sup> Als er am 24. April 1926 seinen Rechenschaftsbericht für das abgelaufene turbulente Geschäftsjahr erstattete, betonte er, dass darin „nur die sachlichen Arbeiten der Kammer als solche berührt sind. Sie finden über andere Dinge im Rechenschaftsbericht absichtlich nichts, weil keine Veranlassung von seiten der Geschäftsleitung gegeben ist, hierzu Stellung zu nehmen. Wir haben nur unsere Aufgabe darin zu erblicken, die sachlichen Arbeiten der Kammer zu fördern und zu erledigen.“<sup>91</sup> Entgegen seinem bisher selbstbewusst zur Schau gestellten agrarpolitischen Führungsanspruch gegenüber den Mitgliedern des Plenums wirkte er nun geradezu kleinlaut und eingeschüchtert.

Als Leiter des bürokratischen Apparates der Landesbauernkammer musste sich Horlacher eines verbandsübergreifenden Misstrauens gegenüber hauptamtlichen Verbandsangestellten erwehren; als Geschäftsführer einer Institution, in der der Bayerische Landbund nach dem Sturz Heims die Führung übernommen hatte, sah er sich einer parteipolitisch motivierten Agitation des BV gegen die Landesbauernkammer gegenüber; als Angehöriger des BV hatte er sich in der Landesbauernkammer dem Misstrauen der Vertreter des Bayerischen Landbundes und des BBB zu stellen. Horlacher saß damit zwischen allen

<sup>88</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 23. Oktober 1926, 37–40.

<sup>89</sup> PrivatA Hoser, Sitzung des Bundesvorstandes des Bayerischen Landbundes am 13. Juli 1926.

<sup>90</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 26. November 1926, 111f.

<sup>91</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 24. April 1926, 2–4.

verbandspolitischen Stühlen. Gefördert durch diese personal- und organisationspolitischen Querelen stellte sich bei Horlacher eine zunehmende Desillusionierung über die Möglichkeiten landwirtschaftlicher Selbstverwaltung in Bayern ein. 1927 beklagte er sich darüber, dass die Einführung der Bauernkammern in Bayern zu spät gekommen sei, „als das Recht der Selbstverwaltung der bayerischen Landwirtschaft auf technischem Gebiete schon größtenteils illusorisch geworden war und der Spielraum der Entfaltung der landwirtschaftlichen Berufsvertretung auf technischem Gebiete durch die staatlichen Einrichtungen bis auf ein Minimum eingeeengt war“<sup>92</sup>. Statt sich der Ausdehnung der administrativen Kompetenzen der Bauernkammern zu widmen, musste sich Horlacher der von seiner eigenen Partei getragenen Versuche erwehren, im Rahmen der Staatsvereinfachung zur Sanierung des bayerischen Haushaltes die Bezirks- und Kreisbauernkammern aufzuheben<sup>93</sup>. Auch Heim forderte nun die Auflösung der Bezirks- und Kreisbauernkammern<sup>94</sup>. Schlittenbauer gab am 27. September 1929 gegenüber dem Plenum der Landesbauernkammer zu, die Aufhebung der Bezirks- und Kreisbauernkammern betrieben zu haben, da ihm „der ganze Apparat der beruflichen Vertretung der bayerischen Landwirtschaft zu groß und zu teuer“ sei<sup>95</sup>. Im Gegensatz zum BV setzte sich nun aber Gandorfer, der sich bisher für die Aufhebung der Bauernkammern ausgesprochen hatte<sup>96</sup>, für deren Erhalt ein und stellte deren Errichtung als sein eigenes „unsterbliches Verdienst“ dar<sup>97</sup>.

Arbeitsüberlastung, Enttäuschung über die administrativen Kompetenzen der Landesbauernkammer und das Misstrauen, das ihm in der Landesbauernkammer von BV, BBB und Bayerischem Landbund gleichermaßen entgegengebracht wurde, bewirkten, dass sich Horlacher immer mehr auf seine Tätigkeit als Reichstagsabgeordneter im Interesse seiner Karriere außerhalb der Landesbauernkammer konzentrierte. Seither häuften sich die Anzeichen für eine bewusste Vernachlässigung seiner Geschäfte als Direktor der Landesbauernkammer zugunsten der Reichstagsarbeit<sup>98</sup>. Am 24. April 1926 wurde er im

---

<sup>92</sup> HORLACHER, Bedeutung und Aufgaben (1927), 171f.

<sup>93</sup> Die Landesbauernkammer sollte als Gesamtinteressenvertretung der Landwirtschaft nicht angetastet werden. Zur Gefahr, die den Bauernkammern aus den Staatsvereinfachungsplänen drohte, vgl. RATJEN, Bauernkammern, 124f.; Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 24. April 1926, 5–10.

<sup>94</sup> Er begründete seine Forderung mit der Enttäuschung darüber, dass es nicht gelungen war, sie zu echten Selbstverwaltungskörperschaften zu entwickeln (BK vom 30. Januar 1929).

<sup>95</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 27. September 1929, 214f.

<sup>96</sup> BayHStA, MA 102147, Halbmonatsbericht des Regierungspräsidenten von Neuburg und Schwaben, 18. April 1921.

<sup>97</sup> Viechtacher Zeitung vom 6. Oktober 1931.

<sup>98</sup> So vernachlässigte Horlacher nach den Erinnerungen seines Mitarbeiters Heinz Haushofer nun die Pressearbeit der Landesbauernkammer (HAUSHOFER, Leben, 33), um die er sich bisher so sehr bemüht hatte. Es scheint auch, als habe Horlacher nun aufgrund seiner langwierigen Aufenthalte in Berlin zunehmend die Kontrolle über seine Mitarbeiter verloren. So konnte er es nicht verhindern, dass Heinz Haushofer, der in der Landesbauernkammer die Funktion eines persönlichen Referenten für Horlacher übernommen hatte (HAUSHOFER, Leben, 40), in nationalsozialistischen Zeitschriften publizierte. Dabei verschwieg Haushofer seinen Namen, denn er wollte nicht „als Beamter der politisch neutralen Bauernkammern mit Namen in der umstrittenen neuen Zeitschrift schreiben“ (Bibliothek der Familie Haushofer, Geologica bavarica Bd. 3, Nr. 407).

Plenum der Landesbauernkammer dafür kritisiert, dass er aufgrund „anderer Geschäfte“ die Teilnahme an einer Protestversammlung Allgäuer Landwirte abgesagt hatte. Er wurde deshalb von dem Bauernbündler Pelagius Boneberg (geb. 1875)<sup>99</sup> gewarnt, man habe es im Allgäu nicht „verstanden, daß der Direktor selbst nicht kommen kann“. Horlacher rechtfertigte sich damit, dass er an diesem Tag im Steuerausschuss des Reichstages im Interesse der Landwirtschaft tätig sein hatte müssen. Horlacher betonte, „daß man zugunsten der Landwirtschaft im deutschen Reichstag nie etwas erreichen kann, wenn man nicht in zäher, nicht nachlassender Arbeit beinahe Tag und Nacht den Dingen nachgeht“. Beleidigt stellte er deshalb fest: „Ich darf aber doch bei dieser Gelegenheit bemerken, daß im Reichstag eine Reihe von Direktoren der Landwirtschaftskammern und Beamte derselben sitzen, die ein schöneres Leben haben wie ich, denn sie sind grundsätzlich, während sie im Reichstage sind, ohne Rücksicht auf die Zusammensetzung der Kammer, von ihren Dienstplichten suspendiert. Das will ich ja nicht beanspruchen; ich halte es auch nicht für richtig, aber ich stehe auf dem Standpunkt, daß man die Wahl haben muß, und daß, wenn wichtige landwirtschaftliche Belange miteinander kollidieren, man sich für die wichtigste einsetzt.“<sup>100</sup> Damit hatte er sich in aller Öffentlichkeit dafür entschieden, seiner agrarpolitischen Tätigkeit im Reichstag den Vorzug vor seiner Tätigkeit als Geschäftsführer der Landesbauernkammer zu gewähren.

Während Gandorfer die Bezirks- und Kreisbauernkammern gegen die Kritik des BV verteidigte, konzentrierte er sich immer mehr darauf, Horlacher persönlich anzugreifen<sup>101</sup> – wofür ein Vorfall aus der Plenarsitzung der Landesbauernkammer am 12. Februar 1927 sehr bezeichnend ist. Horlacher wurde von Gandorfer dafür verantwortlich gemacht, dass ein Antrag der Kreisbauernkammer Niederbayern bezüglich der Hochwasserschäden von der Landesbauernkammer nicht beachtet worden war. Horlacher lehnte jede Verantwortung dafür ab, da er zum fraglichen Zeitpunkt in Urlaub gewesen war, wodurch er Gandorfer die Gelegenheit bot, seine Angriffe zu einer organisationspolitischen Kritik an der hauptamtlichen Stellung Horlachers auszubauen: „Direktor Dr. Horlacher ist Bureauvorstand“ – so Gandorfer – „und wenn er auch ab und zu in Urlaub ist oder wenn er ab und zu verpflichtet ist, als Reichstagsmitglied im Reichstage zu erscheinen, so muß er sich doch erkundigen, wie die Arbeiten vor sich gegangen sind.“ Von einem geradezu fanatischen Hass auf Horlacher getrieben, reagierte Gandorfer auf die vorsichtigen Beschwichtigungsversuche Priegers uneinsichtig und unwirsch: „Das ist meine Auffassung. Ich kann meine Auffassung so zum

<sup>99</sup> Landwirt, katholisch, geboren am 7. Juni 1875 in Bühl (Bezirksamt Kempten), Teilnahme am Ersten Weltkrieg, Mitglied der Kreisbauernkammer Schwaben und der Bayerischen Landesbauernkammer, Ökonomierat, 1928 bis 1932 MdL für den BBB. Zu Boneberg vgl. LILLA, Landtag, 312.

<sup>100</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 24. April 1926, 23f.

<sup>101</sup> „In neuester Zeit“ – so ein pseudonymer Autor aus dem Umfeld der BVP im Jahr 1926 – „geht insbesondere Gandorfer auch dazu über, den Reichstagsabgeordneten Dr. Horlacher mit allen Mitteln herabzusetzen“ (WAHRMUND, Landwirtschaft, 60).



Ausdruck bringen, wie ich sie zum Ausdruck bringen will. Ich habe nichts hinzuzusetzen. Meinetwegen können Sie die Dinge weiter behandeln, wie Sie wollen. Ich habe Ihnen Kenntnis gegeben, und mir ist es ganz einerlei, wie Sie die Dinge behandeln.“<sup>102</sup> Am Verhalten Priegers zeigte sich jedoch deutlich, dass die Koalition zwischen dem radikalen Bauernbundsflügel um Gandorfer und dem Bayerischen Landbund brüchig geworden war. Prieger war nicht zuletzt durch Gandorfers Angriffe auf Horlacher gezwungen, sich hinter diesen zu stellen. Prieger konnte die dauernden Invektiven eines Mitglieds der Landesbauernkammer gegen deren Geschäftsführer im Interesse des Ansehens der gesetzlichen Berufsvertretung der Landwirtschaft in Bayern nicht dulden.

Horlacher war mit der Zusammenarbeit mit Prieger durchaus zufrieden<sup>103</sup>. Im Vergleich zu Heim, der nach den Erinnerungen des oberpfälzischen Bauernvereinsdirektors Klier „sofort überall diktatorisch eingreifen“ wollte<sup>104</sup>, war Prieger für Horlacher ein leicht zu beeinflussender Vorgesetzter. Dabei geriet der vorsichtig taktierende und biedere Prieger zunehmend in die Abhängigkeit von Horlachers wirtschaftspolitischer Kompetenz. Prieger wartete deshalb oft ungeduldig auf Horlachers agrarpolitische Stellungnahmen<sup>105</sup>. Prieger hatte die souveräne Beherrschung des bürokratischen Apparates der Landesbauernkammer durch Horlacher immer mehr zu schätzen gelernt. Ausdrücklich sprach er Horlacher deshalb am 28. November 1930 seinen Dank aus: „Nur, wer weiß, wie unter den heutigen Verhältnissen in Berlin gearbeitet werden muß, wo die Gesetze und Verordnungen durch die Reichsregierung oft ganz plötzlich nach Bayern kommen und durch unsere Regierung oder andere Organe an die Landesbauernkammer gelangen, nur der weiß, was es heißt, oft innerhalb 24 Stunden zu Gesetzesvorlagen oder zu Verordnungen Stellung zu nehmen, Dinge, die gar oft nicht leicht sind und die die Landesbauernkammer, speziell das Präsidium und die Geschäftsführung in die schwerste Verantwortung bringen.“<sup>106</sup> Nachdem Horlacher von den Nationalsozialisten als Direktor der Landesbauernkammer im Mai 1933 ausgeschaltet worden war, blickte Prieger in einem privaten Schreiben dankbar auf die Zusammenarbeit mit Horlacher zurück. Er dankte seinem Geschäftsführer „für die fruchtbringende Unterstützung und Arbeit, mit der Sie sich für meine Tätigkeit als Präsident der L.B.K. jederzeit eingesetzt haben, wodurch sich ein Vertrauensverhältnis herausgebildet hat, welches während 8 Jahren ein reibungsloses und angenehmes Zusammenarbeiten ermöglicht hat“<sup>107</sup>.

<sup>102</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 12. Februar 1927, 97–99.

<sup>103</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 4, Sitzung am 28. November 1930, 21.

<sup>104</sup> KLIER, Tagebuch, 57.

<sup>105</sup> ACDP, NL Horlacher I-129-002, Prieger an Horlacher, 6. März 1933.

<sup>106</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 4, Sitzung am 28. November 1930, 31.

<sup>107</sup> BayHStA, NL Horlacher 1.2, Prieger an Horlacher, 4. Mai 1933 (Abschrift).

#### 4. Im Kampf für die Wiedereinführung der Agrarzölle

Während Horlachers Legitimation als landwirtschaftlicher Interessenvertreter durch die organisationspolitischen Querelen nach dem Sturz Heims geschwächt war, stand mit der Wiedereinführung der Agrarzölle eine der für die Zukunft der landwirtschaftlichen Preisentwicklung wichtigsten Fragen auf der Tagesordnung der Reichspolitik. Nachdem sich die Inflation zunächst nicht ungünstig auf die Landwirtschaft ausgewirkt hatte, da sie von der Entwicklung der Nahrungsmittelpreise angeführt wurde und die Bauern deshalb in der Lage waren, Kriegsschäden zu beseitigen und alte Schulden abzubauen<sup>108</sup>, führte die Stabilisierung der Währung im Dezember 1923 zu einer schweren Agrarkrise. Nahrungsmittel konnten ungehindert in das Deutsche Reich einströmen, da die Inflation als natürlicher Schutz vor Nahrungsmiteleinfuhren weggefallen war. Verschärfend kam hinzu, dass für die Landwirtschaft immer noch die zu Beginn des Ersten Weltkrieges verordnete Aufhebung der Zollschränken galt, während die Kaufkraft der Bevölkerung durch die Währungsstabilisierung geschwächt war<sup>109</sup>. Der Weizenpreis stand 30 Prozent unter Vorkriegsniveau, der Kartoffelpreis 50 Prozent darunter, Preisrückgänge stellte Horlacher auch bei den Großviehpreisen fest<sup>110</sup>. Dagegen war die Industrie bereits wieder durch Zölle geschützt, was nach dem Auslaufen der einseitigen Meistbegünstigung, die dem Deutschen Reich im Versailler Friedensvertrag bis zum 10. Januar 1925 auferlegt worden war, eine Steigerung der landwirtschaftlichen Betriebsmittelpreise erwarten ließ<sup>111</sup>.

Die Agrarkrise wurde durch die Steuerpolitik der Reichsregierung noch verschärft. Zur Stabilisierung der Währung hatte sich die Reichsregierung bereits unter Reichskanzler Stresemann gezwungen gesehen, die Bezahlung der Steuern auf Goldmark umzustellen, während für landwirtschaftliche Produkte nach wie vor in wertloser Papiermark bezahlt wurde<sup>112</sup>. Hinzu kam seit Herbst 1923 die Belastung der Landwirtschaft mit den Rentenbankgrundschuldzinsen, womit landwirtschaftlicher Grund und Boden neben industriellem und gewerblichem Besitz belastet wurde, um die Währung mit Hilfe der so genannten Rentenmark zu stützen<sup>113</sup>. Unter dem Zentrumskanzler Wilhelm Marx (1863–1946) sollten dann zwei Steuernotverordnungen vom 7. Dezember 1923 und 19. Dezember

<sup>108</sup> Zur Lage der Landwirtschaft während der Inflation vgl. BERGMANN, Bauernbund, 193f.; SCHUMACHER, Thesen, 215–217; PFLEIDERER, Prinzip, 72–74; BECKER, Handlungsspielräume, 127–131; BOELCKE, Wandlungen, 519–521.

<sup>109</sup> Zu den Auswirkungen der Währungsstabilisierung auf die Landwirtschaft vgl. BECKMANN, Beziehungen, 31–36; STEGMANN, Zoll- und Handelspolitik, 499–501.

<sup>110</sup> HORLACHER, Erhaltung (1924), 15f.

<sup>111</sup> Vgl. BECKER, Handlungsspielräume, 149–151; PANZER, Ringen, 1–7.

<sup>112</sup> Zur so genannten „Auguststeuergesetzgebung“ vgl. SCHUMACHER, Land, 276f.; BERGMANN, Bauernbund, 208–210.

<sup>113</sup> Nicht zuletzt sollten die Rentenbankgrundschuldzinsen dazu beitragen, dass die Landwirtschaft selbst mit wertbeständigen Krediten versorgt werden konnte. Zur Rentenbankgrundschuld vgl. NELL-BREUNING, Deutsche Rentenbank, 861–864.

1923 die fiskalische Wirksamkeit der Steuern wiederherstellen. Dabei wurde die individuelle Leistungsfähigkeit der Steuerzahler nicht berücksichtigt und diese durch eine Vielzahl von Fälligkeitsterminen in fast ununterbrochener Abfolge belastet<sup>114</sup>. Insgesamt bewirkte die Steuerpolitik der Reichsregierung eine Vervierfachung der bisher sehr niedrigen Steuerbelastung der Landwirtschaft<sup>115</sup>. In Verbindung damit führten die sinkenden Agrarpreise dazu, dass im Wirtschaftsjahr 1924/1925 nur etwa die Hälfte der landwirtschaftlichen Betriebe einen Reinertrag abwarf<sup>116</sup>.

Um auf die Notlage der Landwirtschaft aufmerksam zu machen, veranstaltete die Landesbauernkammer im großen Saal des Münchner Hofbräuhauses am 30. Januar 1924 eine Aufklärungsversammlung, die Horlacher zu einer eindrucksvollen Kundgebung zu gestalten verstand. Die MAAZ berichtete: „In einer eindrucksvollen, riesigen Aufklärungsversammlung im Hofbräusaal, der die Erschienenen nicht zu fassen vermochte, entrollte im Anschluss an die Tagung der Landesbauernkammer deren Direktor Abgeordneter Horlacher für die Öffentlichkeit ein anschauliches Bild von der Agrarkrise und trat, wiederholt von lebhaften Zustimmungskundgebungen unterbrochen, nachdrücklich für die in der Kundgebung der Landesbauernkammer aufgestellten Forderungen ein.“<sup>117</sup> Sogar *Der Bündler* sprach lobend von Horlachers „eindrucksvollen Ausführungen“<sup>118</sup>. Horlacher erhob die „Erhaltung der Landwirtschaft“ zur „Lebensfrage für das deutsche Volk“<sup>119</sup>. Deshalb plädierte er für die Wiedereinführung von Agrarzöllen in einer Wirtschaftsordnung, die sich „von allen internationalen Einflüssen freimachen“ müsse<sup>120</sup>. Dabei nahm er die steuerlichen Vorleistungen der Landwirtschaft für die geglückte Stabilisierung der Währung zum Anlass, die Reichsregierung für die Wiedereinführung der Agrarzölle und die steuerliche Entlastung der Landwirtschaft in die Pflicht zu nehmen<sup>121</sup>. Auf eine nachdrücklich vorgebrachte Anregung Heims hin entschied sich das Plenum der Landesbauernkammer, Horlachers Ausführungen zu publizieren und zu verbreiten. Als sich im Plenum wegen der Druckkosten Widerstand dagegen erhob, wischte Heim die Einwände weg, indem er daran erinnerte: „Es wäre doch schade, wenn der Vortrag und insbesondere auch die Lichtbilder so kurzer Hand vergessen würden.“<sup>122</sup> Horlachers Ausführungen fanden dadurch eine weite Verbreitung. Heim trug damit dazu bei, Horlacher reichsweite Bekanntheit als Agrarpolitiker zu verschaffen, zumal die von Horlacher bestrittene Kundgebung eine der ersten war, welche

<sup>114</sup> Zu diesen Steuernotverordnungen vgl. BECKER, Handlungsspielräume, 210–218.

<sup>115</sup> Zur steuerlichen Belastung der Landwirtschaft seit der Inflation vgl. KLUGE, Agrarwirtschaft, 20; BECKER, Handlungsspielräume, 218–233.

<sup>116</sup> Vgl. BOELCKE, Wandlungen, 506.

<sup>117</sup> MAAZ vom 31. Januar 1924.

<sup>118</sup> *Der Bündler* vom 3. Februar 1924.

<sup>119</sup> HORLACHER, *Erhaltung* (1924), 3.

<sup>120</sup> HORLACHER, *Erhaltung* (1924), 5.

<sup>121</sup> HORLACHER, *Erhaltung* (1924), 23–34.

<sup>122</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 30. Januar 1924, 328.

sich die Wiedereinführung der Agrarzölle zum Ziel gesetzt hatten<sup>123</sup>. Daraufhin wurde er eingeladen, seine zollpolitischen Ausführungen vor dem Plenum des Deutschen Landwirtschaftsrates im April 1924 zu wiederholen. Sie wurden dann zur Grundlage eines einstimmigen Beschlusses gemacht<sup>124</sup>. Damit hatte Horlacher die Generalprobe für seinen Wechsel in die Reichspolitik bestanden. Denn die Beschlüsse des Deutschen Landwirtschaftsrates galten als repräsentativ für die gesamte deutsche Landwirtschaft<sup>125</sup>.

Vor der Wiedereinführung der Agrarzölle war jedoch eine Steuerreform zu bewältigen. Denn die Wiedereinführung der Agrarzölle war von Reichskanzler Marx an steuer- und sozialpolitische Maßnahmen gebunden worden, welche der Entlastung der durch solche handelspolitischen Maßnahmen belasteten Verbraucher dienen sollten<sup>126</sup>. Während Horlacher im Sommer und Herbst 1923 noch eine obstruktive Fundamentalopposition gegen die Steuerpolitik des sozialdemokratischen Reichsfinanzministers Rudolf Hilferding (1877–1941) an den Tag gelegt und damit die Radikalisierung der innenpolitischen Lage in Kauf genommen hatte<sup>127</sup>, schien es ihm deshalb nicht mehr opportun, derart gegen die Steuerpolitik zu opponieren. Er beklagte zwar die „steuerliche Überlastung“ der Landwirtschaft, riet dem Plenum der Landesbauernkammer am 7. Oktober 1924 jedoch davon ab, „wie es teilweise auf dem Lande verlangt wird – eine Reform des ganzen Systems“ zu betreiben. Statt einer langwierigen Totalrevision forderte er „eine Reform an den bestehenden Gesetzen insoweit durchzusetzen, daß steuerliche Erleichterungen für die Landwirtschaft für die nächste Zeit eintreten können“<sup>128</sup>. Hatte Horlacher die Steuersabotage aus politischen Gründen ehemals selbst forciert, so riet er nun zur Besonnenheit und versuchte den wirtschaftlich motivierten Selbsthilfeaktionen gegen die Finanzämter auf dem Land einen Riegel vorzuschieben<sup>129</sup>.

Gerade als Steuerexperte der Reichstagsfraktion der BVP<sup>130</sup> konnte Horlacher agrarpolitische Forderungen aber nicht ohne Rücksicht auf die damit nicht immer in Übereinstimmung zu bringenden föderalistischen Forderungen der BVP und der bayerischen Staatsregierung vertreten. Während die Landesbauernkammer von Horlacher den Einsatz für Steuerentlastungen und Agrarzölle erwartete, sollte er sich nach Ansicht der BVP und der bayerischen Staatsregierung für die Wiederherstellung der Finanzhoheit im Rahmen einer umfassenden föderalistischen Revision der Weimarer Verfassung einsetzen<sup>131</sup>. Vordergründig ließen sich diese verschiedenen Erwartungen aber verbinden. Denn seit der Erzberger'schen

<sup>123</sup> Vgl. RATJEN, Bauernkammern, 57.

<sup>124</sup> Archiv des Deutschen Landwirtschaftsrats 42 (1925), 140f.

<sup>125</sup> Vgl. KRETSCHMAR, Agrarprogramme, 38–40.

<sup>126</sup> Vgl. BECKER, Handlungsspielräume, 338f.

<sup>127</sup> Vgl. Kapitel IV.8.

<sup>128</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 7. Oktober 1924, 409.

<sup>129</sup> Zu den steuerlichen Selbsthilfeaktionen der Bauern vgl. BERGMANN, Bauernbund, 216.

<sup>130</sup> Horlacher war Sachreferent der Reichstagsfraktion für Steuerfragen (BayHStA, Slg Personen 4839, Horlacher an Friedrich Josef Maria Rehse, 16. Juni 1926).

<sup>131</sup> Zu den Bemühungen der bayerischen Staatsregierung, die bayerische Finanzhoheit wiederherzustellen, vgl. MENGES, Reichsreform, 28–36.

Finanzreform 1919/1920 – als die Finanzhoheit der Länder abgeschafft worden war – hatten die Länder zur Deckung ihrer Ausgaben verstärkt auf das ihnen allein noch zur Verfügung stehende Mittel der Grundsteuer zurückgreifen müssen<sup>132</sup>. Die Wiederherstellung der Finanzhoheit der Länder hätte eine steuerliche Entlastung der Landwirtschaft von der Grundsteuer nach sich gezogen. Deshalb konnte Horlacher aus agrarpolitischen Gründen bedenkenlos in die auf die staatlichen Traditionen Bayerns pochende Phraseologie der BVP einstimmen und die Wiederherstellung der bayerischen Finanzhoheit fordern, wie er es im Wirtschaftsausschuss des bayerischen Landtages am 7. Februar 1924 getan hatte: „Die Wiederherstellung der eigenen Finanzhoheit schalte den in Bayern unbeliebten Weg über Berlin aus, gebe dem Staate wieder selbständige Bewegung und Entscheidung, auch den Gemeinden und Kreisen ein gebührendes Maß der Verantwortung und erlaube eine Vereinfachung des staatlichen Apparates.“<sup>133</sup> In seiner Erstlingsrede im Reichstag forderte er deshalb am 5. Mai 1925, „das wieder herzustellen, was uns seit dem Umsturz an Selbständigkeit hinweggenommen worden ist“ und brachte diese Forderung mit der Klage über die Besitzsteuerbelastung der Landwirtschaft in Verbindung. Dabei bemühte er sich darum, die landwirtschaftlichen Interessen mit den Forderungen der bayerischen Staatsregierung in Einklang zu bringen. Deshalb forderte er die Beibehaltung des Reichsratskompromisses, wonach 90 Prozent der Einkommensteuer und 30 Prozent der Umsatzsteuer den Ländern überwiesen werden sollten<sup>134</sup>. Auf dieser Grundlage konnte er ohne Gefährdung für die finanzielle Handlungsfähigkeit Bayerns die Forderung nach völliger Abschaffung der Umsatzsteuer erheben. Dadurch wollte er die Belastung für den Verbrauch inländischer Agrarprodukte beseitigen, die dadurch entstanden war, dass Lebensmittelimporte von der Umsatzsteuer befreit waren<sup>135</sup>. Einen labilen Ausgleich zwischen agrarischen und bayerisch-föderalistischen Interessen fand er auch bei seinen Vorschlägen zur Gestaltung der Einkommensteuer. Während er die Entlastung der Landwirtschaft durch eine individuelle steuerliche Veranlagung forderte, verlangte er gleichzeitig eine stärkere steuerliche Belastung der nichtselbständigen Einkommen, um das Steueraufkommen insgesamt nicht zu beeinträchtigen<sup>136</sup>. Eine geringe Änderung in Horlachers fein austariertem Forderungskatalog musste diesen zum Einsturz bringen. Ob Horlacher die prekäre Position zwischen der Befriedigung agrarischer Wünsche und der Erfüllung der Erwartungen der BVP an eine

---

<sup>132</sup> Die Landes- und Kommunalsteuern hatten seitdem eine zunehmende Bedeutung für die steuerliche Belastung der Landwirtschaft erhalten (vgl. BECKER, Handlungsspielräume, 246f.). Auch Horlacher beklagte im Reichstag die Belastung der Landwirtschaft durch Landessteuern (Grundsteuer, Hauszinssteuer), die etwa die Hälfte der steuerlichen Gesamtbelastung der Landwirtschaft ausmachten (Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 385, Sitzung am 5. Mai 1925, 1583). Zu den Folgen von Erzbergers Finanzreform für die staatlichen Finanzen Bayerns vgl. MENGES, Reichsreform, 184–228.

<sup>133</sup> BayHStA, Bayerischer Landtag, Ausschuß für Aufgaben wirtschaftlicher Art, Sitzung am 7. Februar 1924.

<sup>134</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 385, Sitzung am 5. Mai 1925, 1584.

<sup>135</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 385, Sitzung am 5. Mai 1925, 1588.

<sup>136</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 385, Sitzung am 5. Mai 1925, 1584f.

staatsloyale Haltung scheute – jedenfalls ließ sich Horlacher regelmäßig im Steuerausschuss vertreten, als der Länderfinanzausgleich im Steuerausschuss des Reichstages beraten wurde<sup>137</sup>, obwohl Horlacher ordentliches Mitglied des Steuerausschusses war. Im Plenum der Bayerischen Landesbauernkammer konnte er jedenfalls nicht unbedingt auf breite Akzeptanz für die finanziellen Interessen des bayerischen Staates hoffen. Als sich Horlachers Parteifreund Kropp im Plenum der Landesbauernkammer am 9. Juni 1925 anlässlich eines steuerpolitischen Referates über die finanzpolitische Behandlung Bayerns durch das Reich beklagte und die Kritik an der steuerlichen Belastung der Landwirtschaft dabei völlig in den Hintergrund geriet, musste er sich als Antwort von Horlachers Stellvertreter Wittwer gefallen lassen: „[...] wichtiger als ‚das staatliche Eigenleben der Länder‘ ist uns und ist der Landwirtschaft doch das Eigenleben des einzelnen Bauern. Infolgedessen kam es mir weniger auf die Betonung der politischen Seite an als vielmehr auf die Betonung der Tatsache, daß die Überbesteuerung durch Landes- und Reichssteuern untragbar ist.“<sup>138</sup>

Da die Reichsregierung die Wiedereinführung der Agrarzölle an die vorherige Steuerreform gekoppelt hatte, bestand Horlachers Ziel nicht zuletzt darin, die Stabilität der Reichsregierung über die Verabschiedung der Steuerreform hinaus zu gewährleisten. Wie sehr Horlacher an der Stabilität der Regierung interessiert war, zeigte sich insbesondere in der Frage der Erhöhung der Biersteuer. Diese indirekte Steuer stellte für Bayern eine heikle Angelegenheit dar, da die Brauindustrie laut Horlacher „im Süden Deutschlands, besonders natürlich in Bayern, den Mittelpunkt des gesamten dortigen geschäftlichen Lebens“ bildete<sup>139</sup>, also agrarische, industrielle und fiskalische Interessen in diesem Punkt übereinstimmten und auf eine breite emotionale Basis in der Bevölkerung bauen konnten<sup>140</sup>. Während Horlacher in Bayern gegen die Erhöhung der Biersteuer agitierte, legte er im Steuerausschuss eine kompromissbereite Haltung an den Tag<sup>141</sup>. Wegen seiner Zustimmung zur Biersteuererhöhung wurde Horlacher vom BBB heftig angegriffen und musste deshalb von Kropp im *Neuen Münchener Tagblatt* verteidigt werden, weshalb dieser eine detaillierte Schilderung von Horlachers Verhalten im Steuerausschuss lieferte: Horlachers Aufgabe habe darin bestanden, die geplante Verdoppelung der Biersteuer zu verhindern, einer Erhöhung um 30 Prozent jedoch zuzustimmen. Denn die BVP wollte nicht auf die Zahlung einer Ausgleichssumme an Bayern verzichten, die mit der Erhöhung der Biersteuer verbunden war.

<sup>137</sup> Horlacher war als ordentliches Mitglied des Steuerausschusses des Reichstages während der dritten Wahlperiode nur bei 49 der insgesamt 122 Ausschusssitzungen anwesend. Vgl. die Bekanntmachungen der Fraktion der BVP über den Wechsel der ordentlichen Mitglieder des Steuerausschusses in: BA Berlin, R101/1514; R101/1515; R101/1516; R101/1518.

<sup>138</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 9. Juni 1925, 32f.

<sup>139</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 385, Sitzung am 5. Mai 1925, 1587.

<sup>140</sup> Zur Emotionalität bierpolitischer Konflikte in Bayern vgl. SPECKLE, Streit.

<sup>141</sup> Dabei habe Horlacher, so Heim in einem enttäuschten Brief an Melchner, „am 5. Juni in der Löwenbräukellerversammlung stark gepoltert gegen die Biersteuer und versprochen, daß er mit aller Kraft dahin arbeiten wolle, daß sie fällt“ (zit. nach StadtA Regensburg, NL Heim 2608, Heim an Horlacher, 6. Juni 1925).

Da diese jedoch im Steuerausschuss mit den Stimmen der sozialistischen Parteien und der Regierungsparteien DDP und Wirtschaftliche Vereinigung – der der BBB angehörte – abgelehnt worden sei, habe der Reichsfinanzminister mit dem Rücktritt des Reichskabinetts gedroht, was die rasche Wiedereinführung der Agrarzölle fragwürdig werden ließ. Während Fehr nur unter massivem Druck der anderen Koalitionspartner zu bewegen gewesen sei, der Biersteuererhöhung zuzustimmen, habe sich Horlacher bereiterklärt, einer 50prozentigen Erhöhung zuzustimmen, wenn nur die Vergünstigungen für Bayern – Befreiung der Hausbrauer von der Biersteuer, Schonung von kleinen und mittleren Brauereien, Zahlung einer Ausgleichssumme von 15 Millionen Mark – erhalten blieben. In den Beratungen im Steuerausschuss sei es dann „in der Hand Dr. Horlachers“ gelegen, die Biersteuer unter der vollen Wahrung der Vergünstigungen für Bayern nur um 30 Prozent anzuheben<sup>142</sup>.

Insgesamt stellte die Steuerreform eine bedeutende Steuerentlastung für die Landwirtschaft dar. Neben der Senkung des Einkommensteuertarifs und einer Verminderung der Umsatzsteuer und anderer Verbrauchssteuern brachte sie vor allem die steuerliche Bewertung des landwirtschaftlichen Vermögens nach dem Ertragswert<sup>143</sup>. Während die BVP mit der Erhöhung des Länderanteils an der Umsatzsteuer als Ausgleich für die Verminderung des Länderanteils an der Einkommensteuer auf 75 Prozent nicht zufrieden war<sup>144</sup>, waren Horlachers steuerpolitische Forderungen zugunsten der Landwirtschaft aber weitgehend erfüllt. Er war mit den Steuererleichterungen zufrieden. Er erkannte an, dass die Steuerreform „bis zu einem gewissen Grade eine starke Senkung und einen Angleich an die Steuerkraft der deutschen Wirtschaft“ gebracht habe<sup>145</sup>. Horlacher stimmte deshalb am 7. August 1925 mit den anderen Reichstagsabgeordneten der BVP und des BBB für den Länderfinanzausgleich und die Steuerreform<sup>146</sup>. Tatsächlich war die Landwirtschaft seitdem für die Finanzierung der Reichsausgaben zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken<sup>147</sup>, wessen sich auch die Vereinigung der deutschen Bauernvereine bewusst war. Als diese weitere steuerliche Entlastungen zur „Existenzfrage“ für die Landwirtschaft erhob, gab sie zu bedenken, dass das landwirtschaftliche Steueraufkommen für die Staatskasse ohnehin „relativ gleichgültig“ sei<sup>148</sup>.

Nach der erfolgreichen Verabschiedung der Steuerreform konnte die Wiedereinführung der Agrarzölle zum Abschluss gebracht werden. Während die Repräsentanten von Landwirtschaft und Industrie im Interesse der Entlastung der Wirtschaft

<sup>142</sup> Neues Münchener Tagblatt vom 5. Oktober 1925.

<sup>143</sup> Zur Steuerreform von 1925 vgl. BECKER, Handlungsspielräume, 233–241.

<sup>144</sup> Vgl. SCHÖNHOFEN, Bayerische Volkspartei, 165; MENGES, Reichsreform, 335f.

<sup>145</sup> HORLACHER, Reichshaushalt (10. März 1927), 67.

<sup>146</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 387, Sitzung am 7. August 1925, 4236–4245.

<sup>147</sup> Vgl. BECKER, Handlungsspielräume, 241–249.

<sup>148</sup> JACOBS, Materialien, 47. Während die steuerliche Belastung der Landwirtschaft seit 1925 tatsächlich konstant blieb, wurde sie mit den zunehmenden wirtschaftlichen Problemen der Landwirtschaft seit 1928 als immer drückender empfunden. Vgl. BECKER, Handlungsspielräume, 248.

bei der Steuerreform eine einheitliche Front gegenüber den Forderungen der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien gebildet hatten<sup>149</sup>, sahen sich die landwirtschaftlichen Reichstagsabgeordneten während der Debatten um die Wiedereinführung der Agrarzölle der Gefahr eines Zusammengehens von Industrie und Gewerkschaften gegenüber. Die bürgerlichen Parteien, welche das seit Jahresbeginn 1925 amtierende Kabinett des parteilosen Reichskanzlers Hans Luther unterstützten, waren in der Frage der Agrarzölle gespalten. Die Vertreter industrieller Interessen, die in DDP und DVP die Mehrheit und in der DNVP eine starke Minderheit darstellten und zu denen Reichskanzler Luther und Außenminister Stresemann zählten, waren nicht bereit, die Exportinteressen der Industrie zugunsten des Schutzes der Landwirtschaft zu gefährden<sup>150</sup>. Im Zentrum stemmten sich die Gewerkschaftsvertreter gegen die Erhöhung der Lebenshaltungskosten durch Agrarzölle<sup>151</sup>. Am 19. Mai 1925 stellte Luther der Öffentlichkeit die so genannte Kleine Zolltarifnovelle vor. Sie brachte die erhoffte zollpolitische Gleichbehandlung mit der Industrie nicht. Stattdessen sah sie für die Landwirtschaft nur mäßige Erziehungszölle vor<sup>152</sup>. Horlacher gab sich im Plenum des Reichstages jedoch zuversichtlich, dass noch Nachbesserungen im Sinne der Landwirtschaft möglich sein würden. An die Reichsregierung richtete er den dringenden Appell, sich angesichts der weltweiten Einführung von Schutzzöllen eine „Zollrüstung“ anzulegen, denn „wir sind rings umschlossen von Leuten, die uns nicht freundlich gegenüberstehen“<sup>153</sup>. Die steuerpolitischen Kompromisse, die er angesichts der erwarteten Wiedereinführung der Agrarzölle einzugehen bereit war, erschienen ohne zollpolitische Gleichberechtigung mit der Industrie wertlos. Deshalb drohte er im handelspolitischen Ausschuss des Deutschen Landwirtschaftsrates damit, den Sturz der Reichsregierung herbeiführen zu wollen. Wenn sie, so Horlacher, „zu schwach sei, hier eine Wendung herbeizuführen, so würde sie einfach beseitigt werden“<sup>154</sup>.

Dabei mag diese obstruktive Phraseologie in der ständigen Beobachtung durch den BBB begründet sein, der Horlachers Verhalten genau auf vermeintliche oder tatsächliche Fehler untersuchte<sup>155</sup>. Trotzdem war Horlacher mit der Kleinen Zolltarifnovelle wegen der vorenthaltenen zollpolitischen Gleichbehandlung der Landwirtschaft mit der Industrie

<sup>149</sup> Vgl. BECKER, Handlungsspielräume, 235.

<sup>150</sup> Dabei bestand innerhalb der deutschen Industrie eine Bandbreite von der auf den Binnenmarkt orientierten Schwerindustrie, welche zum Entgegenkommen gegenüber den handelspolitischen Forderungen der deutschen Landwirtschaft bereit war, bis hin zur stark vom Export abhängigen Elektro- und Chemieindustrie, welche den Schutz der Landwirtschaft strikt ablehnte. Vgl. STEGMANN, Zoll- und Handelspolitik, 499–513.

<sup>151</sup> Zu den handelspolitischen Interessenlagen in der Regierung Luther I vgl. PANZER, Ringen, 24–51; STÜRMER, Koalition, 98–107; RICHTER, Deutsche Volkspartei, 390–407.

<sup>152</sup> Zur Entstehungsgeschichte der Kleinen Zolltarifnovelle von 1925 vgl. STÜRMER, Koalition, 98–107; RUPPERT, Dienst, 152–158; BECKER, Handlungsspielräume, 316–337; PANZER, Ringen, 24–52.

<sup>153</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 386, Sitzung am 24. Juni 1925, 2602–2606.

<sup>154</sup> BA Berlin, R8073/47, Sitzung des handelspolitischen Ausschusses des Deutschen Landwirtschaftsrates am 14. Juli 1925.

<sup>155</sup> Gandorfer warf der BVP vor dem Plenum der Landesbauernkammer vor, sich zu stark für die Industriezölle eingesetzt zu haben (Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 9. Juni 1925, 23).



tatsächlich unzufrieden. Für Horlacher war die Landwirtschaft der „unterlegene Teil“<sup>156</sup>. Aber gegen den Widerstand des Zentrums, dessen Handlungsspielraum durch eine gezielt gegen die Gewerkschaftsvertreter im Zentrum gerichtete Agitation der SPD eingeengt war, ließen sich weder die zollpolitische Gleichbehandlung mit der Industrie noch die Absicherung der Agrarzölle als Mindestzölle durchsetzen<sup>157</sup>. Um vor der Sommerpause überhaupt noch zu einer Regelung der Agrarzölle zu kommen und damit der Vorversorgung des deutschen Marktes mit Lebensmitteleinfuhren vorzubeugen, mussten die Repräsentanten der Landwirtschaft die von den Vertretern der industriellen Unternehmer und der Gewerkschaften gleichermaßen forcierte zollpolitische Bevorzugung der Industrie akzeptieren<sup>158</sup>. Letztlich war Horlacher nicht bereit, die Wiedereinführung der Agrarzölle an der fehlenden Parität mit der Industrie scheitern zu lassen. Außerparlamentarisch vorgebrachte Drohungen beschränkten die Möglichkeit von Kompromissen, die hinter verschlossenen Türen ausgehandelt wurden, nicht. Die Neuregelung der Zölle wurde am 12. August 1925 „mit dem Aufgebot der letzten physischen Kräfte“<sup>159</sup> im Reichstag mit den Stimmen der BVP angenommen<sup>160</sup>.

Da die Viehzölle im Vergleich zu den Getreidezöllen höher waren und jene im Gegensatz zu diesen zusätzlich als Mindestzölle festgelegt waren, bedeutete die Kleine Zolltarifnovelle eine Verschiebung der Protektion von der Getreide- auf die Veredelungsproduktion. Immerhin wurde mit den Einfuhrscheinen eine Exportsubvention für Getreide wiedereingeführt. Die Agrarzölle bewegten sich nun etwa auf der Höhe der Bülow'schen Zolltarife von 1902, ein Ausgleich für die seither stattgehabte Geldentwertung wurde der Landwirtschaft verwehrt. Im Gegensatz dazu erfuhren die Industriezölle in der Kleinen Zolltarifnovelle eine bedeutende Erhöhung im Vergleich zum Zollniveau von 1902. Als Gegenleistung für die Zustimmung der Gewerkschafter im Zentrum mussten die Agrarier die Umsatzsteuerfreiheit für Lebensmitteleinfuhren, ein zollfreies Gefrierfleischkontingent und bis zum 31. Juli 1926 geltende ermäßigte Zwischenzölle akzeptieren<sup>161</sup>. Obwohl die Kleine Zolltarifnovelle aus der Rückschau betrachtet als der neuerliche Beginn einer besonderen handelspolitischen Privilegierung der Landwirtschaft gegenüber der Industrie erscheint<sup>162</sup>, so kann doch nicht bestritten werden, dass sie gemessen an den parteiübergreifenden Zielen der Agrarpolitiker innerhalb der Regierungskoalition zunächst eine Niederlage der Landwirtschaft gegenüber der Industrie darstellte.

<sup>156</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 9. Juni 1925, 18–22.

<sup>157</sup> Vgl. RUPPERT, Dienst, 156f.; FORSTER, Stegerwald, 376–382.

<sup>158</sup> Vgl. PANZER, Ringen, 43; FLEMMING, Industrie, 268.

<sup>159</sup> Gustav Stresemann zit. nach STÜRMER, Koalition, 103.

<sup>160</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 387, Sitzung am 12. August 1925, 4312–4391.

<sup>161</sup> Zur Gestalt der Kleinen Zolltarifnovelle von 1925 vgl. BECKMANN, Beziehungen; 175–184; PANZER, Ringen, 43–45; BECKER, Handlungsspielräume, 149–156 und 330–337; STEGMANN, Zoll- und Handelspolitik, 509.

<sup>162</sup> Vgl. BECKER, Handlungsspielräume, 308f.

Trotz des Gefühls der Niederlage wurde Horlacher von Heim für seine Verdienste bei der Wiedereinführung der Agrarzölle gelobt: „Wenn aber die Zölle überhaupt zustande gekommen sind, so verdanken wir das nicht zum mindesten der Mitarbeit eines Mannes, der hier im Saale ist und dem ich den Dank aussprechen möchte nicht in der Eigenschaft als Parteifreund, sondern als Mitglied der Landesbauernkammer. Es ist das Herr Kollege Dr. Horlacher. Niemand ist imstande, alle Schwierigkeiten zu beseitigen. Im Parlament entscheidet die Mehrheit und auch der Einzelne kann es nur durch geschicktes Vorgehen erreichen, daß das möglichst Gute erreicht wird.“ Stattdessen machte Heim das parlamentarische Regierungssystem der Weimarer Republik für die enttäuschten Hoffnungen der Landwirtschaft auf zollpolitische Gleichbehandlung mit der Industrie verantwortlich: „An den vorerwähnten Schwierigkeiten ist der Reichstag schuld, sind die Parteien schuld, die bis zum letzten Augenblick in der Zolltariffrage keine Farbe bekannt haben, und sie sind schließlich daran schuld, daß die ganze Frage eine so ungünstige Lösung erfahren hat.“<sup>163</sup>

## 5. Annäherung an das Zentrum von rechts

Angesichts der Verhandlungen über die Wiedereinführung der Agrarzölle propagierte Horlacher die parteiübergreifende Zusammenarbeit der agrarischen Reichstagsabgeordneten hauptsächlich von BVP, Zentrum und DNVP<sup>164</sup>. Im Reichslandbund fiel dieses Angebot auf fruchtbaren Boden. Unter bäuerlicher Führung schob dieser die in der DNVP gehegten Bedenken gegen den außenpolitischen Verständigungskurs Stresemanns beiseite und drängte wegen der anstehenden zollpolitischen und steuerpolitischen Entscheidungen in die Regierungsverantwortung<sup>165</sup>. Aber in der BVP konnte Horlacher nicht erwarten, mit diesem Vorhaben auf ungeteilte Gegenliebe zu stoßen. Innerhalb der BVP gab es zwei Richtungen, die sich nach ihrem Verhältnis zum Zentrum – der Partei des politischen Katholizismus auf Reichsebene – unterschieden. Die zentrumsfreundliche Richtung stand unter der Führung von Johann Leicht (1868–1940)<sup>166</sup>, dem Vorsitzenden der Reichstagsfraktion der BVP, war

<sup>163</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 25. September 1925, 71; RATJEN, Bauernkammern, 161 stützt seine positive Beurteilung von Horlachers Einfluss auf die Zollgesetzgebung unzulässigerweise allein auf diese Aussage.

<sup>164</sup> Horlacher forderte als agrarpolitischer Hauptreferent auf der Landesversammlung der BVP im Oktober 1924 den „Zusammenschluß aller national gesinnten Männer der Wirtschaft zum Kampfe gegenüber der internationalen Auffassung von der Wirtschaft, die die Sozialdemokratie vertritt und leider auch bedauerlicherweise vom Reichszentrum nicht genügend bekämpft werde“ (BA Berlin, R707/31, Bericht der Vertretung der Reichsregierung in München an die Reichskanzlei, 14. Oktober 1924).

<sup>165</sup> Vgl. MERKENICH, Front, 134–152; KITTEL, Fundamentalismus, 861–868; FLEMMING, Industrie, 262–264. Deshalb spaltete sich die Reichstagsfraktion der DNVP anlässlich der Abstimmung über den so genannten Dawes-Plan am 29. August 1924. Mit Ausnahme Weilnböcks stimmten sämtliche bayerischen Mitglieder der DNVP für den Reparationsplan, womit sie ihre Bereitschaft zum Regierungseintritt signalisierten. Vgl. KIISKINEN, Deutschnationale Volkspartei, 284–287.

<sup>166</sup> Katholischer Priester, geboren am 19. Dezember 1868, 1893 Priesterweihe, seit 1899 Domprediger in Bamberg, seit 1900 Vorsitzender des Katholischen Arbeitervereins in Bamberg, 1913 bis 1918 MdR für die Bayerische Zentrumspartei, 1919/1920 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung für die BVP, 1920 bis

gemäßigt föderalistisch und akzeptierte die republikanische Staatsform. Eine von Heim und den Parteiinstanzen der BVP in München dominierte Richtung plädierte für die Revision der Weimarer Verfassung in föderalistischer, sozialpolitischer und parlamentarischer Hinsicht. Dieser Flügel verhielt sich dem Zentrum gegenüber reserviert, besaß jedoch aufgrund der Gegnerschaft zur republikanischen Staatsform eine Affinität zur DNVP<sup>167</sup>. Innerhalb der BVP begann sich seit Frühjahr 1924 eine Annäherung der beiden Flügel abzuzeichnen. Angesichts der anstehenden handelspolitischen Entscheidungen bemühte sich der Bayerische Christliche Bauernverein unter Federführung Schlittenbauers um eine Annäherung an die agrarischen Kräfte im Zentrum<sup>168</sup> – was nur die Zustimmung Leichts finden konnte. Dieser betrieb die Einbindung der DNVP in die Reichsregierung, um diese vor einer destabilisierenden obstruktiven Opposition der DNVP zu schützen<sup>169</sup> – was nur die Zustimmung des BV finden konnte. Da Heim wegen seines Gesundheitszustandes für die aktive Politik ausfiel, begann Schlittenbauer, den „Heim’schen Fehler der Trennung“<sup>170</sup> der beiden Parteien des politischen Katholizismus rückgängig zu machen. Unbekümmert von dem Scheitern parteioffizieller Gespräche zwischen Zentrum und BVP im Juni 1924<sup>171</sup> verkündete Horlacher kurz danach das „Zusammengehen mit dem süddeutschen Zentrum in agrarpolitischen Fragen“<sup>172</sup>. Im Zeichen dieser Zusammenarbeit vereinbarte Schlittenbauer im November 1924 mit dem Zentrumskanzler Marx Zurückhaltung im Reichstagswahlkampf<sup>173</sup>. Die Reichstagswahlen hatten eine Mehrheit für die rechten Parteien gebracht. Die konzertierten Bemühungen von BVP und Reichslandbund zur Regierungsbeteiligung der DNVP waren schließlich erfolgreich. Der parteilose Reichskanzler Hans Luther bildete eine Mitte-Rechts-Koalition aus DDP, DVP, Zentrum, BVP und DNVP. Die SPD konnte aus der Reichsregierung fern gehalten werden<sup>174</sup>. Beide Flügel der BVP waren an ihrem gemeinsamen koalitionspolitischen Ziel angelangt.

Innerhalb der Reichstagsfraktion bestand nach der Reichstagswahl zwischen den beiden Flügeln unter der Führung Leichts einerseits und des Bauernvereinsmitglieds Martin

---

1933 MdR und Fraktionsvorsitzender, 1933 Schutzhaft, seit 1935 Dompropst in Bamberg, gestorben am 14. August 1940. Zu Leicht vgl. MAGA, Leicht.

<sup>167</sup> Zu den Flügeln in der BVP vgl. SCHÖNHOFEN, Bayerische Volkspartei, 172–198; MAGA, Leicht, 72–75; SCHWEND, Bayern, 127.

<sup>168</sup> BayHStA, NL Held 513, Schlittenbauer an Marx, 6. November 1924; vgl. dazu HÖPFINGER, Gründung, 190.

<sup>169</sup> Vgl. MAGA, Leicht, 138–148.

<sup>170</sup> Das Bayerische Vaterland vom 24. Dezember 1926. Die organisatorische Trennung der BVP vom Zentrum ging auf das Betreiben Heims, des maßgeblichen Initiators der Gründung der BVP, zurück. Vgl. dazu SCHÖNHOFEN, Bayerische Volkspartei, 35–42.

<sup>171</sup> Vgl. SCHÖNHOFEN, Bayerische Volkspartei, 172–174.

<sup>172</sup> ACSP, Fraktionssitzungen der BVP Bd. 2, Sitzung am 24. Juni 1924.

<sup>173</sup> BayHStA, NL Held 513, Schlittenbauer an Marx, 6. November 1924. Damit entsprach er einem Wahlabkommen, das die BVP auf Betreiben Leichts mit Marx geschlossen hatte. Vgl. MAGA, Leicht, 140f.

<sup>174</sup> Zur Regierungsbildung nach den Dezemberwahlen 1924 vgl. SCHÖNHOFEN, Bayerische Volkspartei, 107–116; MAGA, Leicht, 145–148; STÜRMER, Koalition, 78–89; RICHTER, Deutsche Volkspartei, 359–365; DÖRR, Deutschnationale Volkspartei, 83–99.

Loibl (1869–1932)<sup>175</sup> andererseits – nach den Erinnerungen des Münchner Rechtsanwalts Philipp Loewenfeld einer der „am häufigsten verwendeten Strohmannen von Dr. Georg Heim“<sup>176</sup> – ein quantitatives Gleichgewicht<sup>177</sup>. Mit ihren beiden Flügeln bildete die BVP ein wichtiges Scharnier zwischen den auseinanderstrebenden Flügelparteien in der Koalition, die nach dem Tod des sozialdemokratischen Reichspräsidenten Friedrich Ebert (1871–1925) am 28. Februar 1925 auf eine harte Belastungsprobe gestellt wurde. Im ersten Wahlgang hatte sich die BVP bereits gegen den Zentrumsolitiker und dezidierten Republikaner Marx entschieden und den bayerischen Ministerpräsidenten Held aufgestellt<sup>178</sup>. Nachdem keiner der Kandidaten im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erzielt hatte, wurde ein zweiter Wahlgang nötig. Während sich der dezidiert republikanische „Volksblock“ aus DDP, Zentrum und SPD am 3. April 1925 auf die Kandidatur von Marx einigte, wollte die DNVP den revisionistischen „Reichsblock“ (DNVP, DVP und Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes) auf die Kandidatur Hindenburgs (1847–1934) einschwören<sup>179</sup>. Für eine erfolgreiche Kandidatur des Weltkriegshelden benötigte die DNVP jedoch die Unterstützung der BVP. Am 4. April 1925 beschloss die Reichstagsfraktion der BVP in Abwesenheit Leichts unter dem Vorsitz von dessen Stellvertreter Franz Xaver Lang (1867–1934)<sup>180</sup>, des Präsidenten des Bayerischen Christlichen Bauernvereins, die Kandidatur Hindenburgs bei den Parteigremien in München unterstützen zu wollen<sup>181</sup>. Unverzüglich brach Loibl zu Hindenburg auf, um ihn von dem Beschluss der Reichstagsfraktion der BVP zu informieren<sup>182</sup>. Mit dem Beschluss der BVP war eine wichtige Vorentscheidung für die Kandidatur des zögernden Hindenburg getroffen, denn dieser verlangte die Unterstützung

<sup>175</sup> Malzfabrikant und Druckereibesitzer, katholisch, geboren am 26. August 1869 in Neuötting, 1905 bis 1918 Mitglied der Kammer der Abgeordneten des Bayerischen Landtages für die Bayerische Zentrumsparlei, seit 1913 Zweiter Vorsitzender des oberbayerischen BV, Besitzer des *Neuburger Anzeigenblattes*, 1924 bis 1933 MdR für die BVP, Vorstandsmitglied des Kyffhäuserbundes (Dachverband der deutschen Kriegervereine), gestorben am 14. Januar 1933. Zu Loibl vgl. SCHWEND, Bayern, 581; BERGMANN, Bauernbund, 35; SCHWARZ, MdR, 707.

<sup>176</sup> Philipp Loewenfeld zit. nach Recht und Politik in Bayern, 577f.

<sup>177</sup> Zur Zusammensetzung der Reichstagsfraktion der BVP nach den Dezemberwahlen 1924 vgl. MAGA, Leicht, 146f.; SCHÖNHOFEN, Bayerische Volkspartei, 74–77.

<sup>178</sup> Zur Reichspräsidentenwahl 1925 vgl. HAUSS, Volkswahl; SCHÖNHOFEN, Bayerische Volkspartei, 116–131; WIESEMANN, Vorgeschichte, 43f.; RUPPERT, Dienst, 109–130; MAGA, Leicht, 158f.

<sup>179</sup> Zur Vorbereitung der Kandidatur Hindenburgs vgl. HAUSS, Volkswahl, 77–103.

<sup>180</sup> Landwirt in Hausen bei Buchloe, katholisch, geboren am 7. April 1867, 1891 Übernahme des elterlichen Anwesens, 1897 Gründungsmitglied des BV in Honsolgen, 1898 Wahl zum Zweiten Vorsitzenden des schwäbischen BV, seit 1904 Erster Vorsitzender des schwäbischen BV, Mitglied des Landesausschusses der Bayerischen Pferde- und Viehversicherungsanstalt, 1907 bis 1918 Mitglied der Kammer der Abgeordneten des Bayerischen Landtages für die Bayerische Zentrumsparlei, Mitglied des Beirates der Flurbereinigung im bayerischen Landwirtschaftsministerium, seit 1920 Mitglied der Bayerischen Landesbauernkammer, 1920 bis 1932 Erster Präsident des Bayerischen Christlichen Bauernvereins, 1920 bis 1932 MdR für die BVP, Mitglied der Vorstandschaft der Vereinigung der deutschen Bauernvereine, Geheimer Landesökonomierat, Mitglied des Beirates im Reichsmonopolamt für Branntwein, gestorben am 15. September 1934. Zu Lang vgl. BERGMANN, Bauernbund, 383; SCHUMACHER, M.d.R., 355.

<sup>181</sup> Zur Sitzung der Reichstagsabgeordneten am 4. April 1925 vgl. BVC vom 7. April 1925; Augsburger Postzeitung vom 9. April 1925; HAUSS, Volkswahl, 92.

<sup>182</sup> Vgl. HAUSS, Volkswahl, 93.

aller rechts von der BVP stehenden Parteien als Voraussetzung für die Annahme der Kandidatur des „Reichsblocks“. Deshalb mussten die Befürworter der Kandidatur Hindenburgs in der BVP den Landesausschuss der BVP, der am 7. April tagte, überzeugen. Während der Landesausschuss zögerte, setzte sich vor allem Heim dafür ein, die Kandidatur Hindenburgs zu unterstützen. Gegen den Widerstand Leichts und der Gewerkschaftsvertreter in der BVP gelang es ihm, sich durchzusetzen<sup>183</sup>. Daraufhin gab Hindenburg seine zögerliche Haltung auf<sup>184</sup>. Der Erfolg von Hindenburgs Kandidatur am 26. April 1925 liegt deshalb zu einem großen Teil in der Verantwortung der BVP<sup>185</sup>. Ob Horlacher an den entscheidenden Beschlüssen der Reichstagsfraktion vom 4. April und des Landesausschusses vom 7. April beteiligt war, ist nicht belegt. Es ist jedoch daran nicht zu zweifeln<sup>186</sup>. Denn Hindenburg konnte nicht nur als Garant für die Verwirklichung der revisionistischen Verfassungs- und Sozialpolitik des vom BV dominierten rechten Flügels in der BVP gelten<sup>187</sup>, sondern auch als Garant der Zusammenarbeit der agrarischen Abgeordneten innerhalb der Regierungskoalition angesichts der gerade durch die Reichspräsidentenwahl aufgeschobenen Entscheidung über die Wiedereinführung der Agrarzölle<sup>188</sup>. Jedenfalls sprach das *Berliner Tageblatt* wegen der Unterstützung Hindenburgs von den „rechtsradikal eingestellten Bauernführern Heim, Schlittenbauer und Horlacher“<sup>189</sup>.

Horlacher hatte während der zollpolitischen Verhandlungen im Reichstag im handelspolitischen Ausschuss des Deutschen Landwirtschaftsrates am 14. Juli 1925 eine „ostentative Kundgebung der Landwirte aller Fraktionen im Reichstage, ohne jede Rücksicht auf die Parteiinstanzen“ gefordert<sup>190</sup>. Diese agrarische Sammlungspolitik erlitt einen gefährlichen Rückschlag, als die DNVP wegen des Vertragswerks von Locarno (bestehend aus dem so genannten Sicherheitspakt und dem Beitritt des Deutschen Reiches zum Völkerbund) am 25. Oktober 1925 aus der Reichsregierung ausschied. Während Außenminister Stresemann damit den Grundstein für die außenpolitische Gleichberechtigung des Deutschen Reiches legen wollte und als Gegenleistung für die Garantie der deutschen Westgrenze auch deren Berechtigung anerkannte, erblickte die DNVP deswegen in dem

<sup>183</sup> Zur Landesausschusssitzung der BVP am 7. April 1925 vgl. BVC vom 7. April 1925; Augsburger Postzeitung vom 9. April 1925; HAUSS, Volkswahl, 95–97.

<sup>184</sup> Vgl. HAUSS, Volkswahl, 99.

<sup>185</sup> Vgl. HAUSS, Volkswahl, 134f.

<sup>186</sup> HAUSS, Volkswahl, 103–107 zählt Horlacher ohne Angabe von Quellen neben Heim, den Landtagsabgeordneten Schäffer, Schlittenbauer und Karl Rothmeier (1877–1926), den Reichstagsabgeordneten Loibl, Erich Emminger (1880–1951) und Lang sowie Anton Pfeiffer (1888–1957), dem Generalsekretär der BVP, zu den Unterstützern der Kandidatur Hindenburgs innerhalb der BVP.

<sup>187</sup> Zu den Beweggründen des rechten Flügels der BVP, die Kandidatur Hindenburgs zu unterstützen vgl. HAUSS, Volkswahl, 107–125; ferner HOLL, Konfessionalität, 257.

<sup>188</sup> Vgl. dagegen HAUSS, Volkswahl, 19f. und SCHÖNHOFEN, Bayerische Volkspartei, 116–131, welche die Entscheidung der BVP gegen Marx als eindeutig gegen das Zentrum gerichtete Aktion werten, und dabei die handelspolitische Motivation des BV nicht berücksichtigen.

<sup>189</sup> Berliner Tageblatt vom 22. April 1925 zit. nach MAGA, Leicht, 162.

<sup>190</sup> BA Berlin, R8073/47, Sitzung des handelspolitischen Ausschusses des Deutschen Landwirtschaftsrates am 14. Juli 1925.

Vertragswerk eine inakzeptable Bestätigung des Versailler Friedensvertrages<sup>191</sup>. Die bayerische Staatsregierung stimmte mit der DNVP in der Bewertung des Vertragswerkes von Locarno überein und meldete den außenpolitischen Mitgestaltungsanspruch der Länder als Voraussetzung für die Zustimmung der BVP an. Dagegen unterstützte Leicht mit der Mehrheit der Reichstagsfraktion der BVP und in Übereinstimmung mit dem Zentrum die Außenpolitik Stresemanns. Bei der Einzelabstimmung stimmte Horlacher demjenigen Teil des Vertragswerks zu, der den Sicherheitspakt umfasste, enthielt sich jedoch bei dem Teil, der den Beitritt des Deutschen Reiches zum Völkerbund bestimmte. Damit entsprach Horlacher dem Wunsch des bayerischen Ministerpräsidenten, dessen Forderung nach außenpolitischer Mitgestaltung von der Reichsregierung nicht erfüllt worden war<sup>192</sup>. Bei der Gesamtabstimmung am 26. November 1925 stimmte Horlacher dem Vertragswerk jedoch zu, während sich immer noch drei Vertreter des rechten Flügels bei der Gesamtabstimmung enthielten<sup>193</sup>. Mit seinem Abstimmungsverhalten demonstrierte Horlacher, dass er zwar das Gesicht der bayerischen Staatsregierung zu wahren bereit war, dass er jedoch keinesfalls bereit war, im Interesse einer revisionistischen Außenpolitik die Stabilität der Reichsregierung zu gefährden und den Eintritt der SPD in die Reichsregierung zu provozieren. Denn angesichts der von den Agrariern als unzulänglich betrachteten Kleinen Zollltarifnovelle galt es, deren Revision vorzubereiten. Wie sehr aber die Agrarverbände an einer konstruktiven Mitarbeit an der Reichsregierung interessiert waren, zeigte sich an den Überlegungen im Reichslandbund, sich nach dem Ausscheiden der DNVP aus dem Reichskabinett mit einer eigenen Agrarpartei an der Reichsregierung zu beteiligen<sup>194</sup>.

Zunächst stand der Reichslandbund aber gemeinsam mit der DNVP noch außerhalb der Reichsregierung. Da Luther sich deshalb nicht mehr auf eine absolute Mehrheit stützen konnte, betrieb Leicht in Übereinstimmung mit dem Zentrum gegen den Willen der Parteigremien der BVP in München die Regierungsbeteiligung der SPD<sup>195</sup>. Um dies zu verhindern, konzentrierte sich Horlacher darauf, den agrarischen Flügel des Zentrums um die rheinischen und westfälischen Bauernvereinsführer durch eine organisatorische Annäherung der BVP an das Zentrum zu stärken<sup>196</sup>. Zur Stärkung der agrarischen Kräfte innerhalb des Zentrums plädierte Horlacher deshalb für eine Fraktionsgemeinschaft zwischen Zentrum und BVP zur Absicherung eines gemeinsamen politischen Rechtskurses. Dazu musste er

<sup>191</sup> Zum Ausscheiden der DNVP aus der Reichsregierung vgl. DÖRR, Deutschnationale Volkspartei, 100–211.

<sup>192</sup> Zur Haltung der BVP zum Vertragswerk von Locarno vgl. SCHÖNHOFEN, Bayerische Volkspartei, 131–150; MAGA, Leicht, 169–174; STÜRMEER, Koalition, 111–127; RUPPERT, Dienst, 205–210.

<sup>193</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 388, Sitzung am 26. November 1925, 4613–4618.

<sup>194</sup> Vgl. PANZER, Ringen, 88; DÖRR, Deutschnationale Volkspartei, 212–215.

<sup>195</sup> Zu den Koalitionsgesprächen nach dem Ausscheiden der DNVP aus der Koalition vgl. MAGA, Leicht, 174–180; STÜRMEER, Koalition, 141–146; RUPPERT, Dienst, 184–190; SCHÖNHOFEN, Bayerische Volkspartei, 150–157.

<sup>196</sup> Im Unterschied zur BVP befanden sich die Repräsentanten der Bauernvereine im Zentrum gegenüber den Gewerkschaftern in der Minderheit und waren deshalb mit ihrem Einfluss auf das Zentrum unzufrieden. Vgl. MOELLER, Peasants, 121–135; RUPPERT, Dienst, 325.

allerdings den Widerstand der partikularistischen Kräfte innerhalb der BVP überwinden. Ein Fraktionskollege Horlachers, der Gutsbesitzer Wilhelm Merck (1867–1929)<sup>197</sup>, warnte deshalb Schlittenbauer am 18. Oktober 1926 vor Horlachers zentrumsfreundlichen Umtrieben: „Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, daß, wie mir scheint, Kollege Horlacher neuerdings mit vollen Segeln in das Zentrum zu segeln scheint. Bei einer Besprechung, die neulich in Gegenwart prominenter Persönlichkeiten der Partei – Held, Krausneck, Wohlmuth, Leicht, Probst, Schäffer und ich – über den Finanzausgleich stattfand, hat er den Standpunkt vertreten, daß wir schon wegen des Finanzausgleichs, aber auch aus anderen Gründen unbedingt in das Zentrum hinein sollten, und hat dies damit begründet, daß heute im Zentrum der rechte Flügel vielfach unterliege, während dies nach unserem Eintritt nicht mehr der Fall sein würde.“ Merck war jedoch der Ansicht, dass Horlacher dadurch im Gegenteil die Stellung des rechten Flügels schwäche. Von einer Annäherung an das Zentrum erwartete er sich im Gegensatz zu Horlacher nur eine Stärkung des linken Flügels innerhalb der BVP: „In dem Augenblicke, wo wir im Zentrum drin wären, würden die Linkselemente auch in unserer Partei, von diesem Druck befreit, sich den Linkselementen des Zentrums rückhaltlos anschließen.“ Für ein Experiment mit solch ungewissem Ausgang wollte Merck nicht die Selbständigkeit der BVP riskieren, so sehr er sich bewusst war, wie notwendig die agrarischen Kräfte im Zentrum die Unterstützung durch die BVP brauchen konnten: „Den agrarischen Freunden Horlachers, Dr. Krone<sup>198</sup> usw. würde es ja zweifellos höchst erwünscht sein, wenn sie durch uns einige Verstärkung erfahren würden.“<sup>199</sup>

Aber die kompromisslosen Gegner einer engeren Zusammenarbeit mit dem Zentrum waren in der BVP mittlerweile in der Minderheit. Nach dem Tiefstand der gegenseitigen Beziehungen während der Reichspräsidentenwahl hatte sich in beiden Parteien die Einsicht durchgesetzt, dass die parteipolitischen Auseinandersetzungen den von ihnen gemeinsam verfolgten gesellschafts- und kulturpolitischen Zielen letztlich schaden<sup>200</sup>. Dabei wurde die Einigung der beiden Parteien des politischen Katholizismus begünstigt durch die Rückkehr der DNVP in die Reichsregierung unter dem Zentrumskanzler Marx seit dem 29. Januar 1927,

<sup>197</sup> Gutsbesitzer, protestantisch, geboren am 30. Januar 1867 in Nürnberg, Jurastudium, 1893 bis 1900 im bayerischen Verwaltungsdienst, seit 1900 Besitzer des Grundnerhofes bei Gmund, Vorsitzender des Landesverbandes der bayerischen Tierzuchtverbände, Vorsitzender des Landesverbandes zur Förderung der Pferdezucht in Bayern, Stellvertretender Vorsitzender des Bayerischen Landwirtschaftsrates, Mitglied der Bayerischen Landesbauernkammer, 1919 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung für die BVP, 1920 bis 1928 MdR für die BVP, gestorben am 30. November 1929. Zu Merck vgl. SCHWARZ, MdR, 713; BERGMANN, Bauernbund, 384; LILLA, Landtag, 171f.

<sup>198</sup> August Crone-Münzebrock, Bauernvereinsfunktionär, katholisch, geboren am 17. Mai 1882 auf Hof Münzebrock im Rheinland, Studium der Land- und Volkswirtschaft in Leipzig und Jena, 1906 Diplom-Landwirt, 1907 Promotion zum Dr. phil. im Fach Landwirtschaft, anschließend in der praktischen Landwirtschaft tätig, Generalsekretär des Westfälischen Bauernvereins, seit 1917 geschäftsführendes Mitglied im Vorstand der Vereinigung der deutschen Bauernvereine, 1921 bis 1924 Mitglied des preußischen Landtages für das Zentrum, 1924 bis 1933 MdR, 1933 Verlust der Ehrenämter und Haft, gestorben am 17. April 1947. Zu Crone-Münzebrock vgl. Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft, 287; SCHUMACHER, M.d.R., 206.

<sup>199</sup> BayHStA, NL Held 517, Merck an Schlittenbauer, 18. Oktober 1926.

<sup>200</sup> Vgl. SCHWEND, Bayern, 361.

was in der BVP allgemein als Richtungsänderung im Zentrum nach rechts betrachtet wurde. Euphorisch betrieb Leicht seither die Errichtung einer Fraktionsgemeinschaft mit dem Zentrum, wobei sein Endziel in der organisatorischen Verschmelzung der beiden Parteien bestand – während die Parteileitung der BVP in München nur eine Arbeitsgemeinschaft der beiden Reichstagsfraktionen anstrebte<sup>201</sup>. Gegen den Widerstand prominenter Angehöriger des rechten Flügels in der Reichstagsfraktion der BVP favorisierte Horlacher ebenfalls eine Fraktionsgemeinschaft mit dem Zentrum – aber im Gegensatz zu Leicht mit dem Ziel der Stärkung des rechten Flügels im Zentrum<sup>202</sup>. Die Verhandlungen, die im April und Mai 1927 zwischen BVP und Zentrum vor den Augen der Öffentlichkeit verborgen geführt wurden<sup>203</sup>, begleitete Horlacher mit zentrumsfreundlichen Äußerungen in der Öffentlichkeit. Ende April 1927 stellte Horlacher auf der Hauptversammlung des oberbayerischen BV die völlige agrarpolitische Übereinstimmung zwischen BVP und Zentrum fest. Da er sich jedoch über die föderalistischen Vorbehalte in der BVP gegenüber dem Zentrum bewusst war, betonte er nach dem Bericht des Vertreters der Reichsregierung in München: „Wer aber glauben würde, daß bei einer Zusammenarbeit die Fahne der Bayerischen Volkspartei in Bayern irgendwie berührt werden würde, der würde sich täuschen. Historisch Gewachsenes müsse bestehen bleiben. Es könne nur eine Zusammenarbeit erfolgen in Fragen, die beide Parteien weltanschaulich gleichmäßig berühren.“<sup>204</sup> Horlacher befand sich damit mittlerweile auf der Linie des kleinsten gemeinsamen Nenners mit der Parteileitung der BVP und gab sich mit einer Arbeitsgemeinschaft der beiden Fraktionen zufrieden.

Nachdem die Verhandlungen zwischen Zentrum und BVP zunächst an der BVP gescheitert waren, da sie die Auflösung des pfälzischen Zentrums forderte und sich weigerte, sich mit dem Zentrum über eine bloße Arbeitsgemeinschaft hinausgehend organisatorisch zu verbinden<sup>205</sup>, lenkte das Zentrum bei beiden Streitpunkten ein. Schließlich wurde die Arbeitsgemeinschaft zwischen den beiden Reichstagsfraktionen am 20. November 1927 in

---

<sup>201</sup> Vgl. SCHÖNHOVEN, Bayerische Volkspartei, 172–198; RUPPERT, Dienst, 306–315; MAGA, Leicht, 184–201.

<sup>202</sup> Neben dem Gutsbesitzer Merck stellte sich auch Johann Baptist Rauch gegen Horlachers Bemühungen. Rauch lehnte jede, über eine Ausschussgemeinschaft hinausgehende Zusammenarbeit mit dem Zentrum ab, weshalb er am 25. Februar 1927 an Held schrieb: „Ein Mitglied unserer Fraktion wollte allerdings noch eine stärkere Bindung im Sinne eines beschlußmäßigen Zwangs zu gemeinsamen Fraktionssitzungen mit für beide Fraktionen bindenden Beschlüssen. Er dachte hiebei an eine Verstärkung des rechten Flügels im Zentrum“ (BayHStA, NL Held 517, Rauch an Held, 25. Februar 1927). Aufgrund von Mercks Brief an Schlittenbauer vom 18. Oktober 1926 (vgl. Anm. 199) liegt der Verdacht nahe, dass er damit Horlacher meinte. Rauch war Stadtoberbaurat in München, katholisch, geboren am 1. April 1876 in Regensburg, 1923 bis 1933 MdR für die BVP, 1932/1933 Vizepräsident des Reichstages, 1933/1934 von den nationalsozialistischen Machthabern in den Ruhestand versetzt, gestorben am 21. Januar 1936. Zu Rauch vgl. SCHWARZ, MdR, 732; SCHUMACHER, M.d.R., 452.

<sup>203</sup> Vgl. SCHÖNHOVEN, Bayerische Volkspartei, 184–191.

<sup>204</sup> BA Berlin, R707/35, Bericht der Vertretung der Reichsregierung in München an die Reichskanzlei, 29. April 1927.

<sup>205</sup> Vgl. SCHÖNHOVEN, Bayerische Volkspartei, 190–193.



Heims Privatwohnung kodifiziert<sup>206</sup>. Dabei steckte Heim die Grenzen der pragmatischen Zusammenarbeit mit dem Zentrum auf dem Parteitag der BVP im Dezember 1927 klar und deutlich ab: „In der Zukunft werden große Fragen entschieden und da dürfen wir nicht allein stehen. Wir haben uns mit dem Zentrum nicht verheiratet, wir haben uns einmal auf eine programmatische Linie geeinigt. Das setzt voraus, dass beide Parteien eine Entwicklung nehmen, die ein Zusammenkommen ermöglicht. Das Zentrum muß auch für unsere Verhältnisse in Bayern und für unsere Entwicklung die nötige Rücksicht aufbringen, wie wir auch auf die besonderen Verhältnisse des Zentrums Rücksicht nehmen und nehmen müssen. Durch dieses Übereinkommen hat sich an unserer grundsätzlichen Einstellung nichts geändert. Hier gilt das Wort: Im Zweifelhafte Freiheit und in der Hauptsache Einigkeit.“<sup>207</sup>

Angesichts der von Horlacher an den Tag gelegten Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem Zentrum und seiner Bemühungen zur Stabilisierung der Reichsregierungen durch die Einbeziehung der DNVP relativiert sich die von der Forschung übernommene Einschätzung des badischen Zentrumspolitikers Heinrich Köhler (1878–1949), wonach es Leichtes Verdienst gewesen sei, die Fraktion geschlossen auf eine konstruktive Regierungspolitik im Reichstag einzuschwören<sup>208</sup>. Wenn 1932 im Reichstag keine wesentlichen Differenzen zwischen BVP und Zentrum mehr erkennbar waren<sup>209</sup>, so ist darin einerseits ein Verdienst des ausgleichenden Charakters Leichtes zu sehen – wofür ihm gerade Horlacher zeitlebens ein ehrendes Andenken bewahrte<sup>210</sup> –, andererseits aber auch eine Leistung der Agrarier in der Reichstagsfraktion, die die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit dem Zentrum im Interesse erfolgreicher agrarpolitischer Interessenvertretung erkannt hatten<sup>211</sup>. Dabei hatte sich die Funktion Horlachers als Verbindungsmann des Bayerischen Christlichen Bauernvereins zur Vereinigung der deutschen Bauernvereine zunehmend zum Motor der Annäherung an das Zentrum entwickelt.

---

<sup>206</sup> Zum Regensburger Abkommen zwischen BVP und Zentrum vgl. SCHÖNHOFEN, Bayerische Volkspartei, 195–198; WEIßBECKER – WIRTH, Bayerische Volkspartei, 174; BACHEM, Vorgeschichte, 408f.; SCHWEND, Bayern, 359–363.

<sup>207</sup> BVC vom 17. Dezember 1927.

<sup>208</sup> „Die Art, wie er [Leicht] seine zum Teil sehr aufgeregten und partikularistischen Bajuwaren, die Emminger, Horlacher, Loibl, Pfleger, Rauch in Schach hielt und schließlich fast immer doch wieder zur positiven Arbeit für das Reich brachte, darf man ohne Übertreibung als unerreicht bezeichnen“ (KÖHLER, Lebenserinnerungen, 217).

<sup>209</sup> Dies war eine Feststellung des damaligen Reichstagsneulings Hugo Karpf (BVP). Vgl. Abgeordnete des Deutschen Bundestages Bd. 3, 99.

<sup>210</sup> Wegen seines ruhigen und ausgleichenden Charakters wurde Leicht während der Führungskämpfe in der CSU von Horlacher als Vorbild für den Parteivorsitzenden der CSU hingestellt (ACSP, NL Maier 41, Fraktionssitzung der CSU in der Verfassungsgebenden Landesversammlung am 9. September 1946).

<sup>211</sup> Vgl. dagegen SCHÖNHOFEN, Bayerische Volkspartei, 221, der den Widerstand innerhalb der BVP gegen eine Zusammenarbeit mit dem Zentrum aufgrund des – von ihm falsch datierten – Briefes von Merck an Schlittenbauer vom 18. Oktober 1926 (vgl. Anm. 199) hauptsächlich beim agrarischen Flügel verortet, wobei er diejenigen Passagen des Briefes, in denen Merck den Agrarier Horlacher wegen dessen zentrumsfreundlicher Haltung kritisierte, schlichtweg unterschlägt.

## 6. Die Mitte-Rechts-Koalition als parlamentarische Zielvorstellung

Die von Horlacher gesuchte Zusammenarbeit mit den agrarischen Abgeordneten des Zentrums diente nicht zuletzt der Revision der als ungenügend empfundenen Agrarzölle. Am Ende des Jahres 1925 hatten die Agrarzölle noch keine Wirkung gezeigt. Wegen der Verzögerungen bei deren Wiedereinführung war es zu erheblichen Vorversorgungen des deutschen Marktes mit ausländischen Lebensmitteln gekommen. 1925 war das Jahr des höchsten Agrarimportes in das Deutsche Reich während der ganzen Weimarer Zeit<sup>212</sup>. Am 25. November 1925 beklagte sich Horlacher im Plenum der Landesbauernkammer über den „außerordentlichen Notstand“ der Landwirtschaft, für den er hauptsächlich den mangelhaften Zollschatz verantwortlich machte. Deshalb drohte er sowohl der bayerischen Staats- als auch der Reichsregierung: „Es darf kein Tag mehr versäumt werden. Die Stimmung in der Bauernschaft ist eine so erregte, dass die Regierungen angesichts des außerordentlichen Ernstes der Lage geradezu gewarnt werden müssen, noch weitere Zeit verstreichen zu lassen, ohne grundlegende Maßnahmen zu ergreifen.“<sup>213</sup>

Die Reichsregierung hörte Horlachers Appell nicht. Um die bedenklich negative Handelsbilanz nicht zuletzt zur Begleichung der Reparationsverpflichtungen zu aktivieren, bemühte sich die bürgerliche Minderheitsregierung – bestehend aus DDP, DVP, Zentrum und BVP – des industrienahen Reichskanzlers Hans Luther um eine Steigerung des industriellen Exports mit Hilfe von Handelsverträgen<sup>214</sup>. Dadurch drohte die Unterschreitung der Getreidezölle, die in der Kleinen Zolltarifnovelle vom Sommer 1925 nicht als Mindestzölle festgelegt worden waren (so genannte autonome Zölle). Durch die in den einzelnen Handelsverträgen enthaltenen Meistbegünstigungsklauseln sollte den verminderten Getreidezollsätzen dann zu allgemeiner Gültigkeit verholfen werden, was das Plenum der Landesbauernkammer am 24. April 1926 nach einem Referat Horlachers mit einem einstimmigen Beschluss ablehnte<sup>215</sup>. Aber Luther war von der Notwendigkeit der Förderung des industriellen Exports zur Begleichung der Reparationen und für den wirtschaftlichen Aufschwung überzeugt und außerdem war er nach dem Ausscheiden der DNVP aus der Regierungsverantwortung auf die Unterstützung der zollfeindlichen SPD angewiesen<sup>216</sup>. Deshalb musste die Landwirtschaft in den seit der Kleinen Zolltarifnovelle abgeschlossenen

<sup>212</sup> Vgl. PANZER, Ringen, 90.

<sup>213</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 25. und 26. November 1925, 82.

<sup>214</sup> Vgl. PANZER, Ringen, 90; PUHLE, Agrarbewegungen, 89f.

<sup>215</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 24. April 1926, 18f.

<sup>216</sup> Zur Duldung der Minderheitsregierungen Luther durch die SPD vgl. RUPPERT, Dienst, 178–238.

Handelsverträgen Minderungen des autonomen Zolltarifs hinnehmen<sup>217</sup> – zumal Außenminister Stresemann mit den Handelsverträgen deutsche Großmachtpolitik in Europa zu betreiben beabsichtigte<sup>218</sup>.

Von Horlacher wurde vor allem der am 10. Juli 1926 ratifizierte deutsch-schwedische Handelsvertrag heftig beklagt<sup>219</sup>. Ohne dass Schweden ein Interesse am Agrarexport in das Deutsche Reich gehabt hätte, bestand dessen Zweck allein darin, über eine Meistbegünstigungsklausel die automatische Anhebung des allgemeinen Agrarzollniveaus nach dem Auslaufen der Zwischenzölle am 31. Juli 1926 auf das in der Kleinen Zolltarifnovelle vereinbarte Niveau zu verhindern<sup>220</sup>. Da die Reichsregierung von der Zustimmung der agrarischen Abgeordneten weniger abhängig war als von der Unterstützung durch die SPD, bestand für die Repräsentanten der Landwirtschaft gegen den Widerstand des Reichsarbeitsministeriums, des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsaußenministeriums keine Aussicht auf den Ausbau der Handelspolitik im agrarisch-protektionistischen Sinne. Horlacher verhielt sich deshalb abwartend und defensiv. Auf dem Aiblinger Bauerntag am 20. November 1926 rechtfertigte er die Reichstagsarbeit der Bauernvereinsabgeordneten und sprach dabei lediglich von den „der Landwirtschaft drohenden Gefahren, welche durch die Wachsamkeit dieser Vertreter verhindert werden konnten“<sup>221</sup>. Seine machtlose Unzufriedenheit mit der Reichsregierung demonstrierte er etwa, indem er sich bei einem deutschnationalen Misstrauensvotum gegen ein Kabinettsmitglied im Unterschied zu seinen Fraktionskollegen, die dagegen stimmten, der Stimme enthielt<sup>222</sup>, was keine koalitionspolitischen Folgen hatte.

Um die Minderheitsregierung, die seit dem 17. Mai 1926 wieder von dem Zentrumspolitiker Marx geführt wurde, auf eine stabile parlamentarische Mehrheit zu stellen, betrieb die Mehrheit des Zentrums die Einbeziehung der SPD in die Regierungskoalition in Berlin. Gegenüber einer Regierungsbeteiligung der antirepublikanischen DNVP verhielt sich das Zentrum jedoch reserviert, zumal die DNVP angesichts der Abstimmung über die Locarno-Verträge koalitionspolitische Unzuverlässigkeit demonstriert hatte<sup>223</sup>. Dagegen musste Horlacher alles Interesse daran haben, die Abhängigkeit der im Amt befindlichen bürgerlichen Minderheitsregierung von der SPD durch die Einbeziehung der DNVP in die

<sup>217</sup> Zur deutschen Handelsvertragspolitik vgl. PANZER, Ringen, 87–92; BECKER, Handlungsspielräume, 159–188.

<sup>218</sup> Vgl. POHL, Wirtschaft, 29–124; FELDENKIRCHEN, Zoll- und Handelspolitik, 335–342; STEGMANN, Zoll- und Handelspolitik, 502.

<sup>219</sup> HORLACHER, Zollpolitik (1. August 1926), 1.

<sup>220</sup> Zum deutsch-schwedischen Handelsvertrag vgl. BECKER, Handlungsspielräume, 169–177; PANZER, Ringen, 91f.

<sup>221</sup> Rosenheimer Anzeiger vom 22. November 1926.

<sup>222</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 389, Sitzung am 18. März 1926, 6332–6335. Das deutschnationale Misstrauensvotum war gegen Reichsinnenminister Wilhelm Külz (1875–1948) gerichtet, dem überzogene Verwaltungsausgaben vorgeworfen wurden.

<sup>223</sup> Vgl. RUPPERT, Dienst, 202–204.

Regierungskoalition zu beseitigen. Auch innerhalb der DNVP betrieben die Agrarier des Reichslandbundes die Wiederaufnahme der Regierungsverantwortung<sup>224</sup>. Die Gelegenheit dazu war gekommen, als die SPD ihre Regierungsbeteiligung erzwingen wollte, indem sie Marx die parlamentarische Unterstützung entzog, nachdem sie ihm Kontakte zu antirepublikanischen Geheimorganisationen sowie die Unterstützung von illegalen Rüstungsmaßnahmen vorgeworfen hatte<sup>225</sup>. Als ein sozialdemokratisches Misstrauensvotum gegen die Reichsregierung am 17. Dezember 1926 mit den Stimmen von SPD, KPD, DNVP und der nationalsozialistischen Völkischen Arbeitsgemeinschaft angenommen wurde, konnte Horlacher durch sein Abstimmungsverhalten seine Loyalität zur bisherigen Regierung demonstrieren<sup>226</sup>, während er mit dem Sturz von Marx in Wirklichkeit sehr zufrieden war<sup>227</sup>. Nach ihrem erfolgreichen Misstrauensvotum war die SPD als Koalitionspartner diskreditiert. Die BVP verlangte nun mit Nachdruck die Regierungsbeteiligung der DNVP, wobei sie von Hindenburg unterstützt wurde. Schließlich erklärte sich das Zentrum dazu bereit. Ausschlaggebend dafür war nicht zuletzt die Hoffnung, mit der Unterstützung der DNVP die reichsrechtliche Verankerung der Konfessionsschule zu erreichen. Am 29. Januar 1927 stellte Marx sein mittlerweile viertes Kabinett vor, das sich nun auf eine parlamentarische Mehrheit aus DVP, Zentrum, BVP und DNVP stützen konnte und deshalb rechts vom vorherigen Kabinett stand. Als Gegenleistung für ihre Versicherung, den außenpolitischen Kurs Stresemanns zu unterstützen, bekam die DNVP Zusagen für die Weiterentwicklung der Handelspolitik im protektionistischen Sinne des Reichslandbundes<sup>228</sup> – was ganz im Sinne Horlachers und des BV war.

Vorbereitet wurde die Mitte-Rechts-Koalition durch die Annäherung, welche der Zentrumsparlamentarier Adam Stegerwald (1874–1945) als Generalsekretär des „Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ zu den agrarischen Verbänden betrieb. Bereits im Sommer 1926 hatte Stegerwald mit Repräsentanten des Reichslandbundes Gespräche geführt, um die Möglichkeiten einer gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften gerichteten politisch-taktischen Zusammenarbeit auszuloten<sup>229</sup>. Im Konflikt zwischen den protektionistischen Interessen der Landwirtschaft und den freihändlerischen Forderungen der Exportindustrie, in dem der Wirtschaftshistoriker

<sup>224</sup> Vgl. DÖRR, Deutschnationale Volkspartei, 212–220.

<sup>225</sup> Zum Sturz der Regierung Marx III vgl. RUPPERT, Dienst, 236f.; DÖRR, Deutschnationale Volkspartei, 251–264.

<sup>226</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 391, Sitzung am 17. Dezember 1926, 8654–8657.

<sup>227</sup> Der oberpfälzische Bauernvereinsdirektor Klier schrieb unter dem 22. Dezember 1926 etwas rätselhaft in sein Tagebuch: Horlacher „weiß nichts besseres zu tun, als die Schuld an dem Ministersturz den Deutschnationalen aufzubürden, während kein Wort davon die Rede ist, daß Dr. Marx immer wieder erklärte vor seinem Sturz: Er werde unter keinen Umständen mit den Deutschnationalen eine Regierung bilden“ (KLIER, Tagebuch, 112).

<sup>228</sup> Zur Regierungsbildung Marx IV vgl. MAGA, Leicht, 191–197; STÜRMER, Koalition, 162–181; RUPPERT, Dienst, 239–252; RICHTER, Deutsche Volkspartei, 442–451; DÖRR, Deutschnationale Volkspartei, 265–292.

<sup>229</sup> Zur Annäherung zwischen Stegerwald und dem Reichslandbund vgl. FLEMMING, Industrie, 271–276.

Dietmar Petzina das destabilisierende Leitmotiv der Wirtschaftspolitik der Weimarer Republik erblickte<sup>230</sup>, stellte die Christliche Gewerkschaftsbewegung auch für Horlacher einen möglichen Bündnispartner dar. Er demonstrierte deshalb wirtschaftspolitischen Konsens mit den christlichen Gewerkschaften. Bereits am 1. August 1926 hatte er mit Genugtuung festgestellt, dass die Wiedereinführung der Agrarzölle im Rahmen der Kleinen Zolltarifnovelle nur „durch ein verständnisvolles Zusammenwirken der Bauernschaft mit anderen Ständen, besonders auch der christlichen Arbeiterschaft, im Reichstag“ zustande gekommen sei, wobei er Stegerwald besonders lobend erwähnte<sup>231</sup>. Während sich Horlacher an den „Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ annäherte, ging er gegenüber den Repräsentanten der Industrie auf Konfrontationskurs. Im handelspolitischen Ausschuss des Deutschen Landwirtschaftsrates lehnte er am 10. September 1926 jede Zusammenarbeit mit Industriellen bei den bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen kategorisch ab und plädierte für eine Zusammenarbeit mit den christlichen Gewerkschaften. Im Gegensatz dazu war der deutschnationale Rittergutsbesitzer Robert Graf Keyserlingk (1866–1959)<sup>232</sup> vom Reichslandbund noch geprägt von dem in der Vorkriegszeit herrschenden solidarprotektionistischen Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Industrie, weshalb er Horlacher die Behauptung entgegenhielt, dass „die Industrie nunmehr eingesehen habe, daß alles stocke, wenn die Landwirtschaft darniederliege“<sup>233</sup>. Keyserlingk war der Protagonist der industriefreundlichen Kräfte im Reichslandbund<sup>234</sup>. Horlacher sollte jedoch gegenüber Keyserlingk recht behalten. Am 22. Juli 1927 wurden im handelspolitischen Ausschuss des Deutschen Landwirtschaftsrates Klagen laut, dass die Industrie der Landwirtschaft für die Zusicherung eines passiven Verhaltens im Kampf um landwirtschaftliche Zollerhöhungen ein als untragbar empfundenenes Kontingent an zollvermindert einzuführenden Schweinen im Handelsvertrag mit Polen abgerungen habe<sup>235</sup>.

---

<sup>230</sup> Vgl. PETZINA, Ausgaben, 99.

<sup>231</sup> HORLACHER, Zollpolitik (1. August 1926), 1. Zur konstruktiven Rolle Stegerwalds bei der handelspolitischen Kompromissfindung, welche es den Gewerkschaftern im Zentrum im Gegenzug für sozialpolitische Leistungen ermöglichte, den Agrarzöllen zuzustimmen, vgl. FORSTER, Stegerwald, 376–382.

<sup>232</sup> Landwirt und Ministerialbeamter, protestantisch, geboren am 10. März 1866, humanistisches Gymnasium, Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, 1891 Promotion zum Dr. jur., Eintritt in den preußischen Verwaltungsdienst, 1898 bis 1906 Landrat des ostpreußischen Landkreises Fischhausen, 1910 Regierungspräsident von Königsberg, 1915 bis 1917 Ministerialdirektor im preußischen Landwirtschaftsministerium, 1917/1918 Reichskommissar für die drei baltischen Provinzen und Litauen, nach Kriegsende als Landwirt auf Schloss Cammerau bei Schweidnitz (Schlesien) tätig, 1921 bis 1933 Mitglied des preußischen Staatsrates und des Deutschen Landwirtschaftsrates, Mitglied des Reichslandbundes, Stellvertretender Präsident des Reichsverbandes der deutschen land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigungen, gestorben am 15. Oktober 1959. Zu Keyserlingk vgl. Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft, 916; MERKENICH, Grüne Front, 108f.

<sup>233</sup> BA Berlin, R8073/47, Sitzung des handelspolitischen Ausschusses des Deutschen Landwirtschaftsrates am 10. September 1926.

<sup>234</sup> Vgl. FLEMMING, Industrie, 269f.

<sup>235</sup> BA Berlin, R8073/47, Sitzung des handelspolitischen Ausschusses des Deutschen Landwirtschaftsrates am 22. Juli 1927.

Vor dem Hintergrund derartiger Kompromisse zeichnete sich das Scheitern der unentschieden zwischen agrarischen und industriellen Interessen lavierenden deutschen Handelspolitik deutlich ab. Während die Absatzmöglichkeiten der Landwirtschaft durch die Agrarzölle nicht entscheidend verbessert werden konnten, litt der industrielle Export doch unter den Agrarzöllen<sup>236</sup>. Für die Preiskrise, die seit 1926 sowohl den Getreidebau, als auch die Veredelungswirtschaft erschütterte, machte Horlacher die Handelsvertragspolitik der Reichsregierung verantwortlich<sup>237</sup>. In der Erhöhung der autonomen Zölle und der gleichzeitigen Revision der Handelsvertragspolitik bestand deshalb für die Agrarier parteiübergreifend der hauptsächliche Zweck der bestehenden Mitte-Rechts-Koalition. Das Auslaufen der geltenden Kleinen Zolltarifnovelle am 31. Juli 1927 wirkte deshalb stabilisierend auf die Regierungskoalition. Während der neue deutschnationale Reichsernährungsminister Schiele vom Reichslandbund agrarisch-protektionistische Hoffnungen weckte<sup>238</sup>, zeigten die Repräsentanten von Reichslandbund und BV innerhalb der Koalition Entgegenkommen gegenüber den sozialpolitischen Forderungen der Gewerkschafter im Zentrum<sup>239</sup>. Auch in außenpolitischer Hinsicht hielt die Koalition. Geschlossen stimmte die DNVP mit den anderen Regierungsparteien gegen den von der Völkischen Arbeitsgemeinschaft beantragten Austritt aus dem Völkerbund<sup>240</sup>. Als die DNVP der Verlängerung des „Gesetzes zum Schutz der Republik“, mit dem republikfeindliche und monarchistische Organisationen verboten werden konnten, aus koalitionspolitischen Rücksichten zustimmte, war für sie eine Schmerzgrenze erreicht<sup>241</sup>. Für die parlamentarischen Repräsentanten von Reichslandbund und BV war die Grenze des Zumutbaren bei der Zustimmung zum deutsch-französischen Handelsvertrag erreicht, dem trotz der Bedenken wegen der Folgen auf den Wein-, Obst- und Gemüsebau am 7. April 1927 sämtliche Abgeordnete der Koalitionsparteien zustimmten<sup>242</sup>. Dabei handelte Horlacher gegen den erklärten Willen des Plenums der Landesbauernkammer, die die bisherige Handelsvertragspolitik der Reichsregierung scharf verurteilte<sup>243</sup>.

Da die Agrarier dies alles im Interesse einer deutlichen Erhöhung der Agrarzölle hinzunehmen bereit waren, führte die Diskussion um die Weiterführung der Agrarzölle im Sommer 1927 angesichts des nahen Auslaufens der Kleinen Zolltarifnovelle am 31. Juli 1927 zum ersten offenen Ausbruch der koalitionsinternen Spannungen. Die Konfliktlinien

<sup>236</sup> Zu den Folgen der 1925 kodifizierten deutschen Handelspolitik vgl. FELDENKIRCHEN, Zoll- und Handelspolitik, 344f.; FLEMMING, Industrie, 270–272.

<sup>237</sup> BAR vom 10. Oktober 1927.

<sup>238</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 393, Sitzung am 4. Juli 1927, 11207–11213.

<sup>239</sup> Vgl. STÜRMER, Koalition, 210–213; RUPPERT, Dienst, 252–257.

<sup>240</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 391, Sitzung am 5. Februar 1927, 8890–8893.

<sup>241</sup> Vgl. STÜRMER, Koalition, 213–216; RUPPERT, Dienst, 257–261.

<sup>242</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 393, Sitzung am 7. April 1927, 10634–10637. Zum deutsch-französischen Handelsvertrag vgl. BECKER, Handlungsspielräume, 183–185.

<sup>243</sup> BAR vom 10. Oktober 1927.

zwischen Landwirtschaft, Industrie und Gewerkschaften verliefen quer durch alle Koalitionsparteien. Vor allem für das Zentrum bedeutete die Zollvorlage eine innerparteiliche Zerreißprobe, zumal es die SPD verstand, die Gewerkschaftsvertreter im Zentrum für die erwartete Verteuerung der Lebenshaltung verantwortlich zu machen. In dieser Situation trug die Annäherung zwischen den christlichen Gewerkschaften einerseits, Reichslandbund und Bauernvereinen andererseits Früchte. Wegen der Kompromissbereitschaft Stegerwalds gelang es, die Konflikte innerhalb der Koalition zu überbrücken. Die Regierungsvorlage sah die Weiterführung der bisherigen Zolltarife bis zum 31. Dezember 1929 vor und gestand eine Erhöhung der Zölle für Schweinefleisch, Kartoffeln und Zucker zu. Für die Zustimmung zu diesem Kompromiss erreichte Stegerwald die Senkung der Zuckersteuer, eine verzögerte Erhöhung des Kartoffelzolls und die Weiterführung des zollfreien Gefrierfleischkontingents. Die zollpolitische Gleichbehandlung mit der Industrie blieb der Landwirtschaft weiterhin vorenthalten<sup>244</sup>. Der Kompromiss stellte das äußerste Zugeständnis aller am Kompromiss beteiligten Interessengruppen dar. In der Schlussdebatte verzichtete die BVP auf eine eigene Stellungnahme. In der Schlussabstimmung am 9. Juli 1927 stimmten sämtliche Abgeordnete der Koalitionsparteien für den Kompromiss. Kein Landwirt war unter den Gegnern zu finden<sup>245</sup>.

Da sich nach der Abstimmung außerhalb des Reichstages sofort Unmut über das als mangelhaft empfundene Verhandlungsergebnis breit machte, wuchs der Rechtfertigungsdruck auf Horlacher. Er versuchte deshalb die Verlängerung der geltenden Zolltarife als Erfolg darzustellen<sup>246</sup>. Bei der Vereinigung der deutschen Bauernvereine wurde ihm Verständnis entgegengebracht, als er erklärte, dass die Herabsetzung des Gefrierfleischkontingentes die Gefahr einer Verminderung der autonomen Zölle im Vergleich zum deutsch-schwedischen Handelsvertrag bedeutet hätte<sup>247</sup>. Im Plenum der Bayerischen Landesbauernkammer konnte er dagegen nicht mit dem Verständnis seiner Parteifreunde rechnen, als er am 22. September 1927 etwas naiv seine eigene maßgebliche Rolle bei der Ausarbeitung des Kompromisses betonte, denn „ein Teil der Maßnahmen, die zugunsten der Milchgebiete getroffen wurden, erfolgte auf die Anträge der Regierungsparteien, die unter meiner Führung, nachdem ich stundenlang darüber referiert und mit Zentrumsabgeordneten darüber verhandelt habe, zustande gekommen sind“. Während der überwiegende Teil der Plenarversammlung handelspolitische Maßnahmen zugunsten der Milchwirtschaft den stattdessen gewährten Krediten vorgezogen hätte, verteidigte Horlacher den handelspolitischen Kompromiss mit

<sup>244</sup> Zum Inhalt der Zolltarifnovelle von 1927 vgl. HORLACHER, Zweck (10. August 1927), 173–176. Zur Entstehung der Zolltarifnovelle von 1927 vgl. PANZER, Ringen, 92–100; STÜRMER, Koalition, 219–224; RUPPERT, Dienst, 262–264; FORSTER, Stegerwald, 422f.

<sup>245</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 393, Sitzung am 9. Juli 1927, 11447–11496.

<sup>246</sup> HORLACHER, Zweck (10. August 1927), 173–176.

<sup>247</sup> Archiv des WLV, D 26, Sitzung des Ausschusses für Zoll- und Handelspolitik bei der Vereinigung der deutschen Bauernvereine am 25. Oktober 1928.

dem zutreffenden Hinweis, dass eine Erhöhung der milchwirtschaftlichen Zölle wegen deren Bindung in den Handelsverträgen mit Italien und den Niederlanden zwecklos gewesen wäre. Als er von seinem Parteifreund Schlittenbauer daran erinnert wurde, dass er diesen beiden Handelsverträgen, die sich nun als Barriere für die Erhöhung milchwirtschaftlicher Zölle erwiesen, selbst zugestimmt hatte, wurde ihm das Dilemma seiner parlamentarischen Stellung zwischen koalitionspolitischen Rücksichtnahmen und agrarischen Interessen deutlich vor Augen geführt, weshalb er gereizt reagierte: „Herr Dr. Schlittenbauer ist nicht im Reichstag; ich bitte mich nicht zu unterbrechen. Der Vertrag ist von allen politischen Parteien angenommen worden. Sie sehen, wenn man ernstlich diskutieren will, dann beginnen sofort die unsachgemäßen Zwischenrufe.“<sup>248</sup> Horlachers gereizte Reaktion war ebenso wie Schlittenbauers Vorwurf auf die erfolgreiche populistische Agitation zurückzuführen, die der BBB gegen den BV wegen der Handelspolitik der Reichsregierung führte. Während der BV über die BVP im Reich in der Regierungsverantwortung stand und Kompromisse mittragen musste, die den Unmut der praktischen Landwirte hervorriefen, gelang es dem BBB, sich auf Kosten des BV auszubreiten. Ganze Ortsgruppen wechselten seit 1925 vom BV zum BBB<sup>249</sup>. Darauf musste Horlacher auch bei der geplanten Erhöhung der Beamtenbesoldung<sup>250</sup> Rücksicht nehmen – zumal Horlacher in dieser Hinsicht selbst angreifbar war, da sein eigenes Gehalt an die Beamtenbesoldung gekoppelt war. Entsprechend seiner bisher verfolgten Taktik konnte er angesichts der abzusehenden Mehrheit für die Erhöhung der Beamtenbesoldung ohne unmittelbare Gefährdung der Regierungsstabilität gegen die Regierungsvorlage stimmen. Gemeinsam mit den Bauernbundsabgeordneten stimmten die vier agrarischen BVP-Abgeordneten Horlacher, Lang, Gerauer und Sebastian Diernreiter (1875–1956)<sup>251</sup> am 14. Dezember 1927 deshalb gegen die Beamtenbesoldung<sup>252</sup>.

Horlachers Abstimmungsverhalten im Reichstag oszillierte dauernd zwischen der Zustimmung zu einer Wirtschafts- und Sozialpolitik, die er gerade noch zu akzeptieren bereit war, und einer öffentlich vorgetragenen Kritik an dieser Wirtschafts- und Sozialpolitik. Nicht ohne Grund wurde der BVP deshalb von Fehr vorgeworfen, nur deswegen gegen den deutsch-

<sup>248</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 22. September 1927, 117f. Es gibt aufgrund von Horlachers zentraler agrarpolitischer Stellung innerhalb der Reichstagsfraktion der BVP keinen Zweifel daran, dass er tatsächlich eine maßgebliche Rolle bei der Aushandlung des Agrarkompromisses vom Sommer 1927 einnahm – wengleich sich in den Akten der Reichskanzlei nur mehr ein Schatten seiner Mitwirkung erkennen lässt (vgl. Vermerk des Ministerialrats Feßler über Verhandlungen des Interfraktionellen Ausschusses der Regierungsparteien am 5. Juli 1927, in: AdR. Die Kabinette Marx III und IV, 841f.).

<sup>249</sup> Zur Ausbreitung des BBB zwischen 1925 und 1928 vgl. BERGMANN, Bauernbund, 321–324; ALTENDORFER, Donauhochwasseragitation, 363–376.

<sup>250</sup> Zur Reform der Beamtenbesoldung vgl. RUPPERT, Dienst, 274–287; FORSTER, Stegerwald, 423–437. Zur Agitation des BBB gegen die Erhöhung der Beamtenbesoldung vgl. BERGMANN, Bauernbund, 286–288.

<sup>251</sup> Landwirt, katholisch, geboren am 1. Juni 1875 in Pfaffenham (Bezirksamt Traunstein), Gründer und Leiter mehrerer Genossenschaften, Herausgeber der Zeitschrift *Der Motor*, Unteroffizier im Ersten Weltkrieg, 1912 bis 1918 Mitglied der Kammer der Abgeordneten des Bayerischen Landtages für die Bayerische Zentrumspartei, 1920 bis 1932 MdR für die BVP, Ökonomierat, gestorben am 5. September 1956. Zu Diernreiter vgl. LUIBLE, Vertretung, 62; BERGMANN, Bauernbund, 358; HAUNFELDER, Reichstagsabgeordnete, 305.

<sup>252</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 394, Sitzung am 14. Dezember 1927, 12116–12125.



schweizerischen Handelsvertrag gestimmt zu haben, da er an ihrer Ablehnung nicht scheitern konnte<sup>253</sup>. Indem Horlacher die Regierungskoalition auf diese Art und Weise stützte, trug er gleichzeitig zur ihrer Destabilisierung bei. Tatsächlich stabilisierte sich dadurch der quer zu den Parteigrenzen verlaufende Gegensatz der Gruppeninteressen von Industrie, Landwirtschaft und Gewerkschaften, welcher das Verhältnis von Opposition und Regierung überlagerte und das Parlament als Austragungsort interessengebundener Konflikte diskreditierte. Die unerfüllten agrarpolitischen Wünsche von Reichslandbund und den Bauernvereinen bildeten nun ebenso wie die sozialpolitischen Forderungen des Zentrums, die kulturliberalen Programmpunkte der DVP und die revisionistische Programmatik der DNVP eine permanente Gefahr für den Bestand der Regierungskoalition<sup>254</sup>.

Tatsächlich hatte sich im Herbst 1927 ein Stimmungsumschwung zugunsten der Landwirtschaft bemerkbar gemacht. Die Industrie zeigte wegen der abflauenden Konjunktur<sup>255</sup> Bereitschaft, den Forderungen der Landwirtschaft zur Stärkung des Binnenmarktes entgegenzukommen<sup>256</sup>. Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht (1877–1970) hatte im November 1927 zu bedenken gegeben, dass die Zunahme der deutschen Auslandsverschuldung eine Folge der Agrarimporte und eine Gefährdung für die Stabilität der Währung sei<sup>257</sup>. Ein weiterer Ausbau der Agrarzölle scheiterte jedoch daran, dass der Wille der Koalitionspartner zur weiteren Zusammenarbeit seit der Erhöhung der Beamtenbesoldung erschöpft war. Das Reichsschulgesetz, mit dem das Zentrum den Vorrang der Konfessionsschule auf Reichsebene zu erreichen erstrebte, brachte dann den Bruch der Koalition. Die nationalliberale DVP – ansonsten zum Ärger der Agrarier „politisches Transformationsorgan der in ihr dominierenden Unternehmerinteressen“<sup>258</sup> – hielt dem Druck der oppositionellen linksliberalen DDP aus Angst vor einem Verlust an Wählerstimmen nicht stand. Das Zentrum scheiterte im Bildungsausschuss des Reichstages an einer Koalition zwischen den Oppositionsparteien und der regierenden DVP. Daraufhin erklärte der Fraktionsführer des Zentrums am 15. Februar 1928 die Koalition für beendet<sup>259</sup>. Horlachers bisherige Bemühungen um den Erhalt der Mitte-Rechts-Koalition waren gescheitert. Wie sehr er mit dieser zufrieden war, zeigte sich an der positiven Bilanz der Regierungsarbeit, die Horlacher auf einer „Notkundgebung“ des BV in Münchens Mathäersaal am 18. Februar 1928 in Gegenwart des bayerischen Ministerpräsidenten zog, wobei er deutlich machte, dass

<sup>253</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 393, Sitzung am 9. Juli 1927, 11465–11470.

<sup>254</sup> Vgl. STÜRMER, Koalition, 182–190.

<sup>255</sup> Darin bestanden die ersten Anzeichen der Weltwirtschaftskrise. Vgl. BORCHARDT, Wachstum, 183–205.

<sup>256</sup> Vgl. PANZER, Ringen, 101–115.

<sup>257</sup> Vgl. PANZER, Ringen, 108f. Zu den negativen Handelsbilanzen 1925, 1927 und 1928 trugen die Agrarimporte an hervorragender Stelle bei. Stets entfielen in diesen Jahren etwa ein Drittel der Einfuhren auf Nahrungs- und Futtermittel. Vgl. BECKER, Handlungsspielräume, 43.

<sup>258</sup> DÖHN, Verschränkung, 888. Zum Einfluss der Industrie auf die DVP vgl. DÖHN, Verschränkung, 884–906; RICHTER, Deutsche Volkspartei, 201–216.

<sup>259</sup> Zum Bruch der Koalition aufgrund des Reichsschulgesetzentwurfes vgl. RUPPERT, Dienst, 287–299; DÖRR, Deutschnationale Volkspartei, 355–361.

die Koalition gegen den Willen der BVP aufgelöst worden sei<sup>260</sup>. Die DVP kritisierte er dafür heftig: „Es sei traurig, daß der Kulturkampfliberalismus in Zeiten der Not in solcher Form wieder sein Haupt erhebe.“ Während er die „Mischmasch-Schulen“ ablehnte, wünschte er sich eine Koalition mit der unternehmerfreundlichen DVP nicht mehr. Stattdessen wollte er im nächsten Reichstag mit den christlichen Gewerkschaftern „Schulter an Schulter kämpfen“<sup>261</sup>.

## **7. Höhepunkt der Karriere: Ausschussvorsitzender im Reichstag**

Nach dem Bruch der Koalition betrieben sämtliche Parteien des Reichstages mit Ausnahme der KPD und der nationalsozialistischen Völkischen Arbeitsgemeinschaft die Aufstellung eines Notprogramms, um ihre Wahlversprechen von 1924 einlösen und ihre jeweilige Klientel zufrieden stellen zu können, bevor die Regierungskrise durch Neuwahlen behoben werden konnte. Nachdem die Reichsregierung das Notprogramm am 19. Februar 1928 der Öffentlichkeit vorgestellt und sich verpflichtet hatte, für dessen Durchführung bis zum 31. März 1928 Sorge zu tragen, löste Hindenburg den Reichstag auf und setzte Neuwahlen für den 20. Mai an. Mit dem Subventionsrausch des Notprogramms wurden alle bisherigen Versuche, der Entente die Unmöglichkeit der deutschen Reparationsverpflichtungen zu demonstrieren, konterkariert und die Konsolidierung des Haushaltes parteipolitischen Interessen geopfert<sup>262</sup>.

Das Landwirtschaftliche Notprogramm umfasste direkte Zuschüsse zur Rationalisierung des schwer angeschlagenen landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens (25 Millionen Mark), zur Förderung des Absatzes von Schlachtvieh und Fleisch (8 Millionen Mark), zur Förderung der Geflügelzucht (1 Million Mark) und zur Behebung außerordentlicher Notstände (30 Millionen Mark). Daneben wurden umfangreiche Kreditgarantien zur Umschuldung kurzfristiger in langfristige Kredite (200 Millionen Mark), zur Organisation des Absatzes von Schlachtvieh und Fleisch (22 Millionen Mark) und zur Beschaffung von Kunstdünger in den Notgebieten (716.000 Mark) geschaffen. Flankiert wurde das Landwirtschaftliche Notprogramm durch die Halbierung des zollfreien Gefrierfleischkontingentes und die Ausdehnung des als Exportsubvention wirkenden Einfuhrscheinsystems auf Schweine. Die Aufnahme weitergehender zoll- und handelspolitischer Forderungen scheiterte am Widerstand des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Damit war das Notprogramm nicht dazu angetan, der Landwirtschaft schnelle Hilfe zu verschaffen. Es bestand aus langfristig wirkenden strukturellen Maßnahmen überwiegend

<sup>260</sup> Das Bayerische Vaterland vom 20. Februar 1928; BK vom 20. Februar 1928; Bayerisches Bauernblatt vom 21. Februar 1928.

<sup>261</sup> Das Bayerische Vaterland vom 20. Februar 1928.

<sup>262</sup> Zu diesem Notprogramm vgl. RUPPERT, Dienst, 300–305; BORCHARDT, Wachstum, 203.

nicht preispolitischer Natur. Obwohl das Landwirtschaftliche Notprogramm weit über die bisherigen agrarpolitischen Subventionen hinausging, machte der Haushalt des Reichsernährungsministeriums auch nach der Verabschiedung des Landwirtschaftlichen Notprogramms nur 10 Prozent des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums aus und es betrug der bewilligte Betrag zur Zinsverbilligung nur etwa ein Prozent der Verschuldung der Landwirtschaft<sup>263</sup>.

Da der Reichslandbund das Landwirtschaftliche Notprogramm als sein Kernanliegen betrachtete, war er darüber sehr enttäuscht. Im Reichslandbund wurde deshalb diskutiert, dem Landwirtschaftlichen Notprogramm die Zustimmung zu versagen. Um das Erreichte nicht zu gefährden, stimmten die Angehörigen des Reichslandbundes innerhalb der DNVP schließlich aber doch zu<sup>264</sup>. Der Bayerische Christliche Bauernverein schloss sich der Kritik des Reichslandbundes an. Es „hat bei einem sehr großen Teil deutscher Volksvertreter der ernstliche Wille gefehlt, eine durchgreifende Hilfe eintreten zu lassen“, so das *Bayerische Bauernblatt*<sup>265</sup>. Horlacher begrüßte das Landwirtschaftliche Notprogramm als „zwingende Notwendigkeit“ lediglich wegen der Herabsetzung des Gefrierfleischkontingentes und der Einführung der Einfuhrscheine für Schweine und Schweinefleisch. Nur darin sah er „positive Maßnahmen“<sup>266</sup>.

Für die DNVP aber entwickelte sich das Landwirtschaftliche Notprogramm zur Existenzfrage. Nachdem dessen konkrete Gestalt bekannt geworden war, hatte sich am 17. Februar 1928 eine Gruppe bäuerlicher Abgeordneter von der DNVP abgespalten, die mit der bisherigen Vertretung ihrer Forderungen im Rahmen der DNVP unzufrieden waren. Das als ungenügend empfundene Landwirtschaftliche Notprogramm wurde deshalb als Anlass genommen, die lange gehegten Pläne zur Errichtung einer eigenen Bauernpartei aus dem Reichslandbund heraus zu verwirklichen, was schließlich zur Errichtung der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei führte<sup>267</sup>. Wenn deshalb Horlacher am 2. April 1928 zum Vorsitzenden des Reichstagsausschusses gewählt wurde, der die Richtlinien zur Durchführung des Landwirtschaftlichen Notprogramms erstellen sollte<sup>268</sup>, so ist dies als bewusstes Zurückweichen der DNVP von der agrarpolitischen Frontlinie zu sehen. Trotzdem darf die Übertragung des Vorsitzes an Horlacher als Anerkennung von dessen agrarpolitischen Kenntnissen und taktischen Fähigkeiten betrachtet werden<sup>269</sup>. Damit hatte

<sup>263</sup> Zur Bewertung des Landwirtschaftlichen Notprogramms vgl. PANZER, Ringen, 117–122; GESSNER, Agrarverbände, 155–159; BECKER, Handlungsspielräume, 259–268.

<sup>264</sup> Vgl. MÜLLER, Bauer, 54–57.

<sup>265</sup> Bayerisches Bauernblatt vom 10. April 1928.

<sup>266</sup> HORLACHER, Durchführung (10. August 1928), 177.

<sup>267</sup> Zur Gründung der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei vgl. MÜLLER, Bauern- und Landvolkpartei, 23–70; MERKENICH, Front, 287–300; KITTEL, Weimar, 154–157.

<sup>268</sup> BA Berlin, R101/1632/1, Konstituierende Sitzung des Ausschusses zur Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms am 2. April 1928.

<sup>269</sup> Da der „Ausschuß zur Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms“ von allen Parteien beantragt wurde, welche das Landwirtschaftliche Notprogramm unterstützten (Verh. d. Reichstags. Anlagen Bd. 422, Nr.

Horlacher einen Höhepunkt seiner Karriere erreicht. Sein Name wurde nun in die maßgebenden deutschsprachigen biographischen Handbücher aufgenommen. Er fand sich nun in dem 1929 erschienenen *Handbuch des öffentlichen Lebens*, und das Handbuch *Deutscher Wirtschaftsführer* zählte ihn im selben Jahr zu den führenden deutschen Wirtschaftspolitikern. Im Jahr 1930 wurde er in das biographische Handbuch *Das Deutsche Reich von 1918 bis Heute* aufgenommen<sup>270</sup>. Durch seine Erwähnung in dem 1930 erschienenen zweibändigen und prachtvoll ausgestatteten *Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft* war er eine derjenigen Persönlichkeiten, „die nach ihrer wirtschaftlichen, kulturellen, politischen oder sonstigen Bedeutung oder nach Rang oder nach Herkunft interessieren“<sup>271</sup>. Nun häuften sich auch Einladungen ins Ausland. Im Oktober 1928 trat er als Festredner auf dem 7. Österreichischen Reichsbauerntag in Villach auf. Nachdem er von einer Kärntner Trachtenkapelle vom Bahnhof abgeholt worden war, wohnte er einem vom österreichischen Bundeskanzler, dem katholischen Priester Ignaz Seipel (1876–1932) zelebrierten Festgottesdienst bei. Von 3.000 Zuhörern umgeben, sprach er unmittelbar vor Seipel „oft von stürmischen Beifallskundgebungen unterbrochen, über die gemeinsame Not und die gemeinsamen Forderungen der deutschen und österreichischen Bauernschaft“<sup>272</sup>. Angesichts des Ansehens, das sich Horlacher als Agrarpolitiker im deutschen Sprachraum erworben hatte, äußerte Prieger am 17. Januar 1930 anlässlich von Horlachers zehnjährigem Dienstjubiläum als Direktor der Bayerischen Landesbauernkammer seine Zuversicht, dass seine arbeitsreichen Jahre im Dienst der gesetzlichen Berufsvertretung der Landwirtschaft in Bayern „bis jetzt und überhaupt für Sie bisher nur eine Etappe darstellten“<sup>273</sup>.

Eine der begehrtesten landwirtschaftlichen Auszeichnungen – der Titel des bayerischen Ökonomierates<sup>274</sup> – blieb Horlacher jedoch verwehrt. Im Präsidium der Landesbauernkammer war bereits 1926 diskutiert worden, Horlacher für die Verleihung dieses Titels beim bayerischen Landwirtschaftsministerium vorzuschlagen. Horlacher selbst lehnte es ab, vorgeschlagen zu werden, da er das Mindestalter von 40 Jahren noch nicht erreicht hatte. Der Antrag wäre deshalb aussichtslos gewesen<sup>275</sup>. Nach dem Willen des Präsidiums der Landesbauernkammer sollte er nach dem Erreichen der Altersgrenze die Stufe des einfachen Ökonomierates überspringen und gleich zum Landesökonomierat ernannt werden<sup>276</sup>. Obwohl es sich bei Horlacher „zweifelsohne um einen um die Landwirtschaft sehr

---

4179), gab es keinen geschäftsordnungsmäßigen Grund, ein Fraktionsmitglied der BVP mit dem Ausschussvorsitz zu betrauen. Zur Bestimmung der Vorsitzenden der Ausschüsse im Reichstag vgl. LAMBACH, Herrschaft, 63f.

<sup>270</sup> Vgl. die chronologische Auflistung der Lebensbilder über Michael Horlacher im Anhang.

<sup>271</sup> BayHStA, NL Horlacher 1.1, Kurt Müller an Horlacher, undatiert.

<sup>272</sup> Bayerisches Bauernblatt vom 9. Oktober 1928.

<sup>273</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 17. Januar 1930, 238.

<sup>274</sup> Zur Geschichte des Ökonomieratstitels vgl. HAUSHOFER, Ökonomieräte, 159–165.

<sup>275</sup> BayHStA, ML 2435, Prieger und Horlacher an ML, 16. November 1927.

<sup>276</sup> BayHStA, ML 2435, Prieger und Horlacher an ML, 17. November 1928; BayHStA, ML 2435, Mittermeier an ML, 27. November 1928.

verdienten Mann“ handle, riet der vom Landwirtschaftsministerium konsultierte Regierungspräsident von Oberbayern am 24. November 1928 mit dem Hinweis auf Horlachers jugendliches Alter von einer Verleihung des Titels Landesökonomierat ab<sup>277</sup>. Da sich die Landesbauernkammer nicht mit dem Titel eines einfachen Ökonomierates begnügen wollte, blieb Horlacher die Ehrung auch damit schließlich ganz vorenthalten. Dies bedeutete für ihn eine deutliche Zurücksetzung. Denn die meisten agrarischen Spitzenfunktionäre in Bayern führten den Titel eines Ökonomierates. Als dem oberbayerischen Bauernkammerdirektor Josef Reisinger der Titel eines einfachen Ökonomierates verliehen werden sollte, wurde als Grund sogar angeführt, „daß wohl die meisten Kollegen diese Auszeichnung bereits besitzen“<sup>278</sup>. So war auch Horlachers Konkurrent, der Landbunddirektor Wolfgang Brügel damit geehrt worden, obwohl wegen dessen Agitation gegen die Zwangswirtschaft Bedenken dagegen bestanden hatten<sup>279</sup>. Dabei wurde die Verleihung des Ökonomieratstitels vom bayerischen Landwirtschaftsministerium durchaus als politisches Disziplinierungsmittel eingesetzt<sup>280</sup>. Es kann deshalb nicht ausgeschlossen werden, dass Horlacher vom Landwirtschaftsministerium bewusst zurückgesetzt wurde, da es sich bei der Bayerischen Landesbauernkammer um eine mit dem Landwirtschaftsministerium um administrative Kompetenzen konkurrierende Organisation handelte<sup>281</sup>. Jedenfalls blieben Horlacher und Gandorfer die einzigen prominenten bayerischen Agrarpolitiker, die auf den Titel verzichten mussten<sup>282</sup>.

## 8. Heims Rückkehr auf die politische Bühne

Während sich Horlacher auf dem Höhepunkt seiner Karriere befand und sich dabei von dem Einfluss seines Mentors Heim immer weiter befreien konnte, bemühte sich dieser darum, wieder auf die politische Bühne zurückzukehren, seitdem er sich seit 1927 gesundheitlich wieder erholt hatte<sup>283</sup>. Diese Rückkehr drohte jedoch zunächst zu scheitern. Die Kontinuität seiner Autorität war unterbrochen. Schlittenbauer hatte seit dem Rückzug Heims eine immer

<sup>277</sup> BayHStA, ML 2435, Regierungspräsidium von Oberbayern an ML, 24. November 1928.

<sup>278</sup> BayHStA, ML 2434, Josef Schilcher an Fehr, 7. Dezember 1926.

<sup>279</sup> BayHStA, ML 2435, Regierungspräsidium von Mittelfranken an ML, 14. Dezember 1927.

<sup>280</sup> Das führte vor allem zu Unzufriedenheit im BV. Vom oberbayerischen Bauernvereinsdirektor Melchner wurde Staatsrat Lang für das Scheitern seiner bisherigen Bemühungen verantwortlich gemacht, zum Landesökonomierat ernannt zu werden (BayHStA, ML 2434, Melchner an Lang, 28. Dezember 1925; BayHStA, ML 2434, Josef Schmid an Held, 21. September 1925). Kropp (BV) beschwerte sich bei Landwirtschaftsminister Fehr (BBB), dass der BV bei der vergangenen Verleihung des Ökonomieratstitels im Vergleich zum Bund der Landwirte bzw. Bayerischen Landbund übergangen worden sei (BayHStA, ML 2433, Kropp an Fehr, 13. Oktober 1924). Loyales Verhalten zur Staatsregierung im Allgemeinen und zum Landwirtschaftsministerium im Besonderen war neben den für die Landwirtschaft erworbenen Verdiensten tatsächlich eine der wichtigsten Voraussetzung für die Verleihung des Ökonomieratstitels. Vgl. HAUSHOFER, Ökonomieräte, 163.

<sup>281</sup> Vgl. Kapitel IV.7.

<sup>282</sup> BayHStA, ML 2435, Übersicht der Titel Geheimer Landesökonomierat, Landesökonomierat und Ökonomierat, Dezember 1928. Danach kam es zu keinen Verleihungen mehr.

<sup>283</sup> Vgl. RENNER, Heim (1961), 229.

eigenständigere Rolle als Generalsekretär des BV zu spielen begonnen und weigerte sich nun, Heims Wunsch nachzukommen und den bayerischen Landwirtschaftsminister Fehr (BBB) nicht zum Bauerntag der Vereinigung der deutschen Bauernvereine (23. bis 25. September 1927) einzuladen<sup>284</sup>. Am 24. September 1927 kam es deshalb zum offenen Bruch zwischen Heim einerseits, dem BV und Schlittenbauer andererseits. Heim fühlte sich von Schlittenbauer brüskiert und erklärte seinen Austritt aus der Vorstandschaft des BV<sup>285</sup>. Der Streit konnte beigelegt werden, als mit Hundhammer seit 1. Januar 1928 ein Gefolgsmann Heims als hauptamtlicher Generalsekretär des BV neben Schlittenbauer berufen wurde<sup>286</sup>.

Diese Episode zeigt trotzdem, wie sehr Heims politischer Einfluss geschwunden war. Dagegen erfreute sich der BBB als bayerischer Koalitionspartner politischen Ansehens und Einflusses, während es dem populistischen Bauernbundsflügel um Gandorfer gelang, den bäuerlichen Protest gegen die staatliche Agrarpolitik einzufangen und sich auf Kosten des BV auszubreiten. Dies erreichte Gandorfer, indem er den Volksentscheid über die Fürstenenteignung im Juni 1926 zur parteipolitischen Propaganda ausnutzte, die bayerische Staatsregierung wegen zu geringer Hilfen für die durch die Donauhochwasser im Sommer 1924 und Januar 1926 geschädigten Landwirte angriff, ohne Rücksicht auf die angespannte Finanzlage des Freistaates nehmen zu müssen, und die Erhöhung der bayerischen Beamtengehälter im März 1928 kritisierte<sup>287</sup>. Teile des BBB verhielten sich als Oppositionspartei, während der BBB doch gleichzeitig Regierungspartei in Bayern war. Aufgrund der Erfolge, welche die populistische Agitation Gandorfers für die Gesamtpartei in Niederbayern erzielte, war auch der gemäßigte, und in die Regierung eingebundene Bauernbundsflügel um Fehr und Mittermeier von diesem abhängig<sup>288</sup>. Diese Situation wurde im BV als derart unerträglich empfunden, dass der Plan entstand, den BBB als Koalitionspartner durch die SPD zu ersetzen. Heim setzte sich selbst an die Spitze dieser Bemühungen, wodurch es ihm gelang, den BV wieder hinter sich zu bringen. Nachdem Schlittenbauer auf dem Parteitag der BVP im Dezember 1927 die koalitionspolitischen Absichten des BV vorgestellt hatte<sup>289</sup>, kam es deswegen im Landesausschuss der BVP am 23. Juni 1928 zwischen den Bauernvereinsmitgliedern um Heim einerseits und Ministerpräsident Held andererseits zum Eklat. Nachdem sich Held geweigert hatte, den BBB durch die SPD zu ersetzen, „spielte der Bauerndoktor den wilden Mann“ – so *Das Bayerische Vaterland* – „und zog mit seinen Getreuen aus dem Christlichen Bauernverein aus der Versammlung ab.“<sup>290</sup>

<sup>284</sup> Vgl. dazu FRIEMBERGER, Schlittenbauer, 77; REUTER, Eminenz, 33–35.

<sup>285</sup> KLIER, Tagebuch, 127–129.

<sup>286</sup> Vgl. dazu BRAUN, Existenz, 51.

<sup>287</sup> Vgl. ALTENDORFER, Donauhochwasseragitation, 371–376.

<sup>288</sup> Zum Charakter des BBB als Oppositions- und Regierungspartei vgl. SCHÖNHOFEN, Bayerische Volkspartei, 201–207.

<sup>289</sup> BVC vom 17. Dezember 1927; vgl. dazu BERGMANN, Bauernbund, 325.

<sup>290</sup> Das Bayerische Vaterland vom 25. Juni 1928.

Wenn Heim mit seinem koalitionspolitischen Vorstoß auch keinen Erfolg hatte, so ist aber nichts unzutreffender als die Beurteilung, die Heim durch den deutschnationalen bayerischen Justizminister Franz Gürtner erfuhr, der ihn wegen derartiger obstruktiver Aktionen für senil erklärte<sup>291</sup>. Tatsächlich bereitete Heim seine Rückkehr in die Politik umsichtig und flexibel vor, wobei er die bayerische Staatsregierung und die Parteigremien der BVP über seine Berliner Kontakte, die ihm Horlacher zum Zentrum und zur Vereinigung der deutschen Bauernvereine herstellen konnte, zu umgehen verstand. Der von Horlacher in der Reichstagsfraktion forcierte und bezeichnenderweise dann unter der Moderation Heims am 20. November 1927 in dessen Privatwohnung kodifizierte Ausgleich zwischen BVP und dem Zentrum<sup>292</sup> muss deshalb vor dem Hintergrund von Heims Bemühungen um die Rückgewinnung seines ehemaligen politischen Einflusses gewertet werden. Wie sehr Heim daran interessiert war, seinen Einfluss im Reichszentrum zu erhöhen, zeigte sich auch an der Vehemenz, mit der er ab 1927 in die Führungskämpfe eingriff, welche die Vereinigung der deutschen Bauernvereine seit 1926 erschütterten. Bereits 1926 war der Rheinische Bauernverein unter der Führung von Clemens Freiherr von Loë (1866–1930)<sup>293</sup> aus der Vereinigung der deutschen Bauernvereine ausgetreten, da Loë die organisatorische Verschmelzung des BV mit dem deutschnationalen Reichslandbund betrieb und deshalb die Bindung an das Zentrum gelöst hatte<sup>294</sup>. Der Präsident der Vereinigung der deutschen Bauernvereine – der Westfale Engelbert von Kerckerinck zu Borg (1872–1933)<sup>295</sup> – nahm selbst eine distanzierte Stellung zum Zentrum ein und sympathisierte mit der DNVP. Da er sich als deshalb unfähig erwiesen hatte, eine integrierende Wirkung auf die auseinanderstrebenden Bauernvereine auszuüben, und der neue Westfälische Bauernbund<sup>296</sup> unter der Führung eines katholischen Priesters dem Zentrum Wählerstimmen zu entziehen drohte, erhöhte sich der Druck des Zentrums auf Kerckerinck. Der westfälische Reichstagsabgeordnete Carl Herold (1848–1931)<sup>297</sup> betrieb deshalb dessen Ablösung. In dem

---

<sup>291</sup> Bericht des württembergischen Gesandten vom 17. Dezember 1928 in: Politik in Bayern, 211.

<sup>292</sup> Vgl. Kapitel VI.5.

<sup>293</sup> Gutsbesitzer, katholisch, geboren am 8. März 1866 auf Schloss Adendorf, Jurastudium in Bonn, Löwen und München, Studium der Landwirtschaft in Bonn-Poppelsdorf, Mitglied der rheinischen Landwirtschaftskammer, Präsident des rheinischen BV, Direktor des Verbandes rheinischer Genossenschaften, gestorben am 7. Dezember 1930. Zu Loë vgl. MANN, Biographisches Handbuch, 249.

<sup>294</sup> Vgl. BARMAYER, Hermes, 59–67; JACOBS, Schorlemer, 45–49.

<sup>295</sup> Rittergutsbesitzer, katholisch, geboren am 3. Oktober 1872 in Sonderhaus bei Ahaus, Jurastudium, 1912 bis 1918 MdR für das Zentrum, 1916 bis 1928 Präsident der Vereinigung der deutschen Bauernvereine, Vorsitzender des westfälischen BV, der westfälischen Landwirtschaftskammer und des Aufsichtsrates der westfälischen Zentralgenossenschaft, gestorben am 25. Februar 1933. Zu Kerckerinck vgl. KRATZSCH, Kerckerinck.

<sup>296</sup> Zum Westfälischen Bauernbund vgl. KRATZSCH, Kerckerinck, 170f.

<sup>297</sup> Gutsbesitzer, katholisch, geboren am 20. Juli 1848, praktische landwirtschaftliche Ausbildung, Direktor des landwirtschaftlichen Hauptverbandes für den Regierungsbezirk Münster, Vorstandsmitglied der Landwirtschaftskammer für Westfalen und des westfälischen BV, Vorsitzender der Prüfungskommission für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte in Westfalen, 1909 Präsident des Deutschen Katholikentages, 1898 bis 1918 MdR und Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses für das Zentrum, 1919 bis 1931 MdL für das

ehemaligen Reichsernährungsminister und Zentrumspolitiker Hermes glaubte er den geeigneten Nachfolger für den am 15. Januar 1928 zurückgetretenen Kerckerinck gefunden zu haben, um die Vereinigung der deutschen Bauernvereine wieder enger an das Zentrum anzubinden und die organisatorische Unabhängigkeit der Bauernvereine vom Reichslandbund zu wahren. Dabei konnte sich Herold der Rückendeckung durch den Bayerischen Christlichen Bauernverein unter Heim sicher sein<sup>298</sup>. Deutliches Zeichen für das Interesse Heims an der Ablösung Kerckerincks durch Hermes war es, dass Horlacher die Delegation anführte, die Hermes die Präsidentschaft der Vereinigung der deutschen Bauernvereine antrug<sup>299</sup>. Hermes galt seither als Gewährsmann Heims in Berlin<sup>300</sup>.

Bereits wenige Wochen nach seiner Wahl an die Spitze der deutschen Bauernvereine am 27. März 1928 begann Hermes den bisherigen lockeren Dachverband in eine schlagkräftige bürokratische und auf seine Person zentrierte Organisation umzuwandeln. Nachdem er die Funktionen eines ehrenamtlichen Präsidenten und eines hauptamtlichen Geschäftsführers auf sich vereinte<sup>301</sup>, erweiterte er den hauptamtlichen Apparat der Berliner Zentralstelle um sieben auf neun Referate, zu deren Unterstützung er 15 ehrenamtlich besetzte Ausschüsse einrichtete<sup>302</sup>. Horlacher war bisher bereits Mitglied der Vollversammlung der Vereinigung der deutschen Bauernvereine<sup>303</sup> und wurde nun Vorsitzender des Steuerausschusses<sup>304</sup>. Als Vertreter des Bayerischen Christlichen Bauernvereins war er zudem Mitglied der Vorstandschaft der Vereinigung der deutschen Bauernvereine<sup>305</sup>. Als Inhaber dieser Ämter stellte er eine wesentliche Stütze für die von Hermes vorangetriebene Intensivierung der organisations- und agrarpolitischen Tätigkeit der Berliner Zentralstelle dar<sup>306</sup>. Dabei war Horlacher von der Notwendigkeit einer schlagkräftigen Verbandszentrale in

---

Zentrum, 1919/1920 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung, 1920 bis 1931 MdR, gestorben am 13. Januar 1931. Zu Herold vgl. HAUNFELDER, Reichstagsabgeordnete, 178; JACOBS, Bauernführer, 86–111.

<sup>298</sup> Zur Vorgeschichte der Wahl von Hermes an die Spitze der deutschen Bauernvereine vgl. GESSNER, Agrarverbände, 120–125; BARMEYER, Hermes, 29–31; JACOBS, Bauernführer, 114.

<sup>299</sup> BayHStA, NL Horlacher 1.9, Landfunkansprache von Andreas Hermes anlässlich des Todes von Michael Horlacher, 14. Oktober 1957.

<sup>300</sup> Vgl. GESSNER, Agrarverbände, 252.

<sup>301</sup> Vgl. BARMEYER, Hermes, 31.

<sup>302</sup> Zum Ausbau der Organisation der Berliner Zentralstelle der Vereinigung der deutschen Bauernvereine durch Hermes vgl. BARMEYER, Hermes, 40–42.

<sup>303</sup> Horlachers Teilnahme ist für folgende Mitgliederversammlungen gesichert: StadtA Regensburg, NL Heim 917, Mitgliederversammlung der Vereinigung der deutschen Bauernvereine am 11. Februar 1925; ACDP, NL Hermes I-090-002, Vollsitzung der Vereinigung der deutschen Bauernvereine am 27. September 1928; Archiv des WLW, D 32, Mitgliederversammlung der Vereinigung der deutschen Bauernvereine am 14. Juni 1929; Archiv des WLW, D 30, Mitgliederversammlung der Vereinigung der deutschen Bauernvereine am 4. Oktober 1929.

<sup>304</sup> Archiv des WLW, D 26, Sitzung des Ausschusses für Steuerpolitik bei der Vereinigung der deutschen Bauernvereine am 14. Dezember 1928.

<sup>305</sup> Archiv des WLW, D 33, Sitzung des Vorstandes der Vereinigung der deutschen Bauernvereine am 4. Oktober 1929.

<sup>306</sup> Neben dem Steuerausschuss war Horlacher noch Mitglied des Ausschusses für Allgemeine Wirtschaftspolitik, des Ausschusses für Zoll- und Handelspolitik und des Ausschusses für das Genossenschaftswesen (ACDP, NL Hermes I-090-002, Vollsitzung der Vereinigung der deutschen Bauernvereine, 27. September 1928).



Berlin überzeugt<sup>307</sup>. In Berlin bestand seine Funktion darin, Hermes die Unterstützung Heims zu vermitteln – wobei seine Tätigkeit andererseits auch eine wachsende Integration der bayerischen Bauernvereine in den Zentralverband bewirkte.

Wie sehr Heims Einfluss nicht zuletzt aufgrund des von Horlacher vermittelten Einflusses auf das Reichszentrum und die Vereinigung der deutschen Bauernvereine wieder gewachsen war, zeigte sich, als Fritz Schäffer mit massiver Unterstützung des BV am 4. Mai 1929 zum Vorsitzenden der BVP gewählt wurde, nachdem es noch im Vorfeld dieser Wahl wegen der Regierungsbeteiligung des BBB zu ausgedehnten publizistischen Auseinandersetzungen zwischen Heim und Held gekommen war<sup>308</sup>. Auch Schäffer war ein Protegé Heims<sup>309</sup>, was sich am augenfälligsten an dessen Mitgliedschaft in der Gesamtvorstandschaft des Bayerischen Christlichen Bauernvereins zeigte<sup>310</sup>. Heim bediente sich Horlachers als Verbindungsmann nach Berlin, Schäffers als Verbindungsmann in die BVP. Er selbst zog es aber vor, aus dem Hintergrund die Fäden zu ziehen, wie er nach seiner gegückten Rückkehr in die politische Arena im Vorstand der Vereinigung der deutschen Bauernvereine am 4. Oktober 1929 deutlich zu machen versuchte: „Ich kann sagen: ich will nichts mehr werden, ich bin nichts (Widerspruch), ich bin gar nichts, ich bin der Alte in der Stube, der die Dinge beobachtet, aber m.H., immer dann, wenn ich eine Gefahr sehe für ein Ideal meines Lebens, dann bin ich auf dem Posten, sonst wäre ich heute nicht hier.“<sup>311</sup>

Großes Interesse besaß Heim an Horlachers Tätigkeit in dem seit dem 2. März 1928 tagenden „Ausschuß zur Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms“, der auch die Verteilung der Mittel zur Rationalisierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens zu regeln hatte – wovon die von Heim als Direktor geleiteten Bauernvereinsgenossenschaften betroffen waren. Seit der Inflation klaffte eine eklatante Lücke zwischen dem hohen Kreditbedarf der Landwirtschaft und dem durch Inflation und Reparationsverpflichtungen verursachten Mangel an Krediten. Die Verbindung aus erhöhter Steuerbelastung, ungenügenden Erzeugerpreisen und überteuerten Krediten führte zu einer Verschuldung der Landwirtschaft, welche sich zwischen 1924 und 1927 um 76 Prozent von 3.223 Millionen Mark auf 5.684 Millionen Mark erhöhte, wobei vor allem der hohe Anteil

---

<sup>307</sup> Als es an der Jahreswende 1925/1926 zwischen dem rheinischen und dem von der Berliner Zentrale gestützten nassauischen BV zu Grenzstreitigkeiten gekommen war, währenddessen der rheinische BV mit dem Austritt aus der Vereinigung der deutschen Bauernvereine drohte (BARMAYER, Hermes, 60), meinte Horlacher verständnislos: „[...] jeder sollte heute wissen, wie bitter notwendig wir unsere Vereinigung in Berlin haben. Man sollte doch nicht so leicht sagen, wenn das und das nicht geschieht, treten wird aus der Vereinigung aus“ (StadtA Regensburg, NL Heim 917, Mitgliederversammlung der Vereinigung der deutschen Bauernvereine am 11. Februar 1925).

<sup>308</sup> Zur Vorgeschichte der Wahl Schäffers an die Spitze der BVP vgl. ALTENDORFER, Schäffer, 395–407; WIESEMANN, Vorgeschichte, 46f.

<sup>309</sup> Vgl. ALTENDORFER, Schäffer, 65f. und 293.

<sup>310</sup> Vgl. ALTENDORFER, Schäffer, 239.

<sup>311</sup> Archiv des WLV D 33, Sitzung des Vorstandes der Vereinigung der deutschen Bauernvereine am 4. Oktober 1929.

kurzfristiger Kredite besorgniserregend war<sup>312</sup>. Um das Kreditbedürfnis der Landwirtschaft zu befriedigen und die landwirtschaftliche Investitionstätigkeit zur Steigerung der Produktion anzuregen, wurden die Preußische Zentralgenossenschaftskasse (die so genannte Preußenkasse) und die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt mit öffentlich finanzierten Krediten versorgt. Diese sollten dann von den beiden Instituten an das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen weitergereicht werden. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften sanken dabei zu Verteilungsstellen der über die Preußenkasse vermittelten öffentlichen Gelder herab<sup>313</sup>. Das ursprünglich auf Preußen beschränkte Institut wurde damit zum genossenschaftlichen Spitzeninstitut im Deutschen Reich<sup>314</sup>. Da die Preußenkasse bei der Vergabe der Mittel jedoch zu unbekümmert vorging, drohte ihr die Illiquidität, wobei ihr die Bevorzugung der genossenschaftlichen Organisation des Reichslandbundes den Vorwurf der Begünstigung des ostelbischen Großgrundbesitzes eintrug<sup>315</sup>. Nachdem die sozialdemokratisch geführte preußische Regierung einen Wechsel im Direktorium der Preußenkasse herbeigeführt hatte, plante der deutschnationale Reichsernährungsminister Schiele eine Stärkung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens gegenüber der Preußenkasse, deren Direktorium er wegen des Einflusses der preußischen Regierung misstrauisch beobachtete<sup>316</sup>. Deshalb beabsichtigte Schiele die organisatorische Verschmelzung des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften und des Generalverbandes der deutschen Raiffeisengenossenschaften mit den genossenschaftlichen Organisationen von Reichslandbund und Bauernvereinen. Zu diesem Zweck hatte Schiele 25 Millionen Mark in das Landwirtschaftliche Notprogramm eingesetzt. Dabei sollten diese Mittel nicht zur unmittelbaren finanziellen Sanierung der Genossenschaften ohne organisatorische Rationalisierungsmaßnahmen Verwendung finden dürfen. Denn Schiele wollte mit den Reichsmitteln primär einen Anreiz zur Sanierung durch organisatorische Rationalisierung geben<sup>317</sup>.

Heim war es gelungen, die Schwierigkeiten, in die auch die bayerischen Bauernvereinsgenossenschaften aufgrund von Inflation und Währungsreform geraten waren, weitgehend aus eigener Kraft zu bewältigen<sup>318</sup>. Er war deshalb in der Lage, Schieles Vorhaben als „Danaergeschenk“ abzulehnen<sup>319</sup>. Heim wollte die Selbständigkeit der

<sup>312</sup> Vgl. BECKER, Handlungsspielräume, 88–92.

<sup>313</sup> Vgl. ZINKE, Entwicklung, 97–117; PETZINA, Ausgaben, 93–95.

<sup>314</sup> Zur Preußenkasse vgl. NELL-BREUNING, Zentralgenossenschaftskasse, 1571–1574; PUFENDORF, Klepper, 36–92.

<sup>315</sup> Zur Krise der Preußenkasse vgl. BARMEYER, Hermes, 131f.; NELL-BREUNING, Zentralgenossenschaftskasse, 1572f.; PUFENDORF, Klepper, 43–49.

<sup>316</sup> PUFENDORF, Klepper, 64 hält es für unwahrscheinlich, dass darin die Motivation Schieles gelegen habe, da die starke Stellung der Preußenkasse innerhalb des landwirtschaftlichen Organisationswesens dadurch nicht spürbar verringert worden wäre.

<sup>317</sup> Zur Rationalisierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens vgl. BARMEYER, Hermes, 129–145; PUFENDORF, Klepper, 64–72.

<sup>318</sup> Vgl. HÜTTL, Genossenschaftsverband, 119–121.

<sup>319</sup> Vgl. HÜTTL, Genossenschaftsverband, 121f.; BARMEYER, Hermes, 136–138.

Bauernvereinsgenossenschaften nicht aufgeben und doch von den finanziellen Mitteln, die für die Rationalisierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens vorgesehen waren, profitieren. Aufgrund der strukturellen Unterschiede zwischen dem zentralistisch organisierten Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften und den dezentral organisierten Bauernvereinsgenossenschaften hielt er eine Verschmelzung für undurchführbar, wie er auf der Vollsitzung der Vereinigung der deutschen Bauernvereine am 27. September 1928 zu bedenken gab. Gegen die Verschmelzung sprach seiner Meinung nach aber auch der Selbsthilfegedanke – die organisationspolitische Ideologie des Genossenschaftswesens –, der jedem staatlichen Eingriff und der befürchteten monopolartigen Entwicklung im Genossenschaftswesen widerspreche. Einen genossenschaftlichen Einheitsverband wollte er nur als lockeren Dachverband bei voller organisatorischer Selbständigkeit der einzelnen Verbände akzeptieren. Im Anschluss daran sprach Horlacher den wahren Grund von Heims Unbehagen an der organisatorischen Verschmelzung der verschiedenen Genossenschaftsorganisationen ungeniert aus, indem er daran erinnerte, dass die Bauernvereine ohne ihre Genossenschaften nicht lebensfähig seien. Horlacher fürchtete deshalb nicht zu Unrecht um die „Bauernvereinsidee“, wenn es „nach diesem machtbrutalen Willen einzelner Herren“ gelingen sollte, die genossenschaftlichen Organisationen zu verschmelzen<sup>320</sup>.

Für den BV besaß Horlacher deshalb als Vorsitzender des „Ausschusses zur Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms“ eine eminente Bedeutung. Im *Bayerischen Bauernblatt* wurden an Horlacher am 10. April 1928 hohe Erwartungen gestellt: „Wir haben zu Herrn Dr. Horlacher, der als Vorsitzender des vom Reichstag eingesetzten 28gliedrigen Überwachungsausschusses gewählt worden ist, das Vertrauen, daß er unsere bayerischen Interessen mit allem Nachdruck wahrnehmen wird.“<sup>321</sup> Er konnte diese Erwartungen jedoch nicht erfüllen. Obwohl er die Unterstützung der SPD hatte, die in den Mitteln zur Rationalisierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens hauptsächlich eine Hilfe der Genossenschaften des Reichslandbundes vermutete, konnte er sich nicht gegen Schiele durchsetzen. Die Richtlinien waren am 28. April 1928 in der von Schiele gewünschten Form mehrheitlich im Ausschuss angenommen worden<sup>322</sup>. Dadurch stieg nun der Druck zur organisatorischen Verschmelzung, da an die Reichsmittel ohne organisatorische Rationalisierungsmaßnahmen nicht zu kommen war<sup>323</sup>. Heims Taktik bestand nun darin, diese Richtlinien einer Revision zu unterziehen, um doch noch an die Mittel zu kommen, die für die Rationalisierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens vorgesehen waren, ohne

<sup>320</sup> ACDP, NL Hermes I-090-002, Vollsitzung der Vereinigung der deutschen Bauernvereine am 27. September 1928.

<sup>321</sup> Bayerisches Bauernblatt vom 10. April 1928.

<sup>322</sup> BA Berlin, R101/1632/1, Sitzung des Ausschusses zur Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms, 28. April 1928.

<sup>323</sup> BAR vom 7. Mai 1928.

die daran geknüpften Bedingungen zu erfüllen. Die Gelegenheit dazu bot sich ihm, als Schiele nach der Reichstagswahl am 20. Mai 1928 in seinem Amt als Reichsernährungsminister durch den liberalen Hermann Dietrich (1879–1954)<sup>324</sup> ersetzt wurde. Den Anfangspunkt von Heims Revisionsbemühungen markiert ein Artikel, den Horlacher für das Organ des Wirtschaftsbeirates der BVP verfasste, um den Zweck der Rationalisierung im Genossenschaftswesen zu diskreditieren: „So sehr eine möglichst innere Geschäftsvereinfachung im Genossenschaftswesen begrüßt wird, so wird man sich doch nicht des Eindrucks erwehren können, daß die aus finanziellen Rücksichten von einzelnen erwünschte Vereinheitlichung des Genossenschaftswesens das Machtstreben bestimmter Personen nach einheitlicher Zusammenfassung des gesamten deutschen Genossenschaftswesens erst hervorgerufen hat. Eine solche Situation hat aber mit einem organisch und innerlich herausgewachsenen Bedürfnis für das gesamte landwirtschaftliche Genossenschaftswesen nicht das geringste zu tun.“ Er empfand es als Ungerechtigkeit, dass sanierungsbedürftige Genossenschaften in den Genuss öffentlicher Mittel kamen, während Genossenschaften, „die große Aufwendungen für die rationelle Ausgestaltung ihres Betriebes gemacht haben, aus Strafe dafür leer ausgehen sollen“ – womit er natürlich die Bauernvereinsgenossenschaften meinte. Dabei erkannte Horlacher die Notwendigkeit von Rationalisierungsmaßnahmen im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen durchaus an. Er wollte sie aber nur auf der Basis freiwilliger Abmachungen, durch „zweckentsprechende Vereinbarungen unter den Zentralgenossenschaften zwecks Abgrenzung der Tätigkeitsbereiche, gegenseitiges Ausweisen der Geschäftsbetriebe, Lagerhäuser usw.“, erreichen. Die „Unitarisierung, Zentralisierung und Monopolisierung im gesamten deutschen Genossenschaftswesen“ lehnte er jedoch ab. Deshalb forderte er eine Nachprüfung der Richtlinien in einem neuen Reichstagsausschuss und wiederholte Heims Vorschlag, die Mittel besser zur Zinsverbilligung für die Bauern zu verwenden anstatt sie in die organisatorische Verschmelzung der verschiedenen Genossenschaftsorganisationen zu stecken<sup>325</sup>.

Am 13. Juli 1928 stellte Horlacher im Plenum des Reichstages einen Antrag auf die abermalige Einsetzung eines „Ausschusses zur weiteren Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms“<sup>326</sup>, dessen Mitglied er dann auch war<sup>327</sup>. In diesem

<sup>324</sup> Jurist und Politiker der DDP, protestantisch, geboren am 14. Dezember 1879, humanistisches Gymnasium, Jurastudium, 1908 bis 1914 Bürgermeister von Kehl, 1914 bis 1919 Oberbürgermeister von Konstanz, im Kaiserreich Mitglied der Nationalliberalen Partei, seit 1919 Mitglied der linksliberalen DDP, seit deren Umbildung in die Deutsche Staatspartei (1930) deren Vorsitzender, 1919 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung, 1920 bis 1933 MdR, 1928 bis 1930 Reichsernährungsminister, 1930 bis 1932 Reichsfinanzminister, 1945 Gründungsmitglied der FDP, 1947 Direktor des Amtes für Ernährung und Landwirtschaft im Vereinigten Wirtschaftsgebiet (Bizone), gestorben am 6. März 1954. Zu Dietrich vgl. SALDERN, Dietrich.

<sup>325</sup> HORLACHER, Durchführung (10. August 1928), 177f.

<sup>326</sup> Verh. d. Reichstags. Anlagen Bd. 430, Nr. 163; Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 423, Sitzung am 13. Juli 1928, 225–233.

<sup>327</sup> BA Berlin, R101/1632/2, Liste der Mitglieder des Ausschusses zur Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms, 13. November 1928.

Ausschuss wieder eine Anregung Heims zu erblicken geht sicher nicht falsch. Denn während der Tagung dieses Ausschusses wartete Heim in Regensburg oft bereits ungeduldig auf Horlacher, um diesem Anweisungen für das weitere Vorgehen geben zu können<sup>328</sup>. Dabei fand Heim vor allem in Hermes einen wertvollen Verbündeten, der sich der Bedeutung der Bauernvereinsgenossenschaften zur Stützung der Bauernvereinsorganisation bewusst war und sich der genossenschaftspolitischen Autorität Heims fügte<sup>329</sup>. Einen Verbündeten fanden die beiden in Otto Klepper (1888–1957)<sup>330</sup>, dem Präsidenten der Preußenkasse. Dieser befürchtete den Verlust der Dominanz der Preußenkasse im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen nach der erfolgten Vereinheitlichung und wollte die dafür vorgesehenen Mittel zur Sanierung der Preußenkasse verwenden<sup>331</sup>. Deshalb forderte Heim auf der Vollsitzung der Vereinigung der deutschen Bauernvereine am 27. September 1928 entgegen seiner sonstigen partikularistischen Phraseologie, die Kontrolle über die Verteilung der Mittel aus dem Landwirtschaftlichen Notprogramm der Preußenkasse zu überlassen und nicht mehr an Bedingung der organisatorischen Vereinheitlichung zu knüpfen. Er behauptete, der „gesunde Zentralismus führt über die Preußenkasse“. Als Gegenleistung dafür forderte er die Verteilung der Mittel aus dem Landwirtschaftlichen Notprogramm nach der zahlenmäßigen Bedeutung der Genossenschaftsorganisationen<sup>332</sup>. Auf dieser Grundlage bekam Klepper von Hermes in einem Brief vom 15. November 1928 das Angebot, sich für die Überweisung der gesamten 25 Millionen an die Preußenkasse einzusetzen. Als Gegenleistung verlangte er die pauschale Überweisung von 3,5 Millionen Mark an die Bauernvereinsgenossenschaften ohne Rechenschaftspflicht<sup>333</sup>. Am 12. Juni 1929 bestätigte der Reichstag auf einen Antrag des Zentrums hin die neuen Richtlinien, welche die Verwendung der Mittel nicht mehr an die organisatorische Verschmelzung banden, die

---

<sup>328</sup> Am 15. April 1929 schrieb Heim an Horlacher: „Lieber Freund Horlacher! Den Volkswirtschaftsausschuß beschäftigen die nächsten Tage die neuen Richtlinien für die Verwendung des sog. Genossenschaftlichen Rationalisierungs-Fonds. Es wäre gut, wenn wir uns vorher sprechen könnten. Vielleicht können Sie Ihre Reise so einrichten, daß Sie über Regensburg kommen“ (StadtA Regensburg, NL Heim 1227, Heim an Horlacher, 15. April 1929).

<sup>329</sup> So erkannte Hermes die von Heim aufgestellten Grundsätze für die Verhandlungen wegen der Revision der Richtlinien als maßgebend an (ACDP, NL Hermes I-090-002, Sitzung des Vorstandes der Vereinigung der deutschen Bauernvereine am 28. März 1930).

<sup>330</sup> Jurist und Genossenschaftspolitiker, geboren am 17. August 1888 in Brottrode (Thüringen), humanistisches Gymnasium, Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Marburg, Berlin und Münster, Kriegsteilnehmer, seit 1921 Syndikus beim Reformbund der Gutshöfe, 1923 bis 1928 geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Domänenpächterverbandes und Vorstandsvorsitzender der Deutschen Pächter-Kreditbank, 1928 bis 1931 Präsident der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse, am 7. November 1931 zum preußischen Finanzminister berufen, nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten Flucht ins Ausland, Exil u.a. in China, Frankreich und Mexiko, 1947 Rückkehr nach Deutschland, Mitbegründer der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, gestorben am 11. Mai 1957. Zu Klepper vgl. PUFENDORF, Klepper.

<sup>331</sup> Vgl. BARMAYER, Hermes, 134.

<sup>332</sup> ACDP, NL Hermes I-090-002, Vollsitzung der Vereinigung der deutschen Bauernvereine am 27. September 1928.

<sup>333</sup> Vgl. BARMAYER, Hermes, 135.

unmittelbare finanzielle Sanierung zuließen und die Verteilung der Mittel der Preußenkasse und dem Reichsernährungsministerium übertrugen<sup>334</sup>.

Horlachers Aufgabe für Heim war zunächst mit der Revision der Richtlinien zur Verwendung der Mittel aus dem Landwirtschaftlichen Notprogramm erfüllt. Das Landwirtschaftliche Notprogramm war nun nach den Intentionen Heims abgeändert. Klepper ging aber nun daran, den Zusammenschluss der Genossenschaftsorganisationen zu einem einheitlichen Reichsverband der Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften – Raiffeisen seinerseits voranzutreiben, was den Intentionen Heims nicht mehr entsprach<sup>335</sup>. Obwohl Hermes neben Ludwig Hohenegg (1867–1933)<sup>336</sup>, dem Präsidenten des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, einer von zwei gleichberechtigten Präsidenten war, blieb Heim mit seinen bayerischen Bauernvereinsgenossenschaften fern<sup>337</sup>.

---

<sup>334</sup> Zu den neuen Richtlinien vom 12. Juni 1929 vgl. BARMAYER, Hermes, 136.

<sup>335</sup> Zur Errichtung des Reichsverbandes der Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften - Raiffeisen vgl. ZINKE, Entwicklung, 198–212; PUFENDORF, Klepper, 68–72.

<sup>336</sup> Genossenschaftsdirektor, katholisch, geboren am 28. Juni 1867 in Hohenfurch, Besuch der Kreisackerbauschule Landsberg, Ökonomieverwalter, Wanderlehrer beim Milchwirtschaftlichen Verein im Allgäu, 1. Juli 1902 Eintritt in den Bayerischen Landesverband landwirtschaftlicher Darlehenskassenvereine und Molkereigenossenschaften als Revisor und Molkereiinstruktor, seit 1908 dessen Generalsekretär, am 16. Juli 1919 Wahl zum ersten hauptamtlichen Verbandsdirektor durch die Generalversammlung, im Januar 1920 Mitglied im Verwaltungsrat des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, seit 1922 Stellvertretender Präsident dieses Reichsverbandes, seit 1930 mit Hermes an die Spitze des Präsidiums des Einheitsverbandes berufen, gestorben am 6. Februar 1933. Zu Hohenegg vgl. HOHENEGG, Raiffeisen, 261–263.

<sup>337</sup> Vgl. HÜTTL, Genossenschaftsverband, 121–124.

## VII. Auf dem Weg in die politische Mitte (1928–1930)

### 1. Der missglückte Reichstagswahlkampf

Nachdem Hindenburg die Neuwahlen für den Reichstag nach dem Bruch der Mitte-Rechts-Koalition auf den 20. Mai 1928 festgesetzt hatte, bereitete Horlacher seinen Wahlkampf von der Berliner Zentrale der Vereinigung der deutschen Bauernvereine aus vor. Gemeinsam mit Jakob Diel (1886–1969)<sup>1</sup>, dem Vizepräsidenten des Trierer Bauernvereins, entwarf er einen Wahlaufruf, der die kommenden Reichstagswahlen zum agrarpolitischen Entscheidungskampf stilisierte: „Die bevorstehenden politischen Wahlen müssen die Entscheidung bringen über die Zukunft der deutschen Landwirtschaft. Diese Entscheidung wird davon abhängen, wie stark der bäuerliche Einfluss im kommenden Reichstag und in den Landtagen sein wird. Bei der ungeheuren Wichtigkeit dieser Wahlen ist es vor allen Dingen notwendig, daß jeder Bauer mit seinen wahlberechtigten Angehörigen unbedingt seine Wahlpflicht erfüllt. Wahlenthaltung ist Verrat am Bauernstand.“ Gleichzeitig bekannten sie sich zur Integration agrarischer Interessen in ein volksparteiliches Parteikonzept: „Eigene Bauernparteien schwächen den Einfluss des Bauernstandes in den bisher der Landwirtschaft nahe stehenden Parteien, da diese Parteien gerade durch die Absonderung des Bauernstandes der Landwirtschaft entfremdet würden.“ Damit machte die Vereinigung der deutschen Bauernvereine deutlich, dass sie am Zentrum festhalten und gegen die Tendenz zu reinen Agrarparteien – wie sie sich an der Ausbreitung des BBB und der neu entstandenen konservativ-protestantischen CNBLP zeigte – vorgehen wollte, als Horlachers und Diels Aufruf am 6. März 1928 die Billigung der Vertreter sämtlicher deutscher Bauernvereine fand. Daraufhin wurde Horlacher gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen Franz Xaver Lang und Franz Herbert (1885–1945)<sup>2</sup> beauftragt, mit der BVP wegen der Aufstellung landwirtschaftlicher Kandidaten zu verhandeln<sup>3</sup>.

Am 17. April 1928 wurde Horlacher in einer gemeinsamen Sitzung des niederbayerischen und des oberpfälzischen Kreisausschusses der BVP wieder auf den vierten Platz der Liste der BVP für den Wahlkreis Niederbayern-Oberpfalz gesetzt<sup>4</sup>. Erstmals hatte es

<sup>1</sup> Landwirt und Winzer, katholisch, geboren am 8. Dezember 1886 als Sohn eines Bauern, Besuch des Gymnasiums, Kriegsteilnehmer im Ersten Weltkrieg, 1919 bis 1933 Vizepräsident des Trierer BV und Vorstandsmitglied der Vereinigung der deutschen Bauernvereine, 1921 bis 1933 MdL für das preußische Zentrum, 1933 Verlust aller Ehrenämter, Verhaftungen während des Dritten Reiches, 1945 Gründungsmitglied der CDU, 1947 bis 1957 MdL für die CDU in Rheinland-Pfalz, 1957 bis 1961 MdB, gestorben am 26. Dezember 1969. Zu Diel vgl. Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages, 146.

<sup>2</sup> Landwirt, katholisch, geboren am 8. Mai 1885 in Kolitzheim (Unterfranken) als Sohn eines Bauern, seit 1909 selbständiger Landwirt, seit 1919 Bürgermeister von Kolitzheim, 1924 bis 1933 Präsident des unterfränkischen BV, Ökonomierat, 1920 bis 1933 MdR für die BVP, KZ-Haft, starb auf dem Todesmarsch von Auschwitz nach Mauthausen, Todesdatum und Todesort unbekannt. Zu Herbert vgl. LUIBLE, Vertretung, 64; SCHWEBINGER, Schicksal, 71–73; SCHUMACHER, M.d.R., 271–273.

<sup>3</sup> Archiv des WLV, D 25, Aussprache von Vertretern der Bauernvereine am 6. März 1928.

<sup>4</sup> Regensburger Anzeiger vom 18. April 1928.

jedoch Widerstände gegen Horlachers Kandidatur gegeben. Klier notierte in sein Tagebuch zum 21. April 1928: „Dr. Horlacher rief mich ganz erbittert über Wutzlhofer<sup>5</sup> an und erklärte, daß er nur dann sich aufstellen lasse, wenn er auf die Reichsliste komme, da er unter keinen Umständen einen Durchfall riskieren wolle. Seine Frau wolle ohnehin schon, daß er sich vom politischen Leben zurückziehe.“<sup>6</sup> Horlacher hatte sich um seinen Wahlkreis seit der Reichstagswahl im Herbst 1924 nicht gekümmert. Selbst im Wahlkampf war er dort nicht erschienen<sup>7</sup>. Wutzlhofers Widerstand gegen die abermalige Nominierung Horlachers könnte darauf zurückzuführen sein. Jedenfalls zog Horlacher die Konsequenzen daraus und zeigte diesmal persönliche Präsenz in seinem Wahlkreis. Im Erhardisaal in Regensburg sprach er über „Bayerische Volkspartei und Landwirtschaft“. Er konzentrierte sich darauf, die freihändlerische handelspolitische Programmatik der Sozialdemokratie anzuprangern, um sie zum antiagrarischen Feindbild zu stilisieren und mit antisozialistischer Phraseologie eine integrierende Wirkung auf die bäuerlichen Wähler gegen den BBB auszuüben: „Die Gegner des Privateigentums“ – so Horlacher – „arbeiten mit den Mitteln der Handelspolitik gegen die Landwirtschaft und gegen das Eigentum.“<sup>8</sup> Horlacher seinerseits wurde von der BVP im Wahlkampf als Vorsitzender des „Ausschusses zur Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms“ zum maßgebenden agrarpolitischen Faktor für dessen „gedeihliche Durchführung“ stilisiert<sup>9</sup>. Von der BVP derart in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes in Ostbayern gerückt, wurde er zum hauptsächlichen Ziel der populistischen Angriffe des BBB – denen er letztlich nicht gewachsen war. Während er den Wahlkampf als weltanschauliche Auseinandersetzung gegen Sozialismus und bäuerlichen Wirtschaftsegoismus führen wollte, ließ er sich von den konkreten Vorwürfen und Forderungen des BBB in die Defensive drängen. Der schwäbische Reichstagsabgeordnete Fritz Kling (1879–1941)<sup>10</sup> behauptete, Horlacher habe bei der Debatte über den von ihm selbst eingebrachten Antrag bezüglich der Roggenpfandbriefschuldner gefehlt, weshalb ihm die Verantwortung für das Scheitern des Antrages zugewiesen wurde. Der oberbayerische Reichstagsabgeordnete Eisenberger warf Horlacher vor, bei der Plenarabstimmung über den Finanzausgleich abwesend gewesen zu sein. Horlacher konnte zwar all diese Vorwürfe mit dem Hinweis auf die Stenographischen Berichte des Reichstages entkräften, trotzdem waren sie bereits dazu angetan, seine Stellung

<sup>5</sup> Bei dem von Klier genannten Wutzlhofer handelt es sich um Hans Wutzlhofer, den Kreisgeschäftsführer der BVP für die Oberpfalz, und nicht um den ehemaligen bayerischen Landwirtschaftsminister Johann Wutzlhofer. Zu Hans Wutzlhofer (BVP) vgl. LILLA, Landtag, 205f.

<sup>6</sup> KLIER, Tagebuch, 140.

<sup>7</sup> Im *Regensburger Anzeiger*, dem Regensburger Organ der BVP, ließen sich während der Wahlkampfzeit im Herbst 1924 jedenfalls keine Versammlungsaktivitäten Horlachers feststellen.

<sup>8</sup> *Regensburger Anzeiger* vom 7. Mai 1928.

<sup>9</sup> *Regensburger Anzeiger* vom 10. Mai 1928.

<sup>10</sup> Landwirt und Bauernbundpolitiker, katholisch, geboren am 5. März 1879 in Beuren bei Pfaffenhofen (Schwaben), Übernahme des elterlichen Anwesens, Kriegsteilnehmer, seit 1920 Vorsitzender der Bezirksbauernkammer Neu-Ulm, 1924 bis 1933 MdR für den BBB, gestorben am 5. Juni 1941. Zu Kling vgl. BERGMANN, Bauernbund, 375; SCHUMACHER, M.d.R., 331.



zu erschüttern, nachdem sie nur ausgesprochen waren. Nachdem ihm der Regensburger Bauernbundssekretär Klement Ortloph (1890–1973)<sup>11</sup> vorgeworfen hatte, bei der Abstimmung über die Zollerhöhungen im Reichstag abwesend gewesen zu sein, sah sich Horlacher deshalb genötigt, das wahltaktisch wenig geeignete und letztlich nur seine Hilflosigkeit ausdrückende Mittel der Beleidigungsklage zu ergreifen – „aus politischen Gründen – und zwar nur aus diesen Gründen“, wie er im „Bayerischen Kurier“ eigens betonte<sup>12</sup>.

Das Wahlergebnis zeigte, wie sehr die BVP gerade wegen der regierungsloyalen Haltung ihrer Reichstagsfraktion bei der landwirtschaftlichen Bevölkerung gegenüber der seit 1925 intensivierten populistischen Agitation des BBB in die Defensive geraten war. Der BBB konnte seinen Stimmenanteil in Horlachers Wahlkreis um 100 Prozent erhöhen. Nur die Städte hielten der BVP die Treue<sup>13</sup>. Es waren deshalb nicht zuletzt die städtischen Stimmen, welche dem Agrarpolitiker Horlacher sein Reichstagsmandat verschafften. Die reinen Interessenparteien – wie sie etwa der BBB darstellte – waren neben den sozialistischen Parteien die Gewinner der Reichstagswahlen, die bisherigen Regierungsparteien der Mitte-Rechts-Koalition die Verlierer. Der mit weltanschaulicher Propaganda geführte antisozialistische Wahlkampf der Regierungsparteien war gescheitert. Eine Regierung ohne die SPD als größter Reichstagsfraktion war nicht mehr möglich. Zur gleichen Zeit, als Horlacher die Parteien in „Freund und Feind im Reichstag“ einzuteilen versuchte und den „schutzzollgegnerischen Parteien“ SPD und KPD ratlos die „großen Parteien, die die verschiedenen Stände für die Landwirtschaft einsetzen“, gegenüberstellte<sup>14</sup>, beauftragte Hindenburg den sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden Hermann Müller (1876–1931) mit der Regierungsbildung. In der Hoffnung auf eine endgültige Regelung des Länderfinanzausgleichs erklärten sich die bayerische Staatsregierung und die Münchner Parteiorgane der BVP bereit, sich an der Reichsregierung zu beteiligen<sup>15</sup>. Da die Koalitionsverhandlungen jedoch an den wirtschaftspolitischen Differenzen zwischen SPD und DVP scheiterten und das Zentrum nach der Wahlniederlage vor der abermaligen Übernahme

---

<sup>11</sup> Bauernbundssekretär, katholisch, geboren am 21. Mai 1890 in München, 1903 bis 1905 Besuch der Landwirtschaftsschule in Triesdorf, 1905 bis 1914 Landwirtschaftslehrer, Kriegsteilnehmer, nach Kriegsende landwirtschaftlicher Verwalter, 1920 Wahl in die Bezirksbauernkammer Ingolstadt, 1924 bis 1933 Kreissekretär des BBB in Regensburg und Herausgeber der *Regensburger Allgemeinen Zeitung*, 1933 Verlust der beruflichen Stellung, 1945 Gründungsmitglied der CSU, Zweiter Vorsitzender der oberpfälzischen CSU, 1946 Mitglied der Bayerischen Verfassungegebenden Landesversammlung, 1946 bis 1958 MdL, gestorben am 24. September 1973. Zu Ortloph vgl. BayHStA, OMGB 9/63-3/19, Biographical Scetch: Klement Ortloph, undatiert; Die CSU 1945–1948, 1911.

<sup>12</sup> Vgl. die Zusammenstellung der Angriffe des BBB auf Horlacher im Vorfeld der Reichstagswahl 1928 in: HORLACHER, Bauernbundsagitation (26. März 1928), 1f.

<sup>13</sup> Zur Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 vgl. BERGMANN, Bauernbund, 331–333; HOLMES, NSDAP, 129f.; ALTENDORFER, Donauhochwasseragitation, 374–376; DÖRR, Deutschnationale Volkspartei, 362–390.

<sup>14</sup> IfZ-Archiv, Sammlung Bayernpartei ED 719/160, Michael Horlacher, Die gegenwärtige Lage der deutschen Landwirtschaft, undatiertes Manuskript.

<sup>15</sup> Vgl. SCHÖNHOFEN, Bayerische Volkspartei, 215–218.

von Regierungsverantwortung zurückschreckte, bildete Müller ein „Kabinett der Köpfe“. Es setzte sich aus Mitgliedern von SPD, DDP, DVP, Zentrum und BVP zusammen. Damit bestand es aus den Parteien der Großen Koalition, ohne dass diese durch Koalitionsvereinbarungen förmlich gebunden gewesen wären<sup>16</sup>. Der neue Reichskanzler trat in seiner Regierungserklärung für allgemeine Zollsenkungen ein. Statt eine protektionistische Agrarpolitik anzukündigen, befürwortete er den Ausbau der strukturpolitischen Maßnahmen des Landwirtschaftlichen Notprogramms, um die Rentabilität der Landwirtschaft entsprechend dem Kieler Programm der SPD ohne Belastungen für die Verbraucher sicherzustellen<sup>17</sup>. Um die fehlenden Koalitionsvereinbarungen wenigstens ein Stück weit zu ersetzen, verlangte Müller die förmliche Billigung seiner Regierungserklärung durch die fünf Parteien, die in seinem Kabinett vertreten waren. Nachdem Leicht betont hatte, dass für die BVP keine Bindung an die Regierungserklärung in wirtschaftspolitischer Hinsicht bestehe<sup>18</sup>, stimmte Horlacher dem Billigungsantrag der fünf Fraktionsführer zusammen mit den agrarischen Abgeordneten von DDP, DVP, Zentrum und BVP zu, während die Agrarier in der DNVP und der CNBLP dagegen votierten und die Abgeordneten des BBB sich enthielten<sup>19</sup>.

Die parlamentarische Vertretung der Landwirtschaft bot ein Bild der Zersplitterung und der Machtlosigkeit. Sie war im neuen Reichstag und in der Regierung gegenüber den Vertretern der industriellen Unternehmer- und Arbeitnehmerschaft isoliert. Während ein Vertreter der sozialdemokratischen Gewerkschaften das Reichsarbeitsministerium inne hatte und der nationalliberale Wirtschaftsminister Julius Curtius (1877–1948) als Vertrauensmann des Reichsverbandes der Deutschen Industrie galt, stellte es ein deutliches Zeichen des geschwundenen Einflusses der agrarischen Interessen dar, als Hermann Dietrich (DDP) zum Reichsernährungsminister ernannt wurde. Dietrich verfügte im Gegensatz zu seinem Vorgänger Schiele über keine besonderen Beziehungen zu einem der protektionistischen Agrarverbände. Er verfocht eine liberale Wirtschaftsordnung und war im Vorfeld der Reichstagswahl als Kritiker des Landwirtschaftlichen Notprogramms hervorgetreten<sup>20</sup>. In dieser Situation der Schwäche der parlamentarischen Interessenvertretung der Landwirtschaft ging der Reichsverband der Deutschen Industrie in die Offensive und stellte sich auf einen strikt industrieprotektionistischen Standpunkt. In einer Denkschrift forderte dieser bald nach den Reichstagswahlen eine Senkung der Agrarzölle, um den Industrieexport nicht zu gefährden, wofür er den Beifall der Arbeitervertreter bekam<sup>21</sup>.

<sup>16</sup> Zu diesen Regierungsverhandlungen vgl. RUPPERT, Dienst, 358–362; MAGA, Leicht, 204–207; RICHTER, Deutsche Volkspartei, 595–604.

<sup>17</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 423, Sitzung am 3. Juli 1928, 38–46.

<sup>18</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 423, Sitzung am 4. Juli 1928, 82.

<sup>19</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 423, Sitzung am 5. Juli 1928, 117–120.

<sup>20</sup> Vgl. SALDERN, Dietrich, 48–52.

<sup>21</sup> Vgl. PANZER, Ringen, 132–135.

Horlacher drückte die Ratlosigkeit der agrarischen Parlamentarier aus, als er auf einer Bauernversammlung im oberbayerischen Zankenhausen als Hauptredner die Unterstützung für die sozialdemokratisch geführte Reichsregierung damit begründete, „weil ohne Mitarbeit der Rechtsparteien die Dinge sich vielleicht noch schlimmer gestalten könnten“. Dabei sah Horlacher in der Sozialdemokratie gar nicht den hauptsächlichen Gegner agrarprotektionistischer Forderungen – was deutlich darauf hinweist, dass sein antisozialistischer Wahlkampf nicht in erster Linie gegen die SPD gerichtet war, sondern den Zweck verfolgte, die landwirtschaftliche Wählerschaft auf weltanschaulicher Basis in der BVP zu vereinen und deshalb bei Lichte betrachtet den BBB als parteipolitischen Hauptgegner hatte. Den hauptsächlichen Gegner der protektionistischen Forderungen der Landwirtschaft sah Horlacher indes in der Industrie. Denn er wies auf die Gefahr hin, „die auf seiten der Industrie für die Landwirtschaft heraufziehe, wenn man die Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie betrachte, die rund herausgabe, daß die Exportinteressen der deutschen Industrie größer seien als das Interesse der Industrie an der deutschen Landwirtschaft“<sup>22</sup>. Tatsächlich hatte der Reichsverband der Deutschen Industrie im Reichstag bereits die Mehrheit des handelspolitischen Ausschusses für die unbeschränkte Einfuhr polnischer Schweine und polnischen Schweinefleisches als Gegenleistung für Zugeständnisse beim industriellen Export gefunden. Da es der Reichsverband der Deutschen Industrie nicht zum Bruch mit der Landwirtschaft kommen lassen wollte, bot er der Landwirtschaft in einer Besprechung mit Vertretern landwirtschaftlicher Organisationen in der Berliner Zentrale des Deutschen Landwirtschaftsrates am 7. November 1928 als Gegenleistung dafür die Unterstützung für die Errichtung einer Marktauffangorganisation an. Da dieses Angebot keine Gegenliebe fand, kam es zum offenen Bruch zwischen Landwirtschaft und Industrie<sup>23</sup>.

## **2. Von der Krise der Landwirtschaft zur Krise der Interessenverbände**

Der Agrarsektor befand sich mittlerweile in einer tiefen Krise. Während sich die landwirtschaftliche Produktion ab 1927 wieder auf Vorkriegsniveau befand, war der Getreidepreis seit Ende 1927 weltweit eingebrochen. Verursacht wurde dies von einem weltweiten Überangebot, hervorgerufen durch den technologischen Fortschritt, die Erschließung neuer Getreideböden in Übersee und der Behebung der Kriegsschäden<sup>24</sup>. Als Indikator für die Notlage der Landwirtschaft diente die Verschuldung der Landwirtschaft. Die

<sup>22</sup> Bayerisches Bauernblatt vom 31. Juli 1928.

<sup>23</sup> Zum Bruch zwischen Landwirtschaft und Industrie wegen des polnischen Handelsvertrages vgl. PANZER, Ringen, 136–142; GESSNER, Agrarverbände, 133–144; BECKER, Handlungsspielräume, 189–199.

<sup>24</sup> Zur Entwicklung der landwirtschaftlichen Preisverhältnisse zwischen 1925 und 1929 vgl. BECKER, Handlungsspielräume, 92–95; HENNING, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 403–408.

Kreditbelastung hatte sich seit 1924 bis Ende 1928 mehr als verdreifacht<sup>25</sup>. Die Reichsregierung befand sich in einem Dilemma. Obgleich die Notlage der Landwirtschaft nicht mehr zu übersehen war, wollte sie die Interessen von Exportindustrie und Verbraucherschaft nicht durch den Ausbau des Agrarschutzes schädigen<sup>26</sup>, andererseits gab es aus haushaltspolitischen Gründen keine Möglichkeit, den von Müller angekündigten Ausbau der strukturpolitischen Maßnahmen des Landwirtschaftlichen Notprogramms in Angriff zu nehmen<sup>27</sup>. Als Horlacher bei Müller auf die erneute Einberufung eines Ausschusses zur Durchführung des Landwirtschaftlichen Notprogramms drängte<sup>28</sup>, reagierte dieser nur dilatorisch. Müller versprach ihm zwar die Einberufung für Mitte September<sup>29</sup>, tatsächlich verzögerte sie sich um weitere zwei Monate<sup>30</sup>. Da die SPD angesichts der angespannten Haushaltslage gezwungen war, sozialpolitische Einsparungen hinzunehmen<sup>31</sup>, war von ihr kein Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der Landwirtschaft zu erwarten. Während sich Müller abwartend verhielt, fand innerhalb des Kabinetts und der die Regierung stützenden Parteien die – bereits von Brentano vertretene – wirtschaftsliberale Ansicht immer mehr Anhänger, dass die Landwirtschaft einen Strukturwandel durchmachen müsse und sich vermehrt auf die Produktion von Veredelungsprodukten konzentrieren sollte<sup>32</sup>.

Dagegen erhob Horlacher im Reichstag am 4. Dezember 1928 die Parole: „Ob Getreidebauer, Viehbauer oder Milchbauer, alle müssen gemeinsam miteinander und gegeneinander geschützt werden als gemeinsames Ganzes.“ Angesichts der weltweiten Überproduktionskrise hielt Horlacher an seiner protektionistischen Autarkiepolitik fest und wies deshalb stolz auf die „überragende Bedeutung der Landwirtschaft im Produktionsprozeß“ hin, die darauf beruhe, „daß die deutsche Landwirtschaft eine Massenerzeugung aufzuweisen hat, wie wir sie bei der deutschen Industrie nicht sehen“<sup>33</sup>. Als er in der *Bayerischen Agrarpolitischen Rundschau* der Landesbauernkammer am 18. November 1929 über die „Ernährungsbilanz des deutschen Volkes vor und nach dem Kriege“ schrieb, behauptete er, dass das wieder erreichte Niveau der Vorkriegsproduktivität bei den Hauptnahrungsmitteln aufgrund von „rationeller Wirtschaftsweise und starker Kunstdüngeranwendung“ auf die Opferbereitschaft der Landwirtschaft zurückzuführen sei: „Trotzdem blieb der Wille in der deutschen Landwirtschaft und im deutschen Bauerntum zur Selbstbehauptung aufrecht und man kann heute rückschauend ruhigen Gewissens sagen, ein

<sup>25</sup> Zur steigenden Verschuldung der Landwirtschaft in der Agrarkrise seit 1928 vgl. ZITZEWITZ-KOTTOW, Kapitalbeschaffung, 543–578; ferner BECKER, Handlungsspielräume, 88–91; BOELCKE, Wandlungen, 518–526.

<sup>26</sup> Vgl. PANZER, Ringen, 142f.

<sup>27</sup> Vgl. BECKER, Handlungsspielräume, 262.

<sup>28</sup> HORLACHER, Durchführung (10. August 1928), 177f.

<sup>29</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 3. Oktober 1928, 174–176.

<sup>30</sup> BA Berlin, R101/1632/2, Sitzung des Ausschusses zur Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms am 13. November 1928.

<sup>31</sup> PANZER, Ringen, 148.

<sup>32</sup> PANZER, Ringen, 144f.

<sup>33</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 423, Sitzung am 4. Dezember 1928, 646–654.

großer Teil des inneren Aufstiegs der deutschen Landwirtschaft ist gleichzeitig begleitet gewesen von einer kolossalen Schuldenaufnahme, die die Existenz des deutschen Bauertums aufs äußerste gefährdet.“ Horlacher konstatierte nun eine Lücke zwischen dem wieder erreichten „Friedensstand“ der landwirtschaftlichen Produktion und dem gegenüber dem „Friedensverbrauch“ veränderten Konsumverhalten der Bevölkerung: „Die Ernährungsbilanz des deutschen Volkes im Verhältnis zu seiner Abhängigkeit von den Nahrungsmitteln des Auslandes [...] zeigt im Verhältnis zum Frieden ein ganz unerfreuliches Bild. Es zeigt sich da vielfach, daß die Abhängigkeit vom Ausland von der Bevölkerung direkt gewollt ist und im Gegensatz dazu stehen die verfügbaren Nahrungsmittel inländischer Produktion.“ Offenbar war die Bevölkerung nicht bereit, die ihr von Horlacher zugewiesene Pflicht zum Verbrauch inländischer Nahrungsmittel zu erfüllen und die Landwirtschaft im „Weltgetreidekampf“ gegen die überseeische Getreideproduktion zu unterstützen. Deshalb forderte Horlacher von der „deutschen Hausfrau“, den „inländischen Erzeugnissen auf dem Lebensmittelmarkt unter allen Umständen den Vorrang vor den ausländischen Erzeugnissen zu geben“. Dies sollte die „deutsche Hausfrau“ tun, um „uns aus der Abhängigkeit der ausländischen Nahrungsmittel herauszuführen und in den politisch besten Zustand eines Volkes hineinzuworfen, und das ist die Nahrungsmittelfreiheit“<sup>34</sup>.

Da die meisten Industriestaaten – auch Großbritannien und vor allem die USA – seit Mitte der 20er Jahre zu einem verstärkten Schutz ihrer Binnenmärkte übergegangen waren und sich diese weltweite handelspolitische Tendenz mit der Weltwirtschaftskrise noch verstärkte<sup>35</sup>, war Horlachers Interpretation des Weltmarktes als Wirtschaftskrieg nicht unzutreffend. Deshalb hatte die ernährungswirtschaftliche Autarkie für Horlacher auch angesichts einer unverkäuflichen Überproduktion nichts von ihrem Leitbildcharakter verloren. Dass Horlacher bei seiner Forderung nach Autarkie nicht von rein wirtschaftlichen Überlegungen ausging, sondern auch außenpolitische Beweggründe eine Rolle spielten, entsprach einer weit verbreiteten Angst vor dem Ausbruch eines neuen Krieges<sup>36</sup>. Dabei zeigte sich deutlich, dass Horlachers handelspolitisches Leitbild der ernährungspolitischen Autarkie in erster Linie geprägt war von der Betrachtung des Weltmarktes als Wirtschaftskrieg, nicht jedoch von dem bäuerlichen Interesse an Existenzsicherung und Besitzstandswahrung. Am 25. Oktober 1929 wandte sich deshalb ein Mitglied einer niederbayerischen Bezirksbauernkammer ratlos an Horlacher und beklagte sich, im „guten Glauben hätte man die Ratschläge der landwirtschaftlichen Fachberatung befolgt und die Produktion stetig verbessert und erhöht“, „in Wirklichkeit aber würden die Verhältnisse von

<sup>34</sup> HORLACHER, Ernährungsbilanz (18. November 1929), 303–305.

<sup>35</sup> Vgl. HENNING, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 451f.; FELDENKIRCHEN, Zoll- und Handelspolitik, 346–348.

<sup>36</sup> Als Beispiel hierfür vgl. RITTER, Autarkiebestrebungen, 641–654.

Tag zu Tag schlechter“<sup>37</sup>. Am 22. April 1929 war Schlittenbauer dann bereits auf massiven Protest gestoßen, als er weitere Anstrengungen zur Produktionssteigerung als Ausweg aus der Krise empfahl. Deshalb konnte sich Schlittenbauers und Horlachers Appell zur Produktionssteigerung mit der von ihnen gebetsmühlenartig wiederholten Klage über die ungenügenden Zölle in der Vorstellung der Bauern zu einer Verschwörungsphantasie verbinden, wonach die etablierten Agrarverbände gemeinsam mit den politischen Parteien in Wahrheit preissenkende Politik zum Schaden der Landwirtschaft betrieben<sup>38</sup>. Das für die Bauern undurchschaubare Dilemma bestand darin, dass die Forderung nach landwirtschaftlicher Besitzstandswahrung und Existenzsicherung – sei sie in der Hoffnung auf die gesellschaftspolitisch stabilisierende Funktion der Landwirtschaft oder in der existentiellen Betroffenheit der Landwirte selbst begründet – in einer von der Industrie dominierten Volkswirtschaft nur durch erhöhte Arbeitsproduktivität zu erhalten war. Dabei musste die gestiegene Produktionsmenge auf dem überfüllten Weltmarkt zu sinkenden Preisen abgesetzt werden. Da die Überfüllung des Weltmarktes mit der sinkenden Kaufkraft der deutschen Bevölkerung in der sich ankündigenden Weltwirtschaftskrise korrespondierte, mussten die Agrarzölle immer mehr an Wirkung verlieren, während die Forderung nach dem Ausbau der Agrarzölle immer größere Widerstände nichtlandwirtschaftlicher Interessen zu überwinden hatte und immer größere Enttäuschung bei den Bauern hervorrief.

Dabei war sich Horlacher bewusst, dass „gerade auch intensiv wirtschaftende Betriebe von der steigenden Verschuldung am meisten erfaßt wurden, weil es ihnen nicht möglich war, bei der Preiskrise in der Landwirtschaft und bei den hohen Zinsen das hineingesteckte Kapital wieder herauszuwirtschaften“<sup>39</sup>. Tatsächlich waren es die am meisten in den Markt integrierten Bauern, deren ökonomischer Protest sich nun mit politischer Radikalität verband<sup>40</sup>. Außerhalb der etablierten Organisationen hatte sich seit Januar 1928 von Schleswig-Holstein aus eine gewaltsame und terroristische bäuerliche Protestbewegung erhoben. Der Zusammenbruch der Schweinepreise wegen der polnischen Importe und der mäßige Rückgang der Rindfleischpreise wegen des zollfreien Gefrierfleischkontingentes hatten in diesem Gebiet stark industrialisierter und marktorientierter Veredelungsproduktion zu einer besonderen Notlage geführt. Gerichtliche und finanzamtliche Verfahren gegen zahlungsunfähige Landwirte unterhöhlten die Loyalität zum Staat und die Glaubwürdigkeit der Parteien. Das organisationspolitische Ziel der so genannten „Landvolkbewegung“ bestand in einer Sammlung sämtlicher Landwirte außerhalb der bestehenden Organisationen und

---

<sup>37</sup> BayHStA, ML 1888, Sitzung des Spitzenausschusses der Bayerischen Landwirtschaft am 25. Oktober 1929.

<sup>38</sup> BBV-Herrsching, Bauernkammern LBK/7, Sitzung des Arbeitsausschusses zur wirtschaftlichen Einigung der Bauern am 22. April 1929.

<sup>39</sup> HORLACHER, Stellung (6. Mai 1929), 120.

<sup>40</sup> Vgl. ERKER, Abschied, 331; THURNER, Agrarstruktur, 83–110.

Parteien<sup>41</sup>. Parlamentarische Isolation und außerparlamentarische Protestbewegungen führten in den Jahren 1928 und 1929 zum Höhepunkt der Krise der etablierten landwirtschaftlichen Interessenvertretung.

In Bayern war es den etablierten Organisationen BV, BBB und Bayerischem Landbund bis Anfang 1929 gelungen, den bäuerlichen Protest mit Hilfe von Notkundgebungen und Protestversammlungen zu kanalisieren<sup>42</sup> – im Gegensatz zum Reichslandbund, der die bäuerlichen Massen mit Hilfe einer nationalistischen und antisemitischen Propaganda zurückzuerobern suchte und den Protest noch anheizte<sup>43</sup>. Der gemäßigte Bauernbundsflügel um Fehr und Mittermeier war in die Regierungsverantwortung eingebunden. Der besondere Charakter des Bayerischen Landbundes als Interessenvertretung der protestantischen Klein- und Mittelbauern in Franken und als Koalitionspartner im bayerischen Kabinett stellte ebenfalls eine Schranke für die Übertragung der radikalen Agitation des Reichslandbundes nach Bayern dar<sup>44</sup>. Vor allem aber der von der katholischen Sozialethik beeinflusste und von der gouvernementalen Orientierung seiner Funktionäre geprägte Bayerische Christliche Bauernverein war unter dem Einfluss von Heim und in Übereinstimmung mit Hermes, dem Präsidenten der Vereinigung der deutschen Bauernvereine, nicht bereit, die vom Reichslandbund bewusst geschürte wirtschaftsegoistische Radikalisierung mitzumachen<sup>45</sup>. Trotzdem darf nicht übersehen werden, dass auch in Bayern die Enttäuschung über die etablierten Organisationen groß war. Denn der agrarpolitische Protest verband sich stets mit dem Unmut über die Form, Art und Weise der bisherigen Interessenvertretung. Alois Hundhammer hatte bereits 1926 in seiner volkswirtschaftlichen Dissertation geschrieben: „Die Zahl der landwirtschaftlichen Verbände ist zu groß. Um die eigenen Mitglieder bei der Stange zu halten und um neue zu gewinnen, bekämpfen sie sich fortwährend und suchen sich gegenseitig herabzusetzen. [...] Die Bauernschaft empfindet das Unbefriedigende der Lage längst. Fast in jeder bemerkenswerten Versammlung wird der Ruf nach Einigung laut.“<sup>46</sup>

Die bäuerliche Protestbewegung gegen die etablierten Organisationen suchte sich ihren Weg in Bayern von den Bezirksbauernkammern aus, in denen das ehrenamtliche Element dominierte, da hauptamtliches Personal rar war<sup>47</sup>. Ein erstes Indiz dafür bestand

<sup>41</sup> Zur Radikalisierung der Bauern in Schleswig-Holstein vgl. STOLTENBERG, Strömungen, 107–155; ferner MERKENICH, Front, 247–256; BERGMANN – MEGERLE, Protest, 221–245.

<sup>42</sup> Vgl. BERGMANN – MEGERLE, Protest, 210–221.

<sup>43</sup> Zur Reaktion des Reichslandbundes auf die Agrarkrise vgl. GESSNER, Agrarverbände, 96–120; BERGMANN – MEGERLE, Protest, 245–267; KITTEL, Weimar, 145–147.

<sup>44</sup> Zum besonderen Charakter des Bayerischen Landbundes im Unterschied zum Reichslandbund vgl. KITTEL, Fundamentalismus, 881; KITTEL, Weimar, 126.

<sup>45</sup> Vgl. BERGMANN – MEGERLE, Protest, 267–284. Heim selbst sprach im März 1929 vom „Erbübel in der Landwirtschaft: Gleichgültigkeit und gewisse Selbstsucht“ (zit. nach BERGMANN – MEGERLE, Protest, 270).

<sup>46</sup> Hundhammer zit. nach SCHLÖGL, Agrargeschichte, 582.

<sup>47</sup> Viele Bezirksbauernkammern verzichteten aus Kostengründen auf hauptamtliches Personal (Mitteilungen der Bay. Landesbauernkammer vom 15. April 1924).

darin, dass es seit 1928 immer öfter zur Verletzung des im Bauernkammergesetz vorgeschriebenen Instanzenzuges kam. So revoltierte die Bezirksbauernkammer Kelheim-Abensberg etwa gegen die niederbayerische Kreisbauernkammer. Dieser wurde das Recht zur Bestätigung der Funktionsträger der Bezirksbauernkammern aberkannt<sup>48</sup>. Im März 1928 wandte sich die oberbayerische Kreisbauernkammer – ohne den Umweg über die Landesbauernkammer zu nehmen und deshalb das Bauernkammergesetz verletzend – direkt an die bayerische Staatsregierung, indem sie Ministerpräsident Held zu einer Notkundgebung im Zirkus Krone einlud. Die auf dieser überfüllten Kundgebung in Gegenwart Helds erhobenen Forderungen bewegten sich zwar im herkömmlichen protektionistischen Rahmen. Im Vergleich zur bisherigen agitatorischen Phraseologie war es auch kaum auffallend, dass die Notlage der Landwirtschaft in einer Entschließung zum Entscheidungskampf stilisiert wurde und mit gewaltsamen Aktionen gedroht wurde<sup>49</sup>. Alarmierend war die gesetzwidrige Art und Weise der Einberufung unter Umgehung der Landesbauernkammer.

Für Horlacher konnte es nur eine Antwort auf diese zunehmende Radikalisierung geben: Ein Scheitern der Reichsregierung war unbedingt zu verhindern. Angesichts der radikalisierten Stimmung war der Ausgang von Neuwahlen sehr ungewiss. Dies ist wohl der Grund, warum sich Horlacher mit einer agrarpolitischen Grundsatzrede am 4. Dezember 1928 so bereitwillig in ein von der Reichsregierung inszeniertes Spektakel einbinden ließ, mit dem ihr Interesse für die Landwirtschaft öffentlich zur Schau gestellt werden sollte, ohne jedoch konkrete Maßnahmen anbieten zu können. Die Reichsregierung fasste alle agrarpolitisch relevanten Anträge und Interpellationen, die seit der Konstituierung des Reichstages eingegangen waren, zu einer einzigen großen Sitzung zusammen. Insgesamt waren 158 Anträge und Interpellationen abzuwickeln. Das Ergebnis der sorgfältig vorbereiteten Plenardebatte war jedoch enttäuschend. Mit Ausnahme der Erhöhung des Zuckertzolls gab es keine agrarpolitischen Erfolge. Die Sitzung musste abgebrochen werden, nachdem viele Abgeordnete das Plenum verlassen hatten, da sie der Regierung nicht das Publikum für ihre landwirtschaftsfreundliche Selbstinszenierung abgeben wollten<sup>50</sup>. – Nicht jedoch Horlacher: So sehr er von Reichsernährungsminister Dietrich wegen der verweigerter Anhebung der Getreidezölle enttäuscht war<sup>51</sup>, versuchte er seine Kritik am 4. Dezember zurückzuhalten. Stattdessen lobte er die SPD für ihre agrarpolitische Wende seit dem Kieler Programm von 1927 und drückte die Hoffnung aus, dass die Verhandlungen zur Bildung einer Koalition

<sup>48</sup> Vgl. HOLMES, NSDAP, 131.

<sup>49</sup> „Die Bauernschaft erhebt ihre warnende Stimme, ehe sie zum letzten Verzweiflungsschritt getrieben wird. Das wirtschaftliche Unrecht, das seit Jahr und Tag infolge falscher Wirtschaftswege an der deutschen Landwirtschaft verübt wurde, muß ein Ende haben. Wir erklären mit allem Nachdruck, daß wir nicht willens sind, den von den Vätern übernommenen Grund und Boden, Haus und Hof, auf dem Wege trockener Sozialisierung uns nehmen zu lassen“ (zit. nach MNN vom 21. März 1928).

<sup>50</sup> Zur Reichstagssitzung am 4. Dezember 1928 vgl. PANZER, Ringen, 146f.; BECKER, Handlungsspielräume, 348f.

<sup>51</sup> HORLACHER, Kampf (10. Januar 1929), 7.



erfolgreich verlaufen werden<sup>52</sup>. Horlacher wollte die Gespräche, die zur Errichtung einer richtigen Koalition führen sollten, nicht stören, da Dietrich am 1. Dezember 1928 erklärt hatte, dass er ein umfassendes Agrarprogramm nicht vor Beendigung der Koalitionsverhandlungen vorlegen werde<sup>53</sup>.

Die Koalitionsverhandlungen wurden von Reichskanzler Müller forciert, um für die anstehenden Haushaltsberatungen über eine stabile Regierungsmehrheit zu verfügen<sup>54</sup>. Im Laufe des Jahres 1928 war immer deutlicher geworden, in welcher prekären finanziellen Lage das Deutsche Reich geraten war. Die ersten Anzeichen einer Rezession hatten bereits zu steuerlichen Mindereinnahmen geführt. Steigende Arbeitslosenzahlen, die Erhöhung der Beamtengehälter, das Notprogramm vom Frühjahr 1928 und die erstmals zu begleichende Reparationsrate aus dem Dawes-Plan belasteten den Reichshaushalt<sup>55</sup>. Der sozialdemokratische Finanzminister Hilferding legte dem Kabinett am 14. Januar 1929 einen Haushaltsplan vor, welcher eine Erhöhung der Besitzsteuern und der Biersteuer, eine Änderung des Länderfinanzausgleichs zugunsten des Reiches sowie die Kürzung von Sozialausgaben vorsah. Als Ausgleich sah er eine Verminderung der Lohnsteuer für untere und mittlere Einkommen vor<sup>56</sup>. Die DVP sah durch die Erhöhung der Besitzsteuern die Interessen der Wirtschaft verletzt, die BVP durch die Änderung des Länderfinanzausgleichs und die Erhöhung der Biersteuer die Interessen Bayerns, die SPD durch die Verminderung der Sozialausgaben diejenigen der Arbeitnehmer. Die gleichzeitigen Koalitionsverhandlungen drohten zu scheitern. Die BVP drohte mit dem Rückzug ihres Kabinettsmitglieds, die DVP machte den Eintritt in eine förmliche Koalition von der Erfüllung ihrer steuerpolitischen Forderungen abhängig. Der schließlich erreichte Kompromiss verlangte der SPD große Zugeständnisse ab. Dem Widerstand der wirtschaftsfreundlichen DVP war es zu verdanken, dass die Erhöhung der Besitzsteuern aufgegeben wurde. Die Erhöhung der Biersteuer scheiterte am Widerstand von BVP und Teilen der SPD, die Änderung des Länderfinanzausgleichs am Widerstand von Zentrum und BVP. Um trotzdem zu einer Deckung des Haushaltes zu gelangen, setzte die Reichsregierung auf optimistische Steuerschätzungen, kürzte Investitionen und hoffte auf einen günstigen Ausgang der

<sup>52</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 423, Sitzung am 4. Dezember 1928, 647.

<sup>53</sup> Dietrich zit. nach PANZER, Ringen, 144.

<sup>54</sup> Vgl. RUPPERT, Dienst, 368–374. Nach MAGA, Leicht, 206 sei es allein das Verdienst Leichts gewesen, dass sich die Reichstagsfraktion der BVP trotz des hohen Anteils von Landwirten und Agrarfunktionären nicht zu einer „reinen Interessenvertretung der Bauern“ entwickelt und stattdessen im Interesse einer stabilen Regierung an Reichskanzler Müller festgehalten habe. Dabei übersieht Maga, dass Leicht zur Durchsetzung seiner koalitionspolitischen Absichten im Reichstag auf die Akzeptanz durch die starke Gruppe der landwirtschaftlichen Interessenvertreter in der Fraktion angewiesen war. Wenn es Leicht also gelang, die Fraktion von seinen politisch-taktischen Einsichten zu überzeugen, dann nicht zuletzt deshalb, weil die Agrarier in der Fraktion aus eigenen Interessen damit übereinstimmten.

<sup>55</sup> Zur finanziellen Lage des Deutschen Reiches am Jahresende 1928 vgl. MAURER, Reichsfinanzen, 48–50.

<sup>56</sup> Vgl. MAURER, Reichsfinanzen, 50–54.

Reparationsverhandlungen<sup>57</sup>. Da Müller ein Scheitern der Koalitionsverhandlungen fürchtete, war er bereit, dem Kompromiss, der unter Federführung der Fraktionsführer zustande gekommen war, zuzustimmen<sup>58</sup>. Nun gingen die Fraktionsführer der fünf Parteien SPD, DDP, DVP, Zentrum und BVP am 10. April 1929 eine koalitionsähnliche Vereinbarung ein. Immer noch scheuten sie sich, eine Bindung an die Reichsregierung einzugehen. Müller nannte das Bündnis der fünf Parteien deshalb eine „verkappte große Koalition mit einem getarnten Interfraktionellen Ausschuß“<sup>59</sup>. Das gemeinsame Interesse der fünf Parteien beschränkte sich auf die Verabschiedung des nächsten Haushaltes, die Regelung der Reparationsfrage und die Neuregelung der Agrarzölle, wobei sie bestrebt waren, größtmögliche Erfolge für die sie unterstützenden außerparlamentarischen Interessensverbände zu erreichen<sup>60</sup>. Horlacher konnte zufrieden sein.

### 3. Die Notkundgebung vom 18. Januar 1929

Angesichts der reichsweit zunehmenden Radikalisierung des bäuerlichen Protestes sah sich Horlacher dazu veranlasst, gemeinsam mit Prieger, dem Präsidenten der Bayerischen Landesbauernkammer, ein doppeltes Spiel zu spielen. Während er sich in Berlin für eine stabile Regierung einsetzte, übte er in Bayern kaum Zurückhaltung, wenn es galt die Reichsregierung zu kritisieren. Bereits am 3. Oktober 1928 hatte Prieger davor gewarnt, gewaltsame Aktionen der Bauern nicht mehr verhindern zu können<sup>61</sup>. Voller Hohn stellte die sozialdemokratische *Münchener Post* deshalb an Prieger die Frage, „welche revolutionären Taten er denn vorbereiten will“<sup>62</sup>. Während der Koalitionsverhandlungen in Berlin gab Horlacher am 10. Januar 1929 im Organ des Wirtschaftsbeirates der BVP eine düstere Bilanz über die bisherige agrarpolitische Arbeit der sozialdemokratisch geführten Reichsregierung. Unter der Überschrift „Der Kampf um die Existenz des Bauernstandes“ beklagte sich Horlacher über die mangelnde Bereitschaft der Reichsregierung zur Anhebung der Getreidezölle. Er gab deshalb eine pessimistische Prognose für die Erfolgsaussichten agrarischer Forderungen ab: „Bei der Gesamteinstellung der Reichsregierung ist m.E. für die nächste Zeit wenig Hoffnung vorhanden, daß sie sich von ihrer rein parteipolitischen Einstellung und rein massenagitorischen, großstädtischen Einstellung in der Schutzzollfrage entfernt.“ Er verfiel deshalb auch darauf, mit gewaltsamen Maßnahmen zu drohen: „Wir stehen daher vor riesigen Kämpfen um die Existenz des deutschen Bauern, Kämpfen, die bis

<sup>57</sup> Zu den Haushaltsberatungen im Frühjahr 1929 vgl. RUPPERT, Dienst, 362–374; MAURER, Reichsfinanzen, 55–63; LEUSCHEN-SEPPEL, Budget- und Agrarpolitik, 83–91; SCHÖNHOFEN, Bayerische Volkspartei, 218–226; MAGA, Leicht, 204–213.

<sup>58</sup> Kabinettsitzung am 10. April 1929, in: AdR. Kabinett Müller II, 540–543, hier: 540f.

<sup>59</sup> Kabinettsitzung am 10. April 1929, in: AdR. Kabinett Müller II, 540–543, hier: 541.

<sup>60</sup> Vgl. RUPPERT, Dienst, 372.

<sup>61</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 3. Oktober 1928, 171.

<sup>62</sup> MP vom 4. Oktober 1928.

an den Bestand und die Festigkeit des ganzen Staatswesens hinreichen werden. So sehr man auch unbesonnene Schritte in der Landwirtschaft verurteilen mag, so sehr wird man es auch begreifen können, daß auch eine Erbitterung aufs äußerste ansteigt, und daß ein Stand mit allen Mitteln dem übrigen Volk seine Existenzberechtigung und seine Berechtigung um Staatshilfe nahezubringen sucht.“ Im Reparationsdruck, der Agrarkrise, der steigenden Arbeitslosigkeit, dem Konjunkturrückgang in der Industrie und den angekündigten Steuererhöhungen sah er eine „Tagesordnung, die nicht danach aussieht, als ob wir ruhigen Zeiten entgegengehen“<sup>63</sup>.

Es glich einem Spiel mit dem Feuer, wenn Horlacher versuchte, den bäuerlichen Protest durch derartig radikalisierte Phraseologie zu befriedigen. Deshalb trug er Mitverantwortung an der nun folgenden Radikalisierung in Bayern. Eine Notkundgebung, die auf Einladung Horlachers und Priegers im Namen der Bayerischen Landesbauernkammer am 18. Januar 1929 in München stattfand<sup>64</sup> und die nach den Intentionen Priegers zur Beruhigung der Lage beitragen sollte<sup>65</sup>, entglitt der Verhandlungsführung durch die Vertreter der Landesbauernkammer. Die Versammlung lief zunächst nach Plan ab. Die beiden Landbündler Prieger und Brügel warnten vor gewaltsamen Unruhen der Bauern, wobei sie jede Verantwortung für eventuelle Unruhen drohend von sich wiesen. Ministerpräsident Held und Landwirtschaftsminister Fehr versuchten, die Reichsregierung von der Verantwortung für die Wirtschaftskrise freizusprechen, indem sie die Reparationen dafür verantwortlich machten. Nach dem Ende der vorbereiteten Referate wollte Prieger ohne Diskussion über eine vorbereitete Entschließung abstimmen lassen. Nun gelang es Gandorfer, die Regie der Kundgebung zu übernehmen, indem er eine Aussprache über die Referate beantragte. Er hatte ein feines Gespür für die unruhige Stimmung in der Versammlung, die sich bereits während der Referate in einigen Zwischenrufen geäußert hatte. Dabei heizte er die Stimmung in der Versammlung an, indem er die Referate als „zu schwach“ bezeichnete. Nachdem Brügel in seinem Referat bereits die von der BVP unterstützte Reichsregierung beschuldigt hatte, die wirtschaftliche Notlage der Landwirtschaft bewusst herbeigeführt zu haben, um die Sozialisierung der Landwirtschaft vorzubereiten, war es Gandorfer ein Leichtes, daran anschließend gegen die Reichsregierung zu hetzen. Dadurch gelang es Gandorfer, die Anwesenden über die Annahme der vorbereiteten Entschließung hinausgehend zur Drohung mit Liefer- und Steuerstreik zu bewegen: Wenn die Reichsregierung die zoll- und steuerpolitischen Forderungen der Notkundgebung nicht bis zum Ende der Ernte 1929 umsetze, so der von Gandorfer provozierte Streikbeschluss, „dann stellen wir unsere Arbeit und die Belieferung der Städte ein und beschränken uns auf Sicherstellung der Ernährung

<sup>63</sup> HORLACHER, Kampf (10. Januar 1929), 7f.

<sup>64</sup> StadtA Regensburg, NL Heim 907, Einladung zur außerordentlichen Kundgebung der Bayerischen Landesbauernkammer am 18. Januar 1929.

<sup>65</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 19. Januar 1929, 194.

unserer Familie und unserer Dienstboten. Kampflos wollen wir nicht untergehen“. Diese Formulierung fand nur eine Gegenstimme, unbekannt von wem<sup>66</sup>. Damit war Gandorfer ein großer Coup gelungen. Durch die Anwesenheit des Ministerpräsidenten, mehrerer Kabinettsmitglieder, der Fraktionsführer der bayerischen Koalitionsparteien, mehrerer Regierungspräsidenten und des Münchner Oberbürgermeisters erhielt seine Überrumpelungsaktion geradezu offiziellen Charakter.

Von der *Münchner Post* wurde die Notkundgebung als „Sieg des Agrarfaszismus“ bezeichnet. Sie sah darin die „Erklärung des Bürgerkrieges zwischen Stadt und Land“. Sie machte dafür den Bayerischen Landbund unter der Führung Brügels verantwortlich. BBB und BV seien nach Ansicht der *Münchner Post* nur gezwungen gewesen, den „deutschnationalen höheren Blödsinn“ mitzumachen, um dem „Vorwurf des mangelnden Radikalismus“ vorzubeugen<sup>67</sup>. Wenn die *Münchner Post* auch Gandorfer als den eigentlichen Verantwortlichen für den Streikbeschluss verkannte oder schonte, so benannte sie doch deutlich die Zwänge, in denen sich der BV innerhalb eines parteipolitisch aufgesplitterten landwirtschaftlichen Organisationswesens befand. Trotzdem erhob sich nun im BV ein Sturm der Entrüstung gegen den Streikbeschluss. Im *Bayerischen Bauernblatt* distanzierte sich Heim von der gesamten Notkundgebung. Heim lehnte die Drohung mit Lieferstreik aus „Menschlichkeitsgründen“ ab. Den Landwirten gab er zu bedenken, dass die Grenzen Bayerns nicht abzuschließen seien. Es war ihm unerklärlich, wie die Entschließung mit nur einer Gegenstimme verabschiedet werden konnte<sup>68</sup>.

Während Horlacher in der Presse der BVP und des BV auffällig geschont und statt seiner Prieger für die misslungene Verhandlungsführung verantwortlich gemacht wurde<sup>69</sup>, musste er sich dem BV gegenüber hinter verschlossenen Türen sehr wohl rechtfertigen. Für Horlacher war die Situation außerordentlich peinlich. Nachrangige Bauernvereinsmitarbeiter wie Hundhammer und Herzog diskutierten Horlachers Verhalten<sup>70</sup>. Schlittenbauer fürchtete um das Ansehen des BV. Über die Konsequenzen, die der Landesbauernkammer aus dem Streikbeschluss entstanden, war er sich jedoch noch im Unklaren: „Welche Weiterungen die Sache annehmen wird, kann ich als Vorsitzender der Gruppe des Bauernvereins in der Landesbauernkammer vorerst noch nicht sagen, ich muß mich erst mit der Gesamtheit noch ins Benehmen setzen. Die Lage ist aber außerordentlich schwierig, weil Dr. Horlacher für die

---

<sup>66</sup> BBV-Herrsching, Bauernkammern LBK/1, Außerordentliche Kundgebung der Bayerischen Landesbauernkammer mit den Kreisbauernkammern und den Bezirksbauernkammern am 18. Januar 1929. Berichte über diese Kundgebung finden sich in: BA Berlin, R707/67, Bericht der Vertretung der Reichsregierung in München an die Reichskanzlei, 19. Januar 1929; MP vom 19./20. Januar 1929; Neue freie Volks-Zeitung vom 20./21. Januar 1929; Frankfurter Zeitung vom 10. Februar 1929; BAR vom 28. Januar 1929; BAR vom 4. Februar 1929; BAR vom 11. Februar 1929; BAR vom 18. Februar 1929.

<sup>67</sup> MP vom 21. Januar 1929.

<sup>68</sup> Bayerisches Bauernblatt vom 29. Januar 1929.

<sup>69</sup> BK vom 13. Februar 1929.

<sup>70</sup> StadtA Regensburg, NL Heim 907, Hundhammer an Herzog, 21. Januar 1929.

ganze Entwicklung mitverantwortlich ist.“<sup>71</sup> Horlacher musste sich von Schlittenbauer schwere Vorwürfe gefallen lassen, die Sitzung nicht gründlich genug vorbereitet zu haben. Er selbst habe gar keine Gelegenheit bekommen, die Notkundgebung zu verhindern, da der Termin vom Präsidium der Landesbauernkammer eigenmächtig und zu kurzfristig festgelegt worden sei. Deshalb habe sie sich nach Ansicht Schlittenbauers zu einer „Riesenblamage der bayerischen amtlichen Berufsvertretung in ganz Deutschland“ und zu einer „großen Sauerei“ entwickelt. Denn der Streikbeschluss sei der „Gipfel des Unsinn“<sup>72</sup>.

Der Inhalt des Berichts, den Horlacher daraufhin pflichtschuldig an Schlittenbauer lieferte, zeigt, wie stark der Druck auf die Landesbauernkammer mittlerweile geworden war. Nach Horlachers Bericht hatte die Einberufung einer Notkundgebung durch den Vorsitzenden der Bezirksbauernkammer Nördlingen – dem Enkinger Bürgermeister Trüdinger<sup>73</sup> – gedroht. Da dieser die Landesbauernkammer zu umgehen trachtete, hatte deren Präsidium zunächst versucht, das Vorhaben mit dem Hinweis auf dessen Ungesetzlichkeit nach dem Bauernkammergesetz, das ein selbständiges landesweites Agieren der Bezirksbauernkammern nicht erlaubte, zu verhindern. Trüdinger hatte sich jedoch nicht entmutigen lassen, weshalb er sich mit seinem Vorhaben an die Kreisbauernkammer Schwaben gewandt hatte. Im korrekten Instanzenweg hatte diese Trüdingers Vorschlag angenommen und gegenüber der Landesbauernkammer die Einberufung einer landesweiten Konferenz der Bezirksbauernkammern gefordert. Mittlerweile hatte Trüdinger die Unterstützung von anderen Bezirksbauernkammern gefunden. Das Präsidium der Landesbauernkammer hatte sich deshalb nach der Darstellung Horlachers veranlasst gesehen, dem Drängen der Bezirksbauernkammern nachzugeben. Gleichzeitig hatte das Präsidium am 18. Dezember 1928 aber Sicherungsmaßnahmen gegen eine befürchtete Eskalation beschlossen, wonach nur offiziellen Vertretern der Bezirksbauernkammern Einlass gewährt werden sollte, die auch im Besitz einer Eintrittskarte sein mussten. In einer Sitzung des Verwaltungsausschusses war dann als zusätzliche Maßregel beschlossen worden, dass niemand außerhalb der vorbereiteten Rednerliste sprechen sollte. Diese Vorsichtsmaßnahme sollte laut Horlachers ausdrücklichem Hinweis einen Redebeitrag Gandorfers verhindern<sup>74</sup>.

Gandorfers volkswirtschaftliche Kenntnisse waren sicher beschränkt und die Ausprägung seiner taktischen Fähigkeiten nicht besonders elegant, aber sein populistisches Gespür unterschätzten die maßgeblichen Verantwortlichen der Landesbauernkammer in krasser Weise. Nun eignete er sich für das Präsidium der Landesbauernkammer immerhin als Sündenbock, mit dessen Hilfe von der eigenen Verantwortung für die Eskalation abgelenkt

<sup>71</sup> Schlittenbauer zit. nach StadtA Regensburg, NL Heim 907, Hundhammer an Herzog, 21. Januar 1929.

<sup>72</sup> StadtA Regensburg, NL Heim 907, Schlittenbauer an Horlacher, 23. Januar 1929.

<sup>73</sup> Vorsitzender der Bezirksbauernkammer Nördlingen, Mitglied der Kreisbauernkammer Schwaben, in dieser Mitglied des Ausschusses für Acker-, Pflanzen- und Futterbau, Bürgermeister von Enkingen. Zu Trüdinger vgl. Mitteilungen der Bay. Landesbauernkammer vom 20. April 1925; BAR vom 22. April 1930.

<sup>74</sup> ACDP, NL Horlacher I-129-001, Horlacher an Schlittenbauer, 7. März 1929.

und auf den die ganze Verantwortung für den Streikbeschluss abgewälzt werden konnte<sup>75</sup>. Gleichzeitig bemühten sich Prieger und Horlacher darum, den Streikbeschluss zu desavouieren. Gegenüber den Kreisbauernkammern wiesen sie darauf hin, dass bei einem einseitigen bayerischen Lieferstreik Einfuhren nach Bayern drohten. Sie rieten den Kreisbauernkammern deshalb dazu, Anträge der Bezirksbauernkammern auf Durchführung des Lieferstreiks dilatorisch zu behandeln<sup>76</sup>. Mit diesem Ratschlag waren Horlacher und Prieger nicht zuletzt darum bemüht, Schaden von den Bezirksbauernkammern selbst abzuwenden. Denn aufgrund des Streikbeschlusses hatte Heim die seit seinem Sturz 1925 nicht mehr verstummte Forderung nach Abschaffung der Bezirks- und Kreisbauernkammern wieder verstärkt erhoben. Der Vertreter der Reichsregierung bei der bayerischen Staatsregierung ging bereits davon aus, „daß in diesem Falle weite Kreise der Bayerischen Volkspartei auf seiner Seite stehen und das überscharfe Vorgehen der Bauernkammer verwerfen“<sup>77</sup>. Die Pläne zur Abschaffung der Bezirksbauernkammern im Rahmen der gleichzeitig diskutierten Staatsvereinfachung<sup>78</sup> erhielten dadurch zusätzliche Nahrung.

Angesichts der Notkundgebung vom Januar war für Schlittenbauer zumindest eine Reform des Bauernkammergesetzes nicht mehr aufzuschieben. Er stellte seine Vorschläge im Plenum der Landesbauernkammer am 27. September 1929 vor. An der Existenz der Kreis- und Bezirksbauernkammern wollte er aber im Unterschied zu Heim festhalten. Denn er sah in der spiegelbildlichen Organisation von staatlicher Verwaltung und landwirtschaftlicher Selbstverwaltung eine Notwendigkeit für eine erfolgreiche landwirtschaftliche Interessenvertretung. Sein Plan bestand vielmehr darin, die Landesbauernkammer durch eine Reform des Finanzierungssystems von den Bezirksbauernkammern unabhängiger zu machen. Bisher wurden die Bauernkammerumlagen von den Finanzämtern vollständig an die Bezirksbauernkammern abgeliefert, welche den Anteil der Landesbauernkammer dann an diese abzuführen hatten – insofern sie ihn nicht vorher bereits aufgebraucht hatten oder sich weigerten, den Anteil der Landesbauernkammer weiterzuleiten. Um diesem Missstand abzuhelpen, schlug Schlittenbauer vor, die Bezirksbauernkammern in Zukunft zu umgehen und die Umlagen von den Finanzämtern direkt an die Kreisbauernkammern überweisen zu lassen. Darüber hinaus sollte die Landesbauernkammer über den Zeitpunkt der Einhebung der Umlage bestimmen und Vorschüsse anordnen dürfen. Damit wollte Schlittenbauer verhindern, dass die „Unterglieder über die Köpfe der mittleren und oberen Glieder hinweg eigenmächtig handeln“ – eine Forderung, „die durch die Praxis namentlich des letzten Jahres sich ergeben hat“. Schlittenbauer wollte sich die Gelegenheit, die ihm die Schwäche der

---

<sup>75</sup> BSZ vom 9. Februar 1929.

<sup>76</sup> StadtA Regensburg, NL Heim 907, Prieger und Horlacher an die Kreisbauernkammern, 16. Februar 1929.

<sup>77</sup> BA Berlin, R707/35, Bericht der Vertretung der Reichsregierung in München an die Reichskanzlei, 30. Januar 1929.

<sup>78</sup> BayHStA, MF 68181, MF an ML, 12. Januar 1930.

Landesbauernkammer nach dem peinlichen Streikbeschluss bot, nicht ungenutzt verstreichen lassen und versuchte deshalb, gleichzeitig mit der Reform des Finanzierungssystems eine Umgestaltung des Wahlsystems durchzusetzen. Damit wollte er in erster Linie verhindern, dass sich die Vorgänge in der niederbayerischen Kreisbauernkammer von 1925 wiederholen konnten, als der BV bei der Zusammenstellung der Delegation zum Plenum der Landesbauernkammer durch eine Koalition aus BBB und Landwirtschaftlichem Verein majorisiert worden war. Deshalb schlug er nun vor, das bisherige Mehrheitswahlsystem durch ein Verhältniswahlsystem zu ersetzen. Nach der Empörung, welche der Streikbeschluss in der Öffentlichkeit hervorgerufen hatte, war der Widerstand der Bezirksbauernkammern gegen die Finanzreform und der Protest Gandorfers gegen die Wahlrechtsreform nur gering. Schlittenbauers Reformvorschläge wurden mit Mehrheit angenommen<sup>79</sup>. So sehr Horlachers Position im Organisationsgefüge der bayerischen Bauernkammern durch diese Reformen gestärkt wurde, demonstrierte Schlittenbauer durch sein persönliches Eingreifen vor aller Öffentlichkeit, dass Horlacher nicht in der Lage war, die Interessen der Landesbauernkammer gegenüber den Kreis- und Bezirksbauernkammern durchzusetzen.

#### **4. Die unterdrückte Rebellion der Bauern**

Weitgehend isoliert von den agrarischen Abgeordneten der Regierungsparteien und ohne Vertrauensmann in der Reichsregierung entstand im Reichslandbund der Plan eines außerparlamentarischen Zusammenschlusses der maßgeblichen landwirtschaftlichen Interessenvertretungen. Die Hoffnungen, die sich damit verbanden, reichten im Reichslandbund von der Herstellung besserer Kontakte zur Reichsregierung über den Sturz der sozialdemokratisch geführten Reichsregierung bis hin zur organisatorischen Verschmelzung der verschiedenen agrarischen Interessenvertretungen zur Vorbereitung einer korporatistischen Organisation, womit die parlamentarische Verfassungsordnung überwunden werden sollte. Der ehemalige Reichsernährungsminister und nunmehrige Reichslandbundpräsident Schiele wollte nicht so weit gehen und hoffte vor allem auf den Sturz Müllers, als er am 28. Januar 1929 auf dem Reichslandbundtag in Berlin die „Reichsagrarfront quer durch alle nationalen Parteien“ forderte<sup>80</sup>. Hermes reagierte auf die Offerten von Schiele jedoch verhalten. Durch die Zusammenarbeit mit dem Reichslandbund hätte sich die Vereinigung der deutschen Bauernvereine angesichts der anstehenden

<sup>79</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 27. September 1929, 214–217. Der Landtag folgte Schlittenbauers Reformvorschlägen ebenfalls. Zur Reform des Bauernkammergesetzes im Jahr 1930 vgl. RATJEN, Bauernkammern, 26f. und 145f., der die Notkündigung vom 18. Januar 1929 als Auslöser und die parteipolitischen Differenzen innerhalb der Landesbauernkammer als Ursache für die Reform des Bauernkammergesetzes völlig ignoriert.

<sup>80</sup> Vgl. BARMAYER, Hermes, 83–89; MERKENICH, Front, 256–266.

zollpolitischen Verhandlungen nur kompromittiert<sup>81</sup>. Außerdem fürchtete Hermes langfristig um die Selbständigkeit der Vereinigung der deutschen Bauernvereine. In den großagrarisches geführten Bauernvereinen des Rheinlandes und Westfalens zeigte sich trotz der Bindung an die katholische Kirche eine starke Affinität zur DNVP, die sich zu einer starken Strömung zur organisatorischen Verschmelzung mit den dortigen Landbünden entwickelte<sup>82</sup>. Unterstützt wurde Hermes in seiner Zurückhaltung indes von Heim<sup>83</sup>. Horlachers Aufgabe war es, Hermes die Unterstützung von Heim in den Gremien der Vereinigung der deutschen Bauernvereine direkt zu vermitteln. Horlacher hatte sich deshalb bereits am 24. Oktober 1928 im Wirtschaftsausschuss der Vereinigung der deutschen Bauernvereine gegen die Verschmelzung des „Bauernvereinsgedankens mit dem Landbundgedanken“ ausgesprochen. Da er in den Bauernvereinen „tatsächlich die Vertretung auch der kleinen Bauern“ sah, fürchtete er die Entstehung einer sozialdemokratischen Kleinbauernbewegung nach der Verschmelzung mit dem Reichslandbund. Dabei war er bereit, den dauerhaften Verlust der Bauernvereine in Rheinland und Westfalen zu akzeptieren: „Ich vertrete die Ansicht: lieber 20/30.000 Mitglieder verloren, als die Grundsätze aufgeben.“<sup>84</sup>

Der Wunsch nach Überwindung der parteipolitischen und konfessionellen Spaltung der landwirtschaftlichen Organisationen war jedoch auch bei den Mitgliedern der Bauernvereine sehr groß. Selbst ein so fest im Katholizismus verwurzelter Funktionär wie der oberpfälzische Bauernvereinsdirektor Klier machte am 21. Mai 1928 gegenüber Horlacher seinen Unmut über die andauernden parteipolitischen Auseinandersetzungen mit dem BBB kund und kündigte ihm an, den Kampf gegen diesen aufgeben zu wollen<sup>85</sup>. Der Rheinische Bauernverein unter Clemens Freiherr von Loë hatte für den 20. Februar 1929 zu einer Notkundgebung nach Köln einberufen, zu der Hermes und Schiele eingeladen waren. Hermes befürchtete, dass er unter dem Druck der Anwesenden durch eine geschickte Versammlungsregie zum Zusammenschluss mit dem Reichslandbund gedrängt werden sollte. Hermes war deshalb in die Offensive gegangen und hatte am Vortag seine Zustimmung zu einem lockeren Zusammenschluss zwischen Reichslandbund, Vereinigung der deutschen Bauernvereine, Deutscher Bauernschaft<sup>86</sup> und Deutschem Landwirtschaftsrat zugestimmt, der

---

<sup>81</sup> Ausdrücklich sprach Kerckerinck in der Vorstandssitzung der Vereinigung der deutschen Bauernvereine am 20. März 1929 von der Notwendigkeit, in einer sozialdemokratisch geführten Reichsregierung mit den Arbeiterparteien zusammenzuarbeiten, weshalb er eine zu enge Zusammenarbeit mit dem Reichslandbund ablehnte. Vgl. BARMAYER, Hermes, 70f.

<sup>82</sup> Vgl. BARMAYER, Hermes, 67–75; GESSNER, Agrarverbände, 252–257.

<sup>83</sup> Bayerisches Bauernblatt vom 12. Februar 1929; zur Haltung Heims vgl. ferner BARMAYER, Hermes, 73; GESSNER, Agrarverbände, 125–127.

<sup>84</sup> Archiv des WLV, D 26, Sitzung des Ausschusses für Allgemeine Wirtschaftspolitik der Vereinigung der deutschen Bauernvereine am 24. Oktober 1928.

<sup>85</sup> KLIER, Tagebuch, 141.

<sup>86</sup> Die Deutsche Bauernschaft war ein wirtschaftspolitischer Dachverband, der hauptsächlich aus BBB, Deutschem Bauernbund und dem Reichsverband landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe bestand, eine protektionistische Agrarpolitik verfolgte, sich aber im Unterschied zu den übrigen agrarischen



dann unter dem Namen Grüne Front bekannt wurde. Entsprechend enttäuscht waren die Teilnehmer der Notkundgebung, die sich von ihr die organisatorische Verschmelzung der Reichsspitzenverbände erhofft hatten<sup>87</sup>. Diese war jedoch nicht nur wegen der verschiedenen parteipolitischen Bindungen dieser agrarischen Reichsspitzenverbände kaum möglich, sondern nicht zuletzt aufgrund des organisationspolitischen Egoismus, der sowohl in den Verbandsbüros herrschte, als auch bei den Inhabern von Ehrenämtern zu finden war. Auch im Reichslandbund gab es deshalb Befürchtungen, nach einer organisatorischen Verschmelzung von den Mitgliedern der Bauernvereine majorisiert zu werden<sup>88</sup>. Am 20. April 1929 veröffentlichten Hermes und Schiele eine Übereinkunft, womit sie im Einvernehmen mit den Sprechern der Deutschen Bauernschaft und des Deutschen Landwirtschaftsrates allen Versuchen zur organisatorischen Verschmelzung der Reichsspitzenverbände einen Riegel vorzuschieben gedachten, während sie die Notwendigkeit eines geschlossenen agrarpolitischen Auftretens ausdrücklich anerkannten<sup>89</sup>. Die Grüne Front, so der zeitgenössische Journalist Erwin Topf, glich damit einem „sorgfältig ausgeklügelten Spiel der Verbandsbürokratie, die das Einheitsstreben ihrer bäuerlichen Mitglieder durch Scheinmanöver mattsetzen wollte“<sup>90</sup>.

In Bayern war es mittlerweile nach dem 18. Januar 1929 zu einem zweiten von den Bezirksbauernkammern ausgehenden Versuch gekommen, die Bauern unter Umgehung der etablierten Organisationen zusammenzuschließen. Die Initiative ging von Norbert Pfeiffer aus, dem als Anhänger Gandorfers bekannten Vorsitzenden der Bezirksbauernkammer Weilheim<sup>91</sup>. Pfeiffer machte die parteipolitische Zersplitterung des landwirtschaftlichen Organisationswesens für die „Nichtbeachtung der bäuerlichen Wünsche in den zahlreichen Notkundgebungen“ verantwortlich. Er war der Ansicht, die Landwirtschaft könne sich „den Luxus nicht mehr erlauben, uns gegenseitig zu zerfleischen und den wirtschaftlich geschlossenen Kampfmassen als Ambos zu dienen, auf den jeder einschlägt“. Deshalb hatte Pfeiffer die Vertreter der Bezirksbauernkammern unter gesetzwidriger Umgehung von Präsidium und Büro der Landesbauernkammer am 2. März 1929 im Mathäuser-Saal in München versammelt. Unter dem stürmischen Beifall der Anwesenden forderte er, „daß wir Bauern uns zusammenschliessen und uns die Einigkeit verschaffen müssen über die Köpfe der Führer hinweg“. Von den bisherigen Notkundgebungen der Landesbauernkammer sah er

---

Interessenvertretungen ausdrücklich zur republikanischen Staatsform bekannte. Vgl. FRITSCH, Deutsche Bauernschaft, 570–573; MORSEY, Lübke, 53.

<sup>87</sup> Zur Kölner Notkundgebung vgl. BARMAYER, Hermes, 75–79.

<sup>88</sup> Vgl. MERKENICH, Front, 256–266.

<sup>89</sup> Deutsche Bauern-Correspondenz vom 20. April 1929 zit. nach BARMAYER, Hermes, 72.

<sup>90</sup> TOPF, Front, 114. Auch der Wirtschaftshistoriker Arno Panzer führte den Zusammenschluss der Organisationen in der Grünen Front auf den Druck der Bauern „zum Teil gegen den Willen ihrer Führer“ zurück. Vgl. PANZER, Ringen, 129.

<sup>91</sup> Zu Pfeiffer vgl. BayHStA, ML 2435, ML an das Regierungspräsidium von Oberbayern, 7. Dezember 1927; BayHStA, ML 2435, Regierungspräsidium von Oberbayern an ML, 14. Dezember 1927.

sich hingegen getäuscht: „Auf der Kundgebung der Kreisbauernkammer Oberbayern im Zirkus Krone, wo unser Ministerpräsident Dr. Held uns mit tröstenden Worten wieder nach Hause schickte, folgte die Notkundgebung von der Landesbauernkammer auf Veranlassung der Bezirksbauernkammer Neuburg-Land. Die Vorsitzenden der Bezirksbauernkammern von ganz Bayern sind damals nach München gekommen, mit dem Gefühl, es müsse etwas ganz Besonderes geschehen: Auftakt zur Bauerneinigung und auch sonst noch was! Die Bauernvertreter wurden aber arg enttäuscht.“ Er plädierte deshalb für eine „Einigung der Bauern ohne Führer“. Misstrauisch gegen die hauptamtlichen Führungskräfte der etablierten Organisationen, forderte der Vertreter der Bezirksbauernkammer Vilshofen, „einen kleinen Kreis von fähigen Köpfen zu ernennen, die das Wohl und Wehe unseres Standes am eigenen Leibe empfinden“. Die Verbitterung der Anwesenden über den ihrer Ansicht nach ungenügenden handelspolitischen Schutz und den als zu hoch empfundenen Steuerdruck richtete sich gegen die Landesbauernkammer, die etablierten landwirtschaftlichen Organisationen, die Parteien und das System des parlamentarischen Interessenausgleichs im Allgemeinen. Deshalb meinte der Vertreter der Bezirksbauernkammer Landsberg/Lech: „Darüber sind wir uns klar, daß dieser Parlamentarismus, wie er im Reichstag getrieben wird, uns nicht mehr retten kann.“ Mancher der Anwesenden setzte seine Hoffnungen bereits auf eine Diktatur. Regen Zuspruch fand aber vor allem die Forderung nach Errichtung einer reinen Agrarpartei. So äußerte der Vertreter der Bezirksbauernkammer Schwabach-Land: „Ein politischer Vertreter kann niemals ein wirklich geeigneter Vertreter der produzierenden Landwirtschaft sein, weil er vielmehr Rücksicht nehmen muß auf seine großen Wählermassen draußen, die ihn in diese Stellung gehoben haben. Ich bin der Meinung, daß, wenn wir uns vollständig einigen wollen, wir darnach streben müssen, eine Bauernpartei zu gründen, die rein die landwirtschaftlichen Interessen vertritt.“ Die Forderung nach einer Agrarpartei beweist, dass die Unzufriedenheit mit den etablierten Organisationen mittlerweile auch den Bayerischen Bauernbund erreicht hatte. Diese Forderung gründete aber nicht zuletzt in der Unzufriedenheit mit der Landesbauernkammer als der gesetzlichen Berufsvertretung, wie es der Vertreter der Bezirksbauernkammer Bruck deutlich machte: „Wirtschaftlich einigen, das heisst so viel, als wir es bereits jetzt schon haben. Die Bauern sind wirtschaftlich vereinigt in den Bezirks-, Landesbauernkammern usw. Was kommt dabei wirtschaftlich heraus? Nichts! Wenn wir uns nicht politisch einigen werden, dann hat die ganze Einigungsversammlung heute keinen Zweck.“ Eine neue Agrarpartei wollte Pfeiffer als Anhänger Gandorfers nicht gründen. Dagegen setzte Pfeiffer auf die organisatorische Einigung der gesamten bayerischen Landwirtschaft, um auf die etablierten Parteien agrarpolitischen Druck auszuüben. Pfeiffer konnte sich durchsetzen. Einstimmig beschlossen die 86 anwesenden Vertreter der insgesamt 100 bayerischen Bauernkammern, Pfeiffer mit den Vorarbeiten zur Errichtung eines so

genannten „Wirtschaftsausschusses zur Einigung der bayerischen Landwirtschaft“ zu betrauen<sup>92</sup>.

Nachdem die Notkundgebung am 18. Januar 1929 im Reichstag auf die nichtlandwirtschaftlichen Abgeordneten „geradezu verheerend“ gewirkt hatte<sup>93</sup>, hielten sich Büro und Präsidium der Landesbauernkammer diesmal im Hintergrund und ließen die Vertreter der Bezirksbauernkammern gewähren. Da jeder Versuch zur Vereinheitlichung des landwirtschaftlichen Organisationswesens in Bayern vor dem Dilemma stand, entweder die Vertreter der etablierten Organisationen einzubeziehen oder sich der Gefahr auszusetzen, lediglich eine weitere Organisation neben den bestehenden zu errichten, entschieden sich die Repräsentanten der Bezirksbauernkammern am 2. März für die erste Alternative. Der zu errichtende „Wirtschaftsausschuß zur Einigung der bayerischen Landwirtschaft“ sollte nach den Vorstellungen Pfeiffers aus drei Vertretern der Landesbauernkammer, je zwei Vertretern der Kreisbauernkammern, einem Vertreter für je fünf Bezirksbauernkammern und aus je zwei Vertretern von BV, BBB und Bayerischem Landbund bestehen<sup>94</sup>. Damit war dem obstruktiven Einfluss der Büros der etablierten Organisationen entgegen den Absichten Pfeiffers Tür und Tor geöffnet. Wie das Bauernvereinsmitglied Karl Mader (1873–1939)<sup>95</sup> behauptete, soll Horlacher in einem Gespräch mit Gandorfer gesagt haben: „Die Bestrebungen wegen der Bauerneinigung, die zurzeit betrieben werden, werden die Bauern in kurzer Zeit vergessen haben, wie es in Vergessenheit geraten ist, daß Gandorfer die Revolution gemacht hat.“<sup>96</sup> Obwohl Mader das Gespräch selbst nicht gehört hatte<sup>97</sup> und es wohl nur ein Gerücht darstellte, ist es doch bezeichnend für die Absichten Horlachers, dass dieses Gerücht überhaupt für wahrscheinlich gehalten wurde.

Als sich die Repräsentanten derjenigen Organisationen, aus denen sich der „Wirtschaftsausschuß zur Einigung der bayerischen Landwirtschaft“ zusammensetzen sollte, am 27. März 1929 auf Einladung Pfeiffers in den Räumen der Landesbauernkammer zur Konstituierung eines vorbereitenden Arbeitsausschusses trafen, zeigte sich, dass Pfeiffer mit den organisatorischen Fragen völlig überfordert war. Niemand wollte den Vorsitz in diesem Arbeitsausschuss übernehmen. Pfeiffer lehnte ab, „da sein landwirtschaftlicher Betrieb ein

<sup>92</sup> BBV-Herrsching, Bauernkammern LBK/7, Tagung der Vertreter der bayerischen Bezirksbauernkammern am 2. März 1929. Zu der Tagung am 2. März vgl. ferner BA Koblenz, NL Weilnböck N1327/16b, Ausschuß zur wirtschaftlichen Einigung der Bauern an die Landesbauernkammer, 4. März 1929; BA Berlin, R707/67, Bericht der Vertretung der Reichsregierung in München an die Reichskanzlei, 1. Oktober 1929; Neue freie Volkszeitung vom 7. März 1929; Bayerisches Bauernblatt vom 12. März 1929.

<sup>93</sup> StadtA Regensburg, NL Heim 916, Diernreiter an Heim, 21. Februar 1929.

<sup>94</sup> BBV-Herrsching, Bauernkammern LBK/7, Richtlinien für die Bauerneinigung, 4. März 1929.

<sup>95</sup> Land- und Gastwirt, katholisch, geboren am 14. Oktober 1873 in Schuhreuth (Niederbayern) als Sohn eines Bauern, humanistisches Gymnasium in Passau, 1897 Übernahme des elterlichen Anwesens, Mitglied des landwirtschaftlichen Bezirksausschusses Deggendorf, seit 1920 Mitglied der Bezirksbauernkammer Deggendorf, Mitglied des BV, 1920 bis 1928 MdL für die BVP, Ökonomierat, 1933 Schutzhaft, gestorben am 31. Januar 1939. Zu Mader vgl. BERGMANN, Bauernbund, 384; SCHUMACHER, M.d.L., 101; LILLA, Landtag, 427f.

<sup>96</sup> ACDP, NL Horlacher I-129-001, Lauerbach an Horlacher, 14. März 1929.

<sup>97</sup> ACDP, NL Horlacher I-129-001, Mader an Horlacher, 17. März 1929.

längeres Fernbleiben, welches diese Arbeiten voraussetzen und benötigen, nicht verträgt“. Damit sprach Pfeiffer das Dilemma praktischer Landwirte an, die führen wollten, aber nicht konnten. Nachdem auch noch Mittermeier mit dem Hinweis auf seine zahlreichen Ehrenämter ablehnte, drohte sich die Sitzung völlig zur Farce zu entwickeln, bis sich Pfeiffer schließlich doch bereit erklärte, den Vorsitz zu übernehmen. Zu seinem Stellvertreter wurde Jakob Schmutz (gest. 1931)<sup>98</sup>, der Vertreter der Bezirksbauernkammer Landsberg/Lech, gewählt. Als Schriftführer fungierten der oberbayerische Bauernvereinssekretär Fischbacher und der niederbayerische Landwirt Feuchtmeier. Pfeiffer und Schmutz hatten weder die intellektuellen Fähigkeiten noch die organisatorische Erfahrung, um ihr Vorhaben unabhängig von der Landesbauernkammer zu organisieren. Schließlich fehlten dazu auch die finanziellen Mittel. Kropp schlug deshalb vor, die Büroarbeiten durch die Landesbauernkammer erledigen zu lassen. Bereitwillig kündigte Horlacher die Abstellung eines eigenen Referenten an, wobei er gleichzeitig klarstellte, die Kosten dafür auf die Kreisbauernkammern umzulegen<sup>99</sup>.

Ohne finanzielle Belastung für die Landesbauernkammer und ohne die Verantwortung für die Aktivitäten Pfeiffers übernehmen zu müssen, hatte Horlacher dadurch geradezu mühelos die Kontrolle über die Initiative der Bezirksbauernkammern erhalten. Souverän antwortete er deshalb auf eine Anfrage der Kreisbauernkammer Schwaben, er könne „über die künftige Arbeit des Arbeitsausschusses keine Auskunft geben, da diese Angelegenheit des Arbeitsausschusses selbst und seiner gewählten Vorstandschaft ist. Besondere Mittel für die Vorstandschaft des Arbeitsausschusses stehen der Landesbauernkammer nicht zur Verfügung.“<sup>100</sup> Horlachers Weigerung, das Vorhaben der Bezirksbauernkammern aus dem Etat der Landesbauernkammer zu bezuschussen, ist durchaus als Antwort auf die zögerliche und nachlässige Bereitschaft der Bezirksbauernkammern zur Überweisung der Umlagen an die Landesbauernkammer<sup>101</sup> zu sehen. Die ungeklärte Finanzierung des Arbeitsausschusses diente ihm letztlich als Hebel, um die Initiative der Bezirksbauernkammern auszuhungern. Auf einer Sitzung des Arbeitsausschusses machte er am 22. April 1929 den unredlichen Vorschlag, „daß der Ausschuß nicht so oft zusammentritt, damit hier keine besonderen Kosten entstehen. Immerhin aber müßten für die Vorstandschaft Mittel vorhanden sein. Und hier glaube er, wäre es eine Ehrensache der Bezirksbauernkammer Weilheim, die Kosten auf

<sup>98</sup> Landwirt in Lichtenberg, katholisch, Mitglied der Bezirksbauernkammer Landsberg/Lech, seit 1930 Mitglied der Bayerischen Landesbauernkammer, Ökonomierat, gestorben zwischen dem 28. November 1930 und dem 26. September 1931. Zu Schmutz vgl. Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 4, Sitzung am 26. September 1931, 62.

<sup>99</sup> BBV-Herrsching, Bauernkammern LBK/7, Sitzung zur Vorbereitung des Wirtschaftsausschusses zur Einigung der bayerischen Landwirtschaft am 27. März 1929.

<sup>100</sup> BBV-Herrsching, Bauernkammern LBK/7, Horlacher an die Kreisbauernkammer Schwaben, 3. April 1929.

<sup>101</sup> Am Jahresanfang 1928 betrug der Rückstand an Umlagen seit Mitte 1925 282.380 Mark wegen säumiger Zahler und des Verhaltens vieler Bezirksbauernkammern (BayHStA, MF 68181, Horlacher an Bayerische Staatsbank, 8. Februar 1928).

sich zu nehmen.“<sup>102</sup> Horlacher war sich sicher im Klaren, dass diese Bezirksbauernkammer nicht in der Lage war, das groß angelegte Vorhaben Pfeiffers zu finanzieren, weshalb er durch diesen Vorschlag nichts anderes als dessen Undurchführbarkeit nachweisen wollte.

Am 22. April 1929 war Pfeiffer dann so weit, dem Arbeitsausschuss eine Denkschrift über seine Absichten vorzulegen. Von den ansonsten zerstrittenen Büroleitern der miteinander konkurrierenden Organisationen wurde sie in seltener Einmütigkeit einer vernichtenden Kritik unterworfen. Kropp wies darauf hin, dass sie keine neuen agrarpolitischen Forderungen bringe: „Das möchte er deshalb mit allem Nachdruck betonen, weil der Herr Vorsitzende ausdrücklich erklärt habe, daß die bisherigen Führer der Landwirtschaft versagt hätten. Demgegenüber möchte er aber ebenso ausdrücklich feststellen, daß die bisherigen Führer der Landwirtschaft nicht versagt hätten.“ Brügel vermisste in Pfeiffers Denkschrift einen Aufruf an die Bauern, sich den bestehenden Organisationen anzuschließen. Horlacher wies Pfeiffer auf gravierende inhaltliche Mängel hin. Gegenüber Pfeiffers Forderung nach Abbau der Sozialversicherungen verteidigte er die Thesaurierungspolitik der Sozialversicherungen mit dem Hinweis auf den Altersaufbau der Gesellschaft und wollte keinen Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Kriegsbeschädigtenrenten gelten lassen. Pfeiffers Kritik an Stegerwald und den christlichen Gewerkschaften, die er für den ungenügenden Zollschatz von 1925 verantwortlich machte, wies Horlacher empört zurück. Schließlich warnte er Pfeiffer davor, seine agrarpolitischen Forderungen aus den Leistungen der Landwirtschaft für die Währungsstabilisierung abzuleiten. Dabei gab er die privilegierte Stellung der Landwirtschaft zu bedenken, da „die Industriebelastung solange laufe, als die Reparationslasten laufen würden, während die Rentenbankgrundschuld 1933 ablaufe“. Schließlich riet er Pfeiffer, sich hinter die Forderungen der Landesbauernkammer und der Grünen Front zu stellen, damit „man nicht in die Aufmarschlinie der Spitzenverbände ein falle“. Über Pfeiffers Machwerk urteilte er: „Über die Denkschrift in der vorliegenden Fassung sei eine Abstimmung nicht möglich. Hier müsse zunächst alles Schädliche ausgemerzt werden.“ Angesichts dieser massiven Kritik bat ihn der gutgläubige Pfeiffer nun kleinlaut darum, die entsprechenden Änderungen im Büro der Landesbauernkammer vornehmen zu lassen, was Horlacher bereitwillig zusagte<sup>103</sup>.

Bereits wenige Tage später wurde der vom Büro der Landesbauernkammer überarbeitete Text in der Presse veröffentlicht<sup>104</sup>. Ohne Pfeiffer vorher darüber zu informieren, weckte er den Eindruck, als fügte sich die Initiative der Bezirksbauernkammern den Forderungen der Grünen Front und des Präsidiums der Landesbauernkammer. Pfeiffer

<sup>102</sup> BBV-Herrsching, Bauernkammern LBK/7, Sitzung des Arbeitsausschusses zur wirtschaftlichen Einigung der Bauern am 22. April 1929.

<sup>103</sup> BBV-Herrsching, Bauernkammern LBK/7, Sitzung des Arbeitsausschusses zur wirtschaftlichen Einigung der Bauern am 22. April 1929.

<sup>104</sup> BAR vom 29. April 1929; MNN vom 24. April 1929.

fühlte sich getäuscht und schrieb deshalb verärgert an den von Horlacher mit der Geschäftsführung des Arbeitsausschusses beauftragten Fehlhammer: „Wie kommen Sie dazu, die in der am 22. April vom Arbeitsausschuß der wirtschaftlichen Einigung genehmigte Kundgebung, Aufruf, und die Wahrung des Burgfriedens, so auf den Kopf zu stellen, indem Sie es in die Telegraphenunion so lancierten, als wenn die L.B.K. die ganze Einigung herbeigeführt hätte.“ Bei dieser Gelegenheit wies er Fehlhammer darauf hin, dass die Landesbauernkammer nur ein gleichberechtigtes Glied im Arbeitsausschuss sei. Pfeiffers Verärgerung darüber, seinen Namen nicht unter dem Aufruf gefunden zu haben, ist in den an Fehlhammer gerichteten Satzbrocken deutlich greifbar: „Es ist kein Eigendünkel von mir, sondern daß die Massen gesehen hätten, daß der Mann ihres Vertrauens noch immer an der Spitze ist, so werden Sie sich denken bis zur L.B.K. ist er gekommen, dort ist er mit seinen getreuen Mitarbeitern in der Senkung verschwunden, und alles bisher Unternommene ist umsonst.“<sup>105</sup>

Mittlerweile war ein „Sonderausschuß“ als engeres Entscheidungsgremium des Arbeitsausschusses gebildet worden. In ihm besaßen die etablierten landwirtschaftlichen Organisationen gegenüber den Vertretern der Bezirksbauernkammern die numerische Mehrheit und das qualitative Übergewicht. Mitglieder waren neben Horlacher der oberbayerische Bauernvereinsdirektor Melchner, Landbunddirektor Brügel und Hohenegg vom Bayerischen Landesverband landwirtschaftlicher Darlehenskassenvereine. Prominente Vorkämpfer des BBB fehlten<sup>106</sup>. Als Pfeiffer seiner Verärgerung über den von Horlachers Büro eigenmächtig veröffentlichten Aufruf während der Sitzung dieses Sonderausschusses am 4. Mai 1929 Luft machen wollte, zeigte sich die bedingungslose Abhängigkeit Pfeiffers von Horlachers Büro. Denn als Fehlhammer nach Pfeiffers Vorstoß mit der Niederlegung der Geschäftsführung drohte und Horlacher sich nun seinerseits über Pfeiffers Brief ereiferte, zog Pfeiffer seine Vorwürfe rasch und kleinlaut zurück. Schließlich scheiterte das Vorhaben der von Pfeiffer geführten Vorstandschaft des Sonderausschusses, wegen eines agrarpolitischen Forderungskataloges mit den Landtagsparteien zu verhandeln, am gemeinsamen Widerstand der Funktionäre Horlacher (Bayerische Landesbauernkammer), Melchner (BV) und Brügel (Bayerischer Landbund). Sie waren keineswegs bereit, den Mitgliedern des Sonderausschusses den exklusiven Zugang zu den Parteien zu öffnen. Brügel machte die Fronten sogleich klar, als er die Sinnlosigkeit des von den Bezirksbauernkammern ausgegangenen Vereinheitlichungsplans erklärte: „Eine Einigung, sei sie politisch oder wirtschaftlich, lasse sich nie erreichen. Eine Einigung sei selbst unter Leuten mit gleicher Weltanschauung nicht möglich. Selbst in einer geschlossenen Organisation sei ein Ausgleich nach jeder Richtung hin ausserordentlich schwer.“ Deshalb schlug er vor, nach dem Vorbild

<sup>105</sup> BBV-Herrsching, Bauernkammern LBK/7, Pfeiffer an Fehlhammer, 26. April 1929.

<sup>106</sup> Zur Zusammensetzung dieses Sonderausschusses vgl. Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung des Großen Wirtschaftsausschusses zur Einigung der Bayerischen Landwirtschaft am 28. September 1929, 1.

der Grünen Front als lockere Arbeitsgemeinschaft „eine Spitzenorganisation in Bayern zu schaffen, die bestehen müßte aus Bauernverein, Landbund, Bauernbund und Einheitsausschuß. So wie die Dinge jetzt liegen, würde man, wenn man so weiter mache, der Landwirtschaft mehr schaden als nützen.“ Er glaubte „feststellen zu müssen, je öfter der Ausschuß tage, desto gefährdeter die ganze Sache sein würde. Die landwirtschaftliche Frage sei ohnehin aufgerollt. Auch würden am 31.12. eine Menge Zölle ausser Kraft treten. Bezüglich der Frage, mit den Parteien in Fühlung zu treten, stehe er auf dem gleichen Standpunkt wie Brügel. Mit den Reichstagsfraktionen zu verhandeln, sei nutzlos. Da käme man zu spät. Es genüge, wenn man dort Gehör und Beachtung gefunden hätte.“ Vor allem aber sah er seine Bemühungen um die Zustimmung der SPD zu den anstehenden Zollerhöhungen durch die Aktivitäten Pfeiffers und der Bezirksbauernkammern konterkariert. Deshalb verbat er sich die Fortführung der Angriffe auf die SPD: „Und mit den Sozialdemokratien hätte man es mit dem Aufruf<sup>107</sup> verdorben. Dort hätte man ja den Kampf gegen den Marxismus angekündigt, was ein grundsätzlicher Fehler wäre. [...] man habe dadurch die Sozialdemokratie vor den Kopf gestossen. Die Front gegen den Marxismus wäre also falsch gewesen.“ Mit derartigen Sympathiekundgebungen für die SPD war Horlacher dann doch etwas zu weit gegangen, weshalb er auf den Einwand Brügels hin feststellte, den Kampf gegen den Sozialismus „nur aus taktischen Gründen für verfehlt“ zu halten. Dem „Sonderausschuß“ aber riet er, bis zum Herbst nicht mehr zu tagen – da er ohnehin „zur Zeit keine besondere Aufgabe habe“<sup>108</sup>.

Horlacher war sich der organisationspolitischen Gefahr bewusst, die aus der seit Jahresbeginn 1929 an Radikalität zunehmenden bäuerlichen Protestbewegung zu entstehen drohte, weshalb sich seine rücksichtslose Obstruktion gegen die Initiative der Bezirksbauernkammern erklären lässt. Horlacher befürchtete auf der Mitgliederversammlung der Vereinigung der deutschen Bauernvereine am 14. Juni 1929 „eine Welle, die wir nicht aufhalten können“. Denn die Bauern seien bestrebt, „die Dinge in der deutschen Landwirtschaft einmal selbst zu versuchen“. Er fürchtete sogar um „die Existenz der bürgerlichen Parteien in ihrer jetzigen Struktur“, wenn es nicht gelinge, noch im Sommer 1929 eine wirksame Hilfe für die Landwirtschaft auf den Weg zu bringen<sup>109</sup>. Nachdem es in Schleswig-Holstein im Frühjahr und Sommer 1929 abermals zu zahlreichen gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Bauern und Polizei gekommen war<sup>110</sup>, verschärfte Horlacher den Widerstand gegen Pfeiffers Vorhaben. Als dieser am 31. August 1929 im „Sonderausschuß“

<sup>107</sup> Damit meinte er nicht den von seinem Büro überarbeiteten Aufruf, sondern Richtlinien, die Pfeiffer am 4. März 1929 veröffentlicht hatte (BBV-Herrsching, Bauernkammern LBK/7, Richtlinien für die Bauernvereinigung, 4. März 1929).

<sup>108</sup> BBV-Herrsching, Bauernkammern LBK/7, Sitzung des Sonderausschusses zur wirtschaftlichen Einigung der Bauern am 4. Mai 1929.

<sup>109</sup> Archiv des WLW, D 32, Mitgliederversammlung der Vereinigung der deutschen Bauernvereine am 14. Juni 1929.

<sup>110</sup> Vgl. BERGMANN – MEGERLE, Protest, 229–231.

einen Zwischenbericht über die bisherige Tätigkeit der „Bauerneinigung“ vorstellte, musste er den Widerspruch Horlachers erdulden: „Die Verhältnisse lägen doch wesentlich anders, als sie hier dargetan wären. Grundsätzlich sei doch festzustellen, daß das, was in Bayern geschehen sei, nicht Auftakt, sondern nur ein Nachspiel zum Ganzen gewesen sei. Er möchte nur darauf verweisen, daß wir uns doch der Aktion der Reichsbauernfront nachträglich angeschlossen hätten. Also so lägen die Dinge denn doch nicht, als ob der Sonderausschuß in Bayern das ganze Aktionsprogramm geleistet hätte.“ Horlacher verwies „in diesem Zusammenhang auf die Berliner Verhandlungen, an denen er selbst teilgenommen habe und erklärte, ohne dem Sonderausschuß irgendwie nahe treten zu wollen, daß ihm bei all diesen Verhandlungen die Reichsbauernfront bzw. deren Forderungen massgebend und richtungweisend gewesen wären, nicht aber habe er dabei an den Sonderausschuß gedacht.“ Brügel schloss sich Horlachers Urteil an und Melchner erklärte: „Wenn Hermes, Schiele, Fehr und Brandes im Reichstag nichts unternommen hätten, dann hätte Weilheim aber auch gar nichts erreicht.“ Während Pfeiffer und Schmutz die bisherige Arbeit der Initiative der Bezirksbauernkammern verteidigten, schlug Brügel „hinsichtlich dieses Sonderausschusses ein Begräbnis I. Klasse“ vor und wiederholte seine Forderung, eine lockere Arbeitsgemeinschaft der etablierten Organisation nach dem Vorbild der Grünen Front zu errichten. Melchner und Horlacher pflichteten ihm bei. Vorstandsmitglied Feuchtmeier vermutete nicht zu Unrecht, „daß der neue Spitzenausschuß mit der Landwirtschaft als solcher nicht mehr viel zu tun habe. Dafür spreche schon, wenn Brügel von dem Begräbnis I. Klasse spreche. Er sei zwar grundsätzlich für eine Umbildung. Allein es werde doch so kommen, daß nur die prominentesten Herren den Spitzenausschuß bilden und eine Verbindung mit den Bauern sei damit ausgeschaltet“. Dabei wurde Brügel von dieser Kritik zu einer aufschlussreichen Klärung seines Selbstverständnisses als Agrarfunktionär und Büroleiter veranlasst: „Man werde doch nicht glauben, daß der einzelne Bauer gefragt werden könne, ob er dies oder jenes wolle. Allein das bedeute doch keine Desavouierung des Bauernstandes. Der einzelne könne doch nicht entscheiden. Und dem Bauern müsse gesagt werden, soweit gehe sein Können, und da höre es eben auf.“<sup>111</sup>

## **5. Die offene Resignation der Funktionäre**

Über ein halbes Jahr, nachdem die Bezirksbauernkammern den Anstoß zur Einigung der landwirtschaftlichen Organisationen Bayerns gegeben hatten, waren die Vorarbeiten für den „Großen Wirtschaftsausschuß zur Einigung der bayerischen Landwirtschaft“ trotz der Störversuche durch die etablierten Organisationen so weit gediehen, dass er für den 28.

---

<sup>111</sup> BBV-Herrsching, Bauernkammern LBK/7, Sitzung des Sonderausschusses zur wirtschaftlichen Einigung der Bauern am 31. August 1929.



September 1929 einberufen werden konnte, wobei er als bayerische Landesorganisation der Grünen Front bezeichnet wurde. Auch in diesem Gremium dominierten die ehren- und hauptamtlichen Spitzen von BV, Bayerischem Landbund und gemäßigtem Bauernbundsflügel<sup>112</sup>. Um die verzögerte Einberufung zu rechtfertigen, erklärte Pfeiffer im Gegensatz zu seinen selbstbewussten Forderungen vom 2. März 1929, dass er angesichts der geplanten Aktionen der Reichsspitzenverbände „eine abwartende Stellung eingenommen“ habe<sup>113</sup>. Mit diesem ungelungenen Rechtfertigungsversuch machte er abermals deutlich, dass er für die Interessen der etablierten Organisationen keine Gefahr darstellte. Der Vorsitzende der Bezirksbauernkammer Nördlingen, von dem die Notkundgebung vom 18. Januar 1929 ausgegangen war, war enttäuscht über die halbherzigen Einigungsbemühungen der etablierten Organisationen. Er meinte, „die Bauern auf dem Lande draußen seien eben kolossal unzufrieden über die Tätigkeit sämtlicher landwirtschaftlichen Körperschaften, weil tatsächlich vom Beginne der Protestversammlungen an [...] lediglich eine Verschlechterung der Lage der Landwirtschaft eingetreten sei, hauptsächlich in der Preisfrage des Getreides“. Mit der Grünen Front „habe man eine neue Organisation aufgezogen, aber seit ihrer Gründung habe man eigentlich noch nichts davon gehört, was sie geschafft habe“. Er äußerte deshalb Verständnis für das „Verlangen, den legalen Weg zu verlassen“<sup>114</sup>.

Der Enttäuschung der Bauern stand auf Seiten der landwirtschaftlichen Abgeordneten und Funktionäre eine offene Resignation gegenüber. Das Zusammentreffen der Agrarkrise mit dem sinkenden haushaltspolitischen Spielraum in der beginnenden Weltwirtschaftskrise und die Isolierung der Landwirtschaft im Reichstag unter der sozialdemokratisch geführten Regierung Müllers führten dazu, dass sich die resignierten Stimmen unter den Reichstagsabgeordneten häuften, die sich über ihren unzureichenden Einfluss beklagten<sup>115</sup>. Fehr behauptete deshalb im „Großen Wirtschaftsausschuß zur Einigung der bayerischen Landwirtschaft“ am 28. September 1929, dass „die Stimmung der Führer oft sehr deprimiert sei, weil es ihnen beim besten Willen nicht gelinge, das, was sie für notwendig hielten, durchzusetzen“<sup>116</sup>. So sehr er damit die Stimmung der Agrarpolitiker getroffen haben mag, war seine Aussage sicher nicht dazu angetan, die Enttäuschung über die etablierten Organisationen zu vermindern. Bei keinem der anwesenden hauptamtlichen Interessenvertreter trat die Resignation aber so deutlich hervor wie bei Horlacher. Die

<sup>112</sup> Zur Zusammensetzung des Großen Wirtschaftsausschusses vgl. Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung des Großen Wirtschaftsausschusses zur Einigung der Bayerischen Landwirtschaft am 28. September 1929, 1.

<sup>113</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung des Großen Wirtschaftsausschusses zur Einigung der Bayerischen Landwirtschaft am 28. September 1929, 1–3.

<sup>114</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung des Großen Wirtschaftsausschusses zur Einigung der Bayerischen Landwirtschaft am 28. September 1929, 12.

<sup>115</sup> Vgl. PANZER, Ringen, 151f.

<sup>116</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung des Großen Wirtschaftsausschusses zur Einigung der Bayerischen Landwirtschaft am 28. September 1929, 8.

dauernden Angriffe des BBB auf seine Person, die negativen Reaktionen des BV auf die misslungene Notkundgebung im Januar, der Spagat zwischen den von ihm selbst dauernd vorgebrachten Klagen über die Einflusslosigkeit der Landesbauernkammer auf die Agrarpolitik der Reichsregierung einerseits und den Bemühungen um konstruktive Mitarbeit an den agrarpolitischen Entscheidungen im Reichstag andererseits, hinterließen im Zusammenhang mit der Arbeitsbelastung als Direktor der Landesbauernkammer und Reichstagsabgeordneter deutliche Spuren in Horlachers Psyche. Die von Trüdinger, einem der Protagonisten der bäuerlichen Protestbewegung in Bayern, geforderte Intensivierung der Versammlungstätigkeit konnte und wollte er nicht mehr leisten. Horlacher war an der Grenze seiner Arbeitsbelastung angelangt, weshalb er meinte: „Was die mündliche Aufklärung anlangt, so fänden in Deutschland genug Versammlungen statt. Dadurch werde so viel Zeit weggenommen, die man für positive Arbeit brauchen könne. Wenn man aber nicht hingehet, werde man schief angesehen. Auch hier müsse man rationalisieren.“ Auf die Kritik Trüdingers reagierte er gereizt und resigniert zugleich. Er und die „anderen Mitglieder der grünen Front [!] verzichteten darauf, für sich das Monopol der Weisheit in Anspruch zu nehmen und bloß den Bock der Kritik der anderen zu machen. Sie seien selber Träger des Willens der Bauernschaft und nicht bloß der Kritik draußen. Die Auffassung, daß nichts geschehen sei, sei nicht richtig, sondern die Sache läge so, daß gewaltige Verhältnisse der Gesamtlage im In- und Auslande die Maßnahmen der grünen Front [!] überstürzten und nicht so zur Geltung kommen ließen, wie es hätte sein sollen.“ Resigniert stellte er fest, es „werde nur darnach gefragt, was nicht erreicht wurde. Wenn verhindert wurde, daß der Getreidepreis noch weiter herabglitt, so sei das immerhin etwas und verdiene Anerkennung“. Trüdinger wurde von ihm aufgefordert, „nicht bloß zu kritisieren, sondern auch praktische Vorschläge zu machen“. Angesichts der Isolation der Landwirtschaft im Reichstag riet er zur Geschlossenheit: „Wenn man immer innerhalb der Landwirtschaft Kritik treibe, werde man von den anderen Ständen ausgelacht und habe man nur den Schaden. Deshalb solle man die innere Kritik zurückstellen und alle Kraft nach außen zusammenfassen. Niemand könne etwas dafür, daß sich die Anbaufläche in Übersee vermehrt habe und daß die technischen Fortschritte so weit gediehen seien. Wenn man auf illegalem Wege helfen könnte, hätte er schon manchen aufgehängt.“<sup>117</sup>

Trotzdem hatte Horlacher eine radikale EntschlieÙung als „Stellungnahme der Grünen Front in Bayern“ vorbereitet – „da ihm die Verhältnisse endlich zu dumm würden“. Dabei ließ er dahingestellt, ob er mit dieser Aussage die bäuerliche Kritik an seiner gouvernementalen Taktik oder die Isolation der Landwirtschaft im Reichstag meinte. Darin stellte er „nachdrücklich die Erbitterung der ganzen Bauernschaft über die katastrophale Lage fest“ und

---

<sup>117</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung des GroÙen Wirtschaftsausschusses zur Einigung der Bayerischen Landwirtschaft am 28. September 1929, 13.

verlangte „die beschleunigte Durchführung des Rentabilitätsprogramms der Reichsspitzenverbände der deutschen Landwirtschaft“. Während er sich der Androhung gewaltsamer Aktionen enthielt, schob er die Verantwortung für die wirtschaftlichen Probleme der Landwirtschaft allein auf die parlamentarische Verfassungsordnung: „Es wird in der ganzen deutschen Bauernschaft als geradezu unverantwortlich erachtet, daß der Reichstag sich nicht sofort, auch durch Unterbrechung seiner Ferien, mit der katastrophalen Lage der Landwirtschaft beschäftigt hat, ja daß nicht einmal dem Verlangen der landwirtschaftlichen Führer nach sofortiger Einberufung des handelspolitischen Ausschusses des Reichstags stattgegeben wurde.“<sup>118</sup> Indem Horlacher der offensichtlichen Empfänglichkeit der Bauern für radikale Phraseologie entgegenkam und dies mit der Zurückweisung jeglicher eigener Verantwortung für die wirtschaftlichen Probleme der Landwirtschaft verband, bereitete er den finalen Stoß gegen die Initiative der Bezirksbauernkammern vor, außerhalb der etablierten Organisationen zu einer einheitlichen Interessenvertretung zu gelangen. Einstimmig wurde der gemeinsam von Horlacher und Brügel vorgebrachte Vorschlag angenommen, die Forderung nach Einigung des landwirtschaftlichen Organisationswesens aus dem Namen des nunmehrigen „Großen Wirtschaftsausschusses der bayerischen Landwirtschaft“ zu streichen. Ebenso einstimmig wurde ihr Vorschlag angenommen, den bisherigen „Sonderausschuß“ zu einem „Spitzenausschuß der bayerischen Landwirtschaft“ nach dem Vorbild der Grünen Front umzuwandeln und durch je einen Vertreter von BV, BBB, Bayerischem Landbund, Landwirtschaftlichem Verein und den drei genossenschaftlichen Organisationen in Bayern zu erweitern<sup>119</sup>.

Weiterhin behandelte Horlacher das Anliegen der Bezirksbauernkammern sehr dilatorisch. Trotz der inständigen Bitten Pfeiffers verzögerte er die Komplettierung des Spitzenausschusses im Sinne des Beschlusses vom 28. September 1929<sup>120</sup>. Auf Drängen Pfeiffers trat der „Spitzenausschuß der bayerischen Landwirtschaft“ dann am 25. Oktober 1929 zu seiner ersten und gleichzeitig letzten Sitzung zusammen<sup>121</sup>. Der Zweck der Sitzung bestand darin, die Vertreter der niederbayerischen Bezirksbauernkammern Mellersdorf, Deggendorf, Bogen, Landau/Isar und Dingolfing von der Durchführung von Lieferstreiks wegen der niedrigen Getreidepreise abzuhalten. Die Anwesenheit Horlachers, Fehrs und Brügels zeigt die Bedeutung, die dieser Besprechung beigemessen wurde. Die Vertreter der Bezirksbauernkammern waren von der Wirkung des Vermahlungszwanges für inländisches Getreide enttäuscht und forderten erhöhten Zollschutz und Einfuhrkontingentierung –

<sup>118</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung des Großen Wirtschaftsausschusses zur Einigung der Bayerischen Landwirtschaft am 28. September 1929, 14.

<sup>119</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung des Großen Wirtschaftsausschusses zur Einigung der Bayerischen Landwirtschaft am 28. September 1929, 15f.

<sup>120</sup> BBV-Herrsching, Bauernkammern LBK/7, Pfeiffer an Horlacher, 15. Oktober 1929.

<sup>121</sup> Nachfolgende Sitzungen sind in Horlachers Geschäftsbericht für 1929/1930 nicht vermerkt (Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 4, Sitzung am 28. November 1930, 21–28).

insgesamt die „Rückkehr zu einer Art Zwangswirtschaft“, wie es der Vertreter der Bezirksbauernkammer Mallersdorf ausdrückte. Statt Hoffnung zu bringen und Lösungsvorschläge anzubieten, stimmten die drei Spitzenfunktionäre ein Konzert politischer Resignation an. Fehr meinte: „Was könne aber nun eigentlich zur Besserung der Lage der Landwirtschaft geschehen? Im Grunde recht wenig. Man könnte nur immer und immer wieder die Forderungen wiederholen und verstärken.“ Im Gegensatz zu Fehr, der sich immerhin darum bemühte, Verständnis für die Notlage der Bauern aufzubringen, konnte es Horlacher nicht verbergen, dass er sich von den Forderungen der niederbayerischen Bezirksbauernkammern geradezu belästigt fühlte. Er riet den Landwirten, sich mit der betrügerischen Deklaration von Auslandsgetreide als Inlandsgetreide, mit dem die Großmühlen den Vermahlungszwang für inländisches Getreide umgangen hatten, abzufinden. Resigniert stellte er fest: „Dieses Jahr sei halt die Landwirtschaft einmal von der Großmühlenindustrie regelrecht ausgeschmiert worden.“ Im Übrigen betonte er, „daß von Seiten der Bayerischen Landesbauernkammer alles menschenmögliche [!] getan worden sei und daß all die hier vorgebrachten Forderungen bereits wiederholt erhoben worden seien“. Während ihm von Brügel beigespflichtet wurde, reagierte der Vertreter der Bezirksbauernkammer Mallersdorf enttäuscht über Horlachers Ausführungen. Der schwäbische Bauernbundsabgeordnete Fritz Scheifele (1880–1961)<sup>122</sup> prognostizierte deshalb, dass die Tagung des Spitzenausschusses wie das „Hornberger Schießen“ ausgehen werde, und ermahnte deshalb die anwesenden Büroleiter: „Die Klagen aus dem Gäuboden seien abgetan worden, sie seien aber nicht gekommen, zu hören, was geschehen sei. Es scheine, daß der Bauer das Vertrauen zu seinen Führern verliere, die sich in den schlechten Zeiten qualifizieren müßten.“ Daraufhin mahnte der oberbayerische Bauernvereinsdirektor Melchner angesichts der laufenden Zollverhandlungen im Reichstag zum Stillhalten, denn „es wäre doch jetzt in diesem Zollkampf ausserordentlich gefährlich, Verhetzungen von daran interessierten Kreisen auf dem Lande zuzulassen“. Es sei deshalb „nicht angenehm, Bauernführer zu sein, während andere mit radikalem Auftrumpfen die Führung an sich zu reißen versuchen“. Wenn „man die derzeitige Koalition kritisiere, muß man bedenken, daß auch in der Rechtskoalition nichts geschehen sei“. Schließlich gelang es Fehr, die anwesenden Vertreter der niederbayerischen Bezirksbauernkammer zu beschwichtigen und sie nach nahezu dreistündiger Sitzung dazu zu bewegen, von gewaltsamen Aktionen Abstand zu nehmen. Am Schluss sah sich Pfeiffer veranlasst, die Zusammenkunft gegen den „Anschein,

---

<sup>122</sup> Landwirt in Weinhausen (Bezirksamt Kaufbeuren), katholisch, geboren am 12. Januar 1880 in Kriegshaber bei Augsburg, nach handwerklicher Tätigkeit Übernahme des elterlichen landwirtschaftlichen Anwesens im Jahr 1911, seit 1912 Bürgermeister von Weinhausen, 1918/1919 Mitglied des Provisorischen Nationalrates, 1919 bis 1933 MdL für den BBB, seit Mai 1933 MdL für die NSDAP, gestorben 1961. Zu Scheifele vgl. BERGMANN, Bauernbund, 377; LILLA, Landtag, 483.

als ob der Reingewinn der Sitzung gering sei“, zu verteidigen. Bei Lichte betrachtet, gab er damit das Scheitern seiner Initiative vom Januar 1929 selbst zu<sup>123</sup>.

Dem Zusammenwirken der Spitzenfunktionäre von BV und Bayerischem Landbund war es gelungen, der Gefahr der Etablierung einer Einheitsorganisation von unten unter Umgehung der Verbandsbürokratien in Bayern vorzubeugen. Indem Horlacher die ökonomischen Probleme der Landwirtschaft auf vermeintliche oder tatsächliche Fehlleistungen der Verfassungsordnung zurückführte und die Versuche zur organisatorischen Vereinheitlichung des landwirtschaftlichen Organisationswesens außerhalb der etablierten Organisationen abblockte, trug er nicht dazu bei, den bäuerlichen Protest in diese parlamentarisch tätigen Organisationen zu reintegrieren. Die bäuerliche Protestbewegung wandelte sich nun. Außerhalb der etablierten Organisationen wurde der Protest nun lokal organisiert und fand in recht spontanen Organisationsformen wie der oberbayerischen Neuen Bauernbewegung seinen Ausdruck, bevor diese dann in der NSDAP aufging<sup>124</sup>.

## 6. Unterstützung für den sozialdemokratischen Reichskanzler

Horlachers Widerstand gegen die bäuerliche Protestbewegung der Jahre 1928 und 1929 fand seinen Grund nicht zuletzt darin, dass er die Durchsetzung agrarischer Positionen gegenüber einer sozialdemokratisch geführten Reichsregierung nicht durch allzu unbedachte Agitationsreden gefährden wollte. Am 21. März 1929 traten die vier Repräsentanten der Grünen Front – Präsident Schiele für den Reichslandbund, Präsident Hermes für die Vereinigung der deutschen Bauernvereine, Präsident Ernst Brandes (1862–1935)<sup>125</sup> für den Deutschen Landwirtschaftsrat und der bayerische Landwirtschaftsminister Fehr als Sprecher der Deutschen Bauernschaft – mit einem Agrarprogramm an die Reichsregierung, in dem ein bedeutend erhöhter Zollschatz für Ackerprodukte und Viehwirtschaft gefordert wurde<sup>126</sup>. Reichsernährungsminister Dietrich war bereit, den Forderungen der Grünen Front

<sup>123</sup> BayHStA, ML 1888, Sitzung des Spitzenausschusses der Bayerischen Landwirtschaft am 25. Oktober 1929.

<sup>124</sup> Zum indirekten Übergang der ländlichen Protestbewegung von 1928/1929 in die Unterstützung der NSDAP vgl. ANGRESS, *Role*, 545–547; STÄBLER, *Bauernbewegung*, 901–915; STÄBLER, *Weltwirtschaftskrise*, 260–271; BERGMANN – MEGERLE, *Protest*, 228–238. Damit übereinstimmend führt Arno Panzer den Erfolg der Nationalsozialisten auf dem Land auf die agrarpolitische Untätigkeit zu Beginn der Regierungszeit Müllers zurück. Vgl. PANZER, *Ringen*, 145f.

<sup>125</sup> Gutsbesitzer und Jurist, protestantisch, geboren am 11. März 1862 als Sohn eines ostpreußischen Gutsbesitzers, Jurastudium in Leipzig und Halle, Promotion zum Dr. jur., anschließend im preußischen Verwaltungsdienst tätig, seit 1894 Bewirtschaftung des elterlichen Gutes Zaupern bei Insterburg, 1900 Mitglied des ostpreußischen Provinziallandtages, seit 1902 Mitglied der ostpreußischen Landwirtschaftskammer, seit 1914 deren Präsident, in der Kriegsernährungswirtschaft tätig, 1922 bis 1933 Präsident der Preußischen Hauptlandwirtschaftskammer und des Deutschen Landwirtschaftsrates, gestorben am 4. April 1935. Zu Brandes vgl. FORSTREUTER, *Brandes*, 520.

<sup>126</sup> Empfang von Vertretern der Landwirtschaft beim Reichskanzler am 21. März 1929, in: AdR. Kabinett Müller II, 504–506. Zum Programm der Grünen Front vom 20. März 1929 vgl. BARMEYER, *Hermes*, 89–94; GESSNER, *Agrarverbände*, 164–169.

entgegentzukommen<sup>127</sup>. Die hauptsächlichen Gegner der Grünen Front waren Reichswirtschaftsminister Curtius (DVP), Reichsfinanzminister Hilferding (SPD) und Außenminister Stresemann (DVP). Gegen eine offensive Erhöhung der Zölle führten sie die Gefährdung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen und die schwebenden Reparationsverhandlungen in Paris an<sup>128</sup>. Da die Reichsregierung die Umsetzung des Programms der Grünen Front deshalb immer wieder verzögerte, brachten die außerhalb der Reichsregierung stehenden Parteien DNVP, CNBLP und Deutsche Bauernpartei – der der BBB angehörte<sup>129</sup> – am 17. Mai 1929 vier eigenständige Anträge im Sinne der Grünen Front im Reichstag ein. Zum Schutz des Getreidebaus forderten sie die Anhebung der Zölle auf das Niveau des Bülow'schen Tarifes von 1902, zum Schutz der Veredelungswirtschaft forderten sie eine darüber hinausgehende Erhöhung der Zolltarife und zusätzliche Maßnahmen zur Erschwerung der Einfuhr von Vieh und Fleisch<sup>130</sup>. Die handelspolitischen Forderungen der Grünen Front stellten einen gefährlichen Sprengstoff für den Bestand der Reichsregierung dar, denn sie mussten den Widerstand von Exportindustrie und Gewerkschaften herausfordern. Hilferding machte deshalb den Weiterbestand des Kabinetts wegen der noch ausstehenden Annahme des Reichshaushaltsplans von einem erfolgreichen Abschluss der Zollverhandlungen abhängig<sup>131</sup>.

Das Ergebnis der Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Agrarexperten der Regierungsparteien war der Agrarkompromiss vom 23. Juni 1929. Er beinhaltete die Beseitigung der seit der Kleinen Zolltarifnovelle immer noch geltenden Zwischenzölle, wodurch die höheren Zollsätze des deutsch-schwedischen Handelsvertrages wirksam werden konnten. Gleichzeitig wurde die Kündigung dieses Handelsvertrages als Voraussetzung für darüber hinausgehende Zollerhöhungen vereinbart. Außerdem brachte der Agrarkompromiss eine Erhöhung der autonomen Kartoffel- und Butterzölle, wobei deren Wirksamkeit durch die Bindung in Handelsverträgen stark eingeschränkt war. Da die von der Grünen Front erhoffte weitergehende Getreidezollerhöhung gegen den Widerstand der SPD nicht durchsetzbar war, wurde als Ausgleich ein Vermahlungszwang für inländisches Getreide eingeführt<sup>132</sup>. Der Agrarkompromiss wurde am 26. und 27. Juni 1929 im Reichstag mit den Stimmen der oppositionellen DNVP angenommen, während die regierende SPD ablehnte. Über

<sup>127</sup> Kabinettsitzung am 15. Mai 1929, in: AdR. Kabinett Müller II, 656–660.

<sup>128</sup> Vgl. GESSNER, Agrarverbände, 169–171.

<sup>129</sup> Die Deutsche Bauernpartei setzte sich aus Gruppierungen zusammen, die in der Deutschen Bauernschaft zusammengeschlossen waren. Sie wurde hauptsächlich vom BBB getragen. Viele der in der Deutschen Bauernschaft zusammengeschlossenen Organisationen wollten jedoch ihre parteipolitische Neutralität nicht aufgeben und lehnten deshalb eine Mitarbeit ab. Zur Deutschen Bauernpartei vgl. FRITSCH, Deutsche Bauernschaft, 571f.

<sup>130</sup> Zu den Agraranträgen vom 17. Mai 1929 vgl. BARMAYER, Hermes, 99f.

<sup>131</sup> Kabinettsitzung am 24. Juni 1929, in: AdR. Kabinett Müller II, 770–772.

<sup>132</sup> Zum Inhalt des Agrarkompromisses vgl. HORLACHER, Agrarpolitik (10. Juli 1929), 173–176; zu dessen Entstehung vgl. GESSNER, Agrarverbände, 145–148 und 171f.; BECKER, Handlungsspielräume, 350–353; BARMAYER, Hermes, 99–101.

den Agrarkompromiss hinausgehende Anträge der DNVP auf restlose Beseitigung des Gefrierfleischkontingentes und auf Stützungskäufe zur Absicherung von Getreidemindestpreisen scheiterten an den Regierungsparteien, wobei Horlacher mit den landwirtschaftlichen Abgeordneten der BVP, den bayerischen Bauernbündlern und den Abgeordneten der CNBLP für die deutschnationalen Anträge stimmte<sup>133</sup>. Obwohl der Agrarkompromiss nur einen Teilerfolg für die Grüne Front darstellte und die Debatte über eine weitergehende Erhöhung der Agrarzölle dadurch auf den Herbst verschoben wurde (da die geltenden Zolltarife am 31. Dezember 1929 ausliefen), bestand für die am 28. Juni 1929 angesetzte Annahme des Reichshaushaltsplanes nun keine Gefahr mehr. Die namentliche Abstimmung sah die Regierungsparteien – trotz der vereinbarten Einschränkungen für die Länderfinanzen<sup>134</sup> auch die BVP – geschlossen auf der Seite des Kabinetts, während die Agrarparteien CNBLP und BBB mit der DNVP dagegen stimmten<sup>135</sup>. Der Bestand der Regierung war gesichert. Genauso, wie die SPD wegen der zu erwartenden Zustimmung der DNVP zum Agrarkompromiss im Plenum ohne Gefährdung für den Reichshaushalt gegen diesen stimmen konnte, konnte Horlacher seine zuverlässige agrarische Gesinnung ohne koalitionspolitische Weiterungen demonstrieren, indem er für die deutschnationalen Anträge stimmte, da diese ohnehin keine Aussicht auf Erfolg hatten. Wie sehr diese Demonstration nötig war, zeigte sich, als sich die Fraktion der BVP insgesamt vom BBB vorwerfen lassen musste, bei der Abstimmung über die deutschnationalen Anträge versagt zu haben, da sie nicht geschlossen dafür stimmte<sup>136</sup>.

Obwohl der Agrarkompromiss den Abschluss der Wiedereinführung der Vorkriegszölle bedeutete<sup>137</sup>, war die Grüne Front unzufrieden. Wegen der Beibehaltung des zollfreien Gefrierfleischkontingentes, der als ungenügend empfundenen Anhebung der Getreidezölle und der fortbestehenden Bindung des Butterzolls im deutsch-finnischen Handelsvertrag wurde er als Niederlage betrachtet<sup>138</sup>. Dagegen war Horlacher erleichtert, dass die Regierung im Unterschied zu 1924, als die Wiedereinführung der Agrarzölle am Bruch der Regierungskoalition gescheitert war, gehalten hatte. Bereits vor der Verabschiedung hatte er auf der Mitgliederversammlung der Vereinigung der deutschen Bauernvereine davor gewarnt, „daß wir in die Lage kommen, wie im August 1924, wo das Parlament zum Schluß auseinandergefallen ist, von einzelnen Kräften die Beschlußfähigkeit der Parlamente

<sup>133</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 425, Sitzung am 26. Juni 1929, 2933–3004; Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 425, Sitzung am 27. Juni 1929, 3005–3114.

<sup>134</sup> Zum Gesetz über die Aufstellung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1929 vgl. MENGES, Reichsreform, 369.

<sup>135</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 425, Sitzung am 28. Juni 1929, 3115–3118.

<sup>136</sup> HORLACHER, Mindestpreise (22. Oktober 1929), 1f.

<sup>137</sup> Vgl. BECKER, Handlungsspielräume, 351f.

<sup>138</sup> Vgl. GESSNER, Agrarverbände, 172–174.

einfach herbeigeführt wurde, und wir in der Luft hängen“<sup>139</sup>. Wegen des Zusammenhangs zwischen den Abstimmungen über den Agrarkompromiss und den Reichshaushaltsplan hätte eine Regierungskrise auch diesmal die Interessen der Landwirtschaft geschädigt, so Horlacher im *Bayerischen Bauernblatt* am 16. Juli 1929: „Denn eine solche Regierungskrise hätte dann eine Erschütterung unseres gesamten politischen Lebens gebracht, die Landwirtschaft hätte dann von ihren Forderungen überhaupt nichts durchbringen können.“ Dabei betrachtete Horlacher die Grüne Front als Instrument zur Stabilisierung der Reichsregierung, mit deren Hilfe außerhalb der Regierungsparteien stehende landwirtschaftliche Abgeordnete in die Front der Unterstützer Müllers integriert werden sollen. Er wollte diese „zur positiven Einstellung zwingen“. Angesichts der für die Gewerkschaftsvertreter in BVP und Zentrum unannehmbaren Forderung nach Beseitigung des zollfreien Gefrierfleischkontingentes – die deshalb das Potential besaß, den Agrarkompromiss aufgrund der Mehrheitsverhältnisse zum Scheitern zu bringen – erklärte er nun: „Bei dieser Gelegenheit wurde mir so recht klar, daß eine deutsche Gesamtbauernpartei den inneren Zusammenhang mit der Volksgemeinschaft verliert, sich isoliert, und Forderungen, die von den Verbrauchern als Belastung empfunden werden, nicht durchsetzen kann.“ Letztlich bestand das Ziel der Grünen Front für Horlacher also darin, die seit der Regierungsbildung 1928 währende Isolation der Landwirtschaft aufzubrechen. Es sollten „die bürgerlichen Parteien der Regierungskoalition, die sich mit einer großen Anzahl ihrer Mitglieder ohne weiteres auf dem Boden der Reichsbauernfront befanden, den schärfsten Druck auf die Reichsregierung auszuüben versuchen, nachdem die aus den verschiedensten Ständen bestehenden Fraktionen geschlossen zu einheitlichem Handeln zusammengefaßt waren“. Er plädierte deshalb an die BVP, so lange an dem sozialdemokratischen Reichskanzler festzuhalten, „als es irgendwie ihr ermöglicht ist“. Dabei stellte es einen leicht erkennbaren Seitenhieb auf den BBB dar, als er davor warnte, Agitationsanträge zu stellen, für deren Annahme die notwendige Mehrheit von 246 Abgeordnete nicht zu gewinnen war – wie er belehrend anfügte: „Auf solchen Erwägungen beruht das große politische Gesetz, daß die Politik die Kunst des Möglichen und Erreichbaren darstellt.“<sup>140</sup>

Horlachers Einsatz für die sozialdemokratisch geführte Reichsregierung ist nicht nur als pragmatisches Bemühen um die Durchsetzung agrarpolitischer Ziele zu werten. Horlacher demonstrierte damit, dass er im Unterschied zu seiner eigenen antiparlamentarischen Agitation am parlamentarischen Weg der landwirtschaftlichen Interessenvertretung festhalten wollte und um eine Stabilisierung der parlamentarischen Verfassungsordnung durch eine koalitionsmäßige Absicherung der Reichsregierung bemüht war. Als die Gefahr bestand, dass die als Teil des Agrarkompromisses vereinbarte Kündigung des deutsch-schwedischen

<sup>139</sup> Archiv des WLW, D 32, Mitgliederversammlung der Vereinigung der deutschen Bauernvereine am 14. Juni 1929.

<sup>140</sup> HORLACHER, Kampfplage (16. Juli 1929), 3f.



Handelsvertrages zu kippen drohte, stellte er deshalb auf der Mitgliederversammlung der Vereinigung der deutschen Bauernvereine am 14. Juni 1929 enttäuscht – geradezu trotzig – fest: „Wir haben auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung nicht kurz getreten, haben schwere Belastungen auf uns genommen und jetzt in der Zeit der großen Not will man den Gedanken der Volksgemeinschaft verlassen. [...] Dann ist die Regierung nur noch ein Zweckverband zur Verabschiedung des Etats, was darüber hinausgeht, geht uns nichts mehr an und wir haben die Freiheit, wenn die eine Gruppe nicht zieht, das mit der deutschnationalen Volkspartei (!) beschlußmäßig im Reichstage zu machen, nicht koalitionsmäßig.“<sup>141</sup> Dabei ist es bemerkenswert, dass sich Horlacher nun nicht mehr als Politiker der Rechten bezeichnete, sondern sich fortan als Politiker der Mitte betrachtete, wie er am 10. Juli 1929 im Organ des Wirtschaftsbeirates der BVP deutlich machte: „Und es kann gar keine Rede davon sein, daß etwa die Rechte die vollen Verdienste für die Anfangserfolge in Anspruch nehmen und für das Nichterreichte die Mitte verantwortlich machen kann. Die Dinge liegen vielmehr so, daß das, was erreicht wurde, nur erreicht werden konnte, weil es der Mitte gelungen ist, zwei Ziele zu erreichen, einmal die Einigkeit in den eigenen Reihen bezüglich der Durchführung des Agrarprogrammes herzustellen und zweitens, diese Agrarhilfe zur Durchführung zu bringen, ohne daß dabei eine Regierungskrise oder ein Sturz der jetzigen Reichsregierung erfolgt wäre.“<sup>142</sup>

In seinem Bemühen um eine stabile Mehrheit für Reichskanzler Müller störte ihn die wirtschaftsegoistische Agitation des BBB genauso, wie die nationalistische Propaganda der DNVP gegen den Young-Plan. Mit dem Young-Plan erstrebten die Siegermächte des Ersten Weltkrieges eine Regelung der deutschen Reparationen, welche die Stabilität der deutschen Wirtschaft im Interesse ihrer Reparationserwartungen nicht gefährdete. Die Zahlungsverpflichtungen des Deutschen Reiches wurden reduziert, dessen finanzielle Souveränität wiederhergestellt und die vorzeitige Räumung des Rheinlandes zugesichert. Darüber hinaus kam das Deutsche Reich in den Genuss einer internationalen Anleihe in Höhe von 300 Millionen US-Dollar<sup>143</sup>. Da der Young-Plan jedoch eine grundsätzliche Anerkennung der Berechtigung der Zahlungsverpflichtungen durch das Deutsche Reich darstellte, beschlossen die im „Reichsausschuß für das Deutsche Volksbegehren“ zusammengeschlossenen Organisationen der antidemokratischen Rechten – der Frontkämpferverband Stahlhelm, der Reichslandbund, die CNBLP und die DNVP – am 19. Juni 1929, trotz der wirtschaftlichen Erleichterungen mit einer Volksbefragung gegen den Young-Plan vorzugehen. Der ursprüngliche Plan des Stahlhelms und des Reichslandbundes hatte darin bestanden, damit die sozialdemokratisch geführte Reichsregierung zu stürzen, um

<sup>141</sup> Archiv des WLVB, D 32, Mitgliederversammlung der Vereinigung der deutschen Bauernvereine am 14. Juni 1929.

<sup>142</sup> HORLACHER, Agrarpolitik (10. Juli 1929), 176.

<sup>143</sup> Zum Young-Plan vgl. HEYDE, Ende, 35–54.

an ihre Stelle mit Hilfe Hindenburgs auf parlamentarischem Wege eine Rechtsregierung zu etablieren. Dagegen hatte Alfred Hugenberg (1865–1951)<sup>144</sup>, seit 1928 Vorsitzender der DNVP, in dem Volksbegehren einen Weg zur antirepublikanischen Mobilisierung breiter Massen gesehen. Deswegen wollte er das Volksbegehren gegen den Young-Plan zu einer Bewegung gegen den Kriegsschuldparagraphen des Versailler Vertrages ausbauen. Er wollte dem Volk ein „Gesetz gegen die Versklavung des deutschen Volkes (Freiheitsgesetz)“ vorlegen. Damit sollte die Reichsregierung verpflichtet werden, den Siegermächten die Nichtanerkennung des Kriegsschuldparagraphen des Versailler Vertrages anzuzeigen, die bedingungslose Räumung aller besetzten Gebiete zu fordern und keinerlei Zahlungsverpflichtungen mehr einzugehen. Zuwiderhandlungen sollten mit Zuchthaus bestraft werden<sup>145</sup>. Auf diesem Weg obstruktiver Systemopposition wollte der Reichslandbund unter den Präsidenten Schiele und Karl Hepp (1889–1970)<sup>146</sup> nicht mitgehen. Denn ihr primäres Ziel bestand darin, den als ungenügend empfundenen Agrarkompromiss vom Juni 1929 baldmöglichst zu revidieren. Schließlich erklärten sie sich jedoch aus Angst vor Mitgliederverlust zur Unterstützung des Volksbegehrens bereit<sup>147</sup>.

In der BVP herrschte wegen der befürchteten Folgen des Young-Plans für die finanziellen Beziehungen zwischen den Ländern und dem Reich sowie der Abhängigkeit der bayerischen Staatsregierung vom deutschnationalen Koalitionspartner große Unsicherheit<sup>148</sup>. In der BVP war vor allem Schäffer darum bemüht, nicht hinter der republikfeindlichen und revisionistischen Agitation der Befürworter des Volksbegehrens zurückzustehen. Dabei verwischte er die Grenzen zur Systemopposition, als er lediglich den Zeitpunkt des Volksbegehrens kritisierte, nicht jedoch den staatsgefährdenden Inhalt<sup>149</sup>. Im Unterschied zu Schäffer war Horlacher sehr an den wirtschaftspolitischen Zugeständnissen des Young-Planes interessiert. Wenn er von der Ungerechtigkeit der Reparationen auch überzeugt war und ihm die Verminderung der Reparationen nicht weit genug ging, so ließ diese doch auf eine

---

<sup>144</sup> Industrieller und Medienunternehmer, protestantisch, geboren am 19. Juni 1865, Jurastudium, 1888 Promotion zum Dr. jur., 1909 bis 1918 Vorsitzender des Direktoriums der Friedrich Krupp AG, November 1918 Mitbegründer der DNVP, beherrschte als Medienunternehmer zahlreiche Publikationsorgane, bei zahlreichen landwirtschaftlichen Kreditinstituten tätig, maßgeblicher Wegbereiter des Nationalsozialismus, 1928 bis 1933 Vorsitzender der DNVP, 30. Januar bis 26. Juni 1933 als Reichswirtschaftsminister im Kabinett Hitler auch für Landwirtschaft zuständig, 1933 bis 1945 MdR als Gast der NSDAP, gestorben am 12. März 1951. Zu Hugenberg vgl. HOEPKE, Hugenberg, 10–13.

<sup>145</sup> Vgl. BERGHAHN, Volksbegehren, 438–442.

<sup>146</sup> Landwirt, protestantisch, geboren am 10. Februar 1889 in Seelbach (Hessen) als Sohn eines Landwirts, humanistisches Gymnasium, Studium der Landwirtschaft, 1914 bis 1918 Kriegsteilnehmer, danach Übernahme des elterlichen landwirtschaftlichen Betriebes, 1921 bis 1930 Präsident des Reichslandbundes, 1920 bis 1933 MdR für die nationalliberale DVP (ab 1928 für die CNBLP), 1933 Verlust aller Ämter, 1953 bis 1957 Präsident des Hessischen Bauernverbandes, 1953 bis 1957 MdB für die FDP (ab 1956 verschiedener nationalliberaler Splittergruppen), gestorben am 3. Januar 1970. Zu Hepp vgl. Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages, 332.

<sup>147</sup> Zur Haltung des Reichslandbundes zum Volksbegehren vgl. BERGHAHN, Volksbegehren, 440–444; MÜLLER, Bauer, 123–156.

<sup>148</sup> Zur Haltung der BVP zum Young-Plan vgl. SCHÖNHOFEN, Bayerische Volkspartei, 226–244.

<sup>149</sup> Vgl. SCHÖNHOFEN, Bayerische Volkspartei, 229–232.

steuerliche Entlastung der Landwirtschaft hoffen. Dabei erwartete Horlacher die rasche Beseitigung der auf der Landwirtschaft lastenden Rentenbankgrundschuldzinsen. Horlacher warnte deshalb auf dem Bauerntag in Tuntenhausen im September 1929 vor dem agitatorischen Charakter des Volksbegehrens, denn zur „Volksverhetzung sei es nicht an der Zeit. Solange man keine Macht habe, müsse die Politik des Löwen durch schlaues Paktieren ersetzt werden“<sup>150</sup>. Von der Beteiligung des Reichslandbundes an der Propaganda für das Volksbegehren war er deshalb enttäuscht. Gegenüber dem Wirtschaftsbeirat der BVP gab sich Horlacher deshalb im September 1929 „bei der Betrachtung der politischen Lage im Reich keinen Illusionen hin, er beklagte insbesondere die politische Unmöglichkeit, im gegenwärtigen Augenblick die landwirtschaftsfreundlichen Kräfte zu einer gemeinsamen geschlossenen Aktion zusammenzufassen“<sup>151</sup>. Auf der Vorstandssitzung der Vereinigung der deutschen Bauernvereine wollte Horlacher am 4. Oktober 1929 „unserem Herrgott danken, daß die deutsche Landwirtschaft nicht im Landbund vereinigt ist, denn das würde bedeuten, daß sie dem Untergang geweiht ist, weil sich alle Kräfte gegen den Landbund einsetzen würden. (sehr richtig!). Der Landbund hat sehr viele tüchtige Leute in sich, aber das, was die Herren auf politischem Gebiete machen, dient nicht der Landwirtschaft, sonder häuft den größten Zündstoff gegen die Landwirtschaft an.“<sup>152</sup> Die agrarpolitische Übereinstimmung und das gemeinsame Interesse an einer einheitlichen Interessenvertretung im Reichstag verhinderten jedoch vor allem angesichts des Auslaufens der geltenden Zolltarife am 31. Dezember 1929, dass die Spannungen wegen des Young-Planes zu einer Spaltung der Grünen Front führten<sup>153</sup>.

## 7. Vom Protektionismus zum Interventionismus

Bereits vor dem Auslaufen der geltenden Zolltarife hatte die inländische Überproduktion von Brotgetreide im Erntejahr 1927/1928 dazu geführt, dass die Getreidezölle zunehmend an Wirksamkeit verloren<sup>154</sup>. Deshalb forderte die Grüne Front am 20. März 1929 von Reichskanzler Müller die Ergänzung der Agrarzölle durch binnenwirtschaftliche Stützungskäufe zur „Regulierung des deutschen Marktes“. Ein Außenhandelsmonopol in staatlicher Hand sollte zwischen dem regulierten Binnenmarkt und dem unregulierten Weltmarkt vermitteln<sup>155</sup>. Bei der Forderung nach einem Außenhandelsmonopol konnte die

<sup>150</sup> BA Berlin, R707/35, Bericht der Vertretung der Reichsregierung in München an die Reichskanzlei, 16. September 1929; ferner BK vom 17. September 1929; MP vom 16. September 1929; Augsburger Postzeitung vom 17. September 1929; Das Bayerische Vaterland vom 16. September 1929.

<sup>151</sup> Bayerisches Bauernblatt vom 1. Oktober 1929.

<sup>152</sup> Archiv des WLV, D 33, Sitzung des Vorstandes der Vereinigung der deutschen Bauernvereine am 4. Oktober 1929.

<sup>153</sup> Vgl. BARMAYER, Hermes, 102f.

<sup>154</sup> Vgl. BECKER, Handlungsspielräume, 204–209.

<sup>155</sup> BAR vom 22. April 1929.

Grüne Front mit der Zustimmung der SPD rechnen. Diese hatte sich bereits in ihrem Kieler Programm von 1927 zur Errichtung eines Außenhandelsmonopols – allerdings als Ersatz für die abzuschaffenden Agrarzölle – bekannt. In der durch ein Außenhandelsmonopol ermöglichten Beeinflussung der freien Preisbildung sah sie den Grundstein für eine sozialistische Wirtschaftsordnung<sup>156</sup>. Bereits am 20. März 1928 hatte die SPD im Reichstag beantragt, „für die Preispolitik dieses Monopols durch ein Reichsgesetz bindende Richtlinien aufzustellen, die dem Erzeuger einen angemessenen Ertrag seiner Arbeit und einen Ersatz seiner Aufwendungen sichern, ohne daß dem Verbraucher unnötige Lasten auferlegt werden“<sup>157</sup>.

Horlacher verhielt sich gegenüber der Forderung nach einem Außenhandelsmonopol zurückhaltend. Er wollte nicht „seine Hand dazu bieten, daß eine staatssozialistische Kontrolle auf dem gesamten Lebensmittelmarkt einsetzt, wobei eine ihm immer entgegengesetzte Mehrheit geneigt ist, die Preise für die Landwirtschaft niedrig zu halten“<sup>158</sup>. Er befürchtete, dass das Außenhandelsmonopol „in seinem Geschäftsgebaren der Beeinflussung durch das öffentliche Parlament unterliegen“ werde „und die Landwirtschaft in ihrer Arbeit politischen Konjunkturschwankungen unterworfen“ sei<sup>159</sup>. Er prognostizierte deshalb einen „Kampf um die scheinbar günstige oder ungünstige Gestaltung unserer Lebenshaltung und das Hineintragen einer Unsicherheit in die Produktion des landwirtschaftlichen Betriebes, die bald zur direkten Revolution unter der Bauernschaft führen müßte“<sup>160</sup>. Denn er konnte nicht glauben, dass die SPD bereit sein werde, „dem Bauern die Verzinsung seiner Anlagen, seinen Arbeitslohn und seine Selbstkosten usw. in voller Höhe im Getreidepreis zu decken“<sup>161</sup>. Er prophezeite deshalb eine „Enteignung von hintenrum“ als notwendige Folge der Einführung eines Außenhandelsmonopols<sup>162</sup>. Bereits am 24. April 1926 hatte sich Horlacher gegen das Außenhandelsmonopol ausgesprochen, als es im Plenum der Landesbauernkammer wegen der Unwirksamkeit der Roggenzölle aufgrund inländischer Überproduktion in Vorschlag gekommen war: „Persönlich habe ich mich – abgesehen von der jetzt mit einem Reichskredit von 30 Millionen ausgestatteten, privaten, landwirtschaftlich geleiteten Getreidehandelsgesellschaft mit dem besonderen Zweck der Einflussnahme auf den Roggenpreis – gegen alle Aushilfsmittel, seien es Getreidemonopole usw. gewendet. Ich halte von diesen zwangsmäßigen Dingen als solchen nichts, ich sehe darin eine große Gefahr.“<sup>163</sup> Wenige Wochen vorher hatte er sich sogar gegen interventionistische Stützungskäufe ausgesprochen: „Übrigens halte ich es für eine große Gefahr und werde

<sup>156</sup> Vgl. GESSNER, Agrarverbände 162–165; SALDERN, Dietrich, 65f.

<sup>157</sup> Verh. d. Reichstags. Anlagen Bd. 421, Nr. 3979.

<sup>158</sup> HORLACHER, Agrarpolitik (10. Juli 1929), 173–176.

<sup>159</sup> HORLACHER, Getreide (1927), 680f.

<sup>160</sup> HORLACHER, Agrar-Programm (5. Februar 1927), 40.

<sup>161</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 423, Sitzung am 4. Dezember 1928, 646–654.

<sup>162</sup> HORLACHER, Verabschiedung (20. März 1928), 1f.

<sup>163</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 24. April 1926, 3.

dagegen kämpfen, so gut ich nur kann, die freie Bildung des Marktes bei der Landwirtschaft außer Kraft zu setzen.“<sup>164</sup>

Dabei war Horlacher nichts weniger als ein Anhänger der freien Preisbildung nach Angebot und Nachfrage. Bevor die Agrarzölle wiedereingeführt worden waren, hatte er selbst die „Zentralbewirtschaftung“ der Getreideeinfuhren gefordert, um „regulierend auf Versorgung und Preislage wirken zu können“ und damit Preisschwankungen „paralysiert werden zugunsten der Erzeuger wie der Verbraucher“<sup>165</sup>. Nach der Wiedereinführung der Schutzzölle sprach er sich gegen die Einführung eines Außenhandelsmonopols aus, da er es seither für überflüssig hielt und um die Taktik der SPD wusste, die Agrarzölle durch das Außenhandelsmonopol zu ersetzen. In Schutzzöllen sah er aber das primäre agrarpolitische Mittel, an dem er unbedingt festhalten wollte<sup>166</sup>. Marktregulierende Maßnahmen lehnte er aber auch nach der Wiedereinführung der Agrarzölle nicht grundsätzlich ab. Während er sich gegen das von der Grünen Front geforderte Außenhandelsmonopol aussprach, forderte er gleichzeitig binnenwirtschaftliche Stützungsmaßnahmen zur Ergänzung des Außenschutzes ein. Er forderte eine öffentlich finanzierte Getreidestützungsaktion<sup>167</sup>, plädierte für die Einführung eines Vermahlungszwanges für Inlandsgetreide<sup>168</sup> und trat für die Kontingentierung des Brauwesens ein, um ein „geordnetes Brauwesen zu haben, nicht aber ein Braugewerbe, das durch Maßnahmen zu gegenseitigem Konkurrenzkampf veranlasst wird, so dass die Kaufkraft gegenüber der Landwirtschaft geschwächt und der Landwirtschaft ein unzureichender Hopfen- und Gerstenpreis geboten wird“<sup>169</sup>. Wenn Horlacher mit diesen Vorschlägen vom Außenhandelsmonopol ablenken wollte, befand er sich auf einer Linie mit den Repräsentanten der Industrie. Der Reichsverband der Deutschen Industrie war seit Frühjahr 1929 unter dem zunehmenden Einfluss der Schwerindustrie zur Stärkung der Landwirtschaft als Abnehmer auf dem Binnenmarkt bereit, begrenzte Agrarzollerhöhungen zuzulassen und der Landwirtschaft als Gegenleistung für den Verzicht auf ein Außenhandelsmonopol binnenwirtschaftliche Maßnahmen zuzugestehen. Denn ein Außenhandelsmonopol hätte nach Ansicht des Reichsverbandes der Deutschen Industrie nicht abzusehende Folgen für den industriellen Export nach sich gezogen<sup>170</sup>.

Im Außenhandelsmonopol lag deshalb ein Drohpotential, das Horlacher rücksichtslos ausnutzte, um die Einführung des Vermahlungszwanges durchzusetzen. Nachdem im Agrarkompromiss der Regierungsparteien vom 23. Juni 1929 eine Erhöhung der Agrarzölle

<sup>164</sup> Verh. d. Reichstags Bd. 388, Sitzung am 12. Februar 1926, 5484.

<sup>165</sup> Referat Horlachers auf der 49. Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates am 21./22. Juni 1921, in: Archiv des Deutschen Landwirtschaftsrats 41 (1921), 87–101, hier: 90.

<sup>166</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 423, Sitzung am 4. Dezember 1928, 652.

<sup>167</sup> HORLACHER, Notwendigkeit (27. August 1928), 203f.

<sup>168</sup> HORLACHER, Agrarpolitik (10. Juli 1929), 174f.

<sup>169</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 425, Sitzung am 27. Juni 1929, 3086f.

<sup>170</sup> Vgl. GESSNER, Agrarverbände, 145–150; GESSNER, Agrardepression, 154–158.

und der Vermahlungszwang für inländischen Weizen<sup>171</sup> vereinbart worden war, behauptete Horlacher triumphierend, dass es die „Angst mancher Kreise vor dem Getreidemonopol“ gewesen sei, welche die Einführung des Vermahlungszwanges ermöglicht habe<sup>172</sup>. Da das Außenhandelsmonopol damit aber noch nicht vom Tisch war, sondern erst einen Tag nach der Annahme des Agrarkompromisses im „Sachverständigenbeirat zur Regelung der Getreidewirtschaft“ scheiterte<sup>173</sup>, liegt der Verdacht nahe, dass Horlacher – der Mitglied dieses Expertengremiums war<sup>174</sup> – das Scheitern bewusst herbeigeführt haben könnte. In der Öffentlichkeit schob er die Verantwortung für das Scheitern des Außenhandelsmonopols auf die ungenügenden Erzeugerpreisvorstellungen der SPD, während er die Einführung des Vermahlungszwanges als persönlichen Erfolg darstellte<sup>175</sup>. Auch in Zukunft hielt Horlacher daran fest, das Außenhandelsmonopol als Druckmittel gegen die wirtschaftspolitischen Forderungen der Industrie einzusetzen, weshalb er im „Großen Wirtschaftsausschuß zur Einigung der bayerischen Landwirtschaft“ am 28. September 1929 erklärte: „Die ganze Agrarfrage werde, wenn auf anderem Wege nicht vorwärts zu kommen sei, monopolistische Strömungen und Lösungen mit sich bringen, die deutsche Landwirtschaft werde geschlossen absolut ihre Zuflucht zu syndikatsmäßigen Preisbildungen, zu monopolistischen Lösungen nehmen müssen, ob man wolle oder nicht.“<sup>176</sup>

## 8. Der Übergang zum Hochschutzzoll

Mit seinem Einsatz für den Vermahlungszwang hatte Horlacher einen wesentlichen Anteil an der Einführung eines agrarpolitischen Instrumentariums, das einen bedeutenden Schritt auf dem Weg von der bloßen Protektion durch Agrarzölle hin zum vermehrten Einsatz binnenwirtschaftlicher Maßnahmen bedeutete. Trotzdem besaß die Zollpolitik für ihn nach wie vor oberste Priorität. Am 31. Dezember 1929 liefen die geltenden Zolltarife aus. Horlacher bezeichnete diesen Termin deshalb als „den wichtigsten Tag für die Landwirtschaft“<sup>177</sup>. Von diesem Ziel her ist Horlachers koalitionsinternes Entgegenkommen gegenüber den Plänen der Reichsregierung zur Reform der Arbeitslosenversicherung und der Reichsfinanzen zu sehen, was ihn in immer größere Distanz zu den Parteigremien der BVP und der bayerischen Staatsregierung brachte. Bei der Reform der Arbeitslosenversicherung galt es, die Belastung des Reichshaushaltes angesichts des wachsenden Arbeitslosenheeres zu

<sup>171</sup> Es sollten mindestens 30 Prozent Inlandsweizen vermahlen werden. Zum Vermahlungszwang vgl. TEICHMANN, Politik, 276–286.

<sup>172</sup> HORLACHER, Kampflage (16. Juli 1929), 3f.

<sup>173</sup> Vgl. SALDERN, Dietrich, 65f.

<sup>174</sup> HORLACHER, Weizenmarkt (5. August 1929), 205f.

<sup>175</sup> HORLACHER, Kampflage (16. Juli 1929), 3f.

<sup>176</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung des Großen Wirtschaftsausschusses zur Einigung der Bayerischen Landwirtschaft am 28. September 1929, 3.

<sup>177</sup> Bayerisches Bauernblatt vom 1. Oktober 1929.

verringern. Während die DVP für einen Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung eintrat, befürwortete die SPD eine Erhöhung der Beiträge. Daraufhin machte Leicht in einer Fraktionsführerbesprechung den Vorschlag, sowohl Leistungsabbau als auch Beitragserhöhung zeitlich befristet einzuführen und den Parteien des Regierungsbündnisses die Zustimmung zu erleichtern<sup>178</sup>. Obwohl der Vorschlag Leichts von der bayerischen Staatsregierung im Reichsrat abgelehnt worden war<sup>179</sup>, stimmte Horlacher am 1. Oktober 1929 mit allen seinen Fraktionskollegen in der zweiten Lesung für diesen Kompromissvorschlag<sup>180</sup>. Schäffer war über dieses Abstimmungsverhalten gegen „die übrigen Rechtsparteien“ empört, da kurz davor die Finanzreformpläne Hilferdings bekannt geworden waren, die nach Ansicht Schäffers „ohne jede Übertreibung den finanziellen Bankerott Bayerns bedeuteten. Eine solche furchtbare Ohrfeige lassen sich unsere Freunde in Berlin geben“. Da er selbst aber zu einer Sitzung der Reichstagsfraktion der BVP in München im Vorfeld der Abstimmung nicht eingeladen worden war, zog er nun in einem Brief an Held den Schluss, „daß eine einheitliche, im Benehmen mit der bayerischen Staatsregierung erfolgende Politik gar nicht gewollt sei“<sup>181</sup>.

Wie sehr Horlachers Verhalten in der Abstimmung über den Reichshaushalt von der erwarteten Erhöhung der Agrarzölle bestimmt war, wird in seiner vollen Tragweite erst deutlich, wenn man berücksichtigt, dass sich die Grüne Front im Vorfeld der Abstimmung im September 1929 mit einem von Hermes und Schiele entworfenen „Sofortprogramm“ an Reichsernährungsminister Dietrich wandte, um die Mängel des Agrarkompromisses vom Sommer zu beheben. Gefordert wurden die Anhebung der Getreide- und Viehzölle, die Drosselung der Vieh- und Fleischeinfuhren und die Kündigung des deutsch-finnischen Handelsvertrages, der die Wirksamkeit der im Sommer beschlossenen Butterzollerhöhung behinderte<sup>182</sup>. Nachdem die Maßnahmen des Agrarkompromisses vom Sommer zu wirken schienen und der Weizenpreis seit Sommer 1929 wieder anstieg<sup>183</sup>, glaubte die Reichsregierung, die agrarischen Wünsche befriedigt zu haben<sup>184</sup>. Dietrich reagierte deshalb sehr zurückhaltend, weshalb die Unzufriedenheit mit diesem bei der Grünen Front ihren Höhepunkt erreichte<sup>185</sup>. Dietrich diente Horlacher deshalb als hauptsächliches Angriffsziel, als er auf dem Bauerntag von Tuntenhausen im September 1929 das Hauptreferat übernahm. Es ist bezeichnend für Horlachers Interpretation der Aufgaben eines

<sup>178</sup> Fraktionsführerbesprechung am 4. September 1929, in: AdR. Kabinett Müller II, 905–907, hier: 907.

<sup>179</sup> Pünder an Reichspostminister Schätzel, 18. September 1929, in: AdR. Kabinett Müller II, 954.

<sup>180</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 426, Sitzung am 1. Oktober 1929, 3220–3225.

<sup>181</sup> BayHStA, NL Heinrich Held 898, Schäffer an Held, 2. Oktober 1929.

<sup>182</sup> Zu diesem „Sofortprogramm“ vgl. BARMEYER, Hermes, 101f.; GESSNER, Agrarverbände, 173f.

<sup>183</sup> Vgl. TEICHMANN, Politik, 279f.

<sup>184</sup> Das Auswärtige Amt hatte am 7. Juli 1929 in einem Schreiben an die deutschen Auslandsmissionen die Hoffnung ausgedrückt, dass die agrarpolitischen Vorstellungen der Grünen Front mit dem Agrarkompromiss weitgehend erfüllt seien. Vgl. FELDENKIRCHEN, Zoll- und Handelspolitik, 349.

<sup>185</sup> Vgl. BARMEYER, Hermes, 102–105.

Reichsernährungsministers, dass er Dietrich vorwarf, sich nicht als „Vertreter der gesamten deutschen Landwirtschaft“ zu sehen. Zuversichtlich behauptete er, dass die SPD im Gegensatz zu Dietrich bereit sein werde, im Interesse der „wirtschaftlichen Vernunftsgründe“ die agrarischen Forderungen zu akzeptieren<sup>186</sup> – worin er sich nicht täuschen sollte.

Horlacher forderte eine stärkere zollpolitische Berücksichtigung von Vieh und Fleisch und plädierte vor allem für eine Erhöhung des Gerstenzolls. Diese Futtermittelzölle stellten für Horlacher den letzten noch fehlenden Baustein für einen umfassenden Agrarprotektionismus dar, weshalb sein Einsatz für den Gerstenzoll ein Ausmaß erreichte, das der tatsächlichen wirtschaftlichen Bedeutung der Gerste als Einzelprodukt in keiner Weise entsprach. Dabei gelang es ihm mit einem rhetorischen Winkelzug, die paradoxe Behauptung aufzustellen, gerade durch die Erhöhung der Futtermittelpreise als Folge dieser Zollerhöhungen zum Schutz der von billigem Futtergetreide profitierenden Veredelungswirtschaft beizutragen: „Wir können in Bayern bei der Lage des Gerstenmarktes in eine Lage kommen, daß wir in ungeahntem Maße beispielsweise zur Schweinemast übergehen. Das sind ungesunde Verhältnisse, denn wir werden dadurch die anderen Gebiete, die von Hause aus mehr darauf angewiesen sind, in ihren Dispositionen wieder außerordentlich stören müssen.“<sup>187</sup> Der Reichswirtschaftsminister hatte in den Handelsvertragsverhandlungen mit der Tschechoslowakei und Polen aber bereits Entgegenkommen bei Gerste signalisiert. Horlacher bezeichnete diese Verhandlungen deshalb als „Verbrechen gegen die Landwirtschaft“. Da es nun eilte, forderte Horlacher die sofortige Einberufung des handelspolitischen Ausschusses des Reichstages, um die Plenarberatungen für die zollpolitischen Forderungen der Grünen Front rasch vorzubereiten<sup>188</sup>. Gegen den Willen Dietrichs hatten die Vertreter der Grünen Front im Reichstag die Einberufung dieses Ausschusses für den 8. Oktober 1929 erreicht – gerade noch rechtzeitig, bevor sich der Reichstag am 3. Oktober wegen des Volksbegehrens gegen den Young-Plan vertagte und den Zeitpunkt des Zusammentretens dem Reichstagspräsidenten überließ<sup>189</sup>. Da Fehr an der Teilnahme verhindert war, übertrug die Deutsche Bauernpartei ihre Stimme im handelspolitischen Ausschuss an Horlacher, was das *Bayerische Bauernblatt* spöttisch kommentierte: „Abg. Dr. Horlacher als Vertreter des Bayer. Bauernbundes muß aber doch als Witz der Parlamentsgeschichte festgehalten werden.“<sup>190</sup> Die Erhöhung der Vieh- und Fleischzölle wurde dann im handelspolitischen Ausschuss auf der Grundlage eines von Schiele (DNVP), Hermes (Zentrum), Fehr (Deutsche Bauernpartei), Horlacher (BVP) und

<sup>186</sup> BK vom 17. September 1929.

<sup>187</sup> Archiv des WLW, D 30, Mitgliederversammlung der Vereinigung der deutschen Bauernvereine am 4. Oktober 1929.

<sup>188</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung des Großen Wirtschaftsausschusses zur Einigung der Bayerischen Landwirtschaft am 28. September 1929, 6f.

<sup>189</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 426, Sitzung am 3. Oktober 1929, 3244.

<sup>190</sup> Bayerisches Bauernblatt vom 15. Oktober 1929.



Heinrich Sybel (CNBLP) (1885–1969)<sup>191</sup> – also den prominentesten Landwirtschaftsexperten der Agrarparteien – eingebrachten Antrages angenommen. Mit Rücksicht auf die Reichsregierung entschied sich die Mehrheit des Ausschusses jedoch für die Vertagung der Getreidezollfrage bis zum Zusammentritt des Reichstages<sup>192</sup>.

Das Verhältnis zwischen Reichsregierung und Grüner Front verschlechterte sich deshalb immer mehr. Während das Ende der geltenden Zolltarife nahte, wurde die hinhaltende Taktik der Reichsregierung gegenüber den agrarischen Forderungen immer deutlicher. Denn sie wollte sich im Vorfeld der für Februar 1930 geplanten Zollfriedenskonferenz des Völkerbundes nicht auf eine protektionistische Handelspolitik festlegen lassen und Reichsfinanzminister Hilferding warnte ohnehin vor einer internationalen zollpolitischen „Aufrüstung“<sup>193</sup>. Umso nachdrücklicher drängten die Repräsentanten der Grünen Front auf eine Erhöhung der deutschen Agrarzölle noch vor dieser Konferenz. Einen Verbündeten fanden sie in Hindenburg<sup>194</sup>. Schließlich musste sich die SPD den koalitionspolitischen Erfordernissen beugen. Am 16. Dezember 1929 erläuterte Hilferding im Reichstag die Zollvorlage der Reichsregierung. Er machte dabei deutlich, dass die Reichsregierung die geplanten Zollerhöhungen nur als vorübergehende Erziehungszölle betrachte und nicht als grundsätzliche Entscheidung für den Protektionismus. Deshalb kündigte Hilferding vermehrte Maßnahmen zur „Marktbeherrschung und Marktkontrolle“ an. Dazu gehörten die Roggenstützung und die Einführung von Gleitzöllen für Brotgetreide, die im Interesse eines stabilen Preisniveaus eine Verminderung der Zölle bei einer Erhöhung der Nahrungsmittelpreise erlaubten und der Reichsregierung den regulierenden Eingriff in den Nahrungsmittelmarkt ermöglichten. Diese Maßnahmen waren als Ausgleich dafür gedacht, dass die Werte der Einfuhrscheine unter die Zollsätze gesenkt, wodurch diese als Exportsubvention entwertet wurden, was sich vor allem auf das Überschussprodukt Roggen auswirkte<sup>195</sup>. Die Grüne Front war weder mit der Höhe der Getreidezölle, noch mit der

---

<sup>191</sup> Direktor des Reichslandbundes, Gutsbesitzer und Major a.D., protestantisch, geboren am 28. März 1885 in Gummersbach (Rheinprovinz), humanistisches Gymnasium, Kriegsteilnehmer im Ersten Weltkrieg, danach Studium der Volkswirtschaft, 1922 Abteilungsleiter im Reichslandbund, 1926 bis 1933 Direktor des Reichslandbundes, 1928 bis 1931 MdR für die CNBLP, ab 28. Dezember 1932 Gast in der Reichstagsfraktion der NSDAP, 1931 bis 1945 MdR für die NSDAP, 1933 Pensionierung als Direktor des Reichslandbundes, 1948 im Entnazifizierungsverfahren entlastet, gestorben am 22. März 1969. Zu Sybel vgl. SCHWARZ, MdR, 772; SCHUMACHER, M.d.R., 573f.

<sup>192</sup> Zur Tagung des handelspolitischen Ausschusses am 8./9. Oktober 1929 vgl. BARMAYER, Hermes, 103–105.

<sup>193</sup> Kabinettsitzung am 19. November 1929, in: AdR. Kabinett Müller II, 1164–1171.

<sup>194</sup> Hindenburg an Müller, 14. Dezember 1929, in: AdR. Kabinett Müller II, 1264f.

<sup>195</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 426, Sitzung am 16. Dezember 1929, 3593–3596. Einfuhrscheine wurden beim Import einer Ware ausgestellt und berechtigten zur Rückerstattung des bezahlten Zolls bei der folgenden Ausfuhr einer anderen Ware. Auf diese Weise konnten Einfuhrscheine zum Ausgleich von Mangel- und Überschussprodukten verwendet werden. Befand sich der Wert des Einfuhrscheins etwa für einen Doppelzentner Getreide unter dem Niveau des Zolls für einen Doppelzentner Getreide, entfiel der Anreiz zum Export. Einfuhrscheine konnten dann als Exportprämie nicht mehr wirken. Zu den Einfuhrscheinen als Exportprämie vgl. BECKMANN, Einfuhrscheine, 353–355. Zum handelspolitischen Mittel der Einfuhrscheine im Allgemeinen vgl. STEINKÜHLER, Agrar- oder Industriestaat, 175–184; TEICHMANN, Politik, 193–212.

preisbegrenzenden Wirkung der Gleitzölle für Brotgetreide und der Entwertung der Einfuhrscheine einverstanden<sup>196</sup>. Horlacher war vor allem mit der geplanten Höhe der Futtergerstenzölle unzufrieden, weshalb er am 19. Dezember deren Erhöhung von zwei auf fünf Mark beantragte<sup>197</sup>. Damit löste er kurz vor der für den 21. Dezember vorgesehenen Abstimmung über die Neufestsetzung der Agrarzölle eine Regierungskrise aus. Die SPD war nicht bereit, Horlachers Forderung zu akzeptieren und drohte gegen die gesamte Vorlage zu stimmen<sup>198</sup>. Unter maßgeblicher Beteiligung des Zentrums konnte jedoch ein Kompromiss erreicht werden. Die von Horlacher beantragte Erhöhung des Futtergerstenzolls sollte auf ein Jahr begrenzt werden<sup>199</sup>. Für die BVP begründete Gerauer die Zustimmung der BVP trotz aller Kritik. Er war sich jedoch bewusst, dass mehr nicht zu erreichen war: „Unser Hauptmotiv war, doch wenigstens etwas heimzubringen und es der Landwirtschaft auf den Weihnachtstisch zu legen.“<sup>200</sup> Die Zollvorlage wurden am 21. Dezember nur gegen die Stimmen der KPD angenommen, während sich die DNVP enthielt<sup>201</sup>.

Wenn auch die Grüne Front mit den Ergebnissen der Zollerhöhungen nicht zufrieden war, so wird diese Zollentscheidung unter Verantwortung eines sozialdemokratischen Reichskanzlers als der entscheidende Übergang zum Hochschutzzoll gewertet<sup>202</sup>. Für die Grüne Front besaß die Annahme der Zollvorlage vor allem taktischen Wert. So bedeutete die Abkehr der SPD von ihrer bisherigen handelspolitischen Linie einen großen Erfolg für die Befürworter einer protektionistischen Handelspolitik, was Hermes in der Vorstandschaft der Vereinigung der deutschen Bauernvereine taktisch zu würdigen wusste: „Heute kann die Sozialdemokratie die Christlichen Gewerkschaften nicht mehr hinstellen als Brotwucherer, da sie ja selbst für die Zollerhöhungen gestimmt hat.“<sup>203</sup> Auch Horlacher zeigte sich über die Zustimmung der SPD erfreut. Da der handelspolitische Wille der SPD nun gebrochen schien, war er optimistisch, das unbefriedigende Ergebnis vom 21. Dezember 1929 bald revidieren zu können, wie er im *Bayerischen Bauernblatt* darlegte: „Alles in allem betrachtet, bedeutet die neue Zollvorlage einen Schritt vorwärts in der deutschen Agrarpolitik, wenn sie auch noch eine Reihe von Fragen ungeregelt läßt.“ Er bezeichnete den 21. Dezember deshalb als „Tag von historischer Bedeutung“. Er kündigte an, die dauerhafte Erhöhung des Futtergerstenzolls möglichst bald wieder vorzubringen und die Befreiung der milchwirtschaftlich relevanten

<sup>196</sup> Vgl. BARMEYER, Hermes, 106f.

<sup>197</sup> Verh. d. Reichstags. Anlagen Bd. 439, Nr. 1552. Sinn dieser Maßnahme war es, die ausländische Futtergerste für die inländischen Mastbetriebe zu verteuern, um die Verfütterung von Roggen anzuregen. Dies wiederum sollte zu einer Entlastung des Brotgetreidemarktes für Roggen und Weizen führen. Vgl. SALDERN, Dietrich, 61.

<sup>198</sup> Fraktionssitzung des Zentrums am 20. Dezember 1929, in: Protokolle der Zentrumspartei, 368f.

<sup>199</sup> Fraktionssitzung des Zentrums am 21. Dezember 1929, in: Protokolle der Zentrumspartei, 369.

<sup>200</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 426, Sitzung am 19. Dezember 1929, 3693–3695.

<sup>201</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 426, Sitzung am 21. Dezember 1929, 3805–3810. Zum Inhalt der Zolltarifnovelle vom 21. Dezember 1929 vgl. HORLACHER, Zollvorlage (1. Januar 1930), 1f.

<sup>202</sup> Vgl. FELDENKIRCHEN, Zoll- und Handelspolitik, 345.

<sup>203</sup> ACDP, NL Hermes I-090-002, Sitzung des Vorstandes der Vereinigung der deutschen Bauernvereine am 28. März 1930.

Zölle von den Bindungen in den Handelsverträgen zu betreiben<sup>204</sup>. Dabei konnte Horlacher auf neue Bündnispartner zählen. Unter maßgeblicher Beteiligung des deutschnationalen Agrarexperten Hans Schlange-Schöningen (1886–1960)<sup>205</sup> hatte sich eine Deutschnationale Arbeitsgemeinschaft von der DNVP abgespalten, die nicht länger bereit war, agrarpolitische Erfolge zugunsten von Hugenbergs Radikalopposition zu gefährden<sup>206</sup>. Während Horlacher in der Enthaltung der DNVP am 21. Dezember 1929 einen Bruch der Abmachungen der Grünen Front sah, lobte er die Deutschnationale Arbeitsgemeinschaft dafür, „daß die neue Gruppe sich positiv zum Staate und zur Mitarbeit im Staate einstellen will“<sup>207</sup>. Horlachers Hoffnung, die agrarischen Abgeordneten außerhalb der Regierungsparteien mit Hilfe der Grünen Front zur Stabilisierung der Reichsregierung vor allem bei agrarpolitischen Abstimmungen aber auch jenseits davon zu bewegen, schien deshalb nicht unbegründet.

## 9. Das ungewollte Scheitern der Großen Koalition

Die Akzeptanz der zollpolitischen Forderungen der Grünen Front durch die SPD hatte nicht zuletzt koalitionspolitische Gründe angesichts der von Hilferding geplanten Reichsfinanzreform. Hilferding wollte die Reichsfinanzen sanieren, die Voraussetzungen für die Bezahlung der Reparationen schaffen, den Länderfinanzausgleich endgültig regeln sowie die Wirtschaft steuerlich entlasten, um die Kapitalbildung zu fördern und die Kapitalflucht einzudämmen<sup>208</sup>. Am 12. Dezember 1929 stellte Reichkanzler Müller in einer Regierungserklärung den Inhalt der Reichsfinanzreform vor. Es sollten die Besitzsteuern und die Einkommensteuer gesenkt, der Vermögensteuerfreibetrag erhöht und die Rentenbankzinsen abgeschafft werden. Als Ausgleich sollte für die unteren Einkommen der Freibetrag der Einkommensteuer erhöht und die Zuckersteuer abgeschafft werden. Die Steuererleichterungen für die Wirtschaft sollten durch eine Erhöhung der Verbrauchssteuern für Bier und Tabak und die Abänderung des Länderfinanzausgleichs zuungunsten der Länder (Senkung des Länderanteils an der Umsatz-, der Einkommens- und der Körperschaftssteuer,

<sup>204</sup> HORLACHER, Zollvorlage (1. Januar 1930), 1f.

<sup>205</sup> Landwirt, protestantisch, geboren am 17. November 1886 auf Gut Schöningen in Pommern, Studium der Landwirtschaft, Bewirtschaftung des elterlichen Gutes (750 Hektar), Ausbau zu einem Musterbetrieb, Offizier im Ersten Weltkrieg, schloss sich nach dem Ersten Weltkrieg der DNVP an, 1921 bis 1928 MdL für die DNVP in Preußen, 1924 bis 1929 MdR für die DNVP, anschließend bis 1933 MdR für die CNBLP, 1931/1932 Reichsminister ohne Geschäftsbereich und Reichskommissar für die Osthilfe, während des Dritten Reiches politisch untätig, 1945 Emigration nach Schleswig-Holstein, 1945 Mitbegründer der CDU, 1946/1947 Mitglied des Zonenbeirates der britischen Besatzungszone, Leiter des Zentralamtes für Ernährung und Landwirtschaft der britischen Zone, 1947 bis 1949 Direktor für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (Bizone), MdB 1949 bis zum 9. Juni 1950, anschließend deutscher Generalkonsul bzw. Botschafter in Großbritannien, gestorben am 20. Juli 1960 in Bad Godesberg. Zu Schlange-Schöningen vgl. TRITTEL, Schlange-Schöningen; HILDEBRAND, Schlange-Schöningen.

<sup>206</sup> Zur dieser Deutschnationalen Arbeitsgemeinschaft vgl. MÜLLER, Bauer, 152–154.

<sup>207</sup> HORLACHER, Zollvorlage (1. Januar 1930), 1f.

<sup>208</sup> Zum Finanzprogramm Hilferdings vgl. MAURER, Reichsfinanzen, 86–91; MENGES, Reichsreform, 370–379.

Streichung der finanziellen Unterstützung Bayerns als steuerarmes Land durch das Reich) finanziert werden<sup>209</sup>. Mit den Steuersenkungen hoffte Hilferding die DVP in der Regierung halten zu können. Um die parlamentarische Verfassungsordnung vor dem Schaden, den eine Regierungskrise hervorzurufen in der Lage war, zu bewahren, war die SPD mit dem insgesamt wirtschaftsfreundlichen Reichsfinanzprogramm an die Grenze des Annehmbaren gegangen<sup>210</sup>. Aber auch Horlachers koalitionspolitische Loyalität wurde auf eine harte Probe gestellt. Obwohl auch er stets steuerliche Entlastungen für die Wirtschaft gefordert hatte<sup>211</sup>, sah er sich nun gezwungen, diese wegen ihrer Folgen für die bayerischen Finanzen abzulehnen, womit er den Erwartungen der bayerischen Staatsregierung entsprach: „Scheinbar macht man ein Geschenk mit der Erhöhung des steuerfreien Einkommensteiles, auf der anderen Seite nimmt man Staat und Gemeinden gewaltige, auf breiten Schultern liegende Einnahmen hinweg, schafft damit den Zwang zur Erhöhung der Realsteuern und gemeindlichen Gebühren (Gas, Wasser, Elektrizität) ins Ungemessene und belastet dann noch dazu den Massenkonsum durch eine neue bedeutsame Erhöhung der Biersteuer.“ Horlacher warf der Reichsregierung vor, immer mehr „aus den Taschen des kleinen Mannes und eines immer mehr verarmenden Landes wie Bayern zu holen“. Vor allem aber warnte er vor der Störung der Bierproduktion durch eine Erhöhung der Biersteuer. Während der „Friedensbierkonsum“ immer noch nicht erreicht sei, drohten seiner Ansicht nach zusätzliche Absatzschwierigkeiten bei Hopfen und Braugerste, Lohnsteigerungen in der Landwirtschaft, sinkende Steuereinnahmen und steigende Arbeitslosigkeit<sup>212</sup>.

Der Fraktionsvorsitzende der BVP im Reichstag, Johann Leicht, machte in seiner Antwort auf Müllers Regierungserklärung am 13. Dezember 1929 deutlich, dass das Finanzprogramm der Reichsregierung wegen der Biersteuer und der Änderung des Länderfinanzausgleichs für die BVP unannehmbar sei. Gleichzeitig kündigte er jedoch an, dass die Reichstagsfraktion dem so genannten „Sofortprogramm“ der Reichsregierung, welches eine Erhöhung der Tabaksteuer und der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung umfasste, zustimmen werde<sup>213</sup>. Daraufhin erklärte sich Müller bereit, den Vertreter der BVP im Reichskabinett auch weiterhin zu akzeptieren<sup>214</sup>. Damit hatte Leicht eine Formel gefunden, die es Horlacher ermöglichte, sich aus seinem Dilemma zu befreien. Denn einerseits konnte Horlacher nicht gegen den Parteitagsbeschluss der BVP vom 24. November 1929 handeln, mit dem sich die BVP – erstmals unter Leitung des neuen Parteivorsitzenden Schäffer – vom Finanzprogramm Hilferdings distanziert hatte<sup>215</sup>. Andererseits musste er um

<sup>209</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 426, Sitzung am 12. Dezember 1929, 3535–3542.

<sup>210</sup> Vgl. LEUSCHEN-SEPPEL, Budget- und Agrarpolitik, 86.

<sup>211</sup> Kapitalbildung und Steuersystem, 55–58.

<sup>212</sup> HORLACHER, Erhöhung (10. November 1929), 279f.

<sup>213</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 426, Sitzung am 13. Dezember 1929, 3560f.

<sup>214</sup> Fraktionsführerbesprechung am 13. Dezember 1929, in: AdR. Kabinett Müller II, 1256–1258.

<sup>215</sup> Zum Parteitag der BVP im November 1929 vgl. SCHWEND, Bayern, 408–410; SCHÖNHOFEN, Bayerische Volkspartei, 232.

die – im vorherigen Kapitel geschilderte – Annahme der Zolltarifnovelle nach einem Scheitern der Reichsfinanzreform fürchten, da dann auch der Bestand der Reichsregierung fraglich geworden wäre. Im Gegensatz zu Horlacher waren die Parteigremien der BVP in München durchaus bereit, die Demission der Reichsregierung in Kauf zu nehmen<sup>216</sup>. Am 21. Dezember 1929 – dem gleichen Tag, an dem die Abstimmung über die Zollerhöhungen auf der Tagesordnung stand – stimmte die BVP in einer namentlichen Abstimmung geschlossen für das steuerliche „Sofortprogramm“<sup>217</sup>. Mit der Zustimmung zum „Sofortprogramm“ war die Reichstagsfraktion der BVP jedoch an die Grenze des für Bayern Annehmbaren gegangen<sup>218</sup> – aber die Zollerhöhungen waren damit gesichert.

Aufgrund der konjunkturell bedingten Steuerausfälle im Zeichen der Weltwirtschaftskrise und der dadurch verursachten drohenden Zahlungsunfähigkeit der Reichskasse war an die Umsetzung von Hilferdings Reichsfinanzreform nicht mehr zu denken<sup>219</sup>. Die Verabschiedung des nächsten Reichshaushaltes besaß nun Priorität. Die entscheidenden Verhandlungen zwischen Reichskanzler Müller, dem Reichsfinanzminister und Vertretern der Regierungsparteien begannen am 8. März 1930. Dabei ließ sich Leicht von Horlacher als dem Steuerexperten der Reichstagsfraktion begleiten<sup>220</sup>. Die Verhandlungsposition der beiden war dadurch begrenzt, dass die Parteiinstanzen der BVP in München um Held und Schäffer ein Junktim zwischen der Zustimmung zum Young-Plan und der Regelung der Reichsfinanzen im Sinne Bayerns hergestellt hatten<sup>221</sup>. Die erste Besprechung der Regierungsparteien am 8. März musste ergebnislos abgebrochen werden. Leicht lehnte für die BVP die Erhöhung der Biersteuer und die Abänderung des Länderfinanzausgleichs ab. Die DVP bestand auf dem Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung, was die SPD nicht akzeptieren konnte<sup>222</sup>. Der DVP war an einer Einigung nicht mehr gelegen. Offensichtlich strebte sie danach, die Verbindung mit der SPD aufzulösen. Um einen letzten Versuch zu machen, die Regierung zu erhalten, einigten sich die Finanzsachverständigen von SPD, DDP, Zentrum und BVP ohne die Vertreter der DVP hinzuzuziehen am 11. März 1930 auf einen Steuerkompromiss. Die Biersteuererhöhung wurde fallengelassen, zur Entlastung der Wirtschaft wurde die Kapitalertragssteuer für alle festverzinslichen Werte außer Kraft gesetzt und für das Jahr 1931 Steuersenkungen vereinbart. Dafür wurde die Umsatzsteuer und verschiedene Verbrauchssteuern erhöht<sup>223</sup>.

<sup>216</sup> BVC vom 16. Dezember 1929.

<sup>217</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 426, Sitzung am 21. Dezember 1929, 3805–3810.

<sup>218</sup> Vgl. SCHÖNHOFEN, Bayerische Volkspartei, 234.

<sup>219</sup> Zur finanziellen Lage des Deutschen Reiches am Jahresende 1929 vgl. MAURER, Reichsfinanzen, 92–99.

<sup>220</sup> Parteiführerbesprechung am 8. März 1930, in: AdR. Kabinett Müller II, 1554–1559; Parteiführerbesprechung am 9. März 1930, in: AdR. Kabinett Müller II, 1559–1561; Parteiführerbesprechung am 11. März 1930, in: AdR. Kabinett Müller II, 1561–1565.

<sup>221</sup> Fritz Schäffer an Paul Reusch, 8. Februar 1930, in: Politik und Wirtschaft in der Krise, 46f.; vgl. dazu. SCHÖNHOFEN, Bayerische Volkspartei, 236–238.

<sup>222</sup> Parteiführerbesprechung am 8. März 1930, in: AdR. Kabinett Müller II, 1554–1559.

<sup>223</sup> Parteiführerbesprechung am 11. März 1930, in: AdR. Kabinett Müller II, 1561–1565.

Wenn Horlachers Anteil an diesem Kompromiss aus den Protokollen der Parteiführerbesprechungen auch nicht im Einzelnen erkennbar ist, so hatte er als Steuerfachmann der BVP daran sicherlich einen maßgeblichen Anteil.

Dieser Steuerkompromiss der Finanzexperten fand auch die Zustimmung der bayerischen Staatsregierung. Gemeinsam mit Parteichef Schäffer reiste Ministerpräsident Held nach Berlin, um von Reichskanzler Müller eine schriftliche Bestätigung des Steuerkompromisses zu erhalten, da er der Zuverlässigkeit der SPD in der Biersteuerfrage misstraute. Um seiner Forderung Nachdruck zu verleihen, drohte er mit der Ablehnung des Young-Plans durch die Reichstagsfraktion der BVP. Da die Stimmen der BVP angesichts der sicheren Mehrheit für den Young-Plan im Reichstag nicht ausschlaggebend waren, ging Müller auf den Erpressungsversuch nicht ein. Umso leichter gelang es Schäffer und Held, eine Mehrheit der Fraktion von der Notwendigkeit der Ablehnung des Young-Planes zu überzeugen<sup>224</sup>. Während sich Leicht gemeinsam mit zwei Fraktionskollegen am 12. März erwartungsgemäß enthielt und der zentrumsnahe Pfälzer Michael Bayersdörfer (1867–1940) zustimmte, lehnte ihn Horlacher zusammen mit sämtlichen Bauernvereinsvertretern in der BVP ab. Bei der folgenden Abstimmung über den Misstrauensantrag der KPD enthielten sich Horlacher und die Bauernvereinsangehörigen in der Reichstagsfraktion der BVP ihrer Stimme<sup>225</sup>. Darin jedoch ein Anzeichen dafür zu sehen, dass Leicht die Kontrolle über die Reichstagsfraktion verloren habe<sup>226</sup>, geht zu weit. Die Annahme des Young-Planes war durch das Abstimmungsverhalten der Bauernvereinsabgeordneten der BVP zu keiner Zeit gefährdet, was bereits vor der Abstimmung bekannt war. Es ist deshalb offensichtlich, dass Horlacher durch sein Abstimmungsverhalten vielmehr Übereinstimmung mit der bayerischen Staatsregierung demonstrieren konnte, ohne den Bestand der Reichsregierung zu gefährden. Erst durch die persönliche Anwesenheit der zwei obersten Repräsentanten der BVP erhielt das Abstimmungsverhalten der BVP eine destruktive Qualität. Das bisher von Horlacher so virtuos gehandhabte, aber nicht ungefährliche Instrumentarium von demonstrativer Opposition und konstruktiver Mitarbeit konnte sich diesmal nicht zur Stabilisierung der Reichsregierung auswirken, da sich das Zentrum über das als Erpressungsversuch gewertete Verhalten von Held und Schäffer empörte<sup>227</sup>. Da das Ziel von Schäffers und Helds Reise nach Berlin nicht zu Unrecht als Versuch zum Sturz der sozialdemokratisch geführten Reichsregierung gewertet wurde<sup>228</sup>, bewirkten die beiden sowohl eine Desavouierung des von Horlacher mitgestalteten und für Bayern annehmbaren Steuerkompromisses vom 11. März

---

<sup>224</sup> Zu den Vorgängen, die zur Ablehnung des Young-Plans durch die Mehrheit der Reichstagsfraktion der BVP führte, vgl. SCHÖNHOFEN, Bayerische Volkspartei, 240–242; MAGA, Leicht, 220–222; MAURER, Reichsfinanzen, 120f.

<sup>225</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 427, Sitzung am 12. März 1930, 4402–4412.

<sup>226</sup> Vgl. MAGA, Leicht, 221f.

<sup>227</sup> Vgl. RUPPERT, Dienst, 404.

<sup>228</sup> Vgl. dazu SCHÖNHOFEN, Bayerische Volkspartei, 241–243.

1930, als auch seiner und Leichts Bemühungen zur Stabilisierung der Reichsregierung. Deshalb scheiterten nun alle Überlegungen des Zentrums, ohne die von Hindenburg abgelehnte SPD zu einer Regierungsbildung auf parlamentarischer Basis zu gelangen, an dem Unwillen, sich von der BVP abhängig zu machen<sup>229</sup>.

Im Gegensatz zu Schäffer und Held war Horlacher nicht an einem Sturz der Reichsregierung interessiert. Denn gleichzeitig mit den Haushaltsberatungen fanden Verhandlungen zur Nachbesserung der Zolltarifnovelle vom 21. Dezember 1929 statt. In einer Besprechung am 5. März hatte die Reichsregierung gegenüber den vier Führern der Grünen Front bereits Entgegenkommen gezeigt<sup>230</sup>. Der erzielte Kompromiss stellte die Schnittmenge zwischen den antiliberalen Forderungen der Grünen Front nach Schutz der Landwirtschaft vor den Mechanismen des freien Marktes und den ebenso antiliberalen planwirtschaftlichen Zielvorstellungen der Sozialdemokratie dar. Deshalb waren es nicht nur koalitionspolitische Gründe und auch nicht nur die Hoffnung auf landwirtschaftliche Wählerstimmen, welche die SPD nach der Einschätzung von Erwin Topf zu den agrarpolitischen Zugeständnissen bewog<sup>231</sup>. Vielmehr verfügten sowohl Grüne Front als auch Sozialdemokratie über eine erstaunlich große Schnittmenge regulativer Zielvorstellungen zur Beherrschung des Binnenmarktes und der Zollgrenzen. Neben abermaligen Zollerhöhungen für die Hauptgetreidearten sah der nun erreichte Kompromiss mit dem Maismonopol erstmals seit dem Ersten Weltkrieg ein Außenhandelsmonopol vor, um die Bindung der Futtermittelzölle in den Handelsverträgen zu umgehen und Futtermittelimporte zu behindern. Darüber hinaus sollte die Reichsregierung durch ein zollpolitisches Ermächtigungsgesetz in die Lage versetzt werden, die Getreidezölle unabhängig vom Reichstag festzusetzen, um rasch auf Veränderungen des Getreidemarktes reagieren zu können. Dabei hatte die SPD die Bindung der Ermächtigung an das inländische Preisniveau bei Nahrungsmitteln durchgesetzt<sup>232</sup>. Während die DNVP diese agrarpolitischen Maßnahmen für ungenügend ansah und deshalb im Reichstag ablehnte<sup>233</sup>, wurden sie mit den Stimmen der fünf Regierungsparteien und der Deutschen Bauernpartei am 25. März 1930 angenommen<sup>234</sup>.

Im Plenum fiel Horlacher am 25. März die Aufgabe zu, für die BVP die Zustimmung zu begründen. Obwohl er die Kündigung des deutsch-finnischen Handelsvertrages anmahnte, Vorbehalte gegenüber dem Maismonopol äußerte und den Ausschluss von Futtergetreide aus der Zollermächtigung kritisierte, war er bereit, seine Bedenken wegen der vereinbarten

<sup>229</sup> Vgl. RUPPERT, Dienst, 406.

<sup>230</sup> Aufzeichnung über die Besprechung im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft am 5. März 1930, in: AdR. Kabinett Müller II, 1539–1541.

<sup>231</sup> Vgl. TOPF, Front, 202f.

<sup>232</sup> Vgl. GESSNER, Agrarverbände, 175–177; BARMAYER, Hermes, 107–110.

<sup>233</sup> Vermerk über die Unterredung des Reichskanzlers mit dem Präsidenten des Reichslandbundes am 22. März 1930, in: AdR. Kabinett Müller II, 1590–1592.

<sup>234</sup> Lediglich das Maismonopol lehnten Teile der wirtschaftsliberalen Parteien DDP und DVP ab (Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 427, Sitzung am 25. März 1930, 4650–4655).

Erhöhung des Futtergerstenzolls zurückzustellen. Seiner Ansicht nach waren die Maßnahmen geeignet, die „Überflutung des deutschen Getreidemarktes vom Auslande her zu verhindern und andererseits die Aufzehrung der gewaltigen Inlandsvorräte zu ermöglichen, damit der deutsche Markt vor der neuen Ernte noch so belebt wird, daß die Landwirtschaft unter einigermaßen erträglichen Bedingungen ihre alten Vorräte noch vor der neuen Ernte abstoßen kann“. Die bedeutendste Maßnahme stellte für ihn jedoch die zollpolitische Ermächtigung dar, die er geradezu erleichtert begrüßte: „Aber wenn ich so zurückdenke an die verschiedensten Regierungen: Rechtsregierung, Regierung der Mitte, an eine Regierung, die unter dem Einfluß der Sozialdemokratie steht, so haben immer ziemlich langwierige Verhandlungen stattgefunden. Wir sind der Überzeugung, daß bei der ernsten Sorge um das Schicksal des Bauerntums alle parteipolitischen Spekulationen von vornherein ausscheiden sollten.“ Dabei nahm er die sozialdemokratisch geführte Reichsregierung vor der Kritik der DNVP in Schutz: „Das, was sie auf der rechten Seite des Hauses vorhin beklagt haben, das haben wir gerade auch unter den Rechtsregierungen erlebt, nämlich daß die Zollmaßnahmen während der langen Verhandlungen durch die Spekulationseinfuhr zu einem großen Teil illusorisch gemacht worden.“<sup>235</sup> Im *Bayerischen Bauernblatt* erklärte er deshalb, die DNVP „sollte die einsichtige Mitarbeit einer Partei, die man in ihren sonstigen politischen Zielen auch bekämpfen mag, nicht als bedauerlich vom Standpunkt der Landwirtschaft aus hinstellen“. Die obstruktiven Agitationsanträge der DNVP lehnte er ab: „Anträge zu stellen ist keine Kunst und es ist auch keine Kunst, Überbietungsanträge zu unterschreiben. Wohl aber gehört es zur praktischen politischen Arbeit, in tagelangen Beratungen ein einigermaßen brauchbares Ergebnis zustandezubringen.“<sup>236</sup>

Horlacher hatte allen Grund, mit der sozialdemokratisch geführten Reichsregierung zufrieden zu sein, brachte sie doch einen Ausbau des Agrarschutzes in bisher nicht gekanntem Ausmaß<sup>237</sup>. Sein Urteil über die agrarpolitischen Ergebnisse der Großen Koalition fiel deshalb auch trotz aller antisozialistischen Phraseologie im Kern positiv aus, als er auf der Hauptversammlung des schwäbischen BV am 6. Mai 1930 auf die vergangenen zwei Jahre Reichstagsarbeit zurückblickte<sup>238</sup>. Die agrarpolitischen Maßnahmen der von Hermes als „dritte Agrarschlacht“<sup>239</sup> bezeichneten Sitzung am 25. März 1930 stellten den letzten Erfolg des Regierungsbündnisses dar, das keine echte Koalition war. Schließlich zerbrach sie an den Differenzen zwischen DVP und SPD in der Frage der Arbeitslosenversicherung. Die

<sup>235</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 427, Sitzung am 25. März 1930, 4635–4638.

<sup>236</sup> HORLACHER, *Hilfe* (1. April 1930), 2f.

<sup>237</sup> Zur agrarpolitischen Bewertung des Kabinetts Müller II vgl. GESSNER, *Agrarverbände*, 179; FELDENKIRCHEN, *Zoll- und Handelspolitik*, 345.

<sup>238</sup> *Bayerisches Bauernblatt* vom 20. Mai 1930.

<sup>239</sup> ACDP, NL Hermes I-090-002, Sitzung des Vorstandes der Vereinigung der deutschen Bauernvereine am 28. März 1930.



Reichsregierung erklärte daraufhin am 27. März 1930 ihren Rücktritt<sup>240</sup>. Wenn die Grüne Front durch ihre unablässig erhobenen Forderungen nach dem Schutz der Landwirtschaft am Scheitern der Reichsregierung und damit der letzten parlamentarischen Regierung der Weimarer Republik maßgeblich beitrug, wie Karl Dietrich Bracher meint<sup>241</sup>, so ist doch auch zu berücksichtigen, dass sie wegen ihrer gouvernementalen Haltung während der Kanzlerschaft Müllers doch ein wesentlicher „stabilisierender Faktor der innenpolitischen Entwicklung“ war, wie Dieter Gessner hervorhebt<sup>242</sup>. Schließlich scheiterte das Regierungsbündnis nicht nur an den agrarpolitischen Forderungen der Grünen Front. Tatsächlich war es der Grünen Front gelungen, die parlamentarische Basis der sozialdemokratisch geführten Reichsregierung um die gouvernementalen Kräfte der DNVP um Schlange-Schöningen und Schiele zu verbreitern. Dass es der Grünen Front jedoch verwehrt war, eine dauerhafte stabilisierende Wirkung auf die parlamentarische Verfassungsordnung auszuüben, lag letztlich daran, dass ihre konstruktive parlamentarische Arbeit nicht auf republikanischer Gesinnung basierte, sondern auf situativer Entscheidung aufgrund agrarpolitischen Erwartungen. Dabei war die weltanschaulich keineswegs gefestigte parlamentarische Zusammenarbeit der Grünen Front mit der SPD stets dem internen Störfeuer der populistischen Agitation des Bauernbundsflügels um Gandorfer und der antirepublikanischen Propaganda der DNVP um Hugenberg ausgesetzt. Am 25. März hatte Horlacher deshalb vor dem Plenum des Reichstages die vergebliche Hoffnung zum Ausdruck gebracht, „daß die Zusammenarbeit der landwirtschaftlichen Organisationen und landwirtschaftlichen Vertreter mit der grünen Front [!] durch agitatorische Überspannungen nicht beeinträchtigt wird“<sup>243</sup>.

## **10. Horlachers Verständnis von politischer Mitte:**

### **„Unpolitische“ Effizienzorientierung statt demokratischer Gesinnung**

Die Art und Weise, wie sich Horlacher mit der obstruktiven Oppositionsstrategie Hugengebgs auseinandersetzte, macht deutlich, dass für ihn jegliche Art der Opposition im Grunde inakzeptabel erschien. Für Horlacher bestand konstruktive Opposition als Handlungsalternative, die allein zur Legitimierung der parlamentarischen Demokratie geeignet gewesen wäre, nicht. Auf der Suche nach innen- und wirtschaftspolitischer Stabilität wurde Opposition von Horlacher immer als destruktiv wahrgenommen, konstruktiv erschien nur die Unterstützung der Regierung – auch einer sozialdemokratischen. Da Horlacher die

<sup>240</sup> Zum Rücktritt der Regierung Müller II vgl. Bericht Moldenhauers über die Demission der Regierung Müller und die Bildung der Regierung Brüning, in: Politik und Wirtschaft in der Krise, 98–102. Vgl. dazu auch WINKLER, Weimar, 368–374.

<sup>241</sup> Vgl. BRACHER, Auflösung, 186.

<sup>242</sup> Vgl. GESSNER, Agrarverbände, 45f.

<sup>243</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 427, Sitzung am 25. März 1930, 4636.

Mitte-Rechts-Koalition unter dem Zentrumskanzler Wilhelm Marx genauso unterstützte wie die sozialdemokratisch geführte Reichsregierung unter Hermann Müller und später die Präsidialkabinette Brüning, Papen, Schleicher und anfangs auch Hitler<sup>244</sup>, erscheint es fraglich, ob es sich dabei um bloßen Opportunismus handelte. Vielmehr handelte es sich dabei um einen von der Staatsform und der Zusammensetzung der Reichsregierungen losgelösten Gouvernentalismus – eine ideologische, in Horlachers schulischer Sozialisation möglicherweise grundgelegte und durch seine beamtenähnliche Stellung gefestigte Orientierung an der Exekutive als die Verkörperung des über den Parteien stehenden Staates. Dementsprechend gab er als Festredner bei der Generalversammlung des oberpfälzischen BV am 28. Januar 1931 die Parole aus: „Staat ist kein Fremdkörper im Volksleben, wir haben eine nationale Aufgabe von Gott, an der Erhaltung der deutschen Volksgemeinschaft und an der Gesundung des deutschen Staatswesens aufbauend mitzuarbeiten. Jeder!“<sup>245</sup>

Auf diesem Gouvernentalismus fußen Horlachers rhetorische Versuche, die landwirtschaftliche Interessenvertretung zu entpolitisieren<sup>246</sup>. Ausgehend von der unbestreitbaren Lebensnotwendigkeit landwirtschaftlicher Produkte stellte er die Behauptung von der Identität staatlicher und landwirtschaftlicher Interessen auf. So schrieb er am 18. November 1929 in der *Bayerischen Agrarpolitischen Rundschau*: „Die Ernährungsbilanz eines Volkes ist schließlich auch die maßgebende staatspolitische Bilanz für seine gesamte Existenz.“<sup>247</sup> Aufgrund der behaupteten Evidenz der Bedeutung der Landwirtschaft für die Erhaltung des Staates erhob er den partiellen Interessenstandpunkt der Landwirtschaft zum allgemeinen Interesse. Nichtagrarisches konnte er deshalb als egoistisch und parteipolitisch verblendet diffamieren: Den Sozialdemokraten hatte er während der Inflation vorgeworfen, „daß ihnen parteitaktische Erwägungen himmelhoch stehen über der notwendig gewordenen Pflicht der Produktionsförderung des deutschen Getreidebaues“<sup>248</sup>.

Über eine derartige Sozialistenschelte hinausgehend, forderte Horlacher in seiner Erstlingsrede im Bayerischen Landtag am 27. Juli 1920, „daß man die Dinge des wirtschaftlichen Lebens so nimmt, wie sie sind und von dem wirklichen Standpunkt aus die Verbesserungsvorschläge unternimmt. Für ein Experimentieren ist heute kein Raum vorhanden, man muß die ideologischen Gedankengänge und vielfach utopistischen Ideen gründlich verlassen.“<sup>249</sup> Der Begriff der Ideologie diente Horlacher entsprechend einem

<sup>244</sup> Vgl. Kapitel VIII und IX.3.

<sup>245</sup> BBV-Oberpfalz, Protokollbuch 1914–1948, Generalversammlung des Oberpfälzischen Christlichen Bauernvereins am 28. Januar 1931.

<sup>246</sup> Horlacher war von der Notwendigkeit der Grünen Front als einer „Organisation, die die Bauernvereine überparteilich unter allen Umständen zusammenfaßt und von den politischen Verhältnissen trennt“, überzeugt (Archiv des WLW, D 33, Sitzung des Vorstandes der Vereinigung der deutschen Bauernvereine am 4. Oktober 1929).

<sup>247</sup> HORLACHER, Ernährungsbilanz (18. November 1929), 305.

<sup>248</sup> HORLACHER, Getreidewirtschaft (12. Juli 1921), 1f.

<sup>249</sup> Verh. d. Bay. Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 1, Sitzung am 27. Juli 1920, 212.

vulgärpolitischen Sprachgebrauch zur Diffamierung seiner politischen Gegner als weltferne Theoretiker und egoistische Parteitaktiker im Dienste von (sozialistischen oder liberalistischen) Utopien. Im ideengeschichtlichen Sinne ist die Ideologenschelte Horlachers – verbunden mit seiner Behauptung von der Notwendigkeit der Sachgesetzlichkeit politischer Entscheidungen – jedoch selbst als ideologisch zu bezeichnen. Abgesehen davon, dass den Trägern einer Ideologie der ideologische Charakter ihrer Aussagen selbst nie bewusst sein kann<sup>250</sup>, ist gerade Horlachers Postulat der Sachgesetzlichkeit als Ideologie zu betrachten. Denn eine Politik, „die ihre Ziele scheinbar aus Sachgesetzlichkeiten ableitet, übernimmt in Wahrheit unreflektiert normative Setzungen, die sich im sprachlichen Gewand scheinbar sachlicher Aussagen verbergen“<sup>251</sup>. Horlachers strukturkonservative und von vermeintlichen Sachzwängen abgeleitete Agrarpolitik stellt deshalb nichts anderes als eine Verabsolutierung von historisch bedingten Interessen dar, und damit eine Ideologie<sup>252</sup>.

Mit der Annahme, dass die Möglichkeit einer nur Sachzwängen gehorchenden Wirtschaftspolitik möglich sei, rückt Horlacher auch in politisch-taktischer Hinsicht in die Nähe eines Technokratischen Konservatismus – ein Begriff der sich bereits zur Kennzeichnung von Horlachers Verhältnis zum Technikeinsatz in der Landwirtschaft angeboten hat<sup>253</sup>. In politisch-taktischer Hinsicht ist der „technokratische Konservatismus“ dadurch gekennzeichnet, dass Sachzwangdominanz an die Stelle der traditionellen Orientierung konservativer Politik an transzendental legitimierten Autoritäten tritt<sup>254</sup>. Politische Entscheidungen nehmen „die Form sachlogischer d.h. von Fachleuten vorbereiteter und vom Sachverstand als notwendig erwiesener Maßnahmen an. Gegen solche sachlogischen Argumente gibt es keine plausiblen politischen Einwände mehr. Sachlogische Entscheidungen sind selbstevident und erübrigen deshalb gleichermaßen demokratische Willensbildung und politische Herrschaft.“<sup>255</sup> Die zunehmende Abwendung konservativer Politik von der Orientierung an transzendental legitimierten Autoritäten verlegt Kurt Lenk in den verfassungspolitischen Umsturz der Novemberrevolution, denn „nun tritt das ein, was für konservatives Denken eine Provokation sein muß: Der politische status quo ist seit Errichtung der Weimarer Republik nicht mehr ohne weiteres jene zu bewahrende gesellschaftliche Bezugsebene konservativen Hegens, sondern Resultat [...] der demokratischen

---

<sup>250</sup> Ideologien basieren auf dem unreflektierten und absoluten Charakter ihrer Behauptungen. Deshalb stellte der marxistische Philosoph Louis Althusser fest, dass die „Anrufung“ eines Subjekts durch eine Ideologie nur scheinbar außerhalb derselben stattfindet: „Was sich in Wirklichkeit innerhalb der Ideologie abspielt, scheint sich also außerhalb ihrer abzuspielen. [...] Eben deshalb glauben sich diejenigen, die sich innerhalb der Ideologie befinden, per definitionem außerhalb der Ideologie“ (ALTHUSSER, *Ideologie*, 142f.).

<sup>251</sup> SCHNEIDER, *Sachzwang*, 3.

<sup>252</sup> Zum Begriff der Ideologie vgl. DIERSE – ROMBERG, *Ideologie*, 158–186.

<sup>253</sup> Vgl. Kapitel V.8.

<sup>254</sup> Zum Politikverständnis des Technokratischen Konservatismus vgl. LENK, *Konservatismus*, 240–242; GREIFFENHAGEN, *Dilemma*, 334–338; NOACK, *Fortschritt*, 66–83.

<sup>255</sup> LENK, *Konservatismus*, 242.

Revolution<sup>256</sup>. Der durch die Novemberrevolution „zum Problem gewordene Konservatismus“<sup>257</sup> musste sich neue Bezugspunkte politischen Handelns suchen, zumindest wenn es sich nicht um einen dezidiert kirchlichen Konservatismus handelte. Eine Lösung bestand darin, eine Herrschaftsform zu errichten, „in der die Politik wieder im Vertrauen auf eine irrationale vopolitische Harmonie den Fachleuten überlassen werden konnte“<sup>258</sup>. Wie Raimund von dem Bussche in seiner Untersuchung über den Konservatismus der Weimarer Republik deutlich gemacht hat, wurde darin eine Möglichkeit gesehen, das durch die Revolution gestörte konservative Ideal einer von parteipolitischen Auseinandersetzungen unberührten, da über den Parteien stehenden staatlichen Autorität wiederherzustellen<sup>259</sup>.

Indem in dieser vermeintlich unpolitischen Effizienzorientierung Horlachers politische Grundeinstellung zu sehen ist, entspricht es eher der Selbstsicht Horlachers als einer kritischen wissenschaftlichen Analyse, wenn Wolfgang Ratjen in seiner Dissertation über die bayerischen Bauernkammern urteilt: „Horlachers Einstellung zur staatlichen Wirtschafts- und Ordnungspolitik war von Pragmatismus bestimmt und entbehrte jeder ideologischen Komponente.“<sup>260</sup> Dabei darf die von Horlacher propagierte Sachgesetzlichkeitsideologie nicht mit Pragmatismus oder bloßem Opportunismus gleichgesetzt werden. Sie fand ihren politisch-rhetorischen Ausdruck gerade in der von Horlacher gebetsmühlenartig wiederholten Behauptung vom unpolitischen Charakter seiner eigenen agrarpolitischen Tätigkeit: Im Reichstag sei er nur deshalb tätig, so Horlacher im Herbst 1927 in Tuntenhausen, „um diesem modernen politischen Gesindel noch ein Paroli bieten zu können“<sup>261</sup>. Horlacher konnte diesen Angriff mit seiner Stellung als Geschäftsführer einer Körperschaft des öffentlichen Rechts rechtfertigen. Indem sich Horlacher als Beamter bezeichnete<sup>262</sup>, übernahm er den „Topos der ‚Überparteilichkeit‘ als Ideologie der Bürokratie“<sup>263</sup> sowie das Leitbild des Beamten als des nur dem Gesetz verpflichteten Wächters über das Gemeinwohl<sup>264</sup> als Berufsethos – und machte es den partikularen agrarischen Interessen dienstbar. Nach dem von diesem Leitbild nicht unbeeinflussten Urteil von Max Weber sei die Bürokratie „um so vollkommener, je mehr sie sich ‚entmenschlicht‘, je vollkommener, heißt das hier, ihr die spezifische Eigenschaft, welche ihr als Tugend nachgerühmt wird, die Ausschaltung von Liebe, Haß und allen rein persönlichen, überhaupt aller irrationalen, dem Kalkül sich entziehenden,

<sup>256</sup> LENK, Konservatismus, 231f. Zur Rolle der Novemberrevolution für den Wandel des konservativen politischen Bewusstseins vgl. auch BUSSCHE, Konservatismus, 367f.

<sup>257</sup> BUSSCHE, Konservatismus, 368.

<sup>258</sup> BUSSCHE, Konservatismus, 364.

<sup>259</sup> Vgl. BUSSCHE, Konservatismus, 21–53; ferner SONTHEIMER, Denken, 198–211.

<sup>260</sup> RATJEN, Bauernkammern, 162.

<sup>261</sup> MP vom 19. September 1927.

<sup>262</sup> Vgl. Kapitel V.2.

<sup>263</sup> WITT, Konservatismus, 234.

<sup>264</sup> Zu diesem Leitbild, das sowohl der Selbst- als auch der Fremdsicht der Beamenschaft in der Weimarer Republik entsprach, vgl. BRACHER, Auflösung, 159–161; WITT, Konservatismus, 231–280.

Empfindungselementen aus der Erledigung der Amtsgeschäfte gelingt“<sup>265</sup>. Übereinstimmend damit sah sich Horlacher als sachlich stets objektiver Vertreter des bürokratischen Rationalismus, der die SPD als Partei der niederen menschlichen Gefühle verabscheute, da sie „auf die menschlichen Leidenschaften des Neides und auf die politischen Gegensätze spekuliert“<sup>266</sup>. Das Misstrauen, das Horlacher gegenüber Parteien hegte, erstreckte sich auch auf die Partei, die ihm seine parlamentarische Tätigkeit ermöglichte. Stets blieb er auf einer gewissen Distanz zu den Parteigremien der BVP<sup>267</sup>. Er konnte sich lange nicht durchringen, in der Öffentlichkeit seine Zugehörigkeit zur BVP zuzugeben. Selbst als Landtagskandidat für die BVP war er 1920 noch nicht Mitglied der BVP<sup>268</sup>. Daran zeigt sich, dass Horlachers Selbstsicht als ‚unpolitischer‘ Politiker nicht als bloße rhetorische Anpassung an den konservativen Zeitgeist zu werten ist, sondern als ernsthafter Anspruch, der aufgrund seiner immanenten Widersprüchlichkeit uneinlösbar war und deshalb zu andauernden taktischen Dilemmata führen musste.

Horlachers Selbstsicht als ‚unpolitischer‘ Politiker kam zustatten, dass es sich bei der BVP um eine Volkspartei handelte, die grundsätzlich alle Bevölkerungsgruppen umspannte, und sich die Programmatik der BVP als antisozialistische Sammlungsbewegung in einem diffusen Bereich bewegte<sup>269</sup>. Dabei stellte sich Horlacher hinter das organisationspolitische und programmatische Konzept der BVP als Volks- und Weltanschauungspartei. Im Reichstagswahlkampf im Herbst 1924 erklärte er deshalb: „Die Bayer. Volkspartei, die ja nicht nur dem Namen nach, sondern in der Zusammensetzung ihrer Anhänger eine wirkliche Volkspartei ist, hat niemals ihre sozialen Aufgaben vernachlässigt, und wird es niemals tun. Als christliche Partei und auf Grund ihrer Vergangenheit wird sie gerade in der gegenwärtigen schweren Zeit dafür eintreten, daß allen hilfsbedürftigen Volksschichten nach Maßgabe der verfügbaren Mittel Erleichterung ihrer Not geschaffen wird.“<sup>270</sup> Indem Horlacher den Organisationszweck der BVP letztlich zu einem universellen Ziel erhob, gelang es ihm, die Programmatik der BVP zu entpolitisieren. Auf dieser organisationsideologischen Grundlage verfolgte er das Ziel, „alle auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehenden Bauern im Bauernverein zusammenzufassen“ und in die BVP als Volks- und Weltanschauungspartei zu integrieren<sup>271</sup>. Den BBB betrachtete er dagegen als „klassenegoistische Gruppe“, um ihn

<sup>265</sup> WEBER, *Wirtschaft* (Teilband 4), 187.

<sup>266</sup> HORLACHER, *Agrar-Programm* (5. Februar 1927), 41.

<sup>267</sup> Mitglied der Landesvorstandschafft als dem engeren Entscheidungsgremium der BVP war Horlacher nach Ausweis der Vorstandsprotokolle der BVP (StA München, AG München Registergericht 19165) zu keiner Zeit.

<sup>268</sup> BLW vom 19. Oktober 1957. Es ist nicht bekannt, wann und ob Horlacher der BVP beigetreten ist.

<sup>269</sup> Die BVP, so hieß es aus ihrem Generalsekretariat, sei eine Partei, „die unter Ausschluß jedes Standes- und Klassen-Charakters alle Schichten des bayerischen Volkes auf dem Boden des christlichen Staatsgedankens umfaßt, den vaterländischen Gedanken [...] pflegt und das Deutsche Reich nach föderalistischen Grundsätzen zur Weckung aller Kraftquellen in den deutschen Stämmen erneuert und einer moralischen Wiedergeburt zuführt“ (PFEIFFER, *Gedankenwelt*, 4).

<sup>270</sup> *Regensburger Anzeiger* vom 4. Dezember 1924.

<sup>271</sup> *Wasserburger Anzeiger* vom 9. Dezember 1926.

auf der Generalversammlung des oberbayerischen BV am 27. April 1927 in die Nähe der diffamierten Sozialdemokratie zu bringen: „Wir, die wir die Klassenpartei der Sozialdemokratie bekämpfen, müssen auch politische Klassenparteien des Bauernstandes ablehnen.“<sup>272</sup> Um die traditionell starke kirchliche Bindung auf dem Land zur Integration der Bauern in die BVP zu nutzen, forderte er diese deshalb im Herbst dieses Jahres in Tuntenhausen auf, „nicht den Klassenstandpunkt, sondern die Weltanschauung das Entscheidende sein zu lassen“<sup>273</sup>.

Zu Horlachers Selbstbewusstsein als effizienzorientierter und bloßen Sachzwängen unterworfenen Beamter stand seine Tätigkeit als Protagonist des politischen Katholizismus in Bayern in einem merkwürdigen Spannungsverhältnis, wie es bereits in seiner Erstlingsrede als Landtagsabgeordneter am 27. Juli 1920 deutlich geworden war: Nach seiner antisozialistischen Ideologenschelte hatte er damals am Schluss erklärt, „daß auch wirtschaftliche Fragen letzten Endes nicht frei von der Weltanschauung gelöst werden können. (Sehr richtig! rechts.) Und da stehe ich auf dem Standpunkt, daß eine Besserung unserer gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse erst eintreten wird, wenn eine Besserung der Menschen auf der ganzen Linie wieder eingetreten ist, [...] und ich bin überzeugt, daß eine Besserung nur kommen kann, wenn das christliche Gewissen wieder unser ganzes Volk beherrscht.“<sup>274</sup> Auf der Generalversammlung des schwäbischen BV erklärte er am 6. Mai 1930: „Das christlich gesinnte Landvolk muß sich zusammenscharen, vom Herrgottswinkel aus muß die Politik im Bauernhaus betrachtet werden. Unsere Bauern müssen sorgsam und wachsam sein, müssen nach der Sammlung und Zusammenfassung allen christlichen Kulturlebens streben. Wir wollen dafür eintreten, daß wir uns möglichst geschlossen für einen Staat einsetzen, der christlich ausgleichend wirkt und der dem Bauernstand seinen gerechten Lohn zuerkennt.“<sup>275</sup> Diese christlich-agrarische Phraseologie zeigt deutlich, dass Horlachers Integration in den politischen Katholizismus über den Bayerischen Christlichen Bauernverein verlief. Schließlich verdankte Horlacher seine Karriere als Parlamentsabgeordneter dem Einfluss, den der BV auf die BVP auszuüben in der Lage war<sup>276</sup>. Es überrascht deshalb nicht,

<sup>272</sup> Bayerisches Bauernblatt vom 28. April 1927.

<sup>273</sup> BK vom 19. September 1927.

<sup>274</sup> Verh. d. Bay. Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 8, Sitzung am 27. Juli 1920, 220.

<sup>275</sup> Bayerisches Bauernblatt vom 20. Mai 1930.

<sup>276</sup> Um bei der Landtagswahl 1924 wieder auf der Liste der BVP aufgestellt zu werden, nahm Horlacher zunächst Kontakt zum oberpfälzischen BV auf (KLIER, Tagebuch, 85; BBV-Oberpfalz, Protokollbuch 1914–1948, Vorstandssitzung des Oberpfälzischen Christlichen Bauernvereins am 18. Januar 1924). Nachdem dessen Intervention erfolgreich war, wurde er vom oberpfälzischen Kreisausschuss der BVP als Kandidat im Stimmkreis Regensburg-Land/Stadtamhof-Land/Regenstauf aufgestellt (Regensburger Anzeiger vom 11. März 1924). Da es ihm aber nicht mehr gelungen war, ein Mandat zu erwerben (BSZ vom 23. Mai 1924), da die BVP so kurz nach dem Hitlerputsch durch das gute Ergebnis des nationalsozialistischen Völkischen Blocks und die Verkleinerung des Landtages erheblich an Mandaten verloren hatte (BERGMANN, Bauernbund, 311), wurde er von der BVP als so genannter „Landesabgeordneter“ in den Landtag gesandt (BSZ vom 6. Februar 1925). Sitze für „Landesabgeordnete“ konnten von den Parteien entsprechend ihrem Stimmenanteil vergeben werden, um durchgefallene Kandidaten berücksichtigen zu können, die für die Fraktionsplanung als unentbehrlich galten. Insgesamt waren 15 Sitze an „Landesabgeordnete“ zu vergeben (Landeswahlgesetz vom 12. Mai 1920, in:

dass sich Horlacher in der Fraktion der BVP als „Vertreter des Christlichen Bauernvereins“ bezeichnete<sup>277</sup>. Horlachers parteipolitische Loyalität zur BVP war eine von der Loyalität zum Bayerischen Christlichen Bauernverein nur abgeleitete. Die unvermeidlichen politisch-taktischen Spannungen zwischen der BVP und der ihr zugehörigen landwirtschaftlichen Interessenvertretung im BV versuchte er durch eine Rhetorik zu überdecken, die zwischen katholisierender Phraseologie einerseits und der Behauptung effizienzorientierter Sachgesetzlichkeit andererseits oszillierte.

Noch vor den an anderer Stelle beschriebenen antisozialistischen, bayerisch-partikularistischen und bauerntümelnden Ideologemen stellte die katholisierende Phraseologie einen wesentlichen Teil der von Horlacher verbreiteten Verbandsideologie des Bayerischen Christlichen Bauernvereins dar. Angesichts des zersplitterten landwirtschaftlichen Organisationswesens entfaltete diese ihre integrative Wirkung vor allem aus der Abgrenzung. Sie sollte den Zusammenhalt der Bauernvereinsmitglieder gegenüber der wirtschaftsegoistischen Agitation des konfessionell indifferenten Bayerischen Bauernbundes stärken und die Landwirtschaft im parlamentarischen Interessenwettbewerb von ihrer faktischen Minderheitenposition heraus auf den Sockel einer sakralisierten sozioökonomischen Sonderstellung stellen. Dabei wirkten diese Ideologeme nicht nur zur Abgrenzung gegenüber den übrigen landwirtschaftlichen Interessenvertretungen, sondern auch gegenüber nichtlandwirtschaftlichen politischen Gruppierungen. Dies ist der Grund, warum es für Horlacher so schwierig war, die weltanschaulichen Barrieren zur Sozialdemokratie zu überwinden<sup>278</sup>. Hinter der katholisierenden, bayerisch-partikularistischen und bauerntümelnden Fassade glimmte in Horlachers politischer Gedankenwelt eine Sachgesetzlichkeitsideologie, die seiner bürgerlich-akademischen Sozialisation ebenso wie seiner bürokratischen beruflichen Stellung eher entsprach als die farbige Fassade, mit der er seine agrarpolitischen Forderungen verblendete. Ungeschminkt konnte sie zum Vorschein kommen, wenn sich Horlacher nicht auf genuin agrarpolitischem Gebiet bewegte. So spielten dezidiert katholische Interpretamente für ihn keine Rolle, wenn es ihm darum ging, sich gegenüber der Weimarer Verfassungsordnung zu positionieren. Der von katholischen Theologen und Publizisten ausgetragene so genannte „Verfassungsstreit“ zwischen den legitimistischen Anhängern der Designationstheorie und den republikanischen Verfechtern

---

Dokumente zur Geschichte von Staat und Gesellschaft in Bayern Bd. III/2, 198–207, hier: 202f.; vgl. dazu auch UNTERPAUL, Grundsätze, 36–41). Schließlich ist auch die Übertragung eines derartigen Landesmandates auf Horlacher ohne Rückendeckung des BV nicht denkbar.

<sup>277</sup> Verh. d. Bay. Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 3, Sitzung am 26. Januar 1922, 636.

<sup>278</sup> Bezeichnenderweise gelang ihm dies erst nach der 1945 erfolgten Errichtung einer einheitlichen landwirtschaftlichen Interessenvertretung im Bayerischen Bauernverband, als er die antikapitalistische „Zusammenarbeit der schaffenden Stände“ mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften propagierte und in der CSU durchzusetzen versuchte. Vgl. dazu BEHR, Sozialdemokratie, 86–93; STELZLE, Föderalismus, 40–42.

der Translationstheorie<sup>279</sup> beeinflusste zwar die Programmatik der Parteien des politischen Katholizismus<sup>280</sup>, nicht jedoch Horlacher. Dieser maß den Wert der Weimarer Verfassung an der Möglichkeit zur effizienten Lösung agrar- und wirtschaftspolitischer Probleme. Deutlich wurde dies, als er am 10. Juli 1928 im Reichstag die Ablehnung der BVP zur geplanten Einführung eines Verfassungsfeiertages begründete und dafür staatsrechtliche, politische und wirtschaftliche Bedenken geltend machte. Auf staatsrechtlichem Gebiet war er bereit, die Weimarer Verfassung als „geltendes Gesetz“ zu akzeptieren, mahnte jedoch ihre Reform im föderalistischen Sinne an. Denn er beklagte entsprechend der Haltung der BVP, „daß die Weimarer Verfassung wichtige Rechte der Länder geschmälert hat, daß sie zum Teil über diese Rechte hinweggegangen ist“. In der Einführung eines Verfassungsfeiertages sah er eine neuerliche Verletzung der Schulhoheit der Länder, da an diesem Tag dann schulfrei gewesen wäre. Horlachers „staatspolitische Bedenken“ äußerten sich darin, dass er befürchtete, dass der Verfassungsfeiertag das Ziel einer demokratischen Identitätsstiftung verfehlen und sich zum „Kampftag der verschiedenen Parteien“ entwickeln werde. Er war der Meinung, dass eine „geschlossene Einstellung des deutschen Volkes bezüglich der Frage der Feier des Verfassungstages als Nationalfeiertag in keiner Weise vorhanden ist, (sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei) und wir haben insbesondere in Bayern gar keinen Grund, diesem Tag etwa feierliche Gedanken zu widmen, sondern da ist das Gegenteil bei uns der Fall“. Deshalb lehnte er einen Verfassungsfeiertag als „politischen Feiertag“ ab und gab stattdessen zu bedenken, dass für einen Nationalfeiertag „nur eine nationale Begebenheit in Frage kommen kann, die zu einer nationalen Größe und zu einer nationalen Erhebung des ganzen deutschen Volkes werden kann“. Zum Schluss seiner Rede kam Horlacher schließlich auf die „wirtschaftlichen Erwägungen“ zu sprechen, „die eine ziemlich große Rolle bei der Gesamtbeurteilung dieser Frage spielen“. Ihm missfiel der Zwang zur Arbeitsruhe, den er angesichts einer sich abzeichnenden wirtschaftlichen Stagnation für unangebracht hielt. Er lehnte es deshalb ab, „daß ein großer Teil des deutschen Volkes aus politischen Gründen zur Arbeitsruhe gezwungen werden soll“. Vor allem aber gab er zu bedenken, „daß es im Gegensatz zur Behebung der Notlage der Landwirtschaft steht, wenn man mitten in der Erntezeit einen politischen Feiertag zur Einführung bringen will“. Deshalb wies er darauf hin, „daß heute der Mangel an Erntearbeitern und überhaupt der Mangel an Arbeitskräften in der

---

<sup>279</sup> Der Streit entfachte sich angesichts von Satz 2 des Artikels 1 der Weimarer Reichsverfassung, wonach alle Staatsgewalt vom Volke ausgehe. In Berufung auf Thomas von Aquin stellten sich die Verfechter der Translationstheorie auf den Standpunkt, dass Gott die Staatsgewalt an das Volk übertrage und es diesem überlasse, sie entweder selbst auszuüben oder weiterzugeben. Damit ließ sich die Verfassungswirklichkeit der Weimarer Republik nach dem Sturz der Monarchien legitimieren. Dagegen waren die (monarchistischen) Vertreter der Designationstheorie der Ansicht, dass nicht nur alle Staatsgewalt ihre Ursache in Gott habe, sondern dass sie dem Herrscher unmittelbar „von Gottes Gnaden“ verliehen werde, weshalb die Volkssouveränität kirchlicher Lehre widerspreche. Zum so genannten Verfassungsstreit vgl. HAUSBERGER, Weimarer Verfassung, 487–510.

<sup>280</sup> Vgl. BRAUN, Existenz, 163–175; SCHÖNHOFEN, Bayerische Volkspartei, 28–34.



Landwirtschaft so groß ist, daß ein solcher Feiertag gerade mitten in der Erntezeit aus wirtschaftlichen Gründen nicht verantwortet werden kann. (Sehr wahr! bei der Bayerischen Volkspartei und rechts.)“<sup>281</sup> Während sich in Horlachers staatsrechtlichen Bedenken gegen einen Verfassungsfeiertag die Ignoranz gegenüber dem demokratischen Geist der Weimarer Verfassung zeigte, drückte sich in seinen wirtschaftlichen Bedenken der Primat eines ideologisch zu verstehenden Strebens nach Effizienz und in seinen politischen Bedenken das Bemühen um innenpolitische Stabilität im Interesse einer ruhigen und gedeihlichen volkswirtschaftlichen Entwicklung aus. Da sich Horlacher nicht um die Verbreitung demokratischer Ideale in der landwirtschaftlichen Bevölkerung bemühte, konnte die effizientorientierte Unterstützung der parlamentarischen Regierungen durch Horlacher ohne demokratische Gesinnung rasch in die Ablehnung der parlamentarischen Verfassungsordnung bei seiner Klientel umschlagen, wenn sich das Regierungshandeln als ungeeignet erwies, ihre wirtschaftlichen Interessen zu befriedigen.

Horlacher machte nicht nur die Bewertung der Weimarer Verfassungsordnung von ökonomischen Nützlichkeitsabwägungen abhängig. Ebenso verfuhr er bei der Bewertung der Staatlichkeit Bayerns, wie er in seiner im März 1919 fertig gestellten Schrift *Der Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft. Eine Denkschrift über Deutschlands finanzielle und wirtschaftliche Not* darlegte. Die jahrhundertealte staatliche Tradition der deutschen Länder spielte darin keine Rolle. Unbekümmert davon forderte er eine Neugliederung des Reiches, da die kleineren, „aus der ehemaligen Fürstenpolitik und Schlagbaumwirtschaft“ stammenden deutschen Staaten „ohne weiteres zu beseitigen“ seien. Da sich Horlacher über die seit 1871 weit fortgeschrittene Verflechtung der bayerischen Wirtschaft mit der gesamtdeutschen Wirtschaft bezüglich Bankwesen, Wirtschaftsverbänden und Kapitalverbindungen bewusst war, lehnte er bayerische Separationsphantasien aus wirtschaftspolitischen Gründen ab und bezeichnete sie als „Sünde gegen die deutsche Blutgemeinschaft“. Während er die Benachteiligung Bayerns durch die „rücksichtslose Berliner Zentralwirtschaft“ kritisierte, stellte er die Existenz des Deutschen Reiches als notwendige Grundlage erfolgreichen wirtschaftspolitischen Handelns nicht in Frage. Als er die Rückkehr zu den staatsrechtlichen Verhältnissen des Bismarckreiches propagierte, begründete er dies nicht mit der staatlichen Tradition Bayerns. Stattdessen diente ihm der wirtschaftliche Aufstieg des Deutschen Reiches seit 1871 als Begründung dafür, dass der „Bund selbständiger föderierter Staaten der richtige war“. Für die neue Reichsverfassung forderte er deshalb, dass die „Stammes- und Charakterverschiedenheiten nicht fester gefügt werden, als es im wirtschaftspolitischen Interesse und für die politische Außenvertretung unbedingt notwendig ist“<sup>282</sup>.

<sup>281</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 423, Sitzung am 10. Juli 1928, 148f.

<sup>282</sup> HORLACHER, Wiederaufbau (1919), 99–109.

Dementsprechend lehnte er die Revolution auch nicht als Auflehnung gegen die von Gott gesetzte Obrigkeit ab, sondern als wirtschaftspolitisch destabilisierendes Ereignis: „Wer die wirtschaftlichen Wirkungen der Revolutionen in der Revolutionsgeschichte aller Jahrhunderte studiert hat, der weiß, daß Revolutionen Zerrüttung wirtschaftlichen Lebens, sittliche Verwahrlosung und im Zusammenhang damit [...] eine zügellose Preissteigerung auf allen Gebieten wirtschaftlicher Betätigung mit sich bringen.“<sup>283</sup> Wenn er die Revolution ablehnte, oder wenn er für die autoritär-bürokratische Begrenzung der Parlamentsrechte bei der Ausgestaltung der Zolltarife eintrat – stets legte er seinen Konzepten das Bemühen um effiziente Gestaltung von Wirtschafts- und Agrarpolitik zugrunde. So lobte er sowohl den faschistischen italienischen Diktator Benito Mussolini (1883–1945) für den autoritär dekretierten Übergang zum Agrarprotektionismus im Rahmen der „Battaglia del grano“<sup>284</sup> als auch die sozialdemokratisch geführte Reichsregierung Müller für die begrenzte Ausschaltung des Reichstages durch ein zollpolitisches Ermächtigungsgesetz<sup>285</sup>. Denn der Reichstag war aufgrund des Zwangs zur parteipolitischen Kompromissfindung in seinen Augen bei der Erhöhung der Agrarzölle nicht effizient genug, worüber er sich im Mai 1930 beklagte: „Während man im Reichstag monatelang ‚erwog‘ und wochenlang ‚beriet‘, machten andere das Geschäft zur Schädigung der Gesamtinteressen.“<sup>286</sup> Deshalb trat Horlacher für die Begrenzung der zollpolitischen Entscheidungskompetenz des Reichstages und deren partieller Übertragung auf die Exekutive mit Hilfe von inhaltlich begrenzten Ermächtigungsgesetzen im Rahmen eines bürokratisch-autoritären Regimes zur dirigistischen Beeinflussung der Wirtschaft ein, wie es sich dann in den Präsidialkabinetten manifestierte.

Das Streben nach vermeintlich unideologischer Effizienz, die davon abgeleitete Behauptung der Überparteilichkeit und die darin begründete Sorge um die innenpolitische Stabilität sind die Elemente von Horlachers Gouvernentalismus, der ihn immer auf die Seite der Exekutive treten ließ und nicht mit weltanschaulicher Akzeptanz der Republik verwechselt werden darf. Die Nationalsozialisten interpretierten Horlachers gouvernementale Orientierung jedoch bewusst als demokratische Gesinnung, um ihn als Anhänger der verhassten Weimarer Demokratie zu diffamieren. Als sich Horlacher im Interesse einer stabilen innenpolitischen Entwicklung gegen das Volksbegehren gegen den Young-Plan aussprach, höhnte der *Völkische Beobachter*, dass sich Horlacher während des Ersten

<sup>283</sup> Verh. d. Bay. Landtags 1920–1924. Sten. Ber. Bd. 1, Sitzung am 27. Juli 1920, 212.

<sup>284</sup> Im Reichstag erklärte Horlacher am 12. Februar 1926: „Es ist auch die Schuld der ganzen Verhältnisse, daß wir unter dem Druck unserer Lage im politischen Leben nicht rasch genug handeln können, und so ist das zu späte Inkrafttreten des deutschen Zolltarifs mit eine Ursache der Krise der deutschen Landwirtschaft und der deutschen Wirtschaft geworden. (Sehr richtig! rechts und bei der Bayerischen Volkspartei.) Da hat es z.B. der italienische neue Staatsmann auf dem Gebiete der Innenpolitik und der Wirtschaftspolitik ganz anders gemacht, und die Auswirkungen sind für den italienischen Staat nicht ungünstig, sondern günstig“ (Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 388, Sitzung am 12. Februar 1926, 5484). Zum autoritären Agrarprotektionismus Mussolinis vgl. NÜTZENADEL, Landwirtschaft, 109–157.

<sup>285</sup> HORLACHER, Agrarprogramm (1930), 117.

<sup>286</sup> HORLACHER, Agrarprogramm (1930), 117.

Weltkrieges an der Heimatfront zum „Besonnenen“ habe entwickeln können, während sich die Frontkämpfer in den Reihen der Befürworter des Volksbegehrens befinden würden. Deshalb wurde Horlacher von der NSDAP in eine beeindruckende Reihung bedeutender deutscher Staatsmänner gestellt. Seit Männer wie Erzberger, Scheidemann, Stresemann und Horlacher, so der *Völkische Beobachter*, „das große Wort führen [...] geht die deutsche Nation langsam vor die Hunde“<sup>287</sup>.

Tatsächlich bewegte sich Horlacher mit seinem Streben nach Sachgesetzlichkeit und Effizienz auf der Grenze, die nach dem Urteil des Politologen Kurt Sontheimer dort verlief, „wo das Bekenntnis zur Freiheit als unabdingbarer Basis parteipolitischer Tätigkeit verwandelt wird in das Bekenntnis zu einer absoluten Staatsidee, die sich ohne Gewährung politischer Freiheit zu etablieren sucht“<sup>288</sup>. Auf dieser Grenze schwankte Horlacher als Politiker während der Weimarer Republik. Während sich die Befürworter autoritärer Verfassungsordnungen in der Zwischenkriegszeit eine Zurückdrängung der pluralistischen gesellschaftlichen Kräfte und deren Zählung in einer berufsständischen Gesellschaftsgliederung ersehnten<sup>289</sup>, ließ sich Horlacher von derartigen Verfassungsphantasien nicht beeinflussen<sup>290</sup>. Ohne weltanschaulich fundierte demokratische Gesinnung betrachtete er die pluralistische Interessenvertretung trotz aller Parlamentarismusschelte schlichtweg als eine dem politischen Sachzwang der Republik geschuldete Notwendigkeit, wie er auf der Generalversammlung des oberbayerischen BV am 27. April 1927 deutlich machte: „Es ist eine Naturnotwendigkeit im modernen Staate, daß wir uns eine schlagfertige Standesorganisation anschaffen und ausbauen. Die Massenbewegung ist notwendig im modernen Staate.“<sup>291</sup> Die Notwendigkeit einer solchen vom Staat unabhängigen Massenbewegung ist nur im Rahmen einer parlamentarischen Verfassungsordnung sinnvoll. Deshalb wollte Horlacher während der Präsidialregierungen wenigstens an minimalen Residuen parlamentarischer Kontrolle festhalten, während er gleichzeitig für die Begrenzung der Parlamentsrechte durch Ermächtigungsgesetze und Notverordnungspolitik eintrat. Gegenüber dem Gebrauch des Notstandsartikels 48 der Weimarer Verfassung, der die Ausschaltung des Reichstages bei der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erlaubte und unter Heinrich Brüning (1885–1970) zum Instrument bürokratischen Regierungshandelns unter Umgehung des Reichstages gestaltet wurde, blieb er skeptisch. Auf der Generalversammlung des schwäbischen BV am 6. Mai 1930 erklärte er seinen bäuerlichen Zuhörern, warum er der Haushaltsvorlage Brünings zugestimmt hatte: „Wenn die deutsche Reichsregierung mit dem Deckungsprogramm

---

<sup>287</sup> *Völkischer Beobachter* vom 22. September 1929.

<sup>288</sup> SONTHEIMER, Denken, 229.

<sup>289</sup> Vgl. SONTHEIMER, Denken, 253–260.

<sup>290</sup> Vgl. Kapitel IV.9.

<sup>291</sup> Bayerisches Bauernblatt vom 28. April 1927.

gescheitert wäre, hätte sie von Artikel 48 der Reichsverfassung Gebrauch machen müssen, und wir hätten bei der Ausschaltung des Reichstages auf die Gestaltung der Dinge keinen Einfluss mehr gehabt.“ Dann wäre „dieser Tag für die Landwirtschaft einer der schwärzesten geworden“<sup>292</sup>.

Bis zum Ende der Weimarer Republik hielt Horlacher an seiner unbestimmten Haltung zwischen der Zustimmung zur Ausschaltung des Reichstages mit Hilfe von zahlreichen, inhaltlichen begrenzten Ermächtigungsgesetzen und der Einsicht in die Notwendigkeit parlamentarischer Kontrolle fest. Daran hielt Horlacher ratlos und verzweifelt auch dann noch fest, als die Nationalsozialisten die wirtschafts- und innenpolitische Destabilisierung der Republik bewusst zu provozieren begonnen hatten. Am 26. Januar 1933 wurde er von Heim deshalb in der für ihn charakteristischen rüden Art auf diesen Widerspruch aufmerksam gemacht. Als Horlacher die Parteien für „vollständig bankrott“ erklärt, gleichzeitig aber von der Notwendigkeit gesprochen hatte, die Arbeitsfähigkeit der Parlamente zu erhalten, meinte Heim despektierlich: „Ja, was denn dann, mein lieber Horlacher? Wenn es nichts ist und s’andere nicht, wie macht man daraus dann einen Fisch? Ich bitte Sie um Lösung dieses Rätsels. Es ist doch keine nebensächliche Sache.“<sup>293</sup> Letztlich kann die Lösung dieses Rätsels nur in Horlachers verschiedenen Rollen als verbeamteter Geschäftsführer einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, als landwirtschaftlicher Lobbyist und als Parteipolitiker gesehen werden. Als Direktor der Bayerischen Landesbauernkammer war er dem gemeinwohlorientierten Leitbild des deutschen Berufsbeamtentums verpflichtet. Als landwirtschaftlicher Interessenvertreter im Bayerischen Christlichen Bauernverein war er dem politischen Katholizismus verpflichtet. Als Parteipolitiker der BVP war er aber auf den parlamentarischen Weg der Interessenvertretung angewiesen. Diese widersprüchlichen Anforderungen forderten die Überdeckung durch eine vermeintlich unpolitische Sachgesetzlichkeitsideologie geradezu heraus. Gerade durch sie bot sich Horlacher angesichts der nach wie vor bestehenden Widersprüche ein größtmögliches Maß an rhetorischer Flexibilität, mit der er die strukturbedingte und durch seine verschiedenen Rollen bedingte Begrenztheit seines politisch-taktischen Handlungsspielraumes kaschierte.

---

<sup>292</sup> Bayerisches Bauernblatt vom 20. Mai 1930.

<sup>293</sup> StadtA Regensburg, NL Heim 2608, Heim an Horlacher, 28. Januar 1933.

## VIII. Horlacher und die Präsidialregime – Zwischen bürokratischem Kompetenzgewinn und parlamentarischem Einflussverlust (1930–1933)

### 1. Unterstützung für Brüning

Am 31. März 1930 stellte der neue Reichskanzler Heinrich Brüning (Zentrum) sein Kabinett vor. Da sich die politischen Lager gegenseitig blockierten, war eine parlamentarische Mehrheitsbildung im Reichstag nicht mehr möglich gewesen. Dadurch wurde die Verwirklichung der im Umfeld des Reichspräsidenten erarbeiteten Pläne zur Errichtung eines Präsidialkabinetts begünstigt. Das neue Kabinett gründete allein in einem Auftrag des Reichspräsidenten, stellte nicht das Ergebnis von Koalitionsverhandlungen dar und verfügte über keine förmlichen Bindungen an Reichstagsfraktionen. Hugenberg wertete Brünings Präsidialkabinett jedoch nur als halbherzigen Versuch zur Überwindung des Parlamentarismus, weshalb er eine Beteiligung der DNVP ablehnte. Deshalb diente die Grüne Front, wie bereits unter dem sozialdemokratischen Reichskanzler Müller, auch für Brüning dazu, die parlamentarische Basis der Reichsregierung um die gouvernementalen Kräfte in der DNVP um den Reichslandbundpräsidenten Schiele zu verbreitern. Deshalb war ein Kabinett ohne die Unterstützung Schieles schlichtweg nicht möglich<sup>1</sup>. Nicht zu Unrecht rechnete sich deshalb die Grüne Front die Ernennung Schieles zum Reichsernährungsminister als Erfolg an und sagte Brüning ihre Unterstützung zu<sup>2</sup>. Damit war das Agrarprogramm der Grünen Front zum Agrarprogramm der Reichsregierung geworden – zumal Hindenburg auf eine rasche Hilfe für die Landwirtschaft drängte<sup>3</sup>.

Die zentrale Bedeutung, die die Landwirtschaft nun für die Stellung Brünings hatte, zeigte sich, als er das „Hilfsprogramm für die Landwirtschaft“ neben der Sanierung der Reichsfinanzen in den Mittelpunkt seiner Regierungserklärung am 1. April 1930 stellte<sup>4</sup>. Deshalb wurde die neue Reichsregierung von dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Rudolf Breitscheid (1874–1944) in seiner Antwort als „Kabinett der Grünfrontkämpfer“ bezeichnet<sup>5</sup>. Aufgrund der wohlwollenden Aufnahme der Regierungserklärung bei den agrarischen Abgeordneten, war Hugenberg nicht zuletzt unter dem Druck seines bayerischen Fraktionskollegen Georg Bachmann (1885–1971)<sup>6</sup> – des

<sup>1</sup> Zur ersten Regierungsbildung Brünings, besonders hinsichtlich der agrarischen Faktoren, vgl. MÜLLER, Bauer, 164–167; GESSNER, Agrarverbände, 183–190; Niederschrift von Graf Westarp über die Bildung der Regierung Brüning, 3. April 1930, in: Politik und Wirtschaft in der Krise, 112–114.

<sup>2</sup> Vgl. GESSNER, Agrarverbände, 190f.

<sup>3</sup> Vgl. MÜLLER, Bauer, 165.

<sup>4</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 427, Sitzung am 1. April 1930, 4728–4730.

<sup>5</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 427, Sitzung am 1. April 1930, 4734.

<sup>6</sup> Landwirt, protestantisch, geboren am 6. Dezember 1885 in Westheim in Mittelfranken, landwirtschaftliche Ausbildung, Unteroffizier im Ersten Weltkrieg, nach Kriegsende Bewirtschaftung eines landwirtschaftlichen

Vorsitzenden des Agrarausschusses in der Reichstagsfraktion der DNVP – gezwungen, für die DNVP die Ablehnung der folgenden Misstrauensanträge von SPD und KPD zu erklären<sup>7</sup>. Die Grüne Front hatte ihre Bewährungsprobe zur Stabilisierung der Reichsregierung gegen die obstruktive Opposition Hugenberg bestanden und damit ihre politische Funktion in den Augen Bachmanns erfüllt. In Übereinstimmung mit Horlacher erklärte er deshalb: „Diese von rechts wie von links so mannigfach bekämpfte Grüne Front hatte nicht etwa nur den Zweck, rein berufsständische Interessen in wirksamer Form zu vertreten. Sie mußte ihrer Wesensart nach auch politische Bedeutung gewinnen, denn letzten Endes hing die Wirklichkeit ihrer wirtschaftlichen und berufsständischen Ziele von der politischen Voraussetzung ab: die staatsbürgerlichen Kräfte zu sammeln und eine Politik des inneren Aufbaus auf der Grundlage einer wiedererstarteten deutschen Landwirtschaft überhaupt erst treiben zu können.“<sup>8</sup> Bachmann aber wurde nun zum Anführer der so genannten „Gruppe Bachmann“ in der Reichstagsfraktion der DNVP, die loyal zu Schiele stand<sup>9</sup>.

Als Bedingung für seinen Eintritt in das Kabinett forderte Schiele von Brüning die Umsetzung einer Reihe protektionistischer und interventionistischer Maßnahmen. Er verlangte, die Bindung der Zölle an das inländische Preisniveau zu lockern, Futtergetreide in die zollpolitische Ermächtigung der Reichsregierung einzubeziehen, den Wert der Einfuhrscheine wieder auf die Höhe der autonomen Zollsätze anzuheben, um sie als Exportprämie wieder wirksam werden zu lassen, einen Beimischungszwang für Roggen- und Weizenmehl einzuführen, die Einnahmen aus dem Maismonopol zur Stützung des Getreidemarktes zu verwenden, die zollpolitische Ermächtigung auf Schweine und Schweinefleisch auszudehnen, die Gefrierfleischeinfuhr zu unterbinden und mit Finnland in Handelsvertragsverhandlungen einzutreten, um die Bindung der Butterzölle zu lösen<sup>10</sup>. Gegen diesen Forderungskatalog meldete der Reichsfinanzminister haushaltspolitische Bedenken an. Denn in der Erhöhung der Einfuhrscheinwerte auf das Niveau der gestiegenen Zölle sah er

---

Betriebes (10 Hektar), Mitglied der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, seit 1919 Geschäftsführer des Mittelfränkischen Molkereiverbandes, seit 1922 Vorsitzender des Mittelfränkischen Molkereiverbandes und des Bayerischen Genossenschaftsverbandes in Ansbach, Ernennung zum Ökonomierat, 1920 bis Juli 1932 MdR für die DNVP, Vorsitzender des Agrarausschusses der Reichstagsfraktion der DNVP, seit 1919 Mitglied des Bundes der Landwirte in Bayern bzw. des Bayerischen Landbundes, 1930 Austritt aus der DNVP und Eintritt in die CNBLP, 1933/1934 seiner Ämter enthoben, nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges Gründungsmitglied von CSU und BBV, seit 1949 ehrenamtlicher Präsident des Bayerischen Raiffeisenverbandes, Bürgermeister von Westheim und Stellvertretender Landrat des Landkreises Gunzenhausen, Vorsitzender der Milchwirtschaftlichen Landesvereinigung, Mitglied der Bayerischen Verfassungsgebenden Landesversammlung, 1946 bis 1962 MdL für die CSU, nach Horlachers Tod dessen Nachfolger als Dritter Präsident des BBV, gestorben am 23. Oktober 1971. Zu Georg Bachmann vgl. BLW vom 3. Dezember 1955; HOHENEGG, Raiffeisen, 257f.; KITTEL, Weimar, 120f.; HÜTTL, Genossenschaftsverband, 165.

<sup>7</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 427, Sitzung am 1. April 1930, 4770; vgl. dazu ferner MÜLLER, Bauer, 167–170; KIISKINEN, Deutschnationale Volkspartei, 342.

<sup>8</sup> Georg Bachmann am 14. April 1930 zit. nach GESSNER, Agrarverbände, 190.

<sup>9</sup> Zur „Gruppe Bachmann“ vgl. MÜLLER, Bauer, 159f.; KITTEL, Weimar, 153f.

<sup>10</sup> Schiele an Brüning, 29. März 1930, in: AdR. Kabinette Brüning I und II, 1–4.

eine unverantwortliche Belastung des Haushaltes. Der Reichsarbeitsminister monierte die entstehenden Belastungen für die Verbraucher. Der Reichswirtschaftsminister warnte vor den handelspolitischen Konsequenzen<sup>11</sup>. Trotzdem kamen die Fraktionsführer von DDP, DVP, Zentrum, BVP, Wirtschaftspartei und CNBLP Schieles Forderungen am 8. April 1930 weit entgegen, wobei sich der Beimahlungszwang nicht durchsetzen ließ, die erweiterten zollpolitischen Ermächtigungen bis zum 31. März 1931 befristet sein sollten und die Belastung des Reichshaushaltes durch die Einfuhrscheine in Zukunft nicht höher sein durften als 1929. Dabei setzte sich Horlacher persönlich für die Erhöhung des Hopfenzolls ein, womit er auch Erfolg hatte<sup>12</sup>. Das „Interesse der Zusammenarbeit des Kabinetts“ habe zu diesem Erfolg der Grünen Front beigetragen, wie Gottfried Treviranus (1891–1971)<sup>13</sup> – Reichsminister für die besetzten Gebiete und selbst Landwirt – unverhohlen drohend bemerkte<sup>14</sup>.

Horlacher konnte zufrieden sein, wobei die Abstimmung im Reichstag noch ausstand. Zur gleichen Zeit belastete jedoch die Deckungsvorlage zum Reichshaushalt mit der geplanten Erhöhung der Biersteuer um 75 Prozent das Verhältnis Horlachers zur Reichsregierung. Bereits in der Fraktionsführerbesprechung am 3. April 1930 hatte Horlacher deutlich gemacht, dass die geplante Erhöhung der Biersteuer für die BVP unannehmbar sei<sup>15</sup>. Am 9. April fiel die Biersteuer im Steuerausschuss des Reichstages mit den Stimmen der Arbeiterparteien und der landwirtschaftsfreundlichen Parteien BVP, DNVP und Wirtschaftspartei. Lediglich DDP, DVP und Zentrum stimmten dafür<sup>16</sup>. Über seinen Staatssekretär Otto Meissner (1880–1953) nahm Hindenburg daraufhin Kontakt zu Fritz Schäffer auf, um an den gerade in Berlin weilenden Vorsitzenden der BVP den „dringenden Appell“ zu richten, das Agrarprogramm der Reichsregierung nicht durch eine starre Haltung gegenüber der Deckungsvorlage zu gefährden. Daraufhin erklärte sich Schäffer bereit, eine Erhöhung der Biersteuer um bis zu 30 Prozent akzeptieren zu können. Zur gleichen Zeit fand am frühen Nachmittag des 9. April eine Parteiführerbesprechung statt, an der die Vertreter der BVP nicht teilnahmen. Es wurde beschlossen, die Erhöhung der Biersteuer von 75 auf 50

<sup>11</sup> Kabinettsitzung am 7. April 1930, in: AdR. Kabinette Brüning I und II, 23–33.

<sup>12</sup> Fraktionsführerbesprechung am 8. April 1930, in: AdR. Kabinette Brüning I und II, 37–40. Zum Inhalt der dann am 14. April 1930 im Reichstag beschlossenen Agrargesetze vgl. WALZ, Agrarpolitik, 83f.; GESSNER, Agrarverbände, 192–196; WEBER, Chronik, 115.

<sup>13</sup> Landwirt, protestantisch, geboren am 20. März 1891, 1912 bis 1918 Offiziersdienst bei der Reichsmarine, danach Studium der Landwirtschaft, 1921 Direktor der Landwirtschaftskammer Lippe, 1924 bis 1929 MdR für die DNVP, 1929 Gründung der Volkskonservativen Vereinigung aus Protest gegen Hugenburgs Obstruktionskurs, seit März 1930 Reichsminister für die besetzten Gebiete, nach deren Räumung seit Juni 1930 Reichsminister ohne Geschäftsbereich, ab September 1930 Reichskommissar für die Osthilfe, Oktober 1931 bis Mai 1932 Reichsverkehrsminister, 1934 Emigration in die USA und nach Kanada, wo er als praktischer Landwirt arbeitete, 1949 Rückkehr nach Deutschland, gestorben am 7. Juni 1971. Zu Treviranus vgl. SCHWARZ, MdR, 777; SCHUMACHER, M.d.R., 591f.

<sup>14</sup> Kabinettsitzung am 8. April 1930, in: AdR. Kabinette Brüning I und II, 33–37, hier: 35.

<sup>15</sup> Fraktionsführerbesprechung am 3. April 1930, in: AdR. Kabinette Brüning I und II, 16–18.

<sup>16</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 427, Sitzung am 11. April 1930, 4886.

Prozent zu reduzieren und sie damit für die BVP annehmbar zu machen<sup>17</sup>. Am späten Nachmittag fand eine weitere Parteiführerbesprechung statt. Horlacher erklärte „die Zustimmung seiner Fraktion für eine Erhöhung der Biersteuer um 50% nicht in Aussicht stellen zu können“. Deshalb einigten sich sämtliche in der Regierung vertretenen Parteien ohne die BVP auf den am frühen Nachmittag gefundenen Kompromiss, die Biersteuer um 50 Prozent zu erhöhen<sup>18</sup>. Obwohl die BVP – genauso wie die agrarischen Abgeordneten der DNVP – wegen der knappen parlamentarischen Mehrheit für die Reichsregierung das Zünglein an der Waage darstellte, blieb Hermann Pünder (1888–1976), Staatssekretär in der Reichskanzlei, gelassen. Seinem Tagebuch vertraute er nach diesem „Geraufe mit den Parteiführern“ kühl berechnend an: „Wenn die Steuern abgelehnt werden, wird eben übermorgen der Reichstag aufgelöst.“<sup>19</sup> Dies hätte eine unbequeme Verzögerung des Agrarprogramms und Reichstagswahlen mit ungewissem Ausgang bedeutet. Es überraschte Pünder deshalb kaum, dass die BVP in der Nacht vom 10. auf den 11. April umfiel. Gemeinsam mit dem zuständigen Abteilungsleiter im Reichsfinanzministerium handelte Horlacher einen für die BVP annehmbaren Kompromiss auf der Basis einer 50prozentigen Erhöhung der Biersteuer aus<sup>20</sup>. Als Horlacher dem Plenum des Reichstages am 11. April als Berichterstatter des Steuerausschusses die Ablehnung der Biersteuer empfehlen musste, erntete er dafür verständlicherweise nur Gelächter<sup>21</sup>. Denn der Beschluss des Steuerausschusses war ja nicht nur überholt, sondern mittlerweile in sein Gegenteil verkehrt worden.

Wollte Horlacher das Agrarprogramm nicht gefährden, musste er einer Erhöhung der Biersteuer zustimmen. Denn die Reichsregierung machte den Parteiführern am Abend des 11. April bekannt, dass sie die Verabschiedung des Agrarprogramms durch eine Umstellung der Tagesordnung an die vorherige Verabschiedung der Deckungsvorlage knüpfen werde<sup>22</sup>. Am 14. April wurde das Agrarprogramm gemeinsam mit der Deckungsvorlage mit den Stimmen von DDP, DVP, Zentrum, BVP, Wirtschaftspartei, der Deutschen Bauernpartei, den in der Christlich-Nationalen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen deutschnationalen Splittergruppen sowie der „Gruppe Bachmann“ in der DNVP angenommen<sup>23</sup>. Zum zweiten Mal innerhalb von vierzehn Tagen hatte die Grüne Front zur Stabilisierung der Reichsregierung beigetragen, was Horlacher auf der Generalversammlung des schwäbischen

<sup>17</sup> Stattdessen sollten Warenhaussteuer und Umsatzsteuer erhöht werden. Zu den verschiedenen steuerpolitischen Verhandlungen am 9. April 1930 vgl. Ministerbesprechung am 9. April 1930, in: AdR. Kabinette Brüning I und II, 40–42, hier: 41f.

<sup>18</sup> Fraktionsführerbesprechung am 9. April 1930, in: AdR. Kabinette Brüning I und II, 43–45.

<sup>19</sup> PÜNDER, Politik, 49.

<sup>20</sup> PÜNDER, Politik, 49f.

<sup>21</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 427, Sitzung am 11. April 1930, 4886.

<sup>22</sup> Fraktionsführerbesprechung am 11. April 1930, in: AdR. Kabinette Brüning I und II, 50f.

<sup>23</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 427, Sitzung am 14. April 1930, 5000–5011. Zur Aufspaltung der DNVP anlässlich dieser Abstimmung vgl. MÜLLER, Bauer, 170–173; KIISKINEN, Deutschnationale Volkspartei, 342f.



BV am 6. Mai 1930 befriedigt feststellte. Im Ergebnis der Abstimmung vom 14. April sah er einen „Sieg der vernünftigen, verantwortungsbewussten Kreise Deutschlands über diejenigen, die Verantwortungslosigkeit vorziehen“. Dabei begrüßte er es, „daß von Hugenberg die verantwortungsbewussten Elemente der Deutschnationalen abgerückt sind“. Gerade darin sah er „einen Erfolg der ‚Grünen Front‘, denn wir können keine Politik treiben, die nur in der Opposition und nur im Vernichtungswillen dem Staate gegenübersteht“<sup>24</sup>.

Brünig ging es bei der Erweiterung der Zollermächtigungen – einem der Hauptpunkte des am 14. April angenommenen Agrarprogramms – nicht nur und nicht primär um die Hilfe für die Landwirtschaft. Vielmehr betrachtete er diese als wichtigen Schritt auf seinem Weg zu einer autoritären Verfassungsrevision<sup>25</sup>. Brünings Ziel bestand darin, wirtschaftspolitische Entscheidungen von den parteipolitischen Auseinandersetzungen im Reichstag loszulösen und sie einer bürokratischen Problemlösung im Rahmen einer reinen Expertenregierung zuzuführen. Seine Regierung trug deshalb „autoritär-bürokratischen Charakter“<sup>26</sup>. Obwohl es Brünig bei den Zollermächtigungen also nicht primär um die Landwirtschaft zu tun war, musste seine Agrarpolitik Horlachers Zustimmung umso mehr finden, als sie mit dessen an bürokratischer Effizienz und rationalistischer Sachgesetzlichkeit orientierten politisch-praktischen Zielvorstellungen deckungsgleich war. Tatsächlich stellte sich Horlacher nicht nur wegen des Inhalts von Brünings und Schieles Agrarpolitik voll und ganz hinter diese, sondern auch wegen der verfassungspolitischen Implikationen. Wer die Ablösung Brünings betreibe, „sei ein Feind der deutschen Landwirtschaft, ob er nun Hugenberg oder sonst wie heiße“ – warnte Horlacher deshalb auf der Generalversammlung des oberbayerischen BV<sup>27</sup>. Im Organ des Wirtschaftsbeirates der BVP erklärte er, Schiele habe „Lücken aufgefüllt, die unter der Regierung Müller noch geblieben waren und das ganze Agrarprogramm unter einheitliche Gesichtspunkte gestellt“. Geradezu euphorisch begrüßte er die erweiterten zollpolitischen Ermächtigungen, durch die er die Reichsregierung nun in die Lage versetzt sah, die Zolltarife „nach dem Gesichtspunkte der größten Elastizität und einer raschen und wirksamen Anpassung an die jeweilige Produktions- und Absatzlage“ zu gestalten. Deshalb betonte er, „die Landwirtschaft braucht vielmehr gerade jetzt eine stabile, landwirtschaftsfreundliche Regierung, um den Ermächtigungsgesetzen erst den notwendigen Inhalt durch zweckentsprechende Handhabung der an die Reichsregierung erteilten

<sup>24</sup> Bayerisches Bauernblatt vom 20. Mai 1930.

<sup>25</sup> Vgl. GESSNER, Agrarverbände, 200. Zur Diskussion über Brünings autoritären Regierungsstil – zu betrachten als unausweichliche Folge einer Strukturkrise des deutschen Parteiensystems, welche stabile Mehrheitsverhältnisse durch die komplizierten Interessenbindungen der Parteien unmöglich machte (Werner Conze), oder als gezieltes Bemühen um Überwindung der parlamentarischen Verfassungsordnung (Karl Dietrich Bracher) – vgl. KOLB, Weimarer Republik, 229–236.

<sup>26</sup> Zu Brünings Regierungsstil vgl. BRACHER, Auflösung, 299–308; ARETIN, Rolle, 107–117; BUSSCHE, Konservatismus, 352–362.

<sup>27</sup> Deutsche Tageszeitung vom 2. Mai 1930.

Ermächtigungen zu geben“<sup>28</sup>. Tatsächlich erhöhte sich die Abhängigkeit der Landwirtschaft und ihrer Interessenvertreter vom Bestand der Reichsregierung mit der Ausdehnung der zollpolitischen Ermächtigungen. Deshalb gab Horlacher auf der Generalversammlung des schwäbischen BV am 6. Mai 1930 zu bedenken, dass „Folgen für die Landwirtschaft von dem Bestande der jeweiligen Regierung, zunächst von dem Bestande der jetzigen Regierung abhängig sind“. Und deshalb erteilte er jeder weltanschaulich motivierten Opposition eine Absage, als er vor der andauernden antirepublikanisch motivierten Agitation der NSDAP und der DNVP gegen den Young-Plan warnte: „Die Entlastung in den nächsten Jahren muß zugunsten der deutschen Wirtschaft ausgenützt werden. Auf dieses Ziel muß alles vereinigt werden. Daraus muß der Schluß gezogen werden, daß die Landwirte mit einer radikalen Politik aufräumen.“ Wenn er dem Kampf gegen den Young-Plan deshalb nur „theoretische Bedeutung“ beimessen wollte<sup>29</sup>, ist darin nicht zuletzt ein Seitenhieb auf Schäffers und Helds obstruktives Verhalten bei der Annahme des Young-Plans im Reichstag wenige Wochen zuvor zu sehen<sup>30</sup>.

Trotz der wirtschafts- und verfassungspolitischen Übereinstimmungen zwischen Horlacher und Brüning ist von einem distanzierten persönlichen Verhältnis der beiden auszugehen. Brüning war zwar wenige Jahre vor Horlacher Mitglied in dessen Studentenverbindung Langobardia geworden, beide hatten sie bei Brentano und Mayr gehört<sup>31</sup>. Dass sich Brüning deshalb besonders mit Horlacher verbunden fühlte, ist indes zweifelhaft. Obwohl Horlacher der Steuerexperte der Reichstagsfraktion der BVP war und in dieser Funktion mit Brüning im Steuerausschuss des Reichstags seit 1925 andauernd zusammentreffen musste, war es Horlachers Rivale Schäffer, den Brüning als Finanzfachmann der BVP schätzte<sup>32</sup>. Brüning hegte eine Abneigung gegenüber der bayerischen Mentalität<sup>33</sup>, die Horlacher demonstrativ zur Schau trug<sup>34</sup>. Es ist deshalb davon auszugehen, dass Brüning auch Horlacher meinte, als er abschätzig behauptete, dass es Leicht vermocht habe, „jüngere und zum Teil extrem bajuwarische Mitglieder seiner Partei allmählich auf eine sichere Linie zu bringen“<sup>35</sup>. Letztlich war sich aber auch Horlacher bewusst, dass es nicht Brüning war, der für die landwirtschaftsfreundliche Orientierung der Reichsregierung bürgte, sondern der politische Druck, den Hindenburg und die Grüne Front auf Brüning auszuüben in der Lage waren. Horlacher dankte deshalb diesen drei Männern auf der Generalversammlung des schwäbischen BV bereits wenige Wochen nach Brünings Regierungsantritt für ihren Einsatz für die Landwirtschaft, wobei er an erster Stelle

<sup>28</sup> HORLACHER, Agrarprogramm (1930), 117f.

<sup>29</sup> Bayerisches Bauernblatt vom 20. Mai 1930.

<sup>30</sup> Vgl. dazu Kapitel VII.9.

<sup>31</sup> Vgl. MORSEY, Brüning, 200–202.

<sup>32</sup> Vgl. MORSEY, Brüning, 207.

<sup>33</sup> SCHWEND, Bayern, 410f.; vgl. auch MORSEY, Brüning, 199–207.

<sup>34</sup> Vgl. Kapitel V.9.

<sup>35</sup> Brüning (1959) zit. nach MORSEY, Brüning, 204.

Hindenburg nannte: „Das deutsche Volk darf sich glücklich schätzen, daß es zum Wendepunkte seines Geschickes einen Reichspräsidenten besitzt, der mit so viel eigenem Willen und zielbewußtem Blick die von ihm bestellte Regierung bestärkt.“ Dankend erinnerte er sodann an Hermes, „dem mit uns die Aufgabe zufiel, in der schwierigsten Zeit einer sozialistischen Regierung für die Landwirtschaft das Größtmögliche herauszuholen“. Schließlich lobte er Schiele dafür, dass er „kein Opfer gescheut hat, um in die Kreise der ihm nahe stehenden Deutschnationalen das Bewusstsein der Verantwortung hineinzutragen und die parlamentarische Mehrheit für die jetzige Regierung zu schaffen“<sup>36</sup>.

Aber als Horlacher am 25. Juni 1930 zur zweiten Lesung des Reichshaushaltes sprach, war er gegenüber den Möglichkeiten Schieles schon deutlich skeptischer geworden. Angesichts der Misere auf dem Getreidemarkt drückte er die Hoffnung aus, „daß der Herr Reichsernährungsminister in seinem Optimismus, diese Fragen bis zum Herbst regeln zu können, nicht enttäuscht werden möge“. Horlacher erwartete von der Reichsregierung die Schaffung eines mäßigen Zinsfusses für die Landwirtschaft, eine Ausdehnung der handelspolitischen und binnenwirtschaftlichen Maßnahmen insbesondere auf Hafer, Gerste und Milchprodukte, die Verabschiedung des Osthilfegesetzes, die Kündigung des deutsch-finnischen Handelsvertrages sowie die Ersetzung der Meistbegünstigung in den Handelsverträgen durch zweiseitige Vereinbarungen. Deshalb versprach er Schiele zwar, „daß die sogenannte ‚Grüne Front‘ in der loyalsten Weise mit Ihnen zusammenarbeitet“. Gleichzeitig drohte er ihm aber unverblümt: „[...] wir leben ja auf freundschaftlichem Fuß, und wir wünschen nicht, daß wir in eine Kampfstellung hineingetrieben werden, was sehr leicht möglich sein könnte bei der Bedeutung dieser Frage.“<sup>37</sup>

## 2. Vom Interventionismus zur Produktionsplanung

Im Frühjahr 1930 war die protektionistische Agrarpolitik der Grünen Front in die „tote Zone der Zollpolitik“<sup>38</sup> eingetreten, denn der Schutz des Getreidebaus blockierte den Schutz der tierischen Produktion. Bisher war es gelungen, die inländischen Getreidepreise durch eine Kombination aus Zöllen und Exportsubventionen einerseits, Verwendungszwang und Magazinierung andererseits auf den zwei- bis dreifachen Weltmarktpreis zu heben und die völlige Selbstversorgung bei Getreide sicherzustellen<sup>39</sup>. Die sinkende Kaufkraft der Bevölkerung während der Weltwirtschaftskrise führte nun dazu, dass ein immer größerer Anteil des Einkommens für die zollpolitisch gestützten und eigentlich im Überfluss vorhandenen Grundnahrungsmittel ausgegeben werden musste, während immer weniger Geld

<sup>36</sup> Bayerisches Bauernblatt vom 20. Mai 1930.

<sup>37</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 428, Sitzung am 25. Juni 1930, 5792–5796.

<sup>38</sup> TOPF, Front, 222.

<sup>39</sup> Vgl. BRÜNKER, Selbstversorgung, 111.

für den Konsum der teureren Produkte der Viehwirtschaft blieb<sup>40</sup>. Dadurch geriet der Markt für tierische Veredelungsprodukte unter Druck. Dabei waren die Veredelungsbetriebe bereits durch die Verteuerung der Futtermittel durch die Getreidezölle und die Exportsubventionen für Getreide geschwächt. Denn diese stellten eine Subvention der ausländischen Veredelungsbetriebe mit billigen deutschen Futtermitteln dar<sup>41</sup>. Die Exportsubventionen für Getreide schienen aber nötig, um den deutschen Getreidemarkt zu entlasten, der durch die exorbitante Ausweitung des Getreideanbaus aufgrund der hohen zollgestützten Getreidepreise<sup>42</sup> unter Druck geraten war.

Horlacher hatte mittlerweile die Problematik seiner bisherigen Appelle zur Produktionssteigerung eingesehen. Deshalb rang er sich zu dem öffentlichen Eingeständnis durch: „Es sei ein großer Fehler gewesen, die Produktion willkürlich zu erhöhen, ohne zu fragen, wie die Ware abgesetzt werden könne.“<sup>43</sup> Wollte Horlacher angesichts dieser „Überproduktionskrise“ – wie er sie selbst nannte<sup>44</sup> – an der ernährungswirtschaftlichen Autarkie festhalten, so musste er zur Planung der Produktion übergehen, um Angebot und Nachfrage in Einklang zu bringen. Den Zusammenhang zwischen der Forderung nach ernährungswirtschaftlicher Autarkie und der Notwendigkeit nach bürokratischer Planung der landwirtschaftlichen Produktion hatte der Volkswirt Kurt Ritter in einem Gutachten für die Friedrich List-Gesellschaft im Jahr 1932 festgestellt: „Autarke Maßnahmen [...] laufen darauf hinaus, den Bedarf künstlich auf die derzeitigen Angebotsmöglichkeiten der inländischen Erzeugung einzustellen, um den Absatz sonst nicht absetzbarer inländischer Produkte zu sichern.“<sup>45</sup> Im Unterschied zu Ritters Definition hatte Horlacher im Oktober 1930 in der *Bayerischen Agrarpolitischen Rundschau* Maßnahmen zur Anpassung der Produktion an den Verbrauch vorgeschlagen, was er als „neue Agrarpolitik“ anpries<sup>46</sup>. Dabei bekannte er sich über den bisherigen staatlichen Interventionismus hinaus zur bürokratischen Planung der Produktion, wie er am 14. April 1931 im Organ der Bayerischen Landesbauernkammer deutlich machte: „Wir leben in einem Zeitalter kolossaler Überproduktion auf allen Gebieten, in einem Zeitalter, wo das Gleichgewicht zwischen Produktion und Absatz, zwischen Angebot und Nachfrage ganz erheblich gestört ist und erst wieder mühsam in Ordnung gebracht werden muß.“<sup>47</sup> „Planmäßige Gestaltung der Produktion“ auf der Basis einer größtmöglichen Selbstversorgung war nun Horlachers Ziel. Dabei war er überzeugt, dass eine „innerwirtschaftlich ausgeglichene deutsche Agrarwirtschaft“ den Einfuhrschein „immer mehr zu einem unbedeutenderen Instrument unserer Handelspolitik“ machen werde, „indem

<sup>40</sup> Vgl. TOPF, Front, 224.

<sup>41</sup> Vgl. GESSNER, Agrardepression, 56f.

<sup>42</sup> Zur Ausweitung des Getreideanbaus aufgrund des Zollschatzes vgl. BRÜNKER, Selbstversorgung, 111.

<sup>43</sup> Allgäuer Bauernblatt vom 24. Dezember 1932.

<sup>44</sup> HORLACHER, Ziele (7. Oktober 1930), 227.

<sup>45</sup> RITTER, Autarkiebestrebungen, 651f.

<sup>46</sup> HORLACHER, Ziele (7. Oktober 1930), 227–229.

<sup>47</sup> HORLACHER, Besteuerung (14. April 1931), 7.

die deutsche Agrarwirtschaft durch möglichste Selbstgenügsamkeit eine agrarische Eigenausfuhr ins Ausland erspart und auf das unbedingt notwendige Maß der Entlastung des heimischen Marktes sich einstellt“<sup>48</sup>.

Horlacher war nun bereit, den bisher so vehement abgelehnten produktionstechnischen Strukturwandel – seiner Diktion nach das „verfluchte Schlagwort“ von der Umstellung der landwirtschaftlichen Produktion<sup>49</sup> – zu akzeptieren und die „Anpassung der Produktion an den Konsum, an die veränderte Geschmacksrichtung“ voranzutreiben, wie er in einem Rundfunkvortrag in der Deutschen Welle Berlin am 28. August 1930 erklärte. Darunter verstand er eine behutsame und bürokratisch-autoritär überwachte „Produktionsregelung“, in der er die zukünftige Hauptaufgabe jeder Agrarpolitik erblickte: „Als Lehre der letzten Jahre hat sich für die gesamte deutsche Landwirtschaft und für alle Landwirte wohl zweifellos das ergeben, daß rasche konjunkturemäßige Umstellungen auf die Dauer nicht zum Ziele einer geordneten inneren deutschen Landwirtschaft führen. Deswegen muß vom Standpunkt des Praktikers in der Agrarpolitik die Forderung aufgestellt werden, daß die gesamte landwirtschaftliche Erzeugung in Deutschland nach einem Organisationsplan zu gestalten ist.“ Dabei forderte er, dass sich der „heutige Landwirt [...] vielseitige Kenntnisse auf dem Gebiete der Verwertung seiner Produkte verschaffen muß, mindestens muß er aber auf den Rat führender Persönlichkeiten und führender einschlägiger Organisationen heute mehr wie je hören, immer aber bei individueller Beurteilung hinsichtlich der in seiner eigenen Wirtschaft maßgebenden Verhältnisse“. Der Übergang zur Propagierung der Produktionsplanung bedeutete jedoch keine Abkehr vom handelspolitischen Protektionismus. In einem umfassenden und alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse einbeziehenden Zollschatz sah er die Voraussetzung für das Gelingen der Produktionsplanung. Dadurch wollte Horlacher vermeiden, dass „landwirtschaftliche Betriebe, die von Haus aus beispielsweise auf die Milchwirtschaft in ausschlaggebender Weise angewiesen sind, nicht durch die Umstellung anderer landwirtschaftlicher Betriebe aus dem gemischten Betriebe zum einseitigen Betrieb in ihrer Existenz gefährdet werden“<sup>50</sup>. Horlacher plädierte also für einen kontrollierten und bürokratisch überwachten produktionstechnischen Umstellungsprozess.

Eine Organisation, die Horlachers Vorstellungen von der bürokratisch-autoritären Regulierung des Marktes entsprach, wurde mit dem Milchgesetz<sup>51</sup> geschaffen, an dessen Entstehung Horlacher als Mitglied des Wirtschaftsausschusses des Reichstags im Juli 1930 maßgeblich beteiligt war<sup>52</sup>. Wichtige Vorarbeiten für das Milchgesetz leistete die Kemptener

<sup>48</sup> HORLACHER, Agrarprogramm (1930), 117–119.

<sup>49</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 423, Sitzung am 4. Dezember 1928, 649.

<sup>50</sup> HORLACHER, Folgerungen (16. September 1930), 211–213.

<sup>51</sup> Zum Milchgesetz vgl. WALZ, Agrarpolitik, 133–135; GESSNER, Agrarverbände, 212f.; HAUSHOFER, Ideengeschichte, 186; TEICHMANN, Politik, 560–567.

<sup>52</sup> Horlacher vertrat die BVP regelmäßig im volkswirtschaftlichen Ausschuss, als dort zwischen dem 1. und 9. Juli 1930 in sechs Sitzungen das Milchgesetz beraten wurde (BA Berlin, R101/1538, Sitzungsprotokolle des volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages).

Abteilung der Zentralstelle der Landesbauernkammer für Marktbeobachtung und Absatzfragen unter der Leitung von Horlachers ehemaligem Stellvertreter Wittwer<sup>53</sup>. Die Landesbauernkammer war bestrebt, den Preisverfall auf dem Milchmarkt durch die Zusammenfassung des Angebotes und die gemeinsame Durchführung von Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung aufzuhalten, um den Absatz der Milch dadurch zu beeinflussen. Zu diesem Zweck sollten die Milcherzeuger lückenlos zusammengefasst werden. Dieser zwangsweise Zusammenschluss wurde vom volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstags auf Antrag der drei bayerischen Agrarpolitiker Bachmann (Bayerischer Landbund), Horlacher (BV) und Fehr (BBB) als §38 in den Gesetzentwurf aufgenommen, wie Wittwer im Plenum der Landesbauernkammer am 26. September 1931 erläuterte. Milcherzeuger und Milchverarbeiter konnten nun von der bayerischen Staatsregierung zur Regelung der Verwertung, des Preises und des Absatzes von Milch und Milcherzeugnissen zusammengeschlossen werden. Nach Wittwer bestand der Zweck des „berüchtigten“ §38 in der „Möglichkeit, das freie Spiel der Kräfte auf dem Milchmarkt einigermaßen zu unterbinden, dieses verderbliche, freie Spiel, das bisher darin bestand oder sich dahin auswirkte, daß jede Verschlechterung eines Milchproduktenpreises in der Welt [...] den Preis für Trinkmilch in irgendeinem bayerischen Städtchen mit in die Tiefe zog; ein Spiel, das nicht notwendig gespielt werden müßte, denn wir wissen, daß wir bei Frischmilch absolut unabhängig vom Weltmarkt sind, nachdem uns der Schiele-Zoll von 5 Pfennig gegen die Einfuhr abriegelt, so daß wir in der Lage wären, ein Monopol des Frischmilchpreises zum Ausdruck zu bringen, wenn es gelingt, durch geeignete Organisation die Werk- und Frischmilchgebiete dahin zu bringen, daß auf dem städtischen Markt nur noch die Milch zum Verkauf kommt, die als Trinkmilch abgesetzt werden kann“. Dabei war er sich im Klaren, dass er zu diesem Zweck Zwang anwenden musste, da „es ein Ding der Unmöglichkeit ist, auf freiwilliger Basis alle Leute, sagen wir ruhig, zur Raison zu bringen und die Maßnahmen einzuhalten, die im Interesse der Aufrechterhaltung des Preises eben eingehalten werden müssen“. Schließlich fasste das Plenum der Landesbauernkammer den einstimmigen Beschluss, die bayerische Staatsregierung zu ersuchen, den §38 rasch umzusetzen, um „entbehrliche Konkurrenz auszuschneiden“<sup>54</sup>.

Mit dem Milchgesetz vom 31. Juli 1930 war es unter maßgeblicher Beteiligung Horlachers gelungen, nach dem unter Müller eingeführten Maismonopol<sup>55</sup> abermals eine marktordnerische Regelung zu treffen. Horlachers Mitarbeiter Heinz Haushofer sah darin aus der Rückschau den ersten Schritt „zu einer Anbauplanung und -lenkung, die nach 1933

<sup>53</sup> Vgl. RATJEN, Bauernkammern, 79–84.

<sup>54</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 4, Sitzung am 26. September 1931, 87–91.

<sup>55</sup> Jeglicher importierte und innerhalb des Deutschen Reiches erzeugte Mais durfte nur über die staatliche Reichsmaisstelle in den Verkehr gebracht werden. Zum Maismonopol vgl. TEICHMANN, Politik, 271–276.

freilich von anderen Männern durchgeführt wurde“<sup>56</sup>. Wenn Haushofer im Milchgesetz auch ein „sozialistisches Prinzip“ als Folge der „Krise im Zusammenbruch der reinen Marktwirtschaft“ sah<sup>57</sup>, so sollte die Milchmarktordnung aber die Gesetze von Angebot und Nachfrage nicht außer Kraft setzen, sondern diese im Interesse der Landwirtschaft kontrollierbar machen – womit das Milchgesetz letztlich scheiterte<sup>58</sup>. Dabei entsprach es den Intentionen Horlachers, die Marktmacht der Landwirtschaft durch monopolistische Zusammenschlüsse nach dem Vorbild der industriellen Kartelle zu stärken. Denn er bedauerte es gegenüber dem Plenum der Landesbauernkammer am 28. November 1930, „daß die Preisverabredungen anderer Wirtschaftsstände, besonders der Industriekonzerne die Landwirtschaft mit voller Wucht treffen, weil sie diesen Dingen nicht mit Nachdruck durch eine eigene Organisation entgentreten kann“<sup>59</sup>.

Während den Gewerkschaften und den industriellen Unternehmern der marktpolitische Zusammenschluss ohne Mitwirkung des Staates gelungen war, beanspruchte Horlacher für die Landwirtschaft zu diesem Zweck staatliche Unterstützung. Dabei hatte sich Einsicht in die Notwendigkeit bürokratischer Marktordnungsmaßnahmen auch im ehrenamtlich besetzten Plenum der Landesbauernkammer durchzusetzen begonnen. Der schwäbische Saatzüchter Philipp Lichti (1881–1958)<sup>60</sup> äußerte dazu in der *Bayerischen Agrarpolitischen Rundschau* der Landesbauernkammer: „Wenn uns die Möglichkeit gegeben wird, die Preise für unsere Erzeugnisse selbst zu bilden und wenn wir die Möglichkeit haben, die Preise für die Produktionsmittel, die wir zu kaufen haben, selbst festzusetzen, dann können wir auf den Staat als Mithelfer bei der Selbsthilfe verzichten.“<sup>61</sup> Auch der fränkische Rinderzüchter Adolf Pfeuffer (1875–1956)<sup>62</sup> beklagte sich: „Wir verfügen leider im Bauernstand nicht über die

<sup>56</sup> Bibliothek der Familie Haushofer, *Georgica bavarica* Bd. 3, Nr. 393.

<sup>57</sup> HAUSHOFER, *Ideengeschichte*, 186.

<sup>58</sup> Wegen der sinkenden Kaufkraft verfehlte das Milchgesetz seine Wirkung auf den Preis. Die Butterpreise erreichten im Februar 1933 den tiefsten Stand seit Kriegsende. Es gelang nicht, mit dem Milchgesetz Angebot und Nachfrage wesentlich zu beeinflussen. Vgl. WALZ, *Agrarpolitik*, 133–135; TEICHMANN, *Politik*, 565.

<sup>59</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 4, Sitzung am 28. November 1930, 23.

<sup>60</sup> Landwirt, mennonitisch, geboren am 5. Juli 1881 als Sohn eines Landwirts, seit 1908 Bewirtschaftung des elterlichen Gutes Herrlehof (230 Hektar), Ausbau zum Saatzuchtbetrieb, zunächst Mitglied des BBB, nach dem Ersten Weltkrieg Mitglied des Bundes der Landwirte in Bayern bzw. des Bayerischen Landbundes, Mitglied des Deutschen Landwirtschaftsrates, 1920 bis 1933 Erster Vorsitzender der Bezirksbauernkammer Donauwörth, Zweiter Präsident der Kreisbauernkammer Schwaben, Mitglied der Landesbauernkammer, Ökonomierat, 1933 bis 1945 Mitglied des Fachbeirates für Ackerbau der nationalsozialistischen Landesbauernschaft Bayern, 1945 Gründungsmitglied des BBV, 1945 bis 1957 Präsident des schwäbischen BBV, 1946 Sonderbeauftragter der bayerischen Staatsregierung für Ernährungsfragen in Schwaben, 1946 bis 1958 Stellvertretender Vorsitzender des Bayerischen Raiffeisenverbandes und Aufsichtsratsvorsitzender der Bayerischen Raiffeisen-Zentralkasse und der BayWa, 1953–1958 MdS, gestorben am 5. November 1958. Zu Lichti vgl. BBV-Generalsekretariat, *Akt Verstorbene Bezirkspräsidenten*; SCHMÖGER, *Senat*, 212; RATJEN, *Bauernkammern*, 181.

<sup>61</sup> BAR vom 4. Februar 1929.

<sup>62</sup> Landwirt, protestantisch, geboren am 16. April 1875 in Schernau (Unterfranken) als Sohn eines Landwirts, Besuch der landwirtschaftlichen Winterschule, 1912 Bürgermeister von Schernau, Mitglied des Bundes der Landwirte in Bayern bzw. des Bayerischen Landbundes, 1928 bis 1932 MdL für die DNVP, seit 1920 Vorsitzender der Bezirksbauernkammer Kitzingen, Mitglied der Kreisbauernkammer Unterfranken und der Landesbauernkammer, Zweiter Vorsitzender des Würzburger Zuchtverbandes für gelbes Frankenvieh, Erster Vorsitzender des unterfränkischen Kreisschweinezuchtverbandes, Landesökonomierat, nach Ansicht des

Organisation, die auf diktatorischem Wege die Regelung der Verteilung der Anbaufläche so durchführt, wie sie die Gesetze der Vernunft schon lange für selbstverständlich erscheinen lassen.“ Deshalb begrüßte er es in der *Bayerischen Agrarpolitischen Rundschau*, dass die Standardisierung landwirtschaftlicher Produkte als Voraussetzung jeder Marktordnungsmaßnahme „durch Notverordnung diktatorisch durchgesetzt wird“<sup>63</sup>. Mit der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 war die Reichsregierung ermächtigt worden, sämtliche landwirtschaftliche Produkte in Handelsklassen einzuteilen<sup>64</sup>. Dabei warnte der Leiter der Preisberichtsstelle beim Deutschen Landwirtschaftsrat in Berlin vor dem autoritären Potential dieser Notverordnung. Er befürchtete, dass sie sich in den Händen öffentlicher bürokratischer Apparate zum Zwang entwickeln könne<sup>65</sup> – was in der Landesbauernkammer aber durchaus beabsichtigt war, wie obige Zitate zeigen. Denn durch die Standardisierung wurde die landwirtschaftliche Produktion erst planbar aufgrund rationaler Analyse. Gerade diese Notverordnung veranschaulicht deshalb sehr deutlich, wie sehr sich Brünings autoritäre verfassungspolitische Ziele mit Horlachers Bemühungen um bürokratische Effizienz deckten<sup>66</sup>. Im Falle der Standardisierungsmaßnahmen landwirtschaftlicher Produkte wurde das empirische Wissen der Bauern durch ein industrielles Verständnis des landwirtschaftlichen Produktionsprozesses mit autoritären Mitteln zu überwinden versucht. Obwohl die Standardisierung bei den Agrarverbänden, der Agrarwissenschaft und der staatlichen Landwirtschaftsverwaltung als Voraussetzung zur Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit deutscher Produkte gegenüber qualitativ höherwertiger Auslandsware galt<sup>67</sup>, war der Aufklärungsaufwand zur Überwindung der bäuerlichen Resistenz gegen die Standardisierung deshalb erheblich<sup>68</sup>.

Wie sehr die Ermächtigung der Reichsregierung zur Einführung von Handelsklassen in der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 über den harmlos klingenden Zweck der Standardisierung landwirtschaftlicher Produkte hinaus zu einer bürokratisch-autoritären Organisation der Landwirtschaft führen sollte, zeigte sich, als die Zuckerwirtschaft in eine Preiskrise geriet. Die deutschen Zuckerzölle waren als Abwehrmaßnahme gegen die

---

bayerischen Landwirtschaftsministeriums der „einflußreichste Landwirt in ganz Unterfranken“ (BayHStA, ML 2434, Aktenvermerk vom 13. Dezember 1926), 1946 Mitglied der Bayerischen Verfassunggebenden Landesversammlung für die CSU, gestorben am 8. April 1956. Zu Pfeuffer vgl. BLW vom 29. April 1950; KIISKINEN, Deutschnationale Volkspartei, 606; Die CSU 1945–1948, 1913.

<sup>63</sup> PFEUFFER, Bedeutung, 239.

<sup>64</sup> Vgl. SCHINDLER, Standardisierung, 747f.

<sup>65</sup> Vgl. SCHINDLER, Standardisierung, 756f.

<sup>66</sup> Die Einführung binnenwirtschaftlicher Maßnahmen wird von GESSNER, Agrardepression, 163–166 als Ergebnis des „organisierten Interessenausgleichs“ zwischen Landwirtschaft und Industrie im Rahmen des „organisierten Kapitalismus“ interpretiert und als Mittel zum bewussten Umbau des politischen Systems in eine autoritäre Staatsform betrachtet.

<sup>67</sup> Vgl. SCHINDLER, Standardisierung, 748f.

<sup>68</sup> Zum Aufklärungsaufwand vgl. SCHINDLER, Standardisierung, 751f. Zur bäuerlichen Skepsis gegenüber den Standardisierungsmaßnahmen vgl. RATJEN, Bauernkammern, 82, der diese allerdings allein mit den steigenden Produktionskosten begründet und nicht mit dem Eingriff in die traditionelle bäuerliche Wirtschaftsweise, den diese Maßnahmen darstellten.



weltweite Überproduktion zwar zunächst erfolgreich, hatten jedoch gerade wegen ihrer positiven Wirkung auf die Erzeugerpreise eine Ausdehnung des deutschen Zuckerrübenanbaus stimuliert, der eine Preiskrise zu bewirken drohte, die mit handelspolitischen Maßnahmen nicht mehr zu bewältigen war<sup>69</sup>. Horlacher forderte deshalb eine Regelung der Zuckerwirtschaft nach dem Vorbild des Milchgesetzes: „Mit der zuckerverarbeitenden Industrie wird es die Aufgabe unserer Verbände der Rübenerzeuger sein müssen, die Produktion dem Bedarf anzugleichen, damit hier die kolossalen Schwankungen durch die Preiskatastrophen des Auslandes einigermaßen hintangehalten werden.“<sup>70</sup> Da sowohl Milch- als auch Zuckerwirtschaft von einer inländischen Überproduktionskrise betroffen waren, lag die Übertragung der in der Milchwirtschaft eingeführten Marktordnungsmaßnahmen auf den Zuckersektor nahe. Eine Handhabe dazu bot dann die von Horlacher als „Handelsklassengesetz“ bezeichnete Notverordnung vom 1. Dezember 1930. Dabei wollte er die Zuckerwirtschaft reglementieren, um „die Produktion bei den einzelnen Zuckerfabriken auf eine gemeinsame Linie zu bringen und Störungen der gemeinsamen Verabredungen durch Außenseiter zu vermeiden“<sup>71</sup>.

### **3. Die Landesbauernkammer:**

#### **Einflussverlust des Plenums und Kompetenzgewinn des Büros**

Die Geschichte der Bayerischen Landesbauernkammer lässt sich in drei Zeitabschnitte einteilen, die sich mit den Wahlperioden (es wurde 1920, 1925 und 1930 gewählt) decken. Unter der straffen und autoritären Führung von Präsident Heim entfaltete die Landesbauernkammer in der ersten Wahlperiode eine intensive Tätigkeit, als Heim sie zu einem Instrument seines agrar- und parteipolitischen Einflusses auszubauen versuchte. Das Plenum der Landesbauernkammer traf sich mehrmals jährlich. Insgesamt fanden 21 der insgesamt 40 Sitzungen in der ersten Wahlperiode statt. Die zweite Periode ihrer Existenz ist durch die Führungsschwäche von Heims Nachfolger Prieger gekennzeichnet. Die Plenarsitzungen nahmen einen teilweise chaotischen Verlauf. Prieger gelang es nicht, die Obstruktion des BV und die überfallartigen Aktionen des populistischen Bauernbundsflügels um Gandorfer zu verhindern. Die dritte Periode ist durch die Beruhigung der partei- und verbandspolitischen Auseinandersetzungen und ein wachsendes Desinteresse an den Plenarsitzungen gekennzeichnet. Versuche, die Landesbauernkammer als Forum des bäuerlichen Protestes zu nutzen, unterblieben. Die Sitzungen verliefen nun zwar ruhig und ohne Störungen, aber der 1926 eingeführte Sitzungsrhythmus von jährlich zwei Sitzungen – je

<sup>69</sup> Vgl. WILBRANDT, Problematik, 309–313; TEICHMANN, Politik, 368f.

<sup>70</sup> HORLACHER, Ziele (7. Oktober 1930), 229.

<sup>71</sup> HORLACHER, Organisation (25. November 1930), 275f.

eine im Frühjahr und im Herbst – wurde nicht mehr eingehalten<sup>72</sup>, was auf ein wachsendes Desinteresse an den Plenarsitzungen hinweist.

Im Zeichen der verbandspolitischen Zusammenarbeit von BV, BBB und Bayerischem Landbund in der Grünen Front kam es im Vorfeld der Bauernkammerwahlen seit Jahresbeginn 1930 zu einer weitgehenden Entspannung zwischen den rivalisierenden landwirtschaftlichen Organisationen. Nur Gandorfer verhielt sich weiterhin feindselig. Unmittelbar vor den Bauernkammerwahlen wurde Horlacher im Zeichen der neuen verbandspolitischen Harmonie am 17. Januar 1930 von Prieger anlässlich seines zehnjährigen Dienstjubiläums ausgezeichnet, da er sein Amt „stets zur vollsten Zufriedenheit des gesamten Präsidiums und der Landesbauernkammer ausgeübt“ habe. Prieger wünschte Horlacher, „daß Sie noch recht lange sich dieses Amtes erfreuen können“<sup>73</sup>. Obwohl es Horlacher gelungen war, für das Wirtschaftsjahr 1930/1931 eine Erhöhung der Bauernkammerumlagen zu vermeiden<sup>74</sup>, gab es für Gandorfer so kurz vor den nächsten Bauernkammerwahlen im Unterschied zum Präsidium keine Veranlassung, diese Leistung anzuerkennen. Er lehnte deshalb den Haushaltsvoranschlag am 17. Januar 1930 ab und stellte stattdessen den Antrag, Horlachers Gehalt zu kürzen, da dieser „sehr wenig in der Kammer arbeitet und sich größtenteils in Urlaub befindet und hauptsächlich erklärt, sich in Urlaub befunden zu haben, wenn Unregelmäßigkeiten<sup>75</sup> in der Kammer vorgekommen sind“. Während Horlacher daraufhin von Prieger „ganz energisch in Schutz“ genommen wurde, musste sich Gandorfer von Horlachers Parteifreund Kropp den Vorwurf der Volksverhetzung gefallen lassen. Denn es gebe „doch keine Versammlung, meine Herren, in der es etwas radikal zugeht, in der nicht die Gehalts- und Arbeitsverhältnisse des Herrn Dr. Horlacher herumgezogen werden, und zwar in einer Art und Weise, gegen die wir, meine Freunde und ich, sowie, wie ich glaube, der größte Teil der Landesbauernkammer Stellung nehmen müssen“. Kropps Prognose war richtig. Die Bauernbündler in der Landesbauernkammer waren nicht bereit, Gandorfers populistische Angriffe gegen Horlacher mitzutragen. Er war isoliert. Als einziges Mitglied der Landesbauernkammer verweigerte er Horlachers Rechnungsabschluss die Zustimmung<sup>76</sup>. Nachdem ein von Fehr moderierter Vermittlungsversuch zwischen Gandorfer und Horlacher gescheitert war, wurde diesem vom Präsidium der Landesbauernkammer am Vortag der

<sup>72</sup> Im Geschäftsjahr 1925/1926 fanden fünf Plenarsitzungen, sechs Präsidialsitzungen, zwei Verwaltungsausschusssitzungen und 28 Fachausschusssitzungen statt (Mitteilungen der Bay. Landesbauernkammer vom 15. Mai 1926); im Geschäftsjahr 1928/1929 fanden zwei Plenarsitzungen, neun Präsidialsitzungen, sechs Verwaltungsausschusssitzungen und 37 Fachausschusssitzungen statt (BAR vom 7. Oktober 1929); im Geschäftsjahr 1930/1931 fanden nur mehr eine Plenarsitzung, fünf Präsidialsitzungen, eine Verwaltungsausschusssitzung und 25 Fachausschusssitzungen statt (BAR vom 24. November 1931).

<sup>73</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 17. Januar 1930, 238.

<sup>74</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 17. Januar 1930, 240.

<sup>75</sup> In Horlachers Abwesenheit war es im Büro der Landesbauernkammer zu Veruntreuungen durch einen Mitarbeiter gekommen. In dem folgenden Gerichtsverfahren wurde jedoch festgestellt, dass Horlacher keine Fahrlässigkeit vorzuwerfen war (Bayerisches Bauernblatt vom 31. Januar 1930).

<sup>76</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 3, Sitzung am 17. Januar 1930, 240–245; ferner Bayerisches Bauernblatt vom 31. Januar 1930.

Bauernkammerwahlen öffentlich das Vertrauen ausgesprochen: Horlacher habe „durch sein unermüdliches, zielbewusstes und erfolgreiches Wirken als geschäftsführender Direktor der Bayerischen Landesbauernkammer sich um die Landwirtschaft sehr verdient gemacht“<sup>77</sup>.

Erstmals war bei den Bauernkammerwahlen am 9. März 1930 das von Schlittenbauer ausgearbeitete gebundene Verhältniswahlsystem angewandt worden, bei dem die Listen von den Wahlberechtigten nicht mehr verändert werden konnten. Überraschungen wurden dadurch verhindert, wobei sich BV, Bayerischer Landbund und gemäßigter Bauernbundsflügel in den meisten Bezirken ohnehin auf gemeinsame Wahlvorschläge geeinigt hatten. In vier Fünftel der Bezirke war deshalb nur eine einzige Liste eingereicht worden, weshalb eine Wahlhandlung überhaupt nicht stattfand<sup>78</sup>. Mochten die etablierten Organisationen BV, BBB und Bayerischer Landbund den ruhigen Verlauf der Wahlhandlung als Zeichen der geglückten Reintegration des bäuerlichen Protestes nach den Massenkundgebungen der Jahre 1928 und 1929 interpretieren, so gelang ihnen tatsächlich nur eine Verdrängung des Protestes. Entsprechend niedrig war die Wahlbeteiligung zu den Bauernkammerwahlen<sup>79</sup>. Von den Protagonisten der Protestbewegung der Bezirksbauernkammern gelangten nur Pfeiffer und Schmutz in das Plenum der Landesbauernkammer. Grundsätzliche Änderungen an der Zusammensetzung des Plenums der Landesbauernkammer gab es nicht. Der BV bekam 20 Sitze, der Bayerische Landbund 17 und der BBB 11<sup>80</sup>.

Obwohl der BV also auch diesmal die absolute Mehrheit verfehlte und sich deshalb an den grundsätzlichen Machtverhältnissen im Plenum der Landesbauernkammer gegenüber 1925 nichts geändert hatte, beschloss der Hauptausschuss des Bayerischen Landbundes geradezu resigniert: „Wenn der Christliche Bauernverein als stärkste Gruppe den 1. Präsidenten für sich in Anspruch nimmt, kann grundsätzlich vom Landbund dagegen nicht Stellung genommen werden.“<sup>81</sup> Das ist nicht nur als Entgegenkommen im Zeichen der agrarpolitischen Zusammenarbeit in der Grünen Front zu werten, sondern auch als Eingeständnis einer neuen organisatorischen Schwäche des Bayerischen Landbundes. Denn dieser war innerlich gespalten zwischen den Anhängern Hugenbergs um Brügel und Weilnböck einerseits sowie einer Gruppe um Prieger, Konrad Frühwald (1890–1970)<sup>82</sup> und

<sup>77</sup> Agrar-Korrespondenz der Bay. Landesbauernkammer vom 8. März 1930.

<sup>78</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 4, Sitzung am 23. April 1930, 1.

<sup>79</sup> Bayerisches Bauernblatt vom 18. März 1930; Völkischer Beobachter vom 23. März 1930.

<sup>80</sup> Zur Zusammensetzung des Plenums der Landesbauernkammer ab 1930 vgl. Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 4, Sitzung am 23. April 1930, 1f.; RATJEN, Bauernkammern, 143.

<sup>81</sup> PrivatA Hoser, Sitzung des Hauptausschusses des Bayerischen Landbundes am 8. März 1930.

<sup>82</sup> Landwirt, protestantisch, geboren am 5. Juni 1890 in Roßbach (Mittelfranken) als Sohn eines Bauern, landwirtschaftliche Ausbildung, Kriegsteilnahme, 1919 Übernahme des elterlichen Hofes (34 Hektar), 1920 bis 1933 Mitglied der Kreisbauernkammer Mittelfranken, 1930 bis 1933 deren Präsident, 1925 bis 1933 Mitglied der Landesbauernkammer, Mitglied der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, 1928 bis 1933 MdL für die DNVP, seit 1945 Präsident des mittelfränkischen BBV und Vizepräsident des BBV auf Landesebene, 1947 bis 1969 MdS, 1949 bis 1957 MdB für die FDP, gestorben am 19. April 1970. Zu Frühwald

Bachmann andererseits, die loyal zu Reichsernährungsminister Schiele standen<sup>83</sup>. Deshalb war Brügel nicht mehr der starke Mann im Bayerischen Landbund. Die innerverbandlichen Differenzen hatten seine Autorität bereits derart geschwächt, dass es ihm nicht mehr möglich war, die Publikation von Artikeln Horlachers im Organ des Bayerischen Landbundes zu verhindern<sup>84</sup> – während seine Abneigung gegen die Parteien des politischen Katholizismus seit der Ernennung Brünings noch gewachsen war<sup>85</sup>. Geschwächt war aber auch der BBB, der sich immer weniger als Protestpartei zu eignen schien. Die bäuerliche Protestbewegung der Jahre 1928 und 1929 hatte sich auch gegen den BBB gerichtet, als die etablierten Organisationen in die Kritik wegen der fallenden Erzeugerpreise geraten waren. Im Unterschied zu BV und Bayerischem Landbund verfügte der BBB allerdings nicht über eine Integrationsideologie auf außerlandwirtschaftlicher Grundlage, was seine Anhänger für die seit 1929 massiv einsetzende Agraragitation der NSDAP empfänglich machte. Seit Jahresbeginn 1930 war es vermehrt zu Übertritten ganzer Ortsgruppen des BBB zur NSDAP gekommen<sup>86</sup>.

Während sich der Bayerische Landbund nicht mehr in der Lage sah, das Amt des Präsidenten der gesetzlichen Berufsvertretung zu behaupten, erschien dieses Amt angesichts der 1928/1929 laut gewordenen Kritik an der Unfähigkeit der Landesbauernkammer zur Behebung der Agrarkrise ohnehin nicht mehr besonders attraktiv. Tatsächlich verzichtete nun der BV auf die Forderung nach Besetzung des Präsidentenamtes der Landesbauernkammer mit einem eigenen Mann. Schlittenbauer erhob zwar für den BV Anspruch auf das Amt, schlug jedoch Prieger „in Anerkennung seiner persönlichen Eigenschaften“ zur Wiederwahl vor und verzichtete darauf, ein prominentes Mitglied des BV als Stellvertreter vorzuschlagen. Die Wahl von Prieger (Bayerischer Landbund) und seiner beiden Stellvertreter Moritz Freiherr von und zu Franckenstein (BV) (1869–1931)<sup>87</sup> und Mittermeier (BBB) erfolgte

---

vgl. BBV-Generalsekretariat, Akt Verstorbene Bezirkspräsidenten; JOHN, Bauernköpfe, 75f.; LILLA, Landtag, 349.

<sup>83</sup> PrivatA Hoser, Sitzung des Hauptausschusses des Bayerischen Landbundes am 15. Februar 1931; PrivatA Hoser, Sitzung des Hauptausschusses des Bayerischen Landbundes am 8. März 1931. Zur Spaltung im Bayerischen Landbund vgl. MÜLLER, Bauern- und Landvolkpartei, 457–466; KIISKINEN, Deutschnationale Volkspartei, 337–353; KITTEL, Weimar, 151–154.

<sup>84</sup> Im Hauptausschuss des Bayerischen Landbundes beklagte sich Brügel am 8. März 1931: „Es ist ein unmöglicher Zustand, daß unser Bundesblatt die Rede des Abg. Horlacher an bevorzugter Stelle bringt und sich zum Sprachrohr der Bayerischen Volkspartei macht. Hiegegen lege er Protest ein“ (PrivatA Hoser). Trotz Brügels Kritik veröffentlichte das Organ des Bayerischen Landbundes in den nächsten Wochen zwei weitere Artikel Horlachers: HORLACHER, Neuregelungen (15. März 1931), 2f. und HORLACHER, Zwergbrauer (12. April 1931), 3f.

<sup>85</sup> Vgl. KITTEL, Weimar, 175.

<sup>86</sup> Vgl. HOLMES, NSDAP, 195–202; HILLE, Radikalismus, 59–77; THURNER, Agrarstruktur, 83–110; STÄBLER, Weltwirtschaftskrise, 254–257; BERGMANN, Bauernbund, 345f.

<sup>87</sup> Gutsbesitzer, katholisch, geboren am 18. März 1869, Jurastudium, anschließend Eintritt in den bayerischen Staatsdienst, zuletzt seit 1908 Bezirksamtmann von Vilshofen, Verwaltung des elterlichen Besitzes in Ullstadt (Unterfranken), 1905 bis 1914 Mitglied der Kammer der Abgeordneten des Bayerischen Landtages für die Bayerische Zentrumspartei, 1914 bis 1918 Mitglied der Kammer der Reichsräte des Bayerischen Landtages als erblicher Reichsrat, 1915 bis 1918 Mitglied des Reichstages, Ritter des königlich-bayerischen Hausritterordens vom hl. Georg und des päpstlichen Piusordens, Gründungsmitglied der BVP und des Verbandes für den größeren

daraufhin einstimmig<sup>88</sup>. Auch die Besetzung der Ausschüsse verlief reibungslos<sup>89</sup>. Dies war das Ergebnis von Vorverhandlungen zwischen Vertretern von BV, BBB und Bayerischem Landbund, wovon Gandorfer ausgeschlossen blieb. Dieser war darüber verbittert, weshalb er versuchte, den Kompromiss zu kippen. Er vermochte aber die Eintracht aller übrigen Mitglieder der Landesbauernkammer nicht zu stören. Ohne Komplikationen wurde Horlacher als zusätzliches stimmberechtigtes Mitglied in das Plenum der Landesbauernkammer wiedergewählt<sup>90</sup>. Angesichts derart ungewohnter Harmonie kommentierte die *Münchner Post* die Konstituierung des Plenums der Landesbauernkammer unter der Überschrift „Was sich liebt, neckt sich“. Zutreffend stellte sie fest, dass sich der BV mit der Wiederwahl Prieigers „mit einem nassen und einem trockenen Auge“ abgefunden hatte<sup>91</sup>.

Angesichts der organisatorischen Schwäche von BBB und Bayerischem Landbund, der Zurückhaltung des BV und der Führungsschwäche Prieigers sollte sich das von Horlacher geleitete Büro noch mehr als bisher zur zentralen Einrichtung der Landesbauernkammer entwickeln. Dabei gestaltete sich das Verhältnis zwischen Büro und Plenarversammlung nach dem Vorbild des Verhältnisses zwischen Brüning und dem Reichstag. Brüning reduzierte den Reichstag zum bloßen Akklamationsorgan, indem er mit Hilfe von Notverordnungen regierte und umfangreiche Regierungsvorlagen vorbereitete, welche den Kompromiss der Parteien vorwegnahmen, weshalb der Reichstag immer seltener zusammentrat. In dem Maße, wie der Einfluss der Organe der parlamentarischen Demokratie abnahm, stieg die Macht der Ministerialbürokratie. Analog dazu stieg der Einfluss des Büros der Landesbauernkammer gegenüber der Plenarversammlung, die in der Regel nur mehr einmal jährlich im Herbst zusammengerufen wurde. Dann wurden ihr Entschlüsse vorgelegt, welche von Horlachers Büro sorgfältig vorbereitet waren und die Sorgen sämtlicher landwirtschaftlicher Produktionszweige behutsam zu berücksichtigen suchten, was das Ausbleiben kontroverser Debatten erklärt. Zwischen Brünings bürokratisch-autoritärem Regierungsstil und der Stärkung von Horlachers Büro bestand ein direkter Zusammenhang. Während der Reichstag wegen des Erstarkens der radikalen Flügelparteien NSDAP und KPD immer mehr an Arbeitsfähigkeit verlor<sup>92</sup> und Brüning im März 1931 die Vertagung des Reichstags bis Oktober durchsetzte, war die Bayerische Landesbauernkammer immer mehr auf die direkte Intervention Horlachers bei der Ministerialbürokratie in Berlin angewiesen. Hatte Brügel in

---

Grundbesitz in Bayern, führender Monarchist, Zweiter Vorsitzender der Genossenschaft katholischer Edelleute in Bayern, Mitglied des BV, Vorsitzender der Bezirksbauernkammer Scheinfeld, gestorben am 24. Januar 1931. Zu Franckenstein vgl. LENK, Franckenstein, 197–203. Zu Franckensteins Nachfolger als Stellvertretender Präsident der Landesbauernkammer wurde der Oberpfälzer Paul Baumann (BV) gewählt (Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 4, Sitzung am 26. September 1931, 62).

<sup>88</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 4, Sitzung am 23. April 1930, 2f.

<sup>89</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 4, Sitzung am 23. April 1930, 6–10.

<sup>90</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 4, Sitzung am 23. April 1930, 3f.

<sup>91</sup> MP vom 24. April 1930.

<sup>92</sup> LÖBE, Erinnerungen, 142–145.

der Aufbauphase der gesetzlichen Berufsvertretung in Bayern versucht, Horlachers parlamentarische Tätigkeit einem imperativen Mandat des Plenums der Landesbauernkammer zu unterwerfen<sup>93</sup>, regte sich nun kein Widerstand mehr, wenn ein Telegramm Horlachers an den Reichskanzler erst nachträglich zur Genehmigung vorgelegt wurde<sup>94</sup>. Das Plenum ließ sich diese Vorgehensweise gefallen. Wenn der BBB im Herbst 1931 an den Bauernkammern als „unsterbliches Verdienst“ Gandorfers festhalten wollte, da sich die Bauern nur dadurch von der „Vorstandschaft der Doktoren und sonstiger städtischer Fachkundiger“ hätten lösen können<sup>95</sup>, so war mittlerweile das Gegenteil eingetreten.

Die Position von Horlachers Büro im Organisationsgefüge der bayerischen Bauernkammern profitierte von den legislativen Maßnahmen der Reichsregierung. Die milchwirtschaftliche Marktbeobachtungsstelle der Landesbauernkammer in Kempten wurde mit der aus Reichsmitteln finanzierten Weichkäsestützungsaktion im Mai und Juni 1930 betraut<sup>96</sup>. Die beiden Marktbeobachtungsstellen von Horlachers Büro wurden für ihre Aufgaben im Rahmen der reichsgesetzlich geregelten Standardisierung und Qualitätsverbesserung nicht unerheblich aus Reichsmitteln finanziert<sup>97</sup>. Während sich im Plenum der Landesbauernkammer Unmut über die Kosten der Qualitätsverbesserung regte<sup>98</sup>, war Horlacher nach wie vor davon überzeugt, dass die Landesbauernkammer „mit diesem durch das Gesetz bestimmten Auftrage auf das nachdrücklichste Einfluß auf die gesamte Produktionsrichtung nehmen soll und muß“<sup>99</sup>. Vor allem aber besaß das Büro der Landesbauernkammer eine Schlüsselstellung bei der Umsetzung von §38 des Milchgesetzes. Bevor es zur Anordnung von Maßnahmen im Rahmen dieses Paragraphen kommen konnte, musste die Landesbauernkammer gehört werden<sup>100</sup>. Mit der Durchführung des monopolistischen Zusammenschlusses der Milcherzeuger gemäß §38 wurde dann die milchwirtschaftliche Marktbeobachtungsstelle der Landesbauernkammer in Kempten beauftragt<sup>101</sup>. Um das zusätzliche Büropersonal zu rechtfertigen, gab Horlacher dem Plenum zu bedenken, dass diese Aufgaben nur „durch die angestrengte Mitarbeit aller Beamten und

<sup>93</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 1, Sitzung am 15. Januar 1921, 67–72.

<sup>94</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 4, Sitzung am 24. September 1932, 134–136.

<sup>95</sup> Viechtacher Zeitung vom 6. Oktober 1931.

<sup>96</sup> BAR vom 7. Juni 1932.

<sup>97</sup> Im Haushaltsjahr wurden 36 Prozent der Ausgaben der Marktbeobachtungsstellen der Landesbauernkammer durch Reichs- und Landesmittel gedeckt (BayHStA, MF 68181, Voranschlag der Bayerischen Landesbauernkammer für das Geschäftsjahr vom 1. April 1930 bis 31. März 1931).

<sup>98</sup> In einer Entschließung des milchwirtschaftlichen Ausschusses des Plenums der Landesbauernkammer hieß es: „Alle Bemühungen um Qualitätsverbesserung, für welche Millionen von Investierungskapital eingesetzt wurden, haben die erwarteten und versprochenen Preisbesserungen nicht gebracht. Ein großer Aufwand ist nutzlos vertan“ (Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 4, Sitzung am 26. September 1931, 71).

<sup>99</sup> BayHStA, MA 100625, Bericht über die Tätigkeit der Landesbauernkammer vom 15. September 1931 bis 1. September 1932.

<sup>100</sup> Laut der „Ersten Verordnung zur Ausführung des Milchgesetzes“. Vgl. TEICHMANN, Politik, 563f.

<sup>101</sup> BAR vom 7. Juni 1932.

Angestellten der Kammer“ geleistet werden konnten<sup>102</sup>. Horlacher reagierte damit auf die Kritik, die der BBB an den Kosten für den Ausbau des Büros übte. Am 3. März 1932 wurde er deshalb von seinem Parteifreund Eichner verteidigt: „Mich aber freut hier in diesem Zusammenhang feststellen zu können, daß die Bauernkammer in allen ihren Zweigen um solches Gerede sich wenig kümmert und unbeirrt im Sinne der Ziffer 5 den ihr gestellten Aufgaben gerecht zu werden bestrebt ist.“<sup>103</sup> Das Einfallstor für den Ausbau des Büros der Landesbauernkammer durch Horlacher bot Artikel 5, Ziffer 5 des Bauernkammergesetzes, wonach „Erhaltung und Förderung bestehender sowie Schaffung und Verwaltung neuer ständischer Einrichtungen zur Verbesserung der Lage des landwirtschaftlichen Berufsstandes“ Aufgabe der Landesbauernkammer war<sup>104</sup>.

Die Verschiebung der Kompetenzen zwischen dem von Horlacher geführten Büro der Landesbauernkammer und dem von Prieger präsierten Plenum zeigt sich deutlich an der Entwicklung der Etatstruktur der Landesbauernkammer. Während der Anteil der Ausgaben für das Büro zwischen 1929/1930 und 1931/1932 stets zwischen 28 und 35 Prozent schwankte, stiegen die Ausgaben für die so genannten „eigenen Einrichtungen“ des Büros der Landesbauernkammer (Landesbuchstelle, Marktbeobachtungsstellen, Preisberichtsstelle, Pressestelle, Frachtenprüfungsstelle) stark an. Machten sie im Geschäftsjahr 1929/1930 noch 31,5 Prozent (149.690 Mark) der Ausgaben aus, stiegen sie nach der Errichtung der Marktbeobachtungsstellen im nächsten Haushaltsjahr auf 43,2 Prozent (237.153 Mark). Auf dieser Höhe blieb der Anteil dann stabil. Durch die steigenden Einnahmen der „eigenen Einrichtungen“ gelang es Horlacher, sein Büro von dem zögerlichen Umlageneinlauf immer unabhängiger zu machen. Der Anteil der Umlagen an den Einnahmen sank deshalb zwischen 1929/1930 und 1932/1933 von 68 auf 58,3 Prozent, während die Umlagen in absoluten Zahlen zwischen 1929/1930 und 1931/1932 mit 324.500 und 328.830 Mark stabil blieben. Es war den „eigenen Einrichtungen“ des Büros der Landesbauernkammer gelungen, ihre Ausgaben nicht zuletzt aufgrund von Reichs- und Landeszuschüssen zunächst zu decken und sich dadurch vom Plenum der Landesbauernkammer unabhängig zu machen. Landesbuchstelle und Marktbeobachtungsstellen warfen in den Haushaltsjahren 1929/1930 und 1930/1931 so viel Gewinn ab, dass sie die Defizite der übrigen „eigenen Einrichtungen“ auszugleichen vermochten. Auch im Haushaltsjahr 1931/1932 trugen sich die Marktbeobachtungsstellen weiterhin selbst, während die Landesbuchstelle durch den Ausbau mit Nebenbuchstellen erstmals ein Defizit von 22.936 Mark aufwies, das von den übrigen „eigenen Einrichtungen“ nicht mehr gedeckt werden konnte. Erst im Haushaltsjahr 1932/1933 mussten auch die Marktbeobachtungsstellen wegen der schwindenden staatlichen Zuschüsse

<sup>102</sup> BayHStA, MA 100625, Bericht über die Tätigkeit der Landesbauernkammer vom 15. September 1931 bis 1. September 1932.

<sup>103</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 4, Sitzung am 3. März 1932, 108.

<sup>104</sup> Das bayerische Gesetz über die Bauernkammern vom 20. März 1920, 18.

mit sinkenden Einnahmen rechnen. Nun musste auch der Büroetat der Landesbauernkammer Einbußen hinnehmen. Er sank im Haushaltsjahr 1932/1933 um 12 Prozent von 156.887 auf 151.096 Mark, da ein Rückgang der Umlagen wegen der wirtschaftlichen Situation der Landwirtschaft um 13 Prozent befürchtet wurde<sup>105</sup>.

Wie stark die Stellung Horlachers gegenüber dem Plenum der Landesbauernkammer mittlerweile geworden war, zeigte sich daran, dass er seine seit 1925 geübte Zurückhaltung im öffentlichen Engagement für den BV wieder ablegte. Er ließ sich vom BV immer mehr in Anspruch nehmen, wodurch er der Landesbauernkammer in der öffentlichen Wahrnehmung entfremdet werden musste. Er wurde vom BV zum wichtigsten Agrarpolitiker im Reichstag stilisiert. Das *Bayerische Bauernblatt* sah in dem Beifall, den Horlachers Referat auf der Generalversammlung des schwäbischen BV am 6. Mai 1930 hervorrief, eine „Vertrauenskundgebung für den mit reichster Sachkenntnis versehenen, aus den Agrarverhandlungen als Hauptreferent bekannten Bauernvereinsführer, dessen hervorragendes Referat seiner großen Bedeutung halber noch gesondert veröffentlicht wird“<sup>106</sup>. „Meisterlich, wie an Dr. Horlacher nicht anders gewohnt, von ungetrübter Sachkenntnis bis ins kleinste zeugend“, erstattete er nach Ansicht des *Bayerischen Bauernblattes* auch das Hauptreferat auf der Generalversammlung des oberbayerischen BV am 30. April 1930. Deshalb wurde gefordert, „daß jeder Landwirt ihm und denen, die mit ihm waren, seine Dankesschuld dadurch abträgt, daß er auch in guten Tagen den christlichen Bauernvereinsgedanken hochhält und für ihn wirbt“<sup>107</sup>. Am 7. November 1931 trat Horlacher als Hauptredner neben Heim auf einer Massenkundgebung von BVP und oberpfälzischem BV auf, den der *Regensburger Anzeiger* euphorisch kommentierte: „Es war ein packender Anblick, die oberpfälzischen Bauern so voll Erwarten und Zutrauen dicht Mann an Mann um ihre altbewährten Führer, Geheimrat Dr. Heim und den verdienten Vertreter bäuerlicher Interessen im Reichstag, Landesbauernkammerdirektor Dr. Horlacher geschart zu sehen. Diese beiden Namen haben in der schwersten Notzeit bei den Bauern an Zugkraft nicht verloren, sie bedeuten ihnen Ausdruck echter Wahrheitsliebe und christlicher Hilfsbereitschaft.“<sup>108</sup>

<sup>105</sup> BayHStA, MF 68181, Voranschlag der Bayerischen Landesbauernkammer für das Geschäftsjahr vom 1. April 1929 bis 31. März 1930; BayHStA, MF 68181, Voranschlag der Bayerischen Landesbauernkammer für das Geschäftsjahr vom 1. April 1930 bis 31. März 1931; BayHStA, MF 68181, Voranschlag der Landesbauernkammer für das Geschäftsjahr vom 1. April 1931 bis 31. März 1932; BayHStA, MF 68181, Voranschlag der Bayerischen Landesbauernkammer für das Geschäftsjahr vom 1. April 1932 bis 31. März 1933.

<sup>106</sup> Bayerisches Bauernblatt vom 13. Mai 1930.

<sup>107</sup> Bayerisches Bauernblatt vom 6. Mai 1930.

<sup>108</sup> Regensburger Anzeiger vom 9. November 1931.



#### 4. Zunehmende Distanz zu den Parteigremien der BVP

Nachdem sich herausgestellt hatte, dass der Reichshaushalt mit der am 14. April 1930 angenommenen Deckungsvorlage wegen der Wirtschaftskrise nicht abzugleichen war, sah sich die Reichsregierung gezwungen, eine neue Deckungsvorlage auszuarbeiten, die eine Erhöhung der Einkommensteuer vorsah. Diese sollte als Initiativantrag der Brüning unterstützenden Parteien eingebracht werden. Denn die Einbringung als Gesetzesvorlage der Reichsregierung hätte der Zustimmung des Reichsrats bedurft. Die Ausschaltung des Reichsrates rief aber den Widerstand der BVP hervor, die sich nun weigerte, den Initiativantrag zu unterzeichnen<sup>109</sup>. Der erzürnte Brüning erklärte deshalb in der Ministerbesprechung am 14. Juli 1930 drohend, die Angelegenheit „am kommenden Vormittag mit den Bayern in Ordnung zu bringen“<sup>110</sup>. Brüning hatte Erfolg. Der auf den 15. Juli datierte Initiativantrag war für die BVP von deren Steuerfachmann Horlacher unterzeichnet.<sup>111</sup> In der Abstimmung am 16. Juli 1930 unterstützte Horlacher gemeinsam mit sämtlichen Abgeordneten der BVP die Deckungsvorlage. Sie scheiterte jedoch am Widerstand von SPD, KPD, NSDAP und einer Mehrheit der DNVP<sup>112</sup>. Nachdem die Deckungsvorlage daraufhin am 17. Juli in Form einer Notverordnung erlassen wurde, scheiterte sie am 18. Juli abermals an dieser ungleichen Koalition<sup>113</sup>. Diese Abstimmung spaltete die Fraktion der DNVP ein weiteres Mal. Aber diesmal zogen 22 regierungstreue Abgeordnete die Konsequenzen und verließen die DNVP. Unter ihnen befanden sich zahlreiche prominente Agrarpolitiker und die von Bachmann (Bayerischer Landbund) angeführten fränkischen Deutschnationalen. Bachmann schloss sich der CNBLP an<sup>114</sup>. Dass Hugenberg dadurch zum unumstrittenen Führer in der DNVP aufstieg, schwächte die gouvernementalen Kräfte im Reichslandbund und damit die Grüne Front erheblich.

Nach dieser Abstimmungsniederlage verkündete Brüning sofort die Auflösung des Reichstags<sup>115</sup>, um die Deckungsvorlage daraufhin erneut als Notverordnung zu erlassen – was Brünings verfassungspolitischen Weg der „Durchbrechung des Verfassungssystems durch die Diktaturgewalt des Reichspräsidenten“<sup>116</sup> erstmals in aller drastischen Deutlichkeit sichtbar werden ließ. Damit verfielen jedoch zwei Anträge Horlachers vom 11. Juli und 12. Juli 1930 der Diskontinuität, mit denen er den weiteren Ausbau der agrarpolitischen Unabhängigkeit der Reichsregierung gegenüber dem Reichstag beabsichtigte, indem die Reichsregierung

<sup>109</sup> Vgl. SCHÖNHOFEN, Bayerische Volkspartei, 249f.

<sup>110</sup> Ministerbesprechung am 14. Juli 1930, in: AdR. Kabinette Brüning I und II, 311–318, hier: 311.

<sup>111</sup> Verh. d. Reichstags. Anlagen Bd. 443, Nr. 2363.

<sup>112</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 428, Sitzung am 16. Juli 1930, 6430–6435.

<sup>113</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 428, Sitzung am 18. Juli 1930, 6524–6527.

<sup>114</sup> Vgl. MÜLLER, Bauer, 179–181; MERKENICH, Front, 294–296; KIISKINEN, Deutschnationale Volkspartei, 346–348; KITTEL, Weimar, 153f.

<sup>115</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 428, Sitzung am 18. Juli 1930, 6523.

<sup>116</sup> Gerhard Schulz zit. nach KOLB, Weimarer Republik, 134.

ermächtigt werden sollte, die Verwendung von Inlandsgerste zur Herstellung von Malz und Bier anzuordnen<sup>117</sup> und die Verwendung inländischer tierischer Fette zur Margarineherstellung veranlassen zu können<sup>118</sup>. In dem nun anschließenden Wahlkampf wurde deutlich, wie sehr sich Horlacher durch derartige Übertragungen legislativer Kompetenzen auf die Exekutive in die Abhängigkeit der Reichsregierung begeben hatte. Beschwörend warnte er vor der „Beseitigung der bisherigen agrarfreundlichen Regierung. [...] Denn nichts wäre verhängnisvoller für die Landwirtschaft, als wenn der jetzige aufbauende Kurs der Agrarpolitik ins Gegenteil umschlagen und eine Reihe von Maßnahmen wieder hinfällig gemacht würde.“<sup>119</sup> Das *Bayerische Bauernblatt* appellierte deshalb an seine Leser: „Wählt unsere bewährten Führer Dr. Schlittenbauer, Dr. Horlacher, Lang, Gerauer!“ Dabei war die Wahlkampfführung des BV einseitig gegen den BBB orientiert, dessen Charakter als Agrarpartei heftig kritisiert wurde: „Bauern! Wißt Ihr, wer Euch den erhöhten Schutzzoll gebracht hat? Außer 57 Vertretern der Landwirtschaft haben dafür gestimmt: 56 christliche Arbeiter und Arbeiterinnen, 87 Beamte, 50 Vertreter von Industrie, Handel und Gewerbe.“<sup>120</sup> Während sich die Wahlkampfführung des BV auf den traditionellen Gegner BBB konzentrierte, ignorierte sie die NSDAP. Diese hatte ihre agrarpolitische Agitation seit 1929 intensiviert. Dem von Richard Walther Darré (1895–1953)<sup>121</sup> aufgebauten Agrarpolitischen Apparat der NSDAP ging es nicht um die Durchsetzung konkreter agrarpolitischer Forderungen, sondern darum, in der landwirtschaftlichen Bevölkerung die Angst vor dem wirtschaftlichen Ruin anzuheizen und die Unzufriedenheit mit der Agrarpolitik der Reichsregierung anzustacheln. An die Stelle konkreter agrarpolitischer Forderungen trat deshalb eine antikapitalistische und antisozialistische Phraseologie, welcher es gelang, bäuerliche Ressentiments gegen die industrielle Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft in einen Wahlerfolg bei den ländlichen Wählern umzumünzen<sup>122</sup>. Erstmals gelang es der NSDAP bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 auch in Horlachers

<sup>117</sup> Verh. d. Reichstags. Anlagen Bd. 443, Nr. 2321.

<sup>118</sup> Verh. d. Reichstags. Anlagen Bd. 443, Nr. 2326.

<sup>119</sup> HORLACHER, Verwertung (26. August 1930), 196.

<sup>120</sup> Bayerisches Bauernblatt vom 9. September 1930.

<sup>121</sup> Diplomlandwirt, geboren am 14. Juli 1895 als Sohn eines Kaufmanns in Argentinien, Oberrealschule, Kriegsteilnahme, 1920 Abschluss eines Studiums am Deutschen Kolonialinstitut als Diplomkolonialwirt, anschließend Studium der Landwirtschaft in Halle, seit 1930 Mitglied der NSDAP, Leiter des Agrarpolitischen Apparates der NSDAP, führender rassistischer Ideologie der NSDAP, 1931 Leiter des Rasse- und Siedlungshauptamtes der SS, nach der Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur Leiter des Parteiambtes für Agrarpolitik, am 28. Mai 1933 Ernennung zum Reichsbauernführer, am 29. Juni 1933 Ernennung zum Reichsernährungsminister, ab November 1933 MdR für die NSDAP, nach Konflikten mit Himmler am 16. Mai 1942 als Reichsernährungsminister entlassen, 1949 zu fünf Jahren Haft verurteilt, aber vorzeitig entlassen, gestorben am 5. September 1953. Zu Darré vgl. GIES, Darré.

<sup>122</sup> Zur propagandistischen Strategie Darrés vgl. GIES, Darré, 21–50; ZOFKA, Ausbreitung, 93–132; PYTA, Dorfgemeinschaft, 324–432. Trotz der Wahlerfolge in den Septemberwahlen gelang der NSDAP ihr großer Durchbruch bei den landwirtschaftlichen Wählern erst in den Juliwahlen 1932. Zur Beziehung zwischen landwirtschaftlichem Bevölkerungsanteil und Wahlerfolgen der NSDAP vgl. FALTER, Aufstieg, 319–359.

Reichstagswahlkreis Niederbayern-Oberpfalz einzubrechen<sup>123</sup>. Insgesamt brachten die Reichstagswahlen eine empfindliche Niederlage für Brüning und die ihn stützenden Parteien sowie einen Sieg der radikalen Flügelparteien NSDAP und KPD. Von der BVP wurden diese Reichstagswahlen deshalb zu „Katastrophenwahlen“ erklärt<sup>124</sup>. Deshalb wertete Horlacher die Abstimmungsniederlage Brünings am 18. Juli 1930 aus der Rückschau als Auftakt zur Machtübernahme durch die Nationalsozialisten, wie er in der *Süddeutschen Zeitung* am 9. August 1946 erklärte. Dabei machte er Hugenberg allein für die Abstimmungsniederlage verantwortlich und damit auch für den Aufstieg der NSDAP. Als Folge des Wahlsieges der NSDAP habe das Ausland dann das Vertrauen in die politische und wirtschaftliche Stabilität Deutschlands vollends verloren, habe Auslandsaufträge zurückgezogen und Auslandskredite gekündigt. Deshalb sei die Arbeitslosigkeit gestiegen, was die NSDAP wiederum politisch erfolgreich ausgenutzt habe<sup>125</sup>. Tatsächlich wurden wegen des Ausgangs der Reichstagswahl zahlreiche ausländische Kredite kurzfristig zurückgezogen, was die Wirtschaftskrise im Deutschen Reich verschärfte<sup>126</sup>.

In seiner Regierungserklärung gab Brüning am 16. Oktober 1930 bekannt, dass er die Wirtschaftskrise in Zukunft mit einer deflationären Taktik von Lohn- und Preissenkungen bekämpfen wolle. Damit wollte er nicht nur den Beweis für die Unerfüllbarkeit der Reparationszahlungen erbringen, sondern auch die drohende Zahlungsunfähigkeit des Deutschen Reiches abwenden und die deutsche Industrie angesichts weltweit sinkender Rohstoffpreise konkurrenzfähig erhalten. Gleichzeitig erklärte er jedoch, dass er die bisherige protektionistische und expansive Agrarpolitik weiterverfolgen wolle<sup>127</sup>, obwohl sie mit seiner Deflationspolitik im Widerspruch stand<sup>128</sup>. Horlacher stellte sich deshalb hinter Brüning, als er am 28. November 1930 gegenüber dem Plenum der Landesbauernkammer einen Überblick über die Lage der Landwirtschaft gab: „Wir sind dem Herrn Reichskanzler dankbar dafür, daß er [...] die Bemerkung gemacht hat, daß die Reichsregierung die Preissenkungsaktion und die Maßnahmen auf agrarpolitischem Gebiet als ein einheitliches System betrachtet.“ Einen Widerspruch zwischen Brünings preisstabilisierender Agrarpolitik und dessen deflationistischer Preispolitik konnte er nicht erblicken. Denn er setzte auf die Belebung des Binnenmarktes durch eine kaufkräftige Landwirtschaft, nicht durch eine Stärkung der Kaufkraft der Verbraucher. Deshalb begrüßte er „die Leitgedanken, die der Herr

<sup>123</sup> Die NSDAP konnte ihren Stimmenanteil in Horlachers Wahlkreis im Vergleich zur vergangenen Reichstagswahl des Jahres 1928 von 73.900 (6,3 Prozent) auf 218.300 Stimmen (16,3 Prozent) verdreifachen. Vgl. HAGMANN, Weg, 19.

<sup>124</sup> Regensburger Anzeiger vom 15. September 1930.

<sup>125</sup> HORLACHER, Weg (9. August 1946), 4.

<sup>126</sup> Vgl. HEYDE, Reparationen, 94f.

<sup>127</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 444, Sitzung am 16. Oktober 1930, 17–22. Zum Übergang Brünings zur Deflationspolitik vgl. SCHULZ, Brüning, 81–120.

<sup>128</sup> Zum Widerspruch zwischen Brünings Deflationskurs und seiner expansiven Agrarpolitik vgl. KOOPS, Zielkonflikte, 852–868; WALZ, Agrarpolitik, 34–40; BORCHARDT, Wachstum, 165–182.

Reichskanzler zum Ausdruck gebracht hat, die dahingehen: Sparsamkeit, Vereinfachung der Verwaltung, weiterhin die allgemeine Regelung der Lohn-, Gehalts- und sonstigen Preisverhältnisse, um den Anschluß an den Weltmarkt für Deutschland besser zu gestalten“<sup>129</sup>. Dabei war man sich in der Landesbauernkammer durchaus bewusst, dass die lohnsenkende Deflationspolitik Brüning den inländischen Absatz der Landwirtschaft empfindlich beeinträchtigte<sup>130</sup>. Hinter verschlossenen Türen gab sich Horlacher noch am Tag von Brüning's Regierungserklärung im volkswirtschaftlichen Ausschuss der Landesbauernkammer zurückhaltend gegenüber Brüning, als er forderte, „daß die in Deutschland eingeleitete Preissenkungsaktion unter keinen Umständen die Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise auf ein berechtigtes Maß verhindern darf“<sup>131</sup>.

Während sich Horlacher öffentlich hinter Brüning stellte, war es wegen der steuerpolitischen Teile der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 abermals zu Differenzen zwischen der Reichsregierung und der BVP gekommen. Dabei waren es diesmal vor allem die Vorschläge zur Rationalisierung der Steuerverwaltung, worin die BVP einen Angriff auf die verbliebenen Reste der Steuerhoheit Bayerns erblickte und wegen der darin festgelegten Steuerhöchstgrenzen um die eigenen Steuereinnahmen fürchtete. Denn im Rahmen der so genannten Steuervereinheitlichung sollte die Einkommensteuer teilweise durch die Grundsteuer ersetzt werden, weshalb die Reichsregierung das Recht beanspruchte, einheitliche Bemessungsgrundlagen für das ganze Reich aufzustellen, während den Ländern nur mehr die Festsetzung der Höhe der Steuersätze überlassen werden sollte<sup>132</sup>. Vor allem der neue Parteivorsitzende Schäffer stemmte sich vehement gegen die mit der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 veranlasste Steuervereinheitlichung, und zwar „nicht wegen des gegenwärtigen materiellen Inhalts [...], als aus grundsätzlichen Erwägungen“. Er befürchtete eine Reichsreform über die Hintertür<sup>133</sup>. Horlacher konnte sich auf derartige grundsätzliche verfassungspolitische Erwägungen nicht einlassen, da die Steuervereinheitlichung bei den Landwirten sehr populär war. Im Vorstand der Vereinigung der deutschen Bauernvereine gab er deshalb zu bedenken, „daß wir uns in einer psychologisch schwierigen Lage befinden, weil in der Stimmung der Bauernschaft die Frage eine große Rolle gespielt hat, daß die einheitliche Zusammenfassung aller Lasten und Steuern in einer leicht übersichtlichen Einheitssteuer zu einer wesentlichen Steuersenkung führt. Das ist wenigstens die Vorstellung unserer Bauern draußen von einer landwirtschaftlichen Einheitssteuer.“<sup>134</sup>

<sup>129</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 4, Sitzung am 28. November 1930, 22–25.

<sup>130</sup> BAR vom 5. Januar 1932.

<sup>131</sup> Horlacher zit. nach GESSNER, Agrardepression, 36.

<sup>132</sup> Zur so genannten Steuervereinheitlichung vgl. ALTENDORFER, Schäffer, 534–584; SCHÖNHOFEN, Bayerische Volkspartei, 252–261; MENGES, Reichsreform, 383–390.

<sup>133</sup> Aufzeichnung des Staatssekretärs Meissner über die Besprechung des Reichspräsidenten mit dem BVP-Vorsitzenden Schäffer am 27. April 1931, in: AdR. Kabinette Brüning I und II, 1031f.

<sup>134</sup> Archiv des WLV, D 38, Sitzung des Vorstandes der Vereinigung der deutschen Bauernvereine am 21. November 1930.

Als die Notverordnung am 6. Dezember 1930 im Reichstag nachträglich zur Abstimmung anstand, musste sich Horlacher zwischen der offiziellen Parteimeinung der BVP und den Erwartungen der Landwirtschaft hindurchlavieren. Als Steuerexperte der Reichstagsfraktion der BVP meldete er deshalb zunächst „ganz unüberwindbare Bedenken“ gegen die Steuervereinheitlichung an. Auf der Grundlage von Art. 11 der Weimarer Verfassung wollte er „der Reichsregierung das Recht bestreiten, Regelungen zu treffen, die ein materielles Steuerrecht schaffen, das in das Realsteuerrecht der Länder eingreift“. Unmittelbar daran anschließend vollzog Horlacher jedoch den steuerpolitischen Schwenk. Er kritisierte zwar, dass durch die Grundsteuer fortan die Einkommensteuer für die ersten 6.000 Mark des Einkommens abgegolten werden sollte, was bedeutete, dass die steuerliche Abzugsfähigkeit von Schulden und Betriebsausgaben für diesen Betrag abgeschafft wurde. Aber die Notverordnung bestimmte auch, dass landwirtschaftliche Vermögen bis 20.000 Mark ebenso wie der landwirtschaftliche Umsatz bis 5.000 Mark steuerfrei bleiben sollten. Er wollte die tatsächliche steuerliche Entlastung der Landwirtschaft durch die Notverordnung vom 1. Dezember 1930 nicht gefährden. Deshalb behauptete er nun: „Es wäre verkehrt, das nicht anzuerkennen, denn das bringt praktische Erleichterungen.“ Im Gegensatz zur offiziellen Parteimeinung der BVP begrüßte es Horlacher auch, dass die Bemessungsgrundlage für die neue landwirtschaftliche Einheitssteuer auf die reichsweit einheitliche Grundlage der Ertragswerte gestellt wurde. Statt des grundsätzlichen Widerstandes, den der Auftakt seiner Rede vermuten ließ, machte er deshalb nun praktische Verbesserungsvorschläge für die Regelung der steuerlichen Bemessungsgrundlage, die er eben noch so vehement als Eingriff in die Länderrechte abgelehnt hatte: „Die Dinge liegen so, daß wir durch die landwirtschaftliche Einheitssteuer eine Gesamtberuhigung der Verhältnisse zunächst einmal dadurch schaffen müssen, daß die Einheitswerte, auf die sich die Sache aufbaut, den tatsächlichen Ertragsverhältnissen überall angeglichen werden.“ Unter dieser Voraussetzung war er nun bereit, die Steuervereinheitlichung in der Landwirtschaft „als zusätzliche agrarpolitische Maßnahme anerkennen und begrüßen“ zu können<sup>135</sup>.

Horlacher demonstrierte damit, dass er nicht bereit war, die Interessen der Landwirtschaft grundsätzlichen reichspolitischen Erwägungen der bayerischen Staatsregierung und der BVP zu opfern. Er konnte sich deshalb nicht zurückhalten, zum Schluss seiner steuerpolitischen Stellungnahme im Reichstag unter zahlreichen Zwischenrufen der Nationalsozialisten ein Bekenntnis zur Agrarpolitik Brüning abzugeben. Horlacher warnte, „man darf in der jetzigen Zeit unter keinen Umständen den Weg des schnöden Undanks beschreiten. Auf dem Gebiet der Agrarwirtschaft ist in Deutschland eine Riesenarbeit geleistet worden – das erkennt die ganze Welt an –, um der Sturmflut der

---

<sup>135</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 444, Sitzung am 5. Dezember 1930, 353–356. Zur Haltung Horlachers zur Steuervereinheitlichung vgl. auch HORLACHER, Besteuerung (14. April 1931), 7f.

Auslandskonkurrenz auf dem Weltgetreidemarkt zu begegnen“. Dabei verband er das Bekenntnis zu Brüning's Agrarpolitik mit der Forderung, in Zukunft auch in den Hopfen-, den Braugerste- und den Holzmarkt mit dem Mittel des Verwendungszwangs einzugreifen und den handelspolitischen Schutz mit Hilfe von Einfuhrscheinen auf Hafer, Braugerste und Malz auszudehnen. Vor allem aber plädierte er dafür, Milch- und Milchprodukte in die zollpolitische Ermächtigung der Reichsregierung einzubeziehen<sup>136</sup>. Schließlich rief er Schiele dazu auf, sich dafür einzusetzen, „daß im Reichskabinett die Frage überprüft wird, ob das jetzige handelspolitische System der absoluten und allgemeingültigen Meistbegünstigung bei unserer gesamten Wirtschaftslage auf die Dauer Anwendung finden kann. Denn das System der Meistbegünstigung hat uns im Handelsverkehr mit den überseeischen Staaten ungeheure Verluste gebracht.“<sup>137</sup> Derart optimistisch über die Entwicklungsmöglichkeiten einer protektionistischen Agrarpolitik unter Brüning, konnte er diesem seine Unterstützung nicht entziehen. Die Reichstagsfraktion der BVP stimmte am 6. Dezember mit der Mehrheit des Reichstages – die SPD hatte sich für die Tolerierung Brüning's als des kleineren Übels entschieden – gegen die Aufhebung der Notverordnung<sup>138</sup>. Weder Schäffer noch Held hatten trotz aller Unzufriedenheit mit der Steuernotverordnung eine Niederlage Brüning's in dieser Abstimmung riskieren wollen, weshalb sie darauf verzichteten, die Reichstagsfraktion dazu zu bewegen, der Aufhebung zuzustimmen<sup>139</sup>. Da die Steuervereinheitlichung erst am 1. April 1932 in Kraft treten sollte, wollten sie aber die Zeit bis dahin nutzen, um deren Umsetzung zu verhindern, wie Leicht am 6. Dezember im Plenum des Reichstags bekannt gab<sup>140</sup>.

Nach Ansicht des Leicht-Biographen Christian Maga war es das Verdienst des Fraktionsvorsitzenden der BVP im Reichstag, die BVP anlässlich der Abstimmung über die Steuervereinheitlichung auf Regierungskurs zu halten und Brüning angesichts der unsicheren Mehrheitsverhältnisse das Weiterregieren zu ermöglichen<sup>141</sup>. Immerhin hielt Brüning in seinen Memoiren fest, dass es nur Leicht's Einfluss zu verdanken gewesen sei, dass ihn die Reichstagsfraktion der BVP in der Abstimmung unterstützte und dass er nur wegen Leicht auf eine Kraftprobe mit der BVP verzichtet habe<sup>142</sup> – auf deren Stimmen er am 6. Dezember nicht angewiesen war, da er diesmal über die Unterstützung der SPD verfügte. Ob es der, durch derartige Aussagen geradezu zum Mythos erhobene ausgleichende Charakter Leicht's allein war, der die Reichstagsfraktion auf Regierungskurs hielt, darf angesichts der konkreten

<sup>136</sup> „Die Erfahrungen, die wir beim Getreide mit dem Erhöhen und Senken der Zölle gemacht haben, haben gezeigt, daß das ein sehr gutes Mittel ist, die Tätigkeit der Spekulation lahmzulegen. Was auf dem Gebiete der Getreidewirtschaft sich so bewährt hat, sollte auch auf dem Gebiete der Molkereiwirtschaft Geltung bekommen.“

<sup>137</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 444, Sitzung am 5. Dezember 1930, 358f.

<sup>138</sup> Nur Pflieger verletzte die Fraktionsdisziplin (Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 444, Sitzung am 6. Dezember 1930, 440–446).

<sup>139</sup> Vgl. SCHÖNHOFEN, Bayerische Volkspartei, 255f.

<sup>140</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 444, Sitzung am 6. Dezember 1930, 431.

<sup>141</sup> Vgl. MAGA, Leicht, 246.

<sup>142</sup> BRÜNING, Memoiren, 212–214.

Interessen, die seine agrarischen Fraktionskollegen am Bestand von Brüning's Regierung hatten, bezweifelt werden. So hatten die beiden Agrarpolitiker Horlacher und Schlittenbauer neben Leicht an dem erfolgreichen Gespräch mit der Reichsregierung teilgenommen, das Brüning die Unterstützung der BVP am 6. Dezember 1930 gebracht hatte<sup>143</sup>. Aber wie Leicht angekündigt hatte, intensivierte Schäffer nun sein Vorgehen gegen die Steuervereinheitlichung. In der BVP sei die „Lage undurchsichtig“, „persönliche Divergenzen sind sehr stark“, hieß es in der Vorstandssitzung der Reichstagsfraktion des Zentrums am 12. Dezember 1930<sup>144</sup>. In einer Besprechung einer Delegation der BVP mit Brüning forderte Schäffer am 15. Januar 1931, die Steuervereinheitlichung ganz aufzugeben, und drohte damit, Reichspostminister Georg Schätzel (1874–1934) zurückzuziehen. Als Brüning daraufhin mit seinem Rücktritt drohte, einigten sich Held, Leicht, Wohlmuth und Schätzel gegen den Willen Schäffers darauf, auf politische Mittel gegen die Steuervereinheitlichung zunächst zu verzichten und stattdessen Klage beim Staatsgericht zu erheben<sup>145</sup>. Nachdem der Landesausschuss der BVP dieses Verhandlungsergebnis am 18. Januar 1931 sanktioniert hatte, war Schäffer bemüht, dieses als äußerstes Entgegenkommen für einen letzten Einigungsversuch darzustellen. Dabei wies er den Zentrumsvorsitzenden Ludwig Kaas (1881–1952) darauf hin, „nicht schließen zu wollen, daß in der Sache innerhalb der BVP nur das geringste Schwanken bestünde“<sup>146</sup>. Diese Behauptung war jedoch alles andere als zutreffend. Horlacher kam der von Schäffer geschürte Streit zwischen der BVP und Brüning wegen der Steuervereinheitlichung nicht gelegen. Für ihn gab es drängendere Probleme zu bewältigen, da vor Weihnachten der von ihm geforderte stärkere Schutz der Produkte der landwirtschaftlichen Veredelungswirtschaft am Widerstand der Industrie gescheitert war<sup>147</sup>. Dabei machte er sich über den Beschluss des Landesausschusses der BVP vom 18. Januar 1931 öffentlich lustig, was die Verhandlungsposition der BVP tatsächlich schwächte. Schäffer beklagte sich deshalb bei Leicht: „Gestern hat unser Freund Dr. Horlacher scherzhaft in der zwangslosen Unterhaltung beim Mittagessen Bemerkungen über unsere Stellungnahme im Landesausschuß am 18. Januar 1931 gemacht, und glaubte, sehr witzig zu sein, wenn er von dem ‚Mut‘ sprach, der damals aufgebracht worden sei und jetzt inzwischen verloren gegangen sei. Ich nehme solche Scherze gewiß nicht allzu ernst. Ich würde Dich aber bitten, die Fraktion zu ersuchen, außerhalb der Fraktion weder im Scherz noch im ernstesten Gespräch

<sup>143</sup> Sitzung des Fraktionsvorstandes am 12. Dezember 1930, in: Protokolle der Zentrumspartei, 499–503, hier: 501. Bei der genannten Zusammenkunft handelte es sich wohl um das von Pünder ohne Nennung von beteiligten Personen genannte Gespräch, das am 4. Dezember wegen des Steuervereinheitlichungsgesetzes stattfand (PÜNDER, Politik, 79).

<sup>144</sup> Sitzung des Fraktionsvorstandes am 12. Dezember 1930, in: Protokolle der Zentrumspartei, 499–503, hier: 501f.

<sup>145</sup> Vgl. SCHÖNHOFEN, Bayerische Volkspartei, 257; ALTENDORFER, Schäffer, 572.

<sup>146</sup> Schäffer an Kaas, 19. Januar 1931, in: Politik und Wirtschaft in der Krise, 525–527.

<sup>147</sup> Rundschreiben des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, 29. Januar 1931, in: Politik und Wirtschaft in der Krise, 538–542.

irgendeine Bemerkung fallen zu lassen, dass sich die Stellung der Partei gegenüber dem Stand vom 18. Januar irgendwie geändert habe. Das würde auch den Tatsachen widersprechen.“<sup>148</sup>

Seitdem Horlacher als Verbindungsmann des BV in Berlin wirkte, hatte sich nicht nur die räumliche Distanz zwischen ihm und den Parteigremien der BVP in München vergrößert. Er war immer weniger bereit, die von Schäffer und Held artikulierten partikularistischen bayerischen Interessen zu vertreten. Die von Horlacher selbst vehement befürworteten zollpolitischen Ermächtigungen trugen erheblich zur Beeinträchtigung der Länderrechte bei, da der Reichsrat dadurch ausgeschaltet wurde<sup>149</sup>. Zu einer Eskalation kamen die schwelenden Differenzen zwischen Horlacher und den Parteigremien der BVP in München, nachdem Fritz Schäffer im Frühjahr 1929 den Parteivorsitz übernommen hatte. Dabei bestanden zwischen Horlacher und Schäffer persönliche Aversionen. Die heftigen Zusammenstöße, zu denen es zwischen den beiden in der Aufbauphase der CSU nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges kommen sollte, da Horlacher eine interkonfessionelle christliche Partei befürwortete und die Wiedergründung der BVP durch Schäffer befürchtete<sup>150</sup>, sind ohne eine persönliche Abneigung zwischen Horlacher und Schäffer nicht zu erklären<sup>151</sup>. Die Wurzeln dafür sind in der Weimarer Republik zu suchen. Schäffer behauptete auf der Bezirksversammlung der oberbayerischen CSU am 14. Februar 1948, von Gerauer – einem Fraktionskollegen Horlachers im Reichstag – gehört zu haben, dass Horlacher einen „Wutanfall“ bekommen habe, als er von Schäffers Wahl zum Parteivorsitzenden der BVP erfahren hatte<sup>152</sup>. Tatsächlich hatte Horlacher nach Schäffers Wahl versucht, dessen Ansehen im Organisationsgefüge des politischen Katholizismus zu untergraben. In diffamierender Absicht hatte er die Information verbreitet, dass Schäffer während des „akademischen Kulturkampfes“ zwischen den Mitgliedern katholischer und schlagender Studentenverbindungen<sup>153</sup> Mitglied einer der letzteren gewesen sei. Deshalb war Schäffer in der Vorstandschaft der BVP bereits in Bedrängnis geraten. Da aber auch Heim Mitglied einer solchen Verbindung war, musste sich Horlacher von Heim zurechtweisen lassen und für Schäffer eine Ehrenerklärung abgeben<sup>154</sup>. Aber auch Schäffer schätzte Horlacher nicht. Die

<sup>148</sup> BayHStA, MA 103796, Schäffer an Leicht, 17. März 1931; vgl. dazu ALTENDORFER, Schäffer, 577.

<sup>149</sup> Vgl. GESSNER, Agrardepression, 35.

<sup>150</sup> Zu den Flügelkämpfen in der CSU vgl. MINTZEL, Anatomie, 83–270; SCHLEMMER, Aufbruch, 9–329; FAIT, Anfänge.

<sup>151</sup> Vgl. dazu SCHLEMMER, Aufbruch, 94, der sich gegen die Überbetonung struktureller Faktoren zur Erklärung der Flügelkämpfe in der CSU bei Mintzel stellt und zu Recht die persönlichen Aversionen der Protagonisten als Motivation für diese Auseinandersetzungen hervorhebt.

<sup>152</sup> BA Koblenz, NL Schäffer N1168/22, Bezirksversammlung der oberbayerischen CSU am 14. Februar 1948.

<sup>153</sup> Da sich die katholischen Studentenverbindungen an das päpstliche Duellverbot zu halten hatten, wurden sie von den so genannten Schlagenden Studentenverbindungen nicht als gleichwertig anerkannt. Vgl. HARTMANN, Verbände, 289–311.

<sup>154</sup> Dieser Vorfall fand nach einer Sitzung der Vorstandschaft der Vereinigung der deutschen Bauernvereine statt, wie Heim an Ministerpräsident Held schrieb: „Nach dieser Sitzung war geselliges Beisammensein. Ich war kurz dort und nach dieser Sitzung kam, wie sich dann herausstellte, durch eine Darstellung Horlachers, das Gerücht in Umlauf, unser Parteivorsitzender Schäffer sei bei einer nichtkatholischen Verbindung, genauso wie der Sünder Dr. Heim – deren Mitglieder katholische Studenten verhöhnt hätten und noch alles mögliche andere.



amerikanische Militärregierung wusste bereits im Dezember 1945 zu berichten, dass Horlacher von Schäffer als sein ärgster Feind betrachtet wurde<sup>155</sup>. Beide Kontrahenten waren seit den Tagen ihrer gemeinsamen Tätigkeit für die BVP auf Distanz zueinander geblieben und gefielen sich darin, gegeneinander zu sticheln. Als Schäffer, seit dem 16. September 1931 Verweser des bayerischen Finanzministeriums, zwei Tage nach der Übernahme dieses Amtes in einem Schreiben an Horlacher bekannt gab, dass er einen bereits vorher beantragten Zuschuss für die Bayerische Landesbauernkammer ablehnen müsse, verband er dies mit der Bitte um ein persönliches Gespräch, was angesichts der geringen Höhe des Zuschusses auffallend nachdrücklich und leicht drohend anmutet: „Ich wäre gerne bereit, falls Du dich zu mir bemühen wolltest, die Gründe für die Versagung des Zuschusses Dir im einzelnen mitzuteilen.“<sup>156</sup> Ein persönliches Konkurrenzverhältnis der beiden könnte darin begründet sein, dass beide politische Zöglinge Heims waren und Horlacher von Schäffer als Repräsentant des rechten Flügels der Landtagsfraktion abgelöst worden war<sup>157</sup>. Nach Schäffers Wahl an die Spitze der BVP gelang es diesem jedenfalls, die Schlüsselstellungen in der Parteispitze der BVP mit Vertrauten zu besetzen. Der so genannte „Schäffer-Kreis“ setzt sich zusammen aus Anton Pfeiffer, der das Amt des Generalsekretärs der BVP ausübte, Karl Schwend (1890–1968), der die *Bayerische Volkspartei-Correspondenz* leitete, und Franz August Schmitt (1894–1956), dem Vorsitzenden des Wirtschaftsbeirates der BVP<sup>158</sup>. Dass Horlacher im Wirtschaftsbeirat der BVP kaum tätig war<sup>159</sup>, lag deshalb nicht nur an dessen industriefreundlicher Ausrichtung<sup>160</sup>, sondern hatte nicht zuletzt seinen Grund darin, dass er von einem Vertrauten Schäffers geleitet wurde. Horlacher suchte keinen Zugang zum Kreis um Schäffer, was ihm die Distanzierung von der Tradition der BVP nach 1945 erleichterte. Horlacher erklärte deshalb auf der Tagung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses der CSU Ende März 1946 zu Recht, dass er in der BVP „nicht an verantwortlicher Stelle“ beteiligt gewesen sei<sup>161</sup>.

---

Unterdessen hat allerdings Horlacher, nachdem er den Sachverhalt kennen lernte, alles widerrufen und eine entsprechende Ehrenerklärung Schäffer abgegeben. Aber das Unheil ist geschehen, wie eben immer in solchen Fällen, wenn Derartiges vor 10 Leuten am Biertisch erzählt wird, einmal dem Gehege der Zähne entronnen, nicht mehr gutgemacht werden kann“ (BayHStA, NL Heinrich Held 885, Heim an Held, 6. Dezember 1929).

<sup>155</sup> BayHStA, OMGB 10/86-1/2, Weekly Intelligence Report, 27. Dezember 1945.

<sup>156</sup> BayHStA, MF 68181, Schäffer an Horlacher, 18. September 1931.

<sup>157</sup> Vgl. Kapitel IV.9.

<sup>158</sup> Zum „Schäffer-Kreis“ vgl. ALTENDORFER, Schäffer, 419f.; WIESEMANN, Vorgeschichte, 46f.

<sup>159</sup> Horlachers Name findet sich nicht im Mitgliederverzeichnis des Wirtschaftsbeirates der BVP vom September 1922 (BayHStA, NL Pfeiffer 372). Wie die von Franz August Schmitt herausgegebene Festschrift zu dessen zehnjährigem Jubiläum (SCHMITT, Wirtschaftsbeirat) ausweist, übernahm Horlacher keine Ämter im Wirtschaftsbeirat, auch nicht in der Gruppe Land- und Forstwirtschaft. Sein Engagement scheint über gelegentliche Vorträge und Aufsätze im Mitteilungsblatt des Wirtschaftsbeirates *Der Deutsche Süden* nicht hinausgegangen zu sein.

<sup>160</sup> Zum Wirtschaftsbeirat der BVP vgl. SCHÖNHOFEN, Bayerische Volkspartei, 66–70; WIESEMANN, Vorgeschichte, 48–67.

<sup>161</sup> Tagung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses der CSU am 30./31. März 1946, in: Die CSU 1945–1948, 47–184, hier: 100.

## 5. Die Krise der Grünen Front

Die Grüne Front hatte bereits unter Reichskanzler Müller (SPD) bewiesen, dass sie das Potential besaß, durch ihre parlamentarische Lage quer zu den Reichstagsfraktionen stabilisierend auf die Regierungsverhältnisse zu wirken. Noch im Frühjahr 1930 hatte Horlacher auf der Generalversammlung des oberbayerischen BV prophezeit: „Die grüne Front [!] wird so lange bestehen, als sie es versteht, sich über alle kleinliche Parteipolitik hinwegzusetzen. Ihr Zweck ist es, eine Art parlamentarische Querverbindung durch alle Parteien zu bilden, die an der Landwirtschaft interessiert sind.“ Dabei bestand der Sinn der Grünen Front für ihn darin, „daß die Führer bei wichtigen parlamentarischen Ereignissen bis zum letzten Augenblick und unter Umständen gegen die Haltung der eigenen Leute aushalten. In der grünen Front [!] ist eine Politik notwendig, die sich über alle sonstige Rücksichten hinwegsetzt.“<sup>162</sup> Dabei war es nicht in Horlachers Sinn, dass die von Fehr im Reichstag angeführte Deutsche Bauernschaft die Konsequenz aus diesem agrarischen Wirtschaftsegoismus zog und die Grüne Front nach den Septemberwahlen vorübergehend verließ, da sie in deren bisheriger Politik eine einseitige Bevorzugung des Getreidebaus erblickte<sup>163</sup>.

Dabei drohte die Grüne Front nicht nur an der ökonomischen Heterogenität innerhalb der Landwirtschaft zu zerbrechen, sondern auch an der vom Reichslandbund unter dem Einfluss Hugenberg's verfolgten obstruktiven Republikfeindschaft. Der Reichslandbund distanzierte sich zunehmend von der Grünen Front und Brüning, nachdem Reichsernährungsminister Schiele am 14. Oktober 1930 seinen Rücktritt als geschäftsführender Präsident des Reichslandbundes erklärt hatte. Schiele hatte damit die Konsequenzen aus der monatelangen Agitation gezogen, die die Anhänger Hugenberg's gegen ihn inszeniert hatten, da sie seine betont gouvernementale Taktik für die Wahlniederlage im September 1930 verantwortlich machten. Unter Schieles Nachfolger Eberhard Graf Kalckreuth (1881–1941)<sup>164</sup> schwenkte der Reichslandbund auf Hugenberg's Obstruktionskurs ein. Im Gegensatz zu Schieles Bemühungen um konkrete agrarpolitische Erfolge versuchte der Reichslandbund nun die Landwirte mit Hilfe von unerfüllbaren agrarischen

<sup>162</sup> Deutsche Tageszeitung vom 2. Mai 1930.

<sup>163</sup> Erst am 17. Dezember 1930 legte die Grüne Front dem Reichspräsidenten ihre Wünsche für die Veredelungswirtschaft vor, die nun auch wieder von der Deutschen Bauernschaft mitgetragen wurden. Vgl. BARMEYER, Hermes, 113–115.

<sup>164</sup> Rittergutsbesitzer, protestantisch, geboren am 21. Oktober 1881, Realgymnasium, Offizierslaufbahn, praktische landwirtschaftliche Ausbildung, anschließend Studium der Landwirtschaft, Kriegsteilnehmer, nach Ende des Krieges Übernahme des elterlichen Gutes Nieder-Siegersdorf (Niederschlesien), 1924 bis 1928 und 1930 bis 1933 Präsident des Reichslandbundes, Erster Vorsitzender des Genossenschaftsverbandes des Reichslandbundes, gestorben 1941. Zu Kalckreuth vgl. Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft, 875.

Maximalforderungen gegen Brüning aufzuhetzen<sup>165</sup>. Die Anhänger Hugenbergs im Reichslandbund gaben deshalb der euphemistischen Hoffnung Ausdruck, dass der Reichslandbund nach Schieles Rücktritt „zu freimütiger Kritik gegenüber der Reichsregierung zurückkehrt“<sup>166</sup>. Unter Hugenbergs Einfluss ließ der Reichslandbund die bisherige gouvernementale Taktik fallen, die auf der Unterscheidung zwischen dem Staat einerseits und dem abgelehnten parlamentarischen Regierungssystem andererseits gründete und Schiele die agrarpolitische Interessenvertretung im Rahmen parlamentarischer Regierungen ermöglicht hatte<sup>167</sup>. Dieser Richtungswechsel fand im Bayerischen Landbund die volle Zustimmung Brügels (DNVP). Nur mit Hilfe einer grundsätzlichen Systemopposition glaubte er dem starken Anwachsen der NSDAP in den bisherigen Hochburgen der DNVP in Franken Widerstand entgegensetzen zu können. Dagegen opponierte im Bayerischen Landbund Konrad Frühwald (CNBLP), der den gouvernementalen Kurs Schieles unterstützte. Trotzdem stimmte schließlich auch er im Vorstand des Bayerischen Landbundes einer Entschließung gegen die Agrarpolitik Brüning zu<sup>168</sup>. Denn im Bayerischen Landbund hatte sich Unzufriedenheit mit der anscheinenden Bevorzugung des Getreidebaus durch Brüning breit gemacht<sup>169</sup>. Durch die Annäherung an Hugenbergs DNVP entschied sich der Bayerische Landbund jedoch gerade zum Anschluss an diejenige Richtung im Reichslandbund, die unter dem Einfluss des ostdeutschen Großgrundbesitzes nicht nur Systemopposition betrieb, sondern den Schutz der tierischen Veredelungswirtschaft bisher stets zugunsten des Getreidebaus vernachlässigt hatte<sup>170</sup>.

Gegenüber den ökonomischen und weltanschaulichen Spannungen in der Grünen Front versuchte sich Horlacher auf den Standpunkt reiner Sachgesetzlichkeit zu stellen, als er im Plenum der Landesbauernkammer am 28. November 1930 für die konstruktive Unterstützung Brüning warb: „Hier kann nicht mit Begeisterung und Illusionen gearbeitet werden, hier kann nur gearbeitet werden mit den nüchternen, realen Tatsachen, die sich aus dieser Gesamtlage, mag nun einer stehen wo er will, ergeben.“<sup>171</sup> Auf einer Bauernvereinskundgebung appellierte er im Januar 1931 geradezu leidenschaftlich an die Einheit der Grünen Front: „Die Grüne Front muß erhalten bleiben und darf dieselbe durch keinerlei Sonderunternehmungen geschwächt werden. Wenn die Bauernschaft ihr Ziel

<sup>165</sup> Zu den Umständen von Schieles Rücktritt und den Folgen für den Reichslandbund vgl. BARMEYER, Hermes, 112f.; GESSNER, Agrarverbände, 234–242; MERKENICH, Front, 300–306; MÜLLER, Bauern- und Landvolkpartei, 185–217; MÜLLER, Bauer, 217–222.

<sup>166</sup> Brief des Pommerschen Landbundes an das Präsidium des Reichslandbundes, 4. September 1930, zit. nach BARMEYER, Hermes, 112.

<sup>167</sup> Zur Entwicklung des Reichslandbundes von einer gouvernementalen zu einer systemoppositionellen Organisation vgl. GESSNER, Agrardepression, 168–192.

<sup>168</sup> PrivatA Hoser, Sitzung des Hauptausschusses des Bayerischen Landbundes am 15. Februar 1931.

<sup>169</sup> PrivatA Hoser, Sitzung des Hauptausschusses des Bayerischen Landbundes am 25. Oktober 1931.

<sup>170</sup> Zur starken Position der Getreide produzierenden Landwirtschaft im Reichslandbund vgl. MÜLLER, Bauern- und Landvolkpartei, 229.

<sup>171</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 4, Sitzung am 28. November 1930, 22.

erreichen will, dann muß sie geschlossen hinter ihren Führern stehen.“<sup>172</sup> Da jedoch rasche Erfolge der unter Brüning's Verantwortung eingeführten binnenwirtschaftlichen und handelspolitischen Maßnahmen am Jahreswechsel 1930/1931 noch ausblieben, nutzte Hugenberg die Gelegenheit, um den Reichslandbund von der Notwendigkeit einer Verschärfung des Obstruktionskurses zu überzeugen. Nachdem der Reichslandbund am 1. Februar 1931 den Rücktritt Brüning's gefordert hatte<sup>173</sup>, zogen die Angehörigen des Reichslandbund in der DNVP gemeinsam mit ihren nichtlandwirtschaftlichen Fraktionskollegen und den Abgeordneten der NSDAP am 10. Februar aus dem Reichstag aus<sup>174</sup>. Aus grundsätzlicher Systemopposition weigerten sich die agrarischen Abgeordneten der DNVP, an den agrarpolitischen Beratungen teilzunehmen, wofür sie das Scheitern agrarpolitischer Anträge in Kauf nahmen<sup>175</sup>.

Horlacher war empört. In mehreren Zeitungen gleichzeitig kritisierte er den Auszug von NSDAP und DNVP. Sie hätten sich damit „um die Verantwortung herumgedrückt und haben das Schicksal der deutschen Wirtschaft preisgegeben“, erklärte er im *Bayerischen Bauernblatt*. Die mit der NSDAP sympathisierenden Bauern warnte er, „daß gerade die Kreise der Nationalsozialisten und Deutschnationalen einer durchgreifenden Bauernhilfe ihre Unterstützung absichtlich und in boshafter Weise versagt haben, um andere damit in Verlegenheit zu bringen“. Denn „nationale Politik“ treibe nur der, „der alles daran setzt, um das wirtschaftliche Wohlergehen des gesamten Volkes zu fördern, und der gerade in diesen Zeiten die Verantwortung nicht scheut und da mitarbeitet, die Verhältnisse wieder zu bessern“<sup>176</sup>. Die Grüne Front war seit der Reichstagswahl zerbrochen und hatte aufgehört, ihre bisherige stabilisierende Wirkung in der Regierungspolitik zu entfalten<sup>177</sup>. Resigniert stellte Hermes am 8. Mai 1931 fest, dass es die zentrumsnahen Bauernvereine alleine waren, auf deren Unterstützung sich Reichsernährungsminister Schiele noch verlassen konnte<sup>178</sup> – zumal auch die CNBLP seit den Septemberwahlen in die Bedeutungslosigkeit abgesunken

<sup>172</sup> Bayerisches Bauernblatt vom 27. Januar 1931.

<sup>173</sup> Vgl. KOOPS, Zielkonflikte, 861.

<sup>174</sup> Als Anlass dafür diente die Änderung der Geschäftsordnung des Reichstages, wonach Anträge zur Änderung des Haushaltes nur mehr behandelt werden durften, wenn sie Vorschläge zur Deckung enthielten. Dadurch wollte die Mehrheit des Reichstages Agitationsanträge der NSDAP verhindern und dieser die Basis für die Fortführung ihrer Obstruktionspolitik entziehen. Vgl. HEYDE, Reparationen, 97; MÜLLER, Bauern- und Landvolkpartei, 235f.

<sup>175</sup> Vgl. MÜLLER, Bauer, 252–255.

<sup>176</sup> Bayerisches Bauernblatt vom 7. April 1931.

<sup>177</sup> Daran zeigt sich besonders, wie sehr Brüning's Vorhaben gescheitert war, mit Hilfe von Neuwahlen einen Konsens für die Umwandlung der parlamentarischen zu einer autoritären Regierungsform zu schaffen. Zu diesem Vorhaben vgl. Fraktionssitzung der Zentrumspartei am 18. Juli 1930, in: Protokolle der Zentrumspartei, 474f.

<sup>178</sup> ACDP, NL Hermes I-090-002, Sitzung des Vorstandes der Vereinigung der deutschen Bauernvereine am 8. Mai 1931. Da GESSNER, Agrarverbände, 258–263 von der politischen Dominanz des Reichslandbundes in der Grünen Front ausgeht, kommt er zu dem unrichtigen Schluss, dass sich die gesamte Grüne Front dem Oppositionskurs Hugenbergs angeschlossen habe. Undifferenziert bezeichnet er die Grüne Front deshalb als Teil der „nationalen Opposition“ um Hugenberg und Hitler.

war, da sie der radikal-wirtschaftsegoistischen Agraragitation der NSDAP nicht gewachsen war<sup>179</sup>. Aber auch die Vereinigung der deutschen Bauernvereine unterstützte Schiele nicht geschlossen. Die mit den rheinischen und westfälischen Landbünden organisatorisch verbundenen Bauernvereine des Rheinlandes und Westfalens begannen nun unter dem Einfluss des Reichslandbundes Hermes immer heftiger anzugreifen, weshalb sich dieser immer ausschließlicher auf den Bayerischen Christlichen Bauernverein Heims stützte<sup>180</sup>.

## 6. Der Untersuchungsausschuss zur Roggenstützungsaktion der Reichsregierung

Die Spaltung der Grünen Front zeigte sich sehr deutlich in einem Untersuchungsausschuss, der auf Antrag von SPD und DNVP vermutete Unregelmäßigkeiten bei der Roggenstützungsaktion der Reichsregierung im September 1930 untersuchen sollte<sup>181</sup>. Dabei nahm der deutschnationale Abgeordnete Walter Stubbendorff (1888–1945)<sup>182</sup> auch nach dem Auszug der DNVP aus dem Reichstag an dem Untersuchungsausschuss teil. Während Stubbendorff mit seinem Engagement im Untersuchungsausschuss die Reichsregierung zu diskreditieren suchte, versuchte Horlacher, der als Agrarexperte der BVP auch Mitglied des Untersuchungsausschusses war, das Ansehen der Reichsregierung zu wahren.

Die Lage auf dem Roggenmarkt war seit 1926 durch ein weltweites Überangebot, verursacht durch Produktionsausdehnung und Geschmacksumstellung auf Weizenmehl, gekennzeichnet<sup>183</sup>. Mit dem Rückgang der Kaufkraft wegen der Weltwirtschaftskrise verschärfte sich die Situation auf dem Roggenmarkt. Während ohnehin zu viel Roggen vorhanden war, litt dessen Absatz als Futtermittel nun zusätzlich an dem einbrechenden Markt tierischer Veredelungsprodukte. Die Roggenzölle verloren angesichts der Überfüllung des inländischen Marktes an Wirksamkeit, Einfuhrscheine als Exportsubventionen waren angesichts des ebenfalls überfüllten Weltmarktes nutzlos. In rascher Folge fanden deshalb zwischen August 1929 und September 1930 vier Roggeneinlagerungsaktionen statt, durch die – in Verbindung mit Importbeschränkungen für Futtermittel, Beimischungs- und Vermahlungszwängen sowie der verbilligten Abgabe von eosiniertem und dadurch für den menschlichen Verzehr unbrauchbar gemachtem Roggen als Futtermittel – eine Stabilisierung

<sup>179</sup> Zum Niedergang der CNBLP vgl. MÜLLER, Bauern- und Landvolkpartei, 236–296; MÜLLER, Bauer, 287–291; PYTA, Dorfgemeinschaft, 324–432.

<sup>180</sup> Vgl. GESSNER, Agrarverbände, 251–257.

<sup>181</sup> Zum „19. Ausschuss zur Untersuchung der Roggen- und Flockenstützungsaktion der Reichsregierung“ vgl. TOPF, Front, 211–215; GESSNER, Agrarverbände, 205–208; MÜLLER, Bauer, 231–237.

<sup>182</sup> Landwirt und Rittergutsbesitzer, protestantisch, geboren am 29. April 1888, Realgymnasium, nach dem Abitur praktische landwirtschaftliche Ausbildung, Offizierslaufbahn, Kriegsteilnehmer, Übernahme des elterlichen Rittergutes Zapel (Kreis Westprignitz), seit Frühjahr 1920 Vorsitzender des Landbundes Westprignitz, anschließend im Vorstand des Brandenburgischen Landbundes tätig, 1924 von diesem in den Reichsvorstand des Reichslandbundes entsandt, 1924 bis Juli 1932 MdR für die DNVP, gestorben am 2. Mai 1945. Zu Stubbendorff vgl. SCHWARZ, MdR, 572; SCHUMACHER, M.d.R., 572; MERKENICH, Grüne Front, 78–80.

<sup>183</sup> Vgl. WALZ, Agrarpolitik, 108–110.

des Roggenpreises über dem Weltmarktniveau herbeigeführt werden sollte. Zu diesem Zweck wurde der Reichshaushalt mit 90 Millionen Mark belastet<sup>184</sup>. Durchgeführt wurden die Roggenstützungsaktionen von der eigens zu diesem Zweck gegründeten Deutschen Getreide-Handelsgesellschaft (DGH)<sup>185</sup>, die sich dazu der Getreide-Industrie und Commissions AG (GIC bzw. Scheuer-Konzern) – seit der Übernahme durch die Preußische Zentralgenossenschaftskasse und die Rentenbankkreditanstalt 1928 das Spitzeninstitut des genossenschaftlichen Getreidehandels – als Kommissionär bediente<sup>186</sup>.

Die Roggeneinlagerungsaktion im September 1930 während der Reichstagswahl führte dann schließlich zum Zusammenbruch der Roggenstützungsaktion. Denn die Roggenerzeuger sahen darin ein Wahlgeschenk und befürchteten den Abbruch der Stützungsaktion nach der Reichstagswahl. In den fünf Tagen vor der Wahl wurde deshalb die enorme Menge von 200.000 Tonnen Roggen auf den Markt geworfen<sup>187</sup>. Die Presse sorgte umgehend für die Verbreitung der Vermutung, dass es sich bei der Roggenstützung vom September um ein Wahlgeschenk für die Landwirtschaft gehandelt habe<sup>188</sup>. Darin sah die DNVP eine Chance für einen öffentlichkeitswirksamen Angriff auf die Regierung Brüning. Denn das Interesse der Öffentlichkeit war groß und wurde von Stubbendorff und der deutschnationalen Presse geschürt<sup>189</sup>. Stubbendorff trug in der DNVP die Hauptlast der Agitation gegen Schiele<sup>190</sup> und beabsichtigte mit dem Untersuchungsausschuss, Reichsernährungsminister Schiele und den mit der Durchführung der Roggenstützungsaktion betrauten Reichskommissar, den sozialdemokratischen Agrarexperten Fritz Baade (1893–1974)<sup>191</sup>, zu diskreditieren, indem er ihnen Unfähigkeit und Bereicherung nachzuweisen

<sup>184</sup> Zu den Roggenstützungsaktionen 1929/1930 vgl. WALZ, Agrarpolitik, 111–115; BRÜNKER, Selbstversorgung, 111–114; TEICHMANN, Politik, 259–271.

<sup>185</sup> Zur DGH vgl. WALZ, Agrarpolitik, 110; TEICHMANN, Politik, 260.

<sup>186</sup> Denn die GIC verfügte im Gegensatz zur DGH zwar nicht über öffentliche Mittel, aber über hervorragende Kreditverbindungen und einen erfahrenen kaufmännischen Apparat. Zum Verhältnis zwischen DGH und GIC vgl. BA Berlin, R101/1651, Arbeitsabkommen zwischen der Getreide-Industrie & Commissions AG und der Deutschen Getreide-Handels-Gesellschaft mbH, 28. August 1928; Verh. d. Reichstags. Anlagen Bd. 451, Bericht des 19. Ausschusses zur Untersuchung der Roggen- und Flockenstützungsaktion der Reichsregierung, 24. Juni 1931; zur GIC vgl. NELL-BREUNING, Zentralgenossenschaftskasse, 1573; PUFENDORF, Klepper, 60–62.

<sup>187</sup> Vgl. WALZ, Agrarpolitik, 113–115.

<sup>188</sup> Magazin der Wirtschaft vom 23. Januar 1931; Münchner Illustrierte Presse vom 22. Februar 1931.

<sup>189</sup> Vgl. TOPF, Front, 212f.; ferner MÜLLER, Bauer, 236f.

<sup>190</sup> Vgl. MÜLLER, Bauer, 163.

<sup>191</sup> Volkswirt und sozialdemokratischer Politiker, protestantisch, geboren am 23. Januar 1893, Studium der Theologie, der Medizin und der Volkswirtschaft, Kriegsteilnehmer, seit 1915 Mitglied der SPD, 1919 bis 1925 als praktischer Landwirt tätig, 1922 Promotion zum Dr. rer. pol. mit einer agrarpolitischen Arbeit, 1927 Mitverfasser des Agrarprogramms der SPD (Kieler Programm), 1929 bis 1933 Leiter der Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen, seit 1929 Reichskommissar bei der Deutschen Getreide-Handelsgesellschaft in Berlin, 1930 bis 1933 MdR für die SPD, nach der politischen Ausschaltung durch die Nationalsozialisten wieder als praktischer Landwirt tätig, 1935 Emigration in die Türkei, wo er als Landwirtschaftsberater tätig war, 1948 bis 1961 Direktor des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel, 1949 bis 1965 MdB für die SPD, gemeinsam mit Horlacher Mitglied des Landwirtschaftsausschusses des Bundestages, gestorben am 15. Mai 1974. Zu Baade vgl. Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages, 27.

versuchte<sup>192</sup>. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Breitscheid wollte mit dem Untersuchungsausschuss vor allem die Frage klären, inwieweit die Roggenstützung von der Reichsregierung zu wahlagitatorischen Zwecken missbraucht wurde<sup>193</sup>. Der Ruf Baades sollte dagegen möglichst nicht beschädigt werden. In dem Untersuchungsausschuss ging es deshalb von Anfang an um die öffentlichkeitswirksame Diffamierung des jeweiligen politischen Gegners. Gegenüber diesen politischen Zielen drohte die Klärung der tatsächlich vorgekommenen Unregelmäßigkeiten<sup>194</sup> ins Hintertreffen zu geraten, wie Horlacher am 7. Mai 1931 beklagte: „Was wir sonst hier gehört haben, war das Spiel des Verklagens des Teufels bei seiner Großmutter. [...] Von den Meinungsverschiedenheiten der Interessenten haben wir nun nachgerade genug gehört. Der eine sagt das Gegenteil von dem andern.“<sup>195</sup> Da Horlacher darum bemüht war, die Roggenstützungsaktion der Reichsregierung gegenüber der Kritik Stubbendorffs zu verteidigen, geriet er mit diesem immer wieder heftig aneinander, wobei sie auch vor gegenseitigen Beleidigungen nicht zurückschreckten<sup>196</sup>.

Da mit der Roggenstützungsaktion der Reichsregierung tatsächlich eine Art Außenhandelsmonopol errichtet worden war<sup>197</sup>, verfolgte Stubbendorff die Strategie, die Getreidepolitik der Reichsregierung als staatssozialistisch zu diffamieren und die Wiederaufnahme der Einfuhrscheinpolitik zur Entlastung des Roggenmarktes zu propagieren<sup>198</sup>. Die Ausgabe von Einfuhrscheinen war im Juli 1930 ganz eingestellt worden. Denn die Differenz zwischen den Weltmarktpreisen und den durch Prohibitivzölle abgesicherten inländischen Preisen war zu hoch geworden, die Einfuhrscheine stellten deshalb eine zu große Belastung für den Haushalt dar und konterkarierten Brünings Sparpolitik<sup>199</sup>. Stubbendorff musste sich jedoch von Horlacher darauf hinweisen lassen, dass die Einfuhrscheine für Roggen wegen der weltweiten Überproduktion nicht nur nutzlos waren, sondern auch der deutschen Veredelungsproduktion schaden, da sie ausländische Veredelungsbetriebe mit billigen Futtermitteln versorgten<sup>200</sup>. Während Stubbendorff den Roggenmarkt durch Exportsubventionen entlasten wollte, plädierte Horlacher für die Fortführung der binnenwirtschaftlichen Entlastung durch Stützungskäufe<sup>201</sup>. Er gab Stubbendorff zu bedenken, dass „die ganze deutsche Roggenpolitik vom Einfuhrschein auf

<sup>192</sup> BA Berlin, R101/1650, Antrag Stubbendorff, Oberföhren und Genossen vom 3. Dezember 1930.

<sup>193</sup> BA Berlin, R101/1650, Antrag Breitscheid und Genossen vom 5. Dezember 1930.

<sup>194</sup> Die Geschäfte von DGH und GIC bewegten sich in einer rechtlichen Grauzone. Vgl. MÜLLER, Bauer, 234f.

<sup>195</sup> BA Berlin, R101/1651, Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Roggenstützung am 7. Mai 1931.

<sup>196</sup> Als Stubbendorff Einfuhrscheine für Roggen forderte, wurde ihm von Horlacher vorgeworfen: „Wenn man auf der Grundlage verhandelt, dann kommen wir nicht vorwärts, dann kann ich mir schon die Gruft aussuchen und vermodern.“ Darauf antwortete Stubbendorff: „Das sind Sie geistig längst!“ (BA Berlin, R101/1651, Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Roggenstützung am 23. April 1931).

<sup>197</sup> Vgl. TEICHMANN, Politik, 269.

<sup>198</sup> BA Berlin, R101/1651, Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Roggenstützung am 23. April 1931.

<sup>199</sup> Vgl. WALZ, Agrarpolitik, 88–92.

<sup>200</sup> BA Berlin, R101/1650, Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Roggenstützung am 13. Februar 1931.

<sup>201</sup> BA Berlin, R101/1651, Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Roggenstützung am 6. Mai 1931.

den inneren Roggenverbrauch umgestellt werden mußte<sup>202</sup>. Dabei gab er – wieder im Gegensatz zu Stubbendorffs Einsatz für den privaten Getreidehandel – zu erkennen, dass er dem Geschäftsgebaren des privaten Handels misstraute<sup>203</sup>.

Da Horlacher eine Beschädigung des Ansehens der Reichsregierung zu vermeiden suchte, vermied er es, die Roggenstützungsaktion grundsätzlich zu kritisieren. Fehler suchte er stattdessen bei der Durchführung der Roggenstützungsaktion durch die GIC<sup>204</sup>. Dabei hatte Horlacher bereits seit 1928 Material über die GIC gesammelt, weshalb er im Reichstag am 4. Dezember 1928 gefordert hatte: „[...] die Periode des Nichtwissens verschiedener Herrschaften aus dem Scheuer-Konzern muß durch eine Periode der strahlenden Beleuchtung der hier vorgekommenen Dinge ergänzt werden.“<sup>205</sup> Im Marktverhalten der GIC sah er eine Benachteiligung der süddeutschen Landwirtschaft. In Süddeutschland seien nur fünf Prozent des Gesamtvolumens der Roggenstützungsaktion aufgekauft worden, so Horlacher<sup>206</sup>. Dafür machte er „gewisse norddeutsche Kreise“ verantwortlich<sup>207</sup>. Dabei vermutete er, dass es bei der Übernahme der GIC durch die Rentenbankkreditanstalt und die Preußenkasse zur Veruntreuung öffentlicher Mittel gekommen sei, „wenn sich auch die einzelnen Nachweise nicht erbringen lassen und wenn es auch gerichtlich nicht faßbar ist“<sup>208</sup>.

Als Stubbendorff in der letzten Sitzung des Untersuchungsausschusses am 24. Juni 1931 sein Schlussplädoyer hielt, galt für ihn als erwiesen, dass die Reichsregierung ein Getreidemonopol errichtet hatte, um sich zum Schaden der Landwirtschaft, des privaten Getreidehandels und der Reichskasse die Gunst der SPD zu erkaufen. Horlacher behauptete in seiner Antwort zwar, die monopolistischen Züge der Roggenstützungsaktion, die „mit vollen Segeln in die Gedankengänge des Vollgetreidemonopols hineingesteuert“ sei, ebenfalls abzulehnen. Sein Ziel bestand allerdings keineswegs darin, die sich deutlich abzeichnende Entwicklung der Roggenstützungsaktion zum Getreidemonopol rückgängig zu machen. Er erkannte diese Entwicklung vielmehr als unumkehrbar an und versuchte eine stärkere Berücksichtigung der süddeutschen Landwirtschaft zu erreichen, denn „wir im Süden werden bei solchen Dingen, besonders wenn es sich um Roggen und Kartoffeln handelt, immer

<sup>202</sup> BA Berlin, R101/1651, Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Roggenstützung am 23. April 1931.

<sup>203</sup> Horlacher erklärte im Untersuchungsausschuss am 5. Mai 1931: „Ich stehe auf dem Standpunkt, man solle dem freien Handel bis zur Grenze nur so viel Unkosten vergüten, als notwendig ist. Denn es steht seit langem fest, daß diese Kreise den Bauern keinen Pfennig dafür geben, sondern nur den Auslandsmarkt drücken und kaputt machen. Mit der sogenannten anständigen Gesinnung des Handels hört es da auf, wo der Profit aufhört“ (BA Berlin, R101/1651, Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Roggenstützung am 5. Mai 1931).

<sup>204</sup> BA Berlin, R101/1650, Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Roggenstützung am 23. Februar 1931; BA Berlin, R101/1651, Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Roggenstützung am 5. Mai 1931. Dabei hatte er zu berücksichtigen, dass Hermes Aufsichtsrat der mit der GIC verbundenen DGH war. Vgl. BARMEYER, Hermes, 111f.

<sup>205</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 423, Sitzung am 4. Dezember 1928, 650f.

<sup>206</sup> BA Berlin, R101/1651, Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Roggenstützung am 6. Mai 1931.

<sup>207</sup> BA Berlin, R101/1650, Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Roggenstützung am 4. Februar 1931; BA Berlin, R101/1650, Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Roggenstützung am 11. Februar 1931.

<sup>208</sup> BA Berlin, R101/1650, Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Roggenstützung am 23. Februar 1931.



gnädigst ausgeschaltet“. Gegenüber den Vorwürfen Stubbendorffs zog er schließlich als Fazit des Untersuchungsausschusses: „Jeder kann sich heraussuchen, was er will; er ist dann wunderbar ausstaffiert. Da ist alles zusammengetragen, man kann es nicht direkt angreifen, man kann es nicht direkt widerlegen, da und dort ist etwas Wahres daran, aber die Dinge sind so dargestellt, daß, wenn man es näher betrachtet, viele der grundsätzlichen Erörterungen – insbesondere auf preispolitischem Gebiet – wieder in sich zusammenfallen müssen.“<sup>209</sup>

Da der Abschlussbericht der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Toni Sender (1888–1964) die Benachteiligung der süddeutschen Landwirtschaft zugeben musste, den Vorwurf der Korruption bei der Übernahme der GIC durch Preußenkasse und Rentenbankkreditanstalt letztlich nicht entkräften konnte, die Zwecklosigkeit der Einfuhrscheine angesichts eines gesättigten Weltmarktes bekräftigte und die Stützungsaktion vom Vorwurf strafbarer Handlungen beteiligter Personen zu entlasten versuchte<sup>210</sup>, konnte Horlacher mit dem Ergebnis des Untersuchungsausschusses zufrieden sein. Damit war Stubbendorff inhaltlich auf der ganzen Linie gescheitert. Ohne dass der Untersuchungsausschuss ein konkretes Ergebnis gebracht hätte<sup>211</sup>, wurde die Nützlichkeit des Roggenstützungsmechanismus als binnenwirtschaftliche Maßnahme bestätigt und Schiele der Rücken gestärkt. Schließlich wurde ein von Horlacher und den Repräsentanten von Zentrum, DVP, Christlich-Sozialem Volksdienst – einer Splitterpartei ehemaliger deutschnationaler Abgeordneter – und DNVP unterzeichneter Antrag angenommen, wonach das Plenum des Reichstags den Ausschussbericht zur Kenntnis nehmen sollte. In dem Antrag wurde zwar festgestellt, dass die Roggenstützungsaktion einen „scharfen Eingriff der öffentlichen Hand in die Marktentwicklung und die freie Wirtschaft“ bedeutete und „zu Schwierigkeiten und unerfreulichen Vorkommnissen geführt“ habe. Ausdrücklich wurde die Roggenstützung aber als geeignete Maßnahme bezeichnet, „um eine abnorme Preisentwicklung für Getreide auszugleichen“. Für zukünftige Stützungsmaßnahmen wurde eine stärkere Beteiligung des privaten Getreidehandels und der Genossenschaften angemahnt, sowie eine gleichmäßigere Berücksichtigung des gesamten Reichsgebietes gefordert<sup>212</sup>.

Indem Horlacher dieses Ergebnis maßgeblich mit herbeiführte, stand er wieder im Gegensatz zum bayerischen Ministerpräsidenten Held, der in monopolistischen Preisabsprachen einen Hebel zur Unitarisierung des Deutschen Reiches erblickte und an Brüning deshalb während der Tagung des Untersuchungsausschusses appellierte, diese aufzugeben<sup>213</sup>. Wenn Horlacher in der Öffentlichkeit und im Untersuchungsausschuss darauf

<sup>209</sup> Verh. d. Reichstags. Anlagen Bd. 451, Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Roggenstützung am 24. Juni 1931; vgl. zu dieser Sitzung Agrar-Korrespondenz der Bay. Landesbauernkammer vom 27. Juni 1931.

<sup>210</sup> Verh. d. Reichstags. Anlagen Bd. 451, Bericht des 19. Ausschusses zur Untersuchung der Roggen- und Flockenstützungsaktion der Reichsregierung, 24. Juni 1931.

<sup>211</sup> Vgl. TOPF, Front, 212f.; MÜLLER, Bauer, 233.

<sup>212</sup> BA Berlin, R101/1651, Anlage Nr. 17 des Untersuchungsausschusses zur Roggenstützung, 24. Juni 1931.

<sup>213</sup> Held an die Bayerische Gesandtschaft in Berlin, 5. August 1931, in: Politik und Wirtschaft in der Krise, 861f.; Held an Brüning, 9. Oktober 1931, in: AdR. Kabinette Brüning I und II, 1818–1822.

Rücksicht nahm und die Roggenstützungsaktion als staatssozialistisch und monopolistisch diffamierte<sup>214</sup>, so darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass seine tatsächlich verfolgte Strategie im Untersuchungsausschuss nicht auf eine Änderung des monopolistischen Charakters der Roggenstützungsaktion ausgerichtet war. Horlacher war kein grundsätzlicher Gegner von Getreidemonopolen aus weltanschaulichen Gründen. Für ihn stellte es den letzten handelspolitischen Ausweg zur Regelung des landwirtschaftlichen Marktes dar, wenn die Zölle unwirksam zu werden drohten. Einstweilen benutzte er die weltanschaulichen Vorbehalte, die mit dem Getreidemonopol verbunden wurden, als politisches Druckmittel<sup>215</sup>.

## 7. Schwindender Einfluss als Reichstagsabgeordneter

Die Landwirtschaft wurde nicht nur durch den Verfall der Roggenpreise erschüttert. Seit 1928 wurde das gesamte Spektrum landwirtschaftlicher Produkte durch eine tiefe Preiskrise erschüttert. Der Preisindex landwirtschaftlicher Erzeugnisse fiel zwischen 1929/1930 und 1931/1932 von 125,1 auf 79,4, während der Preisindex für die benötigten industriellen Betriebsmittel lediglich von 152 auf 133 zurückging. Die Reinerträge der Landwirtschaft sanken, die Zinsendienste konnten kaum geleistet werden<sup>216</sup>. Die Schulden der Landwirtschaft stiegen von 8 Milliarden Mark im Jahr 1926 auf 12,4 Milliarden Mark im Jahr 1932, wogegen die Verkaufserlöse von 10,2 Milliarden Mark 1928/1929 auf 7,4 Milliarden Mark 1931/32 sanken<sup>217</sup>. Im Mai 1930 erklärte Horlacher daher, dass sein agrarpolitisches Ziel erreicht sei, sobald „alle Produktionszweige der deutschen Landwirtschaft wieder rentabel gemacht sind“<sup>218</sup>.

Dabei stützte sich Horlacher vor allem auf den Schutz der Getreidewirtschaft. 1924 hatte er den Getreidezoll als „das Rückgrat der ganzen Zollfrage“ bezeichnet. Dessen Zweck bestand für Horlacher darin, die vermehrte Umstellung von Getreideproduzenten auf die tierische Produktion zu verhindern, denn es „würde schließlich einen solchen Überfluß an Vieh- und Milchprodukten geben, daß die ganze deutsche Landwirtschaft vernichtet wäre“. Dagegen veranschlagte er die negative Wirkung der durch die Getreidezölle bewirkten Verteuerung der Futtermittel für die tierische Produktion nur gering<sup>219</sup>. Horlacher war deshalb bereit, einen „starken, allerdings kostspieligen Getreidebau“ bewusst in Kauf zu nehmen<sup>220</sup>.

<sup>214</sup> Agrar-Korrespondenz der Bay. Landesbauernkammer vom 27. Juni 1931.

<sup>215</sup> Auf der nichtöffentlichen Sitzung des „Arbeitsausschusses zur wirtschaftlichen Einigung der Bauern“ sagte Horlacher am 22. April 1929: „Es könnte z. B. heute passieren, daß man aus Zwangslage zum Monopol komme. Aber gefordert werden dürfe das nicht“ (BBV-Herrsching, Bauernkammern LBK/7).

<sup>216</sup> Zur Rentabilität der Landwirtschaft in der Agrarkrise vgl. FENSCH, Rentabilität, 403–405.

<sup>217</sup> Vgl. PETZINA, Ausgaben, 98.

<sup>218</sup> HORLACHER, Agrarprogramm (1930), 117f.

<sup>219</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 2, Sitzung am 22. Juli 1924, 335f.

<sup>220</sup> Referat Horlachers auf der 53. Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates am 25./26. April 1924, in: Archiv des Deutschen Landwirtschaftsrates 42 (1925), 126–138, hier: 134f.

Dementsprechend beurteilte er den Preisverfall bei Produkten der Viehwirtschaft seit 1929 als Konsequenz ungenügender Getreidezölle seit 1925: „Man hat die Verhältnisse zwischen Getreidewirtschaft, Viehwirtschaft und Milchwirtschaft im Jahre 1925 nicht nach einheitlichen Gesichtspunkten geordnet. Man hat damals dem Getreidebau einen zu geringen Schutz von Haus aus gewährt und hat uns damals auf die Umstellung der deutschen Landwirtschaft zur Vieh- und Milchwirtschaft verwiesen und hat damit den Urgrund zu der Krise von heute gelegt.“ Die „verstärkte Erzeugung der bäuerlichen Veredelungsproduktion an Vieh und Milch in den damals notleidenden Getreidebaugebieten, hat die Lage der auf Vieh- und Milchwirtschaft angewiesenen Gebiete ihrerseits verschärft“<sup>221</sup>. Tatsächlich machte es entgegen der Behauptungen der liberalen und marxistischen Geschichtsschreibung durchaus auch für die Vertreter der bäuerlichen Landwirtschaft Sinn, sich für den Schutz des Getreidebaus einzusetzen. Denn die Getreidemengen, die bäuerliche Betriebe trotz ihrer Konzentration auf die tierische Produktion auf den Markt bringen konnten, waren nicht unerheblich<sup>222</sup>.

Obwohl sich die Verteuerung der Futtermittel durch die Getreidezölle deshalb auf die bayerische Veredelungsproduktion kaum auswirkte<sup>223</sup>, wurde sie doch von dem Preiseinbruch bei Produkten der Viehwirtschaft empfindlich getroffen. Während die Preise für tierische Produkte seit 1929/1930 drastisch eingebrochen waren, konnten die Getreidepreise durch die Kombination aus handelspolitischen und binnenwirtschaftlichen Maßnahmen stabil auf einem über dem Weltmarkt liegenden Preisniveau gehalten werden<sup>224</sup>. Auf der tierischen Produktion lag der Druck eines überfüllten Marktes, einer gesunkenen Kaufkraft und der zollpolitischen Bevorzugung des Getreidebaus<sup>225</sup>. Der Weizen Zoll war seit der Wiederherstellung der Vorkriegszölle zwischen Juli 1929 und Mai 1930 von 6,50 auf 15 Mark gestiegen, der Zoll für Futtergerste von 2 auf 12 Mark, derjenige für Braugerste von 5 auf 12 Mark, der Haferzoll

<sup>221</sup> ACDP, NL Horlacher I-129-002, Michael Horlacher, Südhilfe für die Allgäuer Milchwirtschaft, undatiertes Manuskript; zum Allgäuer Bauerntag vom 21. Dezember 1932 vgl. Allgäuer Bauernblatt vom 24. Dezember 1932.

<sup>222</sup> Nach HUNT, Peasants, 319–325 befand sich der größte Teil der deutschen Weizenanbaugebiete zwischen 1890 und 1913 dort, wo die bäuerliche Wirtschaft vorherrschte. BECKER, Handlungsspielräume, 83–86 stellt in seiner Untersuchung über die Agrarpolitik während der Weimarer Zeit fest, dass mit ansteigender Betriebsgröße zwar der Anteil des Getreideverkaufs an den Einnahmen anstieg und der Anteil der Viehprodukte sank, weshalb die ostdeutschen Großgrundbesitzer von der Getreidezollpolitik am meisten profitierten. Aber auch bei bäuerlichen Betrieben zwischen 5 und 20 Hektar betrug der Anteil des Getreideverkaufs an den Gesamteinnahmen immer noch 19 Prozent. Deshalb profitierten auch bäuerliche Veredelungsbetriebe von den Getreidezöllen. Andererseits betrug die Einnahmen aus der Tierhaltung bei Großbetrieben über 200 Hektar immer noch 40 Prozent, weshalb auch diese Interesse an einem starken Schutz der Viehproduktion haben mussten.

<sup>223</sup> Im Gegensatz dazu wirkte sich der Schutz des Getreidebaus seit Herbst 1930 wegen der dadurch gestiegenen Futtergetreidepreise immer empfindlicher auf die industrialisierte tierische Produktion in den küstennahen Gebieten Norddeutschlands aus. Vgl. KOOPS, Zielkonflikte, 856.

<sup>224</sup> Während der Preisindex pflanzlicher Nahrungsmittel zwischen 1929/1930 und 1931/1932 von 119,8 auf 96,3 fiel, ging derjenige tierischer Produkte von 132,2 auf 80,5 zurück, derjenige für Vieh sogar von 124 auf 63,5. Vgl. FENSCH, Rentabilität, 404.

<sup>225</sup> Zu den Ursachen der Preiskrise in der Veredelungswirtschaft vgl. WALZ, Agrarpolitik, 97–106.

von 6 auf 8 Mark. Im gleichen Zeitraum war der Rinderzoll nur von 16 auf 24,50 Mark gestiegen, derjenige für Schweine nur von 16 auf 18 Mark<sup>226</sup>. Während Bayern ein viehstarkes Land war und die einseitige zollpolitische Bevorzugung des Getreidebaus deshalb die bayerische Landwirtschaft benachteiligte, wurde auch der in den bayerischen Mittelgebirgsregionen beheimatete Hafer- und Gerstenanbau durch die Getreidepolitik der Reichsregierung geschädigt. Dieser litt unter der so genannten „Roggenlogik“, wonach die Interessen der norddeutschen Schweinemäster an billigen Futtermitteln und der ostdeutschen Roggenerzeuger an einem hohen Roggenpreis dadurch ausgeglichen wurde, dass der Bezug von verbilligtem Roggen aus der Roggenstützungsaktion zum Bezug von zollverbilligter Gerste berechnete<sup>227</sup>. Ihrem Höhepunkt steuerte die spezielle Krise der bayerischen Landwirtschaft entgegen, als die Sowjetunion ihre Schulden beim Deutschen Reich mit Holzlieferungen bezahlte<sup>228</sup>. Horlacher empörte sich deshalb am 28. November 1930 im Plenum der Landesbauernkammer: „Aber es kommt eine ungeheuer große Gefahr aus dem Osten zu uns herüber, eine ungeheuer große Gefahr, die ganz klar sich zeigt in den Versuchen des Bolschewismus, auch mit den Getreide- und den Agrarprodukten in der Welt die Politik des Bolschewismus zu treiben.“ Im Rahmen einer antibolschewistischen Verschwörungstheorie behauptete er, die „Verbrecher im Osten Europas“ würden durch ihre Agrarexporte den Weltmarkt überschwemmen, um „dem Bolschewismus durch Züchtung der Unzufriedenheit in den Bauernreihen Tür und Tor zu öffnen“, während „der russische Bauer [...] zum Lohnsklaven der dortigen Sowjetbürokratie“ geworden sei<sup>229</sup>.

Mit Gerste und Hafer, Holz und den Produkten der Viehwirtschaft gerieten alle Standbeine der in Bayern vorherrschenden und in Westdeutschland weit verbreiteten ackerbaulich wenig begünstigten Gebiete durch die Handelspolitik Brüning unter Druck. Während sich Horlacher im Frühjahr 1931 mit der Getreidepolitik der Reichsregierung zufrieden zeigte, mahnte er in der *Bayerischen Agrarpolitischen Rundschau* am 7. April 1931 mit Nachdruck einen verstärkten Zollschatz für die tierischen Produkte, Hafer, Gerste und Holz an<sup>230</sup>. Dabei hatte das Gesetz über die Zolländerungen vom 28. März 1931 die Erwartungen der Grünen Front enttäuscht. Während sich das Kabinett den landwirtschaftlichen Forderungen zu beugen schien, fiel die geforderte schrankenlose Zollermächtigung für die Reichsregierung in der dritten Lesung am 26. März 1931 im Reichstag. Die Zollermächtigung wurde nicht nur an Erzeugermindestpreise, sondern auch an

<sup>226</sup> Vgl. WALTER – ENGEL, Entwicklung.

<sup>227</sup> Vgl. WALZ, Agrarpolitik, 113f.

<sup>228</sup> Dieses so genannte „Russengeschäft“ ist Ausdruck einer offensiven deutschen Außen- und Außenhandelspolitik, die sich unter Brüning verstärkt Osteuropa zuwandte. Angesichts der zunehmenden protektionistischen Absperrung der westeuropäischen Staaten sollte die wirtschaftspolitische Potenz des Deutschen Reiches gegen die ost- und südosteuropäischen Staaten gerichtet werden. Vgl. GESSNER, Agrardepression, 68–81.

<sup>229</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 4, Sitzung am 28. November 1930, 23.

<sup>230</sup> HORLACHER, Agrarvorlage (7. April 1931), 79f.

Verbraucherhöchstpreise gebunden und ausdrücklich nur der bestehenden Reichsregierung gewährt. Da die agrarischen Abgeordneten des Reichslandbundes überwiegend mit der NSDAP ausgezogen waren, hatten die agrarischen Maximalforderungen jedoch gegen den von der SPD und den Gewerkschaften gestützten Widerstand des Reichsverbandes der Deutschen Industrie nicht durchgesetzt werden können<sup>231</sup>. Brüning aber hatte im Hinblick auf seine deflationäre Wirtschaftspolitik ohnehin nicht vorgehabt, die Zollermächtigung auszunutzen<sup>232</sup>. Während der Reichslandbund das Abstimmungsergebnis zu einer Intensivierung seiner Agitation gegen Brüning nutzte<sup>233</sup>, brachte Horlacher seine Kritik äußerst zurückhaltend an. Insgesamt betrachtete er die am 28. März 1931 beschlossenen Zollerhöhungen als wichtigen Schritt in die richtige Richtung einer lückenlosen Absperrung der deutschen Landwirtschaft vom Weltmarkt und warb um Verständnis für die Lage der Reichsregierung: „Das Ergebnis der Verhandlungen mögen viele landwirtschaftliche Kreise als nicht genügend empfinden, weil der Reichsregierung für die Agrarpolitik zu viele Fesseln angelegt sind. Andererseits mögen aber auch diese Kreise bedenken, daß wir zurzeit in einer furchtbaren inneren Krise leben, daß wir ein Riesenarbeitslosenheer haben und daß es hier außerordentlich schwer ist, für die notwendigen agrarischen Maßnahmen innerhalb des Rahmens der Gesamtwirtschaft den Kampf aufzunehmen.“<sup>234</sup> Horlacher plädierte deshalb auf der Generalversammlung des oberbayerischen BV im Mai 1931 dafür, Brüning auch weiterhin zu unterstützen. Die Distanzierung der DNVP von der Grünen Front bezeichnete er als „Reinigungsprozess“. Während er versuchte, Optimismus auszustrahlen, und behauptete, dass die Agrarkrise durch die „scharfen Maßnahmen“ der Reichsregierung auf dem Gebiet der Getreidewirtschaft bereits überschritten sei, gab sich Heim wesentlich pessimistischer und verhielt sich gegenüber Brüning sehr reserviert<sup>235</sup>.

Mittlerweile waren die von Brüning betriebenen Pläne einer deutsch-österreichischen Zollunion einer überraschten Öffentlichkeit am 19. März 1931 bekannt geworden. Dies rief den Widerstand Horlachers hervor, der im Deutschen Landwirtschaftsrat Mitglied des deutsch-österreichischen Unterausschusses für Handelspolitik war<sup>236</sup> und schon seit 1929 Bedenken gegen die deutsch-österreichischen Handelsvertragsverhandlungen geltend gemacht hatte<sup>237</sup>. Österreich war wie Bayern Ausfuhrland bei den von der Agrarpolitik Brünings vernachlässigten Produkten Milch, Vieh, Wein und Holz. Deshalb fürchtete Horlacher um

<sup>231</sup> Vgl. GRÜBLER, Spitzenverbände, 250–271.

<sup>232</sup> Kabinettsitzung und Ministerbesprechung am 23. Februar 1931, in: Die Kabinette Brüning I und II, 905–909, hier: 908f.

<sup>233</sup> Vgl. GRÜBLER, Spitzenverbände, 267.

<sup>234</sup> HORLACHER, Agrarvorlage (7. April 1931), 80.

<sup>235</sup> BK vom 1. Mai 1931.

<sup>236</sup> BayHStA, ML 3995, Bericht über die Tätigkeit der Bayerischen Landesbauernkammer in der Zeit vom 1. November 1930 bis 15. September 1931.

<sup>237</sup> BBV-Herrsching, Bauernkammern LBK/75, Sitzung einer deutschen und österreichischen Delegation mit den Vertretern der Regierungen über die zur Zeit schwebenden deutsch-österreichischen Handelsvertragsverhandlungen am 9. März 1929.

eine Schädigung der landwirtschaftlichen Interessen Bayerns bei einem erfolgreichen Abschluss handelspolitischer Verhandlungen<sup>238</sup>. Unmittelbar nachdem die Verhandlungen bekannt geworden waren, begab sich Horlacher deshalb an der Spitze einer Delegation der Bayerischen Landesbauernkammer nach Niederösterreich und Wien – zum Studium der österreichischen Milchwirtschaft, wie es offiziell hieß. Der eigentliche Grund der Reise lag jedoch darin, Erkundigungen wegen der Zollunionspläne einzuholen. Welche Bedeutung der bayerischen Delegation auf österreichischer Seite zugemessen wurde, zeigte sich daran, dass sie von dem späteren austrofaschistischen Diktator Engelbert Dollfuß (1892–1934)<sup>239</sup> persönlich empfangen wurde, der als Direktor der niederösterreichischen Landwirtschaftskammer eine mit Horlacher vergleichbare Stellung inne hatte und wie Horlacher Mitglied einer Studentenverbindung des CV war. Dollfuß ergriff die Gelegenheit, um für den wirtschaftlichen Zusammenschluss Österreichs mit dem Deutschen Reich zu werben. Nach dem Bericht der *Bayerischen Agrarpolitischen Rundschau* zeigte er sich erfreut, dass „Herren aus Reichsdeutschland nach Österreich kommen, um dort etwas zu lernen. Österreich sei das selten gewohnt. Er erblicke hierin die enge Verbundenheit der süddeutschen Stämme mit dem österreichischen Brudervolk und gab ebenfalls der Hoffnung Ausdruck, daß dieser Zusammenklang der Gefühle eines Tages zur politischen Verbindung blutsverwandter Völker ausreifen möge“. In seiner Antwort gelang es dann Horlacher geschickt, seinen Widerwillen gegen den wirtschaftlichen Anschluss Österreichs in humorvolle Worte zu fassen, in der Sache jedoch hart zu bleiben: „In einer von sprühendem Humor und Witz belebten Ansprache sprach Herr Dr. Horlacher den Dank für den Empfang aus und erntete stürmischen Beifall, als er die Schwierigkeiten der Anschlußfrage in die Worte schloß, aus dem Anschluß Österreichs an Deutschland könne erst etwas werden, wenn die Preußen das Jodeln erlernt hätten, da auch in der großen Politik das Gefühlsmoment nicht vernachlässigt werden dürfe.“<sup>240</sup> Schließlich scheiterte die Zollunion jedoch vor allem am Widerstand Frankreichs, das den politischen Zusammenschluss als Folge des Wirtschaftsbündnisses fürchtete. Da Österreich nach dem Zusammenbruch der Österreichischen Kreditanstalt auf die Zustimmung Frankreichs für einen Völkerbundskredit angewiesen war, musste es seinerseits das Vorhaben fallen lassen. Für Österreich war eine Hoffnung auf einen Ausweg aus der kritischen Wirtschaftslage zunichte gemacht worden, für Brüning hatte sich die Hoffnung auf einen außenpolitischen Erfolg zur Stützung seiner Regierung ins Gegenteil verkehrt<sup>241</sup>. Aber Horlacher war zufrieden<sup>242</sup>.

<sup>238</sup> BBV-Herrsching, Bauernkammern LBK/75, Horlacher an das Auswärtige Amt, z.Hd. Herrn Geheimrat Windel, 31. Januar 1930; BBV-Herrsching, Bauernkammern LBK/75, Horlacher an das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, 4. Februar 1930; BBV-Herrsching, Bauernkammern LBK/75, Horlacher an MA, 15. Mai 1931.

<sup>239</sup> Zu Dollfuß als Agrarexperte vgl. MILLER, Dollfuß.

<sup>240</sup> BAR vom 14. April 1931.

<sup>241</sup> Zur gescheiterten deutsch-österreichischen Zollunion vgl. GESSNER, Agrardepression, 83–88; FELDENKIRCHEN, Zoll- und Handelspolitik, 354.

Mittlerweile war die Stimmung im Bayerischen Christlichen Bauernverein gegenüber Brüning umgeschlagen. Denn Brüning setze selbst die eingeschränkten Zollermächtigungen aus dem am 26. März im Reichstag angenommenen Gesetz nicht um. Zu sehr widersprach dies seiner deflationären Wirtschaftspolitik, zu groß war der Widerstand von Gewerkschaften und des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, zu radikal war die unverminderte Agitation des Reichslandbundes gegen Brüning<sup>243</sup>. In der *Bayerischen Agrarpolitischen Rundschau* gab sich Horlacher dann am 14. August 1931 deutlich reserviert gegenüber Brüning. Er erinnerte die Reichsregierung daran, dass sie im Frühjahr 1930 als „Regierung zum Wiederaufbau der Landwirtschaft und des Bauerntums“ angetreten sei. Er würdigte zwar deren bisherige agrarpolitische Anstrengungen, aber in den vergangenen Monaten glaubte er einen Stillstand bemerken zu können. Von Schiele forderte er deshalb ein „klares agrarpolitisches Programm mit einschneidenden Maßnahmen“. Ein solches vermisste er bisher. Drohend fügte er hinzu: „Ich nehme an, daß dies im Werden ist und daß seine Vollendung nur durch die plötzlich hereingebrochenen ungewöhnlichen Verhältnisse aufgehalten wurde.“ Denn „geschieht nichts Entscheidendes, dann ist jegliches Vertrauen der deutschen Landwirtschaft zur Reichsregierung und ihrer Agrarpolitik verloren“. Er forderte Schiele deshalb sogar zum Rücktritt auf, falls es ihm nicht gelinge, sich im Kabinett durchzusetzen<sup>244</sup>. Aber Schieles Handlungsspielraum war angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Reichstag gering. Am 13. August 1931 signalisierte Brüning vor dem Reichsrat, dass das Ausmaß der Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft weitgehend erschöpft sei<sup>245</sup>. Schließlich sah sich Schiele aufgrund der „gespannten politischen und finanzpolitischen Situation“ außer Stande, die von Horlacher, Schlittenbauer und Schäffer in einem Brief an den Reichskanzler „namens der Bayerischen Volkspartei“ geforderte Ausdehnung des handelspolitischen Schutzes und binnenwirtschaftlicher Stützungsmaßnahmen vor allem für Milch, Hopfen, Gerste und Hafer zuzugestehen, wobei er sich für die Antwort sechs Wochen Zeit ließ<sup>246</sup>.

Als Horlacher im Plenum der Landesbauernkammer am 26. September 1931 auf das vergangene Geschäftsjahr zurückblickte, lobte er zwar die Steuerentlastungen aus dem Steuervereinheitlichungsvorhaben, wenngleich er mit deren Ausmaß nicht zufrieden war. Unzufrieden war er auch mit den Maßnahmen für Hopfen, Gerste, Hafer und Milch. Er lobte zwar die Hopfenerntekredite und den Verwendungszwang für Inlandshopfen, die Erhöhung der autonomen Zollsätze für Hafer und Futtergerste, die Vermahlungsquote des Weizens sowie die Roggen- und Gerstenstützungsaktion. Aber Horlachers Forderung nach

<sup>242</sup> BayHStA, ML 3995, Bericht über die Tätigkeit der Bayerischen Landesbauernkammer in der Zeit vom 1. November 1930 bis 15. September 1931.

<sup>243</sup> Zur Umsetzung des Gesetzes vom 28. März 1931 vgl. GRÜBLER, Spitzenverbände, 281–287; WALZ, Agrarpolitik, 84.

<sup>244</sup> HORLACHER, Sorgen (14. August 1931), 185f.

<sup>245</sup> Referat Brünings vor den Vereinigten Ausschüssen des Reichsrats am 13. August 1931, in: Politik und Wirtschaft in der Krise, 891–896, hier: 892.

<sup>246</sup> Bayerisches Bauernblatt vom 14. Juli 1931 und Bayerisches Bauernblatt vom 1. September 1931.

Einfuhrscheinen für Gerste und Hafer war immer noch unerfüllt. Angesichts der hohen Selbstversorgungsquote bei diesen Produkten galt ihm der ungenügende handelspolitische Schutz als Skandal, weshalb er sich darüber beklagte, „daß für die Belange der süddeutschen Landwirtschaft nicht immer die notwendige Energie bei Berliner Stellen vorhanden zu sein scheint“<sup>247</sup>. Immer wieder betonte die Bayerische Landesbauernkammer die Richtigkeit der Getreidepolitik Brüning, um eine entsprechende Politik gegenüber den Veredelungsprodukten anzumahnen<sup>248</sup>. Heim brachte die bayerische Kritik an der Reichsregierung am 7. November 1931 auf einer gemeinsamen Massenkundgebung von BVP und oberpfälzischem BV auf den Punkt: „Man kann nicht sagen, daß zum Schutz der Landwirtschaft im letzten Jahre nichts geschehen sei; aber dieser Schutz ist einseitig; in erster Linie ist er zugunsten des Brotgetreides.“<sup>249</sup>

Dabei war die Distanz der notdürftig zusammenhaltenden Grünen Front zu Brüning gewachsen, als er ihren Forderungen zum Schutz der Veredelungsproduktion und von Holz in einem Gespräch am 5. September 1931 mit Hermes, Brandes, Kalkreuth und Fehr zurückhaltend gegenübertrat und darauf hinwies, dass alle Wirtschaftszweige gleichermaßen zu berücksichtigen seien<sup>250</sup>. Trotzdem wollten die agrarischen Abgeordneten der BVP die Regierung Brüning keinesfalls gefährden, als es wegen der finanzpolitischen Teile der „Dritten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen“ vom 6. Oktober 1931 wieder zum Konflikt zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Staatsregierung kam. Waren die Finanzen Bayerns schon aufgrund der Deflationspolitik Brüning geschädigt, da sie sinkende Steuereinnahmen verursachte<sup>251</sup>, verletzte diese Notverordnung die finanzielle Eigenständigkeit der Länder zusätzlich<sup>252</sup>. In der BVP machte sich deshalb immer größerer Unmut über Brüning's autoritären Regierungsstil mit Hilfe der Notverordnungen breit, zumal die bayerische Staatsregierung über die Vorbereitungen zu dieser Notverordnung weitgehend im Unklaren gelassen worden war. Immer mehr wurde der Artikel 48 deshalb als Hebel für eine unitarische Reichsreform gewertet<sup>253</sup>. Am 10. Oktober 1931 traf sich die Reichstagsfraktion der BVP mit dem Parteivorsitzendem Schäffer, dem bayerischen

<sup>247</sup> BAR vom 27. Oktober 1931, 3. November 1931, 10. November 1931, 17. November 1931 und 24. November 1931.

<sup>248</sup> BAR vom 5. Januar 1932.

<sup>249</sup> BK vom 9. November 1931.

<sup>250</sup> Vermerk des Ministerialrats Feßler über eine Besprechung des Reichskanzlers mit Vertretern der Grünen Front am 5. September 1931, in: AdR. Kabinette Brüning I und II, 1654–1658.

<sup>251</sup> Vgl. MENGES, Reichsreform, 383–396.

<sup>252</sup> Da die Sparkassengesetzgebung und das Gemeinderecht in die Kompetenz der Länder fiel, wurden die Länderrechte dadurch verletzt, dass in dieser Notverordnung etwa die kommunalen Sparkassen von den Gemeinden unabhängig gemacht und Bestimmungen über die Aufnahme von Krediten durch die Gemeinden gemacht wurden. Zum Inhalt der Notverordnung vom 6. November vgl. die Stellungnahme Leicht's im Plenum des Reichstags (Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 446, Sitzung am 15. Oktober 1931, 2135–2142).

<sup>253</sup> Zur Haltung der BVP zur Notverordnung vom 6. Oktober 1931 vgl. MENGES, Reichsreform, 392–396; SCHÖNHOFEN, Bayerische Volkspartei, 262–265; MAGA, Leicht, 250–252; ALTENDORFER, Schäffer, 585–593.



Ministerpräsidenten Held und dem Landtagsfraktionsvorsitzenden Wohlmuth, um über die Haltung der BVP zur Notverordnung zu beraten. Während Schäffer die Reichstagsfraktion auf einen strikten Oppositionskurs gegen die Notverordnung einschwören wollte, setzten Leicht und die Mehrheit der Reichstagsfraktion auf Verhandlungen mit Brüning. Deshalb hatte der bisherige Postminister Schätzel zum Ärger Schäffers gegenüber Brüning bereits seine Bereitschaft erklärt, sich weiterhin an der Regierung zu beteiligen, wenn die Notverordnung im bayerischen Sinne nachgebessert werde. Da Schäffer die bayerische Verhandlungsposition dadurch geschwächt sah, kritisierte er Schätzel heftig – während dieser von Horlacher in Schutz genommen wurde: „Der Postminister hat ganz folgerichtig gehandelt. Er hat seinen Eintritt von den Vorbehalten der Wahrung der Rechte Bayerns abhängig gemacht.“ Schließlich wurde beschlossen, für die Aufhebung der Notverordnung zu stimmen und Schätzel aus dem Kabinett abzuziehen, falls es nicht zu Nachbesserungen im bayerischen Sinne komme<sup>254</sup>. Die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der BVP wurden ergebnislos abgebrochen. Nun scheute sich die Reichstagsfraktion der BVP aber davor, den Beschluss vom 10. Oktober durchzuführen. Stattdessen enthielt sie sich – auch Horlacher – geschlossen der Stimme, als über die Aufhebung der Notverordnung abgestimmt wurde<sup>255</sup>. Über das Abstimmungsverhalten der BVP echauffierte sich Schäffer heftig. Offensichtlich hatte sich die Reichstagsfraktion gegen Schäffer gestellt. Dieser sah darin ein „schreckliches Versagen“ und bezichtigte die Reichstagsfraktion der Illoyalität gegenüber den Parteigremien der BVP in München<sup>256</sup>.

Die Kluft zwischen der Münchner Parteileitung und der Reichstagsfraktion um Leicht war so groß wie nie zuvor. Wenn es wegen der finanzpolitischen Teile von Brünings Notverordnungen nicht zu dem von Schäffer riskierten Bruch zwischen der BVP und Brüning kam, so lag dies nicht nur an dem von Klaus Schönhoven behaupteten konfessionellen und weltanschaulichen Grundkonsens zwischen Brüning, Leicht, Held und Schäffer<sup>257</sup>, sondern abermals nicht zuletzt an dem Interesse, das die Agrarier in der BVP am Weiterbestand der Reichsregierung hatten<sup>258</sup>. Dabei war Horlachers Abstimmungsverhalten von einem Gespräch beeinflusst, das er am 10. Oktober 1931 mit Schiele wegen seiner seit einem Jahr gebetsmühlenartig erhobenen Forderungen zur Stützung des Gerstenmarktes geführt hatte und das zu seiner Zufriedenheit verlaufen war, aber zum Zeitpunkt der Abstimmung über die Notverordnung noch der Umsetzung auf dem Verordnungsweg harrte. Deshalb veröffentlichte

<sup>254</sup> BayHStA, NL Heinrich Held 891, Sitzung der Reichstagsfraktion der BVP am 10. Oktober 1931. Zu dieser Fraktionssitzung vgl. SCHÖNHOVEN, Bayerische Volkspartei, 264f.

<sup>255</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 446, Sitzung am 16. Oktober 1931, 2231–2242.

<sup>256</sup> BayHStA, NL Heinrich Held 898, Schäffer an Held, 19. Oktober 1931.

<sup>257</sup> Vgl. SCHÖNHOVEN, Anpassung, 342.

<sup>258</sup> Vgl. dagegen GESSNER, Agrarverbände, 256, der behauptet, dass der Bayerische Christliche Bauernverein seit Herbst 1931 Brüning die Unterstützung entzogen habe. Ohne die konkrete Haltung der Agrarier der BVP zu untersuchen, wertet er die Unterstützung, die Brünings Nachfolger Papen durch Heim erfuhr, als Indiz für die Richtigkeit seiner Behauptung.

Horlacher das Verhandlungsergebnis mit Schiele erst am 22. Dezember in der *Bayerischen Agrarpolitischen Rundschau*, nachdem die Zusagen auf dem Verordnungswege erlassen worden waren, wobei er auch auf den Grund seines Schweigens hinwies: „Man kann oft nicht der Öffentlichkeit gleich alles mitteilen, was für Aktionen im einzelnen für die Landwirtschaft zur Durchführung gebracht werden, weil man dann vielleicht oft mehr schadet als man nützt.“<sup>259</sup>

Die Ergebnisse des Gespräches zwischen Schiele und Horlacher sind dazu geeignet, das bürokratische Ausmaß solcher marktordnerischer Stützungsmaßnahmen, bestehend aus einer Kombination aus binnenwirtschaftlichen und außenhandelspolitischen Maßnahmen, zu veranschaulichen. Horlachers Ziel bestand darin, die vor allem in Süddeutschland angebaute überschüssige Gerste in den Schweinemastregionen Nordwestdeutschlands unterzubringen, wo bisher ausländische Futtermittel vorherrschten, „denn niemand kann es verstehen, daß wir Auslandsgerste beziehen, währenddem unsere Inlandsgerste unverwertet liegen bleibt“. Deshalb sollten die norddeutschen Schweinemäster gegen den Widerstand ihrer Interessenvertreter in den Genuss von zwei Zentnern zollverbilligter Auslandsgerste kommen, wenn sie den Bezug von einem Zentner inländischer Gerste nachweisen konnten. Dabei erreichte Horlacher eine Frachtverbilligung für süddeutsche Gerste, um einen zusätzlichen Anreiz zum Kauf inländischer Gerste zu schaffen. Darüber hinaus wurde ihm von Schiele eine Stützungsaktion zugesagt, wodurch 48.000 Tonnen Gerste mit Reichsmitteln eingelagert werden sollten. Schließlich erreichte er von Schiele auch die Wiedereinführung der Einfuhrscheine für Hafer- und Gerstenprodukte<sup>260</sup>.

Dieser Erfolg Horlachers hatte seine Ursachen in politischen Entwicklungen, die er nicht beeinflussen konnte – aber die sich ihm bietende Gelegenheit ergriff er zielsicher. Denn an dem Erfolg dieses Gesprächs zeigt sich, wie sehr die Reichsregierung in der ungeklärten Lage, in der sie sich nach der Demissionierung von Außenminister Curtius am 3. Oktober 1931 befand, um ein gutes Verhältnis zu den Agrariern, insbesondere in der Reichstagsfraktion der BVP, bemüht war – vor allem angesichts des zunehmenden Widerstandes, den die Parteigremien der BVP in München gegen Brünings Notverordnungspolitik inszenierten. Man darf sich aber nicht darüber hinwegtäuschen lassen, dass diese Maßnahmen zur Stützung des Gerstenmarktes den einzigen wesentlichen Erfolg im speziellen Interesse der bayerischen Landwirtschaft darstellte, den Horlacher nach der Reichstagswahl im September 1930 bis zum Ende der Regierungszeit Brünings erzielen konnte. So sehr Horlacher um die Begrenzung der parlamentarischen Spielregeln bei der Agrarpolitik bemüht war und so sehr gerade diese Begrenzung seinen Handlungsspielraum als Büroleiter der Landesbauernkammer erweiterte, umso stärker wurde sein agrarpolitischer

<sup>259</sup> HORLACHER, Gerstenmarkt (22. Dezember 1931), 301f.

<sup>260</sup> HORLACHER, Gerstenmarkt (22. Dezember 1931), 301f.; zu den vereinbarten Maßnahmen vgl. WEBER, Chronik, 125f.

Handlungsspielraum um die Möglichkeiten parlamentarischer Interessenvertretung beschnitten – während sich die Nationalsozialisten durch spektakuläre Agitationsanträge in den wenigen Reichstagsitzungen profilieren konnten<sup>261</sup>.

Dabei war es die parlamentarische Stärke der radikalen Parteien, die Horlacher im Reichstag immer wieder Zuflucht zur Ausschaltung des Parlaments nehmen ließ, wie sich am Beispiel der Butterzollerhöhung zeigen lässt. Zunächst erschien es ein Erfolg der Grünen Front zu sein, als Schiele im Januar 1932 die Verdoppelung des autonomen Butterzolls zusagte<sup>262</sup>. Horlacher hatte diese Erhöhung gefordert, seit die Zollbindung für Butter und Käse im finnischen Handelsvertrag Ende November 1930 außer Kraft gesetzt worden war<sup>263</sup>. Seither waren alle Versuche zur Erhöhung aber am Widerstand Stegerwalds gescheitert<sup>264</sup>. Umso größer war Horlachers Enttäuschung, als die bereits zugesagte Butterzollerhöhung aufgrund eines kommunistischen Antrages mit den Stimmen der SPD im Reichstag am 26. Februar außer Kraft gesetzt wurde. Verantwortlich dafür machte er das Fernbleiben der NSDAP. Im *Bayerischen Bauernblatt* kritisierte er „die Haltung der Nationalsozialisten, die unseren Bauern, namentlich unseren Milchbauern das Blaue vom Himmel versprechen, aber dann in der entscheidenden Stunde aus dem Reichstag ausziehen und sich um das Wohl der Landwirtschaft in keiner Weise kümmern“. Deshalb diene diese Abstimmungsniederlage für Horlacher als Beweis für die agrarpolitische Richtigkeit der Notverordnungs politik, auf die er auch weiterhin ohne Rücksicht auf die föderalistischen Vorbehalte der BVP seine Hoffnungen setzte: „An sich wäre die Regierung nach dem Beschluß des Reichstags aufgefordert, den erhöhten Butterzoll wieder zu beseitigen. Sie wird dies wohl kaum tun, weil sie sich nicht verpflichtet fühlen wird, einen Reichstagsbeschluß auszuführen, der durch eine Zufallsmehrheit infolge gröblichster Pflichtverletzung von 170 Abgeordneten zustandekam. [...] Parlamentarisch sind auf jeden Fall die Dinge für die Landwirtschaft katastrophal verlaufen, wenn wir an die Notlage unserer Milchbauern denken.“<sup>265</sup>

Nach der Reichspräsidentenwahl trat der Reichstag erst wieder vom 9. bis 12. Mai 1932 zusammen, um über die in der Zwischenzeit erlassenen Notverordnungen zu bestimmen. Während der Reichslandbund in grundsätzlicher Opposition zu Brüning verharrte<sup>266</sup>, nutzte Horlacher die Gelegenheit, um Brüning im Reichstag am 11. Mai das Vertrauen der Vereinigung der deutschen Bauernvereine auszusprechen und die deflationäre Wirtschaftspolitik der Reichsregierung zu verteidigen. Erstmals bekam er die Verrohung der

<sup>261</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 446, Sitzung am 26. Februar 1932, 2377–2453.

<sup>262</sup> Ministerbesprechung am 18. Januar 1932, in: AdR. Kabinette Brüning I und II, 2187–2191; Ministerbesprechung am 19. Januar 1932, in: AdR. Kabinette Brüning I und II, 2191–2194.

<sup>263</sup> HORLACHER, Ziele (7. Oktober 1930), 227–229; zur Revision des deutsch-finnischen Handelsvertrages mit Wirkung vom 27. November 1930 vgl. GESSNER, Agrardepression, 44–46.

<sup>264</sup> Zur Geschichte der Erhöhung des Butterzolls vgl. KOOPS, Zielkonflikte, 861f.

<sup>265</sup> HORLACHER, Bauern (2. März 1932), 2. Zur Reichstagsitzung am 26. Februar vgl. PÜNDEr, Politik, 115.

<sup>266</sup> Entschließung des Bundesvorstandes des Reichslandbundes vom 31. Januar 1932, in: AdR. Kabinette Brüning I und II, 2248–2250.

parlamentarischen Sitten seit dem Einzug der Nationalsozialisten am eigenen Leib zu spüren. Horlacher wurde von zahlreichen Zwischenrufen der Nationalsozialisten unterbrochen und musste schreien, um sich angesichts des Tumultes Gehör zu verschaffen<sup>267</sup>. Seitdem die Arbeitslosenquote im Winter 1931/1932 mit über sechs Millionen einen neuen Höhepunkt erreicht hatte, mehrten sich die Stimmen, die in Brüning's Deflationspolitik eine Minderung der Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft sahen und deshalb die Abkehr zugunsten einer antizyklischen, durch Verschuldung und Währungsabwertung zu finanzierenden Konjunkturbeeinflussung forderten<sup>268</sup>. Im Gegensatz dazu dankte Horlacher dem Reichskanzler dafür, dass er die „übermäßige Ausgabenwirtschaft“ der Jahre 1928 und 1929 beendet hatte<sup>269</sup> – wobei er unerwähnt ließ, dass die Landwirtschaft gerade davon profitiert hatte. Er war sich durchaus bewusst, dass Brüning's Deflationspolitik und die protektionistische Agrarpolitik für den Kaufkraftverlust verantwortlich zu machen waren, unter dem auch die Landwirtschaft zu leiden hatte, „denn so schlau sind wir auch bezüglich der Betrachtung der Gesamtzusammenhänge: wenn der gesunde Export Schaden leidet, dann wird auch der Landwirtschaft hier ein großes Stück von innerer Kaufkraft gerade für die bäuerlichen Produkte weggenommen“. Trotzdem sah er keine Möglichkeit für eine antizyklische und expansive Konjunkturpolitik. Angesichts des weltweit zunehmenden handelspolitischen Protektionismus gab er zu bedenken, „daß auch wir die Beispiele gar nicht nachmachen können, durch Inflation die Wirtschaftsbelebung herbeizuführen, selbst wenn man daran denken würde. Denn jede solche Wirkung ist ausgeschaltet, weil die Völker sich immer mehr gegeneinander absperren.“<sup>270</sup> Stattdessen lobte er die Reichsregierung, „daß sie lieber dem deutschen Volk große Opfer zugemutet hat, als daß sie sich dem Diktat Frankreichs etwa gebeugt hätte, das uns unter unwürdigen Bedingungen eine Anleihe hätte geben wollen“<sup>271</sup>. Deutlich erkannte Horlacher, dass eine expansive Konjunkturbeeinflussung der Glaubwürdigkeit von Brüning's Bemühen, die Unbezahlbarkeit der Reparationen zu beweisen, schaden würde<sup>272</sup>. Vor allem bewegte ihn aber das Trauma der Hyperinflation von 1923 zur Ablehnung einer antizyklischen Konjunkturbeeinflussung<sup>273</sup>. Stattdessen sei es „Pflicht für die Führung des deutschen Volkes, für die deutsche Regierung, alle Experimente,

<sup>267</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 446, Sitzung am 11. Mai 1932, 2640f. Zum tumultuarischen Verlauf dieser Sitzungen vgl. PÜNDER, Politik, 122.

<sup>268</sup> Vgl. HENNING, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 645–653; zu den wirtschafts- und parteipolitisch bedingten Grenzen einer expansiven Konjunkturpolitik in der Endphase der Weimarer Republik vgl. BORCHARDT, Wachstum, 165–182; vgl. dagegen JOCHMANN, Deflationspolitik, 97–112, der die Möglichkeiten einer antizyklischen Wirtschaftspolitik positiv bewertet.

<sup>269</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 446, Sitzung am 11. Mai 1932, 2639.

<sup>270</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 446, Sitzung am 11. Mai 1932, 2643f.

<sup>271</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 446, Sitzung am 11. Mai 1932, 2640. Die französische Anleihe konnte schon angesichts der Proteste der verfassungsfeindlichen Rechtsparteien und der Bestrebungen Brüning's zur Revision des Versailler Vertrages keine echte Option darstellen. Vgl. BORCHARDT, Wachstum, 171f.

<sup>272</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 446, Sitzung am 11. Mai 1932, 2640.

<sup>273</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 446, Sitzung am 11. Mai 1932, 2641. Zu der parteiübergreifenden Relevanz dieses spezifisch deutschen Inflationstraumas vgl. BORCHARDT, Wachstum, 151–161.

die die Währung schädigen könnten, abzulehnen“. Dabei machte es ihn misstrauisch, dass es gerade die Nationalsozialisten waren, die mit Vorschlägen zu einer expansiven Konjunkturpolitik hervorgetreten waren. Er vermutete, dass es ihnen dabei in Wirklichkeit um die Destabilisierung der deutschen Volkswirtschaft ging. Denn angesichts des Abzugs von Auslandskrediten aus dem Deutschen Reich behauptete er: „Die Krise des Mißtrauens ist eingetreten. Die Dinge liegen so, daß die äußerste radikale Rechte und Linke das Vertrauen zu Deutschland in der Welt aufs äußerste geschwächt haben.“<sup>274</sup>

Während Horlacher eine direkte expansive Konjunkturbeeinflussung aus öffentlichen Mitteln ablehnte, forderte er den Ausbau einer expansiven und protektionistischen Agrarpolitik gleichsam als indirekte Konjunkturbeeinflussung. Während er das industrielle Wachstum der Jahre 1926 bis 1929 als „Scheinblüte“ entlarvte<sup>275</sup>, stilisierte er die Landwirtschaft zum maßgeblichen Faktor der binnenwirtschaftlichen Konjunkturpolitik. Er plädierte deshalb zum wiederholten Male für die „die möglichste Stärkung des Binnenmarktes und auf der Grundlage eines gesunden Binnenmarktes die Entwicklung eines gesunden Exports“. Deshalb wiederholte er die Forderung nach Abschaffung der Meistbegünstigung zugunsten bilateraler Abkommen: „Man soll hier zu einem anderen System der Begünstigung der Länder untereinander, und zwar der Länder, die sich gegenseitig ergänzen können, kommen.“<sup>276</sup> Darüber hinaus forderte er die direkte Subventionierung der Landwirtschaft<sup>277</sup> und die Ausdehnung der binnenwirtschaftlichen Maßnahmen zur Stützung der Getreide- und Kartoffelpreise auf die Produkte der Milch-, Vieh- und Holzwirtschaft<sup>278</sup>. Dabei ermahnte er Brüning, die personalpolitischen Konsequenzen daraus zu ziehen, dass die Vertreter des von der bisherigen Agrarpolitik hauptsächlich profitierenden Getreidebaus Ost- und Norddeutschlands nicht mehr hinter der Regierung standen. Horlacher beklagte sich deshalb, „daß zwei Vertreter des Landvolkes in der Regierung sitzen, daß aber hier daraus nicht die Konsequenzen gezogen werden. (Sehr wahr! bei der Bayerischen Volkspartei.) Es wäre im Interesse der Landwirtschaft viel zweckdienlicher und viel würdiger, wenn hier der Einfluß gegenüber der Reichsregierung durch Unterstützung gerade der positiv mitarbeitenden Landwirte gestärkt würde. (Bravo! und Händeklatschen bei der Bayerischen Volkspartei.) Diese Sache bitten wir nach allen Richtungen hin zu überlegen.“ Drohend fügte er hinzu: „Wir im Süden und Westen und auch im Bauerntum des Ostens hätten vielleicht gerade

<sup>274</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 446, Sitzung am 11. Mai 1932, 2640–2642.

<sup>275</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 446, Sitzung am 11. Mai 1932, 2639. Tatsächlich war die Situation der deutschen Wirtschaft auch in den Jahren zwischen Hyperinflation und Weltwirtschaftskrise durch ein dauerhaftes Arbeitslosenproblem, eine geringe Wachstumsrate des realen Sozialprodukts je Einwohner und eine mangelhafte Kapitalbildung gekennzeichnet, weshalb BORCHARDT, Wachstum, 200f. urteilt, dass die deutsche Wirtschaft bereits vor Einsetzen der Weltwirtschaftskrise „alles andere als ‚gesund‘“ gewesen sei.

<sup>276</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 446, Sitzung am 11. Mai 1932, 2643.

<sup>277</sup> Während sich Horlacher einerseits gegen jede „produktive Kreditschöpfung“ der öffentlichen Hand aussprach, äußerte er den „dringenden Wunsch, daß sich die Regierung auch der Geldbeschaffung für Gewerbe und Landwirtschaft annimmt“ (Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 446, Sitzung am 11. Mai 1932, 2642).

<sup>278</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 446, Sitzung am 11. Mai 1932, 2643.

Ursache genug, uns von dieser Reichsregierung nicht immer so gefördert zu sehen, wie es uns erwünscht wäre. Wir könnten auch einmal diejenigen spielen, die hier unter Umständen die Konsequenzen ziehen müßten.“<sup>279</sup>

Damit hatte Horlacher seine Bereitschaft signalisiert, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Die Drohung aber, mit der er seine Bereitschaft zur Forderung erhob, war leer. Denn die von ihm propagierte und auf den zollpolitischen Ermächtigungen für die Reichsregierung basierende Agrarpolitik war vom Bestand einer stabilen und gegenüber agrarischen Forderungen zugänglichen Reichsregierung abhängig, was Horlacher stets öffentlich zugegeben hatte<sup>280</sup>. Diese Reichsregierung sah sich jedoch außerstande, den Schutz der Veredelungsprodukte zu intensivieren. Nachdem sich Brüning für den teuren Schutz des Getreidebaus entschieden hatte, angesichts der zollpolitischen Entscheidungen der sozialdemokratisch geführten Reichsregierung Müller nicht anders entscheiden konnte und dabei auch die Zustimmung Horlachers fand, gab es für ihn nur mehr einen äußerst schmalen Spielraum, um die expansiven Maßnahmen für den Weizen- und Roggenbau<sup>281</sup> in umfassender Weise auf die Veredelungsprodukte, den Gersten- und Haferbau sowie die Holzwirtschaft auszudehnen. Brüning war aufgrund der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse auf die Unterstützung der SPD angewiesen. Da den Gewerkschaften im Rahmen von Brünings Deflationspolitik jedoch Lohnkürzungen und Einschränkungen bei der Sozialversicherung zugemutet worden waren, stieg ihr Widerstand gegen die Ausdehnung einer protektionistischen und expansiven Agrarpolitik auf tierische Produkte<sup>282</sup>. Heftiger Widerstand gegen einen stärkeren handelspolitischen Schutz der Veredelungswirtschaft regte sich auch beim Reichsverband der Deutschen Industrie. Während es durch die Protektion der Landwirtschaft tatsächlich gelang, die Handelsbilanz zu verbessern<sup>283</sup>, wirkten sich die Agrarzölle in zunehmendem Maße hemmend auf die Industrieexporte<sup>284</sup>. Dabei sah der Reichsverband der Deutschen Industrie durch den Agrarprotektionismus nicht nur die Exporte gefährdet, sondern durch die Verteuerung der Lebenshaltung auch den Inlandsabsatz. Deshalb unterschieden sich die exportorientierte Konsumgüterindustrie und die eher am Binnenmarkt orientierte Schwerindustrie nicht in der grundsätzlichen Ablehnung der autarkischen Forderungen der Grünen Front. Der bestehende Schutz des Getreidebaues stellte das Äußerste dar, was für den Reichsverband der Deutschen Industrie akzeptabel schien, um das deutsche

<sup>279</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 446, Sitzung am 11. Mai 1932, 2643f.

<sup>280</sup> Vgl. Kapitel VIII.1.

<sup>281</sup> Eine Aufstellung der Ausgaben für die Landwirtschaft unter Brüning bietet PETZINA, Ausgaben, 89–102.

<sup>282</sup> Aufzeichnungen des Ministerialrats Feßler über die Besprechung des Reichskanzlers mit agrarischen Reichstagsabgeordneten am 12. März 1931, in: AdR. Kabinette Brüning I und II, 938–943; Sitzung des Bundesausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes am 20. Juni 1931, in: Politik und Wirtschaft in der Krise, 705–714.

<sup>283</sup> Vgl. WALZ, Agrarpolitik, 213.

<sup>284</sup> Vgl. FELDENKIRCHEN, Zoll- und Handelspolitik, 349–351.

Handelsvertragssystem nicht zu zerstören<sup>285</sup> – was ja das erklärte Ziel der Grünen Front war<sup>286</sup>. Brüning teilte die Befürchtungen von Industrie und Gewerkschaften<sup>287</sup>. Darüber hinaus fürchtete das Reichsfinanzministerium um das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts als Folge der Ausdehnung der binnenwirtschaftlichen Maßnahmen und der Einfuhrscheinpolitik<sup>288</sup>. Aufgrund der durch die Deflationspolitik und die umgesetzten agrarpolitischen Maßnahmen mitverantworteten Wirtschafts- und Finanzkrise verringerte sich der Spielraum Brünings zur Stützung der Landwirtschaft noch zusätzlich. Dies sind die Gründe, warum die handelspolitischen und binnenwirtschaftlichen Maßnahmen zugunsten der tierischen Produkte nicht den Umfang der Maßnahmen für den Getreidebau erreichten – obwohl das Deutsche Reich Zuschussgebiet bei Veredelungsprodukten und Überschussgebiet bei Getreide war<sup>289</sup>.

Schließlich musste Brüning auch auf die ‚ostelbischen Junker‘ in Hindenburgs Umgebung Rücksicht nehmen. Hindenburg war in Ostpreußen begütert und hatte sich die Erhaltung der Großgüter im ostelbischen Getreideanbaugebiet zur persönlichen Angelegenheit gemacht<sup>290</sup>. Deren Repräsentanten in Reichslandbund und DNVP waren um die Verteidigung ihrer aus dem Kaiserreich überkommenen sozialen Stellung bemüht und verbanden das Interesse an einem starken Schutz für den Getreidebau mit antirepublikanischer Obstruktionsopposition gegen Brüning. Schon seit Schieles Ablösung als Präsident des Reichslandbundes war nach Ansicht Dieter Gessners deutlich geworden, dass die bereits unter dem sozialdemokratischen Reichskanzler Müller verfolgte Regierungstaktik, sich der gouvernementalen Kräfte im Reichslandbund mit Hilfe eines umfassenden Schutzes des Getreidebaus zu bedienen, unter Brüning gescheitert war<sup>291</sup>. Horlacher hatte diese Entwicklung erkannt, als er auf der Generalversammlung des oberbayerischen BV Ende April 1932 drohte: „Die Radikalinski im deutschen Osten haben die bäuerliche Stoßkraft geschwächt. Es wird uns in Zukunft ungeheuer schwer werden, Stützungsmaßnahmen im Osten zu unterstützen, wenn nicht gleichzeitig auch unser Bauernstand geschützt wird!“<sup>292</sup>

<sup>285</sup> Hans von Raumer an Ludwig Kastl, 4. Dezember 1930, in: Politik und Wirtschaft in der Krise, 482–484; Rundschreiben des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, 10. Dezember 1930, in: Politik und Wirtschaft in der Krise, 489f.; Rundschreiben des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, 29. Januar 1931, in: Politik und Wirtschaft in der Krise, 538–542; Ludwig Kastl an Brüning, 28. April 1931, in: Politik und Wirtschaft in der Krise, 617–620; Rundschreiben des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, 22. Januar 1932, in: Politik und Wirtschaft in der Krise, 1225–1227.

<sup>286</sup> Programm der Grünen Front vom 20. Februar 1929, in: BAR vom 1. April 1929.

<sup>287</sup> Aufzeichnungen des Ministerialrats Feßler über die Fortsetzung der agrarpolitischen Besprechungen am 30. Januar 1931, in: AdR. Kabinette Brüning I und II, 827–832; Vermerk des Ministerialrats Feßler über eine Besprechung des Reichskanzlers mit Vertretern der Grünen Front am 5. September 1931, in: AdR. Kabinette Brüning I und II, 1654–1658.

<sup>288</sup> Ministerbesprechung am 23. Februar 1931, in: AdR. Kabinette Brüning I und II, 896–904.

<sup>289</sup> Vgl. WALZ, Agrarpolitik, 120–131.

<sup>290</sup> Hindenburg an Müller-Franken, 18. März 1930, in: AdR. Kabinett Müller II, 1580–1582; vgl. dazu GÖMMEL, Osthilfe, 257; KOOPS, Zielkonflikte, 267f.

<sup>291</sup> Vgl. GESSNER, Agrardepression, 190.

<sup>292</sup> Bayerisches Bauernblatt vom 3. Mai 1932.

Während dem Reichskanzler von den Repräsentanten der ostelbischen Großlandwirtschaft die Mitarbeit aus ideologischen Gründen bereits aufgekündigt worden war, schwächte er durch seine getreidebetonte Agrarpolitik die noch loyal zu ihm stehenden Repräsentanten der Vereinigung der deutschen Bauernvereine, wie die hilflose Klage Horlachers anlässlich seines Rückblickes auf die Agrarpolitik zwischen Herbst 1931 und Herbst 1932 veranschaulicht: „Es tut einem weh, wenn man hört, daß für diese armen Gebiete, für den Bayerischen Wald, die nichts außer Hafer, Holz und Vieh haben, trotz wiederholter Vorstellung nichts geschehen ist.“<sup>293</sup> Immer mehr Repräsentanten der bäuerlichen Landwirtschaft – zunächst nur außerhalb der katholisch geprägten Landschaften, wo die kirchliche Bindung stark war – wandten sich deshalb von Brüning ab und liefen zur NSDAP über, von der ihnen die Erfüllung ihrer Wünsche versprochen wurde<sup>294</sup>. Da es Brüning nicht gelang, die Agrarkrise bei vertretbaren volkswirtschaftlichen Kosten zu beheben<sup>295</sup>, trug seine Agrarpolitik wesentlich zur Destabilisierung der Republik bei.

Nicht zuletzt war die Ausdehnung der handelspolitischen und binnenwirtschaftlichen Maßnahmen zugunsten der Viehwirtschaft durch die Belastung des Reichshaushaltes mit der Osthilfe begrenzt, von der hauptsächlich wieder die getreidebauenden ostelbischen Güter profitierten. Abhängig von der Gunst Hindenburgs, hatte Brüning die „Ostpreußenhilfe“ zur Entschuldung landwirtschaftlicher Betriebe in dieser überwiegend agrarischen Provinz mit Wirkung vom 31. März 1931 auf den gesamten ostelbischen Teil des Deutschen Reiches ausgedehnt. Dabei hatte sich die nunmehrige „Osthilfe“ von einer Notmaßnahme zu einem dauerhaften Instrument der Besitzerhaltung auch sanierungsunwürdiger Betriebe entwickelt. Mit der am 17. November 1931 erlassenen „Verordnung zur landwirtschaftlichen Entschuldung im Osthilfegebiet“ wurden die Rechte der Gläubiger der Besitzstandswahrung der Landwirtschaft untergeordnet. Davon waren nicht zuletzt die landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften betroffen, welche ihre Verluste im Osthilfegebiet durch eine kompromisslose Haltung gegenüber den bäuerlichen Schuldnern in West- und Süddeutschland kompensierten, weshalb dort die Anzahl der Zwangsversteigerungen anstieg<sup>296</sup>. Im Frühjahr 1932 sah sich Brüning aber gezwungen, aus haushaltspolitischen Gründen, der Sorge um die Kreditinstitute und im Bestreben um soziale Gerechtigkeit die absolut nicht mehr sanierungsfähigen landwirtschaftlichen Betriebe der Zwangsversteigerung zu unterwerfen und sie Siedlungszwecken zuzuführen. Mit der Umsetzung wurde Schlange-Schöningen beauftragt. Als Reichskommissar für die Osthilfe versuchte er seine

<sup>293</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 4, Sitzung am 24. September 1932, 131.

<sup>294</sup> Vgl. MÜLLER, Bauer, 272–301; MERKENICH, Front, 300–352; BUSSCHE, Konservatismus, 305–325; PYTA, Dorfgemeinschaft, 324–432.

<sup>295</sup> Zum Scheitern von Brünings Agrar- und Handelspolitik vgl. HANAU, Landwirtschaft; KLEMM, Ursachen; KOOPS, Zielkonflikte, 866f.; FELDENKIRCHEN, Zoll- und Handelspolitik, 355f.

<sup>296</sup> Zur „Osthilfe“ unter Brüning vgl. WALZ, Agrarpolitik, 137–181; GESSNER, Agrardepression, 103–150; MERKENICH, Front, 266–285; GÖMMEL, Osthilfe, 253–274. Vgl. auch die Zusammenstellung der Osthilfemaßnahmen zwischen dem 18. Mai 1929 und dem 30. Mai 1932 bei WEBER, Chronik, 131–135.



agrarromantischen Vorstellungen zur Stärkung des Bauerntums als gesellschaftspolitische Grundlage des Staates umzusetzen<sup>297</sup>. Die bäuerliche Siedlungspolitik Schlange-Schöningens fand die von Horlacher im Reichstag ausgedrückte Zustimmung der Bauernvereine<sup>298</sup>. Aber Brüning gab der Umgebung Hindenburgs damit den Vorwand für seine Entlassung durch den Reichspräsidenten, die am 30. Mai 1932 erfolgte. Brüning war der reaktionären Umgebung Hindenburgs nicht kompromisslos antiparlamentarisch genug. Die situative Unterstützung Brünings durch die SPD empfanden sie als skandalös. Die unter Brüning veranlassten Einschränkungen für die Wehrverbände waren ihnen lästig. Dabei waren großagrarisches Mitglieder des Reichslandbundes maßgeblich an der Desavouierung Brünings beteiligt<sup>299</sup>.

## 8. Von abwartender Distanz zu verhaltener Zustimmung gegenüber Papen

Am 31. Mai 1932 wurde Franz von Papen (1879–1969) von Hindenburg auf Betreiben des Generals Kurt von Schleicher (1882–1934), einer der maßgebenden Figuren in der Umgebung Hindenburgs, mit der Führung der Reichsregierung betraut. Papens Kabinett war ganz von der Gunst des Reichspräsidenten abhängig. Bindungen an die Parteien bestanden nicht mehr. Der Umgebung Hindenburgs galt er als Garant einer präsidentialen Regierungsweise, die ohne jegliche parlamentarische Absicherung nur von den Rechtsparteien toleriert werden sollte<sup>300</sup>. Das Zentrum war über den Sturz Brünings empört und verharrte in reiner Opposition gegenüber ihrem ehemaligen rechten Flügelmann Papen, der jetzt als Abtrünniger betrachtet wurde<sup>301</sup>. Da Papen ausdrücklich seinen Willen zur Ausweitung der Rechte der Reichsregierung über die verfassungsmäßigen Schranken hinaus erklärt hatte, fürchtete die BVP um die Länderrechte und stellte sich ebenfalls gegen den neuen Reichskanzler. Dabei wurde ihr Widerstand gegen Papen vor allem von Schäffer getragen<sup>302</sup>. Auch Heim teilte die Befürchtungen Schäffers, als er die Entlassung Brünings auf einer Versammlung des oberbayerischen BV am 5. Juni 1932 als Fehler bezeichnete. Nur Brüning sei es zu verdanken gewesen, „daß wir zwei Jahre über die Klippen überhaupt hinweggekommen sind“<sup>303</sup>. Ebenso betrachtete Horlacher die Entlassung Brünings als Fehler<sup>304</sup>. Während sich Schäffer weiterhin ablehnend verhielt, keimte aber in Horlacher schon bald die Hoffnung, dass sich unter Papen

<sup>297</sup> Zur Tätigkeit Schlange-Schöningens als Reichskommissar vgl. WALZ, Agrarpolitik, 170–180. Zu Schlange-Schöningens Siedlungskonzeption vgl. Entwurf einer Denkschrift für Schlange-Schöningens über die Durchführung der Osthilfe, 21. Oktober 1931, in: Politik und Wirtschaft in der Krise, 1067–1071.

<sup>298</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 446, Sitzung am 11. Mai 1932, 2642f.

<sup>299</sup> Zum Sturz Brünings vgl. MUTH, Sturz, 739–759; MUTH, Agrarpolitik, 317–360; SCHULZ, Brüning, 819–874.

<sup>300</sup> Zur Ernennung Papens vgl. SCHULZ, Brüning, 862–866; WINKLER, Weimar, 477–480.

<sup>301</sup> Vgl. MORSEY, Untergang, 45–64.

<sup>302</sup> Zur ablehnenden Haltung der BVP zu Papen vgl. SCHWEND, Bayern, 434–450; MAGA, Leicht, 260; PÖHLMANN, Held, 196–212; SCHÄFFER, Altendorfer, 602–619.

<sup>303</sup> Bayerisches Bauernblatt vom 21. Juni 1932. Vgl. dagegen GESSNER, Agrarverbände, 256f., der aus der Unterstützung, die Papen später durch Heim erfuhr, den unrichtigen Schluss zieht, dass dieser Brünings Sturz begrüßt habe.

<sup>304</sup> Aichacher Kurier vom 20. Februar 1933.

die Grüne Front wieder herstellen ließe<sup>305</sup>. Denn Papen hatte in seiner viel beachteten Dülmener Rede vom 31. Oktober 1931 Hugenbergs Obstruktionspolitik eine Absage erteilt und für die Heranführung der rechten Gruppierungen an den Staat plädiert<sup>306</sup>. Tatsächlich gab der Reichslandbund gemeinsam mit der DNVP gegenüber Papen seine bisherige Obstruktionshaltung auf. In dem neuen Reichsernährungsminister Magnus von Braun (1878–1972)<sup>307</sup> sah der Reichslandbund einen besonderen Vertrauensmann<sup>308</sup>. Papen selbst stand den Bauernvereinen nahe. Er hatte seine politische Karriere im Zentrum als Kandidat des Westfälischen Bauernvereins begonnen<sup>309</sup>. Ein Zeichen der wiedererweckten Zusammenarbeit in der Grünen Front stellte es dar, als sich Brandes, Hermes, Kalckreuth und Fehr bald nach dem Regierungsantritt Papens am 16. Juni 1932 an diesen wandten, um ihn eindringlich darum zu bitten, das Meistbegünstigungsprinzip der deutschen Handelsvertragspolitik durch bilaterale Absprachen zu ersetzen<sup>310</sup>.

Dabei hatte es Papen in seiner nicht im Reichstag gehaltenen, sondern über den Rundfunk ausgestrahlten Regierungserklärung vom 4. Juni 1932 unterlassen, konkrete agrar- und wirtschaftspolitische Maßnahmen vorzuschlagen. Durch seine Kritik an dem „ständig steigenden Staatssozialismus“, den Papen für die „moralische Zermürbung des deutschen Volkes“ verantwortlich machte, kündigte er stattdessen die Rückkehr zu einer liberaleren Wirtschaftspolitik an<sup>311</sup>. Während Papen dadurch wenig Hoffnung auf eine Intensivierung binnenwirtschaftlicher und handelspolitischer Schutzmaßnahmen zugunsten der Landwirtschaft erweckte, machte Braun in seiner Antrittsrede vor dem Deutschen Landwirtschaftsrat am 11. Juni 1932 deutlich, dass er sich als Sachwalter landwirtschaftlicher Interessen sah. Er kündigte an, sich für die Revision der deutschen Handelspolitik im agrarischen Sinne und die Schließung der Preisschere zwischen landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnissen einsetzen zu wollen<sup>312</sup>. Trotz Papens Zurückhaltung war Horlacher bezüglich Brauns zuversichtlich. Bereits wenige Tage nach Brauns Ernennung forderte Horlacher in einem offenen Brief in der *Augsburger Postzeitung* vom 8. Juni von dem neuen Reichsernährungsminister die Umsetzung der unter Brüning noch unerfüllt gebliebenen

<sup>305</sup> HORLACHER, Kampf (15. November 1932), 2f.

<sup>306</sup> Zur Dülmener Rede Papens vgl. BACH, Papen, 183f.

<sup>307</sup> Verwaltungsjurist und Ministerialbeamter, protestantisch, geboren am 8. Februar 1878 als Sohn eines ostpreußischen Gutsbesitzers, Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, danach Eintritt in den preußischen Staatsdienst, nach dem Kapp-Putsch aus dem Staatsdienst ausgeschieden, Mitglied der DNVP, seit 1920 Direktor mehrerer Raiffeisengenossenschaften, 1930 Vizepräsident des Reichsverbandes der Landwirtschaftlichen Genossenschaften - Raiffeisen, 1. Juni 1932 bis 28. Januar 1933 Reichsernährungsminister und Reichskommissar für die Osthilfe, gestorben am 30. August 1972. Zu Braun vgl. BRAUN, Ostpreußen.

<sup>308</sup> Zur Haltung des Reichslandbundes zur Regierung Papen vgl. MÜLLER, Bauer, 332–337; MERKENICH, Front, 313–315; GESSNER, Agrardepression, 184.

<sup>309</sup> Vgl. BACH, Papen, 25–30.

<sup>310</sup> Brandes, Hermes, Kalckreuth und Fehr an Papen, 16. Juni 1932, in: AdR. Kabinett von Papen, 90–92.

<sup>311</sup> Regierungserklärung vom 4. Juni 1932, in: AdR. Kabinett von Papen, 13f.

<sup>312</sup> Rede Brauns auf der 62. Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates am 10./11. Juli 1932, in: Archiv des Deutschen Landwirtschaftsrates 50 (1932), 69–76.

Forderungen nach einem besseren handelspolitischen Schutz für Vieh, Milch, Hafer und Holz. Außerdem beanspruchte er die Ausdehnung der Osthilfemaßnahmen auf das östliche Bayern<sup>313</sup>. Anfang Juli sprach er gemeinsam mit einer Gruppe von Vertretern bayerischer Grünlandgebiete persönlich bei Braun vor. Nachdem Horlacher einen Überblick über die Preisrückgänge von Vieh, Milch und Holz gegeben hatte, forderte er organisatorische Maßnahmen zur Entlastung des Münchner Schlachtviehmarktes, eine Erhöhung des Butterzolls, einen besseren Schutz für Käse und den Schutz der Holzwirtschaft vor den Importen aus Russland. Mit der Aussage, dass Braun den Schutz der Veredelungsprodukte als „wichtigstes Problem der Agrarpolitik“ ansehe und der Zusage, „die handelspolitischen Grundlagen zu schaffen, auf denen man einen wirksameren Schutz der deutschen Milchwirtschaft betreiben könne“, reiste die Delegation nach Hause<sup>314</sup>. Tatsächlich vertrat Braun die von Horlacher vorgebrachten Forderungen im Kabinett<sup>315</sup>. Von Horlachers Forderungskatalog wurde zur Entlastung des Hafermarktes immerhin die Begrenzung der Futtermiteinfuhr, Zollerhöhungen für Futtergetreide und Einfuhrscheine für Roggen und Weizen eingeführt, sowie die Ausdehnung der Entschuldungsmaßnahmen im Rahmen der Osthilfe teilweise auf das östliche Bayern zugesagt<sup>316</sup>. Das war nicht die von Horlacher erhoffte grundlegende Hilfe für die von dem Preisrückgang auf dem Vieh-, Milch-, Holz- und Hafermarkt besonders betroffenen Grünlandregionen. Vielmehr ist darin ein Wahlgeschenk der Reichsregierung im Hinblick auf die am 31. Juli 1932 stattfindenden Reichstagswahlen zu sehen, mit denen Papen eine Reichstagsmehrheit zum gewünschten autoritären Umbau der Verfassung zu bekommen hoffte<sup>317</sup>.

Der Wahlkampf zur Reichstagswahl fand unter bürgerkriegsähnlichen Begleitumständen statt. Als Gegenleistung für die Tolerierung seiner Regierung durch Hitler hatte Papen das von Brüning erwirkte Uniformverbot wieder aufgehoben, was die SA zu einer Intensivierung ihrer terroristischen Aktionen veranlasste<sup>318</sup>. In Mittelfranken wurde der Landbundführer Bachmann von den Nationalsozialisten persönlich bedroht<sup>319</sup>. Die NSDAP machte keinen Hehl aus ihrer Gewaltbereitschaft gegenüber bisher angesehenen landwirtschaftlichen Eliten. Deshalb bereitete der Bayerische Christliche Bauernverein die Errichtung einer „Bauernwehr“ vor, um der Gefahr von terroristischen Aktionen gegen Bauernvereinsangehörige vorzubeugen, wie sie der *Regensburger Anzeiger* befürchtete:

<sup>313</sup> Augsburger Postzeitung vom 8. Juni 1932.

<sup>314</sup> Agrar-Korrespondenz der Bay. Landesbauernkammer vom 9. Juli 1932.

<sup>315</sup> Ministerbesprechung am 1. Juli 1932, in: AdR. Kabinett von Papen, 167–175, hier: 168–172.

<sup>316</sup> BAR vom 19. Juli 1932.

<sup>317</sup> Zu dieser letztlich gescheiterten Taktik vgl. BRACHER, *Auflösung*, 579–585.

<sup>318</sup> Mitten im Wahlkampf erschütterte der Altonaer Blutsonntag am 17. Juli 1932 das politische Leben des Deutschen Reiches, als während einer Schießerei zwischen SA, Kommunisten und Polizei 18 Menschen ums Leben kamen (Bericht des Regierungspräsidenten in Schleswig Abegg an den preußischen Innenminister Severing, 19. Juli 1932, in: AdR. Kabinett von Papen, 248–256).

<sup>319</sup> Vgl. KITTEL, Weimar, 205f.

„Auch vor keinem Ministersessel und keinem Bauerndoktor wird Halt gemacht. Alle müssen sie verschwinden.“<sup>320</sup> Die Gewaltbereitschaft der Nationalsozialisten fand eine Entsprechung in der sich radikalierenden Stimmung vor allem unter denjenigen Bauern, die von der Milch- und Holzwirtschaft abhängig waren<sup>321</sup>. Albrecht Hänlein, der Amtschef des bayerischen Landwirtschaftsministeriums, hatte am 14. Dezember 1931 berichtet: „Die Stimmung der Gebirgsbauern ist zur Zeit außerordentlich unruhig; auf die alten Bauernführer hört man nicht mehr; wie in der Revolutionszeit kommen wieder Demagogen, die längst abgehaust hatten, an die Oberfläche, sie gewinnen das Ohr der Bauern, die nunmehr falschen Propheten nachlaufen. Vertreter der Staatsregierung können sich in Versammlungen nur schwer durchsetzen, die Vertreter der alten Parteien erhalten nur dann Beifall, wenn sie in ihren Ausführungen es den neuen Propheten gleichtun.“<sup>322</sup>

Für diese Reichstagswahl wechselte Horlacher seinen langjährigen Wahlkreis. Er kandidierte nunmehr im Wahlkreis Oberbayern-Schwaben. Ein Bericht, den Hans Wutzlhofer – Geschäftsführer der BVP in der Oberpfalz – wegen des schlechten Wahlergebnisses der BVP bei der vergangenen Reichstagswahl im September 1930 verfasst hatte, lässt auf die Gründe für diesen Wechsel schließen. Wutzlhofer, der mit der Versammlungstätigkeit der Reichstagsabgeordneten in der Oberpfalz während des Wahlkampfes höchst unzufrieden war und behauptet hatte, dass „ihre Verpflichtungserklärung zum Versammlungsdienst grösstenteils auf dem Papier steht“, hatte das schlechte Wahlergebnis neben der wirtschaftlichen Lage, der Wahlmüdigkeit und der Wahlagitation der NSDAP hauptsächlich auf die „Unzufriedenheit mit den von München aus aufoktroierten Kandidaten“ zurückgeführt, wovon er auch Horlacher betroffen sah: „In bäuerlichen Kreisen wohl sehr grosse Sympathien für Dr. Horlacher, dagegen in nicht bäuerlichen Kreisen Abneigung, weil in München wohnend und ein reiner Interessenvertreter für die Landwirtschaft.“<sup>323</sup> Der Wechsel Horlachers könnte deshalb auf eine Art Kandidatenbereinigung zurückgeführt werden, da Horlacher nun in dem Wahlkreis seines Wohnortes antrat. Im oberpfälzischen BV war man über Horlachers Wechsel nicht erfreut. Darüber, so stand im *Bayerischen Bauernblatt* zu lesen, dass Horlacher „nicht mehr auf unserer Liste erscheint, hat uns nur der Umstand getröstet, daß Dr. Horlacher in Oberbayern und Schwaben an erster Stelle auf der Liste steht und so auf alle Fälle seine altbewährte Arbeitskraft dem Bauernstand für alle

<sup>320</sup> Regensburger Anzeiger vom 6. Juli 1932.

<sup>321</sup> Der Grund hierfür lag in dem Verfall der Holz-, Milch- und Viehpreise. Während der Preisindex der pflanzlichen Nahrungsmittel 1931 über das ganze Jahr hin konstant geblieben war, war der Preisindex für Vieh um rund ein Drittel gesunken, derjenige für tierische Produkte wie Milch um rund ein Fünftel (BAR vom 5. Januar 1932). Der Preis für Lang- und Papierholz war zwischen 1927/1928 und 1931 um jeweils rund zwei Drittel zurückgegangen (Bauern-Elend in bayerischen Höhegebieten, 1–34).

<sup>322</sup> BayHStA, ML 1888, ML an das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, 14. Dezember 1931.

<sup>323</sup> BayHStA, NL Heinrich Held 493, Bericht Hans Wutzlhofers über die Reichstagswahl im September 1930, 5. Februar 1931.

Zukunft erhalten bleibt“<sup>324</sup>. Am 31. Juli 1932 konnte die BVP in Horlachers neuem Wahlkreis im Vergleich zur vorhergehenden Reichstagswahl 71.200 Stimmen hinzugewinnen und ihren Anteil dadurch von 33,6 auf 36,7 Prozent erhöhen, während die NSDAP mit 27,1 Prozent um 135.900 Stimmen hinter der BVP zurückblieb<sup>325</sup>. Reichsweit brachten die Wahlen jedoch einen erdrutschartigen Sieg der NSDAP. Während die NSDAP ihre Stimmen reichsweit verdoppeln konnte, löste sie die BVP in Bayern als stärkste Kraft ab<sup>326</sup>. Gemeinsam verfügten KPD und NSDAP über eine obstruktive Mehrheit. Durch das Zusammenwirken zwischen Zentrum, BVP und NSDAP gelang es in der konstituierenden Sitzung am 30. August immerhin, die Wahl eines Reichstagspräsidiums unter Hermann Göring (1893–1946) zustande zu bringen<sup>327</sup>, bevor der Reichstag gegen die wütenden Proteste von KPD und SPD die Einberufung der nächsten Sitzung dem Präsidenten überließ<sup>328</sup>.

Die altgedienten Agrarpolitiker Schlittenbauer, Lang, Diernreiter und Gerauer schieden nun aus der Reichstagsfraktion der BVP aus. Für sie zogen junge, zwischen 1885 und 1895 geborene Abgeordnete in den Reichstag ein<sup>329</sup>. Horlacher war jedoch im Vergleich zu den gleichaltrigen neuen Gesichtern Fridolin Rothermel (1895–1955), Josef Sturm (1888–1962)<sup>330</sup> und Johann Stimmer (1892–1979)<sup>331</sup> bereits ein erfahrener Agrarpolitiker. Horlacher machte sich sofort an seine parlamentarische Arbeit, und konzipierte eine Reihe von Anträgen, die er am 6. September 1932 im *Bayerischen Bauernblatt* vorstellte, wobei er das ganze Arsenal bürokratisch-marktordnerischer Maßnahmen ausbreitete, wie es sich seit 1929 ausgebildet hatte. Zum Schutz des Gersten- und Haferbaus forderte Horlacher Einfuhrscheine und eine Weiterführung der bisherigen binnenwirtschaftlichen Stützungsmaßnahmen; zum Schutz der Holzwirtschaft schlug er die Anwendung des kompletten protektionistischen handelspolitischen und binnenwirtschaftlichen Instrumentariums (Zollerhöhungen, Verwendungszwang, Frachtverbilligung) vor, zur

<sup>324</sup> Bayerisches Bauernblatt vom 19. Juli 1932.

<sup>325</sup> Vgl. HAGMANN, Weg, 19.

<sup>326</sup> Vgl. HAGMANN, Weg, 13–16.

<sup>327</sup> Vgl. MORSEY, Untergang, 61–64.

<sup>328</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 454, Sitzung am 30. August 1932, 10f.

<sup>329</sup> Zur Zusammensetzung der Reichstagsfraktion der BVP nach der Reichstagswahl im Juli 1932 vgl. MAGA, Leicht, 260f.

<sup>330</sup> Landwirt, katholisch, geboren am 5. Februar 1888, 1913 Übernahme des elterlichen Bauernhofes in Gresselsbach (50 Hektar), Kriegsteilnehmer, Mitglied der Bezirksbauernkammer Dingolfing und der Kreisbauernkammer Niederbayern, seit 1928 Vorstandsmitglied des niederbayerischen BV, 1930 bis 1933 Präsident des niederbayerischen BV, 1932/1933 MdR für die BVP, 1933 und 1944 Schutzhaft, Zwangsverpflichtung zum Arbeitsdienst, 1945/1946 Gründungspräsident des BBV, 1946 bis 1952 Präsidiumsmitglied des BBV, 1945 bis 1962 Präsident des niederbayerischen BBV, 1945 bis 1951 Vorsitzender des Zuchtverbandes für Fleckvieh in Niederbayern, 1947 bis 1962 MdS, Mitglied der CSU, gestorben am 24. September 1962. Zu Sturm vgl. BLW vom 7. Februar 1953; SCHMÖGER, Senat, 285f.; SCHUMACHER, M.d.R., 1583.

<sup>331</sup> Landwirt, katholisch, geboren am 30. Januar 1892 in Oberornau (Bezirk Wasserburg/Inn), landwirtschaftliche Winterschule, Kriegsteilnehmer, danach Landwirt in Forsthub (Bezirk Mühldorf), Mitglied der Bezirksbauernkammer Mühldorf, Zweiter Vorsitzender des Landwirtschaftlichen Bezirksvereins Mühldorf, Vorsitzender des BV im Bezirk Mühldorf, Mitglied im Wirtschaftsbeirat der BVP, 1932/1933 MdR für die BVP, gestorben am 27. Mai 1979. Zu Stimmer vgl. BERGMANN, Bauernbund, 388; SCHUMACHER, M.d.R., 568.

Entlastung des Münchner Viehmarktes verlangte er Fleischverbilligungsscheine für Arbeitslose, eine Verbilligung der Eisenbahntarife, um die Fleischausfuhr aus Bayern zu fördern, und Verhandlungen mit Frankreich wegen der Öffnung der Grenzen für deutsches Fleisch; für die Milchwirtschaft forderte er zollpolitische Gespräche<sup>332</sup>. Am nächsten Tag empfing ihn Braun wegen dieser Forderungen, den er nach dem Gespräch optimistisch gestimmt verließ<sup>333</sup>. Aber Papen durchkreuzte Horlachers Vorhaben in der nächsten Reichstagssitzung am 12. September. Im Besitz des vollen Vertrauens des Reichspräsidenten verschaffte sich Papen eine Blankovollmacht zur Auflösung des Reichstags, da er über einen kommunistischen Misstrauensantrag zu stürzen drohte. Dabei war er bemüht, den Reichstag aufzulösen, noch bevor dieser zur Abstimmung schreiten konnte. Empört über dieses antiparlamentarische Verhalten, bewegte Leicht die Reichstagsfraktion der BVP, für den kommunistischen Misstrauensantrag zu stimmen<sup>334</sup>. Da Papen dem Reichstagspräsidenten die Vollmacht noch vor der Abstimmung übergeben hatte, war der Reichstag bereits aufgelöst, bevor das Misstrauensvotum allein gegen die Stimmen der deutschnationalen Abgeordneten angenommen wurde<sup>335</sup>. Auch Horlacher hatte sich gegen Papen gestellt und dem Misstrauensantrag zugestimmt<sup>336</sup>.

Durch die Reichstagsauflösung hatte Papen Schäffers Plan eines Kabinetts der „nationalen Konzentration“ vereitelt, das sich unter Einbeziehung der NSDAP auf eine ordnungsgemäße parlamentarische Mehrheit stützen und nicht zuletzt der Zählung der Nationalsozialisten dienen sollte<sup>337</sup>. Dabei war das Verhältnis zwischen Papen und der BVP wegen dessen eklatant verfassungswidrigen Eingreifens in die Länderrechte anlässlich des „Preußenschlages“ an einem Tiefpunkt angelangt. Papen hatte die bürgerkriegsähnlichen Unruhen am Altonaer Blutsonntag zum Anlass genommen, um aufgrund der „Notverordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen“ (16. Juni) am 20. Juli gegen die sozialdemokratisch geführte Regierung Preußens vorzugehen, die Regierung abzusetzen und sich selbst zum Reichskommissar für Preußen einzusetzen<sup>338</sup>. Schäffer fürchtete, dass der „Preußenschlag“ einen Präzedenzfall für das Verhalten der Reichsregierung gegen die übrigen Länder darstellen könnte. Anlässlich der Jahrestagung des Bayerisch-Patriotischen Bauernvereins von Tuntenhausen wurde Papen von Schäffer am 18. September 1932 deshalb

<sup>332</sup> HORLACHER, Hilfe (6. September 1932), 2.

<sup>333</sup> Agrar-Korrespondenz der Bay. Landesbauernkammer vom 10. September 1932; Bayerisches Bauernblatt vom 13. September 1932.

<sup>334</sup> Vgl. MAGA, Leicht, 264–266.

<sup>335</sup> BRÜNING, Memoiren, 628; zur Reichstagsauflösung vgl. SCHULZ, Brüning, 993–999.

<sup>336</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 454, Sitzung am 12. September 1932, 20.

<sup>337</sup> Vgl. WIESEMANN, Vorgeschichte, 131–133 und 153f. Bereits nach den bayerischen Landtagswahlen im April 1932 hatte Schäffer versucht, mit Hilfe der NSDAP ein ordnungsgemäßes Kabinett in Bayern zu schaffen und die geschäftsführende Regierung Held abzulösen. Vgl. SCHWEND, Bayerische Volkspartei, 462–464; SCHÖNHOFEN, Katholizismus, 544; WIESEMANN, Vorgeschichte, 111–120.

<sup>338</sup> Zum „Preußenschlag“ vgl. BRACHER, Auflösung, 491–526; WIESEMANN, Vorgeschichte, 120–127; WINKLER, Weimar, 485–505.

scharf angegriffen. In der Auflösung des Reichstags durch Papen erblickte er einen weiteren Schritt zur Vorbereitung eines Staatsstreiches insbesondere gegen die Länder. Er warnte vor Papens Notverordnungs politik, denn das „Schlagwort vom Präsidialkabinett wird allmählich gefährlich“. Während er für die Einbeziehung der Nationalsozialisten in eine ordnungsgemäße schwarz-braune Koalition plädierte, warf er Papen vor, dass dieser „das Ziel der parlamentarischen Besprechungen über die Möglichkeit einer Mehrheitsbildung nicht klar erkannt hat oder nicht erkennen wollte“<sup>339</sup>. Im Gegensatz zu Schäffer, der sich in seinem Referat grundsätzlich auf den Boden der Weimarer Verfassungsordnung stellte, konzentrierte sich Heim in seiner Tuntenhauser Rede darauf, den Parlamentarismus der Weimarer Verfassung anzugreifen. Diese bezeichnete er „als die untauglichste und blödeste, die es überhaupt gegeben habe“. Der „Parlamentarismus der letzten 14 Jahre in Deutschland, der sich auf die Weimarer Verfassung aufbaut, habe [...] Bankrott gemacht“<sup>340</sup>. Heims Pläne zur Revision der Weimarer Verfassung sahen die Einführung einer zweiten berufsständisch zusammengesetzten Kammer auf Reichsebene, die weitere Stärkung des Reichspräsidenten gegenüber dem Reichstag, die Erhöhung des Wahlalters und die Einführung des Pluralwahlrechts vor. Heim beabsichtigte eine autoritäre Verfassungsrevision unter Wahrung des parlamentarischen Scheins<sup>341</sup>. Damit war die Übereinstimmung zwischen Heims Vorschlägen und Papens utopistischem Konzept des Neuen Staates zur Überwindung des liberalen Pluralismus erstaunlich weitgehend<sup>342</sup>. Seit sich Heim derart hinter Papen gestellt hatte, entwickelte sich der Bayerische Christliche Bauernverein zum Kristallisationspunkt der innerparteilichen Gegner Schäffers, der in Papens Verfassungsrevisionsplänen eine Gefahr für den Bestand der Länder erblickte<sup>343</sup>. Horlacher saß nun zwischen allen Stühlen. Heim war sein politischer Mentor. Aber Papens Wirtschaftsprogramm vom 4. September 1932 hatte der Grünen Front die geforderte grundsätzliche Abkehr von der bisherigen Handels politik auf der Grundlage der Meistbegünstigung verweigert<sup>344</sup>. Heims und Papens Pläne einer Verfassungsrevision auf berufsständischer Grundlage lehnte er ebenfalls ab<sup>345</sup>. Schließlich mussten ihn Heims Angriffe auf den Parlamentarismus in seiner Ehre als Abgeordneter

<sup>339</sup> Zur Jahrestagung des Tuntenhauser Bauernvereins am 18. September 1932 vgl. BK vom 19. September 1932; MNN vom 19. September 1932; MP vom 19. September 1932; Münchener Zeitung vom 19. September 1932; Kampf um Heimat und Scholle vom 24. September 1932.

<sup>340</sup> Zur Rede Heims vgl. BK vom 19. September 1932.

<sup>341</sup> Zu Heims Verfassungsrevisionsplänen vgl. SCHWEND, Bayerische Volkspartei, 474; BERGMANN, Bauernbund, 354; ALTENDORFER, Schäffer, 639f.; BRAUN, Existenz, 208–210. Der BV stellte sich in seiner Gesamtvorstandssitzung im September 1932 hinter die Verfassungsrevisionspläne Heims (Bayerisches Bauernblatt vom 13. September 1932).

<sup>342</sup> Zu Papens Konzept des Neuen Staates vgl. BRACHER, Auflösung, 471–479.

<sup>343</sup> Vgl. ALTENDORFER, Schäffer, 639; SCHWEND, Bayerische Volkspartei, 464–473; MAGA, Leicht, 266–269; GESSNER, Agrarverbände, 256f.; BRAUN, Existenz, 210–212.

<sup>344</sup> Zur Notverordnung vom 4. September 1932 vgl. Ministerbesprechung am 3. September 1932, in: AdR. Kabinett von Papen, 500–509.

<sup>345</sup> StadtA Regensburg, NL Heim 2608, Heim an Horlacher, 28. Januar 1933; zu Horlachers Einstellung gegenüber berufsständisch zusammengesetzten legislativen Körperschaften vgl. Kapitel IV.9.

treffen, weshalb er den Reichstag gegenüber Heim verteidigte und in Tuntenhausen am 18. September 1932 nach dem Bericht der sozialdemokratischen *Münchener Post* einen vermittelnden Standpunkt einnahm: „Da Dr. Heim sich gegenüber dem Parteiwesen in Deutschland ziemlich schroff ausgedrückt hatte, lenkte Dr. Horlacher ein und meinte, man müsse da Unterschiede machen.“<sup>346</sup>

Angesichts der Unterstützung, die Papen durch Heim erfuhr, verhielt sich Horlacher nun abwartend und distanziert zu Papen, nicht jedoch ablehnend. Vor dem Plenum der Landesbauernkammer zog er sich am 24. September 1932 anlässlich der Erstattung seines alljährlichen Tätigkeitsberichtes deshalb in erprobter Manier auf einen dezidiert unpolitischen Standpunkt zurück: „Wir stehen als Berufsvertretung auf dem Standpunkt: wenn uns eine neue Regierung etwas Gutes bringt, soll es uns recht sein; wir freuen uns darüber. Unsere Aufgabe ist nicht, Parteipolitik und Agrarpolitik miteinander zu vermengen. Es tut einem einmal wohl, wenn man auf objektivem Gebiete zusammenarbeiten kann.“<sup>347</sup> Zurückhaltend gab sich Horlacher vor allem gegenüber Papens Wirtschaftsprogramm, das am 4. September durch eine Notverordnung in Kraft gesetzt worden war, als er in seinem Hauptreferat „grundsätzliche Bemerkungen über den Stand und über die Ziele der deutschen Agrarpolitik“ machte. Horlacher forderte zum wiederholten Male die Abkehr von der bisherigen Meistbegünstigungspolitik in den Handelsverträgen zugunsten bilateraler Abkommen, um mit dem „System der gegenseitigen Berücksichtigung von wirtschaftlichen Interessen von Staat zu Staat“ dem Ziel der ernährungspolitischen Autarkie näher zu kommen. Denn „unsere gesamte Währungs- und Devisenlage, die Absperrung des Auslandsstaaten uns gegenüber, zwingt uns, das, was für uns vom Ausland entbehrlich ist, vom Ausland zu entbehren“. Als Sofortmaßnahme verlangte er die Kontingentierung der Einfuhr von Überschussprodukten wie Vieh und Milch sowie Holz und Erzeugnissen des Wein-, Obst- und Gartenbaus. Dabei stellte die Einfuhrkontingentierung ein Instrument zur Aushebelung der in den bestehenden Handelsverträgen festgeschriebenen Meistbegünstigung dar. Denn die Katastrophenklauseln der Handelsverträge erlaubten es, die Meistbegünstigungsbestimmungen im Interesse der „Erhaltung der öffentlichen Sicherheit“ mit Hilfe von Kontingentierungen zu umgehen. Wenn man aber die „Lage unserer Gebirgsbauern betrachtet und unserer Milchbauern und unserer bäuerlichen Betriebe in der Ostmark, dann kann man davon reden, daß staatspolitisch eine Gefährdung der öffentlichen inneren Sicherheit vorliegt und daß es notwendig ist hier einzugreifen“. Deshalb bedauerte es Horlacher, dass Papens Wirtschaftsprogramm nur eine allgemeine Absichtserklärung zur Einführung der landwirtschaftlichen Einfuhrkontingentierung enthielt, ohne konkrete Vorschläge zu machen. Dafür machte er den Widerstand der Industrie verantwortlich, da mittlerweile „der Hauptstoß der Großindustrie

<sup>346</sup> MP vom 19. September 1932.

<sup>347</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 4, Sitzung am 24. September 1932, 130.



und Exportindustrie gegen die Kontingentierung überhaupt eingetreten ist“. Dabei war Horlacher skeptisch, ob sich Reichsernährungsminister Braun gegen die Interessen der Industrie werde durchsetzen können: Er begrüßte es, „daß der Reichsernährungsminister diesen Weg beschritten hat, wir hoffen aber, daß er im Kabinett so stark ist, ihn durchzuführen“<sup>348</sup>.

Der Vorschlag, die Handelsverträge mit Hilfe von Kontingentierungen auszuhebeln und dadurch zu einer völligen Umkehr der bisherigen Handelspolitik zu gelangen, war im Sommer 1932 innerhalb der landwirtschaftlichen Interessenvertretungen intensiv diskutiert worden<sup>349</sup>. Auftrieb hatte die Diskussion bekommen, nachdem Frankreich die Kontingentierung der Einfuhr mit dem Hinweis auf die Katastrophenklausel in den Handelsverträgen zu Beginn des Jahres 1932 eingeführt hatte<sup>350</sup>. Die Diskussion hatte jedoch sogleich den Widerstand der Industrie hervorgerufen<sup>351</sup>. In Dänemark und den Niederlanden waren deutsche Industrieprodukte wegen des deutschen Butterzolls bereits boykottiert worden<sup>352</sup>. Während die Industrie aber aufgrund der Notverordnung Papens vom 4. September in den Genuss von Einstellungsprämien, Lohnkürzungen und Einschränkungen bei den Sozialleistungen gekommen war, hatte diese für die Landwirtschaft nur leichtere Steuervergünstigungen und eine unverbindliche Ankündigung von Einfuhrkontingenten gebracht<sup>353</sup>. Die in der Grünen Front zusammengeschlossenen Verbände waren empört. Am 9. September wurde Papen von den Vertretern der Grünen Front zur raschen Umsetzung der Einfuhrkontingentierung vor allem für die Produkte der Viehwirtschaft aufgefordert<sup>354</sup>. Braun erpresste Papen daraufhin mit seinem Rücktritt<sup>355</sup>. Auf der Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates am 26. September 1932 ging Braun dann in die Offensive. Er bezeichnete den mangelhaften Schutz der Veredelungsprodukte als Versäumnis. Angesichts der Überproduktion bei Getreide stellte er sich auf den Standpunkt, dass der Landwirtschaft „mit einer vernünftigen Gestaltung der Getreide- und Kartoffelpreise allein nicht geholfen

<sup>348</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 4, Sitzung am 24. September 1932, 130–134.

<sup>349</sup> Präsidium der Vereinigung des Rheinischen Bauernvereins und des Rheinischen Landbundes an Papen, 15. Juni 1932, in: AdR. Kabinett von Papen, 88–90.

<sup>350</sup> Vgl. GESSNER, Agrardepression, 65.

<sup>351</sup> Deutscher Industrie- und Handelstag an Papen, 15. Juli 1932, in: AdR. Kabinett von Papen, 223–236; Aufzeichnung des Ministerialrats Feßler über einen Empfang von Vertretern des Reichsverbandes der Deutschen Industrie bei Papen sowie über eine anschließende Besprechung der an dem Empfang beteiligten Kabinettsmitglieder am 25. August 1932, in: AdR. Kabinett von Papen, 436–444. Zum Widerstand der Industrie gegen die Kontingentierungen vgl. NEEBE, Großindustrie, 129–131; MÜLLER, Bauer, 353–356.

<sup>352</sup> Ministerbesprechung am 16. Juli 1932, in: AdR. Kabinett von Papen, 237–240, hier: 239.

<sup>353</sup> Zur Notverordnung vom 4. September 1932 vgl. Ministerbesprechung am 3. September 1932, in: AdR. Kabinett von Papen, 500–509.

<sup>354</sup> Vermerk des Ministerialrats Feßler über eine Besprechung mit Vertretern der Grünen Front am 9. September 1932, in: AdR. Kabinett von Papen, 530–537.

<sup>355</sup> Ministerbesprechung am 14. September 1932, in: AdR. Kabinett von Papen, 576–585, hier: 583f.; Vermerk des Ministerialrats Feßler über einen Empfang von Vertretern der deutschnationalen Landwirte am 16. September 1932 beim Reichskanzler, in: AdR. Kabinett von Papen, 587–589; Vermerk des Ministerialrats Feßler über eine Besprechung mit Vertretern der Spitzenverbände von Industrie, Handel und Bankgewerbe am 16. September 1932, in: AdR. Kabinett von Papen, 589–591.

werden“ könne. Deshalb gab er bekannt, dass die Reichsregierung beabsichtige, die Einfuhr verschiedener Obst- und Gemüsesorten, Butter und Käse, Schlachtrinder und bestimmter Holzsorten zu kontingentieren, wobei dies „in kürzester Zeit“ zu erwarten sei. Darüber hinaus machte er die Kündigung des deutsch-schwedischen<sup>356</sup> und des deutsch-jugoslawischen Handelsvertrages bekannt. Um die Preismisere zu kompensieren, unter der die bäuerliche Veredelungsproduktion zu leiden hatte, kündigte er umfangreiche Zinssenkungen und einen umfangreichen Vollstreckungsschutz an<sup>357</sup>. Bereits die Zeitgenossen interpretierten Brauns Rede als Erpressungsversuch angesichts der anstehenden Reichstagswahlen<sup>358</sup>. Die Grüne Front schloss sich Brauns Taktik an und drohte Papen in einem Telegramm mit dem Entzug der Unterstützung im Falle weiterer Verzögerungen bei der Einführung von Einfuhrkontingenten<sup>359</sup>. Die konzertierte Aktion von Braun und der Grünen Front hatte Erfolg. Papen revidierte seinen industriefreundlichen wirtschaftspolitischen Kurs. Zwei Notverordnungen brachten am 27. September Krediterleichterungen für die Landwirtschaft und Schutz vor Zwangsvollstreckungen<sup>360</sup>.

Das Agrarprogramm der Reichsregierung, das nun erstmals konkrete Vorschläge für die Einfuhrkontingentierungen versprach, wurde von Papen während seines Staatsbesuches in München am 12. Oktober 1932 angekündigt<sup>361</sup> und von Braun am 26. Oktober offiziell verkündet<sup>362</sup>. Während sich der Präsident des Reichsverbandes der Deutschen Industrie umgehend an Papen wandte, um seine Bedenken gegen die Kontingentierungen geltend zu machen<sup>363</sup>, schwenkte Horlacher nun endgültig in das Lager Papens ein. Als besonderes Wahlgeschenk konnte Horlacher im direkten Gespräch mit Braun eine Stützungsaktion für den hoffnungslos überfüllten Münchner Viehmarkt erreichen<sup>364</sup>. Angesichts des Widerstandes der Industrie glaubte Horlacher zwar im *Wochenblatt des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern* wenige Tage vor der Reichstagswahl, am 3. November 1932, eine skeptische Prognose über die Durchführungschancen dieses Agrarprogramms abgeben zu müssen, wobei

<sup>356</sup> Die Kündigung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages war bereits als Teil des Agrarkompromisses vom 23. Juni 1929 vereinbart worden (vgl. Kapitel VII.6). Am 31. Dezember 1929 wurde mit Schweden aber die Herausnahme von Getreide und Schweinen aus dem Handelsvertrag und die Erhöhung der darin gebundenen Rindviehzölle vereinbart, wodurch der Handelsvertrag mit Schweden weiter bestehen konnte. Vgl. WEBER, Chronik, 113.

<sup>357</sup> Rede Brauns auf der Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates am 26. September 1932, in: AdR. Kabinett von Papen, 640–645; Bayerisches Bauernblatt vom 27. September 1932; vgl. dazu auch Ministerbesprechung am 19. September 1932, in: AdR. Kabinett von Papen, 605–612, hier: 606f.; Ministerbesprechung am 23. September 1932, in: AdR. Kabinett von Papen, 623–628.

<sup>358</sup> Vgl. GESSNER, Agrardepression, 51f.

<sup>359</sup> Brandes, Kalckreuth, Hermes und Fehr an Papen, 17. Oktober 1932, in: AdR. Kabinett von Papen, 793.

<sup>360</sup> Zur Revision der Wirtschaftspolitik Papens im Herbst 1932 vgl. PETZINA, Hauptprobleme, 33f.

<sup>361</sup> Rede Papens auf der außerordentlichen Tagung des Bayerischen Industriellenverbandes in München am 12. Oktober 1932, in: AdR. Kabinett von Papen, 754–764.

<sup>362</sup> BAR vom 22. November 1932.

<sup>363</sup> Gustav Krupp von Bohlen und Halbach an Papen, 19. Oktober 1932, in: AdR. Kabinett von Papen, 801–803; vgl. dazu auch Deutscher Industrie- und Handelstag an Papen, 3. November 1932, in: AdR. Kabinett von Papen, 860–863.

<sup>364</sup> HORLACHER, Grundsätzliches (1933), 48.

er eine rasche Umsetzung der Kontingentierungen forderte, da nur so der „geradezu ins Fanatische gehende Kampf gegen die landwirtschaftliche Einfuhrkontingentierung“ beendet werden könne. Aber er sah es trotzdem als seine Aufgabe an, „unsere Landwirtschaft aufzurufen, hier mit allen Mitteln das grundsätzliche Programm der Reichsregierung zu unterstützen und hier mit allen Mitteln auch die Pläne des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft zu fördern“. Denn Horlacher hatte den Eindruck, „daß ein großer Teil der Bauern draußen diesen entscheidenden Kampf gar nicht so miterlebt, als wie es heute bei Betrachtung der Großstadtpresse geschehen sollte“<sup>365</sup>. Die Entfremdung zwischen dem Bayerischen Christlichen Bauernverein einerseits und der bayerischen Staatsregierung andererseits war an ihrem Höhepunkt angelangt. Wenige Tage bevor Horlacher dieses Bekenntnis zur Reichsregierung abgab, hatte Held auf einer Wahlveranstaltung des Zentrums in Stuttgart am 1. November mit Papen gebrochen, indem er ihn wegen dessen Vorgehens gegen Preußen als Rechtsbrecher bezeichnete<sup>366</sup>.

Die BVP schwankte im Reichstagswahlkampf zwischen dem an Papen orientierten Kurs Heims und dem Konfrontationskurs, den die bayerische Staatsregierung gegen den Reichskanzler fuhr. Während die BVP schon aufgrund ihrer weltanschaulichen Gegnerschaft zum Nationalsozialismus moderate Töne gegenüber Papen anschlug, wurde dieser von der NSDAP bekämpft und nur von der DNVP bedingungslos unterstützt<sup>367</sup>. Für Horlachers besonderen agrarpolitischen Wahlkampf stellten die Nationalsozialisten den Hauptgegner dar, da sie aus grundsätzlicher Opposition gegen Papen das von Braun propagierte Kontingentierungssystem ablehnten<sup>368</sup>. Dabei traf er am 30. Oktober im oberbayerischen Holzkirchen mit der NSDAP direkt aufeinander. Die Nationalsozialisten hielten ihre Wahlveranstaltung unmittelbar nach derjenigen der BVP im selben Saal ab und stellten sie deshalb unter das Motto: „Wer kann die Landwirtschaft retten, Eichner, Horlacher usw. oder Hitler?“ Die vorangehende Veranstaltung der BVP war von Horlacher und dem Milchpolitiker Eichner gemeinsam bestritten worden. Nach dem Urteil des *Bayerischen Bauernblattes* sei es den beiden gelungen, „die gegenwärtige Lage so zu schildern, wie sie ist, fern von aller öder Schimpferei, wie sie von anderen Seiten so gerne beliebt wird. Die Ausführungen dieser Herren brachten auch den Beweis, daß sie die Zusammenhänge kennen, die Lage durchschauen und in ihren Vorschlägen zur Besserung sich auf dem richtigen Wege befinden.“ Der Beifall, der den beiden Reichstagsabgeordneten galt, diente dem *Bayerischen Bauernblatt* als „ein Beweis des Vertrauens für diese Führer“. Dabei wurde vor allem Horlacher als Spitzenkandidat der BVP im Wahlkreis Oberbayern-Schwaben angepriesen. Er gehöre „zu den führenden Köpfen der deutschen Agrarpolitik. Durch seine bisherige Tätigkeit

<sup>365</sup> HORLACHER, Kampf (3. November 1932), 512–514.

<sup>366</sup> Zu Hells Stuttgarter Rede vgl. SCHWEND, Bayern, 477f.; SCHÖNHOFEN, Anpassung, 358.

<sup>367</sup> Zum Wahlkampf im November 1932 vgl. ALTENDORFER, Schäffer, 661f.; MÜLLER, Bauer, 360–366.

<sup>368</sup> HORLACHER, Kampf (15. November 1932), 2f.

im Reichstag hat er den Beweis erbracht, daß er immer und überall zur Stelle ist, wo es gilt, die Interessen der Landwirtschaft zu fördern und energisch zu vertreten. Bei den Zollverhandlungen der letzten Jahre, an der Beratung der Schutzmaßnahmen und an den schweren Kämpfen um die Steuerreform hat er hervorragenden Anteil. Wir können stolz sein auf einen solchen Vertreter.“<sup>369</sup> Die Lobeshymnen auf Horlacher können nicht darüber hinwegtäuschen, dass er in einem landwirtschaftlich problematischen Wahlkreis kandidierte. Aufgrund der Notlage der Vieh- und Holzwirtschaft richtete sich die Enttäuschung immer mehr gegen die Repräsentanten der etablierten Organisationen<sup>370</sup>. Die BVP behauptete sich aber gegenüber der NSDAP. Während sich die Verluste an Wählerstimmen, welche BVP und NSDAP in Horlachers Wahlkreis aufgrund der gesunkenen Wahlbeteiligung erleiden mussten, etwa auf gleicher Höhe bewegten, gelang es der BVP auf Landesebene, die NSDAP wieder zu überflügeln<sup>371</sup>.

Eine Klärung der politischen Situation brachten die Reichstagswahlen nicht. Während nur die DNVP an Papen festhalten wollte, erhob die NSDAP als stärkste Fraktion Anspruch auf die Kanzlerschaft<sup>372</sup>. Dabei betrieben Kaas und Schäffer die Beteiligung der NSDAP an einem neuen Präsidialkabinett, worin sie den einzigen verfassungskonformen Ausweg aus der Regierungskrise nach den Reichstagswahlen sahen. Sie waren nun auch bereit, Hitler als Reichskanzler zu akzeptieren<sup>373</sup>. Im Gegensatz zu Schäffer unterstützte Horlacher Papens Bemühungen um die Weiterführung seines politischen Kurses, indem er diesem unmittelbar nach der Reichstagswahl in Rundfunk und Presse sein Vertrauen aussprach<sup>374</sup>. Damit stellte er sich zu einem Zeitpunkt eindeutig gegen die BVP, als der Konflikt zwischen Bayern und dem Reich wegen der faktischen Verschmelzung der preußischen Behörden mit der Reichsverwaltung einen neuen Höhepunkt erreichte<sup>375</sup>: Während der Reichsverband der Deutschen Industrie noch vor der Reichstagswahl erreichen konnte, dass die Umsetzung der Einfuhrkontingentierungen zurückgestellt wurden<sup>376</sup>, klammerte sich Horlacher an Brauns Agrarprogramm vom Oktober. Dieses stellte er im *Bayerischen Bauernblatt* am 15. November als „das eigentliche Hilfsprogramm für den Bauern, für die Viehproduktion, für die

<sup>369</sup> Bayerisches Bauernblatt vom 1. November 1932.

<sup>370</sup> Auf dem Allgäuer Bauerntag musste sich Horlacher Ende 1932 scharfe Kritik an der Politik der Landesbauernkammer gefallen lassen. Der Zweck des Allgäuer Bauerntages bestand laut der Aussage eines Diskussionsteilnehmers darin, „den Führern ein Feuer zu machen. Ihnen müßte das Rückgrat gestärkt werden, damit sie bei den Vorstellungen in Berlin nicht die Köpfe zwischen die Füße steckten“ (Allgäuer Bauernblatt vom 24. Dezember 1932).

<sup>371</sup> Zu den Ergebnissen der Reichstagswahl im November 1932 vgl. HAGMANN, Weg, 8–15.

<sup>372</sup> Vgl. SCHULZ, Brüning, 1011–1016.

<sup>373</sup> Zu den politischen Machtverhältnissen nach der Reichstagswahl im November 1932 vgl. BRACHER, Auflösung, 575–578; MORSEY, Untergang, 74–77; WIESEMANN, Vorgeschichte, 131–133.

<sup>374</sup> HORLACHER, Kampf (15. November 1932), 2f.; HORLACHER, Zeitfragen (22. November 1932), 258.

<sup>375</sup> Held an Papen, 8. November 1932, in: AdR. Kabinett von Papen, 889–892; Besprechung mit den Minister- bzw. Staatspräsidenten von Bayern, Sachsen, Baden und Württemberg am 11. November 1932, in: AdR. Kabinett von Papen, 920–924.

<sup>376</sup> Vgl. GESSNER, Agrardepression, 48.

Milchwirtschaft, für die Holzwirtschaft, für Obst, Gemüse- und Gartenbau“ vor. Darin sah er „das Programm für die bäuerlichen Produkte, das ist die Hilfe für die klein- und mittelbäuerliche Landwirtschaft“. Horlacher begrüßte die bereits umgesetzte Butterkontingentierung als einen richtigen Anfang und lobte die Stützungskäufe auf dem Gersten- und Hafermarkt. Deshalb verteidigte Horlacher die Agrarpolitik der Reichsregierung gegen den Vorwurf der „Junkerpolitik“. Für die Verbreitung dieses Vorwurfes machte er den „Großteil der mehr von der Industrie beeinflussten Presse“ verantwortlich. Demgegenüber wollte Horlacher klarstellen, dass das Agrarprogramm Brauns mit den schon „seit langer Zeit“ von der Vereinigung der deutschen Bauernvereine erhobenen Forderungen übereinstimme. Deshalb appellierte Horlacher an seine Leser, die Regierung zu unterstützen, wobei er aber skeptisch in die Zukunft blickte: „Wir wissen genau, daß zum Gelingen allen Werkes auch das politische Vertrauen gehört. Es werden also deswegen Personen in der Regierung der Auswirkung des Vertrauens sich nicht hinderlich in den Weg stellen können.“<sup>377</sup> Horlachers Skepsis war angebracht. Papens Wirtschaftspolitik war zwischen den Interessen von Landwirtschaft und Industrie gelähmt. Aufgrund des Widerstandes der Industrie blieb es lediglich bei der Kontingentierung von Butter<sup>378</sup>; Lohnsenkungen und Sozialleistungskürzungen als Kompensation für eine weitere Ausdehnung der landwirtschaftlichen Einfuhrkontingentierungen standen für die Industrie nicht mehr zur Verfügung<sup>379</sup>.

Nachdem es Papen nicht gelungen war, die parlamentarische Unterstützung von Zentrum, BVP und NSDAP für seine Reichsreformpläne zu gewinnen, sah er sich gezwungen, am 17. November bei Hindenburg seinen Rücktritt einzureichen<sup>380</sup>, wenn es sich dabei auch nur um ein taktisches Manöver handelte. Vorher bereits hatte ihm Schleicher seine Unterstützung entzogen, da sein Ziel nicht in Papens Reichsreform, sondern in der Einbindung der NSDAP in die Regierungsverantwortung bestand<sup>381</sup>. Horlacher reagierte verbittert. Unter der Überschrift „Große Enttäuschung“ behauptete er im *Wochenblatt des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern* am 24. November 1932, dass Papens Kabinett „in weiten Kreisen der Landwirtschaft als das Kabinett, das sich die besondere Förderung des Binnenmarktes und damit der Landwirtschaft angelegen lassen sein wollte“, gegolten habe<sup>382</sup>. Für den Rücktritt Papens machte Horlacher den Einfluss der Industrie verantwortlich. Dabei nahm Horlachers Abneigung gegen die Industrie, die er seit der Wiedereinführung der Agrarzölle 1925 pflegte, geradezu psychopathologische Züge an, weshalb er sich in eine

<sup>377</sup> HORLACHER, Kampf (15. November 1932), 2f.

<sup>378</sup> Vgl. GESSNER, Agrardepression, 43–55.

<sup>379</sup> Ministerbesprechung am 3. November 1932, in: AdR. Kabinett von Papen, 863–872, hier: 864f.

<sup>380</sup> Ministerbesprechung am 17. November 1932, in: AdR. Kabinett von Papen, 956–963.

<sup>381</sup> Zu den Umständen, die zum Rücktritt Papens führten, vgl. BRACHER, Auflösung, 575–580; SCHULZ, Brüning, 1004–1016; WINKLER, Weimar, 535–544.

<sup>382</sup> HORLACHER, Enttäuschung (24. November 1932), 551–553.

Verschwörungstheorie hineinsteigerte, die mit der Realität in keiner Weise mehr übereinstimmte. Denn tatsächlich wurde Papen von einem Großteil der Industrie bis zuletzt öffentlichkeitswirksam gestützt, da sie in ihm den Garanten einer Rückkehr zu einer liberalen Wirtschaftspolitik sahen<sup>383</sup>. An den Brauereibesitzer Alfons Loibl (1882–1969)<sup>384</sup> schrieb Horlacher aber am 28. November 1932: „Ich habe noch nie etwas auf die Verhandlungen mit der Industrie gegeben. Wir ziehen jedes Mal den Kürzeren. Unsere Aufgabe muß es sein, daß wir unsere landwirtschaftlichen Forderungen als gleichberechtigt bei der Industrie anhängen. Das hat die jetzige Regierung versäumt. Sie wollte das Agrar-Programm hinten nach bringen. Nunmehr hat die Industrie ihr Programm und jetzt zeigt sich merkwürdigerweise auch, daß die Industrie an dem Herrn Reichskanzler von Papen gar kein besonderes Interesse mehr hat. So gehen die Dinge merkwürdig in der Weltgeschichte.“<sup>385</sup> Horlacher legte damit ein unfreiwilliges Zeugnis dafür ab, wie schlecht er über die tatsächlichen Vorgänge in Berlin informiert war und wie schwach seine Position in Berlin in Wirklichkeit war – im krassen Gegensatz zur Stilisierung Horlachers zu einem der bedeutendsten Agrarpolitiker Bayerns durch das *Bayerische Bauernblatt* während des Reichstagswahlkampfes.

Für Horlacher war nun die Zeit für eine grundsätzliche wirtschaftskonzeptionelle Auseinandersetzung mit der Industrie gekommen. Der Reichsverband der Deutschen Industrie hatte seit Frühjahr 1930 verstärkt den Anspruch erhoben, die maßgebende wirtschaftspolitische Organisation im Deutschen Reich zu sein und hatte deshalb in einem Memorandum vom 8. April 1930 Vorschläge zur Hilfe für die deutsche Landwirtschaft gemacht. Nach Ansicht des Reichsverbandes der Deutschen Industrie sollte diese in den Genuss von Erziehungszöllen gelangen, um sie durch strukturelle Umstellungsprozesse konkurrenzfähig und die Zölle auf Dauer entbehrlich zu machen. Vorrangig plädierte der Reichsverband der Deutschen Industrie aber für kartellartige Zusammenschlüsse in der Landwirtschaft, um die Produktion besser an den Markt anzupassen und die Produktionskosten senken zu können<sup>386</sup>. Horlacher setzte sich am 24. November 1932 im *Wochenblatt des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern* mit diesen Vorschlägen auseinander. Dabei empörte ihn vor allem der wirtschaftspolitische Führungsanspruch des Reichsverbandes der Deutschen Industrie: „Der Kampf muß aber weitergeführt werden und alles drängt darauf, daß die deutsche Landwirtschaft zu schärfster Kampfstellung gezwungen wird, nachdem die Industrie sich jetzt im besonderen Maße berufen fühlt, Führer auch in landwirtschaftlichen Dingen zu sein.“ Mittlerweile hatte sich gezeigt, dass die kartellartigen

<sup>383</sup> Vgl. NEEBE, Großindustrie, 134–139.

<sup>384</sup> Guts- und Brauereibesitzer in Siegenburg (Niederbayern), katholisch, geboren 1882, Mitbegründer der BVP, 1923 bis 1927 Präsident des Deutschen Hopfenbauvereins, 1945 Bürgermeister von Siegenburg (CSU), 1947 bis 1949 Mitglied des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (Bizone) für die CSU, gestorben 1969. Zu Alfons Loibl vgl. Die Protokolle des Bayerischen Ministerrats. Das Kabinett Ehard II, 43.

<sup>385</sup> ACDP, NL Horlacher I-129-002, Horlacher an Alfons Loibl, 28. November 1932.

<sup>386</sup> Memorandum des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, 8. April 1930, in: Politik und Wirtschaft in der Krise, 119–121; vgl. dazu GRÜBLER, Spitzenverbände, 134–140; HAUSHOFER, Ideengeschichte, 180f.

Zusammenschlüsse in der Landwirtschaft – wie sie etwa unter maßgeblicher Beteiligung Horlachers mit dem Reichsmilchgesetz eingeführt worden waren – nicht geeignet waren, rasche Hilfe zu bringen. Er wies die Vorschläge des Reichsverbandes der Deutschen Industrie deshalb zurück: „Im Gegensatz zu diesen Industriekartellen ist die Landwirtschaft der freien Preisbildung und den ungeheuren Schwankungen des Weltmarktes ausgeliefert. Hier heißt es, Angebot und Nachfrage regelt den Preis. Bei den Industriekartellen heißt es, der Preis wird geregelt durch entsprechende Maßnahmen. Der Rat an die Landwirtschaft, sich zu kartellieren, ist meines Erachtens ein schlechter Trost. Wie sollen denn die Produktionspläne für die kleinen und mittelbäuerlichen Betriebe aussehen? Wer will da unseren Herrgott ersetzen, damit für jeden einzelnen Betrieb der richtige Produktionsplan den Naturbedingungen angepasst wird?“ Horlacher sah deshalb in der Ersetzung der Schutzzölle durch Kartelle unverantwortliche Experimente, während sich die Stimmung innerhalb der Landwirtschaft immer mehr radikalisierte. „Die Zeichen stehen in der Landwirtschaft auf Sturm“, so Horlacher. Unverhohlen drückte er die Furcht um seine eigene Legitimation zur Vertretung landwirtschaftlicher Interessen aus. Denn derart „mit dem Bauerntum spielen, das heißt man die landwirtschaftlichen Führer in einem Maße vor den Kopf zu stoßen, wie es überhaupt nicht weiter auszudenken ist“. Dabei klammerte sich Horlacher in einer nur psychopathologisch zu würdigenden, geradezu verzweifelten Art und Weise an die Hoffnung, dass eine Besserung der Erzeugerpreise nur durch die Einführung des Kontingentierungssystems bewirkt werden könne<sup>387</sup>.

## 9. Zwischen Enttäuschung und Zuversicht gegenüber Schleicher

Nach der Reichstagswahl (6. November 1932) bemühte sich Schleicher selbst um das Amt des Reichskanzlers. Sein Ziel bestand darin, vor allem mit Hilfe der Gewerkschaften eine außerparlamentarische Basis für seine Regierung herzustellen, um eine Querverbindung von den bürgerlichen Parteien bis hin zur SPD zu schaffen und die NSDAP durch die Integration des Gewerkschaftsflügels um Gregor Strasser (1892–1934) zu spalten<sup>388</sup>. Nachdem diese Gespräche bekannt geworden waren, bemühte sich Horlacher am 23. November hektisch Hermes zu erreichen, um ihn aufzufordern, für die Beibehaltung des bisherigen agrarpolitischen Kurses zu sorgen. Mit Misstrauen beobachtete Horlacher diese Gespräche, wovon eine hilflos niedergeschriebene Aktennotiz vom 5. Dezember 1932 Zeugnis ablegt: „Am Mittwoch, den 23. November wollte ich nachmittags wieder mit Herrn Minister Hermes telefonieren, bekam aber nur Verbindung mit Herrn Dr. Wild. Ich wies mit allem Nachdruck darauf hin, daß die Herren der Grünen Front auf die Regierungsbildung hinsichtlich der

<sup>387</sup> HORLACHER, Enttäuschung (24. November 1932), 551–553.

<sup>388</sup> Zu Schleichers „Querfront“ vgl. BRACHER, Auflösung, 586–589; SCHULZ, Brüning, 1027–1037; WINKLER, Weimar, 550–556.

Besetzung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft unbedingt Einfluss nehmen müssen. Die Landwirtschaft kann es nicht ertragen, wenn hier ein Kurswechsel in der Agrarpolitik eintritt. Die bayerische Landwirtschaft wende sich deshalb gegen Persönlichkeiten, bei denen die Gefahr besteht, daß sie einen Kurswechsel mitbringen. Würde ein solcher Kurswechsel veranlasst werden, so müsse die bayerische Landwirtschaft mit den schärfsten Oppositionen gegen den künftigen Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft vorgehen.“<sup>389</sup> Der Inhalt dieser Aktennotiz zeigt deutlich, dass Horlacher auch eine Kanzlerschaft Schleichers unterstützen wollte, wenn nur das Reichsernährungsministerium mit einem der Grünen Front loyal gegenüberstehenden Mann besetzt werde. Parteipolitische Überlegungen spielten bei Horlacher überhaupt keine Rolle mehr. Andererseits zeugen Horlachers vergebliche Bemühungen, mit Hermes Kontakt aufzunehmen, auch von einer fortgeschrittenen Entfremdung zu diesem. Horlachers Engagement bei der Vereinigung der deutschen Bauernvereine war seit 1929 zusehends erlahmt. Eine Mitgliederversammlung hatte er letztmals 1929 besucht, eine Vorstandssitzung zuletzt im Mai 1931<sup>390</sup>. Nur im Zollausschuss und im Steuerausschuss war er bis Herbst 1932 unregelmäßig anwesend, wobei er sich auch hier immer öfter von Hundhammer vertreten ließ<sup>391</sup>, der seit 1930 in der Öffentlichkeit immer häufiger als Repräsentant des Bayerischen Christlichen Bauernvereins auftrat<sup>392</sup>.

Nachdem Papen die Unterstützung der Mehrheit seines geschäftsführend im Amt gebliebenen Kabinetts verloren hatte und Reichswehrminister Schleicher ihm die Unterstützung der Reichswehr für seine Diktaturpläne nicht garantieren wollte, ließ Hindenburg ihn fallen. Am 3. Dezember wurde Schleicher vom Reichspräsidenten mit der Regierungsbildung beauftragt. Schäffer und Kaas begrüßten die Regierungsbildung durch Schleicher zurückhaltend. Sie sahen in ihm den richtigen Mann, um die NSDAP in die Reichsregierung einzubeziehen und dadurch zu domestizieren<sup>393</sup>. Sogleich sah sich Schleicher von den verschiedenen Interessenverbänden bestürmt. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag forderte die Beibehaltung der bisherigen, auf der Meistbegünstigung basierenden Handelspolitik, warnte vor einer weiteren Einschränkung der freien Unternehmerinitiative und begrüßte die ablehnende Haltung Schleichers gegenüber

<sup>389</sup> BBV-Herrsching, Bauernkammern LBK/5, Aktennotiz Horlachers vom 5. Dezember 1932.

<sup>390</sup> ACDP, NL Hermes I-090-002, Sitzung des Vorstandes der Vereinigung der deutschen Bauernvereine am 8. Mai 1931.

<sup>391</sup> Von den elf Sitzungen des Steuerausschusses seit Herbst 1928 besuchte Horlacher nach Auskunft der Sitzungsprotokolle (Archiv des WLV, D 26, D 34, D 52 und D 57) nur vier. Im Zollausschuss war er zwischen Herbst 1928 und Herbst 1932 nach Ausweis der Sitzungsprotokolle (Archiv des WLV, D 26, D 39 und D 54) nur dreimal anwesend.

<sup>392</sup> Vgl. BRAUN, Existenz, 145f.

<sup>393</sup> Zur Bildung des Kabinetts Schleicher unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der katholischen Parteien vgl. SCHÖNHOFEN, Anpassung, 359–361; MORSEY, Untergang, 74–80.



landwirtschaftlichen Einfuhrkontingenten<sup>394</sup>. Der Deutsche Landwirtschaftsrat forderte von Schleicher dagegen die Aufgabe der Meistbegünstigung und plädierte für eine bilaterale Kontingentierungspolitik<sup>395</sup>. Schleichers Regierungserklärung, die am 15. Dezember 1932 über Rundfunk ausgestrahlt wurde, war ein Spiegelbild dieser sich widersprechenden Forderungen. Im Interesse seiner Bestrebungen, eine parteiübergreifende außerparlamentarischen Basis für seine Regierung herzustellen, beinhaltete sie lediglich vage Absichtserklärungen, ohne konkrete wirtschaftspolitische Maßnahmen vorzuschlagen. Dabei bewegte er sich in den Bahnen der bisherigen Agrarpolitik, als er eine Kombination aus handelspolitischen und binnenwirtschaftlichen Maßnahmen vorschlug, um die Preisschere zwischen landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnissen zu schließen. Sein besonderes Augenmerk wollte er auf die bisher vernachlässigten Produkte der Veredelungswirtschaft, des Gartenbaus und der Forstwirtschaft legen. Gleichzeitig machte er jedoch deutlich, dass diese Maßnahmen den industriellen Export keineswegs schädigen dürften. Denn sein erklärtes Hauptziel bestand darin, industrielle Arbeitsplätze zu schaffen und dadurch die Kaufkraft zu stärken, um die Wirtschaftskrise zu überwinden<sup>396</sup>.

Auf diese Regierungserklärung folgte zunächst agrarpolitische Untätigkeit von Seiten der Reichsregierung. Während der alte und neue Reichsernährungsminister Braun deswegen von Hermes scharf angegriffen wurde<sup>397</sup>, enthielt sich Horlacher persönlicher Angriffe. Aber reserviert verhielt sich auch er gegenüber der neuen Reichsregierung. Auf dem Allgäuer Bauerntag beklagte er sich am 21. Dezember 1932, „daß der Industrie in dem Wirtschaftsprogramm der breite Spielraum eingeräumt wurde, während man der Landwirtschaft bisher nur Versprechungen gemacht hat“. Horlacher appellierte deshalb an Schleicher, sich am Agrarprogramm Papens vom 26. Oktober zu orientieren und in begrifflicher Anlehnung an die Osthilfemaßnahmen eine „Südhilfe“ zu initiieren. Darunter verstand er Einfuhrkontingente, marktordnerische Eingriffe (Verwendungszwang, Exportsubvention, Frachtverbilligung, Deklarationszwang), steuerpolitische Maßnahmen (Senkung der Umsatzsteuer auf tierische Produkte) und einen Ausbau der kreditpolitischen Maßnahmen (Zinssenkung, Vollstreckungsschutz) zugunsten der Vieh- und Holzwirtschaft. Denn zwischen Lindau und Berchtesgaden befinde sich „heute ein ganz gefährliches Katastrophenzentrum hinsichtlich unserer Landwirtschaft“. Wegen der besonderen Abhängigkeit der Veredelungsproduktion von der Kaufkraft der Verbraucher erklärte er jedoch, das Regierungsprogramm trotz der agrarpolitischen Unbestimmtheit unterstützen zu

---

<sup>394</sup> Deutscher Industrie- und Handelskammertag an Schleicher, 8. Dezember 1932, in: AdR. Kabinett von Schleicher, 41–44.

<sup>395</sup> Deutscher Landwirtschaftsrat an Schleicher, 10. Dezember 1932, in: AdR. Kabinett von Schleicher, 66f.

<sup>396</sup> Rundfunkrede Schleichers, 15. Dezember 1932, in: AdR. Kabinett von Schleicher, 101–117, hier: 105–108.

<sup>397</sup> Vgl. BARMEYER, Hermes, 119.

wollen: „Darum wenden wir uns auch nicht gegen Ansätze eines Wirtschaftsprogramms, die der Hebung der Gesamtlage dienen.“<sup>398</sup>

Immerhin ließ die Beibehaltung Brauns auf eine nicht allzu starke Abweichung vom bisherigen agrarpolitischen Kurs hoffen. Dabei war es die mittlerweile geradezu zur politischen Sehnsucht gesteigerte Hoffnung auf stabile Regierungsverhältnisse, welche Horlacher dazu bewog, auch Schleicher zunächst im Rahmen einer wohlwollenden Distanz zu befragen. Die Vertreter der süddeutschen Landwirtschaftskammern brachten diese Sehnsucht zum Ausdruck, als sie sich in ihrer Konferenz am 23. Dezember 1932 beklagten, dass „jede der häufigen Regierungskrisen weitere Verzögerungen der vorgeschlagenen Rettungsmaßnahmen und damit neue Preisabschläge und letzten Endes die Gefährdung der Existenz unserer Landwirte mit sich bringt“. Angesichts einer Steigerung der Zwangsversteigerungen um 19,6 Prozent innerhalb von drei Monaten warnten sie Schleicher davor, „zuzuwarten, bis an die Stelle der resignierten Verzweiflung die helle Empörung tritt. Wir bitten die Reichsregierung in letzter Stunde, aus der Tatenlosigkeit der letzten Zeit hervorzutreten und durch kräftiges Anpacken endlich einmal die der Landwirtschaft gegebenen schriftlichen und mündlichen Zusagen einzulösen.“<sup>399</sup>

Die von den Vertretern der süddeutschen Landwirtschaftskammern befürchtete „helle Empörung“ kam nicht zum Ausbruch. Der Protest gegen die etablierten landwirtschaftlichen Organisationen, die für die ausbleibende Hilfe für die Vieh- und Holzwirtschaft verantwortlich gemacht wurden, fand mittlerweile in der NSDAP seinen adäquaten Ausdruck. Obwohl sich die kirchliche Bindung der Anhänger des Bayerischen Christlichen Bauernvereins noch als Hindernis gegenüber den wirtschaftspolitischen Versprechungen der NSDAP erwies<sup>400</sup>, entwickelten sich die spektakulär aufgezogenen agrarischen Propagandaveranstaltungen der NSDAP zunehmend auch in den katholischen Landstrichen Nieder- und Oberbayerns zum Magneten für unzufriedene Bauern<sup>401</sup>. Der BBB war zur vernachlässigbaren Größe geworden. Hatte er bei den Reichstagswahlen von 1928 noch 11,1 Prozent der Stimmen erzielen können, so sank er bei den Reichstagswahlen im November 1932 auf 2,7 Prozent herab. Als der BBB mit dem Tod Gandorfers am 21. August 1932 sein größtes agitatorisches Talent verloren hatte, wurde der BBB zwischen BVP und NSDAP aufgerieben. Ohne außerlandwirtschaftliche Integrationsideologie verlor das wirtschaftsegoistische Programm des BBB angesichts der weltanschaulichen Wahlkämpfe an Überzeugungskraft. Die Wähler des BBB strömten in den Wahlen des Jahres 1932 zu

<sup>398</sup> ACDP, NL Horlacher I-129-002, Michael Horlacher, Südhilfe für die Allgäuer Milchwirtschaft, undatiertes Manuskript; vgl. dazu Allgäuer Bauernblatt vom 24. Dezember 1932.

<sup>399</sup> Agrar-Korrespondenz der Bay. Landesbauernkammer vom 24. Dezember 1932.

<sup>400</sup> Vgl. BERGMANN – MEGERLE, Protest, 276; HAGMANN, Weg, 12f.; BERGMANN, Bauernbund, 351–363.

<sup>401</sup> Vgl. STÄBLER, Weltwirtschaftskrise, 324–335; HILLE, Radikalismus, 59–77.

gleichen Teilen zu BVP und NSDAP<sup>402</sup>. Auch im Bayerischen Landbund zeigten sich Auflösungserscheinungen. Der NSDAP war es bereits während Brüning's Regierungszeit gelungen, die DNVP als Partei des ländlichen Protestantismus in Ober- und Mittelfranken abzulösen. Westmittelfränkische Wahlkreise entwickelten sich zu Hochburgen der NSDAP mit überdurchschnittlichen Wahlergebnissen. Während die Mitglieder des Bayerischen Landbundes zur NSDAP überliefen, blieb dessen Organisation gegenüber den Unterwanderungsversuchen der NSDAP im Gegensatz zu den außerbayerischen Landbünden resistent, wofür Brügel und Weilnböck verantwortlich zu machen sind<sup>403</sup>. Neben dem Bayerischen Christlichen Bauernverein war es also nur die von Horlacher geführte Bayerische Landesbauernkammer, die sich gegenüber der Agitation der NSDAP als widerstandsfähig erwies: Obwohl die Nationalsozialisten bei den Bauernkammerwahlen von 1930 geringe, aber doch beachtliche Erfolge hatten erzielen und in die mittelfränkische Kreisbauernkammer einziehen können<sup>404</sup>, konnten sie aufgrund des indirekten Wahlsystems vom Plenum der Landesbauernkammer ferngehalten werden.

Nachdem sich der Reichstag am 9. Dezember 1932 nach drei Sitzungen mit den Stimmen der BVP auf unbestimmte Zeit vertagt hatte<sup>405</sup>, waren Horlachers Möglichkeiten zur parlamentarischen Interessenvertretung völlig gehemmt. An gleichen Tag trat der Steuerausschuss, dessen Mitglied Horlacher war, letztmals zusammen<sup>406</sup>. Das Zentrum aber wertete die erklärte Bereitschaft der Nationalsozialisten zur Mitarbeit am Haushalt für 1932 als Anzeichen für eine Konsolidierung der politischen Lage. Am 4. Januar 1933 beschloss der Ältestenrat auf Antrag des Zentrums, die Wiederaufnahme der Plenarsitzungen auf den 24. Januar 1933 zu verschieben, um die erhoffte politische Konsolidierung nicht durch parlamentarische Wortgefechte zu stören<sup>407</sup>. In der Hoffnung auf die Wiederaufnahme einer geregelten parlamentarischen Tätigkeit entfalteten die agrarischen Abgeordneten nun eine hektische Tätigkeit. Der Reichslandbund wurde am 6. Januar bei Braun vorstellig, um ihn auf die Notlage der Veredelungsbetriebe hinzuweisen und einen sofortigen Vollstreckungsstopp zu fordern<sup>408</sup>. Am 9. Januar wurde Horlacher von Heim ermahnt, angesichts der von Fehr ausgearbeiteten Anträge nun endlich seine zögerliche Haltung aufzugeben und eigene Anträge auszuarbeiten<sup>409</sup>. Horlacher arbeitete daraufhin acht Anträge aus, in denen er vor allem die

<sup>402</sup> Zum Niedergang des BBB vgl. BERGMANN, Bauernbund, 344–351; THRÄNHARDT, Wahlen, 145; WIESEMANN, Vorgeschichte, 193f.

<sup>403</sup> Zur Unterwanderung der deutschen Landbünde durch die NSDAP vgl. GIES, Darré, 51–130; MÜLLER, Bauer, 291–300; MERKENICH, Front, 319–352; zum Verhältnis zwischen Bayerischem Landbund und NSDAP vgl. KITTEL, Weimar, 161–191; HAMBRECHT, Aufstieg.

<sup>404</sup> Die NSDAP trat im schwäbischen Bezirk Lindau sowie in Mittel- und Oberfranken nicht ohne Erfolg mit eigenen Listen zu den Bauernkammernwahlen auf. Vgl. KITTEL, Weimar, 167.

<sup>405</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 455, Sitzung am 9. Dezember 1932, 57–118.

<sup>406</sup> BA Berlin, R101/1518, Sitzung des Steuerausschusses des Reichstages am 9. Dezember 1932.

<sup>407</sup> Vgl. MORSEY, Untergang, 81.

<sup>408</sup> Reichslandbund an Braun, 6. Januar 1933, in: AdR. Kabinett von Schleicher, 194–196.

<sup>409</sup> StadtA Regensburg, NL Heim 2608, Heim an Horlacher, 9. Januar 1933.

Anhebung der autonomen Zollsätze für die Veredelungswirtschaft anmahnte, die Abkehr von der Meistbegünstigung forderte, für den Hafermarkt die Forderung nach Einfuhrscheinen und Stützungsmaßnahmen erhob, für eine Biersteuersenkung zur Besserung des Gerstenmarktes plädierte, für den Käsemarkt Verwendungszwang und Zollerhöhungen vorschlug und die entsprechenden handelspolitischen und binnenwirtschaftlichen Maßnahmen für den Holzmarkt forderte<sup>410</sup>.

Zur Bekräftigung seiner Forderungen auf dem Gebiet der Veredelungswirtschaft sprach Horlacher am 10. Januar 1933 gemeinsam mit einer Abordnung des handelspolitischen Ausschusses des Deutschen Landwirtschaftsrates beim Reichsernährungsminister vor<sup>411</sup>. Am 11. Januar wurde das Präsidium des Reichslandbundes von Schleicher empfangen. Dieser wurde bei dieser Gelegenheit aufgefordert, Papens Versprechen einzulösen und einen vollständigen Vollstreckungsschutz anzuordnen sowie die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte zu kontingentieren und die Gelegenheit der auslaufenden Handelsverträge zu nutzen, um von der bisherigen Meistbegünstigung abzurücken. Schleicher sagte zwar die Erhöhung der autonomen Zölle für die Veredelungsprodukte zu, weigerte sich jedoch, eine konkrete Zusage zur Abkehr von der bisherigen Handelspolitik zu geben, und wehrte sich mit dem bedenkenswerten Argument gegen den Vollstreckungsschutz, dass dieser „das ganze Wirtschaftsleben zerstören“ würde<sup>412</sup>. Noch am Abend desselben Tages veröffentlichte das Präsidium des Reichslandbundes eine scharfe Erklärung gegen die Reichsregierung. Daraufhin kam es zum offenen Bruch zwischen dem Reichslandbund und Schleicher<sup>413</sup>. Dabei ging es dem bereits nationalsozialistisch unterwanderten Reichslandbund um nichts anderes, als die Ablösung Schleichers durch eine Reichsregierung unter Beteiligung der NSDAP. Dies zeigte sich deutlich, als das Reichskabinett am 16. Januar der Forderung des Reichslandbundes nach einer Ausweitung des Vollstreckungsschutzes nachkam<sup>414</sup>, und dies im Reichslandbund nicht mehr gewürdigt wurde<sup>415</sup>.

Die Vereinigung der deutschen christlichen Bauernvereine schloss sich dem Protest von Reichslandbund und NSDAP an und erhob ebenfalls am 11. Januar 1933 eine versteckte Rücktrittsforderung gegenüber Braun<sup>416</sup>. Im Gegensatz zur Berliner Zentrale näherte sich der Bayerische Christliche Bauernverein jedoch Schleicher an. Klarsichtiger als Hermes hatte Heim die Chancen von Schleichers Arbeitsbeschaffungsprogramm zur Behebung der

<sup>410</sup> Verh. d. Reichstags. Beilagen Bd. 456, Nr. 296 bis 303.

<sup>411</sup> BAR vom 14. Februar 1933.

<sup>412</sup> Besprechung des Reichskanzlers, des Reichsernährungsministers und des Reichswirtschaftsministers mit Vertretern des Reichslandbundes unter Vorsitz des Reichspräsidenten am 11. Januar 1933, in: AdR. Kabinett von Schleicher, 208–214.

<sup>413</sup> Vgl. MERKENICH, Front, 315–317; MÜLLER, Bauer, 376–379; BRACHER, Auflösung, 609f.

<sup>414</sup> Ministerbesprechung am 16. Januar 1933, in: AdR. Kabinett von Schleicher, 243–249, hier: 247f.

<sup>415</sup> Vgl. MERKENICH, Front, 318.

<sup>416</sup> Vgl. BARMAYER, Hermes, 119f. Auf Hermes lastete der Druck der mit den Landbünden bereits nahezu verschmolzenen Bauernvereine des Rheinlandes und Westfalens. Vgl. BARMAYER, Hermes, 124–127.

Preiskrise der Landwirtschaft erkannt. Auf einer Kundgebung des Bayerischen Christlichen Bauernvereins in Regensburg am 14. Januar zeigte er deutliche Sympathien für Schleichers Sozial- und Wirtschaftspolitik. Er plädierte dort für eine Verkürzung der Arbeitszeit zur Behebung der Arbeitslosigkeit und war sich sicher, dass „wir eine Wirtschaftswende erleben, nämlich das Ende der liberalen Wirtschaft, die das freie Spiel der Kräfte gepredigt hat“<sup>417</sup>. Das war auch die Ansicht Horlachers, mit dem Heim seine Rede abgestimmt hatte<sup>418</sup>. Im Zeichen dieser Annäherung bekam Horlacher am 16. Januar in einem persönlichen Gespräch mit Schleicher das Versprechen, einen Entwurf für den geforderten Verwendungszwang für inländischen Käse ausarbeiten zu lassen<sup>419</sup>. Schleicher lehnte zwar die Einfuhrkontingentierung landwirtschaftlicher Produkte wegen der befürchteten Schäden für den industriellen Export ab<sup>420</sup>, gegenüber binnenwirtschaftlichen Maßnahmen zur Stützung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise hatte er aber keine Bedenken<sup>421</sup>. Er versprach Horlacher deshalb die Einführung eines Verwendungszwanges für Käse und setzte dessen Bitte um eine Weichkäsestützungsaktion um, mit deren Durchführung die Außenstelle der Landesbauernkammer in Kempten betraut wurde<sup>422</sup>. Wenn sich Schleicher erhoffte, durch derartige Versprechungen in der süddeutschen Landwirtschaft einen Bündnispartner gefunden zu haben, so musste er aber enttäuscht werden. Tatsächlich waren die Vertreter des Bayerischen Christlichen Bauernvereins mit ihrer positiven Haltung gegenüber Schleicher nicht nur innerhalb der Vereinigung der deutschen christlichen Bauernvereine, sondern auch in der BVP isoliert. Dies zeigte sich, als es Horlacher als Mitglied der Reichstagsfraktion nicht verhindern konnte, dass Heims Rede vom 14. Januar in der Reichstagskorrespondenz der BVP als „Agrarbolschewismus“ beschimpft wurde, weshalb Heim am 28. Januar 1933 wütend und herablassend an Horlacher schrieb: „Seid Ihr bereits so ins Null herabgesunken?“<sup>423</sup>

Während Horlacher bereit war, Schleicher im Interesse einer stabilen wirtschaftlichen Entwicklung zu stützen, betrieben Schäffer und Kaas die Ablösung Schleichers durch eine verfassungsgemäße Regierungsmehrheit unter Einschluss oder Führung der NSDAP<sup>424</sup>. Schleichers Regierungserklärung vom 15. Dezember hatte nicht zu der beabsichtigten Befriedung der sozialen Gegensätze geführt, sondern zu ihrer Polarisierung beigetragen. Schleichers unentschiedene Haltung zwischen den sozial- und wirtschaftspolitischen

<sup>417</sup> Bayerisches Bauernblatt vom 24. Januar 1933.

<sup>418</sup> StadtA Regensburg, NL Heim 2608, Heim an Horlacher, 10. Januar 1933: „Lieber Doktor Horlacher! Zu meinem gestrigen Brief habe ich noch etwas nachzutragen. Da Sie am 13. Jan. mit der Partei verhandeln, ist es natürlich dringend notwendig, daß ich am 14. Jan. nichts sage was damit in Widerspruch kommt.“

<sup>419</sup> BAR vom 14. Februar 1933; MNN vom 17. Januar 1933.

<sup>420</sup> Braun an Schleicher, 5. Januar 1933, in: AdR. Kabinett von Schleicher, 186–191.

<sup>421</sup> Ministerbesprechung am 17. Januar 1933, in: AdR. Kabinett von Schleicher, 257–266, hier: 261–265.

<sup>422</sup> BAR vom 14. Februar 1933.

<sup>423</sup> StadtA Regensburg, NL Heim 2608, Heim an Horlacher, 28. Januar 1933.

<sup>424</sup> Vgl. MORSEY, Untergang, 82–86; ALTENDORFER, Schäffer, 682–692.

Interessen von Industrie, Gewerkschaften und Landwirtschaft, seine Kritik an Kapitalismus und Sozialismus gleichermaßen, die gleichzeitige Ablehnung von autoritärer Militärdiktatur und Parlamentarismus, hatte ihm einen großen Vertrauensverlust auf allen Seiten des politischen Spektrums eingebracht<sup>425</sup>. Da Schleicher deshalb ein zu erwartendes Misstrauensvotum beim Zusammentritt des Reichstags nicht zu überstehen glaubte, bat er Hindenburg darum, den Reichstag aufzulösen und die Neuwahlen verfassungswidrig „auf einige Monate“ hinauszuschieben<sup>426</sup>. Hindenburg war Schleichers Buhlen um die Gunst der Gewerkschaften zuwider. Er war unter dem Einfluss Papens und Hugenberg nicht mehr bereit, Schleicher zu stützen, und weigerte sich deshalb, dieser Bitte nachzukommen. Schleicher trat am 28. Januar 1933 zurück, am 30. Januar wurde Hitler vom Reichspräsidenten zum Reichskanzler ernannt, wobei es Papen gelungen war, BVP und Zentrum von den Regierungsverhandlungen fernzuhalten<sup>427</sup>. Es wurden also weder Schäffers Versuche zur Regierungsumbildung befriedigt, noch Horlachers Versuche, die Regierung zu stabilisieren. Resigniert stellte Horlachers *Bayerische Agrarpolitische Rundschau* am 14. Februar „wiederum eine Störung durch Regierungswechsel“ fest, denn daran war die von Schleicher zugesagte Einführung des Verwendungszwanges für inländischen Käse gescheitert<sup>428</sup>.

---

<sup>425</sup> Vgl. BRACHER, *Auflösung*, 600f.; WINKLER, *Weimar*, 562–564.

<sup>426</sup> Niederschrift aus dem Büro des Reichspräsidenten über den Empfang des Reichskanzlers durch den Reichspräsidenten am 23. Januar 1933, in: AdR. Kabinett von Schleicher, 284f.

<sup>427</sup> Zur Positionierung der BVP bei der Bildung der Regierung Hitler vgl. MORSEY, *Untergang*, 81–92; WIESEMANN, *Vorgeschichte*, 160–164; ALTENDORFER, Schäffer, 698–702.

<sup>428</sup> BAR vom 14. Februar 1933.

## IX. Im Dritten Reich (1933–1945)

### 1. Die Entdeckung der Religion als Mittel zum Kampf gegen den Nationalsozialismus

Das Erstarken des Nationalsozialismus brachte die starren Fronten zwischen den konkurrierenden landwirtschaftlichen Interessenvertretungen in Bayern in Bewegung. Am 19. Dezember 1931 riefen Heim, Fehr und Prieger zur Errichtung gemeinsamer Ausschüsse von BBB, BV und Bayerischem Landbund in allen Bezirken auf<sup>1</sup>. Schließlich scheiterten aber alle Vereinheitlichungsversuche an der Haltung Heims, der die weltanschauliche Einbettung des BV in den politischen Katholizismus nicht aufgeben wollte<sup>2</sup>. In dem Maße, in dem sich die herkömmlichen agrarpolitischen Konzepte der etablierten Agrarverbände während der Weltwirtschaftskrise als untauglich erwiesen, die Preissituation auf den Agrarmärkten im Sinne der praktischen Landwirte zu bessern, und sich diese agrarpolitischen Konzepte nicht mehr als Instrument der Mitgliederbindung eigneten, wurden die weltanschaulichen Unterschiede sowohl zwischen den Agrarverbänden als auch gegenüber der neuen nationalsozialistischen Agraragitation wieder stärker betont, um die starke kirchliche Bindung der großen Mehrheit der Landwirte verbandspolitisch auszunutzen. Horlacher hatte auf der Generalversammlung des oberbayerischen BV im April 1931 deshalb dazu aufgefordert, dass sich die „Bauern mit gleicher weltanschaulicher Grundlage zusammenschlossen zu einem bayerischen Bauernblock“<sup>3</sup>. In einem solchen Zusammenschluss erblickte Horlacher eine Notwendigkeit angesichts der Herausforderung durch die unchristliche Ideologie der wachsenden nationalsozialistischen Bewegung. Der von der Obstruktionspolitik von Reichslandbund und DNVP verursachte Fall des Butterzolls lief Horlachers Leitbild einer bürokratisch-autoritär abgesicherten wirtschaftlichen und innenpolitischen Stabilität direkt zuwider. Dieser Vorfall war es, der in Horlacher die Einsicht reifen ließ, dass eine Auseinandersetzung mit diesen, seit dem 11. Oktober 1931 auf Initiative Hugenberg in der Harzburger Front zusammengeschlossenen antirepublikanischen Organisationen nicht mehr mit wirtschaftspolitischen Argumenten geführt werden konnte, sondern nur mehr auf weltanschaulicher Grundlage. Im Plenum des Reichstages urteilte er deshalb am 11. Mai 1932 über Hugenberg: „Dem konservativen Gedanken in Deutschland auf der rechten Seite hat er den Todesstoß gegeben. (Sehr wahr! in der Mitte.) Er konnte die Grenzlinie nicht mehr halten, die Nutznießer sitzen momentan hier drüben (zu den Nationalsozialisten). Es wird im

<sup>1</sup> BSZ vom 19. Dezember 1931; BK vom 21. Januar 1932.

<sup>2</sup> Zu diesen Einigungsverhandlungen vgl. STÄBLER, Weltwirtschaftskrise, 259–271.

<sup>3</sup> BK vom 1. Mai 1931.

Interesse eines guten konservativen Staatsgedankens notwendig sein, daß diese Grenzlinie wieder einmal gezogen wird.“<sup>4</sup>

Horlacher erklärte sich deshalb bereit, an der Kommission zur Überarbeitung des Programms der Vereinigung der deutschen Bauernvereine mitzuarbeiten<sup>5</sup>, womit Hermes die sittlichen Postulate der Bauernvereinsprogrammatische gegenüber den materiellen wirtschaftspolitischen Forderungen deutlich in den Vordergrund zu rücken beabsichtigte<sup>6</sup>. Nachdem sich diese programmatische Gewichtsverlagerung seit 10. Dezember 1931 in dem neuen Namen Vereinigung der deutschen *christlichen* Bauernvereine ausdrückte, appellierte Horlacher auf der Generalversammlung des oberbayerischen BV Ende April 1932 unmittelbar vor der Landtagswahl, zuerst die „christliche Weltanschauung als granitene Grundlage der ganzen Bauernvereinsarbeit“ zu sichern und für die „Treue zur bayerischen Heimat“ zu sorgen, und erst dann in den „Kampf um die Berufsinteressen“ einzutreten. Im Unterschied zu seiner bisher an den Tag gelegten distanzierten Haltung gegenüber der BVP und ihren partikularistischen Forderungen wünschte sich Horlacher nun nicht nur „ein starkes Bayern“, sondern auch „eine starke bayerische Staatsregierung, eine starke Bayerische Volkspartei“<sup>7</sup>. Als er im Landtagswahlkampf am 20. April 1932 vor 350 Zuhörern in Landshut sprach – während die nationalsozialistische Versammlung an diesem Tag nach dem Bericht des nationalsozialistischen *Kurier für Niederbayern* 800 Zuhörer anlockte –, spannte er die Gesamtheit der in seinem rhetorischen Repertoire befindlichen bayerisch-patriotischen und christlich-agrarischen Phraseologie auf, um die BVP gegenüber den materialistischen Ideologien der Kommunisten und Nationalsozialisten weltanschaulich abzugrenzen. Am Kommunismus kritisierte er, dass dieser „ein Menschentum schaffen würde, das in Herden lebt und die Religion aus den Herzen reißen würde“. Den Nationalsozialismus bezeichnete er als „Bannerträger des Kulturkampfes“. In diesem sah er eine „eigene Weltanschauung, die mit religiöser Weltanschauung nichts zu tun habe“. Bedauerlich fand er „die Saat des Hasses, die er säe“. Offen empörte er sich über „den Terror, der von radikaler Seite heute ausgeübt wird“. Kommunisten und Nationalsozialisten gemeinsam warf er ihre Obstruktionspolitik zur Zerstörung des Staates vor, die nur zum Misstrauen des Auslandes gegenüber dem Deutschen Reich führte. Das Deutsche Reich müsse „aus dieser Bewegung wieder heraus zu einer vernünftigen Auffassung der Dinge“. Horlacher appellierte deshalb an seine Zuhörer, die wirtschaftspolitischen Forderungen zurücktreten zu lassen und mit der Stimmabgabe für die BVP „eine starke Gruppe zu schaffen, um den kommenden Kampf wirtschafts-, kultur- und

<sup>4</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 446, Sitzung am 11. Mai 1932, 2640.

<sup>5</sup> Archiv des WLW, D 38, Sitzung des Vorstandes der Vereinigung der deutschen Bauernvereine am 21. November 1930. Zu den Sitzungen dieser Programmkommission erschien Horlacher allerdings dann nicht. Er überließ die Vertretung des Bayerischen Christlichen Bauernvereins nach Auskunft der Sitzungsprotokolle (Archiv des WLW, D 40, D 41 und D 45) Heim, Hundhammer und Kropf.

<sup>6</sup> Zu diesen Bemühungen vgl. BRAUN, Existenz, 194–199; BARMEYER, Hermes, 31–42.

<sup>7</sup> Bayerisches Bauernblatt vom 3. Mai 1932.



staatspolitisch siegreich zu bestehen“. Denn es müsse „alles aufgeboten werden, daß Bayern ein starker kulturpolitischer Faktor innerhalb des Deutschen Reiches ist und bleibt“<sup>8</sup>.

Da Horlachers Strategie darin bestand, den Nationalsozialisten jegliche wirtschaftspolitische Kompetenz abzusprechen<sup>9</sup>, war es nur konsequent, dass er die Auseinandersetzung mit ihnen auf die weltanschauliche Ebene christlicher Ideale und föderalistischer Forderungen verlagerte. Dabei war er in seiner inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus darum bemüht, diesen möglichst lächerlich zu machen – um die Wähler umso nachdrücklicher von der Notwendigkeit einer von der BVP geführten Staatsregierung überzeugen zu können. Wenige Tage nach seiner Landshuter Wahlkampfredede nahm Horlacher am 22. April im *Regensburger Anzeiger* den nationalsozialistischen Rassismus unter der Überschrift „Treu bayerisch – nicht nordisch!“ aufs Korn. Horlacher stellte es als Lächerlichkeit hin, den „nordischen Herrenmenschen“ züchten zu wollen und „zu Zuchtzwecken zusammenzufassen unter staatlich anerkannten Zuchtwarten“. Dabei störte sich Horlacher vor allem an der Idealisierung des „nordischen“ Menschen, worin er eine „ungeheuerliche Beschimpfung der süddeutschen Stämme“ sah: „Es gehört schon ein großer Grad an Überheblichkeit dazu, dem deutschen Volke als alleiniges Muster der deutschen Rasse die nordisch-bestimmte Art vorzuschreiben. Das ist eine Überheblichkeit einzelner Gruppen in Nord- und Nordostdeutschland gegenüber Süddeutschland, die von den süddeutschen Stämmen und insbesondere von Bayern nicht scharf genug zurückgewiesen werden kann.“ Er wies die nationalsozialistischen Rasseideologen deshalb darauf hin, dass „die deutsche Kultur gerade auch vom Süden nach dem Norden und Südosten unter den Stämmen der Altbayern, Schwaben und Franken vorgetragen wurde“. Zur „Erhaltung einer starken bayerischen Volksauffassung“ und „als Schutz für unsere bayerische Heimat und für unsere bayerische Kultur“ plädierte er deshalb dafür, BVP zu wählen<sup>10</sup>.

Es wäre falsch, in dieser für Horlacher ungewöhnlich intensiven Betonung christlicher Ideale und föderalistischer Forderungen nur eine Wahlkampfaktik zu sehen. Horlacher war angesichts der zunehmenden bürgerkriegsähnlichen Unruhen im Deutschen Reich immer mehr um die tatsächliche moralische Stärkung des politischen Katholizismus für die von ihm erwartete blutige Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten bemüht. Als Philistersenior seiner Studentenverbindung Langobardia sah er in deren aktiven Mitgliedern „selbstlose und opferbereite Kämpfer“ in der Abwehr des Nationalsozialismus, wie er es auf dem Philisterkonvent am 17. Juli 1932 zum Ausdruck brachte. Hoffnungsvoll gestimmt, glaubte er bei ihnen das „Streben nach Verinnerlichung, nach Aufklärung über die geistig-politischen Strömungen der Zeit“ erkennen zu können. Deshalb bot er ihnen „in dieser gärenden Zeit

<sup>8</sup> Kurier für Niederbayern vom 21. April 1932.

<sup>9</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 446, Sitzung am 11. Mai 1932, 2642.

<sup>10</sup> HORLACHER, Treu bayerisch (22. April 1932), 5f.

weitab vom Elternhaus auch die ideelle Unterstützung der Alten Herrn“ an. Von diesen forderte er, dass die „katholischen Akademiker in ganz anderem Maße wie bisher sich am katholischen Leben beteiligen und mitarbeiten“. Denn die Langobardia sollte für den „sich vorbereitenden Entscheidungskampf gerüstet und mit klaren Marschzielen ausgestattet sein. Ihre Weltanschauung bedarf der Vertiefung und der festen Untermauerung.“ Horlacher bezeichnete es deshalb als Fehler, dass die Langobardia die Zusammenarbeit mit den so genannten Schlagenden Studentenverbindungen gesucht hatte: „Das Suchen nach einem Modus vivendi bzw. einem Kompromiß zwischen unserer Weltanschauung und jener der anderen allein auf dem Boden des studentischen Ehrbegriffs und der rein äußerlichen Gemeinsamkeiten hat uns von den anderen katholischen Verbänden immer weiter entfernt. Die Zeit erfordert engste Zusammenarbeit zwischen den katholischen Verbänden [...]. Der eisernen Notwendigkeit einer katholischen Einheitsfront müssen auch Prestige Gründe weichen.“ Dabei erinnerte sich Horlacher an den Akademischen Kulturkampf, dessen Ausläufer er als junger Student noch miterlebt hatte<sup>11</sup>: „Bei diesen Leuten, die heute vielfach rechtsradikal sind, ist der antikatholische Instinkt wieder erwacht. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir wie vor dem Kriege wieder allein stehen werden.“ So kämpferisch sich Horlacher in seiner Rede gab, so zweifelhaft erschien ihm jedoch der erfolgreiche Ausgang dieser Auseinandersetzung, weshalb er bereits Vorkehrungen für eine eventuelle Auflösung der Langobardia treffen wollte: „Da die Entwicklung der Dinge in Deutschland Überraschungen nicht ausschließt, muß die Frage der Sicherung unseres Vermögens im Falle der Auflösung der Verbindung und des Philistervereins Gegenstand unserer heutigen Beratung sein. Ich will damit gewiß nicht als Unke gelten, aber als der derzeit Verantwortliche halte ich es für meine Pflicht, darauf hinzuweisen.“<sup>12</sup> Horlachers Prognose sollte sich als zutreffend erweisen. Durch seine Vorsorge konnte verhindert werden, dass das Vermögen der Langobardia an die nationalsozialistischen Machthaber fiel, nachdem sie sich auf deren Druck hin am 18. Mai 1936 selbst aufgelöst hatte<sup>13</sup>.

---

<sup>11</sup> Vgl. Kapitel II.3.

<sup>12</sup> Archiv der KDStV Langobardia Bayreuth, Korrespondenzblatt des Philistervereins Langobardia vom 17. Juli 1932.

<sup>13</sup> Nachdem sich die Langobardia aufgelöst hatte, wurde das Haus der Langobardia samt seiner Ausstattung verkauft und mit dem Erlös die Verbindlichkeiten des Philistervereins (Alte Herren) beglichen sowie die Spenden der Mitglieder rückerstattet (Archiv der KDStV Langobardia Bayreuth, Nachrichtenblatt des Philistervereins Langobardia, August 1936; Nachrichtenblatt des Philistervereins Langobardia, Juli 1937). Zur Selbstauflösung der Langobardia am 18. Mai 1936 vgl. SCHIEWECK-MAUCK, Lexikon, 430. Zur Gleichschaltung und Auflösung des CV vgl. STITZ, CV, 108–360.

## 2. Der letzte Wahlkampf

Nachdem der neue Reichskanzler Hitler bei Hindenburg die Auflösung des Reichstages durchgesetzt hatte, machte er in einer Rundfunkrede am 1. Februar 1933 sämtliche Reichsregierungen seit der Novemberrevolution für die wirtschaftlich desolate Lage des Deutschen Reiches verantwortlich. Die sie stützenden Parteien wurden sämtlich als „Parteien des Marxismus und seiner Mitläufer“ diffamiert. Sie hätten „14 Jahre Zeit gehabt, ihr Können zu beweisen. Das Ergebnis ist ein Trümmerfeld“. Er selbst wollte die deutsche Wirtschaftskraft innerhalb von vier Jahren wieder zur Blüte bringen<sup>14</sup>. Am 4. Februar beschäftigte sich der Landesausschuss der BVP mit dieser Regierungserklärung. Enttäuscht darüber, bei der Regierungsbildung übergangen worden zu sein, sprach sich die BVP einmütig gegen das neue Kabinett unter Reichskanzler Hitler aus. Schäffer und Leicht interpretierten die koalitionspolitische Ausschaltung von Zentrum und BVP als Beginn einer neuen kulturkämpferischen Bewegung gegen den Katholizismus<sup>15</sup>. Horlacher sah sich mit dem BV einer völligen Umkehrung der bisherigen politischen Situation im Reichstag gegenüber. Hatte er im Reichstag im Namen des BV bisher für eine konstruktive Mitarbeit an der Regierung appelliert, so sah er sich nun in der für ihn ungewohnten Rolle eines Oppositionspolitikers ohne eine auch noch so lockere Verbindung zur Regierung. Die gouvernementale Taktik, die keine konstruktive Opposition kannte und die Horlacher gemeinsam mit den übrigen bayerischen Bauernvereinsparlamentariern trotz der ungeliebten Staatsform bisher an den Staat gebunden hatte, war nun sinnlos geworden. In dieser Situation fanden BV und BVP wieder enger zusammen. Waren die Beschlüsse des BV vom 14. Januar 1933 kurz darauf in der Reichstagskorrespondenz der BVP als „Agrarbolschewismus“ diffamiert worden<sup>16</sup>, so wurden die gleichen Beschlüsse auf der Tagung des Landesausschusses der BVP am 4. Februar 1933 ausdrücklich als Grundlage der agrarpolitischen Programmatik der BVP akzeptiert und ohne Diskussion einstimmig angenommen, nachdem sie von Horlacher vorgestellt worden waren. Horlacher „entwickelte und begründete in einer großangelegten Rede in richtunggebender Weise die Grundgedanken des Programms“. Als „Leitsätze für die deutsche Agrarpolitik“ forderte er eine „tatkraftige allgemeine Agrarpolitik mit starkem Einschlag nach der bauernpolitischen Seite“. Dazu gehörten seiner Meinung nach ein stärkerer Schutz der Veredelungswirtschaft, eine Ausdehnung der Osthilfemaßnahmen auf die bayerischen Grenzgebiete und Einfuhrkontingente „als eine Notmaßnahme zu einer Zeit, wo uns andere Maßnahmen eben nicht möglich sind. Uns ist ein wirksames zoll- und handelspolitisches System viel lieber als

<sup>14</sup> Aufruf der Reichsregierung vom 1. Februar 1933, in: Ursachen und Folgen, 15–17.

<sup>15</sup> Zu dieser Landesausschusssitzung vgl. WIESEMANN, Vorgeschichte, 185–188; SCHÖNHOFEN, Anpassung, 363–365; ALTENDORFER, Schäffer, 702–704.

<sup>16</sup> StadtA Regensburg, NL Heim 2608, Heim an Horlacher, 28. Januar 1933.

ein Notbehelf.“ Die Position des Bayerischen Christlichen Bauernvereins in der BVP war nun wieder stark geworden. Schäffer musste sich von Horlacher deshalb die negativen Folgen der auch von ihm betriebenen Ablösung Schleichers vorhalten lassen: „Durch den häufigen Wechsel in der Reichsregierung und die vielen Wahlen, die dem Regierungswechsel folgen, werden nicht nur viele Steuergelder verpulvert, sondern es werden auch immer wieder Maßnahmen, die die eine Regierung getroffen, von der anderen Regierung wieder zerschlagen. Eine gewisse Stabilität in der Regierungsführung ist unbedingt notwendig, wobei aber zu erwarten ist, daß endlich die Bedürfnisse des gesamten Bauerntums berücksichtigt werden.“<sup>17</sup>

Mit den auf den 5. März 1933 festgesetzten Reichstagswahlen wollte Hitler einen plebiszitären Akt gegen das parlamentarische Regierungssystem herbeiführen<sup>18</sup>. Der Wahlkampf fand in einer von Gewalt geprägten Atmosphäre statt, Ausschreitungen der SA begleiteten die Wahlkampfveranstaltungen der sozialistischen und bürgerlichen Parteien<sup>19</sup>. Im Reichstagswahlkampf stilisierte der Bayerische Christliche Bauernverein Horlacher zu seinem Spitzenkandidaten auf der Liste der BVP. Im *Bayerischen Bauernblatt* erklärte Heim am 28. Februar: „Die bayerischen Bauern haben alle Veranlassung, ihren verlässigen Bauernvertretern in der Bayer. Volkspartei, vor allem Dr. Horlacher, dankbar zu sein; denn wir brauchen dort Vertreter für die Bauern, nicht für die ‚Herren-Landwirte‘ des Ostens.“<sup>20</sup> Horlacher sprach am 18. Februar in Aichach „vor stark überfülltem Saale“, wie es im Bericht des *Aichacher Kurier* hieß. Horlacher wurde als „ein Führer der Partei“ vorgestellt, „der in der Lage war, aus eigenem Erleben ein anschauliches Bild von den Vorgängen und Zuständen im Reiche zu geben“. Horlacher schätzte die politische Situation äußerst pessimistisch ein: „Wir leben in einer nur noch entsetzlich zu nennenden Zeit. Überall in den deutschen Landen sehen wir Sturmzeichen [...]. Wir sind absolut nicht mehr weit entfernt von dem Bürgerkrieg.“ Während Hitler im Wahlkampf gerade auf eine polarisierende Radikalisierung setzte, hielt es Horlacher für „notwendig, daß eine starke Mitte in den Reichstag einzieht“. Während Hitler den Reichstag auflöste, um eine grundsätzliche Entscheidung gegen den Parlamentarismus herbeizuführen, beklagte sich Horlacher darüber, dass sich Hitler um die Einbindung des Zentrums und der BVP in sein Kabinett nicht ernsthaft bemüht habe. Vehement verteidigte er die Reichsregierungen der vergangenen 14 Jahre vor Hitlers Vorwurf, für die wirtschaftliche Notlage des Deutschen Reiches am Anfang des Jahres 1933 verantwortlich zu sein: „Aber wenn wir in Deutschland während dieser 14 Jahre allein so

<sup>17</sup> Zu Horlachers Rede am 4. Februar 1933 vgl. Bayerisches Bauernblatt vom 14. Februar 1933.

<sup>18</sup> Es ging Hitler nicht darum, eine regierungsfähige Mehrheit herzustellen, denn er hatte bereits deutlich gemacht, dass das Wahlergebnis keinen Einfluss auf die Zusammensetzung des Kabinetts haben werde. Vgl. BRACHER, *Stufen*, 45–53.

<sup>19</sup> Vgl. BRACHER, *Stufen*, 66–74; MORSEY, *Untergang*, 96–113; DOMRÖSE, *NS-Staat*, 328; HOEGNER, *Flucht*, 59–95.

<sup>20</sup> Bayerisches Bauernblatt vom 28. Februar 1933.

dumm in der Politik waren, dann müßte es der übrigen Welt doch gut gehen! Die Leute, die jetzt in dieser Form von ‚14 Jahren Marxismus‘ sprechen, waren froh, als der Marxist Noske nach dem Kriege die Räterepublik und die Kommunisten niederwarf. Damals war gerade von diesen Leuten nichts zu sehen. Und noch eine Frage: Wo waren diejenigen, die heute den Mund so voll nehmen, damals, als das Vorkriegssystem zusammenbrach?“ Stattdessen erinnerte Horlacher daran, dass die BVP „ja im Kampf gegen den Marxismus und den Liberalismus entstanden ist“. Er machte Hitlers Ankündigung, die deutsche Wirtschaft binnen vier Jahren saniert zu haben, lächerlich und stellte ihm Mussolini als positives Beispiel gegenüber. Dieser habe „keinen 4-Jahresplan gebracht, vielmehr waren in Italien in wenigen Wochen die Grundgesetze für den faschistischen Staat geschaffen“. Martialisch warnte er Hitler vor einem staatsstreichartigen Vorgehen gegen Bayern: „Für den Fall, daß man beabsichtigt, es in Bayern so zu machen wie in Preußen, können wir nur sagen: Ein Staatskommissar für Bayern wird seine ‚blauen Wunder‘ erleben.“ Dafür erntete er stürmischen Beifall. Schließlich appellierte Horlacher zum wiederholten Mal an die katholische Identität seiner Zuhörer. Er wehrte sich dagegen, „daß man uns vom Norden her einen Nationalismus aufdrängen will, der die Katholiken nicht mehr als vollnational ansehen will. [...] Wir wollen im christlichen Staat mit allen im Frieden leben. Aber wir wollen nicht mehr als minderwertig gelten, dagegen wehren wir uns mit aller Kraft.“ Deshalb gab er die zungenbrecherische Parole aus: „Treu-bayerisch ist genau so treudeutsch wie treu-preußisch treudeutsch ist.“ Schließlich zeigte er sich gegenüber den Anwesenden als treuer Anhänger des Hauses Wittelsbach: „Wir werden denen schon Mores lehren, die glauben, es könne einmal ein Hohenzoller über uns herrschen. Für uns gibt es nur eine Parole: Treue zu unserem Bayern, Treue unserem Hause Wittelsbach!“ Mit diesen Appellen sei es Horlacher nach dem Urteil des *Aichacher Kurier* gelungen, bei den Anwesenden die Hoffnung zu wecken, dass die BVP „aus dem neuen Kampf um Bayerns Rechte, der ihr aufgezwungen wurde, siegreich hervorgehen wird“<sup>21</sup>.

Horlacher war mittlerweile zu einem Wortführer der Monarchisten innerhalb der BVP geworden. Angesichts der bürgerkriegsähnlichen Unruhen und der offensichtlichen Arbeitsunfähigkeit des Reichstages war der Ruf nach einer starken autoritären Staatsführung innerhalb der BVP bereits seit Sommer 1932 immer lauter geworden<sup>22</sup>. Deshalb erhielt die monarchistische Bewegung in Bayern Zulauf<sup>23</sup>. Auch Horlacher war Teil der publizistischen Bewegung, die sich seit Sommer 1932 unter der maßgeblichen Führung Heims zugunsten der

<sup>21</sup> *Aichacher Kurier* vom 20. Februar 1933.

<sup>22</sup> So wurde Heim etwa von Michael Kardinal Faulhaber als der „von Gott gesandte Führer“ bezeichnet (BK vom 17. Februar 1933, Beilage „Aus Welt und Kirche“).

<sup>23</sup> Zu den monarchistischen Bestrebungen an der Jahreswende 1932/1933 vgl. ARETIN, *Regierung*, 82–92; WIESEMANN, *Vorgeschichte*, 206–244; GARNETT, *Lion*, 294–319; ALTENDORFER, *Schäffer*, 732–747; WEIß, *Kronprinz Rupprecht*, 263–272.

Restauration der Wittelsbacher aussprach<sup>24</sup>. Bereits im Landtagswahlkampf im April 1932 hatte Horlacher auf der Generalversammlung des oberbayerischen BV festgestellt, „daß sich die bayerischen Bauern gerade in dieser sturmbewegten Zeit des Repräsentanten des bayerischen Königshauses erinnern wollen, der im Gegensatz zu den Hohenzollernsprossen in letzter Zeit die größte Vornehmheit an den Tag legte“<sup>25</sup>. Es war die politische Gefahr, die nun von den Nationalsozialisten ausging, die Horlacher zum Verfechter der Monarchie werden ließ. Aber romantische Gefühle für die Wittelsbacher hegte Horlacher nie<sup>26</sup>, und vom Parlamentarismus und der politischen Funktion der Parteien wollte er auch jetzt grundsätzlich nicht abweichen<sup>27</sup>. Auf der Landesausschusssitzung der BVP am 4. Februar 1933 ging Horlacher laut eines Augenzeugenberichtes in die monarchistische Offensive. Er sprach von der „Restaurierung als nahe bevorstehend und erklärte, daß wir in Bayern keine Hohenzollern bräuchten, weil wir unsere Wittelsbacher hätten“<sup>28</sup> – und „ein Sturm ging los“, wie es in einem anderen Augenzeugenbericht hieß<sup>29</sup>. Held verhielt sich jedoch zurückhaltend gegenüber den Plänen zur Einführung der Monarchie, da er um seine eigenen Kompetenzen als Regierungschef fürchtete und der Reichsregierung keinen Anlass zum Eingreifen in Bayern bieten wollte<sup>30</sup>. Während aber Schäffer den Plan entwickelte, gerade zur Abwendung dieses Schicksals Kronprinz Rupprecht von Bayern (1869–1955) zum Generalstaatskommissar zu ernennen<sup>31</sup>, blieb Held zögerlich. Schließlich fehlte Held auch der Mut dazu, die Monarchie gegen den zu erwartenden Widerstand Hitlers einzuführen<sup>32</sup>. Die Taktik der bayerischen Staatsregierung bestand vielmehr darin, der Gefahr von massiven Eingriffen in die Länderrechte auf Grund der Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar 1933<sup>33</sup> dadurch zu entgehen, dass sie ihre nationale Zuverlässigkeit durch ein besonders scharfes Vorgehen gegen die Kommunisten auf der Grundlage dieser Ausnahmeverordnung zu demonstrieren versuchte<sup>34</sup>. Trotz aller Drohungen, die Schäffer und Horlacher gegen die Entsendung eines Reichskommissars nach Berlin richteten, demonstrierte die BVP damit,

<sup>24</sup> Vgl. ARETIN, Regierung, 75.

<sup>25</sup> Bayerisches Bauernblatt vom 3. Mai 1932.

<sup>26</sup> Vgl. Kapitel IV.10.

<sup>27</sup> StadtA Regensburg, NL Heim 2608, Heim an Horlacher, 28. Januar 1933.

<sup>28</sup> SchlossA Guttenberg, NL Georg Enoch von und zu Guttenberg, HKB Bd. 19, Brief an Guttenberg, 5. Februar 1933; vgl. ferner ARETIN, Regierung, 85.

<sup>29</sup> Aufzeichnung Faulhabers über eine Unterredung mit Joseph Maria Graf von Soden-Fraunhofen am 20. Februar 1933, in: Akten Kardinal Michael von Faulhabers, 648–650. Soden (1883–1972) war Kabinettschef des bayerischen Kronprinzen.

<sup>30</sup> Vgl. WIESEMANN, Vorgeschichte, 165–171; SCHÖNHOFEN, Anpassung, 365.

<sup>31</sup> Vgl. WIESEMANN, Vorgeschichte, 224; ALTENDORFER, Schäffer, 713f.

<sup>32</sup> Am 1. März 1933 wurde Held von Hitler darauf aufmerksam gemacht, dass die Wiedereinführung der Monarchie in Bayern „zu einer ganz schweren Katastrophe führen“ werde (Vormerkung über die Besprechung zwischen Held und Hitler am 1. März 1933, in: WIESEMANN, Vorgeschichte, 294–303, hier: 302).

<sup>33</sup> Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat, 28. Februar 1933, in: Ursachen und Folgen, 53f.

<sup>34</sup> Vgl. WIESEMANN, Vorgeschichte, 190–192.

dass sie nicht bereit war, die Bahnen der legalen Opposition gegen die Gleichschaltung Bayerns durch die nationalsozialistisch geführte Reichsregierung zu verlassen.

Mittlerweile zeichnete sich eine Entspannung auf den Agrarmärkten ab, was sich vor allem auf den Vieh- und Holzmärkten zeigte. Der neue Reichsernährungsminister Hugenberg hatte die agrarpolitische Lähmung unter Schleicher überwunden. Zupackend hatte er das Ende des deutsch-schwedischen Handelsvertrages für die Erhöhung der Vieh-, Fleisch- und Schmalzzölle genutzt. Obwohl dieser Handelsvertrag bereits unter Brauns Verantwortlichkeit gekündigt worden war, wurden die nun erfolgten Preisbesserungen der neuen Reichsregierung zugeschrieben<sup>35</sup>. Darauf musste Horlacher vor allem angesichts der anstehenden Reichstagswahlen reagieren. Er versuchte, die Bedeutung der Preisbesserungen in der *Bayerischen Agrarpolitischen Rundschau* am 21. Februar 1933 herunterzuspielen und wies darauf hin, dass die neuen zollpolitischen Maßnahmen Hugenbergs angesichts der inländischen Überproduktion von Vieh und Milch nicht ausreichten. Er gab zu bedenken, „daß hier die innerwirtschaftlichen Verhältnisse die ausschlaggebende Rolle für die Neuordnung unserer viehwirtschaftlichen Verhältnisse spielen“. Deshalb forderte er einen regulierenden Eingriff in den Viehmarkt zur „Anpassung des Viehstapels an den Bedarf“. Darüber hinaus schlug er einen massiven, über das Reichsmilchgesetz hinausgehenden Eingriff in den Milchmarkt vor. Deshalb forderte er die Verkleinerung des Butterkontingents, die Einführung der Käsekontingentierung, die Begrenzung der Margarineproduktion, den Zwang zur Beimischung von Butter zu Margarine und den Zwang zur Verwendung inländischer Rohstoffe zur Käseherstellung<sup>36</sup>.

Im Reichstagswahlkampf wurde der mittlerweile zur Bedeutungslosigkeit herabgesunkene Bayerische Bauernbund von der NSDAP als hauptsächlicher agrarpolitischer Gegner der BVP abgelöst. Dabei übernahm die NSDAP vom BBB die erprobte Taktik, der BVP agrarpolitische Untätigkeit im Reichstag vorzuwerfen. Am 27. Februar wurde die BVP im *Völkischen Beobachter* angegriffen, keine agrarpolitischen Anträge in den Reichstag eingebracht zu haben. Dagegen wehrte sich Horlacher in der am Wahltag erschienenen Ausgabe des *Bayerischen Kurier*. Während die BVP an „allen wichtigen zoll- und handelspolitischen Maßnahmen“ seit 1925 mitgewirkt habe, erinnerte er die NSDAP daran, dass sie im Unterschied zur BVP während der Kanzlerschaft Brüning gegen die Getreidezollerhöhungen gestimmt habe. Der Landwirtschaft könne nur geholfen werden, so schloss er, „wenn durch diese Wahl eine dem ganzen Volke dienende aufbauende Gesamtpolitik durch die Stärkung der Weltanschauungsparteien der Bayer. Volkspartei und des Zentrums erzwungen wird“<sup>37</sup>. Ein derartiger Appell musste aber an den Erwartungen der Wähler in dem Maße vorbeiführen, als die von der NSDAP mitgetragene Zollpolitik erste

<sup>35</sup> Vgl. WIESEMANN, Vorgeschichte, 196.

<sup>36</sup> HORLACHER, Zollerhöhungen (21. Februar 1933), 39f.

<sup>37</sup> HORLACHER, Feststellungen (5. März 1933), 1f.

positive Auswirkungen auf die Agrarpreise zeitigte. Auf dieser agrarpolitischen Grundlage gelang es der NSDAP, durch die propagandistische Ausnutzung des Reichstagsbrandes eine integrative Wirkung auf den nicht sozialistischen bäuerlichen Mittelstand auszuüben und die konfessionellen Vorbehalte gegenüber der NSDAP abzubauen<sup>38</sup>. Während der radikal antisemitischen und antikapitalistischen Agitation der NSDAP in der ländlichen Wählerschaft nun zunehmend mehr Vertrauen entgegengebracht wurde<sup>39</sup>, klangen Horlachers Appelle an die katholische Gesinnung seiner Wählerschaft unzeitgemäß. Schließlich konterkarierte Horlacher seine Bemühungen, der NSDAP wirtschaftspolitische Unfähigkeit vorzuwerfen dadurch selbst, dass er sich mitten im Wahlkampf gezwungen sah, sich mit einem agrarpolitischen Forderungskatalog an Hitler zu wenden<sup>40</sup>, womit er nichts anderes tat, als die agrarpolitische Autorität Hitlers zu unterstreichen. So gelang es der NSDAP am 5. März 1933 erstmals, massiv in die ländlichen und katholischen Wählerschichten Bayerns einzudringen und die BVP erstmals auch in Horlachers Wahlkreis Oberbayern-Schwaben zu überrunden<sup>41</sup>, wengleich es ihr weder in Bayern noch im Reich gelang, die angestrebte absolute Mehrheit zu erringen<sup>42</sup>.

### 3. Politische und berufliche Ausschaltung

Während des Wahlkampfes und der folgenden Maßnahmen der Nationalsozialisten zur Errichtung der Diktatur hatte Horlacher eine Flut an Routinearbeit zu erledigen. Am 23. Januar 1933 wurde er im bayerischen Justizministerium wegen des Vollstreckungsschutzes für landwirtschaftliche Betriebe empfangen<sup>43</sup>. Am 9. Februar wandte er sich wegen der Übertragung eines Malzkontingents für die Landshuter Malzfabrik AG an den Bund deutscher Malzfabriken<sup>44</sup>. Am 25. Februar 1933 beschäftigte ihn die Regulierung der Hopfenanbaufläche<sup>45</sup>. Am 8. März wandte er sich an das Reichsernährungsministerium wegen der Einführung einer Prüfungsmethode für Kartoffelsaatgut<sup>46</sup>. Einen Tag darauf setzte er sich auf Bitten der fränkischen Hausbrauer beim Reichsfinanzministerium gegen die Aufhebung des Zollamtes Staffelstein ein<sup>47</sup>, bat für einen Landwirt um den Erlass der

<sup>38</sup> Vgl. WIESEMANN, Vorgeschichte, 271f.

<sup>39</sup> Vgl. HILLE, Radikalismus, 75f.; STÄBLER, Weltwirtschaftskrise, 345–347.

<sup>40</sup> Agrar-Korrespondenz der Bay. Landesbauernkammer vom 13. Februar 1933.

<sup>41</sup> Während die für die BVP abgegebenen Stimmen im Vergleich zur Reichstagswahl im November 1932 nur von 463.600 auf 449.900 zurückgingen, konnte die NSDAP ihre Stimmen hauptsächlich wegen der gestiegenen Wahlbeteiligung von 321.600 auf 635.200 nahezu verdoppeln. Hatte der Anteil der NSDAP deshalb im November 1932 nur 24,6 Prozent betragen und derjenige der BVP 35,5 Prozent, so erzielte die NSDAP nun einen Anteil von 41 Prozent, während die BVP nur mehr auf 29 Prozent kam. Vgl. HAGMANN, Weg, 19.

<sup>42</sup> Vgl. HAGMANN, Weg, 16.

<sup>43</sup> ACDP, NL Horlacher I-129-002, Aktennotiz Horlachers vom 23. Januar 1933.

<sup>44</sup> ACDP, NL Horlacher I-129-002, Horlacher an den Bund deutscher Malzfabriken, 9. Februar 1933.

<sup>45</sup> ACDP, NL Horlacher I-129-002, Aktennotiz Horlachers vom 25. Februar 1933.

<sup>46</sup> ACDP, NL Horlacher I-129-002, Horlacher an das Reichsernährungsministerium, 8. März 1933.

<sup>47</sup> ACDP, NL Horlacher I-129-002, Horlacher an das Reichsfinanzministerium, 9. März 1933.



Gründerwerbssteuer<sup>48</sup> und leitete ein Gesuch auf Zinsendienstlerlass an die Deutsche Flachsbaugesellschaft weiter<sup>49</sup>. Am 9. März klagte er über gesundheitliche Probleme, sagte aber dennoch zu, am 26. März einen Vortrag bei der Hauptversammlung des Landwirtschaftlichen Vereins Ochsenfurt zu übernehmen<sup>50</sup> und an einer Sondernummer der MAAZ mitzuschreiben<sup>51</sup>. Am 18. März kümmerte sich Horlacher um einen Staatszuschuss für die Entwässerungsgenossenschaft Oberschneitbach<sup>52</sup> und versuchte einen Kredit für die Regulierung der Abens in Mainburg aufzutreiben<sup>53</sup>.

Während diese Aufzählung bürokratische Normalität suggeriert, begann sich in München der Terror der SA auszubreiten. Dieser war nicht zuletzt gegen Angehörige der BVP gerichtet, um sie zur Auflösung ihrer Partei zu bewegen<sup>54</sup>. Nun war eingetreten, was Horlacher in der letzten Plenarsitzung der Landesbauernkammer fünf Monate vorher befürchtet hatte, als er düster ahnend in die Zukunft blickend geäußert hatte, „daß das Zentrallandwirtschaftsfest 1933 veranstaltet wird, es müßte denn sein, daß unterdessen alles außer Rand und Band kommt, was wir nicht annehmen wollen“<sup>55</sup>. Die Übernahme der Regierungsgewalt in Bayern durch die Nationalsozialisten zwischen dem 5. und dem 16. März 1933 verlief für diese nahezu reibungslos. Zur Überraschung der Nationalsozialisten wurde ihr von Seiten der Staatsregierung und der BVP kaum Widerstand entgegengesetzt. Konkrete Schritte zur Wiedereinführung der Monarchie wurden nicht unternommen<sup>56</sup>. Als Schäffer versuchte, die BVP an einer bayerischen Staatsregierung unter Führung der NSDAP zu beteiligen<sup>57</sup>, wurde er vom Bayerischen Christlichen Bauernverein unterstützt. Dieser erklärte am 4. April 1933 im *Bayerischen Bauernblatt*, er stehe „hinter der nationalen Regierung, weil wir immer national waren, wir unterstützen ihre Maßnahmen zum Schutze und zur Rettung der Landwirtschaft und wir freuen uns darüber, daß die Reichsregierung in

<sup>48</sup> ACDP, NL Horlacher I-129-002, Horlacher an das Reichsfinanzministerium, 9. März 1933.

<sup>49</sup> ACDP, NL Horlacher I-129-002, Horlacher an Rechnungsoberinspektor Schnitzler, 9. März 1933.

<sup>50</sup> ACDP, NL Horlacher I-129-002, Horlacher an Regierungsrat Sauerwein, 9. März 1933.

<sup>51</sup> ACDP, NL Horlacher I-129-002, Horlacher an die MAAZ, 9. März 1933.

<sup>52</sup> ACDP, NL Horlacher I-129-002, Horlacher an Oberwerkführer Hans Wolf, 18. März 1933.

<sup>53</sup> ACDP, NL Horlacher I-129-002, Horlacher an Bezirksoberramtmann Zapf, 18. März 1933.

<sup>54</sup> Vgl. DOMRÖSE, NS-Staat, 327–356.

<sup>55</sup> Sten. Ber. Bay. Landesbauernkammer Bd. 4, Sitzung am 24. September 1932, 147.

<sup>56</sup> Während die reibungslose Machtübernahme der Nationalsozialisten in Bayern in der älteren landesgeschichtlichen Forschung als konsequente Folge der zentralistischen Verfassungsstruktur des Deutschen Reiches dargestellt und die geringe Widerstandskraft der bayerischen Staatsregierung mit deren unzureichender Bewegungsfreiheit gerechtfertigt wurde (vgl. SCHWEND, Bayern, 503–548; vgl. auch ALTENDORFER, Schäffer, 747–763), begründete die sozialgeschichtlich orientierte Forschung die Reibungslosigkeit der Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur mit dem sozioökonomischen und politischen System Bayerns, weshalb es der BVP aufgrund ihres antisozialistischen und antiparlamentarischen Selbstverständnisses nicht gelungen sei, eine Koalition mit der SPD einzugehen (vgl. WIESEMANN, Vorgeschichte, 272–283; DOMRÖSE, NS-Staat, 80–89). Mittlerweile dominiert ein Forschungsansatz, der sich um eine vermittelnde Position bemüht (vgl. ZIEGLER, Bayern, 514–531; BRAUN, Existenz, 212–222).

<sup>57</sup> SCHÖNHOFEN, Katholizismus, 549f. kommt zu dem Ergebnis, innerhalb der BVP eine „bemerkenswert große Anpassungsbereitschaft der Führungsgruppe um Schäffer“ an die NSDAP erkennen zu können. Dagegen war Horlacher an den Koalitionsverhandlungen der BVP mit der NSDAP in Bayern am 13. und 14. März 1933 nach Auskunft der Quellen nicht beteiligt. Vgl. DIERCKER, Koalitionsverhandlungen, 111–148.

letzter Zeit manche unserer vor Jahren schon erhobenen Forderungen in die Tat umgesetzt hat“<sup>58</sup>. Heim stellte auf der Gesamtvorstandssitzung des Bayerischen Christlichen Bauernvereins am 14. März 1933 eine „rein fachliche Haltung“ zur Reichsregierung in Aussicht. Er sagte zu, die Reichsregierung „in vielem von dem, was sie sich zum Programm gemacht hat“, unterstützen zu wollen. Dabei dachte er vor allem an eine Verfassungsreform, „daß der Parlamentarismus der vergangenen 14 Jahre nicht wiederkehrt“ und den „Kampf gegen den Bolschewismus“, der es notwendig mache, „alle zu sammeln, die eines guten Willens sind“<sup>59</sup>.

Während die NSDAP die Macht im Freistaat übernahm, weilte Horlacher in Berlin, wo die Vereinigung der deutschen christlichen Bauernvereine eine hektische Sitzungsaktivität entfaltete. Denn die NSDAP bereitete in der revolutionären Euphorie der gewaltsamen Tage nach dem 5. März die Gleichschaltung des landwirtschaftlichen Organisationswesens vor. Während Darré als Leiter des Agrarpolitischen Apparates der NSDAP seinen absoluten Führungsanspruch hinter dem populären Appell zur Einigung der miteinander konkurrierenden landwirtschaftlichen Interessenvertretungen verbarg<sup>60</sup>, wurde als Auftakt zur Gleichschaltung der Bauernvereine am 21. März Hermes verhaftet. Es wurde ihm vorgeworfen, Gelder veruntreut zu haben, die für die Rationalisierung des Genossenschaftswesens bestimmt waren<sup>61</sup>. Eilig wurde für den nächsten Tag eine Krisensitzung der Vorstandschaft der Vereinigung der deutschen christlichen Bauernvereine in Berlin angesetzt. Wie Vizepräsident Heinrich Stamerjohann (geb. 1871)<sup>62</sup> resigniert feststellte, sei die Versammlung zusammengerufen worden, „damit wir unsere Organisation retten, wenn noch etwas zu retten ist“. Hermann Freiherr von Lüninck (1893–1975)<sup>63</sup>, der Präsident der „Vereinigung des Rheinischen Bauernvereins und des Rheinischen Landbundes“, sah nun die Gelegenheit gekommen, die Bauernvereine mit den Landbünden zu vereinen. Hundhammer erklärte sich im Namen des Bayerischen Christlichen Bauernvereins

<sup>58</sup> Bayerisches Bauernblatt vom 4. April 1933.

<sup>59</sup> Bayerisches Bauernblatt vom 21. März 1933.

<sup>60</sup> Zur Gleichschaltung des landwirtschaftlichen Organisationswesens vgl. GIES, Darré, 131–144; BARMEYER, Hermes, 121–128; MERKENICH, Front, 346–352.

<sup>61</sup> Vgl. BARMEYER, Hermes, 123; GIES, Darré, 132f.

<sup>62</sup> Landwirt, protestantisch, geboren am 4. November 1871 in Haseldorf bei Pinneberg, landwirtschaftliche Tätigkeit im elterlichen Betrieb und auf mecklenburgischen Großgütern, anschließend selbständiger Domänenpächter, seit 1917 Besitzer des Eichenhofes bei Horst in Holstein, seit 1907 Mitglied der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein, 1927 bis 1933 Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates, seit 1920 Vorsitzender des Schleswig-Holsteinischen Bauernvereins, Vizepräsident der Vereinigung der deutschen Bauernvereine, Mitglied der DVP. Zu Stamerjohann vgl. STOLTENBERG, Strömungen.

<sup>63</sup> Agrarfunktionär, katholisch, geboren am 3. Mai 1893 bei Bestwig (Westfalen), Kriegsteilnehmer, Jurastudium, 1923 Bezirksgeschäftsführer des Rheinischen Bauernvereins in Essen, stand als Gegner des Zentrums der DNVP nahe, 1924 Stellvertretender Generalsekretär des Rheinischen Bauernvereins, 1925 Präsident der Rheinischen Landwirtschaftskammer, 1929 Präsident der Vereinigung des Rheinischen Bauernvereins und des Rheinischen Landbundes, 1931 Präsident des Rheinischen landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbandes, 1933 Ernennung zum Oberpräsidenten der Rheinprovinz durch die Nationalsozialisten, 1935 Verlust dieses Amtes, gestorben am 16. Mai 1975. Zu Lüninck vgl. HÜRTE, Lüninck, 470f.

zu einer „lokalen Bereinigung“ zwischen Landbünden und Bauernvereinen bereit. Horlacher gab sich im Gegensatz zu Hundhammer derartigen Illusionen nicht hin: „Ich sehe das Schicksal der freien Organisationen außerordentlich trübe. Daher dürfen wir keine Streitereien pflegen um Kleinigkeiten.“ Er wusste bereits von dem Vorhaben, dass das landwirtschaftliche Organisationswesen „über die Kammern aufgerollt werden“ sollte. Deshalb plädierte er dafür, den Nationalsozialisten zuvorzukommen und einen eigenen Vorschlag zur einheitlichen Gestaltung des Landwirtschaftskammerwesens im Deutschen Reich auszuarbeiten. Allerdings war die Vorstandschaft wegen der panikartigen Stimmung, die die Inhaftierung von Hermes ausgelöst hatte, nicht mehr in der Lage, konkrete Beschlüsse zu fassen<sup>64</sup>.

Aber Horlachers Warnung war zutreffend. In Bayern hatte die NSDAP bereits damit begonnen, die Führung in der Landesbauernkammer über den Umweg der Bezirks- und Kreisbauernkammern zu übernehmen. Dagegen wehrten sich Horlacher und Prieger am 25. und am 27. März mit zwei Rundschreiben an die Kreis- und Bezirksbauernkammern, in denen sie auf den unpolitischen Charakter der gesetzlichen Berufsvertretung der bayerischen Landwirtschaft pochten und Anweisungen zur Unterbindung der nationalsozialistischen Übernahmeversuche gaben<sup>65</sup>. Dabei ignorierte es Horlacher, dass er von seiner Stellung als Direktor der Landesbauernkammer bereits einen Tag beurlaubt war, als er das erste Rundschreiben verfasste<sup>66</sup>. Dies musste auf die neuen Machthaber besonders brüskierend wirken, zumal die Landesbauernkammer für diese ohnehin eine besondere Provokation darstellte, da sie mit Horlacher und Prieger noch fest in der Hand der Gegner der NSDAP war, während zahlreiche norddeutsche Landwirtschaftskammern bereits von den Nationalsozialisten und ihren deutschnationalen Parteigängern übernommen worden waren<sup>67</sup>. Entsprechend heftig fiel die Reaktion der neuen Machthaber auf das erste Rundschreiben Horlachers und Priegers aus. Unter der Überschrift „Dreister Sabotageversuch an Bayerns Erneuerung“ berichtete der *Völkische Beobachter* darüber. Nach dessen Ansicht habe sich Horlacher damit gegen die kommissarische Regierung in Bayern gestellt<sup>68</sup>. Besonders perfide wirkt der Bericht der *Nationalsozialistischen Landpost* wegen seiner doppeldeutigen Überschrift „Der ‚lebenslängliche‘ Dr. Horlacher“, womit es dessen unkündbare Stellung aufs Korn nahm. Darin gaben sich die neuen Machthaber zuversichtlich, dass es gelingen werde,

<sup>64</sup> ACDP, NL Hermes I-090-002, Sitzung des Vorstandes der Vereinigung der deutschen Bauernvereine am 22. März 1933.

<sup>65</sup> ACDP, NL Horlacher I-129-002, Horlacher und Prieger an die Kreisbauernkammern, 27. März 1933. In diesem Rundschreiben ist der Text des ersten Rundschreibens vom 25. März wiedergegeben.

<sup>66</sup> Seine Beurlaubung erfolgte auf Wunsch der neuen nationalsozialistischen Staatsregierung, wie der *Völkische Beobachter* befriedigt feststellte (Völkischer Beobachter vom 25./26. März 1933 zit. nach ACDP, NL Horlacher I-129-002, Horlacher und Prieger an die Kreisbauernkammern, 27. März 1933). Dagegen gab sich die Agrar-Korrespondenz der Bay. Landesbauernkammer vom 24. März 1933 verschämter: „Angesichts der gegenwärtigen Lage“ habe Prieger Horlacher „von sich aus“ beurlaubt und Horlachers Stellvertreter Anton Schwamberger mit der kommissarischen Führung der Geschäfte betraut.

<sup>67</sup> Vgl. GIES, Darré, 131.

<sup>68</sup> Völkischer Beobachter vom 25./26. März 1933 zit. nach ACDP, NL Horlacher I-129-002, Horlacher und Prieger an die Kreisbauernkammern, 27. März 1933.

„diesen lebenslänglich angestellten schwarzen Parteipolitiker an die frische Luft zu setzen“. Denn der neue Leiter der landwirtschaftlichen Abteilung im bayerischen Wirtschaftsministerium, Georg Luber, werde „rücksichtslos auch die letzten Reste des schwarzen Agrarbondentums“ beseitigen<sup>69</sup>.

Horlacher hatte es also nichts genutzt, dass er zwei Tage vor seiner Beurlaubung übereinstimmend mit der gesamten Reichstagsfraktion der BVP dem „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ zugestimmt hatte<sup>70</sup>, mit dem die Reichsregierung ermächtigt wurde, auch ohne Mitwirkung des Reichstages Gesetze zu erlassen<sup>71</sup>. Nachdem Hans Ritter von Lex (1893–1970) im Plenum des Reichstages im Namen der BVP Bedenken wegen der Freiheit der christlichen Kirchen, des Bestandes der Länder, der Unabhängigkeit der Justiz und der Sicherung von Eigentum und Leben sowie Besorgnis über die weitere Tätigkeit der „auf der christlich-nationalen Weltanschauung fußenden politischen, ständischen und kulturellen Verbände“ geäußert hatte, hatten sich die Abgeordneten der BVP mit unverbindlichen Zusicherungen Hitlers zufrieden gegeben<sup>72</sup>. Die BVP vertraute auf diese Zusicherungen, wollte sich nicht gegen eine als legitim anerkannte Regierungsautorität stellen und versuchte, ihre Weiterexistenz durch die Anpassung an die neuen Machthaber zu sichern<sup>73</sup>. Horlacher beugte sich der Fraktionsdisziplin nur widerwillig. Darauf deutet eine Anekdote hin, mit der ihn Josef Ostermaier – ein innerparteilicher Gegner Horlachers in der CSU – im Jahr 1946 an seine Reaktion auf die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz erinnerte: „Vielleicht ersinnen Sie sich noch, als Sie in einer bitteren Stunde des deutschen Volkes, direkt vom Reichstag kommend, in ein Münchner Weinlokal einen so gewaltigen Fetzen Rausch getragen haben, daß Ihr Auftreten die Aufmerksamkeit der gesamten Gäste auf Sie gelenkt hat, Sie als christlicher Politiker geflucht haben wie ein Reiter und Sie schließlich vor Rausch dort geweint haben, wie ein Gassenjunge.“<sup>74</sup> Glaubt man dieser Schilderung, so veranschaulicht sie Horlachers Einsicht in die Ausweglosigkeit, in die ihn seine bisherigen Bemühungen gebracht hatten, den handelspolitischen Handlungsspielraum der Reichsexekutive durch zollpolitische Ermächtigungen zu verbreitern. Denn das Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933 stellte den Schlusspunkt einer Entwicklung der

<sup>69</sup> Nationalsozialistische Landpost vom 26. März 1933 zit. nach ACDP, NL Horlacher I-129-002, Horlacher und Prieger an die Kreisbauernkammern, 27. März 1933.

<sup>70</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 457, Sitzung am 23. März 1933, 42–45.

<sup>71</sup> Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich vom 24. März 1933, in: Das „Ermächtigungsgesetz“ vom 24. März 1933, 76f.

<sup>72</sup> Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 457, Sitzung am 23. März 1933, 37f.

<sup>73</sup> Vgl. SCHÖNHOFEN, Anpassung, 372–374.

<sup>74</sup> BA Koblenz, NL Schäffer N1168/17, Ostermaier an Horlacher, 25. März 1946. Der Zweck dieses Schreibens bestand darin, Horlacher an seine eigene Rat- und Hilflosigkeit während der ersten Wochen des Hitlerregimes zu erinnern. Denn Fritz Schäffer, dessen Parteigänger Ostermaier war, wurde im Führungsstreit der CSU ab 1945 von Horlacher immer wieder wegen seiner koalitionspolitischen Bemühungen um die NSDAP angegriffen. Da Horlacher die von Ostermaier überlieferte Begebenheit in seiner Erwiderung auf dessen Brief nicht abstritt (BA Koblenz, NL Schäffer N1168/17, Horlacher an Ostermaier, 3. April 1946), kann Ostermaiers Bericht hohe Glaubwürdigkeit beanspruchen. Zu Ostermaier vgl. Die CSU 1945–1948, 1912.

zunehmenden Ausschaltung des Parlamentes dar, die auch von Horlacher durch sein stetes Eintreten für die Ausdehnung der zollpolitischen Kompetenzen der Reichsregierung zulasten des Reichstages forciert worden war<sup>75</sup>. Als nun der Bestand von BVP und BV durch die neuen Machthaber bedroht und Horlachers eigene körperliche Unversehrtheit gefährdet war, schien es für ihn keinen anderen Ausweg mehr zu geben, als dem Ermächtigungsgesetz zuzustimmen und im Übrigen auf eine kurze Dauer von Hitlers Regierung zu vertrauen. Dass er dies tatsächlich tat, zeigte sich ja daran, dass er seine Beurlaubung als Direktor der Landesbauernkammer zunächst ignorierte.

Trotz seiner Beurlaubung vertrat Horlacher die Bayerische Landesbauernkammer auf der 63. Generalversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates am 4. und 5. April 1933 in Berlin. Er konnte dies tun, da er auch nach seiner Beurlaubung ehrenamtliches Mitglied des Plenums der Landesbauernkammer blieb<sup>76</sup>. Einstimmig und ohne Widerstand akzeptierten die Delegierten die Gleichschaltung der deutschen Landwirtschaftskammern. Da die Zusammensetzung der Landwirtschaftskammern „nicht mehr den veränderten Verhältnissen“ entspreche, wurde die Reichsregierung gebeten, „in Verbindung mit der im Gange befindlichen Neubildung der freien wirtschaftspolitischen Berufsvertretungen mit größter Beschleunigung Richtlinien für die Neubildung der gesetzlichen Berufsvertretung der deutschen Land- und Forstwirtschaft aufzustellen und zur Durchführung zu bringen“<sup>77</sup>. Ohne konkrete agrarpolitische Maßnahmen anzukündigen, versprach der anwesende Reichskanzler daraufhin, für die „Erhaltung des deutschen Bauerntums“ zu sorgen. Hitlers unverbindliche Rede wurde mit stürmischem Beifall belohnt<sup>78</sup>. Der Deutsche Landwirtschaftsrat gelobte Hitler „rückhaltlose und geschlossene Gefolgschaft und Unterstützung“ in einer Entschließung, die Vizepräsident Mittermeier ohne Abstimmung als angenommen gelten ließ<sup>79</sup>.

Trotz der dadurch sanktionierten Gleichschaltung der deutschen Landwirtschaftskammern war Horlacher optimistisch, seine agrarpolitische Tätigkeit weiterführen zu können. Deshalb publizierte er weiterhin, wobei ihm nur mehr die Organe von BVP und BV offen standen. Im Organ des Wirtschaftsbeirates der BVP präsentierte er Hugenberg im April 1933 eine umfangreiche agrarpolitische Agenda. Dabei stützte er sich auf die in Regensburg am 14. Januar 1933 erhobenen Forderungen des Bayerischen Christlichen Bauernvereins. Selbstbewusst drückte Horlacher dabei seine Unzufriedenheit mit der

<sup>75</sup> Vgl. Kapitel VII.8 und VII.9 sowie Kapitel VIII.1.

<sup>76</sup> Verhandlungen der 63. Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates am 4./5. April 1933, in: Archiv des Deutschen Landwirtschaftsrats 51 (1933), 63–76.

<sup>77</sup> Verhandlungen der 63. Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates am 4./5. April 1933, in: Archiv des Deutschen Landwirtschaftsrats 51 (1933), 12f.

<sup>78</sup> Verhandlungen der 63. Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates am 4./5. April 1933, in: Archiv des Deutschen Landwirtschaftsrats 51 (1933), 41–45.

<sup>79</sup> Verhandlungen der 63. Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates am 4./5. April 1933, in: Archiv des Deutschen Landwirtschaftsrats 51 (1933), 59–62.

bisherigen Agrarpolitik der Regierung Hitler aus: „Hier sind Grundsätze festgelegt, denen die jetzige Regierung zum Teil gefolgt ist, die aber zum Teil noch erfüllt werden müssen.“<sup>80</sup> Wenn Horlacher durch derartige Artikel versuchte, auch weiterhin agrarpolitischen Gestaltungsanspruch zu erheben, so musste ihm die Art und Weise der Aufhebung der Bayerischen Landesbauernkammer am 27. April 1933 doch deutlich vor Augen führen, dass es den Nationalsozialisten dabei in erster Linie um die Ausschaltung der bisherigen politischen Gegner ging. Offenbar sollten dadurch lediglich die bisherigen Eliten verdrängt werden, während der bürokratische Apparat der Landesbauernkammer als Grundlage für die ständische Neugliederung der Landwirtschaft erhalten bleiben sollte. Denn gleichzeitig mit der Aufhebung wurde verordnet, dass das Büro der Landesbauernkammer für eine unbestimmte Übergangsfrist weiterarbeiten sollte<sup>81</sup>. Der bürokratische Apparat der Landesbauernkammer wurde nicht zerschlagen. Mit Ausnahme Horlachers wurden alle hauptamtlichen Angestellten der Landesbauernkammer übernommen<sup>82</sup>. An seine Stelle trat als kommissarischer Geschäftsführer der bisherige volkswirtschaftliche Referent Wilhelm Fehlhammer<sup>83</sup>. Prieger gab nun seinen Widerstand auf und zog sich von seinem Amt als Präsident der Landesbauernkammer zurück<sup>84</sup>. An seine Stelle setzte Luber das langjährige Parteimitglied Arthur Holzmann (1880–1969)<sup>85</sup>.

Horlachers eigentümliche Stellung zwischen bürokratischem Haupt- und politischem Ehrenamt verschaffte ihm zwar innerhalb des landwirtschaftlichen Organisationswesens eine starke Position, machte ihn jedoch bei einem Wechsel des politischen Systems angreifbar. Während er dadurch zu einer politischen Figur geworden war, die unter den veränderten politischen Vorzeichen von 1933 nicht mehr akzeptabel schien, überlebten die von ihm geschaffenen bürokratischen Strukturen den Machtwechsel. Nach Max Weber findet sich ein bürokratischer Apparat wegen seiner Unpersönlichkeit leicht bereit, „für jeden zu arbeiten, der sich der Herrschaft über ihn einmal zu bemächtigen gewusst hat. Ein rational geordnetes Beamensystem funktioniert, wenn der Feind das Gebiet besetzt, in dessen Hand unter Wechsel lediglich der obersten Spitzen tadellos weiter, weil es im Lebensinteresse aller Beteiligten, einschließlich vor allem des Feindes selbst, liegt, daß dies geschehe.“<sup>86</sup> Aus dieser bürokratischen Rationalität heraus genügte es, Horlacher und Prieger als politische

<sup>80</sup> HORLACHER, Grundsätzliches (1933), 46–49.

<sup>81</sup> Völkischer Beobachter vom 3. Mai 1933; BSZ vom 6. Mai 1933; BAR vom 16. Mai 1933; RATJEN, Bauernkammern, 156–158.

<sup>82</sup> HAUSHOFER, Leben, 40.

<sup>83</sup> Völkischer Beobachter vom 3. Mai 1933; BSZ vom 6. Mai 1933; BAR vom 16. Mai 1933.

<sup>84</sup> MNN vom 6. Mai 1933.

<sup>85</sup> Landwirt, katholisch, geboren 1880 in München, besuchte die humanistischen Gymnasien in Augsburg, München und Rosenheim, im Ersten Weltkrieg Offizier der bayerischen Armee, bewirtschaftete nach Kriegsende Gut Gutharting bei Grabenstätt und betätigte sich als Züchter von Pinzgauer Rindern, seit 1926 Mitglied der NSDAP, seit 1932 MdR für die NSDAP, Gaubauernführer von Oberbayern-Schwaben. Zu Holzmann vgl. Neue freie Volks-Zeitung vom 25. September 1933.

<sup>86</sup> WEBER, Wirtschaft (Teilband 4), 209.

Exponenten der Landesbauernkammer auszuwechseln. Horlacher verließ das Büro der Landesbauernkammer endgültig erst am 2. Mai 1933, wie sich Heinz Haushofer wehmütig erinnerte: „Er war gewesen, und ich wusste, was ich ihm verdankte. Erst solche Abschiede, wenn sie körperlich und direkt mit einem Händedruck geschehen, machen Vorgänge wie diesen wirklich bewusst.“<sup>87</sup> Obwohl Haushofer bereits seit langem nationalsozialistisches Gedankengut vertrat und für Darré publiziert hatte<sup>88</sup>, konnte er sich wegen Horlachers Entfernung nicht recht an der Machtübernahme der Nationalsozialisten erfreuen<sup>89</sup>.

Prieger war von der Endgültigkeit seines und Horlachers Ausscheidens überzeugt. Gegenüber Horlacher prophezeite er deshalb am 4. Mai 1933: „Wie die politische Lage sich entwickelt hat, glaube ich nicht, daß wir noch einmal zusammen in der Landesbauernkammer arbeiten werden.“<sup>90</sup> Prieger hatte Horlacher am 31. März 1933 im Namen des Präsidiums der Landesbauernkammer versichert, dass er nur aus politischen Gründen beurlaubt worden sei. Horlacher habe zur vollen Zufriedenheit der Kammer gearbeitet. Einen Grund, gegen ihn „disziplinarisch vorzugehen“, gebe es nicht<sup>91</sup>. Diese Bestätigung war für Horlacher von großer Bedeutung. Denn hätte es einen Grund für ein Disziplinarverfahren gegeben, hätte er entlassen werden können. So konnte er nur beurlaubt werden. Deshalb musste Holzmann Horlachers Gehalt widerwillig weiterbezahlen, weshalb er am 30. Mai gegenüber Luber darauf drängte, Horlacher zu pensionieren und die Pensionslasten auf den für die Beamten der Landesbauernkammer zuständigen Bayerischen Versorgungsverband abzuschieben<sup>92</sup>. Als Handhabe für Horlachers Pensionierung sollte das seit dem 7. April 1933 bestehende Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums dienen. Demnach konnten Beamte durch die zuständigen obersten Reichs- oder Landesbehörden bei einem um 25 Prozent verminderten Ruhegehalt entlassen werden, wenn sie „nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten“. Zur Abkürzung des Verfahrens war auch die vorzeitige Versetzung in den Ruhestand bei vollem Ruhegehalt möglich<sup>93</sup>. Da es Holzmann eilig hatte, wollte er diesen Weg beschreiten und das volle Ruhegehalt für Horlacher in Kauf nehmen. Hatte sich Holzmann dadurch eine Abkürzung des Verfahrens erhofft, wurde er jedoch bitter enttäuscht. Das Gegenteil trat ein. Der Bayerische Versorgungsverband lehnte es in Fällen der vorzeitigen Pensionierung aus politischen Gründen ab, die Versorgungslasten zu übernehmen. Dieser stellte sich schlichtweg

---

<sup>87</sup> HAUSHOFER, Leben, 40.

<sup>88</sup> Bibliothek der Familie Haushofer, *Georgica bavarica* Bd. 3, Nr. 407.

<sup>89</sup> HAUSHOFER, Leben, 40.

<sup>90</sup> BayHStA, NL Horlacher 1.2, Prieger an Horlacher, 4. Mai 1933.

<sup>91</sup> BayHStA, NL Horlacher 1.2, Prieger an Horlacher, 31. März 1933. Tatsächlich erbrachte die Prüfung der Rechnung der Landesbauernkammer das Ergebnis, dass die „gewissenhaft und sauber durchgeführten Buchführungsarbeiten, soweit sie nachgeprüft wurden, den besten Eindruck hinterließen“ (BayHStA, ML 3995, Bericht über die Prüfung der Rechnung vom 1. April 1932 bis 31. März 1933 der Bayerischen Landesbauernkammer am 3. bis 5. Mai 1933).

<sup>92</sup> BayHStA, ML 3995, Holzmann an MWi, Abteilung Landwirtschaft, 30. Mai 1933.

<sup>93</sup> Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933, in: Reich und Länder, 559–564.

auf den Standpunkt, von den neuen Vorschriften nicht betroffen zu sein und allein die Bestimmungen des Bayerischen Beamtengesetzes als maßgebend anzuerkennen. Demnach wurden Ruhegehälter nur bei Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze oder bei Eintritt der Dienstunfähigkeit infolge eines Mangels der körperlichen oder geistigen Kräfte gezahlt<sup>94</sup>, was bei Horlacher nicht der Fall war. Der Landesbauernkammer drohte nun entweder die Weiterbezahlung von Horlachers vollem Gehalt auf unbestimmte Dauer oder die Übernahme seines vollen Ruhegehaltes<sup>95</sup>.

Mittlerweile war Hugenberg gelungen, was während der vorhergehenden Präsidialkabinette stets gescheitert war: Die Milchpreise stiegen. Hugenberg hatte sein hauptsächliches Augenmerk auf die Veredelungswirtschaft gerichtet. Dabei war die Kombination aus Zollerhöhungen, Verwendungszwängen, Einfuhrkontingentierungen und Produktionsplänen identisch mit den von Horlacher erhobenen Forderungen. Auch Hugenbergs Getreidestützungsprogramm und die Ausdehnung des Vollstreckungsschutzes bewegten sich in den traditionellen Bahnen der protektionistischen Agrarpolitik, die in der Stärkung der Kaufkraft der Landwirtschaft die wesentliche Maßnahme zur Stärkung des Binnenmarktes sah<sup>96</sup>. Horlacher revidierte nun seine Einstellung zur Agrarpolitik der Reichsregierung. Im *Bayerischen Bauernblatt* wollte er am 9. Mai 1933 keine wesentlichen Unterschiede mehr zwischen seinen agrarpolitischen Forderungen und dem Landwirtschaftsprogramm der NSDAP erkennen. Er lobte Hitlers Reichstagsrede vom 23. März, in der dieser Anstrengungen zur Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft ankündigte und deren Notwendigkeit mit der Bedeutung des „deutschen Bauertums“ im Kampf gegen den Marxismus begründete. Dies sei „mit besonderer Genugtuung gerade von jenen Männern und Organisationen aufgenommen worden, die seit Jahrzehnten Volk und Nation immer auf die granitene Grundlage hingewiesen haben, die der Bauernstand für Bestand und Zukunft der Nation darstellt“. Denn das „Bauertum ist der von Natur und Gott

<sup>94</sup> BayHStA, ML 3995, Versicherungskammer an MInn, 8. Juni 1933.

<sup>95</sup> Gefährlich war es daher für Horlacher, dass gleichzeitig mit den Bemühungen um seine Pensionierung ein Verfahren wegen Meineids gegen ihn angestrengt wurde. Diesen Meineid soll Horlacher nach einem Verkehrsunfall geschworen haben (BayHStA, ML 3995, Anklageschrift des Staatsanwaltes beim Landgericht München I, 24. März 1933). Eine Anzeige gegen ihn war bereits am 2. Mai 1932 eingegangen. Der Reichstag hatte wegen seiner Auflösung die beantragte Strafverfolgung nicht mehr genehmigen können. Eine Voruntersuchung war jedoch durchgeführt worden, woraufhin Horlacher vor dem Landgericht München I angeklagt wurde (BayHStA, ML 3995, Oberstaatsanwalt beim Landgericht München I an den Generalstaatsanwalt beim Oberlandesgericht München, 27. März 1933). Horlacher wurde schließlich außer Verfolgung gesetzt (BayHStA, ML 3995, Oberstaatsanwalt beim Landgericht München I an den Generalanwalt beim Oberlandesgericht München, 9. Mai 1933). Ein Grund für die Niederschlagung des Verfahrens wird in dem Schreiben nicht genannt. Da zu diesem Verfahren im StA München keine Prozessakten überliefert sind, muss der Grund für den Ausgang dieses Meineidsverfahrens im Dunkeln bleiben. Obwohl ein Zusammenhang mit dem Vorgang seiner Verdrängung aus der Landesbauernkammer nicht nachgewiesen werden kann, lässt doch aufhorchen, dass das Verfahren ausgerechnet zu dem Zeitpunkt aufgenommen wurde, als seine politische und berufliche Ausschaltung betrieben wurde.

<sup>96</sup> Zu Hugenbergs agrarpolitischen Maßnahmen vgl. HAUSHOFER, Ideengeschichte, 188–190; GIES, Darré, 148–154; BARMMEYER, Hermes, 120f.; PETZINA, Hauptprobleme, 38–55.



gegebene Feind des Marxismus und Kommunismus“, wie es Heim stets behauptet habe<sup>97</sup>. Nur zwei Wochen später meldete sich Horlacher im *Bayerischen Bauernblatt* wieder zu Wort, um Hugenbergs regulierende Eingriffe in den Milchmarkt zu loben. Im Gegensatz zu der fordernden Sprache, die er noch im April gegenüber der Reichsregierung an den Tag gelegt hatte, drückte er nun geradezu schüchtern seine Hoffnung auf den Erfolg dieser Maßnahme aus: „Im Interesse aller wäre es erwünscht, wenn die notwendigen Preisbesserungen für den deutschen Bauern sich bald einbauen würden in eine beginnende Besserung der Gesamtwirtschaftslage.“<sup>98</sup> Für die „umfassenden Maßnahmen der Reichsregierung“ sprach ihr Horlacher am 6. Juni wiederum im *Bayerischen Bauernblatt* seinen Dank aus<sup>99</sup>. Es kann kein Zweifel bestehen, dass Horlacher mit diesen affirmativen Texten seinen beruflichen Neuanfang im landwirtschaftlichen Organisationswesen vorbereitete. Heim war noch am 21. Juni zuversichtlich, dass seinen Weggefährten eine publizistische Tätigkeit weiterhin möglich sein werde: „Darré hat an Dr. Hundhammer geschrieben wegen gemeinschaftlicher Arbeit in wirtschaftspolitischen Fragen. Dr. Hundhammer kommt heute zu mir. Wir werden hier gerne mitarbeiten. Wir verfügen doch über eine Reihe vorzüglicher Federn, und Leute wie Horlacher und Hundhammer schwimmen nicht auf der Wassersuppen.“<sup>100</sup> Diese neue Zuversicht hatte ihren Grund in den jüngsten verbandspolitischen Entwicklungen. Nachdem die Vorstandschaft der Vereinigung der deutschen christlichen Bauernvereine am 27. März Hermes fallen gelassen<sup>101</sup> und sich gemeinsam mit dem Reichslandbund und dem Agrarpolitischen Apparat der NSDAP am 4. April zur Reichsführergemeinschaft des deutschen Bauernstandes unter der Führung Darrés zusammengeschlossen hatte<sup>102</sup>, waren die Vertreter der Bauernvereine zuversichtlich, dadurch der Auflösung entgangen zu sein<sup>103</sup>.

Die nationalsozialistischen Machthaber fühlten sich jedoch in ihren neu erworbenen Machtpositionen gegenüber der Autorität der bisherigen politischen Führungspersonlichkeiten noch unsicher, weshalb kein Entgegenkommen gegenüber den alten Eliten zu erwarten war. Fehlhämmer glaubte seinen Mitarbeitern den Kontakt zu den entfernten Angestellten der Landesbauernkammer verbieten zu müssen<sup>104</sup>. Darré begann die ehemaligen Führungsschichten ganz aus dem öffentlichen Leben zu verdrängen. Signalisierten sie

<sup>97</sup> HORLACHER, Grundlagen (9. Mai 1933), 2f.

<sup>98</sup> HORLACHER, Preislage (23. Mai 1933), 2.

<sup>99</sup> HORLACHER, Milchverwertung (6. Juni 1933), 2f. und 6.

<sup>100</sup> StadtA Regensburg, NL Heim 908, Heim an Fröhlich, 21. Juni 1933.

<sup>101</sup> Zum Nachfolger von Hermes wurde der den Nationalsozialisten nahe stehende Hermann Freiherr von Lüninck bestimmt (StadtA Regensburg, NL Heim 306, Sitzung des Vorstandes und der Mitgliederversammlung der Vereinigung der deutschen christlichen Bauernvereine am 27. März 1933). Vgl. dazu BARMEYER, Hermes, 125f.; BRAUN, Existenz, 224.

<sup>102</sup> Zu dieser Reichsführergemeinschaft vgl. GIES, Darré, 134–137; BARMEYER, Hermes, 126f.; MERKENICH, Front, 346.

<sup>103</sup> ACDP, NL Hermes I-090-002, Sitzung des Vorstandes der Vereinigung der deutschen Bauernvereine am 3. Mai 1933.

<sup>104</sup> HAUSHOFER, Leben, 50.

Bereitschaft zur Mitarbeit, wurden sie ignoriert<sup>105</sup>. Vor allem Hugenbergs einseitige landwirtschaftliche Interessenpolitik erschien Darré angesichts der Zustimmung, die sie aus den Kreisen der immer noch existierenden Landbünde und der Bauernvereine erfuhr, als Gefahr<sup>106</sup>, weshalb er die Ausschaltung des Reichsernährungsministers betrieb. Darré war seit dem 12. Mai 1933 Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates, Vorsitzender der Reichsführergemeinschaft des deutschen Bauernstandes und leitete den Reichsverband landwirtschaftlicher Genossenschaften<sup>107</sup>. Damit besaß er eine nie zuvor erreichte Machtfülle innerhalb des landwirtschaftlichen Organisationswesens. Aber erst als Hitler die Gelegenheit gekommen sah, sich seines deutschnationalen Koalitionspartners zu entledigen, gelang es Darré, auch das Reichsernährungsministerium nach Hugenbergs Rücktritt am 29. Juni 1933 zu übernehmen<sup>108</sup> und dadurch einen weiteren wichtigen Schritt auf dem Weg zur Gleichschaltung der landwirtschaftlichen Institutionen und Organisationen voranzukommen.

In der Woche zuvor musste Horlachers verängstigte Gattin in seiner Abwesenheit am 21. Juni 1933 eine Hausdurchsuchung erdulden, die belastendes Material über eventuelle Kontakte Horlachers zu den österreichischen Heimwehren zu Tage bringen sollte. Da die Hausdurchsuchung in dieser Hinsicht ergebnislos verlief, wurden als belastendes Material fünf Nummern der Reichstagskorrespondenz der BVP beschlagnahmt – deren Besitz für einen Reichstagsabgeordneten der BVP jedoch kaum überraschend sein konnte<sup>109</sup>. Aber für die nationalsozialistischen Machthaber war das Fehlen von belastendem Material ohnehin nicht von Belang. Die Hausdurchsuchung diente nicht zuletzt als Einschüchterungsmaßnahme. Horlacher wurde am 26. Juni in seiner Wohnung verhaftet, um gemeinsam mit Hundhammer und zahlreichen anderen Bauernvereinspolitikern ins Gefängnis nach Stadelheim verbracht zu werden<sup>110</sup>. Horlacher befand sich nun in Schutzhaft<sup>111</sup>. Er wurde damit Opfer einer Verhaftungswelle, mit der die Nationalsozialisten die Selbstaflösung der BVP erzwingen

---

<sup>105</sup> So wurde die Bitte Priegers um Aufnahme in die NSDAP aufgrund seiner politischen Betätigung als „scharfer Gegner der NSDAP“ abgelehnt (BA Berlin, R58/236, Reichsführer SS, Chef des Sicherheitshauptamtes: Erfassung führender Männer der Systemzeit: Konfessionelle Parteien; Rechtsopposition und Reaktion [...], Juni 1939).

<sup>106</sup> Außerdem ging Hugenberg Darrés rassenideologischen Forderungen nicht weit genug. Darré wollte „den Bauern als Blutsquell des deutschen Volkes“ erhalten und in den Dienst der arischen Rasse stellen (DARRÉ, Bedeutung, 359). Deshalb forderte er: „Der Bauer muß seine Tätigkeit immer als eine Aufgabe an seinem Geschlecht und seinem Volk betrachten und niemals nur als eine rein wirtschaftliche Aufgabe, mit der man Geld verdienen kann“ (DARRÉ, Bedeutung, 359).

<sup>107</sup> Vgl. GIES, Darré, 141.

<sup>108</sup> Zur Übernahme des Reichsernährungsministeriums durch Darré vgl. GIES, Darré, 145–161.

<sup>109</sup> StA München, Polizeidirektion München 15563, Protokoll der Hausdurchsuchung bei Michael Horlacher, 21. Juni 1933.

<sup>110</sup> StA München, Polizeidirektion München 15563, Vorführungs-Note vom 26. Juni 1933; BayHStA, MInn 73690, Verzeichnis der anlässlich der Aktion gegen die Bayerische Volkspartei in Schutzhaft genommenen Personen, 1. August 1933.

<sup>111</sup> Zum Begriff der Schutzhaft als Grundlage für die Verfolgung politischer Gegner vgl. BROSZAT, Konzentrationslager, 11–13.

wollten<sup>112</sup>. Horlachers Frau richtete daraufhin ein Gesuch um Haftentlassung an die Bayerische Politische Polizei in München. Denn sie sah sich „als Frau und Mutter verpflichtet, alles zu tun, was in meinen Kräften steht, um Leben und Gesundheit des Vaters und Ehegatten zu erhalten“<sup>113</sup>. Für solche Argumente waren die nationalsozialistischen Machthaber aber kaum empfänglich. Erst als die in Stadelheim inhaftierten Mitglieder der BVP am 4. Juli die Auflösung der Partei beschlossen hatten<sup>114</sup>, wurde Horlacher gemeinsam mit den meisten seiner Mithäftlinge am 5. Juli entlassen<sup>115</sup>. Zuvor hatte er folgende Erklärung zu unterzeichnen: „Ich erkläre hiermit, mich in Zukunft von jeder Tätigkeit gegen den nationalsozialistischen Staat und für den politischen Katholizismus zu enthalten.“<sup>116</sup> Wie Horlacher diese Erfahrung der Hilflosigkeit, des Verlassenseins, der quälenden Langeweile und der Ungewissheit in der Zelle empfand und verarbeitete, ist nicht überliefert. Das erste Mal in seinem Leben war der ehemals hoch angesehene Politiker inhaftiert. Noch vor wenigen Monaten gehörte er als Direktor der Bayerischen Landesbauernkammer zur gesellschaftlichen Elite Bayerns, nun war er zusammen mit Kriminellen eingesperrt und musste sich von SA-Leuten anbrüllen und schikanieren lassen<sup>117</sup>.

Die Selbstauflösung der BVP stand am Ende einer Demoralisierungskampagne, in deren Verlauf es nicht nur zu willkürlichen Verhaftungen, sondern auch zu Versammlungsverboten, Zeitungszensur, Entlassungen und gewaltsamen Einschüchterungsversuchen kam. Eine nachhaltige Verunsicherung und Verängstigung führte zur Aufgabe jeglichen Widerstandes. Selbstüberschätzung und Fehltritte über den revolutionären Charakter der nationalsozialistischen Bewegung bewirkten, dass die in der BVP von Schäffer und im BV von Heim forcierte Taktik, durch begrenzte Anpassung an die neuen Machtverhältnisse organisatorisch zu überleben, zu einer erstaunlich reibungslosen Auflösung führte<sup>118</sup>. Zum Kommissar für die Auflösung der BVP wurde der von der BVP zur NSDAP übergetretene Reichstagsabgeordnete Eugen Graf von Quadt-Wykradt-Isny (1887–1940) eingesetzt<sup>119</sup>. Am 14. Juli 1933 wurde Horlacher von Quadt darüber informiert, dass er zu denjenigen Abgeordneten gehöre, für die aufgrund ihrer früheren politischen Betätigung eine Aufnahme als Hospitant in der NSDAP nicht in Frage komme. Deshalb legte er ihm die

<sup>112</sup> Deshalb verhaftete die Bayerische Politische Polizei zwischen dem 25. und 28. Juni mehr als 2.000 Funktionsträger der BVP. Vgl. SCHÖNHOFEN, Anpassung, 370–378; BROZAT, Konzentrationslager, 23–27.

<sup>113</sup> BayHStA, NL Horlacher 1.2, Elisabeth Horlacher an Ministerpräsident Siebert, 29. Juni 1933.

<sup>114</sup> ARETIN, Krone, 238–240 kommentierte dieses Verhalten aus der Rückschau sarkastisch: „Dann war ich wieder allein und dachte über das Segelstreichen der einst so mächtigen Bayerischen Volkspartei unter dem Druck von kaum mehr als vierzehn Tagen Haft einige nicht aufregend freundliche Gedanken.“

<sup>115</sup> BayHStA, MInn 73690, Verzeichnis der anlässlich der Aktion gegen die Bayerische Volkspartei in Schutzhaft genommenen Personen, 1. August 1933.

<sup>116</sup> StA München, Polizeidirektion München 15563, Erklärung Horlachers vom 5. Juli 1933.

<sup>117</sup> Zu den psychischen Erfahrungen von Schutzhäftlingen im Sommer 1933 vgl. ARETIN, Krone, 170–363.

<sup>118</sup> Zur Selbstauflösung der BVP vgl. SCHÖNHOFEN, Anpassung, 370–378; SCHÖNHOFEN, Katholizismus, 576–583; ALTENDORFER, Schäffer, 759–793.

<sup>119</sup> BSZ vom 9./10. Juli 1933.

Niederlegung seines Reichstagsmandates nahe<sup>120</sup>. Horlacher wollte diesem Rat in der ersten Hälfte des Monats August nachkommen<sup>121</sup>. Zu diesem Zeitpunkt gab es den Bayerischen Christlichen Bauernverein nicht mehr. Dessen Vorstandschaft hatte die Auflösung am 1. Juli 1933 und damit bereits vor der BVP beschlossen<sup>122</sup>. Horlacher hielt sich aus den organisationspolitischen Entscheidungen, die zur völligen Gleichschaltung des landwirtschaftlichen Organisationswesens im Sommer und Herbst 1933 führen sollten, fern<sup>123</sup>. Im Juni 1933 gab er auch sein Amt als Philistersenior der Studentenverbindung Langobardia auf, nachdem dort nach der Gleichschaltung ebenfalls das Führerprinzip eingeführt worden war<sup>124</sup>. Durch diese politische Zurückhaltung versuchte sich Horlacher aus der politischen Schusslinie zu bringen. Dementsprechend erklärte Elisabeth Horlacher am 29. Juni 1933, als sie sich um die Haftentlassung ihres Mannes bemühte: „Nach dem Umschwung hat sich mein Mann auf politischem Gebiete nicht mehr betätigt; er lebte schon mit Rücksicht auf seine schwer angegriffene Gesundheit völlig zurückgezogen.“<sup>125</sup>

Diese Zurückhaltung dürfte nicht zuletzt auf das noch schwebende Pensionierungsverfahren zurückzuführen sein. Denn nach Horlachers Beurlaubung setzte eine langwierige und Nerven zerreibende Auseinandersetzung um seine Pensionierung ein. Nachdem sich der Bayerische Versorgungsverband geweigert hatte, das volle Ruhegehalt bei Horlachers vorzeitiger Pensionierung zu bezahlen, beschritten die nationalsozialistischen Machthaber nun den langwierigeren Weg, Horlachers Entlassung aus politischen Gründen bei

---

<sup>120</sup> BayHStA, NL Horlacher 1.2, Quadt-Wykradt-Isny an die ehemaligen Mitglieder der aufgelösten Reichstags- und Landtagsfraktion der BVP, 14. Juli 1933. Da außer Quadt kein Reichstagsabgeordneter der BVP als Hospitant bei der NSDAP aufgenommen wurde (vgl. SCHÖNHOFEN, Katholizismus, 584), ist die Behauptung von Joseph Eduard Messmer vom 12. Januar 1946, dass Horlacher 1933 auf seinen eigenen Antrag hin offiziell in die Hospitantenliste der Reichstagsfraktion der NSDAP aufgenommen worden sein soll, eindeutig als falsche Behauptung entlarvt. Messmer wollte durch diese Fehlinformation offenbar Horlachers Position in den Flügelkämpfen der CSU schwächen. Auf diese Absicht deutet allein schon die Tatsache, dass Messmer seinen Briefwechsel mit Horlacher an dessen politischen Gegner Schäffer übergab (BA Koblenz, NL Schäffer N1168/17, Messmer an Horlacher, 12. Januar 1946; BA Koblenz, NL Schäffer N1168/17, Horlacher an Messmer, 16. Januar 1946).

<sup>121</sup> BayHStA, NL Horlacher 1.2, undatiertes Konzept eines Schreibens von Horlacher an Quadt-Wykradt-Isny (geschrieben auf die Rückseite eines Schreibens von diesem an Horlacher vom 14. Juli 1933). Tatsächlich legte Horlacher sein Reichstagsmandat jedoch nicht nieder. Denn in einer auf den 14. Oktober 1933 datierten Auflistung der während der achten Wahlperiode ausgetretenen MdR ist Horlacher nicht aufgeführt (Verh. d. Reichstags. Sten. Ber. Bd. 457, Anlage Nr. 23). Das bedeutet, dass Horlacher bis zum Ende der achten Wahlperiode MdR war. Da der am 14. Oktober 1933 aufgelöste Reichstag aber am 17. Mai letztmals getagt hatte, ist die Frage nach dem Zeitpunkt von Horlachers Ausscheiden von keiner praktischen Bedeutung.

<sup>122</sup> StA München, AG München Registergericht 19173, Rundschreiben des Stellvertretenden Bauernvereinsgeneralsekretärs Baumgartner, 13. Juli 1933; zur Gleichschaltung des Bauernvereins vgl. BERGMANN, Bauernbund, 358–363; BRAUN, Existenz, 222–233.

<sup>123</sup> Er hatte zwar noch an der letzten Mitgliederversammlung des Bayerischen Christlichen Bauernvereins am 19. Mai 1933 teilgenommen (StA München, AG München Registergericht 19173, Tagung der Mitgliederversammlung des Bayerischen Christlichen Bauernvereins, 19. Mai 1933), an den Sitzungen des Vorstandes der Vereinigung der deutschen christlichen Bauernvereine nahm Horlacher nach dem 22. März 1933 aber nicht mehr teil (Archiv des WLIV, D57 und D 58).

<sup>124</sup> Archiv der KDStV Langobardia Bayreuth, Korrespondenzblatt des Philistervereins Langobardia, Mai 1933; Archiv der KDStV Langobardia Bayreuth, Korrespondenzblatt des Philistervereins Langobardia, Juli 1933.

<sup>125</sup> BayHStA, NL Horlacher 1.2, Elisabeth Horlacher an Ministerpräsident Siebert, 29. Juni 1933.

reduziertem Ruhegehalt zu erreichen. Zunächst sperrte Holzmann Anfang Juli vorläufig Horlachers Gehalt<sup>126</sup>, was jedoch wieder rückgängig gemacht werden musste<sup>127</sup>. Ungeduldig wurde Holzmann daraufhin von Luber am 10. Juli aufgefordert, einen Antrag auf die Entlassung Horlachers zu stellen<sup>128</sup>. Bereitwillig kam Holzmann Lubers Aufforderung nach. Am 15. Juli 1933 beantragte er bei Luber, Horlacher aus dem aktiven Dienst zu entlassen, da dieser „nicht die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintritt“. Holzmann bezog sich auf Horlachers Aichacher Wahlkampfredede vom 18. Februar, in der er „in einem Zeitpunkt, in dem unser Führer bereits Reichskanzler war, in sehr gehässiger Weise gegen ihn und gegen die Nationale Bewegung aufgetreten ist. Wenn dies auch in der Wahlagitation geschah, so können die in den zweifellos vorbereiteten und vorbedachten Ausführungen liegenden, hasserfüllten und ganz unbegründeten Angriffe damit nicht entschuldigt werden“<sup>129</sup>. Es zeigte sich jedoch bald, dass auch dieser Weg keinen Erfolg zu versprechen schien. Denn obwohl Horlacher als Beamter einer Körperschaft des öffentlichen Rechts eigentlich unter die Bestimmungen des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums fiel, herrschte bei den nationalsozialistischen Machthabern Unsicherheit über die Zuständigkeit für Horlachers Pensionierung. Der nationalsozialistische bayerische Ministerpräsident Ludwig Siebert (1874–1942) war der Ansicht, dass Horlacher kein Beamter, sondern von der Landesbauernkammer privatrechtlich angestellt sei, weshalb dessen Entfernung durch Holzmann erfolgen sollte<sup>130</sup>. Dagegen bestand Holzmann darauf, dass Horlacher als Beamter anzusehen und deshalb von der Staatsregierung zu entlassen sei<sup>131</sup>. Denn Holzmann befürchtete, dass die Entfernung Horlachers nach einem Verfahrensfehler gerichtlich rückgängig gemacht werden könnte<sup>132</sup>. Eine Lösung war nicht in Sicht, als der Bayerische Versorgungsverband sich auch noch weigerte, das bei Horlachers Entlassung aus politischen Gründen fällige reduzierte Ruhegehalt zu übernehmen<sup>133</sup>. Aber die Zeit drängte.

<sup>126</sup> BayHStA, ML 3995, Holzmann an MWi, Abteilung Landwirtschaft, 3. Juli 1933.

<sup>127</sup> In einer handschriftlichen Notiz am Rande eines Schreibens von Luber an Ministerpräsident Siebert vom 31. August findet sich der Vermerk, dass die Landesbauernkammer immer noch mit dem vollen Gehalt Horlachers belastet sei (BayHStA, ML 3995, Luber an Siebert, 31. August 1933).

<sup>128</sup> BayHStA, ML 3995, Luber an Holzmann, 10. Juli 1933.

<sup>129</sup> BayHStA, ML 3995, Holzmann an MWi, Abteilung Landwirtschaft, 25. Juli 1933.

<sup>130</sup> In diesem Fall wäre nicht das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums selbst, sondern die 2. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 4. Mai 1933, die Bekanntmachung über den Vollzug des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 6. Juli 1933 und die Bekanntmachung über den Vollzug des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums in der bayerischen Staatsverwaltung vom 6. Juli 1933 wirksam geworden (BayHStA, ML 3995, Luber an die Landesbauernkammer, 14. August 1933).

<sup>131</sup> Horlacher wurde von Holzmann aus drei Gründen als Beamter betrachtet: Erstens sei die Landesbauernkammer eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, zweitens sei er bei seiner Anstellung in die Gruppe XII des Beamtenbesoldungsgesetzes eingereiht worden, drittens sei er im Gegensatz zu den Angestellten der Landesbauernkammer beim Bayerischen Versorgungsverband als Beamter angemeldet und feierlich auf die Erfüllung seiner dienstlichen Obliegenheiten verpflichtet worden (BayHStA, ML 3995, Holzmann an MWi, Abteilung Landwirtschaft, 25. August 1933).

<sup>132</sup> BayHStA, ML 3995, Holzmann an MWi, Abteilung Landwirtschaft, 25. August 1933.

<sup>133</sup> BayHStA, ML 3995, MWi, Abteilung Landwirtschaft, an den Ministerpräsidenten und MIInn, 2. August 1933.

Für Entlassungen nach dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums war eine gesetzliche Frist bis zum 30. September 1933 vorgesehen<sup>134</sup>. Da sich die Ausschaltung Horlachers langwieriger und komplizierter gestaltete, als es den neuen Machthabern lieb war, begann sich unter ihnen Resignation breit zu machen. Luber sah den verhassten Horlacher bereits wieder als Direktor der Landesbauernkammer schalten und walten<sup>135</sup>.

Während sich das nationalsozialistische Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums im Falle Horlachers als ungeeignet erwies, um ihn endgültig zu entfernen, war es Horlacher selbst, der die Lösung für diese verfahrenere Situation fand, als er mit „Rücksicht auf seine gesundheitlichen Verhältnisse“ um die Versetzung in den Ruhestand bat<sup>136</sup>. Die ständige Überarbeitung der vergangenen Jahre, die heftigen politischen Kämpfe mit den Nationalsozialisten und die monatelang dauernde nervliche Anstrengung während der Auseinandersetzung um seine Pensionierung hatten ihre gesundheitlichen Spuren hinterlassen. Horlacher hatte ohnehin eine angeborene Herzmuskelschwäche. Nun kamen aufgrund der aufregenden Umstände „nervöse Alterationen“ hinzu, die seinen Gesundheitszustand „aufs ungünstigste“ beeinflussten. Er sei deshalb „auf mehrere Monate hinaus dienstunfähig“, schrieb Horlachers Hausarzt in dem Gutachten für seine Pensionierung<sup>137</sup>. Durch Vorlage dieses ärztlichen Zeugnisses über seine Dienstunfähigkeit ermöglichte Horlacher dem Bayerischen Versorgungsverband, seine Pensionslasten nach den Bestimmungen des Bayerischen Beamtengesetzes zu übernehmen. Daraufhin zog Holzmann am 21. September seinen Antrag auf Dienstentlassung Horlachers zurück. Luber gab Horlachers Gesuch dann am 22. September statt<sup>138</sup>.

Nachdem sich die freien landwirtschaftlichen Organisationen im Sommer und Herbst selbst aufgelöst hatten, wurde die Bayerische Landesbauernkammer mit der Durchführungsverordnung zum Gesetz über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes vom 8. Dezember 1933 endgültig in den nationalsozialistischen Reichsnährstand überführt<sup>139</sup>. Dies wurde von Horlachers ehemaligem Büro reibungslos geplant und durchgeführt, so dass der Reichsnährstandsbeamte Heinz Haushofer – bis 1933 Horlachers persönlicher Referent – 1934 über die Landesbauernkammer urteilen konnte: „Und dieses ganze Regime ist nur so

<sup>134</sup> Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933, in: Reich und Länder, 559–564.

<sup>135</sup> BayHStA, ML 3995, Luber an Ministerpräsident Siebert, 2. August 1933: „Dr. Horlacher war einer der Vertreter der schwarzen Richtung, die sich in haßerfüllter Bekämpfung der nationalsozialistischen Bewegung hervortaten. [...] Das im anliegenden Bericht der Landesbauernkammer aufgeführte belastende Material stellt nur einen Ausschnitt dar. Die Anführung weiterer Einzel Tatsachen glaube ich mir jedoch ersparen zu dürfen, da es sich um allgemein bekannte Dinge handelt. [...] Der geschäftsführende Direktor der Landesbauernkammer ist in hervorragendem Maße berufen, an dem Aufbau und der Ausgestaltung der bayerischen Landwirtschaft im Geiste der nationalsozialistischen Bewegung mitzuwirken. Ein Mann wie Dr. Horlacher ist an dieser Stelle völlig untragbar.“

<sup>136</sup> BayHStA, ML 3995, Holzmann an MWi, Abteilung Landwirtschaft, 21. September 1933.

<sup>137</sup> BayHStA, NL Horlacher 1.2, Ärztliches Gutachten von Dr. med. Karl Senger, 23. Mai 1933.

<sup>138</sup> BayHStA, ML 3995, Luber an Siebert, 22. September 1933.

<sup>139</sup> Vgl. BÜRGER, Interessenvertretung, 47–49 und 55; RATJEN, Bauernkammern, 156–158.

kurz vorüber und doch schon fast ganz vergessen!“<sup>140</sup> Wilhelm Fehlhammer aber, den die Nationalsozialisten als kommissarischen Geschäftsführer an Horlachers Stelle gesetzt hatten, machte im Reichsnährstand keine Karriere<sup>141</sup>, obwohl er sich als beflissener Anhänger des Nationalsozialismus gab<sup>142</sup>.

#### 4. Ein Ruhestandsleben im Dritten Reich

Horlacher empfand die Umstände seiner Entfernung aus dem aktiven Dienst als erniedrigend. Wie „rüdige Hunde“ seien die Mitglieder der Landesbauernkammer vertrieben worden, erinnerte er sich 1947<sup>143</sup>. Horlacher wollte es jedoch zunächst nicht akzeptieren, dass sein volkswirtschaftlicher Sachverstand nicht mehr gefragt war. Er nutzte deshalb seine Kontakte zu wissenschaftlichen Publikationsorganen, um den nationalsozialistischen Machthabern zu demonstrieren, dass er ihre autarkistischen volkswirtschaftlichen Zielvorstellungen teilte. In dem von seinem ehemaligen Vorgesetzten Friedrich Zahn herausgegebenen *Allgemeinen Statistischen Archiv* lobte er 1934 die nationalsozialistischen Anstrengungen zur Stärkung der Binnenwirtschaft. Anerkennung zollte er den Machthabern, dass sie die lückenlose Kontrolle der Einfuhr von der Getreidewirtschaft auf die Veredelungswirtschaft ausgedehnt hatten. Denn dadurch sei es gelungen, das Deutsche Reich von Lebensmitteleinfuhren unabhängig zu machen. Bei seinem Lob bezog sich Horlacher auf Hitlers „große Hamburger Rede am 27. August 1934“, in der der Diktator die Grundlinien der nationalsozialistischen Agrarpolitik aufgezeigt hatte<sup>144</sup>. Als Horlacher in dem gleichen Organ über den Nutzen der Statistik für die Landwirtschaft reflektierte, passte er sich vollständig an die völkische Terminologie des Dritten Reiches an. Denn es sei die Statistik, welche „den völkischen und sittlichen Wert des Bauerntums klar erkennen läßt und damit dem Bauerntum als solchem eine entscheidende Grund- und Schlüsselstellung für den gesunden Blutsaufbau und die fortdauernde Blutserneuerung des deutschen Volkes zuweist“. Die begriffliche Übereinstimmung zwischen der von Horlacher im parlamentarischen Wettbewerb angewandten bauerntümelnden Phraseologie und der Blut-und-Boden-Ideologie der Nationalsozialisten wird in derartigen Zitaten deutlich greifbar. Nahtlos konnte er dabei an seine bisherigen Bemühungen

<sup>140</sup> Bibliothek der Familie Haushofer, *Georgica bavarica* Bd.1, Nr. 143.

<sup>141</sup> Fehlhammer wurde nach der Überführung der Landesbauernkammer in den Reichsnährstand wieder auf die mittlere bürokratische Ebene zurückgestuft und übernahm die Leitung der „Hauptabteilung II der Landesbauernschaft Bayern, München“ (Betriebswirtschaft, technische Förderung der Landwirtschaft). Vgl. Bayerischer Bauernkalender 90 (1935), 74.

<sup>142</sup> Fehlhammer bekannte sich nach der Machtübernahme zum Nationalsozialismus und machte das „Geltungsbedürfnis einzelner Führer“ für die bisher gescheiterten Versuche zur Einigung der landwirtschaftlichen Organisationen verantwortlich (FEHLHAMMER, Weg, 317f.). Anlässlich der Überführung der Landesbauernkammer in den Reichsnährstand erklärte Fehlhammer, dass sich die gesamte Belegschaft für die „Idee von Blut und Boden“ einsetzen werde (MNN vom 12. Januar 1934).

<sup>143</sup> BBV-Generalsekretariat, Akt Landesausschuss 1945–1947, Eröffnungssitzung der Bayerischen Landesbauernkammer am 3. Juni 1947.

<sup>144</sup> HORLACHER, *Strukturwandlungen* (1934), 344–346.

anknüpfen, eine sozioökonomische Sonderrolle der Landwirtschaft zu behaupten, als er den Bauern 1934 angesichts des Geburtenrückgangs in den Städten eine besondere staaterhaltende Funktion zuwies, indem „die Landbevölkerung immer noch als die blutmäßige Erneuerungsquelle eines ganzen Volkes fortwirkt“<sup>145</sup>. Als Horlacher schließlich an die neuen Machthaber appellierte, die bis 1933 verfolgte Agrarpolitik weiterzuentwickeln<sup>146</sup> und die Statistik als die „Lehrmeisterin für die Führung der staatlichen Wirtschaftspolitik“ zu betrachten<sup>147</sup>, so war dies nichts anderes als ein weiteres Angebot, das Horlacher zwecks einer weiteren beruflichen Beschäftigung an die Nationalsozialisten richtete.

Offensichtlich begann Horlacher, mit derartigen Publikationen seine Rückkehr in das Berufsleben zu betreiben. Immerhin erwies sich mit zunehmender Dauer der nationalsozialistischen Diktatur, dass deren Agrarpolitik keinen Bruch mit der bisherigen autarkistischen, interventionistischen und protektionistischen Agrarpolitik bedeutete, wie der Reichsnährstandsbeamte Heinz Haushofer anlässlich eines privaten Rückblicks auf die Tätigkeit in Horlachers Vorzimmer urteilte: „Aber vom Standpunkt derer aus, die mitgearbeitet haben, kann man wohl feststellen, daß es Jahre angestrengter und hauptsächlich auch ungedankter Arbeit waren; letzten Endes auf der gleichen Linie und für die gleichen Ziele wie nach 1933. Der Wechsel der Männer und der Wechsel der Stile – so begrüßenswert er uns erschien – war doch kein Wechsel des Landes und der Menschen.“<sup>148</sup> Dessen war sich auch Horlacher bewusst, als er am 6. Februar 1934 Mitglied des NS-Rechtswahrerbundes wurde und am 5. Oktober 1934 Mitglied der NS-Volkswohlfahrt<sup>149</sup>. Dadurch signalisierte Horlacher ein Mindestmaß an Anpassung an die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse des Dritten Reiches. Der NS-Rechtswahrerbund – eine Interessenvertretung der Juristen und Volkswirte – war dazu besonders geeignet, da er die Mitgliedschaft bei der NSDAP nicht voraussetzte. Mehr als die Hälfte seiner Mitglieder waren nicht bei der NSDAP eingeschrieben. Schon bald entstand deshalb der Eindruck, dass der NS-Rechtswahrerbund benutzt wurde, um den Eintritt in die NSDAP zu umgehen<sup>150</sup>. Der konkrete Zweck von Horlachers Beitritt zum NS-Rechtswahrerbund könnte darin bestanden haben, die angestrebte Zulassung als Steuerberater zu erreichen. Allerdings wurden seine Hoffnungen enttäuscht. Horlacher behauptete 1954 gegenüber dem Parlamentsjournalisten Walter Hammer, dass ihn die nationalsozialistischen Machthaber wissen ließen, „daß es nicht erwünscht sei, daß ich

<sup>145</sup> HORLACHER, Nutzen (1934), 516f.

<sup>146</sup> HORLACHER, Nutzen (1934), 518f.

<sup>147</sup> HORLACHER, Nutzen (1934), 522.

<sup>148</sup> Bibliothek der Familie Haushofer, *Georgica bavarica* Bd. 1, Nr. 154. Zur Kontinuität der protektionistischen und interventionistischen deutschen Agrarpolitik über die politischen Zäsuren von 1918, 1933 und 1945 hinaus vgl. FELDENKIRCHEN, Kontinuität, 206–223; zur nationalsozialistischen Agrarpolitik vgl. BAUER, Agrarpolitik; FAHLE, Nazis und Bauern.

<sup>149</sup> PrivatA Wittmann, Familienaufzeichnungen, undatiert.

<sup>150</sup> Zum NS-Rechtswahrerbund vgl. SUNNUS, NS-Rechtswahrerbund.



neben der Pension noch etwas verdiene und man hat deutlich durchblicken lassen, daß man nicht wolle, daß ich mich als Steuerberater niederlasse“<sup>151</sup>. Ein Berufsverbot bestand für Horlacher aber deshalb nicht<sup>152</sup>. Er hätte sein Ruhegehalt gefährdet, wenn er eine neue berufliche Tätigkeit aufgenommen hätte. Immerhin war ihm in dem ärztlichen Gutachten, das als Grundlage seiner Ruhestandsversetzung Verwendung gefunden hatte, dauernde Dienstunfähigkeit attestiert worden.

Horlacher zog sich nun völlig aus dem öffentlichen Leben zurück. Seine letzten Artikel im *Allgemeinen Statistischen Archiv* und im *Weltwirtschaftlichen Archiv* erschienen 1934. In einem Dossier, das am 16. März 1935 im Polizeibezirk Bogenhausen aufgrund von Informationen „von einwandfreier und glaubwürdiger Seite“ angefertigt wurde, hieß es über Horlacher, er „lebt sehr sparsam und zurückgezogen. Dr. Horlacher liest täglich seine Zeitung, M.N.N. und macht einen Spaziergang. Er ist ängstlich darauf bedacht, ja in keine Politik hineingezogen zu werden. Die ganze Familie genießt in dem vornehmen Hause ein gutes Ansehen. Die Wohnung im Betrage von monatlich 130 M ist das Teuerste, was sie sich leisten.“<sup>153</sup> Da Horlacher zwar von den Ortspolizeibehörden beobachtet wurde, ansonsten von den nationalsozialistischen Machthabern aber unbehelligt blieb<sup>154</sup>, stellte sich bald eine geruhssame Normalität in seinem Alltagsleben ein. Bisher hatte er ein rastloses politisches Leben zwischen Berlin und München geführt, das ihn in Kontakt zu den höchsten deutschen Politikerkreisen geführt hatte. Horlacher musste sich von einer angesehenen politischen und gesellschaftlichen Position in der Öffentlichkeit auf ein Leben in der Privatheit seiner Familie umstellen. Nun war seine Sachkenntnis weder im öffentlichen noch im privatwirtschaftlichen Bereich erwünscht. Das führte zu psychischen Problemen. Er begann an Depressionen zu leiden<sup>155</sup>.

Im Jahr 1936 zog Horlacher mit seiner Familie nach Bad Tölz, wo er sich ein geräumiges Haus mit großem Garten und herrlichem Blick auf die Alpen bauen ließ<sup>156</sup>. Der Umzug mag durch den nationalsozialistischen Pomp verursacht worden sein, der sich vor allem um Hitlers Münchner Domizil in der Nähe von Horlachers Wohnung an der Ecke

<sup>151</sup> IfZ-Archiv, NL Hammer ED 106/32, Horlacher an Hammer, 2. September 1954.

<sup>152</sup> Vgl. dagegen HETTLER, Horlacher, 299, der hier fälschlicherweise BALKE, Präsidenten, 23 folgt.

<sup>153</sup> StA München, Polizeidirektion München 15563, Dossier des Polizeibezirks Bogenhausen über Michael Horlacher, 16. März 1935. An Josef Ostermaier schrieb Horlacher damit übereinstimmend im Jahr 1946, „daß ich seit März 1933 mit der Politik grundsätzlich nichts mehr zu tun hatte und daß auch von mir keine grundsätzlichen Äußerungen daher mehr zur politischen Lage vorliegen können“ (BA Koblenz, NL Schäffer N1168/17, Horlacher an Ostermaier, 3. April 1946). Die ehemaligen Spitzenpolitiker der BVP zogen sich nach 1933 sämtlich ins Privatleben zurück. Vgl. SCHÖNHOFEN, Katholizismus, 585.

<sup>154</sup> Mündliche Auskunft von Hellmut Horlacher.

<sup>155</sup> Mündliche Auskunft von Hellmut Horlacher. Um Fritz Schäffer als „aufrechten Nazigegner“ um so strahlender erscheinen zu lassen, wurde Horlacher von Josef Ostermaier während der Flügelkämpfe der CSU nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges an seine passiv-depressive Lebenseinstellung im Dritten Reich erinnert: „Auch Sie sind mir einige Male begegnet. Aber nie anders, als wie mit Jammern und Klagen über diese Verhältnisse“ (BA Koblenz, NL Schäffer N1168/17, Ostermaier an Horlacher, 25. März 1946).

<sup>156</sup> Fotos von Horlachers Haus in Bad Tölz befinden sich im Besitz seines Enkels Michael Wittmann (PrivatA Wittmann).

zwischen Prinzregenten- und Lamontstraße abspielte<sup>157</sup>. Durch den Bau des Hauses in Bad Tölz war das Vermögen Horlachers weitgehend aufgebraucht. Aufgrund seines repräsentativen Lebensstils war es Horlacher bis 1933 nicht gelungen, größere Ersparnisse anzusammeln<sup>158</sup>. Die Höhe seiner Pension empfand er als unzureichend<sup>159</sup>. Horlachers Gattin Elisabeth trug deshalb durch die Vermietung einzelner Zimmer ihres Hauses wesentlich zur Sicherung des Lebensunterhaltes der Familie bei, während diese für die Zeit der Vermietung im Keller wohnen musste<sup>160</sup>. Horlacher selbst war für Freunde und Bekannte heimlich als Steuerberater tätig<sup>161</sup>. Durch sein Ruhegehalt, die Vermietungen, die heimliche Steuerberatung und die Selbstversorgung aus dem Garten war es der Familie möglich, eine bescheidene, aber abgesicherte Existenz im eigenen Heim zu führen. Anders als der ehemalige Parteichef der BVP Schäffer oder der niederbayerische Bauernvereinsdirektor Schlögl war Horlacher deshalb auch nicht unbedingt auf ein Einkommen aus eigener beruflicher Tätigkeit angewiesen<sup>162</sup>. In einem Dossier, das die Stapoleitstelle über Horlacher am 13. Juli 1937 aufgrund von Informationen „von einwandfreier und glaubwürdiger Seite, die noch etwas mit Horlacher in Verbindung steht“, anfertigte, hieß es über den Lebensstandard seiner Familie in Bad Tölz: „Der Lebensunterhalt wird nur von der Pension, die der Mann bezieht, bestritten. Sparsamkeit ist deshalb geboten. Horlacher bearbeitet selbst einen Garten, liest die Zeitung und macht täglich einen Spaziergang. Weiter befaßt er sich mit gar nichts mehr.“<sup>163</sup>

In dieser Zeit der beruflichen Untätigkeit und nervlichen Anspannung war ihm seine Ehefrau Elisabeth eine feste Stütze. Sie war der ruhende Pol in der Familie. Gesundheitlich robuster als er selbst, lehnten sich die Kinder noch mehr als zuvor an sie an<sup>164</sup>. Horlacher selbst widmete sich „der Gartenwirtschaft und der Kleintierzucht“<sup>165</sup>. Der unzweifelhaft therapeutische Sinn dieser Beschäftigung verband sich in der Wahrnehmung Horlachers nach dem Ende des Dritten Reiches mit der agrarromantischen Verklärung einfacher manueller Tätigkeit zu einer Stilisierung als landwirtschaftliche Arbeit: „Ich habe mich auch nicht geschämt, und bin mit meinem Wagen durch die Stadt gefahren und habe meine Wiesenflächen und meinen Garten bewirtschaftet, und habe auch nicht anders ausgeschaut wie ein gewöhnlicher Landarbeiter. Meine Kleintierzucht habe ich mir selbst mit samt den

<sup>157</sup> Zum nationalsozialistischen Kult um Hitlers Münchner Wirkungsstätten vgl. LARGE, Hitlers München, 349–359.

<sup>158</sup> Mündliche Auskunft von Hellmut Horlacher.

<sup>159</sup> IfZ-Archiv, NL Hammer ED 106/32, Horlacher an Hammer, 2. September 1954.

<sup>160</sup> Mündliche Auskunft von Hellmut Horlacher; BALKE, Präsidenten, 23f.

<sup>161</sup> Mündliche Auskunft von Hellmut Horlacher.

<sup>162</sup> Zur beruflichen Tätigkeit Schäffers und Schlögl im Dritten Reich vgl. ALTENDORFER, Schäffer, 809 und 831.

<sup>163</sup> StA München, Polizeidirektion München 15563, Dossier der Stapoleitstelle München über Michael Horlacher, 13. Juli 1937.

<sup>164</sup> Mündliche Auskunft von Hellmut Horlacher.

<sup>165</sup> IfZ-Archiv, NL Hammer ED 106/32, Horlacher an Hammer, 2. September 1954.

Stallungen aufgebaut.“<sup>166</sup> Horlacher zeichnete hier das Bild einer trügerischen Idylle. Tatsächlich war er das Opfer von Denunziationen aus seiner nächsten Umgebung, weshalb die Gestapo sogar auf eine ständige Beobachtung seiner Person verzichten konnte<sup>167</sup>. Einer regelmäßigen Beobachtung durch die Gestapo wurde er dann seit 1939 unterzogen. Als der Angriff auf Polen geplant wurde, nahm das Sicherheitshauptamt der SS Horlachers Namen im Juni 1939 in die Liste „Erfassung führender Männer der Systemzeit“ auf, worin die Gegner des Nationalsozialismus aus der Zeit vor 1933 zusammengefasst wurden, um ihre ständige Beobachtung zu organisieren. Horlachers Name war einer von insgesamt 76, welche unter dem Stichwort „Konfessionelle Parteien“ zusammengefasst waren. Die Liste gibt deshalb ein Zeugnis über die Zugehörigkeit Horlachers zur politischen Führungsschicht Bayerns und des Reiches am Ende der Weimarer Republik<sup>168</sup>.

Das Leben der Familie war während des Dritten Reiches wesentlich von der kirchenfrommen Religiosität Elisabeth Horlachers geprägt. Sie war peinlich um die Erfüllung der kirchlichen Pflichten bemüht<sup>169</sup>. Heil konnte es für sie nur innerhalb der katholischen Kirche geben. An ihre Tochter schrieb sie: „Ein wirklich großer Held, d.h. ein innerlich großer Mensch, ist immer auch ein ganzer Katholik.“<sup>170</sup> Das Dritte Reich verstand sie als Prüfung Gottes und hoffte auf Vergeltung im Jenseits. So gelang es ihr, dem Leben im Dritten Reich einen Sinn abzugewinnen<sup>171</sup>. Horlacher selbst hatte es mit der Erfüllung der kirchlichen Pflichten bisher nicht genau genommen. Er war kein regelmäßiger Kirchgänger gewesen. Die Organisation der katholischen Kirche hatte er gern als „Heuchelhierarchie“ bezeichnet<sup>172</sup>. Nach den Demütigungen, die ihm das Dritte Reich zugefügt hatte, suchte Horlacher unter dem Einfluss seiner Frau jedoch verstärkt Trost in der Religion. Horlacher ließ sich von den Tölzer

---

<sup>166</sup> IfZ-Archiv, Sammlung Bayernpartei ED 719/156, Michael Horlacher, Unsere Aufgaben im Bayerischen Bauernverband, undatiertes maschinenschriftliches Manuskript. In BBV-Generalsekretariat, Akt Präsidium 1945–1947 befindet sich der Entwurf zu diesem Referat, aus dem hervorgeht, dass es auf der ersten Sitzung der Kreisdirektoren des BBV am 16. November 1945 gehalten wurde.

<sup>167</sup> StA München, Polizeidirektion München 15563, Vernehmungsniederschrift von Hans Andresen, 30. Juli 1947: Hans Andresen war Personalreferent und Inspekteur der Sicherheitspolizei des Sicherheitsdienstes der SS in München gewesen und von Horlachers Schwägerin Anfang 1939 gebeten worden, „etwas in der Sache des Horlacher zu unternehmen, der noch ständig Angriffen von außen ausgesetzt sei“. Aus der Akte, die bei der Staatspolizei München über Horlacher geführt worden war, hatte Andresen ersehen, dass Horlacher von Mitgliedern der NSDAP „ständig angegriffen wurde“, weshalb in der Staatspolizei schließlich beschlossen worden war, ihn unter Beobachtung zu stellen. Von Andresen war Horlacher dann über den Zeitpunkt der Aufnahme der Beobachtung informiert worden. Andresen wurde vernommen, da Horlacher 1947 die Namen der Denunzianten in Erfahrung bringen wollte, um diese nicht versehentlich in einem Entnazifizierungsverfahren zu entlasten (StA München, Polizeidirektion München 15563, Horlacher an Kriminaldirektor Grasmüller, 14. Juli 1947).

<sup>168</sup> Insgesamt wurden 553 Personen erfasst. Darunter befanden sich 76 Vertreter konfessioneller Parteien, 73 der Rechtsopposition zugehörige Personen, 48 österreichische „Systemgrößen“, 17 Wissenschaftler, 18 Künstler sowie 47 Journalisten und Schriftsteller (BA Berlin, R58/236, Reichsführer SS, Chef des Sicherheitshauptamtes: Erfassung führender Männer der Systemzeit: Konfessionelle Parteien; Rechtsopposition und Reaktion [...], Juni 1939).

<sup>169</sup> PrivatA Wittmann, Elisabeth Horlacher an Annemarie Horlacher, 3. November 1939.

<sup>170</sup> PrivatA Wittmann, Elisabeth Horlacher an Annemarie Horlacher, 31. Dezember 1941.

<sup>171</sup> PrivatA Wittmann, Elisabeth Horlacher an Annemarie Horlacher, 24. März 1940.

<sup>172</sup> Mündliche Auskunft von Hellmut Horlacher.

Franziskanern seelsorgerlich begleiten und besuchte zusammen mit seiner Ehefrau regelmäßig deren Predigten und Bibelstunden<sup>173</sup>.

Besonders schmerzlich war es für Horlacher, als sich seine Tochter Annemarie, zu der er ein besonders inniges Verhältnis hatte<sup>174</sup>, für den Nationalsozialismus begeisterte. Sie verliebte sich in einen der Zöglinge der in Bad Tölz errichteten Junkerschule, wo der Führernachwuchs der SS herangezogen wurde<sup>175</sup>. Annemarie geriet dabei in den Bannkreis der nationalsozialistischen Weltanschauung. Seitdem provozierte die pubertierende 17jährige ihre Eltern mit abfälligen Äußerungen über das Christentum. Trotz des engen Verhältnisses, das Horlacher zu seiner Tochter pflegte, war es Aufgabe der Mutter, ihre Tochter auf den christlichen Weg zurückzubringen, wie ein Konvolut aus zehn Briefen Elisabeth Horlachers an ihre Tochter zeigt<sup>176</sup>. Annemaries tief religiöse Mutter appellierte an ihre Tochter, ihren Vater „nicht immer durch Deine lieblosen Redensarten zu kränken“. Für Horlacher war die Familie sein mentaler Schutzraum während des Dritten Reiches. Annemarie durchbrach die Grenze dieses Schutzraumes und ließ den Nationalsozialismus in Horlachers unmittelbare Umgebung eindringen. Elisabeth Horlacher schrieb deshalb an ihre Tochter: „Es blutet mir das Herz, wenn ich sehe, wie Vati weint, weint um sein Kind, das im Begriff steht, ihn zu verraten. Vergiß nicht, daß der Nationalsozialismus ihm alles genommen hat – Ehre, Stellung, Reichtum – u. nun soll er auch noch Dich hergeben müssen?“ Unfähig, auf Annemaries seelische Bedürfnisse einzugehen, riet sie der vom Christentum abgefallenen Tochter zum täglichen Gebet, um so zum Glauben zurückzufinden, und bestätigte ihr, „es gibt einen Gott und mögen noch so viele Menschen dies leugnen“. Dabei versuchte sie ihr mit drastischen Worten ein Schicksal ohne Gott zu schildern: „Wenn Du einen Antichristen heiratest, stellst Du Dich freiwillig auf die Seite der Gegner Gottes, bist ein lebendiger Leichnam.“ Elisabeth Horlacher wollte unbedingt erreichen, dass sich Annemarie von ihrem Geliebten trennte. Aber ihre Tochter drohte ihr zu entgleiten. Dramatisch appellierte sie an diese: „Laß Dich von mir halten u. führen – wie ein Blinder voll Vertrauen!!“ Schließlich löste sich dieses Problem für Elisabeth und Michael Horlacher dadurch, dass sich Annemarie von ihrem Geliebten trennte, wodurch auch der Nationalsozialismus seinen Reiz für sie verloren hatte. Elisabeth Horlacher war erleichtert und glücklich: „Mir ist, als hätte ich Dich noch einmal geboren – zwar nicht Deinen Körper – aber Deine Seele. Und ich kann sagen, daß die Schmerzen einer Geburt nichts sind, im Vergleich zu der seelischen Not, die ich um Dich litt.“

Der nächste Schicksalsschlag ereilte die Familie, als der 17jährige Sohn Hellmut 1944 zur Wehrmacht eingezogen und an die Westfront geschickt wurde, was den Vater tief

---

<sup>173</sup> PrivatA Wittmann, Elisabeth Horlacher an Annemarie Horlacher, undatiert.

<sup>174</sup> Mündliche Auskunft von Hellmut Horlacher.

<sup>175</sup> Zu den SS-Junkerschulen vgl. WEGNER, Soldaten, 149–171; zur SS-Junkerschule in Bad Tölz vgl. HATHEWAY, Formation, 86–127.

<sup>176</sup> PrivatA Wittmann.

betrübte<sup>177</sup>. Horlacher selbst hatte bereits im Jahr 1937 damit begonnen, sich auf einen Krieg vorzubereiten, als er dem Reichsluftschutzbund beitrug<sup>178</sup>, der sich der Aufklärung und Schulung der Bevölkerung im Falle eines Bombenkrieges verschrieb<sup>179</sup>. Vom Kriegsdienst blieb er aber verschont. Das Wehrbezirkskommando Starnberg erklärte Horlacher für „völlig untauglich zum Dienst in der Wehrmacht“<sup>180</sup>. Kurz nachdem sein Sohn eingezogen worden war, wurde Horlacher im Rahmen der so genannten Aktion Gewitter, einer lange geplanten präventiven Verhaftungswelle gegen ehemalige gegnerische Politiker aus der so genannten „Systemzeit“, im KZ Dachau interniert<sup>181</sup>. Am 25. August 1944 überschritt Horlacher die Schwelle des Lagertores von Dachau<sup>182</sup>, um zum zweiten Mal in seinem Leben inhaftiert zu werden. Aus dieser Zeit im KZ haben sich vier Briefe Horlachers an seine Frau erhalten. Horlacher durfte zwei Briefe im Monat schreiben und empfangen, Besuche waren grundsätzlich nicht gestattet<sup>183</sup>. Horlacher litt stark unter Koliken, hervorgerufen durch die schlechte Lagerernährung<sup>184</sup>, und auch eine Zuckererkrankung machte sich bemerkbar. Wegen der schlechten Versorgung schickte ihm seine Frau, die er liebevoll „Elly“ nannte, Essenspakete. Eine einfache Birne rief dabei sentimentale Gefühle in ihm hervor: „Die Birnen waren wieder eine nette Jugenderinnerung an den späten Sommer in Nürnberg.“ Horlacher war in Gedanken ständig bei seiner Familie. Um den Lageralltag und die Ungewissheit über den Zeitpunkt der Entlassung zu bewältigen, machte er sich detaillierte Gedanken über die Pflege seines Gartens, die er als Anweisungen seiner Frau weitergab. So erfuhr sie, wie sie die Pflanzen hochzuziehen hatte, wie sie das Heu zu machen hatte und erhielt Anweisungen über die Schlachtung von vier Hasen<sup>185</sup>. Mit zunehmender Dauer seiner Haft wurde er immer ungeduldiger, seine Briefe an seine Frau immer fordernder. Am 30. September 1944 schrieb er: „Mein Namenstag liegt nun auch hinter mir. Ohne Paket!“ Er verlangte Obst. Aber gleichzeitig gab er zu: „Die Gedanken an Euch halten mich über Wasser.“ Daneben fand er immer mehr Trost im Gebet: „Zusammenhalten tun wir über Raum und Zeit hinweg infolge unserer festen religiösen Überzeugung.“ Seine Tochter Annemarie bat er, sich für ihn bei der Polizei und beim Landrat einzusetzen, wobei er sich ihrer aber nicht ganz sicher zu sein schien: „Hoffentlich hat Annemarie mich nicht vergessen; sie sollte sich einmal einen Tag freigegeben lassen.“<sup>186</sup>

<sup>177</sup> Mündliche Auskunft von Hellmut Horlacher.

<sup>178</sup> PrivatA Wittmann, Familienaufzeichnungen, undatiert.

<sup>179</sup> Zum Reichsluftschutzbund vgl. GRIMME, Reichsluftschutzbund; PATZWALL, Reichsluftschutzbund.

<sup>180</sup> BayHStA, NL Horlacher 1.1, Ausmusterungsschein für Michael Horlacher, 21. April 1944.

<sup>181</sup> Als Folge des Attentatsversuchs vom 20. Juli 1944 wurde der Kreis der zu Verhaftenden dann über den ursprünglich geplanten Kreis ehemaliger Angehöriger der SPD auf ehemalige Abgeordnete von BVP und Zentrum ausgedehnt. Vgl. SCHUMACHER, M.d.R., 30 und 38; ferner HOFFMANN, Widerstand, 635 und 867.

<sup>182</sup> Archiv der KZ-Gedenkstätte Dachau, Häftlingsregister.

<sup>183</sup> BayHStA, NL Horlacher 1.2, Horlacher an Elisabeth Horlacher, 23. September 1944.

<sup>184</sup> Zu den katastrophalen Hygiene- und Ernährungsverhältnissen im KZ Dachau im Jahr 1944 vgl. KIMMEL, Konzentrationslager, 372–408.

<sup>185</sup> BayHStA, NL Horlacher 1.2, Horlacher an Elisabeth Horlacher, 10. September 1944.

<sup>186</sup> BayHStA, NL Horlacher 1.2, Horlacher an Elisabeth Horlacher, 30. September 1944.

Zu diesem Zeitpunkt war seine Entlassung jedoch bereits beschlossene Sache. Laut Verfügung der Stapoleitstelle München vom 26. September wurde er am 2. Oktober 1944 nach fünfeinhalb Wochen entlassen<sup>187</sup>. Er war nun völlig abgemagert<sup>188</sup>. Als Erinnerung an die Internierung verblieb Horlacher eine gesundheitliche Beeinträchtigung, die er zeitlebens nicht auskurieren konnte. In der Bayerischen Verfassunggebenden Landesversammlung erklärte er im August 1946, dass er „infolge des Dachauer Fraßes“ wochenlang noch mit Darmkoliken ans Bett gefesselt gewesen sei. Erst „nach einigen Wochen Bettruhe stellte sich bei entsprechender ärztlicher Behandlung eine fortschreitende Besserung und Kräftigung ein“. Sein Fazit lautete deshalb aus der Rückschau: „Die Entlassung des Dr. Horlacher ist damals gerade noch zu rechter Zeit erfolgt.“<sup>189</sup>

---

<sup>187</sup> BayHStA, NL Horlacher 1.1, Entlassungsschein aus dem KZ Dachau, 2. Oktober 1944. Welche Rolle bei Horlachers Entlassung die Mutter eines SS-Offiziers spielte, die ihre Sommerfrische regelmäßig bei Horlachers verbrachte (vgl. dazu BALKE, Präsidenten, 24; HETTLER, Horlacher, 299), muss angesichts der Quellenlage ungeklärt bleiben.

<sup>188</sup> BayHStA, NL Horlacher 1.1, Ausweiskarte für ehemalige KZ-Insassen, undatiert.

<sup>189</sup> Verh. d. Verf. Landesversammlung. Sten. Ber., Sitzung am 14. August 1946, 59.

## X. Das Ende einer Agrarelite

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges begann für die landwirtschaftliche Interessenvertretung in Bayern und der Bundesrepublik Deutschland eine neue Phase organisatorischer Einheitlichkeit. In der Weimarer Republik waren die Interessen der bürokratischen und ehrenamtlichen Strukturen der jeweiligen Verbandsapparate und die von diesen zur gegenseitigen Abgrenzung errichteten weltanschaulichen Schranken zu stark gewesen, um die konkurrierenden landwirtschaftlichen Interessenvertretungen auf der Basis der gemeinsamen agrarpolitischen Ziele in einer vereinheitlichten Organisation zusammenzufassen und damit einem verbreiteten verbandsübergreifenden Mitgliederwillen sowie der durchaus vorhandenen Einsicht in die politisch-taktischen Vorteile einer einheitlichen Interessenvertretung nachzukommen. Um die Interessen der jeweiligen Verbandsapparate zu überwinden, bedurfte es des gewaltsamen Eingriffes der nationalsozialistischen Diktatur, die die landwirtschaftliche Interessenvertretung auf der weltanschaulichen Grundlage einer antipluralistischen Volksgemeinschaftsideologie im Reichsnährstand vereinheitlichte. Die politisch-taktischen Vorteile, die eine einheitliche agrarische Interessenvertretung mit sich brachte, wurden auch von denjenigen Agrarfunktionären erkannt, die die verbandspolitische Spaltung des landwirtschaftlichen Organisationswesens vor 1933 mit trugen. So war auch Michael Horlacher maßgeblich an der Etablierung der Einheitsverbände Deutscher Bauernverband und Bayerischer Bauernverband sowie Deutscher Raiffeisenverband und Bayerischer Raiffeisenverband beteiligt<sup>1</sup>.

Über diese organisatorische Vereinheitlichung hinaus will Hans-Jürgen Puhle als wesentlichen Unterschied der westdeutschen Bauernverbände zu ihren Vorgängerverbänden aus der Zeit vor 1933 erkennen, dass sie die Notwendigkeit des demokratischen Ausgleichs pluralistischer Interessen in einem liberalen demokratischen System akzeptiert hätten. Dafür macht er die Abschwächung des gesellschaftspolitischen Anspruches des Deutschen Bauernverbandes im Zuge der wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung der Bundesrepublik Deutschland verantwortlich. Gleichzeitig konstatiert er eine zunehmende Versachlichung und „Ökonomisierung“ der agrarpolitischen Argumentation des Deutschen Bauernverbandes, wohingegen er eine Kontinuität interventionistischer und

---

<sup>1</sup> Zur Rolle Horlachers bei der Gründung des BBV vgl. KIRCHINGER, Bauernverband; ferner SCHLÖGL, Bauernverband. Zu Horlachers Rolle bei der Gründung des Deutschen Bauernverbandes vgl. ACDP, NL Hermes I-090-026/1, Horlacher an Hermes, 11. Oktober 1946; ACDP, NL Hermes I-090-025/1, Hermes an Horlacher, 16. Oktober 1946; IfZ-Archiv, NL Baumgartner ED 132/105, Sitzung des Erweiterten Organisationsausschusses der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Bauernverbände am 21. Januar 1947). Andreas Hermes, der spätere Präsident des Deutschen Bauernverbandes, dankte Horlacher für dessen Einsatz bei einer Vorbesprechung zur Gründung einer überzonalen landwirtschaftlichen Organisation am 29. Oktober 1946: „Nehmen Sie nochmals meinen herzlichen Dank für das glänzende Referat, mit dem Sie der Münchner Tagung Richtung und Ziel gewiesen haben, und das zum Erfolg unserer Tagung maßgeblich beigetragen hat“ (ACDP, NL Hermes I-090-026/1, Hermes an Horlacher, 4. November 1946).

protektionistischer agrarpolitischer Forderungen feststellt. Puhle sieht die Ursache dieses Wandels in der Änderung der gesellschaftlichen und politischen Machtverhältnisse durch die Enteignung des ostelbischen Großgrundbesitzes, der dadurch als Agrarelite ausfiel. Die „soziale Basis“ der westdeutschen Bauernverbände verortet er in den „weniger rückständigen und weniger von vorkapitalistischen und obrigkeitlichen Traditionen geprägten Regionen des deutschen Westens und Südens“. Deshalb sei die „präfaschistische“ Agrarideologie des Reichslandbundes aus antikapitalistischen, antisozialistischen und antiliberalen, Versatzstücken gesellschaftspolitisch in der Bundesrepublik Deutschland dauerhaft nicht mehr wirksam geworden<sup>2</sup>. Die agrarischen Ideologeme, deren Wirksamkeit Puhle nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im landwirtschaftlichen Organisationswesen schwinden sieht, waren vor 1933 jedoch mehr oder minder ausgeprägtes Allgemeingut des überwiegenden Teils des landwirtschaftlichen Organisationswesens – und insbesondere der Christlichen Bauernvereine, wie Puhle selbst erkennt<sup>3</sup>. Da es aber überlebenden Angehörigen der Bauernvereinsprominenz gelang, wichtige Schlüsselpositionen westdeutscher Bauernverbände zu besetzen<sup>4</sup> und ihre traditionelle Agrarideologie zunächst dort wieder zu etablieren<sup>5</sup>, reicht die Verdrängung des agrarpolitisch – vermeintlich – dominierenden ostdeutschen Großgrundbesitzes als Begründung für die zutreffende Beobachtung von der Versachlichung der agrarpolitischen Argumentation der westdeutschen Bauernverbände nicht aus<sup>6</sup>. Die Untersuchung der verbandspolitischen Karriere Michael Horlachers im landwirtschaftlichen Organisationswesens Bayerns in der Bundesrepublik Deutschland soll deutlich machen, dass für diese Versachlichung maßgebend auch ein konfliktreicher Elitenwandel verantwortlich zu machen ist, der seit dem Dritten Reich in dem von der Öffentlichkeit weitgehend verborgenen Bereich der Verbandsbüros stattfand und durch die politische Rückkehr der Bauernvereinsprominenz verdeckt, auch verzögert, aber nicht

<sup>2</sup> Vgl. PUHLE, Agrarbewegungen, 104–108; ferner WEISZ, Versuch, 124f.; ACKERMANN, Bauernverband, 34.

<sup>3</sup> PUHLE, Agrarbewegungen, 60 spricht deshalb davon, dass es „strukturell gleichgerichtete Prinzipien agrarischer Ideologie gibt, trotz der Möglichkeit divergenter Weltbilder im Hintergrund“. Vgl. dazu ferner BERGMANN, Agrarromantik, 340–354; SIEFERLE, Fortschrittsfeinde, 193–205.

<sup>4</sup> Diese Beobachtung gilt für den Bayerischen Bauernverband (vgl. KIRCHINGER, Bauernvereinstradition) wie für den Deutschen Bauernverband. So wurde der Präsident der Vereinigung der deutschen christlichen Bauernvereine Hermes zum Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes und des Deutschen Raiffeisenverbandes gewählt. Vgl. dazu auch die von Antonius John zusammengetragenen Kurzbiographien maßgebender deutscher Agrarpolitiker der Bundesrepublik Deutschland (JOHN, Bauernköpfe).

<sup>5</sup> Als Beispiel für diesen Versuch kann Horlachers Lehrbuch *Einführung in die Agrarpolitik* aus dem Jahr 1951 dienen.

<sup>6</sup> Puhle benutzt die Beobachtung von der Versachlichung der agrarpolitischen Argumentation der westdeutschen Bauernverbände seit 1945 zur Bestätigung seiner These von der agrarpolitischen Dominanz des ostdeutschen Großgrundbesitzes bis 1945. Deshalb gelingt es ihm nicht, die durchaus erkannten „Kontinuitätslinien der alten Tradition und vor allem der Rhetorik“ nicht überzeugend zu analysieren. Sich in strukturgeschichtlichen Allgemeinplätzen ergehend und nicht frei von Zirkelschlüssen ist er der Meinung, diese seien „bedingt durch eher allgemeine, dem organisierten Kapitalismus inhärente Spannungen und Konfliktneigungen, teilweise aber auch durch die fortdauernde Dynamik und Integrationskraft der agrarischen Ideologien und durch den Umstand, daß die Traditionen des Obrigkeitsstaates in der Bundesrepublik anfangs nur langsam und allmählich abgebaut werden konnten“ (PUHLE, Agrarbewegungen, 105).



aufgehalten wurde – ein Prozess, der die vorübergehende Rückkehr der „Bauerndoktoren“ als politische Elite zuließ, deren Rückkehr als Funktionseleite allerdings verhinderte.

### **1. „... eine Diskriminierung von Agrarpolitikern, die keine ausübenden Bauern sind“ – Der Sieg der Honoratioren über die Funktionäre**

Zunächst gelang es den politisch unbelasteten Funktionären der Bauernvereine, nach dem Ende des Dritten Reiches die Spitzenpositionen innerhalb des landwirtschaftlichen Organisationswesens Bayerns wieder zu besetzen. Besonders herausgehoben waren die Positionen des ehemaligen niederbayerischen Bauernvereinsdirektors Alois Schlögl, der zum Generalsekretär des neu gegründeten Bayerischen Bauernverbandes avancierte, und Michael Horlachers, der die Direktion des Einheitsverbandes Bayerischer Raiffeisenverband übernahm<sup>7</sup>. Obwohl bei der Zusammensetzung der Verbandsorgane des BBV peinlich genau darauf geachtet wurde, die ehemaligen landwirtschaftlichen Interessenvertretungen BV, BBB und Bayerischer Landbund gerecht zu berücksichtigen, dominierte im BBV die Bauernvereinstradition. Der BBV war wie der Bayerische Christliche Bauernverein als Funktionärsverband organisiert, und in den ehren- und hauptamtlichen Spitzenpositionen überwogen die Angehörigen des BV<sup>8</sup>.

Vom landwirtschaftlichen Organisationswesen aus nahmen diese „Bauerndoktoren“ ihren umfassenden, Puhles Beobachtung von der „Ökonomisierung“ der westdeutschen Bauernverbände widersprechenden gesamtpolitischen Gestaltungsanspruch zunächst wieder auf. Horlacher war neben seiner Funktion als Raiffeisenpräsident auch Landtagspräsident und Stellvertretender Vorsitzender der CSU; der ehemalige schwäbische Bauernvereinspräsident und nunmehrige Bauernverbandspräsident Rothermel amtierte als Landrat seines Heimatlandkreises Krumbach; Schlögl fungierte nicht nur als Generalsekretär des BBV, sondern auch als bayerischer Landwirtschaftsminister; der ehemalige stellvertretende Bauernvereinsgeneralsekretär Baumgartner war Gründungsmitglied des BBV und der CSU, darüber hinaus Schlögls Nachfolger im Amt des bayerischen Landwirtschaftsministers und löste anschließend den ehemaligen oberbayerischen Bauernvereinssekretär Jakob Fischbacher in dessen Amt als Vorsitzender der Bayernpartei ab. Am spektakulärsten zeigte sich die Bereitschaft der „Bauerndoktoren“, ihren allgemeinpolitischen Anspruch umzusetzen, als Horlacher die Ministerpräsidentschaft Josef Müllers (1898–1979) verhinderte, indem er als Landtagspräsident die Geschäftsordnung beugte. Da Müller eine Koalition mit der SPD ablehnte<sup>9</sup>, stand er Horlachers Bemühungen, mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften

<sup>7</sup> Zu Horlachers Tätigkeit im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen nach 1945 vgl. HÜTTL, Genossenschaftsverband, 184–215; KIRCHINGER, Politik, 162–193.

<sup>8</sup> Vgl. KIRCHINGER, Bauernvereinstradition, 194–208.

<sup>9</sup> Zur gescheiterten Wahl Müllers vgl. HETTLER, Müller, 274–310; SCHLEMMER, Aufbruch, 168–186.

zur politischen Absicherung eines antikapitalistischen und korporatistischen Umbaus des Wirtschaftssystems zu einer Zusammenarbeit zu gelangen<sup>10</sup>, entgegen.

Horlachers Stellung innerhalb des politischen Systems im Nachkriegsbayern war durch ein erhebliches Ausmaß an Verflechtung zwischen partei- und verbandspolitischen Ämtern gekennzeichnet. Die Basis dafür stellte seine berufliche Position als Staatskommissar für das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen bzw. ab 1949 als Geschäftsleitender Präsident des Bayerischen Raiffeisenverbandes dar. Dadurch waren die ehren- und hauptamtliche Spitze des Bayerischen Raiffeisenverbandes in seiner Person vereint, was ihm innerhalb des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens eine unvergleichliche innerorganisatorische Machtfülle verschaffte<sup>11</sup>. Als Repräsentant des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens stand ihm nach der Satzung des BBV ein Sitz in dessen Präsidium und der Titel eines Präsidenten des BBV zu<sup>12</sup>. Derart mit Funktionen im landwirtschaftlichen Organisationswesen Bayerns ausgestattet, stellte er sich an die Spitze des so genannten Bauernflügels der CSU<sup>13</sup>. Dabei war er darum bemüht, die Verbindung zwischen dem landwirtschaftlichen Organisationswesen und der CSU auf seine Person hin zu monopolisieren und Konkurrenz abzuwehren<sup>14</sup>. Durch derartige um seine Person orientierte partei- und verbandspolitische Verflechtungen trug Horlacher maßgeblich dazu bei, dass die durch die Nationalsozialisten gewaltsam überwundene parteipolitische und konfessionelle Zersplitterung der landwirtschaftlichen Interessenvertretungen und landwirtschaftlichen Genossenschaftsorganisationen nicht mehr restituiert wurde und die CSU als neue christliche Sammlungspartei an dem vereinheitlichten landwirtschaftlichen Organisationswesen eine

---

<sup>10</sup> Zu Horlachers antikapitalistischer Wirtschaftskonzeption, die er nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges mit Hilfe der Sozialdemokratie umzusetzen versuchte, vgl. SCHREYER, Bayern, 142–154; BEHR, Sozialdemokratie, 86–93; STELZLE, Föderalismus, 40–42.

<sup>11</sup> Horlacher wurde am 31. Oktober 1945 auf eigenen Wunsch und gegen den Widerstand der Genossenschaftsfunktionäre von Landwirtschaftsminister Baumgartner zum Staatskommissar für das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen in Bayern mit umfassenden Vollmachten ernannt (GVB-Archiv, Niederschrift über die gemeinsame Sitzung der kommissarischen Geschäftsleitung von Bayerischer Zentral-Darlehenskasse und BayWa, 2. November 1945). Am 24. November 1949 wurde Horlacher von der Generalversammlung des Bayerischen Raiffeisenverbandes zum Geschäftsleitenden Präsidenten gewählt (Bayerisches Raiffeisenblatt vom 15. Oktober 1967).

<sup>12</sup> BBV-Generalsekretariat, Akt Präsidium 1948–1954, Sitzung des Präsidiums am 19. Mai 1952.

<sup>13</sup> Zu Horlachers Rolle im Bauernflügel der CSU vgl. MINTZEL, Anatomie, 110–112, 202f., 252f. und 261–270; FAIT, Anfänge, 66f.; SCHLEMMER, Aufbruch, 91–93.

<sup>14</sup> Obwohl Horlacher den Vorsitz der Landwirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft der CSU für seine Person beanspruchte, weigerte er sich beständig, als Vorsitzender auch tatsächlich tätig zu werden. Dadurch blockierte er jede eigenständige agrarpolitische Aktivität der CSU. Im Landesausschuss der CSU wurde er im Juni 1955 von Schlögl auf diese unerträgliche Situation hingewiesen: „Mein lieber Freund Horlacher, ich spreche Dich jetzt an; Du bist der ungekrönte Vorsitzende dieser Organisation ohne Anhang. Mitglieder haben wir bis heute noch nicht in der Arbeitsgemeinschaft. Wir müssen jetzt aktiv werden. Ich habe manche gegenteiligen Auffassungen, die mich manchmal von der Auffassung des Herrn Dr. Horlacher trennen; aber ich darf an ihn – er ist genau so Schüler von Dr. Heim wie ich – den Appell richten, daß wir jetzt unter allen Umständen versuchen, diese Verradikalisierung in der Landwirtschaft zu verhindern“ (ACSP, LGF-LA, Sitzung des Landesausschusses der CSU am 4./5. Juni 1955). Zur Funktion der Arbeitsgemeinschaften in der CSU vgl. MINTZEL, Anatomie, 437–439.

festen Stütze hatte<sup>15</sup>. Dabei weist Horlachers Stellung innerhalb des politischen Systems Bayerns nach 1945 auffallend auf das Vorbild Heims zurück. Wie dieser sicherte sich Horlacher die Kontrolle über die ökonomisch bedeutsamen landwirtschaftlichen Genossenschaften als Basis seiner verbands- und parteipolitischen Tätigkeit. Die starke parteipolitische Stellung, die er sich auf dieser Grundlage aufbauen konnte, ließen ihn für Alf Mintzel als „bäuerlicher Interessenvertreter alten Schlags“ erscheinen, „der sich niemals so recht im Sinne der CSU hatte disziplinieren lassen“<sup>16</sup>. Denn Priorität besaßen für Horlacher die Agrarpolitik und die verbandspolitischen Implikationen der Parteipolitik in der CSU vor deren parteipolitischen Interessen.

Ein Blick auf die von Horlacher nach 1945 propagierte Verbandsideologie zeigt, dass er Ideologeme, die in der Weimarer Republik zur gegenseitigen Abgrenzung innerhalb eines weltanschaulich zersplitterten landwirtschaftlichen Organisationswesens gedient hatten, nicht mehr aufgriff. Die Verbreitung solcher außerlandwirtschaftlicher – katholisierender, antisozialistischer und antirepublikanischer – Ideologeme machte im Rahmen des Einheitsverbandes BBV schlichtweg keinen Sinn mehr. Deshalb war es Horlacher überhaupt möglich, sich vom BBV aus mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften in der unmittelbaren Nachkriegszeit auf das gesellschaftspolitische Experiment einer korporatistischen „Zusammenarbeit der schaffenden Stände“ einzulassen<sup>17</sup>. Im Gegensatz dazu diente die Bauernumsideologie nach wie vor als ideologische Basis für seine verbands- und parteipolitische Tätigkeit. Denn nach wie vor mussten die Forderungen der Landwirtschaft aus einer Minderheitsposition heraus gerechtfertigt werden. Wie ehemals galt ihm das „Bauerntum als Grundlage für unsere Wirtschaft und unser Volksleben“<sup>18</sup>. Dabei war die Bedeutung der Landwirtschaft durch den Nahrungsmittelmangel in der unmittelbaren Nachkriegszeit<sup>19</sup> deutlich ins Bewusstsein der Bevölkerung gerückt worden. An seiner volkswirtschaftlichen Zielvorstellung von der Nahrungsmittelautarkie hatte sich deshalb nach 1945 nichts geändert. In seiner 1951 erschienenen *Einführung in die Agrarpolitik* erklärte er: „[...] das Brot ist das sicherste Brot, das wir selbst erzeugen und über das wir im Notfall

<sup>15</sup> SCHLEMMER, *Aufbruch*, 92 bezeichnete den BBV deshalb zutreffend als das „verbands- und interessenpolitische Gegenstück zur bayerischen Unionspartei“. Darüber sollte auch nicht hinwegtäuschen, dass Horlacher oftmals zur Untermauerung von parteipolitischen Forderungen mit der Spaltung der CSU vom BBV aus drohte. Denn er war letztlich nicht bereit, diese Drohung in die Wirklichkeit umzusetzen. Als er etwa im Landesarbeitsausschuss der CSU am 1. Mai 1946 wieder einmal mit der Spaltung der CSU drohte, zog er seinen Erpressungsversuch kleinlaut zurück, als ihm der Parteivorsitzende Müller bedeutete, den Ausschluss Horlachers aus der CSU forcieren zu wollen (Sitzung des Landesarbeitsausschusses der CSU am 1. Mai 1946, in: *Die CSU 1945–1948*, 193–209, hier: 204–206).

<sup>16</sup> MINTZEL, *Anatomie*, 294.

<sup>17</sup> Nach seiner eigenen Aussage im Bayerischen Beratenden Landesausschuß habe sich Horlacher „innerlich gelobt, die Politik nicht mehr so fortzusetzen, wie sie vor 1933 gewesen ist. Unsere Aufgabe ist es, nicht bloß Verständnis für die Lage der anderen Stände, des Arbeitnehmerstandes insbesondere zu haben, sondern unsere Aufgabe ist es, darüber hinaus eine geschlossene Zusammenarbeit der schaffenden Stände herbeizuführen“ (Arbeitsstagung des Bayerischen Beratenden Landesausschusses am 12. und 13. Juni 1946, 57f.).

<sup>18</sup> HORLACHER, *Einführung* (1951), 28.

<sup>19</sup> Vg. ERKER, *Ernährungskrise*, 23–63; TRITTEL, *Hunger*.

selbst disponieren können.“ Deshalb eignete sich die Bauertumsideologie wieder als Begründung für agrar- und gesellschaftspolitische Ansprüche der landwirtschaftlichen Interessenvertretungen: „Eine gewisse Grundgesinnung des Volkes für die Notwendigkeit des Bauernstandes ist daher für das Leben einer Nation eine unabdingbare Notwendigkeit.“ Da der „Bauernstand“ dadurch der „nächste Diener dieser göttlichen Gesetze“ sei und „ein hohes Gut zu verwalten“ habe, besaß dieser für ihn eine ungebrochene Bedeutung als gesellschaftspolitisch stabilisierender Faktor. Deshalb, so schloss Horlacher, dürfe „der Bauernstand die Grundgesinnung, daß er ein christlicher Bauernstand zu sein hat, nie vergessen“. Es ist zunächst noch nichts von der von Puhle konstatierten Versachlichung der agrarpolitischen Argumentation zu spüren, wenn Horlacher fordert, „daß wir wieder die psychologischen Voraussetzungen schaffen, um die Bevölkerung am Lande erhalten zu können. Dazu gehört die Bauerngesinnung“<sup>20</sup>. Zu einer Versachlichung der Bauernverbandsrhetorik konnte es nicht kommen, solange die „Bauerndoktoren“ die Führung im landwirtschaftlichen Organisationswesen hatten und ihre überkommenen agrarideologischen Begründungszusammenhänge aus Kaiserreich und Weimarer Republik in die bundesrepublikanische Wirklichkeit mitbrachten. Die von Puhle festgestellte Ökonomisierung der Bauernverbandsrhetorik setzte sich erst durch, als die politische Führung der Bauernverbände von den hauptamtlichen „Bauerndoktoren“ in einem konfliktreichen Prozess auf die Ehrenamtlichen überging, deren politischer Horizont weitgehend von der utilitaristisch-betriebsbezogenen Denkweise der praktischen Landwirtschaft bestimmt war – „limited by the borders of their own administrative district“, wie es das Büro des amerikanischen Land Commissioner in Bayern in einer pessimistischen Prognose über das intellektuelle Entwicklungspotential der ehrenamtlichen Mitarbeiter des BBV formulierte<sup>21</sup>.

Während der Konflikt zwischen Honoratioren und Funktionären um die Führung der landwirtschaftlichen Interessenvertretung vor 1933 zwischen dem Funktionärsverband BV und dem Honoratiorenverband BBB ausgetragen worden war, fand er nun innerhalb des Einheitsverbandes BBV statt<sup>22</sup>. Bereits am 10. Dezember 1946 verdächtigte der

<sup>20</sup> HORLACHER, Einführung (1951), 28–31.

<sup>21</sup> BayHStA, OMGB 13/42-1/2, Intelligence Review Bayerischer Bauernverband prepared by Office of Land Commissioner for Bavaria, 27. November 1950. Der Agrarwissenschaftler Heinrich Niehaus, der sich in seinen Publikationen vor allem gegen den Einfluss der hauptamtlich besoldeten Agrarfunktionäre wandte, sah diese Entwicklung positiv. Er behauptete, „daß es im Interesse der Verbandspolitik außerordentlich wertvoll wäre, wenn in den Organisationen vor allen Dingen unabhängige Leute aus der Praxis mitarbeiten würden. Die beste Garantie gegen das Überwuchern einer Verbandsbürokratie und Parteibürokratie ist die lebhaftige Beteiligung des Wählers und Mitgliedes. Und alle diese Organisationen, ob sie Verbände oder Parteien sind, kommen schließlich doch auf die schiefe Ebene, wenn diese unmittelbare Kontrolle vom praktischen Leben her nicht mehr gegeben ist“ (NIEHAUS, Staats- und Verbandsmacht, 143).

<sup>22</sup> Dieser Konflikt war nicht auf den BBV beschränkt, sondern stellt ein allgemeines – und noch kaum erforschtes – Merkmal dual strukturierter Organisationen und Institutionen dar. Zum spannungsreichen Verhältnis zwischen Haupt- und Ehrenamt im Deutschen Bauernverband stellte ACKERMANN, Bauernverband, 34 im Jahr 1970 fest: „Bei den Landwirten selbst stehen die hauptamtlichen Funktionäre im Vergleich zu den Präsidenten, die alle praktische Landwirte sind, immer noch in nicht allzu großem Ansehen.“ Auch Theodor Sonnemann (1900–1987), ab 1961 Funktionär des Deutschen Raiffeisenverbandes, thematisiert in seinen

stellvertretende Bauernverbandspräsident Konrad Frühwald (ehemals Bayerischer Landbund) die hauptamtlichen Mitarbeiter des BBV, über die Köpfe des Präsidiums hinweg die Richtung des BBV bestimmen zu wollen<sup>23</sup>. Frühwald war der Wortführer der Kritiker des Funktionärsinflusses im BBV. Während sich die Ehrenamtlichen über den „Direktorendünkel“ beschwerten<sup>24</sup>, beklagten sich die hauptamtlichen Kreisdirektoren darüber, dass sie bei der „Fortentwicklung des Bauernverbandes“ von den Honoratioren ausgeschaltet wurden<sup>25</sup>. Dabei besaß das Büropersonal des BBV gegenüber den Honoratioren den organisationspolitischen Vorteil, über den Verwaltungsapparat unmittelbar verfügen zu können und die zur Verbandsführung notwendige administrative Erfahrung zu besitzen. Bereits die Gründung des BBV im Sommer 1945 war von Hauptamtlichen ausgegangen. Der Ausbau des BBV wurde vom Generalsekretariat in München aus organisiert. Honoratioren wurden erst hinzugezogen, als konkrete Vorstellungen über die Organisationsstruktur des BBV bestanden<sup>26</sup>.

Im Gegensatz zu dieser organisatorischen Realität sollte das leitende Büropersonal nach Ansicht der Honoratioren auf rein administrative Dienstleistungen beschränkt und diesem keineswegs die Verbandsführung überlassen werden. Die von Max Weber als Kennzeichen der Massendemokratie beschriebene und für den Bayerischen Christlichen Bauernverein kennzeichnende „zunehmende Herrschaft der Parteibürokratie [...] unter Ausschaltung lokaler Honoratiorenkreise“<sup>27</sup> sollte rückgängig gemacht und dadurch einem älteren Verbandsmodell zum Durchbruch verholfen werden, das die existentielle Betroffenheit von der zu vertretenen Sache zur Voraussetzung für die Legitimation von Interessenvertretung machte. Der Ansatzpunkt für die Emanzipation der Honoratioren von den Funktionären im BBV bestand in dem Bemühen, dem Büropersonal des BBV parteipolitische Betätigung zu untersagen. Denn der Rückhalt an der Parteipolitik verschaffte dem Büropersonal eine größtmögliche Unabhängigkeit gegenüber den Honoratioren. Rothermel stellte im Präsidium des BBV am 19. Mai 1952 resigniert fest, an manche hauptamtlichen Mitarbeiter „kann man nicht heran, weil sie Schutz genießen von Personen,

---

Lebenserinnerungen das gespannte Verhältnis zwischen Haupt- und Ehrenamt im landwirtschaftlichen Organisationswesen (SONNEMANN, Gestalten, 70).

<sup>23</sup> BBV-Generalsekretariat, Akt Landesausschuss 1945–1947, Sitzung des Landesausschusses am 10. Dezember 1946.

<sup>24</sup> BBV-Generalsekretariat, Akt Präsidium 1948–1954, Sitzung des Präsidiums am 19. Mai 1952.

<sup>25</sup> BBV-Generalsekretariat, Akt Präsidium 1945–1947, Sitzung der Kreisdirektoren am 24. Januar 1947.

<sup>26</sup> IfZ-Archiv, Sammlung Bayernpartei ED 719/156, Schlögl an Fischbacher, 27. September 1945; BBV-Generalsekretariat, Akt Präsidium 1945–1947, Sitzung des Vorstandes am 14. Oktober 1945; IfZ-Archiv, Sammlung Bayernpartei ED 719/156, Schlögl an die Kreisdirektoren, 31. Oktober 1945.

<sup>27</sup> Nach WEBER, *Wirtschaft* (Teilband 4), 202f. erfordert die „Massendemokratie“ die Ersetzung von Honoratiorentätigkeit durch bezahlte Berufsarbeit, um traditionelle Vorrechte zu liquidieren. Es sei deshalb kein Zufall, dass die demokratischen Massenparteien, zu denen er auch die „agrarisches Massenbewegung“ (Bund der Landwirte) zählt, „am vollständigsten mit der überkommenen [...] Honoratiorenherrschaft gebrochen und sich bürokratisch unter der Leitung von Parteibeamten, berufsmäßigen Partei- und Gewerkschaftssekretären usw. organisiert haben“.

die außerhalb stehen“<sup>28</sup>. Bereits ein halbes Jahr nach der Gründung des BBV hatte Frühwald einen Anlauf unternommen, um die parteipolitische Tätigkeit der Funktionäre des BBV vor allem im Hinblick auf die Aktivitäten Schlögl in der CSU zu unterbinden. Horlacher gelang es, diesen Vorstoß abzuwehren, indem er darauf hinwies, dass Schlögl als Vorstandsmitglied kein bloßer Angestellter des BBV sei<sup>29</sup>. Neben der parteipolitischen Betätigung war es also die seit Heim übliche Verwischung der Grenzen zwischen haupt- und ehrenamtlicher Tätigkeit, die die Position der Funktionäre noch stärker machte. Noch deutlicher zeigte sich diese organisationspolitische Stärke, als Horlacher nach dem Rücktritt Baumgartners vom Amt des bayerischen Landwirtschaftsministers am 12. Dezember 1947<sup>30</sup> die Ernennung des Bauernvereinsgeneralsekretärs Schlögl zu dessen Nachfolger betrieb<sup>31</sup>: Gegen Horlachers alleinige Stimme sprach sich das Präsidium des BBV ausdrücklich gegen die Übernahme des Landwirtschaftsministeriums durch Schlögl aus und beschloss, dass der BBV als „überparteiliche Organisation mit der Frage der Besetzung des Landwirtschaftsministeriums offiziell keine Stellungnahme abgeben könne, sondern daß die Verantwortung einzig und alleine den Parteien überlassen bleibt“<sup>32</sup>. Horlacher ignorierte diesen Beschluss und betrieb die Ernennung Schlögl auf eigene Faust<sup>33</sup> – letztlich erfolgreich.

Diese Auseinandersetzungen um Schlögl zeigen bereits, dass das Amt des Generalsekretärs als der hauptamtlichen Spitze des BBV den zentralen Streitpunkt in der Auseinandersetzung zwischen Honoratioren und Funktionären darstellte. Dieses Amt ließ sich nach der Definition Horlachers nicht auf eine rein administrative Funktion reduzieren. Horlacher forderte, dass der Generalsekretär „unter Führung des 1. Präsidenten im Büro auch verantwortlich und die erste Figur ist, daß aber zur Bewältigung der organisatorischen und finanziellen und Personalaufgaben der Verwaltungsdirektor als sein Stellvertreter da sein muß, ist für mich ebenso klar, weil der Generalsekretär eine rege propagandistische Tätigkeit entfalten soll und ihm die Zeit zu anderem fehlen muß“<sup>34</sup>. Nach Aussage des oberpfälzischen Bauernverbandsdirektors Klier war nicht der ehrenamtliche Präsident, sondern der Generalsekretär „der ausschlaggebende Führer im Bauernverband“<sup>35</sup>. Mit dieser Sichtweise stimmt überein, dass Bauernverbandspräsident Rothermel im Präsidium des BBV am 19. Mai 1952 die Warnung erhob: „Wenn Sie sich vor dem Landesausschuß über die Person des

<sup>28</sup> BBV-Generalsekretariat, Akt Präsidium 1948–1954, Sitzung des Präsidiums am 19. Mai 1952.

<sup>29</sup> BBV-Generalsekretariat, Akt Präsidium 1945–1947, Sitzung des Präsidiums am 1. März 1946.

<sup>30</sup> Zum Rücktritt Baumgartners vgl. WOLF, CSU, 46–49; ERKER, Ernährungskrise, 182.

<sup>31</sup> Schlögl selbst gab an, von Horlacher gedrängt worden zu sein, sich für dieses Amt zu interessieren (BayHStA, NL Ehard 1344, Schlögl an Ehard, 18. Dezember 1947).

<sup>32</sup> BBV-Generalsekretariat, Akt Präsidium 1945–1947, Sitzung des Vorstandes am 18. Dezember 1947; BBV-Generalsekretariat, Akt Landesausschuß 1945–1947, Sitzung des Landesausschusses am 19. Dezember 1947.

<sup>33</sup> Gegenüber der SZ vom 20. Dezember 1947 erklärte Horlacher, dass Schlögl's Rückzieher vom 18. Dezember „voreilig“ gewesen sei. Die letzte Entscheidung werde erst im Januar in der Fraktion der CSU fallen.

<sup>34</sup> BBV-Generalsekretariat, Akt Erweiterter Vorstand 1948–1952, Sitzung des Erweiterten Vorstandes am 29. Juni 1952.

<sup>35</sup> IfZ-Archiv, NL Baumgartner ED 132/99, Klier an Baumgartner, 7. Juni 1952.

Generalsekretärs aussprechen und entscheiden, dann geben sie dem Generalsekretär eine große Apparatur, sozusagen den ganzen Bauernverband, in die Hände, und diese Apparatur kann politisch zum Guten für den Verband, aber auch im Bösen verwendet werden.“<sup>36</sup>

Dabei war der Streit um das Generalsekretärsamt zunächst eng verbunden mit dem Streben der Kreisverbände nach größerer Autonomie gegenüber der zentralen Verbandsbürokratie im Generalsekretariat des BBV in München. So wurde von dem unterfränkischen Kreispräsidenten Georg Gehring (1887–1953)<sup>37</sup> während der Landesausschusssitzung am 25. November 1949 mit scharfen Worten darauf hingewiesen, „daß das Schwergewicht unserer bäuerlichen Berufsvertretung nicht oben, sondern unten ist“. Ohne konkret zu werden, drohte er: „Wir machen es auf Dauer nicht mit. Ich lasse mich nicht am Gängelband führen, nicht diktatorisch als Abklatsch des Reichsnährstandes von oben, sondern von unten nach oben.“<sup>38</sup> In den Kreisverbänden wurde deshalb die Abschaffung des Generalsekretärsamtes diskutiert<sup>39</sup>. Zunächst gelang es aber dem ehrenamtlichen Präsidium, nach dem Wechsel Schlögls ins Landwirtschaftsministerium, sich des Generalsekretärsamtes zu bemächtigen. Es wurde deshalb vorerst kein neuer Generalsekretär bestellt. Die Geschäftsführung des BBV übernahm kommissarisch Präsident Rothermel selbst<sup>40</sup>. Der seit der Gründung des BBV schwelende Konflikt zwischen den ehemaligen Organisationen BV, BBB und Bayerischer Landbund kam nun zum offenen Ausbruch. Denn die stellvertretenden Bauernverbandspräsidenten Fehr (ehemals BBB) und Frühwald (ehemals Bayerischer Landbund) vermuteten, dass Rothermel (ehemals BV) das Amt des Generalsekretärs durch die Übernahme der Geschäftsführung für Schlögl (ehemals BV) freihalten wollte. Deshalb betrieben sie die Bestellung eines neuen Generalsekretärs<sup>41</sup>. Ihre Befürchtungen waren nicht unbegründet. Tatsächlich besaßen die ehemaligen Bauernvereinsmitarbeiter ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl. Von Klier wurden sie als „Alte Garde“ bezeichnet<sup>42</sup>. Klier versuchte auch, den vormaligen oberfränkischen Bauernvereinsdirektor Neppig zur

<sup>36</sup> BBV-Generalsekretariat, Akt Präsidium 1948–1954, Sitzung des Präsidiums am 19. Mai 1952.

<sup>37</sup> Landwirt, katholisch, geboren am 16. Mai 1887 im Landkreis Ebern (Unterfranken) als Sohn eines Gutspächters, seit 1910 Bewirtschaftung eines Bauernhofes in Oberspießheim bei Gerolzhofen (17 Hektar), nach dem Ersten Weltkrieg Bürgermeister von Oberspießheim, Ökonomierat, Mitglied der Bezirksbauernkammer Gerolzhofen, 1927 bis 1933 Präsident der Kreisbauernkammer Unterfranken, Mitglied der Landesbauernkammer, 1928 bis 1933 MdL für die BVP, Mitglied des unterfränkischen BV, 1933 und 1944 in Schutzhaft, 1945 Gründungsmitglied des BBV, 1945 bis 1952 Präsident des unterfränkischen BBV, 1946 bis 1950 MdL für die CSU, gestorben am 16. Januar 1953. Zu Gehring vgl. BLW vom 18. Mai 1946; BLW vom 24. Januar 1953; LILLA, Landtag, 353.

<sup>38</sup> BBV-Generalsekretariat, Akt Landesausschuss 1948–1951, Sitzung des Landesausschusses am 25. November 1949.

<sup>39</sup> BBV-Generalsekretariat, Akt Landesausschuss 1948–1951, Antrag der Kreisverbände zur Bestellung eines Generalsekretärs, 27. April 1949.

<sup>40</sup> BBV-Generalsekretariat, Akt Landesausschuss 1948–1951, Sitzung des Landesausschusses am 27. Juli 1948.

<sup>41</sup> BBV Oberpfalz, Akt Vertraulich 1947–1952, Klier an Rothermel, 14. Juli 1948. Schlögl besaß als Generalsekretär einen unkündbaren Vertrag, deshalb war er auf die Dauer seiner Ministertätigkeit beurlaubt worden (BBV-Generalsekretariat, Akt Landesausschuss 1948–1951, Sitzung des Landesausschusses am 27. Juli 1948).

<sup>42</sup> BBV-Oberpfalz, Akt Dir. Klier pers., Klier an Neppig, 19. Februar 1948.

Übernahme des Generalsekretärsamtes zu überreden, wobei es ihm ausdrücklich darum ging, maßgebliche Stellen im BBV mit Bauernvereinsangehörigen zu besetzen<sup>43</sup>. Schließlich gelang es den ehemaligen Bauernvereinsangehörigen, Neppig am 27. April 1949 als Generalsekretär zu installieren<sup>44</sup>. Da Neppig jedoch bereits gesundheitlich sehr angeschlagen war<sup>45</sup>, konnte eine energische Führung des Amtes durch ihn nicht erwartet werden<sup>46</sup>. Tatsächlich wurde er vom Präsidium in wichtigen Angelegenheiten dann auch übergangen<sup>47</sup>. Gleichzeitig wurde die Position des Generalsekretärs durch die Herauslösung der zentralen Verwaltung aus seinem Aufgabenbereich und deren Übertragung auf Verwaltungsdirektor Dr. Alois Egger (1899–1993)<sup>48</sup> geschwächt<sup>49</sup>. Die Auseinandersetzungen, die im Vorfeld der Bestellung Neppigs zwischen den Angehörigen der ehemaligen Organisationen um die Person des künftigen Generalsekretärs geführt wurden, können deshalb nicht darüber hinwegtäuschen, dass in der Berufung des schwachen Neppig eine Maßnahme zur gezielten Schwächung der hauptamtlichen Mitarbeiterschaft im Rahmen eines umfassenden Angriffes zu sehen ist. Darauf deutet nicht zuletzt hin, dass den sämtlichen 260 hauptamtlichen Mitarbeitern des BBV bis hinauf zu den Kreisdirektoren gleichzeitig mit den Auseinandersetzungen um die Bestellung Neppigs vom Präsidium des BBV mit dem Argument finanzieller Schwierigkeiten „vorsorglich“ gekündigt wurde<sup>50</sup>.

Nachdem Neppig am 30. Januar 1951 seinen Rücktritt erklärt hatte<sup>51</sup>, trat als dritte Komponente im Streit um den Generalsekretär des BBV – neben dem Konflikt zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen und den Auseinandersetzungen zwischen den Angehörigen der ehemaligen landwirtschaftlichen Interessenvertretungen – der parteipolitisch motivierte Konflikt zwischen CSU und Bayernpartei hinzu, da der mittlerweile zum Vorsitzenden der Bayernpartei avancierte Baumgartner Anspruch auf das Amt erhob<sup>52</sup>. Der Konflikt um das Amt des Generalsekretärs des BBV wurde deshalb in der Parteienforschung bisher

<sup>43</sup> BBV-Oberpfalz, Akt Dir. Klier pers., Klier an Neppig, 19. Februar 1948: „Du weißt selbst was vom Generalsekretär in der jetzigen Aufbauphase des Bauernverbandes abhängt. Ein falscher Führer am Steuer, u. der ganze Verband geht dann Wege, die weitab von unserem Ideal führen.“

<sup>44</sup> BBV-Generalsekretariat, Akt Landesausschuss 1948–1951, Bericht über die Sitzung des Landesausschusses am 27. April 1949.

<sup>45</sup> Rothermel musste deshalb die Geschäftsführung auch während Neppigs Amtszeit ausüben (BBV Generalsekretariat, Akt Erweiterter Vorstand 1948–1952, Sitzung des Erweiterten Vorstandes am 11. Februar 1951).

<sup>46</sup> Ein zeitgenössischer Beobachter meinte, dass Neppig „weder die Vitalität noch die Energie eines Dr. Alois Schlögl“ habe (KÖNIG, Generalsekretär, 1–3).

<sup>47</sup> IfZ-Archiv, NL Baumgartner ED 132/39, Neppig an Baumgartner, 1. September 1949.

<sup>48</sup> Katholisch, geboren am 16. Juni 1899 in Oberhörlkofen, Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, Promotion betreut von Friedrich von Zahn, vor 1933 tätig beim Bayerischen Statistischen Landesamt, nach 1933 Abteilungsleiter im nationalsozialistischen Reichsnährstand, dort Leiter der Stelle für Ernährungssicherung, 1952 Ernennung zum Stellvertretenden Generalsekretär des BBV, 1962 bis 1968 Generalsekretär des BBV, gestorben 1993. Zu Egger vgl. JOHN, Bauernköpfe, 45–47; EGGER, Belastung.

<sup>49</sup> BBV-Generalsekretariat, Akt Landesausschuss 1948–1951, Bericht über die Sitzung des Landesausschusses am 27. April 1949.

<sup>50</sup> BLZ vom 18. Februar 1949.

<sup>51</sup> BBV-Generalsekretariat, Akt Wahl eines Generalsekretärs 1951/53, Neppig an Rothermel, 30. Januar 1951.

<sup>52</sup> IfZ-Archiv, NL Baumgartner ED 132/98, Baumgartner an Fehr, 6. Februar 1951.



ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der parteipolitischen Auseinandersetzung zwischen der Bayernpartei und dem kleineren Teil des BBV auf der einen Seite, der CSU und einer angeblich CSU-hörigen Mehrheit des BBV auf der anderen Seite betrachtet<sup>53</sup>. Durch diese parteigeschichtliche Betrachtungsweise blieb der am Amt des Generalsekretärs festzumachende organisationspolitische Konflikt zwischen Haupt- und Ehrenamt verdeckt. Dabei schien sich die parteipolitische Komponente des Konflikts um das Amt des Generalsekretärs hervorragend dafür zu eignen, die Stellung der Hauptamtlichen zu untergraben. Denn durch die organisationspolitischen Wirren, in die der BBV infolge des parteipolitischen Streits zwischen Bayernpartei und CSU wegen des Generalsekretärs gestürzt wurde, konnten die Honoratioren mit dem Anspruch hoher Plausibilität auf die negativen Auswirkungen des parteipolitischen Engagements von Hauptamtlichen hinweisen. Wenn der Erweiterte Vorstand des BBV am 11. Februar 1951 von Baumgartner als Voraussetzung für eine eventuelle zeitlich befristete Berufung zum Generalsekretär verlangte, Fraktions- und Landesvorsitz der Bayernpartei niederzulegen<sup>54</sup>, so ist darin nicht nur der Versuch zu sehen, eine Schranke gegen den Einfluss der Bayernpartei zu errichten, sondern auch eine Fortführung der bisherigen Bestrebungen der Ehrenamtlichen, den Einfluss der Funktionäre durch das Verbot der parteipolitischen Betätigung zu beschneiden.

Im Gegensatz dazu bemühte sich Horlacher nachdrücklich, für Baumgartner einen unbefristeten Dienstvertrag durchzusetzen, um diesem die „gewisse Unabhängigkeit“ zu verleihen, die er nach Ansicht Horlachers zur Ausfüllung des Amtes benötigte, nach Ansicht der Honoratioren aber beschnitten werden sollte. Dabei zeugt auch Horlachers Verhalten von der bereits durch Klier geäußerten bemerkenswerten Solidarität unter den ehemaligen Bauernvereinsfunktionären. Denn als Horlacher die unbefristete Anstellung Baumgartners im Präsidium des BBV erreichen wollte, wies er darauf hin, dass dieser der einzige der „alten Bauernführer“ sei, der noch ohne Versorgung sei<sup>55</sup>. Darüber hinaus hoffte Horlacher durch die Berufung Baumgartners nicht zuletzt, die Spaltung der landwirtschaftlichen Wähler in CSU und Bayernpartei zu überwinden<sup>56</sup>. Allerdings zog es der Landesausschuss des BBV am 12. Februar 1951 nach sechsstündiger hitziger Debatte vor, Präsident Rothermel einstweilen kommissarisch mit der Geschäftsführung des BBV zu beauftragen, was Horlacher als Demütigung Baumgartners interpretierte<sup>57</sup>. Tatsächlich war diese Entscheidung ein

<sup>53</sup> Vgl. UNGER, Bayernpartei, 175–179.

<sup>54</sup> IfZ-Archiv, NL Baumgartner ED 132/98, Baumgartner an Fehr, 6. Februar 1951; IfZ-Archiv, NL Baumgartner ED 132/98, Baumgartner an Rothermel, 8. Februar 1951; BBV-Generalsekretariat, Akt Erweiterter Vorstand 1948–1952, Sitzung des Erweiterten Vorstandes am 11. Februar 1951.

<sup>55</sup> BBV-Generalsekretariat, Akt Präsidium 1948–1954, Sitzung des Präsidiums am 19. Mai 1952; BBV-Generalsekretariat, Akt Erweiterter Vorstand 1948–1952, Sitzung des Erweiterten Vorstandes am 29. Juni 1952.

<sup>56</sup> BBV-Generalsekretariat, Akt Erweiterter Vorstand 1948–1952, Sitzung des Erweiterten Vorstandes am 11. Februar 1951.

<sup>57</sup> BBV-Generalsekretariat, Akt Landesausschuss 1948–1951, Sitzung des Landesausschusses am 12. Februar 1951.

Eingeständnis der Handlungsunfähigkeit des BBV und der Unfähigkeit seiner ehrenamtlichen Gremien, sich von dem als übermächtig empfundenen Einfluss der Funktionäre zu emanzipieren. Es war weder eine parteipolitische Entscheidung gegen die Bayernpartei, noch eine organisationspolitische Entscheidung gegen die Funktionäre gefallen. Der Kommentator des *Münchner Merkur* meinte deshalb zutreffend, dass die bayerischen Bauern „weder politisch noch standespolitisch emanzipiert“ seien<sup>58</sup>. Der Preis für diese Nicht-Entscheidung bestand darin, dass den BBV nun eine tiefe Führungskrise erschütterte, da Rothermel eine ausgesprochene Führungsschwäche an den Tag legte<sup>59</sup>.

Das Problem der unbesetzten hauptamtlichen Spitze im BBV wurde durch den Beschluss vom 12. Februar 1952 nur noch drängender. Wie sehr die Auseinandersetzung um den Generalsekretär nicht nur von der Parteipolitik, sondern auch von dem Gegensatz zwischen Funktionären und Honoratioren geprägt war, zeigte sich auf der Präsidiumssitzung am 19. Mai 1952. Adam Sühler (1889–1964)<sup>60</sup> plädierte wieder für die Abschaffung des Generalsekretärsamtes, denn durch dieses würden nur die „Bürokraten einen noch größeren Einfluss auf den Bauernverband bekommen, als es schon der Fall ist“. Von Rothermel musste er sich daraufhin auf die Notwendigkeit des Verwaltungsdirektors als Ersatz für den Generalsekretär hinweisen lassen: „[...] ohne Dr. Egger können Sie gegenwärtig den Verband nicht führen, das ist ausgeschlossen“. Andererseits warnte er die Funktionäre aber auch davor, sich Kompetenzen der Ehrenamtlichen anzueignen: „Wenn sich hauptamtliche Kräfte in die Belange der ehrenamtlichen einzumischen versuchen, kommen sie am Schluß unter die Räder.“<sup>61</sup> Bevor dann die Sitzung des Landesausschusses am 30. Juni 1952 die Entscheidung über den zukünftigen Generalsekretär bringen sollte, wurde eine Änderung der Satzung beschlossen, mit der der Handlungsspielraum des Generalsekretärs im Sinne der Ehrenamtlichen beschnitten wurde. Zu diesem Zweck wurde die Position des Verwaltungsdirektors Egger aufgewertet, indem er mit beratender Stimme in das Präsidium aufgenommen wurde, während das volle Stimmrecht des Generalsekretärs im Präsidium ebenfalls auf eine beratende Stimme vermindert wurde. Bei dieser Gelegenheit kam es wieder

<sup>58</sup> MM vom 14. Februar 1951.

<sup>59</sup> Georg Pix, Präsidiumsmitglied des BBV, stellte deshalb resigniert fest: „[...] im Bürobetrieb in München kennen sich viele Leute nicht mehr aus“ (BBV-Generalsekretariat, Akt Erweiterter Vorstand 1948–1952, Sitzung des Erweiterten Vorstandes am 29. Juni 1952).

<sup>60</sup> Landwirt, protestantisch, geboren am 25. März 1889, landwirtschaftliche Ausbildung, Soldat im Ersten Weltkrieg, 1919 Übernahme des elterlichen Hofes, 1919 bis 1933 Stellvertretender Vorsitzender des Bayerischen Landbundes, 1920 bis 1933 Mitglied der Bayerischen Landesbauernkammer, Mitglied der Bezirksbauernkammer Kulmbach-Land und der Kreisbauernkammer Oberfranken, 1925 bis 1933 Bürgermeister von Lindau/Oberfranken, 1928 bis 1933 MdL für die DNVP, 1933 aller Ämter enthoben, seit 1945 Mitglied der CSU, Gründungsmitglied des BBV, 1946 Mitglied der Bayerischen Verfassungsgebenden Landesversammlung, 1946 bis 1949 MdL, 1947 Landrat des Kreises Kulmbach, 1950 bis 1963 MdS für den BBV, 1947 bis 1950 Staatssekretär im bayerischen Landwirtschaftsministerium, 1956 bis 1958 Präsident des oberfränkischen BBV, gestorben am 28. Januar 1964. Zu Sühler vgl. BLW vom 2. April 1949; KITTEL, Weimar, 223; LILLA, Landtag, 527.

<sup>61</sup> BBV-Generalsekretariat, Akt Präsidium 1948–1954, Sitzung des Präsidiums am 19. Mai 1952.

zu heftigen Diskussionen über die Zulässigkeit parteipolitischer Betätigung von hauptamtlichen Mitarbeitern des BBV. Trotz der beschlossenen Sicherungsmaßnahmen und trotz der Fürsprache Horlachers gelang es Baumgartner nicht, sich in der erregten Landesausschusssitzung am 30. Juni 1952 durchzusetzen. Obwohl Horlacher alles daran setzte, die Wahl Baumgartners nach drei ergebnislosen Wahlgängen in einem vierten Wahlgang durchzudrücken, entschied sich der Landesausschuss mehrheitlich für die Vertagung der Wahl. Horlacher gelang es daraufhin nicht mehr, den cholерischen Baumgartner zu beruhigen, der sich unter der Drohung von der Sitzung entfernte, den BBV zu spalten und die Landwirte, die der Bayernpartei nahe standen, in einer eigenen Interessenvertretung zu sammeln<sup>62</sup>. Trotz dieser Drohung zeigte Baumgartner aber weiterhin Interesse am Generalsekretärsamt des BBV, das ihm angesichts des zurückgehenden Interesses der Wähler an der Bayernpartei berufliche Sicherheit versprechen konnte. Als Zeichen für sein anhaltendes Interesse stellte sich Baumgartner auf der Landesversammlung der Bayernpartei am 23. August 1953 nicht mehr für deren Vorsitz zur Verfügung<sup>63</sup>, nachdem das Präsidium des BBV am 6. Juli 1953 den Beschluss gefasst hatte, sämtlichen Mitarbeitern bei Strafe der Kündigung zu verbieten, ein Landtags- oder Bundestagesmandat anzunehmen<sup>64</sup>. Trotzdem brachte der nächste Landesausschuss des BBV am 24. Oktober 1953 keine Lösung der Generalsekretärsfrage. Während sich Horlacher wieder nachdrücklich für die Wahl Baumgartners aussprach, verweigerte sich die Mehrheit zum wiederholten Male einer Entscheidung<sup>65</sup>.

Indem sich Horlacher bemühte, Baumgartner das Amt des Generalsekretärs des BBV zu verschaffen, wollte er dadurch nicht zuletzt einen dankbaren Verbündeten innerhalb des BBV bekommen. Denn Horlachers Stellung im Präsidium geriet von Seiten Frühwalds in massive Bedrängnis. Während der Vorbereitungen zur Landesausschusssitzung des BBV am 30. Juni 1952 hatte Frühwald die Auseinandersetzungen um das Generalsekretärsamt geschickt für den Versuch genutzt, durch eine Satzungsrevision den Einfluss hauptamtlicher Agrarpolitiker – insbesondere denjenigen Horlachers – umfassend zu beschneiden. Frühwald machte am 19. Mai 1952 im Präsidium den harmlos klingenden Vorschlag, das bisherige sechsköpfige Präsidium um zwei Präsidenten zu verkleinern. Es sollte sich nur mehr aus zwei Präsidenten, einem Schriftführer und einem Rechnungsführer zusammensetzen, wobei einer dieser letzten beiden Posten für den Vertreter des Bayerischen Raiffeisenverbandes reserviert

<sup>62</sup> BBV-Generalsekretariat, Akt Landesversammlungen 1952–1955, Sitzung des Landesausschusses am 30. Juni 1952.

<sup>63</sup> IfZ-Archiv, NL Baumgartner ED 132/52, Landesversammlung der Bayernpartei am 23. August 1952.

<sup>64</sup> BBV-Generalsekretariat, Akt Präsidium 1948–1954, Sitzung des Präsidiums am 6. Juli 1953. Da dieser Beschluss grundgesetzwidrig und deshalb nicht zu halten war, schwächte das Präsidium diesen Beschluss eine Woche darauf auf Beurlaubung ab (BBV-Generalsekretariat, Akt Präsidium 1948–1954, Sitzung des Präsidiums am 13. Juli 1953).

<sup>65</sup> BBV-Generalsekretariat, Akt Landesversammlungen 1952–1955, Sitzung des Landesausschusses am 24. Oktober 1953.

bleiben sollte. Bisher wurde der Bayerische Raiffeisenverband von Horlacher vertreten, der deshalb den Titel eines Bauernverbandspräsidenten führte, was ihm eine erhöhte Legitimation zur agrarpolitischen Interessenvertretung verlieh. Horlacher bestand deshalb auf der Führung dieses Titels. Dabei sah er in Frühwalds Vorschlag nicht nur einen Angriff auf seine Person, sondern auf den Einfluss hauptamtlicher Agrarpolitiker im BBV überhaupt. Empört wies er deshalb Frühwalds Vorschlag zurück: „Richtig ist nur, daß diejenigen, die den Verband geschaffen haben und ihn erhalten, auch die Entscheidungsgewalt besitzen müssen.“ Schließlich drohte Horlacher sogar mit Rücktritt: „Ich kann kein Agrarpolitiker sein, wenn ich an der Spitze des Bauernverbandes desavouiert werde. Das ist nicht zu ertragen, da gehe ich lieber früher.“ Das war die dramatische Komponente seiner Antwort auf Frühwalds Vorschlag. Die rationale Komponente seiner Antwort folgte umgehend und bestand in der geschickten Ausnutzung der finanziellen Abhängigkeit des BBV vom Bayerischen Raiffeisenverband: „Ich werde dem Raiffeisenverband berichten. Ich lasse mich nicht auf halbem Wege abschieben. Ich weiß, woher diese Bestrebungen kommen und warum sie erfolgen.“ Dadurch gelang es Horlacher, den Vorstoß Frühwalds abzuwehren und die Präsidiumssitzung zu einer Vertrauenskundgebung für sich umzugestalten<sup>66</sup>.

Obwohl der Vorstoß Frühwalds damit gescheitert war, unternahmen die Honoratioren der Kreisverbände am Tag vor der Landesausschusssitzung im Erweiterten Vorstand des BBV am 29. Juni einen erneuten Versuch, um die Bewegungsfreiheit der Funktionäre durch umfassende Satzungsrevisionen zu beschränken. Den Auftakt machte Sühler, der seine bloß repräsentative Funktion als Bezirkspräsident beklagte: „Er kann Versammlungen einberufen und leiten und Unterschriften machen. Von der Bezirksgeschäftsstelle angefangen bis zum Kreis macht alles nur die Verbandsbürokratie.“ Daraufhin einigte sich der Erweiterte Vorstand auf eine Bestimmung, wodurch die Bürokratie stärker an die Weisungen der Ehrenamtlichen gebunden werden sollte. Nun forderte der Kreisverband Schwaben jedoch, die Ausübung eines Präsidentenamtes im BBV an die praktische landwirtschaftliche Tätigkeit zu binden, wodurch hauptamtliche Funktionäre von der Besetzung der Präsidentenposten ausgeschlossen worden wären. Dadurch wäre wieder Horlachers Position im Präsidium des BBV betroffen gewesen. Horlacher betrachtete diesen Vorstoß deshalb als Angriff auf seine Person. Er bezeichnete den schwäbischen Vorschlag als „eine Diskriminierung von Agrarpolitikern, die keine ausübenden Bauern sind“. Schließlich konnte sich der Erweiterte Vorstand auf Rothermels Kompromissvorschlag einigen, aus dem schwäbischen Antrag eine Sollbestimmung zu machen. Damit verlief die Sitzung für Horlachers Stellung innerhalb des BBV glimpflich, obwohl er sich von dem niederbayerischen Bauernverbandspräsidenten Josef Sturm unter Hinweis auf sein fortgeschrittenes Alter zum Rücktritt auffordern lassen musste: „Wir wissen, daß unser Horlacher und Frühwald nicht glauben wollen, daß sie schon alt

---

<sup>66</sup> Vgl. BBV-Generalsekretariat, Akt Präsidium 1948–1954, Sitzung des Präsidiums am 19. Mai 1952.

werden. [...] Wir muten ihnen nicht zu, daß sie den Ehrgeiz haben und nicht wünschen, daß sich auch jüngere Leute, auch agrarpolitisch im Gebiete, einarbeiten, und nicht zuletzt auf der Plattform des Bauernverbandes, damit wir hier einen tüchtigen Nachwuchs bekommen, wenn unsere beiden guten alten Pferde, Horlacher und Frühwald, ausgespannt werden sollten oder selber ausspannen.“<sup>67</sup>

Horlacher war gesundheitlich stark angeschlagen, die KZ-Haft hatte ihre Spuren hinterlassen. Er litt an Magen- und Darmkrebs<sup>68</sup>. Walter Henkels beschrieb 1952, wie Horlacher auf „das Rednerpodium mehr mühsam klettert als steigt – das Zipperlein hat ihn nämlich schon gepackt“<sup>69</sup>, und das Klappern seiner Zahnprothese sorgte für Erheiterung unter seinen Zuhörern<sup>70</sup>. In der CSU machte man sich wegen Horlachers Gesundheitszustand Sorgen um den Einfluss auf den BBV<sup>71</sup>. Es war jedoch nicht nur Horlachers Gesundheitszustand, der sein agrarpolitisches Engagement immer fragwürdiger erscheinen ließ. Zunehmend wurden auch die Inhalte seiner agrarpolitischen Konzepte in Frage gestellt, die den Anforderungen einer marktorientierten, kapitalistischen Industriegesellschaft nicht mehr adäquat erschienen. Als Geschäftsleitender Präsident des Bayerischen Raiffeisenverbandes weigerte sich Horlacher beständig, in den lokalen Kredit- und Absatzgenossenschaften den Übergang von der Selbstverwaltung durch Mitglieder der Genossenschaft zur hauptberuflichen Geschäftsführung durch außerhalb der Genossenschaft stehende betriebswirtschaftlich ausgebildete Fachleute zu fördern – was sich aber aufgrund der Ausdehnung des genossenschaftlichen Geschäftsbereichs (wegen der Intensivierung der Landwirtschaft) und der Ausdehnung der Bankgeschäfte (wegen des Werbens um nichtlandwirtschaftliche Kunden) als immer notwendiger erwies. Für Horlacher bedeutete die Einführung der hauptamtlichen Geschäftsführung aber wegen der Verletzung des Selbstverwaltungsprinzips den „Anfang vom Ende der Genossenschaftsorganisation“<sup>72</sup>. Horlacher erblickte in der Selbstverwaltung diejenige Komponente, die das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen erst zur volkswirtschaftlichen Alternative zum Kapitalismus und zu einem in die Praxis umgesetzten wirtschaftspolitischen Ausdruck der katholischen Soziallehre machte<sup>73</sup>. Zur Erhaltung dieses ideologisch überhöhten

<sup>67</sup> BBV-Generalsekretariat, Akt Erweiterter Vorstand 1948–1952, Sitzung des Erweiterter Vorstandes am 29. Juni 1952.

<sup>68</sup> Dabei wollten die Ärzte eine Verbindung zwischen Horlachers Magen- und Darmproblemen und den ungesunden Haftbedingungen, denen Horlacher im KZ Dachau unterworfen war, nicht abstreiten (mündliche Auskunft von Hellmut Horlacher).

<sup>69</sup> HENKELS, Valuta, 2.

<sup>70</sup> STÜCKLEN, Humor, 169.

<sup>71</sup> Der spätere Bauernverbandspräsident Otto von Feury gab im Geschäftsführenden Vorstand der CSU am 7. Oktober 1955 (ACSP, LGF-LV(gf)) zu bedenken: „Das Präsidium wird von meist älteren Persönlichkeiten aus dem Bauernstand vertreten, auch Horlacher ist nicht mehr das, was er war.“

<sup>72</sup> GVB-Archiv, Sitzung des Verwaltungsrates des Bayerischen Raiffeisenverbandes am 7. März 1951.

<sup>73</sup> Durch das Genossenschaftswesen, so Horlacher, werde das Wirtschaftsleben derart geordnet, „daß das Leben des einzelnen vor Übergriffen starker egoistischer Wirtschaftskräfte gesichert ist“. Deshalb stehen die Genossenschaften „im Dienste der Entwicklung der sittlichen Kräfte unseres Volkes“ durch „Selbsthilfe,

Selbstverwaltungsprinzips war er sogar bereit, geschäftliche Nachteile für die Einzelgenossenschaften in Kauf zu nehmen<sup>74</sup>. Horlacher verschloss die Augen vor sich häufenden Unterschlagungen, Fehlinvestitionen und Kreditverlusten<sup>75</sup>. Deshalb wurde er auf der Sitzung des Verwaltungsrates des Bayerischen Raiffeisenverbandes am 10. November 1952 das Ziel heftiger Angriffe. Horlacher wurde persönlich für die Verluste verantwortlich gemacht. Es wurde ihm vorgeworfen, dass er wegen seiner politischen Verpflichtungen nicht ausreichend Zeit für eine strengere Kontrolle haben könne. Dabei musste er sich eingestehen, dass die Unzufriedenheit mit seiner Geschäftsführung bereits seit längerer Zeit schwelte, weshalb er erklärte: „Man kann manchmal die Meinung hören, der Doktor wäre umsonst da.“ Um sich dagegen zu wehren, legte er sein Verständnis vom Amt eines Geschäftsleitenden Präsidenten des Bayerischen Raiffeisenverbandes offen: Er betrachtete es nicht als primär administrative Aufgabe, sondern als repräsentatives und politisches Amt. Denn zur Verteidigung erinnerte er den Verwaltungsrat daran, dass er den Bayerischen Raiffeisenverband auf zahlreichen lokalen Jubiläumsveranstaltungen repräsentiert und die Interessen der landwirtschaftlichen Genossenschaften im Bundestag vertreten habe. Aber im Verwaltungsrat rief die Vernachlässigung der Geschäftsführung durch Horlacher immer mehr Unbehagen hervor. Dies zeigt, dass es nicht nur die Inhalte von Horlachers agrarpolitischen Konzepten waren, die als unzeitgemäß und den Herausforderungen der Industriegesellschaft nicht mehr adäquat aufgefasst wurden, sondern auch die Art und Weise der Interessenvertretung auf der Grundlage der Verbindung von Haupt- und Ehrenamt, von administrativer Funktionärstätigkeit und parteipolitischen Engagement in der Öffentlichkeit. Deshalb fasste der Verwaltungsrat einen Beschluss, wie er vom BBV bereits fünf Monate vorher verabschiedet worden war. Fortan sollten Angestellte zur Ausübung politischer Mandate nur mehr ohne Gehaltsbezüge beurlaubt werden. Wenn auch für Horlacher ausdrücklich eine Ausnahme gemacht wurde, so ist darin trotzdem ein Angriff auf dessen Stellung zu sehen, was sich an der wenig überzeugenden Begründung dieser Ausnahme durch Horlacher selbst zeigt: „Ich glaube, daß bei mir gegenüber Revisoren oder anderen Angestellten des Verbandes, die als Abgeordnete gewählt werden, ein wesentlicher Unterschied besteht, weil ich ja bei der Ausübung meines Mandates vor allem die Interessen der Genossenschaften und der Landwirtschaft wahrnehme.“ Letztlich waren es seine Verbindungen zu BBV und CSU, welche ihm diese Ausnahmestellung gegenüber den übrigen Angestellten des Bayerischen Raiffeisenverbandes verschafften und seine Position innerhalb des Bayerischen Raiffeisenverbandes für den Verwaltungsrat unantastbar machten. In diesen

---

Selbstkontrolle und -verantwortung“. Denn die Genossenschaftsidee entspringe „edlen, sittlichen Motiven. Sie stellt ein Stück Ordnungsidee dar, ein Stück des guten Sozialismus, ein Stück echter Solidarität. Sie verkörpert im Wirtschaftsleben das Ideal christlicher Nächstenliebe“ (HORLACHER, Mensch und Wirtschaft (1950), 3–5).

<sup>74</sup> GVB-Archiv, Sitzung des Verwaltungsrates des Bayerischen Raiffeisenverbandes am 7. April 1952.

<sup>75</sup> GVB-Archiv, Sitzung des Verwaltungsrates des Bayerischen Raiffeisenverbandes am 20. Dezember 1952; GVB-Archiv, Sitzung des Verwaltungsrates des Bayerischen Raiffeisenverbandes am 12. Juli 1954.

politischen Verbindungen muss deshalb der Grund gesehen werden, warum Horlacher trotz aller Kritik vom Verwaltungsrat einstimmig zur Wiederwahl nominiert wurde. Persönlich ging er gestärkt aus der Sitzung hervor. Aber das Amt des Geschäftsleitenden Präsidenten wurde am 10. November 1952 durch den Ausnahmebeschluss derart unauflösbar mit seiner Person verbunden, dass sich das Ende dieser eigentümlichen Verbindung von Haupt- und Ehrenamt an der Spitze des Bayerischen Raiffeisenverbandes aufgrund von Horlachers fortgeschrittenem Alter bereits abzeichnete<sup>76</sup>.

Dabei wurde der Angriff gegen Horlachers eigentümliche Stellung zwischen administrativem Haupt- und repräsentativem Ehrenamt im Bayerischen Raiffeisenverband im Unterschied zum BBV primär nicht von den Verbandshonorationen geführt, sondern von den Hauptamtlichen. Dies zeigte sich besonders deutlich daran, dass Horlachers hauptamtlicher Stellvertreter, der seit 1923 und während des Dritten Reiches subalterne Positionen im Genossenschaftswesen ausfüllende Verbandsdirektor Hans Lochner (1901–1961)<sup>77</sup>, immer mehr in die Führung des Bayerischen Raiffeisenverbandes drängte. Lochner war als gewandter Administrator bekannt und besaß keine politischen Ambitionen, womit er dem Anforderungsprofil eines Funktionärs entsprach, wie es sich im landwirtschaftlichen Organisationswesen Bayerns immer mehr durchzusetzen begann. Dabei entwickelte sich Lochner gegen den Widerstand Horlachers zum Motor einer stärkeren Überwachung der Einzelgenossenschaften<sup>78</sup>, wogegen auch Horlacher angesichts der steigenden Verluste der Einzelgenossenschaften nicht mehr länger Widerstand leisten konnte<sup>79</sup>. Angesichts der häufigen Abwesenheit Horlachers aufgrund seiner parlamentarischen Verpflichtungen, entwickelte sich Lochner zum eigentlichen hauptamtlichen Verbandsleiter<sup>80</sup>. Deshalb konnte es nicht ausbleiben, dass es zwischen Horlacher und Lochner zu Kompetenzkonflikten kam. Diese führten am 27. September 1955 zu heftigen Auseinandersetzungen im Verwaltungsrat. Georg Bachmann appellierte deshalb an Horlacher, einzusehen, „daß er häufig in Bonn ist und dann doch nicht alles entscheiden und unterschreiben kann. Man solle nicht eifersüchtig sein, wenn jemand die Arbeit macht, sondern froh.“<sup>81</sup>

<sup>76</sup> GVB-Archiv, Sitzung des Verwaltungsrates des Bayerischen Raiffeisenverbandes am 10. November 1952.

<sup>77</sup> Wirtschaftsprüfer, katholisch, geboren am 14. Juli 1901 in Ebern (Unterfranken), 1923 Eintritt in die Nürnberger Filiale der Deutschen Raiffeisenbank, 1926 Eintritt in den Revisionsdienst des Raiffeisenverbandes e.V. Nürnberg, 1938 Leitung des gesamten Prüfungsdienstes des Bayerischen Raiffeisenverbandes als Wirtschaftsprüfer, seit 1949 Stellvertreter Horlachers im Bayerischen Raiffeisenverband, nach dem Tode Horlachers einstimmige Übertragung der hauptamtlichen Leitung des Bayerischen Raiffeisenverbandes durch den Verbandstag, gestorben am 18. September 1961. Zu Lochner vgl. HOHENEGG, Raiffeisen, 268.

<sup>78</sup> GVB-Archiv, Sitzung des Verwaltungsrates des Bayerischen Raiffeisenverbandes am 20. Dezember 1952.

<sup>79</sup> Im Verwaltungsrat des Bayerischen Raiffeisenverbandes gab Horlacher seine Präferenz für die Selbstverwaltung am 22. März 1954 teilweise auf und erklärte, dass er den Ausbau der hauptamtlich geführten Genossenschaften zwar fördern, aber im Interesse einer dichten Streuung der Genossenschaften über das Land auch an den nebenberuflich geführten Genossenschaften festhalten wolle (GVB-Archiv, Sitzung des Verwaltungsrates des Bayerischen Raiffeisenverbandes am 22. März 1954).

<sup>80</sup> Anlässlich des Todes von Horlacher hieß es, dass Lochner „seit Jahren die Geschäfte des Bayerischen Raiffeisenverbandes weitgehend selbständig geführt“ habe (BLW vom 9. November 1957).

<sup>81</sup> GVB-Archiv, Sitzung des Verwaltungsrates des Bayerischen Raiffeisenverbandes am 27. September 1955.

Die Auseinandersetzungen um Horlachers Amt lösten sich erst mit seinem Tod. Noch am Tag von Horlachers Begräbnis beschloss der Verwaltungsrat des Bayerischen Raiffeisenverbandes am 15. Oktober 1957 ohne Diskussion, die Verbindung von haupt- und ehrenamtlicher Spitze im Amt des Geschäftsleitenden Präsidenten abzuschaffen. Pietätlos bemerkte BayWa-Direktor Josef Singer, dass Horlacher gerade noch rechtzeitig gestorben sei, um die Tagesordnung für den Verbandstag am 31. Oktober 1957 zu ändern. Vorsitzender des *Bayerischen Raiffeisenverbandes* sollte nach der von Singer vorgeschlagenen Satzungsänderung in Zukunft der Verbandsdirektor sein. Ausdrücklich beschloss der Verwaltungsrat, verhindern zu wollen, dass wieder ein Politiker an die Spitze des Bayerischen Raiffeisenverbandes trete. Der Beschluss fiel einstimmig aus. Das Amt des Geschäftsleitenden Präsidenten war derart an Horlachers Person gebunden, dass sich eine Weiterführung ausschloss. Dabei verstand es der oberpfälzische Kreisanwalt Ralph Baudler<sup>82</sup>, die Kritik an Horlacher in posthumes Lob umzuwandeln: „Dr. Horlacher war einmalig und auch sein Titel soll einmalig sein.“<sup>83</sup> An die hauptamtliche Spitze des Bayerischen Raiffeisenverbandes wählte der Verbandstag am 31. Oktober 1957 Horlachers bisherigen hauptamtlichen Stellvertreter Lochner. An die ehrenamtliche Stelle Horlachers rückte ohne Wahlhandlung Georg Bachmann nach, der bereits seit 1949 als ehrenamtlicher Verbandspräsident neben Horlacher fungiert hatte. Dieser sparte nicht mit Kritik an Horlachers Amtsführung, der sich auf die Repräsentation und parlamentarische Vertretung des Bayerischen Raiffeisenverbandes konzentriert habe, während „der technische Ablauf doch hauptsächlich in den Händen unseres Verbandsdirektors Lochner gelegen hat“. In wenigen Minuten war die Abschaffung von Horlachers Amt per Akklamation erledigt<sup>84</sup>. Wie im BBV, so waren nun auch im BRV die Aufgaben von administrativem Haupt- und repräsentativen Ehrenamt geschieden.

Das öffentliche Erscheinungsbild des Bayerischen Raiffeisenverbandes wandelte sich nun. Dem als hervorragenden Verwaltungsfachmann bekannten Lochner gelang es nicht, die unvermeidliche politische Dimension seines Amtes auszufüllen. Lochner sei „ein musterhafter Verwaltungsmann, aber nicht unbedingt ein dynamischer Kopf im agrarpolitischen Terrain“ gewesen, behauptete der *Münchener Merkur* am 15. Februar 1962 anlässlich des Todes von Lochner. Die Erinnerung an Horlacher war noch nicht verblasst, weshalb der *Münchener Merkur* fortfuhr: „Ein Horlacher würde jetzt dem Bayerischen

---

<sup>82</sup> Diplomlandwirt und Gutsbesitzer in Unterisling bei Regensburg, katholisch, seit 1952 Präsident des oberpfälzischen Bezirksverbandes des Bayerischen Raiffeisenverbandes (d.i. Kreisanwalt), seit 1952 Mitglied des Verwaltungsrates des Bayerischen Raiffeisenverbandes, 1952 bis 1957 und 1962 bis 1967 Mitglied des Genossenschaftlichen Beirates der Bayerischen Raiffeisen-Zentralkasse und der BayWa, 1957 bis 1962 Aufsichtsrat der Bayerischen Raiffeisen-Zentralkasse und der BayWa, seit 1967 ehrenamtliches Mitglied der Vorstandschaft von Bayerischer Raiffeisen-Zentralkasse und BayWa. Zu Baudler vgl. HOHENEGG, Raiffeisen, 282–291.

<sup>83</sup> GVB-Archiv, Sitzung des Verwaltungsrates des Bayerischen Raiffeisenverbandes am 15. Oktober 1957.

<sup>84</sup> GVB-Archiv, Verbandstag am 31. Oktober 1957; MM vom 2./3. November 1957.



Raiffeisenverband gut tun, hörten wir manchen Seufzer in den letzten Wochen.“ Angesichts der agrarpolitischen Herausforderungen durch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft wurden diejenigen Stimmen wieder lauter, die einen „starken Mann des Handelns und des Verhandeln“ an der Spitze des Bayerischen Raiffeisenverbandes sehen wollten<sup>85</sup>. Trotzdem wurde mit dem ehemaligen Staatsbeamten Karl Groll (geb. 1910)<sup>86</sup> auf einem turbulenten Verbandstag am 15. Februar 1962 wieder ein Mann vom technokratischen Zuschnitt Lochners zum Verbandsdirektor gewählt. Als ein Delegierter auf dem Verbandstag dafür plädierte, einen Politiker an die Spitze des Bayerischen Raiffeisenverbandes zu setzen und die klare Trennung zwischen Haupt- und Ehrenamt wieder aufzuheben, wurde er niedergeschrien<sup>87</sup>.

Während es im Bayerischen Raiffeisenverband gelang, die verbandspolitische Bedeutung der hauptamtlichen Spitze nach dem Tode Horlachers durch eine Satzungsänderung auf rein administrative Funktionen zu beschränken, wurde dieses Ziel im BBV dadurch erreicht, dass das Amt des Generalsekretärs nach den erfolglosen Bemühungen Baumgartners schließlich nicht mehr besetzt wurde. Gegenüber dem *Münchner Merkur* erklärte Rothermel am 17. Mai 1955, dass ein Generalsekretär angesichts der parteipolitischen Auseinandersetzungen nur Schwierigkeiten mache und darüber hinaus organisationspolitisch überhaupt nicht nötig sei<sup>88</sup>. Man dachte jedoch nicht daran, dauerhaft auf einen Generalsekretär zu verzichten. Im November 1955 fasste der Landesausschuss des BBV den Beschluss, einen zukünftigen Generalsekretär nicht mehr im Landesausschuss zu wählen, sondern vom Präsidium bestimmen zu lassen<sup>89</sup>. Der Vorschlag stammte ursprünglich von Horlacher und sollte das Amt des Generalsekretärs den politischen Leidenschaften entziehen<sup>90</sup>. Trotzdem gab Rothermels Nachfolger Otto von Feury (1906–1998)<sup>91</sup> vor dem nächsten Landesausschuss des BBV im Oktober 1956 bekannt, dass das Generalsekretärsamt vorläufig nicht mehr besetzt werde, da eine „entsprechende Persönlichkeit“ fehle<sup>92</sup>. Da der

<sup>85</sup> MM vom 15. Februar 1962.

<sup>86</sup> Verwaltungsjurist, katholisch, geboren am 31. Mai 1910 als Sohn des Essenbacher Gutsbesitzers und Landtagsabgeordneten (BVP) Karl Groll (1880–1947), Promotion zum Dr. jur., 1937 Eintritt in den bayerischen Finanzdienst, Aufstieg zum Ministerialdirigenten, 1961 Wechsel in das bayerische Landwirtschaftsministerium, 1962 bis 1970 hauptamtlicher Verbandsdirektor des Bayerischen Raiffeisenverbandes (dessen Nachfolger wurde Michael Horlachers Sohn Hellmut), Verwaltungsratsmitglied des Deutschen Raiffeisenverbandes. Zu Groll vgl. HOHENEGER, Raiffeisen, 56 und 291; HÜTTL, Genossenschaftsverband, 218.

<sup>87</sup> Zu diesem Verbandstag vgl. MM vom 16. Februar 1962; HÜTTL, Genossenschaftsverband, 218f.

<sup>88</sup> MM vom 17. Mai 1955.

<sup>89</sup> BBV-Generalsekretariat, Akt Landesversammlungen 1952–1955, Sitzung des Landesausschusses am 26. November 1955.

<sup>90</sup> BBV-Generalsekretariat, Akt Präsidium 1948–1954, Sitzung des Präsidiums am 19. Mai 1952.

<sup>91</sup> Gutsbesitzer, katholisch, geboren am 27. Dezember 1906, Realgymnasium in München, 1926 bis 1931 Volkswirtschaftsstudium, anschließend bei verschiedenen Banken tätig, 1933 Übernahme des elterlichen Gutes Thailing bei Ebersberg, seit 1945 Mitglied der CSU, seit 1946 ehrenamtlicher Obmann des BBV im Landkreis Ebersberg, seit 1949 Mitglied des Landesausschusses und des geschäftsführenden Landesvorstandes der CSU, seit 1949 Stellvertretender Präsident des oberbayerischen BBV, 1950 bis 1978 MdL für die CSU, 1957 MdB für die CSU, 1955 bis 1977 Erster Präsident des BBV, 1959 bis 1977 Vizepräsident des Deutschen Bauernverbandes, gestorben am 27. März 1998. Zu Feury vgl. JOHN, Bauernköpfe, 54–57; GBBE, 511.

<sup>92</sup> SZ vom 11. Oktober 1956.

BBV aber mit dem Verwaltungsdirektor Egger, der den Titel eines Stellvertretenden Generalsekretärs führte und vom *Münchner Merkur* als „heimlicher Generalsekretär“ bezeichnet wurde<sup>93</sup>, über eine energische und erfahrene Führungsperson verfügte, die auch gegenüber den Ehrenamtlichen selbstbewusst auftrat<sup>94</sup>, ist in dem Verzicht auf die Wahl eines Generalsekretärs – der in dieser personalpolitischen Situation nur Egger heißen konnte – eine gezielte Begrenzung von Eggers Einfluss zu sehen<sup>95</sup>. Ausdrücklich hatte Feury gefordert: „Egger muß auf seinen Platz zurückgewiesen werden.“<sup>96</sup> Erst 1962 wurde Egger dann der Titel eines Generalsekretärs verliehen<sup>97</sup>.

Mit der Verdrängung der Funktionäre aus dem Erscheinungsbild der landwirtschaftlichen Interessenvertretung in Bayern kam ein Prozess zum Abschluss, der mit der Gründung des Bayerischen Bauernbundes im Jahr 1893 begonnen hatte. Zutreffend erkennt Rosmarie Anzenberger-Meyer in dessen Anspruch, agrarische Interessen nur durch praktische Landwirte vertreten zu lassen, „die Anfänge einer politischen Emanzipation [...], des Endes der traditionellen Abhängigkeit von nichtbäuerlichen Führern“<sup>98</sup>. Die Stärke der Ehrenamtlichen lag darin, dass sie die existentielle Betroffenheit von der Landwirtschaft als Voraussetzung für die Berechtigung zur agrarpolitischen Interessenvertretung auch von den Hauptamtlichen einfordern und diese Forderung aufgrund ihrer vordergründigen Plausibilität durchsetzen konnten. Die breite, dem neuhumanistischen Ideal entsprechende Allgemeinbildung der „Bauerndoktoren“ wurde nicht mehr als adäquate Voraussetzung zur Übernahme einer Spitzenposition im landwirtschaftlichen Organisationswesen betrachtet. Stattdessen wurde von den Spitzenfunktionären zunehmend eine landwirtschaftlich-technische Ausbildung gefordert. Im oberpfälzischen Bezirksverband des BBV wurde im Frühjahr 1954 ein Kandidat für die Nachfolge des verstorbenen hauptamtlichen Direktors Klier von einem Teil der Bezirksversammlung mit dem Argument abgelehnt, dass er kein studierter Landwirt sei – woraufhin ein Mitglied der Bezirksversammlung beschwichtigend zu bedenken gab: „Dr. Heim, Dr. Hundhammer, Dr. Horlacher, Dr. Baumgartner sind keine

<sup>93</sup> MM vom 24./25. Oktober 1953.

<sup>94</sup> Egger verhielt sich gegenüber den Ehrenamtlichen selbstbewusst. So scheute er sich nicht, Baumgartner Grenzen zu setzen, seitdem sich dieser als ehrenamtliches Präsidiumsmitglied seit 1953 in die Geschäftsführung des BBV einzumischen versuchte (IfZ-Archiv, NL Baumgartner ED 132/100, Baumgartner an Maria Baur, 23. Dezember 1953). Außerdem hatte sich Egger seinerseits gegen den Willen der Ehrenamtlichen in die Auseinandersetzungen um das Generalsekretärsamt eingemischt (BBV-Generalsekretariat, Akt Erweiterter Vorstand 1948–1952, Sitzung des Erweiterten Vorstandes am 11. Februar 1951).

<sup>95</sup> Im BBV wurde darüber hinaus kolportiert, dass Egger wegen seiner beruflichen Vergangenheit beim nationalsozialistischen Reichsnährstand als Generalsekretär nicht tragbar sei (mündliche Auskunft von Gebhard Quinger, der seit Beginn der 50er Jahre in der agrarpolitischen Abteilung des BBV tätig war). Die Verbreitung dieser Behauptung diene eindeutig dem Zweck, Eggers innerverbandlichen Einfluss zu begrenzen. Denn gegen andere Bewerber um das Amt des Generalsekretärs wurde deren nationalsozialistische Vergangenheit nicht ins Feld geführt, obwohl die Möglichkeit dazu bestanden hätte (beispielsweise bei Haushofer).

<sup>96</sup> ACSP, LGF-LV(gf), Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes der CSU am 7. Oktober 1955.

<sup>97</sup> Vgl. JOHN, Bauernköpfe, 45–47.

<sup>98</sup> ANZENBERGER-MEYER, Politisierung, 240.

Diplomlandwirte und haben den Bauern den größten Dienst erwiesen.“<sup>99</sup> Trotz dieses Einwandes kam es nun zunehmend zur Besetzung der Spitzenpositionen innerhalb des landwirtschaftlichen Organisationswesens mit Agrarwissenschaftlern<sup>100</sup>.

Für diesen Elitenwandel war der Wille der bäuerlichen Honoratioren allein jedoch nicht ausschlaggebend. So wie bei der Besetzung der verbandlichen Spitzenpositionen mit Juristen und Volkswirten vor 1933 das soziale Profil der staatlichen Beamten vorbildlich war, so scheint auch für die zunehmende Verwendung von Agrarwissenschaftlern im landwirtschaftlichen Organisationswesen nach 1933 bzw. 1945 die staatliche Landwirtschaftsverwaltung als Vorbild gewirkt zu haben. Erstmals war im Dritten Reich ein Diplomlandwirt als Chef der Landwirtschaftsverwaltung in Bayern eingesetzt worden<sup>101</sup>, und während der nationalsozialistischen Herrschaft stieg die Anzahl der Bewerber um den höheren landwirtschaftlichen Dienst – wofür ein Agrarstudium Voraussetzung war – rapide an<sup>102</sup>. Da Funktionseliten im Gegensatz zu den politischen Eliten nach dem Ende des Dritten Reiches weitgehend nicht ausgewechselt wurden<sup>103</sup>, kam es auch in der bayerischen Landwirtschaftsverwaltung und im BBV zu einer umfangreichen Wiederverwendung von nationalsozialistisch belasteten – und das bedeutete eben gleichzeitig: überwiegend agrarwissenschaftlich gebildeten – Beamten<sup>104</sup>. Deshalb konnte sich nun Robert Michels’ „ehernes Gesetz der Oligarchie“ im landwirtschaftlichen Organisationswesen Bayerns zugunsten der Agrarwissenschaftler auswirken – so wie es sich bis 1933 zugunsten der juristisch, volkswirtschaftlich und geisteswissenschaftlich gebildeten Funktionäre ausgewirkt hatte<sup>105</sup>. Nachdem die ersten beiden Amtschefs des bayerischen Landwirtschaftsministeriums nach 1945 bereits Diplomlandwirte waren<sup>106</sup>, gelangte dann im Jahr 1968 erstmals ein promovierter Agrarwissenschaftler als Generalsekretär an die hauptamtliche Spitze des

<sup>99</sup> BBV-Oberpfalz, Protokollbuch 1949–1955, Sitzung der Kreis- und Bezirksvorstände des oberpfälzischen BBV am 3. April 1954.

<sup>100</sup> MUTH, Führungsschichten, 306.

<sup>101</sup> Vgl. STINGLWAGNER, Chronik, 63–72.

<sup>102</sup> Vgl. GILCH, Personalbewegung, 29–32. Bereits im Jahr 1930 waren von den 5.310 berufstätigen Diplomlandwirten im Deutschen Reich über 72 Prozent in der Landwirtschaftsverwaltung beschäftigt. Vgl. FRANZ, Geschichte, 111.

<sup>103</sup> Vgl. ZELINSKY, Bedingungen, 232–234.

<sup>104</sup> Die amerikanische Militärregierung in Bayern monierte die umfangreiche Wiederverwendung von Reichsnährstandsangestellten im bayerischen Landwirtschaftsministerium (HAUSHOFER, Jahrhundert, 71f.). Zur Verwendung von Reichsnährstandsbeamten in den Bauernverbänden vgl. BÜRGER, Interessenvertretung, 155–159. Im BBV waren im September 1947 etwa ein Drittel der Angestellten vom Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus betroffen (BBV-Generalsekretariat, Akt Termine betr. Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus, Monatlicher Bericht über den Stand der Beschäftigten in öffentlichen Ämtern am Ende des Monats September 1947). Deshalb gab Baumgartner in einem Brief an Horlacher vom 22. Oktober 1952 eine pessimistische Prognose über die personalpolitische Entwicklung des BBV ab: „Wenn Du einmal nicht mehr bist, rutscht die ganze Bauernverbandssache in die Reichsnährstands-idee [...] ab“ (IfZ-Archiv, NL Baumgartner ED 132/28, Baumgartner an Horlacher, 22. Oktober 1952).

<sup>105</sup> Vgl. Kapitel V.2.

<sup>106</sup> GILCH, Personalbewegung, 130; STINGLWAGNER, Anhang, 170.

BBV<sup>107</sup>. Damit fand ein Prozess seinen Abschluss, der zur Angleichung der personellen Strukturen des BBV an die staatliche Landwirtschaftsverwaltung führte. Deshalb verlief die innerorganisatorische soziale Scheidelinie – wie bereits im Bayerischen Christlichen Bauernverein – nach wie vor zwischen den Beamten der staatlichen Landwirtschaftsverwaltung und den Funktionären des BBV einerseits, sowie dessen Honoratioren und einfachen Mitgliedern andererseits – nun jedoch durch die gleichgerichtete, aber auf unterschiedlichem Niveau angesiedelte landwirtschaftliche Ausbildung von Honoratioren und Funktionären verdeckt.

## **2. Der Mensch „mit seiner übermäßigen Klugheit und Weisheit“ – Die Entstehung einer neuen Agrarideologie**

Im Laufe dieses zweifachen Elitenwandels – betreffend die Übernahme der tatsächlichen Verbandsführung durch die Ehrenamtlichen und die Ersetzung der juristisch, volkswirtschaftlich oder geisteswissenschaftlich gebildeten Funktionäre durch Agrarwissenschaftler – verband sich die betriebsbezogene Denkweise praktischer Landwirte<sup>108</sup> mit der Denkweise der landwirtschaftlich-technisch und deshalb im Paradigma naturwissenschaftlicher methodischer Ansprüche ausgebildeten neuen Funktionselite im BBV, setzte sich in der Verbandsrhetorik durch und sorgte für die Etablierung einer neuen Verbandsideologie. Das an die spezialisierte Produktionsweise der Industrie angepasste utilitaristische Bildungsideal der Oberrealschulen und technischen Studiengänge hatte sich im landwirtschaftlichen Organisationswesen Bayerns gegenüber dem neuhumanistischen Bildungsideal, wonach nur eine umfassende Allgemeinbildung zur Übernahme staatlicher und gesellschaftlicher Spitzenpositionen befähigte, durchgesetzt. Erst dadurch konnte sich die von Hans-Jürgen Puhle konstatierte Versachlichung der agrarpolitischen Rhetorik<sup>109</sup> voll entfalten. Diese Versachlichung ist dabei nicht zuletzt eine Reaktion auf die von den „Bauerndoktoren“ propagierten gesellschaftspolitischen Begründungszusammenhänge agrarpolitischer Entscheidungen, die innerhalb des methodischen Paradigmas naturwissenschaftlicher Gesetzmäßigkeiten nicht als rational zu verstehen sind – etwa die von Horlacher propagierte Loyalität zum Staat, die agrarromantische Perspektive auf die Landwirtschaft, die antikapitalistischen volkswirtschaftlichen Zielvorstellungen und die von ihm verbreiteten Versatzstücke aus der katholischen Sozialethik. Der enge Zusammenhang zwischen dem Eliten- und dem Ideologienwandel im BBV wird aus der Bedeutung der

---

<sup>107</sup> Werner Schneider, er war diplomierter Volkswirt und promovierter Agrarwissenschaftler. Zu Schneider vgl. BBV-Generalsekretariat, Akt Generalsekretär Dr. Werner Schneider 1. Dessen Nachfolger Gebhard Quinger (1973 bis 1982) war ebenfalls Diplomlandwirt (mündliche Auskunft von Gebhard Quinger).

<sup>108</sup> Vgl. dazu HILDENBRAND, Bauernfamilien, 57–64.

<sup>109</sup> Vgl. Anm. 2.

akademischen Lehrzeit für das jeweilige Weltbild von Universitätsabsolventen erkennbar – sie „initiiert den Neuling in Fühlweisen, genauso wie in Seh-, Verstehens- und Handlungsweisen“, so die Wissenschaftshistorikerin Lorraine Daston.<sup>110</sup>

Bei Lichte betrachtet, stellt sich die Versachlichung der agrarpolitischen Argumentation der westdeutschen Bauernverbände deshalb als Ideologienwandel dar, der von einem Elitenwandel getragen wurde. Die vom „Werturteilsstreit“ in der deutschen Nationalökonomie geprägten Versuche Horlachers, die Forderung nach Erhaltung der landwirtschaftlichen Besitzstruktur mit Hilfe von ethischen Postulaten zu begründen, und seine fortschrittsskeptischen Versuche, die Technisierung der Landwirtschaft und deren Integration in die Marktwirtschaft zwar als Notwendigkeit zu akzeptieren, aber mit bürokratisch-autoritären Mitteln zu lenken und den gesellschaftspolitischen Erwartungen an die Landwirtschaft zu unterwerfen, verloren mit der zunehmenden Integration der Landwirtschaft in die Industriegesellschaft<sup>111</sup> an Überzeugungskraft. Die zu dieser Integration führenden bürokratisch-autoritären Maßnahmen der Marktordnungen und sozialpolitischen Staatsinterventionen wurden von Horlacher mitgetragen, sie stellten keinen Widerspruch zu den von ihm vertretenen Ideologemen dar<sup>112</sup>. Der relative Erfolg dieser Maßnahmen führte jedoch dazu, dass als integrative Verbandsideologie an die Stelle der von Horlacher und den „Bauerndoktoren“ an maßgeblicher Stelle mitgetragenen und widersprüchlichen Amalgams aus effizienzorientiertem, bürokratischem Gouvernementalismus und traditionalistisch-fortschrittsskeptischer Bauerntumsideologie zunehmend eine wesentlich konzisere technizistische und dezidiert fortschrittsgläubige Unternehmerideologie trat. Die Programmatik der westdeutschen Bauernverbände orientierte sich zunehmend nicht mehr am Idealbild des konservativen Bauern, der eine stabilisierende Funktion in einer nicht-kapitalistischen und nicht-sozialistischen Gesellschaft übernehmen sollte. Durch die Unternehmerideologie wurde vielmehr der technologisch und betriebswirtschaftlich rationell und egoistisch wirtschaftende Landwirt in den Mittelpunkt einer neuen Verbandsideologie gestellt<sup>113</sup>. Träger dieser neuen Verbandsideologie waren jedoch die seit dem Dritten Reich das landwirtschaftliche Organisationswesen als Funktionäre bestimmenden

---

<sup>110</sup> DASTON, Wunder, 159. Zur Prägekraft wissenschaftlicher Paradigmata während der akademischen Ausbildungszeit vgl. auch insbesondere KUHN, Struktur, 60 und 199–216.

<sup>111</sup> Während die Integration der Landwirtschaft in die Marktwirtschaft bereits im 19. Jahrhundert weit fortgeschritten war (vgl. KOPSIDIS, Agrarentwicklung), kam es nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer zunehmenden Anpassung der Landwirtschaft an die Anforderungen der Industriegesellschaft. Der Agrarhistoriker Ulrich Kluge zieht eine positive Bilanz der ersten zehn Jahre bundesrepublikanischer Agrarpolitik. In dieser Zeit sei es gelungen, Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft für die industrielle Entwicklung durch die Förderung der technologischen und betriebswirtschaftlichen Rationalisierung der bäuerlichen Betriebe freizusetzen, ohne dass es zu sozialen Erschütterungen kam. Vgl. KLUGE, Vierzig Jahre, 83–255.

<sup>112</sup> Vgl. dazu vor allem Horlachers Werk *Einführung in die Agrarpolitik* aus dem Jahr 1951, welches die Summe seiner agrarpolitischen Ansichten darstellt.

<sup>113</sup> Zur Unternehmerideologie als agrarische Verbandsideologie vgl. KRAMMER, Landleben, 59–63; auch ZICHE, Kritik, 106 sah in den Versuchen zur Etablierung eines Bildes vom Landwirt als Unternehmer die Ansätze einer „zweiten Agrarideologie“ nach der Bauerntumsideologie.

Agrarwissenschaftler – und nicht nur darin, dass die „soziale Basis“ der westdeutschen Bauernverbände in den „weniger rückständigen und weniger von vorkapitalistischen und obrigkeitlichen Traditionen geprägten Regionen des deutschen Westens und Südens“ zu suchen sei, wie Puhle etwas ratlos meint<sup>114</sup>. Denn durch diesen Elitenwandel wurde im BBV der „Ingenieur als Ideologe“<sup>115</sup> etabliert.

Die von Horlacher mitgetragenen agrarideologischen Begründungszusammenhänge büßten nach dem Zweiten Weltkrieg nicht zuletzt deshalb an Legitimationsfähigkeit für die Agrarpolitik der westdeutschen Bauernverbände ein, da sie letztlich nicht klar von den agrarromantischen und antikapitalistischen Elementen der nationalsozialistischen Blut-und-Boden-Ideologie abgrenzbar waren<sup>116</sup>. Dabei ließ es die politisch-ideologische Desorientierung, die der Zusammenbruch des Dritten Reiches nach einer unvergleichlichen ideologischen Indoktrination hinterlassen hatte<sup>117</sup>, den 1945 aus dem nationalsozialistischen Reichsnährstand übernommenen Funktionseleiten des BBV geraten erscheinen, sich zur Rechtfertigung des eigenen beruflichen Handelns während der Diktatur auf eine vermeintlich unpolitische, utilitaristische, betont technokratische ideologische Position zurückzuziehen<sup>118</sup>. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, dass die neue Unternehmerideologie nahtlos an die im Schatten der Blut-und-Boden-Ideologie während des Dritten Reiches von der Agrarwissenschaft tatsächlich forcierte technische und betriebswirtschaftliche ‚Modernisierung‘ der Landwirtschaft anknüpfte – wodurch der „völkische Bauer“ jenseits aller Blut-und-Boden-Ideologie bereits im Dritten Reich faktisch zum „so verfeimten kapitalistischen Landwirt“ gemacht worden war<sup>119</sup>. Dabei erklärt sich der Erfolg der neuen Verbandsideologie daraus, dass sie sich trotz ihrer Wurzeln im Dritten Reich aufgrund ihres technokratischen und fortschrittsgläubigen Gewandes geräuschlos in die industriefreundliche Wirtschaftspolitik der Wirtschaftswunderzeit integrieren ließ. Der Grund dafür liegt darin, dass die integrative Wirkung der landwirtschaftlichen Unternehmerideologie als

---

<sup>114</sup> PUHLE, *Agrarbewegungen*, 105.

<sup>115</sup> HERF, *Engineer*, 631. Mit dieser Formulierung bezeichnet Jeffrey Herf in Anlehnung an Barrington Moores These vom „konservativen Modernismus“ des Dritten Reiches den durch gesellschaftspolitischen Traditionalismus sowie technischen und betriebswirtschaftlichen Fortschrittsglauben gekennzeichneten „reaktionären Modernismus“ technokratischer Funktionseleiten des Dritten Reiches.

<sup>116</sup> Zur Affinität von konservativer Bauerntumsideologie und nationalsozialistischer Blut-und-Boden-Ideologie vgl. SIEFERLE, *Fortschrittsfeinde*, 193–205.

<sup>117</sup> Vgl. dazu SCHILDT, *Ende*, 627–635.

<sup>118</sup> Dass dies ratsam sein konnte, hatte sich ja bereits gezeigt, als Eggers berufliche Vergangenheit beim nationalsozialistischen Reichsnährstand argumentativ gegen seine Ansprüche auf das Amt des Generalsekretärs verwendet wurde (vgl. Anm. 95).

<sup>119</sup> Vgl. dazu GRUNDMANN, *Agrarpolitik*, 154. Zu den Bestrebungen des Instituts für Agrarwesen und Agrarpolitik an der Universität Berlin, im Dritten Reich eine der Blut-und-Boden-Ideologie widersprechende akademisch-ökonomische Rationalität in der landwirtschaftlichen Betriebsführung durchzusetzen, vgl. STREB – PYTA, *Bodenproduktivität*, 56–78. Zum Spannungsverhältnis zwischen der nationalsozialistischen Agrarideologie und den tatsächlichen Anforderungen, die eine weitgehend industrialisierte und auf die Kriegsvorbereitung orientierte Volkswirtschaft an die Landwirtschaft stellte, vgl. ferner LICHTER, *Zwangslagen*, 295–318; KLUGE, *Agrarwirtschaft*, 95–97.

Verbandsideologie im Unterschied zu den agrarpolitischen Ideologemen der landwirtschaftlichen Interessenvertretungen in der Weimarer Republik nicht mehr in der qualitativen Abgrenzung gegenüber konkurrierenden gesellschaftlichen Gruppierungen bestand, sondern im Gegenteil in der Behauptung von der sozioökonomischen Gleichwertigkeit der Landwirtschaft in einer von der Industrie dominierten Volkswirtschaft.

Es wäre aber falsch, die Durchsetzung der Unternehmerideologie in der agrarischen Verbandsrhetorik als gleichsam automatische Anpassung an die kapitalistische Marktwirtschaft zu interpretieren und den konfliktreichen Elitenwandel als Voraussetzung dafür zu übersehen. Denn auch Agrarpolitiker wie Horlacher forcierten diese Integration und untermauerten sie mit traditionalistischen, bauerntümelnden und antiliberalen Ideologemen. Die Etablierung ökonomisch-akademischer Rationalität in der Landwirtschaft wurde von Horlacher – etwa bei seinen Bemühungen um die Einführung der landwirtschaftlichen Buchführung – vorbereitet<sup>120</sup>, im Dritten Reich forciert betrieben und nach dem Zweiten Weltkrieg in einer neuen, nun hauptsächlich von Agrarwissenschaftlern getragenen technizistisch-ökonomistischen Verbandsideologie fundiert. Gemeinsam war der neuen Unternehmerideologie und dem von Horlacher propagierten Ideologem der Sachgesetzmäßigkeitsorientierung die unrealistische Behauptung von der Möglichkeit unpolitischer Effizienzorientierung. Diese baute auf der vermeintlichen Evidenz von historisch Bedingtem auf, wobei sich die Sachgesetzmäßigkeitsideologie tatsächlich nur auf kontingente und nicht absolute Sachzwänge stützen konnte und damit durch ihren Absolutheitsanspruch als Ideologie entlarvt ist. Während Horlachers Effizienzstreben am Leitbild des nur dem Gemeinwohl verpflichteten Berufsbeamten orientiert war und auf der widersprüchlichen Evidenz agrarromantischer, fortschrittsskeptischer, antikapitalistischer, antisozialistischer, irrationalistischer und nationalistischer Ideologeme aufbaute, diente die von den neuen, betriebswirtschaftlich-technisch gebildeten Funktionären an die Landwirtschaft herangetragene Unternehmerideologie der praktischen Landwirtschaft zur ideologischen Überhöhung ihrer utilitaristisch-betriebsbezogenen Denkweise. Das marktwirtschaftlich-liberalistische Schlagwort vom *Wachsen oder Weichen* wurde zum ideologisch abgesicherten Prinzip des traditionellen und betriebswirtschaftlich-wissenschaftlich nicht zwingend rationalen Bemühens um die Hoferhaltung im Familienbesitz. Dadurch wurde es den westdeutschen Bauernverbänden möglich, sowohl der liberalistischen Unternehmerideologie zu huldigen, als auch am bäuerlichen Familienbetrieb als dem „Leitbildmythos“ der Bauernverbandsprogrammatisierung festzuhalten<sup>121</sup>. Dadurch wird erstens deutlich, dass sowohl die traditionalistische Phraseologie einer Verbandsideologie, wie sie von Horlacher vertreten wurde, als auch die unternehmerisch-marktwirtschaftliche

---

<sup>120</sup> Vgl. Kapitel V.8.

<sup>121</sup> Zu den konzeptionellen Widersprüchen in der Programmatisierung des Deutschen Bauernverbandes vgl. KLUGE, Agrarwirtschaft, 109.

Diktion der Unternehmerideologie auf der Grundlage außerlandwirtschaftlicher wissenschaftlicher und gesellschaftspolitischer Bezugssysteme als integrative Verbandsideologien durch Agrarfunktionäre von außen installiert wurden. Beide sollten sie zweitens dazu dienen, die praktischen Landwirte zu einem Verhalten zu erziehen, das im Rahmen der akademischen Ausbildung der Funktionäre als richtig verstanden wurde<sup>122</sup>. Beide bildeten drittens die Wirklichkeit bruchstückhaft ab, waren von ihr beeinflusst und wirkten auf sie zurück, ohne mit ihr identisch zu sein. Beide fanden sie viertens Aufnahme in die Selbstsicht der Landwirte, wobei sie Umdeutungen und Anpassungen erfuhren, die sie für das tatsächliche ökonomische Verhalten auf dem Dorf handhabbar machte<sup>123</sup>. Die Unternehmerideologie verliert dadurch ihre fortschrittliche Fassade. Dahinter konnte sich der wirtschaftsegoistische Protektionismus und Interventionismus der agrarpolitischen Programmatik der westdeutschen Bauernverbände ohne konzeptionelle Unterschiede zu den Vorläuferorganisationen aus der Zeit des Kaiserreiches und der Weimarer Republik ungehemmt entfalten<sup>124</sup>. Es wurden also nur die gesamtgesellschaftlichen Begründungszusammenhänge und Ansprüche in der Programmatik und Rhetorik der westdeutschen Bauernverbände weitgehend aufgegeben, wie Puhle richtig erkannte<sup>125</sup>. Was sich im Vergleich zu dem komplizierten System der landwirtschaftlichen Interessenvertretung der Weimarer Republik geändert hatte, waren die ideologischen Begründungszusammenhänge, mit denen die Tätigkeit von BBV und BRV gerechtfertigt wurde. Als organisationspolitische Ideologie zur innerverbandlichen Stabilisierung von Herrschaftsstrukturen hatte sich die Forderung nach existentieller Betroffenheit als Voraussetzung zur beruflichen Beschäftigung mit der landwirtschaftlichen Interessenvertretung weitgehend durchgesetzt. Eine Verbandsideologie, deren integrative Wirkung in der weltanschaulichen Abgrenzung gegenüber konkurrierenden Organisationen gelegen hätte, war nach der Gründung der Einheitsverbände nicht mehr nötig, was den BBV zu einem stabilen politischen Faktor werden ließ. Als Agrarideologie zur Durchsetzung agrarpolitischer Forderungen war die Bauerntumsideologie mit ihrer Behauptung von der sozioökonomischen Sonderstellung der Landwirtschaft und ihren destabilisierenden

---

<sup>122</sup> ZICHE, Kritik, 106 erkannte die erzieherische Funktion der Unternehmerideologie und formulierte deshalb: „In neuester Zeit sind außerdem Denkansätze erkennbar geworden, aus denen ebenfalls ideologische Vorstellungen erwachsen könnten. Ihre Verfechter neigen dazu, im Bauern zu sehr das Wunschbild des industriemäßig denkenden Unternehmers verkörpert zu sehen und darüber seine Menschlichkeit zumindest zu vernachlässigen.“

<sup>123</sup> Zum Spannungsverhältnis zwischen dem tatsächlichen ökonomischen Verhalten der praktischen Landwirtschaft und den Vorschlägen und Erwartungen der staatlichen und verbandlichen Agrarpolitik vgl. grundlegend, aber einseitig verbandsskeptisch ERKER, Abschied, 327–360; zu den Umdeutungen, die agrarische Verbandsideologien in der Selbstsicht der aktiven Landwirte erfuhren, vgl. ZICHE, Selbstbild.

<sup>124</sup> Zur Programmatik der westdeutschen Bauernverbände vgl. ACKERMANN, Bauernverband; KLUGE, Vierzig Jahre; EICHMÜLLER, Landwirtschaft; zur Kontinuität der protektionistischen und interventionistischen deutschen Agrarpolitik über die politischen Umbrüche von 1918, 1933, 1945 und 1948/1949 hinweg vgl. FELDENKIRCHEN, Kontinuität, 205–223; KLUGE, Agrarwirtschaft, 38.

<sup>125</sup> Vgl. PUHLE, Agrarbewegungen, 104–108.



gesamtgesellschaftlichen Implikationen durch die Unternehmerideologie ersetzt worden, welche den Boden für die totale Integration der Landwirtschaft in die industrialisierte Volkswirtschaft bereitete.

Michael Horlacher aber zeigte einiges Unbehagen an dieser neuen bedingungslos fortschrittsorientierten Verbandsideologie, wie er im *Bayerischen Landwirtschaftlichen Wochenblatt* am 15. Mai 1954 deutlich machte. Darin riet er dazu, bei der Anpassung der Bodenstrukturen an die Anforderungen der Mechanisierung „auf den Naturschutz und die biologischen Notwendigkeiten“ Rücksicht zu nehmen. Auch bei der chemischen Schädlingsbekämpfung empfahl er Zurückhaltung. Es solle der Mensch das, „was von der Natur und von Gott bestätigt ist, nicht außer acht lassen“. Die Natur Sorge selber für „gewisse Schutzmaßnahmen“, die dann durch den Menschen lediglich ergänzt werden sollten. Er warnte deshalb vor einem zu bedenkenlosen rationalistischen Eingriff in die Natur. Er fragte sich, ob der Mensch „mit seiner übermäßigen Klugheit und Weisheit nicht an Dinge heranrührt, die auch zu besonderen Störungen in der gesamten atmosphärischen Lage der Welt führen können“. Er zog daraus den Schluss, dass die Wissenschaft lediglich „Förderer und Diener der von Gott gegebenen Naturgesetze“ sein müsse. Deshalb forderte er, dass sich „die moderne Wissenschaft im Einklang mit diesen Naturgesetzen bewegen muß“<sup>126</sup>.

### 3. „Diese Führerschicht war einmalig und kommt nicht mehr.“ –

#### **Das neue Erscheinungsbild der landwirtschaftlichen Interessenvertretung**

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass den „Bauerndoktoren“ nach dem Ende des Dritten Reiches zwar die Rückkehr als politische Elite gelang, nicht jedoch die Rückkehr als Funktionselite. Prominente „Bauerndoktoren“ wie Alois Hundhammer, Jakob Fischbacher, Alois Schlögl und Joseph Baumgartner machten zwar politische Karriere, es gelang ihnen jedoch nicht, dauerhaft als Funktionäre im landwirtschaftlichen Organisationswesen Fuß zu fassen. So verschieden die Gründe im Einzelnen waren, immer hatten sie damit zu tun, dass sie sich nicht auf eine rein administrative Funktion beschränken ließen und politische Führungsaufgaben im landwirtschaftlichen Organisationswesen beanspruchten<sup>127</sup> – so wie sie

<sup>126</sup> HORLACHER, Naturgesetze (15. Mai 1954), 763.

<sup>127</sup> Die Umsetzung des von Alois Hundhammer (vor 1933 Generalsekretär des BV) nach seiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft erhobenen verbandspolitischen Führungsanspruches im BBV wurde von Michael Horlacher und Alois Schlögl verhindert. Sie sahen darin eine ungebührliche Stärkung des gegnerischen Schäffer-Flügels in der CSU (IfZ-Archiv, Sammlung Bayernpartei ED 719/156, Schlögl an Fischbacher, 29. Dezember 1945; IfZ-Archiv, Sammlung Bayernpartei ED 719/149, Hundhammer an Fischbacher, 16. Februar 1946; IfZ-Archiv, OMGUS 5/365-3/18, Strategic Services Unit – USFET, Field Intelligence Study 30: The Formation of the Hoegner Government in Bavaria, 12. Oktober 1945). Nachdem der oberbayerische Bauernverbandsdirektor Jakob Fischbacher mit einer derb-partikularistischen Rhetorik für eine radikale bayerische Eigenstaatlichkeitspolitik geworben und damit seine Nähe zur Bayernpartei signalisiert hatte, erschien er dem Erweiterten Vorstand des BBV nicht mehr tragbar. Denn dieser versuchte, den Schein parteipolitischer Neutralität zu wahren (BBV-Generalsekretariat, Akt Präsidium 1945–1947, Sitzung des Erweiterten Vorstandes am 15. April 1947). Nachdem sich der Bauernverbandsgeneralsekretär Schlögl entschieden hatte, in das Amt des

es nach dem Vorbild Heims vor 1933 getan hatten. Auch Michael Horlachers politische Karriere nach 1945 machte hier keine Ausnahme. Seine Funktionärsposition im Bayerischen Raiffeisenverband konnte nur mit massivem politischen Druck gegen den Widerstand der bei Kriegsende im Amt befindlichen Funktionäre durchgesetzt werden<sup>128</sup>. In Verbindung mit den übernommenen Funktionären des Reichsnährstandes gelang es den Honoratioren, gegen die zurückkehrenden „Bauerndoktoren“ und ihren erneuerten Führungsanspruch im landwirtschaftlichen Organisationswesen erfolgreich vorzugehen. Das öffentliche Erscheinungsbild des BBV ist seither nicht nur von der Dominanz der ehrenamtlichen Repräsentanten geprägt<sup>129</sup>, sondern auch von der landwirtschaftlich-technischen Ausbildung der Funktionäre<sup>130</sup>. Daher rührt die besondere organisatorische Stabilität des BBV seit 1945. Denn im hauptamtlichen Apparat des BBV wurden die Unterschiede der unvereinbar scheinenden Organisationsprinzipien des Funktionärsverbandes Bayerischer Christlicher Bauernverein und des Honoratiorenverbandes Bayerischer Bauernbund aufgehoben: Die interessenpolitische Notwendigkeit eines dauerhaften Verbandsapparates in der Industriegesellschaft wurde mit der traditionellen bäuerlichen Forderung nach existentieller Betroffenheit von der Landwirtschaft als Voraussetzung für die Berechtigung zur

---

Landwirtschaftsministers zu wechseln, bekam er vertraglich die Möglichkeit zugesichert, in das Amt des Generalsekretärs zurückzukehren. Dagegen erhoben sich jedoch massive Widerstände, wodurch eine Rückkehr faktisch unmöglich wurde (BBV-Generalsekretariat, Landesausschuss 1945–1947, Sitzung des Präsidiums am 18. Dezember 1947; BBV-Generalsekretariat, Akt Erweiterter Vorstand 1948–1952, Sitzung des Erweiterten Vorstandes am 23. Juli 1948; IfZ-Archiv, NL Baumgartner ED 132/28, Baumgartner an Horlacher, 17. Juli 1953). Zum Scheitern der Bemühungen Joseph Baumgartners um das Amt des Generalsekretärs des BBV vgl. die vorstehenden Ausführungen in diesem Kapitel.

<sup>128</sup> Noch in Singers Radioansprache anlässlich des Todes von Michael Horlacher (BayHStA, NL Horlacher 1.9) ist die Verbitterung über Horlachers genossenschaftliche Karriere spürbar: „Nicht durch satzungsgemäße Wahl, sondern durch Verfügung des damaligen Landwirtschaftsministers in Bayern, Dr. Baumgartner, wurde Dr. Horlacher im Herbst 1945 zum kommissarischen Direktor des Bayerischen Raiffeisenverbandes und zum Staatskommissar für das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen in Bayern, einschließlich BRZ [Bayerische Raiffeisen-Zentralkasse] und BayWa bestellt. Ich habe damals gegen die Bestellung des Staatskommissars protestiert, da das bayerische landwirtschaftliche Genossenschaftswesen vollständig intakt war und weil dieses Eingreifen einer politischen Stelle den fundamentalen Grundsätzen des Genossenschaftswesens, nämlich der Selbstverwaltung und Selbstverantwortung, widersprach.“

<sup>129</sup> Ein Blick in die bayerischen Landtagshandbücher zeigt, dass unter den agrarischen Abgeordneten seit den 60er Jahren mit wenigen Ausnahmen keine hauptamtlichen Verbandsangestellten mehr waren. Kein Generalsekretär, kein Abteilungsleiter und nur ein Bezirksgeschäftsführer (Direktor) des BBV war seither als Abgeordneter tätig. Allein Paul Röhner übte sein Amt als hauptamtlich besoldeter Direktor des oberfränkischen BBV weiterhin aus, als er zwischen 1965 und 1982 MdB war. Zu Röhner vgl. Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages, 696f. Die Landtagsabgeordneten Friedrich Loscher-Frühwald (MdL 1982 bis 2003) und Herbert Hofmann (MdL 1970 bis 1984) hatten ihre Anstellungen beim BBV aufgegeben, als sie die Parlamentsmandate annahmen (mündliche Auskunft von Gebhard Quinger).

<sup>130</sup> Ein Agrarstudium wird im BBV an der Jahrtausendwende als maßgeblicher Karrierefaktor für hauptamtlich Angestellte betrachtet (vgl. BLW vom 20. Juni 2008). Von den sechs Hauptgeschäftsstellenleitern („Direktoren“) des BBV im Jahr 2008 hatten fünf ein agrarwissenschaftliches Studium absolviert. Der einzige, der kein agrarwissenschaftliches, sondern ein betriebswirtschaftliches Studium vorzuweisen hat, kann die existentielle Betroffenheit von der Landwirtschaft durch die Bewirtschaftung eines kleinen Weinbaubetriebes und eine mittlere landwirtschaftliche Ausbildung substituieren. Für diese Angaben danke ich Herrn Karl Wimmer vom Generalsekretariat des BBV in München.

landwirtschaftlichen Interessenvertretung in Einklang gebracht<sup>131</sup>. Dabei ordnet sich der beschriebene Elitenwandel im BBV insgesamt in eine breite und noch nicht abgeschlossenen gesellschaftliche Entwicklung ein, die auf eine restlose Integration sämtlicher Lebensbereiche in die Industriegesellschaft hinausläuft – eine Entwicklung, die auch vor der landwirtschaftlichen Interessenvertretung nicht Halt macht. Mit der Ansicht, dass landwirtschaftliche Interessenvertretung nur durch – praktisch oder akademisch – ausgebildete Landwirte erfolgen könne, hatte sich nicht nur das betriebsbezogene Denken der bäuerlichen Verbandshonoratioren durchgesetzt, sondern auch das utilitaristische Bildungsideal der arbeitsteiligen Industriegesellschaft, welche die differenzierten und spezialisierten mechanischen Produktionsprozesse der Industrie auf gesellschaftliche Prozesse überträgt<sup>132</sup>.

Die „Bauerndoktoren“ passten aufgrund ihrer unspezifischen Ausbildung im Paradigma des neuhumanistischen Bildungsideals mit seinem allgemeingesellschaftlichen Führungsanspruch nicht in das Schema der arbeitsteilig organisierten und gesellschaftlich zunehmend fragmentierten Industriegesellschaft. Landwirtschaftliche Spitzenfunktionäre, die ihre administrative Tätigkeit als Verbandsgeschäftsführer mit dem Anspruch auf die innerverbandliche Meinungsführerschaft, die öffentliche Repräsentation und die parlamentarische Vertretung der Verbandsinteressen verbanden, die deshalb im Unterschied zum Idealtyp eines Funktionärs nicht anonym blieben und aufgrund der darin begründeten sozialen und verbandsideologischen Spannungen in ihrem Auftreten als so widersprüchliche und undurchsichtige Gestalten erscheinen, konnten sich im landwirtschaftlichen Organisationswesen im Laufe der zunehmenden Industrialisierung aller gesellschaftlichen Prozesse nicht behaupten. Horlacher selbst war sich dieses Elitenwandels und der daraus entstehenden Folgen für die Gestalt der landwirtschaftlichen Interessenvertretung in Bayern bewusst. Er konnte ihn nicht mehr reflektieren, aber er fühlte ihn, als er am 12. Oktober 1957 seines verstorbenen Freundes und politischen Weggefährten Alois Schlögl gedachte: „Mir fällt es schwer, von Freund Schlögl Abschied zu nehmen; aber nach Gottes Ratschluß muß es sein. Besonders schmerzlich ist es, daß wieder einer der alten Bauerngarde dahingegangen ist. Diese Führerschicht war einmalig und kommt nicht mehr.“<sup>133</sup> Horlacher selbst verstarb am Tag der Veröffentlichung dieses Nachrufes.

---

<sup>131</sup> Deshalb stellt es nur vordergründig einen Widerspruch dar, wenn Pankraz Fried und Joachim Ziche in ihrer sozialgeschichtlichen Analyse agrarischer Eliten in Bayern im 20. Jahrhundert einerseits von „dem Bauern, der nach [...] 1945 zur Bestimmung seines eigenen Geschicks gerufen wurde“, sprechen, während sie gleichzeitig beobachten, dass „das bäuerliche Element in den dörflichen Leitungs- und Vertretungsorganen sowie in Vereinen und sonstigen Organisationen immer stärker abgebaut“ werde und „sich immer mehr die Gruppe der Angestellten, Technokraten und Bürokraten in den Vordergrund“ schiebe (FRIED – ZICHE, Sozialentwicklung, 201–203).

<sup>132</sup> Zu den Voraussetzungen und Grundlagen der Industriegesellschaft vgl. POHLMANN, Industriegesellschaft. Zu der gerade für den landwirtschaftlichen Bereich umstrittenen Frage, ob die Industriegesellschaft auf eine restlose Integration aller Lebensbereiche zielt, vgl. PLANCK, Landwirtschaft, 56–77.

<sup>133</sup> HORLACHER, Schlögl (12. Oktober 1957), 3.

## XI. Fazit

Obwohl Michael Horlacher als Direktor der Bayerischen Landesbauernkammer, Vorstandsmitglied des Bayerischen Christlichen Bauernvereins und Agrarexperte der BVP im bayerischen Landtag und im deutschen Reichstag während der gesamten Zeit der Weimarer Republik eine exponierte Position im politischen System Bayerns und des Deutschen Reiches einnahm, bestand seine eigentliche Hauptaufgabe doch stets darin, die ihm zur Geschäftsführung übertragenen Organisationen zu verwalten, was er mit großem Geschick erledigte. Anders als sein Mentor Georg Heim oder sein politischer Gegner Karl Gandorfer fiel er nicht durch spektakuläre politische Aktionen auf. Den Höhepunkt seiner Karriere erreichte er als Vorsitzender eines Reichstagsausschusses, dessen Aufgabe in der Schaffung von Umsetzungsvorschriften für das Landwirtschaftliche Notprogramm bestand. Horlachers politische Tätigkeit in der Weimarer Republik bietet deshalb die Gelegenheit, das sozial elitäre Selbstbewusstsein und den politisch-taktischen Handlungsspielraum eines gewöhnlichen Agrarfunktionärs zu untersuchen und dabei nicht der Versuchung zu erliegen, dessen politische Wirksamkeit zu überschätzen und strukturell bedingte ökonomisch-politische Entwicklungen in der Manier der traditionellen ‚Dogmengeschichte‘<sup>1</sup> dem Verdienst eines einzelnen Mannes zuzuschreiben.

Für Horlacher war die Agrarpolitik Gegenstand intellektueller Beschäftigung, nicht existentieller Betroffenheit. Sein sozialer Status hing nicht vom Erfolg der von ihm propagierten agrarpolitischen Ziele ab. Horlachers protektionistische Agrar- und revisionistische Außenhandelspolitik waren nicht von unmittelbaren, persönlichen ökonomischen Interessen bestimmt. Seine agrarpolitischen Konzepte bewegten sich im Koordinatensystem bürgerlich geprägter stereotyper Vorstellungen über die bäuerliche Landwirtschaft, seines eigenen sozialen Selbstbewusstseins als öffentlich-rechtlicher Beamter, seiner akademischen Ausbildung als Statistiker und der protektionistischen Tradition im landwirtschaftlichen Organisationswesen. Im Ergebnis bildeten diese Koordinaten disparate Teile einer Agrarideologie, die Horlacher untereinander – und je nach Einsatzzweck variiert – mit agrarromantischer, katholisch-sozialethischer, antisozialistischer, bayerisch-patriotischer, nationalistischer und effizienzorientierter Phraseologie verband. Diese Ideologeme dienten Horlacher je nach Einsatzzweck als organisationspolitische Ideologie zur innerverbandlichen Herrschaftsstabilisierung, als Verbandsideologie zur Abgrenzung gegenüber konkurrierenden agrarischen Interessenverbänden und schließlich als agrarpolitische Ideologie, deren Zweck

---

<sup>1</sup> Die landwirtschaftlichen Dogmengeschichten von Heinz Haushofer (HAUSHOFER, Ideengeschichte) und Sigmund von Frauendorfer (FRAUENDORFER, Ideengeschichte) sind herausragende Beispiele für diese Art der Geschichtsdarstellung. Zur Kritik der strukturgeschichtlichen Perspektive der agrargeschichtlichen Forschung gegenüber diesem Ansatz, welche sozioökonomische und technische Entwicklungen, biologische und geographische Standortfaktoren sowie kulturelle Bedingungen landwirtschaftlichen ökonomischen Verhaltens allzu sehr vernachlässigt habe, vgl. ZIMMERMANN, Gesellschaft, 141f.; KLUGE, Agrarpolitik, 291f.

darin bestand, die Interessen eines an quantitativer Bedeutung verlierenden Wirtschaftszweiges zu rechtfertigen.

In Horlachers Agrarideologie spiegeln sich die verschiedenen und widerspruchsvollen Anforderungen, die an ihn als Politiker und Funktionär gerichtet waren: Als Direktor der Landesbauernkammer orientierte er sich am Leitbild des gemeinwohlorientierten und vermeintlich ‚unpolitischen‘ deutschen Berufsbeamten. Als Parlamentarier der BVP war er in den politischen Katholizismus integriert. Als landwirtschaftlicher Interessenvertreter war er der Erhaltung des landwirtschaftlichen Besitzstandes verpflichtet. Alle diese nicht immer leicht zu vereinbarenden politischen Rollen waren seiner politischen Integration in den Bayerischen Christlichen Bauernverein geschuldet. Denn dieser war nicht nur ein Agrarverband, der im politisch-taktischen Rahmen des politischen Katholizismus agierte. Als Interessenvertretung setzten seine Spitzenfunktionäre weniger auf populistische Agitation – wie etwa der Bayerische Bauernbund –, sondern auf die direkte Beeinflussung von Politik und Verwaltung. Um auf diesem Weg erfolgreich zu sein, waren sie – von den Zeitgenossen als „Bauerndoktoren“ bezeichnet – bemüht, Gleichwertigkeit mit den bürokratischen Eliten des Landes zu demonstrieren. Die akademischen Ausbildungswege der Spitzenfunktionäre des Bayerischen Christlichen Bauernvereins wiesen deshalb eine auffallende Übereinstimmung mit denjenigen der Beamten der staatlichen Landwirtschaftsverwaltung auf.

Gerade an Horlachers Karriere als Bauernvereinspolitiker zeigt sich, dass die u.a. von Hans-Jürgen Puhle konstatierte „Vorbildrolle der Staatsbürokratie [...] für die ‚privaten‘ Sektoren von Wirtschaft und Gesellschaft“ auch vom traditionell eher staats skeptischen politischen Katholizismus akzeptiert wurde und auch in diesem die „Staatsbezogenheit der Gesellschaft“ des Deutschen Reiches erkennbar ist<sup>2</sup>. Akademische Bildung und eine beamtengleiche, unkündbare Anstellung als Funktionär einer gesetzlichen Berufsvertretung verschafften Horlacher ein elitäres soziales Selbstbewusstsein, das ihn in seiner Selbstsicht über die praktischen Landwirte hinaushob und seine sozialautoritären, mitunter auf Zwang basierenden agrarpolitischen Vorschläge bestimmte – zumal er als Direktor einer umlagenfinanzierten Organisation nicht in dem Maße auf die Zustimmung der aktiven Landwirte angewiesen war, wie die Funktionäre wirtschaftspolitischer Interessenvertretungen auf der Basis freiwilliger Mitgliedschaft. In ihrer geographischen und sozialen Mobilität stand Horlachers Biographie im größtmöglichen Gegensatz zu derjenigen aktiver Landwirte. Diese besaßen selbst ein elitäres soziales Selbstbewusstsein, das auf der existentiellen Betroffenheit von der landwirtschaftlichen Arbeit gründete. Horlacher wurde von der antibürokratischen Agitation des BBB stets daran erinnert, dass er nicht ‚dazugehörte‘. Er reagierte darauf, indem er sich in seinem äußeren Erscheinungsbild und seiner Rhetorik bewusst bäuerlich-derb gab. Hinter der bäuerlich-derben und bayerisch-barocken Fassade, die Horlacher vor seiner

---

<sup>2</sup> PUHLE, Innovation, 26.

beruflichen und parlamentarischen Tätigkeit aufzog, verbarg sich eine bürokratische Figur, die ihren politischen Weggefährten und Gegnern berechnend und bisweilen misstrauisch gegenüberstand.

Seinen politisch-taktischen Ausdruck fand Horlachers soziales Selbstbewusstsein als gemeinwohlorientierter Beamter einer Körperschaft des öffentlichen Rechts darin, dass er immer um eine loyale Haltung zur Exekutive bemüht war, selbst wenn sie seinen politisch-weltanschaulichen Einstellungen nicht entsprach. Als Parlamentarier unterstützte er stets die jeweiligen Regierungen – sei es in der Ordnungszelle Bayern unter Ministerpräsident Kahr, unter dem Zentrumskanzler Marx in der Mitte-Rechts-Koalition seit Januar 1927, während der von einem Sozialdemokraten geführten ‚Großen Koalition‘ zwischen Sommer 1928 und Frühjahr 1930 oder unter den Bedingungen der Präsidialkabinette Brüning, Papen, Schleicher und Hitler. Für Horlacher wurde der Staat durch die Regierung repräsentiert und nicht durch das Parlament. Dadurch umging er eine konstruktive Auseinandersetzung mit der republikanischen Staatsform. Dieser Gouvernentalismus erlaubte ihm die virtuose Handhabung parlamentarischer Spielregeln, ohne dass er ein demokratisches Bewusstsein hätte entwickeln müssen. Anstatt Treue zur Verfassung zeigte er Loyalität zur Exekutive. In diesem Gouvernentalismus, der die Staatsform bewusst ignorierte, suchte Horlacher die politische Mitte. Dies wirkte sich besonders deshalb verhängnisvoll aus, da sich auf dieser taktisch-weltanschaulichen Grundlage die Vorstellung von einer konstruktiven Opposition nicht entwickeln konnte. Opposition bedeutete für Horlacher stets obstruktives und destruktives politisches Verhalten. Nur die Unterstützung der Exekutive galt ihm als konstruktiv. Die Exekutive war für ihn der Hort der Ordnung, während das Parlament in seinem politischen Denkhorizont der Ort der Unordnung, des Parteigoismus und des suboptimalen ‚Kuhhandels‘ war – eben der „Wurstkessel“, in dem er „schon bald nicht mehr mitarbeiten“ könne, wie er in Tuntenhausen im Herbst 1927 erklärte<sup>3</sup>. Auf der Grundlage dieser Kritik wollte Horlacher die politischen Verhältnisse der Weimarer Republik durch das Beschneiden der Parlamentsrechte stabilisieren. Dabei ist es für Horlachers bürokratisch-gouvernementale Positionierung bezeichnend, dass er dieses Ziel nicht durch die Rückkehr zur Monarchie oder durch die Umsetzung berufsständischer Verfassungsphantasien zu erreichen hoffte, sondern durch die Übertragung legislativer Befugnisse auf die Exekutive. Deshalb stimmte er den zahlreichen zollpolitischen und binnenwirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzen<sup>4</sup> zu, die den Weg für das umfassende Ermächtigungsgesetz Hitlers vom 23. März 1933 ebneten. Daran zeigte sich die Antipluralität von Horlachers gouvernementalem Selbstbewusstsein. Dieses entfaltete sich auf der Grundlage einer bürokratischen Sachgesetzlichkeitsideologie, die nicht mit politischem Pragmatismus

<sup>3</sup> MP vom 19. September 1927.

<sup>4</sup> Vgl. die Zusammenstellung der handelspolitischen Ermächtigungsgesetze zwischen 1929 und April 1933 bei WALTER – ENGEL, Entwicklung, 105–107.

verwechselt werden darf. Obwohl seine Gegnerschaft zum Nationalsozialismus seit 1924 außer Zweifel steht, schaffte er es deshalb, ein antidemokratisches Klima mitzugestalten, so „daß es nur mehr“ – um mit den Worten Kurt Sontheimers zu sprechen – „der ungünstigen wirtschaftlichen und politischen Konstellationen bedurfte, um dem antidemokratischen Denken den Weg zur politischen Massenwirkung zu bahnen“<sup>5</sup>.

Dabei wurde Horlachers Bereitschaft zur Unterstützung von Brünings bürokratisch-autoritärem Regierungsstil wesentlich dadurch beeinflusst, da dieser Regierungsstil seine Bestrebungen begünstigte, sich als Büroleiter von den als lästig und ineffizient empfundenen ehrenamtlichen Gremien der Bayerischen Landesbauernkammer unabhängig zu machen. Der unter der Verantwortung Brünings forcierte Ausbau marktordnerischer Maßnahmen zur binnenwirtschaftlichen Reglementierung der landwirtschaftlichen Produktion erhöhte Horlachers bürokratische Bewegungsfreiheit, da sein Büro mit der Durchführung eines Großteils dieser Maßnahmen betraut wurde und dafür in den Genuss von Reichs- und Landeszuschüssen kam. Der Preis dafür bestand jedoch in der zunehmenden Einschränkung seines parlamentarischen Handlungsspielraumes als Reichstagsabgeordneter. Gemeinsam mit den von Horlacher forcierten zollpolitischen Ermächtigungen verstärkten die binnenwirtschaftlichen Marktordnungsversuche der Reichsregierung die Abhängigkeit der Agrarpolitik von der Exekutive. Deshalb war es nur konsequent, dass Horlacher auch der Regierung Hitler seine Unterstützung anbot. Am Beispiel von Horlachers agrarpolitischen Konzepten lässt sich deshalb zeigen, wie sehr ein bürokratisch-autoritärer und den demokratischen Geist der Weimarer Reichsverfassung ignorierender ‚vernunftrepublikanischer‘ Gouvernentalismus zur Destabilisierung der Republik beitragen konnte<sup>6</sup>.

Wenn Horlachers Agrarpolitik sowohl ihrer Form als auch ihrem Inhalt nach bürokratisch-autoritären Charakter besaß, dann ist der Grund dafür nicht nur in politisch-taktischen Überlegungen zu suchen, sondern auch in biographischen Erfahrungen, die ihm zu Beginn seiner beruflichen Karriere die übermächtigen Eindrücke des Ersten Weltkrieges vermittelten. Als sich die landwirtschaftliche Überproduktion in der Weltwirtschaftskrise seit 1929 negativ auf die Erzeugerpreise auszuwirken begann und die Wirksamkeit der Schutzzölle abnahm, forcierte Horlacher die monopolistische Zusammenfassung des landwirtschaftlichen Angebots mit staatlicher Hilfe und unter bürokratischer Reglementierung. Als Vorbild diente ihm dabei die Kriegsernährungswirtschaft, deren Maßnahmen sich sowohl zur (gescheiterten) Überwindung des Mangels, als auch zur Bewältigung des Überflusses anboten. Der 1929 unter seiner maßgeblichen Beteiligung

---

<sup>5</sup> SONTHEIMER, Denken, 26f.

<sup>6</sup> Im Gegensatz dazu sieht GESSNER, Landwirtschaft, 127 in dem agrarischen Gouvernentalismus der Weimarer Republik in einer sehr unglücklichen Formulierung eine „gesunde Mischung zwischen Ablehnung des Weimarer Systems und Anpassung an die neuen staatlichen Gegebenheiten“.

eingeführte Verwendungszwang für inländische Produkte stellte nichts anderes dar, als die Umkehrung des Ablieferungszwanges, dem die Landwirtschaft während des Ersten Weltkrieges unterworfen war. Sowohl dem Mangel als auch der Überproduktion schien mit bürokratischer Planung abzuhelfen zu sein.

Dabei ist es bezeichnend für den interventionistischen Charakter des sich während der Weimarer Republik kontinuierlich ausdehnenden Fürsorgestaates, dass sich Horlacher auf dem Gebiet der binnenwirtschaftlichen Marktordnungsmaßnahmen echter Gestaltungsspielraum bei der bürokratischen Umsetzung der im Reichstag beschlossenen Maßnahmen bot. Horlacher nutzte diesen Spielraum zielbewusst zum Ausbau der Kompetenzen der Bayerischen Landesbauernkammer. Dabei bestand der Sinn seiner protektionistischen und interventionistischen Vorschläge darin, die Landwirtschaft auf eine bürokratisch-kontrollierte Weise an die industrielle Produktionsweise heranzuführen, um sie als gesellschaftspolitisch stabilisierenden Faktor gegenüber einer übermächtigen Industrie in ihrem Besitzstand erhalten zu können. Dieses Ziel glaubte er mit der Standardisierung von Weizen, dem kartellartigen Zusammenschluss der Milcherzeuger sowie seinen Anstrengungen zur Verbreitung von Marktbeobachtung und Buchführung zu erreichen. Denn trotz aller agrarromantischen und antiindustriellen Phraseologie konnte sich auch Horlacher dem wirtschaftspolitischen Leitbild des kapitalistischen und mechanistischen Produktionsprozesses der Industrie nicht verschließen, da die deutsche Volkswirtschaft bereits durch das erdrückende Übergewicht der Industrie gekennzeichnet war. Behandelte er in seinen Texten und Reden den industriellen Produktionsprozess, schwankte er deshalb dauernd zwischen Ablehnung und Zustimmung.

Bei der Umsetzung seiner strukturpolitischen Vorschläge zur Integration der Landwirtschaft in die industriell geprägte Marktwirtschaft musste er massive Widerstände bei vielen praktischen Landwirten als den Adressaten dieser Politik überwinden. Denn derartige strukturpolitische Konzepte waren nicht in der Lage, die Erzeugerpreise unmittelbar zu beeinflussen, während sie gleichzeitig weitgehende Eingriffe in die bäuerliche Betriebsautonomie bedeuteten. Deshalb setzte Horlacher hierbei auf die bürokratischen Methoden von Erziehung und Zwang – etwa bei der Durchführung der Flurbereinigung oder bei der Einführung der Hagelversicherung. In Horlachers agrarpolitischen Konzepten spiegeln sich deshalb die fortgeschrittenen Anfänge einer Entwicklung, an deren Ende an der Jahrtausendwende „alle Bereiche landwirtschaftlicher Tätigkeit von der Aussaat und Aufzucht bis zur Vermarktung strikter Reglementierung und Planung unterliegen“<sup>7</sup>.

Als politisch-bürokratische Konstruktion stand Horlachers Agrarpolitik mit den eigenständigen Strategien der bäuerlichen Familienbetriebe, sich durch Produktionsausweitung, -diversifizierung und -intensivierung an die industrialisierte

---

<sup>7</sup> KLUGE, Agrarwirtschaft, 3.



Volkswirtschaft anzupassen, in einem Spannungsverhältnis. Dieses entlud sich in den spontanen landwirtschaftlichen Protestbewegungen der Jahre 1928 und 1929, die schlaglichtartig aufwiesen, dass Horlachers autarkistische Propaganda mehr von seiner bürgerlich-akademischen Sozialisation und seiner Interpretation des Kriegereignisses bestimmt war, als von den tatsächlichen ökonomischen Bedürfnissen der aktiven Landwirtschaft. Dabei scheint es aber eine allzu pauschale Wertung zu sein, im tatsächlichen ökonomischen Verhalten der Landwirtschaft ein flexibles und strukturveränderndes Moment des Fortschritts, in den agrarpolitischen Entwürfen der Agrarverbände ein Moment des volkswirtschaftlichen Rückschritts zu sehen<sup>8</sup>. Trotz des tatsächlich stattgefundenen landwirtschaftlichen Strukturwandels<sup>9</sup> ist festzustellen, dass sich das Interesse der bäuerlichen Landwirtschaft an der Besitzerhaltung mit Horlachers strukturkonservativer Agrarpolitik grundsätzlich deckte. Horlachers Forderung nach kostendeckenden Preisen war das leicht verständliche Scharnier zwischen seinen akademisch geprägten volkswirtschaftlichen Einsichten und gesellschaftspolitischen Postulaten einerseits sowie dem von den Landwirten immer wieder artikulierten Primat der Preispolitik im Interesse der Erhaltung des Hofbesitzes andererseits. Wie die einseitige preispolitische Argumentation der landwirtschaftlichen Protestbewegungen von 1922/1923 und von 1928/1929 zeigt, hing Horlachers Akzeptanz als landwirtschaftlicher Interessenvertreter bei den Wortführern der praktischen Landwirtschaft nicht so sehr vom Erfolg strukturpolitischer Maßnahmen, sondern vom Erfolg seiner preispolitischen Bemühungen ab. Vor diesem Hintergrund ist sein Einsatz für den Schutz des Getreidebaus zu sehen, den er in einem zweiten Schritt auf die Produkte der Veredelungswirtschaft auszudehnen suchte. Es kann deshalb bis 1930 nicht von einer agrarpolitischen Dominanz des Reichslandbundes gesprochen werden, sondern von einem agrarpolitischen Konsens zwischen dem Reichslandbund, der Vereinigung der deutschen christlichen Bauernvereine und großen Teilen der Deutschen Bauernschaft. Gerade an Horlachers agrarpolitischen Konzepten zeigt sich, wie sehr die autoritär-bürokratische Entwicklung des politischen Systems der Weimarer Republik insbesondere unter den Präsidialregimen nicht nur vom Reichslandbund, sondern auch von Seiten der Bauernvereine aus eigener programmatischer und taktischer Motivation unterstützt wurde. Die seit Hans-Jürgen Puhle immer wieder erhobene Behauptung, dass die Bauernvereine „keine entscheidende Rolle“ bei der Formulierung der Agrarpolitik der Weimarer Republik gehabt hätten<sup>10</sup>, ist deshalb einer Revision zu unterziehen.

<sup>8</sup> So beispielsweise bei ERKER, Abschied, 335f. (1996), MERKENICH, Front, 358 (1998) und KOPSIDIS, Agrarentwicklung, 197–204 (2006).

<sup>9</sup> Zwischen 1925 und 1933 ging die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Bayern von 546.864 auf 481.933 zurück. Dies ist vor allem auf den Rückgang der Betriebe unter 5 Hektar zurückzuführen. Im gleichen Zeitraum stieg die Anzahl der Betriebe zwischen 5 und 20 Hektar um 12.897 auf 220.255 (Vierzig Jahre Bayerische Landwirtschaft, 52).

<sup>10</sup> KLUGE, Agrarwirtschaft, 88; vgl. dazu auch KOLB, Weimarer Republik, 197–199.

Während sich dieser Konsens der in der Grünen Front zusammengeschlossenen Agrarverbände während der Großen Koalition unter Müller-Franken stabilisierend auf die politischen Verhältnisse der Weimarer Republik auswirken konnte, war dies unter den Bedingungen der andauernden Weltwirtschaftskrise nicht mehr möglich. Die fehlenden agrarpolitischen Differenzen führten dazu, dass sich die preis- und handelspolitischen Forderungen der konkurrierenden Agrarverbände gegenseitig aufschaukelten, während sie von der Reichsregierung immer weniger erfüllt werden konnten. Dabei erwies sich auch die Bayerische Landesbauernkammer als ungeeignetes Mittel zur Stabilisierung der politischen Verhältnisse. Nachdem es Horlacher gelungen war, das Büro der Landesbauernkammer mit Hilfe der von Brüning's bürokratisch-autoritärem Regierungsstil geförderten interventionistischen Agrarpolitik weitgehend abzukoppeln, war es offensichtlich geworden, dass sich die gesetzliche Selbstverwaltungskörperschaft der bayerischen Landwirtschaft lediglich zu einer um Einfluss – wenn auch nicht um Mitglieder – konkurrierenden Interessenvertretung neben den übrigen agrarischen Interessenvertretungen Bayerischer Christlicher Bauernverein, Bayerischer Bauernbund und Bayerischer Landbund entwickelt hatte. Während dieser Streit um Einfluss auf der Ebene der Funktionäre stattfand, wandten sich die aktiven Landwirte zunehmend von den etablierten Organisationen ab. Deshalb kam es zum Ausbruch der organisationsfeindlichen spontanen bäuerlichen Proteste der Jahre 1928 und 1929, die Horlacher aufgrund seines elitären sozialen Selbstbewusstseins als bürokratischer Gestalter von Agrarpolitik nicht in der Lage war, als Ausdruck bäuerlicher Sorgen ernst zu nehmen. Was eine große Mehrheit der aktiven Landwirtschaft in der Endphase der Weimarer Republik von der Unterstützung der Nationalsozialisten abhielt, war nicht das Vertrauen in die agrarpolitischen Konzepte der miteinander konkurrierenden agrarischen Interessenverbände, sondern die stark ausgeprägte kirchliche Bindung. Wie Hermes und Heim, so sah auch Horlacher in der Betonung des weltanschaulichen Charakters der landwirtschaftlichen Interessenvertretung im Bayerischen Christlichen Bauernverein deshalb ein geeignetes Mittel, um sich gegen die zunehmende nationalsozialistische Agraragitation abzugrenzen und die Mitglieder zu binden. Dadurch trug er jedoch dazu bei, die ideologische Mauer gegenüber antinationalsozialistischen politischen Gruppierungen inner- und außerhalb des Agrarsektors zu erhöhen – eine Mauer, die Horlacher bereits abubrechen begonnen hatte, als er den sozialdemokratischen Reichskanzler Müller-Franken im Rahmen der ‚Großen Koalition‘ bis zuletzt unterstützt hatte. Die Art und Weise, wie Horlacher seine parlamentarisch-bürokratische Doppelrolle von hauptamtlich-bürokratischer und repräsentativ-parteilichter Interessenvertretung ausfüllte, wirkte sich in der Endphase der Weimarer Republik verhängnisvoll auf die politische Stabilität aus: Er verprellte die Landwirte, indem er diese vom Einfluss auf seine agrarpolitische Tätigkeit fernzuhalten versuchte und dies durch die Erweckung unerfüllbarer preispolitischer Erwartungen

kompensieren wollte, ohne neue Bundesgenossen in den Gewerkschaften und der SPD zu gewinnen.

Dabei war diese parlamentarisch-bürokratische Doppelrolle Horlachers auch nicht geeignet, seine Stellung im Organisationsgefüge der bayerischen Bauernkammern dauerhaft zu stabilisieren. Dieser Behauptung scheint zu widersprechen, dass es Horlacher gelang, die von ihm geleiteten Büros zu eigenständigen und starken politisch-taktischen Faktoren im Konkurrenzkampf innerhalb des landwirtschaftlichen Organisationswesens zu entwickeln, wie sich an zwei spektakulären Ereignissen aus Horlachers eigener bürokratischen Karriere zeigen lässt: 1. Als die ehrenamtlichen Dienstvorgesetzten Horlachers zwischen der Gründung der „Handelspolitischen Vereinigung der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns einschließlich Müllerei und Mälzerei“ im Frühjahr 1918 und der Konstituierung der Bayerischen Landesbauernkammer im Spätsommer 1920 rasch wechselten, stellte Horlachers Büro einen Ort organisationsstruktureller Kontinuität dar, wobei Horlacher als Büroleiter kaum Rücksicht auf die ehrenamtlichen Strukturen zu nehmen brauchte. 2. Als sich der gemeinsame Widerstand von BBB und Bayerischem Landbund gegen die Dominanz des BV in der gesetzlichen Berufsvertretung der bayerischen Landwirtschaft im Jahr 1925 verdichtete, gelang zwar der Sturz des ehrenamtlichen Präsidenten Heim, nicht jedoch des hauptamtlichen Geschäftsführers Horlacher. Bei der Machtübernahme der Nationalsozialisten zeigte sich jedoch, dass Horlachers starke Stellung als Büroleiter unter seiner parteipolitischen Karriere gelitten hatte. Während sein Mitarbeiterstab von den neuen Machthabern übernommen wurde, wurde er selbst aus dem Dienst entfernt. Er hatte sich zu sehr als Repräsentant des politischen Katholizismus in Bayern exponiert, als dass er für die nationalsozialistischen Machthaber als Büroleiter tragbar gewesen wäre. Nun zeigte sich, dass Horlacher keine rein bürokratische Figur darstellte, sondern im Laufe seiner Karriere immer mehr zu einer politischen Figur geworden war.

Trotzdem war es ihm aufgrund seiner stets erkennbaren Orientierung am Leitbild des deutschen Berufsbeamten nicht möglich, die vollen politisch-taktischen Konsequenzen daraus zu ziehen. In der BVP hatte er nie eine echte politische Heimat gefunden. Zu den Führungsgremien blieb er auf Distanz. Im Reichstag entfremdete er sich zunehmend von der BVP und ihren bayerisch-föderalistischen Forderungen. Zur Umsetzung seiner agrarpolitischen Ziele im Reichstag hatte er bald nach seinem Einzug in den Reichstag die Fraktionsgrenzen überschritten. Zunächst hatte er versucht, den rechten, agrarischen Flügel des Zentrums durch eine engere Zusammenarbeit mit dieser Partei zu stärken. Dann suchte er die Nähe zur christlichen Arbeiterschaft im Zentrum, um den handelspolitischen Ansprüchen der Industrie – die sich für Horlacher zu einem irrational perhorreszierten handelspolitischen Feindbild entwickelt hatte – entgegenzutreten zu können. Schließlich verstand er das überkonfessionelle und überparteiliche Bündnis mit Reichslandbund und Deutscher

Bauernschaft in der Grünen Front als Instrument zur Stabilisierung der politischen Verhältnisse inner- und außerhalb des Reichstages. Horlacher hatte die konfessionellen und partikularistischen Grenzen der BVP in der Endphase der Weimarer Republik bereits weit hinter sich gelassen und sich Zentrum und DNVP angenähert. Aus diesem Blickwinkel heraus ist erst die Konsequenz und Aufrichtigkeit seiner Bemühungen zu verstehen, nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges eine überkonfessionelle christliche Volkspartei zu errichten und die konfessionelle und weltanschauliche Spaltung der christlichen Parteien zu überwinden, welche sich im landwirtschaftlichen Organisationswesen widerspiegelt und die Umsetzung seiner agrarpolitischen Ziele behindert hatte.

Entsprechend der distanzierten Haltung, die Horlacher gegenüber der BVP an den Tag legte, wäre es verfehlt, die Auseinandersetzungen zwischen dem Bayerischen Christlichen Bauernverein und dem Bayerischen Bauernbund nur in parteipolitischer Hinsicht verstehen zu wollen. Letztlich entspann sich zwischen diesen beiden landwirtschaftlichen Interessenvertretungen ein organisationspolitischer Richtungsstreit zwischen einem Honoratioren- und einem Funktionärsverband. Bei dem Wettlauf, der 1919/1920 zwischen Horlachers „Zweckverband der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns“ und Gandorfers Landesbauernrat um den maßgeblichen Einfluss bei der Vorbereitung einer gesetzlichen Selbstverwaltungskörperschaft der bayerischen Landwirtschaft stattfand, ging es um die Entscheidung zwischen dem bürokratischen Organisationsprinzip des BV und einem basisdemokratischen Konzept von Selbstverwaltung, wie es Gandorfers organisationspolitischer Vorstellung ent-, den tatsächlichen Anforderungen einer Selbstverwaltungskörperschaft aber widersprach.

Waren die organisationspolitischen Konflikte zwischen Haupt- und Ehrenamt vor 1933 weitgehend zwischen BV und BBB ausgetragen worden, so fanden sie nach 1945 innerhalb der neuen Einheitsverbände Bayerischer Bauernverband und Bayerischer Raiffeisenverband ihre Fortsetzung. Den „Bauerndoktoren“, die ihre administrative Tätigkeit als Verbandsgeschäftsführer mit dem Anspruch auf die öffentliche Repräsentation der Verbandsinteressen, die parlamentarisch-politische Interessenvertretung und die innerorganisatorische Meinungsführerschaft verbanden und so die Grenzen zwischen Haupt- und Ehrenamt verwischten, setzten die Honoratioren immer größeren Widerstand entgegen. Deshalb wurde von den Honoratioren die Forderung nach existentieller Betroffenheit als Voraussetzung zur Legitimation landwirtschaftlicher Interessenvertretung im BBV immer nachdrücklicher erhoben. Die „Bauerndoktoren“ waren sowohl im Gymnasium als auch während ihrer Universitätsstudien auf der Grundlage umfassender Allgemeinbildung sozialisiert worden, die nach Ansicht der Protagonisten des Neuhumanismus allein zur Übernahme staatlicher und gesellschaftlicher Spitzenpositionen befähigte. Nun wurden sie durch eine landwirtschaftlich-technisch ausgebildete Funktionseelite ersetzt, die einem

utilitaristischen Bildungsideal begrenzten Spezialwissens huldigte und seit dem Dritten Reich in die administrativen Führungspositionen der staatlichen Landwirtschaftsverwaltung und des landwirtschaftlichen Organisationswesens drängte. Diese Funktionselite war in der Lage, die von den Honoratioren geforderte existentielle Betroffenheit mit der Landwirtschaft durch ein landwirtschaftliches Studium zu substituieren. Dieser Elitenwandel hatte keinen Einfluss auf den protektionistischen und interventionistischen Charakter der Agrarpolitik landwirtschaftlicher Organisationen in Bayern, sehr wohl aber auf die ideologischen Begründungszusammenhänge, in die diese Agrarpolitik gestellt wurde. Deshalb markiert die Ablösung der „Bauerndoktoren“ als Verbandselite durch Agrarwissenschaftler einen Wandel der Verbandsideologie der landwirtschaftlichen Interessenvertretung in Bayern weg von dem disparaten Gerüst aus agrarromantisch-bürgerlichen, antisozialistischen und katholisch-sozialethischen Ideologemen hin zu einer ökonomistischen Unternehmerideologie – welche die mentale Integration der Landwirtschaft in eine industrialisierte Volkswirtschaft schon dadurch beförderte, dass sie im Unterschied zu den Ideologemen der „Bauerndoktoren“ auf die Behauptung einer sozioökonomischen Sonderstellung der Landwirtschaft zur Begründung agrarischer Interessen verzichtete.

Der maßgebliche Elitenwandel im landwirtschaftlichen Organisationswesen Bayerns fand nicht wie bisher angenommen infolge der Novemberrevolution von 1918 statt – als die priesterlichen und adeligen Verbandshonoratioren durch aktive Landwirte ersetzt wurden. Denn zu einem grundlegenden Elitenwandel auf hauptamtlicher Seite ist es damals nicht gekommen<sup>11</sup>. Dieser fand erst statt, als es den Honoratioren im BBV auf der Basis der personalpolitischen Entscheidungen, die während des Dritten Reiches vermehrt zugunsten der Agrarwissenschaftler im landwirtschaftlichen Organisationswesen und der Landwirtschaftsverwaltung vorgenommen worden waren, gelang, die Forderung nach existentieller Betroffenheit als Voraussetzung zur Legitimation agrarischer Interessenvertretung auch im hauptamtlichen Apparat durchzusetzen. Politisch unbelasteten „Bauerndoktoren“ wie Horlacher, Schlögl oder Baumgartner gelang nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges deshalb die Rückkehr als politische Elite, nicht jedoch als Funktionselite. Nun zeigte sich, dass Horlachers Verbandskarriere an die Gestalt eines landwirtschaftlichen Organisationswesens gebunden war, wie es sich in seiner weltanschaulichen Zersplitterung und parteipolitischen Gebundenheit zur Zeit des ausgehenden Kulturkampfes entwickelt hatte, den politisch-taktischen Anforderungen der Massendemokratie, wie sie während der Weimarer Republik zur vollen Entfaltung kam, nicht

---

<sup>11</sup> Neben BERGMANN, Bauernbund, 38 und OSMOND, Mobilization, 183–186 betrachten auch FRIED – ZICHE, Sozialentwicklung, 201–203 den Rückzug der adeligen und priesterlichen Agrarhonoratioren während der Novemberrevolution als grundlegenden sozialgeschichtlichen Elitenwandel im landwirtschaftlichen Organisationswesen Bayerns. Dabei übersehen sie die Kontinuität des verbandspolitischen Einflusses, den die hauptamtlichen Funktionäre über die Novemberrevolution hinaus auszuüben in der Lage waren.

entsprach, und nicht mehr wiedererrichtet wurde, nachdem es von den Nationalsozialisten zerstört wurde.

## XII. Anhang

### 1. Abkürzungen

AdR	Akten der Reichskanzlei
BAR	Bayerische Agrarpolitische Rundschau
BBB	Bayerischer Bauernbund (ab 1922 Bayerischer Bauern- und Mittelstandsbund)
BBV	Bayerischer Bauernverband
BK	Bayerischer Kurier
BLW	Bayerisches Landwirtschaftliches Wochenblatt
BV	Bayerischer Christlicher Bauernverein
BVC	Bayerische-Volkspartei Correspondenz
BVP	Bayerische Volkspartei
CNBLP	Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei
CV	Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DGH	Deutsche Getreide-Handelsgesellschaft
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
GBBE	Große Bayerische Biographische Enzyklopädie
GIC	Getreide-Industrie und Commissions AG
GVBl	Gesetz- und Verordnungsblatt des Königreichs bzw. des Freistaates Bayern
LMU	Ludwig-Maximilians Universität München
LZG	Landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft des Bayerischen Bauernvereins für Ein- und Verkauf e.G.m.b.H.
MA	Bayerisches Staatsministerium des Äußern (bzw. Bayerische Staatskanzlei)
MAAZ	München-Augsburger Abendzeitung
MdL	Mitglied des Landtages
MdR	Mitglied des Reichstages
MdS	Mitglied des bayerischen Senats
MF	Bayerisches Staatsministerium der Finanzen
MInn	Bayerisches Staatsministerium des Innern
MKr	Bayerisches Kriegsministerium
ML	Bayerisches Staatsministerium für Landwirtschaft
MM	Münchner Merkur
MNN	Münchner Neueste Nachrichten
MP	Münchner Post
OBB	Oberste Baubehörde
OMGUS	Office of Military Government for Germany, United States
PMB	Polizeilicher Meldebogen
RA	Regensburger Anzeiger
RStH	Reichsstatthalter
SZ	Süddeutsche Zeitung
VZG	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
ZAA	Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie
ZBLG	Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte
ZHVS	Zeitschrift des Historischen Vereins für Schwaben
ZIK	Zweckverband der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns

**2. Portraitphotos von Michael Horlacher**



Michael Horlacher anlässlich seiner Hochzeit im November 1920.  
(PrivatA Wittmann)





Michael Horlacher auf dem Höhepunkt seiner Karriere um das Jahr 1930.  
(PrivatA Wittmann)



Michael Horlacher im zeitlichen Umfeld seiner KZ-Haft in Dachau 1944.  
(BayHStA, NL Horlacher 1.1)

### **3. Lebensbilder über Michael Horlacher**

#### **1920**

Martin LUIBLE, Die parlamentarische Vertretung Bayerns im Landtag und im Reichstag, München 1920, 36.

#### **1921**

Amtliches Handbuch des Bayerischen Landtags, München 1921, 59f.

#### **1922**

Wer ist's. Biographien von rund 20.000 lebenden Zeitgenossen. Angaben über Herkunft, Familie, Lebenslauf, Veröffentlichungen und Werke, Lieblingsbeschäftigungen, Parteiangehörigkeit, Mitgliedschaft bei Gesellschaften, Adresse. Andere Mitteilungen von allgemeinem Interesse, hg. von Hermann A.L. DEGENER, Berlin <sup>8</sup>1922, 690.

#### **1925**

Reichstags-Handbuch III. Wahlperiode 1924, Berlin 1925, 367f.

#### **1928**

Reichstags-Handbuch IV. Wahlperiode 1928, Berlin 1928, 350f.

Wer ist's. Biographien von rund 15.000 lebenden Zeitgenossen. Angaben über Herkunft, Familie, Lebenslauf, Veröffentlichungen und Werke, Lieblingsbeschäftigung, Parteiangehörigkeit, Mitgliedschaft bei Gesellschaften, Anschrift. Andere Mitteilungen von allgemeinem Interesse, hg. von Hermann A.L. DEGENER, Berlin <sup>9</sup>1928, 699.

#### **1929**

Deutscher Wirtschaftsführer. Lebensgänge deutscher Wirtschaftspersönlichkeiten, hg. von Georg WENZEL, Hamburg 1929, 1010.

Handbuch des öffentlichen Lebens. Staat, Politik, Wirtschaft, Verkehr, Kirche, Presse, Bildungswesen, Gemeindewesen, Verbände, Ausland, Statistik [zugleich 5. Auflage des Politischen Almanachs], hg. von Maximilian MÜLLER-JABUSCH, Leipzig 1929, 779.

#### **1930**

Das Deutsche Reich von 1918 bis Heute, hg. von Cuno HORKENBACH, Berlin 1930, 686.

Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft. Das Handbuch der Persönlichkeiten in Wort und Bild Bd.1, Berlin 1930, 800.

Reichstags-Handbuch V. Wahlperiode 1930, Berlin 1930, 374f.

**1932**

Reichstags-Handbuch VI. Wahlperiode 1932, Berlin 1932, 109f.

**1933**

Internationales Biographisches Archiv (Archiv für publizistische Arbeit), o.O. 1933, s.v. Michael Horlacher.

Das Katholische Deutschland. Biographisch-bibliographisches Lexikon, hg. von Wilhelm KOSCH, Augsburg 1933, 1738.

Reichstags-Handbuch VII. Wahlperiode 1932, Berlin 1933, 299f.

Reichstags-Handbuch VIII. Wahlperiode 1933, Berlin 1933, 164f.

**1935**

Wer ist's. Eine Sammlung von rund 18.000 Biographien mit Angaben über Herkunft, Familie, Lebenslauf, Veröffentlichungen und Werke, Lieblingsbeschäftigung, Parteiangehörigkeit, Mitgliedschaft bei Gesellschaften, Anschrift und anderen Mitteilungen von allgemeinem Interesse, Hermann A.L. DEGENER, Berlin <sup>10</sup>1935, 718f.

**1948**

Amtliches Handbuch des Bayerischen Landtags, München 1948, 90.

**1949**

Abendzeitung vom 8. Januar 1949, 3

Political Parties in Western Germany, hg. vom Office of Military Government for Germany (US), Berlin 1949, 47.

Die Volksvertretung. Handbuch des Deutschen Bundestags, hg. von Fritz SÄNGER, Stuttgart 1949, 64.

**1950**

Walter HENKELS, Koan Krampf net hermachen, in: Essener Tageblatt vom 25. Juni 1950, 5.

**1951**

Leitende Männer der Wirtschaft und der dazugehörigen Verwaltung. Ein wirtschaftliches „Who is who?“. Nachschlagewerk über Vorstandsmitglieder, Aufsichtsräte usw., Heppenheim a.d. Bergstraße 1951, 253.

Wer ist wer? Das deutsche Who's who. XI. Ausgabe von Degeners Wer ist's?, hg. von Walter HABEL, Berlin 1951, 265.

**1953**

Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 15. Januar 1953, 13.

Handbuch des Deutschen Bundestages, hg. von Fritz SÄNGER, Stuttgart 1953, 153.

Walter HENKELS, Zeitgenossen. Fünfzig Bonner Köpfe, Hamburg 1953, 109–112.

Köpfe der Politik, Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft, hg. von Karl RITTER VON KLIMESCH, Augsburg 1953, 500.

Leitende Männer der Wirtschaft. Ein wirtschaftliches „Who is who?“. Nachschlagewerk über Vorstandsmitglieder, Aufsichtsräte usw., Berlin <sup>3</sup>1953, 341.

Franz Xaver RAGL, Ein Ehrentag für Präsident Dr. Horlacher, in: BLW vom 17. Januar 1953, 55.

**1954**

Bonner Köpfe XII, in: BLW vom 3. April 1954, 515.

Der Große Brockhaus Bd. 5, Wiesbaden <sup>16</sup>1954, 545.

Walter HENKELS, Zeitgenossen. Fünfzig Bonner Köpfe, Hamburg <sup>2</sup>1954, 113–116.

**1955**

Leitende Männer der Wirtschaft und der dazugehörigen Verwaltung. Ein wirtschaftliches „Who is who?“, Berlin <sup>5</sup>1955, 341.

Wer ist wer? Das deutsche Who's who. XII. Ausgabe von Degeners Wer ist's?, hg. von Walter HABEL, Berlin 1955, 500.

**1956**

Walter HAMMER, Hohes Haus in Henkershand. Rückschau auf die Hitlerzeit, auf Leidensweg und Opfergang Deutscher Parlamentarier, Frankfurt/Main 1956, 53.

Who's who in Germany. A Biographical Dictionary about 10.000 Biographies of prominent people in and of Germany and 2.300 Organizations, hg. von Horst G. KLIEMANN und Stephen S. TAYLOR, München 1956, 545.

**1957**

Bayerische Staatszeitung vom 19. Oktober 1957, 2.

Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 15. Oktober 1957, 426.

Bayern-Kurier vom 19. Oktober 1957, 3.

Anton BURGHARDT, Ein erfülltes Leben, in: BLW vom 19. Oktober 1957, 5.

BLW vom 19. Oktober 1957, 5.

Fränkischer Tag (Ausgabe B: Forchheim-Ebermannstadt) vom 14. Oktober 1957, 1.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. Oktober 1957, 2.

Heinz HAUSHOFER, Im Dienste der bayerischen Landwirtschaft. Zum Tode des Agrarpolitikers Michael Horlacher, in: SZ vom 19./20. Oktober 1957, 4.

Internationales Biographisches Archiv (Munzinger-Archiv), o.O. 1957, s.v. Michael Horlacher.

Leitende Männer der Wirtschaft, Berlin <sup>6</sup>1957, 391.

Wilhelm MASCHNER, Horlacher kommt nicht wieder, in: Die Welt vom 27. Juli 1957, 3.

Münchener Merkur vom 14. Oktober 1957, 6.

SZ vom 14. Oktober 1957, 3.

Georg WEIPPERT, Dr. Michael Horlacher zum Gedenken, in: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen 7 (1957), 326f.

### **1963**

Biographisches Staatshandbuch. Lexikon der Politik, Presse und Publizistik, hg. von Wilhelm KOSCH, Bern 1963, 568.

Das DBG-Lexikon in drei Bänden Bd. 3, Berlin 1963, 173.

### **1965**

Max SCHWARZ, MdR. Biographisches Handbuch der Reichstage, Hannover 1965, 678.

### **1968**

Ernst HOHENEGG, Raiffeisen in Bayern 1893–1968, München 1968, 263f.

### **1969**

Brockhaus Enzyklopädie Bd. 8, Wiesbaden <sup>17</sup>1969, 677.

### **1983**

Bayerisches Raiffeisenblatt vom 28. November 1983, 21.

### **1986**

Antonius JOHN, Bauernköpfe 1946–1986, Bonn 1986, 85–87.

**1988**

Manfred HÖRNER, Michael Horlacher, in: Karl BOSL (Hg.), Bosls Bayerische Biographie. 1.000 Persönlichkeiten aus 15 Jahrhunderten. Ergänzungsband, Regensburg 1988, 74.

**1994**

Martin SCHUMACHER (Hg.), M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Eine biographische Dokumentation. Mit einem Forschungsbericht zur Verfolgung deutscher und ausländischer Parlamentarier im nationalsozialistischen Herrschaftsbereich (Veröffentlichungen der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Bonn), Düsseldorf<sup>3</sup>1994, 580.

**1995**

Martin SCHUMACHER (Hg.), M.d.L. Das Ende der Parlamente 1933 und die Abgeordneten der Landtage und Bürgerschaften der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Ein biographischer Index (Veröffentlichungen der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Bonn), Düsseldorf 1995, 71f.

**1997**

Deutsche Biographische Enzyklopädie Bd. 5, hg. von Walter KILLY und Rudolf VIERHAUS, München 1997, 176.

**1999**

Bernd HAUNFELDER, Reichstagsabgeordnete der Deutschen Zentrumspartei 1871–1933. Biographisches Handbuch und historische Photographien (Photodokumente zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 4), Düsseldorf 1999, 322f.

**2000**

Martin SCHUMACHER (Hg.), M.d.B. Volksvertretung im Wiederaufbau 1946–1961. Bundestagskandidaten und Mitglieder der westzonalen Vorparlamente. Eine biographische Dokumentation (Veröffentlichungen der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Bonn), Düsseldorf 2000, 176.

**2001**

Hilde BALKE, Die Präsidenten des Bayerischen Landtags von 1946 bis 1994, München 2001, 13–87.

**2002**

Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949–2002, hg. von Rudolf VIERHAUS und Ludolf HERBST, München 2002, 362f.

Renate HÖPFINGER, Michael Horlacher, in: Winfried BECKER u.a. (Hg.), Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland, Paderborn 2002, 283f.

**2004**

Biographische Enzyklopädie deutschsprachiger Unternehmer, hg. von Wolfram FISCHER, München 2004, 501.

Friedrich H. HETTLER, Michael Horlacher. Präsident des Bayerischen Landtags, in: Günter BUCHSTAB u.a. (Hg.), Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union, Freiburg/Breisgau 2004, 295–303.

**2005**

Die deutsche Presse. Ein biographisch-bibliographisches Handbuch, bearb. von Bruno JAHN, München 2005, 477.

Große Bayerische Biographische Enzyklopädie, hg. von Hans-Michael KÖRNER, München 2005, 909f.

**2006**

Deutsche Biographische Enzyklopädie Bd. 5, hg. von Rudolf VIERHAUS, München <sup>2</sup>2006, 137.

Johann KIRCHINGER, Politik, Landwirtschaft und Genossenschaftsorganisation im Wert- und Weltverständnis Dr. Michael Horlachers (1888–1957), in: „Gründer und Gründungen“. Beiträge und ausgewählte Dokumente zur Genossenschaftsbewegung (Schriftenreihe zur Genossenschaftsgeschichte 7), München 2006, 162–193.

Thomas SCHULTHEIS, Dr. oec. publ. Michael Horlacher (Lb), in: 100 Jahre Katholische Deutsche Studentenverbindung Langobardia München zu Bayreuth im CV 1903–2003. Eine Chronik, Bayreuth 2006, 445–447.

**2008**

Joachim LILLA (Bearb.), Der Bayerische Landtag 1918/19 bis 1933. Wahlvorschläge – Zusammensetzung – Biographien (Materialien zur Bayerischen Landesgeschichte 21), München 2008, 390f.



#### **4. Veröffentlichungen von Michael Horlacher**

##### **1914**

Die Bewegung der Kaufpreise für Acker-, Wiesen- und Waldland im Gebiet der oberfränkischen Rentämter Forchheim, Höchstadt a. d. Aisch, Herzogenaurach, Ebermannstadt und Burgwindheim während der Jahre 1900 bis 1910. Auszug mit Berichtigung aus der Dissertation des Dr. V. J. Frölich, in: Lujo BRENTANO (Hg.), Preisbewegung landwirtschaftlicher Güter in einigen Teilen Bayerns während der Jahre 1900 bis 1910 (Schriften des Vereins für Socialpolitik 148), München 1914, 687–711.

Der Einfluß des Güterhandels auf den Bodenpreis, in: Wochenblatt des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern vom 3. Juni 1914, 259–261.

Der Einfluß des Güterhandels auf den Bodenpreis. Kurze Erwiderung auf Dr. Schmelzle und Dr. Stechele, in: Wochenblatt des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern vom 29. Juli 1914, 350.

Feststellung und Erklärung der landwirtschaftlichen Bodenpreisbewegung im Gebiet der niederbayerischen Bezirksämter Griesbach, Pfarrkirchen und Eggenfelden 1900 bis 1910, in: Lujo BRENTANO (Hg.), Preisbewegung landwirtschaftlicher Güter in einigen Teilen Bayerns während der Jahre 1900 bis 1910 (Schriften des Vereins für Socialpolitik 148), München 1914, 1–166.

Landwirtschaftliche Bodenpreisstatistik in Deutschland, in: Allgemeines Statistisches Archiv 8 (1914), 210–267.

##### **1915**

Die Alkoholkriminalität in Bayern 1910 bis 1913, in: Zeitschrift des Königlich-Bayerischen Statistischen Landesamts 47 (1915), 16–20.

##### **1916**

Alkoholstatistik und Alkoholkriminalität mit besonderer Berücksichtigung Bayerns. Georg von Mayr zum goldenen Doktorjubiläum in Verehrung gewidmet, in: Allgemeines Statistisches Archiv 10 (1916/1917), 140–207.

Der Arbeitsmarkt in Bayern während der Kriegszeit August 1914 bis Dezember 1915, in: Zeitschrift des Königlich-Bayerischen Statistischen Landesamts 48 (1916), 100–112.

Die bayerische Landwirtschaft im Lichte der Statistik, in: Wochenblatt des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern vom 5. Januar 1916, 1f.

Kriegswirtschaft und Lebensmittelteuerung im Ausland, in: Bayerische Staatszeitung vom 20. Juli 1916, 4f.

Die Lebensmittelteuerung im Ausland, in: Zeitschrift des Königlich-Bayerischen Statistischen Landesamts 48 (1916), 241–264 [Rezension in: Reichs-Arbeitsblatt 14 (1916), 655–659].

**1917**

Bayerns Wirtschaftsprogramm, in: MAAZ vom 10. September 1917 (Mittagsausgabe), 1.

Deutsch-russischer Wirtschaftsfriede, in: MAAZ vom 25. Dezember 1917, 7.

Die deutsche Landwirtschaft im Vergleich zur Landwirtschaft unserer Hauptgegner, in: Haus- und Landwirtschafts-Kalender des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern 72 (1917), 33–37.

Die Getreidepreise in Russland, in: MAAZ vom 3. März 1917 (Vorabendausgabe), 1.

Industrieförderung in Bayern, in: MAAZ vom 3. Juni 1917 (Morgenausgabe), 4; 7. Juni 1917 (Morgenausgabe), 5f.; 17. Juni 1917 (Morgenausgabe), 8; 24. Juni 1917 (Morgenausgabe), 5f.; 13. Juli 1917 (Vorabendausgabe), 3; 14. Juli 1917 (Vorabendausgabe), 4<sup>1</sup>.

Kriegswirtschaft und Lebensmitteleuerung im In- und Ausland (Finanz- und Volkswirtschaftliche Zeitfragen 33), Stuttgart 1917 [Rezension von Johannes Müller in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 115 (1920), 91f.; von Julius Kaliski in: Sozialistische Monatshefte 21 (1917), 1079; von einem anonymen Autor in: MAAZ vom 1. April 1917 (Vorabendblatt), 1].

Die Lebensmitteleuerung im Inland und Ausland, in: Zeitschrift des Königlich-Bayerischen Statistischen Landesamts 49 (1917), 183–212 [Rezension von Johann Stechele in: Kriegswirtschaftliche Beilage vom 8. April 1917].

Die Leistungsfähigkeit Deutschlands und seiner Hauptgegner auf dem Gebiete der Landwirtschaft, in: Weltwirtschaftliches Archiv. Chronik und Archivalien 9 (1917), 158–183.

Rez. Ina Britschgi-Schimmer, Die wirtschaftliche und soziale Lage der italienischen Arbeiter in Deutschland (Ein Beitrag zur ausländischen Arbeiterfrage), Karlsruhe 1916, in: Weltwirtschaftliches Archiv 9 (1917), 400–405.

Die russische Mißwirtschaft, in: MAAZ vom 26. März 1917 (Mittagsausgabe), 1.

Die Ueberseeinteressen Bayerns, in: Bayerische Handelszeitung vom 31. März 1917, 97–99 und Bayerische Handelszeitung vom 14. April 1917, 109–111.

Die Überseeinteressen Bayerns, in: Zeitschrift des Königlich-Bayerischen Statistischen Landesamts 49 (1917), 85–152.

Zur wirtschaftlichen Wirkung des U-Bootkrieges, in: MAAZ vom 8. Juli 1917 (Morgenausgabe), 3<sup>2</sup>.

---

<sup>1</sup> Aus dieser Artikelserie ist lediglich der letzte Artikel mit „Dr. M.H.“ signiert, die restlichen erschienen anonym. Horlacher selbst behauptete später in der MAAZ vom 6. November 1918, dass diese Artikelserie aus seiner Feder stamme. Dadurch ist das Kürzel „Dr. M.H.“ in der MAAZ eindeutig für Horlacher gesichert.

<sup>2</sup> Dieser anonym erschienene Artikel stammt laut Horlachers eigener Aussage in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 24. Juli 1918 (Abendausgabe) aus seiner Feder.

**1918**

Ein bayerisches Wirtschaftsministerium, in: MAAZ vom 6. November 1918 (Morgenausgabe), 2.

Bayern und das Wirtschaftsbündnis, in: Bayerische Staatszeitung vom 22. September 1918, 1f.

Bayerns Brauindustrie und Biersteuer, in: MAAZ vom 19. Mai 1918, 3.

Die Lebensinteressen der Malzindustrie, in: MAAZ vom 29. Juni 1918 (Morgenausgabe), 4.

Die Lebensinteressen der Malzindustrie, in: MAAZ vom 25. Juli 1918 (Morgenausgabe), 4.

Unsere Nahrungsmittelbilanz im Lichte des Auslandes, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 24. Juli 1918 (Abendausgabe), 3 und Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 25. Juli 1918 (Abendausgabe), 3.

Ein vernichtender Schlag gegen Gerstenbau und Brauindustrie, in: MAAZ vom 25. April 1918 (Abendausgabe), 2f.

Volkswirtschaftliche Entwicklungslinien. Die Mobilisierung des Mittelstandes, in: MAAZ vom 26. Januar 1918 (Morgenausgabe), 5<sup>3</sup>.

Wahltechnik. Die Verhältniswahl für den bayerischen Landtag, in: MAAZ vom 14. Dezember 1918 (Morgenausgabe), 3 und MAAZ vom 16. Dezember 1918 (Abendausgabe), 3.

Wirtschaftspolitische Ausblicke, in: Wochenblatt des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern vom 6. November 1918, 203f.

Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft, in: MAAZ vom 1. Dezember 1918 (Morgenausgabe), 5.

Die Wirkungen der sozialen Revolution, in: Kriegswirtschaftliche Beilage vom 15. Dezember 1918, 1f.

Zu den Grundlinien der Übergangswirtschaft, in: MAAZ vom 19. Januar 1918 (Abendausgabe), 4<sup>4</sup>.

Zur Reform der Agrarstatistik, in: MAAZ vom 14. Juli 1918 (Morgenausgabe), 5.

---

<sup>3</sup> Dieser Artikel ist mit „Dr. M.H.“ gezeichnet. Zur Zuweisung dieses Kürzels an Horlacher vgl. Anm. 1.

<sup>4</sup> Dieser Artikel ist mit „Dr. M.H.“ gezeichnet. Zur Zuweisung dieses Kürzels an Horlacher vgl. Anm. 1.

**1919**

Die bayerische Landwirtschaft zu den neuen Reichssteuern, in: Mitteilungen des ZIK vom 31. Juli 1919, 1–4<sup>5</sup>.

Beweggründe und Richtlinien zur Agrarreform, in: Mitteilungen des ZIK vom 7. April 1919, 1f.

Getreidemonopol und Großmühlensyndikat, in: Süd- und Mitteldeutsche Müller-Zeitung vom 20. Februar 1919, 65f.

Landwirtschaft, Volksernährung und Friedensbedingungen, in: Mitteilungen des ZIK vom 6. Juni 1919, 1–10.

Landwirtschaftliche Preispolitik, in: Mitteilungen des ZIK vom 10. Juli 1919, 1f.

Ein unnötiger Wirtschaftsband bayerischer Bauern, in: Volkswirtschaftliche Beilage vom 1. Juni 1919, 4.

Unsere Wirtschaftslage und das Mühlengewerbe (Beilage zu den Mitteilungen des ZIK vom 20. September 1919).

Die Veränderungen in der Weltwirtschaft und die bayerische Volkswirtschaft, in: Bayerische Handelszeitung vom 6. Dezember 1919, 592–594 und Bayerische Handelszeitung vom 13. Dezember 1919, 614–616.

Volksernährung und Friedensbedingungen, in: Süd- und Mitteldeutsche Müller-Zeitung vom 26. Juni 1919, 258f.

Wahnsinn statt Vernunft. Ein offenes Wort an alle Bauern, in: MAAZ vom 22. August 1919 (Abendausgabe), 1.

Der Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft. Eine Denkschrift über Deutschlands finanzielle und wirtschaftliche Not, Dießen 1919 [Rezension in: Volkswirtschaftliche Beilage vom 13. Juli 1919, 1f. und von Georg Jahn in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 113 (1919), 263f.].

Wirtschaftspolitik und Parteipolitik, in: Volkswirtschaftliche Beilage vom 21. September 1919, 2f.

Die Zukunft der deutschen Landwirtschaft und die derzeitige Wirtschaftspolitik. Vortrag auf dem Verbandstag des Verbandes ländlicher Genossenschaften Raiffeisenscher Organisation für das rechtsrheinische Bayern zu Nürnberg am 29. Oktober 1919, Neuwied 1919.

---

<sup>5</sup> Diese im Auftrag des Zweckverbandes der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns erschienene anonyme Denkschrift stammt laut Horlachers eigener Aussage in der Volkswirtschaftlichen Beilage vom 21. September 1919 aus seiner Feder.

**1920**

Die bayerischen Bauernkammern, in: Mitteilungen des ZIK vom 30. August 1920, 1–3.

Landwirtschaft und Teuerung, in: Regensburger Anzeiger vom 9. Juli 1920, 1 und vom 10. Juli 1920, 1.

Der Wert der Pfalz für Bayern und das Reich. Zugleich Erinnerungsschrift zur Hundertjahrfeier der Wiedervereinigung der Pfalz mit Bayern 1816–1916, Dießen 1920 [Rezension in: Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin 55 (1920), 242 und in: Zeitschrift für Politik 14 (1924/25), 14].

**1921**

Die bayerische Brau- und Malz-Industrie, in: Mitteilungen der Bay. Landesbauernkammer vom 13. August 1921, 157f.

Die bayerischen Ertragssteuern, in: Mitteilungen der Bay. Landesbauernkammer vom 6. August 1921, 153–155.

Die bayerischen Ertragssteuern, in: Bayerisches Bauernblatt vom 9. August 1921, 1f. und Bayerisches Bauernblatt vom 16. August 1921, 1f.

Die bayerischen Ertragssteuern, in: Wochenblatt des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern vom 31. August 1921, 234f.

Ernährungswirtschaftliche Fragen im Bayerischen Landtag, in: Mitteilungen der Bay. Landesbauernkammer vom 24. September 1921, 214f.

Die neue Getreidewirtschaft in Bayern, in: Mitteilungen der Bay. Landesbauernkammer vom 9. Juli 1921, 125–127.

Die neue Getreidewirtschaft in Bayern, in: Bayerisches Bauernblatt vom 12. Juli 1921, 1f. und Bayerisches Bauernblatt vom 19. Juli 1921, 1f.

Eine schlimme Botschaft. Der Gesetzentwurf zur Getreidebewirtschaftung 1921/22, in: Mitteilungen der Bay. Landesbauernkammer vom 20. Mai 1921, 89–95.

Eine schlimme Botschaft für die gesamte süddeutsche Landwirtschaft, in: Das Bayerische Vaterland vom 21. Mai 1921, 1 und Das Bayerische Vaterland vom 23. Mai 1921, 1.

Die Zukunft der deutschen Landwirtschaft, in: Mitteilungen der Bay. Landesbauernkammer vom 20. April 1921, 63–66.

Zur Kartoffel-Versorgung, in: Mitteilungen der Bay. Landesbauernkammer vom 22. Oktober 1921, 256f.

**1922**

Aufgaben der landwirtschaftlichen Berufsvertretung in Bayern, in: Hans DÖRFLER (Hg.), Bayern, das Bauernland. Festschrift zur 29. Ausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Nürnberg 1922, Pfaffenhofen/Ilm 1922, 56f.

Die Getreideumlage in Bayern, in: BVC vom 17. November 1922, 3f. und BVC vom 18. November 1922, 1f.

Die Getreideversorgung des deutschen Volkes, in: Mitteilungen der Bay. Landesbauernkammer vom 22. Juni 1922, 141–143.

Gewissenlose Bauernverhetzung, in: BVC vom 9. August 1922, 3–5.

Haß und Verleumdung, in: BVC vom 8. Juni 1922, 5f.

Das neue Getreidegesetz, in: Mitteilungen der Bay. Landesbauernkammer vom 19. Juli 1922, 189f.

Zur Getreidebewirtschaftung. Ein nochmaliger Versuch einer ungerechten und unhaltbaren Sonderbesteuerung der deutschen getreidebauenden Landwirtschaft, in: Mitteilungen der Bay. Landesbauernkammer vom 27. Mai 1922, 119–122.

**1923**

Das Agrarprogramm der deutschen Sozialdemokratie, München 1923 [Rezension von Emanuel Hugo Vogel in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 51 (1924), 853f.].

Bedeutung und Aufgaben der Bayerischen Bauernkammern in unserer jetzigen Lage, in: Oskar KÖHLER, Landwirtschaftliches Güter-Adreßbuch der Güter und größeren Höfe in Bayern, Leipzig 1923, XXV–XXVIII.

Die Preisbilanz der deutschen Rohstoffe und Nahrungsmittel, in: Bayerisches Bauernblatt vom 2. Oktober 1923, 1.

Preisbilanz der deutschen Rohstoffe und Nahrungsmittel, in: Der Bündler vom 14. Oktober 1923, 3.

**1924**

Die deutsche Landwirtschaft und die künftige Handels- und Zollpolitik, in: Mitteilungen der Bay. Landesbauernkammer vom 27. Mai 1924, 125–130.

Die Erhaltung der Landwirtschaft. Eine Lebensfrage für das deutsche Volk (Schriftenreihe der Bayerischen Landesbauernkammer 2), München 1924.

Zu den Fragen der Milchwirtschaft, in: Bayerisches Bauernblatt vom 18. März 1924, 3.

**1925**

Die Berücksichtigung des Familienstandes bei der Einkommensteuerveranlagung in der Landwirtschaft, in: Bayerisches Bauernblatt vom 3. November 1925, 1f.

Das einkommensteuerfreie Existenz-Minimum, in: Wochenblatt des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern vom 4. November 1925, 377.

Die handelspolitische Lage Deutschlands und die deutsche Landwirtschaft, in: Süddeutsche Monatshefte 12/1925, 19–27.

Nochmals zur Berücksichtigung des Familienstandes bei der Einkommensteuerveranlagung, in: Bayerisches Bauernblatt vom 10. November 1925, 4.

Was muß der Bauer von der Einkommensteuerveranlagung jetzt wissen?, in: Wochenblatt des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern vom 28. Oktober 1925, 362f.

Was muß der Bauer von der Einkommensteuerveranlagung wissen?, in: Bayerisches Bauernblatt vom 27. Oktober 1925, 1f.

Was muß der Bauer von der Einkommensteuerveranlagung wissen?, in: Mitteilungen der Bay. Landesbauernkammer vom 28. Oktober 1925, 292f.

Was muß der Bauer von der Einkommensteuerveranlagung wissen?, in: Bayerisches Bauernblatt vom 1. Dezember 1925, 2.

Wie sieht der Steuerdruck in Wirklichkeit aus?, in: Bayerisches Bauernblatt vom 5. Mai 1925, 1f.

**1926**

Agrarsozialismus, in: Hermann SACHER (Hg.), Staatslexikon Bd. 1, Freiburg/Breisgau <sup>5</sup>1926, 59–62.

Einkommensteuer und mitarbeitende Familienangehörige in der bäuerlichen Landwirtschaft, in: Bayerisches Bauernblatt vom 11. Mai 1926, 1f.

Die landwirtschaftlichen Zollsätze ab 1. August 1926, in: Korrespondenzblatt des Wirtschaftsbeirates der Bayerischen Volkspartei vom 10. Juli 1926, 1f.

Der Reichshaushalt und die gesamte Steuerbelastung, in: Bayerisches Bauernblatt vom 25. Mai 1926, 2.

Die Umsatzsteuerfreiheit des Eigenverbrauchs bei den kleineren und mittleren Bauernbetrieben, in: Der Genossenschaftler. Verbandszeitschrift für landw. Genossenschaftswesen, Buchführungs- u. Steuerfragen, sowie ländl. Wohlfahrtspflege vom 1. Juli 1926, 63f.

Was muß der Bauer von der Einkommensteuer-Veranlagung für das Wirtschaftsjahr 1925/26 wissen?, in: Mitteilungen der Bay. Landesbauernkammer vom 4. September 1926, 289f.

Was muß der Bauer von der Einkommensteuerveranlagung für das Wirtschaftsjahr 1925/26 wissen?, in Wochenblatt des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern vom 8. September 1926, 416–418.

Zollpolitik – Verschuldung der Landwirte, in: Bayerisches Bauernblatt vom 1. August 1926, 1.

Zur Frage der Getreideeinfuhrscheine, in: Bayerisches Bauernblatt vom 28. September 1926, 1f.

## **1927**

Das Agrar-Programm der deutschen Sozialdemokratie, in: BAR vom 5. Februar 1927, 39–41.

Die Bedeutung der Landwirtschaft für das deutsche Volk, in: BAR vom 5. März 1927, 67–69.

Bedeutung und Aufgaben der bayerischen Bauernkammern, in: Das Land Bayern. Seine kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung für das Reich, München 1927, 171f.

Der Buch- und Betriebsprüfungsdienst der Reichsfinanzverwaltung, in: BAR vom 13. Juni 1927, 181.

Die deutsche Wirtschaft im Rahmen der Weltwirtschaft, in: Bayerisches Bauernblatt vom 20. September 1927, 12f.

Getreide, in: Hermann SACHER (Hg.), Staatslexikon Bd. 2, Freiburg/Breisgau <sup>5</sup>1927, 676–684.

In eigener Sache!, in: BAR vom 1. Januar 1927, 1f.

Die Krisis in der Milchwirtschaft, in: BVC vom 14. Juni 1927, 2f.

Landwirtschaft in Altbayern, in: Erich KÖHRER (Hg.), Alt-Bayern. Seine Entwicklung und seine Zukunft. Ein Sammelwerk unter Mitwirkung führender Persönlichkeiten Bayerns und mit besonderer Förderung des Staatsministeriums (Deutsche Stadt – Deutsches Land. Eine Bücherreihe 14), Berlin 1927, 77–82.

Der Reichshaushalt seit der Stabilisierung, in: Der Deutsche Süden vom 10. März 1927, 65–69.

Reichssteuern und Landessteuern, in: Der Oberpfälzer. Ein Jahrbuch der Bayerischen Volkspartei 1 (1927), 35–50.

Steuerliche Fragen des Bauernstandes, in: BAR vom 17. Oktober 1927, 313–315.

Die Tilgung der Rentenbankgrundschuld, in: Bayerisches Bauernblatt vom 22. Februar 1927, 1.

Warum muß der Bauer Politik treiben?, in: Bayerisches Bauernblatt vom 20. September 1927, 15.



Zweck und Notwendigkeit der neuen Agrarzölle, in: Der Deutsche Süden vom 10. August 1927, 173–177.

## 1928

Aus der Bauernbundsagitation, in: BK vom 26. März 1928, 1f.

Die Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms, insbesondere die Rationalisierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, in: Der Deutsche Süden vom 10. August 1928, 177f.

Das landwirtschaftliche Notprogramm, in: BAR vom 7. Mai 1928, 111–113.

Die Notwendigkeit einer sofortigen Stützungsaktion auf dem Getreidemarkt, in: Bayerischer Landbund vom 2. September 1928, 2f.

Reichssteuern und Landessteuern, in: Der Oberpfälzer. Ein Jahrbuch der Bayerischen Volkspartei 2 (1928), 44–60.

Senkung der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer, in: Bayerisches Bauernblatt vom 10. Januar 1928, 1f.

Die Veränderungen in der Weltwirtschaft in ihrer Wirkung auf die deutsche Landwirtschaft, in: Bayerisches Bauernblatt vom 19. Juni 1928, 6f. und Bayerisches Bauernblatt vom 28. August 1928, 2f.

Verkehrsverbesserungen für die Beförderung von Weichkäse aus dem Allgäu, in: Bayerisches Bauernblatt vom 5. Juni 1928, 2.

Die Verwaltungskosten der Sozialversicherung, in: BK vom 15. April 1928, 2.

Wer ist schuld an der Biersteuererhöhung. Richtigstellungen und Feststellungen, in: Regensburger Anzeiger vom 16. Mai 1928, 1.

Wer ist schuld an der Gefrierfleischeinfuhr, in: Bayerisches Bauernblatt vom 13. März 1928, 2f.

Zur Agrarpolitik der Bayerischen Volkspartei, in: Bayerisches Bauernblatt vom 14. August 1928, 3.

Zur Gefrierfleischfrage, in: BK vom 15. April 1928, 1.

Zur Verabschiedung des Reichslandwirtschaftsetats, in: Wochenblatt des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern vom 20. März 1928, 1f.

**1929**

Agrarpolitik im Reichstag, in: Der Deutsche Süden vom 10. Juli 1929, 173–176.

Die agrarpolitische Kampfplage im Reichstag, in: Bayerisches Bauernblatt vom 16. Juli 1929, 3f.

Die Bauernkammern, in: Hans DÖRFLER (Hg.), Die Landwirtschaft in Bayern. Eine Sammlung von Darstellungen über Entwicklung und Stand der bayerischen Landwirtschaft, Freising 1929, 107–109.

Die Bedeutung der Ausstellung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, in: BAR vom 3. Juni 1929, 144.

Brauerei und Landwirtschaft, in: Wochenblatt des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern vom 29. Mai 1929, 431f.

Einleitung, in: Die Steuern und Abgaben des Landwirts, Waldbesitzers, Winzers und Gärtners (Reichssteuern, Landes- und Gemeindesteuern, Kirchensteuern, Landwirtschaftskammerbeiträge und Sozialversicherungsbeiträge) mit praktischen Beispielen über die Gesamtbelastung landwirtschaftlicher Betriebe verschiedener Größen (Deutsches Bauerntum 4), Berlin 1929, 3–5.

Ernährungsbilanz des deutschen Volkes vor und nach dem Kriege, in: BAR vom 18. November 1929, 303–305.

Gegen eine Erhöhung der Biersteuer, in: Der Deutsche Süden vom 10. November 1929, 279f.

Die Gleichtarifizierung von Getreide und Mehl, in: Wochenblatt des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern vom 13. März 1929, 235f.

Der Kampf um die Existenz des Bauernstandes. Zur Schutzzollfrage in Deutschland, in: Der Deutsche Süden vom 10. Januar 1929, 6–8.

Mehr als eine Taktlosigkeit, in: Der Genossenschaftler. Verbandszeitschrift für landw. Genossenschaftswesen, Buchführungs- u. Steuerfragen, sowie ländl. Wohlfahrtspflege vom 1. Februar 1929, 16.

Mindestpreise für Weizen und Roggen, in: Bayerisches Bauernblatt vom 22. Oktober 1929, 1f.

Die neue Branntweinnovelle und die landwirtschaftlichen Kleinbrenner, in: Wochenblatt des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern vom 22. Mai 1929, 395–397.

Reichssteuern und Landessteuern, in: Der Oberpfälzer. Ein Jahrbuch der Bayerischen Volkspartei 3 (1929), 73–93.

Der Weizenmarkt. Folgerungen für den Landwirt, in: BAR vom 5. August 1929, 205f.

Welche Stellung nimmt die deutsche Landwirtschaft in der deutschen Wirtschaft ein?, in: BAR vom 6. Mai 1929, 119–121.

**1930**

Der Ausfuhrschein für Braugerste, in: Bayerisches Bauernblatt vom 25. Februar 1930, 1f.

Das bayerische Bauerntum, in: Georg Jacob WOLF (Hg.), Dem Bayerischen Volke. Der Weg der Bayern durch die Jahrhunderte. Ein Bekenntnis zu Bayern und zum Reich, München 1930, 235–242.

Die Bedeutung der Brauindustrie für die Landwirtschaft, in: Die deutsche Brauindustrie der Gegenwart, hg. unter Förderung des Reichsernährungsministeriums sowie des Präsidiums des Deutschen Brauer-Bundes, Berlin [1930], 129–139.

Die Hilfe für die deutsche Landwirtschaft, in: Bayerisches Bauernblatt vom 1. April 1930, 2f.

Die Hilfe für die Landwirtschaft, in: Der Deutsche Süden Nr. 4/1930, 89–92.

Die künftige Besteuerung der Landwirtschaft, in: Steuer und Buchführung. Beilage zur BAR vom 23. Dezember 1930, 31–33.

Das landwirtschaftliche Hausbrauwesen, in: Bayerisches Bauernblatt vom 10. Juni 1930, 1f.

Marktberichterstattung, in: Agrar-Korrespondenz der Bayerischen Landesbauernkammer vom 4. November 1930, 1f.

Das neue Agrarprogramm, in: Der Deutsche Süden Nr. 5/1930, 117–119.

Die neue Zollvorlage, in: Bayerisches Bauernblatt vom 1. Januar 1930, 2f.

Organisation der Zuckerindustrie und der zuckerrübenbauenden Landwirtschaft, in: BAR vom 25. November 1930, 275f.

Planmäßige Agrarpolitik, in: Wochenblatt des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern vom 6. Februar 1930, 101–103.

Der Schutz der landwirtschaftlichen Hausbrauer, in: Wochenblatt des landwirtschaftlichen Vereins in Bayern vom 24. April 1930, 307f.

Der Schutz der landwirtschaftlichen Hausbrauer, in: Wochenblatt des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern vom 29. Mai 1930, 399f.

Vorwort, in: Ferdinand JACOBS, Materialien zur Reform der landwirtschaftlichen Besteuerung (Deutsches Bauerntum 6), Berlin 1930, 3.

Was bringt die neue Zollvorlage?, in: BAR vom 14. Januar 1930, 7–9.

Welche Folgerungen hat der praktische Landwirt aus einer planmäßigen Gestaltung der Agrarpolitik zu ziehen?, in: BAR vom 16. September 1930, 211–213.

Wichtig für Hausbrauer, in: Bayerisches Bauernblatt vom 8. Juli 1930, 3.

Die Ziele der neuen deutschen Agrarpolitik, in: BAR vom 7. Oktober 1930, 227–229.

Zur Verwertung der neuen Ernte, in: BAR vom 26. August 1930, 195f.

## 1931

Bierpreis und Bierbesteuerung, in: Der Deutsche Süden Nr. 4/1931, 80–82.

Der Gerstenmarkt in Bayern, in: BAR vom 22. Dezember 1931, 301f.

In großen Sorgen, in: BAR vom 14. August 1931, 185f.

König Ludwig III. als Landwirt, in: Das Bayerland 42 (1931), 598–600.

Die künftige Besteuerung der deutschen Landwirtschaft, in: Steuer und Buchführung. Beilage zur BAR vom 14. April 1931, 7f.

Die landwirtschaftlichen Zwergbrauer (Hausbrauer) in den neuen Durchführungsbestimmungen zum Biersteuergesetz, in: Bayerischer Landbund vom 12. April 1931, 3f.

Die neue Agrarvorlage, in: BAR vom 7. April 1931, 79f.

Neujahrswunsch, in: Agrar-Korrespondenz der Bayerischen Landesbauernkammer vom 31. Dezember 1931, 1f.

Schlachtsteuer, in: Wochenblatt des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern vom 24. Dezember 1931, 820–822 und Wochenblatt des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern vom 31. Dezember 1931, 830f.

Senkung der Schlachthofgebühren, In: Agrar-Korrespondenz der Bayerischen Landesbauernkammer vom 31. Dezember 1931, 3.

Ein unerhörter Vorstoß gegen den Zuckerrübenbau in Süddeutschland, in: Agrar-Korrespondenz der Bayerischen Landesbauernkammer vom 31. Januar 1931, 1–4.

Der Veredelungsverkehr in Erzeugnissen aus Gerste und Hafer als Schaden für die Inlandsproduktion, in: BAR vom 2. Juni 1931, 125–127.

[Vorwort, in: Heinz HAUSHOFER, Bezugsquellen-Nachweis der bayerischen Landwirtschaft, München 1931<sup>6</sup>.]

Das Wesen der Einfuhrscheine, in: Wochenblatt des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern vom 29. Januar 1931, 90–92.

Das Wesen der Einfuhrscheine. Ein wichtiger Bestandteil der deutschen Agrarpolitik, in: Wochenblatt des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern vom 19. März 1931, 234f.

Wichtige Neuregelungen für die landwirtschaftlichen Zwergbrauer (Hausbrauer), in: Bayerischer Landbund vom 15. März 1931, 2f.

---

<sup>6</sup> Die Existenz dieses Werkes konnte nur im handschriftlichen Bibliothekskatalog Heinz Haushofers nachgewiesen werden (Bibliothek der Familie Haushofer, Georgica bavarica Bd. 1, Nr. 143). Nach Angaben Haushofers wurde das Vorwort gemeinsam von Horlacher und Karl Prieger verfasst.

**1932**

Agrarwirtschaftliche Zeitfragen, in: BAR vom 22. November 1932, 257–259.

Bauern, wer schützt Euere Interessen?, in: Bayerisches Bauernblatt vom 1. März 1932, 2.

Die Bierpreisfrage, in: Bayerisches Bauernblatt vom 26. Januar 1932, 4.

Große Enttäuschung, in: Wochenblatt des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern vom 24. November 1932, 551–553.

Die Hilfe für die Land- und Forstwirtschaft, in: Bayerisches Bauernblatt vom 6. September 1932, 1f.

In entscheidendem Kampf um die deutsche Bauernpolitik, in: Bayerisches Bauernblatt vom 15. November 1932, 2f.

Der Kampf um die Kontingente, in: Wochenblatt des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern vom 3. November 1932, 512–514.

Die Lage des Getreidemarktes, in: Wochenblatt des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern vom 22. September 1932, 425f.

Der Münchener Viehmarkt, das Katastrophen-Signal des bayerischen Grünlandes, in: Allgäuer Bauernblatt vom 10. Dezember 1932, 692–694.

Schlachtsteuer, in: BAR vom 5. Januar 1932, 2f.

„Treu bayerisch – nicht nordisch!“, in: Regensburger Anzeiger vom 22. April 1932, 5f.

Verbot des Bierverkaufs durch Hausbrauer, in: Bayerisches Bauernblatt vom 17. Mai 1932, 3f.

Vorwort, in: Landwirtschaftliche Buchführungsergebnisse von Bayern für das Wirtschaftsjahr 1930/31 (Schriftenreihe der landwirtschaftlichen Buchstellen Bayerns 5), München 1932<sup>7</sup>.

Vorwort, in: Landwirtschaftliche Buchführungsergebnisse von Bayern für das Wirtschaftsjahr 1930/31 (Besprechung) (Schriftenreihe der landwirtschaftlichen Buchstellen Bayerns 6), München 1932<sup>8</sup>.

Wichtig für Hausbrauer, in: Wochenblatt des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern vom 9. Juni 1932, 297.

---

<sup>7</sup> Gemeinsam mit Karl Prieger und Wilhelm von Günther.

<sup>8</sup> Gemeinsam mit Karl Prieger und Wilhelm von Günther.

**1933**

Feststellungen, in: BK vom 5. März 1933, 1f.

Die Grundlagen der agrarpolitischen Tätigkeit, in: Bayerisches Bauernblatt vom 9. Mai 1933, 2f.

Grundsätzliches zur Agrarpolitik, in: Der Deutsche Süden Nr. 4/1933, 46–49.

Landwirtschaftliche Entschuldung und Zinsfuß, in: Bayerisches Bauernblatt vom 13. Juni 1933, 2f.

Die Milchverwertung, in: Bayerisches Bauernblatt vom 6. Juni 1933, 2–6.

Die neuen Zollerhöhungen, in: Bayerisches Genossenschaftsblatt vom 17. Februar 1933, 73f.

Die neuen Zollerhöhungen, in: BAR vom 21. Februar 1933, 39f.

Preislage und Landwirtschaft, in: Bayerisches Bauernblatt vom 23. Mai 1933, 2.

Wann kommt die entscheidende Holzzollregelung, in: Bayerisches Bauernblatt vom 14. Februar 1933, 2.

Zur Holzfrage, in: Bayerisches Bauernblatt vom 28. Februar 1933, 9f.

**1934**

Rez. Hans Dörfler, gen. Six, Die bäuerliche Berufsbildung, ihre Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in Bayern, München 1932, in: Weltwirtschaftliches Archiv. Literatur 40 (1934), 41f.

Der Nutzen der Statistik für den Bauern, in: Allgemeines Statistisches Archiv 23 (1933/1934), 516–522.

Die Strukturwandlungen der deutschen Handelsbilanz, in: Allgemeines Statistisches Archiv 24 (1934/1935), 329–346.

**1945**

Arbeiter für das Land!, in: Schwäbische Landeszeitung vom 4. Dezember 1945, 3.

Auch ein Ernährungsproblem. Arbeiter und Handwerker für das Land, in: Mittelbayerische Zeitung vom 4. Dezember 1945, 3.

Die Landwirtschaft vor neuen Aufgaben, in: SZ vom 16. Oktober 1945, 1f.

**1946**

Am Wendepunkt, in: BLW vom 2. März 1946, 77f.

An unsere Genossenschafter, in: BLW vom 19. Januar 1946, 25.

Der bayerische Bauer und die Bayerische Verfassung, in: Bauernstand und Bauernverband. Ein Rückblick und ein Ausblick, hg. vom Bayerischen Bauernverband, München 1946, 11–16.

Die bayerische Verfassung, in: BLW vom 29. Juni 1946, 233f.

Die Eiche als Sinnbild landwirtschaftlicher Kraft, in: BLW vom 12. Januar 1946, 14f.

Die erste Genossenschaftsgründung durch Raiffeisen. Auch vor 100 Jahren ging der Hunger um, in: BLW vom 13. Juli 1946, 262.

Flachsanzbau 1946, in: BLW vom 13. April 1946, 136.

Führer, Führung, Verfassung, in: Schwäbische Landeszeitung vom 28. Juni 1946, 1.

Grundsätze und Aufgaben der Raiffeisengenossenschaften, in: BLW vom 30. März 1946, 113f.

Mit den Augen des Bauernführers gesehen, in: BLW vom 10. August 1946, 306.

Die Selbstverwaltung der Bauern, in: BLW vom 16. März 1946, 97f.

Um Geheimrat Dr. Heim, in: BLW vom 20. April 1946, 143.

Union und Demokratie, in: Südost-Kurier vom 19. Juni 1946, 4.

Die Währungsfrage, in: BLW vom 19. Januar 1946, 22.

Der Weg der Union, in: Der Allgäuer vom 14. Juni 1946, 5.

Der Weg des Nationalsozialismus zur Macht, in: SZ vom 9. August 1946, 4.

**1947**

Aufgabe und Verantwortung der Presse, in: Südost-Kurier vom 17. Mai 1947, 1f.

Demokratie und bäuerliche Schulung, in: BLW vom 24. Mai 1947, 161.

Durch die schwerste Zeit unseres Volkes zu neuem Leben, in: Festschrift zum 2. Jahrestag der Gründung des Bayerischen Bauernverbandes, hg. vom Bayerischen Bauernverband, München 1947, 20–23.

Das Genossenschaftsideal, in: BLW vom 9. Januar 1947, 13f.

Korruption in der Wirtschaft, in: BLW vom 1. Februar 1947, 33f.

Liebe Raiffeisenfreunde!, in: BLW vom 9. Januar 1947, 14f.

Dem Schiebertum aus den Zähnen. Es geht um unsere Schuhversorgung, in: BLW vom 11. Oktober 1947, 310.

Selbstbestimmung und Selbstverantwortung, in: BLW vom 31. Mai 1947, 170.

Überzentralismus in Frankfurt. Beispiel: Kartoffelversorgung, in: BLW vom 4. Oktober 1947, 305f.

## 1948

40 Jahre im Dienste Raiffeisens, in: Mitteilungen des Bayerischen Raiffeisenverbandes vom 15. Oktober 1948, 97.

Am Ende oder am Anfang, in: BLW vom 3. Januar 1948, 1f.

Bayerische Bauern!, in: BLW vom 17. April 1948, 94<sup>9</sup>.

Bayerische Raiffeisen-Bauhilfe. Liebe Raiffeisenfreunde, helft! – Helft Euren Berufskollegen!, in: BLW vom 4. September 1948, 233<sup>10</sup>.

Der Deutsche Raiffeisenverband, in: BLW vom 18. Dezember 1948, 442.

Deutscher Raiffeisenverband, in: Mitteilungen des Bayerischen Raiffeisenverbandes vom 15. Dezember 1948, 123–125.

Form und Aufgabe der berufsständischen Vertretung der deutschen Landwirtschaft, in: Festschrift Andreas Hermes 1948, Neuwied o.J., 17–24.

Die genossenschaftliche Selbsthilfe in Bayern, in: BLW vom 28. August 1948, 221.

Genossenschaftliche Selbsthilfe, in: Der Gerade Weg vom 10. Dezember 1948, 8.

Liebe Raiffeisengemeinde in Bayern!, in: Mitteilungen des Bayerischen Raiffeisenverbandes vom 12. Juli 1948, 49f.

Warenhortung, in: BLW vom 24. April 1948, 97.

Widmung, in: Festschrift für Andreas Hermes 1948, Neuwied o.J., 5–7<sup>11</sup>.

---

<sup>9</sup> Gemeinsam mit Fridolin Rothermel.

<sup>10</sup> Gemeinsam mit Ludwig Neumayr und Georg Haberstock.

<sup>11</sup> Gemeinsam mit Gottfried Meulenbergh und Johannes Hummel.



**1949**

Auslassungen über die CSU, in: MM vom 13. April 1949, 4.

Deutscher Raiffeisentag, in: Mitteilungen des Bayerischen Raiffeisenverbandes vom 15. Juli 1949, 81–83.

Einig und treu zu Raiffeisen!, in: Mitteilungen des Bayerischen Raiffeisenverbandes vom 15. Juni 1949, 65–68.

Freiere Wirtschaft für den Bauern!, in: BLW vom 19. März 1949, 189.

Gedankengänge für die Raiffeisenfreunde. Nach der Umstellung des Außenhandelswertes der D-Mark, in: BLW vom 22. Oktober 1949, 807.

Generalversammlungen des Verbandes der europäischen Landwirtschaft, in: Mitteilungen des Bayerischen Raiffeisenverbandes vom 15. Oktober 1949, 147–149.

Internationale Agrarpolitik, in: BLW vom 22. Januar 1949, 45f.

Jubiläen, in: Mitteilungen des Bayerischen Raiffeisenverbandes vom 15. Mai 1949, 61.

Die Katze um den heißen Brei, in: BLW vom 30. April 1949, 313.

Ein klares Aktionsprogramm für die Landwirtschaft, in: BLW vom 26. Februar 1949, 129–131.

Kritik an der Union, in: Der Gerade Weg vom 4. Februar 1949, 3.

Kursänderung in Frankfurt, in: Der Gerade Weg vom 12. Januar 1949, 3.

Landwirtschaft und Genossenschaft, in: Mitteilungen des Bayerischen Raiffeisenverbandes vom 15. September 1949, 113.

Mehr genossenschaftliche Aktivität, in: Mitteilungen des Bayerischen Raiffeisenverbandes vom 15. Mai 1949, 53.

Ein neuer Abschnitt des Genossenschaftswesens. Der deutsche Raiffeisentag in Koblenz, in: BLW vom 16. Juli 1949, 519 und BLW vom 23. Juli 1949, 537.

Neuordnung in der Milchwirtschaft, in: Mitteilungen des Bayerischen Raiffeisenverbandes vom 15. März 1949, 30f.

Neuordnung in der Milchwirtschaft, in: BLW vom 19. März 1949, 191.

Sofortmaßnahmen zur Kartoffelmarkt-Bereinigung!, in: BLW vom 16. April 1949, 274.

Umstellung des Außenhandelswertes der Deutschen Mark, in: Mitteilungen des Bayerischen Raiffeisenverbandes vom 15. Oktober 1949, 138f.

Vom Verband der europäischen Landwirtschaft. Seine Generalversammlung in Innsbruck, in: BLW vom 22. Oktober 1949, 808.

Ein unerhörter Zustand, in: BLW vom 26. Februar 1949, 131f.

Werbung für Raiffeisen-Bausteine, in: Mitteilungen des Bayerischen Raiffeisenverbandes vom 15. Mai 1949, 63.

Wo bleibt der Wirtschaftsplan 1949/50? Es ist höchste Zeit!, in: BLW vom 4. Juni 1949, 411.

Zum neuen Jahr 1949, in: BLW vom 8. Januar 1949, 13f.

## **1950**

Aufgaben des Bauerntums im neuen Jahr, in: BLW vom 7. Januar 1950, 1f.

Eine eindrucksvolle genossenschaftliche Feier in Oesterreich, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 15. Juni 1950, 133f.

Europäische Landwirtschaft und Genossenschaftswesen, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 15. Oktober 1950, 224f.

Die europäische Landwirtschaft zur Liberalisierung. Der Landwirtschaft mehr Einfluß in allen europäischen Staaten!, in: BLW vom 14. Oktober 1950, 797f.

Die Existenzsorgen unserer Landwirtschaft. Eine Reform der Steuerbelastung!, in: BLW vom 25. Februar 1950, 123f.

Das fünfte Rad am Wagen, in: BLW vom 24. Juni 1950, 481.

Für eine gerechte Lösung des Lastenausgleichs, in: BLW vom 25. November 1950, 926–928.

Genossenschaftsarbeit für unsere Bäuerin, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 1. November 1950, 237.

Mensch und Wirtschaft vom Standpunkt der Genossenschaftsidee, in: Landwirtschaftliche Genossenschaften und Wirtschaftsordnung (Schriftenreihe des Forschungsinstituts für Genossenschaftswesen an der Universität Erlangen 1), Erlangen 1950, 3–5.

Nur bei uns ist es anders! Wo bleibt die Hilfe für die Landwirtschaft?, in: BLW vom 15. Juli 1950, 543.

Die Organisation der dänischen und schwedischen Landwirtschaft, in: Wissen und Organisation als Wegbereiter des Erfolges. Erfahrungen und Erlebnisse einer Dänemark- und Schwedenreise, München 1950, 39–51.

Einen „Schuman-Plan“ für die Landwirtschaft!, in: BLW vom 17. Juni 1950, 469f.

Spartag 1950, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 15. Oktober 1950, 221.

Und Friede auf Erden!, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 15. Dezember 1950, 273.

Vordringliche landwirtschaftliche Aufgaben, in: BLW vom 1. Juli 1950, 503f.

Vorwort, in: Wissen und Organisation als Wegbereiter des Erfolges. Erfahrungen und Erlebnisse einer Dänemark- und Schwedenreise, München 1950, 5f.

Was ist jetzt zu tun?, in: BLW vom 18. März 1950, 187f.

Wiederaufbau kriegszerstörter landwirtschaftlicher Anwesen! Helft auch unseren Grenzbauern!, in: BLW vom 4. März 1950, 145.

Zum Geleit!, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 1. Januar 1950, 1f.

Zwei entscheidende Termine für unsere Bauern. 20. November und 1. Januar, in: BLW vom 18. November 1950, 905f.

## 1951

Agrarkonferenz von Venedig, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 15. Oktober 1951, 256–258.

Agrarprogramm, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 1. März 1951, 58.

Agrarprogramm und Getreidepreiserhöhung, in: BLW vom 7. April 1951, 291f.

Aufgaben und Grenzen der Raiffeisen-Genossenschaft, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 15. Februar 1951, 41f.

Bauernverband und Raiffeisenverband im Bayerischen Landwirtschaftsverlag, in: BLW vom 12. Mai 1951, 409<sup>12</sup>.

Der Bundesrat für Neuregelung der Milchfrage, in: BLW vom 2. Juni 1951, 486.

Der Deutsche Raiffeisentag in Stuttgart. Eine europäische Tagung, in: BLW vom 21. Juli 1951, 615f.

Einführung in die Agrarpolitik, München 1951 [Rezension von Hermann Kallbrunner in: Das Schrifttum der Bodenkultur 4 (1952), 53 und von Stefan Birnbeck in: Landwirtschaftliches Jahrbuch für Bayern 29 (1952), 217].

Die Getreidepreise für das Wirtschaftsjahr 1951/52. Initiativgesetz bis 21. Juli – Frühdruschprämie – „Andienungspflicht“ und Schlußscheine?, in: BLW vom 30. Juni 1951, 563f.

Die Getreidewirtschaft 1951/52. Die Einfuhrschleuße – Die Frühdruschprämie – Schlußschein und Andienungspflicht, in: BLW vom 28. Juli 1951, 633f. und 636.

Die Grüne Union, in: BLW vom 5. Mai 1951, 383.

---

<sup>12</sup> Gemeinsam mit Fridolin Rothermel.

Der Haushalt des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten, in: BLW vom 12. Mai 1951, 407f.

Keine Überspitzung der Liberalisierung! Eine Interpellation im Bundestag und ihre Beantwortung durch Bundesminister Dr. Niklas, in: BLW vom 3. Februar 1951, 83f. und 87.

Die Landwirtschaft kein Hilfsmittel für die Großindustrie! Das Preisgesetz, in: BLW vom 13. Januar 1951, 19f.

Landwirtschaftliche und Handelsgenossenschaften, in: Tagungen des genossenschaftlichen Großhandels am 8.10.1951 in Köln, hg. vom Zentralverband des genossenschaftlichen Groß- und Außenhandels für Nahrungs- und Genussmittel e.V., o.O. o.J., 45f.

Das Landwirtschaftsfest als Werbung für den Fortschritt, in: BLW vom 22. September 1951, 796.

Der Lastenausgleich. Die Soforthilfeabgabe kann nicht weitergeführt werden, in: BLW vom 7. April 1951, 292.

Liberalisierung der Landwirtschaft, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 1. Februar 1951, 25f.

Die Milchfrage, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 1. Juni 1951, 144.

Der Milchpreis, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 15. Mai 1951, 125f.

Mit der rohen Soforthilfeabgabe kann unmöglich weitergewirtschaftet werden, in: BLW vom 10. März 1951, 199f.

Nach den Zusagen nun die Umsetzung in die Tat! Das neue Agrarprogramm, in: BLW vom 3. März 1951, 175f. und 185f.

Eine Nachschau zum Oktoberfest, in: BLW vom 13. Oktober 1951, 895f.

Der neue Milch- und Butterpreis, in: BLW vom 23. Juni 1951, 547.

Raiffeisen ruft Euch!, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 15. Oktober 1951, 253f.

Schwarze Agrarpolitiker. Der Bundesrat gegen die Landwirtschaft – Die Soforthilfestundung, in: BLW vom 17. November 1951, 1001.

Die Schwarze und die Grüne Union, in: BLW vom 16. Juni 1951, 523f.

So springt man mit der Landwirtschaft um! Die Geschichte über die Subventionen von Dieseltreibstoff und Phosphatdüngern, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 15. September 1951, 231f.

So springt man mit der Landwirtschaft um. Die Geschichte über die Subvention von Dieseltreibstoff und Phosphatdünger, in: BLW vom 22. September 1951, 802.

Um die Zusammenarbeit der europäischen Landwirtschaft. Agrarkonferenz von Venedig, in: BLW vom 13. Oktober 1951, 894f.

Vertiefung und Belebung der Raiffeisenidee. Die neue „Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen“, in: BLW vom 14. April 1951, 322.

Von der Soforthilfe zum endgültigen Lastenausgleich, in: BLW vom 10. November 1951, 981f.

Wir schauen zurück, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 15. März 1951, 73.

Wo bleibt die Reform des Milchpreises? Wenn man über die Interessen der Landwirtschaft hinweggeht ..., in: BLW vom 26. Mai 1951, 451f.

Zum Weihnachtsfest und zum Jahreswechsel, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 15. Dezember 1951, 297.

## **1952**

Allerlei Wichtiges für unsere Bauern, in: BLW vom 16. August 1952, 911f.

An der Schwelle des neuen Jahres, in: BLW vom 27. Dezember 1952, 1494 und 1496.

Bauern! Stärkt Eure Organisationen, in: BLW vom 23. August 1952, 938.

Bayerischer Raiffeisentag 1952, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 1. Dezember 1952, 325.

Bundesmittel für Phosphorsäure-Dünger!, in: BLW vom 11. Oktober 1952, 1151f.

Deutscher Raiffeisentag 1952, in: BLW vom 5. Juli 1952, 745f.

Erntefinanzierung und Absatzregelung, in: BLW vom 12. Juli 1952, 777.

Es geht nicht ohne Planung in der Agrarpolitik!, in: BLW vom 9. August 1952, 877f.

Es ist höchste Zeit! Im Kampf gegen die Maul- und Klauenseuche, in: BLW vom 12. Januar 1952, 29.

Europäischer Landwirtschaftskongreß, in: BLW vom 20. September 1952, 1055 und 1068.

Für eine gesunde Wirtschaft und ein lebensfähiges Bauerntum. Um das Gleichgewicht im Zollsystem, in: BLW vom 22. März 1952, 309f.

Getreidebewegung im Wirtschaftsjahr 1952/53, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 15. Juli 1952, 193–195.

Gewinnsparen bei Raiffeisen, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 15. April 1952, 105f.

Helft der Raiffeisen-Sparwoche zu vollem Erfolg, in: BLW vom 25. Oktober 1952, 1209f.

In Abwehr von Überforderungen gegenüber der Landwirtschaft, in: BLW vom 17. Mai 1952, 549f.

Kommissionsarbeit des Verbandes der europäischen Landwirtschaft, in: BLW vom 11. Oktober 1952, 1156 und BLW vom 18. Oktober 1952, 1183f.

Macht alle mit! Es nützt Euch! Gewinnsparen bei Raiffeisen, in: BLW vom 9. Februar 1952, 133f.

Möglichkeiten agrarwirtschaftlicher Zusammenarbeit in Europa, in: BLW vom 4. Oktober 1952, 1117f.

Der neue Milchhof München. Der größte milchwirtschaftliche Betrieb Münchens, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 15. April 1952, 109f.

Nochmals der Rapspreis, in: BLW vom 23. August 1952, 940.

Organisation und Förderung der Landjugendarbeit, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 1. Oktober 1952, 265f.

Raiffeisengewinnsparer!, in: BLW vom 18. Oktober 1952, 1177.

Sicherung des Milchpreises, in: BLW vom 19. April 1952, 431.

Unerledigtes in der Agrarpolitik. Regelung des Zuckerrübenpreises – Um den Rapspreis – Subventionierung von Flachs und Hanf, in: BLW vom 20. Dezember 1952, 1463f.

Verstärkter Kampf gegen die Maul- und Klauenseuche! Mehr Beschleunigung und mehr Zusammenarbeit, in: BLW vom 23. Februar 1952, 193f.

„Der Wahrheit die Ehre!“, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 1. März 1952, 57f.

Weitere Stundungen der Soforthilfeabgabe, in: BLW vom 9. Februar 1952, 136.

Wieder muß sich die Landwirtschaft ihrer Haut wehren. Die Zollfrage, in: BLW vom 10. Mai 1952, 521f.

Wir brauchen eine Gesamtübersicht über den Ernteertrag!, in: BLW vom 23. August 1952, 939.

Zinszuschüsse aus ERP-Mitteln und Kredite für Maschinengemeinschaften, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 1. Mai 1952, 126.

Zur zweiten Auslosung 1952 der Sparvereine Raiffeisen e.V. München und Nürnberg, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 15. Juni 1952, 161f.

**1953**

Das amerikanische Beispiel, in: BLW vom 16. Mai 1953, 609.

An der Schwelle des neuen Jahres, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 1. Januar 1953, 2f.

Bauern, seid wachsam!, in: BLW vom 14. November 1953, 1421f.

Die Dinge drängen! Frische agrarpolitische Rührigkeit im Bundestag, in: BLW vom 21. November 1953, 1465f.

Fördert das Gewinnsparen weiter!, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 15. April 1953, 109.

Die Getreide-Ernte. Die besondere Lage auf dem Braugerstenmarkt, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 1. September 1953, 237–239.

Das Getreidepreisgesetz 1953/1954, in: BLW vom 11. Juli 1953, 857.

Eine Hiobsbotschaft für die deutsche und bayerische Landwirtschaft, in: BLW vom 11. April 1953, 465f.

Die Hiobsbotschaft zur Liberalisierung des Käses, in: BLW vom 18. April 1953, 495f.

Keinen Preisdruck auf Braugerste!, in: BLW vom 5. September 1953, 1086.

Mustergültige Werbung, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 15. Mai 1953, 137–139.

Nach der Getreideernte ihre preisgerechte Verwertung! Die Einfuhr- und Vorratsstelle hat einzugreifen!, in: BLW vom 29. August 1953, 1059f.

Die parteipolitische Vertretung der Bauern, in: BLW vom 28. Februar 1953, 253 und 255f.

Raiffeisen-Gewinnsparer, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 15. Januar 1953, 16.

Der schwierige Hafermarkt, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 15. April 1953, 112.

Unsere Raiffeisensache muß in der Sparwoche eine volle Ernte bringen!, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 15. Oktober 1953, 283.

**1954**

Agrarpolitik gestern, heute und morgen, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 1. März 1954, 65–67.

Agrarpolitik gestern, heute und morgen, in: Landwirtschaftliche Woche. Vorträge gehalten im Rahmen der „Landwirtschaftlichen Woche“, München vom 18.2. bis 20.2.1954, München 1954, 5–17.

Ein echter Notstand, in: BLW vom 11. September 1954, 1427f.

Genossenschaftsfragen auf der Generalversammlung des Verbandes der europäischen Landwirtschaft (CEA) vom 3. bis 9. Oktober 1954 in Weggis (bei Luzern) Schweiz, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 1. November 1954, 401–403.

Das Getreidepreisgesetz 1954/55, in: BLW vom 5. Juni 1954, 876.

Die Lage, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 15. September 1954, 357–359.

Naturgesetze, in: BLW vom 15. Mai 1954, 763.

Raiffeisen als Förderer des ländlichen Mittelstandes, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 1. Juli 1954, 228.

Raiffeisen, der große Kraftquell des Volkes, in: BLW vom 26. Juni 1954, 985–987.

Raiffeisen ruft zur Sparwoche vom 24. bis 30. Oktober 1954, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 15. Oktober 1954, 385f.

Raiffeisen-Futtermittelhilfe, in: BLW vom 21. August 1954, 1301f.

Rückschau und Ausblick, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 15. Januar 1954, 17f.

Zum neuen Jahr, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 1. Januar 1954, 2.

Zusammenarbeit der europäischen Landwirtschaft. Neuer Präsident der CEA: Dr. Dr. Hermes – Präsident Dr. Rothermel im „Leitenden Ausschuß“, in: BLW vom 23. Oktober 1954, 1701–1703.

**1955**

Der Bauer als Aschenbrödel der Wirtschaft, in: BLW vom 19. November 1955, 1979.

Braugerste erst jetzt auf den Markt!, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 15. Dezember 1955, 430.

Bundesamt für Ernährung und Landwirtschaft?, in: BLW vom 12. November 1955, 1923.

Chaos in der Agrarpolitik? Allgemeine Zollsenkung wäre für Landwirtschaft schädlich, in: BLW vom 3. Dezember 1955, 2071 und 2074.



CSU und Landwirtschaftspolitik, in: Bayern-Kurier vom 22. Oktober 1955, 11.

Das Getreidepreisgesetz 1955/56, in: BLW vom 18. Juni 1955, 1113.

Jetzt eine wichtige Aufgabe für das Landvolk. Die Raiffeisen-Sparwoche 1955 muß ein voller Erfolg werden!, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 15. Oktober 1955, 342 und 344f.

Jetzt eine wichtige Aufgabe für das Landvolk! Die Raiffeisensparwoche 1955 muß ein voller Erfolg werden, in: BLW vom 22. Oktober 1955, 1783f.

Konjunkturpolitische Zollsenkung, in: BLW vom 24. Dezember 1955, 2216.

Manöverschäden, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 1. Mai 1955, 146.

Das Milchproblem, in: BLW vom 24. September 1955, 1607f. und 1610.

Der Roggenpreis, in: BLW vom 30. April 1955, 785f.

Der Roggenpreis, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 1. Mai 1955, 145f.

Vertrauen ins siebte Jahr der Währungsreform, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 15. Januar 1955, 19f.

Vom alten zum neuen Jahr, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 1. Januar 1955, 2f.

Wegbereiter des Fortschritts. Geleitwort zur Ausstellung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft in München, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 15. Mai 1955, 101.

Der Wert unseres Geldes, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 15. April 1955, 129f.

Zwei wichtige Ratschläge für die Getreidewirtschaft, in: BLW vom 27. August 1955, 1441f.

**1956**

Die Angleichung des Milchpreises, in: BLW vom 11. Februar 1956, 3f.

Europäische Zusammenarbeit der Landwirtschaft, in: BLW vom 6. Oktober 1956, 6, BLW vom 13. Oktober 1956, 5f., BLW vom 20. Oktober 1956, 5, BLW vom 27. Oktober 1956, 5f. und BLW vom 10. November 1956, 11.

Die Feuchtigkeitsabzüge bei Brotgetreide, in: BLW vom 14. Juli 1956, 3 und 26.

Finanzhilfe zur Milderung von Unwetterschäden im Sommer 1956, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 15. August 1956, 297–299.

Das Getreidepreisgesetz 1956/57, in: BLW vom 16. Juni 1956, 3f.

Die grüne Hilfe. Eine Zusammenfassung, in: BLW vom 21. April 1956, 3–5.

Gruß an Genossenschafter, in: BLW von Weihnachten/Silvester 1956, 3.

Keine Bundesmittel für Unwetterschäden, in: BLW vom 1. September 1956, 3.

Keine Bundesmittel für Unwetterschäden in Bayern?, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 1. September 1956, 317f.

Liebe Raiffeisenfreunde!, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 15. Oktober 1956, 379.

Unwetterschäden, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 1. August 1956, 273.

Unwetterschäden erfordern Sofortmaßnahmen, in: BLW vom 11. August 1956, 4f.

Vereinheitlichung des Rechts der Industrie- und Handelskammern, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 15. Dezember 1956, 479.

Vom alten Jahr 1955 zum neuen Jahr 1956, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 1. Januar 1956, 2f.

Vom alten Jahr 1955 zum neuen Jahr 1956, in: BLW vom 1. Januar 1956, 3 und 8.

Der Wert des Geldes, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 1. Juli 1956, 233–235.

Zum Jahreswechsel, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 1. Januar 1956, 2.

Zum Weltspartag 30. Oktober 1956 und zur Raiffeisen-Sparwoche 24.–30. Oktober 1956. Sparen dient der Sicherung des Einzelnen und der Wirtschaft des ganzen Volkes, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 15. Oktober 1956, 377–379.

Zum Weltspartag 1956, in: BLW vom 20. Oktober 1956, 3 und 10.

**1957**

1947 bis 1957, in: BLW vom 22. Juni 1957, 4.

Arbeitsvermittlung – Arbeitslosenversicherung, in: BLW vom 19. Januar 1957, 4. Januar 1957, 4.

Auch gegen Jahresende 1956 weitere Erfolge der Raiffeisenarbeit, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 15. Januar 1957, 33f.

Bundestag schützt deutschen Gemüseanbau, in: BLW vom 12. Januar 1957, 6.

Das Emissionsrecht der Deutschen Genossenschaftskasse, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 1. März 1957, 85f.

Die Ernte, in: BLW vom 10. August 1957, 3.

Die innere Erstarbung unserer Raiffeisenkassen, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 15. Januar 1957, 21–23.

Krasse Unkenntnis der wahren Sachlage. Oberstaatsanwalt Dr. Keppner dringt mit seiner Anklage gegenüber der Hohenzollerschen Milchzentrale in Sigmaringen nicht durch, in: BLW vom 23. Februar 1957, 8.

Krasse Unkenntnis der wahren Sachlage. Oberstaatsanwalt Dr. Keppner dringt mit seiner Anklage gegenüber der Hohenzollernschen Milchzentrale in Sigmaringen nicht durch, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 1. März 1957, 92f.

Malzzoll und Gersteneinfuhr, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 1. August 1957, 311.

Der Milchpreis-Zuschlag ab 1. April, in: BLW vom 13. April 1957, 3.

Die neuen Getreidepreise vom 1.7.1957 bis 30.6.1958, in: BLW vom 13. Juli 1957, 4.

So kann Agrarpolitik nicht gemacht werden, in: BLW vom 15. Juni 1957, 3f.

So sieht es wo anders aus, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 1. März 1957, 86.

Sparen dient der Selbstsicherheit und der Allgemeinheit, in: BLW vom 26. Oktober 1957, 12<sup>13</sup>.

Unser Dr. Alois Schlögl ist nicht mehr, in: BLW vom 12. Oktober 1957, 3.

Zum alten und zum neuen Jahr, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 1. Januar 1957, 2–4.

Zum Jahreswechsel, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 1. Januar 1957, 2.

Zweite Internationale genossenschaftswissenschaftliche Tagung in Erlangen und München, in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt vom 15. August 1957, 333.

---

<sup>13</sup> Posthum veröffentlicht.

## XIII. Quellen- und Literaturverzeichnis

### 1. Archivalische Quellen

Archiv der KDSStV Langobardia München zu Bayreuth, Bayreuth

Academia (Mitteilungsblatt der Studentenverbindung).

Korrespondenzblatt bzw. Nachrichtenblatt des Philistervereins Langobardia.

Archiv der KZ-Gedenkstätte, Dachau

Häftlingsregister.

Archiv der Ludwig-Maximilians-Universität, München (UAM)

M-II-36p (Promotionsakt Michael Horlachers).

Satzungen für die Studierenden an den Königlich Bayerischen Universitäten in der Fassung vom 24. April 1906.

Stud-BB-277; Stud-BB-289; Stud-BB-317; Stud-BB-333; Stud-BB-349; Stud-BB-365;

Stud-BB-382; Stud-BB-399; Stud-BB-416 (Inskriptionslisten).

Archiv des Erzbistums München und Freising, München (AEM)

Matrikeln der Römisch-katholischen Pfarrei Sankt Anna in München: Trauungsbuch 1916–1923.

Archiv des Erzbistums Bamberg, Bamberg (AEB)

Kath. Pfarrei Nürnberg/Unsere Liebe Frau: Bd. 36.

Archiv des Evangelisch-lutherischen Pfarramtes St. Johannis, Nürnberg

Sterbebuch 1889–1898.

Archiv des Genossenschaftsverbandes Bayern, München (GVB-Archiv)

Sitzungsprotokolle der Verbandstage des BRV.

Sitzungsprotokolle des Verwaltungsrates des BRV.

Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, München (IfZ-Archiv)

NL Joseph Baumgartner: ED 132/5, ED 132/28, ED 132/39, ED 132/52, ED 132/98,  
ED 132/99, ED 132/100, ED 132/105.

NL Walter Hammer: ED 106/32.

OMGUS: 5/365-3/18, 7/36-3/1–4.

Sammlung Bayernpartei: ED 719/149, ED 719/156, ED 719/160.

Archiv des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes, Münster (Archiv des WLW)

Bestand B (NL Freiherr Clemens von Schorlemer-Lieser): 15.

Bestand D (Registratur der Vereinigung der deutschen Bauernvereine): 25, 26, 30, 32–34,  
38–40, 41, 45, 52, 54, 57, 58.

Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin (ACDP)

NL Andreas Hermes: I-090-002, I-090-025/1, I-090-026/1.

NL Michael Horlacher: I-129-001, I-129-002.

Archiv für Christlich-Soziale Politik, München (ACSP)

Fraktionssitzungen der BVP: Bd. 1, Bd. 2.

LGF-LA (Landesausschusssitzungen der CSU).

LGF-LV(gf) (Sitzungen des geschäftsführenden Vorstandes der CSU).

NL Anton Maier: 41.

Bayerischer Bauernverband – Generalsekretariat, München (BBV-Generalsekretariat)

Akt Erweiterter Vorstand 1948–1952.

Akt Generalsekretär Dr. Werner Schneider 1.

Akt Gründung.

Akt Landesausschuss 1945–1947.

Akt Landesausschuss 1948–1951.

Akt Landesversammlungen 1952–1955.

Akt Landesversammlungen 1956–1957.

Akt Präsidium 1945–1947.

Akt Präsidium 1948–1954.

Akt Termine betr. Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus.

Akt Verstorbene Bezirkspräsidenten.

Akt Wahl eines Generalsekretärs 1951/53.

Personalakt Heinz Haushofer.

Bayerischer Bauernverband – Hauptgeschäftsstelle Niederbayern, Landshut (BBV-Landshut)

Personalakt Max Schnellhammer.

Bayerischer Bauernverband – Hauptgeschäftsstelle Oberpfalz, Regensburg (BBV-Oberpfalz)

Akt Dir. Klier pers.

Akt Vertraulich 1947–1952.

Protokollbuch 1914–1948.

Protokollbuch 1949–1955.

Bayerischer Bauernverband – Haus der Bay. Landwirtschaft, Herrsching (BBV-Herrsching)

Landwirtschaftlicher Verein: GC/652, KC/Unterfranken 1.664, KC/Unterfranken 1.667.

Bauernkammern: LBK/1, LBK/5, LBK/7, LBK/75.

Bayerischer Rundfunk – Schallarchiv, München (BR-Schallarchiv)

O-Ton der Landtagsrede Horlachers anlässlich seines Rücktrittes als Landtagspräsident am 7. Februar 1950.

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, München (BayHStA)

Bayerische Lebensmittelstelle: 2.

Bayerischer Landtag: Protokolle des Ausschusses für Aufgaben wirtschaftlicher Art.

Einwohnerwehren: 18.

MA: 99517, 100622, 100624, 100625, 102141, 102147, 103796.

MA Ordensakten: 1077.

MF: 68181.

MInn: 47352, 47470, 54196, 66327, 72623, 73690.

MKr: 13888, 13889, 13890.

ML: 116, 118–123, 1779, 1888, 1951, 1952, 2433–2435, 2972, 3145, 3200, 3201, 3491–3498, 3638, 3995.

NL Hans Ehard: 1344.

NL Heinrich Held: 493, 513, 517, 885, 891, 898, 900.

NL Michael Horlacher: 1.1, 1.2, 1.4, 1.9.

NL Gustav von Kahr: 51.

NL Anton Pfeiffer: 372.

OBB: 9651.

OMGB: 9/63-3/19, 10/86-1/2, 13/42-1/2.

RStH: 9363.

Slg Personen: 4839.

Statistisches Landesamt: 111 (Personalakt Michael Horlachers).

Bayerisches Hauptstaatsarchiv – Kriegsarchiv, München (BayHStA-Kriegsarchiv)

Einwohnerwehren: Bd. 2/10, Bd. 3/1a, Bd. 3/1c, Bd. 7/I/1–6, Bd. 7/II/1.

HS 920–924 (Kurt Schober, Geschichte des Landesverbandes der Einwohnerwehren Bayerns und seiner Landesleitung 1918/22, masch. Manuskript).

Kriegsstammrollen: 12979–12997, 12999–13001.

OP 19483 (Offizierspersonalakt Edmund Fürholzer).

OP 63840 (Offizierspersonalakt Wolfgang Brügel).

OP 74379 (Offizierspersonalakt Franz Xaver Zahnbrecher).

Bibliothek der Familie Haushofer, Hartschimmelhof

Georgica bavarica: Bd. 1, Bd. 3, Bd. 4 (Handschriftlicher Bibliothekskatalog Heinz Haushofers).

Bundesarchiv, Berlin (BA Berlin)

R58/236 (Reichsführer SS, Chef des Sicherheitshauptamtes: Erfassung führender Männer der Systemzeit: Konfessionelle Parteien; Rechtsopposition und Reaktion [...], Juni 1939).

R101/1514–1518 (Steuerausschuss des Reichstages).

R101/1532–1540 (Volkswirtschaftlicher und Handelspolitischer Ausschuss des Reichstages).

R101/1632/1–2 (Ausschuss zur Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms).

R101/1650, R101/1651 (Untersuchungsausschuss zur Roggenstützung).

R707/31, R707/35, R707/67 (Vertretung der Reichsregierung in München).

R8073/47 (Deutscher Landwirtschaftsrat).

Bundesarchiv, Koblenz (BA Koblenz)

NL Lujo Brentano: N1001/25.

NL Fritz Schäffer: N1168/17, N1168/22.

NL Luitpold Weilnböck: N1327/5b, N1327/5c, N1327/14a, N1327/14b, N1327/16b, N1327/33a.

Melanchthon-Gymnasium, Nürnberg

Absolutoriumsaufgaben für das Jahr 1907.

Absolutoriumszeugnis für Michael Horlacher.

Pfarrarchiv St. Laurentius, Pottenstein (PfarrA Pottenstein)

Geburtsregister 1876–1910.

Sterberegister 1884–1929.

Trauungsmatrikel 1876–1914.

Privatarchiv Paul Hoser, München (PrivatA Hoser)

Sitzungsprotokolle der Verbandsorgane des Bayerischen Landbundes in Kopie.

Privatarchiv Michael Wittmann, Cham (PrivatA Wittmann)

NL Annemarie Wittmann, geb. Horlacher: Beglaubigte Abschriften aus dem Standesamt Pottenstein, Geburts- und Taufzeugnis für Karl Adalbert Horlacher, Stammbaum der Familie Horlacher, „Familienaufzeichnungen“ (aus der Zeit des Dritten Reiches stammendes Heft mit Vordrucken, in dem Horlacher seine Versicherungs- und Bankdaten, seine finanziellen Verhältnisse sowie familiäre Aufzeichnungen eingetragen hat).

Schlossarchiv Guttenberg (SchlossA Guttenberg)

NL Georg Enoch von und zu Guttenberg: HKB Bd. 19.

Staatsarchiv Bamberg (StA Bamberg)

Grundsteuerkataster des Finanzamtes Pottenstein.

Grundsteuerkataster des Finanzamtes Waischenfeld.

Staatsarchiv Bremen (StA Bremen)

P70 (Lageberichte Nr. 92 und Nr. 97 der Nachrichtenstelle der Polizeidirektion München).

Staatsarchiv München (StA München)

AG München Registergericht: 19165, 19173, 19184, 19713.

Polizeidirektion München: 15563 (Dossier über Michael Horlacher 1917 bis 1957).

Staatsarchiv Nürnberg (StA Nürnberg)

Akten betreffend die Verlassenschaft des Albert Karl [!] Horlacher.

Melanchthon-Gymnasium Nürnberg: 57, 164, 281.

Stadtarchiv München (StadtA München)

Ernährungsamt: 138.

PMB Ludwig Rose.

PMB Michael Horlacher.

ZA Personen Rudolf Meyer-Absberg.

Stadtarchiv Nürnberg (StadtA Nürnberg)

Adreßbuch von Nürnberg 1887, Nürnberg o.J.

Adreßbuch von Nürnberg 1890, Nürnberg o.J.

Adreßbuch von Nürnberg 1891, Nürnberg o.J.

C 18/II Nr. 5427 (Personalakt Wilhelm Ramminger).

C 21/III Nr. 785 (Einwohnermeldekarte Wilhelm Ramminger).

C 21/III Nr. 595 (Einwohnermeldekarte Wolfgang Brügel).

Stadtarchiv Regensburg (StadtA Regensburg)

NL Heim: 210, 226, 607, 903, 907, 908, 916, 917, 1013, 1220, 1225, 1227, 1415, 2420,  
2510, 2608.

Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg

Familienarchiv Brentano: Kasten 22.



## **2. Mündliche Auskünfte**

Hellmut Horlacher am 17. Januar 2005

(Sohn von Michael Horlacher, geb. am 17. Mai 1927)

Gebhard Quinger am 5. November 2004

(Generalsekretär des BBV zwischen 1973 und 1982, geb. am 26. August 1919)

### 3. Stenographische Berichte

#### Bayerische Landesbauernkammer (1920 bis 1933)

Stenographische Berichte über die Verhandlungen der Bayerischen Landesbauernkammer  
Bd. 1 bis 4, o.O. o.J.

#### Bayerische Verfassunggebende Landesversammlung (1946)

Verhandlungen der Bayerischen Verfassunggebenden Landesversammlung 1946. Stenographische Berichte, München o.J.

#### Bayerischer Beratender Landesausschuss (1946)

Niederschrift der Tagungen des Bayerischen Beratenden Landesausschusses, München o.J.

#### Bayerischer Landtag (1920 bis 1925; 1946 bis 1950)

Verhandlungen des Bayerischen Landtags 1920–1924. Beilagen Bd. 3 bis 8,  
München o.J.

Verhandlungen des Bayerischen Landtags 1946–1950. Beilagen Bd. 1 bis 4,  
München 1948 bis 1951.

Verhandlungen des Bayerischen Landtags 1919–1920. Stenographische Berichte Bd. 2,  
München o.J.

Verhandlungen des Bayerischen Landtags 1920–1924. Stenographische Berichte Bd. 1 bis 9,  
München o.J.

Verhandlungen des Bayerischen Landtags 1924–1928. Stenographische Berichte Bd. 1,  
München o.J.

Verhandlungen des Bayerischen Landtags 1946–1950. Stenographische Berichte Bd. 1 bis 5,  
München 1948 bis 1950.

#### Deutscher Bundestag (1949 bis 1957)

Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte Bd. 7, Bonn 1951.

Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte Bd. 24, Bonn 1955.

Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte Bd. 38, Bonn 1957.

#### Deutscher Landwirtschaftsrat (1920 bis 1933)

Archiv des Deutschen Landwirtschaftsrats 40 (1920) bis 51 (1933).

Deutscher Reichstag (1924 bis 1933)

Verhandlungen des Reichstags III. Wahlperiode. Anlagen Bd. 397 bis 422,  
Berlin 1925 bis 1928.

Verhandlungen des Reichstags IV. Wahlperiode. Anlagen Bd. 430 bis 443,  
Berlin 1928 bis 1930.

Verhandlungen des Reichstags V. Wahlperiode. Anlagen Bd. 448 bis 450,  
Berlin 1932.

Verhandlungen des Reichstags VII. Wahlperiode. Anlagen Bd. 456,  
Berlin 1933.

Verhandlungen des Reichstags III. Wahlperiode. Stenographische Berichte Bd. 384 bis 395,  
Berlin 1925 bis 1928.

Verhandlungen des Reichstags IV. Wahlperiode. Stenographische Berichte Bd. 423 bis 428,  
Berlin 1929 bis 1930.

Verhandlungen des Reichstags V. Wahlperiode. Stenographische Berichte Bd. 444 bis 446,  
Berlin 1931 bis 1932.

Verhandlungen des Reichstags VI. Wahlperiode. Stenographische Berichte Bd. 454,  
Berlin 1932.

Verhandlungen des Reichstags VII. Wahlperiode. Stenographische Berichte Bd. 455,  
Berlin 1933.

Verhandlungen des Reichstags VIII. Wahlperiode. Stenographische Berichte Bd. 457,  
Berlin 1934.

#### 4. Periodika

Abwehr-Blätter. Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus (Berlin)  
 Agrar-Korrespondenz der Bayerischen Landesbauernkammer (München)  
 Aichacher Kurier (Aichach)  
 Der Allgäuer (Immenstadt)  
 Der Allgäuer (ab 1945: Kempten)  
 Allgäuer Bauernblatt (Kempten)  
 Augsburger Postzeitung (Augsburg)  
 Bayerische Agrarpolitische Rundschau (München)  
 Bayerische Handelszeitung (München)  
 Bayerische Landeszeitung. Mitteilungsblatt der Bayern-Partei (München)  
 Bayerische Staatszeitung (München)  
 Das Bayerische Vaterland (München)  
 Bayerische-Volkspartei Correspondenz (München)  
 Bayerischer Bauernkalender (München)  
 Bayerischer Bauernvereins-Kalender (München)  
 Bayerischer Heimat- und Königsbote (München)  
 Bayerischer Kurier (München)  
 Bayerischer Landbund (Bayreuth)  
 Bayerisches Bauernblatt (München)  
 Bayerisches Genossenschaftsblatt. Verbands-Kundgabe des Bayerischen Landesverbandes  
 Landwirtschaftlicher Genossenschaften (München)  
 Bayerisches Raiffeisenblatt (bis 1949: Mitteilungen des Bayerischen  
 Raiffeisenverbandes) (München)  
 Bayerisches Landwirtschaftliches Wochenblatt (München)  
 Bayern-Kurier (München)  
 Berliner Tageblatt (Berlin)  
 Der Bündler (München)  
 Der Deutsche Süden. Organ des Wirtschaftsbeirates der BVP (bis 1925: Korrespondenzblatt  
 des Wirtschaftsbeirates der Bayerischen Volkspartei) (München)  
 Deutsche Tageszeitung (Berlin)  
 Der Donaubote (Deggendorf)  
 Essener Tagblatt (Essen)  
 Fränkische Tagespost (Nürnberg)  
 Fränkischer Kurier (Nürnberg)  
 Frankfurter Zeitung (Frankfurt)  
 General-Anzeiger der Stadt Wuppertal (Wuppertal)  
 Der Genossenschaftler. Monatsschrift für ländliche Genossenschaften (Regensburg)  
 Der Gerade Weg. Organ der Christlich-Sozialen Union (München)  
 Das Gewissen (Berlin)  
 Haus- und Landwirtschafts-Kalender des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern (München)  
 In Treue fest! (München)  
 Kampf um Heimat und Scholle. Organ der neuen Bauernbewegung (München)  
 Kölner Stadtanzeiger (Köln)  
 Kriegswirtschaftliche Beilage zum Bayerischen Kurier (ab 1918: Volkswirtschaftliche  
 Beilage zum Bayerischen Kurier) (München)  
 Kurier für Niederbayern (Landshut)  
 Landauer Volksblatt (Landau/Isar)  
 Magazin der Wirtschaft (Berlin)  
 Main-Echo (Aschaffenburg)

Miesbacher Anzeiger (Miesbach)  
Mitteilungen der Bayerischen Landesbauernkammer (München)  
Mitteilungen der Handelspolitischen Vereinigung der bayerischen Landwirtschaft (München)  
Mitteilungen der Wirtschaftspolitischen Vereinigung der Landwirtschaft und Agrarindustrie Bayerns (München)  
Mitteilungen des Zweckverbandes der landw. Körperschaften Bayerns (München)  
Mittelbayerische Zeitung (Regensburg)  
München-Augsburger Abendzeitung (München)  
Münchener Zeitung (München)  
Münchner Illustrierte Presse (München)  
Münchner Merkur (München)  
Münchner Neueste Nachrichten (München)  
Münchner Post (München)  
Neue freie Volks-Zeitung (München)  
Neues Münchener Tagblatt (München)  
Norddeutsche Allgemeine Zeitung (Berlin)  
Oberhausener Tageblatt (Oberhausen)  
Der Oberpfälzer. Ein Jahrbuch der Bayerischen Volkspartei (Regensburg)  
Regensburger Anzeiger (Regensburg)  
Rosenheimer Anzeiger (Rosenheim)  
Schwäbische Landeszeitung (Augsburg)  
Der Spiegel (Hamburg)  
Südost-Kurier (Bad Reichenhall)  
Süd- und Mitteldeutsche Müller-Zeitung. Wochenschrift zur Förderung des deutschen Mittel- u. Klein-Mühlen-Gewerbes (Ellermühle)  
Süddeutsche Zeitung (München)  
Viechtacher Zeitung (Viechtach)  
Wasserburger Anzeiger (Wasserburg)  
Völkischer Beobachter (München)  
Wendelstein. Rosenheimer Tagblatt (Rosenheim)  
Wochenblatt des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern (München)  
Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamtes (München)

## 5. Gedruckte Quellen und Literatur

Werner ABELSHAUSER, Freiheitlicher Korporatismus im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, in: Werner ABELSHAUSER (Hg.), Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat. Zum Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Industriegesellschaft (Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Beiheft 81), Stuttgart 1987, 147–170.

Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen Bd. 3, hg. vom Deutschen Bundestag, Boppard 1985.

Walter ACHILLES, Deutsche Agrargeschichte im Zeitalter der Reformen und der Industrialisierung, Stuttgart 1993.

Franz ACHTER, Die Einwirkung des Krieges auf die bäuerliche Wirtschaft in Bayern, masch. Diss. München 1920.

Paul ACKERMANN, Der Deutsche Bauernverband im politischen Kräftespiel der Bundesrepublik. Die Einflussnahme des DBV auf die Entscheidung über den europäischen Getreidepreis (Tübinger Studien zur Geschichte und Politik 27), Tübingen 1970.

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Marx III u. IV, bearb. von Günter ABRAMOWSKI, Boppard/Rhein 1988.

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett Müller II, bearb. von Martin VOGT, Boppard/Rhein 1970.

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, bearb. von Tilman KOOPS, Boppard/Rhein 1982–1990.

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett von Papen, bearb. von Karl-Heinz MINUTH, Boppard/Rhein 1989.

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett von Schleicher, bearb. von Anton GOLECKI, Boppard/Rhein 1986.

Akten Kardinal Michael von Faulhabers 1917–1945 Bd. 1: 1917–1934, bearb. von Ludwig VOLK (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte. Reihe A: Quellen 17), Mainz 1975.

Willy ALBRECHT, Eduard David, in: Wolfgang BENZ – Hermann GRAML (Hg.), Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik, München 1988, 58.

Willy ALBRECHT, Das Ende des monarchisch-konstitutionellen Regierungssystems in Bayern. König, Regierung und Landtag im Ersten Weltkrieg, in: Karl BOSL (Hg.), Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen, München 1969, 263–299.

Willy ALBRECHT, Landtag und Regierung in Bayern am Vorabend der Revolution von 1918. Studien zur gesellschaftlichen und staatlichen Entwicklung Deutschlands von 1912–1918 (Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter 2), Berlin 1968.

Rita ALDENHOFF, Politische Interessen und wirtschaftliche Entwicklung des Agrarsektors. Neue Fragen und Forschungen zur Geschichte der Landwirtschaft in Deutschland und Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert, in: *Neue Politische Literatur* 38 (1993), 392–402.

Otto ALTENDORFER, Die Donauhochwasseragitation des Bayerischen Bauernbundes in den mittleren Jahren der Weimarer Republik. Frühe mediale Inszenierungen und Events, in: Konrad AMANN u.a. (Hg.), *Bayern und Europa. Festschrift für Peter Claus Hartmann zum 65. Geburtstag*, Frankfurt/Main 2005, 363–376.

Otto ALTENDORFER, Fritz Schäffer als Politiker der Bayerischen Volkspartei 1888–1945 (Untersuchungen und Quellen zur Zeitgeschichte 2), München 1993.

Louis ALTHUSSER, Ideologie und ideologische Staatsapparate (Anmerkungen über eine Untersuchung), in: Louis ALTHUSSER, *Ideologie und ideologische Staatsapparate. Aufsätze zur marxistischen Ideologie (Positionen 3)*, Hamburg 1977, 108–153.

Werner T. ANGRESS, The Political Role of the Peasantry in the Weimar Republic, in: *The Review of Politics* 21 (1959), 530–549.

Rosmarie ANZENBERGER-MEYER, Bedingungen bäuerlicher Politisierung 1880–1933, dargestellt am Beispiel von Oberbayern, masch. Diss. Innsbruck 1993.

David APTER, *The Politics of Modernization*, Chicago 1965.

Erwein von ARETIN, *Krone und Ketten. Erinnerungen eines bayerischen Edelmannes*, hg. von Karl BUCHHEIM und Karl Otmar von ARETIN, München 1955.

Karl Otmar von ARETIN, Die bayerische Regierung und die Politik der bayerischen Monarchisten in der Krise der Weimarer Republik 1930–1933, in: Karl Otmar von ARETIN, *Nation, Staat und Demokratie in Deutschland. Ausgewählte Beiträge zur Zeitgeschichte. Zum 70. Geburtstag des Verfassers*, hg. von Andreas KUNZ und Martin VOGT, Mainz 1993, 65–93 [Erstabdruck in: *Festschrift für Hermann Heimpel Bd. 1 (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 36/I)*, Göttingen 1971, 205–237].

Karl Otmar von ARETIN, Brünings ganz andere Rolle. Seine Verfassungspläne. Bemerkungen zu den Memoiren, in: Karl Otmar von ARETIN, *Nation, Staat und Demokratie in Deutschland. Ausgewählte Beiträge zur Zeitgeschichte. Zum 70. Geburtstag des Verfassers*, hg. von Andreas KUNZ und Martin VOGT, Mainz 1993, 107–117 [Erstabdruck in: *Frankfurter Hefte* 26 (1972), 931–939].

Jürgen A. BACH, *Franz von Papen in der Weimarer Republik. Aktivitäten in Politik und Presse 1918–1932*, Düsseldorf 1977.

Karl BACHEM, *Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Bewegung, sowie zur allgemeinen Geschichte des Neueren und Neuesten Deutschland 1815–1914 Bd. 8*, Köln 1931.

Ursula BARES-RAUEN, *Die Entwicklungsgeschichte des Bayerischen Zweikammersystems und dessen Ausformung im Bayerischen Senat nach vierzigjähriger moderner bayerischer Verfassungsgeschichte*, München 1990.

Heide BARMEYER, Andreas Hermes und die Organisation der deutschen Landwirtschaft. Christliche Bauernvereine, Reichslandbund, Grüne Front, Reichsnährstand 1928–1933 (Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte 24), Stuttgart 1971.

Boris BARTH, Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1914–1933 (Schriften des Bundesarchivs 61), Düsseldorf 2003.

Hans BAUER, Die wirtschaftspolitische Organisation des bayerischen Bauernstandes, masch. Diss. Würzburg 1921.

Theresa BAUER, Nationalsozialistische Agrarpolitik und bäuerliches Verhalten im Zweiten Weltkrieg. Eine Regionalstudie zur ländlichen Gesellschaft in Bayern (Münchner Studien zur neueren und neuesten Geschichte 14), Frankfurt/Main 1996.

Bauern-Elend in bayerischen Höhegebieten. Erhebungen der Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft des Bayerischen Bauernvereins e.G.m.b.H. in Regensburg und der Genossenschaftlichen Warenzentrale des Bayerischen Bauernvereins e.G.m.b.H. in Regensburg, Regensburg 1933.

Paul BAUMANN, Hagelversicherung, in: Der Oberpfälzer. Ein Jahrbuch der Bayerischen Volkspartei 6 (1932), 73–78.

Alois BAUMGARTNER, Sehnsucht nach Gemeinschaft. Ideen und Strömungen im Sozialkatholizismus der Weimarer Republik (Beiträge zur Katholizismusforschung. Reihe B: Abhandlungen), München 1977.

Hermann BAUSINGER, Dorf und Stadt – ein traditioneller Gegensatz. Erscheinungsformen, Herkunft, sozialökonomischer Hintergrund und Rückwirkungen einer Ideologie, in: Hans-Georg WEHLING (Hg.), Dorfpolitik. Fachwissenschaftliche Analysen und didaktische Hilfen, Opladen 1978, 18–30.

Das bayerische Gesetz über die Bauernkammern vom 20. März 1920 nebst Wahlordnung, Vollzugsvorschriften und Bekanntmachung vom 27. März 1920 über die Vertretung der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer, München 1920.

Hartmut BECHTOLD, Konservativer Antikapitalismus und -modernismus in der Weimarer Republik, in: Thomas KREUDER – Hanno LOEWY (Hg.), Konservativismus in der Strukturkrise, Frankfurt/Main 1987, 79–99.

Heinrich BECKER, Handlungsspielräume der Agrarpolitik in der Weimarer Republik zwischen 1923 und 1929, Stuttgart 1990.

Friedrich BECKMANN, Einfuhrscheine, in: Ludwig ELSTER u.a. (Hg.), Handwörterbuch der Staatswissenschaften Bd. 3, Jena <sup>4</sup>1926, 353–355.

Friedrich BECKMANN, Die weltwirtschaftlichen Beziehungen der deutschen Landwirtschaft und ihre wirtschaftliche Lage (1919–1926), Berlin <sup>2</sup>1926.



Wolfgang BEHR, Sozialdemokratie und Konservatismus. Ein empirischer und theoretischer Beitrag zur regionalen Parteianalyse am Beispiel der Geschichte und Nachkriegsentwicklung Bayerns (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung. Reihe B: Historisch-politische Schriften), Hannover 1969.

Wolf J. BELL, Hermann Höcherl (Kennen Sie eigentlich den? 10), Bonn 1964.

Nikolaus BENCKER – Wiltrud FISCHER-PACHE, Gärten hinter der Veste, in: Michael DIEFENBACHER – Rudolf ENDRES (Hg.), Stadtlexikon Nürnberg, Nürnberg 1999, 321f.

Volker R. BERGHANN, Das Volksbegehren gegen den Youngplan und die Ursprünge des Präsidialregimes 1928–1930, in: Dirk STEGMANN – Bernd-Jürgen WENDT – Peter-Christian WITT (Hg.), Industrielle Gesellschaft und politisches System. Beiträge zur politischen Sozialgeschichte. Festschrift für Fritz Fischer zum siebzigsten Geburtstag (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert Stiftung 137), Bonn 1978, 431–446.

Hansjörg BERGMANN, Der Bayerische Bauernbund und der Bayerische Christliche Bauernverein 1919–1928 (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 81), München 1986.

Jürgen BERGMANN – Klaus MEGERLE, Protest und Aufruhr der Landwirtschaft in der Weimarer Republik (1924–1933). Formen und Typen der politischen Agrarbewegung im regionalen Vergleich, in: Jürgen BERGMANN u.a., Regionen im historischen Vergleich. Studien zu Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin 55), Opladen 1989, 200–287.

Klaus BERGMANN, Agrarromantik und Großstadtfeindschaft (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft 20), Meisenheim am Glan 1970.

Rudolf BERTHOLD, Zur Entwicklung der deutschen Agrarproduktion und der Ernährungswirtschaft zwischen 1907 und 1925, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1974/IV, 83–111.

Benno BICHL, Untersuchung über die Organisation landwirtschaftlicher Arbeiter und Dienstboten in Bayern, masch. Diss. Würzburg 1924.

Hans-Joachim BIBER, Bürgertum in der Revolution. Bürgerräte und Bürgerstreiks in Deutschland 1918–1920 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte 28), Hamburg 1992.

Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949–2002, hg. von Rudolf VIERHAUS und Ludolf HERBST, München 2002–2003.

David BLACKBOURN, Peasants and Politics in Germany, 1871–1914, in: European History Quarterly 14 (1984), 47–75.

Werner K. BLESSING, Bayerns Verwaltung im 20. Jahrhundert. Bemerkungen zu Leitenden, Forschungsstand und Perspektiven, in: ZBLG 61 (1998), 59–95.

Werner K. BLESSING, Gebrochene Erfahrung. Bäuerliches Wirtschaften nach dem Ersten Weltkrieg am Beispiel Oberfrankens, in: Konrad ACKERMANN – Hermann RUMSCHÖTTEL (Hg.), Bayerische Geschichte – Landesgeschichte in Bayern. Festgabe für Alois Schmid zum 60. Geburtstag (ZBLG 68), München 2005, 983–1008.

Werner K. BLESSING, Umwelt und Mentalität im ländlichen Bayern. Eine Skizze zum Alltagswandel im 19. Jahrhundert, in: Archiv für Sozialgeschichte 19 (1979), 1–42.

Irmgard BOCK, Das Schulwesen von 1871–1918. Gesamtdarstellung, in: Max LIEDTKE (Hg.), Handbuch der Geschichte des bayerischen Bildungswesens Bd. 2, Bad Heilbrunn 1993, 395–463.

Wolfgang BÖHM, Geschichte des Landwirtschaftsstudiums in Deutschland, in: Berichte über Landwirtschaft 66 (1988), 1–36.

Willi A. BOELCKE, Wandlungen der deutschen Agrarwirtschaft in der Folge des ersten Weltkrieges, in: Francia 3 (1975), 498–432.

Knut BORCHARDT, Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik. Studien zur Wirtschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 50), Göttingen 1982.

Knut BORCHARDT, Zur Geschichte des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr (Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 34), Wiesbaden 1987.

Karl Graf von BOTHMER, Bayern den Bayern. Zeitgenössische Betrachtungen über die Frage: Bundesgenosse oder Vasallentum, Dießen 1920.

Pierre BOURDIEU, Die verborgenen Mechanismen der Macht (Schriften zu Politik & Kultur 1), Hamburg 1992.

Pierre BOURDIEU, Was heißt sprechen? Die Ökonomie des sprachlichen Tausches, Wien 1990.

Karl Dietrich BRACHER, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft 4), Villingen <sup>5</sup>1971.

Karl Dietrich BRACHER, Stufen der Machtergreifung, in: Karl Dietrich BRACHER – Wolfgang SAUER – Gerhard SCHULZ, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34 (Schriften des Instituts für politische Wissenschaft 14), Köln <sup>2</sup>1962, 29–368.

Harm-Hinrich BRANDT, Von Bruck zu Naumann. „Mitteleuropa“ in der Zeit der Paulskirche und des Ersten Weltkrieges, in: Michael GEHLER u.a. (Hg.), Ungleiche Partner? Österreich und Deutschland in ihrer gegenseitigen Wahrnehmung. Historische Analysen und Vergleiche aus dem 19. und 20. Jahrhundert (Historische Mitteilungen Beiheft 15), Stuttgart 1996, 316–352.

Hermann BRAUN, Die Nachahmung Herodots durch Prokop (Beilage zum Jahresbericht 1893/94 des Alten Gymnasiums in Nürnberg), Nürnberg 1894.

Magnus von BRAUN, Von Ostpreußen bis Texas. Erlebnisse und zeitgeschichtliche Betrachtungen eines Ostdeutschen, Stollhamm <sup>2</sup>1955.

Oliver BRAUN, Konservative Existenz in der Moderne. Das politische Weltbild Alois Hundhammers (1900–1974) (Untersuchungen und Quellen zur Zeitgeschichte 7), München 2006.

Rupert BREITLING, Die Verbände in der Bundesrepublik. Ihre Arten und ihre politische Wirkungsweise (Parteien – Fraktionen – Regierungen. Eine Schriftenreihe der Vereinigung für die Wissenschaft von der Politik 8), Meisenheim am Glan 1955.

Wolfgang BREITWIESER, Die königliche Studienanstalt (1808–1918), in: 450 Jahre Melancthon-Gymnasium. Festschrift und Jahresbericht 1975/76, Nürnberg 1976, 81–93.

Michael BRENNER, Von der Novemberrevolution bis zu den Adventspredigten. Zum Verhältnis zwischen Juden und Katholiken in Bayern zwischen 1918 und 1933, in: Florian SCHULLER u.a. (Hg.), Katholizismus und Judentum. Gemeinsamkeiten und Verwerfungen vom 16. bis zum 20. Jahrhundert, Regensburg 2005, 270–281.

Lujo BRENTANO, Agrarpolitik. Ein Lehrbuch. Erster Teil: Theoretische Einleitung in die Agrarpolitik, Stuttgart 1897.

Lujo BRENTANO, Einleitung, in: Preisbewegung landwirtschaftlicher Güter in einigen Teilen Bayerns während der Jahre 1900 bis 1910 (Schriften des Vereins für Socialpolitik 148), München 1914, V–XXI.

Lujo BRENTANO, Ethik und Volkswirtschaft in der Geschichte. Rede beim Antritt des Rektorats der Ludwig-Maximilians-Universität gehalten am 25. November 1901, München 1901.

Lujo BRENTANO, Das Freihandelsargument, Berlin <sup>2</sup>1910.

Lujo BRENTANO, Ist das „System Brentano“ zusammengebrochen? Über Kathedersozialismus und alten und neuen Merkantilismus, Berlin <sup>3</sup>1918.

Lujo BRENTANO, Mein Leben im Kampf um die soziale Entwicklung Deutschlands, Jena 1931.

Lujo BRENTANO, Die Schrecken des überwiegenden Industriestaats (Mittheilungen des Vereins zur Förderung der Handelsfreiheit 2/1901), Berlin 1901.

Lujo BRENTANO, Wie studiert man Nationalökonomie, München 1911.

Martin BROSZAT, Nationalsozialistische Konzentrationslager 1933–1945, in: Hans BUCHHEIM u.a. (Hg.), Anatomie des SS-Staates Bd. 2, Olten 1965, 7–160.

Heinrich BRÜNING, Memoiren 1918–1934, Stuttgart 1970.

Willi BRÜNKER, Die Selbstversorgung in der deutschen Ernährungswirtschaft (seit der Reichsgründung), masch. Diss. Bonn 1959.

Hans BÜRGER, Die landwirtschaftliche Interessenvertretung in der Zeit von 1933 bis zur Gegenwart unter besonderer Berücksichtigung der westdeutschen Verhältnisse, Erlangen 1966.

Hermann-Joseph BUSLEY, Inventar über die Quellen zum bayerischen Landtag des 19. und 20. Jahrhunderts im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, in: Walter ZIEGLER (Hg.), Der Bayerische Landtag vom Spätmittelalter bis zur Gegenwart. Probleme und Desiderate historischer Forschung (Beiträge zum Parlamentarismus 8), München 1995, 269–316.

Raimund von dem BUSSCHE, Konservatismus in der Weimarer Republik. Die Politisierung des Unpolitischen (Heidelberger Abhandlungen zur Mittleren und Neueren Geschichte 11), Heidelberg 1998.

Carl Freiherr von CETTO-REICHERTSHAUSEN, Agrarpolitische Erinnerungen, in: Hans DÖRFLER (Hg.), Bayern, das Bauernland. Festschrift zur 29. Ausstellung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft in Nürnberg 1922, Pfaffenhofen/Ilm 1922, 45–51.

Die CSU 1945–1948. Protokolle und Materialien zur Frühgeschichte der Christlich-Sozialen Union, hg. von Barbara FAIT und Alf MINTZEL unter Mitarbeit von Thomas SCHLEMMER (Texte und Materialien zur Zeitgeschichte 4), München 1993.

Richard Walter DARRÉ, Die Bedeutung fester Preise, in: Richard Walter DARRÉ, Um Blut und Boden. Reden und Aufsätze, München 1940, 358–364.

Lorraine DASTON, Wunder, Beweise und Tatsachen. Zur Geschichte der Rationalität, Frankfurt/Main 2001.

Alain DESROSIÈRES, Die Politik der großen Zahlen. Eine Geschichte der statistischen Denkweise, Berlin 2005.

Ernst DEUERLEIN, Hitlers Eintritt in die Politik und die Reichswehr, in: VZG 7 (1959), 177–227.

Ernst DEUERLEIN – Wolf. D. GRUNER, Die politische Entwicklung Bayerns 1945 bis 1972, in: Max SPINDLER (Hg.), Handbuch der Bayerischen Geschichte Bd. 4/1, München 1979, 538–644 [verbesserter Nachdruck der Ausgabe 1974].

Wolfgang DIERCKER, „Ich will keine Nullen, sondern Bullen.“ Hitlers Koalitionsverhandlungen mit der Bayerischen Volkspartei im März 1933, in: VZG 50 (2002), 111–148.

Ulrich DIERSE – Reinhard ROMBERG, Ideologie, in: Joachim RITTER – Karlfried GRÜNDER (Hg.), Historisches Wörterbuch der Philosophie Bd. 4, Darmstadt 1976, 158–186.

Michael DOEBERL, Lehrbuch der Geschichte für die oberen Klassen der Gymnasien Bd. 2: Das Mittelalter, Bamberg<sup>3</sup>1905.

Lothar DÖHN, Zur Verschränkung der Deutschen Volkspartei mit großwirtschaftlich-industriellen Interessen im Herrschaftssystem der Weimarer Republik, in: Hans MOMMSEN – Dietmar PETZINA – Bernd WEISBROD (Hg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974, 884–906.

Manfred DÖRR, Die Deutschnationale Volkspartei 1925 bis 1928, Marburg 1964.

Martin DOERRY, Übergangsmenschen. Die Mentalität der Wilhelminer und die Krise des Kaiserreichs, Weinheim 1986.

Dokumente zur Geschichte von Staat und Gesellschaft in Bayern Bd. III/2: Die bayerische Staatlichkeit, bearb. von Rolf KIEBLING und Anton SCHMID, München 1976.

Ortwin DOMRÖSE, Der NS-Staat in Bayern von der Machtergreifung bis zum Röhms-Putsch (Miscellanea Bavarica Monacensia 47), München 1974.

Christopher DOWE, Auch Bildungsbürger. Katholische Studierende und Akademiker im Kaiserreich (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 171), Göttingen 2006.

Alois EGGER, Die Belastung der deutschen Wirtschaft durch die Sozialversicherung, Jena 1929.

Alois EGGER, Hundert Jahre Bayerisches Statistisches Landesamt (Beiträge zur Statistik Bayerns 121), München 1933.

Andreas EICHMÜLLER, Landwirtschaft und bäuerliche Bevölkerung in Bayern. Ökonomischer und sozialer Wandel 1945–1970. Eine vergleichende Untersuchung der Landkreise Erding, Kötzing und Obernburg (Untersuchungen und Quellen zur Zeitgeschichte 4), München 1997.

Georg EISENBERGER, Georg Eisenberger. Der Hutzenauer 1863–1945. Ein Porträt des Bauernbundführers, Ruhpolding 1988.

Gottfried EISERMANN, Die Grundlagen des Historismus in der deutschen Nationalökonomie, Stuttgart 1956.

Rudolf ENDRES, Der Bayerische Heimat- und Königsbund, in: Andreas KRAUS (Hg.), Land und Reich, Stamm und Nation. Probleme und Perspektiven bayerischer Geschichte. Festgabe für Max Spindler zum 90. Geburtstag Bd. 3: Vom Vormärz bis zur Gegenwart (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 80), München 1984, 415–436.

Rudolf ENDRES, Bevölkerungsentwicklung, in: Michael DIEFENBACHER – Rudolf ENDRES (Hg.), Stadtlexikon Nürnberg, Nürnberg 1999, 142.

Paul ERKER, Ernährungskrise und Nachkriegsgesellschaft. Bauern und Arbeiterschaft 1943–1953 (Industrielle Welt. Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte 50), Stuttgart 1990.

Paul ERKER, Der lange Abschied vom Agrarland. Zur Sozialgeschichte der Bauern im Industrialisierungsprozeß, in: Matthias FRESE – Michael PRINZ (Hg.), Politische Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert. Regionale und vergleichende Perspektiven (Forschungen zur Regionalgeschichte 18), Paderborn 1996, 327–360.

Das „Ermächtigungsgesetz“ vom 24. März 1933. Quellen zur Geschichte und Interpretation des „Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich“, bearb. und hg. von Rudolf MORSEY (Dokumente und Texte 1), Düsseldorf 1992.

Matthias ERZBERGER, Die Rüstungsausgaben des Deutschen Reichs (Finanzwirtschaftliche Zeitfragen 14), Stuttgart 1914.

Georg ESCHERICH, Der Bauer und der Landfriede, in: Schriftenreihe der preußischen Jahrbücher Bd. 3, Berlin 1923, 3–16.

Günter FAHLE, Nazis und Bauern. Zur Agrarpolitik des deutschen Faschismus 1933 bis 1945 (Pahl-Rugenstein Hochschulschriften. Gesellschafts- und Naturwissenschaften 218), Köln 1986.

Barbara FAIT, Die Anfänge der CSU 1945–1948. Der holprige Weg zur Erfolgspartei, München 1995.

Barbara FAIT, Demokratische Erneuerung unter dem Sternenbanner. Amerikanische Kontrolle und Verfassunggebung in Bayern 1946 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 114), Düsseldorf 1998.

Lutz FAHLBUSCH – Edgar HARTWIG, Vereinigung der deutschen Bauernvereine, in: Dieter FRICKE u.a. (Hg.), Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945) Bd. 4, Köln 1986, 344–357.

Jürgen W. FALTER, Der Aufstieg der NSDAP in Franken bei den Reichstagswahlen 1924–1933. Ein Vergleich mit dem Reich unter besonderer Berücksichtigung landwirtschaftlicher Einflußfaktoren, in: German Studies Review 9 (1986), 319–359.

Ian FARR, Peasant Protest in the Empire – the Bavarian Example, in: Robert G. MOELLER (Hg.), Peasants and Lords in Modern Germany. Recent Studies in Agricultural History, Boston 1986, 110–139.

Gottfried FEDER, Das Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft, Dießen 1919.

Ulrich FEHL, Die Frage nach dem gerechten Preis, in: Gernot GUTMANN – Alfred SCHÜLLER (Hg.), Ethik und Ordnungsfragen der Wirtschaft (Monographien der List Gesellschaft. Neue Folge 12), Baden-Baden 1989, 249–267.

Wilhelm FEHLHAMMER, Preisbildung und Hauptproduktionskosten in der Landwirtschaft in den Betriebsjahren 1914–20/21, masch. Diss. Erlangen 1922.

Wilhelm FEHLHAMMER, Weg frei für die Neuorganisation des bayerischen Bauernstandes!, in: Wochenblatt des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern vom 1. Juni 1933, 317f.

Wilfried FELDENKIRCHEN, Deutsche Zoll- und Handelspolitik 1914–1933, in: Hans POHL (Hg.), Die Auswirkungen von Zöllen und anderen Handelshemmnissen auf Wirtschaft und Gesellschaft vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Referate der 11. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte vom 9. bis 13. April 1985 in Hohenheim (Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Beiheft 80), Stuttgart 1987, 328–357.

Wilfried FELDENKIRCHEN, Wirtschaftswachstum, Technologie und Arbeitszeit im internationalen Vergleich 1835–1914, in: Hans POHL (Hg.), Technologie, Wirtschaftswachstum und Arbeitszeit im internationalen Vergleich. Referate und Diskussionsbeiträge des 6. Wissenschaftlichen Symposiums der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte e. V. am 15. und 16. Dezember 1981 in Hamburg (Zeitschrift für Unternehmensgeschichte Beiheft 24), Wiesbaden 1983, 75–155.

Wilfried FELDENKIRCHEN, Zur Kontinuität in der deutschen Agrarpolitik seit 1879. Bismarcks Schutzzölle und die Folgen, in: Hermann KELLENBENZ – Hans POHL (Hg.), *Historia socialis et oeconomica*. Festschrift für Wolfgang Zorn zum 65. Geburtstag (Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Beiheft 84), Stuttgart 1987, 205–223.

Gerald D. FELDMAN, Kriegswirtschaft und Zwangswirtschaft: die Diskreditierung des „Sozialismus“ in Deutschland während des Ersten Weltkriegs, in: Wolfgang MICHALKA (Hg.), *Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse*, München 1994, 456–484.

Hans Ludwig FENSCH u.a., die Rentabilität der deutschen Landwirtschaft, in: Fritz BECKMANN u.a. (Hg.), *Deutsche Agrarpolitik im Rahmen der inneren und äußeren Wirtschaftspolitik. Teil I: Die Lage der deutschen Landwirtschaft und die Gestaltung der agrarpolitischen Einzelmaßnahmen* (Veröffentlichungen der Friedrich List-Gesellschaft 5), Berlin 1932, 379–405.

Hans FENSKE, *Konservatismus und Rechtsradikalismus in Bayern nach 1918*, Bad Homburg vor der Höhe 1969.

Joachim C. FEST, *Hitler. Eine Biographie*, Frankfurt/Main 1973.

Doris FISCHER, *Die Münchner Zensurstelle während des Ersten Weltkrieges. Alfons Falkner von Sonnenburg als Pressereferent im Bayerischen Kriegsministerium in den Jahren 1914 bis 1918/19*, München 1973.

Wolfram FISCHER – Martin KOHLI, Biographieforschung, in: Wolfgang VOGES (Hg.), *Methoden der Biographie- und Lebenslaufforschung* (Biographie und Gesellschaft 1), Opladen 1987, 25–49.

Jens FLEMMING, *Landwirtschaftliche Interessen und Demokratie. Ländliche Gesellschaft, Agrarverbände und Staat 1890–1925* (Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung. Reihe: Politik- und Gesellschaftsgeschichte), Bonn 1978.

Jens FLEMMING, *Zwischen Industrie und christlich-nationaler Arbeiterschaft. Alternativen landwirtschaftlicher Bündnispolitik in der Weimarer Republik*, in: Dirk STEGMANN – Bernd-Jürgen WENDT – Peter-Christian WITT (Hg.), *Industrielle Gesellschaft und politisches System. Beiträge zur politischen Sozialgeschichte. Festschrift für Fritz Fischer zum siebenzigsten Geburtstag* (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert Stiftung 137), Bonn 1978, 259–276.

Jens FLEMMING – Claus-Dieter KROHN – Peter-Christian WITT, *Sozialverhalten und politische Reaktionen von Gruppen und Institutionen im Inflationsprozess. Anmerkungen zum Forschungsstand*, in: Otto BÜSCH – Gerald D. FELDMAN (Hg.), *Historische Prozesse der deutschen Inflation 1914 bis 1924* (Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 21), Berlin 1978, 239–263.

Christina M. FÖRSTER, Der Harnier-Kreis. Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Bayern (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte. Reihe B: Forschungen 74), Paderborn 1996.

Bernhard FORSTER, Adam Stegerwald. Christlich-nationaler Gewerkschafter, Zentrumsolitiker, Mitbegründer der Unionsparteien (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 41), Düsseldorf 2003.

Kurt FORSTREUTER, Erwin Brandes, in: NDB Bd. 2, Berlin 1955, 520.

Günther FRANZ, Die Geschichte der Universität, in: Günther FRANZ (Hg.), Universität Hohenheim. Landwirtschaftliche Hochschule 1818–1968, Stuttgart 1968, 11–160.

Sigmund von FRAUENDORFER, Ideengeschichte der Agrarwirtschaft und Agrarpolitik im Deutschen Sprachraum Bd. 1: Von den Anfängen bis zum Ersten Weltkrieg, München <sup>2</sup>1963.

Pankraz FRIED – Joachim ZICHE, Die Sozialentwicklung in Bauerntum und ländlicher Bevölkerung, in: Alois SCHMID u.a. (Hg.), Handbuch der Bayerischen Geschichte Bd. 4/2, München <sup>2</sup>2007, 181–215.

Claudia FRIEMBERGER, Sebastian Schlittenbauer und die Anfänge der Bayerischen Volkspartei (Forschungen zur Landes- und Regionalgeschichte 5), St. Ottilien 1998.

Werner FRITSCH, Deutsche Bauernschaft, in: Dieter FRICKE u.a. (Hg.), Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945) Bd. 1, Köln 1983, 570–573.

Valentin FRÖHLICH, Mein Reislafen für den Bauernwald, München 1960.

Julius FROST, Die ländliche Siedlung in Bayern 1919–1931, Berlin 1933.

Robert S. GARNETT, Lion, Eagle and Swastika. Bavarian Monarchism in Weimar Germany, 1918–1933, New York 1991.

Karl-Ulrich GELBERG, Vom Kriegsende bis zum Ausgang der Ära Goppel (1945–1978), in: Alois SCHMID u.a. (Hg.), Handbuch der Bayerischen Geschichte Bd. 4/1, München <sup>2</sup>2003, 635–927.

Ludwig Franz GENGLER, Die deutschen Monarchisten 1919 bis 1925. Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Rechten von der Novemberrevolution 1918 bis zur ersten Übernahme der Reichspräsidenschaft durch Generalfeldmarschall von Hindenburg 1925, Kulmbach 1932.

Franz GERL, Rationalisierung, in: Bernhard BAUKNECHT (Hg.), Wörterbuch der Agrarpolitik. Erläuterungen der wichtigsten agrarpolitischen Grundsätze und Begriffe, Hamburg 1961, 141–143.

Gesamtverzeichnis des CV 1955. Die Verbindungen des CV mit ihren Ehrenmitgliedern, Alten Herren und Studierenden nach dem Stand vom 1. Januar 1955, München 1955.



Dieter GESSNER, Agrardepression und Präsidentialregierungen in Deutschland 1930–1933. Probleme des Agrarprotektionismus am Ende der Weimarer Republik, Düsseldorf 1977.

Dieter GESSNER, Agrarverbände in der Weimarer Republik. Wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen agrarkonservativer Politik vor 1933, Düsseldorf 1976.

Dieter GESSNER, Landwirtschaft und Machtergreifung, in: Wolfgang MICHALKA (Hg.), Die nationalsozialistische Machtergreifung, Paderborn 1984, 124–137.

Horst GIES, R. Walther Darré und die nationalsozialistische Bauernpolitik in den Jahren 1930 bis 1933, masch. Diss. Frankfurt/Main 1966.

Alfred GILCH, Personalbewegung in der Bayerischen Landwirtschaftsverwaltung, München 1987.

Nina GOCKERELL, Das Bayernbild in der literarischen und „wissenschaftlichen“ Wertung durch fünf Jahrhunderte. Volkskundliche Überlegungen über die Konstanten und Varianten des Auto- und Heterostereotyps eines deutschen Stammes (Miscellanea Bavarica Monacensia 51), München 1974.

Rainer GÖMMEL, Die Osthilfe für die Landwirtschaft unter der Regierung der Reichskanzler Müller und Brüning, in: Günther SCHULZ (Hg.), Von der Landwirtschaft zur Industrie. Wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Wandel im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Friedrich-Wilhelm Henning zum 65. Geburtstag, Paderborn 1996, 253–274.

Rainer GÖMMEL, Wachstum und Konjunktur der Nürnberger Wirtschaft 1815–1914 (Beiträge zur Wirtschaftsgeschichte 1), Stuttgart 1978.

Werner GOEZ, Das Ringen um den gerechten Preis in Spätmittelalter und Reformationszeit, in: Der „Gerechte Preis“. Beiträge zur Diskussion um das „pretium iustum“ (Erlanger Forschungen A 29), Erlangen 1982, 21–32.

Heinz GOLLWITZER, Karl Alexander von Müller 1882–1964. Ein Nachruf, in: HZ 205 (1967), 295–322.

Herbert GOTTWALD, Deutscher Landwirtschaftsrat, in: Dieter FRICKE u.a. (Hg.), Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945) Bd. 2, Köln 1984, 167–183.

Martin GREIFFENHAGEN, Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft 634), Frankfurt/Main 1986.

Hermann GREIVE, Theologie und Ideologie. Katholizismus und Judentum in Deutschland und Österreich 1918–1935 (Arbeiten aus dem Martin-Buber-Institut der Universität Köln 1), Heidelberg 1969.

Hugo GRIMME, Der Reichsluftschutzbund. Ziele, Leistungen und Organisation (Schriften der Deutschen Hochschule für Politik II/9), Berlin 1936.

Große Bayerische Biographische Enzyklopädie, hg. von Hans-Michael KÖRNER, München 2005.

Michael GRÜBLER, Die Spitzenverbände der Wirtschaft und das erste Kabinett Brüning. Eine Quellenstudie (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 70), Düsseldorf 1982.

Friedrich GRUNDMANN, Agrarpolitik im „Dritten Reich“. Anspruch und Wirklichkeit des Reichserbhofgesetzes (Historische Perspektiven 14), Hamburg 1979.

Olaf HÄHNER, Historische Biographik. Die Entwicklung einer geschichtswissenschaftlichen Darstellungsform von der Antike bis ins 20. Jahrhundert (Europäische Hochschulschriften. Reihe III: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 829), Frankfurt/Main 1999.

Meinrad HAGMANN, Der Weg ins Verhängnis. Reichstagswahlergebnisse 1919 bis 1933 besonders aus Bayern, München 1946.

Rainer HAMBRECHT, der Aufstieg der NSDAP in Mittel- und Oberfranken (1925–1933) (Nürnberger Werkstücke zur Stadt- und Landesgeschichte 17), Nürnberg 1976.

Klaus HANAU, Landwirtschaft und allgemeine Wirtschaftskrise 1929/1932. Eine Untersuchung über die Frage, inwieweit die Preisrückgänge auf den Weltagrarmärkten Ursache oder Folge der allgemeinen Wirtschaftskrise der Jahre 1929/1932 waren, Stuttgart 1959.

Stefanie HARRECKER, Der Landwirtschaftliche Verein in Bayern 1810–1870/71 (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 148), München 2006.

Peter Claus HARTMANN, Die katholischen Verbände und der Wingolf im Rahmen der deutschen Geschichte, in: Harm-Hinrich BRANDT – Matthias STICKLER (Hg.), „Der Burschen Herrlichkeit“. Geschichte und Gegenwart des studentischen Korporationswesens (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Würzburg 8), Würzburg 1998, 289–311.

Friedrich HARTMANNGRUBER, Die Bayerische Patriotenpartei 1868–1887 (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 82), München 1986.

Jay HATHEWAY, In Perfect Formation. SS Ideology and the SS-Junkerschule-Tölz, Atglen 1999.

Bernd HAUNFELDER, Reichstagsabgeordnete der Deutschen Zentrumspartei 1871–1933. Biographisches Handbuch und historische Photographien (Photodokumente zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 4), Düsseldorf 1999.

Karl HAUSBERGER, „Ich schwärme nicht für die Weimarer Verfassung und wünsche ihr keine lange Dauer“. Zur Position Franz Xaver Kiefls im Verfassungsstreit, in: Gisela FLECKENSTEIN – Michael KLÖCKER – Norbert SCHLOBMACHER (Hg.), Kirchengeschichte. Alte und neue Wege. Festschrift für Christoph Weber, Frankfurt/Main 2008, 487–510.

Karl HAUSBERGER, Thaddäus Engert (1875–1945). Leben und Streben eines deutschen „Modernisten“ (Quellen und Studien zur neueren Theologiegeschichte 1), Regensburg 1996.

Heinz HAUSHOFER, Bäuerliche Führungsschichten in Bayern im 19.–20. Jahrhundert, in: Pankraz FRIED – Wolfgang ZORN (Hg.), Aus der bayerischen Agrargeschichte 1525–1978. Gesammelte Beiträge zur Bayerischen Agrargeschichte von Heinz Haushofer, München 1986, 39–48.

Heinz HAUSHOFER, Der Bayerische Bauernbund (1893–1933), in: Pankraz FRIED – Wolfgang ZORN (Hg.), Aus der bayerischen Agrargeschichte 1525–1978. Gesammelte Beiträge zur Bayerischen Agrargeschichte von Heinz Haushofer, München 1986, 166–182.

Heinz HAUSHOFER, Die bayerischen Ökonomieräte, in: Pankraz FRIED – Wolfgang ZORN (Hg.), Aus der bayerischen Agrargeschichte 1525–1978. Gesammelte Beiträge zur Bayerischen Agrargeschichte von Heinz Haushofer, München 1986, 159–165.

Heinz HAUSHOFER, Ein halbes Jahrhundert im Dienste der bayerischen Landwirtschaft und der Volksernährung. Zur Geschichte des bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Bayerisches Landwirtschaftliches Jahrbuch Sonderheft 5), München 1969.

Heinz HAUSHOFER, Ideengeschichte der Agrarwirtschaft und Agrarpolitik im Deutschen Sprachraum Bd. 2: Vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart, München 1958.

Heinz HAUSHOFER, Karl Freiherr von Freyberg, in: NDB Bd. 5, Berlin 1961, 420f.

Heinz HAUSHOFER, Mein Leben als Agrarier. Eine Autobiographie 1924–1978, München 1982.

Hanns-Jochen HAUSS, Die erste Volkswahl des deutschen Reichspräsidenten. Eine Untersuchung ihrer verfassungspolitischen Grundlagen, ihrer Vorgeschichte und ihres Ablaufs unter besonderer Berücksichtigung des Anteils Bayerns und der Bayerischen Volkspartei (Münchener Historische Studien. Abteilung Bayerische Geschichte 2), Kallmünz 1965.

Ludger HEID, Antisemitismus und „Ostjudenfrage“. Von „Krawattenjuden“ und „Kaftanjuden“, in: Günther B. GINZEL (Hg.), Antisemitismus. Erscheinungsformen der Judenfeindschaft gestern und heute, Köln 1991, 320–326

Georg HEIM, Eine schlimme Botschaft, in: Bayerisches Bauernblatt vom 11. Dezember 1917, 1f.

Georg HEIM, Studium und Arbeit, in: MNN vom 16. August 1924, 3.

Georg HEIM – Sebastian SCHLITTENBAUER, Ein Hilferuf der deutschen Landwirtschaft. Eine Vorstellung an den Reichskanzler und den Deutschen Reichstag, Regensburg 1917.

Georg HEIM – Franz Xaver ZAHNBRECHER, Der Bayerische Bauernverein in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, Ansbach <sup>4</sup>1906.

Karl HELLER, Der Bund der Landwirte bzw. Landbund und seine Politik mit besonderer Berücksichtigung der fränkischen Verhältnisse, Kulmbach 1936.

Walter HENKELS, Koan Krampf net hermachen, in: Essener Tageblatt vom 25. Juni 1950, 5.

Walter HENKELS, Die Valuta der Toleranz. Der Humor im Bundestag, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. Januar 1952, 2.

Diethard HENNIG, Johannes Hoffmann. Sozialdemokrat und Bayerischer Ministerpräsident (Schriftenreihe der Georg-von-Vollmar-Akademie 3), München 1990.

Friedrich-Wilhelm HENNING, Deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte im 19. Jahrhundert (Handbuch der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands 2), Paderborn 1996.

Christoph HENZLER, Fritz Schäffer. Der erste bayerische Nachkriegs-Ministerpräsident und erste Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland 1945–1957. Eine biographische Studie (Untersuchungen und Quellen zur Zeitgeschichte 3), München 1994.

Jeffrey HERF, The Engineer as Ideologue: Reactionary Modernists in Weimar and Nazi Germany, in: Journal of Contemporary History 19 (1984), 631–648.

Albert HERZOG, Der Oberpfälzische christliche Bauernverein 1895–1930, Regensburg 1931.

Friedrich Hermann HETTLER, Josef Müller („Ochsensepp“). Mann des Widerstandes und erster CSU-Vorsitzender (Miscellanea Bavarica Monacensia 155), München 1991.

Gerhard HETZER, Bauernräte und Bauernbündler 1918–1920. Überlegungen zu Bayerisch-Schwaben, in: Reinhard BAUMANN – Paul HOSER (Hg.), Die Revolution von 1918/19 in der Provinz (Forum Suevicum. Beiträge zur Geschichte Ostschwabens und der benachbarten Regionen 1), Konstanz 1996, 21–45.

Theodor HEUSS, Erinnerungen 1905–1933, Tübingen <sup>4</sup>1964.

Philipp HEYDE, Das Ende der Reparationen. Deutschland, Frankreich und der Youngplan 1929–1932, Paderborn 1998.

Daniel HILDEBRAND, Hans Schlange-Schöningen. Direktor beim Frankfurter Wirtschaftsrat, in: Günter BUCHSTAB u.a. (Hg.), Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union, Freiburg/Breisgau 2004, 438–445.

Bruno HILDENBRAND u.a., Bauernfamilien im Modernisierungsprozeß, Frankfurt/Main 1992.

Marie-Elisabeth HILGER – Lucian HÖLSCHER, Kapital, in: Otto BRUNNER – Werner CONZE – Reinhart KOSELLECK (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon der politisch-sozialen Sprache in Deutschland Bd. 3, Stuttgart 1982, 399–454.

Arnold HILLE, Porträt des bayerischen Landtags. Zur Übersiedlung des Parlaments ins Maximilianeum, in: Donau-Kurier vom 8. Januar 1949, 5.

Martin HILLE, Bäuerlicher Radikalismus und Nationalsozialismus im östlichen Niederbayern 1924 bis 1933, in: ZAA 52/2 (2004), 59–77.

Heinrich HILLMAYR, Roter und Weißer Terror in Bayern nach 1918. Ursachen, Erscheinungsformen und Folgen der Gewalttätigkeiten im Verlauf der revolutionären Ereignisse nach dem Ende des Ersten Weltkrieges (Moderne Geschichte 2), München 1974.

Helmut HILZ, Weihenstephan: Landwirte- und Brauerausbildung mit Tradition, in: Ulrich WENGENROTH (Hg.), Technische Universität München. Annäherungen an ihre Geschichte (Fakten, Analysen, Konzeptionen 1), München 1993, 143–155.

Otto HINTZE, Der Beamtenstand, in: Otto HINTZE, Beamtentum und Bürokratie, hg. von Kersten KRÜGER, Göttingen 1981, 16–77.

Gerhard HIRSCHER, Die Biographie in der Diskussion der Geschichtswissenschaft, in: Geschichte, Politik und ihre Didaktik 17 (1989), 114–123.

Adolf HITLER, Mein Kampf Bd. 1, München 1925.

Karl HNILICKA, Josef Singer (Bayerische Profile 17), München 1972.

Anton HOCHBERGER, Der Bayerische Bauernbund 1893–1914 (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 99), München 1991.

Wilhelm HOEGNER, Flucht vor Hitler. Erinnerungen an die Kapitulation der ersten deutschen Republik 1933, München 1977.

Renate HÖPFINGER, Die Gründung der Bayerischen Volkspartei. Anmerkungen zu Sebastian Schlittenbauer, in: ZBLG 63 (2000), 185–197.

Klaus-Peter HOEPKE, Alfred Hugenberg, in: NDB Bd. 10, Berlin 1974, 10–13.

Willi HÖRBER, Feuchtwanger Häuserbuch. Beschreibung der Häuser mit den früheren Hausnummern 1–280, Feuchtwangen 1992.

Peter HOFFMANN, Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler, München<sup>3</sup>1979.

Ernst HOHENEGG, Raiffeisen in Bayern 1893–1968, München 1968.

Karl HOLL, Konfessionalität, Konfessionalismus und demokratische Republik. Zu einigen Aspekten der Reichspräsidentenwahl von 1925, in: VZG 17 (1969), 254–275.

Kim R. HOLMES, The NSDAP and the Crisis of Agrarian Conservatism in Lower Bavaria. National Socialism and the Peasant's Road to Modernity, New York 1991.

Paul HOSER, Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe der Münchner Tagespresse zwischen 1914 und 1934. Methoden der Pressebeeinflussung (Europäische Hochschulschriften. Reihe III: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 447), Frankfurt/Main 1990.

Heinz HÜRTE, Hermann Freiherr von Lüninck, in: NDB Bd. 15, Berlin 1987, 470f.

Ludwig HÜTTL, 1893–1933 Genossenschaftsverband Bayern (Raiffeisen/Schulze-Delitzsch) e.V., München. Eine Chronik der landwirtschaftlichen und gewerblichen Genossenschaftsverbände in Bayern seit dem 19. Jahrhundert, München 1993.

Ludwig HÜTTL, Ursprung, Wandel, Fortschritt. Von der Bayerischen Landwirtschaftsbank eGmbH zur Münchner Hypothekenbank eG 1896–1996, München 1997.

Alois HUNDHAMMER, Geschichte des Bayerischen Bauernbundes, München 1924.

Alois HUNDHAMMER, Die landwirtschaftliche Berufsvertretung in Bayern, München 1926.

James C. HUNT, Peasants, Grain Tariffs, and Meat Quotas: Imperial German Protectionism Reexamined, in: Central European History 7 (1974), 311–331.

Klaus HURRELMANN – Dieter ULICH, Gegenstands- und Methodenfragen der Sozialisationsforschung, in: Klaus HURRELMANN – Dieter ULICH (Hg.), Neues Handbuch der Sozialisationsforschung, Weinheim <sup>4</sup>1991, 3–20.

Ferdinand JACOBS, Deutsche Bauernführer (Schriften zur ländlichen Bildung 2), Düsseldorf 1958.

Ferdinand JACOBS, Materialien zur Reform der landwirtschaftlichen Besteuerung (Deutsches Bauerntum 6), Berlin 1930.

Ferdinand JACOBS, Von Schorlemer zur Grünen Front. Zur Abwertung des berufsständischen und politischen Denkens (Schriften zur ländlichen Bildung 1), Düsseldorf 1957.

Eberhard JÄCKEL, Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft, Stuttgart <sup>2</sup>1981.

Jahresbericht des Kgl. Alten Gymnasiums 1898/1899, Nürnberg o.J.

Jahresbericht über das Kgl. Alte Gymnasium 1899/1900, Nürnberg o.J.

Jahresbericht über das Kgl. Alte Gymnasium 1900/1901, Nürnberg o.J.

Jahresbericht für das Kgl. Alte Gymnasium 1901/1902, Nürnberg o.J.

Jahresbericht für das Kgl. Alte Gymnasium 1902/1903, Nürnberg o.J.

Jahresbericht über das Kgl. Alte Gymnasium 1903/1904, Nürnberg o.J.

Jahresbericht über das Kgl. Alte Gymnasium 1904/1905, Nürnberg o.J.

Jahresbericht über das Kgl. Alte Gymnasium 1905/1906, Nürnberg o.J.

Jahresbericht über das Kgl. Alte Gymnasium 1906/1907, Nürnberg o.J.

Konrad H. JARAUSCH, Korporationen im Kaiserreich. Einige kulturgeschichtliche Überlegungen, in: Harm-Hinrich BRANDT – Matthias STICKLER (Hg.), „Der Burschen Herrlichkeit“. Geschichte und Gegenwart des studentischen Korporationswesens (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Würzburg 8), Würzburg 1998, 63–83.

Anton JOACHIMSTHALER, Hitler in München 1908–1920, Frankfurt/Main 1992.

Werner JOCHMANN, Brüning's Deflationspolitik und der Untergang der Weimarer Republik, in: Dirk STEGMANN – Bernd-Jürgen WENDT – Peter-Christian WITT (Hg.), Industrielle Gesellschaft und politisches System. Beiträge zur politischen Sozialgeschichte. Festschrift für Fritz Fischer zum siebzigsten Geburtstag (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert Stiftung 137), Bonn 1978, 97–112.

Antonius JOHN, Bauernköpfe 1946–1986, Bonn 1986.

Walther KALKOFF, Veredelungswirtschaft, in: Bernhard BAUKNECHT (Hg.), Wörterbuch der Agrarpolitik. Erläuterungen der wichtigsten agrarpolitischen Grundsätze und Begriffe, Hamburg 1961, 164f.

Rudolf KANZLER, Bayerns Kampf gegen den Bolschewismus. Geschichte der bayerischen Einwohnerwehren, München 1931.

Kapitalbildung und Steuersystem. Verhandlungen und Gutachten der Konferenz von Eilsen, hg. von Gerhard COLM und Hans NEISSER (Veröffentlichungen der Friedrich List-Gesellschaft 3/1), Berlin 1930.

Steven Theodore KATZ, Kontinuität und Diskontinuität zwischen christlichem und nationalsozialistischem Antisemitismus, Tübingen 2001.

Eckart KEHR, Englandhaß und Weltpolitik. Eine Studie über die innenpolitischen und sozialen Grundlagen der deutschen Außenpolitik um die Jahrhundertwende, in: Eckart KEHR, Der Primat der Innenpolitik. Gesammelte Aufsätze zur preußisch-deutschen Sozialgeschichte, hg. von Hans-Ulrich WEHLER (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin 19), Berlin<sup>2</sup>1970, 149–175.

Walter KERBER, Oswald v. Nell-Breuning, in: LThK Bd. 7, Freiburg/Breisgau 1998, 732f.

Ian KERSHAW, Hitler 1889–1936, Stuttgart 1998.

Richard KEBLER, Heinrich Held als Parlamentarier. Eine Teilbiographie 1868–1924 (Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter 6), Berlin 1971.

Elina KIISKINEN, Die Deutschnationale Volkspartei in Bayern (Bayerische Mittelpartei) in der Regierungspolitik des Freistaats während der Weimarer Zeit (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 145), München 2005.

Günther KIMMEL, Das Konzentrationslager Dachau. Eine Studie zu den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen, in: Martin BROZAT – Elke FRÖHLICH (Hg.), Bayern in der NS-Zeit Bd. 2, München 1979, 349–413.

Johann KIRCHINGER, Bauernvereinstradition im Einheitsverband. Der Bayerische Bauernverband in der Oberpfalz 1945 bis 1955, in: VHVO 146 (2006), 183–226.

Johann KIRCHINGER, Der Bayerische Bauernverband und die US-Militärregierung 1945–1949, masch. Magisterarbeit Regensburg 2004.

Johann KIRCHINGER, Der Gehilfe des Regensburger „Bauerndoktors“. Die Geschichte des Gregor Klier, in: Konrad Maria FÄRBER (Hg.), Brücken über den Zeitenstrom (Regensburger Almanach 37), Regensburg 2003, 133–137.

Johann KIRCHINGER, Die Stenographischen Berichte der Verhandlungen der Bayerischen Landesbauernkammer (1920–1933), in: ZBLG 70 (2007), 263–277.

Manfred KITTEL, Martin Schiele, in: NDB Bd. 22, Berlin 2005, 741.

Manfred KITTEL, „Weimar“ im evangelischen Bayern. Politische Mentalität und Parteiwesen 1918–1933 mit einem Ausblick auf die Zeit nach 1945, München 2001.

Manfred KITTEL, Zwischen völkischem Fundamentalismus und gouvernementaler Taktik. DNVP-Vorsitzender Hans Hilpert und die bayerischen Deutschnationalen, in: ZBLG 59 (1996), 849–901.

Ekkehard KLAUSA, Vom Bündnispartner zum „Hochverräter“. Der Weg des konservativen Widerstandskämpfers Ferdinand von Lüninck, in: Westfälische Forschungen 43 (1993), 530–571.

Christian KLEIN, Biographik zwischen Theorie und Praxis. Versuch einer Bestandsaufnahme, in: Christian KLEIN (Hg.), Grundlagen der Biographik. Theorie und Praxis des biographischen Schreibens, Stuttgart 2002, 1–22.

Josef KLEINDINST, Geschichte der neueren bayerischen Statistik (Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern 86), München 1914.

Volker KLEMM, Agrarwissenschaften in Deutschland. Geschichte – Tradition. Von den Anfängen bis 1945, Sankt Katharinen 1992.

Volker KLEMM, Ursachen und Verlauf der Krise der deutschen Landwirtschaft von 1927/28 bis 1933. Ein Beitrag zur Agrarkrisentheorie, Berlin 1965.

Gregor KLIER, Tagebuch 1910–1945, hg. von Gertraud STINDL, Würzburg <sup>2</sup>2000.

Ulrich KLUGE, Agrarwirtschaft und ländliche Gesellschaft im 20. Jahrhundert (Enzyklopädie deutscher Geschichte 73), München 2005.

Ulrich KLUGE, Deutsche Agrarpolitik im 20. Jahrhundert zwischen Protektionismus und wirtschaftlicher Modernisierung. Ausklang des Agrarischen?, in: Daniela MÜNDEL (Hg.), Der lange Abschied vom Agrarland. Agrarpolitik, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft zwischen Weimar und Bonn (Veröffentlichungen des Arbeitskreises Geschichte des Landes Niedersachsen 16), Göttingen 2000, 289–314.

Ulrich KLUGE, Vierzig Jahre Agrarpolitik in der Bundesrepublik Deutschland Bd. 1: Vorgeschichte (1918–1948). Die Ära Niklas (1949–1953). Die Ära Lübke (1953–1959). Die Ära Schwarz (1959–1965) (Berichte über Landwirtschaft Sonderheft 202), Hamburg 1989.



Peter Jakob KOCK, SPD und BVP im Bayerischen Landtag 1919 bis 1933, in: Walter ZIEGLER (Hg.), Der Bayerische Landtag vom Spätmittelalter bis zur Gegenwart. Probleme und Desiderate historischer Forschung (Beiträge zum Parlamentarismus 8), München 1995, 175–184.

Georg KÖGLMEIER, Die zentralen Rätegremien in Bayern 1918/19. Legitimation – Organisation – Funktion (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 135), München 2001.

Heinrich KÖHLER, Lebenserinnerungen des Politikers und Staatsmannes 1878–1949, hg. von Josef BECKER (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg. Reihe A: Quellen 11), Stuttgart 1964.

Ludwig KÖNIG, Um einen Generalsekretär, in: Oberbayerisches Volksblatt vom 17. Mai 1952, 1–3.

Till KÖSSLER – Helke STADTLAND, „Organisationsmenschen“. Thesen zur Geschichte der Funktionäre im 20. Jahrhundert, in: Till KÖSSLER – Helke STADTLAND (Hg.), Vom Funktionieren der Funktionäre. Politische Interessenvertretung und gesellschaftliche Integration in Deutschland nach 1933 (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen. Schriftenreihe A: Darstellungen 30), Essen 2004, 7–36.

Eberhard KOLB, Die Weimarer Republik (Oldenbourg Grundriss der Geschichte 16), München <sup>6</sup>2002.

Panajotis KONDYLIIS, Konservativismus. Geschichtlicher Gehalt und Untergang, Stuttgart 1986.

Tilman P. KOOPS, Zielkonflikte der Agrar- und Wirtschaftspolitik in der Ära Brüning, in: Hans MOMMSEN – Dietmar PETZINA – Bernd WEISBROD (Hg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974, 852–868.

Michael KOPSIDIS, Agrarentwicklung. Historische Agrarrevolutionen und Entwicklungsökonomie (Grundzüge der modernen Wirtschaftsgeschichte 6), Stuttgart 2006.

Josef KRAMMER, „Landleben als Ideologie“. Entwicklung und Funktion der Bauerntumsideologie, in: ZAA 37 (1989), 56–63.

Gerhard KRATZSCH, Engelbert Reichsfreiherr von Kerckerinck zur Borg. Westfälischer Adel zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik, Münster 2004.

Margret KRAUL, Das deutsche Gymnasium 1780–1980 (Neue Historische Bibliothek), Frankfurt/Main 1984.

Andreas KRAUS, „Monarchistische Umtriebe“ in Bayern 1925. Ein Beitrag zum Selbstverständnis der Bayerischen Volkspartei, in: Karl-Dietrich BRACHER u.a. (Hg.), Staat und Parteien. Festschrift für Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag, Berlin 1992, 635–655.

Ludwig KRAUB, Leitfaden der Deutschen Poetik für Gymnasiallehrer und zum Selbstunterricht, Ansbach <sup>3</sup>1907.

Sylvia KRAUB, Nachlässe im Bayerischen Hauptstaatsarchiv 1800 bis heute (Bayerische Archivinventare 53), München 2005.

Hans KRETSCHMAR, Deutsche Agrarprogramme der Nachkriegszeit. Die agrarpolitischen Forderungen der landwirtschaftlichen Berufsverbände (Fachschriften zur Politik und staatsbürgerlichen Erziehung), Berlin 1933.

Georg KREUZER, Zum schriftlichen Nachlaß des ehemaligen Krumbacher Landrats und Präsidenten des Bayerischen und Deutschen Bauernverbandes Dr. Fridolin Rothermel (1895–1955) in: ZHVS 86 (1993), 275–283.

Woldemar KRIEBEL, Für die allgemeine Volksschule, Hannover 1895.

Peter KRITZER, Die bayerische Sozialdemokratie und die bayerische Politik in den Jahren 1918 bis 1923 (Miscellanea Bavarica Monacensia 20), München 1969.

Georg KROPP, Schilderungen aus der Ansbacher Zeit, in: Bayerisches Bauernblatt vom 21. April 1925, 10–12.

Dieter KRÜGER, Kriegssozialismus. Die Auseinandersetzung der Nationalökonomien mit der Kriegswirtschaft 1914–1918, in: Wolfgang MICHALKA (Hg.), Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse (Serie Piper 1927), München 1994, 506–529.

Dieter KRÜGER, Nationalökonomien im wilhelminischen Deutschland (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 58), Göttingen 1983.

Gerd KRUMEICH, Vergleichende Aspekte der „Kriegsschulddebatte“ nach dem Ersten Weltkrieg, in: Wolfgang MICHALKA (Hg.), Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse, München 1994, 913–928.

Ulrich KÜHN, Die Reform des Rechtsstudiums zwischen 1848 und 1933 in Bayern und Preußen (Schriften zur Rechtsgeschichte 80), Berlin 2000.

Thomas S. KUHN, Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen. Zweite revidierte und um das Postskriptum von 1969 ergänzte Auflage, Frankfurt/Main<sup>2</sup>1976.

Aline Marie KUNTZ, Conservatives in Crisis: The Bavarian Christian Social Union and the Ideology of Antimodernism, masch. Diss. Cornell University 1987.

Walther LAMBACH, Der Abgeordnete, in: Paul LÖBE (Hg.), Der Deutsche Reichstag. Eine kurze Einführung in seine Arbeit und seine Organisation, Berlin 1929, 19–23.

Walther LAMBACH, Die Herrschaft der Fünfhundert. Ein Bild des parlamentarischen Lebens im neuen Deutschland, Hamburg 1926.

Ernst LANGENDORF – Georg WULFFIUS, In München fing's an. Presse – Parteien – Rundfunk, München 1985.

Rainer LANGKOPF, Die Landwirtschaftskammern und die landwirtschaftskammerähnlichen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 1960.

David Clay LARGE, *Hitlers München. Aufstieg und Fall der Hauptstadt der Bewegung*, München 1998.

David Clay LARGE, *Politics of Law and Order. A History of the Bavarian Einwohnerwehr 1918–1921* (Transactions of the American Philosophical Society Held at Philadelphia for Promoting Useful Knowledge 70/2), Philadelphia 1980.

Hermann LAUERBACH, *Die Bayerische Landwirtschaft im wirtschaftspolitischen Leben unter besonderer Berücksichtigung der staatlichen Einwirkungen und der landwirtschaftlichen Organisationen: ein Beitrag zur neueren Agrarpolitik*, masch. Diss. Erlangen 1924.

Hermann LAUERBACH, *Was lehren die Buchführungsergebnisse der letzten Jahre?*, in: *Steuer und Buchführung* (Beilage zur BAR) vom 26. Juli 1932, 7f.

Hermann LAUERBACH, *Wesen und Organisation der landwirtschaftlichen Buchstellen Bayerns*, in: *Landwirtschaftliche Buchführungsergebnisse von Bayern für das Wirtschaftsjahr 1930/31* (Besprechung) (Schriftenreihe der landwirtschaftlichen Buchstellen Bayerns 6), München 1932, 1–4.

Hans Georg LEHMANN, *Die Agrarfrage in der Theorie und Praxis der deutschen und internationalen Sozialdemokratie. Vom Marxismus zum Revisionismus und Bolschewismus* (Tübinger Studien zur Geschichte und Politik 26), Tübingen 1970.

*Lehrjahre der CSU. Eine Nachkriegspartei im Spiegel vertraulicher Berichte an die amerikanische Militärregierung*, hg. von Klaus-Dietmar HENKE und Hans WOLLER (Schriftenreihe der VZG 48), Stuttgart 1984.

Adolf LEICHTLE, *Die Allgäuer Butter- und Käsebörsen. Entstehung, Organisation und Wirken von 1921 bis 1934*, in: Karl LINDNER (Hg.), *Geschichte der Allgäuer Milchwirtschaft. 100 Jahre Allgäuer Milch im Dienste der Ernährung*, Kempten 1955, 353–409.

Kurt LENK, *Deutscher Konservatismus*, Frankfurt/Main 1989.

Leonhard LENK, *Bauern im Bayerischen Landtag 1819–1970*, in: Günther FRANZ (Hg.), *Bauernschaft und Bauernstand 1500–1972. Büdinger Vorträge 1971–1972* (Deutsche Führungsschichten der Neuzeit 8), Limburg/Lahn 1975, 245–264.

Leonhard LENK, *Georg Heim*, in: Gerhard PFEIFFER (Hg.), *Fränkische Lebensbilder Bd.3*, Würzburg 1969, 347–382.

Leonhard LENK, *Moritz Freiherr von und zu Franckenstein*, in: Sigmund Freiherr von PÖLNITZ (Hg.), *Lebensläufe aus Franken Bd. 6* (Veröffentlichungen der Gesellschaft für Fränkische Geschichte. Siebente Reihe 6), Würzburg 1960, 197–203.

Rosemarie LEUSCHEN-SEPPEL, *Budget- und Agrarpolitik der SPD*, in: Wolfgang LUTHARDT (Hg.), *Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik. Materialien zur gesellschaftlichen Entwicklung 1927–1933 Bd. 1*, Frankfurt/Main 1978, 83–98.

Jörg LICHTER, Zwangslagen der nationalsozialistischen Agrarpolitik von 1933 bis 1939. Ideologie, Aufrüstung und Technisierung der Landwirtschaft, in: Günther SCHULZ (Hg.), Von der Landwirtschaft zur Industrie. Wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Wandel im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Friedrich-Wilhelm Henning zum 65. Geburtstag, Paderborn 1996, 295–318.

Joachim LILLA (Bearb.), Der Bayerische Landtag 1918/19 bis 1933. Wahlvorschläge – Zusammensetzung – Biographien (Materialien zur Bayerischen Landesgeschichte 21), München 2008.

Friedrich LINDNER, Die unehelichen Geburten als Sozialphänomen. Ein Beitrag zur Statistik der Bevölkerungsbewegung im Königreiche Bayern (Wirtschafts- und Verwaltungsstudien mit besonderer Berücksichtigung Bayerns 7), Leipzig 1900.

Paul LÖBE, Erinnerungen eines Reichstagspräsidenten, Berlin 1949.

Karl LOEWENSTEIN, Kooptation und Zuwahl. Über die autonome Bildung privilegierter Gruppen, Frankfurt/Main 1973.

Martin LUIBLE, Die parlamentarische Vertretung Bayerns im Landtag und im Reichstag, München 1920.

Hannelore MABRY, Unkraut ins Parlament. Die Bedeutung weiblicher parlamentarischer Arbeit für die Emanzipation der Frau, München 1971.

Peter MÄRZ, Der Erste Weltkrieg. Deutschland zwischen dem langen 19. Jahrhundert und dem kurzen 20. Jahrhundert (Berlin & München. Studien zu Politik und Geschichte 1), Stamsried 2004.

Christian MAGA, Prälat Johann Leicht (1868–1940). Konservativer Demokrat in der Krise der Zwischenkriegszeit. Eine politische Biographie des Vorsitzenden der Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei in Berlin, masch. Diss. Würzburg 1990.

Gunther MAI, Kapitalismuskritik, Sozialismusdebatte und das Krieg-Frieden-Problem nach den beiden Niederlagen 1918 und 1945, in: Gottfried NIEDHART – Dieter RIESENBERGER (Hg.), Lernen aus dem Krieg? Deutsche Nachkriegszeiten 1918 und 1945. Beiträge zur historischen Friedensforschung, München 1992, 241–261.

Gunther MAI, „Verteidigungskrieg“ und „Volksgemeinschaft“. Staatliche Selbstbehauptung, nationale Solidarität und soziale Befreiung in Deutschland in der Zeit des Ersten Weltkrieges (1900–1925), in: Wolfgang MICHALKA (Hg.), Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse, München 1994, 583–602.

Bernhard MANN, Biographisches Handbuch für das preußische Abgeordnetenhaus 1867–1918 (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 3), Düsseldorf 1988.

Werner MASER, Die Frühgeschichte der NSDAP. Hitlers Weg bis 1924, Frankfurt/Main 1965.

Wilhelm MATTES, Die Bayerischen Bauernräte. Eine soziologische und historische Untersuchung über bäuerliche Politik (Münchner Volkswirtschaftliche Studien), Stuttgart 1921.

Ilse MAURER, Reichsfinanzen und Große Koalition. Zur Geschichte des Reichskabinetts Müller (1928–1930) (Moderne Geschichte und Politik 1), Frankfurt/Main 1973.

Georg von MAYR, Die Pflicht im Wirtschaftsleben, Tübingen 1900.

Georg von MAYR, Die Staatswissenschaften und ihr Standort im Universitätsunterricht. Rede beim Antritt des Rektorats der Ludwig-Maximilians-Universität, München 1913.

Georg von MAYR, Theoretische Statistik (Handbuch des Öffentlichen Rechts. Einleitungsband/Fünfte Abteilung), Freiburg/Breisgau 1895.

Uwe MAZURA, Zentrumsparterie und Judenfrage 1870/71–1933. Verfassungsstaat und Minderheitenschutz (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte. Reihe B: Forschungen 62), Mainz 1994.

Franz MENGES, Hans Schmelzle. Bayerischer Staatsrat im Ministerium des Äußeren und Finanzminister. Eine politische Biographie mit Quellenanhang (ZBLG Beiheft 1), München 1972.

Franz MENGES, Reichsreform und Finanzpolitik. Die Aushöhlung der Eigenstaatlichkeit Bayerns auf finanzpolitischem Wege in der Zeit der Weimarer Republik (Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter 7), Berlin 1971.

Friedhelm MENNEKES, Die Republik als Herausforderung. Konservatives Denken in Bayern zwischen Weimarer Republik und antidemokratischer Reaktion (1918–1925) (Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter 8), Berlin 1972.

Thomas MERGEL, Der Funktionär, in: Ute FREVERT – Heinz-Gerhard HAUPT (Hg.), Der Mensch des 20. Jahrhunderts, Essen <sup>2</sup>2004, 278–300.

Stephanie MERKENICH, Grüne Front gegen Weimar. Reichs-Landbund und agrarischer Lobbyismus 1918–1933 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 113), Düsseldorf 1998.

Friedrich MERZ, Die Bayerische Landespreisstelle beim Bayerischen Statistischen Landesamt, in: Allgemeines Statistisches Archiv 12 (1920), 244–297.

Johannes MESSNER, Der Funktionär. Seine Schlüsselstellung in der heutigen Gesellschaft, Innsbruck 1961.

Herbert MEYERHÖFER, Humboldt, Hegel und die Folgen – Aspekte der neuhumanistischen Bildungskonzeption, in: 450 Jahre Melanchthon-Gymnasium. Festschrift und Jahresbericht 1975/76, Nürnberg 1976, 73–80.

Robert MICHELS, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, Leipzig 1911.

James W. MILLER, Engelbert Dollfuß als Agrarfachmann. Eine Analyse bäuerlicher Führungsbegriffe und österreichischer Agrarpolitik 1918–1934 (Böhlau zeitgeschichtliche Bibliothek 10), Wien 1989.

Alf MINTZEL, Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin 26), Opladen 1975.

Alf MINTZEL, Die CSU-Hegemonie in Bayern. Strategie und Erfolg, Gewinner und Verlierer, Passau 1998.

Robert G. MOELLER, German Peasants and Agrarian Politics 1914–1924. The Rhineland and Westphalia, Chapel Hill 1986.

Robert G. MOELLER, Locating Peasants and Lords in Modern German Historiography, in: Robert G. MOELLER (Hg.), Peasants and Lords in Modern Germany. Recent Studies in Agricultural History, Boston 1986, 1–23.

Silke MÖLLER, „Bier, Unfug und Duelle“? Corpsstudentische Erziehung im deutschen Kaiserreich 1871–1914, München 2004.

Wilhelm MÖBLE, Der Bayerische Senat und seine geistesgeschichtlichen Grundlagen, in: Bayerische Verwaltungsblätter 41 (1995), 1–13.

Rudolf MORSEY, Andreas Hermes. Ein christlicher Demokrat in der ersten und zweiten deutschen Demokratie, in: Historisch-Politische Mitteilungen 10 (2003), 129–149.

Rudolf MORSEY, Brüning und Bayern, in: Archivalische Zeitschrift 73 (1977), 199–208.

Rudolf MORSEY, Heinrich Lübke. Eine politische Biographie, Paderborn 1996.

Rudolf MORSEY, Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumsparlei zwischen christlichem Selbstverständnis und ‚Nationaler Erhebung‘ 1932/33, Stuttgart 1977.

Andreas MÜLLER, „Fällt der Bauer, stürzt der Staat.“ Deutschnationale Agrarpolitik 1928–1933, München 2003.

Karl Alexander von MÜLLER, Aus Gärten der Vergangenheit. Erinnerungen 1882–1914, Stuttgart 1951.

Markus MÜLLER, Die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei 1928–1933 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 129), Düsseldorf 2001.

Friedrich MÜNCH, Die agitatorische Tätigkeit des Bauernführers Heim. Zur Volksernährungsfrage aus der Sicht des Pressereferates des bayerischen Kriegsministeriums während des Ersten Weltkrieges, in: Karl BOSL (Hg.), Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen, München 1969, 301–344.

Heinrich MUTH, Agrarpolitik und Parteipolitik im Frühjahr 1932, in: Ferdinand A. HERMENS – Theodor SCHIEDER (Hg.), Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik. Festschrift für Heinrich Brüning, Berlin 1967, 317–360.

Heinrich MUTH, Die Führungsschichten der Bauernverbände, in: Günther FRANZ (Hg.), Bauernschaft und Bauernstand 1500–1970. Büdinger Vorträge 1971–1972 (Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit 8), Limburg/Lahn 1975, 291–321.

Heinrich MUTH, Zum Sturz Brüning's. Der agrarpolitische Hintergrund, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 16 (1965), 739–759.

Karl-Heinz NABMACHER – Wolfgang RUDZIO, Das lokale Parteiensystem auf dem Lande. Dargestellt am Beispiel der Rekrutierung von Gemeinderäten, in: Hans-Georg WEHLING (Hg.), Dorfpolitik. Fachwissenschaftliche Analysen und didaktische Hilfen, Opladen 1978, 127–142.

Hans NAWIASKY, Bayerisches Verfassungsrecht, München 1923.

Reinhard NEEBE, Großindustrie, Staat und NSDAP 1930–1933. Paul Silverberg und der Reichsverband der Deutschen Industrie in der Krise der Weimarer Republik (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 45), Göttingen 1981.

Oswald von NELL-BREUNING, Bodenrecht, in: Staatslexikon Bd. 1, Freiburg/Breisgau <sup>5</sup>1926, 953–960.

Oswald von NELL-BREUNING, Deutsche Rentenbank, in: Staatslexikon Bd. 4, <sup>5</sup>1931, 861–866.

Oswald von NELL-BREUNING, Preis, Preisgerechtigkeit, in: Staatslexikon Bd. 4, Freiburg/Breisgau <sup>5</sup>1931, 357–369.

Oswald von NELL-BREUNING, Preußische Zentralgenossenschaftskasse, in: Staatslexikon Bd. 5, Freiburg/Breisgau <sup>5</sup>1932, 1571–1574.

Anthony J. NICHOLLS, Hitler and the Bavarian Background to National Socialism, in: Anthony J. NICHOLLS – Erich MATTHIAS (Hg.), German Democracy and the Triumph of Hitler. Essays in Recent German History (St. Anthony's College, Oxford, Publications 3), London 1971, 99–128.

Gottfried NIEDHART, „So viel Anfang war noch nie“ oder: „Das Leben und nichts anderes“ – Deutsche Nachkriegszeiten im Vergleich, in: Gottfried NIEDHART – Dieter RIESENBERGER (Hg.), Lernen aus dem Krieg? Deutsche Nachkriegszeiten 1918 und 1945. Beiträge zur historischen Friedensforschung, München 1992, 11–38.

Heinrich NIEHAUS, Den Agrarpolitikern in's Gedächtnis. Wege und Irrwege der Agrarpolitik, Bonn 1976.

Heinrich NIEHAUS, Staats- und Verbandsmacht prägen die Agrarpolitik, in: Eberhard GERHARDT – Paul KUHLMANN (Hg.), Agrarwirtschaft und Agrarpolitik (Neue wissenschaftliche Bibliothek: Wirtschaftswissenschaften 30), Köln 1969, 129–145.

Paul NOACK, Technischer Fortschritt als konservative Aufgabe? Zur Kritik des technokratischen Konservatismus, in: Gerd-Klaus KALTENBRUNNER (Hg.), Die Herausforderung der Konservativen. Absage an Illusionen, Freiburg/Breisgau 1974, 66–83.

Alexander NÜTZENADEL, *Landwirtschaft, Staat und Autarkie. Agrarpolitik im faschistischen Italien (1922–1943)* (Bibliothek des Deutschen Historischen Instituts in Rom 86), Tübingen 1997.

Horst NUßER, *Konservative Wehrverbände in Bayern, Preußen und Österreich 1918–1933 mit einer Biographie von Forstrat Georg Escherich 1870–1941* (Moderne Geschichte 1), München 1973.

Otto Gerhard OEXLE – Werner CONZE – Rudolf WALTHER, *Stand, Klasse*, in: Otto BRUNNER – Werner CONZE – Reinhart KOSELLECK (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon der politisch-sozialen Sprache in Deutschland* Bd. 6, Stuttgart 1990, 155–284.

Jonathan OSMOND, *Rural Protest in the Weimar Republic. The Free Peasantry in the Rhineland and Bavaria*, New York 1993.

Jonathan OSMOND, *A Second Agrarian Mobilization? Peasant Associations in South and West Germany, 1918–1924*, in: Robert G. MOELLER (Hg.), *Peasants and Lords in Modern Germany. Recent Studies in Agricultural History*, Boston 1986, 168–197.

Arno PANZER, *Das Ringen um die deutsche Agrarpolitik von der Währungsstabilisierung bis zur Agrardebatte im Reichstag im Dezember 1928* (Beiträge zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 1), Kiel 1970.

Talcott PARSONS, *Über wesentliche Ursachen und Formen der Aggressivität in der Sozialstruktur westlicher Industriegesellschaften*, in: Talcott PARSONS, *Beiträge zur soziologischen Theorie*, hg. von Dietrich RÜSCHEMEYER (Soziologische Texte 15), Neuwied/Rhein 1964, 223–255.

Robert PASCHKE, *Studentenhistorisches Lexikon* (GDS-Archiv für Hochschul- und Studentengeschichte Beiheft 9), Köln 1999.

Klaus D. PATZWALL, *Der Reichsluftschutzbund 1933–1945. Uniformen, Ausrüstung, Fahnen* (Schriftenreihe Uniform und Ausrüstung deutscher Streitkräfte 4), Norderstedt 1989.

Hubert von PECHMANN, *Geschichte der Staatswirtschaftlichen Fakultät*, in: Laetitia BOEHM – Johannes SPÖRL (Hg.), *Die Ludwig-Maximilians-Universität in ihren Fakultäten* Bd.1, Berlin 1972, 127–183.

Dietmar PETZINA, *Elemente der Wirtschaftspolitik in der Spätphase der Weimarer Republik*, in: VZG 21 (1973), 127–133.

Dietmar PETZINA, *Hauptprobleme der deutschen Wirtschaftspolitik 1932–1933*, in: VZG 15 (1967), 18–55.

Dietmar PETZINA, *Staatliche Ausgaben und deren Umverteilungswirkung – das Beispiel der Industrie- und Agrarsubventionen in der Weimarer Republik*, in: Fritz BLAICH (Hg.), *Staatliche Umverteilungspolitik in historischer Perspektive. Beiträge zur Entwicklung des Staatsinterventionismus in Deutschland und Österreich* (Schriften des Vereins für Socialpolitik. Neue Folge 109), Berlin 1980, 59–105.



Anton PFEIFFER, Gedankenwelt und Tätigkeit der Bayerischen Volkspartei (Zentral-Archiv für Politik und Wirtschaft Sonderheft 1), München 1922.

Adolf PFEUFFER, Die Bedeutung der Standardisierung für die Landwirtschaft, in: BAR vom 25. Oktober 1932, 237–239.

Otto PFLEIDERER, Das Prinzip „Mark = Mark“ in der deutschen Inflation 1914 bis 1924, in: Otto BÜSCH – Gerald D. FELDMAN (Hg.), Historische Prozesse der deutschen Inflation 1914 bis 1924 (Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 21), Berlin 1978, 69–82.

Georg PIX, Die Organisation der Landwirtschaft in Bayern. Eine Darstellung der Entwicklung des landwirtschaftlichen Berufsvertretungsgedankens, masch. Diss. Erlangen 1923.

Ulrich PLANCK, Bewusstseinslagen als Gegebenheit agrarpolitischer Willensbildung, in: Hans-Günther SCHLOTTER (Hg.), Die Willensbildung in der Agrarpolitik (Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues 8), München 1971, 71–85.

Ulrich PLANCK, Die Landwirtschaft in der Industriegesellschaft und die Industrialisierung der Landwirtschaft, in: ZAA 33 (1985), 56–77.

Barbara PÖHLMANN, Heinrich Held als Bayerischer Ministerpräsident (1924–1933), masch. Diss. München 1996.

Karl Heinrich POHL, Weimars Wirtschaft und die Außenpolitik der Republik 1924–1926. Vom Dawes-Plan zum Internationalen Eisenpakt, Düsseldorf 1979.

Friedrich POHLMANN, Die europäische Industriegesellschaft. Voraussetzungen und Grundstrukturen, Opladen 1997.

Politik in Bayern 1919–1933. Berichte des württembergischen Gesandten Carl Moser von Filseck, hg. von Wolfgang BENZ (Schriftenreihe der VZG 22/23), Stuttgart 1971.

Politik und Wirtschaft in der Krise 1930–1932. Quellen zur Ära Brüning, bearb. von Ilse MAURER und Udo WENGST (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien III/4), Düsseldorf 1980.

Reiner POMMERIN, Die Ausweisung der „Ostjuden“ aus Bayern 1923. Ein Beitrag zum Krisenjahr der Weimarer Republik, in: VZG 34 (1986), 311–340.

Wilhelm PREGER, Lehrbuch der bayerischen Geschichte, Erlangen <sup>16</sup>1904.

Kurt PRITZKOLEIT, Die neuen Herren. Die Mächtigen in Staat und Wirtschaft, Wien 1955.

Robert PROBST, Die NSDAP im Bayerischen Landtag 1924–1933 (Münchner Studien zur neueren und neuesten Geschichte 19), Frankfurt/Main 1998.

Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstands der Deutschen Zentrumspartei 1926–1933, bearb. von Rudolf MORSEY (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte. Reihe A: Quellen 9), Mainz 1969.

Die Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1945–1954. Das Kabinett Ehard II. 20. September 1947 bis 18. Dezember 1950 Bd. 1: 1947/1948, bearb. von Karl-Ulrich GELBERG, München 2003.

Hermann PÜNDER, Politik in der Reichskanzlei. Aufzeichnungen aus den Jahren 1929–1932, hg. von Thilo VOGELSANG (Schriftenreihe der VZG 3), Stuttgart 1961.

Astrid von PUFENDORF, Otto Klepper (1888–1957). Deutscher Patriot und Weltbürger (Studien zur Zeitgeschichte 54), Stuttgart 1997.

Hans-Jürgen PUHLE, Innovation von oben. Zur deutschen Tradition, in: Offene Welt 103 (1975), 21–32.

Hans-Jürgen PUHLE, Politische Agrarbewegungen in kapitalistischen Agrargesellschaften. Deutschland, USA und Frankreich im 20. Jahrhundert (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 16), Göttingen 1975.

Wolfram PYTA, Dorfgemeinschaft und Parteipolitik 1918–1933. Die Verschränkung von Milieu und Parteien in den protestantischen Landgebieten Deutschlands in der Weimarer Republik (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 106), Düsseldorf 1996.

Wolfgang RATJEN, Die bayerischen Bauernkammern von 1920 bis 1933 (Miscellanea Bavarica Monacensia 115), München 1981.

Ulrich RAULFF, Das Leben – buchstäblich. Über neuere Biographik und Geschichtswissenschaft, in: Christian KLEIN (Hg.), Grundlagen der Biographik. Theorie und Praxis des biographischen Schreibens, Stuttgart 2002, 55–68.

Albert REBLE, Das Schulwesen, in: Max SPINDLER (Hg.), Handbuch der Bayerischen Geschichte Bd. 4/2, München 1979, 949–990 [verbesserter Nachdruck der Ausgabe 1975].

Recht und Politik in Bayern zwischen Prinzregentenzeit und Nationalsozialismus. Die Erinnerungen von Philipp Loewenfeld, hg. von Peter LANDAU und Rolf RIEß (Abhandlungen zur Rechtswissenschaftlichen Grundlagenforschung 91), Ebelsbach 2004.

Sabine REHM, Josef Singer (1888–1980), in: Helga SCHMÖGER (Bearb.), Der Bayerische Senat. Biographisch-statistisches Handbuch 1947–1997 (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 10), Düsseldorf 1998, 79–93.

Reich und Länder. Texte zur deutschen Verfassungsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, hg. von Hans BOLDT, München 1987.

Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft. Das Handbuch der Persönlichkeiten in Wort und Bild Bd.1, Berlin 1930.

Joachim REIMANN, Ernst Müller-Meinigen senior und der Linksliberalismus in seiner Zeit. Zur Biographie eines bayerischen und deutschen Politikers (1866–1944) (Miscellanea Bavarica Monacensia 11), München 1968.

Ekkehard REITTER, Franz Gürtner. Politische Biographie eines deutschen Juristen 1881–1941 (Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter 13), Berlin 1976.

Hermann RENNER, Georg Heim als Agrarpolitiker bis zum Ende des ersten Weltkriegs, masch. Diss. München 1957.

Hermann RENNER, Georg Heim, der Bauern doktor. Lebensbild eines „ungekrönten Königs“, München <sup>2</sup>1961.

Christiane REUTER, „Graue Eminenz der bayerischen Politik“. Eine politische Biographie Anton Pfeiffers (1888–1957) (Miscellanea Bavarica Monacensia 117), München 1987.

Johann RIBLINGER, Radikalmittel zur Hebung des Notstandes der bayer. Bauern. Beitrag zur gründlichen Lösung der deutschen Agrarfrage, München [1895].

Ludwig RICHTER, Die Deutsche Volkspartei 1918–1933 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 134), Düsseldorf 2002.

Fritz RIEMERSCHMID, Die Jugendpflege in der Stadt München und die ihr dienenden Wohlfahrtseinrichtungen für das Säuglings- und Kindesalter, masch. Diss. Erlangen 1924.

Emil RIES, Die Gefahren der allgemeinen Volksschule (Einheitsschule), Leipzig 1901.

Ludwig Wilhelm RIES, Zum 100. Geburtstag Friedrich Aereboes, in: ZAA 13 (1965), 44–61.

Richard RINGELMANN, Die Bayerische Volkspartei. Ein Handbuch für die Wählerschaft, München 1920.

Kurt RITTER, Die Autarkiebestrebungen und ihr Einfluß auf die Angleichung von Erzeugung und Bedarf, in: Fritz BECKMANN u.a. (Hg.), Deutsche Agrarpolitik im Rahmen der inneren und äußeren Wirtschaftspolitik. Teil II: Die deutsche Agrarpolitik im Rahmen einer organischen Förderung der deutschen Gesamtwirtschaft (Veröffentlichungen der Friedrich List-Gesellschaft 6), Berlin 1932, 641–654.

Hedwig RÖCKELEIN, Der Beitrag der psychohistorischen Methode zur „neuen historischen Biographie“, in: Biographie als Geschichte (Forum Psychohistorie 1), Tübingen 1993, 17–38.

Wilhelm von ROEDER, Dr. Hubert von Schilcher. Aufbau und Stand seiner Herde im Gebiete des Zuchtverbandes für einfarbig graubraunes Gebirgsvieh (Weilheim), München 1926.

Matthias RÖSCH, Die Münchner NSDAP 1925–1933. Eine Untersuchung zur inneren Struktur der NSDAP in der Weimarer Republik (Studien zur Zeitgeschichte 63), München 2002.

Thomas ROHKRÄMER, August 1914 – Kriegsmentalität und ihre Voraussetzungen, in: Wolfgang MICHALKA (Hg.), Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse, München 1994, 759–777.

Karsten RUPPERT, Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923–1930 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 96), Düsseldorf 1992.

Adelheid von SALDERN, Heinrich Dietrich. Ein Staatsmann der Weimarer Republik (Schriften des Bundesarchivs 13), Boppard/Rhein 1966.

Michael SALEWSKI, Das Weimarer Revisionssyndrom, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 2/1980, 14–25.

Ernst SAUER, Landwirtschaftskammern, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften Bd. 6, Stuttgart 1959, 518–520.

Michael SCHÄFER, Fritz Gerlich 1883–1934. Publizistik als Auseinandersetzung mit den ‚politischen Religionen‘ des 20. Jahrhunderts, masch. Diss. München 1998.

Horst SCHALLENBERGER, Untersuchungen zum Geschichtsbild der Wilhelminischen Ära und der Weimarer Zeit. Eine vergleichende Schulbuchanalyse deutscher Schulgeschichtsbücher aus der Zeit von 1888 bis 1933, Ratingen 1964.

Wolfgang SCHIEDER, Sozialismus, in: Otto BRUNNER – Werner CONZE – Reinhart KOSELLECK (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland Bd. 5, Stuttgart 1984, 923–996.

Siegfried SCHIEWECK-MAUK, Lexikon der CV- und ÖCV-Verbindungen. Die Korporationen und Vereinigungen des Cartellverbandes der Katholischen Deutschen Studentenverbindungen (CV) und des Cartellverbandes der katholischen österreichischen Studentenverbindungen (ÖCV) in geschichtlichen Kurzdarstellungen, Würzburg 1997.

Axel SCHILDT, Ende der Ideologien? Politisch-ideologische Strömungen in den 50er Jahren, in: Axel SCHILDT – Arnold SYWOTTEK (Hg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre (Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung. Reihe: Politik- und Gesellschaftsgeschichte 33), Bonn 1993, 627–635.

Axel SCHILDT, Konservatismus in Deutschland. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart (Beck'sche Reihe 1241), München 1998.

Axel SCHINDLER, Die Standardisierung und die Reform des Absatzes deutscher landwirtschaftlicher Erzeugnisse, in: Fritz BECKMANN u.a. (Hg.), Deutsche Agrarpolitik im Rahmen der inneren und äußeren Wirtschaftspolitik. Teil I: Die Lage der deutschen Landwirtschaft und die Gestaltung der agrarpolitischen Einzelmaßnahmen (Veröffentlichungen der Friedrich List-Gesellschaft 5), Berlin 1932, 743–772.

Thomas SCHLEMMER, Aufbruch, Krise und Erneuerung. Die Christlich-Soziale Union 1945 bis 1955 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 41), München 1998.

Sebastian SCHLITTENBAUER, Einleitung, in: Das bayerische Gesetz über die Bauernkammern vom 20. März 1920 nebst Wahlordnung, Vollzugsvorschriften und Bekanntmachung vom 27. März 1920 über die Vertretung der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer, München 1920, 5–12.

Alois SCHLÖGL, Bayerischer Bauernverband. Entstehung und Geschichte, München 1947.

Alois SCHLÖGL, Die ländliche Siedlung und der Krieg, masch. Diss. Erlangen 1920.

Alois SCHLÖGL u.a., Bayerische Agrargeschichte. Die Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft seit Beginn des 19. Jahrhunderts, München 1954.

Hans SCHMELZLE, Der Einfluß des Güterhandels auf den Bodenpreis, in: Wochenblatt des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern vom 24. Juni 1914, 295f.

Franz August SCHMITT (Hg.), Zehn Jahre Wirtschaftsbeirat der Bayerischen Volkspartei. Ein Beitrag zur regionalen Wirtschaftspflege, München 1930.

Günther SCHMITT, Zur frühen Geschichte der landwirtschaftlichen Marktforschung in Deutschland, in: Günter SCHMITT (Hg.), Landwirtschaftliche Marktforschung in Deutschland. Arthur Hanau zum 65. Geburtstag, München 1967, 17–40.

Helga SCHMÖGER (Bearb.), Der Bayerische Senat. Biographisch-statistisches Handbuch 1947–1997 (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 10), Düsseldorf 1998.

Gerhard SCHMOLZE, Zwischen „Schwarzen“ und „Roten“. Der Bauernbündler Konrad Kübler – Zu seinem 100. Geburtstag, in: Unser Bayern 33 (1984), 38–40.

H.K. SCHNEIDER, Sachzwang und wirtschaftspolitische Entscheidungsfreiheit, in: Hans-Günther SCHLOTTER (Hg.), Die Willensbildung in der Agrarpolitik (Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues 8), München 1971, 1–13.

Klaus SCHÖNHOFEN, Die Bayerische Volkspartei 1924–1932 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 46), Düsseldorf 1972.

Klaus SCHÖNHOFEN, Der politische Katholizismus in Bayern unter der NS-Herrschaft 1933–1945, in: Martin BROSZAT – Hartmut MEHRINGER (Hg.), Bayern in der NS-Zeit Bd. 5, München 1983, 541–646.

Klaus SCHÖNHOFEN, Zwischen Anpassung und Ausschaltung. Die Bayerische Volkspartei in der Endphase der Weimarer Republik 1932/33, in: HZ 227 (1977), 340–378.

Klaus SCHREYER, Bayern – ein Industriestaat. Die importierte Industrialisierung. Das wirtschaftliche Wachstum nach 1945 als Ordnungs- und Strukturproblem, München 1969.

Wilhelm Heinz SCHRÖDER, Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867–1933. Biographien – Chronik – Wahldokumentation. Ein Handbuch (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 7), Düsseldorf 1995.

Gerhard SCHULZ, Räte, Wirtschaftsstände und die Transformation des industriellen Verbandswesens am Anfang der Weimarer Republik. Einige historische Orientierungspunkte, in: Gerhard A. RITTER (Hg.), Gesellschaft, Parlament und Regierung. Zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland (Veröffentlichungen der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien), Düsseldorf 1974, 355–366.

Gerhard SCHULZ, Von Brüning zu Hitler. Der Wandel des politischen Systems in Deutschland 1930–1933 (Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik 3), Berlin 1992.

Hagen SCHULZE, Die Biographie in der „Krise der Geschichtswissenschaft“, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 29 (1978), 508–518.

Martin SCHUMACHER, Land und Politik. Eine Untersuchung über politische Parteien und agrarische Interessen 1914–1923 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 65), Bonn 1978.

Martin SCHUMACHER (Hg.), M.d.L. Das Ende der Parlamente 1933 und die Abgeordneten der Landtage und Bürgerschaften der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Ein biographischer Index (Veröffentlichungen der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Bonn), Düsseldorf 1995.

Martin SCHUMACHER (Hg.), M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Eine biographische Dokumentation. Mit einem Forschungsbericht zur Verfolgung deutscher und ausländischer Parlamentarier im nationalsozialistischen Herrschaftsbereich (Veröffentlichungen der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Bonn), Düsseldorf<sup>3</sup> 1994.

Martin SCHUMACHER, Quellen zur Geschichte der Agrarverbände und Agrarpolitik in der Weimarer Republik, in: Thomas TRUMPP – Renate KÖHNE (Bearb.), *Archivbestände zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Weimarer Republik. Übersicht über Quellen in Archiven der Bundesrepublik Deutschland* (Schriften des Bundesarchivs 29), Boppard 1979, 125–159.

Martin SCHUMACHER, Thesen zur Lage und Entwicklung der deutschen Landwirtschaft in der Inflationszeit (1919–1923), in: Otto BÜSCH – Gerald D. FELDMAN (Hg.), *Historische Prozesse der deutschen Inflation 1914 bis 1924* (Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 21), Berlin 1978, 215–217.

Karl SCHWAB, Bayerns Viehstand und die Maßnahmen der Fleischversorgung seit Kriegsbeginn bis Ende 1917, in: *Landwirtschaftliches Jahrbuch für Bayern* 8 (1918), 239–288.

Karl SCHWAB, Der Verkehr auf den bayerischen Wasserstraßen im Jahre 1915, in: *Zeitschrift des Königlich-Bayerischen Statistischen Landesamts* 48 (1916), 163–204.

Karl SCHWAB, Verschiebungen in der beruflichen Gliederung der Bevölkerung Nürnbergs von 1852 bis 1907, München 1914.

Albert SCHWARZ, Die Zeit von 1918 bis 1933. Zweiter Teil: Der vom Bürgertum geführte Freistaat in der Weimarer Republik (1920–1933), in: Max SPINDLER (Hg.), *Handbuch der Bayerischen Geschichte* Bd. 4/1, München 1979, 454–517 [verbesserter Nachdruck der Ausgabe 1974]

Max SCHWARZ, MdR. Biographisches Handbuch der Reichstage, Hannover 1965.

Karl SCHWEND, Die Bayerische Volkspartei, in: Erich MATTHIAS – Rudolf MORSEY (Hg.), *Das Ende der Parteien 1933* (Veröffentlichungen der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien), Düsseldorf 1960, 457–519.

Karl SCHWEND, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur. Beiträge zur bayerischen Frage in der Zeit von 1918 bis 1933, München 1954.

Bernd SCHWEBINGER, „Unser Schicksal liegt in Gottes Hand“, in: Hans KUFNER (Hg.), „Unserufet die Stunde“. Unterfrankens Katholiken im Widerstand, Würzburg 2005, 71–73.

Gottfried SEEBAB, Christlicher Antijudaismus und moderner Antisemitismus, in: Rolf RENDTORFF – Ekkehard STEGEMANN (Hg.), Auschwitz – Krise der christlichen Theologie (Abhandlungen zum christlich-jüdischen Dialog 10), München 1980, 9–25.

Wolfram SELIG, Paul Nikolaus Cossmann und die Süddeutschen Monatshefte von 1914–1918. Ein Beitrag zur Geschichte der nationalen Publizistik im Ersten Weltkrieg (Zeitung und Leben. Neue Folge 3), Osnabrück 1967.

James J. SHEEHAN, Lujo Brentano, in: Hans-Ulrich WEHLER (Hg.), Deutsche Historiker Bd. 8, Göttingen 1982, 24–39.

Rolf Peter SIEFERLE, Fortschrittsfeinde? Opposition gegen Technik und Industrie von der Romantik bis zur Gegenwart (Die Sozialverträglichkeit von Energiesystemen 5), München 1984.

Georg SIMNACHER, Fridolin Rothermel, in: Lebensbilder aus dem Bayerischen Schwaben Bd. 12, Weißenhorn 1980, 375–397.

August SKALWEIT, Die deutsche Kriegsernährungswirtschaft (Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges. Deutsche Serie), Stuttgart 1927.

Fridolin SOLLEDER, Kriegsstellen und Kriegswirtschaftsstellen im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, in: Archivalische Zeitschrift 7 (1931), 153–188.

Karl SOMMER, Beiträge zur bayerischen und deutschen Geschichte in der Zeit von 1910–1933, o.O. o.J.

Theodor SONNEMANN, Gestalten und Gedanken. Aus einem Leben für Staat und Volk, Stuttgart 1975.

Kurt SONTHEIMER, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München<sup>2</sup>1964.

Birgit SPECKLE, Streit ums Bier in Bayern. Wertvorstellungen um Reinheit, Gemeinschaft und Tradition (Münchner Beiträge zur Volkskunde 27), Münster 2001.

Herbert SPECKNER, Die Ordnungszelle Bayern. Studien zur Politik des bayerischen Bürgertums, insbesondere der Bayerischen Volkspartei, von der Revolution bis zum Ende des Kabinetts Dr. von Kahr, masch. Diss. Erlangen 1955.

Gabriela SPERL, Wirtschaft und Staat in Bayern 1914–1924 (Schriften der Historischen Kommission zu Berlin 6), Berlin 1996.

Wolfgang STÄBLER, Die neue Bauernbewegung. Oberbayerischer Bauernprotest in der Endphase der Weimarer Republik, in: ZBLG 51 (1988), 901–915.

Wolfgang STÄBLER, Weltwirtschaftskrise und Provinz. Studien zum wirtschaftlichen, sozialen und politischen Wandel im Osten Altbayerns 1928 bis 1933 (Münchner historische Studien. Abteilung Bayerische Geschichte 14), Kallmünz 1992.

Erich STAHLER, 175 Jahre Weihenstephan, in: Festschrift 175 Jahre Lehre und Forschung in Weihenstephan (Bayerisches Landwirtschaftliches Jahrbuch Sonderheft 56/1), München 1979, 83–109.

Johann STECHELE, Güterzertrümmerung und Bodenpreise, in: Wochenblatt des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern vom 1. Juli 1914, 309–311.

Johann STECHELE, Über die Bewegung der landwirtschaftlichen Güterpreise in der Oberpfalz 1900 bis 1910. Zugleich ein Beitrag zur Frage der Beziehung von Bodenpreis und Schutzzoll, München 1912.

Johann STECHELE, Die Wirkungen des neuen bayerischen Güterzertrümmerungsgesetzes, in: Annalen des Deutschen Reichs für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft 46 (1913), 476–480.

Dirk STEGMANN, Deutsche Zoll- und Handelspolitik 1924/5–1929 unter besonderer Berücksichtigung agrarischer und industrieller Interessen, in: Hans MOMMSEN – Dietmar PETZINA – Bernd WEISBROD (Hg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974, 499–513.

Hugo STEIGER, Das Melanchthongymnasium in Nürnberg (1526–1926). Ein Beitrag zur Geschichte des Humanismus, München 1926.

Martin STEINKÜHLER, Agrar- oder Industriestaat: Die Auseinandersetzungen um die Getreidehandels- und Zollpolitik des Deutschen Reiches 1879–1914 (Europäische Hochschulschriften. Reihe III: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 529), Frankfurt/Main 1992.

Walter STELZLE, Föderalismus und Eigenstaatlichkeit. Aspekte der bayerischen Innen- und Außenpolitik 1945–1947. Ein Beitrag zur Staatsideologie, masch. Diss. München 1980.

Hans STICH, Lehrbuch der Geschichte für die oberen Klassen der Mittelschulen Bd. 3: Die neuere Zeit, München 1892.

Gerhard K. F. STINGLWAGNER, Anhang, in: 75 Jahre Bayerisches Staatsministerium für Landwirtschaft, München 1994, 163–174.

Gerhard K. F. STINGLWAGNER, Aus der Chronik des Staatsministeriums, in: 75 Jahre Bayerisches Staatsministerium für Landwirtschaft, München 1994, 43–149.

Peter STITZ, Der akademische Kulturkampf der katholischen Studentenkorporationen in Deutschland und in Österreich von 1903 bis 1908. Ein Beitrag zur Geschichte des CV (Der weiße Turm. Zeit- und Lebensbilder aus dem katholischen Studententum 3), München 1960.



Peter STITZ, Der CV 1919–1938. Der hochschulpolitische Weg des Cartellverbandes der katholischen deutschen Studentenverbindungen (CV) vom Ende des 1. Weltkrieges bis zur Vernichtung durch den Nationalsozialismus (Der weiße Turm. Zeit- und Lebensbilder aus dem katholischen Studententum 4), München 1970.

Gerhard STOLTENBERG, Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1918–1933. Ein Beitrag zur politischen Meinungsbildung in der Weimarer Republik (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 24), Düsseldorf 1962.

Karl STORM, Die deutsch-niederländischen Handels-Beziehungen in der Vorkriegs- und Kriegszeit im Rahmen der niederländischen Wirtschaftsentwicklung, masch. Diss. Erlangen 1923.

Jochen STREB – Wolfram PYTA, Von der Bodenproduktivität zur Arbeitsproduktivität. Der agrarökonomische Paradigmenwechsel im „Dritten Reich“, in: ZAA 53 (2005), 56–78.

Richard STÜCKLEN, Mit Humor und Augenmaß. Geschichten, Anekdoten und eine Enthüllung, Forchheim 2001.

Michael STÜRMER, Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924–1928 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 36), Düsseldorf 1967.

Michael SUNNUS, Der NS-Rechtswahrerbund (1928–1945). Zur Geschichte der nationalsozialistischen Juristenorganisation (Rechtshistorische Reihe 78), Frankfurt/Main 1990.

Die Tätigkeit der Bayerischen Volkspartei im Bayerischen Landtag von 1920–1924, hg. vom Generalsekretariat der Bayerischen Volkspartei, München o.J.

Ulrich TEICHMANN, Die Politik der Agrarpreisstützung. Marktbeeinflussung als Teil des Agrarinterventionismus in Deutschland, Köln 1955.

Hans-Ulrich THAMER, Volksgemeinschaft: Mensch und Masse, in: Richard van DÜLMEN (Hg.), Erfindung des Menschen. Schöpfungsträume und Körperbilder 1500–2000, Wien 1998, 367–386.

Burkhard THEINE, Westfälische Landwirtschaft in der Weimarer Republik. Ökonomische Lage, Produktionsformen und Interessenpolitik (Veröffentlichungen des Provinzialinstituts für Westfälische Landes- und Volksforschung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe 28), Paderborn 1991.

Philipp THIELMANN, Beiträge zur Textkritik der Vulgata insbesondere des Buches Judith (Beigabe zum Jahresbericht 1882/83 der Kgl. Studienanstalt Speier), Speyer 1883.

Dietrich THRÄNHARDT, Wahlen und politische Strukturen in Bayern 1848–1953. Historisch-soziologische Untersuchungen zum Entstehen und zur Neuerrichtung eines Parteiensystems (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 51), Düsseldorf, 1973.

Paul W. THURNER, Agrarstruktur und der Aufstieg der NSDAP in Bayern. Die Rolle der Betriebsgrößenstruktur, in: Stefan IMMERFALL (Hg.), Parteien, Kulturen und Konflikte. Beiträge zur multikulturellen Gegenwartsgesellschaft. Festschrift für Alf Mintzel, Wiesbaden 2000, 83–110.

Erwin TOPF, Die grüne Front. Der Kampf um den deutschen Acker, Berlin 1933.

Günter J. TRITTEL, Hans Schlange-Schöningen. Ein vergessener Politiker der „ersten Stunde“, in: VZG 35 (1987), 25–63.

Günter J. TRITTEL, Hunger und Politik. Die Ernährungskrise in der Bizone (1945–1949) (Historische Studien 3), Frankfurt/Main 1990.

Karl Joseph TROBMANN, Die Tätigkeit der Bayerischen Volkspartei im Bayerischen Landtag. Tagungsabschnitt 1920 bis 1921, München 1921.

Thomas TRUMPP – Renate KÖHNE (Bearb.), Archivbestände zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Weimarer Republik. Übersicht über Quellen in Archiven der Bundesrepublik Deutschland (Schriften des Bundesarchivs 29), Boppard 1979.

Albrecht TYRELL, Vom „Trommler“ zum „Führer“. Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975.

Klaus ULICH, Schulische Sozialisation, in: Klaus HURRELMANN – Dieter ULICH (Hg.), Neues Handbuch der Sozialisationsforschung, Weinheim <sup>4</sup>1991, 377–396.

Hans-Peter ULLMANN, Interessenverbände in Deutschland, Frankfurt/Main 1988.

Hans-Peter ULLMANN, Kriegswirtschaft, in: Gerhard HIRSCHFELD u.a. (Hg.), Enzyklopädie Erster Weltkrieg, Paderborn 2003, 220–232.

Ilse UNGER, Die Bayernpartei. Geschichte und Struktur 1945–1957 (Studien zur Zeitgeschichte 16), Stuttgart 1979.

Klaus UNTERPAUL, Die Grundsätze des Landeswahlrechts nach der Bayerischen Verfassung im Lichte der Entwicklung von 1946 bis 1989 (Beiträge zum Parlamentarismus 7), München 1992.

Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte Bd. 9: Das Dritte Reich. Die Zertrümmerung des Parteienstaates und die Grundlegung der Diktatur, bearb. von Herbert MICHAELIS und Ernst SCHRAEPLER, Berlin o.J.

Jeffrey VERHEY, Ideen von 1914, in: Gerhard HIRSCHFELD u.a. (Hg.), Enzyklopädie Erster Weltkrieg, Paderborn 2003, 568f.

Vierzig Jahre Bayerische Landwirtschaft, hg. vom Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, München 1962.

Wilhelm VOLKERT, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, in: Wilhelm VOLKERT (Hg.), Handbuch der bayerischen Ämter, Gemeinden und Gerichte 1799–1980, München 1983, 262–294.

Wilhelm VOLKERT, Wirtschaft und Verkehr, in: Wilhelm VOLKERT (Hg.), Handbuch der bayerischen Ämter, Gemeinden und Gerichte 1799–1980, München 1983, 234–261.

Volkszählung in Bayern 1925 (Beiträge zur Statistik Bayerns 112), München 1927.

Von Kahr zu Lerchenfeld. Der zweite bayerische Rechtsputsch mißlungen, München 1922.

Klaus VONDUNG, Zur Lage der Gebildeten in der wilhelminischen Zeit, in: Klaus VONDUNG (Hg.), Das wilhelminische Bildungsbürgertum. Zur Sozialgeschichte seiner Ideen (Kleine Vandenhoeck-Reihe 1420), Göttingen 1976, 20–33.

Die Vorschriften über die Prüfungen für den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst in Bayern und die Vorschriften über die Praxis der geprüften Bewerber um Anstellung im höheren bayerischen Justizstaatsdienst (geprüfte Rechtspraktikanten) mit einem Anhang, enthaltend die Studienpläne und die Promotionsordnungen der Juristenfakultäten der drei Landesuniversitäten, hg. von Josef SCHIEDERMAIR, München 1907.

Regina VOSSEN, „Föderalistisch leben oder asiatisch sterben“. Joseph Baumgartner und die bayerische Politik 1945–1953, masch. Zulassungsarbeit LMU München 1993.

Hilarius WAHRMUND, Landwirtschaft und Bayerische Volkspartei (Unterhaltungen mit einem Bündler), München 1926.

Alexander WALTER – Hans ENGEL, Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Zölle seit 1902 (Stand vom 1. April 1933) (Berichte über Landwirtschaft Sonderheft 78), Berlin 1933.

Christoph WALTHER, Jakob Fischbacher und die Bayernpartei. Biographische Studien 1886 bis 1972 (Geschichtswissenschaften 14), München 2006.

Dieter WALZ, Die Agrarpolitik der Regierung Brüning, masch. Diss. Erlangen-Nürnberg 1971.

Was ist und was will die Bayerische Volkspartei, hg. von der Bayerischen Volkspartei, München 1919.

Jürgen WEBER, Die Interessengruppen im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, München <sup>2</sup>1981.

Max WEBER, Politik als Beruf, in: Max WEBER, Gesammelte politische Schriften, hg. von Johannes WINCKELMANN, Tübingen <sup>2</sup>1958, 493–548.

Max WEBER, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Wirtschaft und die gesellschaftlichen Ordnungen und Mächte Teilband 1: Gemeinschaften, hg. von Wolfgang J. MOMMSEN (Max Weber Gesamtausgabe 22/1), Tübingen 2001.

Max WEBER, *Wirtschaft und Gesellschaft. Die Wirtschaft und die gesellschaftlichen Ordnungen und Mächte Teilband 4: Herrschaften*, hg. von Edith HANKE (Max Weber Gesamtausgabe 22/4), Tübingen 2005.

Wilhelm WEBER, *Chronik der deutschen Agrarpolitik 1914–1932*, in: Fritz BECKMANN u.a. (Hg.), *Deutsche Agrarpolitik im Rahmen der inneren und äußeren Wirtschaftspolitik. Teil II: Die deutsche Agrarpolitik im Rahmen einer organischen Förderung der deutschen Gesamtwirtschaft* (Veröffentlichungen der Friedrich List-Gesellschaft 6), Berlin 1932, 93–135.

Bernd WEGNER, *Hitlers Politische Soldaten: Die Waffen-SS 1933–1945. Leitbild, Struktur und Funktion einer nationalsozialistischen Elite*, Paderborn <sup>3</sup>1988.

Hans-Ulrich WEHLER, *Zum Verhältnis von Geschichtswissenschaft und Psychoanalyse*, in: Hans-Ulrich WEHLER (Hg.), *Geschichte und Psychoanalyse*, Köln 1971, 9–30.

Hans-Georg WEHLING, *Die politische Willensbildung auf dem Gebiet der Weinwirtschaft dargestellt am Beispiel der Weingesetzgebung* (Göppinger akademische Beiträge 40), Göppingen 1971.

Alois J. WEICHSLGARTNER, *Joseph Weigert. Ein Leben für das Dorf*, München 1966.

Eberhard WEIS, *Bayerns Beitrag zur Wissenschaftsentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert*, in: Max SPINDLER (Hg.), *Handbuch der Bayerischen Geschichte Bd. 4/2*, München 1979, 1034–1088 [verbesserter Nachdruck der Ausgabe 1975].

Dieter J. WEIß, *„In Treue fest“. Die Geschichte des Bayerischen Heimat- und Königsbundes und des Bayernbundes 1921–1996*, in: Adolf DINGLREITER – Dieter J. WEIß (Hg.), *Gott mit dir du Land der Bayern. An der Schwelle zum dritten Jahrtausend – der Freistaat zwischen Tradition und Fortschritt*, Regensburg 1996, 9–54.

Dieter J. WEIß, *Kronprinz Rupprecht von Bayern (1869–1955). Eine politische Biografie*. Regensburg 2007.

Otto WEIß, *Der Modernismus in Deutschland. Ein Beitrag zur Theologiegeschichte*, Regensburg 1995.

Manfred WEIßBECKER – Günter WIRTH, *Die Bayerische Volkspartei*, in: Dieter FRICKE u.a. (Hg.), *Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945) Bd. 1*, Köln 1983, 156–186.

Christoph WEISZ, *Versuch zur Standortbestimmung der Landwirtschaft*, in: Ludolf HERBST (Hg.), *Westdeutschland 1945–1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration* (Sondernummer der Schriftenreihe der VZG), München 1986, 117–126.

*Wer ist's. Biographien von rund 20.000 lebenden Zeitgenossen. Angaben über Herkunft, Familie, Lebenslauf, Veröffentlichungen und Werke, Lieblingsbeschäftigungen, Parteianghörigkeit, Mitgliedschaft bei Gesellschaften, Adresse. Andere Mitteilungen von allgemeinem Interesse*, hg. von Hermann A.L. DEGENER, Berlin <sup>8</sup>1922.

Ernst WEYMAR, Das Selbstverständnis der Deutschen. Ein Bericht über den Geist des Geschichtsunterrichts der höheren Schulen im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1961.

Falk WIESEMANN, Die Vorgeschichte der nationalsozialistischen Machtübernahme in Bayern 1932/1933 (Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter 12), Berlin 1975.

Gabriele WIESEND, Das Ausschußwesen des Bayerischen Landtags (Beiträge zum Parlamentarismus 3), München 1989.

Hans WILBRANDT, Die Problematik der deutschen Zuckerwirtschaft, in: Fritz BECKMANN u.a. (Hg.), Deutsche Agrarpolitik im Rahmen der inneren und äußeren Wirtschaftspolitik. Teil I: Die Lage der deutschen Landwirtschaft und die Gestaltung der agrarpolitischen Einzelmaßnahmen (Veröffentlichungen der Friedrich List-Gesellschaft 5), Berlin 1932, 308–313.

Harald WINKEL, Die deutsche Nationalökonomie im 19. Jahrhundert (Erträge der Forschung 74), Darmstadt 1977.

Heinrich August WINKLER, Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München <sup>4</sup>2005.

Peter WINTER, Dr. Christian Roth (1873–1934). Biographie eines bayerischen Juristen und Politikers, masch. Diss. Regensburg 1990.

Andreas WIRSCHING, Bäuerliches Arbeitsethos und antiliberale Denken. Ein Modell ländlicher Mentalität zur Zeit der Weimarer Republik, in: Revue d'Allemagne 22 (1990), 415–425.

Peter-Christian WITT, Konservatismus als „Überparteilichkeit“. Die Beamten der Reichskanzlei zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik 1900–1933, in: Dirk STEGMANN – Bernd-Jürgen WENDT – Peter-Christian WITT (Hg.), Deutscher Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Fritz Fischer zum 75. Geburtstag und zum 50. Doktorjubiläum, Bonn 1983, 231–280.

Max WITWER, Das deutsche Zeitungswesen in seiner neueren Entwicklung. Beiträge zur Geschichte des deutschen Zeitungswesens, Halle 1914.

Konstanze WOLF, CSU und Bayernpartei. Ein besonderes Konkurrenzverhältnis 1948–1960, Köln <sup>2</sup>1984.

Friedrich ZAHN, Die amtliche Statistik unter Friedrich Zahn, in: Josef KLEINDINST, Geschichte der neueren bayerischen Statistik (Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern 86), München 1914, 162–204.

Franz Xaver ZAHNBRECHER, Die christliche Bayerische Volkspartei?, München 1932.

Franz Xaver ZAHNBRECHER, Landwirtschaftliche Vereine und Landwirtschafts-Kammern in Bayern, München 1907.

Franz Xaver ZAHNBRECHER, Wahrheit, Freiheit und Recht?, München 1932.

Franz Xaver ZAHNBRECHER, Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der bayerischen Volkspartei im bayerischen Landtag 1919/1920, München 1920.

Franz Xaver ZAHNBRECHER – Clemens LÖWENECK Die bayerischen Spar- und Darlehenskassenvereine, München <sup>2</sup>1908.

Ulrich ZELINSKY, Bedingungen und Probleme der Neubildung von Führungsgruppen in Deutschland 1945–1949, in: Josef BECKER u.a. (Hg.), Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Grundgesetz, München <sup>2</sup>1987, 223–239.

Matthias ZELLNER, Tabakbau und Tabakfabrikation im unteren Zusamtal 1666–1870, masch. Diss. München 1920.

Joachim ZICHE, Das gesellschaftliche Selbstbild der landwirtschaftlichen Bevölkerung in Bayern. Eine empirische Untersuchung (Bayerisches Landwirtschaftliches Jahrbuch Sonderheft 2/1970), München 1970.

Joachim ZICHE, Kritik der deutschen Bauerntumsideologie, in: Sociologia Ruralis 8 (1968), 105–141.

Walter ZIEGLER, Bayern im NS-Staat 1933 bis 1945, in: Alois SCHMID u.a. (Hg.), Handbuch der Bayerischen Geschichte Bd. 4/1, München <sup>2</sup>2003, 499–634.

Benjamin ZIEMANN, Front und Heimat. Ländliche Kriegserfahrungen im südlichen Bayern 1914–1923 (Veröffentlichungen des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung. Schriftenreihe A: Darstellungen 8), Essen 1997.

Benjamin ZIEMANN, Wanderer zwischen den Welten. Der Militärkritiker und Gegner des entschiedenen Pazifismus Major a.D. Karl Mayr, in: Wolfram WETTE (Hg.), Pazifistische Offiziere in Deutschland 1871–1933 (Schriftenreihe Geschichte & Frieden 10), Bremen 1999, 273–285.

Clemens ZIMMERMANN, Das Dorf in der Moderne, 1800–2000, in: Werner TROBBACH – Clemens ZIMMERMANN, Die Geschichte des Dorfes. Von den Anfängen im Frankenreich zur bundesdeutschen Gegenwart, Stuttgart 2006, 172–282.

Clemens ZIMMERMANN, Ländliche Gesellschaft und Agrarwirtschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Transformationsprozesse als Thema der Agrargeschichte, in: Werner TROBBACH – Clemens ZIMMERMANN (Hg.), Agrargeschichte. Positionen und Perspektiven (Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte 44), Stuttgart 1998, 137–163.

Jens ZINKE, Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaften in der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung der Änderungen des Genossenschaftsgesetzes (Berliner Beiträge zum Genossenschaftswesen 48), Berlin 1999.

Friedrich Carl von ZITZEWITZ-KOTTOW, Kapitalbeschaffung, Zinsverbilligung, Entschuldung. Wirtschaftliche Tatsachen und wirtschaftspolitische Forderungen, in: Fritz BECKMANN u.a. (Hg.), Deutsche Agrarpolitik im Rahmen der inneren und äußeren Wirtschaftspolitik. Teil I: Die Lage der deutschen Landwirtschaft und die Gestaltung der agrarpolitischen Einzelmaßnahmen (Veröffentlichungen der Friedrich List-Gesellschaft 5), Berlin 1932, 543–578.

Hans ZÖRNER – Lothar RUBIG, Die Bedeutung der Industriegüterpreise für die Kostengestaltung im landwirtschaftlichen Betriebe, in: Fritz BECKMANN u.a. (Hg.), Deutsche Agrarpolitik im Rahmen der inneren und äußeren Wirtschaftspolitik. Teil I: Die Lage der deutschen Landwirtschaft und die Gestaltung der agrarpolitischen Einzelmaßnahmen (Veröffentlichungen der Friedrich List-Gesellschaft 5), Berlin 1932, 357–378.

Zdenek ZOFKA, Die Ausbreitung des Nationalsozialismus auf dem Lande. Eine regionale Fallstudie zur politischen Einstellung der Landbevölkerung in der Zeit des Aufstiegs und der Machtergreifung der NSDAP 1928–1936 (Miscellanea Bavarica Monacensia 87), München 1979.

Wolfgang ZORN, Die Wirtschaftsgeschichte in der Geschichte der Münchner Staatswirtschaftlichen Fakultät, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 184 (1970), 461–472.